



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837



vom 06. Juli 2023

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von über 2.200 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Danzig / poln. Gdańsk, Langer Markt: Neptunbrunnen vor dem Artushof.
,Archiv Hanke, 22.05.2023, IMG 7695 (2) JPG

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten
Seite A f: Impressum

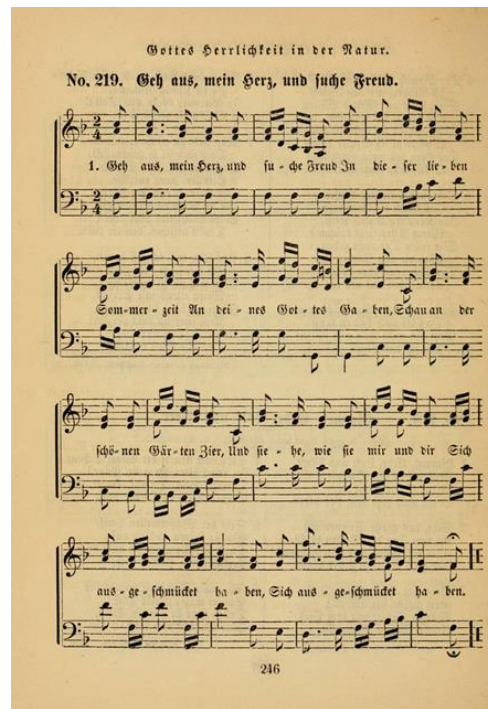
Danach Inhaltsverzeichnis Seiten A I ff. usw.

Die Regensburger Domspatzen singen "Geh aus, mein Herz, und suche Freud" (ARD alpha | 04.06.2019)

<https://www.youtube.com/watch?v=xf2nrLwWcHI>



Titelbild von *Praxis Pietatis Melica*, Auflage von 1721



Melodie und dreistimmiger Satz im *Sonntagschulbuch für Evangelisch-Lutherische Gemeinden, Philadelphia 1876*

Heute üblicher Text

1. Geh aus, mein Herz, und suche Freud
in dieser lieben Sommerzeit
an deines Gottes Gaben;
Schau an der schönen Gärten Zier,
und siehe, wie sie mir und dir
sich ausgeschmücket haben.
2. Die Bäume stehen voller Laub,
das Erdreich decket seinen Staub
mit einem grünen Kleide;
Narzissus und die Tulipan,
die ziehen sich viel schöner an
als Salomonis Seide.
3. Die Lerche schwingt sich in die Luft,
das Täublein fliegt aus seiner Kluft
und macht sich in die Wälder;
die hochbegabte Nachtigall
ergötzt und füllt mit ihrem Schall
Berg, Hügel, Tal und Felder.

4. Die Glucke führt ihr Völklein aus,
der Storch baut und bewohnt sein Haus,
das Schwälblein speist die Jungen,
der schnelle Hirsch, das leichte Reh
ist froh und kommt aus seiner Höh
ins tiefe Gras gesprungen.

5. Die Bächlein rauschen in dem Sand
und malen sich an ihrem Rand
mit schattenreichen Myrten;
die Wiesen liegen hart dabei
und klingen ganz vom Lustgeschrei
der Schaf und ihrer Hirten.

6. Die unverdrossne Bienenschar
fliegt hin und her, sucht hier und da
ihr edle Honigspeise;
des süßen Weinstocks starker Saft
bringt täglich neue Stärk und Kraft
in seinem schwachen Reise.

7. Der Weizen wächst mit Gewalt;
darüber jauchzet jung und alt
und rühmt die große Güte
des, der so überfließend labt,
und mit so manchem Gut begabt
das menschliche Gemüte.

8. Ich selber kann und mag nicht ruhn,
des großen Gottes großes Tun
erweckt mir alle Sinnen;
ich singe mit, wenn alles singt,
und lasse, was dem Höchsten klingt,
aus meinem Herzen rinnen.

9. Ach, denk ich, bist du hier so schön
und läßt du's uns so lieblich gehn
auf dieser armen Erden;
was will doch wohl nach dieser Welt
dort in dem reichen Himmelszelt
und güldnen Schlosse werden!

10. Welch hohe Lust, Welch heller Schein
wird wohl in Christi Garten sein!
Wie muß es da wohl klingen,
da so viel tausend Seraphim
mit unverdroßnem Mund und Stimm
ihr Halleluja singen?

11. O wär ich da! O stünd ich schon,
ach süßer Gott, vor deinem Thron
und trüge meine Palmen:
So wollt ich nach der Engel Weis
erhöhen deines Namens Preis
mit tausend schönen Psalmen.

12. Doch gleichwohl will ich, weil ich noch
hier trage dieses Leibes Joch,
auch nicht gar stille schweigen;
mein Herze soll sich fort und fort
an diesem und an allem Ort
zu deinem Lobe neigen.

13. Hilf mir und segne meinen Geist
mit Segen, der vom Himmel fließt,
daß ich dir stetig blühe;
gib, daß der Sommer deiner Gnad
in meiner Seele früh und spat
viel Glaubensfrüchte ziehe.

14. Mach in mir deinem Geiste Raum,
daß ich dir werd ein guter Baum,
und laß mich Wurzel treiben.
Verleihe, daß zu deinem Ruhm
ich deines Gartens schöne Blum
und Pflanze möge bleiben.

15. Erwähle mich zum Paradeis
und laß mich bis zur letzten Reis
an Leib und Seele grünen,
so will ich dir und deiner Ehr
allein und sonst keinem mehr
hier und dort ewig dienen.

Geh aus, mein Herz, und suche Freud ist ein geistliches Sommerlied von [Paul Gerhardt](#) (1607–1676).

Quelle (zuletzt am 5. Juni 2023 um 12:09 Uhr bearbeitet):

https://de.wikipedia.org/wiki/Geh_aus,_mein_Herz,_und_suche_Freud

Lied der Woche^{*)}

„Die Nachrichten, die wir von der Presse immer wieder vorgesetzt bekommen sind nicht die Besten. Proteste, Krieg, Gasknappheit, COVID 19, Versagen der Regierung und vieles mehr. Da dachte ich mir, etwas zu finden, wonach sich der Mensch sehnt, was dem Herzen Freude macht. Mir fiel das bekannte Sommerlied [„Geh aus mein Herz und suche Freud“](#) von Paul Gerhardt ein“, schreibt uns **Lm. Friedel** aus dem fernen Kanada.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 78, 2023

Wien, am 27. Juni 2023

**) Diese Anregung werden wir aufgreifen, da jüngeren Menschen in der BR Deutschland Deutsche Volkslieder nicht mehr unbedingt geläufig sind (sein sollen?!). Deutsches Kulturgut!*



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

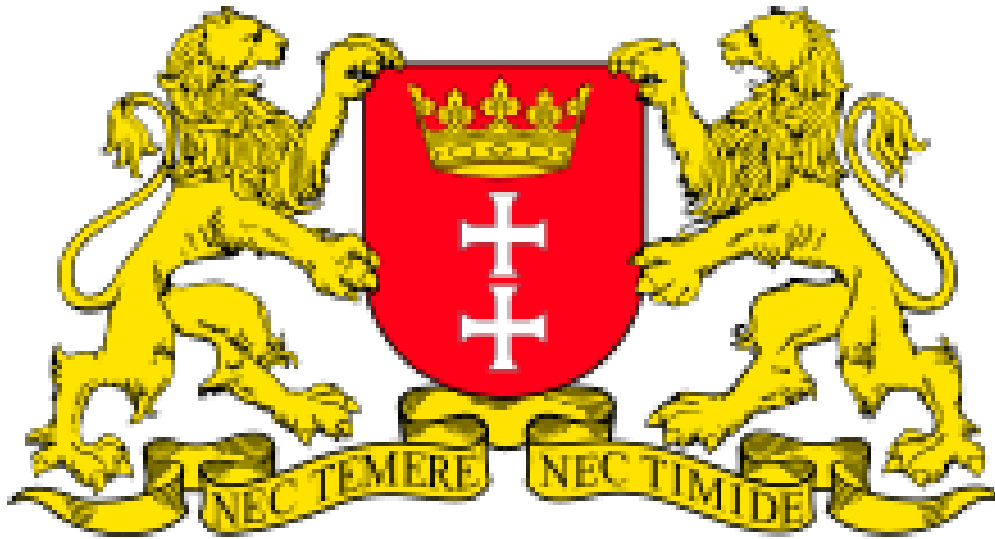
Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

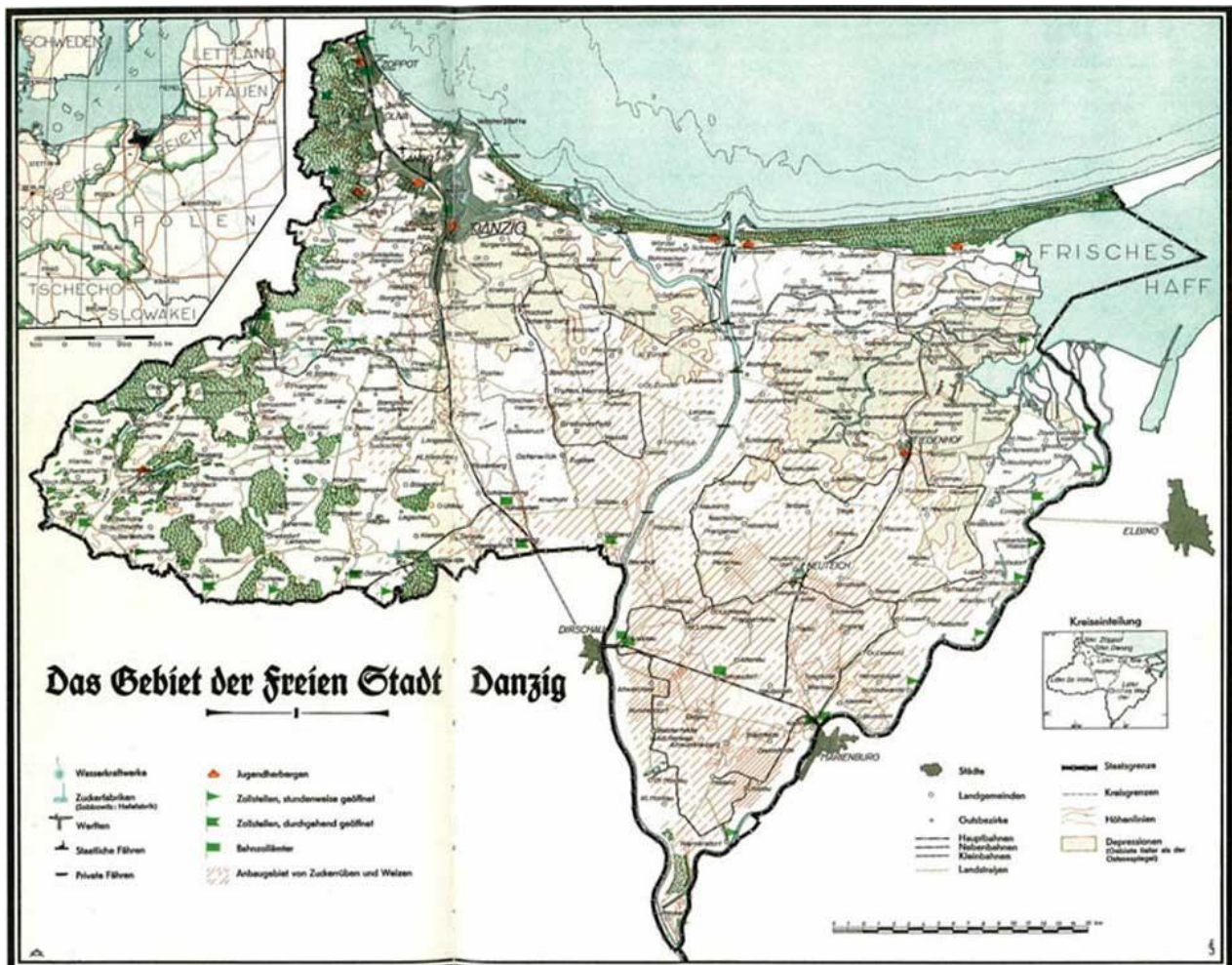
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

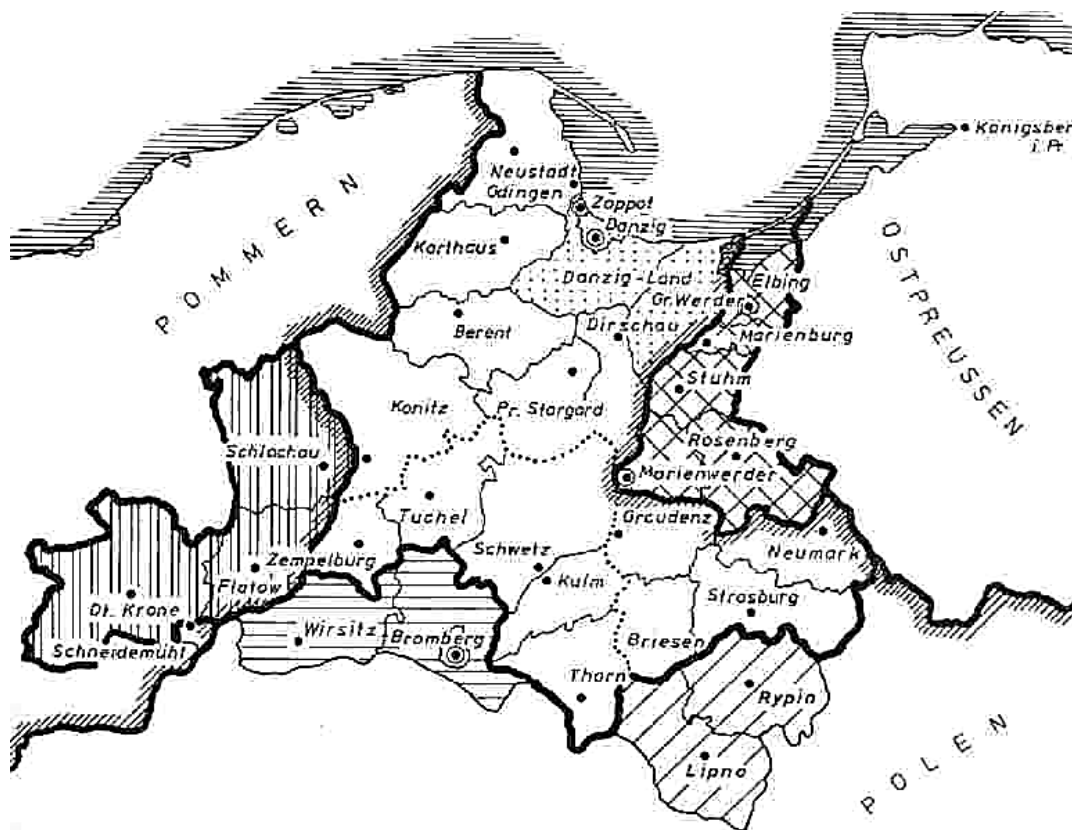
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 832 vom 02.02.2023:

30.01.2023, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 833 erscheint) voraussichtlich, am 02.03.2023.

Redaktionsschluss für AWR-833: Montag, 27.02.2023, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Teil A
Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Die Regensburger Domspatzen singen "Geh aus, mein Herz, und suche Freud" (ARD alpha | 04.06.2019) Seite Aaa - Aac

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A f

Rechtsradikal? **Seite A 0**

A. a) Editorial **Seite A 1**

EDITORIAL: Von den Paramenten der Danziger Marienkirche – Die Petition

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe **Seite A 2 – A 15**

- 01)** Petition gegen EKD-Beschluss zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland. *Pressemitteilung vom 14. Juni 2023*
- 02)** Liste für handschriftliche Unterstützung der Petition „Ostdeutsches Kulturgut“
- 03)** Petition gegen EKD-Beschluss zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland. *Pressemitteilung vom 28. März 2023*
- 04)** Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) vergibt deutsches Kulturgut *Pressemitteilung vom 27. Februar 2023*
- 05)** Paramentenschatz - BdV – EKD im Austausch mit dem Präsidenten des EKD-Kirchenamtes. Zuständigkeiten, Paramentenschatz und Kirche als Heimat angesprochen
- 06)** Der Danziger Paramentenschatz. Kulturstiftung widmete sich in einer Tagung der Erinnerung und Erforschung. Von Birgit Aldenhoff
- 07)** Etwas zum Nachdenken: Evangelische Kirche verliert 30 000 Mitglieder
- 08)** Wer kann helfen: Heimatkurier des Kreises Rosenberg/Westpreußen

A. c) Aufruf zur Unterstützung **Seiten A 16 – A 20**

- 1)** Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2)** BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3)** Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56	Seite A 19
Du musst denken	Seite A 20

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seiten A 21 – A 22

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!
 - 01) Deutschsprachig oder deutsch?
 - 02) Die Reparationsforderungen aus Warschau sind juristisch nicht haltbar. Jaroslaw Kaczyński ignoriert das Völkerrecht. Von Stephan Klenner

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 23

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

- 04) Forschungsstipendium der Stiftung Kulturwerk Schlesien

A. f) Ostdeutsche Landsmannschaften u.ä.

(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 24 – A 32

- 01) Bund der Vertriebenen, Landesverband Sachsen: Neues auf der Internetseite des Vereins Erinnerung und Begegnung e.V. (EuB)
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin
- 04) 26.Landestreffen der Ostpreußen in Anklam, 16. September 2023
- 05) Memeler Dampfboot. Die Heimatzeitung aller Memelländer. 174. Jahrgang. Rastede, 20. Mai 2023, Nr. 4 - *Auszug – Wird im AWR-838 nachgeholt*
- 06) Westpreußischer Gesprächskreis
- 07) Tagesfahrten: Planung für das dritte Quartal
- 08) Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek
- 09) AGOM-Wanderung in Potsdam
- 10) Stammtisch Breslau in Berlin-Köpenick

**A. g) Landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten A 33– A 43**

- 01) Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. – 31. Juli 2021
- In Arbeit –
- 02) Bild-Bericht zur „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. – 28. Mai 2022
- in Arbeit –
- 03) 32. Weißenhöher Himmelfahrt, 17. bis 23. Mai 2023, in Danzig
- 1. Bericht -
- 04) 09.09.2023: Treffen der Heimatgruppe Grenzmark / Heimatkreis
Schneidemühl
- 05) Glogauer Heimatbund

A. h) Vortragsveranstaltungen **Seiten A 44 – A 72**

- 01) Westpreußisches Bildungswerk / LM Westpreußen:
Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 02) AG Ostmitteleuropa:
Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 03) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- 04) 14.09.2023, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Gerhart Hauptmann
und Johann Joachim Winckelmann.
Vortrag von Dr. Frank Piontek, Bayreuth
- 05) 19.09.2023, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Winzige, unscheinbare
Sonnen. Lesung mit Texten von Wolfgang Borchert
- 06) 15.06.2023, utb: Neuer (welcher?) Humanismus im Lichte der Werte-
ökonomie. Vortrag von Prof. Przemysław Czapliński, Universität Posen
Moderation: Dr. habil. Brygida Helbig
- 07) Preußische Gesellschaft: *Keine Veranstaltung zu unseren Themen!*
- 08) 08.06. und 23.06.2023, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark
Brandenburg: *Hinweis auf Fachtagung*
- 09) Verein für die Geschichte Berlins: Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 10) 08.07.2023, Literaturhaus Berlin: »Heimgekehrt fernher« Adelbert von
Chamisso's Weltreisetagebücher. Buchvorstellung mit Walter Erhart,
Monika Sproll und Matthias Glaubrecht. Es moderiert Chris Verfuß
- 11) 20.07.2023, Literaturhaus Berlin: Grundsetzlich »Das ökologische
Grundgesetz« Hilal Sezgin, Uwe Volkmann, René Schlott
- 12) 12.07.2023, Literarisches Colloquium Berlin: Auf Wiedervorlage: Marina
Zwetajewa
- 13) 27.07.2023, Literarisches Colloquium Berlin: Das Helvetische Fest. Anaïs
Meier und Peter Stamm in Lesung und Gespräch.
Performance: Katja Brunner

- 14) 10.07.2023, Evangelische Akademie Berlin: Gott im Gehirn? Spiritualität und Neurowissenschaft. Europäische Bibeldialoge.
Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen
- 14) 06.06.2023, Topographie des Terrors: Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Buchpräsentation. Buchpräsentation
- 15) 11.07.2023, Katholische Akademie Berlin: Literature in Diaspora: What is the Place of Words? Autorengespräch mit poetischer Vorlesung und Konzert. Mit den Schriftstellern Fariba Vafi, Meriam Bousselmi, Moshe Sakal, Antonio Ungar und Dory Manor sowie den Sängerinnen Eva Glasmacher und Deniza Popova, moderiert von Chiara Caradonna
- 16) 29.08.2023, Topographie des Terrors: Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser. Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin.
Buchpräsentation. Moderation Dr. Erika Bucholtz, Berlin
- 17) Brandenburg-Preußen-Museum: Zurzeit keine Vortragsveranstaltung
- 18) 04.07.2023, Deutsche Gesellschaft: Stadt, Land, Netz. Protesträume im Wandel. 04.07.2023
- 19) 17.10.2023, Deutsche Gesellschaft: Deutschland der Ideen. Beiträge zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements
- 20) 26.08.2023, Kulturprojekte Berlin: Lange Nacht der Museen

A. i) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland Seiten A 73 – A 81

- 01) 31.05. bis 27.08.2023, Kommunale Galerie: Ono Ludwig - Aus der Dunkelheit ins Licht. Malerei | Fotografie | Tuschezeichnung
- 02) 12.07. bis 27.08.2023, Kommunale Galerie: "Guck mal so!". Schüler des Heinz-Berggruen-Gymnasiums in Zusammenarbeit mit der Ostkreuzschule für Fotografie. Eröffnung am Dienstag, 11. Juli 2023, 18 Uhr
- 03) Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg:
u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04) 14.03. - 17.09.2023, Auftakt des Terrors - Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Sonderausstellung
- 05) Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 06) 21.05. bis 31.07.2023, Zwölf-Apostel-Kirche, Berlin-Schöneberg:
Ausstellung Jürgen Tenz. Maler und Grafiker. 1942-2021

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin Seiten A 82 – A 96

- 01) Westpreußisches Landesmuseum sucht neuen Direktor.
Eine Information „von außen“ - unsere Gremien schweigen!
- 02) 23.06.2023 – 17.09.2023, Westpreußisches Landesmuseum: Fremde – Freunde. Polen und Deutsche in der historischen Karikatur.
Sonderausstellung vom 23. Juni bis 17. September 2023

- 03)** 2023, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm
- 04)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2023
- 05)** Schlesien erleben – mal ganz anders.
Trotz geschlossenem Museum schlesische Aktivitäten in Görlitz
Von Dieter Göllner
- 06)** noch bis 30.09.2023, Oberschlesisches Landesmuseum in Ratingen:
Grenzgänger. Alltag in einem geteilten Land. Ausstellung
- 07)** Haus Schlesien, Königswinter: Kaffee: Genussmittel oder Statussymbol.
Haus Schlesien erzählt Kaffeegeschichten. Von Dieter Göllner

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VI)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 89
--	--------------------------

- 01) The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives
- 02) 30. Tagung Junger Osteuropa-Experten (JOE)
- 03) "Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?
- 04) Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?
- 05) 1989 und die Zukunft Europas
- 06) Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus
- 07) Geschichtliche Grundfragen VIII: Kann man aus der Geschichte lernen?
- 08) Ostdeutsche Juden: Emanzipation von der Geschichte
- 09) Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung
- 10) After the Empires? Ukraine's (Post-)Colonial Entanglements
- 11) Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite
- 12) Wandel in Polen – Polen im Wandel
- 13) „Kirchen für neue Städte“ - Religiöses Bauen der Spätmoderne
- 14) Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon"
- 15) Historikertag 2023: Epochenübergreifend
- 16) Historikertag 2023: Mittelalterliche Geschichte
- 17) Historikertag 2023: Frühe Neuzeit
- 18) Historikertag 2023: Neuere und Neueste Geschichte
- 19) Historikertag 2023: Zeitgeschichte
- 20) 1423–2023. 600 Jahre Sachsen(-Meißen). „Sächsische“ Fürstentümer, König- und Kaiserreiche und ihre Traditionen (10. bis 16 Jh.)
- 21) Architektur in Transformationsgesellschaften. Zur Geschichte und Gegenwart des Umbaus
- 22) NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand
- 23) Jacob Böhme: Von der Gnadenwahl (1623)
- 24) Hansestädte und Bischöfe

B. b) Berichte von Fachtagungen	Seiten B 90 – B 147
--	----------------------------

- 01) MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus
- 02) Looking at the Ghetto... The Warsaw Ghetto Uprising: Eighty Years in Retrospect
- 03) Wasserregime – Hydraulische Gesellschaften in Europas Stadtlandschaften 1350-1950
- 04) New Research on the Pre-Modern Tsarist Empire
- 05) XIII. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- 06) Authenticity in European cities
- 07) Politische, soziale, religiöse und kulturelle Vielfalt in der Zeit Sigismunds von Luxemburg (1368–1437)
- 08) Kleine Reichsstädte
- 09) Jewish Responses to Nationalism in Central and East-Central Europe

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 148 – B 200

- 01) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 74 (2023) 5/6
- 02) Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2022), 1
- 03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 71 (2023) 6
- 04) Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (2023), 7
- 05) Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 19 (2022), 3
- 06) zeitgeschichte 50 (2023), 2
- 07) Historical Social Research 48 (2023) 3
- 08) Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 32 (2023), 3–4
- 09) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 6
- 10) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 5
- 11) Zeitschrift für Genozidforschung 21 (2023), 1
- 12) MEDAON 17 (2023), 32
- 13) KULT_online 67 (2023)
- 14) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 70 (2022) 1-2
- 15) Osteuropa 73 (2023), 1-2
- 16) The Russian Review 82 (2023), 3

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt

Seiten B 201 – B 209

A. Besprechungen (Seite B 201 – B 205)

- 01) Gerd Mesenhof: In der Hölle von Halbe 1945. Eine Flüchtlingstragödie. (mit 13 SW-Abb.). Gilching: Druffel & Vowinckel-Verlag (2023). 278 Seiten. ISBN 978-3-8061-1285-6. € 25,80 (Versandkosten € 2,20).
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin
- 02) Malgorzata Popiolek-Roßkamp: Warschau. Ein Wiederaufbau, der vor dem Krieg begann. (198 SW-Abb. im Text, 85 Farb-Abb. im Anhang auf den Seiten 401 bis 464). (Paderborn) Brill Schöningh 2021. XI, 464 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Publikationsreihe des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Band 1. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70424-5 (hardback); ISBN 978-3-657-70424-8 (e-book). € 129,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 206)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz
- 02)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 125,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin.
- 05)** Stange, Jörg Ulrich: Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg. (zahlreiche SW-Abb.). (Reinbek) Lau-Verlag (2023). 491 Seiten.
ISBN 978-3-95768-248-2. € 38,00.
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin
- 06)** Sean McMeekin: Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante. (zahlreiche Karten und Fotos in SW).
Gilching: Druffel & Vowinckel (2023). XII, 728 Seiten.
ISBN 978-3-8061-1286-3. € 44,80.
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 207 – B 209)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

Seite B V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- 08)** Bernhard Jähmig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- € 18,00 (+ Versandkosten über Wolbeck).
- 09)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 10)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
- 11)** Gabriel Berger: Der Kutscher und der Gestapo-Mann. Berichte jüdischer Augenzeugen der NS-Herrschaft im besetzten Polen in der Region Tarnów (mit zahlreichen SW-Abbildungen). (Berlin) Lichtig Verlag (2018). 171 Seiten. ISBN 978-3-929905-39-7. € 14,90.
- 12)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen.
(Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 13)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
- 14a)** Złotów 1370 – 2020. 650-lecie miasta. Opracował [Bearbeiter] Joachim Zdrenka. (zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2020). 573 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-950240-5-4. Złoty 100,00.

Seite B VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- 14b)** Złotów / Flatow 1370-2020. 650 Jahre der Stadt. Übersetzte und ergänzte Auflage bearbeitet von Joachim Zdrenka. ((zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2022). 617 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-8180-659-6. Złoty 144.90.
- 15)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 16)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 17)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 18)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 19)** Gilbert H. Gornig: Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur im zusammenwachsenden Europa / Niemiecko-polskie spotkania nauki i kultury w jednoczącej się Europie (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb.). Marburg (an der Lahn): Danziger Naturforschende Gesellschaft (Klages-Verlag August W. Klages Nachf. Markus Szczeponek e. K. (2022).
= Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft. Band 14.
ISBN 978-3-7831-9022-5. € 5,00.
- 20)** Westpreußen-Jahrbuch 69/70 (2019/2020). Studien zur europäischen Kulturregion an der unteren Weichsel. (mit SW-Abb.).
Herausgegeben vom Vorstand der Westpreußischen Gesellschaft.
Münster in Westfalen: Westpreußen Verlag 2023. 232 Seiten.
ISBN 978-3-9814101-0-3. ISSN 0511-8484. € 25,90

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C III)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 18
---------------------------	--------------------------

- 01) Sabine Deres ist neue Vorstandsvorsitzende des Kulturforums
- 02) Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 03) Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort
- 04) 17. Juni 1953: Der große Aufstand vor 70 Jahren. Von Dieter Stein
- 05) Baden-Württembergs Sonderstellung
- 06) Mitteilung der Kopernikus-Gruppe
- 07) Geschenk von ukrainischen Soldaten für die Stiftung Kreisau
- 08) Schüleraustausch Hamburg – Danzig / Gdańsk, 22-26.05.2023
- 09) Dr. habil. Robert Žurek auf dem 75. Jubiläums-Kongresses von Pax Christi
- 10) Mehr gute Nachrichten aus Kreisau!
- 11) Tschechischer Präsident Pavel in Österreich
- 12) „Übersehene deutsch-tschechisch-jüdische Persönlichkeiten“.
Ausstellung in Prag
- 13) Begleitband zu „Kulturellen Brücken“ erschienen
- 14) Jugendwettbewerb „Gemeinsam gegen das Vergessen: Begegnungen
im Bildungshaus“ – Kulturstiftung sucht junge Gestalter, Schöpfer und
Künstler!
- 15) 7. Vergabe „Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung“.
Thema 2023 ist „70 Jahre BdV - Bund der Vertriebenen in Hessen“
- 16) Georg Dehio-Kulturpreis 2023
- 17) Vierteilige Fernseh-Serie „Kinder der Flucht“
- 18) Sudetendeutsche Landsmannschaft schreibt Kulturpreise aus

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 19 –C 59
--	--------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 19 – C 21)

- 01) Jüdischer Campus Pears wird eröffnet
- 02) Gedenken an die Opfer des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953
- 03) Eichenprozessionsspinner sind wieder aktiv - Auftretende Raupen oder
Tagesnester per E-Mail melden

Steglitz – Zehlendorf (Seiten C 22 - C 40)

- 01) Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke
(1948/49)“ enthüllt
- 02) Veranstaltungskalender für Frauen 2. Halbjahr 2023 für den Bezirk Steglitz-
Zehlendorf erschienen

- 03) Sommerzeit ist Havelzeit: Die neue Wasserwanderkarte ist da!
- 04) Vortrag: Biodiversität durch bürgerschaftliches Engagement - Seltene heimische Wildpflanzen im Garten und auf dem Balkon am 10.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf
- 05) Bezirksbroschüre 2023 – "Ein Wegweiser durch den Bezirk" ab sofort als Print- und Digitalversion erhältlich!
- 06) Enthüllung der Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“ am 27.06.2023
- 07) Ausstellung zu Gast im Rathaus Zehlendorf: „Demokratie ist eine Mitmacht!“ vom 27.06. bis zum 01.08.2023
- 08) Vortrag: Wildbienen erkennen und fördern am 03.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf
- 09) Amtsplausch – Folge 33 ist online! Goldnetz Beratung zu Bildung und Beruf
- 10) Zeichen- und Erzählwerkstatt mit Susanne Buddenberg und Thomas Henseler am 07.07.2023 in der Gottfried-Benn-Bibliothek
- 11) BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften: Vor-Ort-Büro am Hindenburgdamm eröffnet
- 12) Kursangebot: Fotografie ab sofort mittwochs im Hertha-Müller-Haus

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 41 – C 59)

- 01) Der Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekte aus
- 02) Neue BezirksTOUREN durch Tempelhof-Schöneberg!
- 03) Tempelhofer Fußballpersönlichkeiten aus 125 Jahren
- 04) 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg feierte Doppeljubiläum mit großem Bürgerfest mit Festakt
- 05) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt interessierte Bürger zur Sprechstunde in der Seniorenfreizeitstätte im Gemeinschaftshaus Lichtenrade ein
- 06) Delegation aus Shunyi besucht Tempelhof-Schöneberg
- 07) Tempelhof-Schöneberg trauert um Rainer Penk
- 08) 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Veranstaltungsserie zum Doppeljubiläum in Tempelhof-Schöneberg mit Buchlesung eröffnet
- 09) Kulturfest Lichtenrade: Musik, Kabarett und Party!

C. c) Berichte

Seiten C 60– C 79

- 01) Rumänischer Staatspräsident Johannis erfreut über wissenschaftliche Fachtagungen der Kulturstiftung in Rumänien in diesem Jahr
- 02) Kulturstiftung vermittelt Grundlagen der Pressearbeit
- 03) Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 04) Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort

- 05)** Das war der 73. Sudetendeutsche Tag
- 06)** Söder: „Ich bin ein Sudetendeutscher!“
- 07)** Sudetendeutsche Kulturpreisträger 2023
- 08)** HEIMAT!abend – die völkerverbindende Kraft der Musik
- 09)** „Das gemeinsame Europa weiterbauen“
- 10)** Regensburg? „Řezno!“
- 11)** Primas zu Gast in Oberschlesien

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen Seiten C 80 – C 83

- 01)** Nur in Deutschland werden von ehemaligen Kolonien Entschädigungen gefordert!

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen
Seite C 84**

- Keine Berichte -

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe Seiten C 85– C 91

- 01)** Trauer um Dr. Martin Sprungala
- 02)** 180. Geburtstag von Bertha von Suttner

Teil D
Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 17

Böhmen und Mähren (Seiten D 1 - D 17)

- 01)** Arnold Suppan: 1000 Jahre Nachbarschaft – Buchvorstellung
- 02)** Die Markgrafschaft Mähren. Rubrik „Fundstücke“
- 03)** Historische Sprachenkarte von Böhmen
- 04)** „Das Leben an der Grenze“. Kurzfilm
- 05)** Die Prager Astronomen
- 06)** Otfried Preußlers treueste Leserin
- 07)** Die schönsten Städte von Mähren. Rubrik „Fundstücke“
- 08)** Auf Santinis Spuren im Böhmischem-Mährischem Hochland
- 09)** Dreifaltigkeitswallfahrt Neubistritz -Reingers

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee Seiten E 1 – E 14
--

Predigtkreis & Freedom-House-Index, Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt & Ann-Marie, Opfer von Brokstedt – Wenn das einzige Kind getötet wird & Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?

E. b) Themen global, die uns auch bewegen Seiten E 15– E 63
--

- 01) Keine Auskunft über 8,1 Mrd. Deutschlands an die UNO
- 02) Die Klimadebatte beginnt am falschen Ende – zielführende Diskussionen Unerwünscht. Von PETER HAISENKO
- 03) Konferenz in Moskau – Gegenangriff gegen den Amerikanischen Einfluss
- 04) Die «Atlantische Frage»: Kann nur atomare Eskalation die alten Hegemonieansprüche brechen? Von REDAKTION
- 05) Phänomene der Eine-Welt-Herrschaft: Über Globalpolitik und Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft
- 06) Gefährliches Kräfteressen im Indopazifik – Deutschland ist mit von der „Partie
- 07) Umfrage: 80 % der Chinesen machen die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich
- 08) Dr. Norbert van Handel – Europa, der wirkliche Idiot
- 09) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seiten E 54 – E 64
--

- Keine Berichte -

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seiten E 65 – E 111

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.06.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.06.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.06.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.06.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.06.2023
- 06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.06.2023
- 07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.06.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 112

- Keine Berichte -

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 113 – E 128

Europäische Union (EU) (Seiten E 113 - E 128)

- 01) Orban auf EU-Gipfel: „EU am Rande des Bankrotts“.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 02) Elftes Sanktionspaket der EU ist beschlossen
- 03) EU-Migrationspakt: Massiver EU-Vorstoß alle Mitgliedsländer mit
„Flüchtlingen“ per Zwangsverteilung zu fluten
- 04) EU will keine Umweltauflagen für Privatjets – Eliten werden „verschont“
- 05) Geplantes EU-Pfandsystem: „Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“
– Milliarden Bierflaschen vor Vernichtung
- 06) Kein neues EU-Sanktionspaket dank Ungarn und nun auch Griechenland
- 07) Mutter aller Zensuren im Anmarsch: Digitalgesetz soll alle nicht
systemkonforme Meinungen beseitigen. Von CLAUDIA MARCU

E. g) Mitteleuropa

Seiten E 127 – E 131

- 01) Knalleffekt: AUF1 ab Herbst auch im echten Fernsehen!

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 132– E 269

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 132– E 191)

- 01) Faeser will AfD, zweitstärkste Partei in Umfragen, wegen
„Rechtsextremismus“ verbieten
- 02) ACHTUNG REICHELT! Die ZDF-Aussteigerin Christine Prayon ist eine
Heldin
- 03) 140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea
- 04) Was wollt Ihr? Teil 2. Von Ed Koch
- 05) Was wollt Ihr? Von Ed Koch
- 06) Wähler, enteignet die Undemokraten! Von WOLFGANG HÜBNER
- 07) Erneute „Abfuhr“ für Baerbock diesmal in Südafrika
- 08) ACHTUNG REICHELT! Was Ihnen nicht passt, brüllen sie nieder!
Von JULIAN REICHELT
- 09) ACHTUNG REICHELT! Die größte Gefahr für unseren Wohlstand heißt
Robert Habeck. Von JULIAN REICHELT
- 10) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch
- 11) Schwierige Zeiten. Von Ed Koch

- 12) Aktionstag gegen „Hasspostings“ in der Bunten Republik.
Von CONNY AXEL MEIER
- 13) Im besten Deutschland aller Zeiten – montags keine Postzustellungen
Mehr
- 14) Kalenderwoche 24 - 12. bis 18.06.2023. Von Ed Koch
- 15) „Stimmung kocht“ – Riesenkrach bei deutschen Grünen wegen Baerbock
- 16) 53,2 Mrd. Euro deutsche Klimahilfe versickerte weltweit in „dubiosen
ausländischen“ Kanälen
- 17) Ampel genehmigt sich selbst „Inflationsausgleichsbonus“ von 3.000 Euro
- 18) Kalenderwoche 23 - 23.05. bis 11.06.2023. Von Ed Koch
- 19) Dresden: Kosten für Migration treiben Stadt in finanziellen Ruin
- 20) Evangelischer Kirchentag in Nürnberg: Christen in der AfD informieren
trotz Ausgrenzung
- 21) Linksfaschistischer Vorstoß: Verbot der Alternative für Deutschland?
Ansichten eines Mitglieds. Von SVEN KORTE
- 22) Bernhard Zimniok (AfD): Entwicklungshilfe an Einhaltung von Rück-
führungsabkommen knüpfen
- 23) Kretschmer fordert Migranten-Obergrenze im Grundgesetz
- 24) Kalenderwoche 22. – 29.05. bis 04.06.2023. Von Ed Koch
- 25) Münster als Probelauf – Verbot von Einfamilienhäusern deutschlandweit
geplant
- 26) 16 Gründe, warum die AfD bei Wahlumfragen auf der Überholspur ist.
Von MEINRAD MÜLLER
- 27) NRW: 4-Sterne-Hotel soll für „Flüchtlinge“ um € 600.000,- Miete p. M.
angemietet werden

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 192 – E 240)

- 01) Grandioses Sportereignis. Ed Koch
- 02) Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag
- 03) Viel mehr als „nur“ Briefmarken. Von Ed Koch
- 04) Rocktreff startet heute
- 05) Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nach-
haltigkeitsprojekten aus. Erstmals Preis für Erneuerbare Energien und
Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen
- 06) Ein überragendes Zeitdokument. Von Ed Koch
- 07) Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Von Ed Koch
- 08) Neuer Job für Christine Richter. Von Ed Koch
- 09) Da kommen einem die Tränen. Von Ed Koch
- 10) Kennedy Forum. Von Ed Koch
- 11) Singe, wem Gesang gegeben. Von Ed Koch
- 12) Die etwas andere Bank. Von Ed Koch
- 13) Ein grandioses Spektakel. Von Ed Koch
- 14) Würdevoller Abschied von Rainer Penk. Von Ed Koch

- 15) Trauer um Rainer Penk. Von Ed Koch
- 16) Ja, sie leben noch: De Randfichten und der Holzmichl. Von Ed Koch
- 17) Erinnerungen an Kennedy. Von Ed Koch
- 18) Sie ist wieder da, die Kuppel. Von Ed Koch
- 19) Chaostage beim rbb. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke
- 20) Steglitz, wir haben ein Problem! Wie Berlin zum Mars flog. Von Ed Koch
- 21) Zweierlei Maß. Von Ed Koch
- 22) „75 Jahre Luftbrücke“ – Jubiläumsausstellung im Rathaus Schöneberg.
Von Ed Koch
- 23) Die Legende lebt. Von Ed Koch
- 24) So geht's auch. Von Ed Koch

Österreich (Seite E 241)

- Keine Berichte -

Südtirol (Seiten E 242 – E 253)

- 01) Schweigespirale zu Hungerstreik für 105-Jährige Südtirolerin
- 02) AHTB-Obmann Wechselberger in Hungerstreik getreten
- 03) Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte.
Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lücke

Schweiz (Seiten E 254 – E 269)

- 01) Schweiz: Migranten-Mob randaliert auch in Lausanne als „Reaktion“ auf Frankreich
- 02) „Kulturbereicherung“ in der Schweiz: Muslimische Soldaten dürfen nach Mekka beten
- 03) PRO Schweiz stellt sich gegen WHO-Komplott zur Entmachtung der Nationalstaaten. Von REDAKTION
- 04) Bürgerbewegung «PRO Schweiz» für Souveränität, Neutralität, Freiheit und Switzerland first! Von REDAKTION

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 270 – E xxx
------------------------------	-----------------------------

Polen (Seite E 270)

- 01) Hunderttausende Linke in Warschau auf Anti-Regierungs-Demonstration – Was steckt dahinter?

Tschechien (Seite E 207)

- 01) Polen will Braunkohleabbau im grenznahen Turau (poln. Turów) bis 2044 – Fiala pocht auf Garantien

- 02)** In Tschechien wurde der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht
- 03)** Wissenschaftler enthüllen DNS-Übertrag in Gersten-Chromosomen
- 04)** Tschechische Sozialdemokraten ändern Namen ihrer Partei

S l o w a k e i (Seite E 207)

- 01)** Slowakei prescht weltweit vor: Bargeld in die Verfassung aufgenommen!

U n g a r n (Seiten E 208 – E 219)

- 01)** Orbán gibt „Bild“-Interview – Signal an Zelenskij: Das Kriegstreiber-Narrativ neigt sich dem Ende zu (VIDEO)
- 02)** Ungarischer Außenminister: Europa driftet immer näher in die Katastrophe.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 03)** Orbán: Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland – Brüssel ist wie Sowjetunion
- 04)** Ungarischer EU-Fidesz-Abgeordneter: EU-Migrations-Vertrag war ein „Putsch“ – Feiges Österreich.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR Forster

S e r b i e n (Seiten E xxx – E xxx)

- 01)** Serbien entlässt Minister wegen Forderung nach Russland Sanktionen
- 02)** Novak Djokovic: „Kosovo ist das Herz Serbiens“

E. j) Osteuropa

Seiten E 220– E 229

U k r a i n e (Seiten E 220 – E 226)

- 01)** Kommt es zu Friedensverhandlungen über den Ukrainekrieg?
- 02)** Selenskij in auswegloser Lage – Suche nach Friedenslösung in Kopenhagen
- 03)** Fakten zur Kachowka-Staudamm Sprengung – Die westlichen Propagandalügen widersprechen jeder Logik.
Von PETER HAISENKO
- 04)** Kachowka-Staudamm-Katastrophe: Neue Flüchtlings-Welle im Anrollen
- 05)** Kachowka-Anschlag: Zur Verantwortung des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren
- 06)** Anschlag auf Wasserkraftwerk Kachowka: Was machten die UN seit Oktober 2022?
- 07)** „WP“: Ukrainische Gegenoffensive führt durch eigene Minenfelder

R u s s l a n d (Seiten E 227 - E 229)

- 01) Wladimir Putin mit seiner zweiten Klarstellung an das russische Volk
- 02) Putin spricht zum militärischen Personal des Ministeriums für Verteidigung
- 03) Russland plant Austritt aus WTO und WHO
- 04) Lawrow im RT-Interview: «Verhalten des Westens scheint von Wunschdenken geprägt!»
- 05) „Kadyrows Armee“ und Wagner Söldner kehren wieder an die ukrainische Front zurück
- 06) Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg? +UPDATE 25.6. – 13h45+ Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“
- 07) Wer oder was steckt hinter dem Machtkampf in Russland?
- 08) Ansprache Putins nach Prigoschins Handlungen auf eigene Faust. Von REDAKTION
- 09) Lawrow nach Treffen der CSTO: «NATO möchte kämpfen... Wir sind bereit!». Von REDAKTION
- 10) Russland: Nawalny Sprecherin zeigt sich für baldigen Umsturz optimistisch

D. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 230

- Keine Berichte -

E. l) Südosteuropa

Seiten E 231 – E 233

- Keine Berichte -

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 234 - E 246

- Keine Berichte -

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 247 - E 250

S c h w e d e n (Seiten E 271 – E 272)

- 01) Schweden will aus Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik die Konsequenzen ziehen



Teil A
Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Die Regensburger Domspatzen singen "Geh aus, mein Herz, und suche Freud" (ARD alpha | 04.06.2019) Seite Aaa - Aac

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A f

Rechtsradikal? **Seite A 0**

A. a) Editorial **Seite A 1**

EDITORIAL: Von den Paramenten der Danziger Marienkirche – Die Petition

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe **Seite A 2 – A 15**

- 01)** Petition gegen EKD-Beschluss zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland. *Pressemitteilung vom 14. Juni 2023*
- 02)** Liste für handschriftliche Unterstützung der Petition „Ostdeutsches Kulturgut“
- 03)** Petition gegen EKD-Beschluss zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland. *Pressemitteilung vom 28. März 2023*
- 04)** Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) vergibt deutsches Kulturgut *Pressemitteilung vom 27. Februar 2023*
- 05)** Paramentenschatz - BdV – EKD im Austausch mit dem Präsidenten des EKD-Kirchenamtes. Zuständigkeiten, Paramentenschatz und Kirche als Heimat angesprochen
- 06)** Der Danziger Paramentenschatz. Kulturstiftung widmete sich in einer Tagung der Erinnerung und Erforschung. Von Birgit Aldenhoff
- 07)** Etwas zum Nachdenken: Evangelische Kirche verliert 30 000 Mitglieder
- 08)** Wer kann helfen: Heimatkurier des Kreises Rosenberg/Westpreußen

A. c) Aufruf zur Unterstützung **Seiten A 16 – A 20**

- 1)** Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2)** BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3)** Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56	Seite A 19
Du musst denken	Seite A 20

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seiten A 21 – A 22

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!
 - 01) Deutschsprachig oder deutsch?
 - 02) Die Reparationsforderungen aus Warschau sind juristisch nicht haltbar. Jaroslaw Kaczyński ignoriert das Völkerrecht. Von Stephan Klenner

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 23

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

- 04) Forschungsstipendium der Stiftung Kulturwerk Schlesien

A. f) Ostdeutsche Landsmannschaften u.ä.

(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 24 – A 32

- 01) Bund der Vertriebenen, Landesverband Sachsen: Neues auf der Internetseite des Vereins Erinnerung und Begegnung e.V. (EuB)
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e. V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin
- 04) 26.Landestreffen der Ostpreußen in Anklam, 16. September 2023
- 05) Memeler Dampfboot. Die Heimatzeitung aller Memelländer. 174. Jahrgang. Rastede, 20. Mai 2023, Nr. 4 - *Auszug – Wird im AWR-838 nachgeholt*
- 06) Westpreußischer Gesprächskreis
- 07) Tagesfahrten: Planung für das dritte Quartal
- 08) Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek
- 09) AGOM-Wanderung in Potsdam
- 10) Stammtisch Breslau in Berlin-Köpenick

**A. g) Landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten A 33– A 43**

- 01) Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. – 31. Juli 2021
- In Arbeit –
- 02) Bild-Bericht zur „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. – 28. Mai 2022
- in Arbeit –
- 03) 32. Weißenhöher Himmelfahrt, 17. bis 23. Mai 2023, in Danzig
- 1. Bericht -
- 04) 09.09.2023: Treffen der Heimatgruppe Grenzmark / Heimatkreis
Schneidemühl
- 05) Glogauer Heimatbund

A. h) Vortragsveranstaltungen **Seiten A 44 – A 72**

- 01) Westpreußisches Bildungswerk / LM Westpreußen:
Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 02) AG Ostmitteleuropa:
Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 03) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- 04) 14.09.2023, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Gerhart Hauptmann
und Johann Joachim Winckelmann.
Vortrag von Dr. Frank Piontek, Bayreuth
- 05) 19.09.2023, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Winzige, unscheinbare
Sonnen. Lesung mit Texten von Wolfgang Borchert
- 06) 15.06.2023, utb: Neuer (welcher?) Humanismus im Lichte der Werte-
ökonomie. Vortrag von Prof. Przemysław Czapliński, Universität Posen
Moderation: Dr. habil. Brygida Helbig
- 07) Preußische Gesellschaft: *Keine Veranstaltung zu unseren Themen!*
- 08) 08.06. und 23.06.2023, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark
Brandenburg: *Hinweis auf Fachtagung*
- 09) Verein für die Geschichte Berlins: Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
- 10) 08.07.2023, Literaturhaus Berlin: »Heimgekehrt fernher« Adelbert von
Chamisso's Weltreisetagebücher. Buchvorstellung mit Walter Erhart,
Monika Sproll und Matthias Glaubrecht. Es moderiert Chris Verfuß
- 11) 20.07.2023, Literaturhaus Berlin: Grundsetzlich »Das ökologische
Grundgesetz« Hilal Sezgin, Uwe Volkmann, René Schlott
- 12) 12.07.2023, Literarisches Colloquium Berlin: Auf Wiedervorlage: Marina
Zwetajewa
- 13) 27.07.2023, Literarisches Colloquium Berlin: Das Helvetische Fest. Anaïs
Meier und Peter Stamm in Lesung und Gespräch.
Performance: Katja Brunner

- 14) 10.07.2023, Evangelische Akademie Berlin: Gott im Gehirn? Spiritualität und Neurowissenschaft. Europäische Bibeldialoge.
Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen
- 14) 06.06.2023, Topographie des Terrors: Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Buchpräsentation. Buchpräsentation
- 15) 11.07.2023, Katholische Akademie Berlin: Literature in Diaspora: What is the Place of Words? Autorengespräch mit poetischer Vorlesung und Konzert. Mit den Schriftstellern Fariba Vafi, Meriam Bousselmi, Moshe Sakal, Antonio Ungar und Dory Manor sowie den Sängerinnen Eva Glasmacher und Deniza Popova, moderiert von Chiara Caradonna
- 16) 29.08.2023, Topographie des Terrors: Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser. Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin.
Buchpräsentation. Moderation Dr. Erika Bucholtz, Berlin
- 17) Brandenburg-Preußen-Museum: Zurzeit keine Vortragsveranstaltung
- 18) 04.07.2023, Deutsche Gesellschaft: Stadt, Land, Netz. Protesträume im Wandel. 04.07.2023
- 19) 17.10.2023, Deutsche Gesellschaft: Deutschland der Ideen. Beiträge zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements
- 20) 26.08.2023, Kulturprojekte Berlin: Lange Nacht der Museen

A. i) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland	Seiten A 73 – A 81
--	---------------------------

- 01) 31.05. bis 27.08.2023, Kommunale Galerie: Ono Ludwig - Aus der Dunkelheit ins Licht. Malerei | Fotografie | Tuschezeichnung
- 02) 12.07. bis 27.08.2023, Kommunale Galerie: "Guck mal so!". Schüler des Heinz-Berggruen-Gymnasiums in Zusammenarbeit mit der Ostkreuzschule für Fotografie. Eröffnung am Dienstag, 11. Juli 2023, 18 Uhr
- 03) Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg:
u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 04) 14.03. - 17.09.2023, Auftakt des Terrors - Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Sonderausstellung
- 05) Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 06) 21.05. bis 31.07.2023, Zwölf-Apostel-Kirche, Berlin-Schöneberg:
Ausstellung Jürgen Tenz. Maler und Grafiker. 1942-2021

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin	Seiten A 82 – A 96
---	---------------------------

- 01) Westpreußisches Landesmuseum sucht neuen Direktor.
Eine Information „von außen“ - unsere Gremien schweigen!
- 02) 23.06.2023 – 17.09.2023, Westpreußisches Landesmuseum: Fremde – Freunde. Polen und Deutsche in der historischen Karikatur.
Sonderausstellung vom 23. Juni bis 17. September 2023

- 03)** 2023, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm
- 04)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2023
- 05)** Schlesien erleben – mal ganz anders.
Trotz geschlossenem Museum schlesische Aktivitäten in Görlitz
Von Dieter Göllner
- 06)** noch bis 30.09.2023, Oberschlesisches Landesmuseum in Ratingen:
Grenzgänger. Alltag in einem geteilten Land. Ausstellung
- 07)** Haus Schlesien, Königswinter: Kaffee: Genussmittel oder Statussymbol.
Haus Schlesien erzählt Kaffeegeschichten. Von Dieter Göllner

Teil A

A. a) Editorial

Seite A 1

Anstelle des üblichen EDITORIALs:

Das „Verscherbeln“ von deutschem Kulturgut ins Ausland muss ein Ende haben!

Bitte, unterschreiben Sie unsere Petition gegen den Beschluss der Evangelischen Kirche Deutschlands, die Danziger Paramente aus dem Sankt Annen-Museum in Lübeck ins Ausland zu geben;

<https://www.openpetition.de/petition/online/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annen-museum>

Werben Sie für unsere Sache, unterstützen Sie auch bei Parteien und Regierungsstellen die gesetzlichen Regelungen zum Verbot der Ausfuhr deutschen Kulturguts ins Ausland!

Alle Informationen zum Vorgang „Danziger Paramente und EKD“ finden Sie jetzt zusammengestellt auf den Seiten:

<https://www.ostdeutsche-museen.de>



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkgasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

01) Petition gegen EKD-Beschluss zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland. *Pressemitteilung vom 14. Juni 2023*

Der gesamte Vorgang zum EKD-Beschluss und zu den Paramenten findet sich ab sofort auf den Seiten <https://www.ostdeutsche-museen.de>, die angesprochene Petition für Ihre Unterschrift finden Sie hier:

<https://www.openpetition.de/petition/online/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annem-museum>

**Petition gegen EKD-Beschluß zur Fortgabe der Danziger Paramente ins
Ausland**

Als erste Frau predigte am 3. Juni 2023 Bischöfin Petra Bosse-Huber in der bis 1945 evangelischen Marienkirche in Danzig.

Spitzenvertreter der Union Evangelischer Kirchen/Evangelische Kirche in Deutschland (UEK/EKD) trafen sich erneut mit Vertretern des Erzbistums Danzig und der Danziger Marienkirche, um ein Expertengremium zu berufen. Dieses soll – wie die EKD betont – die sogenannte **Heimkehr der Paramente nach Danzig** begleiten.

Paramente ist der Sammelbegriff für Textilien, die in der Liturgie des Gottesdienstes zum Einsatz kommen. Dazu gehören die liturgischen Gewänder der Geistlichen, aber auch die Textilien, die zur Auskleidung der Altäre dienen sowie weitere Textilien zur Verwendung in der Messfeier.

Die EKD/EK ist nach dem Untergang der evangelischen Gemeinden östlich von Oder und Neiße treuhänderische Eigentümerin von deren einstigem Besitz geworden. Nachdem der Altar der Heiligen Dreifaltigkeit bereits im vorigen Jahr von Berlin nach Danzig von der EKD verschenkt worden ist, soll nun auch der in Lübeck bewahrte Danziger Paramentschatz – über Jahrzehnte im Lübecker St. Annen-Museum auch öffentlich gezeigt - Lübeck Richtung Danziger Marienkirche verlassen. Eine museale Unterbringung der Textilien mit konservatorischer Betreuung an der Marienkirche ist zwar angedacht, kann aber zeitnah nicht verwirklicht werden.

Eine Kooperation des Erzbistums Danzig mit dem Danziger Nationalmuseum, das bereits 183 Teile des Paramentschatzes sowie Hans Memlings großformatiges Triptychon aus der Danziger Marienkirche beherbergt, ist nicht bekannt. Der Memling-Altar war ebenfalls in den Westen ausgelagert worden, er wurde von der Roten Armee 1945 in Thüringen beschlagnahmt und ist dann 1951 nach Danzig überführt worden. Der Zeitgenosse fragt verwundert, welcher weitere deutsche Kulturbesitz aus den historischen Ostgebieten als nächstes für eine Geschenkaktion der EKD zur Verfügung gestellt wird.

Die noch bis zum **30. Oktober** laufende Petition hat zum Ziel, die EKD zum Umdenken zu bewegen. Zahlreiche Unterstützer der Petition haben vielfältige Anregungen gemacht, wie ein versöhnlicher Ausgleich im Sinne der Ökumene zwischen der EKD und dem Erzbistum Danzig aussehen könnte, ohne dass der noch in Lübeck bewahrte Danziger Paramentschatz nach Danzig verschenkt wird.

Die EKD zeigt sich völlig unnachdsichtig trotz vieler Eingaben betroffener Deutscher. Auch persönliche Gespräche haben zu keinem Umdenken geführt. Befremdlich stimmt zudem, daß Politik (Bundesregierung, Parteien) und einschlägige Vertriebenenorganisationen nicht vehement der Aktion der EKD widersprechen und auf Eingaben reagieren.

Daher nochmals die Bitte an alle, die sich für den Erhalt deutschen Kulturgutes einsetzen wollen: Unterzeichnen Sie die offene Petition, gerichtet an die EKD, unter dem Link

<https://www.openpetition.de/petition/online/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentschatzes-im-luebecker-st-annen-museum>

Eine vollständige Dokumentation zu den Danziger Paramenten wird auf der Website <https://www.ostdeutsche-museen.de> unter *Paramente Marienkirche* wiedergegeben.

Eine Zeichnung der Petition ist bis zum 15. Juli 2023 möglich.

Reinhard M. W. Hanke, Berlin / Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck /
Dr. Jürgen Martens, Königswinter
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin


www.westpreussen-berlin.de, danzig.westpreussen.berlin@gmail.com
Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12267 Berlin, Ruf: 030-257 97 533

Unterstützen Sie diese Initiative mit Ihrer Unterschrift!



Abbildung aus: B. Borkopp-Restle, Der Schatz der Marienkirche zu Danzig, S. 103

02) Liste für handschriftliche Unterstützung der Petition „Ostdeutsches Kulturgut“. Bitte ausgefüllt senden an LM Westpreußen e. V. Berlin, Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12167 Berlin, <danzig.westpreussen.berlin@gmail.com>



openPetition

ICH UNTERSTÜTZE DIE PETITION MIT MEINER UNTERSCHRIFT:

Verbleib des 1944 geretteten Danziger Parlamentsschatzes im Lübecker St. Annen-Museum

1	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
2	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
3	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
4	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
5	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
6	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
7	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
8	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
9	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
10	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift

Datenschutzklärung

Dieser Unterschriftenbogen wird auf www.openpetition.de als Bild hochgeladen. Von Ihren Daten werden Postleitzahl und Ort gespeichert, damit Ihre Unterschrift gezählt werden kann. Wenn Sie per E-Mail informiert bleiben möchten, willigen Sie in die Speicherung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Dieser Einwilligung können Sie jederzeit widersprechen.

Hinweis

Eintragung nur persönlich und handschriftlich. Nur einmal (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste bitte bis zum **16.06.23** postalisch an Dr. Jürgen Martens, Am Härenberg 14, 53639 Königswinter oder eingeschickt/fotografiert per Email an dr.juergen-martens@t-online.de

Bitte, schicken Sie die ausgefüllte oder teil-ausgefüllte Unterschriftenliste an:
 Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin, Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz.
danzig.westpreussen.berlin@gmail.com Ruf-Nummer: 030-257 97 533 (Anrufannahmer, Fernabfrage)

03) Pressemitteilung

27. März 2023

Petition gegen EKD-Beschluß zur Fortgabe der Danziger Paramente ins Ausland

Die Presseerklärung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin vom 27. Februar 2023 wurde von der evangelischen Kirchenleitung vollständig ignoriert. Auch die Verbände sowie die Politik reagierten bisher nicht (Stand: 28.03.2023).

Dafür haben zahlreiche Privatpersonen, auch im Namen von Gruppierungen, in denen sie tätig sind, ihr vollständiges Unverständnis zum *Letter of Intend* (zu deutsch: Absichtserklärung) der Spitze der EKD in ihrer Presseerklärung vom 9. Dezember 2022 geäußert. Verbittert zeigten sie sich gegenüber dem schamlosen Umgang EKD mit deutschem Kulturgut aus dem historischen deutschen Osten. Dem Erzbisum Danzig will die EKD die einmaligen geistlichen Textilien, den Danziger Paramentenschatz, übergeben. Die Paramente wurden Ende 1944 von dem letzten evangelischen Pastor an St. Marien zu Danzig, Oberkonsistorialrat Dr. Gerhard Gülzow – alten Lübeckern noch als Pastor an der Lutherkirche vertraut - unter Lebensgefahr nach Thüringen gerettet. 186 Teile dieser Paramente übergab 1961 die damalige DDR-Regierung an Polen. 103 Paramente konnte Pastor Gülzow in Lübeck zusammenführen; sie befinden sich seit vielen Jahren im Lübecker St. Annen-Museum – konservatorisch behandelt mit Mitteln des deutschen Steuerzahlers – und werden dort der Öffentlichkeit präsentiert. Die Paramente sollen nunmehr ohne polnische Gegenleistung in die Danziger Marienkirche überführt werden. Bemerkenswert an dem kirchlichen Umgang mit deutschem Kulturgut ist überdies, daß ein Bewahrungsort für die Paramente in Danzig nicht vorhanden ist, sondern erst geschaffen werden muß. Auch wenn die EKD Eigentümerin des Kirchengutes der 1944/45 untergegangenen evangelischen Gemeinden ist, so bewahrt sie dieses Eigentum nur treuhänderisch. Bei einer Schenkung oder Veräußerung ist das entsprechende Einverständnis der einstigen Gemeindemitglieder einzuholen. Dieses Einverständnis wurde der EKD zu keinem Zeitpunkt von den einstigen evangelischen Gläubigen der Marienkirche zu Danzig erteilt; sie handelt auch in diesem Fall verantwortungslos.

Freunde des Danziger Paramentenschatzes setzen sich für seinen Verbleib im Lübecker St. Annen-Museum ein. Sie haben eine offene Petition an die EKD unter dem Link

<https://www.openpetition.de/petition/online/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annen-museum>
initiiert.

Eine **vollständige Dokumentation** zu den Danziger Paramenten ist auf der Website <https://www.ostdeutsche-museen.de> unter *Paramente Marienkirche* wiedergegeben.

Unterstützen Sie diese Initiative mit Ihrer Unterschrift!

*Reinhard M. W. Hanke, Berlin / Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck /
Dr. Jürgen Martens, Königswinter*

Landmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

www.westpreussen-berlin.de, danzig.westpreussen.berlin@gmail.com

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12267 Berlin, Ruf: 030-257 97 533



Abbildung aus: B. Borkopp-Restle, Der Schatz der Marienkirche zu Danzig, S. 103

04) Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) vergibt deutsches Kulturgut

LW

Pressemitteilung 27. Februar 2023

Evangelische Kirche Deutschlands vergibt deutsches Kulturgut

Unter größter Lebensgefahr rettete der letzte evangelische Pastor an St. Marien in Danzig, Oberkonsistorialrat Dr. Gerhard Gülzow, mit einigen Getreuen rund 286 unermesslich wertvolle liturgische Textilien (bekannt als Danziger Paramentenschatz) Ende 1944 vor der anstürmenden Roten Armee. Auf verschlungenen Pfaden gelangten sie teils nach Bayern und teils nach Thüringen.

1961 übergab die DDR-Regierung den Thüringer Teil der Paramente – 183 Stücke – an Polen. Sie werden heute im Danziger Nationalmuseum verwahrt. Der Danziger Pastor Gülzow konnte nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt 103 Paramententeile in Lübeck zusammenführen. Zunächst bewahrt in seinem Pfarrhaus an der Lübecker Lutherkirche – hier war er nach Flucht und Vertreibung Pfarrer –, waren die Paramente von 1964 bis 1990 für die Öffentlichkeit in St. Marien zu Lübeck zugänglich. Da die Mariengemeinde in Danzig als Eigentümerin der Sammlung nicht mehr existierte, ging sie in den Besitz der Evangelischen Kirche der Union (EKU) mit Sitz in Berlin über. Es zeigte sich bald, dass St. Marien zu Lübeck nicht der geeignete Ort zur Bewahrung der Danziger Paramente war. Deshalb schloss die EKU als Eigentümerin der Sammlung einen Vertrag mit der Stadt Lübeck, die eine Überführung in das St. Annen-Museum ermöglichte. In einer eigens gefertigten Paramentenkammer wurden die liturgischen Gewänder ab 1990 dort gezeigt. Spätestens ab diesem Zeitpunkt erhob Polen Ansprüche auf Überführung der Paramente nach Danzig. Ob ein Zusammenhang mit diesen sog. „Rückforderungsansprüchen“ und der Schließung der Paramentenkammer nach wenigen Jahren der öffentlichen Zugänglichkeit im St. Annen-Museum besteht, kann hier nicht nachgegangen werden. Jedenfalls wurden die Paramente im Museumsmagazin eingelagert und fachmännisch betreut.

Auf einer Tagung des Kulturwerks Danzig und der Danziger Naturforschenden Gesellschaft im Oktober 2018 wurde intensiv die Frage diskutiert, was künftig angesichts der polnischen Ansprüche mit den Danziger Paramenten geschehe. Die EKD, Rechtsnachfolgerin der EKU, hatte in einem Schreiben erklärt, dass eine Rückführung des Lübecker Teils der Paramente nach Polen

nicht vorgesehen sei. Fast zeitgleich wurden in der am 18.01.2019 eröffneten großartigen Präsentation Teile der Danziger Paramente im St. Annen-Museum wiederum gezeigt.

Dann überraschte die Leitung der EKD mit ihrer Presseerklärung vom 9. Dezember 2022 die interessierte Öffentlichkeit mit folgender Ankündigung: *"Stadt und Erzbistum Gdańsk freuen sich sehr, dass [...] demnächst auch der Paramentenschatz [aus Lübeck, Zusatz] nach Hause kommt", sagte der Erzbischof Tadeusz Wojda bei der Unterzeichnung des Letter of Intent im Kirchenamt der EKD. [...]* Die Unterzeichnung der Vereinbarung fand am 8. Dezember 2022 statt.

Der Baubeginn der Danziger Marienkirche geht auf das Jahr 1343 zurück, die Fertigstellung erfolgte 1503. Mit der Reformation 1525 wurde die Marienkirche evangelisch, und diente den deutschen evangelischen Christen in Danzig bis zur Flucht und Vertreibung 1944/45 als Gotteshaus.

Unverständlich ist, dass die EKD ohne polnische Gegenleistung die Danziger Paramenten-Sammlung aus der Obhut des St. Annen-Museums – dort wurden die liturgischen Textilien mit öffentlichen Steuergeldern über Jahrzehnte konservatorisch betreut und somit bewahrt – entfernen will und als Geschenk an das katholische Erzbistum Gdańsk abgibt.

Bisher haben nur wenige Privatpersonen sich mit kritischen Eingaben an die Leitung der EKD gegen deren Absicht gewandt, dieses unschätzbar wertvolle deutsche Kulturgut aus Danzig, über Jahrhunderte von der evangelischen Danziger Marienkirchengemeinde getreulich bewahrt und schließlich am Ende des zweiten Weltkriegs von Pastor Gülzow in den Westen gerettet, abzugeben. Alle Deutschen, denen die deutsche Geschichte – auch die Geschichte der historischen Reichsgebiete östlich von Oder und Neiße – etwas bedeuten, sind aufgefordert, gegen die Absicht der EKD mit Eingaben zu protestieren. Die Verbände der Vertriebenen und ihre Kultureinrichtungen müssen mit allem Nachdruck den Erhalt des deutschen Kulturguts für uns Deutsche fordern und durchsetzen.

Letztendlich muss die bundesdeutsche Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, dass solche Transfers von deutschem Kulturgut ins Ausland nicht mehr möglich sind. Parteien, Bundes- und Landesregierungen müssen hierzu alles Nötige schnellstens in die Wege leiten.

*Reinhard M. W. Hanke, Berlin / Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck /
Dr. Jürgen Martens, Königswinter*

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
www.westpreussen-berlin.de, danzig.westpreussen.berlin@gmail.com
Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12267 Berlin, Ruf: 030-257 97 533

05) Paramentenschatz - BdV – EKD im Austausch mit dem Präsidenten des EKD-Kirchenamtes. Zuständigkeiten, Paramentenschatz und Kirche als Heimat angesprochen

Im Austausch mit dem Präsidenten des EKD-Kirchenamtes

Zuständigkeiten, Paramentenschatz und Kirche als Heimat angesprochen

Offen und konstruktiv verliefen Kennenlernen und Austausch zwischen dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, und dem Präsidenten des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Hans Ulrich Anke, am 27. April 2023 am Sitz der EKD in Hannover. Der Termin hatte sich am Rande der Jahrestagung des Konvents der ehemaligen Ostkirchen ergeben, wo Fabritius in einem Grußwort einige grundsätzliche Gedanken zum Verhältnis „Kirche – Vertriebene und Spätaussiedler“ ansprach.

Dem Kirchenamtspräsidenten gegenüber betonte der BdV-Präsident, ihm liege am Herzen, den bestehenden Dialog mit der EKD fortzuführen und zu vertiefen. Gemeinsam ging man daher unter anderem der Frage auf den Grund, „zu wem die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in den Gremien der EKD aktuell gehören“, wie es Dr. Fabritius vor dem Hintergrund einiger Wechsel im Personaltableau mit einem Augenzwinkern ausdrückte. Dr. Anke erklärte, die Zuständigkeit im Kirchenamt liege – wie in der Zeit des Vizepräsidenten Dr. Thies Gundlach – grundsätzlich im Bereich „Kirchliche Handlungsfelder“, das aktuell noch vom Kirchenamtsvizepräsidenten, Bischof Dr. Horst Gorski, aber nach dessen baldiger Pensionierung von Bischof Dr. Stephan



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) und der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Hans Ulrich Anke (r.).

Schaede geleitet werde. Je nach Thema könne aber auch die Auslandsabteilung unter der Kirchenamtsvizepräsidentin, Bischöfin Petra Bosse-Huber, angesprochen werden. Mit den beiden Vizepräsidenten sowie Prälantin Anne Gidion in Berlin ständen somit hochrangige Vertreter der EKD für Reden und Grußworte zur Verfügung. Chancen einer erneuten Berufung eines Beauftragten des Rates der EKD für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge sah Anke nicht. Diese Position hatte zuletzt Kirchenpräsident i.R. Helge Klassohn inne, der für sein Wirken 2018 vom BdV mit der Ehrenplakette ausgezeichnet wurde.

„Kirche auch Heimat“

In aller Kürze tauschten sich die Gesprächspartner außerdem über die durch die Union Evangelischer Kirchen (UEK) beabsichtigte Schenkung des Danziger Paramentenschatzes an die heute katholische Marienkirche Gdańsk und das Erzbistum Danzig aus. Dabei spielten rechtliche Fragen schon aufgrund der Zuständigkeit für das Thema weniger eine Rolle. Vielmehr äußerte Fabritius den Wunsch, dass die Vertriebenen und ihre Nachfahren – genauso wie die Spätaussiedler – in solche Planungen und Entwicklungen von vornherein stärker und mit mehr Empathie eingebunden würden, wodurch sowohl ihre konstruktiven Beiträge zu Verständigungsprozessen als auch ihre Sorgen und Bedenken mit einfließen könnten. Letztlich sei „Kirche auch Heimat – gerade für die Vertriebenen und Spätaussiedler“, so der BdV-Präsident.



Bei der Jahrestagung des Konvents der ehemaligen Ostkirchen hatte der BdV-Präsident in einem Grußwort einige grundsätzliche Gedanken zum Verhältnis „Kirche – Vertriebene und Spätaussiedler“ angesprochen.

06) Der Danziger Paramentenschatz. Kulturstiftung widmete sich in einer Tagung der Erinnerung und Erforschung. Von Birgit Aldenhoff

Der Danziger Paramentenschatz

Kulturstiftung widmete sich in einer Tagung der Erinnerung und Erforschung

Eine von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ausgerichtete Tagung in Danzig-Oliva bot erstmalig ein interdisziplinäres Diskussionsforum zum Thema an. Der ausführlicher Tagungsbericht ist im Internet veröffentlicht worden. Unter den textilen Kunstwerken des späten Mittelalters ist es den Paramenten aus der Danziger Marienkirche in jüngster Zeit gelungen, nicht zuletzt aufgrund ihrer Qualität und ihres umfangreichen Bestandes, ein breiteres Interesse zu finden. Die von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ausgerichtete Tagung bot erstmalig ein interdisziplinäres Diskussionsforum zum Thema an.



Nach einer Begrüßung durch Geschäftsführer Thomas Konhäuser sprach die Schirmherrin und Generalkonsulin, Cornelia Pieper, ihren Dank für die Wahl Danzigs als Tagungsort aus. Die damit zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung bezeichnete sie als wichtigen Beitrag zur Pflege der deutsch-polnischen Freundschaft. Angesichts einer zu beobachtenden, einseitigen Berichterstattung sei es bedeutsam, dass kein „Auseinanderdividieren“ stattfände.

Stefan Samerski, Spiritus Rector der Tagung, und Ernst Gierlich, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, definierten im Folgenden die Inhalte und Ziele der Tagung. Neben der bisherigen kunsthistorischen Forschung gelte es nun, die sozial- und wirtschaftshistorischen Bedingungen sowie die mit den Paramenten verbundenen Frömmigkeitsaspekte in den Blick zu nehmen. Damit leiteten sie zum ersten Vortrag über, der als Keynote mit dem Thema „Danzig als Zentrum transregionalen künstlerischen Austauschs an der Schwelle zur Neuzeit“ in die Tagung einstimmte.

Gerhard Weilandt gab einen Überblick über die funktionalen Kontexte des Hanseraumes. In seinem Vortrag fokussierte sich Weilandt auf die Altäre der Marienkirche und folgte dabei den Spuren eines ihrer Meisterwerke: Hans Memlings Weltgerichtsaltar, gemalt in Brügge um 1467. Das Triptychon, verschifft und verladen, sollte Florenz als Bestimmungsort nie erreichen, denn die Ladung wurde von der „Peter von Danzig“ gekapert und nach Danzig verbracht. Trotz jahrelanger Proteste verblieb das Werk in Danzig und wurde als Altar der St. Georgs-Bruderschaft zu einem der bekanntesten Werke der Kunstgeschichte.



Der Heilige Georg als Chormantelschild ist Teil eines Chormantels.

© Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

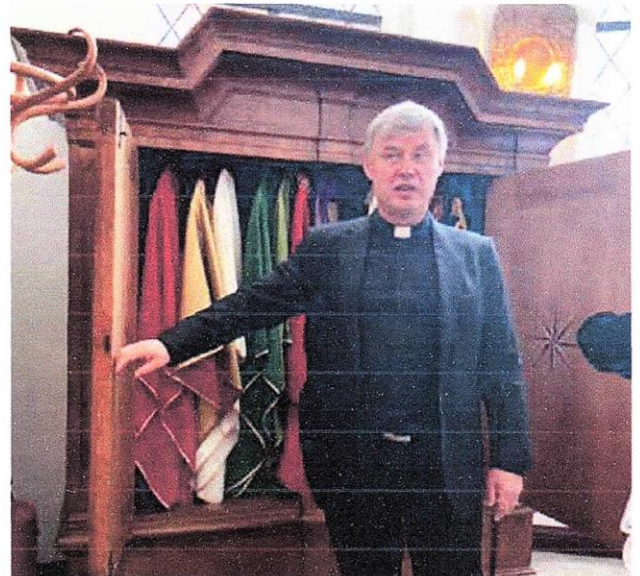
Das erste Panel unter dem Titel „Der Danziger Kontext“ wurde von Tomasz Torbus eröffnet. Er behandelte die Stellung der Stadt an der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert. Torbus beschrieb Danzig als autonome Republik, de facto ein Stadtstaat innerhalb des polnischen Königreiches. Politik, Kunst und Architektur Danzigs am Ausgang des Mittelalters waren durch ihre Lage an der Ostsee bestimmt. Mit einem der größten Umschlaghäfen Europas war die Stadt mehr mit dem Ostseeraum als mit dem binnenländischen Königreich verbunden. In diesem Zusammenhang warnte Torbus vor einer nationalen Kontaminierung Danzigs, die sowohl für die deutsche als auch für die polnische Geschichtsschreibung festgestellt werden kann. Die komplexe Stadtgeschichte sah Torbus verwoben mit der Geschichte des Deutschen Ordens und seiner rivalisierenden Beziehung zur Stadt Danzig und zum Königreich Polen. Die einzigartige künstlerische Entwicklung Danzigs, konstatierte Torbus, konnte sich noch bis in das späte 16. Jahrhundert fortsetzen, als es mit Bauten wie dem Grünen Tor zu einem Zentrum des Manierismus avancierte. Im Sog polnisch-schwedischer Auseinandersetzungen nahm ab 1569 die künstlerische Bedeutung im gleichen Maße ab, wie der Bau von Fortifikationen an Bedeutung gewann.

Die Folgen der Reformation für Gesellschaft und Kirche wurden anhand eines Vortrags von Sławomir Kościelak deutlich. Danzig um 1520 war eine der größten Städte im nördlichen

Europa und hatte als solche zwar internationale Verbindungen, kämpfte aber mit Begleiterscheinungen eines Bevölkerungswachstums wie der Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten. Die traditionellen Verbindungen nach Deutschland brachten neben Handelsgütern auch die Lehren Martin Luthers in die Stadt. Insbesondere eine junge, teils in Wittenberg ausgebildete Generation, stand der neuen religiösen Bewegung aufgeschlossen gegenüber. Gleichzeitig war der prozentuale Anteil katholischer Würdenträger an der Gesamtbevölkerung überraschend klein. Aus einer von Kościelak erstellten Bevölkerungsstatistik ließ sich bis Mitte des 17. Jahrhunderts ein Anstieg der protestantischen Bevölkerung auf bis zu 87,8 Prozent ablesen. Konsequenzen dieser Entwicklung waren zunächst eine innen- wie außenpolitische Stärkung Danzigs. Eine Beförderung der Wissenschaft sowie eine Verbreitung des Calvinismus konstatierte Kościelak ebenfalls. Gleichzeitig begünstigte diese Entwicklung ein vermehrtes Streben der Bürgerschaft nach Kultur und Bildung, ablesbar in der steigenden Zahl von höheren Schulen, Druckereien sowie Buch- und Verlagsanstalten. Mit dem zunehmenden Konflikt zwischen Lutheranern und Calvinisten sowie der Genehmigung zur Gründung eines außerhalb der Stadtmauern gelegenen Jesuitenkollegs bahnte sich zum Ende des 16. Jahrhunderts die Gegenreformation an.

Als Direktor des Danziger Nationalmuseums verlegte Jacek Friedrich den Schwerpunkt von der Stadt- auf die Objektgeschichte. Nach einem Blick in die Bestände unterstrich Friedrich die Bedeutung der Paramente für Danzig und sprach die Hoffnung aus, dem Publikum in absehbarer Zeit eine größere Auswahl präsentieren zu können. Aufgrund von Platzmangel ist die aktuelle Präsentation auf wenige Stücke limitiert. Als Museumsdirektor sei es sein Traum, die Kunstwerke der Marienkirche in einer Ausstellung zu vereinen. Mit Verweis auf eine vierbändige Publikation, die die vollständige Ansicht des Paramentenbestandes bieten wird, leitete er zum Forschungsprojekt „Danziger Paramente in Warschau“ über.

Monika Stachurska, Dozentin an der Akademie der Schönen Künste Warschau, schilderte die Inhalte des Forschungsprojektes, das bei verschiedenen Instituten angesiedelt ist und mit einem neuen Bestands- und Ausstellungskatalog abschließen wird. Von den 541 Objekten, die in den 1930er Jahren unter Walter Mannowsky erfasst wurden, haben sich 191 Objekte im Danziger Nationalmuseum erhalten. Die Bestände sind von 2014 bis 2018 inventarisiert, restauriert und digitalisiert worden. Stachurska zeigte eindrucksvolle Detailaufnahmen und beschrieb eine Fülle an Motiven bei vielfältiger Stoffmaterialität. Fragen nach Herstellung und Zusammensetzung von Stoffen, Farben und Fäden ging sie ebenfalls nach. Abschließend betonte Stachurska die Bedeutung des Projektes und dass mit neuen, naturwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden und unter Zuhilfenahme moderner Makro-Fotografie das Wissen über die Danziger Bestände auf ein aktuell höchstmögliches Niveau gehoben werde.



Prälat Bradke vor dem Schrank mit moderneren Paramenten in der Danziger Marienkirche.

© Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Juliane von Fircks eröffnete das zweite Panel des Tages, das mit „Paramentenbestände in komparativer Perspektive“ überschrieben war. In ihrem Vortrag stellte sie die Gewänder aus der Stralsunder Nikolaikirche vor. Zwar gehören die Stralsunder Paramente zu den kleineren Textilschätzen, doch befinden sich die inventarisierten 39 Objekte in einem so guten Erhaltungszustand, dass allein schon ihre Authentizität eine Erforschung rechtfertigt. Die Geschichte der Stralsunder Paramente beginnt etwas früher als die der Danziger, ein Umstand dessen Gründe in der früheren Stadtentwicklung Stralsunds zu suchen sind. Von Fircks konzentrierte sich auf Werkbeispiele des 15. Jahrhunderts, um eine vergleichende, systematische Perspektive einnehmen zu können. Durch die Stellung St. Nikolais als Hauptpfarrkirche Stralsunds seien zudem weitere Analogien zur Danziger Marienkirche gegeben. Mit Fragen der Ikonografie und Ikonologie beendete von Fircks ihren Vortrag.

Warum in Berlin ein weiterer Bestand an Danziger Paramenten zu finden ist, konnte Katrin Lindemann, Sammlungsleiterin am Kunstgewerbemuseum erklären. Im Panel „Museums- und Ausstellungskultur“ thematisierte Lindemann die musealen Anfänge mit dem 1867 gegründeten Deutschen Gewerbemuseum Berlin. Im Verlauf ihres Vortrags konzentrierte sich Lindemann auf gemalte Stoffe und zeichnerische Ergänzungen. So zeigte sie das bekannteste Sammlungsstück des Kunstgewerbemuseums aus dem Danziger Bestand: das Fragment eines Seidenbrokats, betitelt mit „Papageien in Zwölfecken“ aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Zum Ende ihrer Ausführungen kam Lindemann auf das Thema der Dubletten und ihres Verkaufs oder Tausches zu sprechen. Das Zerteilen von Stoffen mit Gewinnerzielungsabsicht ließe sich nicht nur bei Sammlern sondern auch bei Museen nachweisen. Bereits zur Entstehungszeit konnte der Wert eines 1-Quadratmeter großen Seidenstoffes mit und ohne Edelmetall dem Wert eines Hauses entsprechen.



© Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Teilnehmer der Danziger Tagung der Kulturstiftung.

Über die museale und soziale Bedeutung der Danziger Paramente sprach Dagmar Täube, Direktorin des St. Annen-Museums. Ihren Beitrag mit dem Titel „Die Danziger Paramente im St. Annen-Museum in Lübeck. Ihr Weg in die Sammlung und ihre Präsentation“ eröffnete sie, indem sie die traditionell engen Beziehungen der beiden Hansestädte beschrieb. Täube informierte, dass heute die größte Gemeinschaft der aus Danzig Vertriebenen in Lübeck lebt (ca. 7.000). Daraus ergibt sich ein besonderes Verhältnis zum Danziger Paramentschatz, der Identifizierungsmerkmal mit der alten und neuen Heimat ist. Im St. Annen-Museum werden die Paramente als Dauerleihgabe der Union evangelischer Kirchen in der EKD unter optimalen konservatorischen Bedingungen gelagert und unter strenger Licht- und Zeitkontrolle im mittelalterlichen Ausstellungskontext gezeigt. Im Bestand des St. Annen-Museums befinden sich knapp 100 Gewänder und Textilien, die Lübeck sukzessive in den Nachkriegsjahren erreichten. Mit Hilfe des Danziger Pfarrers Gerhard Gülzow konnte im Zweiten Weltkrieg ein großer Bestand rechtzeitig evakuiert werden. 183 Objekte wurden nach Thüringen gebracht, während weitere Exemplare einzelnen Familien und Gemeindegliedern mit auf die Flucht gegeben wurden. Die 183 Thüringer-Objekte gelangten zu DDR-Zeiten zurück nach Danzig. Die restlichen knapp 100 Objekte wurden Gülzow als Pfarrer der Lübecker Marienkirche übergeben und gelangten, bis auf wenige nach Nürnberg verbrachte Exemplare, 1990 in den Bestand des St. Annen-Museums. Mit der Literaturempfehlung „Der Danziger Paramentschatz“ von Birgit Borkopp-Restle beendete Dagmar Täube ihre Ausführungen.

Das vierte Panel „Plurale Erinnerungs- und Geschichtskultur“ leitete Stefan Chwin, Schriftsteller und Literaturhistoriker, ein. Chwin, 1949 in Danzig als Kind einer aus Litauen vertriebenen Familie geboren, verknüpfte seine Biografie mit der Geschichte Deutschlands, Polens und Danzigs. Er führte aus, dass bereits 1948 in Danzig 60 Prozent Mittelpolen lebten. Nach

Kriegsende wurde Danzig zu einer mononationalen Stadt aufgebaut, in der selbst die kaschubische Minderheit sich nicht mehr wiederfinden konnte. Als Kinder mussten sie, obwohl fast überall zu spüren, die deutsche Geschichte ignorieren. Eine irritierende Fremdheit hätte sich eingestellt, wenn in Mauern verbaute Steine mit deutschen Inschriften entdeckt wurden. Die Widersprüchlichkeit, die in der Stadt und ihrer Bevölkerung zu spüren war, hätte ihn später angetrieben, die Geschichte seiner Heimatstadt und die Geschichte der Deutschen zu erforschen. Bei dieser Arbeit sei er allerdings in ein Kreuzfeuer der Kritik geraten. Chwin konstatierte, dass die Änderung seiner Einstellung zu Deutschen, die im Polen der Nachkriegszeit vor allem für das Böse herhalten mussten, ein langer Prozess gewesen sei, den er selbst nicht richtig erklären könne. Das Narrativ, dass nur Russland Polen gegen die Deutschen schützen könne, und die Tatsache, dass auch polnische Priester diese feindlichen Töne gegenüber Deutschland angeschlagen hätten, habe in seiner Jugend einen Forscher- und Widerspruchsgeist in ihm geweckt. Er sei sich aber bewusst, dass ihm diese Haltung nur gegeben sei, weil seine Augen nicht das gesehen haben, was die Augen seiner Eltern gesehen hätten. In den letzten Jahren empfinde er das deutsch-polnische Verhältnis als eine Art Zwischenspiel, zwischen Schönheit und Hässlichkeit. Beispielhaft nannte er die Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und eine Autorenlesung im Jahr 1997, während der er eine Landkarte erblickte, die die Vertreibungsgebiete noch mit „unter polnischer Verwaltung“ kartographierte. Zum Ende seines Vortrags kam er auf aktuelle Herausforderungen zu sprechen. Er hätte früh auf die zu erwartenden Probleme mit Nord Stream 2 hingewiesen, die deutsche Annäherung an Russland sei irritierend gewesen.

Der finale Beitrag Stefan Samerskis über „Danzig und seine Paramente nach 1870 und nach 1945 in der Bundesrepublik“ warf einen Blick auf die bisherige Objektbiografie, fasste die Ergebnisse zusammen und resümierte, dass die neue Forschungslage endlich der Einschätzung des Danziger Dominikaners Martin Gruneweg Rechnung trage, der um 1600 als einer der ersten Chronisten den Bestand wie folgt beschrieben hatte: „Altäre sehr reichlich... mit köstlichen Messgewändern, Silber, Gold, und teuren Perlen, und Edelstein und Heiligtum aus ganzer Welt zusammen gelesen“.

Birgit Aldenhoff

Studium der Kunstgeschichte, Philosophie und Klassischen Archäologie; Tätig u.a. für das Bundesarchiv Koblenz und das Haus der Geschichte; Wiss. Referentin für Kunstgeschichte und Leiterin der Beratungsstelle für Heimatsammlungen; Leitung Projekt Virtuelle Heimatsammlungen NRW.



07) Etwas zum Nachdenken: Evangelische Kirche verliert 30 000 Mitglieder

Evangelische Kirche verliert 30 000 Mitglieder

BERLIN – Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) hat binnen eines Jahres fast 30 000 Mitglieder verloren. Ende 2022 gehörten ihr noch 833 254 Menschen an, ein Jahr zuvor noch 862 581, wie die EKBO aus vorläufigen Zahlen meldete. Im Vergleich zu 2021 lag das Minus bei 3,4 Prozent. Dabei verzeichnete die evangelische Kirche 43,9 Prozent mehr Taufen. Die Zahl der Konfirmationen stieg um 2,2 Prozent. Als Gründe für Austritte sieht die Kirche, dass Religion für viele Menschen keine Rolle spiele. Genannt werden zudem fehlende Bindung an Institutionen, finanzielle Engpässe durch Krisen wie Ukraine-Krieg, Klimafragen und Inflation.

08) Wer kann helfen: Heimatkurier des Kreises Rosenberg/Westpreußen

25.01.2023, 08:05

Sehr geehrter Herr Hanke,

ich suche im Zuge der Familienforschung die o.g. Hefte. Können Sie mir mitteilen, wo diese archiviert sind und ich den Inhalt einsehen kann?

Oder wen kann ich weiter kontaktieren.

.
Mir geht es speziell um den Ort Groß Peterwitz Kreis Rosenberg/Westpreußen.

Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Hanna Hasselmann

Berlin

ha-hasselmann@t-online.de

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin ist vom Finanzamt für Körperschaften als „gemeinnützig“ anerkannt. Das heißt auch: wir dürfen keine finanziellen Rücklagen bilden. Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:

DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:

DEUTDEK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. *Bild: ZDF*

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) Deutschsprachig oder deutsch?

David Heydenreich, Mitglied des Bundesvorstandes der Bruna, setzt sich in der SdZ Nr12 / 2023 mit den wesentlichen Unterschieden zwischen „deutschsprachig“ und „deutsch“ – da wird in Medienebene gerne verwechselt bzw. vermengt - auseinander.

David Heydenreich, Mitglied des Bundesvorstandes der Bruna, setzt sich mit der Frage „Deutschsprachig oder deutsch?“ auseinander.

Wenn von der Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Ländern die Rede ist, taucht immer wieder ein bestimmter Begriff auf, nämlich „deutschsprachig“. Im Brüner Kontext verwendete ihn kürzlich Petr Kalousek, der im vergangenen Jahr als Direktor des Festivals „Meeting Brno“ mit Deutschlandfunk Kultur über die „Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung“ sprach. Der Begriff ist allerdings irreführend, denn die Vertreibungsoffer der Jahre 1945/46 umfaßten nicht unterschiedliche Nationalitäten mit gemeinsamer Sprache, sondern wurden auf Geheiß des Staatspräsidenten Edvard Beneš eben aufgrund ihrer deutschen Nationalität verfolgt. Auf die Problematik des Begriffs „deutschsprachig“ hatte bereits Erich Pillwein (1919 – 2018) als ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Bruna hingewiesen – deutschsprachig, im Sinne einer fehlerfreien Beherrschung des Deutschen, waren schließlich auch viele Tschechen.

Warum ist der Begriff überhaupt in Gebrauch? Eine Antwort gibt ein Blick nach Österreich, wo die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Mehrheitsbevölkerung in den Jahrzehnten nach 1945 einem tiefgreifenden Wandel unterlag. Politiker und Publi-



Gedenktafel für „die deutschen Bürger der Stadt Brünn und der Sprachinsel“ in Wien.

zisten in Nachkriegsösterreich leugneten jahrhundertalte historische und kulturelle Gemeinsamkeiten mit Deutschland, um Österreich von einer Mitverantwortung für den Nationalsozialismus freizusprechen und seine bevorzugte Behandlung durch die Alliierten zu erwirken. Tatsächlich erreichte Österreich bereits 1955 die Wiedergewinnung

seiner vollen Souveränität und den Abzug aller Besatzungstruppen. Die These von Österreich als „erstem Opfer Hitlers“, die im politischen Wien bis 1991 aufrechterhalten wurde, wäre nicht möglich gewesen ohne eine gleichzeitige Neudefinition der Österreicher als eine nicht-deutsche Nation, als bloß „deutschsprachig“.

Diese identitätspolitischen Prozesse, die aus politischer Opportunität in der unmittelbaren Nachkriegszeit erwachsen waren, hinterließen ihre Spuren im Geschichtsverständnis der Nachfolgenerationen in Österreich und Deutschland. So geschieht es heutzutage oft, daß eine strenge Unterscheidung zwischen „deutsch“ und „österreichisch“ nicht nur für die Zeit seit 1945 vorgenommen wird, sondern ahistorisch auch für die Jahrhunder-

te zuvor. Beispielsweise erklärte mir letztes Jahr eine jüngere Teilnehmerin des Sudetendeutschen Tages, die Sudetendeutschen seien keine Deutschen gewesen, sondern Österreicher. Daß „deutsch“ im damaligen Sprachgebrauch nicht gleichbedeutend mit „reichsdeutsch“ war und die deutschsprachigen Einwohner Österreich-Ungarns nach allgemeinem Verständnis als Deutsche galten, und daß diese deutschen Österreicher nach dem Zerfall der Donaumonarchie 1918/19 mehrheitlich die Vereinigung ihrer Kerngebiete mit dem republikanischen Deutschen Reich forderten, kann offenbar nicht länger als Allgemeinwissen vorausgesetzt werden.

Die Konjunktur des Verlegenheitswortes „deutschsprachig“ ist im Kontext der gegenwärtigen Begriffsverwirrung um „deutsch“ und „österreichisch“ in der mitteleuropäischen Geschichtsbeurteilung zu verstehen. Um diese zu überwinden, muß deutlich gemacht werden, daß die Anerkennung einer deutschen Vergangenheit Österreichs – als Vormacht in der deutschen Staatenwelt von 1438 bis 1866 – und einer fortwirkenden kulturellen Verbundenheit mit Deutschland keinerlei schmälern den Einfluß auf die Bejahung der Eigenstaatlichkeit Österreichs hat. Es sollte möglich sein, das Wort „deutsch“ im historischen Kontext ohne Verengung auf das kleindeutsch-preußische Nationalstaatsprojekt von 1871 zu gebrauchen. Wir, die wir als Sudetendeutsche auch Altösterreicher sind, vernebeln uns andernfalls den geschichtlichen Blick auf unsere Herkunftsregionen.



Gedenktafel für „deutschsprachige Einwohner aus Brünn und Umgebung“ in Pohrlitz.

**02) Die Reparationsforderungen aus Warschau sind juristisch nicht haltbar.
Jaroslaw Kaczyński ignoriert das Völkerrecht.
Von Stephan Klenner**

Jaroslaw Kaczyński ignoriert das Völkerrecht

FAZ

v. 03.9.22

Die Reparationsforderungen aus Warschau sind juristisch nicht haltbar / Von Stephan Klenner

Die aktuellen Reparationsforderungen des PiS-Vorsitzenden Jaroslaw Kaczyński basieren vor allem auf ökonomischen Berechnungen: Die Studie, die Polens wohl mächtigster Politiker als Grundlage seiner 1,3-Billionen-Euro-Forderung präsentierte, beschäftigt sich eingehend mit den wirtschaftlichen Verlusten, die Polen aufgrund der Gräueltaten der Nationalsozialisten erlitten hat. Juristisch enthält sie nichts Neues. Wer die Forderungen völkerrechtlich bewerten will, sollte vielmehr zwei Gutachten aus dem Jahr 2017 lesen. Damals beschäftigten sich die wissenschaftlichen Dienste beider Parlamente – sowohl des polnischen Sejm als auch des deutschen Bundestages – eingehend mit den rechtlichen Hintergründen solcher Forderungen.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages prüfte damals sehr ernsthaft, ob Polen Reparationen aus Deutschland zustehen. Die Parlamentsjuristen dachten dabei in verschiedenen Szenarien. Zunächst gingen sie der Frage nach, ob aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrags ein Anspruch des Nachbarlands besteht. Dabei wurden sie nicht fündig: Im Potsdamer Abkommen hielten die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges 1945 lediglich fest, die Reparationsansprüche Polens seien aus dem Anteil der deutschen Reparationen an die Sowjetunion zu befriedigen. Die genaue Ausgestaltung verschoben sie auf einen spä-

teren Zeitpunkt. Zu der angestrebten Konkretisierung kam es dann nicht mehr. Da sich das Klima zwischen Ost und West zunehmend verschlechterte, regelte die Sowjetunion ihre Reparationsbedürfnisse durch umfangreiche Demontagen und Entnahmen aus der laufenden DDR-Produktion, ohne ihre einstigen Verbündeten einzubeziehen. Die Polen erkannten 1957 gegenüber der Sowjetunion an, sie seien über diesen Weg ebenfalls befriedigt worden.

Auch aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag, der 1990 den Weg zur Deutschen Einheit ebnete, lässt sich kein Reparationsanspruch Polens gegenüber Deutschland herleiten. Das Abkommen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs erwähnt die Reparationsfrage zwar nicht ausdrücklich. Es sollte aber die Kriegsfolgen abschließend regeln. Die Bundesregierung und der Bundesgerichtshof halten schon deshalb die Reparationsfrage für erledigt. Polen war zwar keine direkte Vertragspartei des Abkommens, stellte die Befugnis der Hauptsieger, stellvertretend für alle ehemaligen Gegner Deutschlands die Kriegsfolgen zu regeln, aber auch nicht infrage.

Wenig später unterzeichnete Warschau zudem die „Charta von Paris für ein neues Europa“. Diese nahm den Zwei-plus-vier-Vertrag „mit großer Genugtuung“ zur Kenntnis. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 griff die

Reparationsfrage folgerichtig nicht mehr auf; Vermögensfragen sparten beide Staaten sogar ausdrücklich aus. Aus alledem folgerten die Bundestagsjuristen in ihrem Gutachten, dass Polen aus einem völkerrechtlichen Vertrag keinen Reparationsanspruch ableiten kann.

Ansprüche können aber nicht nur aufgrund von Verträgen bestehen. Die moderne Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, ein Reparationsanspruch entstehe zwischen Staaten bereits „mit dem schadensstiftenden Ereignis“ im Krieg. Auch wenn umstritten ist, ob sich diese neue Ansicht auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs übertragen lässt, ging der Wissenschaftliche Dienst zugunsten der Polen in einem weiteren Szenario von dieser Prämisse aus. Die Bundestagsjuristen verneinten aber auch aus dieser Perspektive einen Reparationsanspruch: Zwar habe Polen möglicherweise zunächst ein Anspruch zugestanden, das Land habe diesen aber 1953 mittels einer unilateralen Verzichtserklärung verwirkt. Historisch lässt sich das gut begründen: Die polnische Regierung erklärte am 23. August 1953 ausdrücklich, mit Wirkung zum 1. Januar 1954 „auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten“.

Das juristische Gutachten des polnischen Sejm von 2017 wendet viel Mühe auf, insbesondere diesen Punkt zu entkräften: Die Erklärung von 1953 sei nur

auf „Druck und Initiative“ der Sowjetunion abgegeben worden. Ganz falsch ist das nicht. Nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 hatte Moskau bereits ähnlich entschieden und seinerseits auf Reparationen verzichtet. Die Sejm-Juristen argumentierten zudem, der polnische Ministerrat habe sich nur gegenüber der DDR verpflichten wollen – dies habe die polnische Verfassung von 1952 nämlich nur dem Staatsrat erlaubt.

Selbst wenn man diesen Ansätzen folgt, vermögen sie völkerrechtlich nicht zu überzeugen: Der polnische Staat als solcher wurde trotz seiner Einbindung in den Ostblock nach 1945 international nie infrage gestellt. Die polnische Regierung war daher befugt, völkerrechtlich bindende Erklärungen abzugeben.

Im Jahr 1970 bestätigte außerdem der polnische Vizeaußenminister Jozef Winiewicz gegenüber der Bonner Regierung, Polen habe auf Reparationen verzichtet. Anlass waren damals die Verhandlungen zum Warschauer Vertrag, mit dem Deutschland und Polen ihre Beziehungen im Rahmen der Ostpolitik Willy Brandts neu regelten. Die Bundesregierung veröffentlichte die Bestätigung Winiewicz' umgehend in einem Bulletin, ohne dass Polen dagegen protestiert hätte. Auch darauf verweisen die Bundestagsjuristen in ihrer Ausarbeitung.

Aus: FAZ vom 03.09.2022

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f) Ostdeutsche Landsmannschaften u.ä.

(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 24– A 32

01) Bund der Vertriebenen, Landesverband Sachsen

**Neues auf der Internetseite des Vereins Erinnerung und Begegnung e.V.
(EuB)**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Unterstützer und Mitglieder,
auf unserer Internetseite

www.vertriebene-in-sachsen.de

finden Sie eine Einladung zu dem Chorfest am **25. Juni** in
Reichenbach/Schlesische Lausitz und die neue Verbandszeitung des
Landesverbandes der Vertriebenen Sachsen/Schlesische Lausitz (LVS) zum
herunterladen.

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Zempel

Kastanienweg 11
01705 Pesterwitz
Tel.: 0351/6585679
Fax: 03222/9820002

02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburstag: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden: _____

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@
frauenverband-bdv.de

SPENDEN
Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundsatz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatverbliebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Konzepten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Dienstag im Monat), also das nächste Mal am 25. Juli 2023 von 14 – 16:30 Uhr. Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen (*Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?*)

Kontakt: Ruf 030-324 48 38

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V.“ Stralsunder Str. Nr. 6 in Berlin-Mitte Tram 10, U8 Bernauer Str.

04) 26.Landestreffen der Ostpreußen in Anklam, 16. September 2023

Achtung – Datum + Ort geändert:

Ostpreußen

**26. Landestreffen
Mecklenburg-Vorpommern
in**

Anklam

**Sonnabend, 16. September
2023**

10 bis 17 Uhr

Mehrzweckhalle „Volkshaus“

17389 Anklam, Baustraße 48 - 49

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschildert.
Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl
und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde
informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

**Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landsleute!

Termin und Ort des Landestreffens der Ostpreußen in MV müssen aus organisatorischen Gründen geändert werden:

Sonnabend, 16. September 2023, von 10 - 17 Uhr in ANKLAM, Mehrzweckhalle "Volkshaus", Baustr. 48-49.

Alle interessierten Landsleute werden gebeten, sich darauf ein- bzw. umzustellen.

Bitte informieren Sie auch alle Freunde, Verwandten und Bekannten über diese Änderung. Sie sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Es werden 700 - 800 Besucher erwartet. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden.

Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland.

Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit 5 Chören aus der Heimat (Masuren und Litauen), einem Blasorchester, einer Volkstanzgruppe aus Pommern und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V.

Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt.

Hotelplätze vermittelt die Anklam-Info, Tel. 03971-835154. Das Volkshaus befindet sich im Stadtzentrum direkt hinter dem Marktplatz.

Manfred Schukat

- --
- -----
- Manfred Schukat
- Hirtenstraße 7a
- 17389 Anklam
-
- E-Mail: M.F.Schukat@web.de
- Telefon: 0049 3971 245688

05) Memeler Dampfboot. Die Heimatzeitung aller Memelländer. 174. Jahrgang.
Rastede, 20. Juni 2023, Nr. 6 - Auszug -

- Wird im AWR-838 nachgeholt -



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

06) Sonnabend, 26.08.2023, 15:00 Uhr:

Die 32. Weißenhöher Himmelfahrt 2023: Danzig mit Oliva, Zoppot,
Gdingen, Hela u.a.m. - Bericht von Teilnehmern / Programme 2023
Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher, Karola
und Lothar Schubert, letzterer in Danzig gebürtig u.a.

Weitere Termine – in Zukunft sonnabends:

14.10., 11.11. und – Termin unter Vorbehalt: 09.12.2023

07) Tagesfahrten:

Interessenten melden sich bitte telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufnehmer mit Fernabfrage).

08) Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek

jeweils am 2. Donnerstag im Monat, 16 Uhr,
Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12187 Berlin

13.07.2023 Dr. Hans W e i n e r t: August Borsig, der Lokomotivbauer

14.09.2023 Dr. Hans W e i n e r t: Preußens Stellung in Deutschland aus der Sicht
Friedrich II. (des Großen) nach den Schlesischen Kriegen

13.10.2023 Dr. Hans W e i n e r t: Der Hohe Dom zu Breslau

09.11.2023 Dr. Hans W e i n e r t: Erdmannsdorf im schlesischen Elysium: Schloss, Park,
Kirche, Tiroler Häuser

14.12.2023 Dr. Hans W e i n e r t und weitere Leser: Eine schlesische Weihnachtsgeschichte von Paul Keller

09) AGOM-Wanderung in Potsdam

Mehrfach musste der Termin für die Wanderung durch Stadt und Sanssouci-Park in Potsdam verschoben werden. Nun soll die Veranstaltung in den kommenden Monaten unter der Leitung des stv. Vorsitzenden Joachim Moeller im Oktober 2023 nachgeholt werden. Interessenten melden sich bitte umgehend bei Frau Hanske (030-772 13 93).

10) Stammtisch Breslau in Berlin-Köpenick

Die Termine des Stammtisches haben sich geändert, zuzeit sind die Treffen jeweils auf Freitag (bisher Mittwoch) gesetzt. Es ist daher zu empfehlen, Termin und Thema bei der Vorsitzenden Marina Seidlitz zu erfragen:

Ruf: 030-535 45 37 // hochelbe@freenet.de

**A. g) Landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten A 33 – A 43**



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

- 01) Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. – 31. Juli 2021**
- In Arbeit –

- 02) Bild-Bericht zur „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. – 28. Mai 2022**
- in Arbeit –

03) 32. Weißenhöher Himmelfahrt, 17. bis 23. Mai 2023, in Danzig

Unser Programm wurde voll erfüllt:

Mi, 17.05.2023 eigene **Anreise** nach Danzig

Do, 18.05.2023 **Rechtstadt** mit Marienkirche und Museen (Artushof, Rechtstädtisches Rathaus, Uphagenhaus)

Fr, 19.05.2023 **Speicher- und Niederstadt**, Nationales Maritimes Museum, **Vorstadt** mit Nationalmuseum

Sb, 20.05.2023 **Gdingen, Oliva**



Gdingen, Steinberg: von links Reinhard M. W. Hanke (Vors. LmW-Berlin), Ute Breitsprecher (stv. Vors. LmW-Berlin), Benedikt Reschke (Vors. BdtBev), Werner und Brigitte Dechering (Gäste aus Gelsenkirchen), Karola und Lothar Schubert (LmW-Berlin, Vors. Bund der Danziger in Berlin), Frau Barbara Schumacher (1. Stv. Vors., BdtBev), Frau Grazyna Kohnke (Schatzmeisterin BdtBev.), Herr Hilary Kohnke (2. Stv. Vors., BdtBev)
BdtBev = Bund der deutschen Bevölkerung in Gdingen; LmW = Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin.-

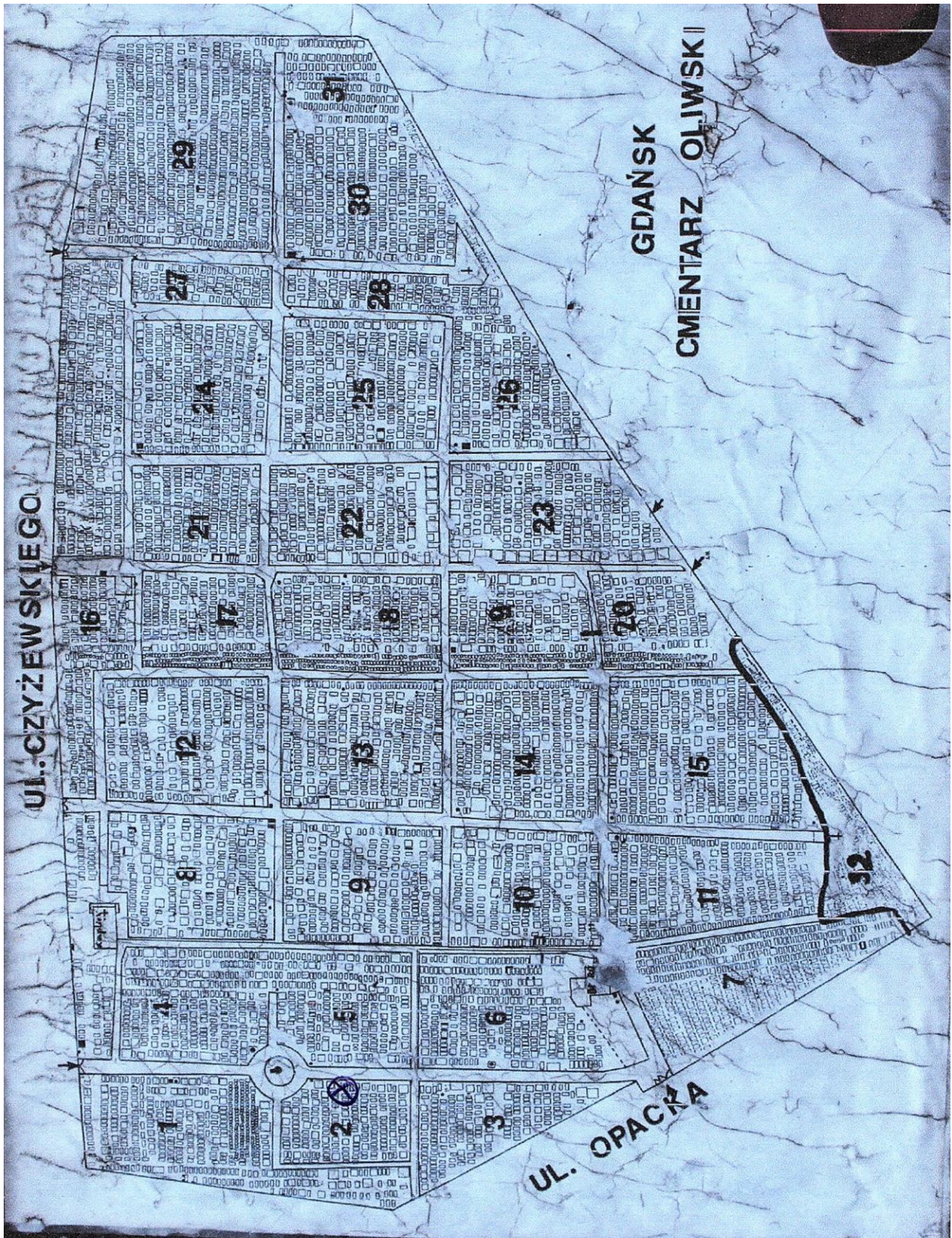
Aufnahme: Archiv Hanke

Unser aller Dank gilt der Gdingener Deutschen Bevölkerungsgruppe und ihrem Vorsitzenden Bernhard Reschke für die freundliche und sachkundige Aufnahme in Gdingen! Herzlichen Dank auch für die sachkundige Führung!

Friedhof in Danzig-Oliva (sämtliche Aufnahmen Archiv Hanke)

am Sonnabend, dem 20. Mai 2023, Besuch durch Teilnehmer der „32. Weißenhöher Himmelfahrt 2023“

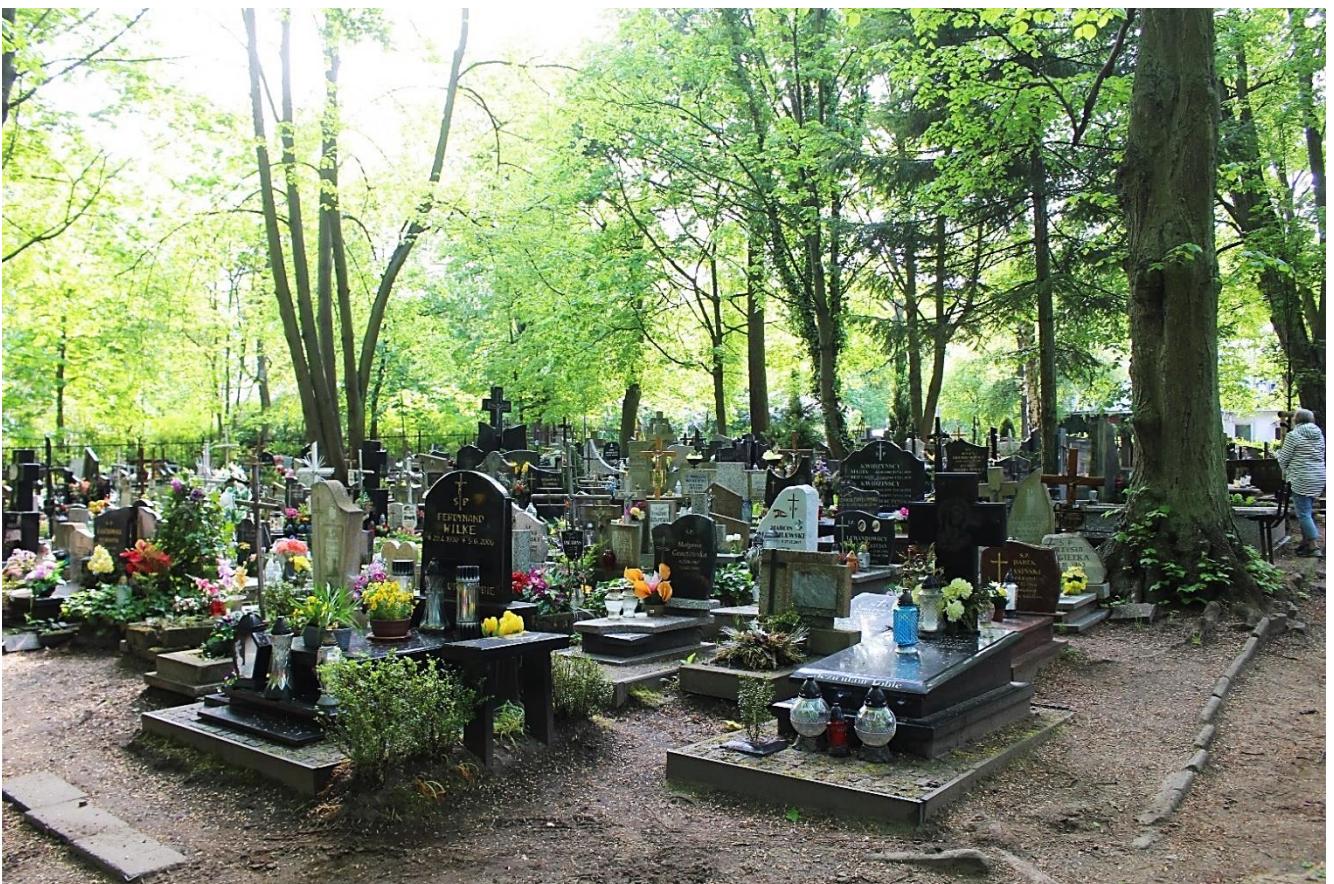
Besuch der Grabstelle von Familie Tietze, Feld 2, Reihe A, Stelle 8





Eingang von der ul. Opacka.-

IMG_6654



Blick vom Eingang auf Feld 4.-

IMG_6653



Blick von der Grabstelle Tietze (links, dunkler Grabstein) zurück zum Friedhofseingang. IMG_6648



Blick vom Tietze-Grab (rechts, dunkler Grabstein) in Richtung Felder 3 und 6.-

IMG_6650



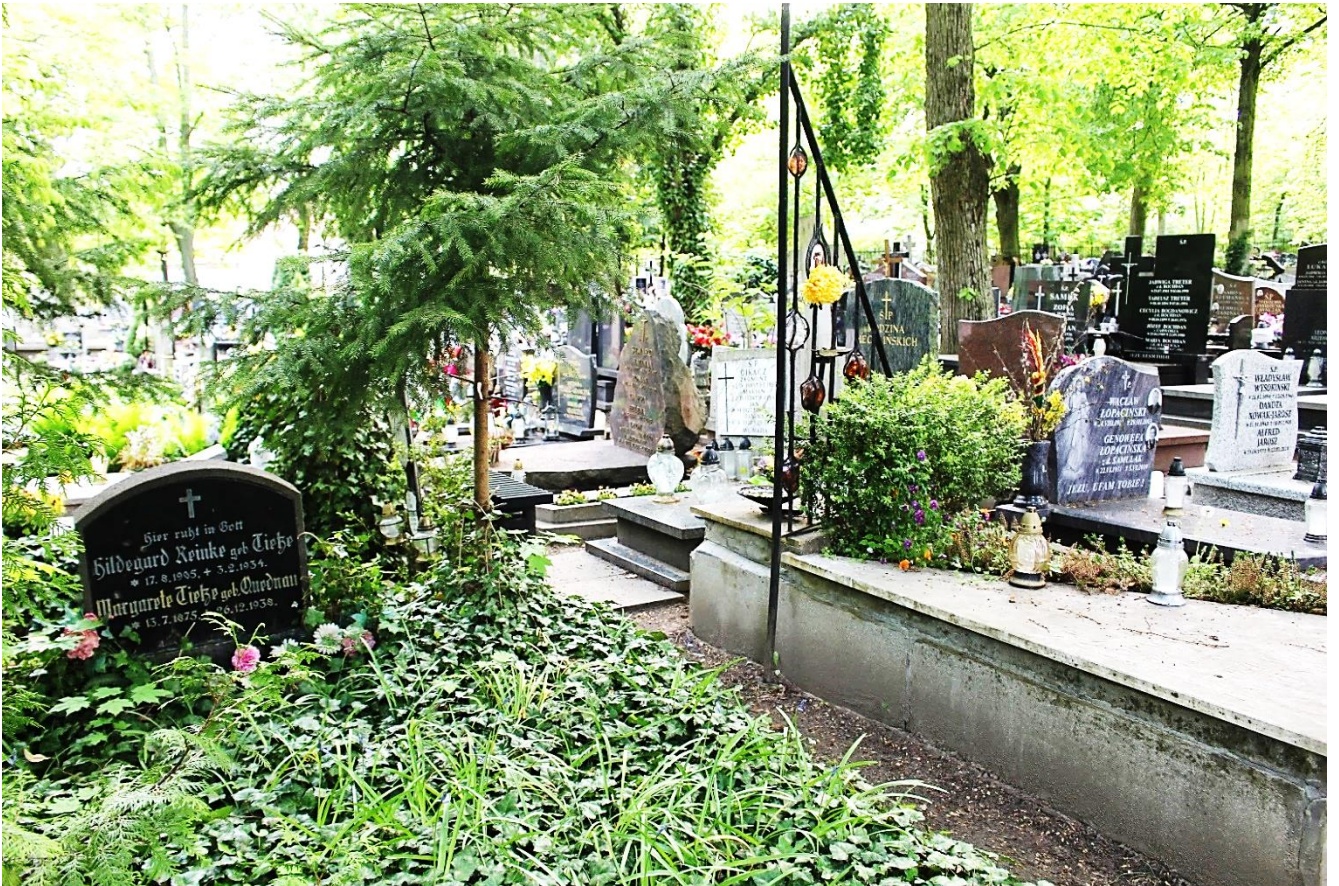
Grabstelle Tietze (links) mit benachbarten Grabstellen.-

IMG_6649



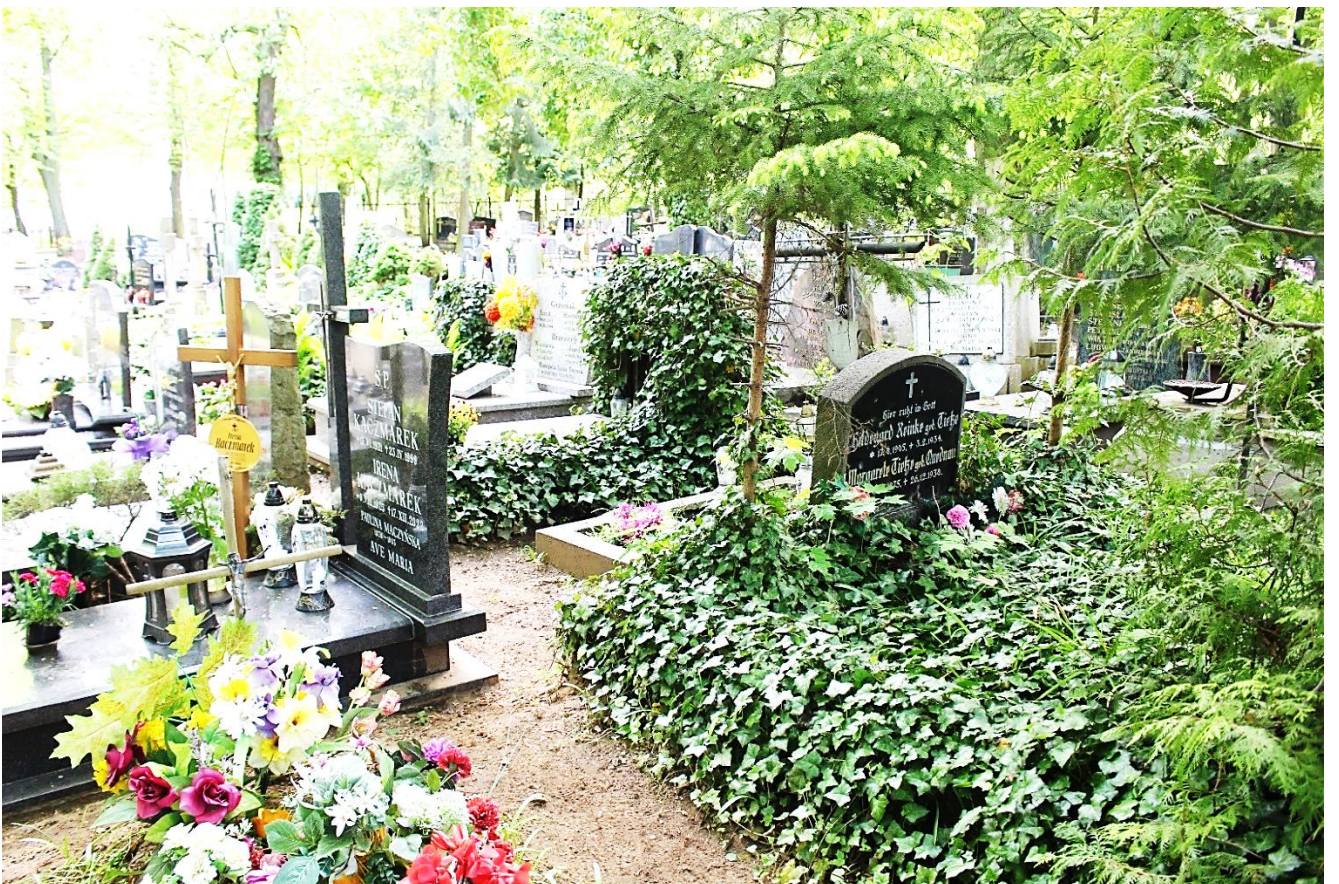
Tietze-Grab (mittens, dunkler Grabstein). -

IMG_6651



Grabstelle Tietze und benachbarte Gräber. -

IMG_6646



Grabstelle Tietze (rechts). -

IMG_6647



Grabstelle Tietze.-

IMG_6645



Grabstein Tietze.-

IMG_6652

Dr. Christian Tietze, Heimatkreisvertreter von Kulm, erläutert zur Grabstelle, was für unsere Heimatfreunde sicherlich von großem Interesse für die eigene Heimatarbeit sein kann:

Während der evangelische Friedhof in meiner Geburtsstadt Kulm an der Weichsel nach dem Kriege eingeebnet und in einen Park umgewandelt wurde - im Jahre 1995 stellten wir vom Heimatkreis Kulm dort einen zweisprachigen Gedenkstein auf -, besuchte ich im Jahre 1961 im Rahmen eines Schüleraustausches u.a. auch Danzig. Hoffnungsfroh suchte ich auf dem Friedhof Danzig-Oliva das Grab meiner Tante Hildegard Reinke (gestorben 1934) und meiner Großmutter Margarete Tietze (gestorben 1938). Und tatsächlich fand ich das gepflegte Grab, auf dem die Namen einwandfrei zu lesen waren, überschrieben mit "Hier ruht in Gott". In späteren Jahren haben wir einen polnischen Studenten mit der Pflege des Grabes beauftragt und die "Liegezeit" verlängert, ehe meine Frau und ich im Jahre 2018 den Friedhof und das Grab wieder besuchten. Unsere Versuche herauszufinden, für wie viele Jahre das Grab noch Bestand hat, schlugen fehl. Zum einen gab es erhebliche Sprachprobleme, die mit Hilfe eines PC-gestützten Sprachprogrammes nur notdürftig behoben werden konnten, zum anderen fehlten für die Zeit vor 1945 jegliche Unterlagen über die Gräber mit der Folge, dass diese Gräber überhaupt nicht erfasst waren. Wir hinterließen unsere E-Mailadresse und sahen unsere "Mission" als gescheitert an. Umso überraschter waren wir, als uns knapp einen Monat später eine E-Mail von der Friedhofsverwaltung Danzig-Oliva erreichte. Wir erfuhren, dass es sich bei dem Grab um zwei Gräber handele. Die Gebühren betragen ab 2018 je Grab für die nächsten 20 Jahre 1.045,15 zł und für die nächsten 10 Jahre 522,57 zł. Auf Anfrage wurde uns mitgeteilt, dass die Beträge auch zu dem dann gültigen Umrechnungskurs in Euro entrichtet werden könnten. Der Übertragungstitel (Banküberweisung) müsse unbedingt folgende Angaben enthalten: 1. Name des Verstorbenen, 2. Todesdatum, 3. Name des Zahlers, 4. Anschrift des Zahlers. Nachdem wir den entsprechenden Betrag überwiesen hatten, wurde uns mit freundlichen Grüßen bestätigt, dass die beiden Gräber bis 2038 bezahlt seien, und eine Rechnung übersandt.

So, 21.05.2023 Schiffsfahrt nach **Hela und Zoppot**

Mo, 22.05.2023 **Vorstadt** (mit Museum des Zweiten Weltkriegs),

Di, 23.05.2023 **Abreise**

Diese Veranstaltung der 32. Weißenhöher Himmelfahrt 2023 war überaus erfolgreich. Wir sehen uns im nächsten Jahr wieder in den Kreisen Flatow, Konitz und Berent?



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

04) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 09. September 2023, 14:00 Uhr

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr, im Jahre 2023 zu folgenden Terminen:

09.09., 09.12.2023

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosdall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosdall@freenet.de

05) Glogauer Heimatbund

Mitteilungen des Vorstandes (für NGA 8/2023)

Das Schlesiertreffen 2023 und in dessen Abfolge unsere Mitgliederversammlung liegen hinter uns. Beide Veranstaltungen sind erfolgreich verlaufen. Wer dabei war, konnte ein außergewöhnliches Rahmenprogramm er- und durchleben.

„Schlesien neu entdecken“ war das Motto, mit dem Alt und Jung aufgerufen wurde, die prosperierende schlesische Heimat neu kennenzulernen. Eröffnet wurde die Festveranstaltung am Samstag von Dr. Gotthard Schneider, der Peter Beyer (MdB) als Präsident der Bundesdelegiertenversammlung – Schlesische Landesvertretung, krankheitsbedingt vertreten musste. Ihm folgten Thomas Klapproth, Bürgermeister der Stadt Hannover, Daniela Behrens, Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport sowie Stephan Rauhut als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von der Original Beustertaler Blasmusik aus Diekholzen, unter Leitung des Dirigenten Thomas Schindler sowie dem Heimatchor aus Gleiwitz, unter Leitung von Anna Wolak. Farbenprächtig begleitet von der Arbeitsgemeinschaft Schlesischer Trachtengruppen.

Die fristgemäß einberufene Mitgliederversammlung konnte der 1. stellvertretende Vorsitzende, Hfrd. Thomas Kinzel pünktlich um 15 Uhr eröffnen. Leitfadener waren die Tagesordnungspunkte, allen voran aber eine Schweigeminute zum Gedächtnis unserer Verstorbenen. Betroffen machte nach wie vor die traurige Nachricht vom Ableben unseres Vorsitzenden Dr. Martin Sprungala wenige Wochen zuvor. Grüße und die besten Wünsche übermittelt wurden vom Vorstand der TZG (Towarzystwo Ziemi Głogowskiej) aus Glogau (Głogów).

Hfrd. Kinzel legte einen umfassenden Geschäftsbericht seit der MV und Wahl 2018 vor. Die Lücken zu turnusgemäßen Mitgliederversammlungen (2020 und 2022) sowie der Neuwahl des Vorstandes fielen dem Pandemiegeschehen, demzufolge Reise-/Handlungseinschränkungen und der Risikominimierung anheim. Notwendige Vorstandsentscheidungen wurden durch Umlaufbeschlüsse gefasst. Der Kassenbericht wurde von der Kassenwartin Anna Matuska, verehelichte Kusch, vorgetragen. Der Bericht zur Kassenprüfung erfolgte durch Manfred Liersch, in Vertretung von Hfrdin. Margot Nicolai. Der Vorstand wurde für seine korrekte und erfolgreiche Arbeit einstimmig entlastet.

Der Geschäfts-/Tätigkeits- und Kassenbericht liegt in der Verwaltung des GHB vor. Interessierte Mitglieder können nach Terminvereinbarung gerne Einsicht nehmen.

Ein besonderer Dank wurde mit Blumengrüßen an Marion Zimmermann und Elżbieta Liersch übermittelt, die den Vorstand bei seiner Tätigkeit jederzeit unterstützten. Dank ausgesprochen wurde auch an Hfrd. Hans-Joachim Breske und Bernd Ratajczak für die in den Jahren getätigte Mitarbeit.

Die Neuwahl des Vorstandes wurde durch die anwesenden sowie die durch Stimmrecht vertretenen Mitglieder durchgeführt. Zur Wahl gestellt hatte sich Hfrd. Thomas Kinzel aus Werder (Havel) für den Vorsitz, Hfrd. Jürgen Klosa aus Übach-Palenberg für den 1. stellvertretenden Vorsitzenden, Hfrd. Michael Schulz aus Mohorn für den 2. stellvertretenden Vorsitzenden, in Abwesenheit aber durch Zusage beim Vorsitzenden Hfrdin. Karin Eisensee aus Potsdam als Kassenwartin und Hfrd. Wilfried Schröter aus Dormitz als Schriftführer. In Einzelabstimmung wurde der neue Vorstand gewählt. Als Kassen-/Ersatzkassenprüferin gewählt wurden einstimmig Hfrd. Manfred und Elżbieta Liersch aus Braunschweig.

Die neuen Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl an, bedankten sich für das erzeigte Vertrauen und stellten sich – bis auf Heimatfreundin Eisensee, die aus Termingründen nicht teilnehmen konnte – den anwesenden Mitgliedern persönlich vor. Die Vitas werden wir Zug um Zug im NGA und auf unserer GHB Website (<http://www.glogauerheimatbund.de>) veröffentlichen.

Mit dieser Mitgliederversammlung wurde sichergestellt, dass unser Glogauer Heimatbund e.V. auch weiterhin arbeitsfähig bleibt und wir die anstehenden Aufgaben im Interesse unserer Mitglieder und des Vereins satzungskonform fortführen können.

Das Rahmenprogramm des Schlesiertreffens endete am Sonntag mit zwei Gottesdiensten und dem nachmittäglichen Ausklang bei gemütlichem Zusammensein.

Namen aller Vorstandsmitglieder

01) Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg

in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin

Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz

12167 Berlin

Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage

westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01, BIC PBNKDEFF

1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher

Schatzmeister: Dieter Kosbab

06. Juli 2023

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf,

Theatersaal. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | | | |
|-----|--|--|------------------|
| 337 | Montag
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 07. August 2023,
<u>Daniel Gabriel Fahrenheit (1686-1736) – Thermometer-Macher, Glasbläser, genialer Erfinder und Instrumentenbauer.</u> (Mit Medien).
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | 18.30 Uhr |
| 338 | Montag
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 04. September 2023,
<u>Nicolaus Copernicus (1473-1543) Facetten einer lokalen Persönlichkeit mit universaler Wirkung.</u> (Mit Medien).
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | 18.30 Uhr |
| 339 | Montag
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 09. Oktober 2023,
<u>Königsberg/Pr. - Wanderungen.</u> (Mit Medien).
Jörn P e k r u l, Berlin | 18.30 Uhr |
| 340 | Montag
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 06. November 2023,
Gebrauchsanweisung für Masuren. (Mit Medien).
Dr. Andreas K o s s e r t, Berlin | 18.30 Uhr |
| 341 | Montag
<u>Thema</u> | 04. Dezember 2023,
Die Memel. Kulturgeschichte eines europäischen Stromes.
(Mit Medien). | 18.30 Uhr |

02) Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin
Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Tel.: 030/257 97 533 Büro
agom.westpreussen.berlin@gmail.com
www.ostmitteleuropa.de

Postbank Berlin Konto Nr. IBAN DE 39 100100100065004109

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, stv. Vors: Joachim Moeller,
Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

06. Juli 2023

Ort: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin
Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Ort der Veranstaltungen: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin; S-Bahn, Busse M11, M48, 101,188.

475	Freitag <u>Thema</u> <u>Referent</u>	18. August 2023, Adolph Menzel – Königlicher Meistermaler aus Schlesien. (Mit Medien). Dr. Hans W e i n e r t , Berlin	19:00 Uhr
476	Freitag <u>Thema</u> <u>Referent</u>	15. September 2023, Die Oder. Lebenslauf eines Flusses. (Mit Medien). Uwe R a d a , Berlin	19:00 Uhr
477	Freitag <u>Thema</u> <u>Referent</u>	20. Oktober 2023, Reichsstraße 1 – von Aachen nach Eydtkuhnen. (Mit Medien). Jörn P e k r u l , Berlin,	19:00 Uhr
478	Freitag <u>Thema</u>	17. November 2023, Märchenwelt Ostmitteleuropas – zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Märchenlesungen. Unser Beitrag zu den 34. Berliner Märchentagen, 02. – 19.11.2023: Streit und Versöhnung – Märchen und Geschichten vom Miteinander. Mit Ute B r e i t s p r e c h e r , Brigitte S a a l f e l d und Reinhard M. W. H a n k e , Berlin	19:00 Uhr
479	Freitag <u>Thema</u>	15. Dezember 2023, Wir haben Advent und Weihnachten steht vor der Tür. Lesungen und Ein- blicke: Das Programm für das neue Jahr. Von Mitgliedern der AG Ostmitteleuropa.	19:00 Uhr

03) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Newsletter #6/23

DOKUMENTATIONS ZENTRUM

F L U C H T
V E R T R E I B U N G
V E R S Ö H N U N G

Heute ist Weltflüchtlingstag und zugleich auch der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. In diesem Newsletter erfahren Sie mehr dazu und auch über unsere besondere Aktion zum 20. Juni.

Außerdem laden wir Sie herzlich zu einem Besuch der Ausstellung „I'm not a victim, I'm a survivor“ ein. Dieses bewegende Fotoprojekt der ukrainischen Wissenschaftlerin und Aktivistin Oleksandra Bienert präsentieren wir ab sofort in unserer Werkstatt im ersten Obergeschoss.

Today is World Refugee Day and also the Day of Remembrance for the Victims of Displacement and Expulsion. In this newsletter you will learn more about this and also about our special action for 20 June.

We also cordially invite you to visit the exhibition "I'm not a victim, I'm a survivor". This moving photo project by the Ukrainian scientist and activist Oleksandra Bienert is now on display in our workshop on the first floor.

WELTFLÜCHTLINGSTAG

Der Weltflüchtlingstag ist ein internationaler Gedenktag, der seit 2001 jährlich am 20. Juni begangen wird. Ins Leben gerufen wurde er im Jahr zuvor von der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der Weltflüchtlingstag dient dazu, die globale Aufmerksamkeit auf das unermessliche Leid zu lenken, das Flucht und Vertreibung für die Betroffenen bedeuten.

Er soll politischen Willen und Ressourcen für die Unterstützung von Flüchtlingen mobilisieren. Außerdem bietet dieser Tag Gelegenheit die Stärke der Betroffenen und die Anstrengungen von Staaten, humanitären Organisationen und Einzelpersonen zu würdigen, die sich Tag für Tag für Flüchtlinge einsetzen.

GEDENKTAG FÜR DIE OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG

Der 20. Juni ist in Deutschland auch der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung und wird seit 2015 begangen. Beschlossen wurde er 2014 vom Bundeskabinett.

Auch 14 Millionen Deutsche haben Flucht oder Vertreibung am Ende des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieges erfahren. Vor dem Hintergrund des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges sah die Nachkriegsordnung der Alliierten Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen vor. In den letzten Kriegsmonaten flohen Millionen Deutsche vor der Roten Armee nach Westen oder wurden aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Ostmittel- und Südosteuropa nach Kriegsende vertrieben. Mehr als 600.000 Menschen kamen dabei ums Leben, viele weitere erlitten Gewalt.

Der Gedenktag hält die Erinnerung an die Opfer von Flucht und Vertreibung wach und wirbt gleichzeitig für Solidarität mit heutigen Flüchtlingen und Vertriebenen.

WORLD REFUGEE DAY

World Refugee Day is an international day of remembrance that has been celebrated annually on 20 June since 2001. It was established the year before by the United Nations General Assembly. World Refugee Day serves to draw global attention to the immeasurable suffering that displacement and expulsion mean to those affected.

It aims to mobilise political will and resources to support refugees. It is also an opportunity to recognise the strength of those affected and the efforts of states, humanitarian organisations and individuals who work on behalf of refugees every day.

REMEMBRANCE DAY FOR THE VICTIMS OF DISPLACEMENT AND EXPULSION

In Germany, 20 June is also the Day of Remembrance for the Victims of Displacement and Expulsion and has been celebrated since 2015. It was decided by the Federal Cabinet in 2014.

14 million Germans also experienced flight or expulsion at the end of the Second World War, which started in Germany. Against the backdrop of Germany's war of aggression and extermination, the Allies' post-war order provided for border and population shifts. In the last months of the war, millions of Germans fled westwards from the Red Army or were expelled from the eastern territories of the German Reich and from east-central and south-eastern Europe at the end of the war. More than 600,000 people lost their lives in the process, and many more suffered violence.

The Day of Remembrance keeps alive the memory of the victims of displacement and expulsion and at the same time promotes solidarity with today's refugees and displaced persons.

AKTION ZUM 20. JUNI

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts waren Millionen von Menschen auf der Flucht oder wurden vertrieben. Aktuell sind laut Global Trends Report (UNHCR) 110 Millionen Menschen davon betroffen. Hinter diesen unfassbaren Dimensionen verbergen sich unzählige Einzelschicksale.

Anlässlich des 20. Juni hat die Illustratorin Viktoria Cichoń (Vikunia) einige der Geschichten von Flucht und Vertreibung aus unseren Ausstellungen gezeichnet. Die eindrucksvollen Bilder sehen Sie ab heute auf den Fenstern des Dokumentationszentrums.

Vikunia arbeitet seit 2014 als freiberufliche Illustratorin in Berlin und konzentriert sich auf Charaktere und ihre Geschichten. Dabei lässt sich von der Großstadt, persönlichen Erfahrungen und politischen Bewegungen inspirieren. Mehr Infos zur Künstlerin und ihrer Arbeit finden Sie [hier](#).

ACTION 20 JUNE

Since the beginning of the 20th century, millions of people have been displaced or have fled their homes. According to the Global Trends Report (UNHCR), 110 million people are currently affected. Behind these inconceivable dimensions lie countless individual fates.

On the occasion of 20 June, the illustrator Viktoria Cichoń (Vikunia) has drawn some of the stories of flight and expulsion from our exhibitions. You can see the impressive pictures from today on the windows of the Documentation Centre.

Vikunia has been working as a freelance illustrator in Berlin since 2014 and focuses on characters and their stories. In doing so, she draws inspiration from the big city, personal experiences and political movements. More info on the artist and her work can be found [here](#).

FOTOAUSSTELLUNG I'M NOT A VICTIM, I'M A SURVIVOR

Ab sofort präsentieren wir ein besonderes Fotoprojekt von Oleksandra Bienert (CineMova e.V.), einer in der Ukraine geborenen und in Berlin lebenden Wissenschaftlerin und Aktivistin. Eröffnet wurde die Ausstellung letzte Woche im Rahmen der Tagung „Flucht und Exil im östlichen Europa.“

Die Fotoserie zeigt Frauen unterschiedlichen Alters, die aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 nach Berlin geflohen sind. Der Krieg und die Fluchtsituation entziehen den Geflüchteten ihre gewöhnlichen Rollen.

In der fremden Umgebung werden sie zunächst als Geflüchtete und Opfer angesehen und nicht mehr als Ärztinnen, Intellektuelle, Expertinnen, Sängerinnen. Das Projekt möchte dem entgegenwirken und den porträtierten Frauen in der Serie selbst die Entscheidung überlassen welches Bild von ihnen entsteht und in der Öffentlichkeit sichtbar wird. In einer Broschüre werden die Geschichten der Porträtierten erzählt.

Das Fotoprojekt wurde im Rahmen eines Seminars an der Ostkreuzschule für Fotografie entwickelt und mit Unterstützung von MitOst e.V., der Landeszentrale für politische Bildung, AgitPolska e.V. sowie p:photography unlimited berlin e.V. umgesetzt.

Ausstellungsort: Werkstatt im 1. Obergeschoss
Öffnungszeiten: Di-So, 10-19 Uhr

PHOTO EXHIBITION I'M NOT A VICTIM, I'M A SURVIVOR

We are now presenting a special photo project by Oleksandra Bienert (CineMova e.V.), a researcher and activist born in Ukraine and living in Berlin. The exhibition was opened last week as part of the conference "Displacement and Exile in Eastern Europe.

Seite A 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

The photo series shows women of different ages who fled to Berlin in 2022 because of the Russian war of aggression against Ukraine. The war and the refugee situation deprive the refugees of their usual roles.

In the foreign environment, they are first seen as refugees and victims and no longer as doctors, intellectuals, experts, singers. The project wants to counteract this and let the women portrayed in the series decide for themselves which image of them will emerge and become visible in public. The stories of the portrayed women are told in a brochure.

The photo project was developed as part of a seminar at the Ostkreuzschule für Fotografie and realised with the support of MitOst e.V., the Landeszentrale für politische Bildung, AgitPolska e.V. and p:photography unlimited berlin e.V.

Exhibition venue: Workshop on the 1st floor
Opening hours: Tue-Sun, 10am-1pm

**Dokumentationszentrum Flucht,
Vertreibung, Versöhnung**
Stresemannstraße 90, 10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0
info@f-v-v.de
flucht-vertreibung-versoehnung.de

Diese E-Mail wurde an westpreussenberlin@gmail.com versandt.

ABMELDEN | UNSUBSCRIBE

© 2023 Dokumentationszentrum, Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Bildnachweise: SFVV | ODA | Sammlung Edith Neukirch, courtesy Matthias Neukirch & Julian Klein



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2
15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>



04) Gerhart Hauptmann und Johann Joachim Winckelmann

Vortrag von Dr. Frank Piontek, Bayreuth

Donnerstag, 14.09.2023, 19:00 Uhr

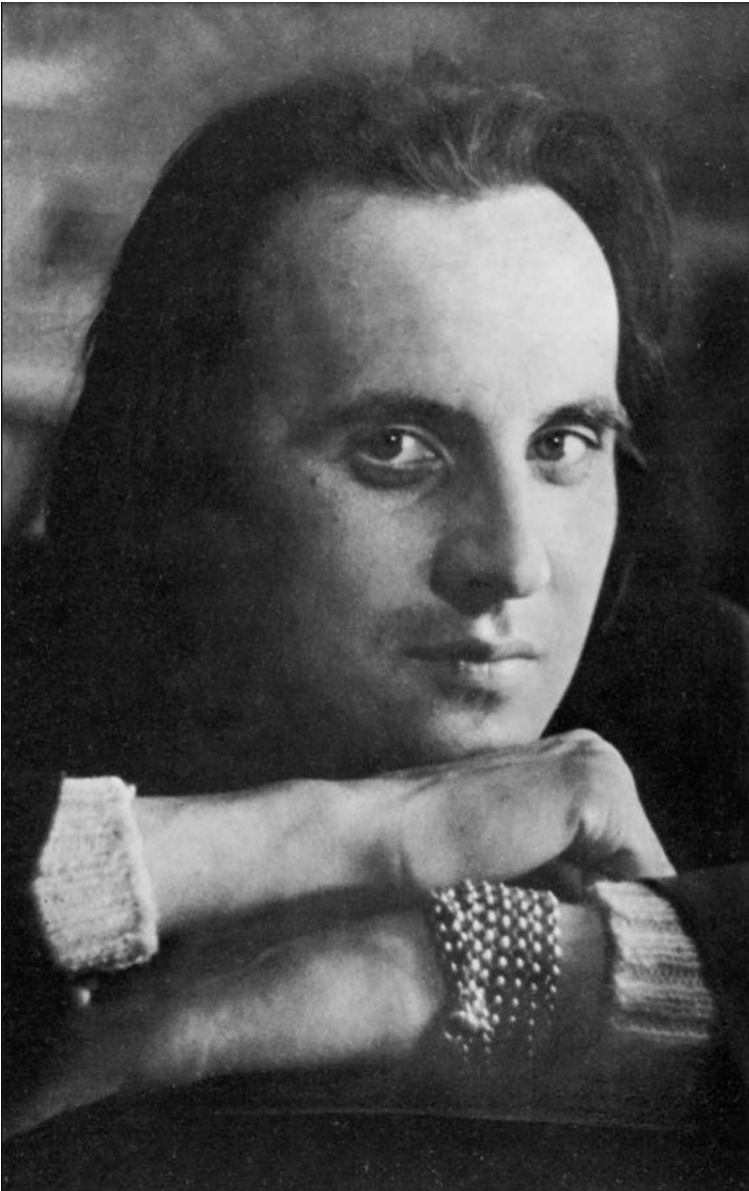
Im Bürgersaal / Rathaus

Friedrichstraße 6-8, 15537 Erkner

Unter den von [Gerhart Hauptmann](#) unvollendet hinterlassenen Arbeiten befand sich das Bruchstück einer Winckelmann-Erzählung, die Leben und Schicksal jenes großen Geistes deutet, der den Deutschen die griechische Antike offenbarte und damit eine Bewegung einleitete, die in den Werken der deutschen Klassik gipfelte. Ein jahrzehntelanges Vorstudium lag nach Hauptmanns eigener Aussage der Gestaltung dieses Stoffes voraus, die 1939 in Angriff genommen wurde und in zwei verschiedenen Fassungen ihren Niederschlag fand. Die erste Fassung scheint die Winckelmann-Deutung Hauptmanns noch ganz im Erzählerischen aufgelöst zu haben, wurde aber zugunsten einer zweiten Fassung verworfen, in der neben dem Erzählerischen der kulturphilosophischen Meditation Raum gegeben werden.

Eintritt 7 €

<https://www.hauptmannmuseum.de/registrierung/gerhart-hauptmann-und-johann-joachim-winckelmann>



05) Winzige, unscheinbare Sonnen

Lesung mit Texten von Wolfgang Borchert

Dienstag, 19.09.2023, 19:00 Uhr

In der Genezarethkirche, Friedrichstraße 24, 15537 Erkner

Wolfgang Borchert wird nur 26 Jahre alt. Zweieinhalb Jahre zuvor, im Mai 1945 kehrt er aus dem Krieg zurück, gezeichnet von einer unheilbaren Lebererkrankung und dem erlebten Grauen.

In rasendem Tempo versucht er nun, mit seinen Worten eine Bastion gegen den nahenden Tod zu bauen. Seine schönsten Erzählungen entstehen. Erleben Sie Borcherts Texte, die nicht nur von den Schrecken des Krieges zeugen, sondern auch eine Liebeserklärung an das Leben sind!

Mit **Gabriele Streichhahn** (Lesung) und **Ute Falkenau** (Musik)

Eintritt frei – Spenden werden erbeten!



utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

Leitthema: **Der Neue Humanismus**

06) Neuer (welcher?) Humanismus im Lichte der Werteökonomie

Vortrag von Prof. Przemysław Czapliński,
Institution: Fakultät für Polnische Philologie UAM, Universität Posen

Moderation: Dr. habil. Brygida Helbig

Freitag, 15. September 2023 HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG

DEUTSCH | POLSKO
POLNISCHE | NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS | FUNDACJA
STIFTUNG | NA RZECZ NAUKI



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.
(HILTON Hotel)

Mohrenstraße30
10117 Berlin
030 / 20230 2941
030 / 20230 2942 (Fax)
0160 / 721 83 89
www.preussen.org

07) *Leider zurzeit keine Veranstaltung zu unseren Themen!*



Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.
(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl

Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

- Vorsitzender -

Gurlittstr. 5

12169 Berlin

Tel. (030) 753 99 98

bahl_peter@yahoo.de

www.geschichte-brandenburg.de

Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto

bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

08) Siehe Fachtagungen im Teil B

*Liebe Mitglieder der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg,
verehrte landesgeschichtlich Interessierte, sehr geehrte Damen und Herren,*

*anbei senden wir Ihnen das Programm einer Kulturland-Tagung zur Wilsnacker
Wallfahrtskirche, die vom 21. bis 23. September in Bad Wilsnack vom Förderverein
Wunderblutkirche St. Nikolai Bad Wilsnack e.V. in Kooperation mit mehreren einschlägigen
wissenschaftlichen Einrichtungen veranstaltet wird.*

*Um eine formlose Anmeldung bei unserem Perleberger Mitglied Gordon Thalmann wird
gebeten unter: kirchenbau@hotmail.de*

*Die Wunderblutkirche St. Nikolai in Wilsnack, einst bedeutender Anziehungspunkt
unzähliger Pilger aus ganz Europa, gehört zu den wichtigsten spätmittelalterlichen
Sakralbauten unseres Landes. Trotz jahrzehntelanger Forschung konnten bislang noch
nicht alle Fragen um die sagenumwobene Wallfahrtsstätte gelöst werden. In den letzten
Jahren gelang es im Rahmen umfangreicher Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen
am Denkmal „nationaler Bedeutung“ entscheidende neue Erkenntnisse zur mittelalterlichen
Architektur und Ausstattungsgeschichte zu gewinnen und in den historischen Kontext zu
setzen. Expertinnen und Experten stellen nun erstmalig die Ergebnisse der breiten
Öffentlichkeit vor und ziehen eine Bilanz für die weitere Forschung. Die Fachtagung soll
ferner der Kirchengemeinde und den Denkmalbehörden eine Plattform zum Austausch
bieten und darüber hinaus auch zur Diskussion über zukünftige Nutzungen des Baus als
geistliches Zentrum und moderne kulturtouristische Pilgerstätte anregen. Die Tagung ist
auch als Beitrag der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. zum laufenden
Kulturlandjahr*

"Baukultur leben" zu verstehen.

Weiterleitung ist willkommen! Mit herzlichen Grüßen, Ihr Peter Bahl



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

09) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023

20 Dienstag, 11. Juli 2023, 17 Uhr! „**MACHT RAUM GEWALT**“, Kuratoren-Führung mit unserem Mitglied **Dr. Benedikt Goebel**. Die Ausstellung der Akademie der Künste nimmt die Planungen und Bauten des Nationalsozialismus nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in anderen – besetzten und nicht besetzten – Ländern in den Blick. Die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojektes des Bundesbauministerium bilden die Grundlage der Ausstellung, die nicht die zumeist Projekt gebliebenen Repräsentationsbauten, sondern vielmehr Verwaltungsbauten, Infrastrukturanlagen, Baracken, Bunker und vor allem die zahllosen Zwangsarbeits- sowie die Konzentrations- und Vernichtungslager in den Mittelpunkt stellt. Dauer 90 Minuten. Das Haus schließt um 19 Uhr. Eintritt frei. Anmeldung bei Dr. Manfred Uhlitz, Uhlitz@DieGeschichteBerlins.de oder Telefon (030) 305 81 23. Akademie der Künste, Pariser Platz 4, 10117 Berlin-Mitte.

21 Mittwoch, 12. Juli 2023, 19 Uhr: „**Ruhmlose Helden – Ein Flugzeugabsturz und die Tücken deutsch-russischer Verständigung**“, Lesung und bebildeter Vortrag von Frau **Dr. Gesine Dornblüth** und **Thomas Franke**, Journalisten und Autoren. Am 6. April 1966 stürzte ein sowjetischer Jagdbomber in den West-Berliner Stößensee. Die beiden Autoren nehmen uns mit an die Schauplätze des Geschehens und erzählen von großem Mut und kleinen Missverständnissen, von der Macht der Propaganda und den offenen Wunden der Vergangenheit. Gäste willkommen! __Ort: Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, 10178 Berlin-Mitte, Eintritt frei.

22 Sonnabend, 15. Juli 2023, 16 Uhr: „**Hansaviertel: Das Alte im Neuen**“ entdecken Sie mit der Historikerin **Ruth Pabst** Spuren des ursprünglichen Hansaviertels auf einem Stadtrundgang. Nach ihrem viel gelobten Rundgang durch das heutige Hansaviertel am 6. Mai 2023 setzen wir unsere Erkundung auf historischen Pfaden fort! Sie werden auf Sichtbares und Verstecktes aufmerksam gemacht sowie über Vergangenes informiert. Damit soll das reizvolle Gründerzeit-Viertel mit seinen interessanten Bewohnern in Erinnerung gebracht werden. Dauer: ca. 90 Minuten. Teilnehmergebühr 5 € pro Person – bitte passend mitbringen. Treffpunkt: U-Bahnhof Hansaplatz vor der Hansabücherei.

23 Sonntag, 20. August 2023, 16 Uhr: „**Gedenkort Güterbahnhof Moabit**“, Rundgang mit unserem Mitglied **Andreas Szagun**. Etwa 30 000 Berliner Juden wurden zwischen 1942 und 1945 von hier aus in verschiedenste Konzentrationslager deportiert. Seit 2017 sind die Reste der ehemaligen Gleise als Gedenkort gestaltet, woran unser Mitglied im Rahmen eines Gutachtens für die Senats-Kulturverwaltung beteiligt war. Wir erhalten Information fokussiert auf den Deportationsort, die Rolle der DR und die Alleinstellungsmerkmale der Bahnhöfe Grunewald und Moabit im Rahmen der Shoah. Treffpunkt: Quitzowstraße 18-21, 10559 Berlin-Moabit, Weg zwischen Baumarkt und Verbrauchermarkt. Busse M 27, 123 (Haltestelle Quitzowstraße), Bus 142 (Haltestelle Perleberger Brücke, liegt um die Ecke), S + U Westhafen.

24 Sonnabend, 2. September 2023, 14 Uhr: „**Sommerlicher Rundgang zur Geschichte der Halbinsel Stralau**“ mit unserem Mitglied **Dr.-Ing. Uwe Michael Nübel**. Von ihm stammt die Idee, die historischen Spuren auf der Halbinsel durch einen „Geschichtspfad“ zu verbinden, an dem man bei zwölf Stationen an vergangene Ereignisse und Begebenheiten erinnert wird. Vgl. als Vorbereitung seinen Aufsatz zum „Stralauer Fischzug“ im Heft 3/2019,

S. 446 ff., in unseren *Mitteilungen*! Treff vor der Dorfkirche, Tunnelstr. 5–11, 10245 Berlin-Friedrichshain. Anmeldung erbeten bei: uwe_nuebel@t-online.de (maximal 20 Teilnehmer). Bus 347 vom S + U-Bahnhof Warschauer Straße.

Reihe „Mitglieder laden ein“:

25 Freitag, 22. September 2023, 17 Uhr.: „**Von Tor zu Tor in Berlin-Kreuzberg**“ – eine Stadtwanderung zu Spuren aus Geschichte und Gegenwart mit unserem Mitglied **Frank Körner**. Wir gehen auf eine rund zweistündige Spurensuche – vom Kottbusser Tor über das Wassertor (bei der Anlage des Luisenstädtischen Kanals an der Stelle errichtet, wo dieser die damalige Stadtmauer durchfloss) bis hin zum Halleschen Tor, im Wesentlichen dem Verlauf des Landwehrkanals folgend. Die Strecke beträgt 3,8 Kilometer. Maximal 25 Teilnehmer. Anmeldung bei Dirk Pinnow erbeten: dirk@pinnow.com.

Reihe „Informationsbesuch in Berlins Kiezen“:

26 Sonntag, 24. September 2023, 12 Uhr: „**Dorf-Jubiläum: 650 Jahre Buckow**“ – eine exklusive Führung im Heimatmuseum und im Ortsteil Alt-Buckow mit **Hartmut Christians**, dem Vorsitzenden des Buckower Heimatvereins. Wiederholung der Veranstaltung vom 19. März 2023. Maximal 20 Teilnehmer. Anmeldung bei Dirk Pinnow erbeten: dirk@pinnow.com



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

- 10) »Heimgekehrt fernher« Adelbert von Chamissos Weltreisetagebücher**
Buchvorstellung mit Walter Erhart, Monika Sproll und Matthias Glaubrecht.
Es moderiert Chris Verfuß

Sonnabend, 08. Juli 2023, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Adelbert von Chamisso, französischer Revolutionsflüchtling, deutscher Dichter und Naturforscher, nahm von 1815-1818 als Wissenschaftler an einer russischen Expedition teil, einer Weltumsegelung, die in die Beringsee, nach Nord- und Lateinamerika und durch die Südsee führte. Auf seiner Reise zu vier Kontinenten und über die Weltmeere hielt Chamisso seine Eindrücke und erste wissenschaftliche Ergebnisse unmittelbar fest: Impressionen der Schiffsreise, Naturbeschreibungen, geographische Angaben, zoologische und botanische Beobachtungen, Begegnungen mit indigenen Völkern. Was er notierte, was er sammelte und mitbrachte – seine Texte und Zeichnungen, pflanzliche und tierische Exponate und Gesteinsproben – bereicherte viele Sammlungen in Berlin, wie das Herbarium, heute im Botanischen Museum.

Endlich wurden nun seine Tagebücher wissenschaftlich aufgearbeitet und sorgfältig ediert. Sie geben einen seltenen Einblick in die Entstehung der Naturforschung aus der Bewegung des Reisens und Schreibens. Wie die Reisenotizbücher von Alexander von Humboldt und Charles Darwin dokumentieren sie die Wissenspraktiken des eurozentristischen 19. Jahrhunderts ebenso wie das heute wieder aktuelle Bewusstsein von der Einheit der Wissenschaften und der Vielfalt einer zu bewahrenden Welt.

Darüber sprechen die Literaturwissenschaftlerin **Monika Sproll**, der Literaturwissenschaftler **Walter Erhart** und der Evolutionsbiologe und Wissenschaftshistoriker **Matthias Glaubrecht** mit dem Germanisten **Chris Verfuß**. Mit einleitenden Statements des Literaturwissenschaftlers **René-Marc Pille** und des Wissenschaftshistorikers **Hans-Jörg Rheinberger**.

Matthias Glaubrecht: »Dichter, Naturkundler, Welterforscher: Adelbert von Chamisso und die Suche nach der Nordostpassage«, KiWi 2023

Monika Sproll/Walter Erhart/Matthias Glaubrecht (Hrsg) »Adelbert von Chamisso: Die Tagebücher der Weltreise 1815–1818«, V&R unipress 2023

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Internationalen Chamisso-Gesellschaft Berlin e.V.

11) Grundsetzlich »Das ökologische Grundgesetz« Hilal Sezgin, Uwe Volkmann, René Schlott

Reihe Grundsetzlich

Donnerstag, 20. Juli 2023, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Hilal Sezgin und Uwe Volkmann sprechen mit René Schlott über Artikel 20a des Grundgesetzes

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist heute eines, wenn nicht gar das wichtigste Politikfeld. Dabei wurde der Umweltschutz erst 1994 als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen, der Schutz der Tiere sogar erst acht Jahre später. Doch wie lassen sich solche abstrakten Staatsziele konkret umsetzen? Nur auf Kosten der Freiheit? Oder dient die Einschränkung der Freiheit zugunsten des Umweltschutzes auf lange Sicht gerade der Sicherung der Freiheit? Lässt sich der Klimawandel mit den Instrumenten der Demokratie bremsen? Braucht es dafür Bürgerräte und welche Mittel sind legitim, um auf die Folgen der Umweltzerstörung aufmerksam zu machen? Wäre ein Grundrecht auf Umweltschutz zeitgemäß? Darüber diskutieren die Autorin **Hilal Sezgin**, Verfasserin des Buches »Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren«, und der Frankfurter Juraprofessor **Uwe Volkmann**, Mitherausgeber des Bandes »Freiheit oder Leben?«, mit dem Historiker **René Schlott**.

Hilal Sezgin »Vom fordernden und beglückenden Leben mit Tieren«, Knesebeck 2023
Uwe Volkmann (Hrsg.) »Freiheit oder Leben? Das Abwägungsproblem der Zukunft«, Suhrkamp 2022

Georg M. Oswald (Hrsg.) »Das Grundgesetz. Ein literarischer Kommentar«, C.H. Beck 2022

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem C.H. Beck Verlag und mit freundlicher Unterstützung des Vereins der Freunde und Förderer des Literaturhauses Berlin.

Eine Übersicht aller Termine und weitere Informationen zur Reihe finden Sie unter diesem [Link](#)



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

12) Auf Wiedervorlage: Marina Zwetajewa

Mittwoch, 12. Juli 2023, 19:30 Uhr

[Literarisches Colloquium Berlin](#), Am Sandwerder 5, 14109 Berlin

Auf Wiedervorlage: Marina Zwetajewa
Ich sehe alles auf meine Art
Die unveröffentlichten Notizbücher 1913-1939
Mit Ilma Rakusa und Maria Stepanova
Moderation: Jens Bisky
Lesung der deutschen Texte: Johanna Polley
Eintritt 8 € / 5 €
Tickets an der Abendkasse und unter:
<https://vvk.link/4p34aq>

Marina Zwetajewa, neben Anna Achmatowa die wichtigste russische Dichterin der Moderne, hat ein umfangreiches Werk – Gedichte, Prosa, Essays und Erinnerungen – hinterlassen. Von den oft widrigen Bedingungen, denen sie dieses Œuvre abgetrotzt hat, zeugen ihre »Unveröffentlichten Notizbücher«, ihre Tagebücher, die nun in einer Auswahl erstmals auf Deutsch vorliegen und im Suhrkamp Verlag erscheinen. In Tagebucheinträgen, aber auch Gedichten, Briefentwürfen, apodiktischen Aphorismen und lebenssatten Dialogen dokumentiert und reflektiert Zwetajewa ihr Leben inmitten der großen Krisen der Zeit. Im Zentrum der Notizbücher steht das Selbst der Autorin, die sich schonungslos offenbart: in ihren Beziehungen zu Menschen wie zur Natur, zu Gott und zu Büchern. Wer den verschlungenen Wegen von Zwetajewas Tagebüchern folgt, erlebt auch eine luzide Beobachterin ihrer Umgebung und eine illusionslose Interpretin von Liebe, Macht und Tod. Ilma Rakusa, die Übersetzerin und Herausgeberin des Bandes, spricht mit der Dichterin Mara Stepanova darüber, was Zwetajewas Texte uns heute zu sagen haben und für die eigene literarische Arbeit bedeuten. Es moderiert der Publizist Jens Bisky, den deutschen Text liest Johanna Polley. In Zusammenarbeit mit dem Suhrkamp Verlag.

Bildnachweise:
© Ekko Schwichow
© Suhrkamp Verlag
© Kritzolina

13) Das Helvetische Fest

Anaïs Meier und Peter Stamm in Lesung und Gespräch
Performance: Katja Brunner

Donnerstag, 27. Juli 2023, 19:30 Uhr

Am Sandwerder 5, 14109 Berlin

Eintritt 8 € / 5 €

Tickets unter: <https://vvk.link/4o2oki>

Im Rahmen unseres traditionellen Schweizer Sommerfestes stellt Peter Stamm sein Buch »In einer dunkelblauen Stunde« (S. Fischer, 2023) vor, einen virtuosen Roman über einen Schriftsteller und seine Geheimnisse, der ein Verwirrspiel über Kunst und Leben inszeniert. Anaïs Meier, die vor kurzem bereits als Stipendiatin zu Gast im LCB war, liest aus ihrem Romandebüt »Mit einem Fuß draußen« (Voland & Quist, 2021), für den sie den Förderpreis für komische Literatur 2022 erhielt. Das Buch nimmt uns mit in den Park einer mittelgroßen Schweizer Stadt, in dem wir dem schrulligen Protagonisten Gerhard und anderen wilden Gestalten begegnen. Die vielfach ausgezeichnete Dramatikerin Katja Brunner ergänzt Lesungen und Gespräch mit einer Performance. Anschließend lädt die Schweizerische Botschaft zu Käse und Wein. Mit freundlicher Unterstützung durch die Kulturstiftung Pro Helvetia.

Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 0 Fax: (030) 203 55 - 550 dreyer@eaberlin.de

14) Gott im Gehirn?

Spiritualität und Neurowissenschaft

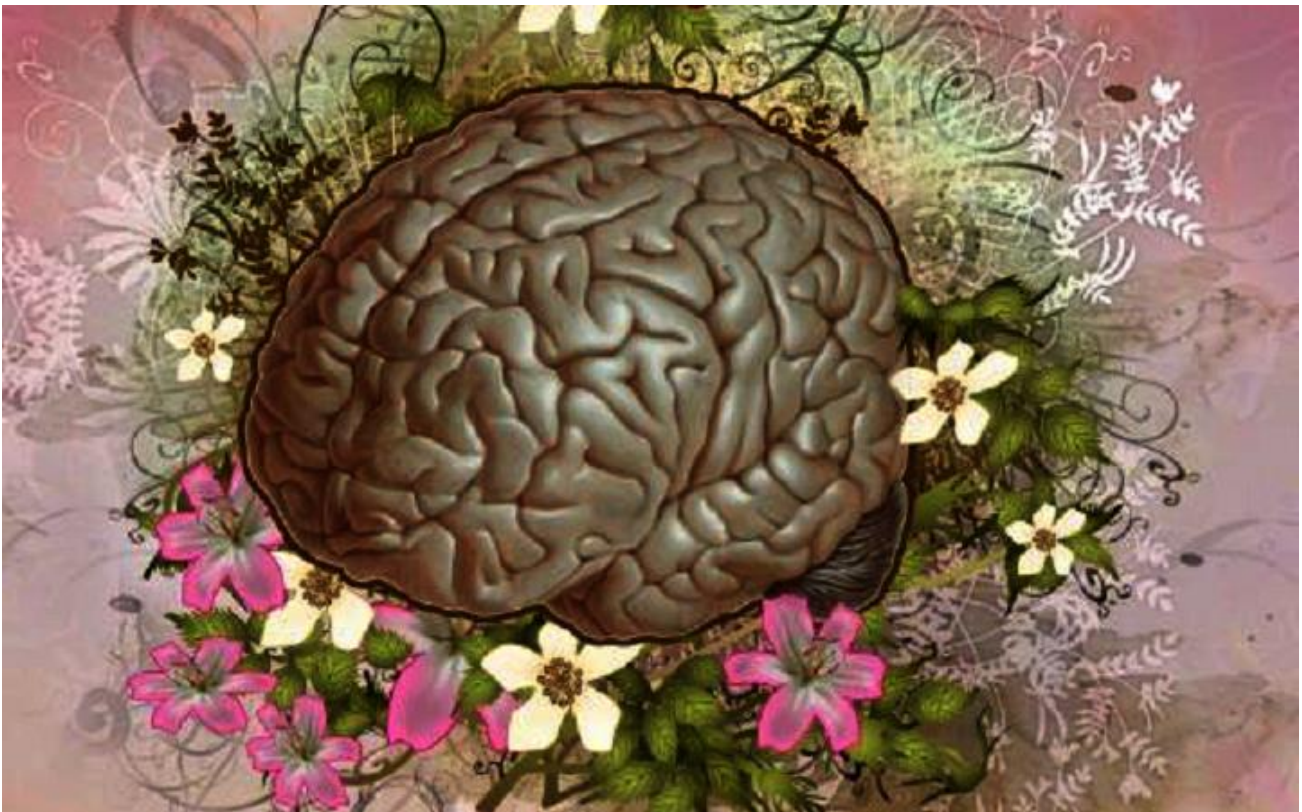
Europäische Bibeldialoge

Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen

Tagungsnr. **23056**

Montag, den **10.07.2023, 18:30 Uhr**

Online



© Bill McConkey CC BY

Inhalt

Was passiert im Nervensystem, wenn wir beten? Wo im Gehirn hat Religiosität ihren Ort? Die Antworten auf diese Fragen sind sehr unterschiedlich – egal, ob sie von Neurowissenschaftlern kommen oder von Theologen. Sicher ist nur eines: Bei spirituellen Handlungen tut sich etwas, auch in unseren Köpfen.

Seite A 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Beantwortet das auch Fragen nach den individuellen Gründen des Glaubens? Wir planen keinen neurowissenschaftlichen Vortrag, sondern wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen darüber, was es für uns heute bedeutet, dass sich die Wirkung von Glauben, Meditieren oder Beten auf unser Gehirn messen lässt.

Bibeldialog ganz kurz: Wir laden Sie ein, Ihre Fragen zu stellen. Holger Schmidtke, ordinerter Theologe, Religionspädagoge und langjähriger Leiter mehrerer Europäischer Bibeldialoge, lässt uns nach einem kurzen Impuls zum Thema miteinander ins Gespräch kommen.

Die Teilnahme an den Online-Dialogen ist kostenlos, wir bitten aber um verbindliche Anmeldung.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an hahn@eaberlin.de.

Der nächste Abend-Dialog findet statt am 14. August unter der Überschrift „Männer und Frauen Hand in Hand. Das Reich Gottes kennt keine Diskriminierung“.

Die Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen sind eine Zusammenarbeit der Europäischen Bibeldialoge mit dem Evangelischen Forum Berlin/Brandenburg (Landesverband der Evangelischen Akademikerschaft e.V.).



KATHOLISCHE AKADEMIE
IN BERLIN e.V.

Katholische Akademie in Berlin e.V.
Gemeinnütziger Verein
Hannoversche Str. 5
10115 Berlin

Tel.: +49 30 28 30 95-0

Fax: +49 30 28 30 95-147

E-Mail: information@katholische-akademie-berlin.de

15) Literature in Diaspora: What is the Place of Words?

Autorengespräch mit poetischer Vorlesung und Konzert

(Veranstaltung in Englisch ohne Übersetzung).

Mit den Schriftstellern Fariba Vafi, Meriam Bousselmi, Moshe Sakal, Antonio Ungar und Dory Manor sowie den Sängerinnen Eva Glasmacher und Deniza Popova, moderiert von Chiara Caradonna

Dienstag, 11. Juli 2023, um 19:00 Uhr

Verstärkte Migrationsprozesse, ob freiwillig oder erzwungen, haben in den letzten Jahren neue diasporische Formen der Literatur und der Religion hervorgebracht. In der immer vielfältigeren Metropole des heutigen Berlins schreiben Autoren aus allen Teilen der Welt in Sprachen von „Anderswo“. Sie leben in der deutschen Hauptstadt, aber ihre Worte sind mit anderen Orten verbunden - mit anderen Lesergemeinschaften, anderen Landschaften, Institutionen, Verlagen, Literaturzeitschriften, mit anderen Gesprächen, mit dem „Anderswo“. Ihre Worte sind sozusagen „fehl am Platz“. Oder besser: Der „Ort der Literatur“ ist für sie eine Frage.

Diese öffentliche Diskussion bringt vier Berliner Autoren aus der Diaspora zusammen, um über ihre Erfahrungen zur Verortung und Dislokation von Literatur, auch im Zusammenhang mit Religion, zu sprechen. Wie erleben sie die Distanz zu ihren Lesern? Was bedeutet Dislokation für ihr Schreiben? Wie manifestiert sich die Diaspora oder manchmal auch das Exil für den Autor in der Sprache, im Text? Erfordert oder eröffnet die diasporische Situation die Entwicklung einer diasporischen Literatur, von exilischen Sprachformen, von neuen Schreibgemeinschaften? Welche Rolle spielen Religion bzw. religiöse Angehörigkeit, Tradition und Inspiration dabei?

Seite A 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Anschluss an die literarische Diskussion findet ein Konzert der in Berlin lebenden Sängerinnen Eva Glasmacher und Deniza Popova statt, mit einer poetischen Vorlesung von Dory Manor.

Die Teilnahme ist kostenlos und auch über Livestream möglich. Bitte verwenden Sie den folgenden Link: <https://youtube.com/live/hEa0bFB58J8>

Nähere Informationen finden Sie auf der Website des Berlin Center for Intellectual Diaspora: https://intellectualdiaspora.org/diasporic-knowledge_literature-in-diaspora_what-is-the-place-of-words/

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

16) Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser.

Prof. Dr. Wolfgang Benz, Berlin

Buchpräsentation

Moderation Dr. Erika Bucholtz, Berlin

Dienstag, 29. August 2023, 19:00 Uhr

Topographie des Terrors, Auditorium

Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg

Weitere Informationen in Kürze

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

17) - Zurzeit keine Vortragsveranstaltungen -

18) Stadt, Land, Netz. Protesträume im Wandel. 04.07.2023

Deutsche Gesellschaft e. V.



4.7.2023 | 18:00 UHR

**BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR
KRONENSTR. 5 | 10117 BERLIN**

Demonstrationszüge, Panzer, Straßenschlachten: Auch Fotos vom 17. Juni 1953 haben das deutsche Bildgedächtnis von Auf- und Widerstand geprägt. Tumulte auf den Straßen, Menschen vor Machtzentren, der öffentliche Raum im Ausnahmezustand – Massenproteste weltweit erzeugen heute ähnliche Bilder. Doch Protest regt sich nicht nur in öffentlichen Räumen, Revolten brechen nicht nur auf bekannten Plätzen aus: Der Volksaufstand in der DDR fand auch auf Dorfstraßen, in Belegschaftsräumen und auf Betriebsgeländen statt. Heute versammeln sich Menschen bei Netzdemos, entfachen Tweetstorms oder kämpfen als »Hacktivist:innen« vom heimischen Computer aus für ihre Ziele.

GESTALTUNG: ULTRAMARINROT

In unserer Veranstaltung fragen wir, welche Räume Menschen nutz(t)en, um gegen autoritäre Regime aufzubegehren und ihren politischen Willen kundzutun. Wie vernetzen sich Protestbewegungen international und wie stärken sie sich gegenseitig? Die Podiumsgäste diskutieren und schildern dabei auch aus eigener Perspektive, warum Menschen im Zeitalter von Cyberaktivismus noch auf die Straße gehen, wie sich Zivilcourage im Netz und auf der Straße unterscheiden und wo Demokratie künftig erkämpft wird.

Diskutieren Sie mit – im Chat während des Livestreams oder richten Sie Ihre Fragen und Kommentare vorab an:
protest@deutsche-gesellschaft-ev.de

Programm:

18:00–18:05 Uhr Begrüßung

Dr. Lars Lüdicke

Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft e. V.

18:05 – 19:30 Uhr Podiumsdiskussion

Johannes Filter

Software-Entwickler, Datenanalyst und Cyberaktivist

Marius Krohn

Leiter des Industriemuseums in Brandenburg a. d. Havel

Jona Outzen

Preisträger des Essaywettbewerbs der Deutschen Gesellschaft e. V. (2022)

Daniel Staemmler

Wiss. Mitarbeiter der Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Cosima Schmitt

Journalistin und Autorin

Informationen und Rückfragen:

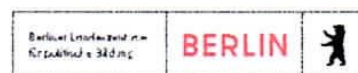
Deutsche Gesellschaft e. V. | Dr. Heike Tuchscheerer | Tel.: 030 88 412-254
E-Mail: protest@deutsche-gesellschaft-ev.de


Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe von:



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 



Kooperationspartner: 

19) Deutschland der Ideen. Beiträge zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements, 17. Oktober 2023

Deutsche Gesellschaft e. V.

SYMPOSIUM

DEUTSCHLAND DER IDEEN

BEITRÄGE ZUR STÄRKUNG DES ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

17. Oktober 2023 | 10:00 – 17:30 Uhr
Vertretung des Landes Hessen beim Bund
In den Ministergärten 5
10117 Berlin



GESTALTUNG: ULTRAMARINROT

Informationen:

Deutsche Gesellschaft e. V.
Dr. Heike Tuchscheerer
Referentin der Abteilung „Politik und Geschichte“
Mauerstr. 83 / 84
10117 Berlin
Tel.: 030 88 412-254
E-Mail: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de

Teilnahme:

Der Eintritt ist frei.
Um Anmeldung wird bis zum 13. Oktober 2023 gebeten.
E-Mail: deutschlandderideen@deutsche-gesellschaft-ev.de

Livestream:

<https://youtube.com/live/1T1gr2bDFpl>

Eine gemeinsame Veranstaltung von:

Gefördert durch



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Tel.: 030 18 681-0
E-Mail: internetreaktion@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de



Deutsche
Gesellschaft e. V.

Deutsche Gesellschaft e. V.
Mauerstr. 83 / 84
10117 Berlin
Tel.: 030 88 412-141
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de

14:30 – 15:00 Uhr Pause

15:00 – 15:15 Uhr Impulsvortrag

»Jugend entscheidet« – Jugend und Politik

Elisabeth Niejahr
Geschäftsführerin des Bereichs »Demokratie stärken« der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung

15:15 – 16:00 Uhr Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Engagiert oder resigniert? Jugend und Politik

Hannes Gieseler
Bürgermeister der Gemeinde Wilnsdorf

Daniela Hottenbacher
Stv. Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendings und Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen katholischen Jugend

Elisabeth Niejahr

16:00 – 16:30 Uhr Pause

16:30 – 17:30 Uhr Moderiertes Abschlussgespräch

Deutschland der Ideen – Innovationen und Strategien zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Dr. Holger Backhaus-Maul
Wiss. Mitarbeiter für das Fachgebiet »Recht, Verwaltung und Organisation« der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Melanie Haas
Abteilungsleiterin »Demokratie und Engagement« im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Jan Holze
Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Ulla Kux
Leiterin Deutscher Engagementpreis – Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

Tagesmoderation: Hannah Böhme
Reporterin beim Norddeutschen Rundfunk

SYMPOSIUM

DEUTSCHLAND DER IDEEN
BEITRÄGE ZUR STÄRKUNG DES
ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN
ENGAGEMENTS

Aktuellen Umfragen zufolge glaubt eine Mehrheit der Deutschen, dass die Bundesrepublik seit der Deutschen Einheit vor keinen größeren Herausforderungen stand als heute. Umso wichtiger sind: ein stabiles demokratisches System, eine funktionsfähige Verwaltung, eine verlässliche Rechtsordnung, eine prosperierende, innovative Wirtschaft – und nicht zuletzt eine moderne, entwicklungsfähige Gesellschaft: aus der heraus die Menschen neue Konzepte für die Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft entwickeln und realisieren können.

Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements präsentiert das Symposium beispielhafte Projekte, die Lösungen für unterschiedliche Gesellschaftsherausforderungen aufzeigen – und die andere Initiativen zur Nachahmung anregen sollen. Zugleich werden anhand dieser Best-Practice-Beispiele generalisierbare Antworten auf die Fragen gesucht, wie Innovationen gefördert und Rahmenbedingungen für die Umsetzung zukunftsreicher Ideen verbessert werden können.

Diskutieren Sie mit – vor Ort oder im Chat während des Livestreams. Gern können Sie auch Fragen und Kommentare an folgende E-Mail-Adresse richten:

deutschlandderideen@deutsche-gesellschaft-ev.de

Die Veranstaltung wird als Bildungsurlaub anerkannt, im Bild und Ton dokumentiert und als Livestream und Video-on-Demand via Internet verbreitet. Mit Ihrer Teilnahme stimmen Sie einer Verwendungs der Aufnahmen im vorstehenden Sinn sowie im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Gesellschaft e. V. zu.

PROGRAMM

10:00 – 10:15 Uhr	Begrüßung und Einführung Dr. Lars Lüdicke Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft e. V.	12:00 – 12:45 Uhr	Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung Alter(n) als Chance: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement Hannah Görzel Karl Michael Griffig Stv. Vorsitzender der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Rütten Senior Fellow of Sport Science der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
10:15 – 10:30 Uhr	Impulsvortrag Das »House of One« als interreligiöses Friedensprojekt Roland Stolte Vorsitzer des Verwaltungsdirektoriums der Stiftung House of One – Bet- und Lehrhaus Berlin	12:45 – 13:30 Uhr	Mittagspause
10:30 – 11:15 Uhr	Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung Begegnung und Austausch: Perspektiven für interreligiöse Initiativen Aiman Mazyek Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V. Prof. Dr. Andreas Nachama Rabbinische Leitung des Abraham-Geiger-Kollegs Potsdam und Rabbiner im Präsidium der Stiftung House of One – Bet- und Lehrhaus Berlin	13:30 – 13:45 Uhr	Impulsvortrag »LOVE-Storm« – aktiviert und trainiert gegen Hass im Netz Björn Kunter Gründer von »LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz«
11:15 – 11:45 Uhr	Pause	13:45 – 14:30 Uhr	Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung Potenziale und Gefahren: Engagement im Zeichen der Digitalisierung Christina Dinar Junior Researcher im Bereich Platform Governance am Leibniz-Institut für Medienforschung Hans-Bredow-Institut Renate Kühnast, MdB Bundesministerin a. D. Björn Kunter
11:45 – 12:00 Uhr	Impulsvortrag »Gemeinsam geht alles besser – Marburger Bewegungspatenschaften«: Fit im Alter durch Gemeinschaft Hannah Görzel Projektkoordinatorin von KOMBINE in Marburg – »Gemeinsam geht alles besser – Marburger Bewegungspatenschaften«		

20) Lange Nacht der Museen, 26.08.2023.
Kulturprojekte Berlin

▣ KULTURPROJEKTE BERLIN

PRESSEMITTEILUNG

LANGE NACHT DER MUSEEN 26.8.2023

Berlin, 5. Juli 2023

„Sounds of Berlin“ bei der Langen Nacht der Museen

Die Lange Nacht der Museen dreht auf: Am **26. August von 18 bis 2 Uhr laden 75 Museen** dazu ein, bis spät in die Nacht ein vielfältiges Programm zu erleben — und zu hören! Denn die diesjährige Lange Nacht feiert die „**Sounds of Berlin**“.

Eine ganze Nacht lang begeben sich die Besucher*innen auf eine akustische Reise durch die Berliner Museen. **Historisch Interessierte** können im **Deutschen Spionagemuseum** Funksprüche abhören und Nachrichten entschlüsseln oder im **Cold War Museum** den Sound des Kalten Krieges entdecken.

Kunst und Musik gibt es zum Beispiel im **Bauhaus-Archiv – The Temporary**, wo live Bauhaus-Themen in Musik übersetzt werden. Die **Berliner Philharmoniker** sind zu Gast im **Palais Populaire** — und laden sowohl zum Konzert als auch zum Instrumentenbau-Workshop ein.

Seite A 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Musikalisch wird es auch im **Pankow Museum** mit Drehorgelklängen — und gleichzeitig wird die überraschende Verbindung des Instruments zu Berlin veranschaulicht. Und wer Lust auf Tanzen hat, nutzt die einmalige Gelegenheit, wenn die **Werkstatt Exilmuseum** zur Swingtanz-Bar wird oder feiert bei den zahlreichen DJ-Sets vom **Zeiss-Großplanetarium** bis zum **Gropius Bau**.

Auch **für Familien** wird einiges geboten — im **Museum für Naturkunde** erwachen die Ausstellungen eine ganze Nacht lang mit Vogelgesängen, Löwengebrüll oder Grillenzirpen zum Leben — Guides stellen die Vielfältigkeit der Stimmen im Tierreich vor. Im **Labyrinth Kindermuseum** entstehen phantasievolle Bilder zur Frage „Wie klingt die Stadt bei Nacht?“ und das **Deutsche Technikmuseum** erklärt, was bewegte Luft und Schall gemeinsam haben, wodurch sich Töne unterscheiden und was man eigentlich laut und leise nennt.

75 Museen – 750 Veranstaltungen – 1 Ticket: Das gilt auch in dieser Langen Nacht der Museen. **Tickets gibt es ab 31. Juli, das ganze Programm bereits ab 26. Juli** unter [langenachtdermuseen.berlin](https://www.langenachtdermuseen.berlin)

Facebook: www.facebook.com/LNDMberlin

Twitter: www.twitter.com/LNDMberlin

Instagram: www.instagram.com/Indmberlin

PRESSEKONTAKT

Kulturprojekte Berlin

Julia Kufner

+49 30 24749 – 864

j.kufner@kulturprojekte.berlin

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

01) Ono Ludwig - Aus der Dunkelheit ins Licht

Malerei | Fotografie | Tuschezeichnung

Ausstellung vom 31. Mai bis 27. August 2023



Ono Ludwig, Deckenlampe in der U-Bahn
(c487_34), Analoge Fotografie, 2013

02) "Guck mal so!"

Schüler des Heinz-Berggruen-Gymnasiums in Zusammenarbeit mit der Ostkreuzschule für Fotografie

Ausstellung vom 12. Juli bis 27. August 2023

Eröffnung am Dienstag, 11. Juli 2023, 18 Uhr

Fotografie



Wenn man „Guck mal so!“ sagt, meint man in der Regel sein Gegenüber. Man fordert diesen Menschen auf, seinen Blick zu verändern, also einen anders anzuschauen als zuvor. Oft geschieht das beim Fotografieren. Aber was passiert, wenn man diese Konstellation umdreht? Sie also auf die Fotografierende / den Fotografierenden bezieht? Dann bedeutet das: Schau anders in die Welt! Verändere deinen alltäglichen Blick auf Dinge, Personen, Orte, Ereignisse, die dich umgeben! Und da wird es aus fotografischer Sicht interessant.

Schülerinnen und Schüler aus den drei Leistungskursen Kunst des Heinz-Berggruen-Gymnasiums waren aufgefordert sich mit ihrem Alltag als junge Erwachsene fotografisch auseinanderzusetzen und ihre Welt zu zeigen. Sie hielten fest, was sie tagein tagaus berührt, aufwühlt, glücklich oder traurig macht und fanden dafür jeweils in einer fotografischen Reihe ihren eigenen Ausdruck. Dabei wurden sie nicht nur von ihren Kunstlehrer:innen, Katharina Obletter, Peter Rist und Andreas Friedländer, sondern von den Dozent:innen der Ostkreuzschule für Fotografie, Ina Schönenburg, Tobias Kruse und Thomas Sandberg unterstützt. Diese Kooperation besteht seit nunmehr 10 Jahren.

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

03) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei jedem Museumsbesuch etwas Neues entdecken.

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

In der Ausstellung „Umrisse“ von Moritz Haase

04) Auftakt des Terrors - Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Sonderausstellung

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

DI 14.3. – SO 17.9.

Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus

Sonderausstellung

Vor 90 Jahren erfolgte die Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Im gesamten Deutschen Reich entstanden Konzentrationslager, in denen politische Oppositionelle eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden.

Die Sonderausstellung **Auftakt des Terrors** beleuchtet die Rolle der frühen Konzentrationslager als zentrales Instrument zur Durchsetzung und Sicherung der Diktatur und zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich KZ-Personal, Haftalltag, Verfolgengruppen und Erinnerung.

Auftakt des Terrors ist eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft »Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager«, in der bundesweit 17 Einrichtungen vertreten sind.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin



SA-Wachen vor dem Tor des KZ Oranienburg, Juni 1933
Scherl/Süddeutsche Zeitung, Photo: 00007276

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



**Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau**

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

05) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



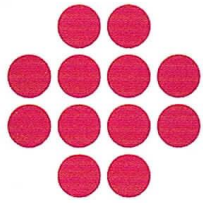
Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

06) Ausstellung Jürgen Tenz. Maler und Grafiker. 1942-2021

21. Mai bis 31. Juli 2023

Zwölf-Apostel-Kirche, An der Apostelkirche 1 Schöneberg, 10783 Berlin



Nr. 84

Sommer 2023

Zwölf Apostel

Das Magazin der Evangelischen Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, Berlin



Ausstellung Jürgen Tenz

Maler und Grafiker, 1942–2021

Aus dem vielfältigen Nachlass von Jürgen Tenz werden vom 21.5. bis 31.7. Federzeichnungen und Gouachen aus den 1970er-Jahren sowie zwei Hochdrucke aus 1996 gezeigt.

Jürgen Tenz ist in seinen grafischen Arbeiten immer von neu entwickelten Fragen ausgegangen, um Antworten in unserer Gegenwart zu suchen und dafür bildnerische Lösungen zu finden. Wie er selbst seine Arbeiten beschrieben hat, wirken Positiv und Negativ im seelischen Bereich des Menschen. Negativ tritt stärker hervor und stört das Gleichgewicht. Das Positive zeigt sich zurückhaltend in subtilen Landschaften, die die innere Harmonie symbolisieren, nach der sich die menschliche Seele sehnt. Technische Übersteigerungen, öde Umwelt, ein Merkmal des Negativen, hat die Seele des Menschen überwältigt, wodurch sie der Unterdrückung preisgegeben ist.

Der waltende Dualismus, durch welchen die irdische Welt besteht, ist ein Zustand, dem auch der Mensch ewig unterworfen ist. Dieses Prinzip beeinflusst auf seiner Daseinsebene all sein Denken und Handeln.

Jürgen Tenz wurde 1942 geboren, in Berlin-Siemensstadt. Nach einer Handwerkslehre studierte er bei der Studiengemeinschaft Darmstadt Grafik und Pressezeichnen sowie an der Staatlichen Hochschule der Künste



Jürgen Tenz, 2019, Foto: Dietrich Graf

Berlin Gebrauchsgrafik. Als wissenschaftlicher Zeichner war er für vier Jahre bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (archäologische Ausgrabungen in Berlin) und ab 1973 als freier Maler und Grafiker bis zu seinem Tode 2021 tätig.

Er trat in den Verein Berliner Künstler ein, war von 1994–2004 Mitglied im Kulturbeirat Tempelhof-Schöneberg und erhielt 1999 den ARAG Kunstpreis. In all den Jahrzehnten nahm er an diversen Gemeinschafts- und Einzelausstellungen in Berlin, Deutschland, Frankreich und Japan teil. Seine Arbeiten befinden sich im Privatbesitz und in Banken.

Gisela Tenz



Jürgen Tenz, „Reife Frucht“, 1977, Gouache, 40x30 cm, Fotos: Gerhard Haug, Berlin

Jürgen Tenz, „Platz mit Hochbahn“, 1994, Hochdruck (16/30), 40x30 cm



WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Der Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Westpreußisches Landesmuseum sucht neuen Direktor.
Eine Information „von außen“ - unsere Gremien schweigen!

Am **Westpreußischen Landesmuseum** in Warendorf ist baldmöglichst die Stelle der/des

Direktorin / Direktors (m/w/d)
zu besetzen.

Die Kulturstiftung Westpreußen ist seit 1975 die Trägerstiftung des Westpreußischen Landesmuseums. Neben der Führung des Museums gehören vor allem die ständige Pflege von Verbindungen und die Zusammenarbeit mit kulturellen Institutionen in Deutschland und Polen sowie die Förderung kultureller und wissenschaftlicher Projekte und Veranstaltungen zu ihren Aufgaben. Das Westpreußische Landesmuseum bildet auf der Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) die zentrale Einrichtung, die die Kulturgeschichte Westpreußens erforschen, dingliches Kulturgut sammeln, erhalten und die Arbeitsergebnisse präsentieren soll. Das Museum soll Vergangenheit und Gegenwart der gesamten Kulturregion Westpreußen bekannt machen und einen Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschland und Polen leisten. Das Westpreußische Landesmuseum wird von der Bundesrepublik Deutschland, vom Land Nordrhein-Westfalen, vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie von der Stadt Warendorf institutionell gefördert.

Der Direktor/ die Direktorin trägt die Verantwortung für die Leitung und den weiteren Betrieb des Westpreußischen Landesmuseums und vertritt das Museum in allen Belangen gegenüber den Stiftungsgremien und der Öffentlichkeit.

Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- Leitung des Museums mit fachlicher, wirtschaftlicher (u.a. Drittmittel-Akquise), personeller und organisatorischer Gesamtverantwortung
- Pflege und Ausbau der Sammlung sowie deren wissenschaftliche Erschließung (Aufsätze, Vorträge und Publikationen zu den Themenbereichen des Museums)
- Planung und Durchführung von Ausstellungen
- Entfaltung einer professionellen, zeitgemäßen Museumsarbeit sowie Weiterentwicklung der Museumskonzeption
- Ausbau und Pflege der grenzüberschreitenden Kooperation mit den europäischen, insbesondere den polnischen Nachbarn
- Zusammenarbeit mit der Westpreußischen Gesellschaft als Stifterin der Kulturstiftung Westpreußen sowie der Stadt Warendorf und den weiteren Zuwendungsgebern
- Erarbeitung einer mittelfristigen Strategie für die künftige Arbeit des Museums unter Beteiligung der weiteren Stakeholder
- Innovative öffentlichkeitswirksame Darstellung des Museums
- Entwicklung digitaler Strategien für das Museum
- Mitgliedschaft im Stiftungsvorstand

Das erwarten wir an Voraussetzungen:

ein erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium der Geschichte, der Kunstgeschichte oder einer anderen einschlägigen Kulturwissenschaft idealerweise mit Promotion

Von Vorteil sind weiter:

- Erfahrungen im Museums-, Ausstellungs- und Veranstaltungsmanagement, im Marketing und Kulturmanagement, der Museumsvermittlung und in der Öffentlichkeitsarbeit
- möglichst Leitungserfahrung in vergleichbaren Institutionen
- ausgeprägte methodische, kommunikative und soziale Kompetenzen
- Fähigkeit zur inspirierenden Vermittlung von Konzepten und Inhalten sowie neuen Formaten und Vermittlungsformen
- Erfahrungen in der Generierung von Drittmitteln und in der Mitarbeiterführung

- eine ausgeprägte Fähigkeit zur Teambildung sowie Durchsetzungsfähigkeit, Engagement, Belastbarkeit, Organisationstalent
- Bereitschaft zu Abend- und Wochenendeinsätzen
- Bereitschaft zur Wahrnehmung des Vorsitzes im Stiftungsvorstand
- Gute Kenntnisse in und ausgeprägtes Interesse an der westpreußischen Landes- und Kulturgeschichte,
- Polnische Sprachkenntnisse - sofern noch nicht vorhanden, wird die Bereitschaft zum Erwerb der polnischen Sprache erwartet.

Wir suchen eine wissenschaftlich ausgewiesene, konzeptionell und unternehmerisch denkende, dynamische Führungspersönlichkeit mit ausgeprägter Teamfähigkeit. Interesse und Freude an grenzüberschreitenden Kooperationen in einem modernen Europa setzen wir voraus.

Die Stelle:

Die Stelle wird zunächst für zwei Jahre als Führungsposition auf Probe (gem. § 31 TVöD) besetzt. Nach Bewährung ist die Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis vorgesehen. Die Bezahlung erfolgt abhängig von persönlicher Eignung und Qualifikation nach Entgeltgruppe 15 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD Bund). Der Dienort ist Warendorf. Es handelt sich um eine Vollzeitstelle (derzeit 39 Stunden pro Woche). Dienort ist Warendorf. Unabhängig von den Möglichkeiten, Arbeitsleistungen auch im Homeoffice zu erbringen, ist deshalb die Wohnungsnahe vor Ort erwünscht. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach dem Bundesgleichstellungsgesetz und schwerbehinderte Menschen nach Maßgabe des Sozialgesetzbuches IX besonders berücksichtigt. Von schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern wird lediglich ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt. Die KSW begrüßt Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten, unabhängig von deren kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion oder sexueller Identität.

Für Fragen zu der ausgeschriebenen Stelle wenden Sie sich bitte an die Vorsitzende des Vorstands der Kulturstiftung Westpreußen:

Frau Dr. Jutta Reisinger-Weber
(Telefon: 06163-9139039 oder Reisinger-Weber@t-online.de)

Die Kulturstiftung Westpreußen freut sich auf Ihre **aussagekräftige Online-Bewerbung** mit den entsprechenden Unterlagen (mindestens tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse, lückenlose Tätigkeitsnachweise) bis zum **21.07.2023 auf:**

<https://karriere.warendorf.de/jobposting/0acb51cb0649501788d1fba69e70f9f424b2ce57/>

Hinweis auf Aufbewahrung der Unterlagen (Datenschutz)

Mit der Übersendung Ihrer Bewerbungsunterlagen erklären Sie sich damit einverstanden, dass Ihre Daten gem. gesetzlicher Bestimmungen gespeichert werden dürfen. Ein Widerruf dieser Einwilligung ist jederzeit möglich. Die Bewerbungsunterlagen werden ausschließlich zum Zwecke des Auswahlverfahrens verwendet und nach Abschluss des Auswahlverfahrens unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes vernichtet/gelöscht.

Auf „Hinweis von außen“ konnten wir im Internet folgende Nachricht finden:

„Westfälische Nachrichten“:

„Stillschweigen vereinbart“: Leiterin verlässt Westpreußisches Landesmuseum

Warendorf

Erst Ende 2021 hat Dr. Gisela Parak die Leitung des Westpreußischen Landesmuseum übernommen. Jetzt ist sie schon wieder weg. Über die Gründe wird geschwiegen.



- Von
- [Jonas Wiening](#)

Samstag, 03.06.2023, 07:00 Uhr
03.06.2023, 07:02 Uhr



Dr. Gisela Parak trat die Stelle als Museumsleiterin voller Ideen an. Doch damit wird es jetzt nichts mehr. Das Museum und Parak gehen ab sofort getrennte Wege.- Foto: Trautner

02) Fremde – Freunde. Polen und Deutsche in der historischen Karikatur.

Sonderausstellung vom 23. Juni bis 17. September 2023

(Diese Sonderausstellung endet also - unverständlicherweise! - vor dem „Westpreußen-Kongress“, der vom 22. bis 24. September 2023 Westpreußen und an Westpreußen Interessierte auch aus Polen vor Ort in Warendorf versammelt! Wirklich?)



Gefördert durch:
Die Bundesagentur für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Tourismus
des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL
Landesmuseum Westfalen-Lippe

WARENDORF
1919

Die Ausstellung wird
gefördert durch:
Sparkasse
Kreis der Sparkassen Westfalen-Lippe

23.6. – 17.9.2023

Klosterstraße 21
48231 Warendorf

Dienstag bis Sonntag
von 10 bis 18 Uhr

Seite A 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Erste Teilung Polens und der Erwerb der neuen preußischen Provinz „Westpreußen“ 1772 stellen wohl eine der einschneidendsten Zäsuren im Verhältnis von Preußen/Deutschland zu Polen dar. Hieraus entwickelte sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein ausgeprägter und fast 200 Jahre währender vielschichtiger Antagonismus zwischen Preußen und Polen, der bei weitem nicht nur die in der Region selbst lebenden polnischen und deutschen Bevölkerungsteile betraf. Widersprüche und Gegensätze nationaler Identitäten zeigten sich nicht nur in der Politik, sondern auch in der Publizistik, den Zeitungen und Illustrierten.

Anhand des Mediums ‚politische Karikatur‘ führt diese Ausstellung exemplarisch vor Augen, wie sich Deutsche und Polen zwischen 1772 und 1990/1991 (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag) gegenseitig wahrgenommen haben.

Hierfür wurden Karikaturen zu wichtigen Schlüsselmomenten ausgewählt: Polenbegeisterung um 1830, Polen-Debatte in der Frankfurter Nationalversammlung 1848, Kulturkampf und Germanisierungspolitik im 19. Jahrhundert, der Erste Weltkrieg und seine Folgen, die lang andauernde und zaghafte Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg, die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt, die Gründung der Gewerkschaft Solidarność, die Wiedervereinigung Deutschlands.

In ihrer absichtlichen Überzeichnung und scheinbaren Verkürzung versteht sich die Karikatur nicht als objektive oder gar allgemeingültige Aussage. Von jeher nutzt die Karikatur Spielräume innerhalb einer immer den politischen Verhältnissen unterworfenen künstlerischen Freiheit, um politische oder gesellschaftliche Ereignisse und Phänomene zu kommentieren und damit den Blick des Betrachters zu weiten. Das Stilmittel der augenzwinkernden bis bitterbösen Zuspitzung oder auch humorvollen Brechung im Rahmen der künstlerischen Freiheit eröffnet dabei die Möglichkeit, politische Ereignisse noch einmal in ganz anderer Form zu kommentieren und dabei auch andere Blickwinkel zuzulassen.

Die Ausstellung präsentiert anhand der zuvor ausgeführten Zäsuren einen exemplarischen Querschnitt von künstlerischen Arbeiten aus den beiden Ländern. Im Mittelpunkt steht dabei das politische Zeitgeschehen und die damit verbundenen problematischen Themen.

Die Arbeiten polnischer Karikaturisten stammen aus der Sammlung des Karikaturenmuseums Warschau und lesen sich wie die Crème de la Crème der polnischen politischen Grafik.

Die deutsche Perspektive wird unter anderem durch Arbeiten von Zeichnern dargestellt, die vor 1945 für die satirischen Magazine „Simplicissimus“ und „Kladderadatsch“ wirkten. Eine Auswahl der Karikaturen nach 1945 wurde den großen (west-) deutschen Tageszeitungen entnommen. Diese Arbeiten wurden vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und vom Museum Wilhelm Busch – Deutsches Museum für Karikatur & Zeichenkunst in Hannover zur Verfügung gestellt.

Eröffnung

22. Juni 2023, 19 Uhr

Dr. Martin Steinkühler (Westpreußisches Landesmuseum):
Führung durch die Ausstellung

Führungen an allen Donnerstagen um 15 Uhr

Rahmenprogramm:

29. Juni 2023, 19 Uhr - abgesagt -

PD Dr. Tobias Weger, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München:

Das Verhältnis von Deutschen und Polen im Spiegel der Münchner Satirezeitschrift Simplicissimus, 1896–1944

06. Juli 2023, 19 Uhr - abgesagt -

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt:

Deutschland im polnischen Spiegel. Karikaturen über eine komplizierte Beziehung

03. August 2023, 19 Uhr

Dr. Matthias Kneip, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut Darmstadt:

100 Jahre Polen. Orte, die Geschichte erzählen

07. September 2023, 19 Uhr

Arndt Zinkant, Münster:

„Politsatire oder Kiepenkerl-Krakeln?“

Die Arbeit eines Lokal-Karikaturisten im Münsterland

14. September 2023, 19 Uhr

Dr. Gerd Dethlefs, Referent für Landesgeschichte am LWL-Museum für Kunst und Kultur, Münster:

Porträts zwischen Propaganda und Kritik. Beispiele aus dem Porträtarchiv Diepenbroick

Konzert

25. Juni 2023, 11:00 -12:30 Uhr

„**Konzert Royal**“ für Cembalo und Traversflöte.

Kammermusik des Preußischen Hofes aus dem 18. Jahrhundert

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-lg.de

03) Jahresprogramm / Ausstellungen 2023

Nr. 12 – Dezember 2022

Memeler Dampfboot

Seite 189



Ostpreußisches Landesmuseum
mit Deutschbaltischer Abteilung

Jahresprogramm / Ausstellungen 2023

24.9.2022 – 29.1.2023
Romantische Augen-Blicke
Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts aus einer Privatsammlung

19.11.2022 – 19.3.2023
Verschwunden
Orte, die es nicht mehr gibt

10.2.2023 – 21.5.2023
Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang
Der Fotograf Fritz Krauskopf (1882-1945)

15.4.2023 – 22.10.2023
Franz Domscheit (1880-1965)
Maler aus dem Memelland

3.6.2023 – 3.10.2023
Die Familie von Kügelgen im Baltikum
Zäsuren und Brüche der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts anhand einer Familiengeschichte

14.10.2023 – 28.1.2024
Bräuche und Feste in Ostpreußen
Von Schmackostern über den Schimmelreiter bis zum Dreikönigstag

3.11.2023 – 5.11.2023
Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes
Kunsthandwerkermarkt

18.11.2023 – 25.2.2024
Die Kunstakademie Königsberg 1845-1945
Künstler aus zwei Jahrhunderten

– Änderungen vorbehalten –

Heiligengeiststraße 38 | D-21335 Lüneburg | Tel. 04131 75995-0 | info@ol-lg.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

04) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2023

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2023

-nur 1. Halbjahr-

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Noch bis 26.02.23

Kultur verbindet – Vielfalt ukrainischer Kunst vom Sozialismus bis zur Gegenwart

11.03.23-25.06.23

Von der Kleinbahn bis zum Hofzug

Zur Geschichte der Eisenbahn zwischen Weichsel und Memel (geänderter Termin!)

26.03.23

Frühlingserwachen

Der etwas andere Ostermarkt

01.04.23

1. Landeskulturtag 2023 (Anmeldung erbeten!)

21.05.23

Internationaler Museumstag

Kabinettausstellungen

Januar-Juli 2023

Die Bismarcktürme in Ostpreußen (geänderter Termin!)

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

Pr. Holland, Schloß

Lyck, Wasserturm

Lötzen, Festung Boyen

Johannisburg, Städt. Kulturhaus

Saalfeld, Stadt- und Gemeindeverwaltung

Rosenberg, Hist. Feuerwehrhaus

Goldap, Haus der Heimat

Rastenburg, I. Liceum

Ganzjährig

Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur

Ostpreußens im neuen Altvaterturm

auf dem Wetzstein bei Lehesten, Thüringer Wald

Kulturzentrum Ostpreußen ▪ Schloßstr. 9 ▪ 91792 Ellingen/Bay.

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)

10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)

Telefon 09141-8644-0

Telefax 09141-8644-14

info@kulturzentrum-ostpreussen.de

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz

Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de

05) Schlesien erleben – mal ganz anders.

Trotz geschlossenem Museum schlesische Aktivitäten in Görlitz

Von Dieter Göllner

Schlesien erleben – mal anders

Trotz geschlossenem Museum schlesische Aktivitäten in Görlitz

Freunde und treue Besucher des Schlesischen Museums von Görlitz (SMG) dürften es inzwischen schon wissen: Wegen Baumaßnahmen ist das Haus ab 20. März 2023 für einige Wochen geschlossen. Der Museumsladen bleibt während der Schließung geöffnet, jedoch mit veränderten Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 Uhr bis 15 Uhr.

Is zu dem derzeit noch nicht bekannten Datum der Wiedereröffnung können Interessierte auf der Homepage www.schlesisches-museum.de einige besondere Schätze aus der Dauerausstellung kennenlernen. So sind kurze Filme verfügbar, in denen u. a. etwa an einen Besuch der Hohenzollernfamilie auf der Schneekoppe erinnert wird, an die letzten Tage des Dichters Gerhart Hauptmann in Agnetendorf oder an die Bildhauerin Dorothea von Philipsborn aus einem Dorf bei Breslau.

Digitale Geschichtspfad

Zu entdecken ist auch Wissenswertes zu ausgewählten „Kostbarkeiten“ des Hauses, darunter ein goldenes „Trinkschiff“ aus der Zeit um 1600 oder ein Doppelporträt Otto Muellers mit seiner Frau Maschka.

Ein weiteres Angebot des Schlesischen Museums zu Görlitz ist der digitale Geschichtspfad durch Görlitz und Zgorzelec. Mithilfe einer Smartphone-App kann man sich vom Schönhof aus am Barockhaus des Städtischen Museums vorbei die Weißstraße hinunter über die Altstadtbrücke bis auf die polnische Seite der Europastadt führen lassen. An verschiedenen Punkten informiert die App über die gemeinsame und die geteilte Geschichte beider Städte.

Aktionen des Kulturreferates für Schlesien

Das Kulturreferat für Schlesien will das deutsche Kulturerbe dieser Region erlebbar machen und entwickelt Projekte der kulturellen Bildung mit Kooperationspartnern aus Deutschland und Polen. Die aktuellen Programme des Kulturreferates sind von der Schließung des Museums nicht betroffen, da viele Veranstaltungen außerhalb des Hauses stattfinden. Ein jüngster Höhepunkt waren die Literaturtage an der Neiße. Festivalorte waren diesmal das Kulturforum Görlitzer Synagoge und Miejski Dom Kultury in Zgorzelec. Das deutsch-polnische Literaturfest hat sich seit seiner Gründung in 2014 als Biennale zu einer festen Größe im Kulturkalender der Europa-



Screenshot „Objekte im Film“. Die Karriere der Bildhauerin Dorothea von Philipsborn (1894-1971) wird anhand von Fotos und Dokumenten aus ihrem umfangreichen Nachlass beschrieben.

© Göllner

stadt Görlitz-Zgorzelec entwickelt und feierte im April ein kleines Jubiläum „Butterfly & Schmetterling. Eine Hommage an Daisy von Pless, Gastspiel des Parktheater Edelbruch (Kristin Giertler als Daisy von Pless)“ war ein Beitrag des Kulturreferates zum Daisy-Jahr 2023, der dem Publikum am 5. Mai am Görlitzer Apollo Theater geboten wurde.

„Schlesien erfahren“

Unter dem Motto „Schlesien erfahren“ laden das Kulturreferat für Schlesien am SMG und Senfkorn Reisen Interessenten ein, im Rahmen einer dreitägigen Genussstour (9. bis 11. Juni) das nordschlesische Weinland zu erleben. Highlight ist die Erkundung von etwa 20 historischen Weinkellern (viele von ihnen sind im Alltag nicht zugänglich), in denen regionale Weingüter ihre Erzeugnisse im Rahmen des Festivals „Tage der Offenen Weinkeller“ zum Verkosten anbieten.

Am 16. Juni stehen Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in Schlesien unter dem Titel „Satelliten“ am Programm. Bei dieser Gelegenheit wird die Ausstellung „Vier Jahreszeiten“ mit Werken von Maugosia Sycz, in Zusammenarbeit mit dem Miejski Dom Kultury Zgorzelec eröffnet.

Aktive Naturfreunde können sich am 17. Juni am Programm „Über uralte Vulkane zum schlesischen Davos“ aus der Reihe „Wandern in Schlesien“ beteiligen. Die Route führt vom Bahnhof PKP Wałbrzych Główny (Waldenburg) über Borowa, Rybnica Leśna (Reimswaldau), Baude PTTK Andrzejówka und Wałigóra bis nach Sokółowsko (Görbersdorf).

Dieter Göllner

06) Ausstellung: Grenzgänger. Alltag in einem geteilten Land



Noch bis 30. September 2023 im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen zu sehen

Das Thema ist die Teilung Oberschlesiens zwischen 1922 und 1939.

Mit dieser Sonderausstellung greift das Oberschlesische Landesmuseum die komplexe Thematik der Teilung dieser jahrhundertlang organisch gewachsenen und wirtschaftlich eng verflochtenen Region zwischen Deutschland und Polen auf und bringt den Besucherinnen und Besuchern näher, mit welchen Problemen die Bevölkerung beiderseits der Grenze im Alltag konfrontiert war, welche rechtlichen Regelungen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben schützten, welches Konkurrenzdenken zwischen den beiden Landesteilen herrschte und wie in späteren Jahrzehnten an die Zeit der Teilung erinnert wurde.



Die Ausstellung knüpft aber auch an das zeitgeschichtliche Geschehen und aktuelle gesellschaftspolitische Prozesse in Europa an: Ob die Separationstendenzen in Katalonien, im Baskenland, in Schottland, Flandern oder Südtirol, oder die militärisch ausgefochtenen Konflikte auf dem Balkan, in der Region Berg-Karabach, in Georgien, Nordirland oder Transnistrien – immer wieder sind es ethnisch-sprachlich-kulturelle Grenzräume, in denen Konflikte ausbrechen oder der „Schutz der eigenen Landsleute“ den Aggressoren als Vorwand für ihre Angriffskriege dient, wie zuletzt besonders dramatisch in der Ukraine, mit globalen Auswirkungen. Die Teilung Oberschlesiens wird somit als historisches Beispiel für Grenzlandkonflikte in Europa behandelt, anhand dessen die Komplexität derartiger Auseinandersetzungen sowie mögliche Folgen und verschiedene Lösungsvorschläge diskutiert werden. Um dem umfassenden bildungspolitischen Anspruch gerecht zu werden, setzt sich das Rahmenprogramm komplementär mit anderen, ähnlich gelagerten Konflikten auseinander.



Ebenso wie die Vorgängerausstellung zum Plebiszit in Oberschlesien entstand die aktuelle Sonderausstellung in deutsch-polnischer Kooperation. Nicht nur der Kurator der Ausstellung, Dawid Smolorz, Regionalforscher und ausgewiesener Kenner der oberschlesischen Grenzproblematik im 20. Jahrhundert, sondern auch der Grafiker Bogusław Nikonowicz und die für die Organisation und den Begleitband verantwortliche Monika Rosenbaum samt ihrem Dukle-Verlages unterstützten das Team des Oberschlesischen Landesmuseums bei der Realisierung des ehrgeizigen Vorhabens. „Diese deutsch-polnische Zusammenarbeit gedeiht abseits aller politischen Spannungen auf der Arbeitsebene, in Kultur und Wissenschaft, sehr gut, wie wir bereits bei der Plebiszit-Ausstellung, unserer internationalen wissenschaftlichen Tagung zum Thema und dem Filmprojekt ‚Ein europäischer Konflikt. Der Abstimmungskampf um Oberschlesien 1921‘ im vergangenen Jahr bewiesen haben“, so der neue Direktor des Museums Dr. David Skrabania. „Dies setzen wir nun, in der Überzeugung fort, damit auch einen Beitrag zur Völkerverständigung und deutsch-polnischen Freundschaft zu leisten.“

Seite A 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Beachtenswert ist der Einsatz von Multimedia-Komponenten bei dieser Ausstellung, die den bildungspolitischen Ansatz unterstützen und die Ausstellung gerade für ein jüngeres Publikum attraktiver machen. Neben einem großen Multimedia-Tisch mit Kartendarstellungen kommen drei Info-Terminals und Filmprojektionstechnik zum Einsatz. Überdies wurden eigens für die Ausstellung CAD-Modelle von sechs in der Zwischenkriegszeit in Oberschlesien errichteten modernistischen Gebäuden angefertigt, die als 3D-Drucke Eingang in die Ausstellung gefunden haben.

Begleitprogramm

Weitere Termine finden Sie unter: www.oberschlesisches-landesmuseum.de

Text: Stiftung Haus Oberschlesien | Oberschlesisches Landesmuseum | Kulturreferat für Oberschlesien

Öffnungszeiten

Wir freuen uns sehr, Sie in unserem Museum willkommen zu heißen.

Unsere regulären Öffnungszeiten sind dienstags bis sonntags von 11 Uhr bis 17 Uhr.

Kontakt

Oberschlesisches Landesmuseum
Bahnhofstraße 62
40883 Ratingen (Hösel)

Telefon: +49(0)2102-9650

Email: info@oslm.de



HAUS SCHLESIEN

Dollendorfer Str. 412

53639 Königswinter

[+49\(0\)2244 886 0](tel:+49022448860)

info@hausschlesien.de

07) Kaffee: Genussmittel oder Statussymbol. Haus Schlesien erzählt Kaffee Geschichten. Von Dieter Göllner

Kaffee: Genussmittel oder Statussymbol?

Haus Schlesien erzählt Kaffee Geschichten

Die neue Sonderausstellung im Haus Schlesien erzählt Kaffee Geschichten von anno dazumal bis heute. Wertvolle Porzellan-Exponate aus schlesischer Provenienz ergänzen die Schau.

Besucher von Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrött können derzeit neben der Dauerausstellung auch eine seit kurzem eröffnete Sonderschau besichtigen. Die Gastausstellung vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg zeigt unter dem Motto „Arabica und Muckefuck. Kaffee Geschichten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer“ Aspekte der Kulturgeschichte rund um die begehrte Kolonialware und auch zu den bekannten Ersatzprodukten auf.

Zwischen Luxusgut und Malzkaffee

Wer sich den Luxus leisten konnte, zelebrierte mit den aromatischen Bohnen aus tropischen und subtropischen Regionen sowie mit feinem Porzellangeschirr ein wahres Ritual. Für ärmere Gesellschaftsklassen war das exotische Getränk, das einst aus dem „Orient“ nach Europa gebracht wurde, nicht verfügbar, so dass man zum Ersatzkaffee – auch „Muckefuck“ genannt – aus Gerste, Roggen oder Zichorie griff. Die Bezeichnung leitet sich übrigens vom französischen „Mocca faux“ ab, was in der Übersetzung „falscher Kaffee“ heißt. Bei einem Rundgang durch die Ausstellung können die Besucher anhand der Exponate und Infotafeln sowie der digitalen Anzeigen den Spannungsbogen zwischen dem Luxusgut und dem Malzkaffee nachvollziehen.

Die Vernissage mit rund 100 Besuchern war ein erfolgsver-

sprechender Anfang. Nach der Begrüßung durch die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums von Haus Schlesien, Nicola Remig, führte Dr. Christine Absmeier, die Leiterin des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg (HdHBW), in die Thematik ein. Es wurde deutlich, wie wichtig Kaffee als Handels- und Kulturgut nach wie vor für viele Menschen ist, jedoch auch, dass der weltumspannende Wirtschaftszweig seine Schattenseiten hat.

Kaffee statt Sekt zur Vernissage

Der erste stellvertretende Bürgermeister von Königswinter, Jürgen Kusserow, hielt ein Grußwort und reflektierte seine eigene Beziehung zum beliebten Heißgetränk. Die Veranstaltung wurde mit Kaffeehausmusik von Stefan Ulbricht begleitet. Übrigens: Statt Sekt und Saft gab es diesmal im Anschluss an die Eröffnungsveranstaltung thematisch passend Kaffee der Kölner Rösterei Heilandt.

Die Ausstellung erzählt sowohl Geschichten von Genussmenschen und Geschäftemachern als auch von Ausbeutung und Profit im internationalen Wirtschaftsgeflecht. Sie schildert u.a., wie etwa der Temeswarer Franz Illy in Triest die Espressoemaschine erfand und wie die Brüder Franck aus Ludwigsburg mit dem Verkauf von Ersatzkaffee in Österreich-Ungarn reich wurden.

Aufgezeigt werden zwei Seiten derselben Medaille: Koloniale Unterdrückung und alltäglicher Genuss, gesellschaftliche Abgrenzung durch Luxuskonsum und kollektive Identitätsfindung durch Rituale. Neben den Kaffee Geschichten von Genießern und Geschäftsmännern spielen im internationalen Wirtschaftsgeflecht auch jene von Ausbeutern und Ausgebeuteten eine wichtige Rolle.



Was gibt es schöneres als den Geruch von frischem Kaffee? Aber auch schon der Geruch der Bohnen kann einem Lust auf Kaffee machen. Deshalb stellt die Rösterei Heilandt die Säcke mit Kaffeebohnen aus, während die stilvoll gedeckte Kaffeetafel richtigen Kaffeedurst macht.

Wiener Kaffeehauskultur

Ursprüngliche Heimat des Kaffees ist das äthiopische Hochland. Erste schriftliche Erwähnungen des Getränkes stammen aus dem 15. Jahrhundert von der arabischen Halbinsel. Von dort aus verbreitete es sich im Osmanischen Reich. Orientreisende und osmanische Gesandtschaften brachten die Kunde über ein exotisches Getränk nach Europa. Wenige Jahrzehnte später entstanden die ersten Kaffeehäuser in europäischen Handels- und Residenzstädten als Orte des Vergnügens und der Kommunikation

Ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfreute sich das Kaffeetrinken im öffentlichen Raum zunehmender Beliebtheit. Die Wiener Kaffeehauskultur – heute eine weltbekannte Marke mit dem Titel UNESCO-Weltkulturerbe – wird in der Ausstellung anhand von Archivfotografien, Malereien und Objekten dokumentiert. Das Kaffeehaus diente als intellektueller Treffpunkt für Künstler und Publizisten von nah und fern. Zum anderen steht das Kaffeehaus seit jeher für einen demokratischen, in Abgrenzung zum Wirtshaus aber als kultiviert verstandener Ort des öffentlichen Austausches, der Zeitungslektüre und des Spiels. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in allen größeren Städten des Habsburgerreiches Kaffeehäuser.

Porzellan: Stiebler, Krister und Schlegelmilch

Haus Schlesien hat die Kaffee-Präsentation mit thematisch passenden Exponaten aus den eigenen Sammlungs-Beständen bereichert. Dadurch werden neben der Geschichte des Kaffees, seiner Herkunft und Herstellung vor allem auch die regionalen Ausprägungen in Schlesien in den Vordergrund gerückt. Somit ist es verständlich, dass neben Firmen wie etwa der Breslauer Kaffeerösterei Otto Stiebler (dem größten Import- und Versandhaus für Lebensmittel im historischen Osten Deutschlands) auch zahlreiche schlesische Porzellan-

manufakturen Erwähnung finden. Am Beispiel von diversen Kaffeekannen und -tassen – u.a. aus der Porzellanfabrik Carl Tielsch aus Altwasser – können sich die Besucher einen Einblick in die Geschichte der Keramik- und Porzellanproduktion in Schlesien verschaffen.

Eine der ältesten Einrichtungen ist die Manufaktur Krister aus Waldenburg, deren Gründer der talentierte Blaumaler Carl Franz Krister (1802-1869) war. Kristers Ziel war es, preisgünstiges Porzellan herzustellen, das für jeden Haushalt erschwinglich sein sollte. Er orientierte dabei nicht nur sein Sortiment an der bekannten „Königlichen Porzellan Manufaktur“ (KPM) aus Berlin, sondern übernahm als „Krister Porzellan Manufaktur“ deren Kürzel, was aufgrund des damals noch fehlenden Markenschutzes möglich war. Die Logos ähnelten sich zeitweise stark. So konnte er von der Bekanntheit der Marke profitieren. Auch in Oberschlesien wurde Porzellan produziert und zwar in der Porzellanfabrik Reinhold Schlegelmilch in Tillowitz. Deren Produkte wurden vor allem nach Übersee exportiert, nur fünf Prozent der zum gehobenen Segment gehörenden Artikel wurden auf heimischen Märkten vertrieben. Und, falls beim Rundgang durch die Ausstellung im Haus Schlesien so mancher Besucher Appetit auf eine aromatische Tasse Kaffee bekommen hat, kann er in der „Rübezahlstube“ Kaffee und Kuchen genießen. Es gibt übrigens auch eine Speisekarte mit kreativen Kaffeegerichten. Wer am 23. April im Haus Schlesien weilte, konnte neben einer Führung durch die Ausstellung auch eine Kaffeeverkostung mit Beteiligung der Kölner Kaffeerösterei Heilandt erleben. Gut zu wissen: Für die Finissage am 6. August konnte Moritz Eylandt, einer der Mitgründer der Firma, gewonnen werden. Er hält einen Vortrag über die Firmenphilosophie der regional bekannten und expandierenden Rösterei. Informationen unter Telefon 02244 886 231 oder E-Mail: kultur@hausschlesien.de

Dieter Göllner

© Göllner

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VII)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 89
--	--------------------------

- 01) The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives
- 02) 30. Tagung Junger Osteuropa-Experten (JOE)
- 03) "Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?
- 04) Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?
- 05) 1989 und die Zukunft Europas
- 06) Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus
- 07) Geschichtliche Grundfragen VIII: Kann man aus der Geschichte lernen?
- 08) Ostdeutsche Juden: Emanzipation von der Geschichte
- 09) Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung
- 10) After the Empires? Ukraine's (Post-)Colonial Entanglements
- 11) Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite
- 12) Wandel in Polen – Polen im Wandel
- 13) „Kirchen für neue Städte“ - Religiöses Bauen der Spätmoderne
- 14) Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon"
- 15) Historikertag 2023: Epochenübergreifend
- 16) Historikertag 2023: Mittelalterliche Geschichte
- 17) Historikertag 2023: Frühe Neuzeit
- 18) Historikertag 2023: Neuere und Neueste Geschichte
- 19) Historikertag 2023: Zeitgeschichte
- 20) 1423–2023. 600 Jahre Sachsen(-Meißen). „Sächsische“ Fürstentümer, König- und Kaiserreiche und ihre Traditionen (10. bis 16 Jh.)
- 21) Architektur in Transformationsgesellschaften. Zur Geschichte und Gegenwart des Umbaus
- 22) NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand
- 23) Jacob Böhme: Von der Gnadenwahl (1623)
- 24) Hansestädte und Bischöfe

B. b) Berichte von Fachtagungen	Seiten B 90 – B 147
--	----------------------------

- 01) MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus
- 02) Looking at the Ghetto... The Warsaw Ghetto Uprising: Eighty Years in Retrospect
- 03) Wasserregime – Hydraulische Gesellschaften in Europas Stadtlandschaften 1350-1950
- 04) New Research on the Pre-Modern Tsarist Empire
- 05) XIII. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- 06) Authenticity in European cities
- 07) Politische, soziale, religiöse und kulturelle Vielfalt in der Zeit Sigismunds von Luxemburg (1368–1437)
- 08) Kleine Reichsstädte
- 09) Jewish Responses to Nationalism in Central and East-Central Europe

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 148 – B 200

- 01) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 74 (2023) 5/6
- 02) Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2022), 1
- 03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 71 (2023) 6
- 04) Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (2023), 7
- 05) Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 19 (2022), 3
- 06) zeitgeschichte 50 (2023), 2
- 07) Historical Social Research 48 (2023) 3
- 08) Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 32 (2023), 3–4
- 09) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 6
- 10) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 5
- 11) Zeitschrift für Genozidforschung 21 (2023), 1
- 12) MEDAON 17 (2023), 32
- 13) KULT_online 67 (2023)
- 14) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 70 (2022) 1-2
- 15) Osteuropa 73 (2023), 1-2
- 16) The Russian Review 82 (2023), 3

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt

Seiten B 201 – B 209

A. Besprechungen (Seite B 201 – B 205)

- 01) Gerd Mesenhof: In der Hölle von Halbe 1945. Eine Flüchtlingstragödie. (mit 13 SW-Abb.). Gilching: Druffel & Vowinckel-Verlag (2023). 278 Seiten. ISBN 978-3-8061-1285-6. € 25,80 (Versandkosten € 2,20).
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin
- 02) Malgorzata Popiolek-Roßkamp: Warschau. Ein Wiederaufbau, der vor dem Krieg begann. (198 SW-Abb. im Text, 85 Farb-Abb. im Anhang auf den Seiten 401 bis 464). (Paderborn) Brill Schöningh 2021. XI, 464 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Publikationsreihe des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Band 1. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70424-5 (hardback); ISBN 978-3-657-70424-8 (e-book). € 129,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 206)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz
- 02)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 125,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin.
- 05)** Stange, Jörg Ulrich: Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg. (zahlreiche SW-Abb.). (Reinbek) Lau-Verlag (2023). 491 Seiten.
ISBN 978-3-95768-248-2. € 38,00.
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin
- 06)** Sean McMeekin: Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante. (zahlreiche Karten und Fotos in SW).
Gilching: Druffel & Vowinckel (2023). XII, 728 Seiten.
ISBN 978-3-8061-1286-3. € 44,80.
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 207 – B 209)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

Seite B V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- 08)** Bernhard Jähmig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- € 18,00 (+ Versandkosten über Wolbeck).
- 09)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 10)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
- 11)** Gabriel Berger: Der Kutscher und der Gestapo-Mann. Berichte jüdischer Augenzeugen der NS-Herrschaft im besetzten Polen in der Region Tarnów (mit zahlreichen SW-Abbildungen). (Berlin) Lichtig Verlag (2018). 171 Seiten. ISBN 978-3-929905-39-7. € 14,90.
- 12)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen.
(Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 13)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
- 14a)** Złotów 1370 – 2020. 650-lecie miasta. Opracował [Bearbeiter] Joachim Zdrenka. (zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2020). 573 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-950240-5-4. Złoty 100,00.

Seite B VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- 14b)** Złotów / Flatow 1370-2020. 650 Jahre der Stadt. Übersetzte und ergänzte Auflage bearbeitet von Joachim Zdrenka. ((zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2022). 617 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-8180-659-6. Złoty 144.90.
- 15)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 16)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 17)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 18)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 19)** Gilbert H. Gornig: Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur im zusammenwachsenden Europa / Niemiecko-polskie spotkania nauki i kultury w jednoczącej się Europie (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb.). Marburg (an der Lahn): Danziger Naturforschende Gesellschaft (Klages-Verlag August W. Klages Nachf. Markus Szczeponek e. K. (2022).
= Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft. Band 14.
ISBN 978-3-7831-9022-5. € 5,00.
- 20)** Westpreußen-Jahrbuch 69/70 (2019/2020). Studien zur europäischen Kulturregion an der unteren Weichsel. (mit SW-Abb.).
Herausgegeben vom Vorstand der Westpreußischen Gesellschaft.
Münster in Westfalen: Westpreußen Verlag 2023. 232 Seiten.
ISBN 978-3-9814101-0-3. ISSN 0511-8484. € 25,90

Letzte Termin-Gesamtschau, siehe AWR-Nr. 830 vom 15.12.2022

01) The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives

Veranstalter PD Dr. Dietmar Müller
Veranstaltungsort University of Bucharest

050663 Bukarest

Vom - Bis
15.06.2023 - 16.06.2023

Von
Dietmar Müller, Institut für Politikwissenschaften, Universität Leipzig

International Conference
University of Bucharest, 15–16 June 2023

**The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives.
International Organizations and Legal Dispute Settlements of Economic
and Minority Problems in the Interwar Period**

Conference held as a part of the project The Romanian-Hungarian Optants Question in European Comparison. A Transnational, Institutional, and Social History Analysis (PN-III-P4-ID-PCE-2020-1508), supported by the Romanian Ministry of Education and Research, CNCS – UEFISCDI

Programm

Thursday, 15 June 2023

10:00–10:30

Bogdan Murgescu, Vice-Rector of the University of Bucharest, Welcome speech

Dietmar Müller (University of Bucharest / University of Leipzig), The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives

10:30–12:30

1st Panel: Legal and transnational dimensions of the Optants Question

Moderator: Adrian Vițălaru (Alexandru Ioan Cuza University of Iași)

Jakob Zollmann (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), The Politics and Law in the Decisions of the Mixed Arbitral Tribunals

Antal Berkes (University of Liverpool), The Romanian-Hungarian Optants Case and Transnational Litigation Networks

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Marius Diaconescu (University of Bucharest), The Legal Value of the Paris Agreements of April 28, 1930 and the Legal liability of the Agrarian Fund

Discussant: Alexandra Iancu (University of Bucharest)

13:00–14:00

Lunch break

14:00–16:00

2nd Panel: International diplomatic interventions

Moderator: Andrei Florin Sora (University of Bucharest)

Lucian Leuștean (Alexandru Ioan Cuza University of Iași), Great Britain and the Optants Dispute in Romania

Réka Marchut (Eötvös Lóránd Research Network – Centre for Social Sciences), The Influence of Germany on the Diplomatic Debates between Hungary and Romania Referred to the Optants Case

Julia Bavouzet (University of Vienna), The Hungarian Optants Question and the League of Nation: a Nébuleuse of Actors

Discussant: Daniela Popescu (University of Bucharest)

16:00–16:30

Coffee break

16:30–18:30

3rd Panel: The Romanian diplomacy and the League of Nations

Moderator: Dietmar Müller (University of Leipzig)

Andrei Florin Sora (University of Bucharest), Nicolae Titulescu and the Decision-making Process in the Optants Question

Adrian Vițalariu (Alexandru Ioan Cuza University of Iași), Advisor, Liaison, Negotiator. Nicolae Petrescu-Comnen and the Hungarian Optants Question

Sebastian-Dragoș Bunghez (Romanian Society for Historical Sciences), The League of Nations and the Beginning of the Problem of Hungarian Optants in Romania

Discussant: Bogdan Popa (Nicolae Iorga Institute of History, Bucharest)

18:30–19:30

Dinner

Friday, 16 June 2023

09:00–11:00

4th Panel: Economic and citizenship dimensions

Moderator: Marius Diaconescu (University of Bucharest)

Seite B 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Gábor Egry (Institute of Political History, Budapest), Ownership of Foreign Corporate Assets, Economic Nationalism and Economic Transition in Early Interwar Romania

Cornel Micu (University of Bucharest), Estate vs Plot: Perspectives on Land during the 1921 Agrarian Reform

Ingrid Schiel (Siebenbürgen Institut, Gundelsheim), The Conflicting Interests on the Questions of Married Women`s Nationality in the Interwar Period in Romania

Discussant: Claudiu Crăciun (National University of Political Studies and Public Administration, Bucharest)

Kontakt

E-Mail: muellerd@uni-leipzig.de

Zitation

The Hungarian Optants Question in Transnational Perspectives. In: H-Soz-Kult, 08.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-136806.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) 30. Tagung Junger Osteuropa-Experten (JOE)

[30. Tagung Junger Osteuropa-Experten \(JOE\) / 30th Conference of junior scholars in the field of East European studies](#)

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) / Junge DGO, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg; Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen; Department für Interdisziplinäre und Multiskalare Area Studies an der Universität Regensburg, Regensburger Universitätsstiftung; Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien der Universität Regensburg, Forschungsstelle: Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945–2020

Veranstaltungsort Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

93047 Regensburg

Vom - Bis

29.06.2023 - 01.07.2023

Website

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2023/30-jahrestagung-junger-osteuropa-expert-innen-joe-30th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>

Von

Olha Martyniuk, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die mittlerweile alljährliche JOE-Fachtagung findet zum 30. Mal statt. Sie richtet sich an die neue Generation junger Osteuropa-Experten. Fortgeschrittene Studierende, Doktoranden und jüngere Promovierte, die sich mit dem östlichen Europa, dem Kaukasus und Zentralasien beschäftigen, kommen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum zusammen, um ihre Projekte vorzustellen und gemeinsam zu diskutieren.

30. Tagung Junger Osteuropa-Experten (JOE) / 30th Conference of junior scholars in the field of East European studies

Vom 29. Juni bis 01. Juli 2023 kommen fortgeschrittene Studenten, Doktoranden und kürzlich Promovierte unterschiedlicher Disziplinen zur JOE-Tagung 2023 nach Regensburg, um ihre Forschungsprojekte mit Bezug zum östlichen Europa zu präsentieren.

Programm

Donnerstag, den 29. Juni 2023

13:30 Uhr

Ankunft

Raum: 319

14:00 Uhr

Begrüßung und Eröffnung der Tagung

- Olha Martyniuk
- Tila de Almeida Mendonça
- Niklas Platzer
- Dr. Gabriele Freitag (Geschäftsführerin der DGO)
- Annemarie Polheim (Sprecherin der Jungen DGO)
- Dr. Paul Vickers (Geschäftsführer des Departments für Interdisziplinäre und Multiskalare Area Studies, DIMAS)

Eröffnungsvortrag:

„Osteuropa ohne Osteuropa? Regionalwissenschaften in einer globalisierten Welt“, Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung; Diskussion im Anschluss

Kurzvorstellung der Teilnehmerinnen

Moderation: Olha Martyniuk

Raum: 319

15:45 Uhr

Kaffeepause

16:00 Uhr

Panel 1 – Musik und Film im Sozialismus

Moderation: Kristina Omelchenko (Hamburg)

Kommentator/in: Kirsten Bönker (Köln)

Raum: 319

Lizaveta Lysenka: Belarussisch-sowjetische Popmusik und nationale Identität im transsystemischen Kulturtransfer (1970er- bis 1980er-Jahre)

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Luca Oprea-Călin: Geschichte in Bewegung. Ein methodologisches Plädoyer für neue Erfassungswege der polnischen Nachkriegsgeschichte am Beispiel des kieleślowskianischen Dokumentarfilmerbes

Panel 2 – Funktionen der Zivilgesellschaft

Moderation: Eldaniz Gusseinov (Budapest)

Kommentator/in: Murad Nasibov (Gießen)

Raum: 017

Melanie Hien: Wehrhafte Zivilgesellschaft als wichtige Säule der Demokratie

Oksana Chorna: The nature of the state-civil society relations under extreme instability

18.00 Uhr

Workshop – Career Paths

Raum: 319

Prof. Dr. Heiko Pleines, Universität Bremen, Leiter des Fachbereichs Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa

Freitag, den 30. Juni 2023

09:00 Uhr

Panel 3 – Genderfragen in sozialistischen Staaten nach 1945

Moderation: Judith Brehmer (München)

Kommentator/in: Natali Stegmann (Regensburg)

Raum: 319

Aleksandar Ranković: Transformation at the Margins? (Anti-) Militarism and Sexuality in Late Yugoslavia

Eiske Schäfer: Lost female Future? Architektinnen und Utopien in Polen und der DDR, 1945–1960

Panel 4 – Soziale Strukturen in sozialistischen Gesellschaften

Moderation: Melanie Hien (Regensburg)

Kommentator/in: Klaus Buchenau (Regensburg)

Raum: 017

Ivana Dinić: Sozialer Aufstieg in Jugoslawien, 1943/44–1974 – Diskurse, Maßnahmen, Wahrnehmungen

Laura Loew: Sozialer Aufstieg in Polen, 1943/44–1974 – Diskurse, Maßnahmen, Wahrnehmungen.

Helene Henze: „Sovetskije ljudi?“ – Die Russlanddeutschen und andere nationale Minderheiten im Späten Sozialismus“

10:45 Uhr

Kaffeepause

Seite B 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

11:00 Uhr

Panel 5 – Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Moderation: Olha Martyniuk (Regensburg)

Kommentator/in: Guido Hausmann (Regensburg)

Raum: 319

Sofia Michel: Cultural Heritage in the WWII Presse: Cases of the Soviet Union and Nazi Germany

Tobias Wals: World War II and the Making of the Soviet Jew

Panel 6 – Lokal- und Parteipolitik

Moderation: Oksana Chorna (Bremen)

Kommentator/in: Jan Matti Dollbaum (Bremen)

Raum: 017

Rosa Karolin Meyer: "Living on the Line" – Context Effects on the development of Salafi communities in Sarajevo Novi Grad

Marek Pršíň: The Czech Pirate Party and the sources of its success

12:45 Uhr

Mittagessen

14:00 Uhr

Panel 7 – Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in der (Frühen) Neuzeit

Moderation: Tila de Almeida Mendonça (Regensburg)

Kommentator/in: Julia Herzberg (München/Regensburg)

Raum: 319

Maria Beilmann: Herrschaftssicherung durch Legitimation. Die rechtliche Verankerung der großfürstlichen Herrschaft im Moskauer Reich aus transferanalytischer Sicht

Nikolas Ender: Konversion und Selbstverortung: kalmückische "Neugetaufte" im Stavropol des 18. Jahrhunderts.

Filip Emanuel Schuffert: Warschauer Aufstieg zur Metropole im 18. Jahrhundert

Janka Júlia Csepregi: The First Settlers in the Occupied Bosnia and Herzegovina – The Beginnings of the Austrian-Hungarian Colonial Policy

Panel 8 – Erinnerung und Versöhnung – Die Rolle von Literatur und Übersetzern

Moderation: Lizaveta Lysenka (Bonn)

Kommentator/in: Mirja Lecke (Regensburg)

Raum: 017

Anna Seidel: Ein literarischer Kampf um ein Recht auf Stadt? Yevgenia Beloruset's und Sergej Gerassimow's Tagebücher über Städte in Ausnahmeständen

Kristina Omelchenko: Sowjetische Gewaltgeschichte(n). Zur Pluralisierung der Erinnerungen in deutsch- und russischsprachigen Familienromanen der Gegenwart

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Mikael Evdokimov: Übersetzer der Feindessprache oder Akteure der Versöhnung?
ÜbersetzerInnen im armenisch-türkischen Literaturdialog

15:45 Uhr
Kaffeepause

16:00 Uhr
Podium: Generationswechsel in der Osteuropaforschung?
Moderation: Niklas Platzer
Raum: 319

- Prof. Dr. Henning Schröder, Bremen
- Prof. Dr. Jutta Günther, Rektorin der Universität Bremen
- Dr. Oleksandr Zabirko, Postdoc-Forscher am Institut für Slawistik der Universität Regensburg

Samstag, den 01. Juli 2023

09:00 Uhr
Panel 9 – Migrationsprozesse in Osteuropa
Moderation: Eiske Schäfer (Berlin)
Kommentator/in: Jannis Panagiotidis (Wien)
Raum: 319

Anastasiia Marsheva: Post-Ost: Eine theoretische und empirische Annäherung an ethnienübergreifende Identitätskonstrukte der Menschen mit Migrationshintergrund aus Ost-, Südost- und Mittelosteuropa

Jana Stöxen: Mobilität + Care = Diaspora? Kulturwissenschaftliche Überlegungen zur transnationalen Partizipation von Moldoveni în Germania

Diana Bogishvili: Die kulturellen Werte von Nicht-Migranten in Georgien

Panel 10 – Ostmitteleuropäische Alltagsgeschichte(n) nach 1945
Moderation: Niklas Platzer (München)
Kommentator/in: Jana Osterkamp (Augsburg)
Raum: 017

Judith Brehmer: Altwerden und Altsein in der sozialistischen Tschechoslowakei (1948–1989)

David Swierzy: Fußball in Oberschlesien 1945–1989: Eine Erfolgsgeschichte

Ilona Kappanyos: The State Within the Private Home – A Study of Hungarian Visiting Nurses

10:45 Uhr
Kaffeepause

Seite B 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

11:00 Uhr

Panel 11 – „Versicherheitlichung“ und Nationalisierung in Industriestädten

Ostmitteleuropas

Moderation: Tobias Wals (München)

Kommentator/in: Zdeněk Nebřenský (Prag)

Raum: 319

Kajetan Stobiecki: Industrialization, language question, and securitization in Pilsen 1860–1914

Lukas Pohl: Sicherheit in der “bösen Stadt”: Die mehrsprachige Textilmetropole Lodz (1863–1914) im Brennpunkt von sozialen und nationalen Konflikten

Panel 12 – Mediale Debatten in Krisensituationen

Moderation: David Swierzy (München)

Kommentator/in: Florian Töpfl (Passau)

Raum: 017

Simone Benazzo: Impactful stories. Understanding independent media’s resistance against autocratization in Central- and Southeastern Europe

Emely Keyn: Die mediale Darstellung von Migrationskrisen in mittelosteuropäischen Staaten vor dem Hintergrund regionaler Populismen

12:45 Uhr

Mittagessen

14:00 Uhr

Panel 13 – Enduring Non-Recognition: A Multidisciplinary Take on the Limitations and Coping Strategies of De Facto States

Moderation: Simone Benazzo (Brüssel)

Kommentator/in: Fabian Burkhardt (Regensburg)

Raum: 319

Friederike Augustin: Legal Pluralism and Access to Justice in Post-Soviet de facto States

Lance Bradley: State-(re)building in the Donbas 2014-2021: how and why de facto states do things differently

Lena Pieber: Economic Agency of de facto States

Panel 14 – Außenpolitik und die Entwicklung der Diskurse

Moderation: Emely Keyn (Wien)

Kommentator/in: Heiko Pleines (Bremen)

Raum: 017

Eldaniz Gusseinov: Veränderung der Einflussphären in Kasachstan nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine in 2022

Katharina Algaer: Russia foreign policy towards China: The evolution of discourses

15:45 Uhr

Kaffeepause

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

16:00 Uhr
Auswertung und Abschluss

Kontakt

E-Mail: joe-tagung@dgo-online.org

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2023/30-jahrestagung-junger-osteuropa-expert-innen-joe-30th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>

Zitation

30. Tagung Junger Osteuropa-Expert:innen (JOE). In: H-Soz-Kult, 20.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137085.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) "Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?

**"Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?
Deutsche und deutschstämmige Bürger der Zweiten Polnischen Republik während
des Zweiten Weltkrieges**

Veranstalter Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der
Wissenschaften, Pilecki-Institut Berlin

13156 Berlin

Vom - Bis
29.06.2023 - 15.07.2023

Website
<https://cbh.pan.pl/de/call-papers-0>

Von
Agnieszka Zawadzka, der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Zentrum für Historische
Forschung Berlin

Ziel der Konferenz ist es, neue Überlegungen zu deutschstämmigen Bürgern der Zweiten
Polnischen Republik während des Zweiten Weltkriegs insbesondere aus
sozialgeschichtlicher Perspektive zu diskutieren, sowie das Phänomen der Deutschen
Volkliste in den besetzten polnischen Gebieten zu analysieren.

**"Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?
Deutsche und deutschstämmige Bürger der Zweiten Polnischen Republik
während des Zweiten Weltkrieges**

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Einschreibung polnischer Bürger deutscher Herkunft in die sog. Deutsche Volkslistewährend des Zweiten Weltkriegs stellte eine privilegierte Gruppe in der sozialen Hierarchie der polnischen Gebiete unter deutscher Besatzung gegenüber Polen, Juden, Ukrainern und anderen Nationen dar. Die Forschung der letzten Jahre hat die weitverbreitete These von der absoluten Privilegierung der Polendeutschen in Frage gestellt und auf das Misstrauen der deutschen Besatzer gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe und ihr Bestreben, sie zu germanisieren und im nationalsozialistischen Sinne zu indoktrinieren, hingewiesen. Auch in der deutschen Historiographie wird die These des Zusammenhaltens der "Volksgemeinschaft" zunehmend in Frage gestellt, indem z.B. auf die Haltung der Volksdeutschen gegenüber Reichsdeutschen und Deutschbalten hingewiesen wird.

Ziel der Konferenz ist es, neue Überlegungen zu deutschstämmigen Bürgern der Zweiten Polnischen Republik während des Zweiten Weltkriegs insbesondere aus sozialgeschichtlicher Perspektive zu diskutieren, sowie das Phänomen der Deutschen Volksliste in den besetzten polnischen Gebieten zu analysieren.

Die Konferenz wird sich auf folgende Themen konzentrieren:

- Die Politik der deutschen Besatzer gegenüber polnischen Bürgern deutscher Herkunft im besetzten Polen.
- Die Deutsche Volksliste und die "polnischen Deutschen" während des Zweiten Weltkriegs und nach 1945
- (Selbst-)Nationale Identifikation und (Selbst-)Wahrnehmung polnischer Bürgerdeutscher Herkunft.
- Deutschstämmige Bürger der Zweiten Polnischen Republik und ihre Haltung gegenüber der Besatzung und dem deutschen Besatzer.
- Opposition und Widerstand der Volksdeutschen gegen die deutschen Besatzer.
- Kollaboration von polnischen Staatsbürgern mit deutscher Nationalität.
- Konflikte innerhalb der Volksgemeinschaft im Zusammenhang mit den Volksdeutschen.
- Beziehungen der Volksdeutschen zu Polen, Juden und Ukrainern.
- Verhältnis der Volksdeutschen zu Polen und der Zweiten Polnischen Republik nach 1939.
- Der Holocaust und die Volksdeutschen.

Bitte senden Sie Ihren Abstract (max. 300 Wörter) sowie Ihre Kurzbiographie und Publikationsliste bis zum 15. Juli 2023 an Dr. Michał Turski (michal.turski@cbh.pan.pl). Die **Konferenz wird am 18. und 19. Oktober 2023 in Berlin auf Deutsch und Polnisch** stattfinden. Das Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften wird die Übernachtungs- sowie Fahrtkosten erstatten. Die Konferenz wird in Kooperation mit dem Pilecki-Institut Berlin organisiert.

Kontakt

michal.turski@cbh.pan.pl

<https://cbh.pan.pl/de/call-papers-0>

Zitation

"Renegaten" der deutschen Nation oder "Verräter der polnischen Nation"?. In: H-Soz-Kult, 29.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137311.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?

Veranstalter Prof. Dr. Christian Bunnenberg (Ruhr-Universität Bochum) / Prof. Dr. Christian Kuchler (RWTH Aachen)

Veranstaltungsort RWTH Aachen, Institut für Politische Wissenschaft, Theaterstraße 35-39
52062 Aachen

Vom - Bis

04.07.2023 - 05.07.2023

Von

Kristopher Muckel, Lehr- und Forschungsgebiet Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, RWTH Aachen

Virtual Reality ist aus der Geschichtskultur kaum mehr wegzudenken und damit auch immer mehr Bestandteil historischer Bildungsprozesse. Inwiefern sie diese neu, anders, besser oder auch schlechter (mit-)gestalten kann als andere Medien, wird im Rahmen der Tagung aus den Perspektiven unter anderem der Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik, Informatik, Psychologie und Digital Humanities sowie im Austausch mit Expert:innen aus dem geschichtskulturellen Einsatz von VR diskutiert.

Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?

Die Ansprüche, die mit dem zunächst sehr vagen Konzept der Virtual Reality im Hinblick auf historische Bildungsprozesse verbunden werden, sind vielfältig. Sie laufen jedoch nur allzu oft darauf hinaus, dass es nun endlich möglich sei, die Vergangenheit wieder lebendig zu machen und historisch Lernende ‚wirklich‘ in diese eintauschen zu lassen, damit sie erleben könnten, wie es früher wirklich gewesen sei. Dass damit die Einsicht in den Konstruktcharakter von Geschichte, die wohl als Wesensmerkmal für moderne historische Bildung angesehen werden kann, hintenangestellt oder ganz über Bord geworfen wird, wurde unter anderem von Vertretern der Geschichtsdidaktik bereits früh kritisiert.

Mit dieser Kritik ging und geht die Forderung nach einem durchdachten und didaktisch sinnvollen Einsatz von VR in historischen Bildungsprozessen einher. Das Phänomen Virtual Reality bedarf dabei sowohl im Hinblick auf Produktion, Distribution und Einsatz von VR-Anwendungen als auch mit Blick auf deren Bedeutung und Einfluss auf gesellschaftlich-kulturelle Wechselwirkungen eines interdisziplinären Zugriffs, um angemessen erfasst und diskutiert zu werden.

Um die Frage nach der Bedeutung von Virtual Reality für die Zukunft der historischen Bildung zu stellen, zu diskutieren und vielleicht auch in Teilen zu beantworten, richtet die Tagung „Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?“ einen solchen Blick auf den Gegenstand VR mit Vertreter:innen aus der Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik, Informatik, Psychologie, den Digital Humanities sowie aus verschiedenen Bereichen des geschichtskulturellen Einsatzes. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an den Diskussionen zu beteiligen. Die Teilnahme ist kostenfrei, um Voranmeldung per Mail wird gebeten (andrea.hopf@ipw.rwth-aachen.de).

Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Programm

Dienstag, 4. Juli 2023

13.00 Uhr Begrüßung

13.15 Uhr Eröffnungsvortrag

Habbo Knoch (Köln): Geschichtswissenschaft und Virtual Reality

14.15 Uhr Pause

14.30 Uhr Perspektiven aus der Wissenschaft

Torsten Kuhlen (Aachen): Geschichte in Virtual Reality - Perspektiven aus der Informatik

Christian Günther (Wuppertal): Speedrunning Anne Frank House VR

Elena Lewers (Bochum): Vergangenheit erleben, Gegenwart verstehen? Was wir durch Virtual Reality (nicht) über Geschichte lernen können

16.30 Uhr Pause

16.45 Uhr Perspektiven aus der Geschichtskultur

Jan Thiel (Düsseldorf): Einblicke in Spatial Computing

Art Petto, Blickwinkel Tour (Nürnberg): Bus-VR-Touren über das ehemalige Reichsparteitagsgelände in Nürnberg

Chiara Gradino: Essen 1887. Virtual Reality als Stadterkundung

17.45 Uhr Pause

18.00 Uhr Abendvortrag/Key Note

Stephan Schwan (Tübingen): Erleben und Verstehen? Virtuelle und Augmentierte Realitäten als innovative Formen historischen Lernens

Mittwoch, 5. Juli 2023

9.00 Uhr Virtuelle Realitäten und Museen

Peter Ridder, Cold War Museum (Berlin): Der Kalte Krieg als virtuelles Erlebnis? Zum Einsatz von VR und AR im Cold War Museum Berlin

Hans Vandamme, Alfavision (Brügge): Museums and Heritage of the future

Noreen Klingspor, Württembergisches Museum (Stuttgart): Mittelalter in 360°. Rückblick auf vier Jahre VR-Einsatz im Landesmuseum Württemberg

10.30 Uhr Pause

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

11.00 Uhr Virtuelle Realitäten und Gedenkstätten

Swantje Bahnsen (Sachsenhausen): Digitale Rekonstruktionen historischer Orte – Virtual Reality und Augmented Reality Prototypen aus dem Projekt SPUR.lab

Maximilian Luczak/Nicole Streng (Dachau): Erweiterter Erinnerungsort. Augmented Reality in der Bildungsarbeit der KZ-Gedenkstätte Dachau

Tomasz Michaldo (Oświęcim): Online visit to Auschwitz Memorial. How to match new technologies with the Holocaust education

12.30 Uhr Perspektiven der Virtual Reality für die historische Bildung

13.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Kontakt

andrea.hopf@ipw.rwth-aachen.de

Zitation

Virtual Reality: Zukunft der historischen Bildung?. In: H-Soz-Kult, 20.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137083.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) 1989 und die Zukunft Europas

Veranstalter Imre Kertész Kolleg Jena

Veranstaltungsort Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Gefördert durch

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland

10117 Berlin

Vom - Bis

05.07.2023 - 07.07.2023

Frist

26.06.2023

Website

<https://www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/activities/detail/internationale-tagung-1989-und-europas-zukunft>

Von

Sarah Kunte, Imre Kertész Kolleg, FSU Jena

Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die internationale Tagung versammelt einschlägig Beitragende aus den Geschichts-, Sozial-, Politik-, Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der Zivilgesellschaft, dem politischen Raum, der Publizistik und Kunst.

1989 und die Zukunft Europas. Ambivalenzen und Herausforderungen demokratischer Transformation in Mittel- und Osteuropa

Das Programm gliedert sich in zwei Hauptteile. Den ersten bildet die historisch informierte, aber interdisziplinär ausgefächerte zeitdiagnostische Sondierung der (ost-)europäischen Situation. Der zweite Block fragt, wie der russische Krieg gegen die Ukraine den Blick auf die demokratischen Auf- und Umbrüche von 1989, auf die Auflösung der Sowjetunion und die sich anschließenden Transformationen verändert.

Programm

MITTWOCH // 05. JULI 2023

14:00 // Ankunft & Registrierung

15:00 // ERÖFFNUNG, GRUßWORTE
Staatsminister Carsten Schneider
Einführung in die Tagung (J. v. Puttkamer)

16:00 // PODIUM: IN WELCHEM EUROPA WOLLEN WIR LEBEN?
Das Podium diskutiert die normativen Voraussetzungen zukunftsgerichteter Transformation. „In welchem Europa“ - das bezieht sich auf die politische und gesellschaftliche Verfasstheit europäischer Staaten und der Europäischen Union ebenso wie auf das Verhältnis zu den jeweiligen Nachbarn. Können wir uns ein demokratisches Russland als selbstverständlichen Teil Europas überhaupt noch vorstellen?
Andreas Wirsching (München)
Irina Scherbakowa (Moskau/Jena)
Karolina Wigura (Warschau)
Henri de Bresson (Paris)
Moderation: Joachim v. Puttkamer (Jena)

DIAGNOSEN EUROPÄISCHER TRANSFORMATION

18:00 // PANEL 1: WIDERSTREITENDE FREIHEITSIDEEN
Die Leitideen ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Opposition waren nicht nur vielfältig, sie gerieten nach 1989 bald auch in Spannung zueinander, wenn nicht gar in offenen Widerstreit. Freiheit ließ sich ebenso als demokratische Rechtsstaatlichkeit ausbuchstabieren wie als wiedergewonnene nationalstaatliche Souveränität. Welche Freiheitsvorstellungen wurden in den jeweiligen Gesellschaften konsensfähig und welche nicht? Welche Enttäuschungen waren möglicherweise vorprogrammiert?
Marta Bucholc (Warschau)
Jane Lezina (Potsdam)
Anne Rabe (Berlin)
Michael Werz (Washington D.C.)
Moderation: Gwendolyn Sasse (Berlin)

19:30// Empfang

DONNERSTAG // 06. JULI 2023

09:00 // PANEL 2: GERECHTIGKEIT UND ÖKONOMIE IN DER TRANSFORMATION

So unterschiedlich wie die ökonomischen Umstände in den staatssozialistischen Diktaturen am Ende der 1980er Jahre waren, so unterschiedlich verlief der Übergang in die Marktwirtschaft. Dramatisch war der Umbruch allerdings überall, und die Verlierer überwogen die Gewinner zunächst bei weitem. Das Panel beleuchtet schlaglichtartig die gesellschaftlichen Bilanzen wirtschaftlicher Transformation und sucht Auswege aus einer verfahrenen Diskussion. Wie weit gilt noch heute die Annahme, dass wirtschaftliche Prosperität und gerechte Teilhabe als notwendige, allerdings keineswegs hinreichende Bedingungen demokratischer Stabilität gelten müssen?

Steffen Mau (Berlin)

Viktoriya Sereda (L'viv/Berlin)

Vera Šćepanović (Leiden)

Moderation: Alexander Libman (Berlin)

11:00 // PANEL 3: STREIT UM DEN RECHTSSTAAT

Das Bekenntnis zum Rechtsstaat scheint brüchig geworden, und dies keineswegs nur im östlichen Europa. Auf autoritäre oder populistische Strömungen hinzuweisen, reicht als Erklärung kaum aus. Wo sich Kulturkämpfe auf unterschiedliche Lesarten von Rechtsstaatlichkeit zuspitzen, rückt die Frage, wie liberale Demokratien auf gesellschaftliche Verschiebungen reagieren und sich aus sich selbst heraus erneuern können, in den Hintergrund. Stehen deren Grundlagen in Europa denn tatsächlich zur Disposition?

Adam Bodnar (Warschau)

Philip Manow (Berlin)

Veronika Bílková (Prag)

Moderation: Kai-Olaf Lang (Berlin)

13:30 // PANEL 4: KULTURKÄMPFE IN DER DEMOKRATIE

Klimawandel, Geschlechtervielfalt, Migration - können wir darüber eigentlich noch konstruktiv streiten? Die Idee diskursiver Rationalität und demokratischen Interessenausgleichs scheint an Grenzen zu stoßen, wenn es um's Ganze geht. Wieviel Pluralität verkraftet unsere europäische Demokratie?

Andrea Pető (Wien/Budapest)

Adam Leszczyński (Warschau)

Julia Friedrichs (Berlin)

Matthias Quent (Magdeburg-Stendal)

Moderation: Holly Case (Providence)

15:30 // GESPRÄCH: OSTDEUTSCHE ERFAHRUNGEN – JENSEITS VON APOLOGIE UND DESINTERESSE

Katharina Warda (Berlin)

Lutz Rathenow (Berlin)

Daniel Schulz (Berlin)

Axel Doßmann (Jena)

Moderation: Volkhard Knigge (Weimar)

16:30 // PANEL 5: KRIEG, NATION UND GEDÄCHTNISVERSCHIEBUNG

Rechtspopulismus, nationalistische Geschichtspolitik und – mit besonderer Wucht und Skrupellosigkeit - der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lenken den Blick derzeit wieder auf die Nachtseiten des historischen Erinnerens, die eine emphatische Erinnerungsrhetorik ausblendet: die politische Mobilisierung und Funktionalisierung von

Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Geschichte für macht- und geopolitische Zwecke. Kommt das (transnationale) postheroische Gedächtnis in Gestalt der Wiederbelebung (ultra-)nationalen, zu verantwortendes Unrecht marginalisierenden heroischen Erinnerns an sein Ende? Welchen Platz bliebe dann für das mittlerweile weitgehend ins Exil gedrängte russische kommunistus- und putinkritische Gedächtnis?

Yaroslav Hrytsak (L'viv)

Ivan Kurilla (St. Petersburg)

Dariusz Stola (Warschau)

Volkhard Knigge (Weimar)

Moderation: Sybille Steinbacher (Frankfurt a. M.)

18:45 // Lesung & Gespräch: Tanja Maljartschuk (in Kooperation mit dem Ukrainischen Institut in Deutschland)

FREITAG // 07. JULI 2023

09:00 // PANEL 6: WAR DEUTSCHLAND ZU SELBSTSICHER?

„Europas schlafender Riese“ - dem wiedervereinten Deutschland kommt in zurückliegenden wie in den anstehenden europäischen Transformationsprozessen eine gewichtige Rolle zu. Das Panel blickt in kritischer Selbstreflexion zurück auf mögliche Fehlstellen deutscher Politik in den vergangenen drei Jahrzehnten und zieht politische Schlussfolgerungen für die Gegenwart.

Raphael Gross (Berlin)

Piotr Buras (Warschau)

Wolfgang Schäuble (Berlin)

Lars Klingbeil (Berlin)

Ekaterina Shulman (Berlin)

Moderation: Sonja Zekri (München)

11:00 // PANEL 7: HERAUSFORDERUNGEN UND DILEMMATAT DEMOKRATISCHER WEHRHAFTIGKEIT

Demokratien müssen wehrhaft sein, nach innen wie nach außen, gegenüber antidemokratischen Akteuren und Bestrebungen im Innern von Staat und Gesellschaft ebenso wie gegenüber Angriffen auf Demokratien und demokratische Werte aus dem Ausland. Nicht immer sind beide Aspekte trennscharf auseinanderzuhalten, wenn etwa demokratische Meinungsbildung im Internet manipuliert wird. Wo endet heute die Meinungsfreiheit? Wie weit tragen etablierte Schutzmechanismen? Welche (demokratieinkompatiblen) Rückwirkungen militärischer Verteidigung von Demokratien sind in Rechnung zu stellen?

Ralf Fücks (Berlin)

Olexandra Matwijtschuk (Kyiw)

Marek Prawda (Warschau)

Valentina Pisanty (Bergamo)

Moderation: Thomas Krüger (Berlin)

12:30 // ENDE

Kontakt

Imre Kertesz Kolleg Jena

<https://www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/tagung-1989@uni-jena.de>

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Bitte melden Sie sich per E-Mail bis zum 26. Juni 2023 zur Veranstaltung an.

<https://www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/activities/detail/internationale-tagung-1989-und-europas-zukunft>

Zitation

1989 und die Zukunft Europas. In: H-Soz-Kult, 20.06.2023,
<www.hsozkult.de/event/id/event-137077>.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus

Veranstaltungsreihe zur Ausstellung "Schlösser.Preußen.Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus"

Veranstalter Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Veranstaltungsort Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel oder Altes Schloss

Gefördert durch Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie von der Kulturstiftung der Länder.

14059 Berlin

Vom - Bis

06.07.2023 - 27.10.2023

Website

<https://www.spsg.de/aktuelles/ausstellung/schloesser-preussen-kolonial/>

Von

Carolin Alff, Schlösser und Sammlungen, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zeigt 04. Juli–31. Oktober 2023 die Ausstellung „Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus“ im Schloss Charlottenburg in Berlin. Im Rahmen der Ausstellung findet eine Veranstaltungsreihe statt. Wir möchten dabei die Fragen stellen: Wie können Kulturinstitutionen sich weiter mit der Kolonialgeschichte Ihrer Sammlungen und den Verbindungen zur Sklaverei und zum Rassismus beschäftigen?

Veranstaltungsreihe zur Ausstellung "Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus"

Die preußischen Schlösser sind Zeugnisse der brandenburgischen, preußischen und deutschen Geschichte und Kulturgeschichte. Sie repräsentieren ein kulturelles Erbe, das heute auch unter dem Gesichtspunkt der deutschen Kolonialgeschichte diskutiert werden muss.

Seite B 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Anhand von Biografien und Objekten werden in der Ausstellung Spuren kolonialer Kontinuitäten, die vom 17. Jahrhundert bis in die heutige Gegenwart reichen, aufgezeigt und eingeordnet.

Im Rahmen der Ausstellung findet eine Veranstaltungsreihe statt. Sprecher aus Universitäten und anderen Museen vertiefen mit Ihren Vorträgen die Themen der Ausstellung und stellen sie zudem in einen internationalen Kontext. Wir möchten dabei die Frage stellen: Wie können Kulturinstitutionen sich weiter mit der Kolonialgeschichte ihrer Sammlungen und den Verbindungen zur Sklaverei und zum Rassismus beschäftigen?

Sie erhalten Tickets für die Vorträge im Schloss Charlottenburg unter <https://spsg.reservix.de/events>.

Weitere Informationen zur Ausstellung finden Sie hier: <https://www.spsg.de/aktuelles/ausstellung/schloesser-preussen-kolonial/>.

Programm

Thursday, 06.07.2023, 06.00 pm

Charlottenburg Palace, Neuer Flügel

DARK SKIN AND METAL: THE JUXTAPOSITION OF AFRICANS AND ARMOR IN EARLY MODERN GERMAN AND ITALIAN ART, PRESENTATION BY PROFESSOR PAUL KAPLAN, PURCHASE COLLEGE (IN ENGLISCHER SPRACHE)

Knobelsdorff's 1735 portrait of the young Frederick the Great in armor attended by a Black African page who stands by the prince's helmet opens a window into the long and complex association of dark skin with polished metal in European painting.

Donnerstag, 13.07.2023; 05.10.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Altes Schloss

MODE À LA TURC. DIE "TÜRKENMODE" IN BERLIN UND IM SCHLOSS CHARLOTTENBURG. FÜHRUNG MIT ANSCHLIESSENDEM VORTRAG VON DR. STEPHAN THEILIG

Das 17. und 18. Jahrhundert waren insbesondere in Brandenburg und Preußen vom Eindruck der Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich, aber auch von dessen Ausstrahlung geprägt. Gemälde und Eintragungen von Taufen in Kirchenbüchern zeugen heute noch von der Präsenz von Personen, die als Kriegsgefangene an den preußischen Hof kamen. Der kurze Rundgang wie auch der Vortrag sollen diese Erinnerungen und Überlieferungen am authentischen Ort des Geschehens etwas greifbarer machen.

Thursday, 20.07.2023, 06.00 pm

Charlottenburg Palace, Neuer Flügel

CAN EUROCENTRIC MUSEUMS DECOLONIZE THEMSELVES? PRESENTATION BY PROFESSOR TUKUFU ZUBERI, UNIVERSITY OF PENNSYLVANIA (IN ENGLISCHER SPRACHE)

In times of change, struggles around the nation's history, the world, and the future are forced to find a new definition expressed in these spaces of public discourse, education, memory, and narratives between the past and future. This talk will focus on how Black Bodies are represented in Museums and Monuments.

Seite B 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Freitag, 28.07.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

AFRIKA IN DEN HÖFISCHEN FESTLICHKEITEN BRANDENBURG-PREUSSENS.
VORTRAG VON PROFESSOR ALEXANDER BEVILACQUA, WILLIAMS COLLEGE,
WILLIAMSTOWN, MASSETUSETTS

Am Hof und in den Schlössern der Hohenzollern fanden reich ausgestattete Aufführungen und extravagante Umzüge statt, die das Ziel hatten, globale Ambitionen zu demonstrieren. Der Vortrag wird in die damalige Politik dieser Ausdrucksformen einführen und vergangene Feste visuell greifbar machen.

Donnerstag, 03.08.2023, 18.00 Uhr

Zoom

KOLONIALE KLANGGRÄUME IN OTTO FRIEDRICH VON DER GRÖBENS
„GUINEISCHER REISE-BESCHREIBUNG“ (1694). VORTRAG VON PROF. ARNE
SPOHR, BOWLING GREEN STATE UNIVERSITY

Wie klang der Donner der Kanonenkugeln in Groß Friedrichsburg? Die Geschichte von Klängen und die Untersuchung von Klangräumen, die u.a. der potenziellen Ausbeutbarkeit Schwarzer Menschen (als Sklaven) diente, ermöglicht, den Machtanspruch der konkurrierenden englischen und niederländischen Handelskompagnien Brandenburgs sichtbar zu erhellen und einen neuen Zugang zu dem Reisebericht von Otto Friedrich von der Gröben zu erhalten. Anmeldung unter schloesser.preussen.kolonial@spsg.de.

Donnerstag, 31.08.2023, 18.00 Uhr

Zoom

ZUR ABENTEUERLICHEN LEBENSGESCHICHTE DER BEIDEN CHINESISCHEN
GÄRTNER IN SANSSOUCI ZUR ZEIT VON FRIEDRICH WILHELM III. VORTRAG VON
DR. X. JIANG, UNIVERSITÄT NANJING, CHINA

Kennen Sie Asseng und Ahok? Die zwei Chinesen lebten und arbeiteten im 19. Jahrhundert am preußischen Hof. Dr. X. Jiang liefert erstmalig umfassende Biografien der zwei Männer. Anmeldung unter schloesser.preussen.kolonial@spsg.de.

Donnerstag, 14.09.2023, 18.00 Uhr

Zoom

RESPONSIBILITY AND CARE IN PUBLIC HISTORY: LESSONS LEARNT FROM
ADDRESSING COLONIAL HISTORIES AT THE NATIONAL TRUST. PRESENTATION
BY DR. SALLY-ANNE HUXTABLE AND DR. CHRISTO KEFALAS, NATIONAL TRUST (IN
ENGLISCHER SPRACHE)

In 2020 the National Trust for England, Wales, and Northern Ireland published an Interim Report listing properties with strong colonial connections and links to historic slavery. Three years on, the co-authors of the Report will reflect on lessons learnt around the responsibilities of history and how it can be addressed honestly with care. Anmeldung unter schloesser.preussen.kolonial@spsg.de.

Donnerstag, 21.09.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

GAB ES IN DEUTSCHLAND SKLAVEN? VORTRAG VON PROFESSOR REBEKKA VON
MALLINCKRODT, UNIVERSITÄT BREMEN

Sklaverei wird im 17. und 18. Jahrhundert zumeist mit den Plantagenökonomien in den Amerikas in Verbindung gebracht. Doch auch in deutschen Städten und Territorien gab es Versklavte. In diesem Vortrag wird diskutiert, wie es dazu kam, wie sich die Rechtslage von Versklavten darstellte und wie Sklaverei in Deutschland gerechtfertigt wurde.

Donnerstag, 28.09.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

„MOHREN“, TÜRKEN UND TATAREN – EXOTISCHE BERUFSGRUPPEN AM DRESDNER HOF. VORTRAG VON DR. MATTHIAS DONATH

Der Hof Augusts des Starken in Dresden war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wahrscheinlich der europäische Hof mit der größten Vielfalt ethnischer Gruppen. Durch aktuelle Forschungen sind die Namen und teilweise sogar Lebensläufe dieser aus verschiedenen Teilen Europas, Afrikas, Asiens und Amerikas stammenden Menschen bekannt und werden in diesem Vortrag erzählt und diskutiert.

Donnerstag, 12.10.2023, 18.00 Uhr

Zoom

„REX BALTHASAR, QUI NIGER...“ – (NEU)ORDNUNG UND FIGURENKONZEPTION IN DER IKONOGRAPHIE DER HEILIGEN DREI KÖNIGE. VORTRAG VON MELIS AVKIRAN, RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM

Die Darstellung der Drei Könige ist vielen bekannt, jedoch kaum jemand kennt die Hintergründe dieser Ikonographie. Der Vortrag gibt nicht nur einen Einblick in die ikonographische Tradition dieses Bildthemas, sondern diskutiert, welche grundlegenden Veränderungen mit der Einführung einer Schwarzen Königsfigur einhergingen. Anmeldung unter schloesser.preussen.kolonial@spsg.de.

Donnerstag, 19.10.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

OPEN SOURCE ALS CHANCE FÜR DIE BLACK EUROPEAN STUDIES. VORTRAG VON DR. ANNE KUHLMANN-SMIRNOV UND CEM ALAÇAM, STAATLICHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Wie verhielten sich die sozialen, politischen, juristischen, kulturellen, religiösen und ökonomischen Kontexte des Lebens von Schwarzen Akteur:innen zueinander? Das Open Source-Datenbank-Projekt „Boundary Agents“ will all diese Aspekte zusammenführen und Forschender, Aktivist:innen, Archivare und Museologen die Möglichkeit geben, eigene Erkenntnisse in einen größeren Rahmen zu stellen.

Donnerstag, 26.10.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

DEUTSCH-AFRIKANISCHE BEGEGNUNGEN IM 18. JAHRHUNDERT. VORTRAG VON DR. TOSSA MESSAN, UNIVERSITÉ DE LOMÉ

In der europäischen Mentalitätsgeschichte der Epoche kursierten stark abwertende Bilder Afrikas, die auch deutsche geschichtsphilosophische Diskurse durchzogen. Dieser Vortrag setzt sich mit der Präsenz von Schwarzen Dienern als „Hofmohren“ an deutschen Höfen in der frühen Phase der Globalisierung auseinander.

Freitag, 27.10.2023, 18.00 Uhr

Schloss Charlottenburg, Neuer Flügel

„DUNKLE EXISTENZEN“ IN BERLIN UND POTSDAM. DIE PRÄSENZ SCHWARZER MENSCHEN IM SPIEGEL WEISSER IKONOGRAPHIEN. VORTRAG VON DR. JOACHIM ZELLER

In Berlin und Potsdam wie im ehemaligen Brandenburg-Preußen existiert schon seit Jahrhunderten eine afrikanische Diaspora, die nicht zuletzt auf Grund des kolonialen Engagements Deutschlands entstanden ist. Mittels Bilddokumenten spürt dieser Vortrag den Menschen mit afrikanischen Wurzeln, die hier gelebt haben, nach.

Kontakt

E-Mail: schloesser.preussen.kolonial@spsg.de

<https://www.spsg.de/aktuelles/ausstellung/schloesser-preussen-kolonial/>

Zitation

Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus. In: H-Soz-Kult, 30.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137182.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Geschichtliche Grundfragen VIII: Kann man aus der Geschichte lernen?

Veranstalter Rüdiger Graf (ZZF Potsdam), Matthias Pohlig (Humboldt-Universität zu Berlin), Ulrike Schaper (Freie Universität Berlin)

12101 Berlin

Vom - Bis

07.07.2023

Website

<https://zzf-potsdam.de/de/veranstaltungen/geschichtliche-grundfragen-teil-viii-kann-man-aus-der-geschichte-lernen>

Von

Matthias Pohlig, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Online-Diskussion aus der Reihe "Geschichtliche Grundfragen" am Freitag, dem 7. Juli 2023, von 17:15 Uhr bis 18.45 Uhr mit Eingangsstatements von: Martin Lücke (Berlin), Herfried Münkler (Berlin), Christiane Reinecke (Flensburg); Moderation: Matthias Pohlig (Berlin).

Geschichtliche Grundfragen VIII: Kann man aus der Geschichte lernen?

Gegen den Topos der „historia magistra vitae“ führte bekanntlich schon Leopold Ranke aus, die Aufgabe der Geschichte als Wissenschaft bestehe weder darin, „die Vergangenheit zu richten“ noch „die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren“. Nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Instrumentalisierungen der Geschichte zur Legitimation oftmals gewalttätiger Politik im 20. Jahrhundert sind wohl auch heute die meisten Historikerinnen eher zurückhaltend bis ablehnend, wenn es darum geht, Lehren aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu ziehen. Nichtsdestoweniger wird dieser Anspruch noch immer von außen an das Fach herangetragen, und eine ganze Reihe von Kolleginnen bedienen ihn bereitwillig. Auch viele innovative Strömungen der Geschichtswissenschaft, wie die Geschlechter- oder Umweltgeschichte, rechtfertigen sich zumindest zum Teil aus dadurch, dass der Blick in die Vergangenheit das Kontingenzbewusstsein schärfen und Veränderungspotenziale stärken könne. Darüber hinaus besteht der Anspruch der Geschichtsdidaktik nicht nur darin zu erklären, wie man am besten etwas über die Geschichte, sondern auch ob und wie man etwas aus ihr lernen kann.

Seite B 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

In der achten Diskussion unserer Reihe „Geschichtliche Grundfragen“ stellen wir daher noch einmal grundsätzlich die Frage, ob man aus der Geschichte lernen kann. Was hat unser Fach angesichts der globalen Herausforderungen von Krieg und Klimawandel sowie gesellschaftlichen Konflikten im angeblich postfaktischen Zeitalter anzubieten? Hat sich die historistische Idee, durch die Erzählung einer gemeinsamen Vergangenheit im Lichte einer erwarteten Zukunft Orientierung in der Gegenwart zu bieten, angesichts von identitätspolitischen Konflikten und einer anscheinend immer rascheren Folge von Zeitenwenden überlebt? Können und sollen wir am Anspruch des Lernens aus der Geschichte festhalten und müssen wir es vielleicht auch, wenn wir in der Fächerkonkurrenz um knappe Ressourcen nicht unterliegen wollen?

Zur Diskussionsreihe "Geschichtliche Grundfragen":

Mit den sozial-, geschlechter-, kultur- und globalgeschichtlichen Erweiterungen der Geschichtswissenschaft vor allem seit den 1970er Jahren sind ihre Themen vielfältiger, die theoretischen Ansätze und Methoden pluraler und Forschungsdesigns multiperspektivischer geworden. Dementsprechend hat die Komplexität des Fachs zugenommen, das heute in seiner Vielgestaltigkeit gerade auch über die Epochengrenzen hinweg kaum noch zu überblicken ist. Angesichts dieser Pluralisierung scheinen die Konturen der Geschichtswissenschaft zu verschwimmen, was von den einen als „anything goes“ beklagt und von anderen als notwendige Diversitätssteigerung begrüßt wird. Unserer Ansicht nach stellen sich aber auch angesichts der Vervielfältigung von Perspektiven, Zugängen und Quellenkorpora auf einer ganz basalen Ebene des historischen Arbeitens noch immer gleiche oder zumindest ähnliche Grundfragen: Was ist eine gute historische Frage? Gibt eine Einheit der Geschichte oder nur partielle Geschichten? Wie politisch kann, darf und muss Geschichte sein? Ist historische Erkenntnis objektiv? Wie sollen die räumlichen und zeitlichen Bezüge unserer Forschungen gestaltet sein?

Programm

Datum: 07.07.2023

Uhrzeit: 17:15 Uhr–18.45 Uhr

Eingangsstatements von: Martin Lücke (Berlin), Herfried Münkler (Berlin), Christiane Reinecke (Flensburg); Moderation: Matthias Pohlig (Berlin).

Moderation: Matthias Pohlig (ZZF)

Ort:

Online via Zoom

<https://us06web.zoom.us/j/81185791786?pwd=cmhaM0VPR2gxcHgZTGvJRiQyZngyZz09>

Meeting-ID: 811 8579 1786

Kenncode: 843140

Kontakt

Kontakt

Matthias Pohlig

Humboldt-Universität zu Berlin

Institut für Geschichtswissenschaften

matthias.pohlig@hu-berlin.de

<https://zzf-potsdam.de/de/veranstaltungen/geschichtliche-grundfragen-teil-viii-kann-man-aus-der-geschichte-lernen>

Zitation

Geschichtliche Grundfragen VIII: Kann man aus der Geschichte lernen?. In: H-Soz-Kult, 26.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137221.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Ostdeutsche Juden: Emanzipation von der Geschichte

Veranstalter Jüdisches Museum Berlin

Veranstaltungsort W. M. Blumenthal Akademie, Klaus Mangold Auditorium: Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1 (gegenüber dem Museum)

10969 Berlin

12.07.2023

Website

<https://www.jimberlin.de/podium-ostdeutsche-juden>

Von

Sascha Perkins, Stiftung Jüdisches Museum Berlin

- [de](#)
- [en](#)

Das Podium versammelt am 12. Juli 2023 vier prominente Zeitzeug:innen, die auf ihr Jüdisch-Sein im Osten Deutschlands zurückblicken: den Musiker und Schauspieler Andre Herzberg, Anetta Kahane, Autorin und Gründerin der Amadeu Antonio Stiftung, Marion Brasch, Schriftstellerin und Hörfunkjournalistin sowie Lara Dämmig, Autorin und Mitbegründerin von Bet Debora, einem europäischen Netzwerk jüdischer Frauen.

In ihren Büchern beschreiben sie die Komplexität ihres geschichtsgeladenen familiären Hintergrunds und ihre Emanzipationen vom, aber auch zum Judentum. Unter der Moderation von George Kohler blickt die Generation der Kinder auf die Deutungen und Lebenswirklichkeiten der Generation ihrer Eltern zurück, nicht zuletzt auch auf ihr ambivalentes Verhältnis zu Israel.

Das Podium wird veranstaltet in Kooperation mit der DFG-Netzwerkgruppe Emanzipation nach der Emanzipation. Jüdische Literatur, Philosophie und Geschichte von 1900 bis zur Gegenwart (Universitäten Augsburg und Bar Ilan).

Mi, 12. Juli 2023, 19 Uhr

Eintritt frei - Anmeldung erfolgt über den Ticketshop

<https://www.jimberlin.de/podium-ostdeutsche-juden>

Zitation

Ostdeutsche Juden: Emanzipation von der Geschichte. In: H-Soz-Kult, 20.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137081.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung

Veranstalter Sandra Balck, M.A.; Dr. Anna Ananieva (DFG-Projekt "Digitale Editionen historischer Reiseberichte")

Ausrichter DFG-Projekt "Digitale Editionen historischer Reiseberichte"

Veranstaltungsort Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Landshuter Str. 4, 93047 Regensburg (Altes Finanzamt), Raum 017 und online

Gefördert durch DFG

93047 Regensburg

Vom - Bis

20.07.2023 - 21.07.2023

Website <https://dehisre.ios-regensburg.de/>

Von

Anna Ananieva, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg

Das Forschungsprojekt "Digitale Editionen Historischer Reiseberichte" (DEHisRe) lädt zu einem zweitägigen Workshop ein.

Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung

Das Regensburger Forschungsprojekt „Digitale Editionen Historischer Reiseberichte“ (DEHisRe) lädt zum Workshop „Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung“ ein. Die zweitägige Veranstaltung findet vom 20. bis 21. Juli 2023 am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) im hybriden Format statt. Der Workshop wird von Sandra Balck und Anna Ananieva organisiert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen der laufenden Projektfinanzierung gefördert.

Ziel des Workshops ist es, gemeinsam über Chancen und Herausforderungen bei der Bearbeitung digitaler Editionen historischer Reiseberichte zu diskutieren und zu überlegen, wie historische Reiseberichte für die wissenschaftliche Analyse (von Zeit, Raum, Ereignissen u. a.) geöffnet werden können. Der Fokus liegt dabei, wie der Titel bereits verrät, auf der Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung.

Die Beiträge beschäftigen sich mit folgenden Fragen:

- Wie unterscheidet sich die Textauszeichnung historischer Reiseberichte von anderen Textsorten, wie wird mit Interoperabilitäts- und Ausdrucksprobleme von TEI umgegangen und kann dabei die Verbindung von TEI-kodierten Text mit CRM-modellierten Daten helfen?
- Wie können durch Datenmodellierung und Semantische Auszeichnung spezifische Forschungsinteressen adressiert und mittels ontologiebasierten Textanreicherungs- und Bearbeitungsworkflows spezifiziert und so für die Analyse genutzt werden?
- Welche Rolle spielt die visuelle Darstellung von Reiseberichten durch die Visualisierung von Reiserouten, Ereignissen und Beobachtungen auf Grundlage der ausgezeichneten Texte und wie kann dadurch der Zugang vereinfacht werden?

Etwas allgemeiner gefasst, diskutieren wir die Frage der forschungsbasierten Nachnutzung von digitalen Reiseberichtseditionen jenseits der Papiersimulation: Wie können historische Reiseberichte für spezifische Forschungsinteressen geöffnet und verwertbar gemacht werden?

Diese Themen werden anhand verschiedener Erfahrungsberichte aus aktuellen Forschungsprojekten diskutiert. Der angestrebte fokussierte und offene Austausch über Zugänge, Instrumente, Anwendungen etc. öffnet neue, produktive Perspektiven auf das digitale Leben dieser spezifischen Textsorte.

Programm

Donnerstag, 20. Juli 2023: 1. Tag Workshop

09:30–10:00 Uhr
Kaffee, Begrüßung

10:00–10:30 Uhr
Anna Ananieva & Sandra Balck (IOS Regensburg) – Einführung und Projektvorstellung
DeHisRe

Moderation: Michael Achmann

10:30–11:30 Uhr
Mareike K. Schumacher (UR) – Raum modellieren: Konzeptualisierung und
Operationalisierung narrativer Raumdarstellung

11:30–12:30 Uhr
Christopher Pollin (ZMI, Graz) – “Wie hältst du’s mit der historischen Information in
digitalen Editionen?” Workflows, Semantic Web und TEI in GAMS

12:30–14:00 Uhr
Pause, Mittagsimbiss

Moderation: Hermann Beyer-Thoma

14:00–15:00 Uhr
Katharina Pektor & Martina Bürgermeister (ÖNB Wien) – Schauplätze: Erfahrungen mit
der Kartierung von Orten aus zwei Projekten

Seite B 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

15:00–16:00 Uhr

Gordon Fischer (BBAW/TELOTA Berlin) – Historische Quellen der Russland-Reise A. v. Humboldts mit den digitalen Möglichkeiten räumlich-zeitlicher Visualisierung

16:00–16:30 Uhr

Kaffee

16:30–17:30 Uhr

Moderation: Sandra Balck

Martin de la Iglesia (HAB Wolfenbüttel) – Besondere Herausforderungen des digitalen Edierens von Reiseberichten am Beispiel der Reiserelationen Philipp Hainhofers

Freitag, 21. Juli 2023: 2. Tag Workshop

Moderation: Anna Ananieva

10:00–11:00 Uhr

Rainer Simon (rainersimon.io, Wien) via Zoom – Die Recogito Annotationsplattform: Aktuelle & zukünftige Entwicklungen

11:00–11:30 Uhr

Kaffee

11:30–12:30 Uhr

Sandra Balck & Jacob Möhrke (IOS Regensburg) – Annotations-Workflows gestalten: Die Vielschichtigkeit historischer Reisberichts-Editionen am Beispiel Franz Xaver Bronner

12:30–14:00 Uhr

Pause, Mittagsimbiss

Moderation: Corwin Schnell

14:00–15:00 Uhr

Angela Göbel (HAB Wolfenbüttel) – Möglichkeiten und Grenzen teilautomatisierter Editionsverfahren am Beispiel des Projekts „Grand Tour digital“ und der Handschriftenerkennungssoftware Transkribus

15:00–16:00 Uhr

Maximilian Görmar (HAB Wolfenbüttel) – Zur Anwendung der Named Entity Recognition in frühneuzeitlichen Reiseberichten – Perspektiven und Herausforderungen der Nachnutzung digitaler Editionen in Form von Trainingsdaten und Wissensbasis

16:00 Uhr

Kaffee und Abschlussgespräch

Kontakt

Sandra Balck, M.A. und Dr. Anna Ananieva

DFG-Projekt "Digitale Editionen historischer Reiseberichte"

Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung / Leibniz Institute for East and Southeast European Studies

Landshuter Str. 4

93047 Regensburg

<https://dehisre.ios-regensburg.de/>

Zitation

Historische Reiseberichte öffnen: Textauszeichnung, Datenmodellierung und Visualisierung. In: H-Soz-Kult, 29.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137262.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) After the Empires? Ukraine's (Post-)Colonial Entanglements

Veranstalter Universität Greifswald und Alfred Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

Veranstaltungsort Alfred Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

Gefördert durch Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung

17489 Greifswald

Vom - Bis

07.08.2023 - 19.08.2023

Frist

03.07.2023

Website

<https://www.wiko-greifswald.de/en/after-the-empires-ukraines-post-colonial-entanglements/>

Von

Katja Kottwitz

XXVII. Greifswalder Ukrainicum – Greifswald Ukrainian Summer School under the academic direction of Professor Dr. Roman Dubasevych (Greifswald) and Dr. Oleksandr Chertenko (Gießen).

After the Empires? Ukraine's (Post-)Colonial Entanglements

XXVII. Greifswalder Ukrainicum – Greifswald Ukrainian Summer School under the academic direction of Professor Dr. Roman Dubasevych (Greifswald) and Dr. Oleksandr Chertenko (Gießen)

Ever since Russia launched its full-scale war against Ukraine on February 24, 2022, Ukraine has been the focus of attention on a global scale. Most commonly, the Russo-Ukrainian war has been explained, both in Ukraine and abroad, by applying the conceptual apparatus of Postcolonial Theory. In this vein, Putin's aggression has been interpreted as a continuation of the centuries-old "Russian colonization." Ukrainian resistance, in turn, has been largely recognized as an "anticolonial war" going hand in hand with a "decolonial" "canceling of Russian culture."

Such univocal explanations, however, do not do justice to Ukraine's multifaceted interactions with multiple imperial centers in the past and in the present, esp. with the Russian and the

Seite B 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Soviet one. Moreover, they seemingly disregard Ukraine's conflicting, often polyvalent memories and cultural self-identifications, which arise from different imperial experiences, presenting the country's history as a kind of teleological unity. But can this understanding of Ukraine's "postcoloniality" really cover the complexity of Ukraine's cultural, political, social, and economic situation "after the empires"? And can Postcolonial Theory and Postimperial Studies be pulled back from the clutches of propagandistic oversimplification in times of war-induced mobilization?

Using this as a starting point, the upcoming summer academy will try to figure out how both Postcolonial Theory and Postimperial Studies can possibly remain productive for the analysis of the highly complex and dynamic balances of power and knowledge between culturally and ethnically related "colonizers" and "colonized." What historical and cultural backgrounds does Ukrainian "postcoloniality" (or "postimperiality") imply and what modes of interaction with imperial centers did it develop in the course of time? Can Ukrainian situation after 1991 (and after February 2022) be compared to the situation in other Eastern European (post-socialist, post-communist, post-Soviet) countries, such as Belarus or Poland, and if yes—what insights can such a comparison produce? Is there any space for the exploration of postcolonial complexities in wartime? What are the possible pitfalls for employing postcolonial/postimperial vocabulary and analytical tools?

The summer academy on Ukraine "After the Empires" will deal with these and other issues in a transdisciplinary manner. Basing on historical and contemporary Ukrainian examples, it will at the same time try to contextualize the phenomenon of "postcolonial Ukraine" within the "postcolonial Eastern Europe" and within the global debates on post- and decoloniality. We will thus focus on the specific profile of Ukraine's post-socialist postcoloniality/postimperiality as compared to the postcolonialities in "classic" oversee colonies. On top of that, we will discuss other—non-Russian and non-Soviet—postcolonial/postimperial continuities, such as the legacies of the "Western" Polish-Lithuanian Commonwealth and the Habsburg Empire. Hereby, a highly complex relation between postcoloniality and nationalism, as well as various nationalist appropriations of the postcolonial discourse for the sake of "national consolidation" will be addressed. Ultimately, we will try to figure out what these multiple postcolonial/postimperial positionalities mean for the theory and how the theory could help us in understanding Ukrainian situation during and after the war.

All attendees will get a chance to work intensively on these topics for one week in Greifswald. During this time, they will also have multiple possibilities to network with other junior and experienced academics and scholars.

Programm

XXVII. Greifswalder Ukrainicum's keynote lecture on "Postcolonial Perspectives on Eastern Europe: Ambivalences and Simplifications" will be held by Prof. Dr. Dirk Uffelmann (Justus Liebig University Gießen). The introductory lecture will be given by JProf. Dr. Roman Dubasevych (University of Greifswald).

This year's seminars will be held, among others, by Prof. Dr. Tomasz Zarycki (Warsaw), Dr. Tarik Cyril Amar (Istanbul) Bőrries Kuzmany (Wien) and Dr. Oleksandr Chertenko (Gießen).

Language courses are going to be taught by PD Dr. Hanna Shvets (Kyiv), Dr. Olena Synchak (L'viv) and Dr. Ksenia Borodin (L'viv).

Guest speaker is Dr. Inna Melnykovska.

Seite B 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

In response to the growing demand, Lydia Nagel (Berlin), a renown translator of Ukrainian literature into German, will offer a mini-workshop which will introduce the participants into the challenges of literary translation. The workshop will take place on August 12.

Greifswalder Ukrainicum will also include the screening of two movies: "Atlantis" (Atlantyda, UA 2019) by Valentyn Vasyanovych, and "Luxemburg, Luxemburg" by Antonio Lukich. Each of the screenings will be followed by a discussion.

Kontakt

Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald
Melina Hubel M. A.
17487 Greifswald
Tel.: +49 3834 420 5014
E-Mail: melina.hubel@wiko-greifswald.de

<https://www.wiko-greifswald.de/en/after-the-empires-ukraines-post-colonial-entanglements/>

Zitation

After the Empires? Ukraine's (Post-)Colonial Entanglements. In: H-Soz-Kult, 27.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137138.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite

Veranstalter Berliner Unterwelten e. V., Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V.

13355 Berlin

Vom - Bis

28.08.2023 - 01.09.2023

Frist

31.07.2023

Website

<https://www.berliner-unterwelten.de/seminare/seminarprogramm/vertreibung/-wypedzenie.html>

Von

Ariane Afsari, Kulturelle Bildung, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Grenzüberschreitendes Bildungsseminar mit Stationen in Berlin, Potsdam, Stettin/Szczecin, Frankfurt (Oder), Slubice

Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite

Seite B 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Fünftägiges grenzüberschreitendes Bildungsseminar mit Tagesexkursionen nach Berlin, Potsdam, Stettin/Szczecin, Frankfurt (Oder), Slubice und zum Abschluss noch einmal Berlin. Das Bildungsseminar geht den Verlust Erfahrungen von Deutschen und Polen infolge des Zweiten Weltkriegs nach. An ober- und unterirdischen Stationen in beiden Ländern werden dabei auch Schicksale anderer betroffener Ethnien berücksichtigt.

Das Seminarthema "Vertreibung/Wypędzenie" von Deutschen und Polen im Kontext des Zweiten Weltkriegs hat lange Zeit zu Spannungen zwischen beiden Nachbarländern geführt. Diese sind auch aktuell noch nicht vollständig überwunden. Zur kritischen Annäherung an dieses umstrittene Thema lassen wir ausgewiesene Fachleute und zeitbezeugende Personen aus und in beiden Ländern an interessanten Orten zu Wort kommen. Wir werden dabei sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Tarifzone ABC) als auch mit dem Reisebus unterwegs sein.

Programm

An den einzelnen Stationen werden folgende Aspekte thematisiert:

Station Berlin

Montag, 28. August 2023

Vortrag: Verlust, Zwangsmigration, Flucht, Vertreibung. Der aktuelle Forschungsstand zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert

Besichtigung: Die Folgen von Flucht und Vertreibung. Zur Unterbringung von Flüchtlingen durch die alliierten Militärregierungen in Berlin anhand der wechselhaften Geschichte eines Bunkerbauwerkes

Gespräch: Die Erinnerungskultur der Erlebnisgeneration und der Nachgeborenen. Zur Integration von Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern in Berlin

Station Potsdam

Dienstag, 29. August 2023

Information: Profil und Ziele des Deutschen Kulturforums östliches Europa e.V. Zum vielfältigen Spektrum der deutschen Kultur und Geschichte im östlichen Europa und zur Vermittlung dieses gemeinsamen Erbes für eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Vortrag: "Kalte Heimat": Die Politisierung und Polarisierung der Vertriebenenfrage seit den 1960er Jahren.

Ausstellung: Der Tagungsort der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Potsdam, Cecilienhof: Hintergründe, Vorbereitung und Durchführung der Potsdamer Konferenz

Vortrag: Die Dreimächtekonferenz von Berlin – zur folgenreichen Vereinbarung über Bevölkerungstransfers

Station Stettin/Szczecin

Mittwoch, 30. August 2023

Thematischer Stadtrundgang: Wie Stettin zu Szczecin wurde und zur vergessenen Vertreibung von etwa 150.000 Ukrainern, Lemken und Bojken aus Südostpolen in den Norden und Westen Polens, auch nach Stettin («Aktion Weichsel«)

Ausstellung: "Hans Stettiner und Jan Szczeciński: Das alltägliche Leben in Stettin des 20. Jahrhunderts": Zur Auswechslung der Einwohnerschaft als Folge der politischen Nachwirkungen des Jahres 1945

Besichtigung und Gespräch: Stettin/Szczecin – eine Stadt als Kreuzungspunkt der Umbrüche, der Minderwertigkeitskomplexe, der Neuerfindungen.

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Besichtigung: Luftschutzbunker Stettin – nach der Übernahme der deutschen Stadt durch die polnische Verwaltung wurde der einstmals größte Luftschutzraum in einen Atomschutzbunker umgewandelt

Stationen Frankfurt (Oder) und Słubice

Donnerstag, 31. August 2023

Thematischer Stadtspaziergang: Zu den Architekturplänen der Nationalsozialisten für Frankfurt und zum nationalsozialistischen Terror in der Stadt

Vortrag: Festlegung der Oder-Neiße-Grenze, Entstehung Słubices, Vertreibungs-, Flucht- und Neuansiedlungssituation

Rundgang: Zwischen Vergessen und Erinnern – der jüdische Friedhof in Słubice. Zum Umgang mit jüdischen Spuren in der deutsch-polnischen Grenzregion

Information und Film: Museum Viadrina, "Transit Frankfurt (Oder)"

Station Berlin

Freitag, 1. September 2023

Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" – das am 21. Juni 2021 eröffnete Dokumentationszentrum der Bundesstiftung in Berlin

Information und Zeitzeugengespräch: Zwischen europäischem Gedächtnis und persönlicher Erinnerung – das Thema Vertreibung in seiner Multiperspektivität (im Zentrum für historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Pankow)

Teilnahmebeitrag und Anmeldung:

Die Veranstaltung richtet sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Der Teilnahmebeitrag beträgt 450,- Euro.

Kontakt

Berliner Unterwelten e.V.

Dr. Heike Welzel-Philipp

Brunnenstraße 105

13355 Berlin

T: +49 (0)30 8866-8465

F: +49 (0)30 8866-8495

E-Mail: [seminare\[at\]berliner-unterwelten.de](mailto:seminare[at]berliner-unterwelten.de)

<https://www.berliner-unterwelten.de/seminare/seminarprogramm/vertreibung/-wypedzenie.html>

Zitation

Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite. In: H-Soz-Kult, 06.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-136709.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Wandel in Polen – Polen im Wandel

Veranstalter Universität Greifswald; Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

Veranstaltungsort Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

Gefördert durch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung

17489 Greifswald

Vom - Bis

04.09.2023 - 09.09.2023

Frist

03.07.2023

Website

<https://www.wiko-greifswald.de/wandel-in-polen-polen-im-wandel/>

Von

Katja Kottwitz

X. Greifswalder Polonicum – Greifswald Polish Summer School unter wissenschaftlicher Leitung von Dr. Marek Fiałek, Dr. Grzegorz Lisek und Professor Dr. Jan Patrick Zeller (alle Greifswald).

Wandel in Polen – Polen im Wandel

Anlässlich seines zehnten Jubiläums richtet das diesjährige Polonicum unter dem Thema „Wandel“ einen umfassenden Blick auf die gegenwärtigen Prozesse in unserem Nachbarland Polen. Die einschneidenden Ereignisse der letzten Jahre – Streit um Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechte, Klimakrise, Pandemie, der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine und die Aufnahme von vielen Geflüchteten aus dem Nachbarland – bestimmen den öffentlichen Diskurs in Polen und trugen zur Spaltung der Gesellschaft bei. Im Rahmen von drei Seminaren und Abendvorträgen werden gegenwärtige und teils gegenläufige Wandelphänomene in der polnischen Gesellschaft und Politik und ihre Wechselwirkungen mit Literatur, Kultur und Sprache beleuchtet.

Programm

Seminare:

Waldemar Czachur (Warszawa): Kim jest Obcy w polskim dyskursie? Zmiany i kontynuacje

Inga Iwasiów (Szczecin): Narracje tożsamościowe w polskiej literaturze najnowszej

Kai-Olaf Lang (Berlin): „Zmienimy świadomość całej Europy.“ Polens Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen von Krieg und neuer Stärke

Abendveranstaltungen:

Magdalena Waligórska (Berlin): Cross Purposes: A Short Cultural History of the Cross in the Polish Political Imagination

Waldemar Kuligowski (Poznań): From a socialist spectacle to a community-based event: Poland in the mirror of festivals

Kontakt

Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald
Melina Hubel M.A.
Betreuung Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa
Tel.: +49 3834 420 5014
E-Mail: melina.hubel@wiko-greifswald.de

<https://www.wiko-greifswald.de/wandel-in-polen-polen-im-wandel/>

Zitation

Wandel in Polen – Polen im Wandel. In: H-Soz-Kult, 27.06.2023,
www.hsozkult.de/event/id/event-137137.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

13) „Kirchen für neue Städte“ - Religiöses Bauen der Spätmoderne

Veranstalter AG „Kirche und Kulturerbe“ an der Universität Greifswald in Kooperation mit dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz (Universität Greifswald)

Ausrichter Universität Greifswald

Veranstaltungsort St. Marien (7. September) und Christuskirche (8. September)

Gefördert durch Die Veranstaltungreihe "Experiment Moderne" wird unterstützt vom Amt für Bildung, Kultur und Sport der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, von der Nordkirche und von der Sparkasse Vorpommern.

17489 Greifswald

Vom - Bis

07.09.2023 - 08.09.2023

Frist

07.09.2023

Website

<https://www.uni-greifswald.de/kirche-und-kulturerbe>

Von

Karin Berkemann

Während der westdeutsche Kirchenbau in den späten 1970er Jahren fast zum Erliegen kam, öffnete sich in Ostdeutschland wieder ein Fenster für neue Projekte – gegen Westgeld. Der

Seite B 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

transdisziplinäre Studientag widmet sich dem spät- und postmodernen Kirchenbau in Ostdeutschland im gesamtdeutschen und europäischen Umfeld. Begleitend hält die Veranstaltungsreihe „Experiment Moderne“ in Greifswald zwei Ausstellungen und verschiedenen Architekturführungen bereit.

„Kirchen für neue Städte“ - Religiöses Bauen der Spätmoderne

Während der westdeutsche Kirchenbau in den späten 1970er Jahren scheinbar fast zum Erliegen kam, öffnete sich in Ostdeutschland gerade wieder ein Fenster für neue Pläne. Gegen West-Geld erlaubte die DDR-Regierung damals verschiedenen christliche Gemeinschaften, eigene Räume zu errichten: Unter dem Motto „Kirchen für neue Städte“ wurden die ersten Bauten noch in den 1970er Jahren eingeweiht, die letzten Projekte vollendete man in den frühen 1990er Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung. Doch ein Überblick über das Bauen der Religionen in der Spät- und Postmoderne im deutsch-deutschen Vergleich steht bislang noch aus.

Vor diesem Hintergrund organisiert die AG „Kirche und Kulturerbe“ an der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald in Kooperation mit dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz daher den Studientag „Kirchen für neue Städte“, der am 7./8. September 2023 in Greifswald stattfinden wird. Darin kommen Nachwuchswissenschaftler, Forscher und Zeitzeugen aus Architektur und Kunstgeschichte, Kirche und Theologie, Denkmalpflege und Urbanistik in Vorträgen, Sektionen und Diskussionsrunden miteinander ins Gespräch. Der Studientag ist Teil der Veranstaltungsreihe "Experiment Moderne" - der AG Kirche und Kulturerbe an der Universität Greifswald, gefördert vom Amt für Bildung, Kultur und Sport der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, von der Nordkirche und von der Sparkasse Vorpommern. Im Herbst und Winter 2023 rückt sie die ostmoderne Seite der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in den Mittelpunkt.

Um Anmeldung bis zum 25. August 2023 wird gebeten unter: berkemannk@uni-greifswald.de

Programm

7. SEPTEMBER 2023

Ort: St. Marien, Annenkapelle, Marienkirchplatz / Brüggstraße, Greifswald

Moderation: Tobias Braune-Krickau

Veranstalter:innen: Tobias Braune-Krickau und Karin Berkemann für die AG Kirche und Kulturerbe an der Universität Greifswald in Kooperation mit dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz

ab 12:00 Uhr: Ankommen, Anmelden, Mittagsimbiss

13:00–13:30 Uhr: EINFÜHRUNG

Begrüßung

Karin Berkemann: Kirchen für neue Städte. Spätmoderne Gottesdiensträume als Kulturerbe

13:30–14:30H: IN DER ALTSTADT

Wolfgang Sonne, TU Dortmund (angefragt): Die Wiederentdeckung der Altstadtkirchen
Kirsten Angermann, Bauhaus-Universität Weimar: Die Altstadtplatte als spät- und postmodernes Bauschaffen in der DDR

14:30–15:00 Uhr: Tee-/ Kaffeepause

Seite B 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

15:00–16:30 UHR: IM KOLLEKTIV

Johannes Stückelberger, Universität Bern: Spätmoderner Kirchenbau in der Schweiz

Franziska Klemstein, HS Mainz: Kirche zur DDR-Zeit im fachlichen Netzwerk von Städtebau und Denkmalpflege

Matthias Ludwig, HS Wismar: Kirchen mit Schalendächern von Ulrich Müther

16:30–17:00 Uhr: Tee-/ Kaffeepause

17:00–18:30 Uhr: IN GEDANKEN

Doreen Habermann, Universität Greifswald: Friedensgebet und Junge Gemeinde in Greifswald in den 1980er Jahren

Konstantin Manthey, Kirchenbauforum Berlin: Ungebaute Kirchenprojekte in West- und Ost-Berlin

Beate Löffler, TU Dortmund: Geschichtsvergessen? Abriss und Neubau der Leipziger Propsteikirche St. Trinitatis

19:30 Uhr: „Pomo und Pommes“. Imbisstour mit Architektur, Treffpunkt: Altstadt, Greifswald (Ort wird während der Tagung bekannt gegeben, oder unter berkemannk@uni-greifswald.de)

8. SEPTEMBER 2023

Ort: Christuskirche, An der Christuskirche 3, Greifswald

Moderation: Karin Berkemann

ab 9:00 Uhr: Ankommen, Umschauen

Begrüßung

9:30–11:00 UHR: IM NEUBAUVIERTEL

Matthias Ludwig, Würzburg / Schweinfurt: Spätmoderne Gemeindezentren in Schleswig-Holstein

Alina Möhrer, TU Berlin: Räume der kleinen christlichen Gemeinschaften im Sonderbauprogramm

Elisabeth Klopff, Bauhaus-Universität Weimar: Die „neue Stadt“ der späten DDR als Nachbarschaft oder Gegenmodell zum Kirchenbau

11:00–11:30 Uhr: Tee-/ Kaffeepause

11:30–13:00 UHR: IM GESPRÄCH

Podium zu Erhalt und Zukunft spät- und postmoderner Kirchen:

Ramona Dornbusch (Landeskonservatorin, Landesamt für Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern), Martin Maleschka (Architekturfotograf, Eisenhüttenstadt), Gerd Meyerhoff (Referent, Dezernat Bau, Nordkirche), Andreas Roth (Leiter des Bereichs Bau, Erzbistum Berlin) und Verena Schädler (Architekturhistorikerin, Weißenburg in Bayern)

Gelegenheit zum Mittagessen im Quartier

NACHMITTAG

14:00–15:00 Uhr: „Neustadtplatten“, Architekturspaziergang durch das Plattenbauviertel Schönwalde II von Quartierskoordinatorin Ruth Bördlein

Treffpunkt: Vorplatz der Christuskirche, An der Christuskirche 3, Greifswald

16:30–17:30 Uhr: Straßenvernissage zu „Turm und Tunnel“ mit Ausstellungsführungen (16:30 Uhr, 17:00 Uhr) durch den Journalisten Daniel Bartetzko

Seite B 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Treffpunkt: vor dem Dom, Domstraße / Caspar-David-Friedrich-Straße, Greifswald
Die Ausstellung „Turm und Tunnel. Friedhelm Grundmann baut für Kirche und U-Bahn“, zu sehen im Dom bis 30. November, ist ein Projekt der Universität Hamburg und des Online-Magazins moderneREGIONAL, gefördert von der Sutor-Stiftung, kuratiert von Daniel Bartetzko, Karin Berkemann und Frank Schmitz

KULTURNACHT

18:00 –19:00 Uhr: Straßenvernissage zu „Altstadtplatten“ mit Führungen des Fotografen Martin Maleschka (18:00 Uhr, 18:30 Uhr) durch seine Ausstellung im Rahmen der Greifswalder Kulturnacht

Die Ausstellung „Altstadtplatten. Bau und Kunst in Greifswald 1970–1990“ ist bis zum 25. September zu sehen im Alfried Krupp Wissenschaftskolleg und im benachbarten Kunstschauenster

Treffpunkt: vor dem Alfried Krupp Wissenschaftskolleg, Martin-Luther-Straße 14, Greifswald

Kontakt

Theologische Fakultät, Am Rubenowplatz 2/3, 17489 Greifswald, Telefon +49 3834 4202546, berkemannk@uni-greifswald.de,

<https://www.uni-greifswald.de/kirche-und-kulturerbe>

Zitation

„Kirchen für neue Städte“ - Religiöses Bauen der Spätmoderne. In: H-Soz-Kult, 26.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137220.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon"

Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon" - Transformationen, Persistenzen und Emergenzen militärischer Gewaltsamkeiten

Veranstalter Friederike Hartung & Frank Reichherzer, Zentrum für militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Veranstaltungsort mightyTwice Hotel Dresden

01099 Dresden

Vom - Bis

12.09.2023 - 14.09.2023

Frist

18.08.2022

Website

<https://zms.bundeswehr.de/de/aktuelles/veranstaltungen>

Von

Frank Reichherzer, Abteilung Forschung, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)

Vom 12. bis 14. September 2023 findet die 62. Internationale Tagung für Militärgeschichte in Dresden statt. Die Tagung befasst sich umfassend mit den Fragen nach der Zeitlichkeit militärischer Gewalt.

Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon" - Transformationen, Persistenzen und Emergenzen militärischer Gewaltsamkeiten

Das Aufnahmeband einer Artillerie-Schallmessanlage der U.S. Army liefert einen Zugang zur 62. Internationalen Tagung für Militärgeschichte (ITMG). Der sechs-Sekunden-lange Ausschnitt dokumentiert zunächst verienzeltete Schüsse, gefolgt von zwei Sekunden intensivem Artilleriefeuer, plötzlich: Stille! Die Aufnahme reicht von kurz vor bis kurz nach 11 Uhr alliierter Zeit am 11. November 1918. Die Graphen auf dem Band markieren das Ende der Kampfhandlungen – den Beginn des in der Nacht zuvor vereinbarten Waffenstillstandes. Der Papierstreifen visualisiert so in eindrücklicher Weise den Augenblick, in dem der Erste Weltkrieg zu seinem Ende kam.

Dieser Übergang militärischer Gewalt macht auf das Thema der diesjährigen ITMG aufmerksam. Der große Krieg war zwar beendet, doch die Gewalt nicht vorüber. Nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt wandelten sich Gewaltsamkeiten, blieben bestehen oder nahmen neue Formen an. Für diese Wandelbarkeit des Krieges, der Formveränderungen militärischer Gewalt, aber auch deren Beständigkeit nutzte der preußische General, Kriegsphilosoph und Zitatlieferant Carl von Clausewitz eine interessante Analogie: Krieg gleiche einem „wahr[e]n Chamäleon“.

Diese, von Clausewitz gewählte Veranschaulichung der Gewalt verweist auf aktuelle Forschungstendenzen. Vermehrt macht die Gewaltforschung auf die komplexe Zeitlichkeit und Prozesshaftigkeit von Gewalt aufmerksam. Die 62. ITMG fragt daher nach den Temporalitäten militärischer Gewaltsamkeiten entlang der Zeitfiguren Transformation/Wandel, Persistenz/Kontinuität und Emergenz/Entstehung. Damit bietet das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ein interdisziplinäres Forum für die Diskussion aktueller Forschungen an.

Hinweise zur Anmeldung:

Anmeldeformulare finden Sie auf der Tagungsseite unter

<https://zms.bundeswehr.de/de/aktuelles/veranstaltungen>

Die Teilnahmegebühr beträgt 50€ für die Pausen- und Mittagsverpflegung. Studierende oder Interessierte ohne feste Anstellung bitten wir in Fragen der Teilnahmegebühr uns zu kontaktieren.

Anmeldeschluss ist der 18.08.2023. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Seite B 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Programm

Dienstag, 12.09.2023

12:00 – 12:10 Begrüßung
Sven Lange, Potsdam (Kommandeur des ZMSBw)

12:10 – 13:00 Einführung und Grundlagen
Militär- und Kulturgeschichte der Gewalt. Neue Wege der Forschung (AT)
Alaric Searle, Potsdam

Die Zeit der Gewalt
Frank Reichherzer, Potsdam

13:00 – 15:00 Sektion I: Gewalt(en) im Belagerungskrieg vom Mittelalter bis in die Neuzeit
– Transepocheale Betrachtungen

Von der Zermürbung bis zum Exzess. Zur Bedeutung des Faktors „Zeit“ für die Ausübung
verschiedener Arten von Gewaltpraktiken in früh- und hochmittelalterlichen Belagerungen
Franziska Quaas, Hamburg

„For Hunger brekythe the Stone Walle“. Rouen unter mehrfacher Belagerung im
Hundertjährigen Krieg 1418-19/1449
Maria Pieschacon-Raffael, München

Gezähmte Gewalt(en)? Die Belagerung der Festung Philippsburg 1734 im „Kabinettskrieg“
der Aufklärungsära
Anke Fischer-Kattner, München

15:00 – 15:30 Kaffeepause (inkl.)

15:30 – 17:00 Sektion II: Authors meet critics

Buch 1: Zwischen Fronten. Die deutsch-französische Grenzregion und der Weg in den
Zweiten Weltkrieg von Johannes Großmann, Tübingen

Buch 2: Empire of Destruction: A History of Nazi Mass Killing von Alex Kay, Potsdam

Moderation und Diskussion: Frank Reichherzer, Potsdam

17:00 – 18:30 Pause

18:30 Abendveranstaltung im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Dresden

Menschen im Krieg. Eine Berichterstattung über Formen und Wandel des Krieges in der
Ost-Ukraine 2014 bis 2023 (AT)
Till Mayer, (Foto-)Journalist, Bamberg

Moderation und Diskussion: Cornelia Grosse, Potsdam

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Mittwoch, 13.09.2023

08:30 – 10:30 Sektion III: Dynamiken, Räume und Übergänge militärischer Gewalt

Krieg als politische Gewalt
Stefan Malthaner, Hamburg

Gewaltdynamiken. Deutsche Besatzung, Partisanen, und die Zivilbevölkerungen in der westlichen Sowjetunion, 1941–1945
Franziska Exeler, Berlin

Temporale Umbrüche. Die Rolle deutschsprachiger Emigranten als alliierte Soldaten zwischen Zweitem Weltkrieg und Besatzung
Arvid Schors, Köln

10:30 – 11:00 Kaffeepause (inkl.)

11:00 – 13:00 Sektion IV: Geschlechtsspezifische militärische Gewalt als Kontinuum: Theoretische und methodische Reflektionen

Militär, Gewalt und Geschlechterordnung. Umstrittene Geschlechtergrenzen
Karen Hagemann, Chapel Hill, NC

Immer die gleiche Gewalt?! Geschlechtsspezifische Gewalt in Krieg und Frieden
Claudia Kemper, Münster

Radikalisierte Männlichkeit. Vom Kriegsalltag zur sexuellen Gewalt
Kerstin Bischl, Berlin

13:00 – 14:30 Mittagessen (inkl.)

14:30 – 16:30 Sektion V: Geschlecht und militärische Gewaltsamkeiten: Historische Fallbeispiele

Zwischen kriegerischer und fürsorglicher Gewalt. Koloniale Männlichkeiten in der berittenen Landespolizei für Deutsch-Südwestafrika, 1905-1915
Marie Muschalek, Konstanz

Hierarchie und Machtmissbrauch. Sexuelle Gewalt unter Männern in den Streitkräften der Habsburgermonarchie, 1897–1918
Daniel Gunz, Wien

Bewaffnetes Gwalthandeln von Partisaninnen im ukrainischen nationalistischen Untergrund in den 1930er bis 1950er Jahren
Olena Petrenko, Bochum

Sexuelle Gewalt während der militärischen Eroberung und der Besatzung Deutschlands: Persistenzen und Transformationen in den Gewalterfahrungen von Vergewaltigungsopfern, 1945–1955
Anne-Laure Briatte, Paris

16:30 – 17:00 Kaffeepause (inkl.)

Seite B 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

17:00 – 18:30 WorldCafé Militär, Gewalt, Zeitlichkeit und...

... Kampf, ... Planung, ... Organisation, ... Recht, ... Technik, ... Theorie, ... Wissen und Gedächtnis

u.a. mit Marian Füssel, Chris Helmecke, Ina Kraft, Wolfgang Knöbl, Nina Leonhard, Martin Rink, Constantin März, Roman Töppel & Henning de Vries als table hosts

Donnerstag, 14.09.2023

08:30 – 10:30 Sektion VI: Zur Zeitlichkeit militärischer Gewalt in Grauzonen

Die Emergenz des Frantireurs im "kleinen Krieg,, 1870/71

Jan-Martin Zollitsch, Berlin

"Whitehall's Secret Army,,? Private Military Companies während der Dekolonisierung

Grischa Sutterer, Eichstätt

Die Reichswehr kann auch anders? „Show of force“ im sächsischen Zittau 1920

Pierre Köckert, Potsdam

10:30 – 11:00 Kaffeepause (inkl.)

11:00 – 13:00 Sektion VII: Wissensspeicher militärischer Gewalt: Objekte, Museen, Sammlungen

„Fürchtet Euch!“. Gewaltchiffren militärischer Bekleidung und Bewaffnung

Gerhard Bauer, Dresden

Gewalt(aus)stellen im Heeresgeschichtlichen Museum Wien. Dekonstruktion

auratisierender Präsentationsweisen und bedeutungskonstituierender

Geschichtsdarstellungen durch mit Gewalt verknüpfte Objekte (Ein historisch-museologischer Überblick)

Thomas Edelmann, Wien

Erfahrung sammeln. Gewaltwissen und (Re)Präsentationen von Gewalt im

Sammlungswesen der Bundeswehr

Christopher Oestereich und Leonie Hieck, Potsdam

13:00 – 13:30 Fazit und Abschlussdiskussion

13:30 – 14:30 Mittagessen (inkl.)

14:30 – 16:00 Sonderführung zu "Militär und Gewalt" oder Sonderausstellung "Overkill,, im

Militärhistorischen Museum der Bundeswehr

(optional nach Anmeldung)

Kontakt

Friederike Hartung und Frank Reichherzer

ZMSBwitmg@bundeswehr.org

<https://zms.bundeswehr.de/de/aktuelles/veranstaltungen>

Zitation

Die Gewalt ist ein "wahres Chamäleon". In: H-Soz-Kult, 30.06.2023,

www.hsozkult.de/event/id/event-137296.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Historikertag 2023: Epochenübergreifend

Veranstalter Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD);
Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Universität
Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04109 Leipzig

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Website

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Thomas Urban, Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023, Universität
Leipzig

Sektionen "Epochenübergreifend" auf dem 54. Deutschen Historikertag "Fragile Fakten"
vom 19. bis 22. September 2023 in Leipzig

Historikertag 2023: Epochenübergreifend

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zur Anmeldung: <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/anmeldung/>

Programm

„Du bist Deine Geschichte“: Identitäten machen in der populären Genealogie und in neuen Formen der Geschichtsforschung

Sektionsleitung: Georg Fertig

Michael Hecht (Halle-Wittenberg): Konstruktion von Identitäten durch Genealogie in der Vormoderne? Aufschreibeverfahren und Recherchepraktiken in Kirchen- und Adelsarchiven (16.-18. Jahrhundert)

Fenella Cannell (London): Facts under pressure; unexpected sources of religious resistance to Donald Trump

Seite B 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Olaf Simons (Erfurt): Unabdingbare Netzwerke: Die personengeschichtliche Nutzung des FactGrid (18.-20. Jahrhundert)

Georg Fertig (Halle-Wittenberg): Fragile Entwürfe einer historischen Wissenschaft und die Pluralität populärer Praktiken (19. bis 21. Jahrhundert)

Harald Ringbauer (Leipzig): Relatedness and Identity in the Era of Personalized Genomics - What we can learn from DNA (and what not)

Elisabeth Timm (Münster): Old acquaintance in popular culture. Genetics and history in the 13 editions of the German Taschenbuch für Familiengeschichtsforschung (1919-2006)

Falsche Sicherheiten? Konzepte des Zerfalls und der (Neu-) Errichtung von Friedensordnungen

Sektionsleitung: Heidi Hein-Kircher / Christoph Kampmann

Heidi Hein-Kircher (Marburg): Einführung

Christoph Kampmann (Marburg): Frieden als Neubeginn? Perspektiven auf Friedens- und Sicherheitsordnungen in der Frühen Neuzeit

Dorothee Goetze (Sundsvall): Eine Pax Nordica? Das Ringen um Sicherheit und Friedensordnungen im Ostseeraum im Kontext des Großen Nordischen Krieges (1700–1721)

Frank Rochow (Halle-Wittenberg/Cottbus-Senftenberg): Die Revolution von 1848 überwinden - Instrumente zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im habsburgischen Galizien

Nicole Immig (Gießen): Herausforderungen der Pariser Friedensordnung aus post-osmanischer / türkischer Sicht

Karsten Brüggemann (Tallinn): Das sowjetische Baltikum – ein Garant für den Frieden? Vil'jam V. Pochlëbkin (1923-2000) und die europäische Nachkriegsordnung

Quellen der Mobilität: Überlieferungskritische Interventionen (17.-20. Jahrhundert)

Sektionsleitung: Simone Lässig

Dagmar Freist (Oldenburg): I am writing from this port of Salé, to which God has brought the ship in peace – Handel, Krieg, Migration und die Fragilität des Alltags im frühen 17. Jahrhundert

Ursula Lehmkuhl (Trier): Migrationskorrespondenzen als Quellen für die Analyse von Strukturen, Mustern und Dynamiken von Mobilität in der Perspektive der "longue durée"

Rebekka Grossmann (Jerusalem): Peripherien im Fokus: Fotografie und Mobilität als Ursprung humanitärer Diskurse

Swen Steinberg (Kingston/Kanada): Menschen im Transit: Quellen aus fluiden Räumen historischer Mobilität

Joachim Schlör (Southampton): Migrantische Familienarchive zwischen privatem Besitz und digitalem Raum

City Branding: Urbanität und die Konstruktion von Stadtbildern in Europa und Südasien

Sektionsleitung: Susanne Rau / Sara Keller / Martin Christ

Mateusz Jakub Fafinski (Erfurt): Parchment Cities: Representations of Urban Space in Early Medieval Manuscripts

Simone Wagner (Potsdam): Depicting other Cities. City Branding in the Historiography of South-West German Towns

Pius Malekandathil (New Delhi): Changing Religious Processes and City Images of Goa under the Habsburgs (1580-1640)

Carla Meyer-Schlenkerich (Münster): Who shapes the brand? Reflections on Urban Historiography as a Medium of Communal Self-Reassurance between the Middle Ages and Modernity

Seite B 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Pralay Kanungo (Leiden): Brand Bhubaneswar: A Blend of Tradition with Modern

Globalhistorische Perspektiven in den Geschichtsunterricht! Zwischen Fachwissenschaft, Geschichtsdidaktik und Unterrichtspraxis

Sektionsleitung: Susanne Popp / Barbara Mittler / Steffen Sammler

Susanne Popp (Augsburg) / Barbara Mittler (Heidelberg) / Steffen Sammler (Braunschweig): Einführung

Silke Hensel (Köln): Die Eroberung Amerikas" und die Herausforderungen einer multiperspektivischen Sicht im Unterricht

Barbara Mittler (Heidelberg): Wissensasymmetrien zwischen Fachwissenschaft und Unterrichtspraxis: Das Beispiel chinesische Geschichte

Philipp Marti (Aarau) / Dominic Studer (Aarau) / Simon Affolter (Aarau):

Globalgeschichtliche Perspektiven im Schweizer Geschichtsunterricht: Empirische Ergebnisse eines geschichtsdidaktischen Forschungs- und Entwicklungsprojekts

Jochen Gollhammer (Freilassing): Plädoyer für die Stärkung globalhistorischer Perspektiven im Geschichtsunterricht

Dennis Röder (Stade) / Jan Storre (Lüneburg): Globalhistorische Perspektiven im Referendariat!? Überlegungen eines Fachleiters und eines Seminarlehrers Geschichte aus Niedersachsen

Susanne Popp (Augsburg) / Philipp Bernhard (Augsburg): Verankerung von welt- und globalgeschichtlichen Themen in den deutschen Geschichtslehrplänen - ein curriculares Konzept zur Diskussion

Die Konstruktion antijüdischer „Fakten“: Die Sprache des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert

Sektionsleitung: Nicolas Berg / Mona Körte

Mona Körte (Bielefeld): Kollektivsingulare in der Sprache des Antisemitismus

Nicolas Berg (Leipzig): Der Berliner Antisemitismusstreit 1879/80 als Sprachereignis: Eine Neubetrachtung

Katharina Krčal (Wien): Diffamierungsvokabeln aus der Insektenkunde: Der Mimikry-Begriff in antisemitischen Texten des frühen 20. Jahrhunderts

Uffa Jensen (Berlin): Kollektivschuld zurückweisen. Über die emotionalisierte Sprache des Antisemitismus nach der Shoah

Heidrun Deborah Kämper (Mannheim): Kommentar

Unsichere Urgeschichte – fragiles Wissen und die Hervorbringung der Tiefenzeit

Sektionsleitung: Martin Deuerlein / Johannes Großmann / Mira Shah

Johannes Großmann (Tübingen): Von Monstern und Menschen. Die (Re-)Konstruktion der Saurier im 19. und 20. Jahrhundert

Patrick Stoffel (Lüneburg): Ein ‚geologisches Bild‘ vom Urmenschen (1845–1868)

Mira Shah (Frankfurt am Main): Ambivalente Analogien. Imaginationen der Pfahlbau-Steinzeit zwischen der Schweiz und Neuguinea

Martin Deuerlein (Tübingen): Legitimation aus der Tiefenzeit: Nordamerikas Indigene und der Streit um den prähistorischen Overkill

Brigitte Röder (Basel): Harte Steine – harte Fakten? Urgeschichtliche Quellen als Projektionsfläche

Gegenwärtige Vergangenheit im Zeitalter globaler Krisen: Koloniales Erbe vor Ort

Sektionsleitung: Heike Liebau / Bernhard Gißibl / Sebastian Dorsch

Noa K. Ha (Berlin): Städtische Episteme dekolonisieren: Europa und die Europäische Stadt nach 1989 als koloniale Ordnung. Das Beispiel Berlin

Bebero Lehmann (Köln) / Merle Bode (Köln): Köln dekolonisieren? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe im öffentlichen Raum und darüber hinaus

Seite B 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Bernhard Gißibl (Mainz): Zur Provinzialisierung der imperialen Metropole: Koloniale Verflechtungen der Handels- und Industriestadt Mannheim

Johanna Sängler (Leipzig): Kolonialgeschichte in der Messestadt: Wie erzählt und sammelt man heute koloniale Themen in der Stadtgeschichte?

Suy Lan Hopmann (Hamburg): Wie dekolonisiert man eine Stadt? Hamburger Auseinandersetzungen mit der kolonialen Vergangenheit und Gegenwart

Florian Wagner (Erfurt): Die Provinz provinzialisieren? Dezentralisierung der Kolonialgeschichte und Dekoloniale Erinnerungsarbeit am Beispiel Thüringens

Krieg und Körper. Verletzbarkeit und Körperkonzepte im Wandel, 1500-1940

Sektionsleitung: Andreas Bähr / Julia Heinemann / Regine Maritz

Nikolas Funke (Münster): Risiko, Verwundung und kriegerisches Selbstverständnis, c.1500-1650

Regine Maritz (Bern): Körperlichkeit, Person und Resilienz in Kriegserzählungen des 17. Jahrhunderts

Julia Heinemann (Wien): Invalide oder Mutilanten? Soldatische Körper als Medien der Grenzziehung in der Habsburgermonarchie (18. Jahrhundert)

Andreas Bähr (Frankfurt an der Oder): Krieg und Körper in Bildern der Nacht. Traumerzählungen des Ersten Weltkriegs

Anders Ahlbäck (Stockholm): Narrating Experiences of Military Corporeality: Memories of Conscript Training in Finland, 1919–1939

Echte Fälschungen? Echtheit, Fälschung und Methoden der Validierung (9.–19. Jahrhundert)

Sektionsleitung: Andreea Badea / Irene van Renswoude

Andreea Badea (Frankfurt am Main): Einleitung

Irene van Renswoude (Amsterdam): 'Anonymity is authenticity?' Anonymous, pseudonymous and false texts in the early middle ages

Isabel Iribarren (Strasbourg): Late-medieval visionary experiences and the authentication of the "revealed fact"

Renée Schilling (Amsterdam): Seals of approval. Means and methods to authenticate saints' relics (9th - 18th c)

Ilja Nieuwland (Amsterdam): Die vielen Dimensionen von Albert Kochs Chimären - Formen der Autorität in paläontologischen Exponate des 19. und 20. Jahrhunderts

Russlands Krieg gegen die Ukraine. Von der Stabilität zurück zur Fluidität der Staatsgrenzen – europäische Geschichte als Scherbenhaufen

Sektionsleitung: Liliya Berezhnaya / Anke Hilbrenner / Stefan Rohdewald

Stefan Rohdewald (Leipzig): Über die Auflösung des Konzeptes internationaler Grenzen

Liliya Berezhnaya (Münster): Historische Mythologie und symbolische Kommunikation bei der Verschiebung von Grenzen

Anke Hilbrenner (Düsseldorf): Der "Wilsonian Moment" und die russische Aggression

Guido Hausmann (Regensburg): Die Geographie und Grenzen der Ukraine

Andriy Portnov (Frankfurt an der Oder): Wie kann die postkoloniale Perspektive helfen, die Geschichte der ukrainischen Grenz- und Bevölkerungsbildung zu verstehen?

Corinne Geering (Leipzig): Welche Rolle spielt die sowjetische Vergangenheit heute?

Nataliia Sinkevych (München): Kirche und die Bestimmung der politischen Grenzen im Osteuropa

Akademische Prekarität zwischen Vormoderne und Moderne

Sektionsleitung: Joëlle Weis / Tobias Winnerling

Joëlle Weis (Trier) / Tobias Winnerling (Düsseldorf): Akademische Prekarität zwischen Vormoderne und Moderne? Problemskizze und Begriffsbestimmung

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Karsten Engel (Basel): Je jünger, desto prekärer? Das akademische Alter als Prekaritätsdeterminante an der spätmittelalterlichen Universität Leipzig

Christina Stehling (Marburg): "... daß sie meine Kleydung und Linnen gebrauchen kann". Im Schatten der Wissenschaft: Ökonomische Bedrängnis von Professorenfamilien im 18. Jahrhundert

Antonin Dubois (Frankfurt/Paris): Vom Schreckgespenst zur sozialen Realität? "Prekäre" Akademiker*innen in Frankreich und Deutschland (1900-1940)

Lena Oetzel (Salzburg): Von dem Reiz und Wert des alten Privatdozententums Reflexionen über Karriereweg und akademische Prekarität in der Autobiographie des Historikers Karl Brandi (1868–1946)

Sebastian Kubon (München): Heute #IchBinHanna, früher JohannesSum? Über Kontinuitäten und Diskontinuitäten prekärer Beschäftigung im akademischen Bereich

Jüdisches Kulturerbe hinterfragen

Sektionsleitung: Eva Haverkamp-Rott

Andreas Brämer (Hamburg): Moderation

Eva Haverkamp-Rott (München): Jüdisches Kulturerbe hinterfragen

Judith Olszowy-Schlanger (Paris): Jewish legal heritage from the Middle Ages

Ahuva Liberles (Tel Aviv): 'A Rabbi's notebook as a window to Jewish heritage from late medieval Regensburg'

Harald Lordick (Duisburg-Essen): Jüdisches Kulturerbe? Zur Verortung von jüdischer Wohlfahrt und Sozialpolitik in der deutsch-jüdischen Erinnerungskultur

Ulrich Knufinke (Braunschweig) / Ruth Leiserowitz (Warschau): Aneignung und Revitalisierung. Aushandlungsprozesse des deutsch-jüdischen Kulturerbes in Polen

„Knochen lügen nie“? Historische Faktizität und Fragilität menschlicher Überreste

Sektionsleitung: Alexa Stiller / Željana Tunić

Susanne Hakenbeck (Cambridge): Genetik, Archäologie und die Molekularisierung von "Rasse"

Elsbeth Bösl (München) / Doris Gutmiedl-Schümann (Berlin): Geschlechtsansprache in der Gräberarchäologie zwischen Beigabekategorien und Molekulargenetik

Gesine Krüger (Zürich): Koloniale Knochen - postkoloniale Ahnen

Željana Tunić (Halle-Wittenberg): Nachahmung forensischer Objektivität - Herstellung nationalistischer Wahrheitsregime

Alexa Stiller (Zürich): Massengräber, Kriegsverbrechen, Völkermord: Forensische Analyse im Jugoslawien-Tribunal

Zur Genese und Wiederaneignung imperialer Geographien. Transregionale

Perspektiven aus Osteuropa und dem Nahen Osten

Sektionsleitung: Zaur Gasimov

Albrecht Fuess (Marburg): Der Irak zwischen osmanischen und safavidischen Herrschaftsansprüchen im 16. und 17. Jahrhundert. Ein vormodernes "Great Game"?

Gözde Yazıcı-Cörüt (Leipzig): Did "Self-Determination" (De)Mobilise Transcaucasians? A Discussion on their Position vis-à-vis Trans-imperial Competition and its Convuluted Legacy

Florian Riedler (Leipzig): Lasst uns Rumelien vergessen! Die Position Südosteuropas in türkischen Raumvorstellungen

Dennis Dierks (Leipzig): Konzepte (post-)imperialer Neuordnung in Osteuropa im 20. Jahrhundert – und heute: Zur Rezeption Cafer Seydahmet Kırımers in der Türkei, Russland und Polen

Alexandr Osipian (Berlin): Historical Myths and Justification of War: Inventing Novorossiia from Catherine II to Putin

Die Transferdimension(en) des Historischen: Theoretische, didaktische, geschichtskulturelle und hochschulpolitische Perspektiven

Sektionsleitung: Johannes Jansen

Stefan Haas (Göttingen): Transfer (nicht nur) als historiographische Forschungskategorie

Johannes Jansen (Münster): Transfer als (implizites?) geschichtsdidaktisches Paradigma

Christoph Kühberger (Salzburg): Geschichtskultureller Transfer – Zur Rezeption von geschichtlichen Angeboten

Simone Mergen (Bonn): Erste Begegnungen mit Geschichte – Museen als Orte der Transferpraxis am Beispiel der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Christine Radtke-Jansen (Bonn): Wissenschaft ohne Impact? Wie die Geschichtswissenschaft zur universitären Leistungsdimension "Transfer" beiträgt

Kontakt

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertags

Geschäftsführung: PD Dr. Thomas Urban

Team: Jan Robin Hengfoss, Charlotte Hoff, Stefanie Stolle, Amira Tanabene, Melanie Weinreich

Ehemaliger Mitarbeitender: Milan Spindler

E-Mail: leipzig@historikertag.de

Postadresse:

Geisteswissenschaftliches Zentrum

Historisches Seminar

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023

Beethovenstraße 15

D-04107 Leipzig

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Historikertag 2023: Epochenübergreifend. In: H-Soz-Kult, 22.06.2023,

www.hsozkult.de/event/id/event-137175.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Historikertag 2023: Mittelalterliche Geschichte

Veranstalter Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD);
Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V. (VGD) (Universität
Leipzig) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04109 Leipzig

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Website

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Thomas Urban, Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023, Universität
Leipzig

Sektionen "Mittelalterliche Geschichte" auf dem 54. Deutschen Historikertag "Fragile
Fakten" vom 19. bis 22. September 2023 in Leipzig.

Historikertag 2023: Mittelalterliche Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>.

Zur Anmeldung: <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/anmeldung/>.

Programm

**Wie elastisch ist die Wahrheit? Methoden und Ergebnisse mediävistischer
Historiographieforschung**

(Sektionsleitung: Gerald Schwedler / Grischa Vercamer)

Jean-Marie Moeglin (Paris): Einführung

Gerald Schwedler (Kiel): Die sieben Künste des Verschleierns: Wahrheitstechniken in der
Geschichtsschreibung des späteren Mittelalters

Andrzej Pleszczyński (Lublin): „Geschminkt und retuschiert“ – Die Haltung der
spätmittelalterlichen polnischen Könige gegenüber den orthodoxen Ruthenen in den
Annalen von Jan Długosz (†1480)

Marie-Kristin Reischl (Chemnitz): Schöne Niederlagen? Die historiographische
Inszenierung des spätmittelalterlichen Fürsten als Krieger, Feld- und Kriegsherr im
süddeutschen Raum

Grischa Vercamer (Chemnitz): Ein frommer keiser und mensch – Religiosität der Fürsten als
stilistisches Mittel zeitgenössischer Historiographen im Spätmittelalter in Mitteleuropa

Seite B 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die argumentative Kraft (und Schwäche) der Faktizität im politischen Handeln des Nikolaus von Kues (1401–1464)

(Sektionsleitung: Petra Schulte)

Petra Schulte (Trier): Einführung

Marco Brösch (Trier): Von teuflischen Gnadenbildern, betrügerischen Bluthostien und anerkannten Reliquien. Nikolaus von Kues und die Faktizität von Heiligtümern

Thomas Woelki (Berlin): De beata ignorantia. Juristische, publizistische und soteriologische Funktionen (angeblichen) Nichtwissens bei Nikolaus von Kues und seinen Gegnern

Johannes Helmroth (Berlin): Gerüchte und Wahrheit. Nikolaus von Kues in Brixen und Rom (1457–1464)

Paula Pico Estrada (Buenos Aires): De Beryllo: Nicholas of Cusa on contradiction and its relation to his theological idea of truth

Georg Strack (Marburg): Resümee

Fragiles Lehnswesen – außer Lehen nichts gewesen? Das Lehnswesen zwischen historischer Realität, wissenschaftlichem Modell und Geschichtsunterricht

(Sektionsleitung: Oliver Auge / Frederic Zangel)

Oliver Auge (Kiel): Von scheinbar ausgeforschter Stabilität zu faktischer Fragilität? Perspektiven auf das Lehnswesen als komplexen Untersuchungsgegenstand

Simon Groth (Bonn): Das Lehnswesen ist positiv gewendeter Feudalismus. Über den Charakter einer Ordnungsmetapher

Thomas Martin Buck (Freiburg): The Middle Ages without Feudalism – Wie, warum und zu welchem Zweck studieren und lehren wir Paradigmenwechsel?

Frederic Zangel (Kiel): læn als Lehen und „foghedæ“ als Vasallen? Zum Lehnswesen in Dänemark im (nord)europäischen Kontext

Jürgen Dendorfer (Freiburg): Zusammenfassung

The (ab-)use of the medieval past: nationalistische und rechtsextreme Mittelalturnutzung

(Sektionsleitung: Cordelia Heß / Christoph Dartmann)

Karin Reichenbach (Leipzig): Alt, älter, am ältesten? – Wiederbelebte Ethnogenesenarrative zwischen (Pseudo)Wissenschaft und neurechter Politik

Ralf Hoppadietz (Leipzig): Germanen und Wikinger als Projektionsfläche in der (radikalen) Rechten

Alexander Will (Hamburg): Mittelalterprojektionen und „völkische Siedler“

Fabian Virchow (Düsseldorf): Die Türken vor Wien – Narrative fortgesetzter Bedrohung in extrem rechten und rechtspopulistischen Publikationen

Seite B 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Christoph Dartmann (Hamburg): Tausend Jahre deutscher Geschichte? Vom Wert angeblicher nationaler Größe

Familiäre Wahrheiten und prekäres Wissen. Medien- und wissenshistorische Zugänge zu den europäischen Familienbüchern des Spätmittelalters

(Sektionsleitung: Marc von der Höh / Hanna Wichmann)

Marc von der Höh (Rostock): Familiäre Wahrheiten und prekäres Wissen. Zur Einleitung

Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Wessen Fakten? Dienten die Augsburger Ehrenbücher der familiären Statusrepräsentation?

Hanna Wichmann (Rostock): Fragile Erinnerungen. Die Konstruktion von Wahrheiten am Beispiel der Florentiner Familienbücher

Marco Tomaszewski (Freiburg): Inszeniertes Wissen. Familienbücher, mediale Praktiken und soziale Ungleichheiten

Lisa Kaborycha (Prato): Florentine Zibaldoni: Edifying Facts and Fictions in Renaissance Family Books

Kontakt

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertags

Geschäftsführung: PD Dr. Thomas Urban

Team: Jan Robin Hengfoss, Charlotte Hoff, Stefanie Stolle, Amira Tanabene, Melanie Weinreich

Ehemaliger Mitarbeitender: Milan Spindler

E-Mail: leipzig@historikertag.de

Postadresse:

Geisteswissenschaftliches Zentrum

Historisches Seminar

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023

Beethovenstraße 15

D-04107 Leipzig

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Historikertag 2023: Mittelalterliche Geschichte. In: H-Soz-Kult, 27.06.2023,

www.hsozkult.de/event/id/event-137202.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Historikertag 2023: Frühe Neuzeit

Veranstalter Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD);
Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V. (VGD) (Universität
Leipzig) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04109 Leipzig

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Website

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Thomas Urban, Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023, Universität
Leipzig

Sektionen "Frühe Neuzeit" auf dem 54. Deutschen Historikertag "Fragile Fakten" vom 19.
bis 22. September 2023 in Leipzig.

Historikertag 2023: Frühe Neuzeit

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>.

Zur Anmeldung: <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/anmeldung/>.

Programm

Gerüchte, Geheimnisse, Falschnachrichten. Zur Evaluation politischer Informationen im 17. und 18. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Matthias Pohlig / Nadir Weber)

Nadine Amsler (Basel): Ein Hilferuf aus China? Rom und der Brief der letzten Kaiserin der
Ming-Dynastie

Susanne Friedrich (München): Von Rechenschaftspflichten und Geschäftsgeheimnissen.
Die Nachrichtenweitergabe der niederländischen Ostindienkompanie (VOC) an die
Generalstaaten im 17. Jahrhundert

Elisabeth Lobenwein (Rom): Politische Korrespondenz und die Kunst der Beurteilung von
Informationen. Kaiserliche Residenten an der Hohen Pforte (1664–1683)

Matthias Pohlig (Berlin): Unmöglich und notwendig. Die Informationsevaluation der
englischen Regierung im Spanischen Erbfolgekrieg und ihre Rahmenbedingungen

Nadir Weber (Luzern): Diskrete Nachforschungen. Geheime Räte und obrigkeitliches
Informationsmanagement in der Eidgenossenschaft um 1700

Fragile Neutralities. Practices of Maritime Trading as Neutrals during the Early Modern Period

(Sektionsleitung: Magnus Ressel / Lucas Haasis)

Anna Knutsson (Uppsala/Cambridge): Global peripheries: Transformative illegal trade in the High North, 1770–1820

Lucas Haasis (Oldenburg/London): Pushing the Boundaries of Maritime Neutrality: A Hamburg Merchant in colonial France 1743–1745

Leos Müller (Stockholm) / Margaret Hunt (Uppsala): The Fragile neutrality of Scandinavian flags in the Seven Years War

Magnus Ressel (Frankfurt am Main/Paris): "...il se fit d'excellentes opérations maritimes aux Iles françaises d'Amérique, à la traite etc." The Neutrality of the Austrian Netherlands from 1778–1783

Fragile Finanzen. Dynastien, Schulden und Krisenmanagerinnen in der Frühen Neuzeit

(Sektionsleitung: Charlotte Backerra)

Charlotte Backerra (Göttingen): Einführung

Cathleen Sarti (Oxford): Königinnen finanzieren Krieg. Innerdynastische Finanzen und ihre politischen Auswirkungen

Charlotte Backerra (Göttingen): Die landgräflich-hessischen Schuldensachen. Politische und dynastische Schulden und Finanzierungsstrategien in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts

Maike Schmidt (Leipzig): Das Dilemma der Mindermächtigen. Die reichsgräfliche Familie von der Leyen zwischen Ausgabenzwang, Vermögenserhalt und Unternehmertum nach 1775

Florian Andretsch (Wien): Strafe oder Rettungsaktion? Der staatliche und familiäre Umgang mit der Insolvenz eines niederösterreichischen Adelshauses am Vorabend des Reformzeitalters

Veronika Hyden-Hanscho (Wien): Fallieren und Sanieren. Frauen, Familienstrategien und Fideikomnisse im Habsburgischen Adel an der Wende zum 19. Jahrhundert

Transnationale Verflechtungen in der polnisch-litauisch-sächsischen Union. Ein Neuansatz zur Erforschung der Geschichte Ostmitteleuropas im 18. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Andreas Rutz / Joachim Schneider; Andreas Rutz (Dresden): Moderation)

Teil I: Podiumsdiskussion: Die Erforschung der Union in Polen, Litauen und Deutschland. Forschungsstand und vergleichende Perspektiven mit:

- Jacek Kordel (Warschau)
- Mindaugas Šapoka (Vilnius)
- Filip Emanuel Schuffert (Regensburg)

Teil II: Polnisch-litauisch-sächsische Verflechtungen im 18. Jahrhundert:

Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen): Höfische, adlige und wirtschaftliche Netzwerke. Quellengrundlagen und erste Ergebnisse

Marta Kuc-Czerep (Warschau): Die Kommunikation zwischen Dresden und Warschau als Basis für den Wissens- und Ideentransfer

Anna Ziemlewska (Warschau): Orden vom Weißen Adler, Porzellantasse und Kontusz. Objekte als Symbole für transnationale Verflechtungen

Joachim Schneider (Dresden): Leitung Teil III: Schlussdiskussion

Skalierungen von Mobilitäten im Zeitalter von Kutsche, Karavane und Segel
(Sektionsleitung: Sarah Lentz / Dženita Karić / Philip Hahn)

Sarah Lentz (Bremen): Early Modern Stagecoaches as Social Sites in Motion

Tobias P. Graf (Berlin): Scales of Migration and Self-Fashioning: Arabian Princes in Eighteenth-Century Europe

Dženita Karić (Berlin): Scales of Devotion: From the Global Pilgrimage to the Local Habitus

Philip Hahn (Saarbrücken): The Village, the Workshop, and the Ship: Scaling Relations of Global Work Migrants

Pascal Firges (Bielefeld): Vertical Scales of Migration: Transcontinental Work Migration as a Middle Path between Journeyman Years and Grand Tour?

Wissen – Fakten – Praktiken: Frühneuzeitliche Perspektiven und methodische Reflexionen

(Sektionsleitung: Cornelia Aust / Caroline Arni)

Cornelia Aust (Bielefeld) / Caroline Arni (Basel): Einführung

Malte Wittmaack (Bielefeld): Reisen – Wissen und Vergleichen

Muriel Gonzalez Athenas (Innsbruck): Techniken der Herstellung Europas: Kartographie zum Ende der Frühen Neuzeit

Cornelia Aust (Bielefeld): mit der Juden aigen geschrift unnd Bücher bezeugt. Praktiken der Wissensproduktion bei frühneuzeitlichen Hebraisten

Damien Tricoire (Trier): Das Gute und das Wahre – Wissen und teleologisches Weltbild der Aufklärung

Martin Biersack (München): Statistik, Recht und Interessen. Die Generierung und Legitimierung ökonomischen Wissens im spanischen Kolonialreich um 1800

Das Wissen der Anderen. Außereuropäische Akteure und Wissensspeicher im Europa der Frühen Neuzeit

(Sektionsleitung: Jan Simon Karstens / Gauri Parasher)

Seite B 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Jan Simon Karstens (Trier): Das Wissen Indigener Amerikas im Kontext kolonialer Projekte in England und Frankreich (c. 1500–1620)

Adrian Masters (Trier): Fragile Categories, Useful Resources: The Indigenous Co-Creation of the "Mestizo" in Spanish Mexico, 1542–1598

Gauri Parasher (Trier): Who Owns the Translation? The French Translation of the Bhagavatam and the Question of Ownership (1769–1795)

Irina Saladin (Koblenz): Ohne Worte. Nonverbale Kommunikation und die Produktion fragiler Fakten in Neuspanien (1602)

Kontakt

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertags

Geschäftsführung: PD Dr. Thomas Urban

Team: Jan Robin Hengfoss, Charlotte Hoff, Stefanie Stolle, Amira Tanabene, Melanie Weinreich

Ehemaliger Mitarbeitender: Milan Spindler

E-Mail: leipzig@historikertag.de

Postadresse:

Geisteswissenschaftliches Zentrum

Historisches Seminar

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023

Beethovenstraße 15

D-04107 Leipzig

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Historikertag 2023: Frühe Neuzeit. In: H-Soz-Kult, 28.06.2023,

www.hsozkult.de/event/id/event-137204.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Historikertag 2023: Neuere und Neueste Geschichte

Veranstalter Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD);
Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V. (VGD) (Universität
Leipzig) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04109 Leipzig

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Website

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Thomas Urban, Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023, Universität Leipzig

Sektionen "Neuere und Neueste Geschichte" auf dem 54. Deutschen Historikertag "Fragile Fakten" vom 19. bis 22. September 2023 in Leipzig.

Historikertag 2023: Neuere und Neueste Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>.

Zur Anmeldung: <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/anmeldung/>.

Programm

Fragile Klänge, fragile Humanitäten: Visionen musikalischer Humanität in der transatlantischen Welt seit dem Zweiten Weltkrieg

(Sektionsleitung: Jessica Gienow-Hecht / Tobias Hof / Esteban Buch; Brandon Keith Brown (Berlin): Moderation)

Jessica Gienow-Hecht (Berlin): Ode to What? The Human Rights Concerts at the United Nations Since 1949

Anais Fléchet (Paris): Yehudi Menuhin at UNESCO: Music and Human Rights, 1960s–1980s

Esteban Buch (Paris): On the fragility of musical meaning: Mahler's Fifth and the Argentine Dictatorship (1980)

Tobias Hof (Toronto): We are the World: Constructing Competing Visions of Humanity in 1980s Charity Songs / "We are the World": Die Konstruktion konkurrierender Visionen von Menschlichkeit in Benefizliedern der 1980er-Jahre

Frederick John Packer (Ottawa): Comment

Umstrittene Bronzen, gegenderte Technik, (im)materielle Musik. Quellen musealer Wissensproduktion und ihr Potential für die Geschichtswissenschaft

(Sektionsleitung: Sophie Kühnlenz / Elias Nüse)

Jamie Dau (Hamburg): Provenienzforschung und der Weg zur Rückgabe: Die Benin-Bronzen

Sophie Gerber (Wien) / Sophie Kühnlenz (Erfurt): Vom Sammeln, Suchen und Sichten. Perspektiven auf Technik und Geschlecht im Museum

Richard Legay (Freiburg): Comparing the restitution of cultural heritage in France and in Germany

Seite B 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Elias Nüse (Köln): Das ravende Museum – Museale (Re)Präsentationen elektronischer Musik

Das Ende des Originals? Quellenkritik genuin elektronischer „Quellen“ in Archiven sowie in der historischen Forschung und Lehre

(Sektionsleitung: Andreas Fickers / Andrea Wettmann / Bettina Joergens)

Bettina Joergens (Duisburg): Einführung

Bastian Gillner (Duisburg): Obskure Praktiken. Die Entstehung genuin elektronischen Verwaltungsschriftguts als quellenkundliche Herausforderung

Christine Friederich (Dresden): Fluide Archivalien? Die Variabilität von born digitals in Archivierungsprozessen und das Vetorecht der Quellen

Valérie Schafer (Luxemborg): Don't try to be original! Web archives as "reborn digital sources"

Andreas Fickers (Luxembourg): Historische Datenkritik als Kernbestandteil der digitalen Hermeneutik erlernen – das Beispiel Ranke 2.0

Kiran-Klaus Patel (München): Kommentar

Christian Keitel (Stuttgart): Kommentar

Fragile Fakten oder faktische Fragilität? Deutsche Entschädigungen nach 1945 in Theorie und Praxis

(Sektionsleitung: Daniel Siemens / Iris Nachum)

Constantin Goschler (Bochum): Die Epistemologie der Restitution: Verbrechen, Justiz und Wahrheit in der deutschen Wiedergutmachung

Sheer Ganor (Minnesota): In Validation of Their Pasts: Assembling Facts and Making Memory in Reparations Claims

Anna Corsten (Jena): Deutsche Bürokratie, nationalsozialistische Vergangenheit und brüchige Fakten: Restitutionsfälle des Vermögens des Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg

Iris Nachum (Jerusalem): Ein Netz aus Lügen? Entschädigungsanträge von vertriebenen „Ariseuren“

Daniel Siemens (Newcastle): Historische Gerechtigkeit auf dem Rechtsweg? Die Zeitschrift „Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht“ (1949–1981) und ihr Einfluss auf die deutsche Wiedergutmachung

Afroglobale Geschichte der Gegenwart (Beiträge zur Theorie der Globalgeschichte)

(Sektionsleitung: Joël Glasman / Cassandra Mark-Thiesen)

Joël Glasman (Bayreuth): Einführung: Was heißt „Afroglobale Geschichtsschreibung“?

Robert Heinze (Paris): Globalgeschichte, aus der Peripherie geschrieben: Samir Amin und der Begriff des Eurozentrismus

Seite B 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Katharina Oke (Graz): Global history of Information Infrastructures in Lagos

Sarah Bellows-Blakely (Berlin): Erasures, Silencing, and Frictions in Afroglobal Histories

Yacouba Banhoro (Ouagadougou): Politische Krisen in der ECOWAS und Globalisierung

An den Rändern des Erfolgs – Segregierte Geschichten der (frühen) Bundesrepublik (Sektionsleitung: Stefanie Schüler-Springorum / Maria Alexopoulou)

Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Einführung

Anna Junge (Berlin): Unerwartete Nachbarschaft. Jüdisch-nichtjüdisches Wiedersehen im ländlichen Nachkrieg

Dominik Rigoll (Potsdam): Die verdrängte Linke. Zur Segregation von Nazigeegnern aus Staat und Geschichte der Bundesrepublik

Julia Noah Munier (Stuttgart): Anders als die Andern? Homo- und bisexuelle Männer in Baden-Württemberg in den 1950er- und 1960er-Jahre

Maria Alexopoulou (Berlin): Alte und neue Andere der Deutschen in der Passagezeit

Neue Zeiten, andere Ordnungen. Zur Neuordnung der Vergangenheit in politischen Umbrüchen

(Sektionsleitung: Christian Dietrich)

Christian Dietrich (Halle-Wittenberg/Frankfurt an der Oder): Kontinuitätsversprechen als Herrschaftslegitimation. Geschichte als Gegenstand symbolischer (Neu)Ordnung

Claudia Kraft (Wien): Rechtskulturen im Herzogtum Warschau (1807–1815): Der Code Civil als transformative Ressource

Sebastian Elsbach (Jena): Die „Repolonisierung“ Großpolens. Geschichtsbilder als Mittel des Herrschaftsaufbaus in der ehemaligen preußischen Provinz Posen (1918/1919)

Markus Nesselrodt (Frankfurt an der Oder): Plötzlich preußisch: Die symbolische Aneignung der fremden Stadt Warschau (1795–1806)

Stephan Stach (Leipzig): Angetaute Erinnerung: Repräsentationen des Holocaust im ostmitteleuropäischen Poststalinismus

Sinnliche „Fakten“? Die Fragilität von Umweltwissen in der Moderne

(Sektionsleitung: Karolin Wetjen / Regina Thumser-Wöhs; Hubertus Büschel (Kassel): Moderation)

Maria Heidegger (Innsbruck): Verweht und verwirrt. Der Föhn und die Psychiatrie des 19. Jahrhunderts

Richard Hölzl (Göttingen): Der Klang der Axt. Emotion und Moralisierung von „Nachhaltigkeit“ im 19. Jahrhundert

Wilko Graf von Hardenburg (Berlin): Natur hören. Zur Rolle des Auditiven in der Entwicklung von Naturschutzdiskursen, 1850–1950

Seite B 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Karolin Wetjen (Kassel): Temperatur fühlen. Die Fragilität von Klimawissen im 20. Jahrhundert

Regina Thumser-Wöhs (Linz): Unsichtbares Gepäck. Sinnes- und Umweltwissen im Exil, 1933–1950

Unsichere Urgeschichte – fragiles Wissen und die Hervorbringung der Tiefenzeit (Sektionsleitung: Martin Deuerlein / Johannes Großmann / Mira Shah)

Johannes Großmann (Tübingen): Von Monstern und Menschen. Die (Re-)Konstruktion der Saurier im 19. und 20. Jahrhundert

Patrick Stoffel (Lüneburg): Ein „geologisches Bild“ vom Urmenschen (1845–1868)

Mira Shah (Frankfurt am Main): Ambivalente Analogien. Imaginationen der Pfahlbau-Steinzeit zwischen der Schweiz und Neuguinea

Martin Deuerlein (Tübingen): Legitimation aus der Tiefenzeit: Nordamerikas Indigene und der Streit um den prähistorischen Overkill

Brigitte Röder (Basel): Harte Steine – harte Fakten? Urgeschichtliche Quellen als Projektionsfläche

Kontinent mit/ohne Grenzen. Mobilitäten und Europäisierung, 1920er- bis 2000er-Jahre

(Sektionsleitung: Patricia Hertel / Nikolaos Papadogiannis)

Andreas Guidi (Paris): The Interwar European Drug Trade: Transgressive Mobilities, Mediterranean/Orientalist Imaginaries, and National Anxieties

Sarah Frenking (Erfurt/Berlin): Policing “White Slaves”. “Deviant Mobilities” between France, Germany, and North Africa, 1920s–1960s

Patricia Hertel (Berlin): Air Travel and European Business Mobility, 1930s–1970s

Nikolaos Papadogiannis (Stirling): Cross-border mobility, bicultural married couples and shifting mappings of “Europe” in Greece in the 1980s

Sasha D. Pack (Buffalo): Development or Democracy: Confronting European Tourism in Minorca, 1968–1990

James Koranyi (Durham): A New Centre: Romanian Germans as Migrants and Bridge-Builders in the Late-Twentieth Century Europe

„Volkstypen“ im Spannungsfeld von Kolonialismen und Nationalismen im 19. und 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Sarah Albiez-Wieck / Martin Rohde)

Caroline Bräuer (Köln): Typenfotografie – mediales System im kolonialen Kontext

Maren Röger (Leipzig): Volkstypen als populärkulturelle Waren um 1900: Komparative Perspektiven auf Postkarteninszenierungen im östlichen Europa

Seite B 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Sarah Albiez-Wieck (Münster): Mestiz@s (Post)kolonial. Rassifizierte Typenfotografie des frühen 20. Jahrhunderts aus Mexiko und den Philippinen

Martin Rohde (Prag): „Typen“ des Grenzraums. Huzulenfotografien in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, 1919–1939

Alba Valenciano Mañé (Madrid): Folklorism, “types” and “customs”: Legacies of Francoist colonialism in Equatorial Guinea

Erinnerungen und Algorithmen. Oral History im digitalen Wandel

(Sektionsleitung: Almut Leh / Cord Pagenstecher)

Herdis Kley (Berlin) / Cord Pagenstecher (Berlin): Oral-History.Digital. Eine Erschließungs- und Rechercheplattform für audiovisuell aufgezeichnete narrative Interviews

Katrin Moeller (Halle-Wittenberg) / Christina von Hodenberg (London): Fragile Daten und Ergebnisse? Ein Praxistest von Datenaufbereitung, Spracherkennung und digitalen Techniken zur fragestellungsbezogenen Analyse von Interviews

Stephen Naron (Yale): Critical Editions: A Promising New Form of Digital Scholarship Based on Testimony

Iryna Kashtalyan (Bremen/Hamburg): Oral History unter der Diktatur. Ethische und rechtliche Herausforderungen der Belarus-Forschung

Philipp Bayerschmidt (Erlangen) / Dennis Möbus (Hagen): Quantität und Qualität – Natural Language Processing in der Oral History

Raub und Holocaust in Europa. Akteure, Motive und Nachgeschichte

(Sektionsleitung: Sybille Steinbacher)

Veronika Duma (Frankfurt am Main): Die Sprache des Raubs. Wie die kollaborierenden Länder um das Raubgut konkurrierten

Agnieszka W. Wierzcholska (Berlin): Wie Nachbarn stahlen. Eine mikrohistorische Studie zur Plünderung jüdischen Eigentums durch die Einheimischen im besetzten Polen

Magdalena Waligorska (Berlin): The second Life of Jewish Belongings. Jewish personal Objects and their Afterlives in the Belarusian post-Holocaust Shtetls

Borbála Klacsmann (Budapest): Restitution in Hungary. Experiences of Holocaust Survivors after their Return Home

Markus Roth (Frankfurt am Main): Schwieriges Erbe – Raub und Restitution in der polnischen Debatte seit 1989/90

„Demokratie macht Arbeit – macht Arbeit Demokratie?“

(Sektionsleitung: Knud Andresen / Mareen Heying / Sebastian Voigt)

Anna Strommenger (Bielefeld): Sozialistische „Heimat“ als demokratische Idee? Zwischen Exklusionserfahrung, Integrationsversprechen und der Sehnsucht nach unproblematischer Identität vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

Seite B 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Sean Forner (Michigan): Managertum, Mitbestimmung und Demokratie. Das Arbeiterbild des Intellektuellen im Westdeutschland der 1950er-Jahre

Jörg Neuheiser (San Diego): Der Betrieb als Schule der Demokratie? Soziale Praktiken von „Mitbestimmung“ in Ost- und Westdeutschland und ihre Bedeutung für das gesellschaftliche Verständnis von „Demokratie“

Anne Kremer (Mannheim): Teilhabe ungeachtet des Geschlechts? Gleichberechtigungsvorstellungen der sich vereinigenden Industriegewerkschaft Metall in den 1990er-Jahren

Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen): Demokratie trotz Kapitalismus: Aktuelle Herausforderungen für (deutsche) Gewerkschaften im Umgang mit einem strukturellen Spannungsverhältnis

Geschichte(n) und Erinnerungen des Globalen Südens: Von der Erfindung der „Dritten Welt“ zu Debatten des 21. Jahrhunderts bezüglich postkolonialer Regelungen und historischen Reparationsfragen
(Sektionsleitung: Diana M. Natermann)

Eugenia Palieraki (Paris): The “Third World”: the Global Trajectory of a French-born Concept

Natália Schmiedecke (Hamburg): Oppressed, Resistant and Revolutionary: the Third World as Designed on the OSPAAAL Posters

Khalil Dahbi (Hamburg) / Thiago Prates (Hamburg): Global Revolutionary Struggles and the Radical Left: Crossregional Perspectives on Maghrebi and Latin American Discourses (1960–1970s)

Eckart Woertz (Hamburg): The Iraq War as a War over the Meaning of Europe

Diana M. Natermann (Hamburg): Colonial Visual Sources and their Long-term Effects on the Visualisation of the African Other

Fabiola Arellano Cruz (Köln): The “RJM-Reloaded” or How to (Re)Present Other Worldviews, Knowledge and Perspectives in an Ethnological Museum

Fragile Akten? Herausforderungen von (digitaler) Überlieferungsbildung und Faktizität
(Sektionsleitung: Anja Kruke / Ewald Grothe)

Anja Kruke (Bonn): Einführung: Herausforderungen von (digitaler) Überlieferungsbildung und Faktizität

Ewald Grothe (Gummersbach/Wuppertal): Fakten oder Fakes? Fälschung und Verfälschung bei analogen und digitalen Quellen

Peter Worm (Münster): Archive und ihr Umgang mit elektronischer Überlieferung: digitale Demenz verhindern und aussagekräftige Quellen sichern

Andreas Marquet (Bonn): Von digitalen Objekten zu Archivgut: „Uneindeutigkeit“ in der digitalen Überlieferungsbildung

Seite B 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Marcus Feldbrügge (Münster): Über die Immersion und ihr geschichtswissenschaftliches Erkenntnispotenzial

Malte Thießen (Münster): Die Geschichte des 21. Jahrhunderts schreiben lernen: Welche digitale Überlieferung braucht zeithistorische Forschung?

Nachrichten aus der „anderen“ Welt: Auslandskorrespondenten in der Zwischenkriegszeit und im Kalten Krieg, 1922–1991

(Sektionsleitung: Kirsten Bönker / Jörn Happel; Jan-Hinnerk Antons (Hamburg): Moderation)

Caroline Breiffelder (Hamburg): Memoiren, Meinungen, Macht: Auslandskorrespondenten. Paul Scheffer

Jörn Happel (Hamburg): Den Osten inszenieren. Fotoberichte aus der Sowjetunion der 1930er-Jahre

Sune Bechmann Pedersen (Stockholm): Übertreib das Ganze doch nicht, wir sind hier doch nicht im Krieg

Kirsten Bönker (Köln): Brückenbauer und Informationskrieger: Journalistische Deutungskämpfe im Kalten Krieg

Fakten zwischen historischer Forschung und Vergangenheitsaufarbeitung: „Commissioned history“ und Wissensproduktion für die und mit der Öffentlichkeit

(Sektionsleitung: Stephan Scheuzger / Annette Weinke)

Stephan Scheuzger (Gamprin-Bendern / Zürich): Denen eine Stimme geben, die keine Stimme gehabt haben? Die Bedeutung von Zeugnissen in der Produktion und Präsentation von Wissen über die Vergangenheit durch Wahrheitskommissionen

Annette Weinke (Jena): Doing History, Performing Authenticity: Die Rolle von Aktivisten-Historikern und Opferzeugen in den Bundestagskommissionen zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur (1992–1998)

Loretta Seglias (Wädenswil): In Zusammenarbeit mit den Betroffenen? – Die Arbeit der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgung in der Schweiz (2014–2019)

Klaus Große Kracht (Hamburg): Historische Aufarbeitung zwischen wissenschaftlichen Ansprüchen und öffentlicher Erwartung. Die fragile Faktizität des sexuellen Kindesmissbrauchs in der katholischen Kirche

Sonja Matter (Bern/Fribourg): Kommentar

Qualifikationen (er)messen. Arbeit und Bildung im 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Franziska Rehlinghaus / Benno Nietzel)

Till Kössler (Halle-Wittenberg): Die Vermessung von Eignung. Pädagogisch-politische Debatten zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik

Olga Sparschuh (München): Ein System zur Messung ausländischer Qualifikationen im 20. Jahrhundert? Die Gründung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen 1905

Seite B 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Franziska Rehlinghaus (Göttingen): Bildung als Haushalt und Investition. Wachstumsversprechen und Fehlprognosen der OECD-Bildungsökonomie in den 1960er-Jahren

Jan Kellershohn (Halle): Persönlichkeit und Begabung. Berufsbildung im Bergbau der DDR und der Bundesrepublik (1960er- und 1970er-Jahre)

Benno Nietzel (Frankfurt an der Oder/Bielefeld): Was können die Ostdeutschen? Die Diskussion um berufliche Weiterbildung in den ostdeutschen Ländern in den 1990er-Jahren

Deutscher Imperialismus revisited: Neue empirische Zugänge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des deutschen Kolonialismus

(Sektionsleitung: Kim Sebastian Todzi / Nina Kleinöder)

Minu Haschemi Yekani (Berlin): Can we think about “colonial labour” without the concept of racism?

Nina Kleinöder (Bamberg): Construction Firms as Transcolonial Actors. The Case of German Colonial Railway Building (ca. 1890–1915)

Walter Nkwi Gam (Leiden): Technologies of Labour. Mobility during the Mandate in Cameroon Province: 1924–1945: German Capitalism in British Southern Cameroons and its Durability

Tristan Oestermann (Berlin): A Colony of Opportunity: African Entrepreneurs and Capitalism in Cameroon under German Rule

Charles Tchoula (Marburg): Economic transformations in the post-colonial phase: An analysis of the economic relationship between Germany and Cameroon (1962–1999)

Kim Sebastian Todzi (Hamburg): From Trading to Logistics: The Woermann Company and German Colonial Rule in the Imperial Globalisation

Revolutionäre Währungen: Neues Geld und Neue Staaten in der frühen Zwischenkriegszeit

(Sektionsleitung: Johannes Gleixner / Sebastian Teupe)

Johannes Gleixner (München) / Sebastian Teupe (Bayreuth): Revolutionary Currencies of the 1920s: A short introduction

Sebastian Teupe (Bayreuth): The German Inflation in (Eastern) European Perspective

Mischa Suter (Genf): Paper Values and Currency Transition: the Afterlife of German Colonial Currency in Tanzania, 1914–1925

Max Trecker (Leipzig): Monetary Crisis and Stabilisation in Hungary (1918–1927)

Thea Don-Siemion (Cambridge): The Currency as a Weapon of War: The Polish Hyperinflation of 1918–1924 and the Difficulties of Peacemaking in Central Europe

Johannes Gleixner (München): The Successful Failure of Deflationary Politics in Czechoslovakia

Seite B 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Sozialfiguren – eine gesellschaftliche Erscheinungsform zwischen Faktizität und Fiktion im 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Maren Möhring / Annelie Ramsbrock)

Annelie Ramsbrock (Greifswald): Der Süchtige. Zur sozialen Kartografie einer globalen Figur

Detlef Siegfried (Kopenhagen): Der Mitläufer. Ambivalenzen des Konformismus

Svenja Goltermann (Zürich): Opfer. Zum historischen Wandel einer prekären Figur

Laura Haßler (Potsdam): Die Vorzeigefrau. Frauen in rechtsnationalistischen Organisationen der Bundesrepublik zwischen Agency und Instrumentalisierung

Jan Müggenburg (Lüneburg): Der Pflegefall. Zur medientechnologischen Konstruktion einer Sozialfigur

Above and Below: Räume, Infrastrukturen und die soziale Ordnung der Moderne

(Sektionsleitung: Silvia Berger Ziauddin / Jan Hansen; Silvia Berger Ziauddin (Bern): Moderation)

Jan Hansen (Berlin): Die durstige Stadt. Soziales Handeln, Infrastruktur und Raum in Los Angeles (1850–1900)

Birte Förster (Bielefeld): Betonierte Fakten? Koloniale Verräumlichungsprozesse und Wasserinfrastrukturen in Französisch Kamerun

Ute Hasenöhl (Innsbruck): Gestaltung und Räumlichkeit kolonialer Infrastrukturen: Energie und Beleuchtung in der britischen Gold Coast Colony (1890er- bis 1940er-Jahre)

Simone M. Müller (Augsburg): Die Straße und „das Böse“ aus dem Untergrund – eine historische Betrachtung der Vertikale

Kai Nowak (Halle/Leipzig): Der demokratische Staatsbürger hinterm Steuer. Verkehrserziehung in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975

Fragiler Rahmen: Jüdische Initiativen der Dokumentation und Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen in der Sowjetunion

(Sektionsleitung: Elisabeth Gallas / Jakob Stürmann)

Claudia Weber (Frankfurt an der Oder): Thematische Einführung und Moderation

Jakob Stürmann (Leipzig): Ein Moment jüdischer Einigkeit? Die Welttournee des Jüdischen Antifaschistischen Komitees 1943

Elisabeth Gallas (Leipzig): Dokumentation und Anklageschrift – Das transnationale Black Book: The Nazi Crime against the Jewish People 1946

Wolfgang Schneider (Heidelberg): Zwischen Anerkennung und Instrumentalisierung – Sowjetische Kollaborationsprozesse gegen jüdische Ghettofunktionäre 1944–1949

Unsicherheit und Handlungsmacht: Gerüchte als historische Ereignisse in Europa und Nordamerika

(Sektionsleitung: Sebastian Jobs / Carolin Mezger)

Felix Berge (Berlin / München): Funktionen und Folgen der „Gerüchtemacherei“ in der nationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft im Zweiten Weltkrieg

Katrin Horn (Bayreuth): Said to be – Schreiben über Gerüchte, Vorurteile und Vorwürfe

Olaf Stieglitz (Leipzig): Bettgeflüster – Sexuelle Gerüchte und ihre produktive Rolle für eine Kulturgeschichte der USA nach 1945

Industriell gefertigte Fakten? Wissens- und Evidenzfragen in den Energie- und Umweltdiskussionen der 1970er- und 1980er-Jahre

(Sektionsleitung: Stefan Esselborn / Odinn Melsted)

Stefan Esselborn (München): Wahrscheinlich sicher. Die Atomindustrie und Risikowissen als Evidenzpraxis (1960er- bis 1980er-Jahre)

Odinn Melsted (Maastricht): Grenzen des erdölbasierten Wachstums? Ressourcen- und Klimawissen der internationalen Ölindustrie (1970er- bis 1980er-Jahre)

Sönke Hebing (Aachen): Recycling und Klima-Szenarien. Umweltdebatten im Spiegel der unternehmerischen Zukunftsforschung seit den 1980er-Jahren

Laura Kaiser (Potsdam): Kein Widerspruch zwischen Markt und Moral? Politikberatung und Debatten um ökonomische Instrumente zur Lösung des Umweltproblems in der Bundesrepublik (1970er-Jahre)

Elke Seefried (Aachen): Ökonomisierung des Wissens? Umwelt-Wissenschaft, Unternehmen und Politik seit den 1970er-Jahren

Wiedergutmachungsakten und Provenienzforschung: Stand und Perspektiven einer vielschichtigen Faktenfindung

(Sektionsleitung: Heike Krokowski / Emily Löffler; Meike Hopp (Berlin) / Sebastian Schlegel (Weimar): Moderation)

Melida Steinke (München): Optionen und Grenzen des Handelns – Jüdische Kunsthandlungen in München im Nationalsozialismus

Susanne Kiel (Bremerhaven) / Kathrin Kleibl (Bremerhaven): Lost lifts – Recherchen zur „Verwertung“ von Übersiedlungsgütern jüdischer Emigrant:innen durch den NS-Staat

Johannes Ibel (Bayreuth): Transformation der Wiedergutmachung: Zugänglichkeit zu Archivgut des Bundes zur Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts im Bundesarchiv

Emily Löffler (Leipzig): Fragile Faktenfindung – Potentiale und Grenzen der Nutzung von Wiedergutmachung für die Provenienzforschung

Der Körper und die Krise: Mediale (Re)konstruktion der „Spanischen Grippe“

(Sektionsleitung: Mike Schmeitzner / Susanne Schötz)

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hedwig Richter (München): Körper-Konzepte und Demokratisierung. Gesundheit und Emanzipation zwischen Monarchie und Republik

Matthäus Wehowski (Dresden): Zum „göttlichen Arzt im Himmel fliehen?“ – Der gesundheitspolitische Diskurs im Teschener Schlesien und Ostgalizien zur Zeit der Spanischen Grippe

Filip Bláha (Prag) / Josefine Lucke (Dresden): Kein Grund auf die Barrikaden zu gehen! – Die Spanische Grippe und die Entstehung der Tschechoslowakei 1918

Mike Schmeitzner (Dresden) / Hans-Martin Behrisch (Leipzig): Totengräber der Monarchie? Die Spanische Grippe in Sachsen: Diskurse und Proteste im Herbst 1918

Kontakt

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertags

Geschäftsführung: PD Dr. Thomas Urban

Team: Jan Robin Hengfoss, Charlotte Hoff, Stefanie Stolle, Amira Tanabene, Melanie Weinreich

E-Mail: leipzig@historikertag.de

Postadresse:

Geisteswissenschaftliches Zentrum

Historisches Seminar

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023

Beethovenstraße 15

D-04107 Leipzig

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Historikertag 2023: Neuere und Neueste Geschichte. In: H-Soz-Kult, 30.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137205.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Historikertag 2023: Zeitgeschichte

Historikertag 2023: Zeitgeschichte

Veranstalter Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. (VHD);
Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands e. V. (VGD) (Universität
Leipzig) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04109 Leipzig

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Website

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Thomas Urban, Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023, Universität
Leipzig

Sektionen "Zeitgeschichte" auf dem 54. Deutschen Historikertag "Fragile Fakten" vom 19.
bis 22. September 2023 in Leipzig.

Historikertag 2023: Zeitgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>.

Zur Anmeldung: <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/anmeldung/>.

Programm

Das Ende des Originals? Quellenkritik genuin elektronischer „Quellen“ in Archiven sowie in der historischen Forschung und Lehre

(Sektionsleitung: Andreas Fickers / Andrea Wettmann / Bettina Joergens)

Bettina Joergens (Duisburg): Einführung

Bastian Gillner (Duisburg): Obskure Praktiken. Die Entstehung genuin elektronischen
Verwaltungsschriftguts als quellenkundliche Herausforderung

Christine Friederich (Dresden): Fluide Archivalien? Die Variabilität von born digitals in
Archivierungsprozessen und das Vetorecht der Quellen

Valérie Schafer (Luxembourg): Don't try to be original! Web archives as „reborn digital
sources“

Andreas Fickers (Luxembourg): Historische Datenkritik als Kernbestandteil der digitalen
Hermeneutik erlernen – das Beispiel Ranke 2.0

Seite B 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kiran-Klaus Patel (München): Kommentar
Christian Keitel (Stuttgart): Kommentar

Fragile Fakten oder faktische Fragilität? Deutsche Entschädigungen nach 1945 in Theorie und Praxis

(Sektionsleitung: Daniel Siemens / Iris Nachum)

Constantin Goschler (Bochum): Die Epistemologie der Restitution: Verbrechen, Justiz und Wahrheit in der deutschen Wiedergutmachung

Sheer Ganor (Minnesota): In Validation of Their Pasts: Assembling Facts and Making Memory in Reparations Claims

Anna Corsten (Jena): Deutsche Bürokratie, nationalsozialistische Vergangenheit und brüchige Fakten: Restitutionsfälle des Vermögens des Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg

Iris Nachum (Jerusalem): Ein Netz aus Lügen? Entschädigungsanträge von vertriebenen „Ariseuren“

Daniel Siemens (Newcastle): Historische Gerechtigkeit auf dem Rechtsweg? Die Zeitschrift „Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht“ (1949–1981) und ihr Einfluss auf die deutsche Wiedergutmachung

An den Rändern des Erfolgs – Segregierte Geschichten der (frühen) Bundesrepublik

(Sektionsleitung: Stefanie Schüler-Springorum / Maria Alexopoulou)

Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Einführung

Anna Junge (Berlin): Unerwartete Nachbarschaft. Jüdisch-nichtjüdisches Wiedersehen im ländlichen Nachkrieg

Dominik Rigoll (Potsdam): Die verdrängte Linke. Zur Segregation von Nazigeegnern aus Staat und Geschichte der Bundesrepublik

Julia Noah Munier (Stuttgart): Anders als die Andern? Homo- und bisexuelle Männer in Baden-Württemberg in den 1950er- und 1960er-Jahre

Maria Alexopoulou (Berlin): Alte und neue Andere der Deutschen in der Passagezeit

Überleben und Arbeiten im Krieg: Die Situation der Historiker in der Ukraine

(Sektionsleitung: Julia Obertreis)

Julia Obertreis (Erlangen-Nürnberg): Moderation

Anna Kolomiitseva (Leipzig): Dolmetschen

Valentyna Shevchenko (Lviv)

Liudmyla Posokhova (Charkiw)

Volodymyr Potulnytskyi (Kiew)

Seite B 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ostmitteleuropäische Grenz-Gebiete in der Politik zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939 bis 1941: Fragile Lage, unterschiedliche Interessen, wechselnde Vergangenheitsbilder

(Sektionsleitung: Tanja Penter / Carola Tischler; Beate Fieseler (Düsseldorf): Einführung und Moderation)

Yuliya von Saal (München/Berlin): Die polnischen Kresy Wschodnie unter sowjetischer Besetzung 1939 bis 1941 und die Geschichtsschreibung und Erinnerung an die Besetzung der ostpolnischen Gebiete in Belarus

Carola Tischler (München/Berlin): Die ukrainische Frage in den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939 bis 1941

Kai Struve (Halle-Wittenberg): Die sowjetische Besetzung der Westukraine in der ukrainischen Geschichtsschreibung und Erinnerung

Mariana Hausleitner (Berlin): Bessarabien in den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939 bis 1941

Ottmar Trasca (Cluj-Naboca): Die sowjetische Annexion von Bessarabien in der rumänischen und moldauischen Geschichtsschreibung

Tanja Penter (Heidelberg): Kommentar

Sinnliche „Fakten“? Die Fragilität von Umweltwissen in der Moderne

(Sektionsleitung: Karolin Wetjen / Regina Thumser-Wöhs; Hubertus Büschel (Kassel): Moderation)

Maria Heidegger (Innsbruck): Verweht und verwirrt. Der Föhn und die Psychiatrie des 19. Jahrhunderts

Richard Hölzl (Göttingen): Der Klang der Axt. Emotion und Moralisierung von „Nachhaltigkeit“ im 19. Jahrhundert

Wilko Graf von Hardenburg (Berlin): Natur hören. Zur Rolle des Auditiven in der Entwicklung von Naturschutzdiskursen, 1850–1950

Karolin Wetjen (Kassel): Temperatur fühlen. Die Fragilität von Klimawissen im 20. Jahrhundert

Regina Thumser-Wöhs (Linz): Unsichtbares Gepäck. Sinnes- und Umweltwissen im Exil, 1933–1950

Politik und Preisniveau. Inflationen und wirtschaftspolitische Paradigmen im 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Christian Marx / Ralf Ahrens; Gisela Hürlimann (Dresden): Moderation)

Christian Marx (München) / Ralf Ahrens (Potsdam): Einführung

Roman Köster (München): Herren des Geldes? Die Inflationspolitik europäischer Zentralbanken während der 1920er-Jahre im Vergleich

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Christian Marx (München): Inflationsbekämpfung im Wiederaufbau. Zur Bedeutung historischer Inflationserfahrungen für die Geldpolitik der westdeutschen Zentralbank in den 1950er- und 1960er-Jahren

Ralf Ahrens (Potsdam): Die Angst vor der galoppierenden Inflation. Monetarismus, Geldmengensteuerung und Konjunktur in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre

Juliane Clegg (Potsdam): Zwischen Paradigma und Pragmatismus: Monetaristische Geldpolitik und Inflationsbekämpfung im Großbritannien der Ära Thatcher (1979–1990)

Laura Rischbieter: Gewünschte und unerwartete Unsicherheiten. Nationale Inflationsbekämpfung als Problem internationaler Wirtschaftspolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren

Unsichere Urgeschichte – fragiles Wissen und die Hervorbringung der Tiefenzeit (Sektionsleitung: Martin Deuerlein / Johannes Großmann / Mira Shah)

Johannes Großmann (Tübingen): Von Monstern und Menschen. Die (Re-)Konstruktion der Saurier im 19. und 20. Jahrhundert

Patrick Stoffel (Lüneburg): Ein „geologisches Bild“ vom Urmenschen (1845–1868)

Mira Shah (Frankfurt am Main): Ambivalente Analogien. Imaginationen der Pfahlbau-Steinzeit zwischen der Schweiz und Neuguinea

Martin Deuerlein (Tübingen): Legitimation aus der Tiefenzeit: Nordamerikas Indigene und der Streit um den prähistorischen Overkill

Brigitte Röder (Basel): Harte Steine – harte Fakten? Urgeschichtliche Quellen als Projektionsfläche

Der umstrittene Leviathan. Staatlichkeit und Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

(Sektionsleitung: Christoph Nübel)

Christoph Nübel (Potsdam): Staatlichkeit und Streitkräfte als Forschungsproblem

Thorsten Loch (Potsdam): Staatsverständnis der Generalität von Bundesrepublik und DDR

Beatrice de Graaf (Utrecht): Zwischen Polizeistaat und Panzerschlacht. Wechselseitige Wahrnehmungen von Militäreinsätzen im Innern in der niederländischen und westdeutschen Öffentlichkeit

Christoph Nübel (Potsdam): Staatsskepsis, Demokratisierungswelle, Revolution. Das Bundesministerium der Verteidigung und „1968“ in Europa

Holger Nehring (Stirling): Für eine andere Sicherheit: Frieden, Militär und Staatsvorstellungen in den britischen und bundesdeutschen Friedensbewegungen seit den 1950er-Jahren

Christine G. Krüger (Bonn): Die Bedeutung des Militärs in der Staatskritik westdeutscher und britischer Hausbesetzer

Seite B 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

„Multidirectional Memories“ im Konflikt – Akteure und Aushandlungen in vier erinnerungspolitischen Feldern

(Sektionsleitung: Juliane Brauer / Martin Lücke)

Elke Gryglewski (Celle): Erinnern an Nationalsozialismus und Shoah heute

Juliane Brauer (Wuppertal): DDR-Geschichte(n) kontrovers

Martin Lücke (Berlin): Queere Erinnerungen und die Emanzipation des Opferbegriffes

Lale Yildirim: Erinnerung zwischen „Ihr seid nicht das Volk“ & „Wir sind auch das Volk“

Sanktionsregime: Entstehung, Praktiken und Wirkungen seit 1945

(Sektionsleitung: Frank Bösch / Jan Eckel)

Frank Bösch (Potsdam): Begrüßung und Einführung

Jan Eckel (Freiburg): Angst vor Sanktionen. Menschenrechtliche Strafpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren

Frank Bösch (Potsdam): Die Pragmatiker: Bundesdeutsche Sanktionsbeteiligungen und -vermeidungen seit 1949

Jutta Braun (Potsdam): The Games must go on: Boykotte im internationalen Sport

Jeronim Perović (Zürich): Krisenresistenz. Sowjetische Reaktionen auf westliche Sanktionen im Rohstoffhandel

Mehr als Faktencheck! Historische Forschung von Schülern als geschichtskulturelles Kapital

(Sektionsleitung: Saskia Handro / Kirsten Pörschke)

Teil I: Einführung: Schülerforschungen als geschichtskulturelles Kapital! Anmoderation einer überfälligen Debatte

Saskia Handro (Münster)

Teil II: Panel mit Impulsvorträgen und Diskussionen

Dorothee Wierling (Hamburg) / Sebastian Barsch (Köln) / Christian Bunnenberg (Bochum):

Dorothee Wierling (Hamburg): Geschichte von unten - wie der Schülerwettbewerb die Geschichtswissenschaft verändert hat

Sebastian Barsch (Köln): Forschung zur geschichtskulturellen Teilhabe?

Geschichtsdidaktische Perspektive

Christian Bunnenberg (Bochum): Gegenwart und Zukunft des Geschichtswettbewerbs in einer Kultur der Digitalität. Perspektive der Public History

Teil III: Podiumsdiskussion Akteursperspektiven

Armin Himmelrath: Moderation

Philipp Erdmann (Münster)

Doris Limbach (Falkensee/Brandenburg)

Efecan Günes (Alfeld)

Kirsten Pörschke (Körper-Stiftung, Hamburg)

Seite B 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Teil IV: Resümee und Abmoderation

Saskia Handro (Münster) / Kirsten Pörschke (Körper-Stiftung, Hamburg)

Fragile Erinnerung. Soziale Medien und ihr Einfluss auf die Erinnerungskultur in Wissenschaft und Öffentlichkeit

(Sektionsleitung: Andreas Kötzing / Tobias Ebbrecht-Hartmann)

Andreas Kötzing (Dresden): Vom Diktatur- zum Arrangementgedächtnis? Partizipative Formen der DDR-Erinnerung auf Instagram

Tobias Ebbrecht-Hartmann (Jerusalem): 60 Sekunden Geschichte? Audiovisuelle Erinnerungspraktiken auf TikTok

Iris Groschek (Hamburg): Ist das noch historisch-politische Bildung? Digitale Kommunikation in der Öffentlichkeitsarbeit an Gedenkstätten zwischen Community-Building und erinnerungskulturellen Kampagnen.

Nora Hespers (Köln): Zwischen Geschichts-Doku und Histo-Soap. Das Instagram-Projekt @ichbinsophie Scholl und die Rolle der Geschichtswissenschaft

Leonie Schöler (Berlin): Zwischen Winnetou und #Baseballschläger-Jahre: Wie transformieren Algorithmen unseren Blick in die Geschichte?

Kontinent mit/ohne Grenzen. Mobilitäten und Europäisierung, 1920er- bis 2000er-Jahre

(Sektionsleitung: Patricia Hertel / Nikolaos Papadogiannis)

Andreas Guidi (Paris): The Interwar European Drug Trade: Transgressive Mobilities, Mediterranean/Orientalist Imaginaries, and National Anxieties

Sarah Frenking (Erfurt/Berlin): Policing "White Slaves". "Deviant Mobilities" between France, Germany, and North Africa, 1920s–1960s

Patricia Hertel (Berlin): Air Travel and European Business Mobility, 1930s–1970s

Nikolaos Papadogiannis (Stirling): Cross-border mobility, bicultural married couples and shifting mappings of "Europe" in Greece in the 1980s

Sasha D. Pack (Buffalo): Development or Democracy: Confronting European Tourism in Minorca, 1968–1990

James Koranyi (Durham): A New Centre: Romanian Germans as Migrants and Bridge-Builders in the Late-Twentieth Century Europe

Fragile Fakten verfügbar machen: Die „Wismut“ – multidisziplinäre Forschung über den Uranbergbau und dessen Folgen (1947–2020)

(Sektionsleitung: Sebastian Lentz / Silvio Dittrich / Franziska Naether)

Franziska Naether (Leipzig): Einführung

Sandra Dahlke: Moderation

Rainer Karlsch (Berlin/München): Die Wismut im internationalen Vergleich

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Andreas Hochhaus (Jena): Medizinische Aspekte des Wismut-Erbes

Carsten Drebenstedt (Freiberg): Wissenstransfer von Bergbau-Folgelandschaften: Vom Sanierungsfall zum Vorbild?

Sabine Loewe-Hannatzsch (Freiberg): Umweltpolitik, Umweltprobleme und Sanierung im Uranerzbergbau der SAG/SDAG Wismut 1946–1949 – Ergebnisse, Fragen und Ausblick

Silvio Dittrich (Leipzig): Forschen, Bewahren & Vermitteln – das Wismut-Erbe als (Denk-)Anstoß multidisziplinärer Forschung: Ein Werkstattbericht

Stefanie Stolle (Leipzig): Diskussionseinführung

Matthias Lindner (Chemnitz): Moderation

Anija Seedler (Leipzig) / Werner Petzold (Berlin) / Marcus Andrew Hurrting (Leipzig) / Annette Müller-Spreitz (Leipzig): Diskutanten

„Volkstypen“ im Spannungsfeld von Kolonialismen und Nationalismen im 19. und 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Sarah Albiez-Wieck / Martin Rohde)

Caroline Bräuer (Köln): Typenfotografie – mediales System im kolonialen Kontext

Maren Röger (Leipzig): Volkstypen als populärkulturelle Waren um 1900: Komparative Perspektiven auf Postkarteninszenierungen im östlichen Europa

Sarah Albiez-Wieck (Münster): Mestiz@s (Post)kolonial. Rassifizierte Typenfotografie des frühen 20. Jahrhunderts aus Mexiko und den Philippinen

Martin Rohde (Prag): „Typen“ des Grenzraums. Huzulenfotografien in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, 1919–1939

Alba Valenciano Mañé (Madrid): Folklorism, types“ and „customs“: Legacies of Francoist colonialism in Equatorial Guinea

Missbrauch als Thema der Zeitgeschichte – Perspektiven und Herausforderungen

(Sektionsleitung: Frank Kleinhagenbrock / Nicole Priesching / Jürgen Schmiesing)

Nicole Priesching (Paderborn): Begrüßung/Einleitung

Christine Hartig (Paderborn): Oral History und „Aufarbeitung“. Intentionen und Herausforderungen für Interviewende und Interviewte

Uwe Kaminsky (Berlin): Heimerziehung als Missbrauchsraum. Oral History und Aktenanalysen an Beispielen aus diakonischen Einrichtungen

Katharina Kracht (Bremen): Kommentar

Monika Dommann (Zürich) / Marietta Meier (Zürich): Pilotstudie „Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche der Schweiz“. Methodische und geschichtspolitische Überlegungen

Seite B 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Thomas Großbölting (Hamburg): Von „guten Hirten“, missbrauchenden Klerikern und sexualisierter Gewalt. Macht und Deutungsmacht als Vexierbild im öffentlichen Diskurs

Michelle Böhlke (Osnabrück): Kommentar

Susanne Rappe-Weber (Ludwigstein): Pädagogischer Eros als Rechtfertigung für sexualisierte Gewalt in Jugendbewegung und Reformpädagogik?

Jürgen Schmiesing (Osnabrück): Sexualisierte Gewalt als Gegenstand historischer Forschung

Karl Haucke (Köln): Kommentar

Frank Kleinhagenbrock (Bonn): Resümee

Erinnerungen und Algorithmen. Oral History im digitalen Wandel

(Sektionsleitung: Almut Leh / Cord Pagenstecher)

Herdis Kley (Berlin) / Cord Pagenstecher (Berlin): Oral-History.Digital. Eine Erschließungs- und Rechercheplattform für audiovisuell aufgezeichnete narrative Interviews

Katrin Moeller (Halle-Wittenberg) / Christina von Hodenberg (London): Fragile Daten und Ergebnisse? Ein Praxistest von Datenaufbereitung, Spracherkennung und digitalen Techniken zur fragestellungsbezogenen Analyse von Interviews

Stephen Naron (Yale): Critical Editions: A Promising New Form of Digital Scholarship Based on Testimony

Iryna Kashtalyan (Bremen/Hamburg): Oral History unter der Diktatur. Ethische und rechtliche Herausforderungen der Belarus-Forschung

Philipp Bayerschmidt (Erlangen) / Dennis Möbus (Hagen): Quantität und Qualität - Natural Language Processing in der Oral History

Raub und Holocaust in Europa. Akteure, Motive und Nachgeschichte

(Sektionsleitung: Sybille Steinbacher)

Veronika Duma (Frankfurt am Main): Die Sprache des Raubs. Wie die kollaborierenden Länder um das Raubgut konkurrierten

Agnieszka W. Wierzcholska (Berlin): Wie Nachbarn stahlen. Eine mikrohistorische Studie zur Plünderung jüdischen Eigentums durch die Einheimischen im besetzten Polen

Magdalena Waligorska (Berlin): The second Life of Jewish Belongings. Jewish personal Objects and their Afterlives in the Belarusian post-Holocaust Shtetls

Borbála Klacsmann (Budapest): Restitution in Hungary. Experiences of Holocaust Survivors after their Return Home

Markus Roth (Frankfurt am Main): Schwieriges Erbe – Raub und Restitution in der polnischen Debatte seit 1989/90

„Demokratie macht Arbeit – macht Arbeit Demokratie?“

(Sektionsleitung: Knud Andresen / Mareen Heying / Sebastian Voigt)

Anna Strommenger (Bielefeld): Sozialistische „Heimat“ als demokratische Idee? Zwischen Exklusionserfahrung, Integrationsversprechen und der Sehnsucht nach unproblematischer Identität vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

Sean Forner (Michigan): Managertum, Mitbestimmung und Demokratie. Das Arbeiterbild des Intellektuellen im Westdeutschland der 1950er-Jahre

Jörg Neuheiser (San Diego): Der Betrieb als Schule der Demokratie? Soziale Praktiken von „Mitbestimmung“ in Ost- und Westdeutschland und ihre Bedeutung für das gesellschaftliche Verständnis von „Demokratie“

Anne Kremer (Mannheim): Teilhabe ungeachtet des Geschlechts? Gleichberechtigungsvorstellungen der sich vereinigenden Industriegewerkschaft Metall in den 1990er-Jahren

Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen): Demokratie trotz Kapitalismus: Aktuelle Herausforderungen für (deutsche) Gewerkschaften im Umgang mit einem strukturellen Spannungsverhältnis

Geschichte(n) und Erinnerungen des Globalen Südens: Von der Erfindung der „Dritten Welt“ zu Debatten des 21. Jahrhunderts bezüglich postkolonialer Regelungen und historischen Reparationsfragen

(Sektionsleitung: Diana M. Natermann)

Eugenia Palieraki (Paris): The „Third World“: the Global Trajectory of a French-born Concept

Natália Schmiedecke (Hamburg): Oppressed, Resistant and Revolutionary: the Third World as Designed on the OSPAAAL Posters

Khalil Dahbi (Hamburg) / Thiago Prates (Hamburg): Global Revolutionary Struggles and the Radical Left: Crossregional Perspectives on Maghrebi and Latin American Discourses (1960–1970s)

Eckart Woertz (Hamburg): The Iraq War as a War over the Meaning of Europe

Diana M. Natermann (Hamburg): Colonial Visual Sources and their Long-term Effects on the Visualisation of the African Other

Fabiola Arellano Cruz (Köln): The „RJM-Reloaded“ or How to (Re)Present Other Worldviews, Knowledge and Perspectives in an Ethnological Museum

Fragile Akten? Herausforderungen von (digitaler) Überlieferungsbildung und Faktizität

(Sektionsleitung: Anja Kruke / Ewald Grothe)

Anja Kruke (Bonn): Einführung: Herausforderungen von (digitaler) Überlieferungsbildung und Faktizität

Seite B 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ewald Grothe (Gummersbach/Wuppertal): Fakten oder Fakes? Fälschung und Verfälschung bei analogen und digitalen Quellen

Peter Worm (Münster): Archive und ihr Umgang mit elektronischer Überlieferung: digitale Demenz verhindern und aussagekräftige Quellen sichern

Andreas Marquet (Bonn): Von digitalen Objekten zu Archivgut: „Uneindeutigkeit“ in der digitalen Überlieferungsbildung

Marcus Feldbrügge (Münster): Über die Immersion und ihr geschichtswissenschaftliches Erkenntnispotenzial

Malte Thießen (Münster): Die Geschichte des 21. Jahrhunderts schreiben lernen: Welche digitale Überlieferung braucht zeithistorische Forschung?

Nachrichten aus der „anderen“ Welt: Auslandskorrespondenten in der Zwischenkriegszeit und im Kalten Krieg, 1922–1991

(Sektionsleitung: Kirsten Bönker / Jörn Happel; Jan-Hinnerk Antons (Hamburg): Moderation)

Caroline Breiffelder (Hamburg): Memoiren, Meinungen, Macht: Auslandskorrespondenten. Paul Scheffer

Jörn Happel (Hamburg): Den Osten inszenieren. Fotoberichte aus der Sowjetunion der 1930er-Jahre

Sune Bechmann Pedersen (Stockholm): Übertreib das Ganze doch nicht, wir sind hier doch nicht im Krieg

Kirsten Bönker (Köln): Brückenbauer und Informationskrieger: Journalistische Deutungskämpfe im Kalten Krieg

Fakten zwischen historischer Forschung und Vergangenheitsaufarbeitung: „Commissioned history“ und Wissensproduktion für die und mit der Öffentlichkeit (Sektionsleitung: Stephan Scheuzger / Annette Weinke)

Stephan Scheuzger (Gamprin-Bendern/Zürich): Denen eine Stimme geben, die keine Stimme gehabt haben? Die Bedeutung von Zeugnissen in der Produktion und Präsentation von Wissen über die Vergangenheit durch Wahrheitskommissionen

Annette Weinke (Jena): Doing History, Performing Authenticity: Die Rolle von Aktivisten-Historikern und Opferzeugen in den Bundestagskommissionen zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur (1992–1998)

Loretta Seglias (Wädenswil): In Zusammenarbeit mit den Betroffenen? – Die Arbeit der Unabhängigen Expertenkommission Administrative Versorgung in der Schweiz (2014–2019)

Klaus Große Kracht (Hamburg): Historische Aufarbeitung zwischen wissenschaftlichen Ansprüchen und öffentlicher Erwartung. Die fragile Faktizität des sexuellen Kindesmissbrauchs in der katholischen Kirche

Sonja Matter (Bern/Fribourg): Kommentar

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Geschichtsarbeit in den Fängen von Putins Diktatur. Memorials Kampf für historische Aufklärung in Russland

(Sektionsleitung: Susanne Schattenberg; Susanne Schattenberg (Bremen): Moderation)

Irina Scherbakowa (Moskau/Jena)

Irina Flige (St. Petersburg)

Aleksej Kamenskich (Perm/Bremen)

Nikita Lomakin (Moskau/Jena)

Sozialfiguren – eine gesellschaftliche Erscheinungsform zwischen Faktizität und Fiktion im 20. Jahrhundert

(Sektionsleitung: Maren Möhring / Annelie Ramsbrock)

Annelie Ramsbrock (Greifswald): Der Süchtige. Zur sozialen Kartografie einer globalen Figur

Detlef Siegfried (Kopenhagen): Der Mitläufer. Ambivalenzen des Konformismus

Svenja Goltermann (Zürich): Opfer. Zum historischen Wandel einer prekären Figur

Laura Haßler (Potsdam): Die Vorzeigefrau. Frauen in rechtsnationalistischen Organisationen der Bundesrepublik zwischen Agency und Instrumentalisierung

Jan Müggenburg (Lüneburg): Der Pflegefall. Zur medientechnologischen Konstruktion einer Sozialfigur

Above and Below: Räume, Infrastrukturen und die soziale Ordnung der Moderne

(Sektionsleitung: Silvia Berger Ziauddin / Jan Hansen; Silvia Berger Ziauddin (Bern): Moderation)

Jan Hansen (Berlin): Die durstige Stadt. Soziales Handeln, Infrastruktur und Raum in Los Angeles (1850–1900)

Birte Förster (Bielefeld): Betonierte Fakten? Koloniale Verräumlichungsprozesse und Wasserinfrastrukturen in Französisch Kamerun

Ute Hasenöhl (Innsbruck): Gestaltung und Räumlichkeit kolonialer Infrastrukturen: Energie und Beleuchtung in der britischen Gold Coast Colony (1890er- bis 1940er-Jahre)

Simone M. Müller (Augsburg): Die Straße und „das Böse“ aus dem Untergrund – eine historische Betrachtung der Vertikale

Kai Nowak (Halle/Leipzig): Der demokratische Staatsbürger hinterm Steuer. Verkehrserziehung in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975

Industriell gefertigte Fakten? Wissens- und Evidenzfragen in den Energie- und Umweltdiskussionen der 1970er- und 1980er-Jahre

(Sektionsleitung: Stefan Esselborn / Odinn Melsted)

Stefan Esselborn (München): Wahrscheinlich sicher. Die Atomindustrie und Risikowissen als Evidenzpraxis (1960er- bis 1980er-Jahre)

Odinn Melsted (Maastricht): Grenzen des erdölbasierten Wachstums? Ressourcen- und Klimawissen der internationalen Ölindustrie (1970er- bis 1980er-Jahre)

Sönke Hebing (Aachen): Recycling und Klima-Szenarien. Umweltdebatten im Spiegel der unternehmerischen Zukunftsforschung seit den 1980er-Jahren

Laura Kaiser (Potsdam): Kein Widerspruch zwischen Markt und Moral? Politikberatung und Debatten um ökonomische Instrumente zur Lösung des Umweltproblems in der Bundesrepublik (1970er-Jahre)

Elke Seefried (Aachen): Ökonomisierung des Wissens? Umwelt-Wissenschaft, Unternehmen und Politik seit den 1970er-Jahren

Wiedergutmachungsakten und Provenienzforschung: Stand und Perspektiven einer vielschichtigen Faktenfindung

(Sektionsleitung: Heike Krokowski / Emily Löffler; Meike Hopp (Berlin) / Sebastian Schlegel (Weimar): Moderation)

Melida Steinke (München): Optionen und Grenzen des Handelns – Jüdische Kunsthandlungen in München im Nationalsozialismus

Susanne Kiel (Bremerhaven) / Kathrin Kleibl (Bremerhaven): Lost lifts – Recherchen zur „Verwertung“ von Übersiedlungsgütern jüdischer Emigranten durch den NS-Staat

Johannes Ibel (Bayreuth): Transformation der Wiedergutmachung: Zugänglichkeit zu Archivgut des Bundes zur Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts im Bundesarchiv

Emily Löffler (Leipzig): Fragile Faktenfindung – Potentiale und Grenzen der Nutzung von Wiedergutmachung für die Provenienzforschung

Kontakt

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertags

Geschäftsführung: PD Dr. Thomas Urban

Team: Jan Robin Hengfoss, Charlotte Hoff, Stefanie Stolle, Amira Tanabene, Melanie Weinreich

E-Mail: leipzig@historikertag.de

Postadresse:

Geisteswissenschaftliches Zentrum

Historisches Seminar

Organisationsbüro des 54. Deutschen Historikertages 2023

Beethovenstraße 15

D-04107 Leipzig

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Historikertag 2023: Zeitgeschichte. In: H-Soz-Kult, 02.07.2023,

www.hsozkult.de/event/id/event-137206.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) 1423–2023. 600 Jahre Sachsen(-Meißen). „Sächsische“ Fürstentümer, König- und Kaiserreiche und ihre Traditionen (10. bis 16 Jh.)

Veranstalter Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, in Kooperation mit dem Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.

Veranstaltungsort Meißen, St. Afra, Aula, Freiheit 13

01662 Meißen

Vom - Bis

25.10.2023 - 28.10.2023

Website <https://www.saw-leipzig.de/sachsen>

Von

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

In einer viertägigen internationalen wissenschaftlichen Tagung geht die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig dem Phänomen sächsischer Identitätsbildung auf den Grund. In Kooperation mit dem Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde e.V. wird im Oktober 2023 in Meißen erörtert, wie die sächsischen Kurfürsten ab 1423 in ganz Europa diplomatisches und politisches Gewicht gewannen. Parallel widmet sich auch eine Ausstellung auf der Albrechtsburg im Herbst 2023 diesem Thema.

1423–2023. 600 Jahre Sachsen(-Meißen) Winchester, Magdeburg, Braunschweig, Wittenberg, Lauenburg, Meißen. „Sächsische“ Fürstentümer, König- und Kaiserreiche und ihre Traditionen (10. bis 16 Jh.)

Am 6. Januar 1423 erhält die moderne sächsische Identität eine Initialzündung. Mit der Übertragung der Kurwürde an Markgraf Friedrich IV. von Meißen begann vor 600 Jahren der altherwürdige Name "Sachsen" auf wettinische Herrschaftsgebiete und deren Bevölkerung überzugehen. Mit welchen geschickten Mitteln die Kurfürsten und Herzöge von Sachsen(-Meißen) eine prestigeträchtige Marke des Früh- und Hochmittelalters übernahmen und ausgestalteten, wann die wettinischen Fürstinnen und Fürsten auch von außen als Sachsen bezeichnet wurden und wann sich die in diesen Gebieten lebenden Menschen selbst als Sachsen verstanden, ist zum Teil noch ungeklärt. Die internationale Tagung wird sich diesen und weiteren Fragen widmen.

Programm

MITTWOCH, 25. Oktober 2023

10.00 Uhr

Begrüßung

Hans Wiesmeth, Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Grußwort

Sebastian Gemkow, Staatsminister für Wissenschaft des Freistaates Sachsen

Einführung in die Tagung

Wolfgang Huschner, Vizepräsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Enno Bünz, Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V.

Sektion 1: Königliches Sachsen auf der britischen Insel (10. Jh.)

Moderation: Nora Berend (Cambridge, UK)

11.00 Uhr

Repräsentationsformen, Traditionsbildung und Nachwirken der Könige von Wessex (9./10. Jh.)

Levi Roach (Exeter)

11.45 Uhr

Die Eheverbindung zwischen Editha aus dem insularen Westsachsen und Otto I. aus dem kontinentalen Ostsachsen (929–946). Forschungsbefunde und Interpretationen

Andreas Bihrer (Kiel)

12.30 Uhr Mittagspause

Sektion 2: Ottonisch-sächsisches König- und Kaiserreich auf dem Kontinent (919–1024)

Moderation: Nora Berend (Cambridge, UK)

14.00 Uhr

Das ottonische Imperium im euromediterranen Kommunikationsraum (962–1024).

Außenperspektiven

Sebastian Kolditz (Heidelberg)

14.45 Uhr

Zwischen sächsischem Eigensinn und imperialem Anspruch: Zeitgenössische

Vorstellungen von Raum und Herrschaft der Ottonen

Simon Groth (Bonn)

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr

Regionale Fürsten, Mitträger des Reiches, Thronaspiranten. Die Markgrafen von Meißen im ottonisch-sächsischen Imperium

Alexander Sembdner (Leipzig)

Seite B 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

17.00 Uhr

Führung durch die Ausstellung „Unter einen Hut. 1423 – Ein Wettiner wird Sachse“ in der Albrechtsburg
(Referentinnen, Referenten, Moderatorinnen, Moderatoren)

DONNERSTAG, 26. Oktober 2023

Sektion 3: Sächsisch geprägte Fürsten- und Königsherrschaften im hohen Mittelalter (11.–13. Jh.)

Moderation: Vera von Falkenhausen (Rom)

9.00 Uhr

Die Markgrafen von Meißen und die sächsische Opposition im Salischen Imperium (1056–1125)

André Thieme (Königstein)

9.45 Uhr

Sachsen als Kernlandschaft der Kaiser- und Königsherrschaft Lothars III. (1125–1137)

Matthias Hardt (Leipzig)

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr

Das sächsische Herzogtum Heinrichs des Löwen und sein Ende (1142/54–1180)

Henning Steinführer (Braunschweig)

11.45 Uhr

Die Wettiner im politischen Koordinatensystem des 13. Jhs. Handlungsfelder – Beziehungen – Traditionen

Mathias Kälble (Dresden)

12.30 Uhr Mittagspause

Sektion 4: Herzogliches und kurfürstliches Sachsen im Spätmittelalter (13.–15. Jh.)

Moderation: Andrea Stieldorf (Bonn)

14.00 Uhr

Das 'askanische' Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg (ca. 1350–1422). Traditionen – Strukturen – Nachwirkungen

Michael Hecht (Halle)

14.45 Uhr

Die Herzöge von Sachsen-Lauenburg und ihr Streit um die sächsische Kurwürde (1422–1671)

Oliver Auge (Kiel)

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr

Reichsrechtliche Implikationen der Belehnung 1423/1425. Kontinuität und Profilierung
Heiner Lück (Halle)

Seite B 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

16.45 Uhr

Die Beziehungen der Wettiner zu regionalen Adelsgruppen sowie zu den Kurfürsten von Brandenburg und Böhmen vor und nach 1423
Peter Wiegand (Dresden)

19.00 Uhr

Abendvortrag in der Albrechtsburg
Sachsen-Meißen 1423. Vom Charme der Elite im Heiligen Römischen Reich
Bernd Schneidmüller (Heidelberg)

FREITAG, 27. Oktober 2023

Sektion 5: Die neuen Kurfürsten von Sachsen(-Meißen) im Heiligen Römischen Reich und in Europa (15./16. Jh.)
Moderation: Marie Bláhová (Prag)

9.00 Uhr

Die Kurfürsten von Sachsen(-Meißen) und die Königswahlen 1438, 1440, 1486
Enno Bünz (Dresden/Leipzig)

9.45 Uhr

Kurfürst Friedrich der Weise und die Königswahl 1519
Armin Kohnle (Leipzig)

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr

Die Beziehungen der Kurfürsten und Herzöge von Sachsen(-Meißen) zu Böhmen (15./16. Jh.)
Stephan Flemmig (Jena)

11.45 Uhr

Zwischen Königsberg, Krakau, Worms und Rochlitz. Friedrich von Sachsen(-Meißen), der vorletzte Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen (1498–1510), und seine Außenpolitik
Igor Kąkolewski (Warschau/Berlin)

12.30 Uhr Mittagspause

Sektion 6: Legitimations-, Repräsentations- und Traditionsstrategien der wettinischen Kurfürsten von Sachsen
Moderation: Christoph Volkmar (Magdeburg)

14.00 Uhr

Kaiserliche Tradition, kurfürstliche Gegenwart, kaiserliche Zukunft? Wettiner und Ottonen
Wolfgang Huschner (Leipzig)

14.45 Uhr

Die wettinischen Kurfürsten von Sachsen auf den Reichstagen im 15. und 16. Jh.
Joachim Schneider (Dresden)

15.30 Uhr Kaffeepause

Seite B 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

16.00 Uhr

Meißen – Weimar – Wittenberg. Strukturen und Ausstrahlungen der kurfürstlich-wettinischen Höfe (1423–1525)
Uwe Schirmer (Jena)

16.45 Uhr

Die Höfe der sächsischen Fürstinnen
Jens Klingner (Dresden)

SAMSTAG, 28. Oktober 2023

Sektion 7: Außen- und Binnenperspektiven auf die neuen „Sachsen“ (15./16. Jh.)
Moderation: Julia Schmidt-Funke (Leipzig)

9.00 Uhr

Ernestiner und Albertiner 1485–1547: Landesteilung, Reformation und innerwettinische Rivalität. Die Begegnung mit der Realität einer Zeitenwende
Manfred Rudersdorf (Leipzig)

9.45 Uhr

Außenperspektiven auf die "neuen" Sachsen (15./16. Jh.)
Andreas Rutz (Dresden)

10.30 Uhr

Binnenperspektiven: Die Verwendung des Sachsen-Namens innerhalb der wettinischen Herrschaftsgebiete (15./16. Jh.)
Christian Winter (Leipzig)

11.15 Uhr Rückblick und Ausblick

<https://www.saw-leipzig.de/sachsen>

Zitation

1423–2023. 600 Jahre Sachsen(-Meißen). „Sächsische“ Fürstentümer, König- und Kaiserreiche und ihre Traditionen (10. bis 16 Jh.). In: H-Soz-Kult, 02.07.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137335.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Architektur in Transformationsgesellschaften. Zur Geschichte und Gegenwart des Umbaus

Veranstalter Prof. Dr. Dietrich Erben, Technische Universität München, Lehrstuhl für Theorie und Geschichte von Architektur, Kunst und Design / Prof. Dr. Andreas Putz, Technische Universität München, Professur für neuere Baudenkmalpflege.

Veranstaltungsort Technische Universität München

80333 München

Vom - Bis

26.10.2023 - 28.10.2023

Frist

10.07.2023

Von

Doris Hallama

Die Tagung richtet sich sowohl an Wissenschaftler insbesondere aus den Feldern der Architekturtheorie, der Architektur- und Kunstgeschichte, der Denkmalpflege sowie aus den Gesellschaftswissenschaften, als auch an Vertreter der Entwurfslehrstühle.

Architektur in Transformationsgesellschaften. Zur Geschichte und Gegenwart des Umbaus.

Unter den Aufgaben, die Baupolitik, Architektur und Immobilienwirtschaft derzeit beschäftigen, steht das Thema des Umbaus an erster Stelle. Insbesondere die Klimadebatte sowie die Diskussionen um den Rohstoffmangel und die daraus resultierenden Vorschläge für Abrissmoratorien lassen das Weiterbauen im Bestand als geradezu unumgängliche Alternative zu Abriss und Neuerrichtung erscheinen. Folglich finden Veranstaltungen wie auch Publikationen, die sich mit erfolgreichen Umbauprojekten befassen, weitreichende Aufmerksamkeit. Umso überraschender mutet dabei an, dass eine theoretische und historische Auseinandersetzung mit dem Thema bisher, wenn überhaupt, nur in engen Grenzen stattgefunden hat.

Die bauliche Anpassung von Bestandsstrukturen an veränderte Bedürfnisse ist eine Entwicklungskonstante in jedem baukulturellen Kontext weltweit. Indem die geplante Tagung von der These ausgeht, dass Umbauten als Reaktionen auf gesellschaftliche Umbrüche und Krisen verstanden werden können, wird eine neue Perspektive auf die Fragestellung eröffnet. Der Vergleich von Umbauprojekten, die zu unterschiedlichen Zeiten, aber unter ähnlichen Transformationsbedingungen konzipiert oder verwirklicht wurden, bietet die Aussicht, Muster nachvollziehen sowie Modelle diskutieren zu können und erschließt das Thema für eine systematische theoretische Auseinandersetzung.

Jedoch kommt dem Thema unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen von Architektur sowohl für die Vergangenheit als auch für Gegenwart und Zukunft eine spezifische und aktuelle Bedeutung zu: Denn während die Praxis des Umbaus vor dem 20. Jahrhundert als meist längerfristiger Prozess eine schlichte ökonomische, bautechnische und gesellschaftliche Notwendigkeit war, ist diese Kontinuität baulicher Umwandlungsprozesse seit spätestens der Mitte des 20. Jahrhunderts unter dem bis heute anhaltenden Neubaudruck nicht mehr gegeben. Angesichts dieses singulären

architekturgeschichtlichen Bruchs stellt die hier entwickelte systematische Perspektive Strategien zur Diskussion, für die in Aussicht steht, dass sie sich zu Lösungsansätzen für gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen weiterentwickeln lassen. Für die Untersuchung interessieren aus einer historischen Perspektive bis in die unmittelbare Aktualität hinein besonders jene Gesellschaftsbedingungen, in denen krisenhafte Entwicklungen die Umnutzung besonders aktuell gemacht haben. Die historische und theoretische Reflexion hat auch im Kontext aktueller Debatten, besonders zur Genderthematik und/oder Eurozentrismus, zu erfolgen.

Ziel der Tagung ist es, das Thema des Umbaus über die Relevanz des Einzelbaus hinaus für die gebaute Umwelt von den geschichtlich-gesellschaftlichen Transformationsprozessen her zu bearbeiten. Es ist beabsichtigt, zu methodisch verallgemeinerbaren Aussagen in den verschiedenen Dimensionen des Themas zu gelangen und damit einen Beitrag zur gegenwärtigen Umbaudiskussion zu leisten. Damit wird darüber hinaus die Absicht verfolgt, die ebenso notwendige wie aktuell dominierende baupraktische, d.h. primär technisch-konstruktive, Auseinandersetzung mit dem Umbauthema zu erweitern und sie kritisch zu reflektieren.

Die vorgeschlagenen Sektionen sollen es ermöglichen, historisch-theoretische und produktionsrelevante Fragestellungen zu integrieren.

I. Zwischen Statement und baulicher Evolution

Das Panel widmet sich der Historie des Umbaus, die im Zusammenhang der jeweiligen Kontexte untersucht wird. Neben einer Geschichte des selbstverständlichen Weiterbaus sollen auch architektonische Konzeptionen berücksichtigt werden, die auf eine bewusste Konfrontation von alt und neu setzen. Die Potentiale, die Interventionen im Bestand bieten, sollen dabei auch mit den destruktiven Aspekten der baulichen Überformung kontrastiert werden.

II. Typologie und Markt

Durch die Transformation von Bestandsgebäuden können Räume entstehen, die sich in Neubauten nicht finden lassen. Dem stehen oftmals höhere Kosten gegenüber. Indem Umbauten aber über die normativen Lösungen der Bauwirtschaft hinausweisen, versprechen sie zugleich ungeahnte Raumangebote, die wiederum auf dem Immobilienmarkt in Anschlag gebracht werden können.

III. Planungsprozesse

Galt der Neubau bislang als Domäne der Architekten, oblag der Umgang mit Bestandsbauten der Denkmalpflege. Sowohl durch eine Dynamisierung des Denkmalbegriffs als auch durch die neue Konjunktur des Umbaus, der bislang als Aufgabe zweiter Klasse galt, muss diese Arbeitsteilung hinterfragt werden. Für das Konzept der Autorenschaft ist dieser Wandel ebenso folgenreich wie für das Berufsbild der Architekten und deren Arbeitsstrukturen.

IV. Produktionsprozesse

Während digitale Instrumente die Erfassung von Bestandsbauten vereinfachen, gewinnen auch traditionelle Handwerkstechniken im Bemühen um passgenaue Lösungen an neuer Relevanz. Ebenso können sich die Nutzer als Gestalter einbringen. Können historische

Seite B 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Beispiele, auch aus der jüngeren Vergangenheit, hier als Referenz dienen, erscheint es immer entscheidender, dass dabei auch den drängenden ökologischen Fragen Rechnung getragen wird.

V. Material

Mit der Hinwendung zum Bestand geraten auch Fragen nach Reparatur und Recycling verstärkt in den Fokus. Wesentlich ist dabei die umfassende Kartierung der verbauten Materialien. In der Annahme, dass ein Gebäude nicht länger für eine Lebensdauer von 50 Jahren errichtet wird, sondern allein den Ausgangspunkt für nachfolgende Adaptionen darstellt, sollen Stoffkreisläufe ebenso behandelt werden wie Fragen nach Dauerhaftigkeit und Wandelbarkeit.

Vorschläge (max. 300 Wörter) für Beiträge (max. 20 Minuten) sowie einen kurzen Lebenslauf, reichen Sie bitte bis zum 10.07.2023 ein. Bitte senden Sie die Unterlagen an folgende E-Mail-Adresse: erben@tum.de.

Die Auswahl der Beiträge erfolgt bis zum 24.07.2023.

Im Anschluss an die Tagung ist die Herausgabe eines Tagungsbandes als Handbuch zum Thema geplant.

Zitation

Architektur in Transformationsgesellschaften. Zur Geschichte und Gegenwart des Umbaus. In: H-Soz-Kult, 12.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-136912.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand

Veranstalter Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Ausrichter Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Veranstaltungsort Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

93047 Regensburg

Vom - Bis

09.11.2023 - 10.11.2023

Frist

25.06.2023

Website

<https://leibniz-ios.de/wissen-vermitteln/aktuelles/newsdetail/tagung-ns-raubgut>

Von

Petra Preß, Veranstaltungen, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Call for Papers für die Tagung "NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand" vom 9. bis 10. November in Regensburg, organisiert vom IOS mit Unterstützung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste. Bewerbungsschluss: 25. Juni 2023.

NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand

Vor mittlerweile 25 Jahren wurde die Washingtoner Erklärung über den Umgang mit NSverfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut verabschiedet. Auch wenn in der Zwischenzeit auf dem Gebiet der Provenienzforschung viel geschehen ist, wurden nicht alle Facetten des staatlich organisierten Raubs mit jener Aufmerksamkeit bedacht, die angesichts des Ausmaßes der Plünderungen zu erwarten gewesen wäre. In Hinblick auf Kulturgutraub im östlichen Europa lässt sich eine Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Forschung und den Ergebnissen bei der Suche nach Raubgut feststellen: Kulturgutraub ist Gegenstand zahlreicher Aufsätze, Sammelbände und Monografien, aber die Provenienzforschung in Institutionen mit dem Sammelgebiet Osteuropa findet meist nur projektbezogen statt und folgt keiner langfristigen Strategie, was zulasten der öffentlichen Wahrnehmung geht.

Die Bibliothek des IOS als wissenschaftliche Spezialbibliothek möchte mit der Tagung den Fokus auf NS-Raubgut in Bibliotheken der Ost- und Südosteuropaforschung richten. Die Tagung soll diskutieren, wie die wichtige Aufgabe der Provenienzforschung nachhaltig verfolgt werden kann. Dazu wollen wir sowohl die Perspektive von geplünderten Einrichtungen beleuchten als auch die Restitutionsbemühungen von Bibliotheken mit Raubgut in ihrem Bestand. Wir laden zu Vorschlägen für Konferenzbeiträge zu folgenden vier Bereichen ein:

Hintergründe des Kulturgutraubs

Beiträge beispielsweise zu Organisationen, die am Kulturgutraub beteiligt waren (Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Sonderkommando Künsberg, Ahnenerbe und andere), zu individuellen Plünderungen durch Angehörige der Wehrmacht und anderer NS-Organen, zu zentralen Umschlagplätzen von Raubgut wie der Preußischen Staatsbibliothek, der Österreichischen Nationalbibliothek oder der Publikationsstelle Wien, zur Rolle von persönlichen Bekanntschaften und Netzwerken bei der Verteilung von Raubgut.

Restitutionen und andere Werkstattberichte

Beiträge zu Antiquariaten und Auktionshäusern, die eng in den Handel mit Raubgut verweben waren, zum Umgang von Antiquariaten mit verdächtigen Provenienzen, zu Provenienzrecherchen, zu Erfahrungen mit Restitutionen sowie die Erfahrungen bereits abgeschlossener Projekte aus dem Bereich Provenienzforschung und Restitution.

Provenienzforschung zu Nicht-Buch-Materialien in Bibliotheken

Als besonders stark beforscht gelten Kunstwerke in Museen und Bücher in Bibliotheken. Wenig Beachtung haben dagegen andere Gattungen wie Landkarten, Plakate und Filme erfahren. Diesen Materialarten soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt und zugleich verhandelt werden, inwieweit sie eine spezielle Rolle als Hilfs- und Propagandamittel im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gespielt haben.

Seite B 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Situation an Bibliotheken der Opfer und der Täter: Von einer nachhaltigen Provenienzforschung und der Bedrohung von Kulturgut in der Gegenwart Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sollen die Opfer in den Blick genommen werden und zu Wort kommen. Von Kulturgutraub betroffene Einrichtungen haben Erfahrungen durch Plünderungen gemacht, einige aber auch Raubgut zurückerstattet bekommen. Wie wird mit Verlust und Restitution umgegangen? Nach über zwei Jahrzehnten systematischer Provenienzforschung sind nur wenige Stellen in Bibliotheken des deutschsprachigen Raums verstetigt. Welche Strategien werden für die Nachhaltigkeit dieser Forschung entwickelt?

Alle interessierten Beitragenden sind eingeladen, ihre Vorschläge für einen Vortrag (300—350 Wörter) mit Titel, vollständigem Namen, E-Mail-Adresse, institutioneller Zugehörigkeit und einer Kurzbiografie (ca. 100 Wörter) in einer pdf-Datei bis zum 25. Juni 2023 an die folgende E-Mail-Adresse zu senden: provenienzforschung@ios-regensburg.de.

Die Teilnehmenden werden bis spätestens 15. Juli 2023 über das Ergebnis des Auswahlverfahrens informiert. Für Eingeladene werden die Kosten für die Unterkunft in Regensburg (zwei Nächte) übernommen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Daniela Mathuber (mathuber@ios-regensburg.de), Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg.

Kontakt

E-Mail: mathuber@ios-regensburg.de

<https://leibniz-ios.de/wissen-vermitteln/aktuelles/newsdetail/tagung-ns-raubgut>

Zitation

NS-Raubgut aus dem östlichen Europa in Bibliotheken. Provenienz – Restitution – Forschungsstand. In: H-Soz-Kult, 15.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137008. Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Jacob Böhme: Von der Gnadenwahl (1623)

Veranstalter Internationale Jacob-Böhme-Gesellschaft e. V.
Veranstaltungsort Johannes-Wüsten-Saal der Görlitzer Sammlungen

02826 Görlitz

Vom - Bis

10.11.2023 - 11.11.2023

Frist

31.07.2023

Website <https://www.jacob-boehme.org>

Von

Tobias Schlosser, Internationale Jacob-Böhme-Gesellschaft e.V.

Seite B 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Tagung zu den vierhundert Jahre alten Schriften des Görlitzer Mystikers Jacob Böhme (1575–1624).

Jacob Böhme: Von der Gnadenwahl (1623)

Die „Gnadenwahl“ oder Lehre von der „Prädestination“ ist in ihrer radikalen Formulierung die zentrale theologische Frage des Calvinismus. Jacob Böhme und seine Freunde haben sich mit dieser Lehre beschäftigt, einige wohl zustimmend, andere, auch Böhme selbst, eher ablehnend.

Der Calvinismus war in lutherischen Ländern verboten. Dieser Umstand sichert unser Interesse für die politische Seite dieses Themas. Des Calvinismus Verdächtige wurden ihrer Ämter enthoben, verbrachten mehrere Jahre im Kerker, und ihre spätere Bezeichnung als „Kryptocalvinisten“ klingt zumindest pejorativ.

Was ist die Gnadenwahl? Es ist die Erlösungstheorie von der Negativität des durch die Erbsünde verfluchten Menschen. Bereits bei Paulus, bei Augustinus wird über die Gnadenwahl nachgedacht. Die Prädestination, der strenge theologische Determinismus allen Seins, ist eine Antwort auf die Frage nach dem Bösen auf der Welt.

Haben Sie Lust und Freude, zu diesem herausfordernden Thema etwas beizutragen, sind Sie gerne eingeladen, dies zu tun. Wir heißen Sie auch dann willkommen, wenn Sie ein anderes, Böhme aber berührendes Thema darstellen möchten.

Melden Sie sich gerne Ende Juli 2023 unter info@jacob-boehme.org an, senden uns Ihre Themenformulierung nebst ca. fünf bis zehn Zeilen zur Themendarstellung. Sie haben eine Stunde zur Verfügung, davon ca. 30–40 Minuten Referat.

Wir melden uns voraussichtlich August 2023 zurück.

Die Tagung wird in Görlitz, im Johannes-Wüsten-Saal der Görlitzer Sammlungen in der Neißstraße 30, stattfinden.

Es ist geplant, dass die Tagungsbeiträge nach der Konferenz im Rahmen der Böhme-Studien als Band veröffentlicht werden. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.jacob-boehme.org/index.php/verein/60-publikationen>.

Kontakt

E-Mail: info@jacob-boehme.org

<https://www.jacob-boehme.org>

Zitation

Jacob Böhme: Von der Gnadenwahl (1623). In: H-Soz-Kult, 09.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-136781.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) Hansestädte und Bischöfe

Veranstalter Hansischer Geschichtsverein

Veranstaltungsort Hildesheim

31134 Hildesheim

Vom - Bis

20.05.2024 - 22.05.2024

Frist

15.08.2023

Website

<https://www.hansischergeschichtsverein.de>

Von

Carsten Jahnke, Saxo Institutet, Afdeling for Historie, Københavns Universitet

- [de](#)
- [en](#)

Hansestädte und Bischöfe

Die Pfingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins 2024 in Hildesheim wird das Verhältnis der Hansestädte zu Bischöfen und geistlichen Institutionen untersuchen. Dabei sollen alle Beziehungsfelder in den Blick genommen werden.

Hansestädte und Bischöfe

Viele mittelalterliche Hansestädte waren zugleich Bischofsstädte oder hatten einen Bischof als Stadtherrn. Wie war also das Verhältnis zwischen Kaufleuten und ihren geistlichen Stadtherren resp. bischöflicher Landesherrschaft? Welche Rolle spielten Bischöfe, Kathedralen und Domklerus im hansischen Aktionsraum? Wie war das Verhältnis zwischen Hanse und geistlicher Macht? Diese und andere Fragen soll im Blickpunkt der nächsten Jahrestagung des Hansischen Geschichtsvereins in Hildesheim stehen.

In diesem Zusammenhang heißen wir Beiträge zu diesen oder den folgenden Themen willkommen:

- Durchsetzung und Ablösung, Akzeptanz oder Nichtakzeptanz bischöflicher Präsenz
- Das Verhalten bei Stiftsfehden, innerstädtischen Spannungen oder Spannungen mit mächtigen oder weniger mächtigen adeligen Herrschaftsträgern
- Die religiöse und kulturelle Dimension der Beziehungen zwischen Kaufleuten und Bischöfen
- Zentralfunktionen von Kathedraalkirchen für die Hansestädte
- Die verwandtschaftlichen und amtsbezogenen Beziehungen zwischen Bürgerschaft und Geistlichkeit
- Finanzielle Aspekte wie bürgerliche Stiftungen an Domkirchen, die Erhebung und Zahlung von Abgaben, Kreditgeschäfte
- Bischöfe und Domgeistlichkeit als Auftraggeber und Kunden.

Seite B 89 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Tagung findet in der Pfingstwoche in Hildesheim statt. Beiträge können auf Deutsch und Englisch gehalten werden. Die Reisekosten für die Referenten werden übernommen.

Themenvorschläge mit einem kurzen Abstract (max. 2.000 Zeichen mit Leerzeichen, inklusive Kurzbiografie, Forschungsprojekt, disziplinärer Zuordnung und ggf. institutioneller Anbindung) werden erbeten an: jahnke@hum.ku.dk oder rudolf.holbach@uol.de.

Kontakt

jahnke@hum.ku.dk oder rudolf.holbach@uol.de

<https://www.hansischergeschichtsverein.de>

Zitation

Hansestädte und Bischöfe. In: H-Soz-Kult, 20.06.2023, www.hsozkult.de/event/id/event-137089.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus

Veranstalter Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“; Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin

Veranstaltungsort Akademie der Künste

10117 Berlin

Vom - Bis

19.04.2023 - 16.07.2023

Website

https://www.adk.de/de/projekte/2023/macht_raum_gewalt/

Publikation(en)



Benz, Wolfgang; Harlander, Tilman; Pahl-Weber, Elke; Pyta, Wolfram; von Saldern, Adelheid; Schäche, Wolfgang; Stephan, Regina: Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ in Kooperation mit der Akademie der Künste, Berlin (Hrsg.): MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Berlin 2023 : [Akademie der Künste](#), [ISBN 978-3-88331-254-5 \(dt.\) / 978-3-88331-255-2 \(engl.\)](#) 320 S., 420 Abb. € 20,00

Rezensiert für H-Soz-Kult von
Annika Wienert, Max Weber Stiftung, Bonn

Die Entstehungsgeschichte der Ausstellung „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ zu erklären, ist ein wenig kompliziert. Das Bundesbauministerium setzte 2017 eine Unabhängige Historikerkommission (UHK) ein, welche ein Forschungsprogramm entwickelte, um die Beteiligung von Personen und Institutionen an den NS-Verbrechen im Bereich Planen und Bauen zu untersuchen. Dazu wurden 15 Forschungsaufträge definiert, die von 28 Wissenschaftler über einen Zeitraum von drei Jahren bearbeitet wurden. Während dieser Phase wurde wenig bis gar kein Kontakt zur übrigen Fachcommunity oder zur interessierten Öffentlichkeit gesucht. Die Forschungsergebnisse liegen nun in Form einer vierbändigen Publikation mit dem Titel „Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ vor^[1]; über den ursprünglichen Auftrag hinausgehend wurde zudem eine Ausstellung entwickelt. Diese hat Benedikt Goebel unter Mitarbeit von Harald Bodenschatz und Angelika Königseder kuratiert, in Kooperation mit der UHK und weiteren Forschern sowie „in enger Abstimmung mit der Akademie der Künste“ (Katalog, S. 9), in deren Gebäude am Pariser Platz sie zu sehen ist.

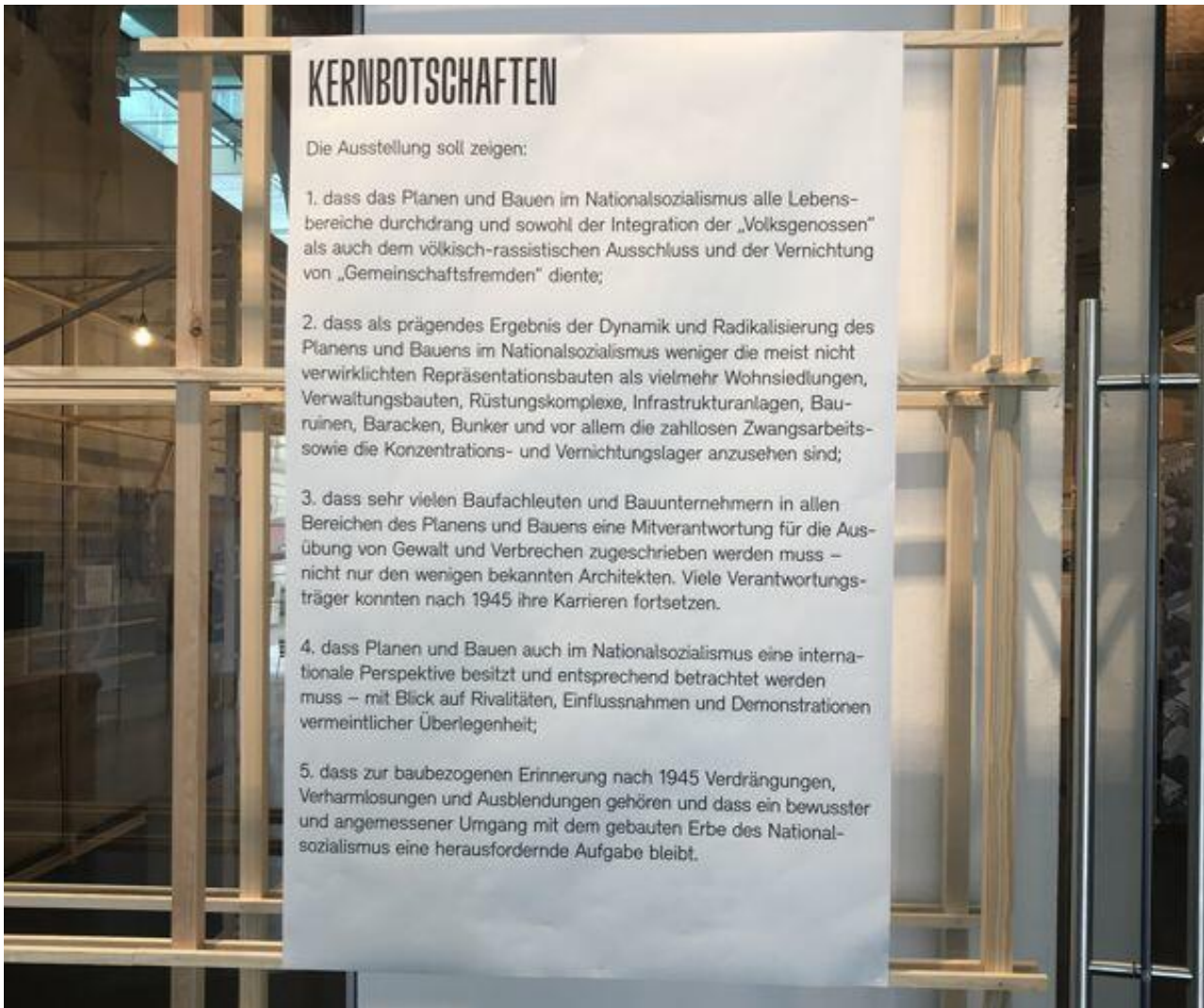


Abb. 1: Eingangssituation: Vom großzügigen, lichtdurchfluteten Foyer des Neubaus geht es in die historischen Räume der Akademie.
(Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin;
Foto: © Andreas FranzXaver Süß)



Abb. 2: Der Prolog zur Ausstellung im Foyer thematisiert den Akademiebau sowie die verschiedenen Ämter und Funktionen von Albert Speer.

(Foto: Janaina Ferreira dos Santos, ZZF Potsdam, CC BY-SA)



*Abb. 3: Die „Kernbotschaften“ der Ausstellung stehen am Anfang des Besuchs.
(Foto: Annika Wienert, CC BY-SA)*

Den Auftakt zur Ausstellung bildet die Geschichte des Akademiebaus selber, ab 1937 Dienstsitz von Albert Speer als Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (**Abb. 2**). 1945 wurde das Haus schwer zerstört; der 2005 eröffnete Neubau von Günter Behnisch integriert jedoch einige Überreste. In dieser Enfilade historischer Räume wird die Ausstellung präsentiert. Vor dem Eintritt in den ersten Raum proklamiert eine Texttafel die fünf Kernbotschaften des Ausstellungsteams (**Abb. 3**). Das Ausbuchstabieren einer didaktischen Zielvorgabe wirkt befremdlich, die Formulierungen erscheinen teils ungenau und vage („sehr vielen Baufachleuten und Bauunternehmern“ müsse „eine Mitverantwortung [...] zugeschrieben werden“; bestimmte Bauten seien „prägendes Ergebnis der Dynamik und Radikalisierung des Planens und Bauens“; zur „baubezogenen Erinnerung nach 1945“ hätten „Verdrängungen“ gehört – Einleitung der UHK, S. 9f. im Katalog). Offenbar gab es ein starkes Bedürfnis, den Gegenstand der Ausstellung einzuhegen, mit Warn- und Gebrauchshinweisen zu versehen, begleitet von einem Misstrauen in die Urteilskraft des Publikums und letztendlich einer gewissen Furcht vor den Exponaten selbst.



*Abb. 4: Blick in den ersten Raum
(Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin;
Foto: © Andreas FranzXaver Süß)*

In diese Richtung lässt sich auch das Ausstellungsdesign deuten. Die Ausstellungsarchitektur von Roswitha Kötz basiert auf freistehenden Gerüsten aus Theaterlatten, an welche die Texte und das Bildmaterial in verschiedener Höhe angetackert sind (**Abb. 4**). Das „arme“ Material bricht jeglichen Gedanken an eine Nobilitierung der Exponate qua musealer Präsentation. Die Anordnung der Gerüste und die Anbringung der Bilder lassen keine langen Sichtachsen zu, und statt einer eindeutigen Wegführung ergibt sich ein eher labyrinthischer Eindruck. Die Bilder, sämtlich Reproduktionen, wirken nicht wie das Eigentliche des Projekts, sondern eher als beispielhafte Illustrationen, die vielfach auch durch andere Motive ersetzt werden könnten. Bewegte Bilder scheinen besonders bedrohlich zu sein: Historischem Filmmaterial, das an verschiedenen Stellen in das Ausstellungsdisplay eingebunden ist, ist jeweils ein Disclaimer vorgeschaltet, dass „die Ideologie des Nationalsozialismus“ wiedergegeben werde: „Wir distanzieren uns von den darin enthaltenen Werturteilen und verweisen auf die Darstellungen in den Ausstellungstexten.“ Es gilt also das Primat des Textes, auch wenn die Ausstellungstexte recht kurz sind und somit notgedrungen wenig erklären.

Es gehört dessen ungeachtet zu den Verdiensten der Ausstellung, zahlreiche Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft zu adressieren, die durch das Forschungsprojekt in den Blick gerieten. Die Präsentation befasst sich mit dem Wohnungs- und Siedlungsbau, mit Repräsentationsbauten für Partei und Staat, mit Lagern verschiedener Typen, mit Infrastrukturprojekten und Raumplanung. Sie gibt Hinweise auf den internationalen Kontext einzelner Bauaufgaben, thematisiert Kontinuitäten nach 1945 und stellt schließlich auch die Frage nach dem Umgang mit den baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus.

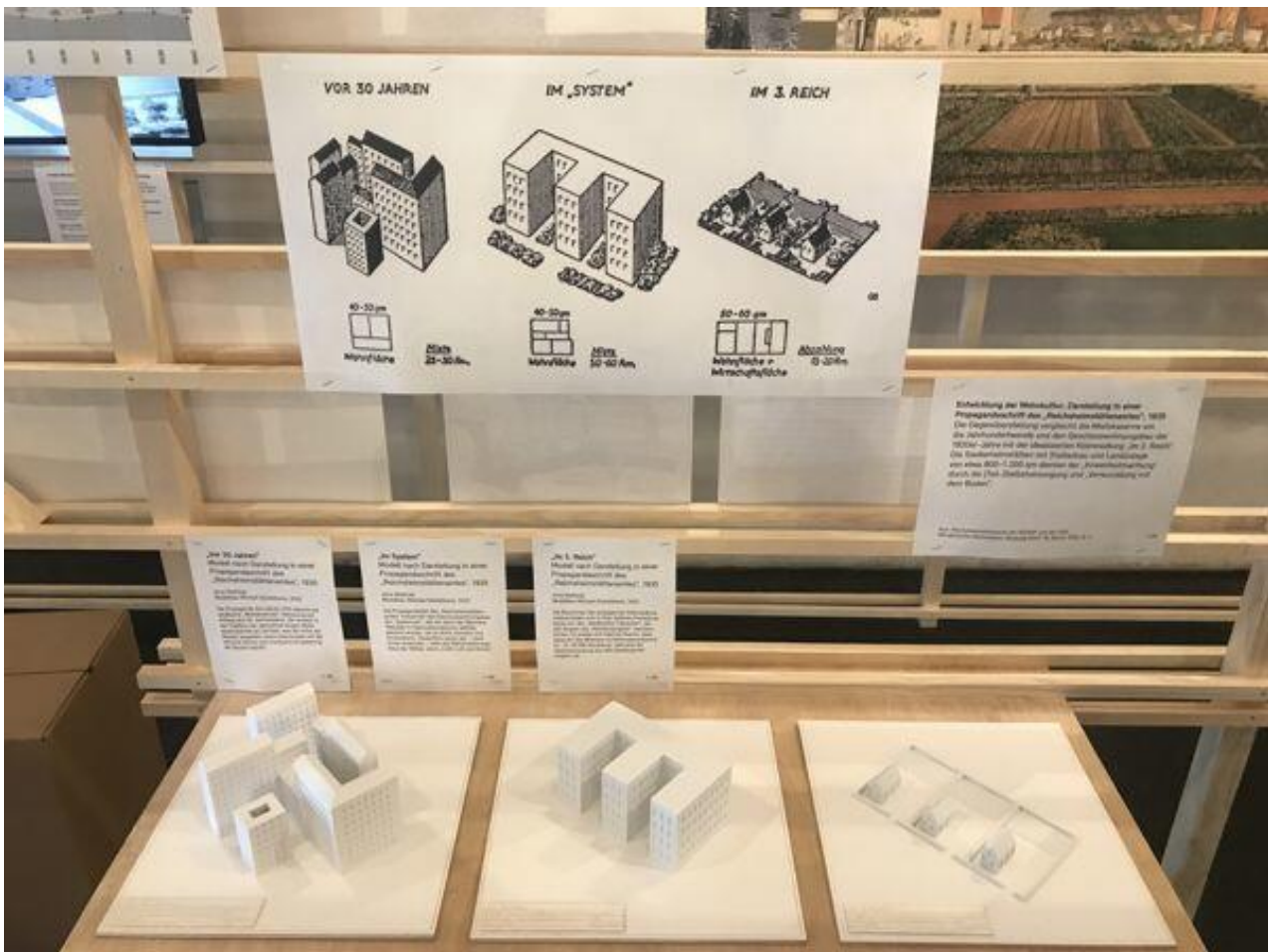


Abb. 5: Grafik aus einer Schrift des „Reichsheimstättenamtes“ von 1935, in der sowohl der Wohnungsbau des Kaiserreichs als auch der Weimarer Republik geschmäht werden. Davor Modelle auf Grundlage dieser schematischen Darstellungen, die für die Ausstellung neu angefertigt wurden. (Foto: Annika Wienert, CC BY-SA)

Die Themen sind grob chronologisch geordnet. Der erste Raum befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Wohnungsbau der 1930er-Jahre; präsentiert wird die nationalsozialistische Hetze gegen das Bauen der „Systemzeit“ und gegen die Großstadt allgemein (**Abb. 5**). Gigantomane Pläne für Repräsentationsbauten werden hier beispielhaft erläutert, ebenso das Lager als Signum des Nationalsozialismus, das sich durchaus auch an die „Volksgemeinschaft“ richten konnte, wie die „SS-Kameradschaftssiedlung“ in Berlin-Zehlendorf (heutige „Waldsiedlung Krumme Lanke“) oder das „Gemeinschaftslager“ für angehende Juristen in Jüterbog zeigen. Auch dieser Typus Lager war einerseits mit Disziplinierung und Kontrolle verbunden, andererseits mit Zwangsarbeit sowie der Enteignung und Vertreibung jüdischer Hausbesitzer und Mieter:innen. Die behauptete „Gleichschaltung“ des Bundes Deutscher Architekten (BDA; siehe Ausstellungstafel 1–51, Katalog S. 70) ist hingegen an anderer Stelle schon kritischer und genauer dargestellt worden; der BDA hatte sich zunächst selbst „gleichgeschaltet“ und die jüdischen Mitglieder ausgeschlossen.^[2]

Der zweite Raum widmet sich Infrastrukturprojekten und dabei vor allem der Reichsautobahn, zeigt mit einer Auswahl an Privathäusern der NS-Elite die Bandbreite der Formen und des Geschmacks, thematisiert die Altstadtsanierungen mitsamt ihrem biologistischen, pathologisierenden und moralisierenden Vokabular wie „Entschandlung“ und „Stadtgesundung“ und weist schließlich auf die Vielzahl an Kasernenneubauten hin.



Abb. 6 und 7: Im zentralen Raum der Ausstellung liegt der Schwerpunkt auf den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Die interaktive Installation bietet umfangreiche Informationen zum KZ Flossenbürg.
(Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin;
Fotos: © Andreas FranzXaver Süß)

Das Zentrum der Ausstellung ist der dritte Raum. In der Mitte steht eine interaktive Doppelprojektion zum Konzentrationslager Flossenbürg (**Abb. 6 und 7**). Auf einem Tisch sind die Geländeerhebungen sowie einige Bauten nachgebildet, darauf wird die Lagerstruktur projiziert. Es gibt ein Touchmenü, mit dem Informationen zu einzelnen Aspekten des Lagers auf der vertikalen Leinwand abgerufen werden können. (Die Installation wurde eigens für die Ausstellung entwickelt und wird im Anschluss in der Gedenkstätte Flossenbürg gezeigt werden.) Planen und Bauen werden in Bezug auf die Konzentrationslager zweifach thematisiert: zum einen durch die Bedeutung der Zwangsarbeit für die Bauindustrie wie im Steinbruch in Flossenbürg oder im Klinkerwerk in Sachsenhausen, zum anderen durch die Planung und den Bau der Lager selbst. Dieser Aspekt wird mit der übergroßen Reproduktion eines Fotos von Architekten im Büro der Zentralbauleitung des KZ Auschwitz visualisiert.



*Abb. 8: Großformatige Reproduktion eines Fotos, das die SS-Zentralbauleitung des KZ Auschwitz zeigt
(Foto: Annika Wienert, CC BY-SA)*

Die Audiostation hingegen, an der kurze Ausschnitte aus Berichten von vier Überlebenden der Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ anzuhören sind, wurde von der Rezensentin bei ihrem Besuch schlicht übersehen. Die Vernichtungslager in Belżec, Treblinka und Sobibór sowie das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz werden mit kurzen Texten und mit Bildmaterial unterschiedlicher Provenienz präsentiert. Zusätzlich finden sich in diesem Raum großformatige farbige Luftbilder der Gedenkstätten, aufgenommen ab 2012 von Rainer Viertlböck unter dem Titel „Strukturen der Vernichtung“. Damit wird ein Bezug zur Gegenwart hergestellt, dem ein Appell zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen inhärent ist. Die Opfer dieser Verbrechen bleiben leider weitgehend eine anonyme Masse, zum Lager Sobibór wird nicht einmal die geschätzte Opferzahl angegeben.



Abb. 9: Das Ghetto in der Kleinstadt Nowy Sącz wurde mit einer Mauer abgetrennt (Foto von 1942). Die Wohnsituation im Ghetto war dramatisch: Teilweise lebten bis zu 20 Personen in einer Einzimmerwohnung.
(Foto: Annika Wienert, CC BY-SA)

Beim Thema der Ghettos ergibt sich ein Widerspruch zwischen Text und Bildern: Auch wenn der Text darauf hinweist, dass nur wenige Ghettos baulich abgeriegelt wurden, zeigen die ausgewählten Fotos allesamt eine Mauer (hier als Beispiel: **Abb. 9**). Insofern entsteht zum einen ein selektives Bild der Ghettos, zum anderen hat die jüngere Forschung für das Ghetto in Warschau darauf hingewiesen, dass die Abriegelung keinesfalls hermetisch war, Interaktionen verschiedenster Art zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Stadtbevölkerung weiterhin stattfanden. So dient die Vorstellung einer unüberwindbaren Trennung einem bestimmten, die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft exkulpierenden Geschichtsnarrativ.^[3] Ergänzt wird der Themenkomplex Lager und Ghettos durch Informationen zum „Generalplan Ost“, zur europaweiten Tätigkeit der Organisation Todt sowie zu Baumaßnahmen der Rüstungsindustrie. Dadurch werden der Umfang und die Reichweite der Bautätigkeiten deutlich, die auch unter den Kriegsbedingungen ab 1941 fortgeführt wurden.

Dem Holocaust, der mörderischen Zwangsarbeit und der Rüstung für einen verbrecherischen Krieg sowie dessen baulichen „Begleitmaßnahmen“ nachgeschaltet ist der vierte Ausstellungsraum, der sich den gigantischen, zum großen Teil nicht mehr realisierten Repräsentationsprojekten unter anderem für München (**Abb. 10**), Nürnberg, Weimar und Berlin widmet. Für Berlin wird gezeigt, wie direkt Albert Speer in die Enteignung und Vertreibung der Berliner Juden und Jüdinnen involviert war. Diese selbst erscheinen aber nur *ex negativo*: In einem Berliner Stadtplan von 1941/42 wurden verschiedene Quartiere als „judenrein“ ausgewiesen (**Abb. 11**).



Abb. 10: Das Planungsmodell Münchens belegt, wie weitreichend das Stadtzentrum umgestaltet werden sollte.
(Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin;
Foto: © Andreas FranzXaver Süß)

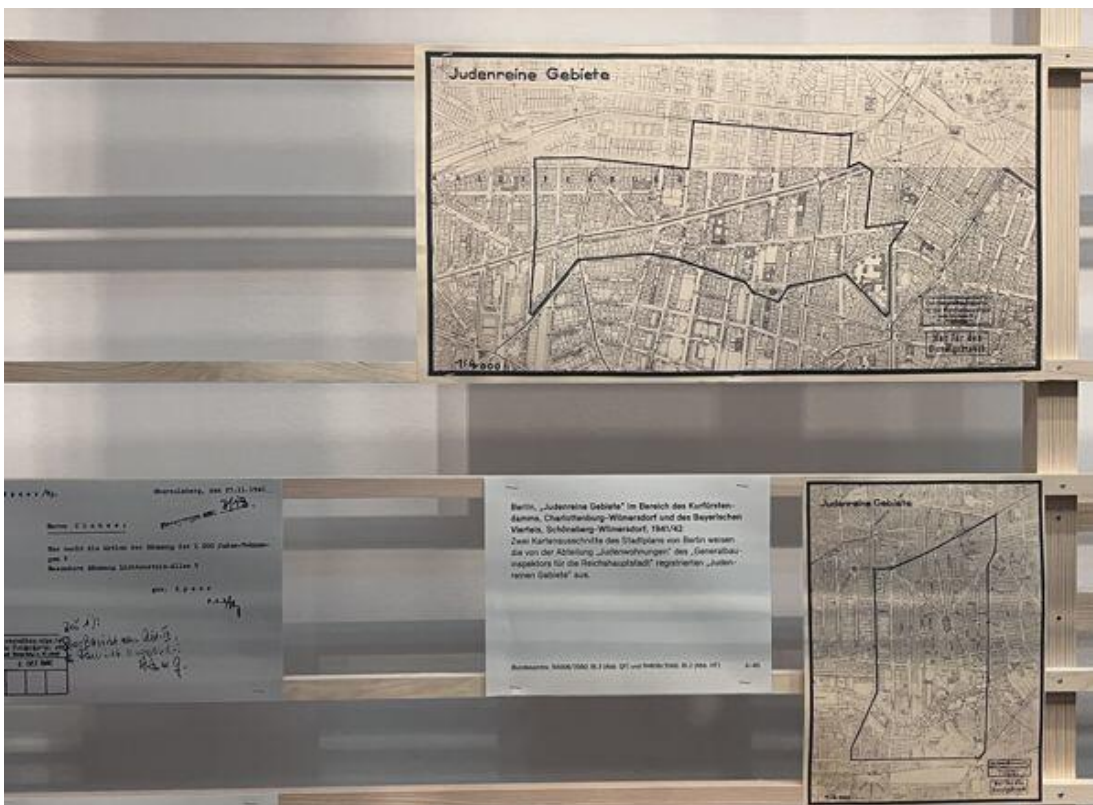


Abb. 11: Albert Speers Planungen für Berlin gingen mit umfangreichen Enteignungen und Vertreibungen von Juden und Jüdinnen einher.
(Foto: Janaina Ferreira dos Santos, ZZP Potsdam, CC BY-SA)



*Abb. 12: Die alphabetische Anordnung der Biogramme von verantwortlichen Politikern, Architekten und Stadtplanern hat der Ausstellung die Kritik eingebracht, in unterschiedlichem Maße involvierte Personen gewissermaßen auf eine Stufe zu stellen: Auf Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen und ab 1942 „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“, folgt etwa der Architekt Hans Scharoun, der zwar in Deutschland blieb, aber sich den Nationalsozialisten nicht andiente.
(Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin;
Foto: © Andreas FranzXaver Süß)*

Im fünften Raum werden 150 Kurzbiografien „deutscher Architekten, Ingenieure, Handwerker und Baubeamter, darunter vier Frauen“ (Katalog, S. 294) inklusive Porträtfotos umlaufend in zwei Reihen und in alphabetischer Reihenfolge präsentiert (**Abb. 12**). Dass ihre Beteiligung an oder Haltung zu den nationalsozialistischen Verbrechen durchaus unterschiedlich zu bewerten ist, wird im Wandtext allgemein formuliert; die einzelnen Biogramme geben darüber aber wenig Aufschluss.



Abb. 13: An der Stirnseite des fünften Ausstellungsraums werden erneut zeitgenössische Fotografien von Konzentrationslagergedenkstätten gezeigt. (Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin; Foto: © Andreas FranzXaver Süß)

Die Ausstellungstafeln in der Mitte des Raumes befassen sich mit den architektonischen Planungen unter den Bedingungen des „totalen Krieges“, darunter auch mit den Wiederaufbauplänen, an denen seit 1943 gearbeitet wurde. Es finden sich hier zudem Beispiele für Umnutzungen ehemaliger Konzentrationslager nach Kriegsende (etwa Sozialwohnungen in ehemaligen SS-Bauten in Flossenbürg Ende der 1950er-Jahre), die mittlerweile allesamt Gedenkstätten sind. Ergänzt wird das in diesem Raum präsentierte historische Material erneut durch Luftbilder Viertelböcks (**Abb. 13**).

Hier könnte die Ausstellung einen Abschluss finden, was deren Architektur auch nahelegt, da es sich bei dem fünften um einen „gefangenen“ Raum handelt. Es folgt aber noch ein durchaus umfangreicher Annex, der in der „gläserne[n] Passage zwischen Pariser Platz und Holocaust-Mahnmal“ (Katalog, S. 13) gezeigt wird und sich mit der Entwicklung vom Kriegsende (**Abb. 14**) bis in die Gegenwart in beiden deutschen Staaten bzw. im vereinten Deutschland beschäftigt.



Abb. 14: Als Übergang zum frühen Städtebau in der Bundesrepublik und der DDR wird die bauliche Entnazifizierung Deutschlands unter alliierter Besatzung thematisiert. (Ausstellungsansicht „MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus“, 19.4.–16.7.2023, Akademie der Künste am Pariser Platz, Berlin; Foto: © Andreas FranzXaver Süß)

Trotz der thematischen Breite und der Einbeziehung des Planungsprozesses erscheint der Architekturbegriff, welcher der Ausstellung zugrunde liegt, eigentümlich eng gefasst: Soziale Folgen, Auswirkungen auf Individuen, Familien oder Gruppen werden meist unkonkret oder allgemein beschrieben. Die Aussage des Kurators Benedikt Goebel, „die NS-Architektur“ sei „für die Ausstellung wie für das gesamte Forschungsvorhaben nachrangig“ (Katalog, S. 13), verwundert in zweierlei Hinsicht. Zum einen erstaunt der schiere Umstand, dass bei einem Projekt, das sich dem Bauen und Planen widmet, die Architektur *en passant* für sekundär erklärt wird. Zum anderen werden so „Organisationsstrukturen“, „Produktionsbedingungen“, „Folgen der NS-Baupolitik“ und handelnde Personen (ebd.) – Punkte, die laut Goebel stattdessen im Fokus standen – aus dem Verständnis von Architektur ausgeklammert. Dieser Architekturbegriff ist nicht auf der Höhe der theoretischen Diskussionen der aktuellen Architekturgeschichte und wird vermutlich auch nicht von allen beteiligten Autoren geteilt.

Ein weiterer grundsätzlicher Kritikpunkt betrifft die Auffassung davon, wer als relevante handelnde Person zu begreifen ist. In der Ausstellung treten fast nur NS-Funktionäre und Architekten in Erscheinung. Die Opfer ihres Handelns bleiben, sofern sie überhaupt vorkommen, in der Regel anonym. Gefangene des KZ Flossenbürg, die im Steinbruch Zwangsarbeit leisten, dienen als Motiv des Ausstellungsplakats und des Katalogcovers – als Individuen treten Gefangene der verschiedenen Lager aber nicht in den Vordergrund. Entrechtung, Enteignung, Verfolgung und Mord werden benannt und nachvollziehbar mit den Bau- und Planungsaktivitäten verknüpft, aber es wird selten einmal konkret gemacht, was dies für die Opfer bedeutete. Auch der spezifische Charakter des Holocausts als Mord an *Juden* wird kaum benannt (die Rezensentin konnte den Begriff außerdem nicht in den Begleittexten oder im Katalog entdecken).



Abb. 15: Vladimír Matějka, Marsch zum Klinkerwerk, Aquarell, 1985. Das Gemälde des tschechischen Überlebenden der Lager Dachau und Sachsenhausen gehört zu den wenigen Selbstäußerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus, die in der Ausstellung zu finden sind.

(Foto: Janaina Ferreira dos Santos, ZZF Potsdam, CC BY-SA)

Namen und Selbstäußerungen von individuellen Opfern des Komplexes „Bauen und Planen im Nationalsozialismus“ sind in der Ausstellung äußerst spärlich zu finden. Sie seien hier abschließend genannt: Zu hören sind kurze Ausschnitte aus den publizierten Berichten der Überlebenden Thomas Toivi Blatt (Sobibór), Rudolf Reder (Belžec), Richard Glazar und Jankiel Wiernik (beide Treblinka). Letzterer musste als Schreiner diverse Bauten im Lager Treblinka errichten und fertigte nach dem Krieg in Israel ein Modell des Lagers an, das im Museum des Ghetto Fighters' House ausgestellt wird und von dem jetzt in Berlin ein Foto gezeigt wird. Vom Künstler Arnold Daghani stammt eine Zeichnung, die er während seines Zwangsarbeitseinsatzes an der bis Kriegsende über 1.000 Kilometer langen sogenannten Durchgangsstraße IV in der besetzten Ukraine anfertigte. Schließlich ist noch ein Aquarell von Vladimír Matějka ausgestellt (**Abb. 15**). Es entstand erst 1985 und gibt somit einen Hinweis darauf, dass die Überlebenden von ihren Erfahrungen im Lager langfristig gezeichnet blieben.

Anmerkungen:

[1] Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (Hrsg.), Planen und Bauen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen, 4 Bde., München 2023. Zur Kommission siehe auch <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/historikerkommission/historikerkommission-node.html> (20.06.2023).

[2] Andrea Bärnreuther, Revision der Moderne unterm Hakenkreuz. Planungen für ein „neues München“, München 1993, S. 95.

[3] Elżbieta Janicka, A Triumphant Gate of the Polish Narrative. The Symbolic Reconstruction of the Bridge over Chłodna Street in Warsaw vis-à-vis the Crisis of the Dominant Polish Holocaust Narrative, in: *Studia Litteraria Historia* 8 (2019), <https://doi.org/10.11649/slh.2417> (20.06.2023).

Zitation

Annika Wienert: Ausstellungsrezension zu: *MACHT RAUM GEWALT. Planen und Bauen im Nationalsozialismus*, 19.04.2023 - 16.07.2023 Akademie der Künste, In: H-Soz-Kult, 24.06.2023, www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/reex-135148.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Looking at the Ghetto... The Warsaw Ghetto Uprising: Eighty Years in Retrospect

Organisatoren Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow

04103 Leipzig

Vom - Bis

17.04.2023 - 19.04.2023

Von

Josefine Rein, Friedrich-Schiller-Universität Jena

The memory of the Warsaw Ghetto Uprising became a matter of dispute, among Jews and non-Jews alike, almost immediately after its repression by German forces and was debated between rival political, social, and national groups and in different languages and cultural contexts. A controversy arose and continues in different forms until today over the meaning of heroism, between struggle for survival and active resistance and the role of the Polish population facing the Holocaust. This conference, organized by TOM NAVON (Leipzig), JAN GERBER (Leipzig) and LUKAS BÖCKMANN (Leipzig), brought together scholarship on the historical event and its memory. The contradictions relating to the memorial history of the Warsaw Ghetto Uprising were born from the complexity of the event itself. Larger questions of universalism and particularism, nationalization and acculturation, experience, and memory were invoked, concerning the destruction of anthropological certainties, the transformation of Jewish self-understanding, and the character of the ghetto as a point of transit between life and death. As Jan Gerber stated in his introduction, the conference itself aimed at commemorating the historical event through critical engagement and analysis.

AGNIESZKA HASKA (Warsaw) opened the discussion on remembrance with her study on the ongoing battle of memory and how it is inscribed in the landscape of the former Warsaw Ghetto. She illustrated the contesting Polish and Jewish narratives of memory that either emphasize the Warsaw Uprising or the Ghetto Uprising with the example of the Bauman Children's Hospital, where one memorial plaque honors the Jewish pediatrician Anna Braude Heller, and another one the role played by the hospital during the Polish uprising.

JAN GERBER addressed the memory of the Warsaw Ghetto Uprising in divided Germany. The heroic narrative of the ghetto uprising, which was even stronger in Eastern Germany, overshadowed the discussion of the suffering of the victims and German responsibility. Willy Brandt's 1970 genuflection in front of the memorial to the ghetto fighters was not only a turning point in West German remembrance policy but also a symbol of the changed perception of the ghetto uprising. The crime and its victims became the central reference point of memory, at the expense of the memory of resistance and the Warsaw Ghetto Uprising.

LAURENCE WEINBAUM (Jerusalem) claimed that remembrance and research on the revisionist ŻZW (Jewish Military Union) have been pushed to the margins. He explained this with a lack of sources and a lack of a symbolic figure such as Mordechai Anielewicz, but also today's political agendas of remembrance. The history of the ŻZW has been further distorted by false accounts by Poles as Henryk Iwański and the creation of the merely fictitious figure of Dawid Apfelbaum. Weinbaum called on today's historians to also research actors they are not sympathetic with.

MATYLDA JONAS-KOWALIK (Uppsala) presented a second force in the uprising, the communists. Although they provided at least 57 fighters, their contribution to the uprising is still a gap in the historiography of the event. Their history was distorted by the political agendas of the People's Republic of Poland and sidelined after 1989 due to anticommunist resentment. However, the fact that the communists had close ties with their counterparts on the other side of the ghetto wall makes them a fascinating subject for study. She then presented her findings on the communists' history, which was marked by a transition from a mosaic of organizations connected by ideology but separated by structures to a unified group that sought to build anti-fascist alliances.

The alliance between the different political forces to a united uprising was presented by TOM NAVON. Before the war, the youth movements were divided by their organizational and ideological differences as communists, socialists, and Zionists. With the closing of the ghetto the youth movements were cut off from the first-rank leadership of their organizations and therefore from the strong organizational ideological cohesion. The common experience in the ghetto and common strategies to deal with the acute needs unified the different movements, resulting in the formation of a common fighting organization (ŻOB). However, Navon emphasized that political differences remained meaningful for the members until the very end.

In his keynote lecture, JAN TOMASZ GROSS (New Jersey) located the ghetto within Polish history. With the title "It's nothing. It's in the ghetto," he referred to the Polish mindset during the war, which removed the Jewish experience in the ghetto from the realm of their own experience and human solidarity. The great silence within the People's Republic of Poland was broken with the end of the communist regime and the opening of archives when the debate about the Jewish suffering and the role played by the Polish "bystanders" burst into the public space. Gross criticized the still-enduring repression of the Holocaust and the ghetto within the Polish consciousness and historical memory. How can the extermination of three Million mostly urban Poles and the massive restructuring of society it caused not be considered a major event in the Polish history of the 20th century, he asked.

LUIZA NADER (Warsaw) worked with paintings from the ghetto as records of everyday life, but added that they transcend the visual testimony of photography by also teaching us about the emotional experience. With the example of the works by Mieczysław Wejman, she showed how his art can help historians understand the emotional implications of the

obscene experience of the total indifference of Poles to the suffering of the Jews in the ghetto. By closely looking at the drawings of Halina Ołomucka, Nader showed that the act of drawing itself can be understood as an act of subversion and resistance, that gave the artist emotional strength and purpose to survive the ghetto.

AGNIESZKA KAJCZYK (Warsaw) and ANNA DUŃCZYK-SZULC (Warsaw) presented their research on film and photography sources showing the Warsaw Ghetto and its uprising. By looking at material from both bystanders outside and victims inside the ghetto, as well as materials by men and women, professionals and amateurs, criminals and Righteous Among the Nations, they looked at the ghetto from a multitude of viewpoints. In the following discussion, the audience expressed that for example, the pictures from outside the ghetto walls help to illustrate how much the closure of the ghetto also influenced and changed the city outside the walls.

In contrast, CHRISTOPH KREUTZMÜLLER (Bad Arolsen) and TAL BRUTTMANN (Paris) looked at the perpetrator's photographs of the uprising. They criticized the use of photographs from the Stoop Report, which is still common, to illustrate the ghetto uprising, although they show a historically inaccurate image of the event. Critically reading the photographs of the Stoop Report reveals that they are mere propaganda material, creating a narrative of a heroic German battle. Most scenes were staged and there are no depictions of armed fighters, the main actors of the historical event. As an alternative to the perpetrator's sources, they suggest using prewar photos of the fighters to illustrate the uprising.

The following panel focused on some of the protagonists of the uprising. AVIHU RONEN (Haifa) studied the important role female protagonists played in the leadership as delegates outside the ghetto and paramedics, messengers, and fighters during the uprising. Ronen explained their unique role through the movement's egalitarianism, solidarity, and socialism. Most youth groups in the movement had a male military leader and a female social leader. Since more female leaders survived, they emphasized the role of their fallen male co-leaders, which undermined the role of women in the narrative of the uprising. The audience added that most of these women went back to the household sphere when they arrived in the Kibbutzim in Israel. Another question from the audience remained unanswered: While women fought on the front line with the men, did men also take up tasks in the female (care)sphere?

MARIA FERENC (Warsaw) told the story of the heroization of Mordechai Anielewicz. With the example of Emanuel Ringelblum, she showed how intellectuals turned Anielewicz into the embodiment of the courageous Jew during the war. As the different youth movements involved in the uprising struggled to dominate the narrative of the uprising after the war, Anielewicz emerged as a Zionist national symbol. In communist Poland on the other hand Anielewicz became a universalized symbol of a Polish worker fighting fascism while leaving out his Zionism and Jewishness.

CONSTANCE PÂRIS DE BOLLARDIÈRE (Paris) engaged with Marek Edelman, another leader of the uprising, by contextualizing his recovered notes. Although the fragmented notes do not address the time of the uprising, de Bollardière argued that they help us understand the context in which the event took place, as well as the context in which Edelman wrote down his memories. Edelman most likely created the notes in 1968, after losing his job due to antisemitic politics, which gave him the time and might have also given him the motivation to write about his experience. De Bollardière also contextualized the French publication of the notes in 2022 within a broader effort to commemorate Edelman in France.

Seite B 106 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

The following panel discussed the testimonies of Rachel Auerbach and Tzivia Lubetkin. KAROLINA SZYMANIAK (Warsaw) looked at the testimony delivered in the work of Rachel Auerbach, who, as a woman and Yiddishist, has been marginalized by researchers. Auerbach used literature, film, and radio to make the uprising more visible in the public sphere. She moved towards a general heroization of the unknown masses of the ghetto in her work and included a greater variety of acts in her understanding of resistance. Also, gender dimensions are repeatedly made visible in her work.

RIVKA BROT (Tel Aviv) presented her study on Tzivia Lubetkin's testimonies in Israel. Between her arrival in Israel 1946 and the Eichman Trial 1961, Lubetkin moved from a sad and emotional narrative to a more heroic story. This contribution to the heroic collective national memory was expected from her, but, as Brot said, was also part of her own Zionist ethos. Nevertheless, she still sought to tell a personal, emotional, complex, and multilayered story.

YEHUDIT DORI DESTON (Jerusalem) broght together the two witnesses Tzivia Lubetkin and Rachel Auerbach by comparing their testimonies at the Eichmann Trial. While Lubetkin's testimony strengthened her status as a symbol of national heroism, Auerbach remained in the shadows. Deston concluded that unlike Lubetkin's heroic story Auerbach's diasporic narrative, emphasizing cultural destruction and speaking Yiddish did not fit the dominant Israeli narrative of the time.

HAVI DREIFUSS (Tel Aviv/Jerusalem) stated that although civilians made up 98 percent of the ghetto inhabitants, their resistance is hardly a subject of discussions on the uprising. As early as January 1943 the masses resisted deportations with disobedience, escape, and hiding. Unlike the fighters who fought for Jewish honor, the residents fought for their survival. Their resistance was eventually broken through hunger and fire. Mentally and physically weakened, they crawled out of their bunkers; those who were not shot were deported to the gas chambers.

SEBASTIAN MUSCH (Osnabrück) drew a connection between the Warsaw Ghetto Uprising and the Bermuda Conference on refugees, which both started on April 19th, 1943. The conference became a symbol of U.S. and British inaction in the face of the suffering of European Jews. Both events arose out of the context of German military aggression and took place in relative isolation from the global environment. Although the Bermuda Conference and its connection to the Warsaw Ghetto Uprising received some attention in 1943, the conference and its link to the uprising have since been forgotten.

NOAM LEIBMAN (Givat Haviva/Haifa) presented his study on the attitude of individual Jewish Policemen towards the uprising in their wartime memoirs. Most policemen were empathetic towards the uprising and wrote positively about this attempt to save Jewish honor. However, the uprising challenged their understanding of their own participation in the Holocaust as Jewish policemen. Stanislaw Gombinski for example dealt with his own role by emphasizing the victimhood of every Jew, and by presenting the fighters and himself as non-agents, driven by fate in a world where everyone must play a role, not by conscious decision.

In his presentation on the Adolf Berman Collection, NOAM RACHMILEVITCH (Ghetto Fighters' House) stated that the wartime commemoration reflected in the collection must be understood within the context of the activities of Berman and his comrades within the Jewish National Committee and the Żegota. The organizations helped 12.000 Jews to survive in hiding in Warsaw after the liquidation of the ghetto. On the first anniversary of the uprising, the Committee published the poem collection "Voice from the Abyss" to

commemorate, but also to give the Jews in hiding faith. They asked the people in hiding to write down their memories, not only to document the war but also to distract them and give them purpose. The activities together with the commemoration, explained Rachmilevitch, also gave the activists purpose in life and a way of dealing with their survivor guilt.

The panel on commemoration in communist Poland started with STEPHAN STACH's (Leipzig) study on the Jewish, communist historian Bernard Mark, who has published extensively on the ghetto uprising, first in exile in the Soviet Union and later as the director of the Jewish Institute in Warsaw. In his work, he placed the uprising as a heroic struggle for freedom within the series of Polish uprisings in the 19th century and the anti-fascist struggle against Hitler Germany. However, increasing antizionist censorship from the Polish government made him move away from this narrative. Stach characterized Mark as a communist, who was not willing to give up his Jewish identity for his ideology. Even against resistance, Mark sought to make the Jewish perspective visible to the Polish public.

YECHIEL WEIZMAN (Ramat Gan) came to a similar conclusion on commemoration in communist Poland in his study of the anniversaries of the Warsaw Ghetto Uprising. Within the context of Soviet antizionism, the Polish state in 1953 started universalizing the uprising as a fight against fascism at the cost of the Jewish story, instrumentalizing it for communist state propaganda. With the Eichmann Trial and increased international attention following criticism by survivors, the Polish state commemoration tried to bridge the tension between Polish nationalist propaganda and their international reputation, while being challenged by alternative forms of commemorations by the Solidarity movement around Marek Edelman.

PAWEŁ DOBROSIELSKI's (Warsaw) presentation added a more current perspective to the panel. He analyzed the shift in public discourses of commemoration of the uprising since the elections of the Polish right-wing Law and Justice party in 2015. Within the new nationalist populism, the discourse Polonized and Catholicized the uprising and repressed the narrative of the Jewish victims. The discourse, says Dobrosielski, frames the Polish people in general as Righteous Among the Nations and denies any Polish participation in the Holocaust.

The last panel on memory and art began with ANNA ARTWIŃSKA's (Leipzig) attempt to reread early literature on the uprising, with today's epistemological and methodological approaches. She read the novel "Holy Week" by Jerzy Andrzejewski as a social diagnosis of the Polish intelligentsia, which was sympathetic to the Jewish suffering, but saw a symmetry in the suffering of Poles and Jews under Nazi occupation and ignored the Polish role in the suffering of the Jews. Władysław Szlengel's "What I Read to the Dead" on the other hand criticizes Poles for their indifference and emphasizes the different experiences under Nazi occupation.

MARKUS ROTH (Frankfurt am Main) focused on the art of theatre within the ghetto. The humor with which the theatre and satirical songs addressed the suffering in the ghetto, stated Roth, was a practice of self-assertion and resistance. By picking out small details of everyday life in the ghetto, it made the great all-encompassing suffering more bearable. By inverting the hierarchies between victim and perpetrator just for a moment, the Jews in the ghetto regained some agency. Not only the armed struggle by the fighters, the hiding by the masses, and the documentation by Oneg Shabbat but also the cultural resistance should be analyzed and commemorated, Roth concluded.

Seite B 108 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

SAMANTHA BASKIND (Ohio) added another literary analysis to the panel by looking at the 1961 fictional novel on the ghetto uprising "Mila 18" by the American Jew Leon Uris. The book was not meant for remembrance but to create a new postwar image of the strong courageous Jews. In contrast to the stereotype of the weak and non-patriotic Jew, Uris displays his main protagonist as a Jewish warrior with mystic power and a strong masculine spirit. As Baskin shows, the book cover is a metaphor for the biblical David, with which Uris tries to create a new Jewish identity and history of heroism.

The conference was concluded with a round table discussion with Rachel Einwohner, Avinoam Patt, and Daniel Blatman on the new perspectives on the relationship between history and memory emerging from the conference. Daniel Blatman questioned the lack of perspectives from Germans and perpetrators at the conference and assumed that also the Polish perspectives offer us much more material than what has been presented at the conference so far. Rachel Einwohner questioned Marek Edelman's perspective that there is only room for one hero in the story. Does memory have to be a battlefield, between Zionists and Bundists, between Lubetkin and Auerbach, between Poles and Jews? Maybe a truly collective memory could allow ambiguity, diversity, and a multitude of remembrances. Avinoam Patt agrees that this would also allow us to see the multitude of resistance, not just from the fighters, but also the historians, painters, poets, and the masses. The panel questioned that the example of the commemoration of both Jewish Anna Braude Heller and the Polish Home Army at the Bauman Children's Hospital, presented in the beginning of the conference by Agnieszka Haska, must be a battle of memory. Does this example not show that Jewish and Polish memory can perfectly overlap in space, that they are interconnected and diverse? Daniel Blatman concluded that the task for future researchers is to balance this multitude of narratives into an integrated history of the Holocaust.

Conference Overview:

Eva Inès Oberfell (Leipzig), Yfaat Weiss (Leipzig): Welcome Remarks

Jan Gerber (Leipzig): Introduction

Panel 1: Remembering the Uprising

Chair: Andrzej Żbikowski

Agnieszka Haska (Warsaw): History, Politics and Collective Memory: The Ongoing Battle in the Landscape of the Former Warsaw Ghetto

Jan Gerber (Leipzig): Split Guilt: The Memory of the Warsaw Ghetto Uprising in Divided Germany

Panel 2: Driving Forces

Chair: Michał Trębacz

Laurence Weinbaum (Jerusalem): "They Must Leave an Imprint...": Unraveling the Convolved Story of the ŻZW in the Warsaw Ghetto Uprising

Matylda Jonas-Kowalik (Uppsala): "We Share the Same Goal – The Fight and the Resistance:" A New Look on the Communist Resistance in the Warsaw Ghetto

Tom Navon (Leipzig): "Socialist Youth Were Still Fighting": The Warsaw Ghetto Uprising and Modern Jewish Politics

Seite B 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Keynote Lecture

Chair: Yfaat Weiss

Jan Tomasz Gross (New Jersey): "It's Nothing. It's in the Ghetto." Reflections on the 80th Anniversary of the Warsaw Ghetto Uprising

Panel 3: Outlook on the Uprising

Chair: Maren Röger

Luiza Nader (Warsaw): The Witness and the Bystander: The Warsaw Ghetto Uprising in Visual Works of Halina Ołomucka and Mieczysław Wejman

Agnieszka Kajczyk and Anna Duńczyk-Szulc (Warsaw): Anthology of Glances: Warsaw Ghetto and the Uprising in Films and Photographs

Christoph Kreutzmüller (Bad Arolsen) and Tal Bruttman (Paris): Shifting Perspective: The Strop-Report Photos and the Ghetto Fighters

Panel 4: Protagonists

Chair: Noam Rachmilevitch

Avihu Ronen (Haifa): Women as Leaders: The Role of Women in the Jewish Resistance in Warsaw and Other Ghettos

Maria Ferenc (Warsaw): Making of the Hero: Memory of Mordechai Anielewicz in the First Years after the Uprising in the Warsaw Ghetto (1949–1943)

Constance Pâris de Bollardière (Paris): A Multi-Directional Contextualization: Marek Edelman's Recovered Notes on the Warsaw Ghetto

Panel 5: Bearing Witness

Chair: Tanja Zimmermann

Karolina Szymaniak (Warsaw): "Eyes Wide Open, Red from Smoke:" The Warsaw Ghetto Uprising in the Work of Rachel Auerbach

Rivka Brot (Tel Aviv): Tzivia Lubetkin: The Private and the Public, The Symbol and the Body

Yehudit Dori Deston (Jerusalem): Resistance, Memory and the Law: The Testimonies of Tzivia Lubetkin and Rachel Auerbach at the Eichmann Trial

Main Lecture

Havi Dreifuss (Tel Aviv/Jerusalem): Disobedience, Escape and Hiding: The Unknown Battle of the Masses

Panel 6: Wartime Perspectives

Chair: Bernd Karwen

Sebastian Much (Osnabrück): The Warsaw Ghetto Uprising and the Bermuda Conference on Refugees: Global Connections of Two Events in April 1943

Seite B 110 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Noam Leibman (Givat Haviva/Haifa): Wartime Memoirs: Jewish Policemen' Attitudes Toward the Uprising

Noam Rachmilevitch (Ghetto Fighters' House): Wartime Commemoration: The Adolf Berman Collection

Panel 7: Interpretation and Commemoration

Chair: Stefan Rohdewald

Stephan Stach (Leipzig): Ber(nard) Mark: Historian of the Warsaw Ghetto Uprising

Yecheil Weizman (Ramat Gan): The Dialectics of Commemoration: Anniversaries of the Warsaw Ghetto Uprising in Communist Poland

Paweł Dobrosielski (Warsaw): Warsaw Ghetto Uprising Anniversary Ceremonies 2015–2022 in the Shadows of the Polish Nationalistic Memory Politics: Public Discourse Analysis

Panel 8: The Art of Memory

Chair: Noam Leibman

Anna Artwińska (Leipzig): The First Witnesses: Władysław Szlengel's "What I Read to the Dead" and Jerzy Andrzejewski's "Holy Week" as Catastrophic Narratives and Social Diagnoses

Markus Roth (Frankfurt am Main): Staging Resistance: Resistance in the Warsaw Ghetto on Stage During the Holocaust and Afterwards

Samantha Baskind (Ohio): "I like my Jews Mean and Fighting:" Leon Uris' "Mila 18" and the Warsaw Ghetto Uprising in American Culture

Round Table Discussion: Between the Uprising and its Commemoration

Chair: Tom Navon

Rachel Einwohner, Avinoam Patt, and Daniel Blatman

Zitation

Tagungsbericht: Looking at the Ghetto... The Warsaw Ghetto Uprising: Eighty Years in Retrospect, In: H-Soz-Kult, 01.06.2023, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136471.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**03) Wasserregime – Hydraulische Gesellschaften in Europas
Stadtlandschaften 1350-1950**

Arbeitsbereich Zeitgeschichte, Universität Paderborn; Heinz Nixdorf MuseumsForum
(HNF)

3098 Paderborn

Vom - Bis

23.03.2023 - 24.03.2023

Von

Christina Lüke, Arbeitsbereich Zeitgeschichte, Historisches Institut, Universität Paderborn;
Michael Ströhmer, Historisches Institut, Universität Paderborn

Die Organisation eines urbanen Wassermanagements entwickelte sich in Europas Städten über Jahrhunderte aus dem Wechselspiel zwischen Kultur- und Naturkräften, dem „Wasserregime“. So bedingten beispielsweise Überschwemmungen den Ausbau von Deichen oder Schutzmauern. Aus umwelthistorischer und humanökologischer Perspektive betrachtet schrieb das Umweltmedium Wasser Geschichte, indem es in jeder Stadt „Hydraulische Gesellschaften“ unterschiedlichen Zuschnitts schuf, deren Strukturen und Veränderungen das Naturelement ausformte. In welchem Umfang „Wasserregime“ die „Hydraulischen Gesellschaften“ gestalteten, wurde auf der Tagung interdisziplinär und multiperspektivisch diskutiert.

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer des HNFs Dr. Jochen Viehoff sprach der stellvertretende Bürgermeister Martin Pantke ein Grußwort der Stadt. Im Anschluss richteten die Veranstalter PETER FÄSSLER (Paderborn) und MICHAEL STRÖHMER (Paderborn) Grußworte an die Referenten und Zuhörer, denen Ströhmer eine kurze fachliche Einführung folgen ließ. So stellte er unter anderem den populären Begriff „Wassermanagement“ zur Diskussion, da dieser zu einseitig die Beherrschbarkeit des Wassers suggeriere.

Die 1. Sektion „Wasserregime in der Stadt“ eröffneten MATTHIAS HARDT (Leipzig) und NIELS LOHSE (Leipzig) mit einem Beitrag zur Organisation des gut 800jährigen Wassermanagements der Stadt Leipzig in Langzeitperspektive (1000-1800). Die interdisziplinären Ausführungen beider Referenten gaben dabei Einblicke in ein junges DFG-Projekt, das sich der Erforschung der urban-fluvialen Symbiose unter dem Titel „On the Way to the Fluvial Anthroposphere“ widmet. Danach referierte MARIUS MUTZ (Augsburg) über das Wassermanagement in der frühneuzeitlichen Residenzstadt Dresden im 16. Jahrhundert. Er stellte unter anderem heraus, dass frühneuzeitliche Festungsbauten auch eine Verteidigung gegen meteorologische Extremereignisse wie Hochwasser darstellten. Diese Sektion abschließend thematisierte THOMAS GRUNEWALD (Halle a. d. Saale) das Wasserversorgungssystem der Schulstadt der Franckeschen Stiftungen in der Frühen Neuzeit. Grunewald beleuchtete unter anderem die zentrale Rolle des Hallenser Wasserrohrmeisters Gottfried Rost bei der Etablierung eines von der Stadtwasserkunst autonomen Stollen- und Röhrensystems. Ebenso thematisierte Grunewald in einem mentalitätsgeschichtlichen Perspektivwechsel die religiöse Deutung von Wassererschließungen in der Frühen Neuzeit.

Die 2. Sektion begann mit einem Vortrag von CHRISTOPHER FOLKENS (Münster) zur Stadtgemeinde Emden und ihrem Meereszugang zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert. So konnte er bei seinem Blick in den Nordwesten des Alten Reiches zeigen, dass Siele und andere Wasserbauten als politische Instrumente in Herrschaftskonflikten genutzt wurden.

Diese Sektion abschließend referierte IRIS NIESSEN (Leipzig) über die mittelalterliche Vorstadtentwicklung in der Aue. Der Fokus lag auf archäologischen Ausgrabungen zu den oberdeutschen Reichs- und Donaustädten Regensburg und Ulm.

Am Anfang der 3. Sektion thematisierte EVELIEN TIMPENER (Gießen) urbane Wasser- und Flussregulierungen in kleineren mitteldeutschen Städten vom 14. bis zum 16. Jahrhundert. Hierbei setzte sich die Referentin auch kritisch mit der „Wittfogel-These“ und der Relevanz „Hydraulischer Gesellschaften“ im vormodernen Mitteleuropa auseinander. Im Anschluss referierte CHRISTINA LÜKE (Paderborn) in einem internationalen Städtevergleich über die Hydroelektrizität in Paderborn und Katalonien zwischen 1880 und 1900. Es wurde unter anderem dargestellt, welche Personen oder Institutionen die Elektrifizierung jeweils anstießen und welche Rolle hydroelektrische Stromerzeugung in diesem Prozess spielte. Danach gaben EVA-MARIA ROELEVINK (Mainz) und LUTZ BUDRASS (Bochum) Einblicke in die Konstituierung des Abwasserregimes im Ruhrgebiet zum Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts. In beiden Referaten wurde unter anderem die umwelthistorische Rolle der Emscher Genossenschaft beleuchtet, deren Genese sich zwischen zentralstaatlicher Einflussnahme durch das Königreich Preußen einerseits und dem Streben nach kommunaler Autonomie andererseits entwickelte. Die Sektion abschließend gab BENEDIKT HEITMAR (Paderborn) Einblicke in die Digitalisierungsprojekte, die im Zuge der städtischen Bewerbung um das Europäische Kulturerbe-Siegel (Motto: „Stadt. Mensch. Fluss. Die Pader für Europa“) erarbeitet werden. Am Beispiel der digitalen 3D-Rekonstruktion der historischen Bausubstanz im Paderquellgebiet, die via Augmented Reality und Virtual Reality atmosphärisch erlebbar wird, wurde eine KI-gestützte Anwendung der Wissensvermittlung präsentiert, die die Vision eines Digitalen Kulturerbes 3.0 an der Pader praktisch veranschaulichte.

Die Tagung klang mit einer gut einstündigen Inaugenscheinnahme der Quellgebiete in der Altstadt Paderborns unter Leitung von Michael Ströhmer und Peter Fäßler aus. Am Ende dieser primär geschichtswissenschaftlichen Konferenz bestätigt sich die konzeptionelle Tragfähigkeit von Langzeitbetrachtungen à la longue durée auch für den urbanen Raum. Vermeintlich signifikante Transformationsprozesse und Umweltprobleme, die in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten des Alten Reiches vorgeherrscht hätten, erweisen sich in der Summierung aller Beiträge erneut als Prototypen des Industrie- und Digitalzeitalters – nicht allein in technischer Perspektive, sondern ebenso in dem jahrhundertelangen Herausbildungsprozess (vor)moderner Staatlichkeit. „Wasserregime“ nahmen in ihrer Strukturvielfalt auf kommunaler wie interkommunaler Ebene eher subtil Einfluss auf die sozio-ökonomischen Bedürfnisse „Hydraulischer Gesellschaften“ (K. A. Wittfogel), – auch wenn dieser Forschungsbegriff des „Altmeisters“ in seinem globalen Wirkungsanspruch hinsichtlich der klimatischen Verhältnisse in Mittel- und Nordeuropa überholt erscheint.

Die zahlreichen Anregungen aus den Fachdisziplinen bedürfen freilich noch einer strafferen methodischen wie auch wissenschaftstheoretischen Bündelung. Hierfür möchten die Veranstalter einen Konzeptvorschlag entwickeln, dessen Eckpunkte in einer Anschlusskonferenz in zwei Jahren vorgestellt und erneut fach- und epochenübergreifend diskutiert werden sollen.

Tagungsprogramm:

Michael Ströhmer/ Peter Fäßler (Paderborn): Begrüßung und Einführung

Sektion 1: Wasserregime in der Stadt

Moderation: Michael Ströhmer (Paderborn)

Seite B 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Matthias Hardt/ Niels Lohse (Leipzig): Leipzig, eine Stadt im Fluss. Eine urban-fluviale Symbiose in Langzeitperspektive

Marius Mutz (Augsburg): Wassermanagement in der frühneuzeitlichen Residenzstadt am Beispiel Dresdens (1500-1600)

Thomas Grunewald (Halle a. d. Saale): Göttliche Providenz oder „Ressourcenmanagement“? Das Wasserversorgungssystem der Schulstadt der Franckeschen Stiftungen in der Frühen Neuzeit

Sektion 2: Wasserregime in Stadt und Land

Moderation: Friederike Horgan (Paderborn)

Christopher Folkens (Münster): Lebensader Ems – Die Emder Stadtgemeinde und ihr Meereszugang (14.-16. Jahrhundert)

Iris Nießen (Leipzig): Vorstadtentwicklung in der Aue – Archäologische Forschungen zu den Donaustädten Regensburg und Ulm

Sektion 3: Wasserregime in Stadtlandschaften

Moderation: Peter Fäßler (Paderborn)

Evelien Timpener (Gießen): Mit allen Wassern gewaschen sein. Urbane Wasser- und Flussregulierung in kleineren mitteldeutschen Städten (14.-16. Jahrhundert)

Christina Lüke (Paderborn): Von Wassermühlen, Turbinen und Staudämmen – Hydroelektrizität in Paderborn und Katalonien um 1900

Eva-Maria Roelevink (Mainz)/ Lutz Budraß (Bochum): Ohne zentrale Stadt, aber im dicht besiedelten Raum: Die Konstituierung des Abwasserregimes im Ruhrgebiet Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts

Benedikt Heitmar (Paderborn): Stadt-Mensch-Fluss: Die Pader für Europa als Digitales Kulturerbe 3.0

Zitation

Tagungsbericht: Wasserregime – Hydraulische Gesellschaften in Europas Stadtlandschaften 1350-1950, In: H-Soz-Kult, 02.06.2023,

www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136340.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) New Research on the Pre-Modern Tsarist Empire

Organisatoren Ricarda Vulpius, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

48143 Münster

Vom - Bis

23.03.2023 - 24.03.2023

Von

Nikolas Ender, Exzellenzcluster "Religion und Politik", Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Auf Einladung von Ricarda Vulpius fand vom 23. bis 24. März 2023 in Münster die Tagung „New Research on the Pre-Modern Tsarist Empire“ statt. Die 14 Beiträge, die zeitlich alle zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert zu verorten waren, thematisierten die räumliche Gestaltung des imperialen Raums, das Zarenreich als Kolonialreich, das autokratische Selbstverständnis, Sozialkontrolle, Aushandlungsprozesse und Fragen der Wissens-, Diskurs- und Verflechtungsgeschichte. Räumlich ging es sowohl um das „Wilde Feld“ im Südwesten des Reiches als auch um Sibirien und die osmanisch-russische Grenzregion.

Im ersten Panel stand die Kategorie des Raumes als konstitutiver Faktor in der Ausübung imperialer Herrschaft im Zentrum. ALEXANDER LAVROV (Paris) arbeitete den historischen Mehrwert einer petrinischen Kartensammlung heraus und hob ihre Bedeutung als Spiegel der geographischen Vorstellungswelt imperialer Eliten hervor. Er zeigte, dass die Wünsche, Ziele und geplanten architektonischen Projekte Peter I. in einem wechselseitigen Verhältnis zu den Grenzen des geographischen Wissens standen, über das die Elite verfügte. Eine Karte der administrativen Struktur des Imperiums wurde beispielsweise erst nach der Umsetzung einer Verwaltungsreform erstellt, während die Idee eines mecklenburgischen Kanals zur Verbindung zwischen Nord- und Ostsee kartografisch abgebildet, aber nie in die Tat umgesetzt wurde. Sein Beitrag verdeutlichte, dass Karten geographische Realitäten nicht einfach abbildeten, sondern sie zuweilen auch erst erzeugten. ANGELA RUSTEMEYER (Düsseldorf) widmete sich der Darstellung der Steppe als geographischem Bezugspunkt des kosakischen Hetmanats. Mit Bezug auf russischsprachige Quellen deutete sie auf die Praxis der Autoren hin, das Territorium kulturell mit dem kosakischen Herrschaftsverbund zu assoziieren. In Anknüpfung an die Untersuchungen Willard Sunderlands setzte sie einen Gegenakzent zu den essentialistischen Interpretationen des „Dikoe Pole“, dessen kulturelle und politische Bedeutung im 17. Jahrhundert vermehrt Gegenstand von Debatten wurde. ULRICH HOFMEISTER (München) lenkte den Fokus auf den Städtebau des Imperiums, der sich im Zuge von Expansion gen Osten intensivierte. Für den Bau urbaner Räume war der Einfluss städteplanerischen Wissens aus der Steppe erheblicher als bislang angenommen. Hofmeister wies nach, dass nicht mit St. Petersburg die russländische Stadtplanung im 18. Jahrhundert ihren Neufanfang nahm, sondern mit dem Bau von Taganrog. Darüber hinaus hob Hofmeister die Bedeutung des Stadtrechts als Markierung urbaner Identität hin, wobei der geographischen Position und dem architektonischen Stadtbild im Gegensatz zu westeuropäischen Städten weniger Bedeutung zukam. Mitunter wurden Städte gar mehrmals umverlegt, weil sich ein vorgesehener Ort in der Praxis als ungelegen herausstellte, sodass deren Lage nur ein geringes Identifikationspotential zukommen konnte. Hofmeisters Beitrag führte vor Augen, dass der Eindruck einer Dominanz westlichen Wissenstransfers für die architektur- und

städteplanerischen Entwicklungen des Imperiums über die Bedeutung (zentral-)asiatischen Einflusses hinwegtäuscht und die Innovationen, die innerhalb der (vor allem südöstlichen) Peripherien ins Zentrum zurückwirkten, stärkere Berücksichtigung finden sollten.

Das zweite Panel wendete sich dem Imperium als Kolonialreich zu. CHECHESH KUDACHINOVA (Mannheim) verwies auf das Inventar einer kosakischen Expeditionsgruppe, an dessen Beispiel sie Materialität als Spiegel kolonialer Herrschaft ins Zentrum rückte. Den Besitz von Walross-Elfenbein und das Mitführen eines versklavten Mannes, welches einer der Männer im Testament an den Zaren inventarisch auflistete, untersuchte sie als einen Mikrokosmos kolonialer Expansion, in dem sich auch soziale und kulturelle Hierarchien zwischen Kolonialiserten und Kolonialisieren abbildeten. Unter dem Verweis auf die Zirkulation der Objekte betonte sie die Netzwerke imperialer Eliten und der Teilnehmer der Expeditionen. OLGA TRUFANOVA (München) stieß sinnesgeschichtlich in das Thema vor. Der Geschmack indigener Gemeinschaften wurde im 18. Jahrhundert Gegenstand eines kolonialen Diskurses, so Trufanova, in dem Vorstellungen vorgeblicher kultureller Minderwertigkeit aus der Ernährungswelt sibirischer Gruppen abgeleitet und schablonenhaft auf sie übertragen wurden. Sie stellte sich gegen die Forschungsmeinung, dass Wissenschaftler imperialer Expeditionen nicht an der Kolonialisierung des Reiches beteiligt gewesen sein sollen und verwies darauf, dass diese das ethnografische Wissen generierten, über das koloniale Herrschaft legitimiert wurde und nicht zuletzt selbst koloniales Gedankengut in ihre Aufzeichnungen einfließen ließen. Damit zeigte sie, dass sich die Kolonialisierung Sibiriens auch in der Bewertung der Lebensmittel widerspiegelte. Während die ersten beiden Arbeiten das koloniale Wissen in den Blick nahmen, das sich aus dem unmittelbaren Kontakt mit indigenen Gemeinschaften generierte, verwies RICARDA VULPIUS (Münster) auf die Transformation von Begriffen des „Othering“ der imperialen Elite für ursprünglich nicht-christliche Untertanen des Reiches. Dem Eindruck, kolonisierte Personengruppen seien durch ihre Konversion „mit dem Titularvolk verschmolzen“, stellte sie die differenzierende Wirkung des Status der „Neugetauften“ gegenüber. Dieser Status gestaltete sich als eine Kategorie, durch die die Akkulturation an die russisch-orthodoxe Mehrheitsbevölkerung vorangetrieben, jedoch zugleich die rechtlichen und wahrgenommenen kulturellen Unterschiede zur angestammten Bevölkerung bekräftigt wurden. Diese widersprüchliche Entwicklung, so Vulpius, zeichnete sich in dem Bedeutungswandel des Begriffes „inovercy“ ab, der sich im Zuge des 18. Jahrhunderts von einer rein religiösen hin zu einer Kategorie transformierte, die auch eine ethnische Andersartigkeit abzubilden begann. In der an das Panel anschließenden Diskussion zeichneten sich unterschiedliche Positionen in der Frage nach der Reichweite des russländischen Kolonialismus und insbesondere in der Frage ab, welche Ebenen der russländischen Gesellschaft (rechtlich, makro-, bzw. mikrohistorisch) dieser durchdrang.

Das dritte Panel spiegelte ein gestiegenes Interesse an sozialen und theologischen Aushandlungsprozessen sowie an den an die einzelnen Peripherien gebundenen Weltbilder imperialer Eliten wider. LENA MARASSINOVA (Tübingen) präsentierte Zugänge zur Historiographie der Sozialdisziplinierung des 18. Jahrhunderts, über die sich das interaktive Verhältnis von staatlicher Macht, kollektiver Zugehörigkeit und individueller Selbstverortung erforschen lasse. Besonders die Todesstrafe als Mittel zur Ausübung sozialer Kontrolle in der Frühen Neuzeit sei durch die breite Verfügbarkeit von Primärquellengenes aus der Feder staatlicher Autoritäten gut zugänglich, wobei Marassinova für eine stärkere Einbindung historischen Materials plädierte, welches die Perspektive der sozial kontrollierten Bevölkerung abbilde. CHRISTOPH WITZENRATH (Bonn) widmete sich der Befreiung orthodoxer Personen aus der osmanischen Gefangenschaft und betrachtete sie als Projektionsfläche für das autokratische Selbstverständnis moskowitischer Eliten. Er stellte dar, wie orthodoxe Eliten die Vergabe wirtschaftlicher Vorteile an Rückkehrer aus dem osmanischen Reich und deren Bekenntnis zum orthodoxen Glauben zur Legimitation

ihrer Machtposition einsetzen. Indem er dem Begriff der Nichtversklavungszone bzw. Versklavungszone das Konzept der Gegenabhängigkeitszone gegenüberstellte, verwies er auf das Wechselverhältnis von Grenzübertritt und der Entstehung eines speziell für die Grenzregion geltenden Weltbildes moskowitischer Eliten. Für den Zaren bedeutete die Inszenierung der Befreiung osmanischer Sklaven eine Aufwertung seines Status als Bewahrer der russischen Orthodoxie. NATALIJA SINKEVYCH (München) untersuchte die Bestrebungen ruthenischer Theologen, im späten 17. Jahrhundert eine unabhängige Kyiver Kirchentradition zu etablieren, die sich in der Ausgestaltung der Transsubstantiationslehre von der Moskauer Kirche abzugrenzen versuchte. Während die ruthenischen Theologen in Anlehnung an die lutherische Lehre Christis Aufforderung „Nehmt und Esset“ als Moment der Transformation betrachteten, konstituierte sich nach der Vorstellung der Moskauer Eliten die Wandlung erst im Gebet zum Heiligen Geist. Dabei hob sie hervor, dass die Transsubstantiationsfrage im 17. Jahrhundert noch gar nicht dogmatisiert worden war, sodass innerhalb der orthodoxen Gemeinden gar keine einheitliche Praxis bestand.

Das letzte Panel umfasste Beiträge zur Diskurs- und Begriffsgeschichte, wobei der Transfer westeuropäischen Wissens in das östliche Europa aus einer trans- und verflechtungshistorischen Perspektive untersucht wurde. LUDWIG STEINDORFF (Kiel) präsentierte seine Forschung zum Reisebericht von Aleksej Savvič Romančukov, der im 17. Jahrhundert im gleichen Zeitraum wie Adam Olearius die Grenzregion des Moskowitischen und Osmanischen Reichs bereiste. Indem er thematische Schnittstellen in den Berichten vermerkte, eröffnete er die Möglichkeit, die Berührungspunkte der Reisenden zu untersuchen. Steindorff hob den Wert des russischsprachigen Textes für verflechtungshistorische Ansätze hervor, der als Parallelquelle betrachtet wertvolle Einblicke in die kulturspezifische Wahrnehmung von Alterität, die Bedingungen frühneuzeitlichen Reisens und deren materieller Kultur erwarten lasse. Sein Beitrag verdeutlichte, dass besonders in der Erforschung von Alterität, in der Berücksichtigung von Gegenperspektiven, ein Verständnis zur Diskrepanz von imperialen Vorstellungen und gelebter Praxis zutage gefördert werden kann und sich nicht zuletzt die Weltbilder der Reisenden in ihrer eigenen kulturellen Prägung besser nachzeichnen lassen. CORNELIA SOLDAT (Köln) konzentrierte sich am Beispiel eines Pamphlets aus dem 16. Jahrhundert auf die Darstellung Ivan IV. als Tyrann. Unter dem Fokus auf deutschsprachige Diskurse verwies sie auf griechische Topoi und Narrative, auf die die Autoren zur Repräsentation des Herrschers zugriffen. Ihr Beitrag schuf eine Sensibilität für die Grenzen des Wissens, auf die Autoren unter bestimmten räumlichen und temporalen Bedingungen zugriffen. ANDREI DORONIN (Moskau/Bonn) stellte die sich wandelnde Bedeutung östlicher Städte, darunter Moskau, Kiew und Cholm, heraus, die über die Jahrhunderte hinweg um die religiöse und politische Hoheitsstellung in der Region konkurrierten. Während Kiew im 13. Jahrhundert die Funktion als politisches Zentrum des Reiches verlor, blieb es trotz der politischen Vormachtstellung Moskaus ein Ankerpunkt orthodoxen Glaubens. Dabei hob Doronin die Narrative und Taktiken moskowitischer Herrscher hervor, anhand derer sie die Herrschaft über neu gewonnene Räume im 17. Jahrhundert begründeten. GLEB KAZAKOV (Giessen) leistete einen Beitrag zur Historisierung des russischen Begriffs „Bunt“, der seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts andere Termini zur Beschreibung populärer Aufstände abgelöst begann. Kazakov führte die zunehmende Verwendung des Begriffs gegenüber Konzepten, die über eine längere sprachliche Tradition verfügten, auf dessen größere sprachliche Präzision zurück. Er betonte den Mehrwert, den der Terminus für das sich zunehmend zentralisierte Staatswesen zur Einordnung bewaffneter Widerstände erfüllte. Indem er übersetzte Werke aus dem deutschsprachigen und holländischsprachigen Raum in den Blick nahm, verdeutlichte er die Verwobenheit von Wissenstransfer und sprachlichem Wandel. STEFAN SCHNECK (Berlin) präsentierte die redaktionellen Überarbeitungen westeuropäischer Werke, die im 17. Jahrhundert nach Moskau gelangt waren und dort an die Bedingungen des Druckbetriebs angepasst wurden. Mit Verweis auf die Schriftwahl, die

Seite B 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Nutzung bzw. das Entfernen von Bildmaterial und die Überarbeitung des Textinhaltes stellte er Werken, die in hoher Auflage gedruckt wurden, solche gegenüber, deren Rezeption gering blieb. Abbildungen mit Nacktheitsszenen wurden ausgelassen und die Werke an die Normen der moskowitzischen Drucklandschaft angepasst. Der Transfer der von Schneck beschriebenen Arbeiten stellte sich als eine Zensurgeschichte dar, in der staatliche Behörden Einfluss auf die Verbreitung westeuropäischer Wissensbestände nahmen.

In der Abschlussdiskussion brachten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihre Freude über die Rückkehr in das analoge Tagungsformat zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, Tagungen zum frühneuzeitlichen Zarenreich auch in der Zukunft regelmäßig stattfinden zu lassen und dies alternierend digital und in persona durchzuführen. Erfreulicherweise erklärte sich Christoph Witzenrath bereit, die Tagung für das Jahr 2025 in Bonn auszurichten. Für das kommende Jahre einigte sich das Research-Nework „Pre-modern Tsarist Empire between Eastern Europe and Asia“ darauf, die Tagung am 1.3.2024 digital zu organisieren. Die Anwesenden begrüßten einhellig die mit diesem Ausblick verbundene Konsolidierung der Frühneuzeitforschung innerhalb der Ostslavischen Geschichte.

Konferenzübersicht:

1. Panel: Wahrnehmung und Gestaltung des imperialen Raums

Moderation: Andreas Renner

Alexandr Lavrov (Paris): L'Empire des cartes. Die Kartensammlung Peters des Großen als Herrschaftsinstrument

Angela Rustemeyer (Düsseldorf): Kto izobrel Dikoe pole? Političeskoe osmyslenie stepnogo prostranstva do épochi Prosveščeniya: Moskvoskoe gosudarstvo i Getmanskaja Ukraina (Wer erfand das Wilde Feld? Voraufklärerische politische Konstruktionen der Steppe als Raum in Quellen aus dem Moskauer Reich und dem ukrainischen Kosakenhetmanat)

Ulrich Hofmeister (München): Jenseits von St. Petersburg: Städtebau im Zarenreich des 18. Jahrhunderts

Kommentar: Julia Herzberg

2. Panel: Das Zarenreich als Kolonialreich

Moderation: Ingrid Schierle

Chechesh Kudachinova (Mannheim): The Cabinet of Curious Commodities at the Anady River: Localizing Colonialism in Pre-Modern Northeast Eurasia

Olga Trufanova (München): Matter of Taste: On Coloniality of Dietary Discourses in the 18th century Ethnographic Texts from Siberia

Ricarda Vulpius (Münster): Von Inozemcy zu Inovercy und Novokreščenyje: Othering im 18. Jahrhundert

Kommentar: Andreas Renner

3. Panel: Autokratisches Selbstverständnis, Sozialkontrolle und (theologische) Aushandlungsprozesse

Moderation: Liliya Berezhnaya

Seite B 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Lena Marassinova (Tübingen): Channels of social control of power in pre-modern Russia: Research perspectives

Christoph Witzenrath (Bonn): "The tsar liberates us". Muscovite Worldviews, Autocracy and Hybridization in the Steppe Rim

Nataliia Sinkevych (München): The timepoint of the transubstantiation as a crucial theological discussion in the late 17th century

Kommentar: Ingrid Schierle

4. Panel: Diskurs-, Begriffs- und Wissensgeschichte

Moderation: Julia Herzberg

Ludwig Steindorff (Kiel): Von Diplomatie, Spionage und Geschenken – Der Bericht des Aleksej Savvič Romančukov. Eine russische Parallelquelle zur „Moscowitischen Reise“ des Adam Olearius

Cornelia Soldat (Köln): The Instrumentalization of Antique Rhetorical Invectives in a Pamphlet Discourse of the 16th Century: Historiographical Criticism of the Discourse on Tyrants in the German Opričnina Pamphlets about Ivan the Terrible

Andrej Doronin (Moskau/Bonn): O glavnom gorode rusi v XVII v. (Über die Metropole der Rus' im 17. Jahrhundert)

Gleb Kazakov (Giessen): "Russkij bunt": Kul'turnyj transfer i évoljucija ponjatija v Rossii XVII v. („Russischer Aufstand“: Kulturtransfer und die Begriffsevolution im Russland des 17. Jahrhunderts)

Stefan Schneck (Berlin): Foreigners and their unsuccessful attempts to "bring knowledge" to Muscovy in the 17th century

Kommentar: Lorenz Erren

Zitation

Tagungsbericht: New Research on the Pre-Modern Tsarist Empire, In: H-Soz-Kult, 01.07.2023, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-137292.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) XIII. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Organisatoren

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin

Suhl

Vom - Bis

01.03.2023 - 04.03.2023

Von

Felix Schneider, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Auf dem Ringberg über Suhl fand auch im Jahr 2023 das Kolloquium der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt. Die Leiterin des Arbeitsbereichs Wissenschaft, Franziska Kuschel, begrüßte die Teilnehmer im Rahmen der 15. Geschichtsmesse, die dem Thema „Konflikt und Zusammenhalt“ gewidmet war.

THOMAS STEGMAIER (Passau) öffnete das interdisziplinäre Schaufenster mit einer filmwissenschaftlich-historischen Betrachtung der DEFA-Filmreihe „Das Stacheltier“ (1953-1964). Für den Zeitraum der 1950er- und 1960er-Jahre soll unter dem gleichnamigen Titel die filmische Satire der frühen DDR beispielhaft dahingehend untersucht werden, inwiefern satirische Kritik möglich war und welche gesellschaftliche Funktion sie erfüllte. Dies wird vor dem Hintergrund zentraler gesellschaftlicher Prozesse und Ereignisse der Zeit, wie dem Mauerbau 1961, betrachtet. Stegmaier unterscheidet zwischen „Satire nach innen“ (DDR) und „Satire nach außen“ (Westen), die in ca. 180 von ihm gesichteten Folgen, je nach Zielrichtung, grundsätzlich anders konzipiert gewesen seien. Zwar funktioniere Satire immer über einen Entlarvungsmechanismus, dieser sei jedoch bei Folgen mit Westkontext immer mit einer politischen Dimension versehen – zum Beispiel zur NS-Vergangenheit oder Kritik an der vermeintlich einseitigen Aufrüstung unter Adenauer. Der spezielle Charakter der „Satire nach innen“ bestehe darin, Kritik zu äußern, die nicht überindividuell sein, also beispielweise einen Landwirt, aber nicht die gesamte LPG betreffen durfte. Um dies sicherzustellen, seien die Folgen zuvor geprüft und einige auch nie ausgestrahlt worden. Aufgrund der recht einfachen Produktion sei dieses Format jedoch lange gut zur Planerfüllung geeignet gewesen, was Satire, neben der politisch als notwendig erachteten Kritik gegen den „Klassenfeind“, auch in der eigenen Logik der SED-Diktatur lohnenswert gemacht habe.

Anschließend widmete sich KRISTINA GUNNE (München) der Geschichte des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in beiden deutschen Nachkriegsstaaten im Zeitraum von 1946 bis 1994. Damit ergänzt sie die aktuelle Forschung zu diesem Thema um eine deutsch-deutsche Perspektive.^[1] Im Zentrum steht für Gunne die internationale und nationale Bedeutung der Suchdienste sowie deren gesellschaftliche Wahrnehmung. Obwohl sich der Suchdienst in Ost und West, trotz anfänglicher Bemühungen um eine gesamtdeutsche Lösung, getrennt institutionalisiert habe, habe es sich weiterhin um Akteure der gleichen Organisation gehandelt. Gunne möchte sich mit dem Kindersuchdienst, der Familienzusammenführung und der Betreuung von Häftlingen in der DDR drei zentralen Arbeitsfeldern widmen, die es ermöglichen sollen, jeweils Aspekte wie die Zusammenarbeit der Dienste, den Einfluss politischer Zäsuren und die Verstrickung in internationale Zusammenhänge zu untersuchen. So sei es möglich, organisations- und humanitätsgeschichtliche Aspekte – nach Möglichkeit durch biografische Elemente bedeutender Fallbeispiele ergänzt – zu verzahnen.

Als deutsch-deutsche Kriminalgeschichte präsentierte JULIA KRETZSCHMANN (Berlin) einen Fallbericht zur „Beschaffung von Kunstgegenständen und Antiquitäten in der DDR für den Verkauf ins westliche Ausland“. Ziel des Projektes ist es, die „Verbindungen und Mechanismen“ der Akteure der Kunst und Antiquitäten GmbH, einem Außenhandelsunternehmen im Bereich der Kommerziellen Koordinierung (KoKo), so transparent zu machen, dass es möglich wird, das „[s]oziale Netzwerk zur Beschaffung von Kulturgütern im Binnenland der DDR“ zu durchdringen. Neben diesem Hauptkenntnisinteresse strebt Kretzschmann auch an, ihr Projekt digital zugänglich und für weitere Forschungen nutzbar zu gestalten.^[2] Anhand der Provenienz eines Gemäldes aus dem späten 16. Jahrhundert verdeutlichte sie sodann ihr Vorgehen: Die Darstellung einer Seeschlacht, das Werk eines bedeutenden italienischen Malers, sei im Laufe von drei Jahrhunderten auf verschlungenen Wegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Potsdam und dort nach 1945 in den Zugriffsbereich des staatlichen Antiquitätenhandels gelangt. Anhand der Tatsache, dass es zentralen Akteuren in diesem und weiteren Fällen möglich gewesen sei, die Kunstwerke – und nicht zuletzt auch sich selbst – aus der DDR zu befördern und persönlichen finanziellen Vorteil daraus zu ziehen, lasse sich nicht nur ein devisenhungriger Staat, sondern auch ein erhebliches privates Profitinteresse beobachten.

Mit einer rechtshistorischen Perspektive auf Scheidungsurteile in der SBZ/DDR und in Volkspolen präsentierte PAWEŁ KAŻMIERSKI (Jena/Krakau) ein Projekt, in dem er sich auf die Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Schwerin sowie das nordwestpolnische, an Mecklen- und Brandenburg grenzende Pomorze Zachodnie zwischen 1945 und 1958 konzentriert. Każmierski stellt das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischem Familienrecht und Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Untersuchung. Es gelte, die Etablierung, den Wandel und die Bedeutung antireligiöser Diskriminierung von religiösen Ehepartnern gegenüber als „fortschrittlich“ betrachteten Ehepartner:innen zu ergründen. Dazu seien einerseits die konfessionellen Prägungen des evangelisch-lutherischen Nordens der SBZ/DDR und des tief katholischen Polens zu bedenken, andererseits aber auch eine unterschiedliche Geschwindigkeit bei der Etablierung der neuen staatlichen Ordnung. Vor allem die Glaubensprägung habe sich durchaus auf die Akzeptanz religiöser Weltanschauungen ausgewirkt, die in Volkspolen höher gewesen sei als in der DDR.

Von der transnational-vergleichenden Betrachtung der frühen DDR führte ERIK FISCHER (Leipzig) auf die Mikroebene der Stadt Leipzig von den 1980er-Jahren bis 2005. Mit dieser Perspektive auf die „Schule im Umbruch“ und die lange Geschichte von Wandlungsprozessen bis 1989/90 und Transformation in den Folgejahren im Bildungswesen der sächsischen Großstadt sucht Fischer eine ganze Reihe von Forschungsfragen zu beantworten. Sein wesentliches Interesse gilt der komplexen Verschränkung von lokal bereits seit den 1980er-Jahren organisierten Akteuren, den im Transformationsprozess neu aufkommenden Vermittlungsinstanzen (z.B. Gewerkschaften) und den Verwaltungsinstanzen, deren Akteure in Teilen bereits in der DDR entsprechende Funktionen innegehabt hätten. Hier seien, so Fischer, Lehrer auf politische Unbedenklichkeit überprüft worden, ohne dass die Prüfer zuvor auf ähnliche Weise hinterfragt worden wären. Diese Personalentscheidungen seien aber nur ein „Hotspot der Bildungstransformation“. Daneben hätten Fragen nach inhaltlicher und formeller Ausgestaltung und Verwaltung von Schulen sowie demographischen Entwicklungen als solche „Hotspots“ die 1990er-Jahre bestimmt. Schließlich gelte es aber auch zu hinterfragen, inwiefern dieser lokalgeschichtliche Ansatz einen Beitrag zu einem komplexen Verständnis der Transformationszeit liefern könne.

FRANK KELL (Mannheim) erläuterte sein Projekt zu Betriebsvereinen in Nordthüringen. Anknüpfend an Wolfgang Englers Begriff der „arbeiterlichen Gesellschaft“^[3] sei die Geschichte der Betriebs- und Bergmannsvereine in Artern, Bischofferode, Bleicherode,

Nordhausen, Sömmerda, Sondershausen und Roßleben besonders gut geeignet, um den Zerfall dieser Ordnungsvorstellung zu untersuchen. Die tiefe Prägung des kulturellen Lebens einer ganzen Region stehe als Fallbeispiel für andere Industrieregionen Ostdeutschlands, die mit der Wiedervereinigung eine massive Deindustrialisierung durchlebt habe. Anhand von in den Vereinen überlieferten materiellen und schriftlichen Quellen sei es möglich, „artikulierte Erinnerungsmuster und Erzählformen“ zu bestimmen, die eine „postsozialistische Erinnerungsgemeinschaft“ konstruierten.

ANNA HESSE (Mainz/Paris) stellte ihr Projekt zu den ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der 12. Legislaturperiode (1990-1994) vor. Hesse untersucht die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Praktiken von zehn der 128 in der DDR sozialisierten und in den dann Neuen Bundesländern gewählten Abgeordneten, deren Ostdeutschsein ein zeitgenössisches Narrativ sei. Dieses gelte es ebenso zu dekonstruieren und zu historisieren wie die sozialwissenschaftliche Begleitung des Transformationsprozesses und der Abgeordneten in diesem. Damit knüpft Hesse an eine ganze Reihe gegenwärtiger Projekte zur Parteiengeschichte der 1990er-Jahre an.^[4] Ihre Studie stützt sich einerseits auf die reale Zusammensetzung des gesamtdeutschen Parlaments, bezieht also je zwei Personen aus jeder vertretenen Partei sowie, gemäß der Verteilung im Bundestag, Männer und Frauen ein. Andererseits seien die Abgeordneten eine „sehr heterogene Gruppe“ und hätten vielfältige und individuelle Zugänge zur Politik gefunden. Anstatt einen idealtypischen ostdeutschen Abgeordneten zu bestimmen, sei es nötig, „Facetten und Widersprüche“ aufzuzeigen und die gemeinsamen, für diese Zeit spezifischen Herausforderungen der Gruppe herauszuarbeiten.

Von der Bundeshauptstadt Bonn und den hier in neuer Tätigkeit Gewählten wurde die Perspektive dann in Richtung der ab 1990 neu geschaffenen Administrationsorgane in Mitteldeutschland gewendet. Insbesondere die Verwaltung von Arbeitslosigkeit war für die gerade vergangene DDR ein Novum. HANS-HEINER HOLTAPPELS (Bochum) widmete sich der Etablierung der Arbeitsverwaltung von 1990 bis 1997. Ausgehend von Fallbeispielen wie dem Modellarbeitsamt Arnstadt sei es möglich, anhand von Aktenbeständen und Oral-History-Interviews mit Akteuren der Aufbauphase eine Geschichte aus Sicht dieser unteren Behördenebene exemplarisch für das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR zu schreiben. Der konkrete Ablauf habe dabei stark von der Initiative eben dieser Akteure abgehungen. Durch erste Besuche einzelner Personen in Westdeutschland habe früh ein Austauschprozess eingesetzt, dessen grundsätzliches Problem darin gelegen habe, dass – wie auch im Falle der Treuhand – kein Plan für den Fall einer Wiedervereinigung vorgelegen habe. Insofern liege ein zentrales Erkenntnisinteresse des Projektes darin, die Rolle der westdeutschen Vertreter zu hinterfragen, das durch sie wirkende Arbeitsförderungsgesetz als *Experte* zu betrachten und dann mit den Vorprägungen der ostdeutschen Akteure Beziehung zu setzen.

Einen gänzlich anderen methodischen Zugang zum Thema der Etablierung des neuen Arbeitsmarktes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verfolgt indes KRISTOF TRAKAL (Potsdam-Babelsberg). Mit einer Kombination aus audiovisuellen Oral-History-Interviews und historischem Reenactment möchte Trakal die „postsozialistische Subjektivierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)“ untersuchen. Die ABM seien eine spezifische Form der postsozialistischen Arbeitserfahrung von 1990 bis zur Etablierung der Hartz-Reformen 2003 gewesen. Deutliche Widersprüche macht Trakal dabei insofern aus, als dass die Maßnahmen zwar weder den Qualifikationen und Interessen der so Beschäftigten entsprochen hätten, sie aber gleichzeitig außerhalb des konkurrenzbasierten neuen Arbeitsmarktes auf flache Hierarchien gestoßen seien. Es würden daher auch nur diejenigen Personen interviewt und auch zu „nicht-verbalen Formen des Erinnerns“ wie dem „Nachperformen von Arbeitsabläufen“ befragt, die im Untersuchungszeitraum mindestens

an einer dieser ABM teilgenommen hätten. So ergebe sich eine ostdeutsche Perspektive auf die Arbeitsmarktpolitik, die damit verbundenen erinnerungspolitischen Debatten und langfristigen Folgen wie die anhaltende Strukturschwäche weiter Teile der ostdeutschen Bundesländer. Es sei nötig, diese Arbeit mit den Beteiligten in Form eines Workshops zu evaluieren. Ziel dieses Projekts ist neben der schriftlichen Arbeit auch ein künstlerisches Forschungsprojekt, in dessen Rahmen die filmische Dokumentation des Beschriebenen zu einem Dokumentarfilm verarbeitet werden soll.

Vom umkämpften Arbeitsmarkt führte ALEXANDER MENNICKE (Leipzig) anschließend in die Fankurven der Fußballstadien. Beginnend mit der Vorgeschichte gegenwärtiger Identitätsbekundungen wie „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“-Rufen erläuterte Mennicke die herausgehobene Bedeutung der Fußballstadien als „Möglichkeitsräume für Schmahgesänge gegen die politische Führung“ des SED-Regimes. Gleichzeitig sei die BRD allerdings ein Sehnsuchtsort gewesen, der jedoch, nach der Gründung des gemeinsamen Ligasystems 1991, zunehmend als positiver Referenzrahmen verloren gegangen sei. An die Stelle dieses Bezugs seien die „Phantomgrenzen“ des „Phantomraums“^[5] Ostdeutschland getreten. Mennicke möchte sich, nachdem die von ihm als großes Desiderat identifizierte Lücke der langen Linien einer Fan- und Fußballgeschichte geschlossen ist, anhand einiger Fallbeispiele der gegenwärtigen Rolle der DDR in den Stadien Ostdeutschlands und deren Genese seit 1990 zuwenden. Als wichtiger Teil der Quellenbasis sollen Gruppeninterviews dienen. Dadurch könnten Aushandlungsprozesse und Diskursverschiebungen erkannt und die Facetten des Phänomens ostdeutscher Identitätsangebote unter „aktionszentrierten“ Fußballfans analysiert werden.

Ein weiteres Phänomen, das sich an keine Grenzen hält, ist die Umweltverschmutzung. Diesem großen, aktuell stark beforschten Feld widmeten sich die beiden letzten Vorträge des Kolloquiums.

SASCHA OHLENFORST (Aachen) befasst sich mit einem umweltrechtsgeschichtlichen Projekt zur Sanierung von Werra, Weser und Elbe zwischen 1968 und 1989. Anhand dieser Flüsse lasse sich die internationale Dimension der umweltrechtlichen Probleme gut verdeutlichen, die die deutsch-deutsche Auseinandersetzung über die von der Volkswirtschaft der DDR wesentlich verursachte Verunreinigung mit sich gebracht habe. Ohlenforst betonte auch über rein rechtliche Fragen hinausgehende Aspekte, wie die Absicht der DDR, sich über das Politikfeld Umweltschutz international Anerkennung als „Pionier“ zu verschaffen. Gleichzeitig habe man sich jedoch von der Sanierung keine wirtschaftlichen Vorteile versprochen. Deshalb sei das Beharren der DDR auf dem Nutznießerprinzip und die damit verbundene Kostenübernahme durch die Bundesrepublik als vorgeschobenes Argument gegen die bundesdeutsche Forderung zu betrachten, das Verursacherprinzip anzuwenden. Im Rahmen des Projekts gehe es allerdings nicht darum, einfache Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge der internationalen (Umwelt-)Politik und des Umweltrechts herauszuarbeiten, sondern die Interessen der beteiligten Akteure (DDR, Bundesrepublik, Bundesländer und Kali-Industrie) zu ergründen und die folgenden, konflikthafter Aushandlungsprozesse auf ihre internationalen Aus- und nationalen Rückwirkungen hin zu untersuchen.

Ebenfalls ein Umweltthema bearbeitet THORBEN PIEPER (Bochum). Er widmet sich den Altlasten, den sie begleitenden Umweltexpertisen und der Wahrnehmung (ost-)deutscher Räume. Ausgehend von der Erkenntnis, dass allein die Wörter „Altlasten“ und „Altlastensanierung“ in den 1990er-Jahren eine erhebliche, wenn auch kurzweilige, Konjunktur erfahren haben, möchte Pieper das Umweltpolitikfeld Altlasten zwischen 1980 und 2000 untersuchen. Drei verschiedene Ebenen stehen im Zentrum der Untersuchung: die Akteure aus West und Ost sowie ihr Zusammentreffen und -arbeiten, die eigentliche

Seite B 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Etablierung des Politikfeldes und schließlich die Frage, welche Expertisen und Ideen dieses Feld in unterschiedlichen Phasen geprägt haben. Durch den Rückgriff auf die 1980er-Jahre sei es möglich, eine „lange, zäsurenübergreifende Transformationsgeschichte der Altlasten als Ideen-, Handlungs- und Gestaltungsraum der ostdeutschen Transformations- und Umbruchgesellschaft“ zu schreiben, die sich methodisch nicht allein im Feld der Umweltgeschichte bewege. Pieper greift dafür neben vielfältigen archivalischen Quellen auch auf Oral-History-Interviews zurück.

In der Abschlussdiskussion wurde in einer Zusammenschau der aktuellen Promotionsprojekte besonders der zunehmende Fokus auf deutsch-deutsche und internationale Transformationsgeschichte(n) betont, den die Beiträge des diesjährigen Stipendiatenkolloquiums zweifelsohne erkennen lassen. Die zunehmende Erforschung der 1990er-Jahre sowie die Öffnung für methodisch vielfältige Ansätze seien an dieser Stelle ausdrücklich als innovative Perspektiven der Aufarbeitung hervorgehoben.

Konferenzübersicht:

Thomas Stegmaier (Passau): „Das Stacheltier“ – Filmische Satire in der DDR

Kristina Gunne (München): Die Suchdienste des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik und DDR. Eine Beziehungsgeschichte zwischen humanitärem Auftrag und Politik im Kalten Krieg, 1946 bis 1994

Paweł Kaźmierski (Jena/Krakau): Antireligiosität in erster Instanz? Scheidungsurteile in der SBZ/DDR und in Volkspolen am Beispiel der Gerichtspraxis in Mecklenburg-Vorpommern (1945-1958) und in Pomorze Zachodnie (1945-1956)

Julia Kretzschmann (Berlin): Leergeräumt und ausverkauft? – Die Beschaffung von Kunstgegenständen und Antiquitäten in der DDR für den Verkauf ins westliche Ausland

Erik Fischer (Leipzig): Schule im Umbruch. Die Transformation des Bildungswesens im Leipziger Raum (1985-2005)

Frank Kell (Mannheim): Erinnerungen an die „arbeiterliche Gesellschaft“ – Betriebsvereine in Nordthüringen und die Erosion eines ostdeutschen Gesellschaftskonzepts nach 1989/91

Anna Hesse (Mainz/Paris): Zwischen Bonn und Bautzen: Die ostdeutschen Abgeordneten des 12. Bundestages und die politisch-kulturellen Transformationsprozesse in der Bundesrepublik (1990-1994)

Hans-Heiner Holtappels (Bochum): Neue Arbeitslosigkeit managen: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern

Kristof Trakal (Potsdam-Babelsberg): Die Maßnahme – postsozialistische Subjektivierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ihr dokumentarisches Reenactment

Alexander Mennicke (Leipzig): „Wir kommen aus dem Osten und leben auf eure Kosten ...“ Ostdeutsche Identitäten und das Vermächtnis der DDR in deutschen Fußballstadien

Sascha Ohlenforst (Aachen): Die Sanierung von Werra und Elbe als umwelt- und völkerrechtliches Problem in den deutsch-deutschen Beziehungen 1968-1989

Seite B 124 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Thorben Pieper (Bochum): Verseuchte Landschaften wiederherstellen. Umweltexperten, Altlastensanierung und die Wahrnehmung ostdeutscher Räume

Anmerkungen:

[1] Maren Hachmeister, Selbstorganisation im Sozialismus. Das Rote Kreuz in Polen und der Tschechoslowakei 1945-1989 (= Schnittstellen, Bd. 14), Göttingen 2019.

[2] Dies strebt sie im Rahmen der Open-Science-Plattform GO FAIR (findable, accessible, interoperable, reusable) an; siehe dazu: GO FAIR initiative: Make your data & services FAIR (go-fair.org), (zuletzt aufgerufen am 16.3.2023).

[3] Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen: Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, hier: S. 173-208.

[4] Aktuell entstehen diverse Arbeiten zu den einzelnen Parteien; siehe dazu jüngst: Thorsten Holzhauser, Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005, Berlin/Boston 2019.

[5] Hannes Grandits / Béatrice von Hirschhausen / Claudia Kraft / Dietmar Müller / Thomas Serrier, Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken, Göttingen 2015.

Zitation

Tagungsbericht: XIII. Kolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, In: H-Soz-Kult, 10.06.2023, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136695>.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Authenticity in European cities

[Authenticity in European cities. Creating, visualizing, and contesting urban and built heritage](#)

Organisatoren Achim Saupe, Potsdam; Anja Tack, Potsdam; Christoph Bernhardt, Erkner; Daniel Hadwiger, Erkner

Veranstaltungsort ZZf – Leibniz Centre for Contemporary History

14467 Potsdam

Vom - Bis

16.03.2023 - 17.03.2023

Von

Anna-Maria Weber, Universität van Amsterdam

Spaces, architectures, and practices can be typical, original, but also alien in their contexts. They are attributed or denied being *authentic*, as being or being not genuine because of their material heritage or genuine for societal identities: “Public spaces and buildings in our locality offer the possibility to articulate of what is our ‘own’, what is relevant in history and over the course of time, and what we want to preserve”, said Achim Saupe in his introductory words. The location of the conference was exemplary for how claims of authenticity shape urban discourses and spaces: the old Prussian cityscape of Potsdam has been rediscovered after the German reunification in 1990 and became the blueprint for the future of urban development. Saupe even called Potsdam “the German capital of historical reconstruction in the 21st century”. A current central urban debate is on the reconstruction of the Prussian

Garrison church, demolished in 1968, and preservation of the *Rechenzentrum* (data center) from GDR times. This case^[1] illustrates the spatial configurations and manifestations of the ongoing debate about urban authenticity in Potsdam: What is more authentic, a reconstructed church with a militaristic tradition and representative of the historical Prussian Potsdam, or a preserved *Rechenzentrum*, representative of urban planning under the regime of the SED which nowadays is a renowned cultural center for Potsdam's artists and creative scene?

Following the terminological trajectories, central references for the definition of authenticity were (1) the UNESCO world heritage program from 1972 that based the nomination of world heritage sites according to the originality of the material substances and origins of artefacts and (2) the NARA Declaration from 1994 that established a post-modern and post-colonial understanding of authenticity by also including immaterial heritage such as traditions, techniques, and spirituality. The latter states that authenticity "must [be] considered and judged within the cultural contexts to which they belong".^[2] Hence, authenticity becomes a social practice embedded in local cultural discourses. Achim Saupe proposed a working definition of *urban* authenticity as "the assumed 'uniqueness' of a city, the societal image of the city but also images that are re-produced through pictures and in tourism". That definition raised the question: How are attributions of authenticity created, visualized, and mediatized not only by so-called experts but through societal discourses with diverse actors? The outline of the conference reflected this conceptualization: The opening panel dealt with notions of historical authenticity for reconstructions after World War II, this was followed by panels discussing the role of citizens, identities and emotions for attributing authenticity, and the concluding panel touched on authenticity as a productive, creative practice for present and future urban spaces.

TANJA VAHTIKARI (Tampere), MAŁGORZATA POPIOŁEK-ROŚKAMP (Erkner) and DOVILĖ BATAITYTĖ (Warschau) presented how authenticity was attributed to reconstructions after World War II. Vahtikari portrayed how in post-war Finland historical pageantry had become a popular kind of collective remembrance and experiential authenticity. Past events had been chronologically re-enacted by self-appointed groups of experts as authentic experiences related to the everyday life of the viewers. Popiołek-Rośkamp reflected on the nomination of the reconstructed Warsaw as a UNESCO world heritage site in 1980. Thereby, the notion and metaphor of a *genius loci* had represented a form of spiritual authenticity: the *genius* or genuine, is the remaining, although the *loci*, the place itself, can be transformed. Bataitytė looked at authenticity of ongoing and future development of post-war Klaipėda, Lithuania. Photography and the self-representation in tourist guides, postcards and books had become main tools to reframe the authentic city image: first, from a romanticized Prussian town to a modern Lithuanian port town, and then back again in the 1980s and 1990s to an authenticity attributed to images of the Old Town of the 18th and 19th century. All three contributions discussed authenticity as an argument for post-war discourses: the image and visuality of the past are either an asset or a burden and are part of negotiating the production of urban space and urbanity.

PAUL FRANKE (Marburg/Berlin), AIMÉE PLUKKER (Ithaca) and MARGARITA PAVLOVA (Gießen) illustrated political meanings of authenticity notions, and how authenticity is built, sold, and preserved. Franke traced the clashing and merging of the tale of two cities in Monaco under the reign of Rainer III.: The cosmopolitan Monte-Carlo, run by casino companies, and the traditional Monégasque Monaco-Ville had become the two sides of the same coin, where Monaco's international exclusivity evolved into the modern Monegasque national identity. Plukker analyzed how touristic imageries and promotions had established fashion consumerism and consumption as part of authentic touristic experiences in post-war and post-fascist Rome and West-Berlin. The architectures – the ancient and fascist buildings

in Rome and the modern rebuilt constructions in Berlin – had not only been the sceneries but also consumed and commodified icons. Pavlova placed the efforts to preserve built heritage by grassroots initiatives in the political context of Perestroika in Leningrad/St. Petersburg. Nationalist aspirations had not primarily, exclusively, or generally been the motivation, as is still often assumed. Instead, these initiatives had mobilized the civil society to offer an alternative to the institutional and official path of perestroika and to influence its political course. Notions of authenticity were presented as playing fields of national identities, consumerism, and grassroots movements. This raised the social question about target groups for attributions of the authentic: in Monaco, it had served the pleasure of the European Bourgeoisie, in West-Berlin and Rome, US-Americans had been the addressees of consumption spaces, and the case of St. Petersburg showed how the reconstructions of pre-revolutionary buildings are connected to political identities.

REBECCA MADGIN (Glasgow), ANNA PIOTROWSKA (Krakow), and SUSAN HOGERVORST (Amsterdam) and VINCENT BAPTIST (Rotterdam) dealt with authenticity as emotional attachment between places and people expressed in poetry, music, and facades. Madgin suggested an analysis of how stories of authentic places are told in books, songs, poems, etc., as communal laments of physical and emotional losses, and as verbalized felt experiences. Piotrowska tracked the rise and persistence of the urban myth of a Romani musician in Krakow in the 1980/90s. It had arisen as a legend of a disabled but talented Romani violinist playing his tunes at a central place of transit in Krakow. However, a lack of tangible witnesses of his music, except for two recorded tapes, had challenged its recognition as authentic. The recent remembrance of the musician^[3] is, according to Piotrowska, not pure nostalgia, but an attempt by local educated circles of Krakow to tell an alternative story about the Old Krakow rather than the touristic version. Hogervorst and Baptist looked at authenticity attributions in a former red-light, redeveloped and currently gentrified district in Rotterdam. Among former residents, they found a reflective form of nostalgia meaning “not a simple longing for a return to or a rebuilding of the lost past, but ... a need for authenticity and meandering reflections on it”. While the residents appreciated the restorations of old facades and the references to a stigmatized, they also doubted the market-oriented character of the development. Hogervorst and Baptist’s contribution to the discussion on authenticity was to challenge Sharon Zukin’s narration of “The City That Lost Its Soul”^[4] and rather ask whether the city did lose its soul because authenticity notions can be multidimensional and transformative. By juxtaposing all three works, it became apparent that authenticity is not solely about a longing for a nostalgic past but also about dealing with change: history can represent a unique anchor so that authenticity attributions engender positive emotional responses to changes.

SANDRA GUINAND (Wien), and ORKUN KASAP and MONIKA GRABSKI (Zurich) talked about authenticity in urban development projects embedded in processes of global financialization, growth and competition. Guinand analyzed the underlying mechanism of the preservation of the historic center in Porto, Portugal, that had mainly been initiated from the bottom-up and transformed the center into a magnet for tourists and investors. After real estate funds and companies had entered the field of preserving heritage the built environment and its stories had been consumed, commercialized, and commodified as products of speculation. Kasap and Grabski constructively asked how intangible qualities and authentic experiences can be preserved in face of urban growth and densification in Zurich. They saw the stakeholders of urban developments responsible to consider and mediate qualities like social relationships, place identities and sensual characteristics of everyday lives in their projects. A challenge is that these qualities can only develop over time but are crucial for the vitality and acceptance of urban transformation directed towards the future. Both works revealed how authenticity claims contribute differently to the

production of urban spaces: they can be exploited as a commodity and turn cities into touristic Disneyland or can serve the cohesion of neighborhoods and qualitative urban spaces.

The four panels were complemented by a poster session presenting selected case studies of authentication processes within the research project "Urban Authenticity" by Julia Ziegler, Tabitha Redepennig, Anja Tack and Josephine Eckert^[5], a guided city tour of Potsdam addressing the authenticity and time layers of the architectures and buildings, and a public discussion about Berlin's and Potsdam's authenticity in the face of reconstruction projects since 1989/90.^[6] The latter was crucial for the conference as it made apparent how authenticity is not only an academic debate but is publicly debated in Potsdam. The chosen location of the discussion was the Rechenzentrum, interpretable as an implicit endorsement of its preservation. The justification of such and similar statements of historians was among the discussed topics: Magnus Brechtken advocated that historians have a civil society mandate because of their expertise. Martin Sabrow countered that historians should not be in a decision-making position but should provide well-founded arguments as observers. He conceded that it is a tall order to clearly separate the roles of experts and actors. The role of the material substance for the attribution of authenticity and senses of place was controversial, too: the genius loci is only where one wants to see it, thus promises of identity should not be the purpose of reconstructions (Sabrow) versus the material substance creates a physical tangibility of history, historical narratives, and powers in discourses so that the material substance is crucial for authenticity (Brechtken, Anja Engel). Judith Prokasky proposed the compromise that architectures as emotional triggers "do something" to users and viewers *and* their politically ascribed or individually perceived meanings can be openly discussed in a democracy.

Authenticity was discussed as complex, ambiguous, and as entangled with peoples and places. To address its complexity, diverse expertise, theoretical, disciplinary and methodological approaches were brought together. Methodologically, the contributions ranged from archival research and linguistic analysis to walking interviews and mappings that offered new storytelling of the presented places and sites. That authenticity assembles links between peoples and places became apparent as authenticity notions were contextualized in negotiations of modernization and preservation, of developments between city centers and peripheries, of political agendas of bottom-up and top-down initiatives. Authenticity is not only an expression of such agendas and entanglements, but a discursive practice used to justify political, social, and economic decisions, forming groups whose authenticity notions are more privileged or verified than others', and shaping people's imagination of what cities they want to live in.

Conference overview:

Frank Bösch (Potsdam): Welcome address

Christoph Bernhardt (Erkner) / Achim Saupe (Potsdam): Introduction: Historical and urban authenticity in European cities

Session I: Historical authenticity after World War II

Chair: Annette Vowinckel (Potsdam)

Tanja Vahtikari (Tampere): Multiple authenticities and the production of urban space in post-war Finland

Seite B 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Małgorzata Popiołek-Roßkamp (Erkner): Genius loci. Agents and narratives of authenticity in reconstructed old towns in Poland

Dovilė Bataitytė (Warschau): Photography as a tool of power in the former East Prussia region. Klaipėda after World War II – “City of Great Future”

Poster session: European urban authenticity

Daniel Hadwiger (Erkner): The old quarter of Le Panier (Marseille)

Tabitha Redepenning (Marburg): Plac Solidarności – Centrum Dialogu Przełomy (Szczecin)

Josephine Eckert / ex rel. Anja Tack (Potsdam): Potsdam’s Old Market. The effect of the visual

Julia Ziegler (München): Former Nazi Party Rally Grounds (Nuremberg)

Potsdam city tour

Guide: Robert Leichsenring

Podium discussion: A Prussian revival or inner-city regeneration? The challenge of historical reconstruction in Berlin and Potsdam

Chair: Achim Saupe

Panel: Magnus Brechtken (München), Anja Engel (Potsdam); Judith Prokasky (Berlin); Martin Sabrow (Potsdam)

Session II: Politics of identification and citizen initiatives

Chair: Magnus Brechtken (München)

Paul Franke (Marburg): “Flee to the Rock”: Nation building, cosmopolitanism, and the quest for authenticity in Monaco’s urbanization

Aimée Plukker (Ithaca): Spaces of consumption: Fashioning authenticity and urban tourism in Cold War Rome and West Berlin

Margarita Pavlova (Gießen / Potsdam): The obscurantism of history crap diggers: Grass-roots heritage preservationism in Samizdat journals of Leningrad during Perestroika

Session III: Emotions and urban authenticity

Chair: Christoph Bernhardt (Erkner)

Rebecca Madgin (Glasgow): Urban authenticity: A place for felt experiences

Anna Piotrowska (Krakow): The musical legacy of Krakow as another touristic attraction? The case of Romani musician Stefan ‘Corro’ Dymiter (1938–2002)

Susan Hogervorst (Amsterdam) / Vincent Baptist (Rotterdam): Urban redevelopment and inhabitants’ need for authenticity: The case of Katendrecht’s Deliplein Square, Rotterdam

Session IV: Creating authenticity: Gentrification and democratic participation

Chair: Christian Lotz (Marburg)

Seite B 129 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Sandra Guinand (Wien): Towards a new heritage regime? Financialization of housing stock in Porto, Portugal

Orkun Kasap / Monika Grabski (Zurich): Use the potential! Preserving intangible qualities in existing neighborhoods, Altstetten / Zurich

Final discussion

Chairs: Christoph Bernhardt (Erkner) / Achim Saupe (Potsdam)

Notes:

[1] Potsdam was chosen as the cover picture of the conference programme: https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/veranstaltung/files/conference_urbauth_programme_final.pdf (May 5th, 2023).

[2] International Council on Monuments and Sites (Hrsg.), The Nara Document on Authenticity, <https://www.icomos.org/en/charters-and-texts/179-articles-en-francais/ressources/charters-and-standards/386-the-nara-document-on-authenticity-1994> (May 5th, 2023), Nara 1994.

[3] Next to a commemoration hold in 2022, Anny G. Piotrowskiej produced a documentary film as part of the BESTROM project about Romani cultural influences on European public spaces: <https://www.youtube.com/watch?v=13jLuly-rZc> (Polish with English subtitles).

[4] Sharon Zukin, Naked City. The Death and Life of Authentic Urban Places, Oxford 2010.

[5] Project website (German): Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) e. V. (Hrsg.), urban authenticity, <https://urban-authenticity.eu/impressum/> (May 5th, 2023), Erkner 2023.

[6] Video recording (German): Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) e. V., Preußen-Renaissance oder Stadtreparatur? Historische Rekonstruktionen in Berlin und Potsdam als Herausforderung, <https://zzf-potsdam.de/de/veranstaltungen/preussen-renaissance-stadtreparatur-historische-rekonstruktionen-berlin-potsdam-als> (May 5th, 2023), Potsdam 2023.

Zitation

Tagungsbericht: Authenticity in European cities, In: H-Soz-Kult, 23.06.2023, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136984.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Politische, soziale, religiöse und kulturelle Vielfalt in der Zeit Sigismunds von Luxemburg (1368–1437)

Organisatoren Julia Burkhardt, Ludwig-Maximilians-Universität München

München

Vom - Bis

23.02.2023 - 25.02.2023

Von

Johannes Willert, Abteilung Mittelalterliche Geschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München

Als zeitgebundenes Fach orientiert sich die Geschichtswissenschaft an aktuellen Fragen, um daraus neue Perspektiven für die Forschung abzuleiten. Immer wieder haben gesellschaftliche Erfahrungen und Entwicklungen Einfluss auf Historikerinnen und Historiker genommen. Dieses Potential besitzt auch „Diversität“ als mittlerweile integraler Bestandteil aktueller gesellschaftlicher Diskussionen.

Vor diesem Hintergrund stellte JULIA BURKHARDT (München) in ihrer Einführung zu der durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Bayerisch-Tschechische Hochschulagentur geförderten Tagung die Frage, inwieweit Diversität als Forschungsgegenstand und -kategorie für die mittelalterliche Geschichte fruchtbar gemacht werden könne. Die Organisatorin bekräftigte, dass in Anlehnung an jüngere Überlegungen Diversität, verstanden als System von Differenzierungen, ergebnisoffen als historische Analysekategorie herangezogen werden solle und für weitere, zukünftige Studien zu erproben sei. Sigismund von Luxemburg und seine Zeit dienten dafür als „Experimentierfelder“, auf denen Diversität und ihre Dynamiken diskutiert werden sollten.

Um diese abstrakte Idee durch eine Vielzahl von Beispielen mit Leben zu füllen, wurden die Vorträge in vier Sektionen unterschiedlicher Schwerpunkte gruppiert: Erstens politisch-institutionelle Vielfalt und Einheitsvisionen, zweitens soziale und sprachliche Vielfalt in urbanen Räumen, drittens religiöse und konfessionelle Vielfalt und diskursive und materielle Kultur sowie viertens kulturelle Vielfalt und Wahrnehmungsmuster.

Eröffnet wurde die erste Sektion durch BERND SCHNEIDMÜLLER (Heidelberg), der sich unter den Schlagworten *unitas* und *diversitas* dem spätmittelalterlichen Kaisertum Sigismunds widmete. Er beschrieb das Kaisertum, verstanden als besondere, titular gesteigerte Königsherrschaft ohne wirkliche Machterweiterung, als profilreiches Amt im Spannungsfeld zwischen kaum durchsetzbaren, historisch-religiös orientierten Ansprüchen und real zugestandenem (einfachem) Ehreuvorrang. Kaiser zu werden, bedeutete für Sigismund, innerhalb einer familiären wie herrscherlichen Traditionslinie, den Erwerb zusätzlicher Legitimation und Würde. Zugleich hieß es, idealisierte Einheitsgedanken weiter mit eigenem Verantwortungstreben zu verfolgen, aber dennoch ebenso tatsächliche politische Vielfalt und Multipolarität zu akzeptieren und damit umzugehen.

Am Beispiel des Großen Abendländischen Schismas referierte BÉNÉDICTE SÈRE (Paris/Nanterre) über Diversität in der Krise. Dafür setzte sie sich mit innerkirchlicher Meinungsvielfalt sowie mit jüdischen Gemeinschaften im Rahmen der Debatte von Tortosa auseinander. So stellte sie heraus, dass die Schwäche sowohl der Kirche als auch ihrer Amtsträger zu einer für das Mittelalter außergewöhnlich (exzessiven) Ablehnung des Judentums führte. Dieser Umstand sei auch hinsichtlich der innerkirchlichen Meinungsvielfalt zu beobachten. Die Ursache sieht Sère in dem vor allem in Krisenzeiten stärker verfolgten Ideal einer dogmatisch monolithischen Kirche, neben der und in der es keine anderen Lehren geben dürfe. So böten Zeiten kirchlicher Stabilität die Möglichkeit zur Entfaltung von Diversität, während Zeiten kirchlicher Instabilität die Möglichkeit reduzierten, Diversität auszuhalten. Insofern plädierte die Referentin dafür, Spaltung und Vielfalt zusammenzudenken.

Mit dem Konflikt zwischen der böhmischen Herrenliga und König Wenzel IV. in den Jahren 1394–1405 setzte sich ÉLOÏSE ADDE (Wien/Budapest) in ihrem Beitrag auseinander. Sie zeigte auf, dass die Verbindung der Adligen um die Jahrhundertwende gerade nicht als konservatives, oder gar reaktionäres Bündnis gegen eine moderne Politik des Königs zu verstehen ist und grenzte sich damit von der bisherigen Bewertung der älteren Forschung ab. Vielmehr handele es sich um einen Konflikt zwischen konkurrierenden, alternativen Herrschafts- und Ordnungsvorstellungen, die sich aus unterschiedlichen

Interessenspositionen und ideellen Einflüssen speisten. Diesen ereignisreichen und nicht gewaltarmen Aushandlungsprozess kontextualisierte Adde vor dem Hintergrund vorangegangener, ähnlicher Konflikte im 14. Jahrhundert seit dem Auftritt der Luxemburger in Böhmen. Im Zuge dessen forderte sie dazu auf, von der linearen Denkfigur uniformer, alternativer mittelalterlicher Herrschaft, die schließlich vom protomodernen Staat überwunden wurde, Abstand zu nehmen.

Seine Überlegungen zum Selbstverständnis der süddeutschen Landstände und die versuchten Einflussnahmen Sigismunds von Luxemburg stellte MARKUS CHRISTOPHER MÜLLER (München) vor. Er zeichnete Sigismunds Ansatz nach, die Landstände in Bayern, Schwaben und Tirol zu diversifizieren, um sich selbst als ordnendes Element im Sinne von *divide et impera* zu etablieren. Müller zufolge versuchte der König, sich ein Monopol hinsichtlich der Zulassung von Einigungen im Sinne der Goldenen Bulle zu sichern. Beide Vorhaben, so die These, misslangen aufgrund der grundlegenden Diversität sowie des Exklusivitätsbewusstseins der landständischen Akteure, bei denen Inklusions- und Exklusionsmechanismen stets zusammen betrachtet werden müssen.

Auf Propaganda als Mittel der politischen Kommunikation in der Zeit Wenzels IV. und Sigismunds konzentrierte sich KLARA HÜBNER (Brünn) in ihrem Vortrag, der den ersten Konferenztag beschloss. Sie legte dar, wie unterschiedliche Propagandaformen in Böhmen um 1400 mit divergierenden Intentionen verwendet und rezipiert wurden, wobei konkrete Autoren selten fassbar sind. Dabei besaßen die Medien stets bestimmte Funktionen im politischen Diskurs und bezogen sich aufeinander. Ebenso bekräftigte Hübner die Notwendigkeit antiköniglicher Propaganda als Artikulation enttäuschter Erwartungshaltungen seitens der Beherrschten, wie auch königlicher Propaganda als kommunizierte Selbstdarstellung gegenüber den Beherrschten. Zugleich unterstrich sie die mögliche Loslösung der Medien(inhalte) aus der zeitgenössischen Funktion und damit potentiell einhergehende Eigendynamiken, wie sie bei der Rezeption Wenzels IV. (als der „Faule“) zu beobachten sind.

Im ersten Referat der zweiten Sektion betrachtete ALEXANDRA KAAR (Wien) eine personale und begriffliche Ebene von Diversität. Dabei nahm sie Entwicklung, Einsatz und zeitgenössische Vorstellungen der Abstrakta „Bürgertum“ und „Adel“ vor dem Hintergrund des Zweiten Süddeutschen Städtekrieges in den Blick. Die Analyse dieser Begriffe als Differenz- und Konfliktkategorien legte erhebliche gegenseitige Vorurteile zwischen den entstehenden Gruppen offen, die zur sozialen Differenzierung beitrugen. Zudem stellte Kaar auch die Bildung des Kollektivbegriffes „Adel“ in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts heraus. Dabei wurden einerseits Konflikte bzw. Solidarierungen in ihnen als Treiber der Entwicklung identifiziert, andererseits aber auch die nicht zu unterschätzenden individuellen wie religiösen Komponenten betont.

Wie sahen die Verbindungen der städtischen Oberschicht der Danziger Rechtstadt zu Sigismund von Luxemburg aus? Wie veränderten sich diese Beziehungen in Momenten von Konflikt und Interessendivergenz? Diesen Fragen ging BEATA MOŽEJKO (Danzig) in ihrem Vortrag nach. Sie untersuchte, wie sich der Rat der Rechtstadt zwischen seinem Herrn, dem Deutschen Orden, und Sigismund wohlüberlegt zu bewegen wusste und bemüht war, statt eines Spielballs als eigener Akteur städtische bzw. eigene Interessen zu behaupten. Gleichzeitig skizzierte die Referentin die vehementen und divergierenden Einflussversuche Sigismunds und des Deutschen Ordens im jeweils eigenen Interesse, das die andere Partei miteinschließen konnte, aber nicht musste.

Dass Vielsprachigkeit nicht nur Herausforderung, sondern Notwendigkeit und Realität in der Zeit Sigismunds darstellte, zeigte VÁCLAV ŽUREK (Prag) in seinem Beitrag. Er legte den

Einsatz und die Wirkung unterschiedlicher Sprachen (z.B. Deutsch, Latein, Tschechisch) an den Höfen Wenzels IV. und Sigismunds vor dem Hintergrund der einschlägigen Regelung in der Goldenen Bulle (Kapitel XXXI) sowie der in Personalunion beherrschten Reiche offen. Zugleich unterstrich er die prägnante Tradition der Vielsprachigkeit innerhalb dieser Dynastie von Karl IV. bis hin zu seinem Urenkel Ladislaus Postumus und wies in diesem höfischen Zusammenhang auch auf die Funktion von Sprachen(un)kenntnis als Differenzkategorie und Distinktionsmerkmal bei Herrschern wie Höflingen hin.

Ebenfalls mit Vielsprachigkeit, allerdings im Kontext der ungarischen Städte während der fünfzig Jahre von Sigismunds ungarischem Königtum, setzte sich KATALIN SZENDE (Wien/Budapest) auseinander. Sie beschäftigte sich mit der sich ändernden Verwendung von Sprachen, maßgeblich Deutsch, Latein und Ungarisch, im Rahmen von Handel, Verwaltung und Religion. So demonstrierte sie, wie sehr die Verwendung einer konkreten Sprache vom jeweiligen (Einsatz-)Kontext abhing und dass sich dieser durch demographische Entwicklungen sowie städtische oder höfische Einflussnahmen erheblich veränderte. Neben der kontextabhängigen Differenzierung von Sprachen betonte sie ebenso die gelebte Vielsprachigkeit sowie den weniger präsenten Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und gesprochener Sprache.

Lässt Glaube Diversität zu? Mit dieser Frage eröffnete CHRISTINE REINLE (Gießen) die dritte Sektion. Sie kam in ihrer Untersuchung von katholischer Kirche und koexistierenden Waldensern, deutschen Hussiten und Juden im späteren Mittelalter zu dem Schluss, dass der religiöse Exklusivitäts- und Wahrheitsanspruch in elementarem Widerspruch zu geduldeter religiöser Vielfalt stehe. Diversität, so ihre These, sei insofern nur in der konkreten wie konformen Frömmigkeitspraxis zu beobachten und akzeptiert gewesen, dort ließen sich Handlungsspielräume finden. Bei abweichenden, nonkonformen Lehren (Häresien) komme es hingegen auf den Wahrnehmungswillen an. Grundsätzlich seien diese Normabweichungen als Differenz, nicht als Diversität, zu verstehen, die häufig Eliminierung(sversuche) zur Folge hatten.

In den Adriaraum nahm MARGARITA VOULGAROPOULOU (Bochum) die Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer im Anschluss mit. Ihr kunsthistorischer Vortrag erläuterte, dass dort um die Jahrhundertwende (um 1400) nicht nur die von der Forschung bisher hauptsächlich betrachtete venezianische Spätgotik zu finden war. Vielmehr entstand in dieser Kontaktzone des lateinischen Westeuropas mit dem griechischen Byzanz, angetrieben durch viele örtliche Konflikte, eine deutlich breitere und bisher wenig beachtete Stilvielfalt innerhalb einzelner Kunstwerke. Diese Diversität wurde durch Interaktion verschiedener Künstler und die Kombination unterschiedlicher Stile geprägt und zeige sich z.B. durch multilinguale und multistilistische Werke.

Wie konstruiert sich eine religiöse Gruppe in Abgrenzung zu anderen Gruppen der gleichen Religion bezogen auf gemeinsame, interkonfessionelle Glaubenspraktiken? Diese Frage nahm IRYNA KLYMENKO (München) als Ausgangspunkt, um jesuitische, orthodoxe und protestantische Quellen zum Thema Fasten um 1600 zu untersuchen. Die Referentin führte aus, dass religiöse Normen sowie Kollektive nicht statisch waren, sondern sich dynamisch und diskursiv veränderten. Mithin könne Diversität hier als Kategorie helfen, einzelne Aspekte in ihrer Entwicklung (Kontinuität wie auch Dynamik) zu greifen und Verflechtungen der Felder abzubilden. Daneben trage die Kategorie Diversität dazu bei, eben diese Veränderungen zu verstehen.

Den öffentlichen Abendvortrag zu Bedeutung und Kontexten von Diversität im Mittelalter als Abschluss des zweiten Konferenztages hielt NORA BEREND (Cambridge). In einem ersten Teil präsentierte sie Sigismund als einen vielfältigen Herrscher und verwies dafür

beispielhaft auf seine Vielsprachigkeit, die unterschiedlichen beherrschten Reiche oder seine prägende Rolle in den diversen politischen Entwicklungen der Zeit. Danach beschäftigte sie sich mit der abstrakten Bedeutung von Vielfalt im Mittelalter und forderte dazu auf, Diversität in dieser Zeit nicht als Spiegelbild eines modernen Begriffsverständnisses zu sehen oder zu suchen. Stattdessen gelte es, Vielfalt im Sinne der Zeitgenossen, die sich ihrer bewusst waren, zu greifen sowie deren Wortverständnis, die positiven wie negativen Bedeutungen des lateinischen *diversa*, zu berücksichtigen. Ebenso warnte sie davor, Vielfalt im Mittelalter mit Toleranz zu verwechseln.

Mit einem Referat von SUZANNA SIMON (Zagreb) begann die vierte Sektion. Simon setzte sich mit dem ethnisch heterogenen slawonischen Adel zur Zeit Sigismunds auseinander. Der Adel bestand aus Slawen und vom König angesiedelten Ungarn, denen als Verhandlungs- und Begegnungsort der ungarische Hof diente. Neben den königlichen Maßnahmen zur Kontrolle der Region wie der gezielten Vergabe von Ban-Ämtern oder eben der Ansiedlung ungarischer Adelige zeigte der Beitrag auch die gewichtige Rolle der Fürstinnen auf. Unter anderem am Beispiel der Familie Töttös wurde deutlich, wie Frauen als Protagonistinnen ihrer Familien in Krisenzeiten agierten und sich in dem konfliktreichen Gebiet zu behaupten vermochten.

Den Umgang von mittelalterlichen Gesellschaften mit immigrierenden Gruppen thematisierte CRISTINA ANDENNA (Saarbrücken). Am Beispiel der Gruppen, die im 15. Jahrhundert als „Zigeuner“ fremdbezeichnet wurden, betrachtete sie den sich verändernden Blick von Städten auf diese Neuankömmlinge und die damit einhergehenden Verhaltensänderungen. Die Referentin unterschied grundlegend zwei aufeinanderfolgende Phasen, in denen die neuen Fremden zunächst als Ausdruck von Diversität, später dezidiert als Fremde, von denen es sich abzugrenzen galt, gesehen wurden. Die erste Phase stellte sich für die Städte als herausfordernde Zeit von Kommunikation und Integration der abgegrenzt-fremden wie als in sich sozial differenziert wahrgenommenen Gruppe dar. Hingegen bedeutete die zweite Phase Verfolgung, Vertreibung und Stereotypisierung des neuen Bevölkerungsteils. Andenna vermutete, dass die nicht sesshafte Lebensweise zum Problem wurde. Zugleich wies sie darauf hin, dass die beschriebene zweite Phase ausbleiben konnte, wenn die Migranten als nützlich für bestimmte Maßnahmen und Ziele angesehen wurden.

Die beispielorientierten Beiträge beschloss ein Vortrag zu den Dynamiken der Gelehrtenkultur in der Zeit Sigismunds von SANDRA SCHIEWECK-HERINGER (München). Dabei beschrieb sie die universitäre Ausbildung der Gelehrten als zunächst integrativ, da sie zumindest temporär die Heterogenität bzw. Diversität der Studenten nivellierte. Häufig wechselten die Studenten – nach ihrer universitären Ausbildung in ein dichtes Kommunikationsnetzwerk eingespannt – an die Höfe der Zeit. Schieweck-Heringer wies darüber hinaus auf die besondere Rolle der Konzilien als Zentren von Gelehrtensamkeit und Gelehrten hin: Dort waren Gelehrte allerdings weniger als eigenständige, homogene Gruppe, sondern zumeist im Auftrag ihrer Herren oder qua eigenen Rechtes präsent. Allerdings spielte eine andere Differenzkategorie, das *Nationes*-Prinzip, bei der Selbstorganisation der Konzilsteilnehmer eine bedeutendere Rolle als die universitäre Zugehörigkeit. Mithin, so schlussfolgerte sie, seien zur Erfassung von Gelehrtenverbindungen in diesem Fall neben Diversität weitere Untersuchungskategorien zur Schärfung des analytischen Blickes notwendig.

Die Ansätze der vier Sektionen und die bisherige Verwendung des Begriffes Diversität in den Geschichtswissenschaften resümierte vor der abschließenden Diskussion PAUL SCHWEITZER-MARTIN (München). So zeigte er auf, dass in der (deutschsprachigen) Geschichtsforschung kein Konsens hinsichtlich der Bedeutung des Begriffes besteht.

Seite B 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Zudem würden Diversität, Vielfalt und Pluralität häufig synonym gebraucht. Begriffliche Unschärfe entstehe zudem durch Bezugnahme auf das englische *diversity*, das nicht denselben Sinngehalt wie sein deutsches Äquivalent besitze. Außerdem stellte Schweitzer-Martin die seltene Verwendung der Kategorie als Hauptgegenstand von Untersuchungen fest. Stattdessen fand die Kategorie bisher vor allem in größeren Analysen nur als Teilaspekt Verwendung.

Dass es sich bei *diversitas* allerdings um ein fruchtbares Konzept mit Potenzial für zukünftige Studien handelt, dem mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, unterstrich die lebhafte Abschlussdiskussion, die zugleich neue Impulse für die mit der internationalen Tagung verfolgte Idee generierte. Auch wurde in diesem Rahmen der ergebnisoffen und mit vier Sektionen breit angelegte Ansatz der Konferenz als gelungen befunden. Zugleich betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Diversität als Analysekategorie insbesondere im Zusammenspiel mit anderen Differenzkategorien für die Mittelalterforschung fortwährend intensiver auszuloten und auf weitere Kontexte anwenden zu wollen.

Konferenzüberblick:

Julia Burkhardt (München): Einführung

Sektion 1: Politisch-institutionelle Vielfalt und Einheitsvisionen

Moderation: Christoph Mauntel (Konstanz)

Bernd Schneidmüller (Heidelberg): *unitas* und *diversitas*. Sigmunds Kaisertum als Ordnungsfigur im Spätmittelalter

Bénédicte Sère (Paris/Nanterre): Thinking the difference and the diversity at the time of the Great Western Schism (1378–1417). Jewish-Christian polemics and Church's obsessions of unity

Éloise Adde (Budapest/Wien): The League of Lords between feudalism and the modern state. Diversity of state models, political agency, and opposition in late-medieval Bohemia (1394–1405)

Markus Christopher Müller (München): Ständisches Selbstverständnis und Alterität. Inklusions- und Exklusionsstrategien süddeutscher Landstände im 14. und 15. Jahrhundert

Klara Hübner (Brünn): Morder, Alter Nero, Likša rýšavá: Anti-königliche Propagandasprachen der Wenzels- und Sigismundszeit

Sektion 2: Soziale und sprachliche Vielfalt in urbanen Räumen

Moderation: Jörg Schwarz (Innsbruck)

Alexandra Kaar (Wien): „Bürgertum“ und „Adel“ als Differenz- und Konfliktkategorien zur Zeit Sigismunds?

Beata Možejko (Danzig): Main Town (Rechtstadt) Danzig's city council towards Sigismund Luxembourg. Research reconnaissance

Václav Žůrek (Prag): Multilingualism on Luxembourg courts (ca. 1370–1440). Communicative and symbolic linguistic diversity in the court environment

Seite B 135 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Katalin Szende (Budapest/Wien): Language matters. Multilingual practices in urban communication in the Kingdom of Hungary and beyond

Sektion 3: Religiöse und konfessionelle Vielfalt: Diskursive und materielle Kultur

Moderation: Dieter Weiß (München)

Christine Reinle (Gießen): Konforme und nonkonforme Religiosität im römisch-deutschen Reich in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts

Margarita Voulgaropoulou (Bochum): Artistic diversity in the multi-ethnic and multi-confessional Adriatic during the time of Sigismund of Luxembourg (1368–1437)

Iryna Klymenko (München): Das Fasten der Anderen. Semantiken religiöser Grenzziehung in der Vormoderne

Öffentlicher Abendvortrag

Nora Berend (Cambridge): Medieval diversity. Contexts and meanings

Sektion 4: Kulturelle Vielfalt und Wahrnehmungsmuster

Moderation: Christina Lutter (Wien)

Suzanna Simon (Zagreb): Fractions and/or uniformity? Politics of the Slavonian nobility in the Composite Kingdom

Cristina Andenna (Saarbrücken): Diversität und Alterität. Reaktionen auf eine unbekanntes Migrantengruppe in der Zeit Sigismunds

Sandra Schieweck-Heringer (München): Vielfalt des Wissens? Die Gelehrtenkultur(-en) im Umfeld Sigismunds von Luxemburg

Abschlussdiskussion

Paul Schweitzer-Martin (München): Concluding remarks. Should we study political, social, religious and cultural diversity in the middle ages?

Zitation

Tagungsbericht: Politische, soziale, religiöse und kulturelle Vielfalt in der Zeit Sigismunds von Luxemburg (1368–1437), In: H-Soz-Kult, 06.06.2023,

www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136669.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Kleine Reichsstädte

Organisatoren Mühlhäuser Arbeitskreis für Reichsstadtgeschichte; in Verbindung mit der Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung, der Stadt Mühlhausen und dem Mühlhäuser Geschichts- und Denkmalpflegeverein e.V.

99974 Mühlhausen

Vom - Bis

20.02.2023 - 22.02.2023

Von

Vito Conego, Universität Passau

Schweinfurt, Weinsberg, Solothurn, Mulhouse, Boppard. Die Tagung widmete sich mit einer regional übergreifenden Herangehensweise sowie einer kleinreichsstädtischen Quellengrundlage dem Forschungsdesiderat der kleinen Reichsstädte bzw. der „Reichsstädte in zweiter Reihe.“ Was machte sie aus und wie gestaltete sich ihr Handlungsspielraum? Die inhaltliche Ausrichtung der Tagung zielte auf die inneren Strukturen, die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die stetigen Aushandlungsprozesse mit äußeren Herrschaftsfaktoren. Das Ziel war, kleine Reichsstädte aus dem Schatten großer Land- und Reichsstädte zu lösen.

OLIVIER RICHARD (Freiburg i. Üe.) und GABRIEL ZEILINGER (Erlangen) revidierten in ihrer Einführung das ältere Bild der kleinen Reichsstadt, das einerseits von einer Minorisierung durch größere Nachbarn geprägt war, aber andererseits auch von der Wahrnehmung als kleine, aber feine Städtestaaten, die eine Gleichwertigkeit mit großen Reichsstädten innegehabt hätten. Darüber hinaus bestritten sie die Annahme, Innovationen seien stets nur von den Großen auf die Kleinen übergegangen und kleine Reichsstädte in der königlichen Wahrnehmung nicht präsent gewesen. Sie schlugen stattdessen andere Zugänge vor, etwa die „Zirkulation“ im Sinne einer gegenseitigen Beeinflussung, und konnten beispielhaft anhand einer Urkunde Friedrichs III. aus dem Jahr 1471 ein fortlaufendes Interesse des Königtums am bereits 140 Jahre verpfändeten Neuenburg am Rhein nachweisen.

MICHAEL ROTHMANN (Hannover) analysierte anhand der Stadt Weinsberg, wie stadtbürgerliche Ansprüche auf die Reichsunmittelbarkeit und landesherrliche Stadtpolitik ständige Aushandlungsprozesse bedingten. Dass zwischen Burg und Stadt im 14. Jahrhundert eine Mauer errichtet worden war, ordnete Rothmann anhand der Öhringer Urkunde Kaiser Ludwigs IV. von 1342 als bürgerlichen Übergriff ein, der eine unrechtmäßige physische Grenze zwischen den Herren und der Stadt zog. Während die Bürger Weinsbergs seit 1407 demonstrativ Münzen mit dem Reichsadler prägten und damit ihre (noch) nicht bestätigte Reichsunmittelbarkeit betonten, erreichten die anti-reichsstädtischen Bestrebungen Konrads IX. von Weinsberg die Acht und den Kirchenbann für die Stadt. Weinsberg trat nach außen hin als Reichsstadt auf, während weder der rechtliche Status geklärt noch die Durchsetzbarkeit erkenntlich war. 1430 musste Konrad die Reichsunmittelbarkeit anerkennen. Doch mit der weggebrochenen herrschaftlichen Mitwirkung sollte Weinsberg bereits 1440 die gerade erkämpfte Reichsunmittelbarkeit wieder verlieren.

HEIDRUN OCHS (Mainz) stellte vor dem Hintergrund der mittelrheinischen Städtelandschaft Boppard und Oberwesel als Beispiele für ländliche Verknüpfungen und überregionale Handwerksexporte vor. Deren formale Reichsunmittelbarkeit stand im Gegensatz zur 1312 durch Verpfändung entstandenen, faktischen Abhängigkeit von Trier. Ein erhöhtes Interesse des Bopparder Rates an der Landwirtschaft ließ sich durch das Register der Weingartenschützen rekonstruieren, wobei Boppard mit städtischen Getreidesümmern in einem 35-Kilometer Radius Einfluss auf den ländlichen Raum nahm. Engmaschig qualitätsgeprüfte Tuche der Reichsstädte wurde in Franken und Straßburg gehandelt, in einem augsburgischen Kaufmannsbuch wurden sie als gute Tuche verzeichnet. Trotz der Dominanz von Wein, Wolle, Fischfang und Schifffahrt bestand eine differenzierte Gewerbestruktur mit landwirtschaftlich-flusswirtschaftlicher Prägung. Dass sich die kleinen Reichsstädte in ständigen Aushandlungsprozessen bewähren mussten, zeigte Ochs anhand herrschaftlicher Verfügungen und erzbischöflicher Einflussnahmen. Konstant blieb unterdessen das Selbstverständnis und -bewusstsein als Reichsstädte, auch wenn die rechtliche Situation in der Verpfändung anders ausgestaltet war.

Welche Charakteristika einem mittelalterlichen Reisenden zur Einordnung der Größe und Bedeutung von Städten dienten, erläuterte ELISABETH GRUBER (Krems/Salzburg) anhand des Reiseberichts aus dem Gefolge Friedrichs III. anlässlich seiner Aachener Krönungsreise. Der anonyme Verfasser hat in literarischer Ausarbeitung seine Wahrnehmung der „Dingwelt“ festgehalten. Die Hervorhebung von Hierarchien unter den Städten wurde mit verschiedenen Bezeichnungen (Stadt, Stadtl, Stadt) sowie der Beschreibung von baulichen Gegebenheiten vorgenommen. Der Bericht spiegelt neben dem Interesse an Stadtbefestigungen, Wasseranbindungen und technischen Markern (bspw. Mühlen) einen Fokus auf Sakraltopographie und sakrale Requisiten wider. Dieser Blick auf die Städte bildete eine implizite und explizite Zuordnung ihres Platzes in der Reichsstruktur ab.

GREGOR METZIG (Schweinfurt) dekonstruierte das Bild des Gemeinsinns und Bürgerstolzes, das in der Architektur des Schweinfurter Rathauses nicht abgebildet sei, und stellte dar, wie sich der Rat mit einem standesgemäßen Ort der herrschaftlichen Repräsentation von selbst darzustellen versuchte. Das Rathaus fungierte als herrschaftliches Handlungs- und Legitimationszentrum sowie als Mehrzweckbau, das in Schweinfurt am Schnittpunkt der Hauptstraßen, des wirtschaftlichen Zentrums und der patrizischen Häuser am Markt am 19. Mai 1572 feierlich eingeweiht worden war. Die Architektur, die den Sitzungssaal und den vorgelagerten Balkon vom Marktplatz trennte, vermittelte Exklusivität und versprach Schutz. Das Rathaus zeichnete sich durch eine architektonische Dramaturgie aus, die in repräsentativen Treppen gipfelte. Sie fand aber auch in für den Durchschnittsbürger wohl kaum zu entziffernden mythologischen und antikisierenden Fassaden ihren Ausdruck. Dabei verwiesen die hohen Baukosten von 23.805 Gulden symbolisch auf Langlebigkeit in ungewissen Zeiten.

GERHARD FOUQUET (Kiel) referierte in seinem Abendvortrag über Reichsdörfer, die sich in von Krongut durchsetzten territorialen Schüttermzonen an Rhein und Main der Mediatisierung zumindest zeitweilig entziehen konnten. Prekäre machtpolitische Verhältnisse oder offene Konflikte, etwa in der Wetterau oder im Kröver Reich, ermöglichten ländliche Freiheiten, die sich im Schatten der großen politischen Geschehnisse bis zur Reichsfreiheit der Dörfer entwickeln konnten. Spätmittelalterliche Reichsdörfer befanden sich in stetiger Aushandlung von Königsnähe, Reichsfreiheit und gemeindlicher Selbstmächtigkeit einerseits und Vereinnahmung durch weltliche wie kirchliche Herren und Reichsstädte andererseits. Die Schutzbedürftigkeit der Reichsdörfer führte schließlich zu verschiedenartigen Bindungen an Reichsstädte, die sich in Schutz- und Pfleregerechten (Elsass), Bündnissen (Sulzbach mit Frankfurt), Schutzverträgen (Wetterau) und schrittweisen Verpfändungen (Schweinfurt) ausdrücken konnten. Die Kurpfalz sicherte sich

beim Ausverkauf des Kronguts im 13. und 14. Jahrhundert viele der Dorfgemeinden. Fouquet verwies auf die heute noch aktive Erinnerung an die Reichsfreiheit in Sulzbach, ein Beispiel für eine intakte Selbstwahrnehmung als Reichsdorf.

SILVAN FREDDI (Solothurn) ordnete die zunehmende Schriftlichkeit Solothurns an der Wende von Mittelalter und Neuzeit vor dem Hintergrund der Erweiterung des Territoriums und eines aufkommenden Wissenstransfers innerhalb des Schreiberwesens ein. Das bereits seit 1331 nachweisbare Stadtschreiberamt zeigte seit dem Innovator der Solothurner Kanzlei, Hans von Stall, eine neue Form des Umgangs mit Schriftlichkeit. Die territoriale Erweiterung stieß eine Herrschaftsverdichtung und eine – die Rechtssicherheit verbessernde – dichtere Überlieferung der Ratsentscheidungen an, die sich in Vogtrechnungen (1455) und Kopienbüchern, Visitenbüchern und Kontraktenmanualen, Ratsprotokollen (1468), Rats- und Rechtsbüchern ausdrückten. Solothurn wies in der Schriftlichkeit etwa ein halbes Jahrhundert Rückstand auf das benachbarte Bern auf. Freddi zeigte detailliert auf, dass nach Solothurns Beitritt in die Eidgenossenschaft 1481 eine Mobilität der Stadtschreiber einsetzte, die durch Empfehlungsschreiben und regelmäßigen Kontakt bei Städtetreffen zustande kam. Mit neuen Impulsen trat neues Schriftgut auf, darunter Jakob Haabs Mustermisivenbuch und seit 1505 eine neue Art des Ratsmanuals.

DOMINIQUE ADRIAN (Metz) beleuchtete die Funktion der Verfassungsurkunden von Reichsstädten u.a. am Beispiel Pfullendorf. Die Verschriftlichung der Verfassungen veränderte die Stellung der Stadtregierung. Die Zunftordnung Pfullendorfs brachte eine soziale Öffnung der Entscheidungsprozesse, indem seit 1383 per Mehrheitswahl sechs Zunftmeister in den Rat gewählt wurden. Es wurden Legitimität, Repräsentation und Vertrauen in die Institutionen geschaffen. Die Zünfte fungierten als Mittlerinstanz zwischen den Bürgern und der Stadtregierung, wobei die Zünfte große innere Autonomie erhielten und gleichzeitig einer Kontrolle unterworfen wurden. In diesen Vorgängen ahmten die kleinen die großen Reichsstädte nicht nach, sie standen in gemeinsamem Kontext. Diese Funktion kam den Zünften allerdings sowohl in kleinen als auch in größeren und großen Reichsstädten zu; Adrian betonte hier die ähnlichen Strukturen. Das Ziel der Verfassung war in Pfullendorf die Steigerung politischer Effizienz, die sich in einem Gleichgewicht der Kräfte ausdrückte und mit jährlichen Eiden garantiert werden sollte. Adrian arbeitete die Transparenz der öffentlichen Verschriftlichung als Kardinaltugend der Verfassungen heraus, die darüber hinaus Partizipation und Frieden sichern sollten.

HANNA NÜLLEN (Halle an der Saale) zeigte anhand der Wirtschaftsbuchführung und Rechtsschriftlichkeit Friedbergs und Gelnhausens, wie das Potential von Büchern von den Räten der jeweiligen Stadt zur Sicherung von Wirtschafts- und Rechtsinformationen genutzt wurde. Im 15. Jahrhundert wurden neue Rechnungsbände für verschiedene Bereiche festgelegt, die mit hohem Formalisierungsgrad die finanziellen Ressourcen der Stadt und deren Verwendung überwachten. Sie schufen Transparenz, hielten Steuerpflichtigkeit, -höhe und -eingänge fest und befähigten den Rat, die verzeichneten Steuern zu erheben. Die Rechtsbücher, darunter Gerichts- und Ratsprotokolle sowie Kopialbücher, sicherten eine nachhaltige Nutzbarkeit, die ein Verwaltungswollen zeigt. Das Insatzbuch Friedbergs wurde beispielsweise wohl in Folgekonflikten hervorgeholt, um auf alte Entscheide zu verweisen. Zudem dienten die Bücher als Gedächtnisstütze für formale Abläufe. Die Verfügungsgewalt über die Rechtsbücher hatte der Rat inne, sodass ihm auch die Deutungshoheit zukam. Es zeigte sich in den Büchern neben den reinen Informationen auch das Selbstverständnis des Rates, der Schriftwesen einforderte, um über Wissen zu verfügen.

Die politische Partizipation kleiner Reichsstädte und die dreigeteilte Entsendungspraxis von Gesandtschaften zu Reichsversammlungen stellte GABRIELE ANNAS (Frankfurt am Main)

dar. Kleine Reichsstädte waren auf Reichsversammlungen selten mit eigenen Delegationen vertreten. Zu solchen seltenen Anlässen zählten städtespezifische Themen, über die beraten werden sollte oder die Anwesenheit des Reichsoberhauptes sowie die geographische Lage des Versammlungsorts im Verhältnis zur Lage der Stadt. Neben der „Beschickung“ konnten die geladenen Reichsstädte auch mit einem begründeten Verzicht oder einer Repräsentation durch große Reichsstädte antworten. Seit dem 15. Jahrhundert traten die Städte vermehrt in die Wahrnehmung des Reichsoberhauptes, das von den Reichsstädten maßgebliche Unterstützung bei militärischen Aufwendungen erhielt. Dabei stellten die kleinen Reichsstädte circa 50 Prozent der Truppen, die von der Gesamtheit der Reichsstädte zu stellen waren, obwohl sie traditionell ihre Politik eher in regionalen städtischen Landschaften oder überregionalen Städtetagen einbringen konnten. Auf Reichsversammlungen waren es die großen Reichsstädte, die auf den vorderen Bänken Platz nahmen, während die kleinen im Hintergrund blieben.

GUIDO BRAUN (Mülhausen/Mulhouse) zeigte die Sonderstellung der Reichsstadt Mulhouse auf, die sich mit dem Ziel der Eigenständigkeit zwischen Elsass und Eidgenossenschaft positionierte, wodurch sie im Westfälischen Frieden und dem Frieden von Rijswijk ihre Stellung behaupten konnte. Während des Dreißigjährigen Krieges erlangte Mulhouse aufgrund seiner Neutralität eine gewisse Prosperität, bedingt durch den Getreideverkauf an alle Kriegsparteien. Es bestand eine Nähe zu den Schweizer Kantonen, die sich aus der konfessionspolitischen Ausrichtung der Stadt zum Protestantismus im eher katholischen Oberelsass ergab. Braun hob jedoch hervor, dass Mulhouse trotz der eidgenössischen Nähe Gefahr lief, an Frankreich zu fallen oder in die habsburgischen Besitzungen in Vorderösterreich integriert zu werden. Dafür, dass Mulhouse weiterhin Reichsstadt blieb, sorgte der Bürgermeister Jakob Heinrich Petri seit 1643 mit Unterstützung aus Basel. Ausdruck des Fortbestehens der Stellung zwischen Elsass und Eidgenossenschaft waren die Formulierungen des Westfälischen Friedens, der die Stadt weder in der Dekapolis nannte, noch die Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft verneinte. Mulhouse blieb laut Petri eine „absonderliche Reichsstadt“.

Die Zusammenfassung von JULIA SCHMIDT-FUNKE (Leipzig) und die Schlussdiskussion standen unter der Leitfrage „Kleine Reichsstädte – was und wo sind sie?“ und stellte drei Interessensgebiete fest, die sich im Verlauf der Tagung herauskristallisiert hatten. Die Fragen, was genau „klein“ sei, und welche Strukturen sich in ebendiesen kleinen Reichsstädten zeigten, stießen rege Diskussionen an. Unter anderem wurde die Formulierung „Reichsstädte in zweiter Reihe“ vorgeschlagen. Die Interaktion im regionalen Kontext, mit dem Reich und mit den großen Reichsstädten stellte einen weiteren Aspekt dar, auf den Schmidt-Funke einging und den sie sowohl mit der Selbstwahrnehmung der kleinen Reichsstädte als auch mit deren Fremdwahrnehmung verknüpfte.

MATTHIAS KÄLBLE (Dresden) legte abschließend in Thamsbrück ein Augenmerk auf die Städtelandschaft des nördlichen Thüringens, die sich im 13. bis 14. Jahrhundert entwickelte. Thamsbrück wurde dabei als eine planmäßige Stadtgründung präsentiert. Die ständigen militärischen Auseinandersetzungen um das Dreieck Mühlhausen-Nordhausen-Weißensee im „Brückenland“ Thüringen führten zu einem raschen Ausbau der dortigen Städte, die in der unsicheren Landschaft einer stärkeren Befestigung bedurften. Die Kontrolle über die Städte war ein Kern der Auseinandersetzungen zwischen den Fürsten, deren Spannungen untereinander für eine Stärkung kommunaler Strukturen sorgte und Ansätze der kommunalen Eigenverwaltung seit der Mitte des 13. Jahrhunderts ermöglichte.

Die Strukturen einer kleinen Stadt verdeutlichten Christine Müller (Neustadt an der Orla) und Peter Bühner (Mühlhausen) am tagungsbeschlüssenden Exkursionsort Thamsbrück, dessen Ausdehnung nie die ursprünglichen Befestigungen von weniger als 15 ha

überschritt. Die planmäßig angelegte Stadt war in der Nähe eines nicht mehr genau zu rekonstruierenden Unstrutübergangs errichtet worden, der eine verkehrsstrategische Bedeutung aufwies. Salza und das Kloster Homburg waren die Orte, mit denen Thamsbrück konkurrieren sollte.

Die Tagung „Kleine Reichsstädte“ hat sich dem Forschungsdesiderat der „Reichsstädte in zweiter Reihe“ angenähert, ohne abschließend festlegen zu können, was genau „klein“ am Ende ausmache. Der große Verdienst der Tagung liegt sicherlich darin, dass in ihrem Verlauf der Vorträge für die Forschung richtungsweisende Strukturen aufgezeigt wurden. Die Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung als Reichsstadt oder Reichsdorf nach außen trat anhand verschiedener Quellentypen hervor. Es zeigte sich zudem eine dezidierte Trennung in bürgerliche Ober- und Unterschichten. Die Schriftlichkeit entwickelte sich parallel in gleichartiger Gestaltung oder leicht verzögert in geringerer Ausdifferenzierung mit den großen Reichsstädten. Die Verbindungen in den ländlichen Raum und die (über-)regionalen städtelandschaftlichen Strukturen bestimmten wirtschaftliche und politische Spielräume sowie Aushandlungsprozesse. Die Erlangung der Reichsunmittelbarkeit oder kommunaler Verwaltungsstrukturen gelang dort, wo Große sich bekämpften. Die Tagung konnte demnach Untersuchungsaspekte festmachen, die als Fundamente der weiteren Reichsstadtforschung für kleine Reichsstädte dienen können.

Konferenzübersicht:

Olivier Richard (Straßburg) / Gabriel Zeilinger (Erlangen): Zur Einführung – Kleine Reichsstädte

Sektion I – Kleine Reichsstädte als Lebensraum

Michael Rothmann (Hannover): Die Reichsstadt Weinsberg zwischen Selbständigkeit und territorialer Abhängigkeit

Heidrun Ochs (Mainz): Kleine Reichsstädte am großen Fluss – Wirtschaften in Boppard und Oberwesel im Spätmittelalter

Elisabeth Gruber (Krems/Salzburg): Kleine Reichsstädte materiell – Vom Vetorecht der Dinge in Reiseberichten und Stadtansichten

Gregor Metzig (Schweinfurt) 'Residenz des Rates' – Architektur, Macht und Funktion des Schweinfurter Rathauses von 1572

Öffentliche Abendveranstaltung

Gerhard Fouquet (Kiel): Reichsdörfer – Die Unbekannten in der königlichen Verfasstheit des spätmittelalterlichen Reiches

Sektion II – Die Schriftlichkeit kleiner Reichsstädte

Silvan Freddi (Solothurn): Solothurn – Die Schriftüberlieferung einer kleinen Reichsstadt im Mittelalter

Dominique Adrian (Metz): Die Verfassungsurkunden der süddeutschen Reichsstädte (14. bis 15. Jh.)

Seite B 141 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hanna Nüllen (Halle an der Saale): „Damit der Rat ein Wissen hat.“ – Die spätmittelalterlichen Stadtbücher von Friedberg und Gelnhausen als Instrumente administrativer Wissensproduktion

Sektion III – Die kleinen Reichsstädte in der Region und in der Reichspolitik

Gabriele Annas (Frankfurt am Main): Kleine Reichsstädte und die Reichsversammlungen des späten Mittelalters – Eine Spurensuche

Guido Braun (Mulhouse): Mülhausen/Mulhouse in der elsässischen Städtelandschaft um 1648 – Politische und ökonomische Herausforderungen zwischen Krieg und Frieden

Sektion IV – Zusammenfassung und Schlussdiskussion

Julia Schmidt-Funke (Leipzig): Kleine Reichsstädte – Eine Rückschau

Exkursion nach Thamsbrück

Mathias Kälble (Dresden): Welfen, Ludowinger, Wettiner und die Städte im nördlichen Thüringen

Zitation

Tagungsbericht: Kleine Reichsstädte, In: H-Soz-Kult, 21.06.2023, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136880.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Jewish Responses to Nationalism in Central and East-Central Europe

Organisatoren University of Potsdam; University of Haifa

14415 Potsdam

Vom - Bis

20.07.2022 - 22.07.2022

Von

Zachary Mazur, POLIN Museum of the History of Polish Jews

Since 2015, the Universities of Potsdam and Haifa have been working together to produce the Ashkenazic Studies exchange programme for their students. A series of strong relationships between professors from both these institutions has grown out of this cooperation, and together they produced a fantastic on conference on timely issues that have not yet been dealt with sufficiently. As the title of the conference suggests, *Jewish Responses* gave voice to Jews developing strategies for dealing with antisemitism, in its appearance as an intellectual phenomenon and the physical violence that arose from hatred and prejudice.

One of the conference conveners, MAGDALENA MARSZAŁEK (Potsdam), was the first to the podium where she offered justifications for the event. The strongest is that we should be turning our focus away from the toxic antagonism of nationalists, who have garnered plenty of attention, toward the targets of their ire, in order to show how Jews had agency and what strategies they used to counter harmful rhetoric and violent action.

GUR ALROEY (Haifa) then gave the opening address on Jewish self-defence units during the Ukrainian civil war (1919-1920). His main argument was that the stereotype of Jewish passivity does not match up with the historical record. The popular memory of pogroms and anti-Jewish violence in eastern Europe has been that Jews simply fled, leaving behind their lives in the *shtetlach*. But this is not the whole story. In response to the massive rise in anti-Jewish violence during the chaos of multiple overlapping conflicts, cities with large Jewish populations organized armed units to discourage banditry and punish those who failed to maintain order. Another important point Alroey emphasized that Jewish men served in the imperial armies during the First World War, and returned home with knowledge and skills to defend themselves and their property. In the town of Bohoslav, near Kyiv, the largest unit formed and local insurgents nicknamed it the “Jewish Fortress”. The experience of self-defence participants was then taken to Palestine, where some of the same men responded to Arab riots in Palestine in 1920-21 with similar armed initiatives. Thus the attitudes and actions of Jewish self-defence units played a key role influencing the Zionist movement and served as a strong message against those who wished to do Jews harm.

During the first panel session, ELISABETH GALLAS (Leipzig) presented a nuanced reinterpretation of the Schwarzbard trial in interwar France. In May 1926, Sholem Schwarzbard assassinated Symon Petliura, the most prominent leader of revolutionary Ukraine during the aforementioned civil war. In the eyes of many Jews, Petliura bore the brunt of the blame for the massive pogroms that resulted in thousands of deaths. Gallas argued convincingly that the trial transformed into an indictment of those who committed acts of violence against Jews or those who failed to protect them. The jury acquitted the assassin after an 8-day trial because the jury was convinced by the overwhelming evidence from pogrom victims and their families. Schwarzbard’s act, then, was a solution to the problem of impunity in a world without an international war crimes tribunal. What seemed like “revenge” on the surface, was actually a means to provide retribution in a makeshift legal response to the lack of accountability for pogrom perpetrators.

The second presentation of the first panel provided deeper context for a particular Ukrainian city during the Russian Imperial period. ANDRII PORTNOV (Frankfurt an der Oder) gave a closer look into the social dynamics of Ekaterinoslav (today Dnipro), the site of Jewish armed resistance at various points in history. Portnov emphasized how some Jewish thinkers in Dnipro were hopeful there was a place for assimilated Jews in Russian society, but they became disillusioned when Russian liberals refused to criticize pogroms and anti-Jewish violence. In the late 19th century, mass pogroms spurred the popularity of Jewish organizations, especially Zionism and Bundism. Portnov somewhat challenged Alroey’s claim in his talk that Jewish self-defence had its roots in the 1903 Kishinev pogrom, by showing that it actually first developed in Ekaterinoslav in 1901 and appeared again in 1905. In particular, the growth of the ethnic Russian movement the Black Hundreds created an atmosphere of racist violence that threatened the safety of Jews and non-Jewish dissenters.

On the next day, the first two panels turned our attention to German nationalism and the methods Jews employed to both work against it and organize within antisemitic environments. CHRISTOPH SCHULTE (Potsdam) pointed out how in the context of Napoleonic French occupation, Johann Gottlieb Fichte’s famous nationalist speeches

contained the seeds of racist anti-Jewish thought. Fichte claimed that even baptism would not change the nature of the Jew because his lineage would never be Germanic. A contemporary German Jew, Saul Ascher, argued that the French occupation had turned German intellectuals in “Germanomaniacs”. Joseph Wolff, another contemporary, responded to the “Hep Hep” Riots of 1819 with an attempt to psychologize the society and understand why certain people turned to anti-Jewish prejudice. In his conclusion, Schulte connected these early examples with the prejudice inscribed in German nationalism today, arguing these original sins lived on well into the future.

This was followed by a nicely complimentary presentation by ULRICH SIEG (Marburg) on German-Jewish intellectuals from the 1880s, responding to growing political antisemitism around them. At this time, some emerging figures managed to combine traditional anti-Jewish tropes with new ‘scientific’ antisemitism. One big question Sieg raised that is relevant today was whether intelligentsia figures should even dignify prejudice with a rational answer. In other words, by debating with antisemites in an official tone, did they elevate the irrational to a space where it did not belong? Or should they not dignify it with such an answer? In general, Sieg argued that liberals underestimated the strength and importance of antisemitism as a political force, and rather considered it an issue of the “mob” alone.

In the next panel, REBEKKA DENZ (Bamberg) then gave an overview of the role of women in the Central Association of German Citizens of Jewish Faith (*Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*), probably the most important civil-political organization for German Jews. Rhetorically the group argued that they did not differ in any way from German Catholics or Protestants who could resolve their loyalty to an extraterritorial Church while also remaining loyal German subjects (and then citizens after 1918). Though founded in 1893, women were not officially involved in the institution until a legal change in 1908 allowed as such, and the declaration of a republic allowed for universal suffrage and by extension much more active participation. Denz focused on two figures in particular Else Dormitzer and Eva Reichmann-Jungmann as influential figures. The Centralverein expended considerable resources researching antisemitism in Germany, but even up to 1934 remained somewhat hopeful that there would space for Germans “of Jewish Faith” in the future.

This was followed by CEDRIC COHEN SKALLI’s (Haifa) paper on the anarchist intellectual Gustav Landauer. Cohen Skalli began his exploration with a reminder that we are living through multiple challenges to the liberal order, sometimes termed the “twilight of democracy”. He then argued implicitly that in diagnosing the aetiology of these disfunctions we can productively turn to Landauer’s cultural criticism. Landauer explored the suppressed trauma forged in centuries of feudalism and capitalism, and the ills of individualism and secularism that separated life from the spirit. In response to antisemitism, Landauer proposed that Jews cultivate a strong Jewish identity, rather than cowering behind assimilation.

Session 4 opened with a presentation by JAN RYBAK (London) who introduced a fascinating case study with broad implications for the study of nationality in the late Habsburg Empire. In 1915, after a relatively brief Russian occupation in Austrian Galicia, Kaiser Franz Josef’s subjects wanted to emphasize their loyalty. Jewish groups writing to a Zionist organization in Vienna highlighted how Poles showed themselves to be disloyal and willingly collaborated with the Russian occupiers, especially in their willingness to do harm to Jews. In this way, the Jews argued that Polish civil servants were “truly Russian” and not Austrian like the Jews. Rybak argued that this ever-present antisemitism was supposedly antithetical to Austrianness in the Jewish discourse, but in fact was part and parcel of the imperial legacy in the Habsburg lands.

The following presentation from EUGENIA PROKOP-JANIEC (Kraków) explored the interwar Polish publication *Jewish Monthly* (*Miesięcznik Żydowski*) to investigate what the definitions of nation, nationalism and nation-state were at the time. What she finds is that history was at the heart of understanding the nation. Jews working in the Polish-language publication adapted a constructivist vision of nationalism, arguing that everyone needs to learn about their membership in this “primordial” community. One writer in particular argued that their loss of statehood millennia ago was the root of Jewish suffering in the present. This very clearly mirrors the Polish national discourse in the 19th century when the partitions weighed heavily on Polish elites who mourned the loss of their beloved republic.

Session 4 brought together two presentations on Jewish responses to very public displays of antisemitism. MARC VOLOVICI (London) spoke about the first attempt to form a World Jewish Congress in order to finally have a supranational authority that would be able to speak for the Jews. Abraham Schomer, a Pińsk native who moved to New York City, led this movement, but was widely criticized by mainstream Jewish elites because many believed that the formation of such an institution would only fuel the stereotypes that Jews are unrooted cosmopolitans with designs for global domination. Volovici therefore highlighted fundamental questions about how to respond to antisemitic conspiracy theories. Should one hold back in order not to give propagandists more ammunition? Or should the goal of Jewish self-determination and legal protection rise above the potential risks?

GRZEGORZ KRZYWIEC (Warsaw) gave a talk on the rhetorical responses to a violent incident in 1936 between peasant Poles and merchant Jews in Przytyk, a small market town. The Polish mainstream promoted the idea that Jews, as monopolisers of the merchant class, needed to emigrate in order to resolve the tensions that plagued the country. As one commentator put it, “the market stall is the consulate of the Jewish capital”. A few dozen agitators were put on trial with both sides claiming self-defence. Ultimately the Polish actors were much more lightly punished than the Jewish ones, if at all.

The next panel featured two young scholars embarking on groundbreaking research. MARIUSZ KAŁCZEWIAK (Potsdam) developed a portrait of how Jewish athletes responded to stereotypes of weakness and femininity. Through the popular figures of Zishe Breitbart (strongman) and Shapsel Rotholz (boxer), Kałczewiak showed how these men could be heroic symbols for Jews in Poland and abroad, while for Catholic Poles they had to respond to the potentiality that their stereotypes about Jews were incorrect. Polish newspapers accused Breitbart of being a scammer or tried to belittle him by comparing him to a prostitute. When Rotholz emerged as a champion boxer, the Polish press responded by calling him the “new Samson in the eyes of Nalewki,” a street in a predominantly Jewish neighbourhood of Warsaw. So it would seem that mostly Jews admired these men for their strength and manliness. Rotholz was even able to provide a sort of athletic justice to Polish Jews by taking on German boxers in the ring, punching the Nazi swastika with his Jewish fist.

EMMA ZOHAR (Oxford) followed with an exploration of emotions that are not often associated with Jews in 1930s Poland, namely joy and pleasure. Through the lens of social practice, Zohar is trying to understand not necessarily what people felt, but how their emotions were expressed. And since modern life is generally about avoiding pain and seeking pleasure, this is no doubt an important social practice. She uses the seasons and the Christian holiday calendar to give shape to her investigation, seeing how at each time of the year different activities can be sought out for pleasure and leisure. In wintertime, ice skating and skiing became popularized. During the summer Polish Jews found pleasure in picking fruits, nuts and berries, and spending time in nature. Zohar argued that these

activities were signs of acculturation and westernization, assimilation into Polish society, but that this too was an emotional process. In other words, as they sought out pleasure in sports, leisure and secular festivals, they became more integrated into wider society.

The penultimate panel continued the theme of pleasure with interventions in the fields of entertainment and humour as responses to antisemitism. MARCOS SILBER (Haifa) worked with recorded songs and cabarets to extract how interwar Polish Jewish performers and songwriters integrated the discrimination of the moment into their art. In songs and jokes, the words reflect the environment and show the resilience of these people in the face of hate. Even the antisemitic slogan "Jews to Madagascar" found its way into song, with both Jewish and Polish versions. While many artists created in Yiddish, their fame led them to crossover and record versions in Polish. The popularity of Polish tango in particular bred concerns from nationalist Poles that there was "judaizing" of Polish culture underway. Silber argues here that mass culture allowed for symbolic revenge on the oppressing power and created a discourse of opposition in the face of the antisemites.

MARIA ANTOSIK-PIELA (Warsaw) then presented on two interwar Jewish writers, Samuel Jacob Imber and Roman Brandstaetter, and their humorous responses to antisemitism in Poland. Their use of language distinguished their works, since they employed sophisticated Polish to show that their Polish was just as good as the Christian Poles to fight against the stereotype of a bastardization of Polish language by Jews. They also utilized German words to emphasize how some Poles were fascinated with Nazi antisemitic propaganda, and created neologisms such as Jew-eater (*Żydożerca*) and Jew-beater (*Żydobijca*). Imber, in particular, flung the accusations of homosexuality and femininity at Nazis to disarm them and to claim that Germany was full of depraved individuals. Antosik-Piela argued that Polish Jews used the weapons of the oppressors against their opponents, essentially turning antisemitism on its head.

The final panel moved the conversation into the postwar period, to uncover the fate of Jewish identity after the Holocaust. MAGDALENA MARSZAŁEK explores autobiographical texts of four prominent communist figures with Jewish backgrounds Aleksander Wat, Zygmunt Bauman, Julian Strykowski, and Stanisław Wygodzki. Marszałek discovered that these texts fit into the genre of confession. The narratives follow a similar pattern: at first they are enchanted, seduced by foolishness, then they come to a realization and admit their mistake. Communists were unable to speak of their political involvement in any other way. For Jews in particular, communism was an escape from being Jewish in the first place. In this way, Marszałek argued that there was an attempt to disarm the nationalist discourse by claiming that when coming of age, they became communists to leave Judaism or Jewish identity.

YEICHEL WEIZMAN (Ramat Gan) uncovered Jewish political strategies in the years after the so-called "anti-Zionist" campaign of 1968. In order to do so, Weizman focused on the controversy over the potential removal of "Ohel" Naftali Horowitz tsadik's grave in Łańcut in 1968. Polish Jews called upon their coreligionists in other countries to put pressure on the Polish government. In their rhetoric, Jews connected this act of "vandalism" to the crimes of the Nazis, and played on Polish sensitivity to such connections. At the same time, Jews offered the Polish government a way out, to redeem themselves from their bad behaviour. Meanwhile American Jews who visited Poland spread accusations that the cemeteries were in a terrible state and that they needed to make changes in their treatment of these heritage sites. Aided by Jews from around the world, the anti-Polish campaign seems to reinforce the stereotypes that they were already operating within. Polish communist leadership believed in a global Jewish conspiracy that could do them harm. Thus, Weizman argues that Jews in Poland were able to exploit antisemitism to win concessions.

Seite B 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Taken together these presentations and papers brought forth a wealth of evidence on how Jews, mostly in Germany and Poland, reacted to antisemitism and discrimination. The discussions that followed each panel session showed that the interest in the subject is enormous and that scholars of various disciplines can fruitfully come together to formulate conclusions about the past, while informing our present. The main takeaway from the event was that more research in the vein of Jews (or other oppressed groups) responding to their persecution is needed and should be pursued using this conference as a model for how it can be approached from many different angles.

Conference overview:

Opening Address

Gur Alroey (Haifa): "Brothers in Arms": Jewish Self-Defense during the Civil War in Ukraine

Session 1

Chair: Magdalena Marszałek / Christoph Schulte

Elizabeth Gallas (Leipzig): An Assassination against Silence: Scholem Schwarzbard's Indictment of the Anti-Jewish Pogroms in the Ukraine 1918–1920

Andrii Portnov (Frankfurt an der Oder): Jewish Political Life in Late Imperial Ekaterinoslav: Between Ukrainian Nationalism, Russian Empire and Temptations of Zionism

Session 2

Chair: Cedric Cohen Skalli

Christoph Schulte (Potsdam): Germanomanie! Jewish Voices against Early German Nationalism

Ulrich Sieg (Marburg): Liberal Jewish Intellectuals and their Reactions to Anti-Semitism in the Bismarck Empire

Session 3

Chair: Christoph Schulte

Rebekka Denz (Bamberg): Perspectives of Jewish Women on Völkisch Nationalism around 1900

Cedric Cohen Skalli (Haifa): Gustav Landauer, German Völkisch Nationalism and WWI

Session 4

Chair: Dorota Burda-Fischer

Jan Rybak (London): National Anti-Semitism and Imperial Loyalty? Jewish Interpretations of Anti-Semitism in WW1 Galicia

Eugenia Prokop-Janiec (Cracow): Nations – National States – Nationalisms. 1930s' Europe in Polish-Jewish Journalism

Seite B 147 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Session 5

Chair: Marcos Silber

Marc Volovici (London): Between Self-Determination and Self-Censorship: Anti-Semitism and the Dilemmas of Jewish Nationalism

Grzegorz Krzywiec (Warsaw): Jewish? Polish-Jewish? or Universal Human? The Jewish Strategies against Anti-Semitic Violence. The Case of the Radom Trial (August 1936)

Session 6

Chair: Natasha Gordinsky

Mariusz Kałczewiak (Potsdam): Polish-Jewish Athletic Champions and Performing the (Anti-)Nationalism

Emma Zohar (Oxford/Berlin): United by Pleasure: Overcoming Ethnic Divide in Interwar Poland

Session 7

Chair: Mariusz Kałczewiak

Marcos Silber (Haifa): Staging Anti-anti-Semitism? Confronting Exclusion in Polish, Jewish, and Polish-Jewish Mass Culture in Interwar Poland

Maria Antosik-Piela (Warsaw): Mocking Anti-Semitic Narratives in Interwar Texts by Samuel Jacob Imber and Roman Brandstaetter

Session 8

Chair: Marcos Silber

Magdalena Marszałek (Potsdam): The Post-National Communist Project as Reflected in Polish-Jewish Autobiographic Narratives

Yechiel Weizman (Ramat Gan): Exploiting the Nationalistic-Communist Complex: Jewish Political Strategies in post-1968 Poland

Zitation

Tagungsbericht: Jewish Responses to Nationalism in Central and East-Central Europe, In: H-Soz-Kult, 08.06.2023, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-136673.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 74 (2023) 5/6

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 74 (2023) 5/6

Zeitschriftentitel

[Geschichte in Wissenschaft und Unterricht](#)

Weiterer Titel

Comis in Gedenkstätten

Seelze 2023: [Erhard Friedrich Verlag](#)

ISSN [0016-9056](#)

Kontakt

Institution

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

c/o

*Prof. Dr. Michael Sauer Universität Göttingen Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte
Didaktik der Geschichte Waldweg 26 37073 Göttingen Tel. 0551/39-13388 Fax 0551/39-13385*

Von

Michael Sauer, Didaktik der Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Art Spiegelmans „Maus“ hat wohl am meisten dazu beigetragen, den Comic – oder anspruchsvoller: die graphic novel – als anerkanntes Medium der Geschichtsdarstellung zu etablieren. Mittlerweile existiert ein breites Angebot zu unterschiedlichsten Themen und mit sehr verschiedenartigen Erzähl- und Gestaltungsweisen. Einschlägige Forschungen haben sich nicht nur im Sinne einer Medienanalyse mit den Comics selbst, sondern auch mit den Möglichkeiten ihrer Verwendung in der Geschichtsvermittlung befasst – im Geschichtsunterricht, aber auch in anderen Kontexten. Einem speziellen Bereich der Geschichtsvermittlung und den Einsatzmöglichkeiten von Geschichtscomics, die sich dort bieten, ist das vorliegende Heft gewidmet: der Arbeit mit Comics in Gedenkstätten. Schon seit längerem kommen Comics in der Gedenkstättenarbeit, bezogen auf die Geschichte des Nationalsozialismus, aber auch der DDR, zum Einsatz. Bisweilen sind sogar Comics gezielt für derartige Bildungszwecke entwickelt worden. Mit ihrer Nutzung verbindet sich die Hoffnung, insbesondere Schülerinnen und Schüler in eingängiger und anschaulicher Weise über die Geschichte von Opfern und Orten informieren zu können. Freilich ist es nicht damit getan, dass sich Schülerinnen und Schüler bunte (oder auch schwarz-weiße) Bilder ansehen; vielmehr sollten sie sich genauer mit den Erzähl- und Darstellungsweisen, den Potenzialen und Limitationen von Geschichtscomics auseinandersetzen und damit eine spezifische Gattungskompetenz erwerben. Dabei können neben analytischen durchaus auch produktive Zugänge genutzt werden.

Die Beiträge des Heftes berichten von den einschlägigen Aktivitäten in verschiedenen deutschen NS-Gedenkstätten, aus der polnischen Gedenkstättenarbeit, schließlich aus einer DDR-Gedenkstätte. Sie sind im Kontext eines Workshops entstanden, der 2021 an der Universität Köln stattgefunden hat. Die Einführung von Dennis Bock und Christine Gundermann informiert über diesen Entstehungskontext und skizziert die dort verhandelten

Forschungsfragen und Vermittlungsmethoden. Sylvia Kesper-Biermann und Christel Trouvé rücken in ihrem Beitrag aus dem „Denkort Bunker Valentin“ die Konstruktionsweise des gleichnamigen Comics „Valentin“ von Jens Genehr und dessen Verwendung von Quellen in den Mittelpunkt. Einen Überblick über einschlägige polnische Comicproduktionen gibt Kalina Kupczyńska, bevor sie dann den Comic „Chleb wolnościowy“ von Paweł Piechnik genauer behandelt; insgesamt, so konstatiert sie, herrsche in den polnischen Comics noch immer ein national orientiertes polnisch-katholisches Geschichts- und Opferbild vor und komme die jüdische Perspektive zu kurz. Wiebke Siemsglöß und Markus Streb setzen einen Akzent auf dem Einsatz von Comics in einem fest installierten Workshop in der KZ-Gedenkstätte Dachau und beschreiben dessen Konzeption. Am Beispiel der „Lübecker Märtyrer“ befassen sich Dennis Bock, Jeff Hemmer und Karen Meyer-Rebentisch besonders intensiv mit den Problemen der bildlichen Authentizität von Geschichtscomics bzw. den Authentifizierungsstrategien von Comicauteuren. Der Schwerpunkt des abschließenden Beitrags von Christine Gundermann und Patrick Hoffmann liegt auf dem Bericht über einen Comic-Workshop zur DDR-Geschichte im Grenzlandmuseum Eichsfeld, bei dem es auch um den Entwurf eigener Kurz-Comics ging.

Insgesamt entsteht so – mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Beiträge – ein facettenreiches Bild von der Arbeit mit Geschichtscomics. Auch wenn die Rahmenbedingungen andere und die zeitlichen Ressourcen begrenzt sind – die vorgestellten Überlegungen und Hinweise lassen sich auch als Anregungen für den Geschichtsunterricht lesen.

Inhaltsverzeichnis

Abstracts (S.234)

Editorial (S.236)

Beiträge

Dennis Bock/Christine Gundermann
Über das Arbeiten mit Comics in Gedenkstätten
(S. 237)

Sylvia Kesper-Biermann/Christel Trouvé
„Es beginnt mit der Quelle“
Multiperspektivität im Medium Comic und in der Gedenkstättenarbeit am Beispiel des
Bunkers „Valentin“ in Bremen-Farge
(S. 249)

Kalina Kupczyńska
Comics in polnischen Gedenkstätten
„Chleb wolnościowy“ von Paweł Piechnik (2019) im Kontext der polnischen Holocaust-
Comics
(S. 261)

Wiebke Siemsglöß/Markus Streb
Der Workshop „Comic Memories – das Konzentrationslager Dachau im Comic“ an der KZ-
Gedenkstätte Dachau
Ein Beispiel für die Arbeit mit gezeichneter Erinnerung in KZ-Gedenkstätten
(S. 275)

Seite B 150 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dennis Bock/Jeff Hemmer/ Karen Meyer-Rebentisch
Werkstattbericht Geschichtscomic am Beispiel der Geschichte der „Lübecker Märtyrer“
(S. 284)

Christine Gundermann/Patrick Hoffmann
Comics zur DDR-Geschichte in der Gedenkstättenarbeit
(S. 299)

BERICHTE UND KOMMENTARE

Christian Götter
,Künstliche Intelligenz‘ schreibt künstliche Geschichte
Ein Experiment zu OpenAIs - ChatGPT im Geschichtsstudium
(S. 312)

INFORMATIONEN NEUE MEDIEN

Gregor Horstkemper
Comics als Quelle
Englisch- und französischsprachige Online-Materialien
(S. 325)

LITERATURBERICHT

Christoph Marx
Afrika
(S. 327)

NACHRICHTEN

(S. 349)

AUTORINNEN UND AUTOREN

(S. 352)

ABSTRACTS

Dennis Bock/Christine Gundermann
Über das Arbeiten mit Comics in Gedenkstätten
GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 237 –248

Seit etwa 20 Jahren werden in vielen Gedenkstätten, die an die Gewaltgeschichte Europas im 20. Jahrhundert erinnern, nicht nur Comics zum Verkauf angeboten, sondern diese auch aktiv in die Bildungsarbeit der entsprechenden Stätten einbezogen. Die Genese und Praxis dieser unterschiedlichen Verwendungen zeigen, dass es sich um ein internationales Phänomen handelt, das sich weiter in Europa etabliert. Der vorliegende Text fasst die Ergebnisse eines Workshops von internationalen Comicforschenden, Gedenkstättenpädagogen und Comickünstler:innen zusammen. Diese betreffen sowohl die Herausforderungen beim Einsatz von Comics in Gedenkstätten als auch bei entsprechenden Auftragsarbeiten. Schließlich werden erste Leitlinien für die Arbeit mit Comics in Gedenkstätten formuliert.

Sylvia Kesper-Biermann/Christel Trouvé

„Es beginnt mit der Quelle“

Multiperspektivität im Medium Comic und in der Gedenkstättenarbeit am Beispiel des Bunkers „Valentin“ in Bremen-Farge

GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 249 –260

Der Beitrag untersucht, ob bzw. wie eine multiperspektivische Betrachtung des Nationalsozialismus im Medium Comic sowie in der Gedenkstättenarbeit gelingen kann. Im Mittelpunkt steht der Bau einer verbunkerten U-Boot-Werft bei Bremen zwischen 1943 und 1945. Die Gedenkstätte „Denkort Bunker Valentin“ sowie die 2019 erschienene Graphic Novel „Valentin“ setzen sich mit dieser Geschichte auseinander. Im Beitrag wird die Graphic Novel erstens in die Comicveröffentlichungen zum Nationalsozialismus eingeordnet. Der zweite Teil beleuchtet ihre Entstehungsgeschichte und ihr Verhältnis zur Gedenkstätte. Drittens wird die Umsetzung des historischen Themas im Comic untersucht. Schließlich folgen viertens Ausführungen dazu, wie „Valentin“ in der Gedenkstättenarbeit eingesetzt werden kann.

Kalina Kupczyńska

Comics in polnischen Gedenkstätten

„Chleb wolnościowy“ von Paweł Piechnik (2019) im Kontext der polnischen Holocaust-Comics

GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 261 –274

„Chleb wolnościowy“ [Das Brot der Freiheit] von Paweł Piechnik (2019) ist im Zusammenhang mit der Bildungsabteilung der Gedenkstätte Majdanek entstanden. Er basiert auf Zeugnissen bzw. Memoiren von überlebenden KZ-Insassen und hat den Anspruch, als historisches Dokument gelesen und verstanden zu werden. In meinem Beitrag untersuche ich folgende Aspekte kritisch: erstens den Umgang des Autors mit dem Quellenmaterial und zweitens die Nutzung des Mediums Comic und dessen narrative Möglichkeiten für die Beleuchtung der Geschichte des KZ Majdanek. Der Comic wird dabei im Korpus der bestehenden Holocaust-Comics aus Polen verortet.

Wiebke Siemsglöß/Markus Streb

Der Workshop „Comic Memories. Das Konzentrationslager Dachau im Comic“ an der KZ-Gedenkstätte Dachau

Ein Beispiel für die Arbeit mit gezeichneter Erinnerung in KZ-Gedenkstätten

GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 275 –283

In diesem Beitrag werden Potentiale und Herausforderungen des Einsatzes von Comics

im Kontext von NS-Gedenkstätten ausgelotet. Dies geschieht ausgehend von der Vorstellung des Workshops „Comic Memories. Das Konzentrationslager Dachau im Comic“,

der zum festen pädagogischen Angebot der KZ-Gedenkstätte Dachau gehört.

Aufeinander aufbauende didaktische Module thematisieren – unter Einbezug von ausgewählten Graphic Novels – nicht nur den historischen Ort und die

Lebensbedingungen im ehemaligen KZ Dachau, sondern werfen auch

erinnerungskulturelle Fragestellungen auf. Die im Workshop verwendeten Comics, die alle aus den letzten zehn Jahren stammen, werden im Beitrag außerdem in einen größeren

comicgeschichtlichen Kontext eingeordnet.

Seite B 152 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dennis Bock/Jeff Hemmer/ Karen Meyer-Rebentisch
Werkstattbericht Geschichtscomic am Beispiel der Geschichte der „Lübecker Märtyrer“
GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 284 –298

Der vorliegende Werkstattbericht gibt Einblick in den Entstehungsprozess einer Graphic Novel zur Geschichte der sogenannten „Lübecker Märtyrer“. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage nach der historischen Authentizität in einer künstlerischen Erzählung, bei welcher gründliche Recherche und der Rückgriff auf fiktionale Konstrukte kombiniert werden müssen. Wie kann der Spagat aus funktionierender Story, Wissensvermittlung und einem spannenden Zugang zur Geschichte ermöglicht werden, um einen historisch fundierten Comic zu schaffen, der einem breiten Publikum einen belletristischen Unterhaltungswert bietet und zugleich wissenschaftlichen Kriterien für den Einsatz als Bildungsmaterial in schulischen und außerschulischen Kontexten genügt?

Christine Gundermann/Patrick Hoffmann
Comics zur DDR-Geschichte in der Gedenkstättenarbeit
GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 299 –311

In den letzten 20 Jahren ist eine Vielzahl an Comics entstanden, die DDR-Geschichte thematisieren. Viele von ihnen formulieren einen biografischen und historiografischen Anspruch und werden in Gedenkstätten für die Vermittlung genutzt. Der Beitrag stellt diese Comiclandschaft zunächst vor und skizziert zentrale stilistische Mittel und inhaltliche Schwerpunkte, mit denen die Comicautoren arbeiten. In einem zweiten Schritt wird der vielfältige pädagogische und kuratorische/museale Einsatz von Comics in Gedenkstätten und historischen Museen zur DDR-Geschichte skizziert und am Beispiel des Grenzlandmuseum Eichsfeld vertieft. Dabei werden verschiedene Angebote dieses Lernortes an der ehemaligen innerdeutschen Grenze beleuchtet, insbesondere ein mehrtägiges Schülerprojekt mit Comic-Workshops. Der Beitrag schließt mit einer kritischen Reflexion auf Herausforderungen und Potenziale, die sich aus der Arbeit mit Comics im gedenkstättenpädagogischen Rahmen ergeben.

Christian Götter
,Künstliche Intelligenz‘ schreibt künstliche Geschichte
Ein Experiment zu OpenAIs - ChatGPT im Geschichtsstudium
GWU 74, 2023, H. 5/6, S. 312 –324

In diesem experimentellen Beitrag werden die Möglichkeiten und Herausforderungen des OpenAI-Chatbot-Prototypen ChatGPT für die Geschichtswissenschaften diskutiert – nicht zuletzt im Blick darauf, wie das System im Geschichtsstudium verwendet werden könnte. Zu diesem Zweck wird ChatGPT genutzt, um eine Inhaltsangabe zu einem Buch zu erstellen, einen thesengestützten Essay zu formulieren und eine geschichtswissenschaftliche Hausarbeit zu schreiben. Dabei treten sowohl zentrale Probleme des Systems – insbesondere seine mangelnde Differenzierung zwischen Fakten und Fiktionen – als auch seine Stärken – namentlich der Umstand, dass die Fiktionen des Systems auf die tatsächlichen Quellen neugierig machen – hervor.

Zitation

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 74 (2023) 5/6. In: H-Soz-Kult, 19.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137061.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2022), 1

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Weltgeschichte](#)

Weiterer Titel

Eurasien zwischen neuem Westen und altem Osten

München 2022: [Martin Meidenbauer](#)

Halbjährlich

Url <https://www.ingentaconnect.com/content/plg/zfw/2022/00000023/00000001>

256 Seiten

Jahrespreis € 49,90 ; Einzelpreis € 29,90

ISSN [1615-2581](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Weltgeschichte

c/o

Prof. Dr. Hans-Heinrich Nolte Bullerbachstr. 12 D-30890 Barsinghausen Tel +49 5105 64

332

Von

Michael Bertram, Redaktion Zeitschrift für Weltgeschichte (ZWG)

„Eurasien“ ist längst ein gängiger Begriff in der öffentlichen Berichterstattung, in politischen Debatten oder in gelehrten Abhandlungen geworden. Er bezieht sich auf die nahezu unüberschaubaren, vielfältigen Verflechtungen, welche die gemeinsame Landmasse von Europa und Asien in mancher Beziehung als etwas Zusammengehöriges, in gewisser Hinsicht als eine Einheit erscheinen lassen. Ein solcher Begriff neigt jedoch auch dazu, zur vereinfachten Formulierung allzu komplexer Zusammenhänge genutzt zu werden. Aus einem begrifflichen Dach wird dann schnell eine simplifizierende Pauschalierung, die bald nicht mehr hinterfragt wird. Es entsteht die unausgesprochene Vorstellung, dass wir in einem Eurasien leben, in dem die vermeintlichen Gegensätze zwischen Westen und Osten zumindest reduziert werden können. Spätestens die jüngsten Konflikte politischer, ideologischer und auch militärischer Natur zwingen allerdings zu näherem Hinsehen. Wie sieht das Verhältnis zwischen (neuem) Westen und altem Osten tatsächlich aus? Was macht dieses „Eurasien“ aus; wo liegt es überhaupt? Solchen Fragen ist nicht mit einfachen Antworten gedient. Vielmehr bedarf es verschiedener, ausdifferenzierter Perspektiven auf Regionen, Staaten und Themenbereiche, deren Analyse ein aktualisiertes Bild von Geschichte und Gegenwart des Verhältnisses zwischen Asien und Europa ermöglichen. Die neue Ausgabe der Zeitschrift für Weltgeschichte nimmt sich anhand ausgewählter Themen, die sowohl historische als auch aktuelle Zusammenhänge beleuchten und im besten Sinne interdisziplinär zu verorten sind, dieser Aufgabe an. Die Organisation und Herausgeberschaft dieses besonderen Themenhefts hat dankenswerterweise Hans-Heinrich Nolte übernommen, der nicht nur Gründungsvater unserer Zeitschrift ist, sondern sich schon immer als ausgewiesener Osteuropa-Experte ebenso kritisch wie souverän auf Eurasiens Grenzlinien bewegte. Entsprechend übernimmt er es auf den ersten Seiten des Schwerpunktthemas auch selbst, in die Facetten des vorliegenden Heftes einzuführen. Darüber hinaus greift diese Ausgabe ein weiteres Thema auf, das derzeit in aller Munde ist: die Debatte um die Restitution afrikanischer Kulturgüter aus kolonialen Zusammenhängen. Anhand dreier besonders einflussreicher Publikationen aus dem vergangenen Jahr widmet

Seite B 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

sich Bea Lundt den Herausforderungen der aktuellen Debatte, auf die sie als Kennerin der afrikanisch-europäischen Kulturbeziehungen und aktuelle Gastprofessorin in Ghana einen fachkundigen wie persönlichen Blick hat.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern der Zeitschrift für Weltgeschichte auch dieses Mal eine interessante und inspirierende Lektüre.

Jürgen G. Nagel

Inhaltsverzeichnis

Jürgen G. Nagel:
Editorial

Schwerpunkt: Eurasien zwischen neuem Westen und altem Osten

Hans-Heinrich Nolte
Der neue westen und der alte Osten: Einleitung

Peter Antes
Die neue Rolle des Islam

Andrea Komlosy
Die „langen Wellen“ der Konjunktur. Kondratieff-Zyklen gegen den eurozentrischen Strich gelesen

Ralf Roth
Die ausgebliebene Verkehrsrevolution zwischen Westeuropa und Südostasien im 19. und 20. Jahrhundert

Klaus Weber
Zivilisationskritik als Export-, Import und Re-Exportgut. Antiwestliche Ideologien zwischen dem Kaiserreich und dem spätoomanischen und ostasiatischen Raum

Andrea Komlosy
Eurasien in Herrschafts- und Entwicklungs-Konzepten

Yaşar Aydin
Wendet sich die Türkei an die Turkvölker.? Ziele, Instrumente und Perspektiven türkischer Zentralasienpolitik

Dariusz Adamczyk
Am westlichen Rande Eurasiens. Polen in der post-1989-Welt

Hans-Heinrich Nolte
Konfliktfelder zwischen neuem Westen und altem Osten

Review

Bea Lundt
Vom Nehmen und Geben afrikanischer Kulturgüter in (post)-kolonialer Perspektive. Rezensionssatz über Neuerscheinungen zur Restitutionsdebatte

Autorinnen- und Autoren

Zitation

Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2022), 1. In: H-Soz-Kult, 05.06.2023,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136675>.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 71 (2023) 6

Berlin 2023: [Metropol Verlag](http://metropol-verlag.de)

Url <https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-71-jg-heft-6-2023/>

Abonnement: € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](http://www.issn.org/0044-2828)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Tel. (030) 31 42 58 53 Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Frédéric Bonnesoeur, Julia Pietsch, Angelika Königseder, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
71. Jahrgang 2023, Heft 6

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Detlef Lehnert: Die Entwürfe von Hugo Preuß zur Weimarer Verfassung. Hintergründe und Veränderungen bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung im Februar 1919 S. 499–517

Johannes-Paul Kögler: „Von den Verteidigern des Landes wurden wir zu Feinden degradiert.“ Deutsche in der Roten Armee S. 518–539

Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei in Griechenland S. 540–561

Seite B 156 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Richard Saage: Egoismus als sozialistisches Leitbild? Zu Max Adlers Stirner-Interpretation S. 562–575

REZENSIONEN

Allgemeines

Serhii Plokyh: Das Tor Europas. Die Geschichte der Ukraine. Hamburg 2022 (Johannes Spohr) S. 576

Ulrich Trebbin: Die unsichtbare Guillotine. Das Fallbeil der Weißen Rose und seine Geschichte. Regensburg 2023 (Gerhard Neumeier) S. 577

Mittelalter - Frühe Neuzeit

Hiroimi Abe- Kosaka: „Außenpolitik“ der Reichsstadt Nürnberg im 15. Jahrhundert. Korrespondenz und Gesandtschaften des Nürnberger Rates. Neustadt an der Aisch 2022 (Thomas Krzenck) S. 579

Marcus Berg: Beschreibung der barbarischen Sklaverei im Kaiserreich Fez und Marokko 1754–1757. Hamburg 2022 (Ulrich van der Heyden) S. 581

Neuzeit - Neueste Zeit

Laurie Marhoefer: Racism and the Making of Gay Rights. A Sexologist, His Student, and the Empire of Queer Love. Toronto 2022 (Florian G. Mildener) S. 583

Walter Pauly/Klaus Ries (Hrsg.): Staat und Historie: Leitbilder und Fragestellungen deutscher Geschichtsschreibung vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Baden-Baden 2021 (Peter Steinbach) S. 585

Birgit Sack: Maria Grollmuß 1896–1944. Biografische Annäherung und Erinnerungsnarrative. Göttingen 2023 (Max Bloch) S. 587

Oskar Stillich: Militarisierung des Volkes, Kritik der Reden Hitlers und andere Studien zum Nationalsozialismus.

Mit einem Beitrag von Helmut Donat. Bremen 2023

Oskar Stillich: Begriff und Wesen des Völkischen.

Mit einem Beitrag von Helmut Donat. Bremen 2023 (Wolfgang Benz) S. 589

Barbara Wagner: Das Hochzeitsfoto. Eine hessische Familiengeschichte. Marburg 2022 (Anna Junge) S. 591

George Eisen: A Summer of Mass Murder. 1941 Rehearsal for the Hungarian Holocaust. West Lafayette 2023 (Diethelm Blecking) S. 593

Sebastian Hannel: Das Erbe von Fritz Bauer. Öffentliche Wahrnehmung justizieller „Vergangenheitsbewältigung“. Baden-Baden 2022 (Klaus-Peter Friedrich) S. 595

Claudia Roesch: Wunschkinder. Eine transnationale Geschichte der Familienplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 2022 (Roman Birke) S. 597

Seite B 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 71 (2023) 6. In: H-Soz-Kult, 16.06.2023,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136982>.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (2023), 7

Berlin 2023: [Blätter Verlag](#)

Erscheint monatlich

Url <https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/juli>

Anzahl Seiten

128 Seiten

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](#)

Kontakt

Institution

Blätter für deutsche und internationale Politik

Berlin

c/o

Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen

Vogel Online-Redaktion: Tessa Penzel Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640

Fax 030/3088 3645

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Juli-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ ist erschienen.

In ihr erklärt Uwe Ritzer, warum das Wasser auch hierzulande immer knapper wird – und was wir dagegen tun müssen. Golineh Atai analysiert die iranische Protestbewegung und plädiert für mehr Unterstützung aus dem Westen. Oleksandra Matwijtschuk wendet sich angesichts der Schrecken des russischen Angriffs gegen die Straflosigkeit für Kriegsverbrecher. Volker M. Heins und Frank Wolff zeigen, was die »Festung Europa« mit uns, den abgeriegelten Gesellschaften, macht. Kathrin Zeiske beleuchtet die fatalen Folgen der fortgesetzten Abschottung der USA gegen Migranten aus Lateinamerika. Und Annika Brockschmidt sieht in den jüngsten Bücher-Verbannungen aus amerikanischen Schulen einen sich dramatisch zuspitzenden Kulturkampf der politischen Rechten.

Seite B 158 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Weitere Themen im Juli: Die Wutbürger-Republik oder: Alle spielen für die AfD, Das Dilemma der Grünen und die blockierte Republik, Österreichs Sozialdemokraten: Der Triumph des Underdogs, Pflege: Desaster ohne Ende? Vernachlässigte Grundschulen: Katastrophe mit Ansage, Ein Triumph der Schwäche: Erdoğan's letzter Sieg, Bedroht, getäuscht und provoziert? Russlands Krieg und der Westen, Al-Sisis Ägypten: Gegründet auf einem Massaker, Gegen den Digitalzwang: Das Recht auf analoges Leben u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/juli>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Uwe Ritzer: Hitze-Hotspot Deutschland. Warum das Wasser immer knapper wird und was wir dagegen tun müssen, S. 43-54

Deutschland ist scheinbar ein wasserreiches Land. Doch nach mehreren Dürresommern zeigt sich hierzulande eine Wasserknappheit mit unübersehbaren Folgen, so der Journalist Uwe Ritzer. Um den Wassernotstand abzuwenden, bedarf es eines grundlegenden politischen Umsteuerns.

Stefan Grönebaum: Das Dilemma der Grünen und die blockierte Republik, S. 55-61

Die Grünen befinden sich in der Krise – und mit ihnen die Klimapolitik. Das ist nicht allein Ausdruck von aktuellen Konflikten in der Regierung, so der Historiker Stefan Grönebaum. Vielmehr rächt sich nun, dass über Jahrzehnte notwendige Reformen verschleppt wurden und nun umso rascheres Handeln geboten ist. Sonst droht eine über Jahre blockierte Republik.

Volker M. Heins und Frank Wolff: »Festung Europa« oder: Was die Mauern mit uns machen, S. 62-70

Die EU bekennt sich stolz zu Demokratie und Menschenrechten. Aber an ihren Grenzen zieht sie immer stärker befestigte Zäune hoch, an denen Flüchtenden mit Gewalt der Zugang verwehrt wird. Das aber, so der Kulturwissenschaftler Volker M. Heins und der Historiker Frank Wolff, schadet auch den so abgeriegelten europäischen Gesellschaften.

Oleksandra Matwijtschuk: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Plädoyer für ein zukunftsfähiges Europa, S. 71-78

Im Westen werden Stimmen laut, die Kiew zu Gebietsverzichtern auffordern. Doch Friede wäre das nicht, warnt die Nobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk. Denn dies würde die Menschen in den russisch besetzten Gebieten weiterhin Folter und Massenmord ausliefern. Will Europa die Menschenrechte schützen, darf es in seiner Solidarität nicht nachlassen.

Reinhard Wolf: Bedroht, getäuscht und provoziert? Russlands Krieg und der Westen, S. 79-89

Seite B 159 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Oft wird behauptet, mit mehr Verständnis für Moskaus Position hätte der Ukrainekrieg verhindert werden können. Dem widerspricht der Politikwissenschaftler Reinhard Wolf. Russlands Vorstellungen von einer europäischen Ordnung waren mit denen des Westens unvereinbar – und sind es noch. Das erschwert die Suche nach Kompromissen erheblich.

Jürgen Gottschlich: Ein Triumph der Schwäche: Erdoğan's letzter Sieg, S. 93-98

Nach dem Wahlsieg Recep Tayyip Erdoğan's herrscht im demokratischen Lager der Türkei und im Westen Ernüchterung. Doch gerade in seinem Triumph offenbart sich die Schwäche des alten und neuen Präsidenten, so der Journalist Jürgen Gottschlich. Erdoğan hat zentrale Wählergruppen verloren. Ein Ende seiner Ära ist absehbar.

Golineh Atai: Zwischen Repression und Hoffnung: Die iranische Revolte, S. 99-111

Seit neun Monaten begehren Iranerinnen und Iraner gegen das Regime auf. Trotz oder gerade wegen der massiven – teils tödlichen – Repressionen gehen die Proteste weiter. Die Journalistin Golineh Atai analysiert die verschiedenen Strömungen der Bewegung inner- und außerhalb Irans. Der Westen sollte die Bewegung weiter unterstützen und die Opfer aus ihrer Namenlosigkeit herausholen, damit die Revolte nicht vergeblich ist.

Kathrin Zeiske: Hass, Hetze, Gewalt: Mexiko als Vorposten der Abschottung, S. 113-118

Schon lange sind Flüchtende aus Lateinamerika an der Grenze zwischen Mexiko und den USA unmenschlichen Zuständen und Gewalt durch Polizei und Drogenkartelle ausgeliefert. In jüngster Zeit aber hat sich ihre Situation noch einmal verschärft. Grund dafür ist nicht zuletzt die auch von Joe Biden fortgeführte Abschottungspolitik der USA, so die Journalistin Kathrin Zeiske. Mittels Digitalisierung und Militarisierung wird die US-Grenze dabei immer weiter nach Süden verlagert – mit teils fatalen Folgen.

Annika Brockschmidt: Verbannte Bücher: Der Kulturkampf der US-Rechten, S. 119-124

In den USA entfernen Akteure der politischen Rechten vermehrt Bücher aus Schulen, die nicht ihrem Geschichts- oder Weltbild entsprechen. Dieser Kulturkampf hat einen langen Vorlauf, zeigt die Historikerin Annika Brockschmidt. Schon in den 1970er Jahren begann die Religiöse Rechte, das öffentliche, säkulare Bildungssystem in den USA zu attackieren.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Die Wutbürger-Republik oder: Alle spielen für die AfD von Albrecht von Lucke, S. 5

Österreichs Sozialdemokraten: Der Triumph des Underdogs von Robert Misik, S. 9

Mit dem Doppelpass gegen Erdoğan? von Daniel Bax, S. 13

Pflege: Desaster ohne Ende? von Ulrike Baureithel, S. 17

Vernachlässigte Grundschulen: Katastrophe mit Ansage von Anja Bensinger-Stolze, S. 21

Gegen den Digitalzwang: Das Recht auf analoges Leben von Leena Simon und Rena Tangens, S. 25

Seite B 160 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Al-Sisis Ägypten: Gegründet auf einem Massaker von Hannah El-Hitami, S. 29

Queer in Uganda: Backlash für die Menschenrechte von Simone Schindwein, S. 33

DEBATTE

Ukraine: Warum Verhandlungen unabdingbar sind von Fabian Scheidler, S. 37

KOLUMNE

Die Verschwundenen von Belarus von Olga Bubich, S. 90

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Hitze-Hotspot Deutschland. Warum das Wasser immer knapper wird und was wir dagegen tun müssen von Uwe Ritzer, S. 43

Das Dilemma der Grünen und die blockierte Republik von Stefan Grönebaum, S. 55

»Festung Europa« oder: Was die Mauern mit uns machen von Volker M. Heins und Frank Wolff, S. 62

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit. Plädoyer für ein zukunftsfähiges Europa von Oleksandra Matwijtschuk, S. 71

Bedroht, getäuscht und provoziert? Russlands Krieg und der Westen von Reinhard Wolf, S. 79

Ein Triumph der Schwäche: Erdogans letzter Sieg von Jürgen Gottschlich, S. 93

Zwischen Repression und Hoffnung: Die iranische Revolte von Golineh Atai, S. 99

Hass, Hetze, Gewalt: Mexiko als Vorposten der Abschottung von Kathrin Zeiske, S. 113

Verbannte Bücher: Der Kulturkampf der US-Rechten von Annika Brockschmidt, S. 119

BUCH DES MONATS

Geronnene Lava von Reinhart Koselleck, S. 125

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 41

Dokumente, S. 112

Zurückgeblättert, S. 128

Impressum und Autoren, S. 128

Seite B 161 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 68 (2023), 7. In: H-Soz-Kult, 30.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137234.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 19 (2022), 3

Göttingen 2022: [Vandenhoeck & Ruprecht](#)

Url

<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022>

200 Seiten, 31 Abb.

Jahresbezug € 82,- (D); Einzelheft € 30,- (D)

ISSN

[1612-6033 \(Print\)](#), [1612-6041 \(Online\)](#)

Kontakt

*Jan-Holger Kirsch, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung,
Abteilung III: Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft*

14467 Potsdam, Am Neuen Markt 1

c/o

*Dr. Jan-Holger Kirsch Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Am Neuen Markt 1
D-14467 Potsdam Tel.: +49 (0)331/28991-18 E-Mail: kirsch@zzf-potsdam.de*

Url

<https://zeithistorische-forschungen.de>

Von

Jan-Holger Kirsch, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Heft der „Zeithistorischen Forschungen“ enthält acht Beiträge, die auf sehr unterschiedliche Weise Ergebnisse und Diskussionen einer gegenwartsnahen Zeitgeschichte dokumentieren. Im Internet schon vorab veröffentlicht hatten wir den Essay von **Jürgen Dinkel** über die Geschichte akademischer Danksagungen (<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6083>) – eine erhellende Historisierung geisteswissenschaftlicher Praktiken, die bereits sehr viel Aufmerksamkeit gefunden hat. In einem zweiten, ganz anders angelegten Essay widmen sich **Antero Holmila und Pertti Ahonen** der Frage, was die finnische Neutralität im Kalten Krieg genau bedeutete (<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6086>). Welche innen- und außenpolitischen Vor- und Nachteile hatte das mehr kooperative als konfrontative Verhältnis Finnlands zur

Sowjetunion? Durch den NATO-Beitritt Finnlands vom April 2023 hat dieses historische Thema zusätzliche Aktualität erhalten. Darüber hinaus fragen die Autoren nach möglichen (indirekten) Lehren für den künftigen Status der Ukraine.

Auf dem Cover des aktuellen Hefts (<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022>) ist das Cover eines anderen Mediums zu sehen, nämlich des schwedischen IKEA-Katalogs von 1960. Über lange Zeit (in der Bundesrepublik Deutschland seit 1974) begleitete und prägte das schwedische Möbelhaus mit seinen jährlichen Katalogen das Alltagsleben, bevor der gedruckte Katalog Ende 2020 eingestellt wurde – eine mediengeschichtlich durchaus beachtliche Zäsur, die die Postzusteller:innen von einer großen Last befreite. Das Korpus der zahlreichen IKEA-Kataloge aus über 30 verschiedenen Ländern ist nun zur historischen Quelle für den Wandel des Einrichtungs-Marketings und der wohnästhetischen Leitbilder geworden. **Monique Miggelbrink** untersucht die deutschen und schwedischen IKEA-Kataloge als eine Art Erziehungsratgeber des Ordners und Gestaltens in Massenkongsumgesellschaften (<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6088>).

Aus dem Spektrum der längeren Aufsätze sei hier nur ein Thema herausgegriffen: Vor 50 Jahren nahmen die Hochschulen (heute Universitäten) der Bundeswehr in Hamburg und München ihren Lehrbetrieb auf. **Niklas Lenhard-Schramm** und **Jan Stöckmann** schildern, wie es zur Akademisierung der Offizierslaufbahn kam, warum dafür eigenständige Hochschulen der Bundeswehr gegründet wurden und wie in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Militär, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert wurde (<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6074>). Die Hamburger Kontroverse um einen „militärischen Sicherheitsbereich“ hat gezeigt, dass derartige Fragen bis in die Gegenwart akut sind, und generell ist anzunehmen, dass die Geschichte der Bundeswehr in den nächsten Jahren wieder größeres Forschungsinteresse finden wird.

Beitragsideen und Manuskript-Einsendungen zum gesamten Spektrum der Zeitgeschichte sind für künftige Hefte jederzeit willkommen. Bitte beachten Sie die näheren Hinweise unter <https://zeithistorische-forschungen.de/beitragen>

Seit dem Jahrgang 18 (2021) erscheinen alle Texte der „Zeithistorischen Forschungen“ unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 im Open Access. Auch die pdf-Dateien der Druckausgabe sind sofort abrufbar. Für nähere Erläuterungen siehe <https://zeithistorische-forschungen.de/lizenz>

Inhaltsverzeichnis

Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History

Jahrgang/Volume 19 (2022)

Heft/Issue 3: Offenes Heft/Open Issue

<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022>

Zu diesem Heft/In this issue
(Druckausgabe: S. 417-426)

<https://zeithistorische-forschungen.de/editorial/6070> (auf Deutsch)

<https://zeithistorische-forschungen.de/editorial/6070#en> (auf Englisch)

Aufsätze/Articles

Niklas Lenhard-Schramm/Jan Stöckmann
Kämpfer oder Denker?
Zur Entstehungsgeschichte der Universitäten der Bundeswehr
(Druckausgabe: S. 427-456)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6074>

Fabian Bennewitz/Markus-Michael Müller
Innere Sicherheit transnational.
Bundesdeutsche Polizeihilfe für Lateinamerika in den 1970er- und 1980er-Jahren
(Druckausgabe: S. 457-481)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6077>

Zoé Kergomard
Das Schweigen deuten.
Stimm- und Wahlenthaltung als Streitgegenstand in der Schweiz (1960–1990)
(Druckausgabe: S. 482-510)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6079>

Sarah Knoll
Eine „Völkerwanderung“?
Die Flucht aus Rumänien und die Flüchtlingspolitik in Österreich um 1990
(Druckausgabe: S. 511-536)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6081>

Essays

Jürgen Dinkel
Dank sagen.
Geschichte einer akademischen Kulturtechnik
(Druckausgabe: S. 537-559)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6083>

Antero Holmila/Pertti Ahonen
The Good, the Bad and the Ugly.
The Many Faces of Finlandization and Some Potential Lessons for Ukraine
(Druckausgabe: S. 560-577)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6086>

Quellen/Sources

Monique Miggelbrink
Ordnen und gestalten: Der IKEA-Katalog.
Atmosphärisches Wohnen in Schweden und der Bundesrepublik Deutschland
(Druckausgabe: S. 578-599)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6088>

Besprechungen/Reviews

Neu gelesen/Literature Revisited:
Benjamin Möckel
Auf der Suche nach ökonomischen Alternativen

Seite B 164 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

.Ernst Friedrich Schumachers „Small is Beautiful“ (1973)
(Druckausgabe: S. 600-607)
<https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6090>

Rezensionen bei „H-Soz-Kult/Zeitgeschichte“
(Druckausgabe: S. 608-609)
<https://zeithistorische-forschungen.de/links/6092>

Neu bei „Docupedia-Zeitgeschichte“, „Visual History“ und „zeitgeschichte | online“
(Druckausgabe: S. 610)
<https://zeithistorische-forschungen.de/neu/6093>

Gesamtregister der Rubrik „Neu gelesen“ (2004–2022):

https://zeithistorische-forschungen.de/sites/default/files/medien/material/Neu_gelesen_Register.pdf

Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History ist Teil von **Zeitgeschichte digital**, dem Online-Publikationsverbund des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (<https://zeitgeschichte-digital.de>).

Aktueller Beitrag von Docupedia-Zeitgeschichte:

Andrea Althaus/Linde Apel
Oral History, Version: 1.0 (28.3.2023)
https://docupedia.de/zg/Althaus_apel_oral_history_v1_de_2023

Aktueller Beitrag von Visual History:

Svea Hammerle/Sandra Starke
Rezension: #LastSeen Bildatlas.
Fotografische Überlieferung von Deportationen aus dem Reichsgebiet (19.5.2023)
<https://visual-history.de/2023/05/19/hammerle-starke-rezension-lastseen-bildatlas/>

Aktueller Beitrag von zeitgeschichte | online:

Kristin Eichhorn/Sebastian Kubon
Warten auf den Referentenentwurf ... zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Oder: Was bisher geschah (23.5.2023)
<https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/warten-auf-den-referentenentwurf>

Zitation

Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 19 (2022), 3. In: H-Soz-Kult, 31.05.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136643.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) zeitgeschichte 50 (2023), 2

Zeitschriftentitel

[zeitgeschichte](#)

Weiterer Titel

„Zeitalter der Extreme“ oder „Große Beschleunigung“? Umweltgeschichte Österreichs im 20. Jahrhundert

Göttingen 2023: [V&R unipress](#)

4 mal jährlich

Url

<https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/zeitschriften-und-kapitel/42528/zeitgeschichte>

ISBN 978-3-8471-1567-0

154 Seiten

Einzelheft: 25,00 €; Jahresabo: 60,00 € (inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten); Jahresabo für Institutionen: ab 131,00 € (Deutschland); 134,70 € (Österreich)

ISSN [print: 0256-5250](#); [online: 2569-5304](#)

Kontakt

Institution zeitgeschichte

c/o

Redaktion: Oliver Rathkolb und Agnes Meisinger, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Spitalgasse 2–4/Hof I, A-1090 Wien oliver.rathkolb@univie.ac.at,

agnes.meisinger@univie.ac.at Vertrieb: Monika Kownatzki, Vandenhoeck & Ruprecht Verlage, Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen monika.kownatzki@v-r.de

Von

Oliver Kätsch, Programmplanung, Verlag Brill Deutschland GmbH

Das stille Nebeneinander von Zeit- und Umweltgeschichte hat sich in den letzten Jahren in Richtung eines beredten Austauschs bis hin zu punktueller Kooperation gewandelt. Dazu beigetragen haben nicht nur gesellschaftlich wirkmächtige Umweltfragen wie die „Klimakrise“, sondern auch der Umweltgeschichte zugehörnde oder nahestehende Historiker:innen des 20. Jahrhunderts. Die Beiträge dieses Heftes erkunden das Erkenntnispotenzial eines umwelthistorischen Blicks auf Österreich im 20. Jahrhundert anhand verschiedener Themen: die Ressourcenmobilisierung und dagegen erhobene Proteste im Nationalsozialismus, die Beschleunigung der Material- und Energieflüsse und daran entzündete Debatten durch den Marshall-Plan, der gesellschaftliche Naturverbrauch und die mobilisierte Umweltbewegung in den 1970er-Jahren sowie fotografische Repräsentationen der österreichischen Petro-Moderne.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Robert Groß / Ernst Langthaler

Editorial

163

Artikel

Ernst Langthaler

Unterbrochene Beschleunigung. Österreichs Wirtschaft im Nationalsozialismus aus sozialökologischer Perspektive

167

Robert Groß

Kalorien, Kilowatt und Kreditprogramme. Das European Recovery Program (ERP) als Wendepunkt sozionaturaler Verhältnisse in Österreich?

193

Martin Schmid

Krise? Welche Krise? Die 1970er-Jahre in Österreich aus umwelthistorischer Perspektive

215

Katharina Scharf

Die Umweltbewegung in Österreich aus frauen- und geschlechterhistorischer Perspektive. Eine Lang-Zeit-Geschichte

237

zeitgeschichte extra

Matthias Marschik / Michaela Pfundner

Flugdächer der Moderne. Die Tankstellen des Lothar Rübelt

263

Abstracts

287

Rezensionen

Werner Dreier

Wolf Kaiser (Hg.), Der papierene Freund. Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher (Studien und Dokumente zur Holocaust- und Lagerliteratur 12)

293

Lisa Gottschall

Ulrich Kasten/Graz'yna Kubica, Das Männerlager im Frauen-KZ Ravensbrück sowie Lagerbriefe und die Biografie des Häftlings Janek Błaszczyk

295

Seite B 167 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Manfred Hettling

Heidemarie Uhl/Richard Hufschmied/Dieter A. Binder (Hg.), Gedächtnisort der Republik. Das Österreichische Heldendenkmal im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg. Geschichte – Kontroversen – Perspektiven
298

Autoren

305

Zitation

zeitgeschichte 50 (2023), 2. In: H-Soz-Kult, 01.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136612.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Historical Social Research 48 (2023) 3

Historical Social Research 48 (2023) 3

Zeitschriftentitel

[Historical Social Research \(HSR\)](#)

Weiterer Titel

Collective Agency

Cologne 2023: [Selbstverlag des Herausgebers](#)

Url

<https://www.gesis.org/en/hsr/current-issues/2023/483-collective-agency>

352 Seiten

Preis jährlich € 48,00 (Personen); € 72,00 (Institutionen) im Inland / € 56,00 (Personen); € 80,00 (Institutionen) im Ausland

ISSN [0172-6404](#), [0936-6784](#)

Kontakt

Institution

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung

Historical Social Research (HSR)

50667 Köln, Unter Sachsenhausen 6-8

c/o

Journal Historical Social Research

Von

Philip Jost Janssen, Knowledge Exchange & Outreach, GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences

HSR Special Issue – The Emergence and Effects of Non-hierarchical Collective Agency (ed. Johannes Marx & Thomas Gehring)

The emergence of collective agency in non-hierarchical groups is a puzzling phenomenon. It has thus far attracted little systematic scholarly attention, despite its widespread existence in and high relevance for modern political and social life. While bureaucracies or business firms with hierarchical internal structures are widely recognized as collective actors, groups without formal hierarchy may also gain collective agency, e.g., parliamentary committees adopt proposals and international institutions decide on international regulations. In the social sciences, it is highly disputed whether these expressions can be understood literally. Analytical philosophy and sociology offer a number of approaches to the emergence of collective agency from the interaction of group members. They challenge the broadly shared methodological individualist assumption that only individuals can act and that talk about group actors should be understood only metaphorically.

This HSR Special Issue examines theoretical, empirical, and normative issues of collective agency of groups in the absence of hierarchy. It aims to elucidate the mechanisms driving non-hierarchical collective agency and to develop empirically-applicable conceptions of collective actors, their actions, and their effects. It is designed to advance scholarly dialogue around collective agency, while helping to bridge the gap between the philosophical debate about collective agency and its empirical application in the social sciences. The articles in this HSR Special Issue draw on and elaborate important theoretical approaches from analytical philosophy that examine the formation and consequences of collective intentions in small and unorganized groups and elucidate basic mechanisms of the emergence of collective intentions. They address collective agency of institutionalized groups with defined memberships, including member-driven international institutions, parliaments and their committees, and local government associations. These articles examine the emergence of collective intentions and collective action capability of large and non-institutionalized groups from a sociological perspective, and they deal with normative issues of collective agency.

Inhaltsverzeichnis

Introduction

Thomas Gehring & Johannes Marx

Group Actors. Why Social Science Should Care About Collective Agency.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.23>

Contributions

Margaret Gilbert

Real Team Reasoning

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.24>

Maximilian Noichl & Johannes Marx

Simulation of Group Agency – From Collective Intentions to Proto-Collective Actors.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.25>

Leyla Ade & Olivier Roy

Team Reasoning from an Evolutionary Perspective: Categorization and Fitness.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.26>

Thomas Gehring

International Organizations as Group Actors. How Institutional Procedures Create Organizational Independence without Delegation to Institutional Agents.

<https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.27>

Matthias Hofferberth & Daniel Lambach

Claims and Recognition: A Relational Approach to Agency in World Politics.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.28>

Nathalie Behnke, Jonas Bernhard & Till Jürgens

Understanding Collective Agency in the Long-Term Perspective: A Historical Comparative Case Study of Local Government Associations in Germany and the United States.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.29>

Elena Frech & Ulrich Sieberer

Coordination Committees and Legislative Agenda-Setting Power in 31 European Parliaments.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.30>

David Beck, David Yen-Chieh Liao & Thomas Saalfeld

The Role of Rituals in Adversarial Parliaments: An Analysis of Expressions of Collegiality in the British House of Commons.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.31>

Elisabeth Donat & Barbara Mataloni

Perception of Collective Agency and Networks of Relations: The Case of Regional Parliaments in Four EU Member States.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.32>

Thomas Kestler

How Imagination Takes Power. The Motivational Foundations of Collective Action in Social Movement Mobilization.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.33>

Frank Meier

The Agency of Scientific Disciplines.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.34>

Maike Albertzart

Being Jointly Obligated: A Reductive Account.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.35>

Moritz A. Schulz

So What's My Part? Collective Duties, Individual Contributions, and Distributive Justice.

doi: <https://doi.org/10.12759/hsr.48.2023.36>

Zitation

Historical Social Research 48 (2023) 3. In: H-Soz-Kult, 28.06.2023,

www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137194.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**08) Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 32
(2023), 3–4**

Zeitschriftentitel

[Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung](#)

Weiterer Titel

Starke Männer – Figuren disruptiver Politik

Hamburg 2023: [Hamburger Edition, HIS Verlag](#)

zweimonatlich

Url <https://www.mittelweg36.de>

ISBN 978-3-86854-772-6

160 Seiten

Einzelausgabe € 14,00 (Doppelheft € 24,00); Jahresabonnement € 56,00; Miniabonnement € 25,00

ISSN [0941-6382](#)

Kontakt

Institution

Hamburger Instituts für Sozialforschung

Abteilung

Zeitschrift »Mittelweg 36«

20148 Hamburg, Mittelweg 36

Telefon 040/414 097 84

Fax 040/414 097 11

Von

Anja Irmschläger, Redaktion Zeitschrift Mittelweg 36, Hamburger Edition HIS Verlagsges.mbH

Starke Männer sind aus dem politischen Geschehen der Gegenwart nicht mehr wegzudenken, mögen sie nun Donald Trump, Wladimir Putin, Xi Jinping, Viktor Orbán, Recep Tayyip Erdoğan, Jair Bolsonaro, Narendra Modi oder Rodrigo Duterte heißen. Sie sind „Figuren disruptiver Politik“ und als solche erstaunlich erfolgreich. Das aktuelle Heft des "Mittelweg 36" fragt nach Erklärungen für das gehäufte Auftreten Starker Männer in der politischen Welt des 21. Jahrhunderts.

Die Beiträge verbinden systematische Überlegungen mit Fallstudien. In ihrem Editorial zu „Strongman Politics. Autoritäre Personalisierung im 21. Jahrhundert“ geben die Heftherausgeber Ulrich Bröckling, Dorna Safaian und Nicola Spakowski einen Überblick über die Forschungsliteratur und nennen Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen den verschiedenen Strongman-Regimen und ihren Regierungstechniken. Ulrich Bröckling zeichnet die „Konturen einer globalen Sozialfigur“ – der des Starken Mannes – nach, indem er die Beziehungsgefüge zu ihrer Anhängerschaft, zum engsten Kreis ihrer Gefolgsleute sowie zum Club der anderen Starken Männer macht- und herrschaftssoziologisch ausleuchtet. Laut Fabian Burkhardt, der sich mit „Putins personalisierter Macht im Krieg“ beschäftigt, zeichnet sich noch keine Erosion der Macht des russischen Präsidenten ab, und auch eine Kriegsniederlage müsste ihm, entgegen der landläufigen Meinung, nicht zwingend schaden. Nicola Spakowski bezeichnet Xi Jinping als „Starken Mann für eine starke Nation“. Sie beobachtet in China die Personalisierung einer Einparteienherrschaft, Xis Inszenierung passt sich an das Bild der Nation an, das einen immer größeren Stellenwert in der Legitimitätsbehauptung des Regimes einnimmt. Im Beitrag von Dorna Safaian geht es um den „Strongman als komische Figur“. Bildbeispiele aus der Social-Media-Kommunikation von Donald Trump, Jair Bolsonaro und Matteo Salvini belegen, wie die Strongmen Komik als Form disruptiver Kommunikation einsetzen, um Feindbilder zu konstruieren, Politik zu fiktionalisieren und Anhängerschaften affektiv anzusprechen. Unter Rückgriff auf die Konzepte hegemonialer Männlichkeit und hegemonialer Weiblichkeit arbeitet Dorit Geva, die sich mit Marine Le Pen als Starker Frau befasst, die Bedeutung von Gender in der Karriere Le Pens heraus: als Dimension ihres Führungsstils, ihres Auftretens, der Wahrnehmung durch ihre Anhängerschaft und ihres politischen Programms. Am Fall Donald Trumps, insbesondere an der Debatte um das sogenannte Access-Hollywood-Tape und den sprichwörtlich gewordenen locker room talk, macht Johannes Völz deutlich, wie Trump seine Autoritätsposition mit Mitteln ‚von unten‘ und der Stilpolitik des Außenseiters verteidigt. Während die vorangegangenen Beiträge den Aufstieg von Strongman-Regimen in der Gegenwart analysieren, erinnert Michael Riekenberg im Interview an die lateinamerikanischen Caudillos des frühen 19. Jahrhunderts und erläutert, wie sie neben dem ökonomischen auch militärischen und politischen Einfluss akkumulieren konnten.

Im „Ortstermin“ führt uns Maren Lehmann durch die Geschichte des Hauptlesesaals der Universitätsbibliothek Halle. Die verschiedenen Entwürfe und Dokumente zeigen, wie umkämpft die Gestaltung solcher akademischer Schauräume war.

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Bröckling / Dorna Safaian / Nicola Spakowski

Strongman Politics. Autoritäre Personalisierung im 21. Jahrhundert (S. 3)

Ulrich Bröckling

Starke Männer. Konturen einer globalen Sozialfigur (S. 13)

Fabian Burkhardt

Putins personalisierte Macht im Krieg (S. 30)

Nicola Spakowski

Xi Jinping – Starker Mann für eine starke Nation (S. 57)

Dorna Safaian

Clown, Buffoon, Troll. Der Strongman als komische Figur (S. 79)

Seite B 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dorit Geva

Eine Starke Frau. Marine Le Pen und die Transformation der französischen Rechten (S. 95)

Johannes Völz

Locker Room Nation. Die zwei Gesichter der Informalisierung (S. 120)

»Gewalt war fester Bestandteil caudillistischer Herrschaft« (S. 135)

Ein Gespräch mit Michael Riekenberg

Maren Lehmann

Ortstermin: Im Lesesaal (S. 150)

Zitation

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 32 (2023), 3–4. In: H-Soz-Kult, 08.06.2023, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136773>.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 6

Weiterer Titel

Stürmische Zeiten. Ökumene - Baltikum

Zürich 2023: [Selbstverlag](#)

Url <https://g2w.eu/zeitschrift/aktuelle-ausgabe/1974-rgow-6-2023-stuermische-zeiten-oekumene-baltikum>

Preis Jahresabonnement CHF 95,00 / EUR 81,00; Abo für Studierende CHF 50,00 / EUR 42,00; Einzelheft CHF 15,00 / EUR 13,00

ISSN [2253-2465](#)

Kontakt

Institution

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Abteilung

Institut G2W

Land

Switzerland

8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Estland, Lettland und Litauen zählen zu den engagiertesten Unterstützern der Ukraine innerhalb der EU. Bereits vor dem 24. Februar 2022 haben sie auf das Aggressionspotential des Putin-Regimes hingewiesen. Heute versuchen sie der russischen Bedrohung unter anderem auf außen-, innen- und sicherheitspolitischer Ebene zu begegnen und einen adäquaten Umgang mit dem sowjetischen Erbe zu finden. Insbesondere ist auch die Erwartung an die orthodoxen Kirchen im Baltikum groß, sich deutlich von der Kriegslegitimierung durch das Moskauer Patriarchat distanzieren.

Inhaltsverzeichnis

ÖKUMENE

Cyril Hovorun: Wie man kein „Potemkinsches Dorf“ der Ökumene und der Friedensstiftung bauen sollte

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) eine neue Friedensmission gestartet, um die beiden ukrainischen orthodoxen Kirchen und das Moskauer Patriarchat an einen Runden Tisch zu bringen. Der Autor setzt sich kritisch mit der Initiative und dem bisherigen Engagement des ÖRK auseinander. Die Stellungnahmen des ÖRK kranken immer wieder daran, dass sie Opfer und Täter auf eine Stufe stellen. Die Treffen von ÖRK-Delegationen mit Patriarch Kirill bieten diesem zudem die Chance, seine Propaganda weltweit zu verbreiten. Aufgrund des Desinteresses des Moskauer Patriarchats an einem echten Dialog wäre ein Runder Tisch nur mit beiden ukrainischen orthodoxen Kirchen sinnvoller.

BALTIKUM

Sebastian Rimestad: Zerreißprobe – die orthodoxen Kirchen im Baltikum und der Ukraine-Krieg

Die Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine durch das Moskauer Patriarchat hat auch in den orthodoxen Kirchen im Baltikum zu Verwerfungen geführt. In Litauen sind einige Geistliche vom Moskauer Patriarchat zum Patriarchat von Konstantinopel übergetreten, so dass sich eine Situation wie in Estland andeutet. In Lettland versucht sich die Kirchenführung apolitisch zu geben. In allen drei Ländern steigt der öffentliche Druck auf die Kirchen, sich eindeutig gegen den Angriffskrieg zu positionieren.

Dovilė Jakniūnaitė: Gemeinsam stark. Baltische Kooperationen und Sicherheitspolitik Trotz ihrer beschränkten Ressourcen zählen Estland, Lettland und Litauen zu den engagiertesten Unterstützern der Ukraine innerhalb der EU und der NATO. Die Sorge um die eigene Sicherheit hat die regionale Kooperation und diejenige mit den NATO-Partnern vertieft. Die baltischen Staaten versuchen zudem von Russland energieunabhängig zu werden und investieren in die Abwehr von medialer Propaganda aus Russland.

Aleksandra Kuczyńska-Zonik: Auf Abstand. Außen- und innenpolitische Abgrenzung von Russland im Baltikum

Die baltischen Länder unterstützen die Ukraine auf vielfache Weise und haben eine scharfe Abgrenzung von Russland vollzogen. Die diplomatischen Beziehungen wurden herabgestuft und zahlreichen kremlnahen Medien die Sendelizenz entzogen. Die russischsprachigen Minderheiten in den baltischen Ländern reagieren ambivalent auf diesen Kurs: Neben Zustimmung gibt es auch Kritik und Befürchtungen um sozialen Abstieg.

Laura Ingerpuu: Umstrittener Umgang. Sowjetarchitektur in Estland
In den baltischen Staaten hat Russlands Krieg gegen die Ukraine die Debatten um den Umgang mit dem sowjetischen Architekturerbe neu entfacht. In allen drei Ländern wurden 2022 zahlreiche Monumente aus der Sowjetzeit entfernt. In Estland ist sogar von einem „Krieg gegen rote Denkmäler“ die Rede. Insbesondere mit Bezug auf ganze Gebäude und Stadtteile wird diskutiert, ob deren Zerstörung die einzig gültige Form von Vergangenheitsbewältigung ist.

BELARUS

Natalija Zenger: Vereinzelter Protest. Die Belarusische Orthodoxe Kirche und der Krieg
Russlands Krieg gegen die Ukraine, der auch von belarusischem Territorium aus geführt wird, hat Widerspruch unter orthodoxen Gläubigen ausgelöst. Bis auf ein paar wenige Ausnahmen blieb jedoch die orthodoxe Kirche stumm und kooperiert weiter mit dem Staat. Das gesellschaftliche Ansehen der Kirche leidet darunter, und manche Priester und Gläubige wenden sich von ihr ab.

BUCHANZEIGEN

Aleksandra Konarzewska, Schamma Schahadat, Nina Weller (Hg.): „Alles ist teurer als ukrainisches Leben“ Texte über Westsplaining und den Krieg. Berlin 2023

Vladas Sirutavičius, Darius Staliūnas, Jurgita Šiaučiūnaitė-Verbickienė (eds.): The History of Jews in Lithuania. From the Middle Ages to the 1990s. Paderborn 2020

Sarah Riccardi Swartz: Between Heaven and Russia. Religious Conversation and Political Apostasy in Appalachia. New York 2022

Liliya Berezhnaya (Hg.): Die Militarisierung der Heiligen in Vormoderne und Moderne. Berlin 2020

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 6. In: H-Soz-Kult, 30.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137281.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 5

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 5

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](#)

Weiterer Titel

Schwierige Nachbarschaften. Russland, Südkaukasus und Zentralasien

Zürich 2023: [Selbstverlag](#)

Seite B 175 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Url <https://g2w.eu/zeitschrift/aktuelle-ausgabe/1962-rgow-5-2023-schwierige-nachbarschaften-russland-suedkaukasus-und-zentralasien>

Jahresabonnement CHF 95,00 / EUR 81,00; Abo für Studierende CHF 50,00 / EUR 42,00;
Einzelheft CHF 15,00 / EUR 13,00

ISSN [2253-2465](https://www.issn.org/issn/2253-2465)

Kontakt

Institution

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

c/o

Institut G2W Bederstr. 76 CH-8002 Zürich

Von

Regula Zwahlen, RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine strahlt auch in den postsowjetischen Raum aus, denn der Südkaukasus und Zentralasien sind durch vielfältige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verflechtungen mit Russland verbunden. Zudem sind die Länder der Region seit dem 24. Februar und insbesondere seit der Teilniederkämpfung in Russland im September 2022 das Ziel vieler russischer Emigrant:innen geworden, wobei Georgien und Kasachstan die Spitzenplätze belegen.

Im Windschatten des Kriegs gegen die Ukraine schwelt zudem ein anderer Konflikt weiter: Berg-Karabach kommt seit der letzten großen Eskalation im September 2020 zwischen Armenien und Aserbaidschan nicht zur Ruhe. Trotz Gesprächen zwischen Armenien und Aserbaidschan kommt es immer wieder zu Zwischenfällen mit Toten, außerdem blockiert Aserbaidschan seit Dezember 2022 den Latschin-Korridor, was die schon zuvor besorgniserregende humanitäre Lage in Berg-Karabach noch verschlimmert hat.

Inhaltsverzeichnis

SÜDKAUKASUS

Ansgar Jödicke: Widersprüchliche Signale. Russlands Krieg gegen die Ukraine und der Südkaukasus

Armenien, Georgien und Aserbaidschan sind in unterschiedlicher Weise von Russland abhängig, so dass sie sehr zurückhaltend bei einer Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und bei der Umsetzung von Sanktionen agieren. Gleichzeitig sind die südkaukasischen Staaten zu neuen Zielländern der russischen Emigration geworden. Auch die Armenische Apostolische und die Georgische Orthodoxe Kirche vermeiden eine klare Stellungnahme zur russischen Invasion.

Erik Davtyan: Am Wendepunkt. Armeniens Beziehungen zu Russland und der Türkei
Der Karabach-Krieg von 2020 hat Armeniens Sicherheitslage in der Region tiefgreifend verändert. Von seinem langjährigen militärischen und wirtschaftlichen Partner Russland ist das Land enttäuscht, die Beziehungen haben sich abgekühlt. Kleine Annäherungsschritte gab es dafür im historisch extrem belasteten Verhältnis zur Türkei. Allerdings besteht kein Zweifel daran, dass die Türkei Aserbaidschan weiterhin auf allen Ebenen unterstützt.

Harutyun G. Harutyunyan: Abgeschnitten. Die Blockade und humanitäre Krise von Berg-Karabach

Seit Dezember 2022 blockiert Aserbaidschan den sog. Latschin-Korridor, die einzige Straße, die Berg-Karabach mit der Republik Armenien verbindet. Die Blockade hat eine humanitäre Krise ausgelöst, da dringend benötigte lebensnotwendige Waren nicht mehr nach Karabach gelangen. Während die russischen Friedenstruppen sich machtlos geben, verhallen internationale Proteste bisher ungehört.

Shota Kincha: Umstrittenes Agenten-Gesetz. Protest und Polarisierung in Georgien
Durch massive Proteste hat die georgische Bevölkerung die Einführung eines Gesetzes über „ausländische Agenten“ verhindert. Dessen Unterstützer aus Kreisen der Regierungspartei wurden daran erinnert, dass eine Mehrheit den Kurs des Landes in Richtung EU beibehalten möchte. Die von ihnen geschürte gesellschaftliche Polarisierung ist damit noch nicht überwunden, während die Kirche dazu schweigt.

Levan Kakhishvili: Russen in Georgien: Ferien, politische Zuflucht oder Ausweichen vor Sanktionen?

Dank unkomplizierter Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen erlebt Georgien einen massiven Zuwachs russischer Migranten. Allerdings fehlen genaue Zahlen, und sind die Motive der emigrierten Russen vielschichtig. Angesichts ihrer regen Geschäftstätigkeit drängt sich die Vermutung auf, dass viele Russen in Georgien Zuflucht vor den Sanktionen gesucht haben. In der Gesellschaft sind die Reaktionen auf die Zuwanderung gemischt, während die Regierung keinen Handlungsbedarf sieht.

ZENTRALASIEN

Anna Jordanová: Alte Abhängigkeiten und neue Chancen: Zentralasien und der Ukraine-Krieg

Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt den zentralasiatischen Staaten einerseits ihre Abhängigkeit von Moskau auf. Andererseits eröffnen sich ihnen neue Möglichkeiten, da sich das internationale Interesse an Kooperationen verstärkt hat. Die Abhängigkeit von Transportrouten, der Bedarf an Investitionen und geopolitische Spannungen verlangen von den zentralasiatischen Ländern eine multivektorale Außenpolitik, um sich so keine Chancen zu verbauen.

Andrej Grischin: Stresstest: Kasachstan, Russland und der Krieg gegen die Ukraine
Kasachstan ist durch die Eurasische Wirtschaftsunion und andere Projekte mit Russland verbunden. Zudem steht der Verdacht im Raum, dass über Kasachstan die westlichen Sanktionen gegen Russland umgangen werden. Die kasachische Regierung versucht jedoch, Handlungsspielräume zu nutzen, um nicht gänzlich von Moskau abhängig zu werden. Zudem muss sie Rücksicht auf pro-ukrainische Stimmungen in der kasachischen Bevölkerung nehmen.

Shairbek Dzhuraev: Zone der Unsicherheit. Die Militarisierung der kirgisisch-tadschikischen Grenze

Seit der Unabhängigkeit von Kirgistan und Tadschikistan 1991 gibt es Unstimmigkeiten bezüglich des Grenzverlaufs, die aber lange zu keinen ernstern Problemen führten. Erst 2021 und 2022 eskalierte der Konflikt und es kam zu vielen Todesopfern. Grund dafür ist ein komplexes Geflecht von Interessen der beiden Staaten, ihrer Eliten sowie der lokalen Bevölkerung.

BUCHANZEIGEN

Sabine von Löwis, Beate Eschment (eds.): Post-Soviet Borders. A Kaleidoscope of Shifting Lives and Lands London/New York: Routledge 2023

Alexander Filippov, Nicolas Hayoz, Jens Herlth (eds.): Centres and Peripheries in the Post-Soviet Space Relevance and Meanings of a Classical Distinction. Bern: Peter Lang 2020

Martin Kragh (ed.): Security and Human Rights in Eastern Europe New Empirical and Conceptual Perspectives on Conflict Resolution and Accountability Stuttgart: ibidem 2022,

Mikhail Suslov: Geopolitical Imagination. Ideology and Utopia in Post-Soviet Russia. Stuttgart: ibidem-Verlag 2020

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW) 51 (2023), 5. In: H-Soz-Kult, 06.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136524.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Zeitschrift für Genozidforschung 21 (2023), 1

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Genozidforschung. Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum](#)

Weiterer Titel

Gebrauch der Geschichte. Legitimationen, (Re)Konstruktionen, Coping

Weilerswist 2023: [Velbrück Wissenschaft](#)

Erscheint halbjährlich

Url

<http://www.idg.rub.de/publikationen/zfg.html.de>

ISBN 978-3-95832-329-2

132 Seiten

Preis 39,90

ISSN [1438-8332](#)

Kontakt

Institution

*Zeitschrift für Genozidforschung. Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum
c/o*

Dr. Medardus Brehl (verantwortlich), Institut für Diaspora- Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, D-44801 Bochum Tel.: +49 (0)234/32 29702, Fax: +49 (0)234/32 14770

Von

Medardus Brehl, Institut für Diaspora- und Genozidforschung, Ruhr-Universität Bochum

Erschienen ist ein Heft der »Zeitschrift für Genozidforschung« zum Thema »Gebrauch der Geschichte. Legitimationen, (Re)KONstruktionen, Coping«. Das Heft kann zu einem Preis von EUR 39,90 über den Buchhandel oder direkt über den Verlag (<www.velbrueck-wissenschaft.de>) bezogen werden.

Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint halbjährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt EUR 79,80 Euro, das Einzelheft 39,90 Euro, incl. MWst., zzgl. Versandkosten. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, über die Veröffentlichung entscheidet ein peer-review Verfahren. Weitere Informationen zur Zeitschrift finden Sie auf unserer Homepage www.ruhr-uni-bochum.de/idg/zeitschrift/index.shtml

Aus

dem

Editorial:

Vom »Gebrauch der Geschichte« zu reden, impliziert die Annahme, dass eine bestimmte Deutung der Vergangenheit von mittelbarem oder unmittelbarem Nutzen für die Gegenwart sei. Das ist bekanntlich eine sehr alte Vorstellung, die sich schon in Ciceros Formel, dass die Geschichte die Lehrmeisterin des Lebens sei, abzeichnete, der seitdem jedoch auch immer wieder – und teils sehr vehement – widersprochen wurde. Als prominentester Kritiker tritt vermutlich Friedrich Nietzsche auf den Plan, der davor warnte, dass wer »aber erst gelernt hat, vor der ›Macht der Geschichte‹ den Rücken zu krümmen und den Kopf zu beugen«, dies auch vor Regierungen, der öffentlichen Meinung oder schlicht der Mehrheit tue. Umgekehrt stellt sich jedoch nicht nur die Frage, ob eine interessenlose Beschäftigung mit der Vergangenheit überhaupt möglich ist, sondern auch, wozu man den Aufwand betreiben sollte, wenn es am Ende doch eben nichts nütze. Ist also schon die Idee »Geschichte zu schreiben« eine intrikate Angelegenheit, so ist es die Idee, sie zu gebrauchen, umso mehr – führt der Gebrauch von etwas doch immer auf eine unmittelbare Nutzenanwendung des eben gebrauchten Gegenstands zu. Das hat nun weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart dazu geführt, dass man Abstand davon genommen hätte, »Lehren aus der Vergangenheit« zu ziehen – nur hat man diesmal mit mehr und mal mit weniger Sensibilität gegenüber dem Vergangenen getan. Mit welcher Brachialität Geschichte zum Argument für einen Angriffskrieg gemacht wird, lässt sich gerade in Russland beobachten. Aber schon die NATO-Staaten scheuten sich in den 1990er Jahren nicht, ihr Eingreifen im Jugoslawien-Krieg über eine Indienstnahme der Geschichte zu legitimieren, indem die Ereignisse im Kosovo mit dem Holocaust analog gelesen wurden. Andererseits dienen Geschichtsdeutungen nicht zuletzt auch der Selbstverortung von Kollektiven beziehungsweise der Konstruktion (nationaler) Identitäten. Genau diese Indienstnahmen historischer Erzählungen – Geschichte als Argument für oder gegen eine bestimmte Politik, die Instrumentalisierung der Geschichte, ihre mehr oder minder strategische Ausdeutung als Mittel zur Produktion eines Selbstbildes in der Gegenwart, nicht zuletzt aber auch der schmerzhafteste Prozess eines Copings mit der Erfahrung einer Geschichte kollektiver Gewalt – bilden den Fokus des neuen Heftes der »Zeitschrift für Genozidforschung«.

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Marius Seydel:

»Für unseres Reiches und Europas Zukunft gegen den Weltfeind«. Das »Unternehmen Sturmwind« als Kooperationsunterfangen im besetzten Polen (11.–26. Juni 1944) (9-39)

Katrin Stoll:

On the Distortion of the Truth of Polish Participation in the Persecution and Murder of Jews in German-occupied Poland (40-57)

Lisa Bonn

»Ein Gefühl der Niederlage...«. Jedwabne, Geschichtsaufarbeitung und revitalisierter Antisemitismus im post-sozialistischen Polen (58-87)

Süleyman Kanat

»Es war da und doch sehr weit weg«. Dimensionen biografierelevanter Genozid-Auswirkungen auf die Angehörigen der jesidischen Minderheit in der Diaspora (88-114)

Rezensionen / Reviews (115-127)

Autoren / About the Authors (128-129)

Zitation

Zeitschrift für Genozidforschung 21 (2023), 1. In: H-Soz-Kult, 27.06.2023,

www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137257.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) MEDAON 17 (2023), 32

Titel der Ausgabe

MEDAON 17 (2023), 32

Zeitschriftentitel

[MEDAON - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung](#)

Dresden 2023: [Selbstverlag des Herausgebers](#)

Url <https://www.medaon.de/>

halbjährlich

open access, Online-Zeitschrift

ISSN [1866-069X](#)

Kontakt

MEDAON - Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung

c/o

Seite B 180 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Redaktion MEDAON, HATiKVA e. V., Pulsnitzer Str. 10, 01099 Dresden, Tel.
0351/8020489,
Von

Thomas Fache, Redaktion Medaon, HATiKVA e. V.

Editorial Frühling 2023

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde von Medaon,

wir freuen uns, Ihnen die diesjährige Frühjahrsausgabe präsentieren zu können. Gleich zwei Beiträge kreisen um die Entwicklung der jüdischen Jugendorganisation Hashomer Hatzair in den 1930er Jahren: In historischer Perspektive nähert sich Nora Kissling ausführlich der Entwicklung des amerikanischen Teils der Bewegung an. Nitzan Menagem und Julia Salomo hingegen stellen ein Geschichtsprojekt der heutigen Berliner Ortsgruppe (Ken) vor, in dem sich Verbandsmitglieder und andere, Juden wie Nichtjuden, mit der Bewegungsgeschichte im Berlin der 1930er-Jahre auseinandersetzen und daran anknüpfend Bildungsmaterialien entwickelten.

Neben einer Vielzahl weiterer Einzelbeiträge und Rezensionen führt Veronika Jičínská im Rahmen unserer Reihe „Biographien jüdischer Frauen“ in das Leben und Werk der Schriftstellerin Gisa Picková-Saudková ein. Dani Kranz und Sarah M. Ross nehmen unter Rückgriff auf das Konzept der „Gojnormativität“ eine Rückschau auf die Aktivitäten des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ vor.

Für ihre Unterstützung bei der Fertigstellung dieses Hefts danken wir allen Gutachterinnen und Gutachtern sehr herzlich. Die Korrekturen bzw. Übersetzungen übernahmen in der gewohnten Gründlichkeit und Zuverlässigkeit Steffen Schröter von text plus form, Cathleen Bürgelt, Patricia Casey Sutcliffe und Margaret-Ann Schellenberg – ihnen sind wir ebenfalls zu großem Dank verpflichtet.

Ebenso danken möchten wir Claudia Prestel, die nach mehreren Jahren des Engagements in der Teilredaktion „Jüdisches Leben nach 1945“ Medaon verlässt. Wir wünschen ihr für alle persönlichen und wissenschaftlichen Vorhaben alles Gute!

Gleichzeitig möchten wir unsere neuen Redaktionsmitglieder Moritz Bauerfeind und Steffen Heidrich begrüßen, die ab sofort die Teilredaktionen „Rezensionen“ bzw. „Jüdisches Leben nach 1945“ unterstützen – wir freuen uns sehr über ihren Einstieg und auf die Zusammenarbeit!

Die Redaktion von Medaon im Mai 2023.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Artikel

Christian Dietrich: „Die Verteidigung der Demokratie obliegt dem Proletariat“. Der Republikanische Schutzbund, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Auseinandersetzungen mit dem politischen Judenhass

Seite B 181 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Alexander Friedman: Rabbi Meir Kahane (1932–1990) und seine Rezeption in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland

Nora M. Kissling: Eine zionistische Jugendbewegung für Amerika: der Haschomer Hazair zwischen Ideologie und Realität in den 1930er Jahren

Jakob Ole Lenz: Immanuel Kants Einfluss auf Saul Ascher. Affirmation und Abgrenzung in Religions- und Revolutionsphilosophie

Bildung

Marina Friemelt, Natalie Kajzer: SABRA: Jüdische Kultur zum Anfassen

Nitzan Menagem, Julia Salomo: Jüdische Jugendbewegung zwischen Generationen. Das Geschichtsprojekt von Hashomer Hatzair

Miszelle

Veronika Jičínská: Biographien jüdischer Frauen: „Die Menschenrechte haben kein Geschlecht“ – zur Erinnerung an die große Humanistin Hedwig Dohm
Biographien jüdischer Frauen: Gisa Picková-Saudková: Eine Mittlerin zwischen jüdischer und christlicher, tschechischer und deutscher Kultur

Dani Kranz, Sarah M. Ross: Der „gojnormative“ Blick: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland?

Yael Netzer, Amalia S. Levi: Legacy Catalogs as Data. The case of Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer

Quellen

Stefan Aumann: Mehrwerte durch Integration. Judaika im Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen (LAGIS)

Manfred Berger: „Man wollte uns noch die bestmögliche Ausbildung geben.“ Recherchen zur Ausbildung jüdischer Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen in Berlin während der nationalsozialistischen Terrorjahre 1934 bis 1942

Rezensionen

Jörn Roland Christophersen: Krisen, Chancen und Bedrohungen. Studien zur Geschichte der Juden in der Mark Brandenburg während des späteren Mittelalters (13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts) (Eveline Brugger)

Karen Körber/Andreas Gotzmann: Lebenswirklichkeiten. Russischsprachige Juden in der deutschen Einwanderungsgesellschaft (Steffen Heidrich)

Desirée Schostak: Der Weg der Mikwe in die Moderne. Ritualbäder der Emanzipationszeit im Spannungsfeld von öffentlicher Wahrnehmung und jüdischem Selbstverständnis (Robert Jütte)

Judith Frishman/Thorsten Fuchshuber (Hgg.): Samuel Hirsch. Philosopher of Religion, Advocate of Emancipation and Radical Reformer (Elias S. Jungheim)

Seite B 182 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Itzhak Benyamini: Kritische Theologie – Die Aporien des Monotheismus (George Y. Kohler)

Zitation

MEDAON 17 (2023), 32. In: H-Soz-Kult, 05.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136660.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) KULT_online 67 (2023)

Gießen 2023: [Selbstverlag](#)

Preis kostenlos, online zugänglich, Open Access Publikation

ISSN [1868-2855](#)

Kontakt

Institution

KULT_online

c/o

*International Graduate Centre for the Study of Culture (GCSC) Redaktion KULT_online
Max Bergmann Alter Steinbacher Weg 38 D-35394 Gießen Tel: +49 (0)641 99-30042 Fax:
+49 (0)641 99-30049*

Von

Isabella Kalte, International Graduate Centre for the Study of Culture, Justus Liebig Universität Gießen

KULT_online Nr. 67 (2023)

Das Rezensionsmagazin des Gießener Graduiertenzentrums Kulturwissenschaften (GGK) und des International Graduate Centre for the Study of Culture (GCSC).

Inhaltsverzeichnis

KULT_rezensionen

Rezension Virtual Immortality — Das Paradies aus der Maschine

Krüger, Oliver. Virtual Immortality. God, Evolution, and the Singularity in Post- and Transhumanism. Bielefeld: transcript Verlag, 2021. 356 Seiten, 35 EUR. ISBN: 978-3-8376-5059-4.

A Review by Tobias Bieseke

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1341>

Seite B 183 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ethics at the Crossroads of Disciplines: Cognitive, Affect, and Literary Studies
Hogan, Patrick Colm. Literature and Moral Feeling. A Cognitive Poetics of Ethics, Narrative, and Empathy. Cambridge: Cambridge University Press, 2022. 306 pages, 85 GBP. ISBN: 978-1-00-916951-6.

A Review by Riccardo Buonamici

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1367>

Von der Verflechtung und Entflechtung — Im Austausch mit Transkulturalität
Erfurt, Jürgen (ed.). Transkulturalität. Prozesse und Perspektiven. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag, 2021. 363 Seiten, 31 EUR. ISBN: 978-3-8252-5542-8.

A Review by Melisa M. Çiçek

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1383>

Of Pirates and Institutions

Norton, Matthew. The Punishment of Pirates. Interpretation and Institutional Order in the Early Modern British Empire. Chicago/London: Chicago University Press, 2023. 236 pages, 29.99 USD. ISBN: 978-0-226-82310-2.

A Review by Edward Djordjevic

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1368>

Sweet Emotions: Why Feelings Matter at Heritage Sites

Smith, Laurajane. Emotional Heritage. Visitor Engagement at Museums and Heritage Sites. Abingdon/New York: Routledge, 2021. 352 Pages, 49.95 USD. ISBN: 978-1-138-88865-4.

A Review by Sandra Engels

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1370>

FLINTA nach vorn! Deutschpunk und sein Sexismus-Problem

Ringelsiep, Diana und Ronja Schwikowski (Hg.). Punk as F*ck. Die Szene aus FLINTA-Perspektive. Mainz: Ventil, 2022. 448 Seiten, 24,00 EUR. ISBN: 978-3-95575-187-6.

A Review by Justus Grebe

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1365>

Understanding and Preventing Gender-based Violence in the Anglophone Caribbean: A Multi-disciplinary Endeavor

Biholar, Ramona and Dacia L. Leslie (eds.). Critical Caribbean Perspectives on Preventing Gender-Based Violence. Routledge, 2022. 242 pages, 31.19 GBP. ISBN: 978-1-00-325520-8.

A Review by Isabella Kalte

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1375>

Moral als Zeichen ihrer Zeit: Historische und aktuelle Positionen im Spannungsfeld von Design und Ethik bei Christian Bauer

Bauer, Christian. Ethik für Designer. Stuttgart: avedition, 2022. 144 Seiten, 19,00 EUR. ISBN: 978-3-89986-381-9.

A Review by Saskia Ketz

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1377>

Images of Terror: How to “See” Trauma in Literary Texts?

Armstrong, Charles I. and Unni Langås (eds.). Terrorizing Images. Trauma and Ekphrasis in Contemporary Literature. Berlin, Boston: De Gruyter, 2020. 204 pages, 104,95 EUR. ISBN: 978-3-11-069290-7.

Seite B 184 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

A Review by Anna Klishevich

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1346>

Ulrike Felsing: Reflexive Ausstellungskataloge

Felsing, Ulrike. Reflexive Kataloge. Ein Medium der Übersetzung als Ausstellung, Film und Hypertext. transcript Verlag, 2021. 314 Seiten, 45,00 EUR. ISBN: 978-3-8376-5628-2.

A Review by Tabea Lurk

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1363>

Safe Space in Zeiten der Postmoderne: Zur Praxis und Dynamik neo-diasporischer Gemeinschaften

Karner, Marie Johanna. Neo-diasporische Gemeinschaften. Blouzaniyye in Sydney, Australien. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2021. 505 Seiten, 82 EUR. ISBN: 978-3-515-12830-8.

A Review by Anastasiia Marsheva

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1345>

Of Glass Fishes and Crystal Chandeliers: The (Important) Role of Material Culture within Changing Times

Cristache, Maria. Domesticity on Display. Romanian Middle-class Material Culture from Late Socialism to Today. Cham: Palgrave Macmillan, 2021. 211 pages, 93,08 EUR. ISBN: 978-3-030-78783-7.

A Review by Piera Mazzaglia

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1381>

Metamorphose eines überregionalen Verkehrsknotenpunktes: Lembergs Bahnhöfe im Spiegel der osteuropäischen Stadtentwicklung

Weck, Nadia. Eisenbahn und Stadtentwicklung in Zentraleuropa am Beispiel der Stadt Lemberg (Lwów, L'viv). Wiesbaden: Harrassowitz-Verlag, 2020. 352 Seiten, 58,00 EUR. ISBN: 978-3-447-11416-5.

A Review by Christian Müller

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1342>

Aemulatio, Kollaborationen und Aneignung — Zum Self-fashioning nordischer Künstlerinnen in den 1880er Jahren

Rech, Carina. Becoming Artists. Self-Portraits, Friendship Images and Studio Scenes by Nordic Women Painters in the 1880s. Göteborg/Stockholm: Makadam Förlag, 2021. 448 Seiten, 30,00 EUR. ISBN: 978-91-7061-854-3.

A Review by Lisa Pregelzer

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1371>

Fictions at Work: Original Takes and Future Trajectories

Polland-Schmandt, Imke and Ansgar Nünning (eds.). The Cultural Work of Fictions. Trajectories of Literary Studies in the 21st Century. Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag Trier, 2021. (ELCH; Band 84). 216 Pages, 32,50 Euro. ISBN: 978-3-86821-912-8

A Review by Marco Presago

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1372>

Gilroy Goes Digital: A Visionary Volume on Black Tech Practice and Afro-Diasporic Voices in the Digital Humanities

Risam, Roopika and Kelly Baker Josephs (eds.). The Digital Black Atlantic. Minneapolis: University of Minneapolis Press, 2021. xxiv, 248 pages, 34,68 EUR. ISBN: 978-1-5179-1080-8.

A Review by Fiona Quast

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1369>

Between Roman Authority and Greek Ritual: The Turbulent History of the Uniate Church at the End of the Eighteenth Century

Wolff, Larry. Disunion within the Union. The Uniate Church and the Partitions of Poland. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2020. 152 pages, 18 EUR, ISBN 978-0-674-24628-7.

A Review by Kacper Radny

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1382>

Contemporary Modes of Remembering the Holocaust — How and Why?

Berberich, Christine (ed.). Trauma and Memory. The Holocaust in Contemporary Culture. New York: Routledge, 2021. 223 pages, 22,39 EUR. ISBN: 978-0-367-70316-5.

A Review by Archana Ravi

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1384>

Slowing Down in a Sped-Up World: How Slow Narrative Can Foster Embodied Experiences of Climate Change and Prompt Ethical Responses

Caracciolo, Marco. Slow Narrative and Nonhuman Materialities. Lincoln: University of Nebraska Press, 2022. 258 pages, 60 USD. ISBN: 978-1-4962-3088-1.

A Review by Dorothea Sawon

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1374>

Between Satire and Politics: Tracing British Perception of China in Punch's Cartoons

Amy Matthewson. Cartooning China. Punch, Power, & Politics in the Victorian Era. Routledge, 2022. 188 pages, 38.99 GBP. ISBN: 978-0-367-46099-0.

A Review by Ziling Song

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1366>

KULT_reports

Workshop Report on "Vocabularies of Migration: Reflexive Perspectives on Interdisciplinarity, Translation and Language in Migration Research"

A Report by Morteza Azimi, Melisa Meryem Çiçek, Erzhen Dugarova, Pinar Gümüş Mantu and Anastasiia Marsheva

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1378>

Conference Report on "Participation in Postcolonial Wor(l)ds"

A Report by Isabella Kalte and Fiona Quast

<https://doi.org/10.22029/ko.2023.1376>

Zitation

KULT_online 67 (2023). In: H-Soz-Kult, 21.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137071.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 70 (2022) 1-2

Stuttgart 2022: [Franz Steiner Verlag](https://www.steiner-verlag.de/)

Erscheint vierteljährlich

347 Seiten

Preis <https://www.steiner-verlag.de/brand/Jahrbuecher-fuer-Geschichte-Osteuropas>

ISSN [0021-4019](https://www.issn.org/ISSN/0021-4019)

Kontakt

Katharina Kucher

Institution

Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Land

93047 Regensburg, Landshuterstr. 4

c/o

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas

Von

Reinhard Frötschner

Das Doppelheft 1/2 des 70. Jahrgangs der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas ist ein offenes Heft und deckt mit sechs Beiträgen ein breites Themen- und Epochenspektrum ab. Carsten Goehrke (Zürich) untersucht „Die ländliche Gesellschaft der Kiewer Rus' und ihre Umwelt“. Dabei unternimmt er „eine multidisziplinäre Annäherung“, indem er archäologische Erkenntnisse mit den Aussagen schriftlicher Quellen verknüpft. Charles J. Halperin (Bloomington) zeigt in seinem Beitrag „Signatures and Signatories“, dass unterschriebene Dokumente aus der Regierungszeit Ivans IV. auch hinsichtlich der Alphabetisierung aufschlussreich sein können. Die italienische Immigration und Integration ins Großherzogtum Litauen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts behandelt Darius Baronas (Vilnius). Stephan Rindlisbacher (Frankfurt/Oder) untersucht in seinem Beitrag die ikonographischen Darstellungen auf sowjetischen Banknoten und hinterfragt, inwiefern diese gängige historische Zäsuren in Frage stellen. Triin Tark (Tartu) beschäftigt sich mit den Kontroversen und den Auswirkungen der 1925 eingeführten (nichtterritorialen) kulturellen Autonomie für ethnische Minderheiten im Estland der Zwischenkriegszeit. Wolfram von Scheliha (Leipzig) diskutiert auf der Grundlage einer bisher vernachlässigten Quelle der Rus' das Erdbeben und den Tsunami in Durrës/ Durazzo des Jahres 1271. Ergänzt werden die Beiträge von 62 Rezensionen zu neuer Forschungsliteratur, die über den Franz Steiner Verlag (<https://biblioscout.net/journal/jgo/70/1-2>) sowie auf recensio.net (<https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbucher-fur-geschichte-osteuropas/index.html>) im Open Access zugänglich sind. Zusätzlich sind weitere 20 Rezensionen in jgo.e-reviews 4 (2020), ebenfalls über recensio.net abrufbar, erschienen.

Vorschau auf Heft 3/4 2022 (offenes Doppelheft):

Andriy Posunko

Peasants, Burghers, and Other Cossacks

Recruitment of Irregular Forces, Borderland Management, and the Ekaterinoslav Host in late Eighteenth-Century Russia

Alison K. Smith

Drunkenness and the Peasant Question in Early Nineteenth-Century Russia

Václav Horčíčka

Die diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Sowjetrussland, 1917–1918

Der Frieden von Brest-Litowsk und seine Folgen

Petru Negură

School Discipline, Corporal Punishment, and State Formation in the Romanian and Soviet Borderlands (1918–1940)

Artan R. Hoxha

Education, Religion, and Nation-Building in Interwar Albania

Franziska Exeler

Patrons and Partisans

Soviet State-Rebuilding, Informal Networks, and Hierarchies of Trust in Post-Nazi Occupation Belarus

Dmitry Halavach

From Wilno to Vilnius

War, Occupation, and Population Politics in the Soviet Borderlands, 1939–1950

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Carsten Goehrke: Die ländliche Gesellschaft der Kiever Rus' und ihre Umwelt. Eine multidisziplinäre Annäherung / The Rural Society of Kievan Russia and its Environment. A Multidisciplinary Approach

S. 6

Charles J. Halperin: Signatures and Signatories. Literacy and Documentation in Muscovy during the Reign of Ivan IV

S. 60

Darius Baronas: Italians in the Grand Duchy of Lithuania in the Second Half of the Sixteenth Century. Integration through Assimilation

S. 76

Stephan Rindlisbacher: From International Isomorphism to Traditionalist Iconography. Banknotes as an Alternative Approach to Soviet Chronology

S. 100

Triin Tark: Die deutsche Kulturselbstverwaltung und die Änderung der Volkszugehörigkeit in Estland in den 1920er Jahren / The German Cultural Self-Government and Changes in

Ethnicity in Estonia in the 1920s
S. 131

Wolfram von Scheliha: The Earthquake and Tsunami at Durrës/Durazzo in 1271. A
Rus'ian Source Provides Factual Clarifications
S. 159

Rezensionen

Jelena Erdeljan: Chosen Places. Constructing New Jerusalems in "Slavia Orthodoxa"
(rezensiert von Michail Bojcov)
S. 191

Franziska Davies, Katja Makhotina: Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu
Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs (rezensiert von Gintare Malinauskaite)
S. 193

Jeffrey Brooks: The Firebird and the Fox. Russian Culture under Tsars and Bolsheviks
(rezensiert von Philip Ross Bullock)
S. 195

Scott M. Kenworthy, Alexander S. Agadjanian: Understanding World Christianity. Russia
(rezensiert von Daniela Mathuber)
S. 197

James K. Libbey: Foundations of Russian Military Flight 1885–1925 (rezensiert von
Gregory Vitarbo)
S. 199

Jeronim Perović: From Conquest to Deportation. The North Caucasus under Russian Rule
(rezensiert von Sean Pollock)
S. 201

Yulia Mikhailova: Property, Power, and Authority in Rus and Latin Europe, ca. 1000–1236
(rezensiert von Hartmut Röß)
S. 204

Florin Curta: The Long Sixth Century in Eastern Europe (rezensiert von Heinrich Härke)
S. 207

Jakub Wymulek: History of Wills, Testators and Their Families in Late Medieval Krakow.
Tools of Power (rezensiert von Eduard Mühle)
S. 209

Kersti Markus: Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100–1250 (rezensiert
von Alan V. Murray)
S. 210

Georgios Kardaras: Byzantium and the Avars, 6th–9th Century AD. Political, Diplomatic
and Cultural Relations (rezensiert von Max Ritter)
S. 213

Seite B 189 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Márta Font: *The Kings of the House of Árpád and the Rurikid Princes. Cooperation and conflict in medieval Hungary and Kievan Rus'* (rezensiert von Norbert Kersken)
S. 216

Wawrzyniec Kowalski: *The Kings of the Slavs. The Image of a Ruler in the Latin Text of "The Chronicle of the Priest of Duklja"* (rezensiert von Ludwig Steindorff)
S. 217

Tanja Popova (†), Heinz Miklas: *Četirievangelie na car Ivan Aleksandăr – Das Tetraevangeliar des Zaren Ivan Aleksandăr* (rezensiert von Nicolina Trunte)
S. 220

Tatjana N. Jackson: *Eastern Europe in Icelandic Sagas* (rezensiert von Jonathan Shepard)
S. 222

Jan Arend: *Science and Empire in Eastern Europe. Imperial Russia and the Habsburg Monarchy in the 19th Century* (rezensiert von Aleksandr Korobeinikov)
S. 224

John Connelly: *From Peoples into Nations. A History of Eastern Europe* (rezensiert von Fabian Baumann)
S. 227

Susan Layton: *Contested Russian Tourism. Cosmopolitanism, Nation, and Empire in the Nineteenth Century* (rezensiert von Benedikt Tondera)
S. 230

Stephen Lovell: *How Russia Learned to Talk. A History of Public Speaking in the Stenographic Age, 1860–1930* (rezensiert von Gábor T. Rittersporn)
S. 232

Mordechai Zalkin: *Beyond the Glory. Community Rabbis in Eastern Europe* (rezensiert von Agnieszka Pufelska)
S. 234

Andy Byford: *Science of the Child in Late Imperial and Early Soviet Russia* (rezensiert von Petru Negura)
S. 236

Wayne Dowler: *A History of Education in Modern Russia. Aims, Ways, Outcomes* (rezensiert von Petru Negura)
S. 239

Aleksandr S. Lavrov, Aleksandr V. Morochin: *Revniteli blagočestija. Očerki cerkovnoj i literaturnoj dejatel'nosti* (rezensiert von Georg Michels)
S. 241

Roland Scharff: *Mir. Naher Spiegel einer fernen Welt* (rezensiert von Lennart Petrikowski)
S. 244

Seite B 190 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Thomas M. Bohn, Aliaksandr Dalhouski, Markus Krzoszka: Wisent-Wildnis und Welterbe. Geschichte des polnisch-weißrussischen Nationalparks von Białowieża (rezensiert von Martin Bemmann)
S. 246

Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden. Band 2: Frühe Neuzeit. 16.–18. Jahrhundert (rezensiert von Stefan Troebst)
S. 248

Kateřina Liřková: Sexual Liberation, Socialist Style. Communist Czechoslovakia and the Science of Desire, 1945–1989 (rezensiert von Michael Zok)
S. 249

Agnieszka Kořciańska: To See a Moose. The History of Polish Sex Education (rezensiert von Michael Zok)
S. 249

Karsten Brüggemann, Detlef Henning, Konrad Maier: Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region. Band 1: Von der Vor- und Frühgeschichte bis zum Ende des Mittelalters (rezensiert von Raoul Zühlke)
S. 253

Karsten Brüggemann, Detlef Henning, Ralph Tuchtenhagen: Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region. Band 2: Vom Beginn der Frühen Neuzeit bis zur Gründung der modernen Staaten (rezensiert von Katja L. Wezel)
S. 257

Karsten Brüggemann, Ralph Tuchtenhagen, Anja Wilhelmi: Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region. Band 3: Die Staaten Estland, Lettland und Litauen (rezensiert von Jürgen von Ungern-Sternberg)
S. 261

Kurt Schar: Der griechisch-orientalische Religionsfonds der Bukowina 1783–1949. Kontinuitäten und Brüche einer prägenden Institution des Josephinismus (rezensiert von Mariana Hausleitner)
S. 264

Harald van Nes: Das Ringen um Berlin im Kalten Krieg. Die Geschichte von Live Oak (rezensiert von Georg Schild)
S. 267

Kari Alenius, Saulius Kaubrys: Balancing between National Unity and “Multiculturalism”. National Minorities in Lithuania and Finland 1918–1939 (rezensiert von Hermann Beyer-Thoma)
S. 269

Maciej Górný: Vaterlandszeichner. Geografen und Grenzen im Zwischenkriegseuropa (rezensiert von Martin Rohde)
S. 272

Maciej Górný: Science embattled. Eastern European Intellectuals and the Great War (rezensiert von Martin Rohde)
S. 272

Seite B 191 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Steven Seegel: Map Men. Transnational Lives and Deaths of Geographers in the Making of East Central Europe (rezensiert von Martin Rohde)

S. 272

Dietmar Müller: Bodeneigentum und Nation. Rumänien, Jugoslawien und Polen im europäischen Vergleich 1918–1948 (rezensiert von Joachim von Puttkamer)

S. 277

Sonja Großmann: Falsche Freunde im Kalten Krieg? Sowjetische Freundschaftsgesellschaften in Westeuropa als Instrumente und Akteure der Cultural Diplomacy (rezensiert von Stephan Merl)

S. 279

Nicole Kandioler: Widerständige Nostalgie. Osteuropäische Film- und Fernsehkulturen, 1965–2013 (rezensiert von Christine Engel)

S. 283

Vladislav B. Aksenov: Sluchi, obrazi, émocii. Massovye nastroyeniya rossijan v gody vojny i revoljucii (1914–1918) (rezensiert von Peter Kaiser)

S. 285

Ben Hellman: Poets of Hope and Despair. The Russian Symbolists in War and Revolution, 1914–1918 (rezensiert von Nikolaus Katzer)

S. 287

Mie Nakachi: Replacing the Dead. The Politics of Reproduction in the Postwar Soviet Union (rezensiert von Wendy Z. Goldman)

S. 289

Gennady Estraiikh: Transatlantic Russian Jewishness. Ideological Voyages of the Yiddish Daily "Forverts" in the First Half of the Twentieth Century (rezensiert von Verena Dohrn)

S. 292

Marko Dumančić: Men Out of Focus. The Soviet Masculinity Crisis in the Long Sixties (rezensiert von Eva Binder)

S. 294

Kristy Ironside: A Full-Value Ruble. The Promise of Prosperity in the Postwar Soviet Union (rezensiert von Stephan Merl)

S. 296

Dunja Krempin: Die sibirische Wucht. Der Aufstieg der Sowjetunion zur globalen Gasmacht, 1964–1982 (rezensiert von Maximilian Graf)

S. 300

Elena Osokina: Stalin's Quest for Gold. The Torgsin Hard-Currency Shops and Soviet Industrialisation (rezensiert von Gábor T. Rittersporn)

S. 302

Dimitrij O. Čurakov: 1917 god. Russkaja gosudarstvennost' v épochu smut, reform i revoljucij (rezensiert von Lutz Häfner)

S. 304

Seite B 192 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Yoram Gorlizki, Oleg Khlevniuk: Substate Dictatorship. Networks, Loyalty, and Institutional Change in the Soviet Union (rezensiert von Susanne Schattenberg)

S. 306

David Mandel: The Petrograd Workers in the Russian Revolution. February 1917–June 1918 (rezensiert von Lutz Häfner)

S. 309

Emilia Koustova: Combattre, survivre, témoigner. Expériences soviétiques de la Seconde Guerre mondiale (rezensiert von Beate Fieseler)

S. 312

Alena Marková: The Path to a Soviet Nation. The Policy of Belarusization (rezensiert von Bernhard Chiari)

S. 315

Maren Hachmeister: Selbstorganisation im Staatssozialismus. Das Rote Kreuz in Polen und der Tschechoslowakei 1945–1989 (rezensiert von Natali Stegmann)

S. 316

Marta Cobel-Tokarska: Desert Island, Burrow, Grave. Wartime Hiding Places of Jews in Occupied Poland (rezensiert von Frank Golczewski)

S. 319

Hanna Kozińska-Witt: Jüdische Stadtdeputierte in der Zweiten Polnischen Republik. Projekte – Strategien – Dynamiken (rezensiert von Jan Rybak)

S. 320

Falk Flade: Energy Infrastructures in the Eastern Bloc. Poland and the Construction of Transnational Electricity, Oil, and Gas Systems (rezensiert von Maximilian Graf)

S. 322

Matěj Spurný: Der lange Schatten der Vertreibung. Ethnizität und Aufbau des Sozialismus in tschechischen Grenzgebieten (1945–1960) (rezensiert von Detlef Brandes)

S. 324

Petr Roubal: Spartakiads. The Politics of Physical Culture in Communist Czechoslovakia (rezensiert von Stefan Wiederkehr)

S. 327

Arnold Suppan: Imperialist Peace Order. Saint-Germain and Trianon 1919–1920 (rezensiert von Kurt Scharr)

S. 329

Danijel Kežić: Bauen für den Einheitsstaat. Die Eisenbahn Belgrad-Bar und die Desintegration des Wirtschaftssystems in Jugoslawien (1952–1976) (rezensiert von Desanka Schwara)

S. 331

Nathalie Clayer: Une histoire en travelling de l'Albanie (1920–1939) (rezensiert von Alberto Basciani)

S. 333

Seite B 193 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Aleksej Il'ič Miller, Dmitrij Valer'evič Efremenko: Politika pamjati v sovremennoj Rossii i stranach vostočnoj Evropy. Avtory, instituty, narrativy (rezensiert von Tilman Plath)
S. 335

Matthias Meindl: Reiner Aktivismus? Politisierung von Literatur und Kunst im postsowjetischen Russland (rezensiert von Roland Cvetkovski)
S. 358

Nutsa Batiashvili: The Bivocal Nation. Memory and Identity on the Edge of Empire (rezensiert von Hubertus F. Jahn)
S. 340

Chronik

Nachrufe

John Keep (1926–2022)

Erika Voigt (1935–2022)

Zitation

Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 70 (2022) 1-2. In: H-Soz-Kult, 02.07.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137235.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Osteuropa 73 (2023), 1-2

Titel der Ausgabe

Osteuropa 73 (2023), 1-2

Zeitschriftentitel

[Osteuropa](#)

Weiterer Titel

Diorama. Konfliktschauplätze im Osten Europas

Berlin 2023: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

Erscheint monatlich

Url <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2023/1-2/>

ISBN 2509-3444

192 Seiten

Jahresabo 84 €, Einzelheft 10,00 €, Themenheft je nach Umfang 15,00 € oder 18,00 €, Doppelheft 22,00 € oder 28,00 € zzgl. Porto

ISSN [0030-6428](#)

Kontakt

Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer,
Olga Radetzkaja, Margrit-Breuer-Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 /
82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Der neue Band von OSTEUROPA nimmt die weitreichenden Folgen des Krieges gegen die Ukraine für das gesamte östliche Europa in den Blick. Er beleuchtet den Weg aus der Abhängigkeit von Russlands Nuklearindustrie, analysiert die Herrschaftsstrategien der Besatzer im Gebiet Cherson, zeigt die ökologischen Folgen des Krieges auf und dokumentiert die kriegerische Verschärfung im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien. In einem Schwerpunkt diskutieren sieben Autorinnen und Autoren die Gegenwart und Zukunft der konfliktgeladenen deutsch-polnischen Beziehungen.

Inhaltsverzeichnis

Andrea Stricker, Anthony Ruggiero
Sanktion statt Kooperation
Die globale Präsenz der russländischen Nuklearindustrie 3

Vera Čeliščeva
Im Namen des Volks
Vladimir Kara-Murza: 25 Jahre Lager für 25 Jahre Politik 19

Narek Sukiasyan
„Wer Appeasement betreibt, füttert ein Krokodil“
Armenien in der Klemme. Ein Gespräch 31

Volker Weichsel
Mit aller Macht
Armenien unter aserbaidchanischem Druck 43

Dokumentation
Ansprache des aserbaidchanischen Präsidenten İlham Aliyev, 16.3.2023 47

Kriegssplitter aus der Ukraine

Ihor Pylypenko, Daria Malchykova
Der Kachovka-Stausee
Wirtschaftsmotor und Kriegsschauplatz 53

Angelina Davydova, Oleksii Vasil'juk
Ökozid
Die Umweltfolgen des Kriegs gegen die Ukraine 61

Mykola Homanyuk
Unter Besatzung
Eine Chronik aus Cherson 69

Seite B 195 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Polen und Deutschland

Kornelia Kończal
Über den Tellerrand
Dritte in den deutsch-polnischen Beziehungen 97

Peter Oliver Loew
Lob des Ungleichgewichts
Anmerkungen zu Polen und Deutschland 123

Karolina Wigura, Jarosław Kuisz
Ein politischer „MeToo-Moment“
Polnisch-deutsche Missverständnisse 133

Marek Cichocki
Asymmetrie ohne Zentrum und Peripherie Deutsch-polnische Unversöhntheit 143

Dokumentation
„An einem historischen Wendepunkt“
Europarede des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki in Heidelberg 155

Bastian Sendhardt
Vorwärts in die Vergangenheit!
Morawieckis Europapolitik 169

Hans-Jürgen Bömelburg
Prägungen und Perspektiven
Die deutsch-polnische Konfliktgemeinschaft 177

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats des DHI zu Felix Ackermanns Beitrag
„Nach der Versöhnung“ 185

Zitation

Osteuropa 73 (2023), 1-2. In: H-Soz-Kult, 18.06.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-136962.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) The Russian Review 82 (2023), 3

Malden 2023: [Wiley-Blackwell](http://www.wiley-blackwell.com)

Url <https://onlinelibrary.wiley.com/toc/14679434/2023/82/3?campaign=woletoc>

Preis Personal, Print + Online: € 67,00 / Institutional, Print + Online: € 322,00

ISSN [E-ISSN: 1467-9434](http://www.issn.org/E-ISSN/1467-9434), [Print ISSN: 0036-0341](http://www.issn.org/Print-ISSN/0036-0341)

Kontakt

Institution

The Russian Review

Land

United States

c/o

*The Russian Review 320 Bailey Hall 1440 Jayhawk Boulevard Lawrence, KS 66045-7574
USA*

Von

Melanie Strauß, HU Berlin

Inhaltsverzeichnis

**SOCIALIST INTERMEDIARIES: THE INSTITUTIONS AND PRACTICES OF
TRANSNATIONAL COMMUNISM**

Intermediaries as Change Agents: Translating, Interpreting, and Expanding Socialism

Charles D. Shaw, Constantin I. Iordachi

Pages: 387–400

Kul'turnost' Meets Kultur: Lyusya's Testimony on Russian-German Sexual Relations in
Occupied Smolensk

Michael David-Fox

Pages: 401–418

Xiao San, Intermediary between Soviet Literature and Leftist Chinese Literature

Katerina Clark

Pages: 419–432

The Many Nationalities of Tamara Khanum: Friendship of the Peoples at Home, Abroad,
and Within

Charles D. Shaw

Pages: 433–452

Operation Friendship: Soviet and British Pen-Pals Discuss War, Work, and Womanhood

Alexis Peri

Pages: 453–469

Articles

A Petrovich Inside of Every New Russian: The Disciplinary Regime of the Capitalist
"Vanguard Group" at 1990s Kommersant

Pavel Khazanov

Pages: 470–485

"A hitherto unheard-of and harmful thing": Breastfeeding and Violence in Russian
Literature

Muireann Maguire

Pages: 486–507

Review Essays

Negotiated Borders, Contested Identities, and States Done and Undone: Mapping Ukraine and Russia beyond War and Empire

Steven Seegel

Pages: 508–515

Featured Review

Decision Paralysis

Yana Skorobogatov

Pages: 516–518

Book Reviews

Literature and Fine Arts

Heretical Orthodoxy: Lev Tolstoi and the Russian Orthodox Church by Kolstø. Pål

Cambridge: Cambridge University Press, 2022. 340 pp. \$99.99. ISBN 978-1-00-926040-4

Jeff Love

Pages: 519–520

Nicholas Roerich: The Artist Who Would Be King by John McCannon. Pittsburgh:

University of Pittsburgh Press, 2022. 616 pp. \$50.00. ISBN 978-0-8229-4741-7

Inessa Kouteinikova

Pages: 521–523

Literary Biographies in The Lives of Remarkable People Series in Russia: Biography for the Masses by Ludmilla A. Trigos and Carol Ueland, eds. Crosscurrents: Russia's Literature in Context. Lanham: Lexington Books, 2022. x + 339 pp. ISBN 978-1-7936-1829-0

Vadim Shneyder

Pages: 524–525

Slova i konflikty: lazyk protivostoianiiia i eskalatsiia grazhdanskoi voiny v Rossii by B. I.

Kolonitskii. St. Petersburg: Izdatel'stvo Evropeiskogo Universiteta v Sankt-Peterburge,

2022. 327 pp. ₺500. ISBN 978-5-94380-347-5

Michael S. Gorham

Pages: 526–528

Nabokov Noir: Cinematic Culture and the Art of Exile by Luke Parker. Ithaca: Cornell

University Press, 2022. 228 pp. \$47.95. ISBN 978-1-5017-6652-7

Stephen Blackwell

Pages: 529–530

Vladimir Nabokov as an Author-Translator: Writing and Translating between Russian, English and French by Julie Loison-Charles. Bloomsbury Advances in Translation. New York: Bloomsbury Academic, 2022. 280 pp. \$117.00. ISBN 978-1-350-24328-6

Thomas Seifrid

Pages: 531–532

Eurasia without Borders: The Dream of a Leftist Literary Commons, 1919–1943 by

Katerina Clark. Cambridge: Harvard University Press, 2021. 464 pp. \$49.95. ISBN 978-0-

674-26110-5

Seite B 198 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Edward Tyerman
Pages: 533–534

SPQR in the USSR: Elena Shvarts's Classical Antiquity by Georgina Barker. Cambridge: Legenda, 2021. 372 pp. \$115.00. ISBN 978-1-839540-52-3
Stephanie Sandler
Pages: 535–536

Outlaw Music: The Rise of an Unlikely Genre by Anastasia Gordienko. Madison: University of Wisconsin Press, 2023. 336 pp. \$89.95. ISBN 978-0-299-34010-0
Pauline Fairclough
Pages: 537–538

History
Russian Utopia: A Century of Revolutionary Possibilities by Mark D. Steinberg. Russian Shorts. New York: Bloomsbury Academic, 2021. 152 pp. \$17.95. ISBN 978-1-350-12721-0
Victoria Smolkin
Pages: 539–541

The Path to a Soviet Nation: The Policy of Belarusization by Alena Marková. Translated by Pavai Turchaninau. Paderborn: Brill Schöningh, 2022. xviii + 261 pp. \$124.00. ISBN 978-3-506-79181-8
Per A. Rudling
Pages: 542–543

The Broken Years: Russia's Disabled War Veterans, 1904–1921 by Alexandre Sumpf. Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare. Cambridge: Cambridge University Press, 2022. 322 pp. \$99.99. ISBN 978-1-0090-4729-6
Erica L. Fraser
Pages: 544–545

Stalin's Millennials: Nostalgia, Trauma, and Nationalism by Tinatin Japaridze. Lanham: Lexington Books, 2022. 159 pp. \$95.00. ISBN 978-1-7936-4186-1
Olga Shevchenko
Pages: 546–547

The Soviet Passport: The History, Nature and Uses of the Internal Passport in the USSR by Albert Baiburin. Translated by Stephen Dalziel. Cambridge: Polity, 2022. 455 pp. \$45.00. ISBN 978-1-5095-4318-2
Edward Cohn
Pages: 548–549

Photography and Political Repressions in Stalin's Russia: Defacing the Enemy by Denis Skopin. New York: Routledge, 2022. 168 pp. \$150.00. ISBN 978-1-03-202705-0
Tomas Sniegón
Pages: 550–551

Return to the Motherland: Displaced Soviets in WWII and the Cold War by Seth Bernstein. Ithaca: Cornell University Press, 2023. 292 pp. \$46.95. ISBN 978-1-5017-6739-5
Sheila Fitzpatrick
Pages: 552–553

Seite B 199 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Revolutionary Aftereffects: Material, Social, and Cultural Legacies of 1917 in Russia Today by Megan Swift, ed. Toronto: University of Toronto Press, 2022. vi + 253 pp. \$75.00. ISBN 978-1-4875-2956-7
David Fisher
Pages: 554–555

The Frontline: Essays on Ukraine's Past and Present by Serhii Plokhy. Harvard Series in Ukrainian Studies, 81. Cambridge: Harvard Ukrainian Research Institute, 2023. xvii + 400 pp. \$19.95. ISBN 978-0-674-26883-8
George O. Liber
Pages: 556–557

The Ukrainian-Russian Borderland: History vs. Geography by Volodymyr V. Kravchenko. Quebec: McGill-Queen's University Press, 2022. 352 pp. \$90.00. ISBN 978-0-2280-1199-6
Amber Nickell
Pages: 558–559

The Intellectual Foundations of Modern Ukraine: the Nineteenth Century by Andriy Zayarnyuk and Ostap Sereda. London: Routledge, 2022. 204 pp. \$160.00. ISBN 978-1-138-33389-5
Fabian Baumann
Pages: 560–561

Dnipro: An Entangled History of a European City by Andrii Portnov. Boston: Academic Studies Press, 2022. 376 pp. \$40.00 (paper). ISBN 979-8-88719-102-7
Sergei I. Zhuk
Pages: 562–563

Authoritarian Laughter: Political Humor and Soviet Dystopia in Lithuania by Neringa Klumbyté. Ithaca: Cornell University Press, 2022. 306 pp. \$32.95 (paper). ISBN 978-1-5017-6669-5
Dace Dzenovska
Pages: 564–565

Social Sciences, Contemporary Russia, and Other
The Moscow Factor: U.S. Policy toward Sovereign Ukraine and the Kremlin by Eugene M. Fishel. Cambridge: Harvard University Press, 2022. 336 pp. \$59.95. ISBN 978-0-674-27917-9
James Goldgeier
Pages: 566–567

The Zelensky Effect by Olga Onuch and Henry E. Hale. New Perspectives on Eastern Europe and Eurasia. Oxford: Oxford University Press, 2023. 224 pp. \$24.95. ISBN 978-0-19-768451-1
Emily Channell-Justice
Pages: 568–569

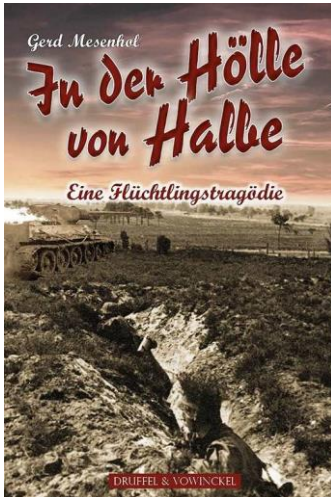
For Putin and for Sharia: Dagestani Muslims and the Islamic State by Iwona Kaliszewska. Translated by Arthur Barys. NIU Series in Slavic, East European, and Eurasian Studies. Ithaca: Northern Illinois University Press, 2023. 168 pp. \$21.95 (paper). ISBN 978-1-5017-6763-0
Sophie Roche
Pages: 570–571

The Russian Review 82 (2023), 3. In: H-Soz-Kult, 02.07.2023, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-137312.

Copyright (c) 2023 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seite B xxx – B xxx)

- 01) Gerd Mesenhol: In der Hölle von Halbe 1945. Eine Flüchtlingstragödie.
(mit 13 SW-Abb.). Gilching: Druffel & Vowinckel-Verlag (2023).
278 Seiten. ISBN 978-3-8061-1285-6. € 25,80 (Versandkosten € 2,20).



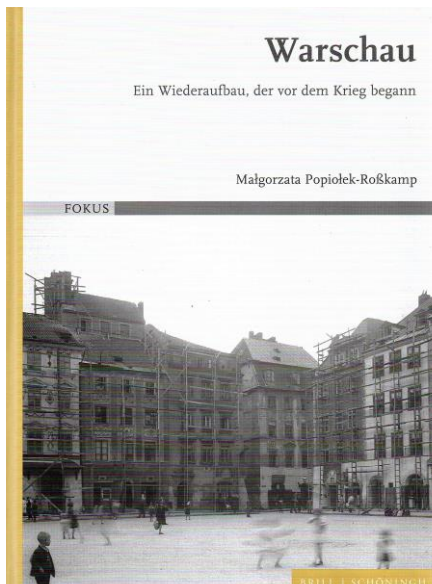
Gerd Mesenhol, der Verfasser des zu besprechenden Buches, ist vom Jg. 1947 und lebt in Bochum. Der studierte Germanist war langjährig als Gymnasiallehrer tätig und verfasste unter anderem eine Lebensbeschreibung von Theodor Fontane in Romanform. Sein Vater, der Wehrmachtsoberleutnant Heinrich Mesenhol überlebte 1945 den Kessel von Halbe südlich von Berlin und erzählte seinem Sohn vieles über diese wirre Zeit des unmittelbaren Zusammenbruchs des Dritten Reiches. Augenscheinlich deshalb war der Germanist Mesenhol bemüht, genau diese Zeit und speziell den Kessel von Halbe in Romanform zu beschreiben. Herausgekommen ist ein Produkt, bei dessen Charakterisierung sich der Rezensent schwer tut. Es kein historisches Buch, geschweige denn eine militärhistorische Studie. Aus weiter unten zu schildernden Gründen kann man es aber auch nicht in die Gattung eines „Dokumentarromans“ einreihen. Für einen reinen Roman hingegen fehlt die stringente Handlungsführung und die Zahl der beschriebenen Personen auf deutscher wie russischer Seite ist einfach zu groß. Vor allem deuten sich kaum die eigentlichen Hauptpersonen an, wenn man die edle Armgard von Rietkow und deren fiktives Erinnerungswerk „Als die Uhren stehen blieben“ (angeblich 1963 in Berlin erschienen) ausklammert. Aus deren fiktivem Werk gibt der Verfasser nämlich immer wieder vor zu zitieren, um von abgehobener Warte aus die Ereignisse zu reflektieren und den historischen Handlungsfaden einigermaßen in der Hand zu halten. Die übrige Personenstaffage wirkt meist wie ein schlechtes Abziehbild, wie z. B. der Oberst i. G. Eberhard Kießler, welcher hinter der deutschen Frontlinie herumreist und überall Brüllerei und Schrecken zu verbreiten sucht. Schließlich fällt er beinahe der ebenso abziehbildhaft geschilderten Feldgendarmarie und Waffen-SS zum Opfer und findet einen unrühmlichen Tod. Die gleichfalls edle russische Militärärztin Sakowa und deren Geliebter, ein Sträflingsleutnant namens Urbanow, desertieren dagegen aus der Roten Armee, um den Nachstellungen und Ränken des bösen NKWD-Majors Kusic zu entgehen. Beide beabsichtigen zu den immer näher rückenden Amerikanern im Rücken der Wehrmacht zu gelangen. Daneben tauchen noch einige

seltene Typen auf, die früher deutsche Soldaten waren, jetzt im Dienste des Nationalkomitees Freies Deutschland alias „Seydlitz-Armee“ stehen und irgendwie im Rücken der Wehrmacht Verwirrung zu säen versuchen, aber eigentlich für die Handlung des Buchers völlig unnützlich sind. Das Flüchtlingsschicksal sucht Mesenhol anhand einer flüchtenden Gastwirts- und Hoteliersfamilie zu schildern, aber gerade hier ist das Buch besonders schwach. Wenn beispielsweise russische Soldaten ein deutsches Rittergut besetzten, wie etwa das rein fiktive Rietkow, dann brüllten sie nicht herum und sperrten danach nur die Besitzerin in den Kuhstall. Auch würden sie sich nie davon abbringen lassen alles Vieh wegzunehmen, wenn sie das denn wirklich vorgehabt hätten. Zuerst hätte die Horde natürlich nach Verpflegung und Schnaps gesucht, dann im angetrunkenen Zustand die angetroffenen Frauen vergewaltigt und zum Schluß den „Roten Hahn“ aufs Gut gesetzt. Mesenhol läßt die Rote das Gut jedoch beschlagnahmen, um hier ein Artilleriemunitionslager in den Ställen und Scheunen einzurichten. Die riesigen Munitionsstapel, welche man für den Sturm auf Berlin brauchte, hätten da nie herein gepasst und die arme Scheune wäre schnell unter der Gewichtsbelastung zusammengebrochen. Auch muß Munition nach Kalibern, Granatarten, Zündern, Ladungen und Massevorzeichen exakt sortiert gestapelt werden, was sich unter freiem Himmel (evtl. oben abgedeckt durch Zeltbahnen bzw. Tarnnetze) im Freien viel besser machen läßt. Artilleriemunition ist natürlich so gut verpackt, dass selbst bei einem Regenguß das Pulver nicht nass wird. Die russischen Armeemitglieder sprechen bei Mesenhol so, wie sich dies ein deutscher Germanist vorstellt. Ich habe mich jedenfalls bei den vielen Lobpreisungen des Genossen Stalin und der Politabteilung aus dem Munde vorgegeblicher sowjetischer Generale bei der Befehlsausgabe köstlich amüsiert. Eine Befehlsausgabe der Roten Armee ist kurz und knapp anhand der Karte, womöglich mit etwas Fäkalsprache und Drohungen an die Adresse der Unterstellten durchsetzt, aber nicht so ein sprachliches Geschwurbel. Kommen wir noch zu zwei groben historischen Fehlern von vielen anderen möglichen. Mesenhol weiß irgendwoher, dass General Abakumow für die interne Überwachung der Rotarmisten in der kämpfenden Truppe zuständig war. Das ist richtig. Nur war Abakumow nicht der NKWD-Chef, sondern der Chef von „Smersch“. Dies war offiziell die sowjetische militärische Spionageabwehr, die wegen der wenigen deutschen Spione, als eigentliche Hauptaufgabe das politische Wohlverhalten im Militär überwachte und ethnische Exzesse unter den multikulturellen sowjetischen Soldaten und Offizieren verhinderte. Das NKWD (Truppe des Innenministeriums) hatte in der (Front)Truppe nichts zu sagen, dann das war das Aktionsgebiet von Smersch. Dass ausgerechnet der böse NKWD-Mann Kusic letztlich eine neue einträgliche Stelle als Zuträger bei den amerikanischen militärischen Sicherheitsorganen findet, ist ein kleiner Gag, den uns Mesenhol zum Schluß präsentiert. Auch starteten die sowjetischen „Bombenflüge“, welche er immer durch IL-Schlachtflugzeuge unternehmen lässt, nicht von Behelfsflugplätzen „in Polen“. Sie starteten in Vorpommern, Ostbrandenburg und im nördlichen Niederschlesien, auch wenn das später einmal „Polen“ werden sollte. In seinem Nachwort erklärt der Verfasser, er wollte mit seinem Buch das „Unvorstellbare“ jener letzten Kriegstage anhand von fiktiven Schicksalen aufzeigen. Der Rezensent würde in jedem Fall auf der Kraft des Faktischen bestehen und hierzu reale Erinnerungswerke vorziehen, zumal wenn es um die im Buchtitel angekündigte Flüchtlingstragödie geht. Ich kann deshalb nicht lügen, aber dieses Buch hat mich nicht überzeugt.

Jürgen W. Schmidt, Berlin

Anmerkung der Redaktion: Auch wenn der Verlag / der Autor dieses Werk nicht als „Roman“ gekennzeichnet haben, so ist es erkennbar eine „romanhafte Darstellung“ der „Tragödie von Halbe“, also kein Sachbuch. Möge der Leser dies letztendlich vermerken.

- 02) Małgorzata Popiołek-Roßkamp: Warschau. Ein Wiederaufbau, der vor dem Krieg begann. (198 SW-Abb. im Text, 85 Farb-Abb. im Anhang auf den Seiten 401 bis 464).
(Paderborn) Brill Schöningh 2021. XI, 464 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas.
Publikationsreihe des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Band 1.
ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70424-5 (hardback);
ISBN 978-3-657-70424-8 (e-book). € 129,00.



Diese umfangreiche Darstellung vom Wiederaufbau Warschaus setzt Forschungen der Magisterarbeit der Autorin fort, die 2010 verteidigt und 2012 unter dem Thema „Powojenna odbudowa ulicy Nowy Świat w Warszawie“ (Warszawa 2012) veröffentlicht wurde. Diese Untersuchung „Wiederaufbau der Nowy-Świat-Straße in Warschau“ – so die deutsche Übersetzung des Titels – behandelt die von der Altstadt nach Süden führende Hauptstraße von Warschau. Sie wurde „nach dem Krieg wiederaufgebaut und umgebaut. In dieser Untersuchung zeigte sich für Małgorzata Popiołek „eine gewisse Diskrepanz zwischen der politischen Begründung der gewählten Formen und der kunsthistorischen Erklärung für diese. Das Wiederaufbaukonzept der Straße entpuppte sich als ein vor und während des Krieges von den polnischen Architekten geplantes Umbauprojekt, das im Zuge des Wiederaufbaus realisiert werden konnte. Die Frage, die ich mir noch während der Bearbeitung dieses Themas gestellt habe, war, ob sich ähnliche Schlüsse auch für den gesamten historischen Stadtkern ziehen lassen“ (Seite 23).

Die Autorin führt u.a. auch aus, dass die polnische Debatte über den Wiederaufbau immer noch stark emotional aufgeladen ist. Die vorliegende Arbeit ist an der Technischen Universität Berlin und an der Breslauer

Universität entstanden. Wie die Autorin sagt ist die Arbeit „dem Wunsch entsprungen, aus dem lokalen Warschauer Diskurs auszusteigen und sich dem Thema aus einer völlig neuen Perspektive zu nähern...“ (S. 23).

Während also die Wiederaufbaugeschichte von Warschau bislang meistens mit der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg begann, zeigt die Autorin auf: „Das nach dem Ersten Weltkrieg – nach 123 Jahren politischer Abwesenheit – auferstandene Land wollte die Geschichte bis zu den letzten glücklichen Zeiten von König Stanislaus II. Poniatowski und dem Königreich Polen zurückdrehen, vor dem städtebaulichen und architektonischen Verfall der Stadt“ (Seite 321). Die „klare Botschaft“ also: Die polnische Nation gab es schon lange vorher, wovon die mittelalterliche Stadtmauer, die gotischen Elemente des Königsschlusses, Paläste des Adels, der historische Marktplatz zeugten. Daher konnte eine substanzschonende Denkmalpflege sich nicht für den Wiederaufbau eignen. Nach den Zerstörungen durch russische (vor 1918) und deutsche Besatzung spricht die Autorin von einer „Repolonisierung“ der Stadt.

Anhand ihrer Fallbeispiele belegt die Autorin, „dass der vor dem Krieg geplante Umbau gerade dank des politischen Systemwechsels realisiert werden konnte, wobei Warschau in dieser Hinsicht keinen Einzelfall in der europäischen Architekturgeschichte darstellte. Während die Sanierungsplanungen in demokratischen Systemen stattfanden, erfolgte die Umsetzung oft unter autoritären Regimen nach einem Machtwechsel und/oder nach großen Zerstörungen. Diese politischen Umbruchphasen, die durch Lockerung oder Aufhebung des privaten Besitzes, Konzentration der finanziellen Mittel für große, politische Bauprojekte und undemokratische Vollzugsmittel charakterisiert waren, gaben den Architekten ganz neue Möglichkeiten. Ideologisch besonders günstig bei der Umsetzung des vor dem Krieg geplanten Restaurierungsprogramms war die Tatsache, dass der damals nicht denkmalwürdige Historismus als Ausdruck des Kapitalismus eingestuft wurde, was die geplanten Umbauten mit der sozialistischen Ideologie kompatibel machte. Auch die Sanierung der Altstadt – Teilkernung der Baublöcke, Anlage von Grünflächen, Verbesserung der Wohnbedingungen und funktionale Eingliederung der Altstadt in die moderne Stadt – war ideologisch mit dem politischen System im Einklang“ (Seite 333).

Diese tiefgreifende Studie von Małgorzata Popiołek sollte Vorbild sein für Untersuchungen ähnlicher Art von Städten wie beispielsweise Berlin. Der Leser wird fast erschlagen von der Fülle des dargebotenen Materials. Der Text ist vorbildlich bearbeitet: polnische Titel werden auch in deutscher Übersetzung angeboten, es gibt Zusammenfassungen in Deutsch, Englisch und Polnisch, ein Abkürzungsverzeichnis (nicht ganz vollständig: ICCROM von Seite 320, CIAM von Seiten 157 und 141 fehlen beispielsweise), Ortsbezeichnungen von Orten in Warschau in Deutsch-Polnisch, ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis (Archivalien, Gedruckte

Quellen, Zeitungen, Literaturverzeichnis), ein Abbildungsverzeichnis, ein Personenregister, ein Bildteil auf 85 großenteils mehrfarbigen Tafeln neben den zahlreichen Abbildungen im Text helfen die Ausführungen zu verarbeiten. Andererseits können viele der hier dargestellten Karten nur als Illustration wahrgenommen werden, da die Legenden viel zu klein geraten sind. In Fußnoten sind viele Biographien untergebracht, hier wäre ein gesondertes Teil im Anhang zu bedenken. Die verschiedenen Gremien und Institutionen beim Wiederaufbau könnten durch Organigramme verdeutlicht werden, so ist mir die Verwaltungsgliederung und Aufgabenverteilung in der Zeit der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg nicht klar geworden (vielleicht kann das auch gar nicht dargestellt werden). Stadtpläne von Warschau für die 1930er Jahre und für die Gegenwart würden dem Leser sicherlich helfen. Der Rezensent war seit 1977 mehrmals in Warschau, ihm half es, den Stadtplan im Kopf zu haben. Insgesamt ist der Rezensent von dieser tiefeschürfenden Studie angetan, ja begeistert. Es ist zu wünschen, dass diese Studie die Forschungslandschaft weiter belebt. Berlin ruft!

Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B xxx)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Chemnitz
- 02)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 125,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin.
- 05)** Stange, Jörg Ulrich: Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg. (zahlreiche SW-Abb.). (Reinbek) Lau-Verlag (2023). 491 Seiten.
ISBN 978-3-95768-248-2. € 38,00.
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin
- 06)** Sean McMeekin: Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante. (zahlreiche Karten und Fotos in SW).
Gilching: Druffel & Vowinckel (2023). XII, 728 Seiten.
ISBN 978-3-8061-1286-3. € 44,80.
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B xxx – B xxx)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

- 08)** Bernhard Jähmig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- € 18,00 (+ Versandkosten über Wolbeck).
- 09)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 10)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
- 11)** Gabriel Berger: Der Kutscher und der Gestapo-Mann. Berichte jüdischer Augenzeugen der NS-Herrschaft im besetzten Polen in der Region Tarnów (mit zahlreichen SW-Abbildungen). (Berlin) Lichtig Verlag (2018). 171 Seiten. ISBN 978-3-929905-39-7. € 14,90.
- 12)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen.
(Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 13)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
- 14a)** Złotów 1370 – 2020. 650-lecie miasta. Opracował [Bearbeiter] Joachim Zdrenka. (zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2020). 573 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-950240-5-4. Złoty 100,00.

- 14b)** Złotów / Flatow 1370-2020. 650 Jahre der Stadt. Übersetzte und ergänzte Auflage bearbeitet von Joachim Zdrenka. ((zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2022). 617 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-8180-659-6. Złoty 144.90.
- 15)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 16)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 17)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 18)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 19)** Gilbert H. Gornig: Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur im zusammenwachsenden Europa / Niemiecko-polskie spotkania nauki i kultury w jednoczącej się Europie (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb.). Marburg (an der Lahn): Danziger Naturforschende Gesellschaft (Klages-Verlag August W. Klages Nachf. Markus Szczeponek e. K. (2022).
= Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft. Band 14.
ISBN 978-3-7831-9022-5. € 5,00.
- 20)** Westpreußen-Jahrbuch 69/70 (2019/2020). Studien zur europäischen Kulturregion an der unteren Weichsel. (mit SW-Abb.).
Herausgegeben vom Vorstand der Westpreußischen Gesellschaft.
Münster in Westfalen: Westpreußen Verlag 2023. 232 Seiten.
ISBN 978-3-9814101-0-3. ISSN 0511-8484. € 25,90.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 18
---------------------------	--------------------------

- 01) Sabine Deres ist neue Vorstandsvorsitzende des Kulturforums
- 02) Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
- 03) Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort
- 04) 17. Juni 1953: Der große Aufstand vor 70 Jahren. Von Dieter Stein
- 05) Baden-Württembergs Sonderstellung
- 06) Mitteilung der Kopernikus-Gruppe
- 07) Geschenk von ukrainischen Soldaten für die Stiftung Kreisau
- 08) Schüleraustausch Hamburg – Danzig / Gdańsk, 22-26.05.2023
- 09) Dr. habil. Robert Žurek auf dem 75. Jubiläums-Kongresses von Pax Christi
- 10) Mehr gute Nachrichten aus Kreisau!
- 11) Tschechischer Präsident Pavel in Österreich
- 12) „Übersehene deutsch-tschechisch-jüdische Persönlichkeiten“.
Ausstellung in Prag
- 13) Begleitband zu „Kulturellen Brücken“ erschienen
- 14) Jugendwettbewerb „Gemeinsam gegen das Vergessen: Begegnungen
im Bildungshaus“ – Kulturstiftung sucht junge Gestalter, Schöpfer und
Künstler!
- 15) 7. Vergabe „Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung“.
Thema 2023 ist „70 Jahre BdV - Bund der Vertriebenen in Hessen“
- 16) Georg Dehio-Kulturpreis 2023
- 17) Vierteilige Fernseh-Serie „Kinder der Flucht“
- 18) Sudetendeutsche Landsmannschaft schreibt Kulturpreise aus

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 19 –C 59
--	--------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 19 – C 21)

- 01) Jüdischer Campus Pears wird eröffnet
- 02) Gedenken an die Opfer des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953
- 03) Eichenprozessionsspinner sind wieder aktiv - Auftretende Raupen oder
Tagesnester per E-Mail melden

Steglitz – Zehlendorf (Seiten C 22 - C 40)

- 01) Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke
(1948/49)“ enthüllt
- 02) Veranstaltungskalender für Frauen 2. Halbjahr 2023 für den Bezirk Steglitz-
Zehlendorf erschienen

- 03)** Sommerzeit ist Havelzeit: Die neue Wasserwanderkarte ist da!
- 04)** Vortrag: Biodiversität durch bürgerschaftliches Engagement - Seltene heimische Wildpflanzen im Garten und auf dem Balkon am 10.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf
- 05)** Bezirksbroschüre 2023 – "Ein Wegweiser durch den Bezirk" ab sofort als Print- und Digitalversion erhältlich!
- 06)** Enthüllung der Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“ am 27.06.2023
- 07)** Ausstellung zu Gast im Rathaus Zehlendorf: „Demokratie ist eine Mitmacht!“ vom 27.06. bis zum 01.08.2023
- 08)** Vortrag: Wildbienen erkennen und fördern am 03.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf
- 09)** Amtsplausch – Folge 33 ist online! Goldnetz Beratung zu Bildung und Beruf
- 10)** Zeichen- und Erzählwerkstatt mit Susanne Buddenberg und Thomas Henseler am 07.07.2023 in der Gottfried-Benn-Bibliothek
- 11)** BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften: Vor-Ort-Büro am Hindenburgdamm eröffnet
- 12)** Kursangebot: Fotografie ab sofort mittwochs im Hertha-Müller-Haus

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 41 – C 59)

- 01)** Der Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekte aus
- 02)** Neue BezirksTOUREN durch Tempelhof-Schöneberg!
- 03)** Tempelhofer Fußballpersönlichkeiten aus 125 Jahren
- 04)** 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg feierte Doppeljubiläum mit großem Bürgerfest mit Festakt
- 05)** Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt interessierte Bürger zur Sprechstunde in der Seniorenfreizeitstätte im Gemeinschaftshaus Lichtenrade ein
- 06)** Delegation aus Shunyi besucht Tempelhof-Schöneberg
- 07)** Tempelhof-Schöneberg trauert um Rainer Penk
- 08)** 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Veranstaltungsserie zum Doppeljubiläum in Tempelhof-Schöneberg mit Buchlesung eröffnet
- 09)** Kulturfest Lichtenrade: Musik, Kabarett und Party!

C. c) Berichte

Seiten C 60– C 79

- 01)** Rumänischer Staatspräsident Johannis erfreut über wissenschaftliche Fachtagungen der Kulturstiftung in Rumänien in diesem Jahr
- 02)** Kulturstiftung vermittelt Grundlagen der Pressearbeit
- 03)** Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

- 04)** Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort
- 05)** Das war der 73. Sudetendeutsche Tag
- 06)** Söder: „Ich bin ein Sudetendeutscher!“
- 07)** Sudetendeutsche Kulturpreisträger 2023
- 08)** HEIMAT!abend – die völkerverbindende Kraft der Musik
- 09)** „Das gemeinsame Europa weiterbauen“
- 10)** Regensburg? „Řezno!“
- 11)** Primas zu Gast in Oberschlesien

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen Seiten C 80 – C 83

- 01)** Nur in Deutschland werden von ehemaligen Kolonien Entschädigungen gefordert!

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seite C 84

- Keine Berichte -

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe Seiten C 85– C 91

- 01)** Trauer um Dr. Martin Sprungala
- 02)** 180. Geburtstag von Bertha von Suttner

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 - C 18

01) Sabine Deres ist neue Vorstandsvorsitzende des Kulturforums

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa e. V. hat eine neue Vorstandsvorsitzende: **Ministerialrätin i. R. Sabine Deres** wurde am 15. Juni 2023 durch die Mitgliederversammlung einstimmig gewählt. [Hier geht es zum ganzen Artikel.](#)

Pressemitteilung | 26.06.2023 | Deutsches Kulturforum östliches Europa | deutsches@kulturforum.info

Sabine Deres neue Vorstandsvorsitzende des Kulturforums



Das Deutsche Kulturforum östliches Europa e. V. hat eine neue Vorstandsvorsitzende: Ministerialrätin i. R. Sabine Deres wurde am 15. Juni 2023 durch die Mitgliederversammlung einstimmig gewählt.

Der bisherige Inhaber des Ehrenamts, Ministerialdirigent i. R. **Winfried Smaczny**, hat das Kulturforum seit der Gründung im Jahr 2000 in verantwortlicher Position begleitet: zunächst als Vertreter des Landes Brandenburg, seit 2006 als Vorstandsvorsitzender. „Dass ich im 24. Jahr meiner Zugehörigkeit zu unserem Institut vorzeitig meine Aufgabe abgebe, hat seinen Grund allein darin, dass ich jetzt die Chance habe, die Verantwortung an Frau Ministerialrätin Sabine Deres und damit in die für die Zukunft des Kulturforums besten Hände zu übergeben“, begründete Smaczny sein Ausscheiden aus dem Vorstand. Die Mitglieder dankten ihm für seinen langjährigen und nachhaltig wirkenden Einsatz. Seitens der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) würdigte Ministerialdirigentin Maria Bering diese außergewöhnliche Tätigkeit.

Die Juristin **Sabine Deres** ist im Kulturforum keine Unbekannte: Von 2007 bis 2014 leitete sie mit großem Engagement das bei der BKM für die Förderung des Kulturforums zuständige Referat und war in der Folgezeit für die großen bundesgeförderten Geschichtsmuseen, die NS-Gedenkstätten und etliche Einrichtungen der Demokratiegeschichte zuständig. Deres nahm die Wahl an und freut sich nun darauf, ihre breite berufliche Erfahrung im Bereich der Erinnerungskultur wieder in die Arbeit des Kulturforums einbringen zu können.

Pressekontakt
Dr. Harald Roth
Direktor

Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-0
presse@kulturforum.info
www.kulturforum.info

Foto: Ministerialdirigent i. R. Winfried Smaczny gratuliert seiner Amtsnachfolgerin Ministerialrätin i. R. Sabine Deres zur Wahl. © Deutsches Kulturforum östliches Europa, Foto: Markus Nowak

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 78, 2023

Wien, am 27. Juni 2023

02) Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung



Innenministerium Baden-Württemberg

Der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl, erinnert an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und an den Auftrag an alle, sich für Frieden und ein vereintes Europa einzusetzen. Bei einer Gedenkfeier am 20. Juni 2023 wird ein Kranz am Mahnmal für die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Bad Cannstatt niedergelegt.

Der Nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung steht für den Auftrag an uns alle, sich für den Frieden und die Versöhnung, für die Schaffung eines vereinten Europas einzusetzen. Diesem Auftrag sind wir immerfort verpflichtet. Ihn anzunehmen und zu erfüllen ist heute – in einer Zeit, in der nach Jahrzehnten des Friedens wieder Krieg in Europa herrscht – wichtiger denn je! Der verbrecherische [Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine](#) hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Die erschreckenden Bilder der Zerstörung und die Bilder Millionen flüchtender Menschen führen uns schonungslos vor Augen, was Krieg bedeutet und anrichtet: Tod und Zerstörung, Folter und Vergewaltigung, Verwundung, Trauer und Traumatisierung. Deshalb müssen wir uns aktiv für Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzen und mit ganzer Kraft darauf hinwirken, es gar nicht erst zum Krieg kommen zu lassen. Toleranz und Offenheit sind Eckpfeiler einer freien, demokratischen Gesellschaft und einer intakten Verständigung zwischen Staaten“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, [Thomas Strobl](#), anlässlich des Nationalen Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2023.

Am 20. Juni 2023 findet die öffentliche Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen statt. Ministerialdirektor Reiner Moser wird ein Gedenkwort sprechen und einen Kranz am Mahnmal niederlegen. Weitere Gedenkworte werden der Landesvorsitzende des [Bundes der Vertriebenen](#), Hartmut Liebscher, und Pfarrer Dr. Gerhard Neudecker vom [Kommissariat der katholischen Bischöfe in Baden-Württemberg](#) sprechen. Musikalisch wird die Gedenkfeier von einem Ensemble des [Landespolizeiorchesters](#) begleitet.

Nationaler Gedenktag am 20. Juni

Der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wurde im Jahr 2014 eingeführt und in Anlehnung an den [Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen](#) auf den 20. Juni gelegt. Seither kommen Vertreter der Landesregierung, des Landtags, der Kirchen, des Bundes der Vertriebenen und der landsmannschaftlichen Vereinigungen, in der Kuranlage Bad-Cannstatt zusammen, um gemeinsam an das Leid, welches Deutsche in Ost- und Südosteuropa in Folge des Zweiten Weltkriegs erfahren mussten, zu erinnern.

„Am 20. Juni gedenken wir aller, die in Folge des Zweiten Weltkriegs Opfer von Flucht und Vertreibung wurden. Wir gedenken derer, die ums Leben kamen. Wir gedenken derer, deren Körper und Seele bleibenden Schaden davontrugen. Wir gedenken derer, die noch über Generationen die erlittenen Traumata verarbeiten mussten. Bei Kriegsende im Mai 1945 waren etwa 40,5 Millionen entwurzelte Menschen in Europa unterwegs. Unter ihnen befanden sich zwölf bis 14 Millionen Deutsche, die aus den Gebieten in Ostdeutschland oder aus Regionen in Ost- und Südosteuropa, wo sie seit Jahrhunderten gesiedelt hatten, flüchten mussten oder vertrieben wurden. Hinter all diesen Zahlen verbergen sich individuelle Schicksale, stehen Menschen, die einen einschneidenden Bruch in ihrer Biographie erleben und verkraften mussten“, so Minister Thomas Strobl.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/nationaler-gedenktag-fuer-die-opfer-von-flucht-und-vertreibung-1?&pk_medium=newsletter&pk_campaign=230619_newsletter_daily&pk_source=newsletter_dail

03) Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort

SED-Unrecht aufklären – Kampf für die Freiheit bleibt aktuell

Am 17. Juni 2023 jähren sich die Ereignisse des Volksaufstandes in der DDR zum 70. Mal. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

„Wir wollen freie Menschen sein!“ Diese Botschaft des 17. Juni 1953 ist das Herzstück und der Fokus aller Forderungen, mit denen in der damaligen DDR vor 70 Jahren mehr als eine Million mutige Menschen gegen das SED-Unrecht aufbegehrten, sei es mehr Demokratie, bessere Lebensbedingungen oder die Einheit Deutschlands. Das Regime kam gegen die Proteste nur an, indem es die Maske der Menschenfreundlichkeit ein für alle Mal fallen ließ und Panzer und Soldaten gegen die eigenen Bürger schickte.

Die damaligen Ereignisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Daher ist es gut, dass der Bundesausschuss der CDU Deutschlands angesichts des morgigen 17. Juni besonders an dieses Jubiläum erinnert und damit auch den Opfern der SED-Diktatur ein ehrendes Andenken bewahrt.

Gerade diejenigen Opfer verdienen Beachtung, deren Schicksal noch immer nicht ausreichend aufgearbeitet wurde. Wem die Flucht gelang oder wer freigekauft wurde, litt häufig noch bis zum Mauerfall unter den „Zersetzungsaktionen“ der Stasi und somit unter Angriffen auf die neugewonnene Freiheit. Die OMV setzt sich daher dafür ein, dass auch diese Machenschaften des DDR-Regimes erforscht und aufgeklärt und die Opfer angemessen entschädigt werden.

Die Lehren aus dem 17. Juni 1953 wirken bis heute fort. Damals – ebenso wie später beim ungarischen Volksaufstand 1956 und beim Prager Frühling 1968 – trat das Wesen solcher Unrechtssysteme ungeschminkt und in seiner schlimmsten Ausprägung zutage. Jeder, der dort Freiheit wollte oder Systemkritik übte, wurde be-spitzelt, als Staatsfeind gebrandmarkt, inhaftiert und schlimmstenfalls hingerichtet. Im Umgang mit Diktatoren und Autokraten und aktuell besonders angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine gilt es, diese Lektion besonders im Blick zu behalten und solchen Systemen entschlossen entgegenzutreten.

Damals kämpften DDR-Bürger für die Freiheit und die Einheit Deutschlands. Ihre Mitbürger in der Bundesrepublik sprangen ihnen bei, indem der 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und später zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ erklärt wurde. Gerade die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in der OMV und den Unionsparteien hielten an der Symbolkraft dieses Gedenktages fest und setzten sich bis zuletzt für die deutsche Einheit ein.

Heute kämpfen die Bürger der Ukraine für ihre Freiheit und für Demokratie. Sie kämpfen aber auch für unser aller Freiheit in Europa. Deshalb gilt für alle europäischen Länder, der Ukraine beizustehen, damit die Freiheit im Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung besteht.

<https://www.omv.cdu.de/artikel/primas-lehren-des-17-juni-wirken-bis-heute-fort>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 74, 2023

Wien, am 21. Juni 2023

04) 17. Juni 1953: Der große Aufstand vor 70 Jahren

Von Dieter Stein

Des Aufstands des 17. Juni wird in Deutschland nur halbherzig gedacht. In Selbstverleugnung der eigenen Geschichte wurzelt die neudeutsche Vorstellung, man müsse sich von der Nation als Ordnungsprinzip verabschieden. *Ein Kommentar von Dieter Stein, Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT.*

Lieblingsbeschäftigung deutscher Intellektueller: hochnäsiger ihr eigenes Volk durch den Kakao ziehen mit einem Ausspruch des Bolschewisten Lenin. Dieser mokierte sich 1918 über die Revolutionsunlust der Deutschen, sie lösten erst brav am Schalter eine Bahnsteigkarte, bevor sie einen Bahnhof stürmten. Indes beweisen Deutsche 35 Jahre später, am 17. Juni 1953, das Gegenteil. In der gesamten DDR, flächendeckend in über 500 Städten und Gemeinden, gehen anderthalb Millionen Menschen auf die Straße, stürmen Rathäuser und Behörden. Der Historiker Hubertus Knabe würdigt den 17. Juni als „erste Massenerhebung gegen ein totalitäres Regime in der Geschichte“.

Noch vor den großen Aufständen im russischen Workuta 1953, in Ungarn 1956, der Tschechoslowakei 1968 oder der Solidarność in Polen gingen die Deutschen auf die Barrikaden – gegen das kommunistische Zwangssystem, für demokratische Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands.

SED hatte die Deutschen nie hinter sich

Ohne das Eingreifen der sowjetischen Truppen – und wohlgerne das Stillhalten der Westmächte – hätte der 17. Juni das Ende der SED-Herrschaft besiegelt. Erst die Panzer der Roten Armee konnten den Aufstand blutig niederwerfen.

Bis 1989 war der 17. Juni das Trauma der SED. Sie vergaß nie, sie hatte die Deutschen nicht hinter sich. Nicht auf der Zustimmung des Volkes, sondern auf 500.000 Sowjetsoldaten und einem immer engmaschigeren Überwachungs- und Unterdrückungssystem fußte die Macht des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Als Sowjetrußland auf den Bankrott zusteuerte, zerfiel auch die Macht der SED. Die friedliche Revolution von 1989 war mit dem 17. Juni verbunden.

Des Aufstands am 17. Juni wird nur halbherzig gedacht

Warum ist Deutschland – in Gestalt seiner politisch tragenden Kräfte – nicht in der Lage, diesem herausragenden Datum der deutschen Geschichte einen herausgehobenen Platz einzuräumen? Warum gibt es nur wenige, versteckte und stiefmütterliche Erinnerungsorte an diese deutsche Erhebung? Warum gibt es kein großes deutsches Freiheitsmuseum in Berlin?

Trotz der späten, gerade noch rechtzeitigen Wiedervereinigung 1990 hat die den gesellschaftlichen Diskurs bestimmende politische Klasse sich nicht damit angefreundet, daß wir eine Nation sind und sein wollen. Es soll deshalb auch keine positive und bestimmende Nationalerzählung geben. Deshalb wird nicht nur des 17. Juni, sondern auch des 175. Jahrestages der deutschen Revolution von 1848 halbherzig gedacht. Stattdessen dominiert die Erzählung einer historisch widerlegten Nation, deren Geschichte von vornherein auf einen Irrweg ausgelegt war. In dieser Selbstverleugnung wurzelt die neudeutsche Hybris, alle Welt solle es uns gleichtun und sich von der Nation als Ordnungsprinzip verabschieden.

Seite C 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

[Der Kommentar von Dieter Stein erschien auch in der Ausgabe Nr. 25/2023 der Wochenzeitung Junge Freiheit. Dort finden Sie weitere interessante Artikel, Zeitzeugenberichte und Kommentare zum Volksaufstand in der DDR.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 74, 2023

Wien, am 21. Juni 2023

05) Baden-Württembergs Sonderstellung

Baden-Württemberg ist das einzige deutsche Bundesland, das sich in seiner Landesverfassung zum **unveräußerlichen Menschenrecht auf Heimat** bekennt. Der entsprechende Artikel 2 kam vor allem auf Druck der damaligen **Vertriebenenverbände** in die Landesverfassung von 1953.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

Mitteilungen aus Kreisau / „Krzyżowa“



06) Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

Mitteilung der Kopernikus-Gruppe

Der deutsch-polnische Gesprächskreis Kopernikus-Gruppe traf sich zu seiner einundvierzigsten Sitzung vom 27. bis 29. April 2023 in Oppeln. Das vorliegende Arbeitspapier „Zivilgesellschaft stärken. Minderheiten und Mehrheiten als Akteure der deutsch-polnischen Nachbarschaft“ fasst die gemeinsamen Überlegungen des Kreises zusammen.

Prof. Dr. Waldemar Czachur, Warschau

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Darmstadt

24.5.2023

Arbeitspapier XXXIII der Kopernikus-Gruppe

07) Geschenk von ukrainischen Soldaten für die Stiftung Kreisau

„Kommt lebendig nach Hause!“, „Mögt ihr siegen!“, „Möge der Herr euch beschützen!“ „Wir beten für euch!“ – solche Sätze stehen auf der riesigen ukrainischen Flagge, die die an der Front kämpfenden Soldaten unserer Stiftung geschenkt haben.

Seite C 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Flagge wurde von Ukrainer*innen gemacht, die auf diese Art und Weise den Soldaten in Bachmut Mut machen wollten. Nach ein paar Monaten beschlossen die Soldaten, die Flagge unserer Stiftung zu schenken, als Dank für die Hilfe, die wir den Menschen aus der Ukraine geben.

Die ergreifenden Sätze auf der Flagge sind eine Litanei des Schmerzes:
„Hoch lebe die Ukraine! Ruhm den Helden der Streitkräfte!“

08) Schüleraustausch Hamburg – Danzig / Gdańsk, 22-26.05.2023

Vom 22. bis 26.5. waren zwei Partnerschulen aus Hansestädten zum Schulaustausch in Kreisau zu Gast: die Schule Sterntalerstrasse aus Hamburg und die Szkoła Podstawowa nr 15 im. Dr. Urszuli Mroczkiewicz aus Danzig mit jeweils 15 Schülern und Schülerinnen aus der vierten und fünften Klasse! Nach einem spiel- und spaßreichen Tag für Integration und einem Ausflug nach Görlitz/Zgorzelec arbeiteten die Kinder an einem Schattentheaterstück, das beide Städte verbindet: es erzählt die Geschichte eines Wassertropfens, der durch die Toilette in Hamburg in den Wasserkreislauf gerät und nach einer abenteuerlichen Reise in Danzig in der Regenwassertonne landet. So konnten die Kinder die Verbindung ihrer Heimatstädte künstlerisch erleben.

09) Dr. habil. Robert Żurek auf dem 75. Jubiläums-Kongresses von Pax Christi

Vom 18. bis 21. Mai 2023 Mai nahm Dr. Robert Żurek, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, an einem Kongress der deutschen Sektion der katholischen pazifistischen Bewegung Pax Christi teil, der anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Organisation in Leipzig stattfand. Diese Bewegung hat einen großen Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnung geleistet und ist heute auch eine wichtige Partnerorganisation der Stiftung Kreisau. Pax Christi entsendet jedes Jahr junge Freiwillige aus Deutschland nach Kreisau, um die Programmarbeit der Stiftung zu unterstützen.

Der Kongress, an dem 250 Personen teilnahmen, stand unter dem Motto "Perspektiven für eine Welt ohne Gewalt / Perspectives for a World without Violence". Dr. habil. Robert Żurek nahm an einer Podiumsdiskussion über die Lage in der Ukraine und die Aussichten für eine friedliche Beendigung des Krieges teil. Anschließend hielt er einen Vortrag über den Beitrag von Pax Christi zum deutsch-polnischen Versöhnungsprozess.

10) Mehr gute Nachrichten aus Kreisau!

Am 3. April 2023 nahm das private Lehrerfortbildungszentrum „Krzyżowa“ seine Tätigkeit auf!

Das Hauptziel der Einrichtung ist die Vermittlung von erforderlichem Wissen und Entwicklung der Kompetenzen von Lehrern.

Das Hauptziel der Einrichtung wird erreicht durch:

- Steigerung der Qualität der Bildung,
- Verbesserung der beruflichen Qualifikationen von Lehrer*innen und Erweiterung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten,
- Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung von Lehrern,

Seite C 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- Förderung der kreativen Einstellung von Lehrer*innen und Anregung zu innovativen Lehrmethoden,
- Angebote der Persönlichkeitsentwicklung für Lehrern,
- Verbesserung der Lehr- und Erziehungsmethoden.

*

11) Tschechischer Präsident Pavel in Österreich

Tschechiens Staatspräsident **Petr Pavel** ist zu einem zweitägigen Besuch nach Österreich gereist. Heute wird er von Bundespräsident **Alexander van der Bellen** empfangen und mit dem Präsidenten des Nationalrats **Wolfgang Sobotka** sowie mit Verteidigungsministerin **Klaudia Tanner** zusammentreffen.

Van der Bellen traf Pavel privat im März in Prag. Er sprach mit ihm zudem auch Mitte Mai während des Europarat-Gipfels auf Island. Am Mittwochabend begegnete Pavel tschechischen Landsleuten und dem tschechischen Botschafter in Österreich **Jiří Šitler**.

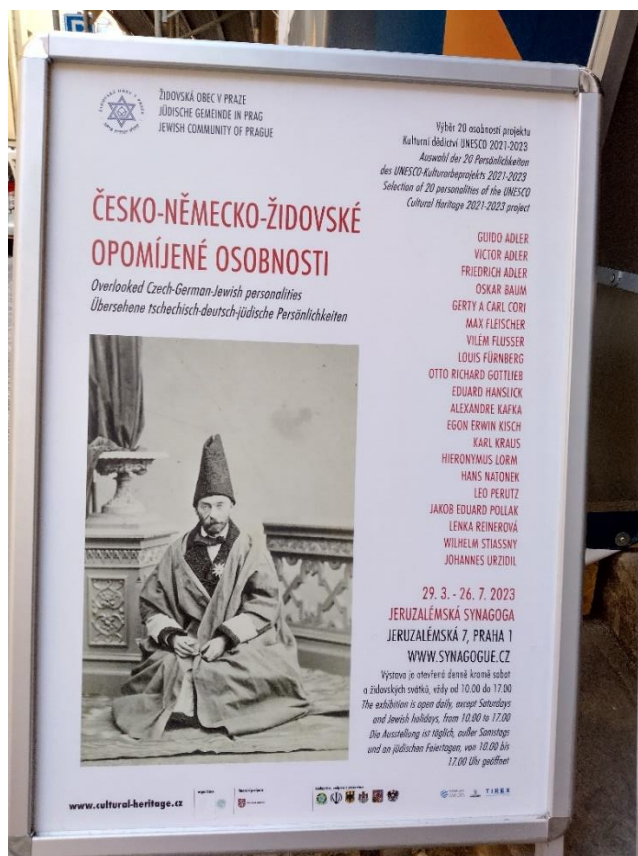
Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2023

Wien, am 01. Juni 2023

12) „Übersehene deutsch-tschechisch-jüdische Persönlichkeiten“

Ausstellung in Prag

Die Prager Jüdische Gemeinde veranstaltet in der Prager Jerusalemer Synagoge eine noch bis Juli währende Ausstellung namens „Übersehene deutsch-tschechisch-jüdische Persönlichkeiten“.



Seite C 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Bemerkenswert bei diesem Plakat vor der Synagoge ist, dass es nicht nur Tschechisch sondern auch Deutsch verfasst wurde, was in Tschechien leider selten ist. Sogar im Prager Franz Kafka-Museum kann man nur vergeblich einen Satz in Deutsch suchen.

Das Plakat zeigt übrigens **Jacob E. Polak** (1818 – 1891), der in Persien als Vater der modernen Medizin gilt und „Leibarzt des Schah“, so ein **Buchtitel** ([siehe SdP 102 / 2019](#)), war!

<https://drive.google.com/file/d/1GKN8akz3ghAqiHUHyQ3Wwof-gmiluytz/view>

Afsaneh Gächter: Der Leibarzt des Schah. Jacob E. Polak 1818 – 1891.

Eine west-östliche Lebensgeschichte

284 Seiten, Erscheinungsjahr: 2019

Größe: 17 x 22,5 cm;

Einband: englische Broschur

Preis: 26,50 € zzgl. Versandkosten

ISBN: 978-3-7003-2078-4

New Academic Press

Schellhamnergasse 11/11

1160 Wien, Tel.: +43 (0)1 40 22 555

Netzseite: www.newacademicpress.at

Kontakt: office@newacademicpress.at

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2023

Wien, am 07. Juni 2023

13) Begleitband zu „Kulturellen Brücken“ erschienen

Der Begleitband „**Kulturelle Brücken in Europa. Adel aus Böhmen und Mähren nach 1945 / Kulturní mosty v Evropě. Česká a moravská šlechta po roce 1945**“ zur gleichnamigen Ausstellung des **Adalbert Stifter-Vereins** ist erschienen. Die Schau ist momentan im Museum der Stadt **Aussig / Ústí nad Labem** zu sehen. Der Band skizziert das Engagement von neun adeligen Persönlichkeiten für ihre durch Vertreibung oder Flucht verlorene Heimat. [Hier geht es weiter.](#)

Adalbert Stifter Verein News



Liebe Abonentinnen und Abonnenten unseres Newsletters,

wir freuen uns, dass der Begleitband „Kulturelle Brücken in Europa. Adel aus Böhmen und Mähren nach 1945 / Kulturní mosty v Evropě. Česká a moravská šlechta po roce 1945“ zu unserer gleichnamigen Ausstellung erschienen ist. Die Ausstellung ist momentan im Museum der Stadt Aussig/Ústí nad Labem zu sehen. Der Band skizziert das Engagement von neun adeligen Persönlichkeiten für ihre durch Vertreibung oder Flucht verlorene Heimat. Die Publikation ist zweisprachig und sowohl über unsere Website als auch im tschechischen Buchhandel erhältlich.

Ihr Team des Adalbert Stifter Vereins

Publikationen



Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

lturelle Brücken in Europa / Kulturní mosty v Evropě

Adel aus Böhmen und Mähren nach 1945 / Česká a moravská šlechta po roce 1945

Hrsg. Zuzana Jürgens und Anna Knechtel

Beispielhaft sind in dem Band die Biografien und Aktivitäten von neun adeligen Persönlichkeiten skizziert: Richard Belcredi, Johanna von Herzogenberg, Ferdinand Kinsky, Nikolaus Lobkowitz, Franz Schwarzenberg, Karl Schwarzenberg, Franz Anton Thun, Angelus (Carl

Albrecht) Waldstein-Wartenberg OSB und Daisy Waldstein-Wartenberg. Im Bewusstsein der gemeinsamen kulturellen Wurzeln in Mitteleuropa schlugen sie Brücken über politische, nationale und gesellschaftliche Gräben hinweg und trugen schließlich auch zur politischen Wende im Jahr 1989 bei.

Mit Beiträgen von Zdeněk Hazdra (Historiker, ehemaliger Leiter des Instituts zur Erforschung totalitärer Regime in Prag), Zuzana Jürgens (Bohemistin, Geschäftsführerin des Adalbert Stifter Vereins), Anna Knechtel (Slawistin und Germanistin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Adalbert Stifter Vereins), Amadeus Neumann (Historiker, wissenschaftlicher Volontär in der Gedenkstätte Flossenbürg), Raimund Paleczek (Historiker und Slawist, wissenschaftlicher Referent des Sudetendeutschen Museums und Leiter des Sudetendeutschen Instituts) und Jakub Úradník (Historiker).

Praha, München: Argo, Adalbert Stifter Verein 2023. 240 Seiten. ISBN: 978-80-257-4101-6. 20,- €

In Tschechien kann das Buch in allen Buchhandlungen, bei [Kosmas](#) sowie beim [Verlag Argo](#) bestellt werden, sonst direkt über unsere Website:

<<https://www.stifterverein.de/publikationen/lieferbare-titel/>>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2023

Wien, am 06. Juni 2023

14) Jugendwettbewerb „Gemeinsam gegen das Vergessen: Begegnungen im Bildungshaus“ – Kulturstiftung sucht junge Gestalter, Schöpfer und Künstler!



Pressemitteilung

Nr. 5/2023

Jugendwettbewerb „Gemeinsam gegen das Vergessen: Begegnungen im Bildungshaus“ – Kulturstiftung sucht junge Gestalter, Schöpfer und Künstler!

Seit Ende 2019 konnte die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung dank einer finanziellen Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 24 Heimatsammlungen digitalisieren und auf der Internetseite <http://www.heimatsammlungen.de> diese in virtuellen Räumen präsentieren.

Hierauf aufbauend entstand, erneut durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert, ein „[Virtuelles Heimatsammlungs-Bildungshaus](#)“, das sich wie ein reales Museum begehen lässt und sich in Räume, die verschiedenen Themenbereichen der ostdeutschen Kultur und Geschichte gewidmet sind, gliedert, also etwa einzelnen „Lebenswelten“ wie „Industrie/ Gewerbe“, „Alltag“, „Tracht“, „Religion“, „Brauchtum“, „Persönlichkeiten“. Darüber hinaus werden in gesonderten Räumen „Flucht/ Vertreibung“ und „Integration damals“ nach dem Zweiten Weltkrieg und „Flucht heute“, sei es aus der Ukraine oder aus Syrien, anhand ausgewählter Exponate einander gegenübergestellt, und Zeitzeugen schildern ihre Erlebnisse.

Um durch die Jugend selbst das Bildungshaus mit Leben zu füllen und über Flucht, Vertreibung und Integration damals und im Kontext zu heute zu reflektieren, lobt die Kulturstiftung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN den Wettbewerb „[Gemeinsam gegen das Vergessen – Begegnungen im Bildungshaus](#)“ aus, der sich an alle junge Menschen sowohl in Deutschland, als auch in den Ländern des östlichen Europas jeglicher Nationalität richtet. Ziel ist es, junge Menschen in das Thema der ostdeutschen Erinnerungskultur zu involvieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich eigenständig mit dem Thema zu befassen.

Gesucht werden Gestalter, Schöpfer und Künstler, die mit originellen Ideen, kreativen Konzepten und einfallsreichen Modellen das Wissen über das deutsche kulturelle Erbe im östlichen Europa auf anschauliche und zugängliche Weise vermitteln und ihre Projektideen in das Bildungshaus einbringen wollen.

Berlin, 17.04.2023

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 /228/ 24965040

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49/ 30/ 86335510

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



Für die Kulturstiftung steht die Chancengleichheit im Vordergrund. Daher hat sich die Kulturstiftung für unterschiedliche Preiskategorien entschieden, die im Zusammenhang mit dem eingereichten Projekt besonders die Einzigartigkeit und individuelle Ausdrucksstärke einfangen kann. Für die Kategorien Originalität, Kreativität, Umsetzung und Wissensvermittlung wird jeweils der beste Beitrag mit je 500,- Euro prämiert.

Die Gewinner werden am 17. September 2023 am Ostdeutschen Markttag in der Bonner Innenstadt ausgezeichnet und Ihre Projekte einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Alle Informationen rund um den Wettbewerb findet man auf der Internetseite der Kulturstiftung unter www.kulturstiftung.org



Gemeinsam
GEGEN DAS VERGESSEN

MACH mit!

2023

PROJEKTWETTBEWERB
BEGEGNUNGEN IM BILDUNGSHAUS

WEITERE INFORMATIONEN ZUR TEILNAHME AUF
kulturstiftung.org/wettbewerb-bildungshaus

TEILNAHME MÖGLICH BIS ZUM 15.08.2023



PROJEKTWETTBEWERB BEGEGNUNG IM BILDUNGSHAUS

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sucht in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten Gestalter, Schöpfer und Künstler für unser „Virtuelles Bildungshaus“. Wir suchen originelle Ideen, kreative Konzepte und einfallsreiche Modelle, um das Wissen über das deutsche kulturelle Erbe im östlichen Europa auf anschauliche und zugängliche Weise zu vermitteln und brauchen dafür Deine Unterstützung.

WER KANN MITMACHEN?

Alle jungen Menschen bis 35, die sich für das deutsche kulturelle Erbe und das Schicksal der Heimatvertriebenen und deutschen Minderheiten interessieren und unser Bildungshaus mit Leben erfüllen wollen.



WIE KANNST DU MITMACHEN?

Dein Projekt kannst Du per Mail oder Wettransfer an bildungshaus@kulturstiftung.org einreichen. Weitere Infos dazu findest du auf <https://kulturstiftung.org/wettbewerb-bildungshaus>



SO KANN DEIN PROJEKT AUSSEHEN!

Egal, ob Du Dich gerne mit Spielkonzepten beschäftigst, lieber ein interaktives Quiz entwickelst, ein Video erstellst, eine Idee für ein Schulprojekt oder einen Audioguide für das Bildungshaus entwickelst – hier kannst Du Deiner Kreativität freien Lauf lassen.



WAS ERWARTET DICH:

Die SiegerInnen werden zur Preisverleihung nach Bonn eingeladen. Die besten Projekte werden mit einem Preisgeld prämiert und im Bildungshaus ausgestellt.



Ein Projekt von:



- 15) 7. Vergabe „Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung“.
Thema 2023 ist „70 Jahre BdV - Bund der Vertriebenen in Hessen“

7. Vergabe „Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung“

Thema 2023 ist „70 Jahre BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen“

Wiesbaden. (dod) Alle zwei Jahre prämiert die Hessische Landesregierung herausragende Arbeiten, die sich mit den Themen Flucht, Vertreibung, Aussiedlung und Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler oder der Kultur der Vertreibungsgebiete befassen. Im Jahr 2023 wird der Hessische Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ zum siebten Mal vergeben. Als thematischen Schwerpunkt und Motto in diesem Jahr hat die Landesregierung „70 Jahre BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen“ gewählt, da der BdV – Bund der Vertriebenen in diesem Jahr das 70. Jubiläum seines Bestehens in Hessen feiern kann. Der Bund der Vertriebenen ist der Dachverband der deutschen Vertriebenenverbände und Landsmannschaften. Der Landesverband Hessen untergliedert sich in 19 Kreis- und zahlreiche Ortsverbände.

Das diesjährige Motto der Ausschreibung „70 Jahre BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen“ bietet vielen Verbänden, Landsmannschaften und Gruppierungen die Möglichkeit, Projekte für den Landespreis einzureichen. Der Hessische Innenminister Peter Beuth ruft gemeinsam mit der Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, kommunale, kirchliche und gemeinnützige Organisationen, Einzelpersonen sowie selbstverständlich die Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände selbst von der Orts- bis zur Landesebene auf, ihre Projekte und Arbeiten einzureichen und sich

um den Landespreis zu bewerben.

„Den Landespreis vergeben wir alle zwei Jahre und durch ihre Teilnahme zeigen engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbände, dass das Thema Flucht und Vertreibung dauerhaft von Bedeutung ist. Kultur und Geschichte der von Vertreibung betroffenen Deutschen sollen nicht in Vergessenheit geraten. Zukunft braucht Erinnerung und diese Erinnerung muss nicht „angestaubt“ sein. Viele Verbände haben sich in den letzten Jahren modernen, digitalen Projekten gewidmet, die auch die jüngere Generation ansprechen und für das Thema Flucht und Vertreibung sensibilisieren“, erklären Minister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf.

Bewerbungen für den Landespreis sollen bitte bis zum 14. Juli 2023 beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Stabsstelle LBHS, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden oder per Mail an landespreis@hmdis.hessen.de eingereicht werden. Der Landespreis ist mit 7.500 Euro dotiert und kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Die Preisverleihung wird im November 2023 stattfinden.

Statut und Vergabekriterien zum Landespreis finden Sie unter nebenstehendem QR-Code.



16) Georg Dehio-Kulturpreis 2023

Der **Georg Dehio-Kulturpreis 2023** geht an das „Zentrum Gedankendach“ in Czernowitz / Tscherniwzi in der Ukraine und die **Autoren des Films „DFC: Die Legende kehrt zurück / Legenda se vrací“** (2021). Die feierliche Preisverleihung wird am **5. Oktober 2023 in Berlin** stattfinden.

Der namhafte Kulturpreis ist aufgeteilt in einen mit 7.000 € dotierten Hauptpreis und einen mit 3.000 € dotierten Förderpreis. [Bitte lesen Sie hier die Begründungen der siebenköpfigen Jury.](#)



Pressemitteilung | 27.04.2023 | Deutsches Kulturforum östliches Europa | www.kulturforum.info

Der Georg Dehio-Kulturpreis 2023 geht an das Zentrum Gedankendach und die Autoren des Films *DFC: Die Legende kehrt zurück / Legenda se vrací*

Mit dem Georg Dehio-Kulturpreis 2023 des Deutschen Kulturforums östliches Europa werden das **Zentrum Gedankendach** in Czernowitz/Tscherniwzi in der Ukraine, sowie die **Autoren des Films *DFC: Die Legende kehrt zurück / Legenda se vrací***, ausgezeichnet. Die feierliche Preisverleihung findet am 5. Oktober 2023 in Berlin statt.



Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg Dehio-Kulturpreis in diesem Herbst zum elften Mal. Mit dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, **Kulturstaatsministerin Claudia Roth**, dotierten Preis werden Persönlichkeiten und Initiativen geehrt, die sich in vorbildlicher Weise mit den Traditionen und Interferenzen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa bewahrend, zukunftsorientiert und im partnerschaftlichen Dialog auseinandersetzen.

Die siebenköpfige Jury sprach den **Hauptpreis** dem **Zentrum Gedankendach** zu.

In der Begründung der Jury heißt es:

»In diesem Jahr vergibt die Jury den Hauptpreis an das seit 2009 bestehende »Zentrum Gedankendach« in Czernowitz/Tscherniwzi in der Ukraine, das sich der Bewahrung des kulturellen Erbes der Bukowina sowie dem wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen der Westukraine und den deutschsprachigen Ländern widmet.

Mit seinen herausragenden Kunst- und Kulturprojekten bildet das »Zentrum Gedankendach« eine wichtige Plattform für den Erhalt und die Vermittlung des deutschsprachigen Kulturerbes. Als »Dach« für drei Einrichtungen an der Nationalen Jurij-Fedkowytsch-Universität Czernowitz hat es zur länderübergreifenden Vernetzung beigetragen, deren Stärke sich auch nach Beginn des russischen Angriffskrieges unter Beweis stellt. So unterstützen zahlreiche humanitäre Hilfsaktionen des »Zentrums Gedankendach« und seiner Partner vor allem Binnenflüchtlinge in der Ukraine. Die Art und Weise der Verbindung von hochqualifizierter kultureller Vermittlungsarbeit mit intensivem gesellschaftlichem Engagement hat die Jury überzeugt, aus einer Vielzahl von preiswürdigen Einreichungen für das »Zentrum Gedankendach« zu votieren.«



Der Förderpreis geht an die drei [Autoren des Films DFC: Die Legende kehrt zurück / Legenda se vrací](#).

Aus der Begründung der Jury:

»Im Jahr 2023 vergibt die Jury den Förderpreis des Georg Dehio-Kulturpreises an **Ondřej Kavan, Thomas Oellermann** und **Martin Vaško** für ihren Film DFC: Die Legende kehrt zurück / Legenda se vrací. Der Film erzählt die bewegte Geschichte des 1896 gegründeten Prager Deutschen Fußball-Clubs, der zu den Gründungsvereinen des DFB gehörte. Im DFC spielten einst überwiegend Prager Juden auf europäischem Niveau, 1939 wurde er aufgelöst. Die Autoren nehmen diese Geschichte und die Wiederbelebung des Vereins nach 2016 zum Anlass, das deutsch-tschechische Zusammenleben aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel zu betrachten und das auch heute wieder multikulturelle Milieu des Clubs als einen Ort ohne jegliche Nationalismen zu beschreiben. Sie haben für ihren Film Archivmaterialien recherchiert sowie Gespräche mit Zeitzeugen, Historikern und den neuen Gründern und Spielern des Clubs geführt. Entstanden ist ein filmisch gelungenes und vielschichtiges Mosaik, das einen fast vergessenen, oft verschwiegenen Teil der gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte beleuchtet und einen Ausblick auf ihre gegenwärtige Fortsetzung gibt.«



Der Georg Dehio-Kulturpreis ist aufgeteilt in einen mit 7.000 € dotierten Hauptpreis und einen mit 3.000 € dotierten Förderpreis.

Ausführliche Informationen zur Begründung der Jury und Pressefotos finden Sie in Kürze unter www.kulturforum.info

Die feierliche Preisverleihung findet am Donnerstag, den 5. Oktober 2023, in Berlin statt.

Zusammensetzung der Jury

- Karoline Gil, ifa, Stuttgart (Vorsitzende)
- Dr. Zuzana Jürgens, Adalbert Stifter Verein, München
- Dr. Mateusz Hartwich, Historiker, Berlin
- Dr. Ruth Slenczka, Pommersches Landesmuseum, Greifswald
- Dr. Olivia Spiridon, Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen
- Prof. Dr. Matthias Weber, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg
- Prof. Dr. Paul Zalewski, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Pressekontakt

Dr. Klaus Harer
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135, 14467 Potsdam
Tel. 0331/200 98-44
E-Mail: harer@kulturforum.info

17) Vierteilige Fernseh-Serie „Kinder der Flucht“

Wie an dieser Stelle bereits in der Vorwoche angekündigt, ist die neue, mit immensem, mehrjährigen Aufwand erstellte Dokumentations-Reihe „**Kinder der Flucht**“ in der ARD-Mediathek [Teil für Teil abrufbar, und zwar hier.](#)

<https://www.ardmediathek.de/serie/kinder-der-flucht/staffel-1/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL2tpbmRlciBkZXIgzmx1Y2h0/1>

Sie gehören zu den letzten noch lebenden Zeitzeugen von Flucht, Vertreibung und Deportation am Ende des Zweiten Weltkrieges. Heute sind sie weit mehr als 80 Jahre alt; damals waren sie Kinder. Noch nie haben sie in der Öffentlichkeit so emotional und schonungslos über ihre traumatischen Erlebnisse am Kriegsende und in den frühen Nachkriegsjahren berichtet. (Presstext)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 57, 2023

Wien, am 09. Mai 2023

18) Sudetendeutsche Landsmannschaft schreibt Kulturpreise aus

Eingedenk der Verpflichtung, das **kulturelle Erbe** zu wahren, und getragen von dem Willen, die schöpferischen Kräfte zu fördern, vergibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Dank und Anerkennung für künstlerisches Wirken im Sinne einer jahrhundertealten Tradition die Sudetendeutschen Kultur- und Förderpreise in den Kategorien Bildende Kunst und Architektur, Musik und Darstellende Kunst, Literatur und Publizistik sowie Wissenschaft. Darüber hinaus vergibt sie den Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumspflege.

Die Sudetendeutschen Kulturpreise in den Kategorien Großer Sudetendeutscher Kulturpreis, Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur, Kulturpreis für Literatur und Publizistik sowie der Kulturpreis für Heimat- und Volkstumspflege werden alljährlich am Vorabend der Eröffnung des Sudetendeutschen Tages verliehen.

Für Vorschläge in der Kategorie Förderpreise ist zu beachten: Die Empfänger der Förderpreise sollen nicht älter als 35 Jahre sein, der Sudetendeutschen Volksgruppe entstammen oder einen Beitrag mit sudetendeutschem Bezug geleistet haben. Der Festakt für die Verleihung der Förderpreise findet in der Regel am Anfang des neuen Jahres statt.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bittet um entsprechende Vorschläge an die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband e. V., Hochstraße 8, D 81669 München, oder per E-Mail an info@sudeten.de.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 43 2023

Wien, am 11. April 2023

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 19 –C 59**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 19 – C 21)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Jüdischer Campus Pears wird eröffnet



Der neue jüdische Campus an der Westfälischen Straße.- Bild: BACW/Brühl

Pressemitteilung vom 19.06.2023

Der Jüdische Campus Pears an der Westfälische Straße 15 in Wilmersdorf wird am **Sonntag, 25. Juni 2023, um 12 Uhr** eröffnet. Für das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf werden der stellvertretende Bezirksbürgermeister Detlef Wagner, Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz, die Bezirksstadträte Arne Herz und Christoph Brzezinski sowie die Vorsteherin der Bezirksverordneten-Versammlung, Judith Stückler an der Veranstaltung teilnehmen.

Der neue Campus soll mit drei Säulen (Bildung, Kultur, Sport) ein Zeichen für ein gelebtes Miteinander setzen – unabhängig von Glaube, Religion und Herkunft. In der rund 8000 Quadratmeter großen Bildungsstätte gibt es eine Kita, eine Grundschule und ein Gymnasium. Eine Kinderkrippe, ein Hort sowie ein Familienzentrum befinden sich in der Planung. Ein Co-Working Space soll jungen Erwachsenen sowie Studenten einen Ort zum Arbeiten und Netzwerken bieten. Im Eventbereich gibt es neben einem Festsaal auch Räume für private Feierlichkeiten sowie Tagungen, Konferenzen und Seminare.

Im Auftrag
Brühl

02) Gedenken an die Opfer des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953



Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz. Bild: BACW

Pressemitteilung vom 14.06.2023

Zum Gedenken an die Opfer des niedergeschlagenen Volksaufstands in Ost-Berlin und der DDR am 17. Juni 1953 wird stellvertretender Bezirksbürgermeister Detlef Wagner gemeinsam mit der Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler, Hugo Diederich, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und der Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus, der Beauftragten der Bundesregierung für die SED Opfer, Evelyn Zupke sowie zwei Ehrenposten der 5. Kompanie und Mitglieder der Fraktionen und Reservisten am **Sonnabend, 17. Juni 2023, um 9.30 Uhr** am Gedenkstein „Für die Opfer des Stalinismus“ auf dem Steinplatz einen Kranz niederlegen.

Im Auftrag
Farchmin

03) Eichenprozessionsspinner sind wieder aktiv - Auftretende Raupen oder Tagesnester per E-Mail melden



Bild: Pflanzenschutzamt Berlin

Pressemitteilung vom 12.06.2023

Der Eichenprozessionsspinner ist wieder aktiv. Besonders betroffen sind aktuell immer wieder die Jungfernheide und angrenzende Straßen, Westend und der Eichkamp.

Eine Gefährdung durch die Raupen beginnt erst mit der Bildung der Brennhaare zum Ende des dritten Raupenstadiums. Dieses wird, je nach Witterung des Jahres, circa Mitte/Ende Mai erreicht. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die sogenannten Tagesnester auffällig.

Auf der Seite des Pflanzenschutzamtes Berlin

<https://www.berlin.de/pflanzenschutzamt/stadtgruen/schadorganismen-in-berlin/tierische-schaderreger/eichenprozessionsspinner/> sind weitere Informationen zum Eichenprozessionsspinner und seiner Lebensweise zu finden.

In Charlottenburg-Wilmersdorf wurden in den letzten Jahren hohe finanzielle Aufwendungen zur Bekämpfung (mechanische Beseitigung) an bezirkseigenen Eichen getätigt. Dies hat dazu geführt, dass in der Regel nur noch handtellergroße Tagesnester an Stämmen und Starkästen vorhanden sind.

Gefährdungen durch auftretende Raupen oder Tagesnester an bezirkseigenen Bäumen können via E-Mail sga@charlottenburg-wilmersdorf.de an das Straßen- und Grünflächenamt gemeldet werden.

Für Bäume auf Privatgrundstücken ist immer der Eigentümer verantwortlich.

Der Eichenprozessionsspinner (*Thaumetopoea processionea*) ist ein nachtaktiver Schmetterling und gehört zur Familie der Zahnspinner Notodontidae. Er ist seit 2004 auffällig geworden und tritt seitdem verstärkt und mit steigender Tendenz im Berliner Stadtgebiet auf.

Im Auftrag
Jüch

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 22 – C 40)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“ enthüllt

Pressemitteilung vom 28.06.2023



Bernd von Kostka (Experte zur Berliner Luftbrücke und langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Alliierten Museums) und Cerstin Richter-Kotowski (Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport). - Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Am Dienstag, dem 27. Juni 2023 wurde in der Lissabonallee Ecke Charles-H.-King-Straße eine regionalhistorische Informationsstele der Öffentlichkeit übergeben, die an die Opfer der Berliner Luftbrücke erinnert. Die Stele wurde nach einem Entwurf von Karin Rosenberg gefertigt. Die Veranstaltung wurde durch den langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter des Alliierten Museums, Bernd von Kostka, begleitet. Bernd von Kostka hat als Experte zur Berliner Luftbrücke den Stelentext erarbeitet.

Cerstin Richter-Kotowski, Stadträtin für Bildung, Kultur und Sport und stellv. Bezirksbürgermeisterin:

„Die Berliner Luftbrücke, deren Beginn sich in diesen Tagen zum 75. Mal jährt, gilt bis heute als logistische Meisterleistung. Mehr als zwei Millionen West-Berlinerinnen und Berliner wurden von Juni 1948 bis Mai 1949 von den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich komplett über den Luftweg versorgt. Eine Leistung, die mich noch heute mit Respekt und großer Dankbarkeit erfüllt – und die in ihrer Bedeutung für die Geschichte Berlins und damit auch unseres Bezirks gar nicht hoch genug wertgeschätzt werden kann.“



Enthüllung der Informationsstele Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Text der Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Teilung Berlins in vier Sektoren kam es nach 1945 zwischen den Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits zu immer größeren Spannungen. Diese gipfelten schließlich in der Blockade West-Berlins. Zwischen dem 19. und dem 29. Juni 1948 wurden alle Straßen -und Schienenverbindungen sowie die Wasserwege von und nach Berlin durch die sowjetische Militärverwaltung blockiert. Die drei Westmächte starteten daraufhin die Luftbrücke, um West-Berlin zu versorgen. Zu Beginn der Operation war der Erfolg durchaus fraglich, denn auch Experten waren skeptisch, ob eine Zwei-Millionen-Stadt komplett aus der Luft versorgt werden konnte. Über die Flughäfen Tempelhof, Gatow und später auch Tegel versorgten Amerikaner und Briten West-Berlin mit lebensnotwendigen Gütern, insbesondere mit Kohle.

Auch nach dem Ende der Blockade am 12. Mai 1949 wurden die Flüge noch bis Ende September 1949 fortgesetzt, um Vorratslager aufzufüllen.

Bei insgesamt über 277 000 Flügen nach Berlin kam es immer wieder zu Unfällen. Mindestens 78 Menschen verloren dabei ihr Leben. Die Namen der Toten sind im Sockel des Luftbrücken-Denkmals in Tempelhof eingraviert. Weil das ab 1967 entstehende Neubaugebiet Düppel-Nord auch für amerikanische Familien gebaut wurde, lag es nahe, das US-Hauptquartier in der Clayallee bei der Benennung einiger Straßen mit einzubinden. Im Herbst 1968 wurde der Oberbefehlshaber der US Berlin Brigade gebeten, drei Namensvorschläge zu machen. Die ersten Vorschläge erfüllten nicht die Voraussetzungen für eine Benennung, da die gewünschten Personen noch nicht länger als fünf Jahre verstorben waren. Nach einem öffentlichen Aufruf im „Berlin Observer“, der Zeitung für die US-Streitkräfte in Berlin, einigte man sich schließlich auf die Namen von drei amerikanischen Luftbrücken-Opfern, die im Straßenbild geehrt werden sollten.

Lieutenant Charles H. King war Pilot einer Douglas C-47, die beim Anflug auf Berlin am 25. Juli 1948, kurz nach Mitternacht gegen eine Hauswand in der Handjerystraße in Berlin-Friedenau prallte. Auch sein Co-Pilot starb.

Major Edwin C. Diltz kollidierte am 24. August 1948 gegen 07.30 Uhr in seiner Douglas C-47 mit einem anderen amerikanischen Luftbrücken-Frachtflugzeug in der Nähe von Hanau/Hessen. Beide Flugzeuge stürzten ab, keiner der vier Piloten überlebte.

Sergeant Lloyd G. Wells arbeitete als Bordmechaniker einer Douglas C-54, die am 5. Dezember 1948 kurz nach dem Start vom Flughafen Faßberg um 23.15 Uhr aus ungeklärten Gründen abstürzte. Auch der Pilot und Co-Pilot starben bei dem Unglück.

Am Vormittag des 31. August 1970 fand die feierliche Benennung der Straßen statt. Neben dem amerikanischen Stadtkommandanten George M. Seignious und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz nahm auch der Luftbrückenpilot Gail Halvorsen an der Veranstaltung teil, der zu diesem Zeitpunkt Kommandant des Flughafens Tempelhof war.

02) Veranstaltungskalender für Frauen 2. Halbjahr 2023 für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf erschienen

Pressemitteilung vom 28.06.2023

VERANSTALTUNGSKALENDER
FÜR FRAUEN

2. Halbjahr 2023



Cover des Veranstaltungskalenders.- *Bild: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte*

Der Veranstaltungskalender für Frauen in Steglitz-Zehlendorf für das 2. Halbjahr 2023 ist erschienen. Freuen Sie sich auf ein abwechslungsreiches und vielfältiges Angebot. Herausgeberin ist die Frauenbeauftragte des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf.

Entdecken Sie Vorträge zur Alterssicherung, Seminare zur Gesundheitsprävention, PC-Kurse, Fort- und Weiterbildungen zum (Wieder)Einstieg in den Beruf, spezielle Angebote für Alleinerziehende sowie zur Freizeitgestaltung!

Besonders aufmerksam machen möchten wir Sie auf die **Fraueninfobörse**, die am **08.09.2023** von 16 bis 19 Uhr im Bürgersaal des Rathaus Zehlendorf stattfindet. Hier stellen Organisationen, Vereine und Initiativen ihre Angebote für Frauen vor. Begleitet wird das Ganze durch ein musikalisches Bühnenprogramm.

Sie erhalten das Frauenprogramm im Büro der Frauenbeauftragten von Steglitz-Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin sowie bei den Bürgerämtern, in den Bibliotheken und bei den Pförtnerinnen und Pförtnern des Rathaus Steglitz und Zehlendorf.

Im Internet finden Sie das Programm unter folgender Adresse: www.steglitz-zehlendorf.de/frauenprogramm

03) Sommerzeit in Havelzeit: Die neue Wasserwanderkarte ist da!

Pressemitteilung vom 28.06.2023

WWW.HAVELZEIT.DE

NIMM, HEIMISCHE HAVEL, MICH WIEDER AUF.

Havelnd, von Theodor Fontane

Die HAVEL
Die Havel entspringt im Osten. Auch in Aachenlagen. In ihrem Verlauf streift sie nach und nach immer mehr Wasser durch ihre unzähligen Nebenarme auf. Der Fluss erreicht schließlich die Spandauer, Berlin, Steglitz, Zehlendorf, Potsdam und den Havelland. Diese sind, wie die Havel, ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel.

NATURPARK & SCHUTZGEBIETE
Schon immer sind die wilden Ufer der Havel ein Naturerlebnis. Die Landschaft der Havel ist ein Naturerlebnis. Die Landschaft der Havel ist ein Naturerlebnis. Die Landschaft der Havel ist ein Naturerlebnis.

DER KLEINE HAVEL-KNIGGE
SO SCHÜTZEN SIE LEBENSRAUME

- Auf der Havel schwimmen
- Camping nur an erlaubt ist
- Keine Hunde mit
- Internationale Regeln
- Anders oder anderswo
- Preis

ANGELN
Hier in Brandenburg freizeitsportlich nach, benötigt die Fischereiangelegenheiten der Angler für die geeigneten Chancen für den Fischfang in der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel.

FÜHRERSCHHEINREGELUNG
Die Havel ist ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel.

AUSZEIT IN DER HAUPTSTADT-OASE

SPANDAU
Die Havel entspringt im Osten. Auch in Aachenlagen. In ihrem Verlauf streift sie nach und nach immer mehr Wasser durch ihre unzähligen Nebenarme auf. Der Fluss erreicht schließlich die Spandauer, Berlin, Steglitz, Zehlendorf, Potsdam und den Havelland. Diese sind, wie die Havel, ein Teil der Havel.

NICHTS WIE AUF ZUM WANNSEE!

STEGELITZ-ZEHLENDORF
Die Havel entspringt im Osten. Auch in Aachenlagen. In ihrem Verlauf streift sie nach und nach immer mehr Wasser durch ihre unzähligen Nebenarme auf. Der Fluss erreicht schließlich die Spandauer, Berlin, Steglitz, Zehlendorf, Potsdam und den Havelland. Diese sind, wie die Havel, ein Teil der Havel.

INSEL GROSSER GEDANKEN

POTS DAM
Die Havel entspringt im Osten. Auch in Aachenlagen. In ihrem Verlauf streift sie nach und nach immer mehr Wasser durch ihre unzähligen Nebenarme auf. Der Fluss erreicht schließlich die Spandauer, Berlin, Steglitz, Zehlendorf, Potsdam und den Havelland. Diese sind, wie die Havel, ein Teil der Havel.

GELIEBTE HEIMAT, HAVELLAND

Hier ist die Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel. Die Havel ist ein Teil der Havel.

IMPRESSUM
Die Havel entspringt im Osten. Auch in Aachenlagen. In ihrem Verlauf streift sie nach und nach immer mehr Wasser durch ihre unzähligen Nebenarme auf. Der Fluss erreicht schließlich die Spandauer, Berlin, Steglitz, Zehlendorf, Potsdam und den Havelland. Diese sind, wie die Havel, ein Teil der Havel.

Einblick in die faltbare Wasserwanderkarte "Havelzeit".-Bild: Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf, Tourismusverband Havelland e.V., Tourist-Information Berlin-Spandau, Potsdam Marketing und Service GmbH

+++ Berlin und Brandenburg mit dem Kanu, Motor- oder Segelboot von der Havel aus entdecken +++ Besondere Touren, touristischen Highlights und alle wichtigen Informationen in einer Broschüre +++ analog und digital kostenfrei erhältlich

Entlang der Havel gibt es naturgeschützte Landschaften und Tiere sowie historische und kulturelle Attraktionen zu entdecken. Mit ihren Havelseen, Badestellen und grünen Ufern bietet der insgesamt 334 km lange Fluss zahlreiche Ausflugsziele und Touren für Wassertourist:innen. Für die Region Berlin-Brandenburg stellt die neue **Wasserwanderkarte Havelzeit** gebündelt die Highlights in den Berliner Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Spandau sowie in den Brandenburger Landkreisen Havelland und Potsdam vor:

Der Faltplan gibt Auskünfte zu den lokalen Besonderheiten und Geschichte(n) sowie eine Übersichtskarte mit Informationen zu ausgewählten Touren für Kanus, Motor- oder Segelboote und Hinweisen auf touristische Sehenswürdigkeiten in der Umgebung. So können Fahrten und Ausflüge einfach geplant und nach individuellem Interesse gestaltet werden. Zudem enthält die Wasserwanderkarte praktische und rechtliche Angaben für Bootsfahrten und Angelabenteuer rund um das Verhalten und Navigieren auf und am Wasser.

Die Wasserwanderkarte Havelzeit wird von dem Tourismusverband Havelland e.V., der Tourist-Information Berlin-Spandau, der Potsdam Marketing und Service GmbH und der Wirtschaftsförderung Steglitz-Zehlendorf veröffentlicht. Gefördert wurde das Projekt von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und umgesetzt mit der freundlichen Unterstützung von visitBerlin.

Die Wasserwanderkarte ist kostenfrei online und in Print erhältlich. Sie liegt ab Mitte Juli 2023 in Einrichtungen direkt an der Havel, bei Bootsverleih-Häusern, in Segel- und Yacht-Clubs sowie Gastronomie-Betrieben an den Ufern aus – und ist ab sofort auch in den Einrichtungen des Bezirksamts zu finden.

Bei Interesse an der **Printausgabe** melden Sie sich gerne unter: wirtschaftsfoerderung@ba-sz.berlin.de

Online kann die Havelzeit u.a. auf der Webseite Tourismus Südwest heruntergeladen werden unter: <https://www.tourismus-suedwest.berlin/wassertourismus/>

04) Vortrag: Biodiversität durch bürgerschaftliches Engagement - Seltene heimische Wildpflanzen im Garten und auf dem Balkon am 10.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 26.06.2023



Heimische Wildpflanze.- Bild: Stephan Schlütter

Vortrag: Biodiversität durch bürgerschaftliches Engagement – Seltene heimische Wildpflanzen im Garten und auf dem Balkon

Datum: Montag, 10. Juli 2023, 18:00 – 19:30 Uhr

Referent: Jakob Schulz

Ort: in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf, Haydnstraße 20, 12203 Berlin

Im Projekt Urbanität & Vielfalt halfen Bürgerinnen und Bürger sechs Jahre lang bei der Vermehrung von seltenen heimischen Pflanzen, indem sie diese bei sich zu Hause kultivierten und die Samen sammelten. In dem Vortrag wird der Projektlauf erläutert. Außerdem wird darauf eingegangen, wie das Projekt nach Auslaufen der Projektförderung weiterläuft.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Weitere Informationen und Anmeldung

Website: www.gartensteglitz.de/termine

Anmeldung: telefonisch unter [030-90299-6156](tel:030-90299-6156) (VHS) oder per E-Mail an service@vhssz.de

Zielgruppe: Jugendliche, Erwachsene

Anfahrt: Bus 186 Haydnstraße

05) Bezirksbroschüre 2023 – "Ein Wegweiser durch den Bezirk" ab sofort als Print- und Digitalversion erhältlich!



"Sommertag am Strandbad Wannsee: Ein sich sonnender, lesender Bär; im Stil von Max Liebermann illustriert" - kreierte mit Hilfe der Künstlichen Intelligenz Dall-E.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 21.06.2023

Das Warten hat ein Ende – die neue Bezirksbroschüre ist da! Unser beliebter „Wegweiser durch den Bezirk“ liegt nun wie gewohnt kostenfrei u.a. in den Rathäusern Steglitz, Zehlendorf und Lankwitz sowie den bezirklichen Stadtbibliotheken für Sie bereit. Auf 170 Seiten finden Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Informationen rund um Steglitz-Zehlendorf sowie Angebote und Kontaktadressen im Bezirk.

Die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg erklärt:

„Bunt, vielfältig und informativ wie eh und je ist die Bezirksbroschüre auch 2023 geworden. Es erwarten Sie vielerlei Informationen und Einblicke aus Steglitz-Zehlendorf. Daher möchte ich Sie einladen, sich zurückzulehnen und auf eine Entdeckungsreise durch unseren lebenswerten Bezirk zu gehen!“

Die quadratische Bezirksbroschüre ist seit über drei Jahrzehnten ein nützlicher Ratgeber, der Sehenswürdigkeiten und die Geschichte des Bezirkes beschreibt und u.a. Gedenktafeln und Erinnerungsstelen, Jugendfreizeiteinrichtungen, frauenspezifische Anlaufstellen, Sport- und Spielplätze sowie Schulen, Theater, Museen, Galerien, Kinos, Freizeitstätten, Krankenhäuser, Vereine und Institutionen mit Kontaktdaten benennt.

Darüber hinaus informiert der Wegweiser über die Standorte von Abteilungen bzw. Fachbereiche des Bezirksamtes, stellt die Mitglieder des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf in Wort und Bild vor und listet Informationen über die Bezirksverordnetenversammlung auf. Zusätzlich ist der Broschüre wieder eine vom Vermessungsamt des Bezirksamtes eigens angefertigte Karte inklusive Straßenverzeichnis von Steglitz-Zehlendorf beigelegt.

Steglitz-Zehlendorf

Ein Wegweiser durch den Bezirk



Summerday at Strandbad Wannsee, a bear is sunbathing and reading, in the style of Max Liebermann - kreiert mit Hilfe der Künstlichen Intelligenz Dall-E

Cover der Bezirksbroschüre 2023.- Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

So können Sie die Bezirksbroschüre 2023 erhalten:

Die Bezirksbroschüre liegt ab sofort in den **Bürgerämtern Steglitz (Schloßstraße 37), Zehlendorf (Kirchstraße 1/3) und Lankwitz (Gallwitzallee 87)** sowie in den [Bibliotheken](#) und **Einrichtungen des Bezirks** zur Abholung bereit oder kann kostenlos über die [Publikationsdatenbank](#) nach Hause bestellt werden. Eine telefonische Bestellung ist unter [030 90299-3307](tel:030902993307) möglich. Zudem steht der „Wegweiser durch den Bezirk“ auch in digitaler Form als komprimierte [PDF-Datei](#) zum Download zur Verfügung.

06) Enthüllung der Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“ am 27.06.2023

Pressemitteilung vom 20.06.2023

Dienstag, 27. Juni 2023, 16 Uhr, Lissabonallee Ecke Charles-H.-King-Straße, 14163 Berlin

Am Dienstag, den 27. Juni um 16 Uhr wird in der Lissabonallee Ecke Charles-H.-King-Straße eine regionalhistorische Informationstele der Öffentlichkeit übergeben, die an die Opfer der Berliner Luftbrücke erinnert. Die Stele wurde nach einem Entwurf von Karin Rosenberg gefertigt. Es sprechen die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport Cerstin Richter-Kotowski und der Autor des Stelentextes Bernd von Kostka (AlliiertenMuseum).

Text der Informationsstele „Erinnerung an die Opfer der Berliner Luftbrücke (1948/49)“

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Teilung Berlins in vier Sektoren kam es nach 1945 zwischen den Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits zu immer größeren Spannungen. Diese gipfelten schließlich in der Blockade West-Berlins.

Zwischen dem 19. und dem 29. Juni 1948 wurden alle Straßen -und Schienenverbindungen sowie die Wasserwege von und nach Berlin durch die sowjetische Militärverwaltung blockiert. Die drei Westmächte starteten daraufhin die Luftbrücke, um West-Berlin zu versorgen. Zu Beginn der Operation war der Erfolg durchaus fraglich, denn auch Experten waren skeptisch, ob eine Zwei-Millionen-Stadt komplett aus der Luft versorgt werden konnte. Über die Flughäfen Tempelhof, Gatow und später auch Tegel versorgten Amerikaner und Briten West-Berlin mit lebensnotwendigen Gütern, insbesondere mit Kohle. Auch nach dem Ende der Blockade am 12. Mai 1949 wurden die Flüge noch bis Ende September 1949 fortgesetzt, um Vorratslager aufzufüllen.

Bei insgesamt über 277 000 Flügen nach Berlin kam es immer wieder zu Unfällen. Mindestens 78 Menschen verloren dabei ihr Leben. Die Namen der Toten sind im Sockel des Luftbrücken-Denkmals in Tempelhof eingraviert.

Weil das ab 1967 entstehende Neubaugebiet Düppel-Nord auch für amerikanische Familien gebaut wurde, lag es nahe, das US-Hauptquartier in der Clayallee bei der Benennung einiger Straßen mit einzubinden. Im Herbst 1968 wurde der Oberbefehlshaber der US Berlin Brigade gebeten, drei Namensvorschläge zu machen. Die ersten Vorschläge erfüllten nicht die Voraussetzungen für eine Benennung, da die gewünschten Personen noch nicht länger als fünf Jahre verstorben waren. Nach einem öffentlichen Aufruf im „Berlin Observer“, der Zeitung für die US-Streitkräfte in Berlin, einigte man sich schließlich auf die Namen von drei amerikanischen Luftbrücken-Opfern, die im Straßenbild geehrt werden sollten.

Lieutenant Charles H. King war Pilot einer Douglas C-47, die beim Anflug auf Berlin am 25. Juli 1948, kurz nach Mitternacht gegen eine Hauswand in der Handjerystraße in Berlin-Friedenau prallte. Auch sein Co-Pilot starb.

Seite C 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Major Edwin C. Diltz kollidierte am 24. August 1948 gegen 07.30 Uhr in seiner Douglas C-47 mit einem anderen amerikanischen Luftbrücken-Frachtflugzeug in der Nähe von Hanau/Hessen. Beide Flugzeuge stürzten ab, keiner der vier Piloten überlebte.

Sergeant Lloyd G. Wells arbeitete als Bordmechaniker einer Douglas C-54, die am 5. Dezember 1948 kurz nach dem Start vom Flughafen Faßberg um 23.15 Uhr aus ungeklärten Gründen abstürzte. Auch der Pilot und Co-Pilot starben bei dem Unglück.

Am Vormittag des 31. August 1970 fand die feierliche Benennung der Straßen statt. Neben dem amerikanischen Stadtkommandanten George M. Seignious und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz nahm auch der Luftbrückenpilot Gail Halvorsen an der Veranstaltung teil, der zu diesem Zeitpunkt Kommandant des Flughafens Tempelhof war.

Autor des Textes: Bernd von Kostka

Kontakt:

Fachbereich Kultur Steglitz-Zehlendorf

Ansprechpartnerin für die Presse: Dr. Christiana Brennecke,

Tel.: [030-90299-4516](tel:030-90299-4516)

E-Mail: christiana.brennecke@kultur-steglitz-zehlendorf.de

Website: www.kultur-steglitz-zehlendorf.de

07) Ausstellung zu Gast im Rathaus Zehlendorf: „Demokratie ist eine Mitmacht!“ vom 27.06. bis zum 01.08.2023

Pressemitteilung vom 19.06.2023

Vom 27. Juni bis 01. August 2023 wird im Rathaus Zehlendorf die Wanderausstellung „Demokratie ist eine Mitmacht!“ ausgestellt, bevor sie durch weitere Berliner Rathäuser zieht.

Organisiert von der **Initiative Offene Gesellschaft**, der **Stiftung Zukunft Berlin** und dem **Berliner Migrationsrat**, schafft die Ausstellung einen direkten Draht zwischen den Berliner*innen und ihrer Verwaltung, indem sie Ideen aus der Zivilgesellschaft sammelt und diese in die Rathäuser Berlins trägt.

Grundidee der Ausstellung ist, Ideen aus der Zivilgesellschaft zu sammeln und in die Rathäuser Berlins zu tragen. Dass Demokratie ohne Demokratinnen und Demokraten nicht funktioniert, lehrt die Geschichte. Eine lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen und der regen Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen. Durch das Wahlrecht werden Bürger*innen zu Inhabern von Mit-Macht. Mit ihrer Stimme verleihen sie den politisch handelnden Personen Macht auf Zeit.

„Unzählige Berliner*innen machen sich jeden Tag stark für die Demokratie“, sagt **Judith Gayler, Pressesprecherin der Initiative Offene Gesellschaft**. „Die Ausstellung macht das vielfältige Engagement in Berlin sichtbar, zeigt Verbesserungspotentiale auf und entwickelt Ideen für ein demokratisches Berlin für alle.“

Sechs große Aufsteller zeigen Ergebnisse des Berliner Demokratietags, der alljährlich am 15. September stattfindet. Die Inhalte der Ausstellung sind in die vier Themenbereiche Staatsangehörigkeit, Finanzierung, Repräsentation und Schutz aufgeteilt. In zahlreichen bezirklichen Fachrunden, einer digitalen Umfrage und persönlichen Interviews mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft wurden Anregungen für gleichberechtigte demokratische Teilhabe gesammelt und Visionen für die Demokratie entwickelt.

Hierzu erklärt Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg:

„Demokratie ist ein wichtiges Gut, das wir schützen und bewahren müssen. Dabei ist es das Wesen der Demokratie, dass die Menschen beteiligt werden und ihre Ideen und Wünsche berücksichtigt werden. Ich freue mich daher sehr, dass die Ausstellung auch bei uns im Rathaus gezeigt wird.“

Sie finden die Ausstellung im **Foyer des Alten BVV-Saals**, 2. OG, des Rathauses Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin zu den Öffnungszeiten des Rathauses (sofern der Raum nicht durch Veranstaltungen belegt ist).

08) Vortrag: Wildbienen erkennen und fördern am 03.07.2023 in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 19.06.2023



Eine Wildbiene auf einer Blüte - Wildbienen erkennen und fördern.- *Bild: Stephan Schlütter*

Vortrag/Führung: Wildbienen erkennen und fördern

Datum: Montag, 03. Juli 2023, 18:00 – 19:30 Uhr

Referent: Dr. Christoph Saure

Ort: in der Gartenarbeitsschule Steglitz-Zehlendorf, Haydnstraße 20, 12203 Berlin

Seite C 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Der Wildbienen-Experte Dr. Saure führt durch den Wildbienenlehrpfad und erläutert, wie man verschiedene Wildbienenarten erkennen und fördern kann. Er berichtet u.a. von ersten Ergebnissen seines Wildbienenmonitorings in der Gartenarbeitsschule. Das Monitoring wird finanziert vom Umwelt- und Naturschutzamt Steglitz-Zehlendorf.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Weitere Informationen und Anmeldung

Website: www.gartensteglitz.de/termine

Anmeldung: telefonisch unter [030-90299-6156](tel:030-90299-6156) (VHS) oder per E-Mail an service@vhssz.de

Zielgruppe: Jugendliche, Erwachsene

Anfahrt: Bus 186 Haydnstraße

09) Amtsplausch – Folge 33 ist online! Goldnetz Beratung zu Bildung und Beruf

Pressemitteilung vom 16.06.2023

Goldnetz berät zu Bildung und Beruf in Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg. In der aktuellen Folge Amtsplausch stellen Nicole Keusch und Gülcan Steckeler die vielfältigen Angebote von Goldnetz vor.

Nicole Keusch, Projektassistenz:

Viele Menschen kommen nicht auf die Idee nach einer kostenfreien Beratungsstelle für Bildung und Beruf zu suchen. Sie denken, dass sie dafür arbeitslos sein oder viel Geld bezahlen müssen. Da setzen wir an, indem wir auch durch die mobile Beratung vor Ort aufklären. Unsere Angebote sind kostenfrei und richten sich an alle die Fragen stellen und mit ein bisschen Unterstützung Antworten finden möchten.

Gülcan Steckeler, stellvertretende Projektleiterin und Beraterin:

Das jeweilige Anliegen mit denen die Menschen zu uns kommen ändert sich immer. Empowerment ist sehr wichtig, d.h. die Menschen zu befähigen, dass sie weiterkommen, selbst aktiv werden können. Auch wenn wir einmal nicht weiterhelfen können, können wir zumindest an die richtigen Ansprechpartner verweisen. Zudem bieten wir auch mehrsprachige Beratung an.

Fragen rund um Bildung und Beruf – kostenfrei, vertraulich und unabhängig! Goldnetz berät in [Präsenz-Beratungen, telefonisch, per Email und als Video gestützte Online-Beratung](#).

Die in der Folge angesprochenen **Veranstaltungen** finden im Juli und September statt:

- Freitag, 07.07.2023, 15-19 Uhr: Sommerfest der Koordinationsstelle für Alleinerziehende in Steglitz-Zehlendorf. Interkulturelles Familienzentrum "Familien-RING", Selerweg 17, 12169 Berlin-Steglitz

Seite C 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- Mittwoch, 06.09.2023, 10-14 Uhr Job-Messe „Staffellauf in die Arbeitswelt“. Bürgersaal Zehlendorf, Teltower Damm 18, 14169 Berlin
- Freitag, 08.09.2023, 16-19 Uhr Fraueninfobörse, Bürgersaal Zehlendorf, Teltower Damm 18, 14169 Berlin

Das Projekt **“Beratung zu Bildung und Beruf”** wird gefördert aus Mitteln der **Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung**. Sie ist Teil des Berliner Netzwerkes zu Bildung und Beruf.

Sie können den **Podcast des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf** auf **Spotify, Soundcloud, Google Podcasts und Apple Podcast** abonnieren. Eine Übersicht aller Folgen finden Sie außerdem unter <http://www.steglitz-zehlendorf.de/amtsplausch> (**Episodenübersicht Amtsplausch**)

10) Zeichen- und Erzählwerkstatt mit Susanne Buddenberg und Thomas Henseler am 07.07.2023 in der Gottfried-Benn-Bibliothek

Pressemitteilung vom 16.06.2023

Die beiden Comicautor*innen Susanne Buddenberg und Thomas Henseler bieten ihre beliebte Zeichen- und Erzählwerkstatt endlich auch in der Gottfried-Benn-Bibliothek an.

Die Kinder erfahren nicht nur wie aus einer spannenden Geschichte ein Comic wird, sondern dürfen selbst ihre eigenen Erlebnisse zeichnerisch umsetzen und somit in die Rolle der Comickünstler*innen schlüpfen.

Bei schönem Wetter findet die Veranstaltung im Garten statt.

Termin: Freitag, 07.07.2023, 15-18 Uhr

Eintritt: frei, ohne Voranmeldung

Altersempfehlung: 4-10 Jahre

Veranstaltungsort: Gottfried-Benn-Bibliothek, Nentershäuser Platz 1, 14163 Berlin

Veranstalter: Gottfried-Benn-Bibliothek

11) BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften: Vor-Ort-Büro am Hindenburgdamm eröffnet

Pressemitteilung vom 14.06.2023



Außenansicht des Büros BENN Hindenburgdamm.- *Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf*

Am 08. Juni 2023 eröffnete Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg gemeinsam mit Stephan Machulik, Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz, das neue Vor-Ort-Büro des BENN-Teams am Hindenburgdamm 89.

BENN steht für Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften. Es ist ein Programm des Landes Berlin für Nachbarschaften mit Unterkünften für Geflüchtete und wird gemeinsam mit den Bezirksamtern durchgeführt. In Steglitz-Zehlendorf wird BENN am Hindenburgdamm durch den Träger LI.S.T. GmbH umgesetzt. BENN hat das Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu stärken. Es fördert den Austausch zwischen alteingesessenen und neuen Nachbar*innen und bestärkt Geflüchtete, ihre Nachbarschaft mitzugestalten.



Eröffnung des Büros BENN Hindenburgdamm - v.l.n.r. Christian Luchmann (L.I.S.T. GmbH), Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg und Staatssekretär Stephan Machulik.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Anlässlich der Büroeröffnung sagte die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg:

„Ich freue mich gemeinsam mit dem Team des BENN-Projektes und der Nachbarschaft den Einzug in das Vor-Ort-Büro feiern zu können und wünsche für die kommenden Jahre spannende Austauschmöglichkeiten und viele gemeinsame Projekte in der Nachbarschaft. Eine gute Nachbarschaft funktioniert, in dem sich Menschen vor Ort begegnen und unterstützen. Hierzu trägt das BENN-Team bereits seit dem Projektstart Anfang 2022 einen großen Teil bei.“



Tisch mit Flyern vor dem Büro BENN Hindenburgdamm.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Sie möchten mehr erfahren oder sich selbst engagieren?

Die Mitarbeitenden des BENN-Teams stehen im Vor-Ort-Büro als Ansprechpersonen für die Nachbarschaft zur Verfügung. Haben sie Fragen zur Arbeit von BENN, eine konkrete Projektidee, die Sie gerne in der Nachbarschaft umsetzen möchten oder allgemein den Wunsch sich ehrenamtlich zu engagieren? **Das BENN-Team lädt sie ein:**

„Wir freuen uns mit unserem BENN-Büro nun Vor-Ort in der Nachbarschaft angekommen und so für die Nachbar*innen direkt ansprechbar zu sein. Wir laden alle herzlich ein, in unserem Büro vorbei zu schauen, mit uns ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Ideen für die Nachbarschaft zu entwickeln.“



Zeitungsständer mit Ballons und Broschüren im Büro BENN Hindenburgdamm.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

BENN Hindenburgdamm

Wo: BENN-Vor-Ort-Büro am Hindenburgdamm 89, 12203 Berlin

Wann: Sprechzeiten sind Mittwoch 10-12 Uhr und Donnerstag 14-16:30 Uhr

Weitere Kontaktmöglichkeiten:

Telefon: [+49 30 44719770](tel:+493044719770)

E-Mail: benn-hindenburgdamm@list-gmbh.de

Website: www.benn-hindenburgdamm.de

12) Kursangebot: Fotografie ab sofort mittwochs im Hertha-Müller-Haus

Pressemitteilung vom 14.06.2023

Die Tage werden länger und der Sommer naht. Anlass genug, dass sich an Fotografie Interessierte organisieren. Zur Bildung einer selbstorganisierten geschlechts-, kultur- und altersinklusive Freizeitgruppe im Hertha-Müller-Haus haben Interessierte unterschiedlicher Kompetenz- bzw. Erfahrungsgrade und Interessenslagen die Möglichkeit, für eine erste Kontaktaufnahme.

Ort: Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin

Termin: jeden Mittwoch von 16:00 bis 18:00 Uhr

Beginn: ab sofort

Kosten: kostenfrei

Leitung: Herr Liemandt

Anmeldung: Herr Liemandt, Tel.: [0175 406 80 31](tel:01754068031) oder E-Mail an liemandt@msn.com

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 41 - C 59)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Der Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekte aus



Bild: Erik-Jan Ouwerkerk

Pressemitteilung Nr. 236 vom 30.06.2023

Erstmalig Preis für „Erneuerbare Energien“ und Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen

Gestern Abend fand im renommierten Veranstaltungsort Metropol die mit Spannung erwartete Verleihung des Green Buddy Awards statt. Angetreten im Wettbewerb um den traditionsreichen Umweltpreis des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg waren 55 sehr unterschiedliche Projekte. Unter der charmanten Moderation von Bettina Rust wurden sieben Preise in sechs Kategorien vergeben, die die außerordentlichen Leistungen von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit hervorhoben – von innovativen Umwelttechnologien bis hin zu sozialen Initiativen wurden wegweisende Projekte ausgezeichnet. Die mitreißende Musik von der Band Port Royal sorgte für eine energiegeladene Atmosphäre während der Veranstaltung.

Besonders erfreulich bei der diesjährigen Veranstaltung war die Einführung der neuen Kategorie – der Preis für „Erneuerbare Energien“. Mit dieser Erweiterung spiegelt der Green Buddy Award das wachsende Interesse und die Relevanz erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Zukunft wider.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Die diesjährige Green Buddy Award Preisverleihung war ein beeindruckendes Ereignis, das das Engagement und die Innovationskraft unserer Gemeinschaft in Sachen Nachhaltigkeit verdeutlicht hat. Die Auszeichnung von sieben Gewinnern in sechs verschiedenen Kategorien, einschließlich des erstmalig vergebenen Preises für Erneuerbare Energien, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind eine nachhaltigere Zukunft zu gestalten. Ich bin stolz darauf, dass unser Bezirk eine Plattform für solche wegweisenden Projekte bietet und gratuliere allen Preisträgern zu ihren verdienten Erfolgen.”

Der Green Buddy Award hat sich zu einer bedeutenden Plattform entwickelt, die das Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen stärkt. Die diesjährige Preisverleihung war ein großer Erfolg, der zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Politik anzog, die sich für eine nachhaltigere Zukunft engagieren. Der Green Buddy Award ist nicht nur eine Würdigung der Gewinner, sondern auch eine Inspirationsquelle für andere, ihre eigenen Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft in Reichweite liegt.

Ein besonderes Highlight bei der Veranstaltung war die Verleihung des Sonderpreises „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Green Buddy Award lobt erstmalig in seiner zwölfjährigen Geschichte einen Sonderpreis aus. Gefördert wurde er von Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, der Berliner Stadtreinigung, von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, dem Marienpark sowie dem Handelsverband Berlin Brandenburg.

Die diesjährigen Preisträger:

In der Kategorie “Erneuerbare Energien” geht der Preis des Bezirksbürgermeisters an die Bahlsen GmbH:

Das **Bahlsen** Produktionswerk in Berlin Tempelhof ist ein Teil der Lieferkette der Bahlsen GmbH. Mit dem Bau des Sozialgebäudes in 2022 nutzt Bahlsen die Abwärme der zentralen Druckluftherzeugungsanlage zu dessen Beheizung und zur Brauchwassererwärmung für die Sanitärbereiche. Die energetische Einsparung beläuft sich jährlich auf ca. 200.000 Kilowattstunden.

In der Kategorie “Abfallvermeidung/ Reduce, Reuse und Recycle” geht der Preis der Berliner Stadtreinigung an die Faircado UG:

Faircado UG ist ein Greentech-Startup, welches mithilfe seines eigens entwickelten Browser-Plugins die Konsumenten von der Kreislaufwirtschaft überzeugen möchte. Das Plugin bietet umweltschonende und erschwingliche Optionen an, die zu nachhaltigeren Kaufentscheidungen führen. Die Technologie wirkt sich positiv auf die Umwelt durch eine höhere Ressourcenschonung und eine Bewusstseinsbildung aus.

In der Kategorie “Smart Cities Lösungen” geht der Preis von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie und dem Institut für Berufliche Bildung an die AckerCompany GmbH:

Die **AckerCompany GmbH** sorgt für gemeinschaftliche Gemüseerlebnisse im geschäftlichen wie privaten Alltag. Hierfür bietet das Unternehmen Hilfestellung und vermittelt Wissen zum niederschweligen Pflanzenanbau, wofür keine gärtnerischen Vorkenntnisse benötigt werden. Das Konzept sorgt für ein starkes Wir-Gefühl, gelebte Nachhaltigkeit und ein größeres Gesundheitsbewusstsein. Durch die Hochbeete und Ackerflächen wird für Entsiegelung und mehr Grünflächen gesorgt, wodurch das soziale Miteinander und die Wertschätzung zur Natur gestärkt werden.

Der “Young Green Buddy Award” geht an die Projektwerkstatt Hydroponik der Technischen Universität Berlin:

Die **Projektwerkstatt Hydroponik** ist ein studentisches Projekt und zugleich Lehrformat von Studierenden für Studierende. Gemeinsam entwickelten 20 Studierende aus 15 Fachrichtungen eine Hydroponikanlage nach dem NFT-Konzept. Dabei wachsen Pflanzen nicht in Pflanzerde, sondern ihre Wurzeln werden von einer Nährstofflösung umspült. Hierdurch ergeben sich immense Wassereinsparungen und durch die vertikale Bauweise der Anlage eine deutlich erhöhte Effizienz gegenüber dem herkömmlichen Nahrungsmittelanbau.

In der Kategorie “Produktion, Dienstleistungen, Handwerk” geht der Preis des Bezirks an die Peter Ruge Architekten GmbH:

Peter Ruge Architekten ist ein lokal und international tätiges Planungsbüro aus Berlin-Schöneberg. Ihre Mission ist einfach – nachhaltige Architektur der Zukunft zu entwickeln und zu bauen. Das eingereichte Projekt RE:mate steht für die nachhaltige und innovative Entwicklung und Etablierung eines vernetzten Kreislaufwirtschaftssystems für den Bausektor in der Region Berlin-Brandenburg. Umfangreiches Wissen in den Bereichen Materialforschung, Recycling und Rekultivierung sowie das vorhandene, gut vernetzte Flächenpotenzial werden dabei genutzt.

In der Kategorie “Einzelhandel” geht der Preis vom Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. an die BIO COMPANY SE:

In den Märkten der **BIO Company SE** werden nicht nur ausschließlich Lebensmittel und Kosmetik, die zu 100 Prozent bio-zertifiziert und aus ökologisch kontrolliertem Anbau stammen, angeboten. Das Unternehmen ist zudem im Bereich des Einzelhandels ein Vorreiter des ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftens und zeigt auf, wie bereits durch kleine Maßnahmen viel erreicht werden kann. So setzt es sich insbesondere dafür ein, Einwegverpackungen und Plastikmüll soweit wie möglich zu reduzieren. Verpackungsfreies Einkaufen wird durch die Frischetheken und 18 Unverpackt Stationen erleichtert. Zusätzlich engagiert sich das Unternehmen im Bereich Foodsharing. Dadurch werden Lebensmittel vor dem Mülleimer gerettet.

Der Sonderpreis “Gesellschaftlicher Zusammenhalt” geht an die SuperCoop eG:

SuperCoop ist ein gemeinschaftlicher Supermarkt in Berlin, der seinen Kunden gehört und ihnen regionale, öko-faire und teils unverpackte Produkte zu erschwinglichen Preisen bietet.

Jedes Mitglied ist Miteigentümer der Genossenschaft und arbeitet drei Stunden im Monat mit. Mittlerweile sind rund 1.200 Mitglieder dabei und können aus über 3.000 Produkten auswählen. Durch die Zusammenarbeit entstehen eine starke Gemeinschaft und ein Ort der Begegnung für die Nachbarschaft. Die Besonderheit des kooperativen Modells besteht darin, soziale und ökologische Gerechtigkeit gemeinsam unternehmerisch anzugehen und dadurch zum Erreichen der „Sustainable Development Goals“ beizutragen.

Über den Green Buddy Award:

Der Green Buddy Award ist eine renommierte Auszeichnung, die herausragende Leistungen im Bereich der Nachhaltigkeit anerkennt. Er wurde ins Leben gerufen, um Initiativen zu fördern, die einen positiven Einfluss auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft haben. Der Preis soll das Bewusstsein für nachhaltige Lösungen stärken und einen Beitrag zur Gestaltung einer besseren und nachhaltigeren Welt leisten.

-

Während der Preisverleihung des Green Buddy Awards 2023

-



Die Verleihung des Green Buddy Awards 2023 fand im Metropol statt.

Bild: Erik-Jan Ouwerkerk

-

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann bei der Green Buddy Award Verleihung 2023

-

In der Kategorie „Erneuerbare Energien“ geht der Preis an die Bahlsen GmbH.

•

In der Kategorie „Abfallvermeidung/ Reduce, Reuse, Recycle“ geht der Preis an die Faircado UG.

•

In der Kategorie „Smart Cities Lösungen“ geht der Preis an die AckerCompany GmbH.

•

Der Young Green Buddy Award geht an die Projektwerkstatt Hydroponik der TU Berlin.

•

In der Kategorie „Produktion, Dienstleistungen, Handwerk“ geht der Preis an die Peter Ruge Architekten GmbH.

•

In der Kategorie „Einzelhandel“ geht der Preis an die BIO Company SE.

•

Der Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ geht an die Super Coop eG.

•

Während der Preisverleihung des Green Buddy Awards 2023

•

Die Verleihung des Green Buddy Awards 2023 fand im Metropol statt.

Bild: Erik-Jan Ouwerkerk

02) Neue BezirksTOUREN durch Tempelhof-Schöneberg!

**BEZIRKS
TOUREN**
Tempelhof-Schöneberg
Juli bis
Oktober
2023

Bild: Museen Tempelhof-Schöneberg, Foto: USAF



Luftbrücke über Tempelhof, 1948. Foto: USAF

Pressemitteilung Nr. 234 vom 29.06.2023

Auch in diesem Sommer und Herbst laden die Museen Tempelhof-Schöneberg im Rahmen ihrer beliebten **BezirksTOUREN** alle ein, die sich gern mit anderen Interessierten durch den Stadtbezirk bewegen und dabei Kultur und Geschichte entdecken wollen.

BezirksTOUREN in Tempelhof-Schöneberg von Juli bis Oktober 2023

Das Faltblatt gibt es zum Download auf der [Internetseite der Museen](#).
Alle Touren finden Sie auch auf der [Terminseite der Museen Tempelhof-Schöneberg](#).

Die Platzzahl ist begrenzt. Um Anmeldung wird gebeten:
per [E-Mail an die Museen](#) oder telefonisch unter (030) 90277-6163

Die Veranstaltungen sind kostenlos.

Die Treffpunkte werden bei Anmeldung bekannt gegeben.



Neu im Programm: Dekoloniale Stadtführungen mit Justice Mvemba.-
Bild: Greta Graf

Diesmal unter anderem dabei: Familientouren zum Jubiläum **75 Jahre Berliner Luftbrücke, Stolperstein** -Gedenkspaziergänge in Marienfelde und Lichtenrade, eine Radtour zu **NS-Zwangsarbeit-Erinnerungsorten**, aber auch Touren zu den Themen **Street Art, Graffiti und Urban Sketching**, bei denen die Teilnehmenden selbst aktiv werden können.

Mit Bezug zur aktuellen Ausstellung im Schöneberg Museum „**Auf den Spuren der Familie Diek. Geschichten Schwarzer Menschen in Tempelhof-Schöneberg**“ gibt es außerdem zwei dekoloniale Führungen mit dem Titel „**Walk the past. Change the future.**“ Während dieser Touren soll die Rolle Deutschlands in der Kolonialzeit diskutiert und ein Einblick in das Leben Schwarzer Menschen in Deutschland gegeben werden.

Übrigens: Wer möchte, kann das Programm auch regelmäßig kostenlos per Post erhalten – einfach per [E-Mail an die Museen Tempelhof-Schöneberg](mailto:info@museen-tempelhof-schoeneberg.de) oder telefonisch unter (030) 90277-6163 anfragen.

03) Tempelhofer Fußballpersönlichkeiten aus 125 Jahren



Blick in die Ausstellung im Tempelhof Museum, noch zu sehen bis zum 17. August 2023.-
Bild: Klaus R. Bittl

Pressemitteilung Nr. 232 vom 28.06.2023

Vortrag und Lesung im Rahmen der Ausstellung „Elf Freunde müsst ihr sein...“ im Tempelhof Museum

Von wem stammt der berühmte Satz „Elf Freunde müsst ihr sein!“? Wer war der erste Fußballprofi Deutschlands? Und wo begann die Geschichte des Berliner Fußballs? Antworten auf diese Fragen gibt es bei einer Veranstaltung am Dienstag, 4. Juli 2023 im Tempelhof Museum.

Vortrag und Lesung:

Tempelhofer Fußballpersönlichkeiten aus 125 Jahren Berliner Fußball

Dienstag, 4. Juli 2023, ab 18:00 Uhr

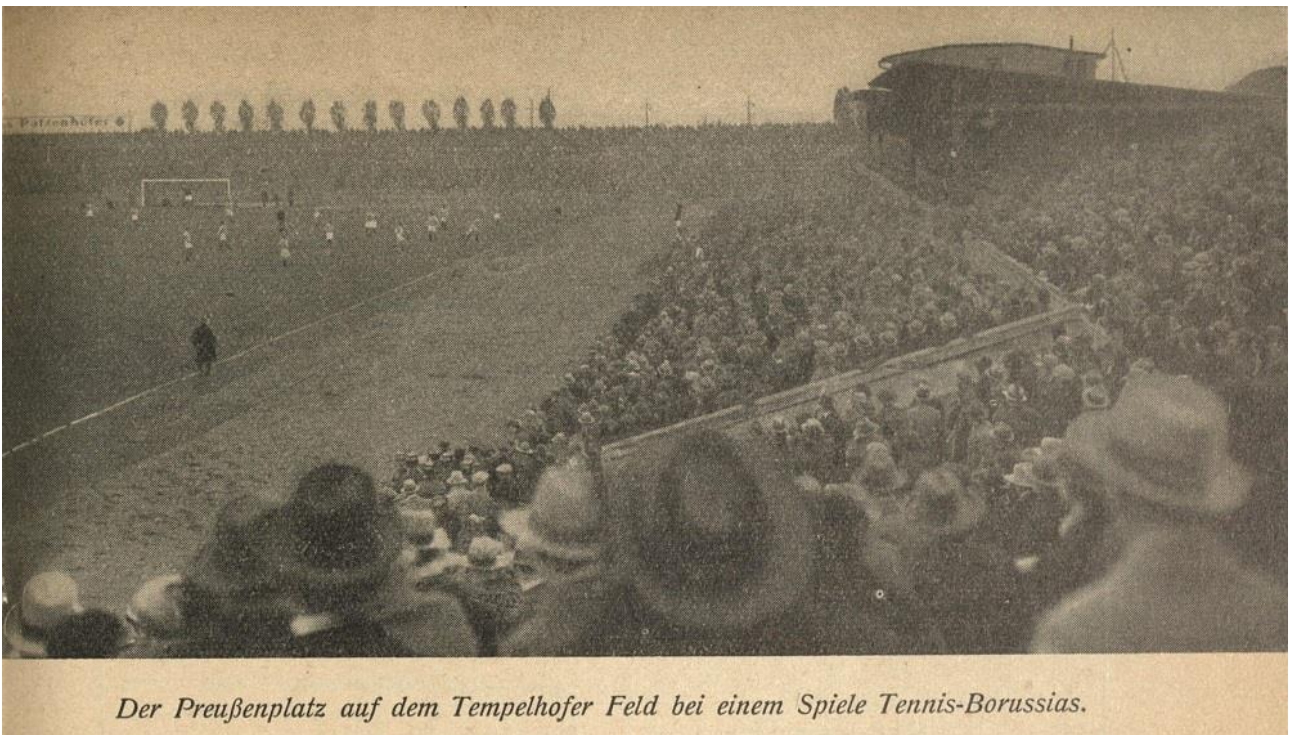
Tempelhof Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin

Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen auf der [Webseite des Tempelhof Museums](#)



Bild: Archiv der Museen Tempelhof-Schöneberg

Die Fußballhistoriker Daniel Küchenmeister und Dr. Thomas Schneider stellen Auszüge aus ihrem Buch „**125 Jahre Berliner Fußball – Geschichte und Geschichten in Porträts**“ vor und beleuchten dabei Biografien von Tempelhofer Fußballpersönlichkeiten – darunter den „Fußball-Vater Berlins“ und die Gründer des ältesten deutschen Fußball-Vereins.



Der Preußenplatz auf dem Tempelhofer Feld bei einem Spiele Tennis-Borussias.

Bild: BFC Preußen

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Sonderausstellung „**Elf Freunde müsst ihr sein...**“ im Tempelhof Museum statt. Diese blickt auf die Berliner Fußballgeschichte von den Anfängen im Kaiserreich bis in die heutige Zeit nach der Wiedervereinigung, die geprägt ist von großen Ereignissen ebenso wie den „kleinen“ Geschichten auf und neben den Berliner Fußballplätzen.

04) 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg feierte Doppeljubiläum mit großem Bürgerfest mit Festakt



Blick vom Rathaus-Balkon auf Bühne und Großbildleinwand

Pressemitteilung Nr. 230 vom 28.06.2023

Mit einem Bürgerfest mit Festakt hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg die beiden Jubiläen 75 Jahre Beginn der Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede gewürdigt. Weit mehr als 1.000 Gäste kamen zum Rathaus Schöneberg. Nach der Begrüßung durch Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann wandten sich der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner, die US-Botschafterin Amy Gutmann und Kennedy-Neffe Timothy Shriver in Grußworten an die Berliner. Höhepunkt des Festakts war die Übertragung der originalen Kennedy-Rede auf einer Großbildleinwand.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann betonte in seiner Ansprache die große Bedeutung von John F. Kennedy für Berlin:

“Vor fast 60 Jahren hat auf diesem Platz der 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, John Fitzgerald Kennedy, eine der größten Reden der neueren Zeit vor über 400.000 Menschen gehalten.

Eine Rede, die eine unbeschreibliche Euphorie ausgelöst hat, über Generationen Menschen bis heute bewegt und eines der wichtigsten Zeichen der deutsch-amerikanischen Freundschaft ist.

Hier stehen wir heute und denken gemeinsam an den 26. Juni 1963 und an einen Präsidenten, der wie kein Zweiter für Hoffnung, Frieden und Freiheit stand.”

Musikalisch begleitet wurde das Bürgerfest von der Bigband der US Airforce in Ramstein (Rheinland-Pfalz) und zwei Musikgruppen der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin.

Seite C 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Veranstaltungsserie im Rathaus Schöneberg anlässlich des Doppeljubiläums 75 Jahre Beginn der Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede wird fortgesetzt. Die nächsten Höhepunkte:

- **30. Juni bis 2. Juli 2023, ab 10:00 Uhr:** Foto- und Briefmarkenausstellung der Forschungsgemeinschaft Berlin anlässlich 75 Jahre Luftbrücke und 75 Jahre Währungsreform
- **10. Juli 2023, ab 18:30 Uhr:** Zeitzeugengespräch zur Sicherung der US-Präsidentenbesuche 1963 und 2013 durch die Berliner Polizei

Alle weiteren Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen rund um die Jubiläen finden Sie auf der [Website des Bezirksamts](#).



- Jörn Oltmann, Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, eröffnete das Bürgerfest mit einer Rede an dem originalen Pult, an dem 1963 US-Präsident John F. Kennedy sprach.



Zum Bürgerfest „Ich bin ein Berliner“ kamen weit mehr als 1.000 Besuchende zum Rathaus Schöneberg.

05) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt interessierte Bürger zur Sprechstunde in der Seniorenfreizeitstätte im Gemeinschaftshaus Lichtenrade ein

Pressemitteilung Nr. 229 vom 27.06.2023

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann bietet für alle Bürger aus Tempelhof-Schöneberg eine Sprechstunde in Lichtenrade an:

Bürgersprechstunde mit Bezirksbürgermeister Oltmann

Donnerstag, 6. Juli 2023 ab 15:30 Uhr

Seniorenfreizeitstätte Gemeinschaftshaus Lichtenrade, Barnetstraße 11, 12305 Berlin

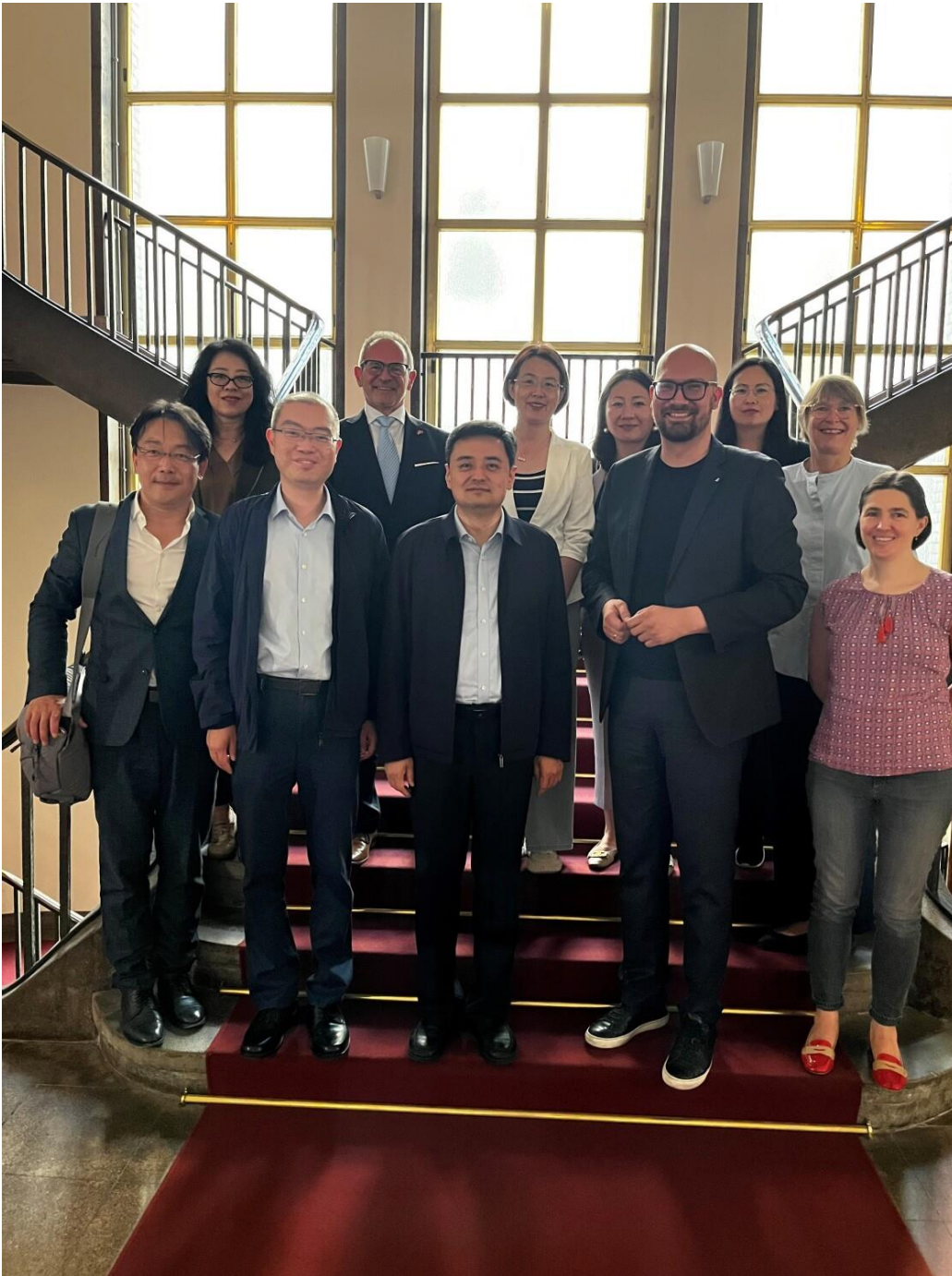
Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Die letzte Bürgersprechstunde in der Alten Mälzerei in Lichtenrade hat genau wie meine Sprechstunden im Rathaus Schöneberg einen guten Anklang gefunden. Deswegen lade ich alle interessierten Bürger erneut zum persönlichen Austausch ein, diesmal in der Seniorenfreizeitstätte im Gemeinschaftshaus Lichtenrade.“

Um eine **Anmeldung** per [E-Mail an das Büro des Bezirksbürgermeisters](#) oder telefonisch unter (030) 90277-2041 wird gebeten.

06) Delegation aus Shunyi besucht Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 227 vom 27.06.2023



Bezirksbürgermeister von Shunyi Cui Xiaohao (Mitte), Staatssekretär Michael Biel (vordere Reihe, 2. von rechts) sowie Vertreter der Berliner Verwaltung und der chinesischen Delegation Im Rahmen des AsiaBerlin Summit vom 12. bis 15. Juni 2023 besuchte eine Delegation von Wirtschaftsvertretern und Politik des Bezirks Shunyi aus der chinesischen Hauptstadt Beijing auch Tempelhof-Schöneberg. Die Plattform AsiaBerlin des Berliner Senats gilt als europaweit bedeutendstes Forum für Dialog und Zusammenarbeit in Wirtschaft und Technologie mit Asien. Die diesjährigen Schwerpunktthemen des Summits waren Mobilität & Logistik, Energiewende & Green Tech sowie Künstliche Intelligenz.

Seite C 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Besucher aus China zeigten aber auch großes Interesse daran, sich mit einem Berliner Bezirk zu vernetzen. Mercedes Benz unterhält sowohl ein Werk in Shunyi als auch in Tempelhof-Schöneberg, da lag es nahe, den Kontakt zu Tempelhof-Schöneberg zu knüpfen.

Nach einem Besuch im Werk in Marienfelde ging es dann gemeinsam zu einem Austausch in die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Dort empfing Staatssekretär Michael Biel mit Fachleuten aus seiner Verwaltung, der Senatskanzlei, der Wirtschaftsförderung Tempelhof-Schöneberg und einem Vertreter der automotive BerlinBrandenburg e.V. die Delegation.

Im nordöstlich vom Zentrum Beijings gelegenen Bezirk Shunyi leben rund 1,4 Millionen Einwohner auf 1.021 Quadratkilometern. Chinas größter Flughafen ist hier beheimatet, demzufolge verfügt der Bezirk über eine exzellente verkehrliche Infrastruktur. Bedingt durch den Flughafen verfügt Shunyi über die größte Wirtschaftskraft der fünf neuen Distrikte Beijings und ist geprägt durch innovative Produktionsbetriebe, darunter auch viele deutsche Unternehmen. Shunyi ist das industrielle Zentrum Beijings mit dem Schwerpunkt innovative Industriecenter auf den Gebieten Smarte Fahrzeuge, neue Halbleitertechnologien, Raumfahrtindustrie sowie intelligente Fertigung. Ergänzt wird dieses Spektrum durch die Dienstleistungsbranchen Flughafenwirtschaft, Kongresswesen und Kulturtourismus. Der Austausch war für beide Seiten interessant. Die chinesische Delegation bekräftigte zum Abschluss der Gespräche nochmals den Wunsch nach einer Intensivierung der Kontakte. In dem Zusammenhang äußerte die chinesische Seite die Bitte, mehr Direktverbindungen zwischen Beijing und Berlin einzurichten.

07) Tempelhof-Schöneberg trauert um Rainer Penk

Pressemitteilung Nr. 226 vom 26.06.2023



Bild: Sascha Bachmann

Rainer Penk, der langjährige Bezirksverordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion „Die Grünen“ ist am 20. Juni 2023 plötzlich verstorben.

Seite C 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Rainer Penk war seit 2011 Bezirksverordneter der Grünen. Einer seiner Schwerpunkte war die Wirtschaftspolitik.

2016 übernahm Rainer Penk den Fraktionsvorsitz der Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg. Er zeichnete sich in diesem Amt durch eine ruhige und vermittelnde Art aus. Er war in seinen Aussagen verbindlich, ein aufmerksamer Gesprächspartner und wegen seiner fachlichen Expertise wie auch seiner Zuverlässigkeit sowie seiner persönlichen Integrität hoch geschätzt.

Auch in den stürmischeren Momenten der BVV ließ er sich nicht aus der Ruhe bringen und hat immer wieder maßgeblich dazu beigetragen, Wogen zu glätten, Gemüter zu beruhigen. Rainer Penk zeichnete sich dadurch aus, dass er in der Sache überlegt und engagiert gehandelt hat. Mit seiner durchweg freundlichen und respektvollen Art gelang es ihm andere Menschen für sich zu gewinnen und sich für andere Personen erfolgreich einzusetzen.

Rainer Penk hat seine politische Tätigkeit bereits vor 41 Jahren in Neu-Tempelhof begonnen und hat buchstäblich bis zum Ende unermüdlich für die Menschen in unserem Bezirk gearbeitet. Er war außerdem viele Jahre lang ehrenamtlich tätig, etwa bei Gedenkstättenfahrten oder als Helfer bei bezirklichen Veranstaltungen.

Mit ihm verliert die Politik, der Bezirk, verliert Berlin einen großartigen Menschen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Die BVV und der Bezirk Tempelhof-Schöneberg wird ihm ein würdiges und ehrendes Andenken bewahren.

Ab sofort besteht die Gelegenheit, sich im Büro des Bezirksverordnetenvorstehers in ein Kondolenzbuch einzutragen und sich von Rainer Penk zu verabschieden.

08) 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede: Veranstaltungsserie zum Doppeljubiläum in Tempelhof-Schöneberg mit Buchlesung eröffnet





Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann hat die Veranstaltungsserie zum Doppeljubiläum 75 Jahre Luftbrücke und 60 Jahre Kennedy-Rede eröffnet. Zu der Buchlesung „Als ich Kennedy verpasste“ mit dem Autor Manfred Suttinger kamen mehr als 100 Gäste ins Rathaus Schöneberg. Sie musste wegen der großen Nachfrage aus dem John-F.-Kennedy- in den größeren Louise-Schröder-Saal verlegt werden. Die Lesung wurde vom Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. unter der Leitung von Ed Koch veranstaltet.

„Ich bin ein Berliner“-Bürgerfest mit Festakt

Sonnabend, 24. Juni 2023, 17:00 bis 21:00 Uhr

vor dem Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Bei uns im Rathaus Schöneberg weht der freiheitliche Geist von John F. Kennedy bis zum heutigen Tage. Viele Menschen kommen immer noch zu uns, um den Ort zu sehen, an dem Kennedy seine berühmte Rede „Ich bin ein Berliner“ gehalten hat. Die, die damals vor 60 Jahren dabei waren, erzählen heute noch mit glänzenden Augen von diesem absoluten Ausnahmeereignis.”

Der Bezirksbürgermeister lud alle Gäste zu der Serie von Veranstaltungen ein, mit denen die historische Bedeutung der Luftbrücke und der Kennedy-Rede gewürdigt wird. Höhepunkt wird das „Ich bin ein Berliner“-Bürgerfest mit Festakt am 24. Juni 2023 (17 bis 21 Uhr) auf dem John-F.-Kennedy-Platz.

Seite C 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Das Projekt ist eine Kooperation mit visitBerlin und wird mit Fördermitteln der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe aus den Zuschüssen für besondere touristische Projekte unterstützt. Auch durch die Checkpoint Charlie Stiftung und die Stiftung Luftbrückendank wird das Bürgerfest finanziell gefördert.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg weist auch schon auf die folgenden drei Veranstaltungen in der Reihe im Rathaus Schöneberg hin:

- **26. Juni 2023, ab 18:30 Uhr:** Podiumsgespräch „Ich bin ein Berliner“ mit Prof. em. Dr. David Barclay und Dr. Andreas Etges, gefördert von der US-Botschaft
- **30. Juni bis 2. Juli 2023, ab 10:00 Uhr:** Foto- und Briefmarkenausstellung der Forschungsgemeinschaft Berlin anlässlich 75 Jahre Luftbrücke
- **10. Juli 2023, ab 18:30 Uhr:** Zeitzeugengespräch zur Sicherung der US-Präsidentenbesuche 1963 und 2013 durch die Berliner Polizei

Alle weiteren Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen rund um die Jubiläen finden Sie auf der [Website des Bezirksamts](#).

<https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/ueber-den-bezirk/veranstaltungen/artikel.1311924.php>

09) Kulturfest Lichtenrade: Musik, Kabarett und Party!

Pressemitteilung Nr. 209 vom 19.06.2023

Beliebtes Straßenfest findet zum dritten Mal statt

Zum dritten Mal findet am Samstag, den 1. Juli 2023 das **Kulturfest Lichtenrade** mit abwechslungsreichem Programm unter freiem Himmel statt.

Kulturfest Lichtenrade

Sonnabend, 01. Juli 2023 von 15:00 bis 21:00 Uhr

Alt Lichtenrade 109, 12309 Berlin – zwischen Dorfteich und Dorfkirche

Der Eintritt ist frei.

Weitere Infos auf der [Internetseite der Dezentralen Kulturarbeit](#)



Die Ruhrpottkabarettistin Kordula Völker.- Bild: Rose Benninghoff

Das Fest beginnt mit dem Kinderchor **Pizzicanto!** der evangelischen Kirchengemeinde Lichtenrade. Danach lädt das Improtheaterduo von **Hardy Kistner** und **Carola Neitzel** zum Mitmachen ein, indem es Vorschläge des Publikums spontan ins Stegreifspiel umsetzt.

Weiter geht es mit der Jazzband des Droste-Hülshoff-Gymnasiums, den **Toten Lerchen**. Der Name der Band ist eine Hommage an Annette von Droste-Hülshoff und ihr Gedicht „Die tote Lerche“, in dem es um die unsterbliche Kraft der Musik geht. Darauf folgen die **Alten Jungbläser Lichtenrade** mit Spirituals, Chorälen, Popmusik, leichter Klassik und Folk.



Party-Weltmusik zum Kulturfest-Finale: Casino Gitano aus Berlin.- *Bild: Casino Gitano*

Gegen 18:30 Uhr betritt die **Ruhrpottkabarettistin Kordula Völker** die Bühne. Ihr Thema ist das Scheitern des Individuums zwischen den eigenen moralischen Werten und dem gesellschaftlichen Wandel. Zum Kulturfest-Finale bittet am Abend die Gypsy-Polka-Swing-Punk-Band aus Berlin **Casino Gitano**. Mit einer Live-Performance voller Lebensfreude und Lebendigkeit feiert die fünfköpfige Band eine Party und lädt zur Part(y)zipation ein. Ende des Festes wird ca. 21:00 Uhr sein (müssen).

Gefördert wird das Fest von der Dezentralen Kulturarbeit im Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

01) Rumänischer Staatspräsident Johannis erfreut über wissenschaftliche Fachtagungen der Kulturstiftung in Rumänien in diesem Jahr



Pressemitteilung

Rumänischer Staatspräsident Johannis erfreut über wissenschaftliche Fachtagungen der Kulturstiftung in Rumänien in diesem Jahr

Nr. 10/2023

Am Sonntag, den 4. Juni 2023, fand in der Frankfurter Paulskirche die feierliche Verleihung des renommierten Franz-Werfel-Menschenrechtspreises des Zentrums gegen Vertreibungen statt. Der diesjährige Preisträger ist der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis, selbst ein Siebenbürger Sachse. Bei dem feierlichen Festakt in der Paulskirche Frankfurt am Main wurde er für seinen unermüdlichen Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte in Rumänien und Europa vor rund 500 Gästen geehrt.

Der mit 10.000 Euro dotierte Preis, der alle zwei Jahre verliehen wird, wurde erstmals am 29. Juni 2003 vergeben und ehrt herausragende Persönlichkeiten, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ist benannt nach dem berühmten Schriftsteller Franz Werfel, der mit seinem Roman "Die 40 Tage des Musa Dagh" ein bedeutendes literarisches Zeugnis über die Verfolgung und den Völkermord an der armenischen Nation während des Ersten Weltkriegs geschaffen hat.

Die Preisverleihung war eine hochkarätige Veranstaltung, bei der auch die Kulturstiftung vertreten war. Unter den Gästen befand sich u.a. der stv. Vorsitzende des Kuratoriums der Kulturstiftung, BdV-Präsident Bernd Fabritius, das Kuratoriumsmitglied Dr. Maria Werthan, der Ehrenvorsitzende der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Reinfried Vogler, der ebenfalls der Auswahljury angehört sowie der Vorstandsvorsitzende Dr. Ernst Gierlich.

Dr. Gierlich informierte Staatspräsident Johannis über die Arbeit der Kulturstiftung und dieser zeigte sich sehr erfreut über die bevorstehenden wissenschaftlichen Fachtagungen der Kulturstiftung in Temeschwar/Timișoara zur deutschsprachigen Literatur im Banat und zur Zukunft der siebenbürgischen Kirchenburgen in Hermannstadt/Sibiu in Rumänien.

Mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird die herausragende Leistung von Klaus Johannis bei der Förderung der Menschenrechte

Berlin, 05.06.2023

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 /228/ 24965040

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49/ 30/ 86335510

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org

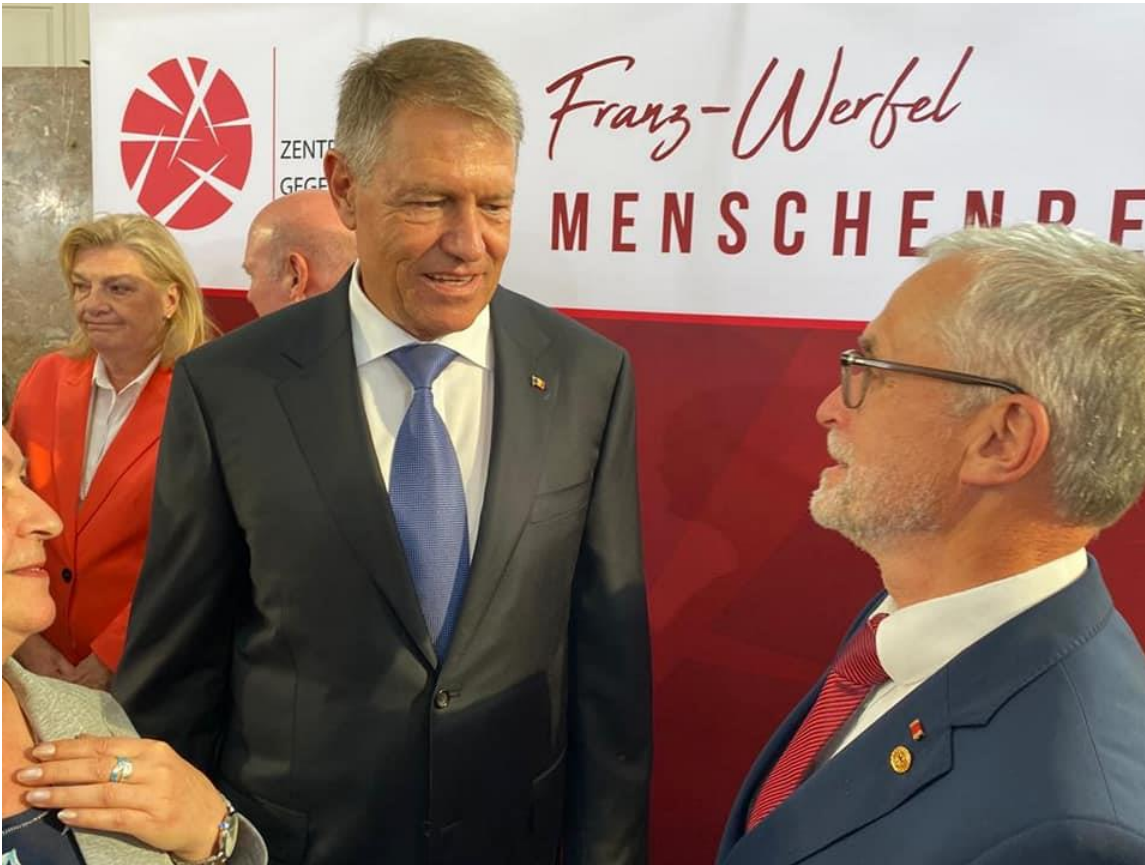


gewürdigt. Seine Arbeit als rumänischer Staatspräsident und sein persönliches Engagement machen ihn zu einem würdigen Preisträger. Der Preis ist eine Anerkennung für sein Engagement und eine Ermutigung für zukünftige Bemühungen, die Menschenrechte weltweit zu schützen und zu fördern. Wir gratulieren dem Staatspräsidenten Johannis ganz herzlich zu dieser Auszeichnung!

Weitere Informationen zu dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis finden Sie hier: <https://www.franz-werfel-menschenrechtspreis.de/>



Stv. Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, Staatspräsident Rumäniens Klaus Johannis und Kuratoriumsmitglied der Kulturstiftung Dr. Maria Werthan



Klaus Johannis und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung Dr. Ernst Gierlich



Ehrenvorsitzender der Kulturstiftung Reinfried Vogler, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN und deren Vize-Präsident Bernard Gaida und Klaus Johannis

02) Kulturstiftung vermittelt Grundlagen der Pressearbeit



Pressemitteilung

**Kulturstiftung vermittelt Grundlagen der
Pressearbeit**

Nr. 12/2023

Am 02. Juni 2023 fand ein Online-Workshop der Beratungsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Kulturstiftung statt, der das Thema „Pressemitteilungen schreiben“ behandelte.

Pressemitteilungen spielen eine entscheidende Rolle, um auf die erfolgreiche Arbeit der nach §96 BVFG tätigen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit aufmerksam zu machen. Sie erhöhen die Sichtbarkeit einer Organisation und tragen dazu bei, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für deren Themen oder Initiativen zu steigern. Durch die Bereitstellung wichtiger Informationen, die positive Nachrichten enthalten, kann die Öffentlichkeit davon überzeugt werden, dass es sich um eine glaubwürdige, vertrauenswürdige und erfolgreiche Einrichtung handelt. Es ist daher wichtig, das Schreiben von Pressemitteilungen zu beherrschen, um die Vorteile dieser Kommunikationsform nutzen zu können.

Nach einer Einführung in das Thema durch den Geschäftsführer der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, leitete Alina Wagner, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Teilnehmer durch den Workshop. Neben theoretischen Grundlagen, gab es auch praktische Tipps zum Verfassen von Pressemitteilungen.

Der Workshop richtete sich speziell an alle Interessenten, die im Rahmen des § 96 BVFG tätig sind. Der Workshop bot eine hervorragende Gelegenheit relevante und praxisnahe Informationen zur Pressearbeit auf dem Gebiet zu erhalten.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen setzt sich dafür ein, das Erbe der deutschen Vertriebenen zu bewahren und die kulturelle Vielfalt zu fördern. Mit der Beratungsstelle Öffentlichkeitsarbeit und den Workshopreihen zur Pressearbeit trägt die Kulturstiftung nachhaltig dazu bei, die Öffentlichkeitsarbeit, gerade auch von Betreibern von Heimatsammlungen, zu stärken.

Berlin, 14.06.2023

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 /228/ 24965040

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49/ 30/ 86335510

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org

03) Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, **Baden Württembergs Innenminister Thomas Strobl**, erinnert an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und an den Auftrag an alle, sich für Frieden und ein vereintes Europa einzusetzen. Bei einer Gedenkfeier am heutigen 20. Juni 2023 wird ein Kranz am Mahnmal für die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in **Bad Cannstatt** niedergelegt.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/nationaler-gedenktag-fuer-die-opfer-von-flucht-und-vertreibung-1?pk_medium=newsletter&pk_campaign=230619_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily



- 19.06.2023

Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung



Innenministerium Baden-Württemberg

Der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl, erinnert an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und an den Auftrag an alle, sich für Frieden und ein vereintes Europa einzusetzen. Bei einer Gedenkfeier am 20. Juni 2023 wird ein Kranz am Mahnmal für die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Bad Cannstatt niedergelegt.

Der Nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung steht für den Auftrag an uns alle, sich für den Frieden und die Versöhnung, für die Schaffung eines vereinten Europas einzusetzen. Diesem Auftrag sind wir immerfort verpflichtet. Ihn anzunehmen und

zu erfüllen ist heute – in einer Zeit, in der nach Jahrzehnten des Friedens wieder Krieg in Europa herrscht – wichtiger denn je! Der verbrecherische [Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine](#) hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Die erschreckenden Bilder der Zerstörung und die Bilder Millionen flüchtender Menschen führen uns schonungslos vor Augen, was Krieg bedeutet und anrichtet: Tod und Zerstörung, Folter und Vergewaltigung, Verwundung, Trauer und Traumatisierung. Deshalb müssen wir uns aktiv für Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzen und mit ganzer Kraft darauf hinwirken, es gar nicht erst zum Krieg kommen zu lassen. Toleranz und Offenheit sind Eckpfeiler einer freien, demokratischen Gesellschaft und einer intakten Verständigung zwischen Staaten“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, [Thomas Strobl](#), anlässlich des Nationalen Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2023.

Am 20. Juni 2023 findet die öffentliche Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen statt. Ministerialdirektor Reiner Moser wird ein Gedenkwort sprechen und einen Kranz am Mahnmal niederlegen. Weitere Gedenkworte werden der Landesvorsitzende des [Bundes der Vertriebenen](#), Hartmut Liebscher, und Pfarrer Dr. Gerhard Neudecker vom [Kommissariat der katholischen Bischöfe in Baden-Württemberg](#) sprechen. Musikalisch wird die Gedenkfeier von einem Ensemble des [Landespolizeiorchesters](#) begleitet.

Nationaler Gedenktag am 20. Juni

Der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wurde im Jahr 2014 eingeführt und in Anlehnung an den [Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen](#) auf den 20. Juni gelegt. Seither kommen Vertreter der Landesregierung, des Landtags, der Kirchen, des Bundes der Vertriebenen und der landsmannschaftlichen Vereinigungen, in der Kuranlage Bad-Cannstatt zusammen, um gemeinsam an das Leid, welches Deutsche in Ost- und Südosteuropa in Folge des Zweiten Weltkriegs erfahren mussten, zu erinnern.

„Am 20. Juni gedenken wir aller, die in Folge des Zweiten Weltkriegs Opfer von Flucht und Vertreibung wurden. Wir gedenken derer, die ums Leben kamen. Wir gedenken derer, deren Körper und Seele bleibenden Schaden davontrugen. Wir gedenken derer, die noch über Generationen die erlittenen Traumata verarbeiten mussten. Bei Kriegsende im Mai 1945 waren etwa 40,5 Millionen entwurzelte Menschen in Europa unterwegs. Unter ihnen befanden sich zwölf bis 14 Millionen Deutsche, die aus den Gebieten in Ostdeutschland oder aus Regionen in Ost- und Südosteuropa, wo sie seit Jahrhunderten gesiedelt hatten, flüchten mussten oder vertrieben wurden. Hinter all diesen Zahlen verbergen sich individuelle Schicksale, stehen Menschen, die einen einschneidenden Bruch in ihrer Biographie erleben und verkraften mussten“, so Minister Thomas Strobl.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 74, 2023

Wien, am 20. Juni 2023

04) Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort

„Wir wollen freie Menschen sein!“ Diese Botschaft des 17. Juni 1953 ist das Herzstück und der Fokus aller Forderungen, mit denen in der damaligen DDR vor 70 Jahren **mehr als eine Million mutige Menschen** gegen das **SED-Unrecht** aufbegehrten, sei es mehr Demokratie, bessere Lebensbedingungen oder die Einheit Deutschlands. Das Regime kam gegen die Proteste nur an, indem es die Maske der Menschenfreundlichkeit ein für alle Mal fallen ließ und Panzer und Soldaten gegen die eigenen Bürger schickte. [Hier sehen Sie die ganze Erklärung des Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU \(OMV\) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas.](https://www.omv.cdu.de/artikel/primas-lehren-des-17-juni-wirken-bis-heute-fort)

<https://www.omv.cdu.de/artikel/primas-lehren-des-17-juni-wirken-bis-heute-fort>

Primas: Lehren des 17. Juni wirken bis heute fort

16.06.2023

SED-Unrecht aufklären – Kampf für die Freiheit bleibt aktuell

Am 17. Juni 2023 jähren sich die Ereignisse des Volksaufstandes in der DDR zum 70. Mal. Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas:

„Wir wollen freie Menschen sein!“ Diese Botschaft des 17. Juni 1953 ist das Herzstück und der Fokus aller Forderungen, mit denen in der damaligen DDR vor 70 Jahren mehr als eine Million mutige Menschen gegen das SED-Unrecht aufbegehrten, sei es mehr Demokratie, bessere Lebensbedingungen oder die Einheit Deutschlands. Das Regime kam gegen die Proteste nur an, indem es die Maske der Menschenfreundlichkeit ein für alle Mal fallen ließ und Panzer und Soldaten gegen die eigenen Bürger schickte.

Die damaligen Ereignisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Daher ist es gut, dass der Bundesausschuss der CDU Deutschlands angesichts des morgigen 17. Juni besonders an dieses Jubiläum erinnert und damit auch den Opfern der SED-Diktatur ein ehrendes Andenken bewahrt.

Gerade diejenigen Opfer verdienen Beachtung, deren Schicksal noch immer nicht ausreichend aufgearbeitet wurde. Wem die Flucht gelang oder wer freigekauft wurde, litt häufig noch bis zum Mauerfall unter den „Zersetzungsaktionen“ der Stasi und somit unter Angriffen auf die neugewonnene Freiheit. Die OMV setzt sich daher dafür ein, dass auch diese Machenschaften des DDR-Regimes erforscht und aufgeklärt und die Opfer angemessen entschädigt werden.

Die Lehren aus dem 17. Juni 1953 wirken bis heute fort. Damals – ebenso wie später beim ungarischen Volksaufstand 1956 und beim Prager Frühling 1968 – trat das Wesen solcher Unrechtssysteme ungeschminkt und in seiner schlimmsten Ausprägung zutage. Jeder, der dort Freiheit wollte oder Systemkritik übte, wurde bespitzelt, als Staatsfeind gebrandmarkt, inhaftiert und schlimmstenfalls hingerichtet. Im Umgang mit Diktatoren und Autokraten und aktuell besonders angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine gilt es, diese Lektion besonders im Blick zu behalten und solchen Systemen entschlossen entgegenzutreten.

Damals kämpften DDR-Bürger für die Freiheit und die Einheit Deutschlands. Ihre Mitbürger in der Bundesrepublik sprangen ihnen bei, indem der 17. Juni zum „Tag der deutschen

Seite C 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Einheit“ und später zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ erklärt wurde. Gerade die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in der OMV und den Unionsparteien hielten an der Symbolkraft dieses Gedenktages fest und setzten sich bis zuletzt für die deutsche Einheit ein.

Heute kämpfen die Bürger der Ukraine für ihre Freiheit und für Demokratie. Sie kämpfen aber auch für unser aller Freiheit in Europa. Deshalb gilt für alle europäischen Länder, der Ukraine beizustehen, damit die Freiheit im Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung besteht.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 74, 2023

Wien, am 20. Juni 2023

05) Das war der 73. Sudetendeutsche Tag



Verleihung des Karls-Preises der SL durch Sprecher Bernd Posselt (Mi.) an Christian Schmidt (li.) und Libor Rouček (re.). *Foto: SL.*

Der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Libor Rouček**, und der deutsche Ex-Bundeslandwirtschaftsminister **Christian Schmidt** haben am Samstag am 73. Sudetendeutschen Tag in der Donau-Halle in Regensburg den **Europäischen Karls-Preis** der Sudetendeutschen Landsmannschaft erhalten. Die beiden Politiker, die Ko-Vorsitzende des **Tschechisch-Deutschen Gesprächsforums** sind, wurden für ihr Engagement für die bilateralen Beziehungen geehrt.

[Die Rede Posselts anlässlich der Preisverleihung können Sie hier nachlesen.](#)

Seite C 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Rouček sagte in seiner Dankesrede, er wünsche sich und hoffe, dass auch der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, **Bernd Posselt**, für seinen Einsatz und seine langjährige Arbeit für die tschechisch-deutsche Verständigung und Versöhnung in Prag offiziell gewürdigt werde. Auch das tschechische Parlament sollte einmal erklären, dass die Sudetendeutschen „unsere Landsleute“ sind. Für die nahe Zukunft erwartet sich Rouček, dass eine tschechische Stadt Posselt einmal offiziell einlädt, um dort den Sudetendeutschen Tag zu veranstalten.

Der stellv. SL-Chef **Steffen Hörtler** dachte in seiner Begrüßungsansprache an den Krieg in der Ukraine: „Der russische Angriffskrieg erinnert auch an unser Schicksal: Nie wieder Krieg, nie wieder Vertreibungen“.

Die Rede des tschechischen Bildungsministers **Prof. Dr. Mikuláš Bek** auf der Hauptkundgebung am Sonntag mit dem Titel [„Das Werk der Versöhnung ist vollbracht“ sehen Sie bitte hier.](#)

Einen viertelstündigen TV-Bericht des Bayerischen Rundfunks (BR) zum ST [können wir Ihnen hier anbieten \(ARD-Mediathek\).](#)

Auch unsere Landsleute waren am ST diesmal – neben den alljährlichen Ständen der „**Sudetenpost**“, des **Böhmerwaldmuseums Wien** (Dr. Peter) und der „Sudetendeutschen Jugend und mittleren Generation in Österreich“ (**SdJÖ**) durchaus zahlreich und namhaft (Bundesobmann DDr. Stix, BO-Stellvertreter Prof. Lorenz, SL-OÖ-Obmann Ing. Ludwig, Obmann KV-Südmährer H.G. Grech mit Gattin, HR Rogelböck u.v.m.) vertreten – [bitte sehen Sie hier Bilder von Rüdiger Stix und Christa Gudrun Spinka-Grech.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 64, 2023

Wien, am 30. Mai 2023

06) Söder: „Ich bin ein Sudetendeutscher!“

Als Bayerischer Ministerpräsident ist **Markus Söder** zugleich Schirmherr der Sudetendeutschen – eine Aufgabe, die für ihn keine Pflicht, sondern ein „Herzensanliegen“ darstellt, weshalb er bei der Hauptkundgebung am Pfingstsonntag in Anlehnung an **John F. Kennedy**s historische Worte „Ich bin ein Berliner“ (1963 vor dem Rathaus Schöneberg im damals geteilten Berlin) stolz verkündete: „**Ich bin ein Sudetendeutscher!**“

Ohne die Sudetendeutschen und ihre großartige Aufbauleistung wäre Bayern heute nicht so erfolgreich. Dafür sei ihnen von Herzen zu danken. „Manchmal“, so Söder, „wird Geschichte eben doch gut“.

Auch mit ihrem Einsatz für ein geeintes Europa hätten die Sudetendeutschen Historisches bewirkt. Der Beitrag der Heimatvertriebenen zur Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen solle mit dem **Friedensnobelpreis** gewürdigt werden.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

07) Sudetendeutsche Kulturpreisträger 2023

Die **Sudetendeutschen Kulturpreise** werden alljährlich am Vorabend der Eröffnung des Sudetendeutschen Tages verliehen.

Den Großen Sudetendeutschen Kulturpreis erhielt der 1960 in München geborene Architekt **Johannes Probst**, den Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur bekam **Dr. Heike Schwarz**.

Tina Stroheker empfing den Kulturpreis für Literatur und Publizistik. „**Mauke – die Band**“ wiederum, 2006 gegründet, konnte sich über den Kulturpreis für Volkstumspflege freuen.

[Porträts von allen Preisträgern sehen Sie bitte hier.](#)

<https://www.sudeten.de/kulturpreise?markQuery=a3VsdHVychHJlaXNI>

Kulturpreise

Eingedenk der Verpflichtung, das kulturelle Erbe zu wahren, und getragen von dem Willen, die schöpferischen Kräfte zu fördern, vergibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Dank und Anerkennung für künstlerisches Wirken im Sinne einer jahrhundertealten Tradition die Sudetendeutschen Kultur- und Förderpreise auf den Gebieten Bildende Kunst und Architektur, Musik und Darstellende Kunst, Literatur und Publizistik sowie Wissenschaft. Darüber hinaus vergibt sie den Preis für sudetendeutsche Heimat- und Volkstumspflege.

Die Sudetendeutschen Kulturpreise werden alljährlich am Vorabend der Eröffnung des Sudetendeutschen Tages verliehen.

Für Vorschläge in der Kategorie Förderpreise ist zu beachten: Die Empfänger der Förderpreise sollten jünger als 35 Jahre sein, sudetendeutsche Vorfahren haben oder einen Beitrag mit sudetendeutschem Bezug geleistet haben. Der Festakt für die Verleihung der Förderpreise findet in der Regel am Anfang jedes Jahres statt.

Kulturpreisträger 2023

Großer Sudetendeutscher Kulturpreis

Der 1960 in München geborene Architekt **Johannes Probst** erhält den Großen Sudetendeutschen Kulturpreis. Als Teil einer künstlerischen Familie entschied er sich nach dem Abitur für ein Studium der Architektur, arbeitete anschließend im Büro von Professor Paolo Nestler, der unter anderem für die Neugestaltung verschiedener U-Bahnhöfe in München oder die Innengestaltung des Hypo-Hauses verantwortlich zeichnet.

Bereits mit 28 Jahren wagt er sich in die Selbständigkeit und hat seitdem zahlreiche Erfolge vorzuweisen, so unter anderem das Ensemble Theaterplatz in Chemnitz, das er nach dem Gewinn des Architekturwettbewerbs realisierte, ebenso das Ausstellungsgebäude MAN Truck und Bus Forum in München-Karlsfeld oder das Sudetendeutsche Museum.

Zusammen mit seinem Bruder entwarf und baute er zwei Stadthäuser in München, bei denen ein Teil der Wohnfläche unter der Erboberfläche liegt und über die die „Süddeutsche

Zeitung“ unter dem Titel „Beletage im Keller“ schrieb: „Mit den Baukosten von 350.000 Euro pro Stadthaus haben Johannes und Markus Probst eine lebenswerte Alternative gebaut zu den geklonten Reihen- und Doppelhäusern, die sonst so typisch sind für flächensparende Nachverdichtung im engsten Stadtraum.“

Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur



Dr. Heike Schwarz hat Amerikanistik, Politik, Praktische Philosophie und Ethik, Staats- und Völkerrecht studiert und ist mit der Arbeit „Beware of the Other Side(s): Multiple Personality Disorder in American Fiction“ promoviert worden. Am Beispiel Amerika greift sie die Themen Heimat, Neuanfang, Hoffnung, Selbstfindung und Identität auf.

Neben ihrer Vollzeittätigkeit als Führungskraft für einen Fachverlag ist sie Gastprofessorin an der University of Galway und der University of Pittsburgh und ist an den Lehrstühlen Komparatistik und Amerikanistik an der Universität Augsburg Lehrbeauftragte.

Die Arbeitsweise der Künstlerin zeigt intensiv eine Zusammenführung von Kunst und Wissenschaft, ohne dass die künstlerischen Produkte gefahrlaufen würden, Illustrationen ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu sein. In ihrer narrativen Kunst wirft sie Fragen wie „Was ist das Selbst?“, „Wer bin ich?“, „Wie viele bin ich?“ auf. War früher das Bekenntnis zu einer, mitunter vorgegebenen Identität vorherrschend, wird gegenüber dieser Eindimensionalität in der Psychologie von heute das Annehmen einer mehrdimensionalen Identität hervorgehoben.

Von den Ausstellungen im Jahr 2022 seien vor allem genannt CONNECTED „Der Sündenfall“, eine Installation mit Fotografien in der Kunsthalle Augsburg, „Drucksymposion 2022“, eine Ausstellung mit Radierungen, ebenfalls in der Kunsthalle Augsburg oder „Kreaturen“ mit Christina Weber im Rathaus Neusäß mit Fotografie, Ölmalerei, Zeichnung und Radierung.

Kulturpreis für Literatur und Publizistik



Die Empfängerin des Kulturpreises für Literatur, **Tina Stroheker**, machte mit einigen ihrer Arbeiten den bereits in Vergessenheit geratenen böhmischen Schriftsteller Josef Mühlberger (1903–1985) wieder allgemein bekannt. Nach der erzwungenen Ausreise 1946 lebte er in Eislingen, wo ihn Stroheker auch kennenlernte. Nach seinem Tod hat sie 1995 die Eislinger Mühlberger-Tage initiiert und diese zwanzig Jahre kuratiert. Sie haben eine internationale und vielschichtige Auseinandersetzung mit Josef Mühlberger, seinem Werk und der Kultur in Böhmen und Mähren angestoßen. Strohekers 2003 erschienenes Buch „Vermessung einer Distanz“ ist ein Erfahrungsbericht über Begegnungen mit dem Schriftsteller. Es gibt, so stellt sie fest, eine verbindende Welt des Geistes über die Grenzen von Sprachen, Kulturen und Generationen. Für ihre Verdienste um den Schriftsteller erhielt sie 2003 den „Josef-Mühlberger-Preis“. Immer wieder hat Tina Stroheker in der Tschechischen Republik an Schulen, Universitäten und in Kulturhäusern Lesungen und Vorträge gehalten.

2021 erschien ein neues Buch, das in vielfältiger Weise die deutsch-tschechischen Beziehungen widerspiegelt, und zwar vermittelt über das bewegende Portrait der Germanistin Hana Jüptnerová (1952–2019), einer mutigen tschechischen Dissidentin und Christin, Brückenbauerin zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, mit der Tina Stroheker seit der ersten Mühlberger-Konferenz in dessen Heimatstadt Trautenau (2015) eng befreundet gewesen ist: „Hana oder Das böhmische Geschenk. Ein Album“.

Tina Stroheker gehört zu den anerkannten deutschen Autorinnen der älteren Generation. Für ihr Werk erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen und ist Mitglied im PEN-Zentrum Deutschland.

Sudetendeutscher Kulturpreis für Volkstumpflege



Gegründet wurde „**Mauke – Die Band**“ im Jahre 2006, das erste Konzert fand im Sudhaus im Rahmen der Kaufbeurer Kulturwoche statt. Zu diesem Zeitpunkt war weder den Musikern noch den Besuchern klar, welcher Stein damit ins Rollen gebracht wurde. Dennoch entschied man sich bei der Wahl des Bandnamens für einen typisch paurischen Begriff. Mauke steht für Brei, also eine Vermischung von Dingen. Mauke – die Band ist keine klassische Mundartband, sondern viel mehr. Die Vermischung von Musik mit paurischen Texten und Kabarett ist in dieser Form einzigartig.

Die Band besteht aus dem Frontmann und Multiinstrumentalisten Wolfgang Klemm, Schlagzeuger und Mundartdichter Michael O. Siegmund, Gitarrist Herbert Stumpe, Sven Siegmund am Piano, Björn Siegmund zur stimmlichen Begleitung und Dieter Schaurich am Bass.

Aus gelegentlichen Konzerten in den Anfangsjahren, zum Beispiel im Sudhaus Neugablonz oder Gasthaus Hirsch in Obergermaringen, wurden größere Auftritte mit immer mehr Publikum. Als Durchbruch wird der Auftritt im Rahmen der „ARTigen Samstage“ am 1. August 2009 gesehen, als Hunderte von zugereisten Noppern (paurisch für Nachbarn oder Neugablonzer) den Obstmarkt und die umliegenden Gässchen füllten, um Mauke zu sehen, zu hören und zu unterstützen. Mauke setzt sich in besonderer Art und Weise für den Erhalt der Gablonzer Lebensart ein und bringt mit ihren immer wieder neuen Programmen die Gablonzer Mundart unter die Leute. Dafür wurde sie 2013 mit dem Kaufbeurer Kulturpreis und 2019 dem Dialektpreis Bayern ausgezeichnet.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

08) HEIMAT!abend – die völkerverbindende Kraft der Musik

Der Sudetendeutsche HEIMAT!abend fand im Rahmen des 73. Sudetendeutschen Tages am Samstag, den 27. Mai 2023, in der Donau-Arena in Regensburg statt, für viele Landsleute stellt er den Höhepunkt des Festes dar. [Wir dürfen Ihnen hier zahlreiche bildliche Eindrücke anbieten.](#)

<<https://www.sudeten.de/aktuelles/heimatabend-2023-in-regensburg>>

Mit zahlreichen Fotos, die hier nicht gebracht werden können!

Heimat mit Ausrufezeichen!

Beim Sudetendeutschen HEIMAT!abend in Regensburg offenbarte sich die völkerverbindende Kraft der Musik.

Deutsche und tschechische Gruppen brachten hier die Kultur der Böhmisches Länder auf die Bühne: Gemeinsames Tanzen, Singen und Musizieren – im Zeichen der gemeinsamen Heimat Europa.

Mit dabei:

- Die Böhmerwaldjugend
- Die Egerländer Familienmusik Hess
- Die Gartenberger Bunkerblasmusik
- Der Iglauer Singkreis
- Die Kuhländler Trachten- und Tanzgruppe
- Moravia Cantat (Südmähren)
- Die Schönhengster Volkstanzgruppe aus Mährisch Trübau
- Die Volkstanzgruppe Javorník aus Neutitschein
- Die Wischauer Tanzgruppe

Moderiert wurde der Abend von den „ZWOlingen“ Elisabeth und Stefanie Januschko.

Ein Grußwort sprach Silvia Stierstorfer MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene.

Der Sudetendeutsche HEIMAT!abend fand im Rahmen des 73. Sudetendeutschen Tages am Samstag, den 27. Mai 2023, in der Donau-Arena in Regensburg statt.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

09) „Das gemeinsame Europa weiterbauen“

Mario Hierhager ist Vorsitzender der Sudetendeutschen Jugend (**SdJ – Jugend für Mitteleuropa e.V.**). Auch er wurde in der BR-Sondersendung zum ST vom Moderator befragt - [hier sehen Sie seine Rede mit dem Titel „Das gemeinsame Europa weiterbauen.“](#)

Erklärung der SdJ – Jugend für Mitteleuropa e.V. | Sudetendeutscher Tag 2023 |

Mario Hierhager, Vorsitzender

Sehr verehrte Ehrengäste,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in herausfordernden Zeiten, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kaum oder keine Vergleichbarkeit kennen. Diese Feststellung ist keine Banalität, sondern das Ergebnis einer scheinbar endlosen Abfolge von Krisen. Seit über einem Jahr erreichen uns schockierende Bilder von Zerstörung, Kriegsverbrechen und unglaublicher Grausamkeit, direkt vor unserer Haustür. Einmal mehr sind die Themen Flucht und Vertreibung in den Mittelpunkt gerückt. Im Schatten dieser Ereignisse treten weitere ernste Probleme wie Inflation, Rezession und Sorgen um die Energieversorgung zutage. Zusätzlich beklagen wir ein Allzeithoch an politisch motivierten Straftaten in Deutschland, bei denen die Grenzen zwischen extremistischen Ideologien immer mehr verschwimmen. Vielleicht wird gerade deshalb mit erhöhter Leidenschaft über diskriminierungsfreie Sprache und die Freiheit in Film, Literatur und Musik debattiert, um dem wahren Schrecken unserer Zeit nicht ins Auge sehen zu müssen.

Inmitten dieser Spannungen steht unsere, die Arbeit der SdJ - Jugend für Mitteleuropa. Oft werden wir von Menschen aller Altersgruppen befremdet gefragt, warum wir uns immer noch mit der Vertreibung der Sudetendeutschen auseinandersetzen, da heute doch andere Themen wie die Klimakrise oder Gleichberechtigung im Fokus der jungen Menschen stehen. Das ist zweifellos richtig, denn sich für eine gesunde Umwelt und die gleichwertige Behandlung aller Menschen einzusetzen, ist der richtige Weg und auch unsere Aufgabe. Es war schon immer das ureigene Interesse der Jugend, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Doch dies wird nicht gelingen, wenn wir nur vereinzelt Schwerpunkte setzen. Die Ächtung von Vertreibungen weltweit, das Engagement für ein starkes und solidarisches Europa und nicht zuletzt das Eintreten für einen vernünftigen, verständlichen und anständigen Diskurs zur Stärkung unserer Demokratie – dies sind nur drei

Seite C 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

wichtige Aspekte einer gerechten Gestaltung der Zukunft. Die SdJ hat diese Ziele immer verfolgt und wird dies auch weiterhin tun.

Es ist offensichtlich, dass dies brandaktuell ist, angesichts der zunehmenden Verrohung in unserer Gesellschaft. Es liegt seit jeher in der Natur des Menschen, dass sich Generationen in ihrem Denken, Fühlen und Handeln voneinander unterscheiden und auch unterscheiden müssen. Doch wenn niemand mehr dem anderen zuhört, wenn wir uns in unseren Familien und im sozialen Umfeld unversöhnlich in Schubladen stecken, dann läuft etwas gewaltig schief. Stadt gegen Land, Auto gegen Fahrrad, Wokeness gegen Tradition, alt gegen jung – die Gräben scheinen an vielen Stellen immer tiefer zu werden. Wir sagen, das ist definitiv nicht zielführend. Gerade die Sudetendeutschen haben in ihrer großen Mehrheit gezeigt, dass Verständigung und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen zu ihren größten Stärken zählen, während sie nur an ihren extremen Rändern den sprichwörtlichen "böhmisch-mährischen Anstand" vermissen ließen. Die Grenzen des Verständnisses werden bei jeder Form des Extremismus erreicht, aber nicht in den Teilen unserer pluralistischen Gesellschaft, die sich aufopferungsvoll für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen. Weder Argwohn, noch Spaltung, noch Hass darf unsere Gesellschaft zerreißen. Wir appellieren an alle Menschen, unabhängig von ihrer Generation, die Scheuklappen abzulegen, aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören und dabei niemals falsche oder bequeme Toleranz gegenüber Hetzern, Lügnern und falschen Propheten walten zu lassen. Denn gegen internationale Verbrecher wie Putin können wir nur erfolgreich sein, wenn wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam für unsere Werte eintreten und mutig in die Zukunft blicken.

Vor genau 100 Jahren postulierte Reichskanzler Wirth, dass der Feind rechts stehe, und das gilt auch heute noch. Die Apologeten dieser Richtung, neuerdings verstärkt durch Anhänger wagenknechtscher und sonstiger Strömungen, sehen sich als fünfte Kolonne Putins und hoffen auf Schwächung und Demontage unserer pluralistischen Gesellschaft. Einzelne haben auch der SdJ vorgeworfen, dass wir uns durch eine klare Abgrenzung von rechts dem linken Zeitgeist anpassen.

Seite C 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Doch selbst unser Karlspreisträger Horst Seehofer stellte während seiner Zeit als Bundesinnenminister schon mit Nachdruck fest, dass der Rechtsextremismus die größte Bedrohung in Deutschland darstellt – und nicht nur dort! Wir sind überparteilich und lassen uns niemals auf ideologische Niederungen ein. Wir wehren uns entschieden gegen Verharmlosung und ein Wiederaufleben von Nationalismus, Chauvinismus und allem, was unseren Vorfahren den Verlust ihrer Heimat beschert hat.

Mit großer Freude begrüßen wir gerade deswegen den Vertreter der tschechischen Regierung, Herrn Minister Mikuláš Bek, hier am Sudetendeutschen Tag 2023. Kein Ressort liegt der SdJ mehr am Herzen als das für Bildung und Jugend. Da er bis vor Kurzem als Europaminister fungierte, stellt er allein von seinen Funktionen den perfekten Mitstreiter für unsere gemeinsamen Anliegen dar. Jugendbegegnung und Bildung sind wichtige Teile des Fundaments, auf dem Tschechinnen und Tschechen wie Deutsche weiterhin das gemeinsame Haus Europa weiterbauen und wir sind sehr glücklich darüber, hierbei mithelfen zu können. Pane ministře, vítejte! Jste mezi přáteli! (Herr Minister, herzlich willkommen! Sie sind unter Freunden!)

Gratulieren möchten wir auch den diesjährigen Karlspreisträgern Libor Rouček und Christian Schmidt. Sie haben in herausragender Weise gezeigt, dass Verständnis nur entstehen kann, wenn wir über den eigenen Tellerrand schauen. Sie hatten immer ein offenes Ohr für die Anliegen des jeweils anderen und haben damit maßgeblich zu den blühenden Beziehungen zwischen Tschechinnen und Tschechen und Deutschen unter dem europäischen Dach beigetragen. Nur gemeinsam werden wir die großen Fragen unserer Zeit lösen können. Lassen Sie uns unsere Werte von Solidarität, Empathie und Zusammenhalt verteidigen, den Herausforderungen begegnen und mutig den Krisen und Gefahren entgegentreten.

Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

10) Regensburg? „Řezno!“

Wer in tschechischen Medien, wo sehr viel über den ST zu lesen war, den Namen der deutschen, vielmehr bayerischen Stadt Regensburg sucht, wo zu keiner Zeit eine tschechische Minderheit lebte, also den Namen des Standortes des diesjährigen Sudetendeutschen Tages, der wird nicht fündig. Im Unterschied zu österreichischen und bundesdeutschen Medien, Politikern oder der Diplomatie, die ganz selten die deutschen Ortsnamen in der Tschechischen Republik benutzen (höchstens ab und zu in Klammern oder mit dem Adjektiv *früher*), wird in **allen Medien der ČR** grundsätzlich von **Řezno** berichtet, **Regensburg existiert nicht**, nicht einmal in Klammern. (weitere Beispiele dafür wären: Mnichov – München, Norimberk – Nürnberg, Lipsko – Leipzig, Dráždany – Dresden, Mohuč – Mainz usw.)

P. Barton, Prag

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2023

Wien, am 31. Mai 2023

11) Primas zu Gast in Oberschlesien

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) **Egon Primas**, weilte am 3. und 4. Juni 2023 auf Einladung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG), dem Dachverband der **deutschen Minderheit in Polen**, zur Wallfahrt der Minderheit auf dem Sankt-Annaberg bei Oppeln in Oberschlesien. [Hier geht es weiter.](#)

<https://www.omv.cdu.de/artikel/egon-primas-zu-gast-oberschlesien>

Egon Primas zu Gast in Oberschlesien





06.06.2023

Wallfahrt der Minderheit auf dem Sankt-Annaberg

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) Egon Primas, weilte am 3. und 4. Juni 2023 auf Einladung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG), dem Dachverband der deutschen Minderheit in Polen, zur Wallfahrt der Minderheit auf dem Sankt-Annaberg bei Oppeln in Oberschlesien.

Seite C 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dort konnte er gemeinsam mit dem Bischof des Bistums Erfurt, Dr. Ulrich Neymeyr, dem Weihbischof Waldemar Musiol, dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen, Dr. Thomas Bagger, sowie tausenden Vertretern der deutschen Minderheit bei herrlichem Wetter die Heilige Messe feiern.

Am Rande der Veranstaltung kam es zu Gesprächen mit wichtigen lokalen Politikern und Würdenträgern, wie zum Beispiel dem gerade wiedergewählten SKGD-Vorsitzenden, Rafał Bartek, der auch Präsident des Oppelner Regionalparlamentes ist, der Vizemarschallin der Woiwodschaft Oppeln, Zuzanna Donath-Kasiura, oder Bischof Neymeyr.

Bereits am Vorabend zur Wallfahrt hatte die katholische deutsche Studentenverbindung „Salia-Silesia Gleiwitz zu Oppeln“ im Rahmen ihres Stiftungsfestes Primas eingeladen, die Festrede zu halten.

Egon Primas, der auch Landesvorsitzender des BdV in Thüringen ist, war mit einer Thüringer Delegation des BdV vor Ort. Er hob in den Gesprächen die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem VdG und dem BdV Thüringen hervor. „Gemeinsame Projekte, wie zum Beispiel die jährliche Schülerfreizeit, die in diesem Jahr nach der Corona-Zwangspause erstmals wieder stattfindet, sind wichtige Bausteine, um Wissen bezüglich der Vertreibungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und den verbliebenen Deutschen Minderheiten in den kommunistischen Unrechtsregimen nachfolgenden Generationen zu vermitteln und als mahnendes Beispiel in den Köpfen wach zu halten“, so Primas.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2023

Wien, am 07. Juni 2023

01) Nur in Deutschland werden von ehemaligen Kolonien Entschädigungen gefordert!

Nur in Deutschland werden von ehemaligen Kolonien Entschädigungen gefordert!

Bundespräsident Steinmeier hat sich noch nie durch solides Geschichtswissen hervorgetan!

Daß er sich mit Milliarden im Gepäck in Deutsch-Südwest (Namibia) für etwas entschuldigen will, reiht sich da perfekt ein!

deutsche-schutzgebiete.de - [Bundesstaaten, Städte und Kolonien des Deutschen Reiches \(Kaiserreich\), Schiffe der Kaiserlichen Marine, Kronländer und Städte Österreich-Ungarns, Kantone der Schweiz und die Reichseinigungskriege 1864, 1866 und 1870/71 in zeitgenössischen Texten und Bildern.](#)

[Hereroaufstand 1904 - deutsche-schutzgebiete.de](http://deutsche-schutzgebiete.de)

Kaufmann, Morgenthau und unsere Besatzungsjuden jubeln!!!

G.F.

Man schaue auf die nachfolgende Tabelle mit den Kriegsjahren von England und Deutschland

BMZ 120 bis 122 siehe Anhang

Nur von Deutschland werden Entschädigungen gefordert

Bundespräsident Steinmeier hat sich noch nie hervorgetan durch solides Geschichtswissen. Dass er sich mit Milliarden im Gepäck in Namibia für etwas entschuldigen will, reiht sich da ein. Die Kolonialgeschichte des Deutschen Reichs brachte den deutschen Schutzgebieten erheblichen Mehrwert.

Vor etwa einem Jahr kam die klare Ansage eines US-Historikers in Kalifornien, dass sich Deutschland für nichts zu entschuldigen hat, was während der kurzen Kolonialgeschichte geschehen ist. Er hat mit seinen Forschungen belegt, dass die Deutschen allen ihren Kolonien einen erheblichen Mehrwert hinterlassen haben. Da ist er nicht der einzige, denn wenn man sich ideologiefrei, also ohne Deutschland mit aller Gewalt beschuldigt zu

Seite C 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

wollen, mit der deutschen Kolonialgeschichte befasst, kann man zu keinem anderen Urteil kommen. Sie war sowieso nur sehr kurz, nämlich von 1884 bis 1919.

Der deutsche Kaiser und Bismarck waren sehr zögerlich, eher widerwillig, wenn es darum ging, eigene Kolonien zu erwerben. Es waren Kaufleute, die in Eigeninitiative Handelsposten errichteten, die dann wiederum gegen andere, fremde Mächte geschützt werden mussten. Deswegen hießen die deutschen Kolonien auch „Schutzgebiete“. So muss die erste Feststellung sein: Im Gegensatz zu den anderen europäischen Kolonialmächten England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Portugal, hat das Deutsche Reich seine Kolonien nicht mit militärischer Gewalt erobert. Man hat das nehmen dürfen, was übrig- geblieben ist, weil es für die anderen nicht interessant genug war. Wie positiv das Deutsche Reich gewirkt hat, mag man heute daran ermessen, dass es die ehemaligen deutschen Kolonien sind, die einigermaßen unauffällig durch die letzten hundert Jahre gekommen sind.

Wenn sich die Deutschen, ihr verehrter Präsident, so für die Aufarbeitung von Kolonialverbrechen einsetzen, solche notfalls erfinden, wenn es um Deutschland geht, warum setzen sie sich nicht auch dafür ein, ebensolche anderer Länder aufzuarbeiten?

Derer gibt es nämlich reichlich und in Dimensionen, die 30.000 Hereros nur noch nebensächlich erscheinen lassen. Gut, man sollte nicht Verbrechen gegeneinander aufrechnen – sagt vor allem immer diejenigen, die selbst die größten Verbrecher sind.

In diesem Sinn können mit England und den USA ähnliche Rechnungen aufgemacht werden. Würden die angehalten, „Entschädigung“ zu leisten für alle ihre Kriegsverbrechen, Sklavenhandel und Sklavenhaltung, systematische Ausrottung von Ureinwohnern – die Liste wäre endlos – könnten sie es gar nicht. Die US Bomben liegen immer noch in der Erde von Laos und Kambodscha und töten dort täglich Menschen. Wie wäre es denn, wenn China Entschädigung für die Opiumkriege der Briten verlangte?

Wie weit darf, soll, muss man in der Geschichte zurückgehen, wenn Entschädigungen überhaupt noch moralisch zwingend oder sinnvoll sein können?

Bis zu den spanischen Konquistadoren oder Kolumbus?

Der Punkt, auf den ich hier abziele ist, dass immer nur Deutschland im Fadenkreuz steht, wenn das Wort „Entschädigung“ fällt und da ist es nebensächlich, wie lange das her sein könnte. Dabei meine ich nicht die endlose Rückgabe jüdischen Eigentums oder Renten für deren Nachkommen.

Es darf nicht sein, dass die einen, die Sieger und Herrscher, alle ihre Verbrechen, Morde und Grausamkeiten als notwendige „Kollateralschäden“ abtun oder verleugnen dürfen, während andere für weitaus geringere Schandtaten auf ewig verurteilt und schadenersatzpflichtig gehalten werden. Das Schlimmste daran ist, dass dabei gerade in Deutschland die eigene Regierung in „nationalmasochistischer“ Weise federführend ist. Es gibt auch in Deutschland niemanden mehr unter den Lebenden, der für irgendetwas vor 1945 verantwortlich sein könnte. Man könnte folglich einen Schlussstrich ziehen.

Um derartiges aber umfassend und nur halbwegs gerecht zu tun, müsste nach vier Generationen die Geschichte vorbehaltlos aufgearbeitet werden. Allgemein ist festzustellen, dass hierzulande selbst Geschichte systematisch zu Ungunsten

Seite C 82 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Deutschlands verfälscht wird. Ermordete Deutsche werden in der Anzahl Deutschlands verfälscht wird. Ermordete Deutsche werden in der Anzahl heruntergelogen, zu oft im Faktor zehn, siehe **Dresden**, und wenn es darum geht, deutsche Schandtaten zu benennen, dann ist es genau anders herum.

Nahezu jeder Krieg/Konflikt/Krisenherd der Gegenwart ist zurückzuführen auf die perfiden Strategien des British Empire. Wer die Geschichte der letzten 150 Jahre betrachtet wird sehen können, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Zustand der Britischen Wirtschaft kontinuierlich katastrophaler geworden ist und Britische Produkte auf den Märkten nicht mehr konkurrenzfähig waren. Um 1900 betrug das Außenhandelsdefizit des British Empire 50 Prozent und das Empire drohte unterzugehen.

So, wie heute die USA an der Seite Englands, hat das British Empire damals verzweifelt versucht, seine wirtschaftlichen Defizite durch Eroberungskriege mit einem überdimensionierten Militär zu kompensieren. Dabei wurden gewachsene und hoffnungsvolle Strukturen zerstört in den Ländern, die das British Empire zwecks Ausbeutung unter seine Kontrolle zwingen wollte. Beispielhaft seien genannt: Sudan, Afghanistan, Ägypten, Burma/Myanmar und halb Afrika.

In unseren Geschichtsbüchern wird kaum am Rande erwähnt, dass die angeblich so friedliebenden Siegermächte des Ersten Weltkriegs noch im Jahr 1918 Russland überfallen haben und bis 1923 Tod und Verderben über das Land gebracht haben. Geschätzte 20 Millionen Russen hat das das Leben gekostet.

Uns wird auf Anordnung der Kriegssieger gelehrt, dass Deutschland ein grundbösartiges und kriegslüsternes Land war. Ein Blick in die Statistik sollte den Letzten eines Besseren belehren. Wer hat die meisten Kriege geführt?

Professor Pitirim Sorokin sagt dazu in Band III, 2. Teil, seiner „Social and Cultural Dynamics“ auf Seite 352, dass sich vom 12. Jahrhundert bis zum Jahre 1925 der Prozentsatz an Jahren, in denen sich die führenden europäischen Mächte im Kriege befanden, wie folgt verteilt:

Spanien 67 Prozent Kriegsjahre
Polen 58 Prozent Kriegsjahre
England 56 Prozent Kriegsjahre
Frankreich 50 Prozent Kriegsjahre
Russland 46 Prozent Kriegsjahre
Holland 44 Prozent Kriegsjahre
Italien 36 Prozent Kriegsjahre
Deutschland 28 Prozent Kriegsjahre

Die Forschungsergebnisse von Professor Quincy Wright, mitgeteilt in seiner „A Study of War“ (Band I, S. 221) weisen nach, wie die europäischen Mächte in der Zeit von 1480 bis 1940 an 278 Kriegen beteiligt waren, und zwar prozentual wie folgt:

England an 28 Prozent dieser Kriege
Frankreich an 26 Prozent dieser Kriege
Spanien an 23 Prozent dieser Kriege
Russland an 22 Prozent dieser Kriege
Österreich an 19 Prozent dieser Kriege
Türkei an 15 Prozent dieser Kriege
Polen an 11 Prozent dieser Kriege
Schweden an 9 Prozent dieser Kriege
Italien an 9 Prozent dieser Kriege
Holland an 8 Prozent dieser Kriege
Deutschland an 8 Prozent dieser Kriege (einschließlich Preußen)

Seite C 83 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Anzumerken wäre, dass die jungen USA während der gerade mal gut 230 Jahren ihrer „Unabhängigkeit“ diverse Kriege geführt haben und seit 1941 pausenlos Krieg führen. Wir haben heute gesichertes Wissen darüber, mit welchen Lügen, perfiden Strategien und Zielen die Kriege gegen Vietnam, Irak und Afghanistan hergestellt worden sind, um nur drei Beispiele zu nennen. Wer wollte noch so naiv sein und ernsthaft glauben, dass es mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland anders war?

Die Geschichtsklitterung in Deutschland ist ein perfides Machwerk und schlüssig durchorganisiert.

Ohne den ersten Weltkrieg wäre Hitler ein unbekannter Schildermaler geblieben und es hätte weder Judenverfolgung noch einen Zweiten Weltkrieg gegeben. Ohne die deutsche moralische Verantwortung negieren zu wollen muss doch festgestellt werden, dass zumindest ein großer Teil der Verantwortung dafür demjenigen zusteht, der aus niederen Motiven den ersten Weltkrieg angezettelt hat. Dem British Empire.

Gerald Franz 10. Juni 2023

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen Seite C 84**

- Keine Berichte -

01) Trauer um Dr. Martin Sprungala

* 21. Februar 1962 in Dortmund; † 5. Mai 2023



Dr. Martin Sprungala †

Pressemitteilung vom 10.05.2023

Gedenken

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Trauer um Dr. Martin Sprungala

Der Bundessprecher unserer Patenschaftslandsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, ist vor wenigen Tagen im Alter von 61 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

„Der viel zu frühe Tod von Dr. Martin Sprungala macht mich noch immer fassungslos und erfüllt mich mit tiefer Trauer. Mit ihm verlieren wir eine bedeutende Persönlichkeit, einen verdienten, engagierten Historiker und Mann, der die Welt menschlicher gemacht hat. Viele haben Dr. Sprungala für sein Fachwissen und seine Verständigungsbemühungen geschätzt. Dieses Vertrauen trug ihn. Er hat sich immer mit ganzer Kraft für die Vertriebenenarbeit eingesetzt und es war ihm ein großes persönliches Anliegen, die Geschichte der Deutschen aus dem Weichsel-Warthe-Gebiet zu dokumentieren und die Erinnerungen für die Nachwelt lebendig zu halten. Es entsprach seinem Wesen, Brücken zu bauen statt Gräben zu ziehen; Unterschiede nicht zu übergehen, aber stets Gemeinsamkeiten zu suchen. Er hat versöhnt, statt zu spalten. Auch darin bleibt Dr. Sprungala ein Vorbild“, so Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf.

Engagement und Laufbahn

Dr. Martin Sprungala wurde am 21. Februar 1962 in Dortmund geboren. Seine Vorfahren stammten aus dem Dorf Mauche, polnisch Mochy, 45 km nordöstlich von Glogau. Nach dem Besuch der Realschule und des Gymnasiums arbeitete er als Zeitsoldat im Fernmeldewesen bei Hamburg. Anschließend studierte er in Bochum Geschichte, Geographie und Osteuropäische Geschichte und schloss mit einem Magister ab. Es folgten weitere Tätigkeiten im Speditionswesen und Weiterbildungen, seit 1997 Beginn der Promotion mit Abschluss im Jahr 2000. Der promovierte Historiker war Autor zahlreicher Publikationen. Bereits in seiner Dissertation beschäftigte er sich mit dem Siedlungsgebiet der Zisterzienser von Priment: „Die deutsche Klostersiedlung Mauche (Mochy) und das Primenter Land (in Großpolen/ Wielkopolska) – zwischen Ethnizität und Konfessionalität“. Seit 2001 war Dr. Sprungala bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) aktiv. Als deren Referent für Öffentlichkeitsarbeit war er Schriftleiter des monatlichen Mitteilungsblattes „Weichsel-Warthe“ und Gründungsmitglied des „Deutschen Geschichtsvereins (DGV) des Posener Landes e.V.“ sowie Schriftleiter der Beilage „Posener Blätter“ in den Posener Stimmen. Seit 2005 engagierte er sich federführend und mit viel Herzblut in der Redaktionsarbeit des „Jahrbuchs Weichsel-Warthe“. Im Jahr 2007 kam als Betätigungsfeld das Bundeskulturreferat der LWW hinzu. 2010 wurde er zum Bundessprecher und Bundesvorsitzenden der LWW gewählt. Im Jahr 2011 wurde er zudem Bundesgeschäftsführer der LWW. Darüber hinaus übernahm er im Jahr 2014 das Amt des Vorsitzenden des Glogauer Heimatbundes, nachdem er von September 2012 bis Mai 2014 dessen stellvertretender Vorsitzender war.

Während seiner beruflichen Laufbahn war er Autor von insgesamt über 1.600 Artikeln, die in mehr als 35 Zeitschriften und Periodika veröffentlicht wurden, darunter 34 im „Neuen Glogauer Anzeiger“ und 45 im „Fraustädter Ländchen“.

„Noch vor knapp zwei Wochen habe ich Herrn Dr. Sprungala im Rahmen der Eröffnung des Schwerpunktbereichs: `Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen seit 1945` an der Justus-Liebig-Universität Gießen getroffen und ich bin dankbar dafür, dass ich noch einmal mit ihm sprechen konnte. Dr. Sprungala hat sich sehr über die Eröffnung des Forschungsbereichs, diesen Meilenstein, gefreut. Sein Rat war mir stets wichtig – er war jahrelang das prägende Gesicht der LWW in Deutschland, in Hessen und darüber hinaus“, bekräftigt Margarete Ziegler-Raschdorf.

Nun hat sich sein Lebenskreis viel zu früh vollendet. „Ich spreche im Namen der Hessischen Landesregierung mein aufrichtiges Beileid und Mitgefühl aus. Wir werden Herrn Dr. Martin Sprungala nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Dr. Sprungala hat sich um die LWW, die Heimatvertriebenen und als Historiker sehr verdient gemacht. In stiller Verbundenheit wünsche ich allen, die dem Verstorbenen nahestanden, in der Zeit der Trauer Kraft und Gottes Segen“, so die Landesbeauftragte.

Kontakt

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Marcus Gerngroß

Pressesprecher

Telefon

[+49 611 353 1607](tel:+496113531607)

E-Mail

pressestelle@hmdis.hessen.de

Fax

+49 611 353 1608



Nachruf

Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden

Das Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen trauert um seinen Vorsitzenden

Dr. Martin Sprungala

Wir verlieren einen unglaublich fleißigen und außergewöhnlich kenntnisreichen Vorsitzenden, ohne den die dauerhafte Herausgabe des Jahrbuches der LWW und Herausgabe unserer Heimatblätter „Weichsel-Warthe“ und „Weg und Ziel“ nicht möglich gewesen wäre und wir stehen ratlos vor der Aufgabe, seine Arbeit fortzuführen. Wir sind alle älter geworden und vertrauten seinem unermüdlichen Einsatz. Mit seinen 61 Jahren wurde er plötzlich und unerwartet unseren Reihen entrissen.

Wir, die Deutschen aus Posen, Lodsch, dem Lodscher Industriegebiet, aus Wolhynien und Galizien, gedenken seiner mit großem Dank. Er hat uns zusammengehalten und war für jeden von uns da.

Darüber hinaus hat er in seiner wissenschaftlichen akribischen Art nicht nur den Kontakt in unsere Siedlungsgebiete gehalten, sondern mit den Wissenschaftlern aus unseren Siedlungsgebieten ein dichtes Netzwerk von Historikern geschaffen.

Viele seiner Veröffentlichungen sind weltweit geachtet und allein die Anzahl seiner Artikel ist außergewöhnlich groß. So gelang ihm auf bewundernswerte Weise, die bisher unbeachtete Geschichte der Deutschen aus dem Osten wieder der Welt in das Bewusstsein zu holen.

Heute, nach den schrecklichen Ereignissen in der Ukraine, ahnen wir, warum die vielfältigen Zeitzeugenberichte, die Herr Dr. Sprungala zusammen trug, auch für uns so wichtig waren. Wir verstehen das Kopfnicken älterer Zeitzeugen besser, wenn er deren Schicksale vortrug.

Herr Dr. Sprungala fand im Jahre 1992 durch die Erforschung seiner eigenen Familiengeschichte zur LWW. Er wurde 2001 Referent für Öffentlichkeitsarbeit und gab das Mitteilungsblatt „Weichsel-Warthe“ heraus. Damit war er Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes. Seit 2004 arbeitete er auch in der Jahrbuchredaktion mit und übernahm im Folgejahr die Redaktion federführend.

Seit dem 30.08.2010 ist Herr Dr. Sprungala unser Bundessprecher und Stiftungsratsvorsitzender des Kulturwerkes Wartheland und damit automatisch Stellvertreter des KWW in der Stiftung des Nordostdeutschen Kulturwerkes.

Weitere Mitgliedschaften von Dr. Martin Sprungala:

- Gründungsmitglied des „Deutschen Geschichtsvereins (DGV) des Posener Landes e.V.“
- Schriftleiter der Beilage „Posener Blätter“ in den „Posener Stimmen“
- Vertreter der deutschen Katholiken aus dem ehemaligen Polen.
- „Arbeitskreis Deutscher Zwangsarbeiter (AKDZ)“
- „Freundeskreis Fraustädter Ländchen“
- Vorsitzender „Glogauer Heimatbund e.V.“
- Mitglied der historischen Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen.

Autorschaft von Dr. Sprungala:

- 20 Bücher
- 1600 Zeitungsartikel

Preise, welche Dr. Sprungala erhalten hat:

- Kulturpreis der LWW für Nachwuchskräfte
- Kulturpreis der LWW
- Silberne Ehrennadel der LWW
- Goldene Ehrennadel der LWW
- Silberne Ehrennadel des Heimatkreises Meseritz
- Goldene Ehrennadel des Heimatkreises Meseritz
- kleine Goldene Ehrennadel des Glogauer Heimatkreises



Landsmannschaft Weichsel-Warthe



Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen e. V.

PRESSEMITTEILUNG 1-2023

Nachruf zum Ableben unseres Vorsitzenden, Dr. Martin Sprungala

Mag sein Lebensalter
unvollendet geblieben sein,
sein Leben ist vollendet.

Seneca



Ein gutes Jahr liegt es zurück, da konnten wir unserem langjährigen Vorsitzenden zum 60. Geburtstag gratulieren und ihm für sein zurückliegendes Engagement danken (veröffentlicht im NGA 2/2022). Erst wenige Wochen sind vergangen, da repräsentierte er den Glogauer Heimatbund e.V. im Rahmen der „Jochen Klepper - Gedächtnisveranstaltung“ in Glogau (Głogów). Nun Anfang Mai 2023 mussten wir unverhofft erfahren, dass Dr. Martin Sprungala zwischen dem 4. und dem 5.5. plötzlich aus dem Leben gerissen wurde. Der Tod trat ohne jedwedes Vorzeichen ein, ohne Unfalleinwirkung oder sonst widriger Zu- und Umstände. Die aufgrund externer Hinweise wg. ausbleibender Reaktionen hinzugezogenen Polizeibeamten öffneten die Wohnung und fanden Heimatfreund Sprungala leblos auf dem Sofa sitzend vor.

Ein großer Verlust für uns, dem Glogauer Heimatbund e.V., bei dem er seit 2012 im Vorstand und seit 2014 dessen Vorsitzender war. Ein großer Verlust ebenso für die Landsmannschaft Weichsel-Warthe, deren Bundessprecher er war und dem Heimatkreis Meseritz/Birnbaum, bei dem er Mitglied des Beirates und Autor vieler Beiträge war. Hinzu kam der Vorsitz beim Konvent der ehemaligen evangelischen Ostkirchen e.V. sowie weitere ehrenamtliche Vereinstätigkeiten.

Die schmerzliche Nachricht machte aber auch viele Kollegen und Kolleginnen betroffen, mit denen er freundschaftlich verbunden war. So war es nicht verwunderlich, dass von polnischer Seite zeitnah und in großer Anzahl Trauerbekundungen sichtbar wurden (siehe u.a. Text der TZG im Anschluss). Gleichermäßen von der Landsmannschaft Schlesien, dem Hessischen Ministerium des Innern, der Landsmannschaft Westpreußen (Berlin), der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen und dem BdV mit seinen Landesverbänden.

Dr. Martin Sprungala war als Historiker geschätzt, allseits beliebt und persönlich integer. Er hinterlässt als Autor mehrere Schriftwerke, u.a. die „Chronik der Stadt Slawa und Umgebung“ (erschienen 2012), „Beiträge zur Glogauer Geschichte“ (erschienen 2017) und „Geschichte der Dörfer und Städte in der Glogau-Posener Grenzregion“ (erschienen 2018).

Eins blieb ihm zeitlebens verwehrt, ein familiär gegründetes Umfeld. Er lebte dort wo er geboren wurde, in der Wohnung seiner bereits früh verstorbenen Eltern Wilhelm und Gisela Sprungala in Dortmund. Eine zutiefst traurige Nachbarin erzählte, sie kannte den Martin, der in der kath. Kirchengemeinde St. Liborius in Dortmund getauft wurde, bereits als Baby.

Neben seiner historischen Kompetenz, seinem engagiertem Eintreten für die Belange der Heimatvertriebenen bleiben uns die offene, fröhliche Wesensart und die von Hilfsbereitschaft geprägte Mitmenschlichkeit in guter Erinnerung. Dieses Andenken an Dr. Martin Sprungala wollen wir bewahren, gepaart mit dem herausragenden Platz, den er in den vielen Geschichtsbüchern behält. An dieser Stelle danken wir auch für das bekundete Mitgefühl dem Glogauer Heimatbund e.V. und seinen Mitgliederinnen und Mitgliedern gegenüber.

GHB/TK

Auskünfte erteilt:

Glogauer Heimatbund e.V.
Groß-Buchholzer Kirchweg 73
30655 Hannover

Trauer um Dr. Martin Sprungala

Abschied vom Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) und langjährigen Vorsitzenden des Glogauer Heimatbundes

Der Bundessprecher der hessischen Patenschaftslandsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, ist am 05. Mai im Alter von 61 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

„Der viel zu frühe Tod von Dr. Martin Sprungala macht mich noch immer fassungslos und erfüllt mich mit tiefer Trauer. Mit ihm verlieren wir eine bedeutende Persönlichkeit, einen verdienten, engagierten Historiker und Mann, der die Welt menschlicher gemacht hat. Viele haben Dr. Sprungala für sein Fachwissen und seine Verständigungsbestrebungen geschätzt. Dieses Vertrauen trug ihn. Er hat sich immer mit ganzer Kraft für die Vertriebenenarbeit eingesetzt

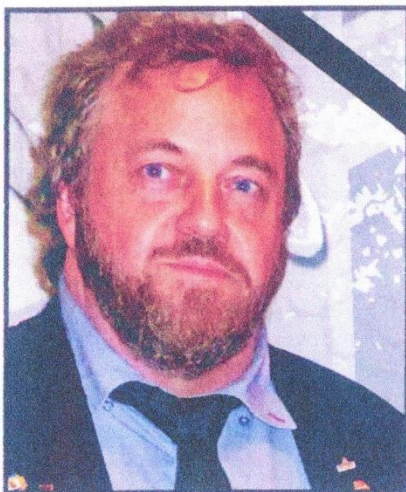
und es war ihm ein großes persönliches Anliegen, die Geschichte der Deutschen aus dem Weichsel-Warthe-Gebiet zu dokumentieren und die Erinnerungen für die Nachwelt lebendig zu halten. Es entsprach seinem Wesen, Brücken zu bauen statt Gräben zu ziehen; Unterschiede nicht zu übergehen, aber stets Gemeinsamkeiten zu suchen. Er hat versöhnt, statt zu spalten. Auch darin bleibt Dr. Sprungala ein Vorbild“, so Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf.

Dr. Martin Sprungala wurde am 21. Februar 1962 in Dortmund geboren. Seine Vorfahren stammten aus dem Dorf Mauche, 45 km nordöstlich von Glogau. Nach dem Besuch der Realschule und des Gymnasiums arbeitete er als Zeitsoldat im Fernmeldewesen bei Hamburg. Anschließend studierte er in Bochum Geschichte, Geographie und Osteuropäische Geschichte und schloss mit einem Magister ab.

Der promovierte Historiker war Autor zahlreicher Publikationen. Seit 2001 war Dr. Sprungala bei der

Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) aktiv. Als deren Referent für Öffentlichkeitsarbeit war er Schriftleiter des monatlichen Mitteilungsblattes „Weichsel-Warthe“ und Gründungsmitglied des „Deutschen Geschichtsvereins (DGV) des Posener Landes e.V.“ sowie Schriftleiter der Beilage „Posener Blätter“ in den Posener Stimmen. Seit

2005 engagierte er sich federführend und mit viel Herzblut in der Redaktionsarbeit des „Jahrbuchs Weichsel-Warthe“. Im Jahr 2007 kam als Betätigungsfeld das Bundeskulturreferat der LWW hinzu. 2010 wurde er zum Bundessprecher und Bundesvorsitzenden der LWW gewählt. Im Jahr 2011 wurde er zudem Bundesgeschäftsführer



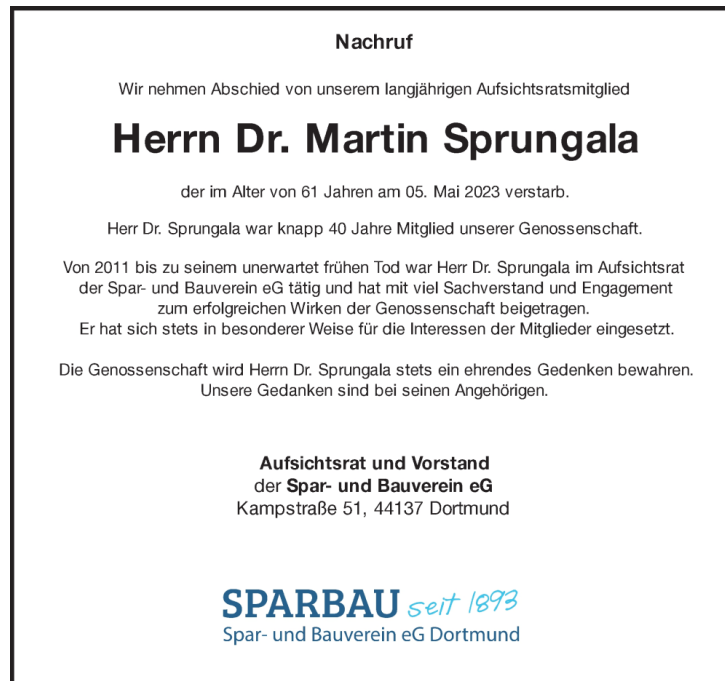
Dr. Martin Sprungala

der LWW. Darüber hinaus übernahm er im Jahr 2014 das Amt des Vorsitzenden des Glogauer Heimatbundes, nachdem er von September 2012 bis Mai 2014 dessen stellvertretender Vorsitzender war.

Während seiner beruflichen Laufbahn war er Autor von insgesamt über 1.600 Artikeln, die in mehr als 35 Zeitschriften und Periodika veröffentlicht wurden, darunter 34 im „Neuen Glogauer Anzeiger“ und 45 im „Fraustädter Ländchen“.

Nun hat sich sein Lebenskreis viel zu früh vollendet. „Ich spreche im Namen der Hessischen Landesregierung mein aufrichtiges Beileid und Mitgefühl aus. Wir werden Herrn Dr. Martin Sprungala nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Dr. Sprungala hat sich um die LWW, die Heimatvertriebenen und als Historiker sehr verdient gemacht. In stiller Verbundenheit wünsche ich allen, die dem Verstorbenen nahestanden, in der Zeit der Trauer Kraft und Gottes Segen“, so die Landesbeauftragte.

LBHS



Die Trauerfeier für Dr. Martin Sprungala fand am 03. Juli 2023, 12:00 Uhr, in der Andachtshalle von Hagen-Haspe, Büddingstraße 34a / Mopsweg, 58135 Hagen statt.

Die Urnenbeisetzung erfolgte im Anschluss an die Trauerfeier.

02) 180. Geburtstag von Bertha von Suttner*

Vor 180 Jahren, am 9. Juni 1843, kam in **Prag** die große Schriftstellerin und Friedensforscherin, **Bertha von Suttner, geb. Gräfin Kinsky**, zur Welt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Bertha_von_Suttner

Sie wurde – als erste Frau – 1905 mit dem **Friedensnobelpreis** ausgezeichnet. Großen Ruhm hat die glühende Pazifistin mit ihrem Roman „**Die Waffen nieder**“- heute leider ebenso aktuell wie damals - errungen.

Sie verstarb am 21. Juni 1914 in Wien, knapp vor Ausbruch des 1. Weltkrieges. Auf der Rückseite der österreichischen Zwei Euro-Münze ist das Ebenbild Bertha von Suttners zu sehen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 70, 2023

Wien, am 12. Juni 2023

**) Im Jahre 1960 habe ich an der damaligen Reinickendorfer „Bertha-von-Suttner-Schule - Oberschule Wissenschaftlicher Zweig / Gymnasium“ mein Abitur gemacht! R. Hanke*

Teil D
Inhaltsverzeichnis (Seiten D I – D II)

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde Seiten D 1 – D 17

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seiten D 1 - D 17)

- 01)** Arnold Suppan: 1000 Jahre Nachbarschaft – Buchvorstellung
- 02)** Die Markgrafschaft Mähren. Rubrik „Fundstücke“
- 03)** Historische Sprachenkarte von Böhmen
- 04)** „Das Leben an der Grenze“. Kurzfilm
- 05)** Die Prager Astronomen
- 06)** Otfried Preußlers treueste Leserin
- 07)** Die schönsten Städte von Mähren. Rubrik „Fundstücke“
- 08)** Auf Santinis Spuren im Böhmisches-Mährisches Hochland
- 09)** Dreifaltigkeitswallfahrt Neubistritz -Reingers

Böhmen und Mähren (Seiten D 4- D 20)

01) Arnold Suppan: 1000 Jahre Nachbarschaft

Buchvorstellung



Arnold Suppan

1000 Jahre Nachbarschaft

„Österreicher“, „Tschechen“
und „Sudetendeutsche“

987 Seiten, broschiert, mit elf Karten,
erschienen im Feber 2023

Preis: 39 € Druckausgabe, 31 € (E-
Book), zzgl. Versandkosten.

Größe: 22,5 x 15 cm

ISBN 978-3-7001-9256-5

**Verlag der österreichischen
Akademie der Wissenschaften**

Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, A-1010
Wien

Büroanschrift:

Bäckerstraße 13, A-1010 Wien

+43-1-51581-3420

+43-1-51581-3406

verlag@oeaw.ac.at

Netzseite: www.verlag.oeaw.ac.at

Prof. Arnold Suppan – Mitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste - war schon oft im „Haus der Heimat“, um Vorträge zu halten oder Seminare zu leiten. Der gebürtige Kärntner ist Professor emeritus am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und ehemaliger Vizepräsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sein neuestes, sehr umfangreiches Werk, das besagt schon der Titel „1000 Jahre Nachbarschaft“, befaßt sich mit der Geschichte Österreichs, Tschechiens und damit – der unsrigen!

Er beleuchtet die nachbarschaftliche Entwicklung der deutsch- und tschechischsprachigen Einwohner im Donau- und Sudetenraum vom **9. bis ins beginnende 21. Jahrhundert**. Die Darstellung berücksichtigt die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung über die

Jahrhunderte ebenso wie die **Kultur- und Mentalitätsgeschichte**. Hierbei werden vorerst die Kontinuitäten und Diskontinuitäten im **Heiligen Römischen Reich** unter den verschiedenen

Seite D 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Herrschergeschlechtern – besonders der **Přemysliden, Babenberger, Luxemburger** und **frühen Habsburger** – verglichen, ab 1526 die gemeinsame Geschichte in der **Habsburgermonarchie** mit den Auseinandersetzungen im Dreißigjährigen Krieg und den Reformen unter **Maria Theresia** und **Joseph II.** dargestellt. Besonders hervorgehoben wird das **Jahrhundert der nationalen „Konfliktgemeinschaft“** – der österreichisch-tschechischen wie der tschechisch-deutschen – **zwischen 1848 und 1948**, das sowohl das Zeitalter Franz Josefs und den Ersten Weltkrieg als auch die Erste Republik in Österreich und der Tschechoslowakei sowie die Zivilisationsbrüche in der Zeit der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges, schließlich Vertreibung und Zwangsaussiedlung nach 1945 erfasst. Eigene Schwerpunkte stellen der Vertrag (bzw. das „Friedens-Diktat“) von Saint-Germain 1919, das Münchner Abkommen 1938 und die Beneš-Dekrete dar. Ebenso werden die Trennung durch den „Eisernen Vorhang“ 1948, die gesellschaftspolitische Wende von 1989/90 und die neue Nachbarschaft in der EU erörtert – das ideale Nachschlagewerk für den geschichtlich interessierten Landsmann bzw. Leser!

02) Die Markgrafschaft Mähren

Rubrik „Fundstücke“

Von einem historisch versierten Leser bekamen wir den Hinweis auf das im Netz abrufbare Werk [„Die Markgrafschaft Mähren, topographisch, statistisch und historisch geschildert Brünn 1835“](#) von **Gregor Wolny**.

https://archive.org/details/bub_gb_2LIDAAAAYAAJ/mode/2up

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2023

Wien, am 15. Juni 2023

03) Historische Sprachenkarte von Böhmen



Der **Böhmische Dörfer-Verlag** zu Trier unter der Leitung von **Wolfgang W. Marko** hat aus Anlaß seines **25jährigen Bestehens** die detaillierteste, deutsch-tschechische Sprachen- und Nationalitätenkarte, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts erarbeitet wurde, erneut gedruckt.

Erstmals herausgegeben wurde die Karte 1904 von [Prof. Dr. Heinrich Rauchberg, einem österreichischen Juristen.](#)

https://www.biographien.ac.at/oeb/oebl_R/Rauchberg_Heinrich_1860_1938.xml

Rauchberg, Heinrich (1860-1938), Statistiker und Jurist

Rauchberg Heinrich, Statistiker und Jurist. * Wien, 12. 4. 1860; † Prag, 26. 9. 1938. Sohn eines Fabrikanten; stud. 1878–82 an der Univ. Wien Jus (1883 Dr. jur.); ab 1884 Hofsekretär der Statist. Zentralkomm., 1891 Habil. für Statistik an der Univ. Wien, 1896 o. Prof. für Statistik, Verwaltungslehre und österr. Verwaltungsrecht mit der Lehrverpflichtung für österr. Finanzrecht und später auch Völkerrecht an der Dt. Univ. in Prag, 1902/03, 1916/17 und 1926/27 Dekan, 1911/12 Rektor, 1908 HR, 1930 emer. R. leitete 1890 die Volkszählung, bei der erstmals elektr. Zählmaschinen nach dem System Hollerith-Schäffler verwendet wurden. In seinem Werk „Der nationale Besitzstand in Böhmen“, 3 Bde., 1905, gab er eine Bilanz der nationalen Entwicklung und des Sprachen- und Nationalitätenkampfes und versuchte, polit. Schlagworte durch wiss. erarbeitete Sachkenntnis zu ersetzen. Da er in Böhmen von der prakt. Teilnahme an der Landesstatistik ausgeschlossen war, wandte er sich sozialpolit. und öff.-rechtlichen Problemen zu (Fragen der Wohnungsfürsorge und des Mieterschutzes, der Reform des jurist. Stud.Ganges, der polit. Erziehung der Staatsbürger), nach dem Ersten Weltkrieg dem Minderheitenschutz und der Reform des Heimatrechtes. Seine „Österreichische Bürgerkunde“, volkstümlich und wiss. zugleich, ist das erste Werk dieser Art in Österr. Die Neubearb. für die Tschechoslowakei wurde in der 3. Aufl. über die ursprüngliche Zielsetzung hinaus zu einer systemat. Übersicht über die gesamte tschechoslowak. Gesetzgebung. R.s

vielseitige Interessen fanden ihren Niederschlag in zahlreichen literar. Beitr. in Fachz. sowie in Rundfunkvorträgen, wobei er vor allem aktuelle Rechtsprobleme und deren Bedeutung für das prakt. Leben behandelte.

Seite D 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

W.: Der Clearing- und Giro-Verkehr, 1886; Die Elektr. Zählmaschine und ihre Anwendung insbes. bei der österr. Volkszählung, 1891; Die Bevölkerung Österr. auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. 12. 1890, 1895; Der Clearing- und Giro-Verkehr in Österr.-Ungarn und im Auslande, 1897; Die Berufs- und Gewerbezahl im Dt. Reich vom 14. 6. 1895, 1901; Die dt. Sparkassen in Böhmen, 1906; Die statist. Unterlagen der österr. Wahlreform, 1907; Österr. Bürgerkde., 1911, 2. Aufl. 1912; Bürgerkde. der tschechoslowak. Republik, 1922, 3. Aufl. 1935; Die Reform des Minderheitenschutzes, in: Z. für Völkerrecht 15, 1930, Erg.H.; etc. Zahlreiche Abhh. in Fachz. Mithrsg.: Prager Staatswiss. Untersuchungen, 1913ff.

L.: Sudetendt. Akademiker Ztg., 1930, F. 9, S. 12; Dt. Ztg. Bohemia vom 27. 9. 1938; W. Winkler, H. R. als Statistiker, in: Prager Jurist. Z. 10, 1930, n. 7/8, S. 210 ff.; F. Bach, R.s Stellung zur Wohnungsfürsorge, ebenda, 10, 1930, n. 7/8, S. 214 ff.; A. Boháč, Prof. H. R., in: Československý statistický věstník 11, 1930; C. Horáček, Prof. R. zemřel, in: Právník 77, 1938, S. 541f.; Masaryk; Otto 21, Erg.Bd. V/1; Kürschner, Gel.Kal., 1925–35; Die dt. Karl-Ferdinands-Univ. in Prag . . ., 1899, s. Reg.; Köpfe der Politik, Wirtschaft, Kunst und Wiss. in Europa. Tschechoslowak. Republik, 1936; Geschichte und Ergebnisse der zentralenamtlichen Statistik in Österr. 1829–1979 (= Beitr. zur österr. Statistik 550), 1979, S. 61, 67ff., 75; E. Brix, Die Umgangssprachen in Altösterr. zwischen Agitation und Assimilation (= Veröff. der Komm. für neuere Geschichte Österr. 72), 1982, s. Reg.

(He. Slapnicka)

PUBLIKATION: ÖBL 1815-1950, Bd. 8 (Lfg. 40, 1983), S. 437f.

Die Karte weist die Bevölkerungsverhältnisse Böhmens zur Zeit der großen Volkszählung 1900 in acht verschiedenen Farbnuancen auf und zeigt somit die wahre proportionale Verteilung der beiden großen Bevölkerungsgruppen Böhmens – **Tschechen und Deutsche**.

Zudem bietet dieser qualitativ bestechende Nachdruck zum **Jubiläumspreis von nur 25.- €** (portofrei in Deutschland, sonst zzgl. Versand!) vergrößerte Ausschnittskarten der deutschen Sprachinseln Neubistritz-Neuhaus, Budweis, der Streckener Sprachzunge mit Iglau sowie des Nordböhmischen Kohlenreviers. D

[Alle weiteren Details sowie eine Bestellmöglichkeit dieser einmaligen Karte im Format von ca. 70 x 100 cm sehen Sie bitte hier.](#)

Seite D 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dr. Heinrich Rauchberg
Sprachenkarte von Böhmen, 1900

Sprachenkarte von Böhmen.

Im Auftrage der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen

auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 über die Umgangssprache

entworfen von

Dr. HEINRICH RAUCHBERG

o. ö. Professor an der k. k. deutschen Universität in Prag.

Maßstab 1:500.000. (Eckkartens im Maßstab 1:200.000.)

WIEN

R. LECHNER (WILH. MÜLLER), k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhandlung

I. Graben 31.



Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des BÖHMISCHE-DÖRFER-VERLAGES hat er die detaillierteste deutsch-tschechische Sprachenkarte / Nationalitätenkarte, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts erarbeitet wurde, erneut gedruckt. Prof. Dr. Heinrich Rauchberg, Jurist, bekannter Verwaltungsrechtler und Statistiker, ein ungeheuer vielseitiger Wissenschaftler an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte die Karte 1904 herausgegeben. Die Karte weist die Bevölkerungsverhältnisse zu Zeiten der großen Volkszählung von 1900 in acht verschiedenen Farbnuancen auf und zeigt damit die wahre proportionale Verteilung der beiden großen nationalen Bevölkerungsgruppen auf. Darüber hinaus werden auf vergrößerten Ausschnittskarten in den Ecken des Blattes die deutschen Sprachinseln separat dargestellt: links unten die so genannte Sprachzunge von Neubistritz-Neuhaus, rechts unten: die Budweiser Sprachinsel, die Sprachzunge von Stecken mit Iglau sowie das Nordböhmische Kohlenrevier mit Brüx, Dux, Bilin bis Teplitz-Schönau. Neben den üblichen topographischen Angaben ist zu bemerken, dass auch sehr kleine Dörfer namentlich aufgeführt werden) Ein Begleitheft ergänzt mit Tabellen :die farblich differenziert dargestellten „96 politischen Bezirke

Böhmens nach den Umgangssprachen der anwesenden staatsangehörigen Bevölkerung“

Als Original ist die Landkarte sehr selten – hier vorliegend als qualitativ hervorragender preiswerter Nachdruck!

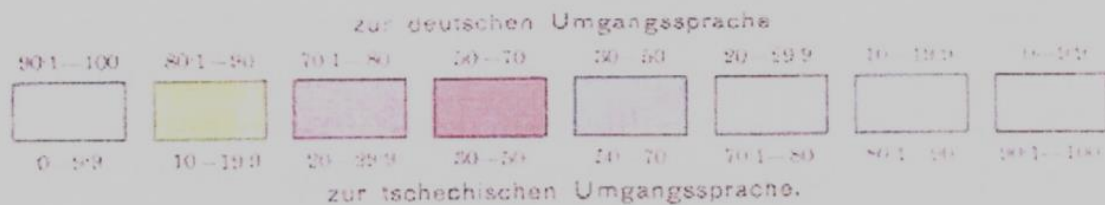
Das Blatt im Format von etwa 70 x 100 cm, und einem Maßstab von etwa 1:500,000 wurde bereits vor Jahren aufwendig digital restauriert um wieder bis ins kleinste Detail lesbar zu sein. Damals konnte es nur von großen Bibliotheken auf Leinen montiert bezogen werden. Der jetzige Faksimile-Druck wird noch gefaltet mit mehrseitigem Begleitheft zum Jubiläums-Preis von 25,00 EURO innerhalb Deutschlands portofrei geliefert.

Bestellungen bitte an: Böhmisches-Dörfer-Verlag, Wolfgang W. Marko
Wilhelm-Leuschner-Straße 42, D 54292 TRIER

Netzpost: markowolfgang@markodorf.de Fernruf: 0651/2 89 83

Farben-Erklärung:

Von je 100 in den einzelnen Ortschaften Böhmens anwesenden österreichischen Staatsangehörigen haben sich bei der Volkszählung am 31. Dezember 1900 bekannt:



Zeichen-Erklärung:

	STÄDTE, Städte		Landstraßenweg		im Bau		Forsthäuser
	Milchvie		Elektrische Bahnen		Streifen 1. Klasse		Tramway-Endpunkte
	Waldgrenze		Bahnsteig		2. Klasse		Waldpunkte
	Kolonisationsgebiete		Fluss		Fahr- Landweg		Landes
	Klöster u. Kapellen		Tiergärten		Flächenfläche		Bezirksämter
	Jagdweier		Dampfschiff		Zahnradbahnen		Gerechtsame
	Bauern		Reise		Straßenzüge u. Seilwege		Kriegensitze
	Regenorte		Konventionen		Sitze der Bezirksaußenämter		Sitze der Gerichtsbezirke
	Misrabahnen		Wohnschutzhäuser		Sitze der Gerichtsbezirke		

Die Schreibweise der Gemeindef- und Ortschaftsnamen richtet sich nach der vom k. u. k. Militärgeographischen Institute in Wien herausgegebenen Generalkarte von Mitteleuropa im Maße 1:200,000.

Die Namen der überwiegend deutschen Ortschaften mit 10–50% Tschechen sind durch ein rotes hervorgehoben, die Namen der überwiegend tschechischen Ortschaften mit 10–50% Deutschen durch ein blaues .



04) „Das Leben an der Grenze“. Kurzfilm

Nach den beiden Filmpräsentationen in **Hirschbach** und **Zlabings** / Slavonice ist der **Film „Das Leben an der Grenze“** (Deutsch, mit tschech. Untertiteln) nun auch auf dem [Youtube-Kanal der Waldviertel-Akademie zu finden.](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=5LFjX4ghh5I&t=1010s>

Der Kurzfilm (21:20 Min.) zeigt, was in den letzten 35 Jahren im Grenzgebiet von Österreich und Tschechien alles geschah. Anhand von Interviews und Grenz-Impressionen wird das Leben an den Staatenrändern sichtbar gemacht. Viel Spaß beim Ansehen!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2023

Wien, am 07. Juni 2023

05) Die Prager Astronomen

In seinem letzten Beitrag begibt sich Landesecho-Blogger Robin auf die Spur von **Tycho Brahe** und **Johannes Kepler**. Die beiden begründeten gemeinsam in **Prag** die ersten Ansätze unseres heutigen Verständnisses des Universums. [Hier geht es weiter.](#)

<https://landesecho.cz/kolumnen/die-prager-astronomen/0015969/>

[Kolumnen](#)

Die Prager Astronomen

[Robin Sluk](#) 30. Mai 2023



Das Denkmal von Tycho Brahe und Johannes Kepler in Pohořelec. *Credit: Robin Sluk*

In seinem letzten Beitrag begibt sich unser Landesblogger Robin auf die Spur von Tycho Brahe und Johannes Kepler. Die beiden begründeten gemeinsam in Prag die ersten Ansätze unseres heutigen Verständnisses des Universums.

Wer sich die Bewertungen der Astronomischen Uhr auf dem Prager Altstädter Ring im Internet anschaut, der wird trotz prinzipiell positiver Kommentare eine gewisse Enttäuschung mitschwingen hören. So beschreibt etwa der Nutzer Alexander G. seine Erfahrung mit der Uhr folgendermaßen: „Das Spektakel mit der Uhr zur vollen Stunde hat sich in Grenzen gehalten. Ich habe eigentlich viel mehr erwartet. Aber es war ok.“

Vielleicht liegt es an der Reizüberflutung unserer Tage, dass sich solche Beschreibungen für eines der bekanntesten Denkmäler menschlicher Kunstfertigkeit häufen. Angesichts der unzähligen Unterhaltungsangebote, die tagtäglich auf uns einströmen, ist das nicht verwunderlich. Was sollte schon Besonderes an einer einfachen Uhr aus dem 15. Jahrhundert sein?



Die Astronomische Uhr auf dem Altstädter Ring in Prag zieht jährlich Touristen aus aller Welt an.- Foto: *Wikimedia Commons/ Secernesto CC BY-SA 2.5*

Tatsächlich einiges. Sowohl unsere Fähigkeit, die Zeit zu messen, als auch unsere stetig fortschreitende Beobachtung astronomischer Phänomene haben eine unterschätzte Rolle in der Entwicklung unserer Zivilisation gespielt. Die Verabredung der Menschen auf eine

Seite D 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

gemeinsame Zeit ist Voraussetzung für das Funktionieren beinahe jeder Form von Zusammenarbeit. Und die Erklärung astronomischer Phänomene hat die Entwicklung der modernen Physik so maßgeblich beeinflusst, dass letztere ohne jene kaum vorstellbar wäre. So war etwa die newtonsche Mechanik nicht zuletzt aufgrund der Daten möglich, die die beiden Astronomen Tycho Brahe und Johannes Kepler von der Bewegung der Planeten erhoben.

Die ersten neuzeitlichen Astronomen

Die beiden kamen im Jahr 1600 am Hof von Kaiser Rudolph II. zusammen. Ein bedeutsames Treffen, denn bei ihnen handelt es sich wohl um die wichtigsten Astronomen der frühen Neuzeit. Schon in ihrer – oftmals schwierigen – Zusammenarbeit machte sich die spätere Unterteilung der Physik in eine experimentelle, bzw. beobachtende und eine theoretische Disziplin bemerkbar. Während Brahe hauptsächlich experimentell arbeitete und zahlreiche, teilweise metergroße Messinstrumente konstruierte, beschäftigte Kepler sich mehr mit den mathematischen Zahlenverhältnissen, die der Bewegung der Gestirne zugrunde liegen.

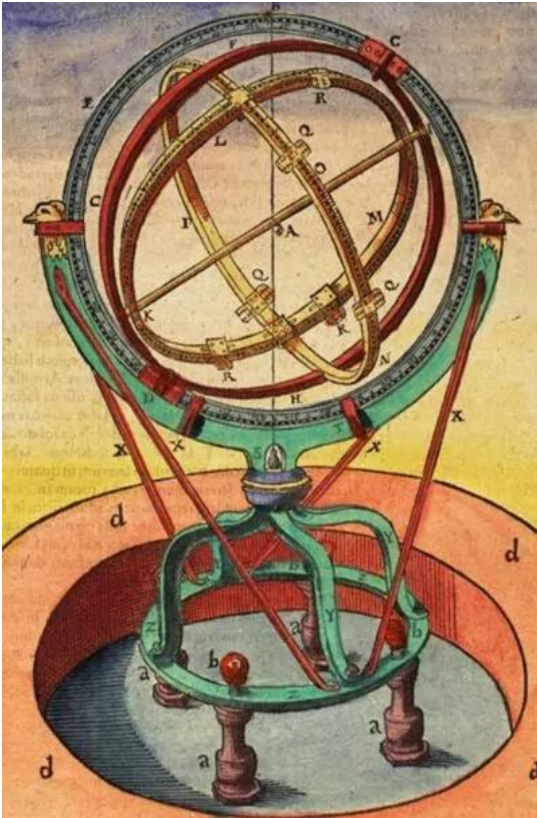
Ihre kurze Zusammenarbeit, die mit Brahes Tod im Jahr 1601 endete, bildete die Grundlage für Keplers Formulierung der Gesetze der Planetenbewegung. Später baute Newton auf den Arbeiten von Brahe und Kepler auf, um seine Gravitationsgesetze zu formulieren. Eine der folgenreichsten physikalischen Theorien der Neuzeit wäre ohne die Arbeit dieser beiden Astronomen vielleicht nicht möglich gewesen.

Brahe war der erste Astronom, der auf exakte und wiederholte Beobachtungen astronomischer Phänomene zu ihrer Erklärung zählte. Die Instrumente, die er zu diesem Zweck baute, kosteten den dänischen König bis zu zwei Prozent seines jährlichen Haushalts. Kepler leistete einen entscheidenden Beitrag zur Korrektur des kopernikanischen Weltbildes, als er auf der Grundlage von Brahes Messdaten erkannte, dass Monde und Planeten sich nicht auf Kreis- sondern auf elliptischen Bahnen bewegten. Seine mathematische Beschreibung der Planetenbewegung in den drei keplerschen Gesetzen ist einer der ersten Meilensteine der mathematischen Physik.

Vorreiter der modernen Naturwissenschaft

Die Arbeit der beiden Forscher steht am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Sie gehörten zu den ersten, die mathematische, erfahrungsbasierte Wissenschaft betrieben. Mit ihrer Arbeit trugen sie maßgeblich dazu bei, die klassischen Modelle der Weltanschauung, die zuvor von der Religion und der antiken Tradition bereitgestellt wurden, durch eine neue Methode abzulösen, bei der die gewissenhafte Überprüfung theoretischer Behauptungen durch möglichst exakte Messdaten im Vordergrund stand. Ein guter Teil dieser Arbeit fand in Prag statt.

Brahe kam nach langjähriger Forschung in Dänemark nach Prag, als ihm nach dem Tod seines Mäzens Friedrich II. von Dänemark von seinem Nachfolger die Mittel für seine aufwändige Sternbeobachtung gekürzt wurden, die er auf den Sternwarten Uraniborg und Sterneborg betrieb. Kaiser Rudolph II. beauftragte ihn mit der Anfertigung neuer Sterntafeln, die Brahe jedoch nicht mehr fertigstellen würde. Stattdessen übernahm diese Aufgabe Kepler, der schließlich 1627 die bis dahin genauesten Daten über die Bewegung der Gestirne in den Rudolfinischen Tafeln zusammenfasste.



Eine Amilare nach der Konstruktion von Tycho Brahe. Mit diesem Instrument lässt sich die Position von Himmelskörpern am Firmament bestimmen. *Credit: Wikimedia Commons.*

Eine schwierige Zusammenarbeit

Zu Brahes Lebzeiten hatte Kepler jedoch kaum Einblick in dessen umfangreiche Datensammlung. Brahe, der ein jähzorniges und eifersüchtiges Naturell besaß, ließ dem begabten Mathematiker nur kleine Ausschnitte seiner Forschungsergebnisse zur weiteren Bearbeitung.

Dabei war es Brahe selbst, der Kepler zu sich nach Prag einlud. Im astronomischen Erstlingswerk des jungen Deutschen, dem *Mysterium Cosmographicum*, [dt.: Weltgeheimnis] erkannte der 25 Jahre ältere Brahe ein großes Talent, von dem er erhoffte, dass es ihm bei der Ausarbeitung und Verbreitung seines eigenen Weltbildes, das einen Kompromiss zwischen dem ptolemäischen und dem kopernikanischen Weltbild darstellte, behilflich werden könne.

Veränderung unseres Weltbilds

Dazu kam es aber nicht. Tatsächlich verhalfen Keplers Arbeiten später dem heliozentrischen Weltbild von Kopernikus zum Durchbruch, das die überlieferte Anschauung, nach der die Erde im Zentrum des Universums liege, ablöste.

Den beiden Astronomen hat die Stadt Prag im Stadtteil Pohořelec ein Denkmal gewidmet. Und wer die Astronomische Uhr auf dem Altstädter Ring besucht, der kann etwas von dem weiten Weg ahnen, den unser Wissen von den Gestirnen seit ihrer Konstruktion genommen hat. Bei ihrem Bau wusste noch niemand, dass die Erde sich um die Sonne dreht. Doch das Wissen um die astronomischen Vorgänge, das in ihr aufbewahrt ist, führte Schritt für Schritt näher an diese und viele weitere grundlegende Erkenntnisse heran.



Robin Sluk

Über unseren Landesblogger:

„Dobrý den. Jmenuji se Robin Sluk. Rád Vás poznávám.“

Zumindest die Vorstellung auf Tschechisch klappt schon einigermaßen. Was den Rest der Sprache anbetrifft, werde ich in den nächsten Monaten noch viel zu lernen haben.

Mit Tschechien verbindet mich die Geschichte meines Vaters, der als Sohn deutscher Eltern in Reichenberg (Liberec) aufwuchs und im August 1968 mit seiner Familie ausgewandert ist. Diese Ausreise war ein recht interessanter Vorgang, über den ich gerne in einem oder zwei Artikeln für das Landes Echo berichten werde. Insbesondere bin ich darauf gespannt, die Prager Kultur- und Literaturszene kennenzulernen und plane einige Artikel über die Geschichte der deutschsprachigen Literatur in Prag.

Ursprünglich habe ich in Freiburg Philosophie und Mathematik studiert. Mein Ziel beim Landes Echo ist es, einige grundlegende journalistische Kompetenzen aufzubauen. Ganz fremd bin ich der schreibenden Zunft allerdings nicht: Neben der Arbeit bei Landes Echo sitze ich zur Zeit an meinem ersten größeren Projekt, einem literarischen Tagebuch über St. Petersburg, wo ich von August 2018 bis Juni 2019 gelebt habe.

Ich freue mich auf die Zeit in der Redaktion und hoffe, der Leserschaft einige lesenswerte Artikel präsentieren zu können.

P.S.: Sofern ein Prager Leser oder eine Leserin daran interessiert ist, mit mir deutsch zu sprechen und mir dafür im Gegenzug etwas Tschechisch beibringen möchte, kann er oder sie mich unter der Adresse: praktikant@landesecho.cz erreichen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2023

Wien, am 01. Juni 2023

06) Otfried Preußlers treueste Leserin

Otfried Preußler (* 20. Oktober 1923 in **Reichenberg** / Liberec als *Otfried Syrowatka*; † 18. Feber 2013 in Prien am Chiemsee) wäre heuer 100 Jahre alt geworden. Es gibt nicht viele Menschen, die den Kinderbuchautoren so gut gekannt haben wie **Christine Annes**. Sie war 33 Jahre seine Sekretärin. Jeden Satz, den er in sein Diktiergerät sprach, hat sie für ihn abgetippt. Nie vergessen wird sie den letzten Satz, den er zu ihr sagte. [Hier geht es zum Artikel im Münchner Merkur](https://www.merkur.de/bayern/otfried-preusslers-langjaehrige-sekretaerin-christine-annies-ueber-den-alltag-mit-dem-kinderbuchautoren-aus-prien-am-chiemsee-92311804.html).

<https://www.merkur.de/bayern/otfried-preusslers-langjaehrige-sekretaerin-christine-annies-ueber-den-alltag-mit-dem-kinderbuchautoren-aus-prien-am-chiemsee-92311804.html>

Otfried Preußlers langjährige Sekretärin über den Alltag mit dem Kinderbuchautor: „Anfangs hielt ich ihn für einen Spion“

Erstellt: 31.05.2023, 07:12 Uhr

Von: [Katrin Woitsch](#)



Mit einer elektrischen Schreibmaschine wie dieser tippte Christine Annes drei Jahrzehnte lang Otfried Preußlers Texte für ihn. © *Marcus Schlaf*

Otfried Preußler wäre heuer 100 Jahre alt geworden. Es gibt nicht viele Menschen, die den Kinderbuchautoren so gut gekannt haben wie Christine Annes. Sie war 33 Jahre seine Sekretärin. Jeden Satz, den er in sein Diktiergerät sprach, hat sie für ihn abgetippt. Nie vergessen wird sie den letzten Satz, den er zu ihr sagte.

Es ist 1980. Christine Annes und ihr Mann sind vor Kurzem in ihr neues Haus in Stephanskirchen im Kreis Rosenheim gezogen. Vom Wintergarten aus haben sie einen unbezahlbaren Blick auf die schönsten Seiten des Chiemgaus. Nur eines passt nicht ganz

Seite D 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

in die Aussicht: Dieser ältere Herr, der fast täglich die Felder entlang spaziert und dabei in sein Diktiergerät spricht. Manchmal hat Annies das Gefühl, sie hätte ein paar russische Wörter gehört. Sie fragt sich insgeheim, ob sie einen russischen Spion beobachtet.

Es dauert nicht lange, bis ein Zufall dazu führt, dass sie diesem rätselhaften Mann plötzlich gegenübersteht. „Ich hatte in der Zeitung eine Stellenanzeige gesehen“, erzählt sie. „Schriftsteller sucht Mitarbeiterin.“ Sie ist damals 30, ihre Tochter ist gerade in den Kindergarten gekommen. Annies beschließt, sich für den Job vorzustellen, und fährt zu der Adresse. Die Tür öffnet kein anderer als der vermeintliche russische Spion. Er stellt sich als Otfried Preußler vor. Annies kann es kaum glauben – der Mann, dessen Bücher sie als Kind über alles geliebt hat, sucht eine Sekretärin. „Wir haben sofort gemerkt, dass wir uns gut verstehen werden“, erzählt sie. Preußler will nicht mal ein Arbeitszeugnis von ihr sehen, sie darf sofort anfangen. Als sie ihn ein bisschen besser kennt, beichtet sie ihm sogar, dass sie ihn für einen Spion gehalten hat. „Darüber haben wir noch oft zusammen gelacht.“

Es dauert nicht lange, bis Annies sich an die Arbeitsweise ihres neuen Chefs gewöhnt hat. Der langjährige Lehrer und Rektor ist damals schon pensioniert. Christine Annies' Arbeitstage beginnen am Frühstückstisch der Preußlers. „Dort haben wir immer zusammen den Tag durchgesprochen“, erzählt sie. Dann zieht Otfried Preußler mit seinem Diktiergerät los. Meist ist er bis mittags unterwegs, spaziert über Wiesen oder durch Wälder und erfindet dabei die Geschichten, die später die Kinder in ihren Bann ziehen werden. Preußler ist der Vater vieler Bilder- und Kinderbücher. Der „Räuber Hotzenplotz“, „Der kleine Wassermann“, „Die kleine Hexe“, „Krabat“ oder „Das kleine Gespenst“ fehlen in kaum einem Bücherregal. Die Texte spricht er nahezu druckreif ein. Später landet das Band dann auf dem Schreibtisch von Christine Annies. Sie tippt alles ab. „Diese Manuskripte hat er dann aber noch x-Mal überarbeitet“, erinnert sie sich.

Otfried Preußler ist ein Perfektionist, das merkt sie schnell. Aber einer, für den es Spaß macht zu arbeiten. „Er hat sich so oft bei mir bedankt – für jede Kleinigkeit. Welcher Chef macht das schon?“ Neben dem kleinen Büro im Haus gibt es einen Anbau, dort steht Preußlers Schreibtisch – vor einer großen Fensterfront. Hier arbeitet er nachmittags weiter. „Oft haben ihn seine Spaziergänge so weit weggeführt, dass er seine Frau anrief und darum bat, irgendwo abgeholt zu werden“, erzählt Christine Annies und lächelt. Sie hat nur schöne Erinnerungen an die 33 Jahre, die sie bei den Preußlers gearbeitet hat. Als ihre zweite Tochter auf die Welt kam, stand der Job mal kurz auf der Kippe. Doch weil Otfried Preußler seine Sekretärin nicht verlieren wollte, bot seine Frau an, auf das kleine Mädchen aufzupassen, während Annies arbeitete.

Ich hatte mir den Autoren der kleinen Hexe immer als schönen Prinzen vorgestellt.

Christine Annies

Sie tippte seine Gedanken und sogar seine Tagebucheinträge, kümmerte sich um den gesamten Schriftverkehr und half ihm bei der Leserpost. „Es waren bestimmt 10 000 Briefe, die er von Kindern bekommen hat“, erzählt sie. Alle hat Preußler beantwortet. Manchmal im Namen des Räuber Hotzenplotz. Den Kindern, die ihm schrieben, sie wollen auch Buchautor werden, riet er, erst eine Ausbildung zu machen. „Damit sie unabhängig sind“, erzählt Christine Annies.

Auch sie hat zu Hause eine Mappe mit Briefen von ihm – einige davon ebenfalls verfasst vom Räuber Hotzenplotz persönlich. „Liebe Frau Annies“, schrieb er im Februar 1984. „Bin wieder einmal bei Preußlers und habe gehört, dass Sie zur Zeit einen kurzen Urlaub im Krankenhaus verbringen. No – Hauptsache, dass es nix Schlimmes ist! Kann Sie ja leider nicht gut besuchen kommen, sonst würde das im Krankenhaus womöglich eine große

Seite D 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Aufregung geben. (...) Alsdann, alles Gute, wie gesagt, und viele herzliche Rrrrrrr – na, Sie wissen schon, auch von den Preußlers! Ihr Räuber Hotzenplotz.“ Noch heute schmunzelt Christine Annies, wenn sie die alten Briefe und Karten liest. Seine Bücher über den Abenteurer Hutzelmann Hörbe hat Preußler sogar mit einer Widmung für Annies' Kinder begonnen. Sie und ihr Chef haben sich immer gesiezt – doch sie wurden Freunde fürs Leben.

Dabei war Christine Annies eigentlich sehr enttäuscht, als sie Preußler das erste Mal sah. Damals war sie acht Jahre alt. Ihre Grundschullehrerin rief sie und ihre Mitschüler plötzlich ans Fenster, als Otfried Preußler mit seinem Diktiergerät draußen langspazierte. „Die kleine Hexe“ war damals mein Lieblingsbuch. Ich habe mir den Autor immer als schönen Prinzen vorgestellt“, verrät sie. Nun ja, man muss es ehrlich sagen: Der kräftige Mann mit Glatze und Brille war erst mal eine Enttäuschung. Doch das änderte sich gute zwei Jahrzehnte später ja schlagartig.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 66, 2023

Wien, am 01. Juni 2023

07) Die schönsten Städte von Mähren

Rubrik „Fundstücke“

Im Volksmund hieß es einst: **Hof**, **Bautsch** und **Bärn** sind die drei schönsten Städte von Mähren!

Es war einmal... - diese unweit voneinander in Nordmähren gelegenen Städte (tschech. *Dvorce*, *Budišov nad Budišovkou* und *Moravský Beroun*) bilden ein Dreieck, wären derart bequem an einem Tag zu erreichen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 78, 2023

Wien, am 27. Juni 2023

08) Auf Santinis Spuren im Böhmischem-Mährischen Hochland

2023 jährt sich zum 300. Mal der Todestag des berühmten Architekten **Johann Blasius** (tsch. Jan Blažej) **Santini-Aichi** (1677-1723). Diesem Genie, das seinen eigenen Stil, die sogenannte Barockgotik, schuf, wird heuer im Böhmischem-Mährischen Hochland / Vysočina gedacht, wo ein großer Teil von Santinis Erbe zu finden ist. [Hier geht es zum „Powidl“-Beitrag.](#)

<https://www.powidl.info/tourismus/auf-den-spuren-des-barock-genies-santini-im-b%C3%B6hmisch-m%C3%A4hrischen-hochland>

Auf den Spuren des Barock-Genies Santini im Böhmischemährischen Hochland

Im Jahr 2023 jährt sich zum 300. Mal der Todestag des berühmten Architekten Johann Blasius (tsch. Jan Blažej) Santini-Aichl (1677-1723). Diesem Genie, das seinen eigenen Stil, die sogenannte Barockgotik, schuf, wird heuer im Hochland (Vysočina) gedacht, wo ein großer Teil von Santinis Erbe zu finden ist. Der tschechische Tourismus hat das Jubiläum zum Anlass genommen, um eine "Reise nach Santini" zusammenzustellen. Entdecken Sie die bedeutenden Bauten Santinis in der Hochlandregion, von der Wallfahrtskirche des heiligen Johannes von Nepomuk auf dem Grünen Berg /Zelená hora, über das Kloster der Geburt der Jungfrau Maria in Seelau /Želiv bis zur Kapelle der heiligen Anna in Frauental /Pohled!



Saar / Žďár nad Sázavou.- Bild: Zámek Žďár nad Sázavou

Johann Blasius Santini, der herausragende Baumeister und Begründer der Barockgotik, entstammte einer aus Italien eingewanderten Steinmetzfamilie. Nach Saar / Žďár nad Sázavou brachte ihn der gelehrte Abt Wenzel Vejmluva, der ihn im 18. Jahrhundert mit dem Umbau des ausgebrannten Klosters beauftragte. Nach Santinis Plänen wurden auch der klösterliche Gutshof Lyra, die Sakristei der Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit und der Untere Friedhof gestaltet. Der bedeutendste Bau ist jedoch die erwähnte Wallfahrtskirche auf Zelená Hora.

Von strategischer Bedeutung für die Gründung der Stadt war Fluss Sasau / Sázava, der im Stadtnamen erhalten ist. Ab dem Jahr 1100 stand hier bereits eine Siedlung und später kam das Zisterzienserkloster Žďár zu Ehren Fons Beatæ Mariæ Virginis dazu. Es kam auch zur Entwicklung der Teichwirtschaft und des Erzabbaus. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war Saar aufgrund der hier ansässigen Weber bereits eine Zunftstadt. Der Stadtkern liegt auf einer Anhöhe über dem linken Ufer der Sasau und zeichnet sich durch einen rechteckigen Stadtplatz mit ehemaligem Renaissance-Rathaus und Pestsäule aus. Dahinter, am nordwestlichen Rand der Altstadt, liegen die modern ausgebaute ehemalige Festung und die gotische Kirche des Hl. Prokopp.

Wer mit Kindern anreist, dem wird die Modelleisenbahn im Kulturhaus bestimmt gefallen. Rund um den Konvent-Teich führt ein barrierefreier Lehrpfad mit Aussichtspunkten, Sitzbänken und Raststationen.

Seite D 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Kloster Seelau / Želiv können die Besucher in den Sommermonaten eine spielerische Führung durch Santinis Bauwunder genießen. Eine Reise durch die Zeit und das Leben des genialen Baumeisters und seiner Mitarbeiter. Gleichzeitig trifft man auf eine Reihe historischer Persönlichkeiten und entdeckt Geheimnisse des Klosters, die jahrhundertlang verborgen waren. Man kann auch einen Blick in die alten Klosterkeller werfen. Die Atmosphäre wird durch die historischen Kostüme des Kostümbildners Roman Šolc und die Originalmusik von Vít Tůma perfekt unterstrichen. Die Führung ist für alle Altersgruppen geeignet und wird die ganze Familie begeistern.

Für Kinder bietet das Kloster Želiv am 15. Juli, 5. August und 30. September eine Führung unter dem Titel "Wandern mit Santini" an, bei der kleine und große Besucher viel Wissenswertes über Santinis Architektur erfahren. Durch interaktive Aufgaben und das Sammeln von Münzen können sie dem Meister helfen, sein Werk zu vollenden. Die Tour umfasst kostümierte Führer, spielerische Aufgaben zu Santinis Leben und Werk, eine Besichtigung des Klosters, des Gartens Eden und der Abteikirche sowie eine Erinnerungsurkunde für jeden kleinen Baumeister.

Quellen: CzechTourism, Kudy z nudy

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 78, 2023

Wien, am 27. Juni 2023

09) Dreifaltigkeitswallfahrt Neubistritz -Reingers

Franz Longin (2. v.r.), langjähriger Sprecher der Südmährer, das Ehepaar **Franz und Marianne Schneider**, der Historiker **Mag. Niklas Perzi**, Lm. **Günther Zotter**, zwei Fahnenträger von den Südmährern - **Pepi Ofner** und **Ossi Sollan** – sowie last but not least der Obmann des Kulturverbandes der Südmährer, **Dkfm. Hans-Günter Grech** mit **Gemahlin Christa Gudrun**, vervollständigten die Abordnung, die den Worten von **Bürgermeister Andreas Kozar** (Mitte) der Gemeinde Reingers im Waldviertel, Patengemeinde des Kreises Neubistritz, nach der gestrigen Dreifaltigkeitsmesse am Mahnmahl der Heimatvertriebenen andächtig folgten.

[Bitte sehen Sie hier ein weiteres Bild von der feierlichen Messe](#), mit Dank an **C. G. Spinka-Grech**.



Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 14

Predigtkreis & Freedom-House-Index, Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt & Ann-Marie, Opfer von Brokstedt – Wenn das einzige Kind getötet wird & Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 15– E 63**

- 01) Keine Auskunft über 8,1 Mrd. Deutschlands an die UNO
- 02) Die Klimadebatte beginnt am falschen Ende – zielführende Diskussionen Unerwünscht. Von PETER HAISENKO
- 03) Konferenz in Moskau – Gegenangriff gegen den Amerikanischen Einfluss
- 04) Die «Atlantische Frage»: Kann nur atomare Eskalation die alten Hegemonieansprüche brechen? Von REDAKTION
- 05) Phänomene der Eine-Welt-Herrschaft: Über Globalpolitik und Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft
- 06) Gefährliches Kräfteressen im Indopazifik – Deutschland ist mit von der „Partie
- 07) Umfrage: 80 % der Chinesen machen die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich
- 08) Dr. Norbert van Handel – Europa, der wirkliche Idiot
- 09) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 54 – E 64**

- Keine Berichte -

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 65 – E 111**

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.06.2023
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.06.2023
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.06.2023
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.06.2023
- 05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.06.2023
- 06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.06.2023
- 07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.06.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 112

- Keine Berichte -

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seiten E 113 – E 128

Europäische Union (EU) (Seiten E 113 - E 128)

- 01) Orban auf EU-Gipfel: „EU am Rande des Bankrotts“.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 02) Elftes Sanktionspaket der EU ist beschlossen
- 03) EU-Migrationspakt: Massiver EU-Vorstoß alle Mitgliedsländer mit
„Flüchtlingen“ per Zwangsverteilung zu fluten
- 04) EU will keine Umweltauflagen für Privatjets – Eliten werden „verschont“
- 05) Geplantes EU-Pfandsystem: „Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“
– Milliarden Bierflaschen vor Vernichtung
- 06) Kein neues EU-Sanktionspaket dank Ungarn und nun auch Griechenland
- 07) Mutter aller Zensuren im Anmarsch: Digitalgesetz soll alle nicht
systemkonforme Meinungen beseitigen. Von CLAUDIA MARCU

E. g) Mitteleuropa

Seiten E 127 – E 131

- 01) Knalleffekt: AUF1 ab Herbst auch im echten Fernsehen!

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 132– E 269

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 132– E 191)

- 01) Faeser will AfD, zweitstärkste Partei in Umfragen, wegen
„Rechtsextremismus“ verbieten
- 02) ACHTUNG REICHELT! Die ZDF-Aussteigerin Christine Prayon ist eine
Heldin
- 03) 140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea
- 04) Was wollt Ihr? Teil 2. Von Ed Koch
- 05) Was wollt Ihr? Von Ed Koch
- 06) Wähler, enteignet die Undemokraten! Von WOLFGANG HÜBNER
- 07) Erneute „Abfuhr“ für Baerbock diesmal in Südafrika
- 08) ACHTUNG REICHELT! Was Ihnen nicht passt, brüllen sie nieder!
Von JULIAN REICHELT
- 09) ACHTUNG REICHELT! Die größte Gefahr für unseren Wohlstand heißt
Robert Habeck. Von JULIAN REICHELT
- 10) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch
- 11) Schwierige Zeiten. Von Ed Koch

- 12) Aktionstag gegen „Hasspostings“ in der Bunten Republik.
Von CONNY AXEL MEIER
- 13) Im besten Deutschland aller Zeiten – montags keine Postzustellungen
Mehr
- 14) Kalenderwoche 24 - 12. bis 18.06.2023. Von Ed Koch
- 15) „Stimmung kocht“ – Riesenkrach bei deutschen Grünen wegen Baerbock
- 16) 53,2 Mrd. Euro deutsche Klimahilfe versickerte weltweit in „dubiosen
ausländischen“ Kanälen
- 17) Ampel genehmigt sich selbst „Inflationsausgleichsbonus“ von 3.000 Euro
- 18) Kalenderwoche 23 - 23.05. bis 11.06.2023. Von Ed Koch
- 19) Dresden: Kosten für Migration treiben Stadt in finanziellen Ruin
- 20) Evangelischer Kirchentag in Nürnberg: Christen in der AfD informieren
trotz Ausgrenzung
- 21) Linksfaschistischer Vorstoß: Verbot der Alternative für Deutschland?
Ansichten eines Mitglieds. Von SVEN KORTE
- 22) Bernhard Zimniok (AfD): Entwicklungshilfe an Einhaltung von Rück-
führungsabkommen knüpfen
- 23) Kretschmer fordert Migranten-Obergrenze im Grundgesetz
- 24) Kalenderwoche 22. – 29.05. bis 04.06.2023. Von Ed Koch
- 25) Münster als Probelauf – Verbot von Einfamilienhäusern deutschlandweit
geplant
- 26) 16 Gründe, warum die AfD bei Wahlumfragen auf der Überholspur ist.
Von MEINRAD MÜLLER
- 27) NRW: 4-Sterne-Hotel soll für „Flüchtlinge“ um € 600.000,- Miete p. M.
angemietet werden

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 192 – E 240)

- 01) Grandioses Sportereignis. Ed Koch
- 02) Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag
- 03) Viel mehr als „nur“ Briefmarken. Von Ed Koch
- 04) Rocktreff startet heute
- 05) Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nach-
haltigkeitsprojekten aus. Erstmals Preis für Erneuerbare Energien und
Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen
- 06) Ein überragendes Zeitdokument. Von Ed Koch
- 07) Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Von Ed Koch
- 08) Neuer Job für Christine Richter. Von Ed Koch
- 09) Da kommen einem die Tränen. Von Ed Koch
- 10) Kennedy Forum. Von Ed Koch
- 11) Singe, wem Gesang gegeben. Von Ed Koch
- 12) Die etwas andere Bank. Von Ed Koch
- 13) Ein grandioses Spektakel. Von Ed Koch
- 14) Würdevoller Abschied von Rainer Penk. Von Ed Koch

- 15) Trauer um Rainer Penk. Von Ed Koch
- 16) Ja, sie leben noch: De Randfichten und der Holzmichl. Von Ed Koch
- 17) Erinnerungen an Kennedy. Von Ed Koch
- 18) Sie ist wieder da, die Kuppel. Von Ed Koch
- 19) Chaostage beim rbb. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke
- 20) Steglitz, wir haben ein Problem! Wie Berlin zum Mars flog. Von Ed Koch
- 21) Zweierlei Maß. Von Ed Koch
- 22) „75 Jahre Luftbrücke“ – Jubiläumsausstellung im Rathaus Schöneberg.
Von Ed Koch
- 23) Die Legende lebt. Von Ed Koch
- 24) So geht's auch. Von Ed Koch

Österreich (Seite E 241)

- Keine Berichte -

Südtirol (Seiten E 242 – E 253)

- 01) Schweigespirale zu Hungerstreik für 105-Jährige Südtirolerin
- 02) AHTB-Obmann Wechselberger in Hungerstreik getreten
- 03) Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte.
Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lücke

Schweiz (Seiten E 254 – E 269)

- 01) Schweiz: Migranten-Mob randaliert auch in Lausanne als „Reaktion“ auf Frankreich
- 02) „Kulturbereicherung“ in der Schweiz: Muslimische Soldaten dürfen nach Mekka beten
- 03) PRO Schweiz stellt sich gegen WHO-Komplott zur Entmachtung der Nationalstaaten. Von REDAKTION
- 04) Bürgerbewegung «PRO Schweiz» für Souveränität, Neutralität, Freiheit und Switzerland first! Von REDAKTION

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 270 – E xxx
------------------------------	-----------------------------

Polen (Seite E 270)

- 01) Hunderttausende Linke in Warschau auf Anti-Regierungs-Demonstration – Was steckt dahinter?

Tschechien (Seite E 207)

- 01) Polen will Braunkohleabbau im grenznahen Turau (poln. Turów) bis 2044 – Fiala pocht auf Garantien

- 02)** In Tschechien wurde der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht
- 03)** Wissenschaftler enthüllen DNS-Übertrag in Gersten-Chromosomen
- 04)** Tschechische Sozialdemokraten ändern Namen ihrer Partei

S l o w a k e i (Seite E 207)

- 01)** Slowakei prescht weltweit vor: Bargeld in die Verfassung aufgenommen!

U n g a r n (Seiten E 208 – E 219)

- 01)** Orbán gibt „Bild“-Interview – Signal an Zelenskij: Das Kriegstreiber-Narrativ neigt sich dem Ende zu (VIDEO)
- 02)** Ungarischer Außenminister: Europa driftet immer näher in die Katastrophe.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 03)** Orbán: Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland – Brüssel ist wie Sowjetunion
- 04)** Ungarischer EU-Fidesz-Abgeordneter: EU-Migrations-Vertrag war ein „Putsch“ – Feiges Österreich.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR Forster

S e r b i e n (Seiten E xxx – E xxx)

- 01)** Serbien entlässt Minister wegen Forderung nach Russland Sanktionen
- 02)** Novak Djokovic: „Kosovo ist das Herz Serbiens“

E. j) Osteuropa

Seiten E 220– E 229

U k r a i n e (Seiten E 220 – E 226)

- 01)** Kommt es zu Friedensverhandlungen über den Ukrainekrieg?
- 02)** Selenskij in auswegloser Lage – Suche nach Friedenslösung in Kopenhagen
- 03)** Fakten zur Kachowka-Staudamm Sprengung – Die westlichen Propagandalügen widersprechen jeder Logik.
Von PETER HAISENKO
- 04)** Kachowka-Staudamm-Katastrophe: Neue Flüchtlings-Welle im Anrollen
- 05)** Kachowka-Anschlag: Zur Verantwortung des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren
- 06)** Anschlag auf Wasserkraftwerk Kachowka: Was machten die UN seit Oktober 2022?
- 07)** „WP“: Ukrainische Gegenoffensive führt durch eigene Minenfelder

R u s s l a n d (Seiten E 227 - E 229)

- 01)** Wladimir Putin mit seiner zweiten Klarstellung an das russische Volk
- 02)** Putin spricht zum militärischen Personal des Ministeriums für Verteidigung
- 03)** Russland plant Austritt aus WTO und WHO
- 04)** Lawrow im RT-Interview: «Verhalten des Westens scheint von Wunschenken geprägt!»
- 05)** „Kadyrows Armee“ und Wagner Söldner kehren wieder an die ukrainische Front zurück
- 06)** Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg? +UPDATE 25.6. – 13h45+ Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“
- 07)** Wer oder was steckt hinter dem Machtkampf in Russland?
- 08)** Ansprache Putins nach Prigoschins Handlungen auf eigene Faust. Von REDAKTION
- 09)** Lawrow nach Treffen der CSTO: «NATO möchte kämpfen... Wir sind bereit!». Von REDAKTION
- 10)** Russland: Nawalny Sprecherin zeigt sich für baldigen Umsturz optimistisch

D. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 230

- Keine Berichte -

E. l) Südosteuropa

Seiten E 231 – E 233

- Keine Berichte -

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 234 - E 246

- Keine Berichte -

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 247 - E 250

S c h w e d e n (Seiten E 271 – E 272)

- 01)** Schweden will aus Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik die Konsequenzen ziehen



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 – E 14

Predigtkreis & Freedom-House-Index, Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt & Ann-Marie, Opfer von Brokstedt – Wenn das einzige Kind getötet wird & Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?

Steffen Reiche

12.06.2023

Liebe Predigtkreisgemeinde,
herzlich grüße ich Sie mit der Predigt von gestern zur Areopag-Rede in Athen von dem Apostel Paulus.
Ihr Steffen Reiche

Predigt von Steffen Reiche am 1. Sonntag Trinitatis

Gnade sei mit Euch und von dem, der da war, der da kommt und der bleiben wird in Ewigkeit.

Liebe Schwestern und Brüder,

bitte lassen Sie uns doch heute mal nach Athen fliegen – die griechische Metropole, die Philosophenstadt, die Stadt mit dem Areopag. Die Stadt der wohl wirkmächtigsten Philosophen in der gesamten Weltgeschichte – von Sokrates und seinen Schülern Platon und Aristoteles.

322 vor Christus starb auch der letzte der großen Drei. 30 nach Christus war Paulus dann da.

Also knapp 300 Jahre nach der größten Zeit Athens, als von ihr aus im Geist der Philosophen die Welt geprägt worden ist.

Hellas, Griechenland, spielt im Römischen Reich eine wichtige Rolle. Man schreibt und denkt Griechisch in dem von Rom aus regiertem Reich. Das Neue Testament ist in Griechisch geschrieben. Und im Pantheon der Griechen und der Römer klingen die Götternamen zwar etwas anders, in Rom heißt Zeus nun Jupiter. Zeus-Jupiter, schleudert einen Blitz und ist der oberste Gott der griechisch-römischen Götterwelt. Es ist beides sehr ähnlich....

Und es sind aber nicht nur die eigenen Götter, denen man dort in Altäre baut. Auch alle möglichen anderen Götter, die mit ihren Völkern, den Menschen, die sie verehren, hier nach Athen oder nach Rom gekommen sind, werden Altäre gebaut. Und nun werden sie hier auch angebetet.

Die Götter Roms oder Griechenland muss man anbeten. Denn sie sorgen für das Wohlergehen des Reiches. Die anderen darf man, bzw. kann man anbeten. Muss man aber nicht.

So tolerant und götter-offen sind Athen und dann später Rom.

Sie können sich Athen ein bisschen wie eine Kathedrale vorstellen, wo es ja auch überall Kapellen gibt für die Heiligen, denen die Kapellen gewidmet sind. In Athen aber sind es Götter, die von den Athenern oder denen, die bei ihnen leben, an den vielen verschiedenen Altären verehrt werden.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hören wir auf Lukas, was er von dieser Reise des Paulus erzählt: Apg. 17, 17ff

Als aber Paulus auf seiner Missionsreise in Athen war, ergrimmte sein Geist in ihm, da er die Stadt voller Götzenbilder sah. Und er redete zu den Juden und den Gottesfürchtigen in der Synagoge und täglich auf dem Markt zu denen, die sich einfanden. Einige Philosophen aber, Epikureer und Stoiker, stritten mit ihm. Und einige von ihnen sprachen: Was will dieser Schwätzer sagen? Andere aber: Es sieht aus, als wolle er fremde Götter verkündigen. Denn er verkündigte das Evangelium von Jesus und von der Auferstehung.

Sie nahmen ihn aber mit und führten ihn auf den Areopag und sprachen: Können wir erfahren, was das für eine neue Lehre ist, die du lehrst? Denn du bringst etwas Neues vor unsere Ohren; nun wollen wir gerne wissen, was das ist. Alle Athener nämlich, auch die Fremden, die bei ihnen wohnten, hatten nichts anderes im Sinn, als etwas Neues zu sagen oder zu hören.

Paulus aber stand mitten auf dem Areopag und sprach: „Ihr Männer von Athen, ich sehe, dass ihr die Götter in allen Stücken sehr verehrt. Denn ich bin umhergegangen und habe eure Heiligtümer angesehen und fand einen Altar, auf dem stand geschrieben: Dem unbekanntem Gott. Nun verkündige ich euch, was ihr unwissend verehrt.

Gott, der die Welt gemacht hat und alles, was darinnen ist, er, der Herr des Himmels und der Erde, wohnt nicht in Tempeln, die mit Händen gemacht sind. Auch lässt er sich nicht von Menschenhänden dienen wie einer, der etwas nötig hätte, da er doch selber jedermann Leben und Odem und alles gibt. Und er hat aus einem Menschen das ganze Menschengeschlecht gemacht, damit sie auf dem ganzen Erdboden wohnen, und er hat festgesetzt, wie lange sie bestehen und in welchen Grenzen sie wohnen sollen, dass sie Gott suchen sollen, ob sie ihn wohl fühlen und finden könnten; und fürwahr, er ist nicht ferne von einem jeden unter uns.

Denn in ihm leben, weben und sind wir; wie auch einige Dichter bei euch gesagt haben: Wir sind seines Geschlechts. Da wir nun göttlichen Geschlechts sind, sollen wir nicht meinen, die Gottheit sei gleich den goldenen, silbernen und steinernen Bildern, durch menschliche Kunst und Gedanken gemacht. Zwar hat Gott über die Zeit der Unwissenheit hinweggesehen; nun aber gebietet er den Menschen, dass alle an allen Enden Buße tun. Denn er hat einen Tag festgesetzt, an dem er richten will den Erdkreis mit Gerechtigkeit durch einen Menschen, den er dazu bestimmt hat und den er vor allen Menschen bestätigt hat, indem er ihn von den Toten auferweckt hat.“

Als sie von der Auferstehung der Toten hörten, begannen die einen zu spotten; die andern aber sprachen: Wir wollen dich darüber ein andermal weiterhören. So ging Paulus weg aus ihrer Mitte. Einige Männer aber schlossen sich ihm an und wurden gläubig; unter ihnen war auch Dionysius, einer aus dem Rat, und eine Frau mit Namen Damaris und andere mit ihnen.“

Was verkündigt der zum Paulus gewordene Saulus nun den Griechen und den Römern?

Lukas fasst es so zusammen in seinem Evangelium mit der angehängten Apostelgeschichte, die er ja ganz ausdrücklich für die Heiden, für die Völker geschrieben hat: Paulus verkündigt die Frohe Botschaft, das Evangelium von Jesus und der Auferstehung. Und danach kommt die ganze Rede des Paulus, die er den so an allem Neuen interessierten Griechen und Römern hält.

Und hier, an dieser Stelle in Raum und Zeit entsteht nun dieser wundervolle Dreiklang von Glauben, Denken und Handeln, der das Abendland, der Europa und den Westen, ja die Welt prägen wird. Der Dreiklang, der nun durch Paulus zu einer Harmonie entwickelt und gebildet wird:

Die Geradlinigkeit und Klarheit des griechischen Denkens, das den Verstand bildet,

Die Geradlinigkeit und Klarheit des römischen Rechts, das das Handeln prägt und

Die Geradlinigkeit und Klarheit des jüdischen Glaubens, der das Leben prägt.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Paulus verkündigt Gott den Schöpfer, der nicht in quasi menschlicher Weise selber Hand anlegt und seine Schöpfung formt, sondern der alles durch sein Wort schafft. Gott bleibt dabei im Jenseits, aus dem heraus er alles durch sein Wort ins Werden, ins Sein führt.

Diese Radikalität, Gott als den ganz Anderen zu denken, stiftet und ermöglicht über Jahrhunderte, im Grunde sogar zwei Jahrtausende, bis heute, einen Glauben, der so ganz neu und anders ist.

Und der die Welt sehr nachhaltig verändert. Und eben auch neu versteht.

Und diesen Gott darf man, weil er so transzendent ist, so ganz anders, für uns nicht begreifbar, fassbar, nun nicht einfach so mit menschlichen Gebilden und seien sie noch so schön, aus Gold oder Silber oder Stein, darstellen.

Denn wenn wir lebendig sind und doch wenig niedriger als Gott, dann darf Gott nicht mit von uns geschaffenen, aber letztlich toten Figuren dargestellt, vorgestellt werden. Und so stellt ihnen Paulus den Gott vor, den sie einfach mal so mitgedacht haben, den noch unbekanntem Gott, den die Athener um sicher zu gehen, auch einen Altar errichtet haben.

Und in diesem, den Griechen und den Römern noch unbekanntem Gott, wird nun nicht der Gott eines Volkes offenbar gemacht und verehrt, sondern der Gott über allen Göttern.

Nicht mehr der Gott eines Volkes, sondern der Gott aller Völker. Der Gott, der allen Nationen, allen *nationes*, also allen verschiedenen Geburten, je ihren Ort zugeordnet hat, den Lebensort, ihr Territorium. Heute reden wir von Staaten, Nationalstaaten, Geburtsstaaten.

Dieser Gott ist eben mehr noch als die verschiedenen Götter es je sein könnten oder wollten, der Gott aller Völker. Und im Grunde eben nicht nur der Gott aller Völker. Sondern die Götter der Völker sind neben ihm im Grunde nur Götzen, Nichtse, von Menschenhand gebildete Abbilder von Göttern. Die es im Grunde gar nicht gibt.

Denn dass sich in diesem neuen Menschen, diesem so ganz anderen Menschen – Jesus, der Gott aller Völker, der einzig wahre und wirkliche Gott gezeigt und offenbart hat, sieht man daran, dass Jesus von den Toten auferweckt worden ist. Die durch die Auferweckung durch Gott mögliche Auferstehung Jesu ist das Siegel auf seine Botschaft.

Matthäus, der sein Evangelium, seine Frohe Botschaft für Judenchristen schrieb, der stellt ans Ende seiner Schrift den Auftrag Jesu, an die sich langsam bildende Kirche: Den Missionsauftrag, den Taufauftrag. Und mit diesem Schlusssatz, wird das Judenchristentum geöffnet, gesandt zu allen Völkern: „Gehet hin in alle Welt und machet zu Christen alle Völker und taufet sie auf den Namen Gottes und lehret sie halten alles, was Jesus zu ihnen gesagt hat.“ Matthäi am letzten.

Manche vermuten, dass dieser Satz eher von der Kirche als von Jesus selber stammt.

Das kann sein. Aber es ist eine adäquate Zusammenfassung des ganzen Evangeliums.

Es ist die zu Wort gewordene Haltung Jesu in seinem Leben und Sterben.

Bis dahin war jeder Glaube immer nur der Glaube eines Volkes. Ein Volk verehrte seinen Gott und erst wenn es unterworfen worden war, wenn es eine Siegermacht gab, dann wurde auch der Gott des siegreichen Volkes mit verehrt. Denn er hatte den eigenen Gott ja besiegt, überwunden, sich als stärker erwiesen.

Und das Eigenartige ist nun, dass der Gott von dem Paulus redet, der sich durch die Mission offenbarte

- etwas was es bis dahin überhaupt nicht gab, nicht denkbar und auch nicht sinnvoll war – dass dieser Gott, der bis dahin nur in Israel verehrt wurde, wiederum 300 Jahre später durch den Kaiser Konstantin anerkannt und geglaubt wird. Obwohl er gerade nicht militärisch gesiegt hat! Denn Israel ist ja besiegt worden! Die Römer haben Israel im Jahr 70 überrannt, Jerusalem zerstört und den Tempel gleich mit, so dass bis heute nur noch die Klagemauer steht.

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Diese Mission ist eine Erfindung der Christen! Eine Entdeckung, die Paulus gemacht hat, nein besser eine Offenbarung, die den Juden zuteil geworden ist, nein noch klarer: der Auftrag Jesu für seine Kirche.

Paulus ist der erste, der durch das ganze Römische Weltreich gezogen ist, um allen Menschen guten Willens, allen *hominibus bonae voluntatis*, die Frohe Botschaft weiter zu sagen.

Etwas Vergleichbares gab es vorher niemals.

Es ist völlig un-erhört, dass ein Volk seinen Glauben mit allen Anderen teilen will.

Durch diesen Missionsauftrag wird nun das erste Mal das ganze menschliche Universum in den Blick genommen! Es kommt durch den Auftrag Jesu überhaupt erst in den Blick.

Heute wird diese Geschichte immer nur von ihren Schattenseiten her erzählt, als ob sie nur aus diesen Schattenseiten bestünde. Der Letzte, der Kirchengeschichte als Missionsgeschichte erzählt hat, war vor über 100 Jahren Adolf von Harnack, der große und bedeutende Ordinarius und Präsident der Berliner Kaiser-Wilhelm-Universität.

Ich finde, man muss erst mal verstehen und darstellen, was war, ehe man es dann auch kritisch betrachtet. Das ist das Großartige, was wir heute kennen und können: uns kritisch mit etwas auseinander zu setzen. Aber davor muss man ja zuerst nochmal das, was wirklich war zusammensetzen. Und darf es nicht einfach als Bekannt voraussetzen.

Alle Völker der Welt sind auch zumindest einmal erobert gewesen. Sie alle waren mal besetzt von anderen. Da gibt es keine Ausnahme. Und einige oder nein: viele, haben dann auch später die Kraft entwickelt, andere zu erobern, einzunehmen, zu besetzen.

Und da hat es immer Übergriffigkeiten gegeben. Und natürlich auch riesige Unterschiede.

Bei uns z.B. ist es doch erst knapp 80 Jahr her, dass wir nach einem barbarischen Krieg, den Deutschland zweimal über die Welt gebracht hat, eingenommen, erobert und ja befreit worden sind durch Russen und Amerikaner, Briten und Franzosen. Und das ging auch auf ganz verschiedene Weise. Und das wird in den 4 Besatzungszonen bis heute auch unterschiedlich erinnert.

Und manchmal waren die, die sich heute als Eroberte, darstellen, selber als Eroberer noch schlimmer, als die, von denen sie erobert worden sind.

Zum Beispiel in Neuseeland, wo die Maori, die zu Recht von den Briten und den Amerikanern, von den Weißen, die Neuseeland im Pazifik erobert haben, als die Urbevölkerung anerkannt werden wollen.

Aber zum einen hat der Vertrag von Waitanga, der da am Rande von Auckland zwischen Maori und den Amerikanern geschlossen worden ist, insofern Weltgeschichte geschrieben, als da 1820 die Ureinwohner in einem Vertrag als Partner (fast) auf Augenhöhe anerkannt worden sind. Diejenigen, die als sie selber die Chatham-Inseln 300 km entfernt im Pazifik eroberten, die Moriori alle umbrachten. Es gibt heute eben leider keine mehr. Und das muss man doch dann in den Gesprächen über die Kolonialgeschichte auch mit erzählen, dass es einen großen Fortschritt gegeben hat, von dem Verhalten der Maori zu dem Verhalten der britischen Eroberer.

Kolonialgeschichte ist ja immer von der Missionsgeschichte nicht zu trennen.

Die Eroberer in Kolumbien, die Spanier und Portugiesen, haben sich um die Menschen nicht geschert. Sie waren ihnen nur als Arbeitskräfte wichtig und ansonsten waren sie ihnen nur wie Haustiere. Aber die Missionare, die doch eigentlich nur für die Spanier und Portugiesen mitgekommen waren, die haben sich damals schon gefragt, ob man die Indios, die Ureinwohner nicht taufen sollte?

Und der Dominikanermönch Bartolome des Las Casas, der hat durch und in seinen Glauben erkannt, dass man die Indios nicht nur taufen darf, sondern sogar soll und dass sie insofern, sichtbar für alle, als Menschen anerkannt werden und die gleichen Rechte haben wie wir. Völlig zu Recht wird er deshalb heute als Vater der Menschenrechte verehrt und anerkannt.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Denn er musste das Recht, sie zu taufen, vor Kaiser Karl V. und vor dem Papst gegen einen anderen Dominikaner erkämpfen.

Morgen vor 247 Jahren wurde die *First Declaration of rights* in Virginia erlassen. Sie gilt als die erste Erklärung der Menschenrechte. Hier sind das erste Mal Menschenrechte erklärt worden.

Sie ist damit der Vorläufer der Amerikanischen Verfassung und der Erklärung der Menschenrechte 1789 durch die Französische Revolution.

Wir müssen uns als Deutsche, als Europäer, als Menschen im Westen, für unsere Kolonialgeschichte verantworten. Ganz klar. Wie auch alle anderen Völker sich für Ihre Kolonial- und Eroberungsgeschichten verantworten müssen. Sich denen stellen müssen. Nicht nur wir. Denn auch die fälschlicher Weise von uns als Indianer oder Indios bezeichneten Ureinwohner Amerikas haben doch durchaus kriegerische Geschichte erlebt, sich gegenseitig erobert und Territorien streitig gemacht.

Und wenn 6 Jahrzehnte nachdem sich die Völker Afrikas stolz und zu Recht, als unabhängig erklärt haben, sie noch immer keine intakten Staaten aufbauen konnten und so schlecht leben, dass immer mehr Menschen ihr Leben riskieren, um bei denen, denen sie die Kolonialgeschichte vorwerfen, Asyl zu finden, dann muss auch das heute mitbedacht werden. Denn das wäre doch eine schlimme Fortsetzung des Imperialismus, wenn wir nun zwar nicht mehr alles erobern wollen, aber an allem schuld sein wollen. Oder alles mit unserer Schuld begründen.

Paulus verkündet denen in Athen, dass wir alle in Gott leben, weben und sind.

„Denn in ihm leben, weben und sind wir.“ ist einer der mir liebsten und wichtigsten und schönsten Sätze der Bibel.

Und deshalb will ich Gott auch erkennen! Bekennen! Gottesdienst feiern!

Wohlwissend, dass ich ihn nicht wie einen Teil der Schöpfung erkennen kann. Denn Gott ist nicht Teil seiner Schöpfung. Weil er alles durch sein Wort geschaffen hat, kann man nicht mit unserem Hirn, dass nur Raum und Zeit zu denken vermag, in seine Dimensionen denken.

Diese Bescheidenheit lehrt uns die jüdisch-christliche Weise zu glauben.

Gestern hatten wir im Studentendorf Schlachtensee unseren Gesprächskreis „Mittendrin“. Und ein mir sehr angenehmer Mensch sagte, er sei zwar noch in der Kirche, aber Agnostiker. Und er klang ein wenig stolz, dass er so konsequent denken würde, dass er weiß, dass er nichts weiß.

Und erzählte mir dann beim Gehen von seiner Camus-Lektüre.

Mir geht es da anders. Ich kann und will ohne Gott, ohne meinen Glauben an Gott nicht mehr leben. Diese Absurdität kann und will ich nicht aushalten. Muss ich ja auch nicht.

Jeder kann sich frei entscheiden.

Ohne Ostern ist alles nichts, „denn dann können wir nur fressen und saufen! Denn morgen sind wir tot.“ So sagt es Paulus in seinem Brief an die Gemeinde in Korinth. Und anders, aber ähnlich, in Athen. Ohne Ostern riecht alles nach Tod und das muss man dann wegfeiern.

Wenn wir radikal ehrlich sind, wir Christen und die Atheisten, dann müssen wir sagen: Es steht *fifty fifty*. Kann sein, kann nicht sein. Keiner weiß es. Beide Seiten haben die gleiche Sicherheit. Aber ich muss für mich sagen, ich entscheide mich bei *fifty fifty* für die schönere Hoffnung.

Die Atheisten sagen uns: „Wer glaubt, muss wissen was er tut.“ Na klar. Tun wir!

Wohl wissend, dass wir nicht wissen, sondern glauben!

Auf Gott zu Ostern vertrauen!

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Und es eben nicht selber in der Hand haben, keine Versuchsanordnung aufbauen können und die Auferweckung Jesu von den Toten beweisen könnten.

Der Gläubige muss wissen, was er tut, wenn er glaubt. Ja. Da haben die Atheisten recht. Aber das gilt natürlich *vice versa* auch. Auch der Atheist muss wissen, was er tut, wenn er nicht glaubt. Blaise Pascal, der große Philosoph, Wahrheitsliebender des 17. Jahrhunderts, wusste es und fragte: „Gibt es Gott überhaupt? Das weiß ich nicht. Keiner weiß es, weil man Gott nicht wissen kann. Aber ich wette oder streite mit Euch, dass es ihn gibt.“

Und die Bibel hat doch selber, in dem es in der Bibel 3 Schöpfungsgeschichten gibt, gezeigt, dass sie immer mit dem Stand ihrer Erkenntnisse den Glauben an Gott den Schöpfer bekennt.

Und deshalb möchte ich Ihnen zum Schluss eine der mir liebsten Geschichten erzählen, die das Leben so schreibt:

Im Jahr 1892 sitzt ein älterer Herr in einem Pariser Zug und liest in der Bibel. Neben ihm ist ein junger Student in wissenschaftliche Fachliteratur vertieft. Nach einiger Zeit fragt der junge Mann seinen Nachbarn: „Glauben Sie etwa noch an dieses alte Buch voller Fabeln und Märchen?“ „Ja, natürlich. Aber es ist kein Fabelbuch, sondern das Wort Gottes!“

Der Student ereifert sich: „Sie müssen sich einmal ein wenig mit unserer Geschichte beschäftigen. Zur Zeit der französischen Revolution vor knapp 100 Jahren wurde die Religion als Illusion entlarvt! Nur Leute ohne Kultur glauben noch, dass Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen hat. Sie müssten mal hören, was die Wissenschaft zu diesem Schöpfungsmärchen sagt.“ „Nun“, erwidert der ältere Herr, „was sagen denn die heutigen Wissenschaftler dazu?“ - „Da ich sogleich aussteigen muss, habe ich keine Zeit, Ihnen das ausführlich zu erklären. Aber geben Sie mir doch bitte Ihre Karte, damit ich Ihnen wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema senden kann.“

Der alte Herr öffnet darauf seine Briefftasche und gibt dem jungen Mann seine Karte. Als der sie liest, fühlt er sich kleiner als eine Ameise. Mit gesenktem Haupt verlässt er den Zug. Auf der Karte stand: Prof. Dr. Louis Pasteur, Generaldirektor des naturwissenschaftlichen Forschungsinstituts, Nationale Universität Frankreich und ein Satz: „Ein wenig Wissenschaft trennt uns von Gott. Viel Wissenschaft bringt uns Ihm näher.“ Dr. Louis Pasteur

Amen.

<https://youtu.be/L5WTFv9iBoY> Über das Ende des Universums

https://www.faz.net/aktuell/fotografie/wie-der-fotograf-johnny-miller-ungleichheit-mit-bildern-festhaelt-18683252.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Freedom-House-Index

Niedergang der Freiheit weltweit fast gestoppt

Von Clemens Wergin

Die Nichtregierungsorganisation 'Freedom House' erfasst die Anzahl der Demokratien in der Welt. Erstmals seit 17 Jahren wurde der Trend des demokratischen Niedergangs gebrochen. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung – nicht nur Wladimir Putin treibt die Unfreiheit voran.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article244196317/Freedom-House-Index-Niedergang-der-Freiheit-weltweit-fast-gestoppt.html>

Vernichtungskrieg: Russlands Zivilisationsbruch

Von Richard Herzinger

Zögerliche Waffenhilfe, verstärktes Drängen auf „Verhandlungen“, wachsende Gleichgültigkeit angesichts horrender Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Es ist bedrückend und beängstigend, dass ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit nicht erkennen kann oder will, worum es sich bei dem russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine tatsächlich handelt – um einen Zivilisationsbruch, der nicht nur die gesamte demokratische Welt, sondern das Fundament der Humanität schlechthin bedroht.
<https://herzinger.org/vernichtungskrieg-russlands-zivilisationsbruch>

Ann-Marie, Opfer von Brokstedt. Wenn das einzige Kind getötet wird

Von Henryk M. Broder



Mit 17 aus dem Leben gerissen: Ann-Marie Kyrath • *Quelle: Familie Kyrath*

Ann-Marie war gerade 17, als ihr ein einschlägig vorbestrafter Palästinenser das Leben nahm. Ihre Eltern sagen, wenn es zum Prozess kommt, soll nicht nur über die Traumata des Täters geredet werden, sondern auch über die Leiden der Opfer. Und über die Fehler der Politik. Ein Hausbesuch.

Birgit und Michael Kyrath stehen nebeneinander, halten sich an den Händen fest und weinen. Sie trauern um ihre Tochter Ann-Marie, die am 25. Januar Opfer einer tödlichen Messerattacke wurde, genau eine Woche nach ihrem 17. Geburtstag.

Die Eltern stehen am Grab ihrer Tochter, auf dem die Blumengebinde und Kränze seit der Beerdigung am 10. Februar liegen und langsam verwelken. Auf einer der Schleifen steht der Satz: „Wir hatten uns schon so gefreut, dich kennenzulernen.“

Es ist der letzte Gruß der Eltern von Danny, Ann-Maries Freund, der sie seinen Eltern vorstellen wollte, nachdem die beiden beschlossen hatten, ein Paar zu werden.



Zum Gedenken: Danny und Ann-Marie • Quelle: Henryk M. Broder

Dazu kam es nicht mehr, denn Danny saß neben Ann-Marie in dem Regionalzug, der auf dem Weg von Kiel nach Hamburg zum Schauplatz eines Blutbades wurde. Ein 33 Jahre alter, [mehrfach einschlägig vorbestrafter Mann](#), den die Innenministerin von Schleswig-Holstein als einen „staatenlosen Palästinenser“ identifizierte, zog kurz vor der Einfahrt in Brokstedt ein Messer und stach auf die Reisenden ein. Wenige Minuten später waren zwei Menschen – Ann-Marie und Danny – tot und sieben verletzt, drei davon schwer.



Auf dem Grab von Ann-Marie: der Kranz der Eltern ihres ebenfalls ermordeten Freundes • Quelle: Henryk M. Broder

Wie in solchen Fällen üblich, gab die Polizei schon am folgenden Tag bekannt, es werde „in alle Richtungen ermittelt“, man habe keine Hinweise auf einen „terroristischen Hintergrund“ gefunden und wolle nicht ausschließen, „dass der mutmaßliche Angreifer geistig verwirrt sein könnte“.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Birgit und Michael Kyrath ist es egal, ob der „mutmaßliche Angreifer“ geistig verwirrt war oder im Auftrag einer terroristischen Organisation handelte. Für sie zählt nur, dass er ihre Tochter umgebracht hat, ihr einziges Kind, und sie fürchten, dass sich irgendein Gutachter findet, der den Messerstecher für schuldunfähig erklärt.

Und falls es doch zu einem Prozess kommt, dann soll nicht nur über die Traumata der Täter geredet werden, sondern auch über die Leiden der Opfer und deren Angehörigen. Und über Politiker, die keine Verantwortung übernehmen wollen.

Eine „Fehlinformation“, die zwei junge Menschenleben kostet

Wie Innenministerin Nancy Faeser, die sich nach der Tat darüber wunderte, dass „der Tatverdächtige“ noch im Lande war, obwohl er längst „hätte abgeschoben werden können“, wenn man nur gewusst hätte, wo er sich aufhält: „Wir haben versucht, an ihn ranzukommen, und hätten wir gewusst, dass er in U-Haft sitzt, hätten wir ihn anhören und dann abschieben können.“ Inzwischen wisse man, „dass es eine Fehlinformation gab“.

Michael Kyrath kann es nicht fassen. Ohne diese „Fehlinformation“ wären zwei junge Menschen noch am Leben. Und die Person, die am Ende der Befehlskette darüber entscheidet, wer abgeschoben wird, wäscht ihre Hände in Unschuld und denkt nicht an einen Rücktritt. „Das kann man ihr doch nicht durchgehen lassen.“

Michael Kyrath ist ein Praktiker. 1974 geboren, machte er nach dem Abitur eine Ausbildung zum Zahntechniker samt Meisterbrief, studierte Volks- und Betriebswirtschaft und übernahm von seinem Vater die Firma Kyrath Zahntechnik in Elmshorn, die er noch immer führt. Als junger Mann fuhr er Tourenwagenrennen, und wenn ihn heute der Temporausch packt, dann setzt er sich in seinen Super Morris Mini mit 300 PS unter der Haube und fährt zum Nürburgring, um dort ein paar Runden auf der Nordschleife zu drehen.



Michael Kyrath in der nach seinem Vater benannten Gasse • Quelle: Henryk M. Broder

Kyrath hat bei der Freiwilligen Feuerwehr Elmshorn mitgemacht und dabei nicht nur entlaufene Katzen von Dächern geholt. Nach 15 Jahren hörte er auf, um mehr Zeit für sich

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

und seine Familie zu haben. Und für sein XXL-Hobby, den Bau einer LGB-Modelleisenbahn-Anlage im Garten seines Hauses. Bis jetzt hat er fast 400 Meter Schienen der Spurweite G (45 Millimeter) verlegt, Bahnhöfe, Brücken, Berge, Täler und Tunnel nachgebaut und das Ganze so programmiert, dass er sechs Züge zugleich auf die Strecke schicken kann. Im Moment ruht der Betrieb, die Lokomotiven und die Waggons überwintern im beheizten Keller, allesamt originalgetreue Modelle der Rhätischen Bahn, die im Kanton Graubünden operiert. Für Michael Kyrath ist es Work in Progress, denn: „Eine Eisenbahn, die fertig ist, ist keine richtige Eisenbahn.“

Im Sommer 2015 zog es die Kyraths in den äußersten Norden. In zwei Wochen legten sie 9000 Kilometer zurück. Von Elmshorn nach Hirtshals an der Spitze von Jütland, mit der Autofähre nach Kristiansund in Norwegen und dann immer weiter über Stavanger, Bergen, Trondheim, die Lofoten, Tromsø und Alta bis zum Nordkap, 500 Kilometer oberhalb des Polarkreises und nur noch 2.100 Kilometer unterhalb des Nordpols. Danach ging es durch Schweden zurück nach Elmshorn.



Mochte auffällige Hüte: Ann-Marie •
Quelle: Familie Kyrath

Kyrath hat die Expedition wochenlang vorbereitet und vom ersten bis zum letzten Tag dokumentiert, jeden Ort, jede Brücke, jede Raststätte und jeden Wasserfall fotografiert und aus der Fülle des Materials ein hundert-seitiges „Roadbook“ gemacht. Ann-Marie war damals neun Jahre alt und haderte gelegentlich mit ihren Eltern, wenn sie irgendwo zu lange oder nicht lange genug anhielten. Mit 13, 14, fing Ann-Marie an, sich für Mode zu interessieren, vor allem die der 50er- und 60er-Jahre, und erhob Audrey Hepburn zu ihrem Vorbild.

„Mit dem Strom zu schwimmen, das war nicht ihr Ding“

Auf einem Antiquitätenmarkt in Elmshorn fand sie alte Burda-Schnittmusterbögen und in Glückshorn eine Schneiderin, die mit diesen Vorlagen etwas anfangen konnte. Zu einem Fest an der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Nordhorn, die Ann-Marie bis zum Sommer letzten Jahres besuchte, trug sie ein blaues Retrokleid und sah darin aus, als käme sie gerade von einem Casting bei Metro-Goldwyn-Mayer.

„Das war keine Marotte“, sagt Ann-Maries Mutter, Birgit Kyrath. Als Österreicherin, 1969 in Neulengbach bei Wien geboren, kann sie gut verstehen, dass eine junge Frau „fesch“ aussehen will, statt in zerrissenen Jeans und Oversize-Pullovern herumzulaufen. Ann-Marie

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

nahm das sehr ernst. „Selbst, wenn wir nur zum Bauhaus wollten, um Bretter zu kaufen, zog sie sich fein an und legte Make-up auf“, erinnert sich der Vater, „mit dem Strom zu schwimmen, das war nicht ihr Ding“.

Während ihre Mitschüler mit Fridays for Future gegen den Klimawandel demonstrierten, blieb sie allein im Klassenzimmer sitzen und demonstrierte so ihren „Anspruch auf einen geregelten Unterricht“. Wobei sie jedem, der vorbeikam, erklärte, sie sei auch für den Schutz des Klimas und würde gerne mitmachen, vorausgesetzt, die Demos fänden an einem unterrichtsfreien Tag statt, Samstagvormittag zum Beispiel.

Trotzdem, oder vielleicht deswegen, war sie bei den Mitschülern beliebt und geschätzt. An der [Trauerfeier für Ann-Marie](#) nahm die ganze Schule teil. Der gesprochene Nachruf auf die „Freundin und Klassenkameradin“ war eine ironisch unterlegte Liebeserklärung an einen Menschen, „der immer positiv durchs Leben ging“, „auffallende Hüte“ trug und „mindestens einmal pro Unterrichtsstunde“ zum Lippenstift griff, um die rote Farbe aufzufrischen.

Kann es einen noch sinnloseren Tod geben?

Birgit und Michael Kyrath trauern um ihre Tochter und deren Freund, den zwei Jahre älteren Danny. Mutter Birgit erinnert sich an einen Anruf von Ann-Marie. „Mama, jetzt ist es offiziell, wir sind zusammen!“, rief sie ins Telefon. Und als sie Danny zum ersten Mal nach Hause brachte, um ihn ihren Eltern vorzustellen, „saßen die beiden brav am Tisch und hielten Händchen unter dem Tisch“.

Jetzt stehen gerahmte Fotos von Ann-Marie und Danny nebeneinander auf einer wuchtigen Kommode im Wohnzimmer, umgeben von allerlei Erinnerungsstücken aus Ann-Maries Leben; ein kleiner Plüschbär namens Charly, den sie immer bei sich trug, hält Wache. Er hat das Blutbad überlebt.



Plüschbär Charly • Quelle: Henryk M. Broder

Wie wird man mit einem solchen Schmerz fertig? Kann es einen schlimmeren, einen noch sinnloseren Tod als den aus der Hand eines amoklaufenden Mörders geben?

Birgit und Michael Kyrath sind bekennende Katholiken, sie gehen nicht jeden Sonntag zur Kirche, aber sie glauben an Gott und daran, dass es ein Leben nach dem Tod gibt, in welcher Gestalt auch immer. Mutter Birgit sagt, sie unterhalte sich jeden Tag mit Ann-Marie. „Ich spüre meine Tochter, weil ich sie spüren will.“

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus244208313/Brokstedt-Ann-Marie-17-Jahre-alt-Wenn-das-einzige-Kind-getoetet-wird.html>

s. auch:

Ibrahim A.

Schlicht überlesen, nicht nachgefragt, überfordert – die Versäumniskette im Fall Brokstedt

Von Ulrich Exner

Im Brokstedt-Komplex wird das umfassende Behördenversagen überdeutlich. Zugleich ist auch mehrere Wochen nach der Bluttat noch erstaunlich unklar: Was machte Ibrahim A. eigentlich zwischen der Haftentlassung in Hamburg und seiner mutmaßlichen Amoktat?

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243790875/Messerattacke-von-Ibrahim-A-Die-Versaeumniskette-im-Fall-Brokstedt.html>

Neuer Ampel-Zoff

[Will die SPD auch Judenhasser einbürgern?](#)

[FDP: Kein Pass für Antisemiten – Rot-Grün blockiert!](#)



Ist zuständig für den Entwurf zur Reform der Einbürgerung: Innenministerin Nancy Faeser (52, SPD). –

Foto: picture alliance / Laci Perenyi, picture alliance / photothek

Von Zara Riffler

09.03.2023 - 14:02 Uhr

Ist der SPD-Plan zur Erleichterung der Staatsbürgerschaft ein Demokratie-Risiko? Nach BILD-Informationen liegt die Reform des Einbürgerungsrechts auf unbestimmte Zeit auf Eis, denn die demokratischen Bedenken der Liberalen lassen SPD und Grüne unbeeindruckt.

Hintergrund ist ein brisantes Problem. Im Entwurf von Nancy Faesers (52, SPD) Innenministerium ist eine Frage ungeklärt: Wie wird sichergestellt, dass von den Millionen Menschen, die von den Plänen profitieren würden, tatsächlich ALLE auch die Werte des Grundgesetzes teilen?

Die FDP will vor allem, dass Antisemitismus zum Ausschlusskriterium bei Einbürgerungen wird – aber Rot-Grün sieht am Entwurf KEINEN Nachbesserungsbedarf.

Der Faeser-Plan: Ein deutscher Turbo-Pass

Der Faeser-Entwurf sieht ein Turbo-Tempo vor: Die Staatsbürgerschaft soll bereits nach 5 Jahren statt 8 Jahren verliehen werden, bei besonderer Integrationsleistung nach 3 statt 6 Jahren.



□ Hier geborene Kinder ausländischer Eltern sollen automatisch Deutsche werden, wenn ein Elternteil seit fünf Jahren rechtmäßig einen Aufenthalt hat. Auch müssten sie sich ab dem 18. Lebensjahr nicht mehr zwischen der deutschen und der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden.

Das wäre die größte Erleichterung der Einbürgerung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik je gab – zu einem Zeitpunkt, in dem das Land in einer neuen Flüchtlingskrise steckt, illegale Migration wächst und Abschiebungen stocken.

Seite E 1 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Experten schätzen, dass mehr als zwei Millionen Ausländer von der Reform profitieren. Mehr als fünf Millionen Menschen ohne deutschen Pass leben seit mehr als 10 Jahren in Deutschland.

Wird Turbo-Einbürgern zum Risiko für die Demokratie?

Vorhaben, um die Integrationsleistung aufrechtzuerhalten und die Einstellung gegenüber dem Grundgesetz zu prüfen: bleiben im SPD-Entwurf aus.

Die FDP bleibt in dem Ampel-Zoff seit Monaten standhaft.

Ihre Forderungen:



□ Die Liberalen sehen es als wichtigen Integrationsbeitrag, dass NUR eingebürgert werden kann, wer seinen Lebensunterhalt bestreitet. Auch soll der Einbürgerungstest nicht mehr durch den Abschlusstest des Integrationskurses ersetzt werden können.

Nach dem SPD-Entwurf würde sich an der sogenannten Ermessenseinbürgerung nichts ändern, wodurch auch Personen, die von staatlichen Leistungen leben, eingebürgert werden können.



□ Zur Bedingung müsse das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung werden. Durch strenge Kriterien soll geprüft werden, ob der Antragsteller wirklich auf den Boden des Grundgesetzes steht.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai (46) zu BILD: „Eingebürgert werden darf nur, wer seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten und für seine Familie sorgen kann. Darüber hinaus ist eine echte Loyalitätserklärung zum Grundgesetz außerordentlich wichtig. Wer unsere Werte nicht akzeptiert, kann nicht eingebürgert werden.“

Doch den Liberalen geht es um noch mehr: Antisemiten sollen keine Staatsbürger werden ...



Dezember 2017: Protestierer verbrennen eine selbstgemalte Flagge mit dem Davidstern in Berlin-Neukölln. Immer wieder finden in Deutschland regelmäßig antisemitische Demonstrationen statt – besonders in Berlin-Neukölln, wo 150 000 Menschen mit Migrationshintergrund wohnen • Foto: picture alliance / Jüdisches Forum

Wie BILD erfuhr, ist für die FDP besonders wichtig: die historische Verantwortung.

Bei antisemitischen Einstellungen dürfe es keinen Pass geben!



□ Die Liberalen schlagen dafür einen Eid und Test vor. Sowie die Möglichkeit eines Katalogs, in dem auch kleinere Delikte definiert sind. Die FDP will, dass es geprüft wird, ob der Antragsteller auf antisemitischen Demonstrationen mitlief und Mitglied von verfassungsfeindlichen Organisationen ist.

Brisant: Wie BILD aus Ampel-Kreisen vernahm, sehen SPD und Grüne das offenbar anders. Beide würden am Entwurf keinen Nachbesserungsbedarf sehen.

Der Migrationsexperte **Ahmad Mansour** (46) zu BILD: „Schade, dass wir gerade die Einstellung zu sexueller Selbstbestimmung, zur Meinungsfreiheit und dem Existenzrecht Israels in der Einbürgerung gar nicht beachten – so schafft man keine Anreize zu Integration, sondern im Gegenteil zu Desintegration und Aufbau von Parallelgesellschaften!“ *Auf BILD-Anfrage zitierte das BMI bloß die „Vereinbarungen im Koalitionsvertrag“. Zu Antisemitismus als Ausschlusskriterium: kein Wort. Eine Antwort der Grünen-Fraktion blieb auf BILD-Anfrage aus.*

Quelle: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neuer-ampel-zoff-will-die-spd-auch-judenhasser-einbuergern-83122412.bild.html>

01) Keine Auskunft über 8,1 Mrd. Deutschlands an die UNO

24. 06. 2023



Bild: Christoph Soeder Credit: dpa

Nach Vorgaben der UNO soll Deutschland im Jahr 2022 satte 8,1 Milliarden Euro, im Rahmen einer UN-Klimafinanzierung, zur Verfügung gestellt haben.

Damit soll mitgeholfen werden vermeintliche Auswirkungen der weltweiten Klimakrise zu bekämpfen.

Keine Auskunft darüber an Medien

Nachfragen von Medien zu diesbezüglichen Projekten werden jedoch rigoros einfach nicht beantwortet, die recherchierten Ergebnisse jedoch überraschen.

Im Februar des Vorjahres war bekannt geworden, dass Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die ehemalige Co-Vorsitzende von Greenpeace International Jennifer Morgan als Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik in das deutsche Auswärtige Amt geholt hatte.

Im Oktober 2022 hatte die mittlerweile zur Staatssekretärin ernannte Morgan dann postwendend mitgeteilt, dass Deutschland „in der Verantwortung“ stehe, „die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen“.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dafür waren rund 8,1 Milliarden Euro in den „[Umsetzungsplan für die Klimafinanzierung](#)“ (Climate Finance Delivery Plan) geflossen. Medienrecherchen ergaben, dass große Summen der internationalen Gelder in Investitionen und Projekte wie ein Kohlekraftwerk, ein Hotel und Schokoladengeschäfte geflossen waren, *UME* hatte berichtet.

2015 hatten die Industriestaaten bei ihren Klimagesprächen in Paris das anvisierte Ziel bekräftigt, dass ab dem Jahr 2020 jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar aus Industrieländern in Klimaschutzprojekte in Schwellenländern investiert werden sollen.

Von den deutschen 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2022 stammten demnach 5,3 Milliarden aus Haushaltsmitteln, so ein [Focus-Artikel](#).

Angaben dazu werden von Grünen nicht geliefert

Hinsichtlich der weiterhin unbekanntem Nutzung der Steuergelder heißt es nun, „eine konkrete Liste, was von dem deutschen Anteil an dieser Summe bezahlt wurde, liefern die grüne Außenministerin Annalena Baerbock und ihre dafür zuständige Klimaschutz-Staatssekretärin, die ehemalige Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan, bisher nicht.“

Diesbezüglich hat ein Team von Journalisten der Nachrichtenagentur *Reuters* und von *Big Local News*, einem Journalismus-Programm der US-Stanford University, Tausende von vorliegenden [Aufzeichnungen analysiert](#), „welche die Länder bei der UNO eingereicht hatten“, um ihre Beiträge, also Investitionen, zu dokumentieren.

Zu den höchst [erstaunlichen Ergebnissen](#) (*UME* hatte berichtet) der Auswertungen heißt es, „Italien unterstützte ein Einzelhandelsunternehmen bei der Eröffnung von Schokoladen- und Gelatinegeschäften in Asien.“

Die Vereinigten Staaten boten ein Darlehen für die Erweiterung eines Küstenhotels in Haiti an.

Belgien unterstützte den Film „La Tierra Roja“, eine Liebesgeschichte, die im argentinischen Regenwald spielt.

Und Japan finanziert ein neues Kohlekraftwerk in Bangladesch und einen Flughafenausbau in Ägypten“.

Fehlende Rechenschaftspflicht fördert „Missbrauch“

Die Finanzierung der fünf erwähnten Projekte belief sich laut vorliegender Zahlen „auf insgesamt 2,6 Milliarden US-Dollar“. Alle vier Länder deklarierten dabei ihre Nutzung der Gelder als sogenannte „Klimafinanzierung“.

Ein Sprecher der belgischen Regierung verteidigte zum Beispiel die Anrechnung des Zuschusses für den Regenwald-Liebesfilm als Klimafinanzierung, „da der Film die Abholzung von Wäldern und damit eine Ursache des Klimawandels“ thematisiere.

Das Rechercheteam resümiert, dass „das Fehlen eines einheitlichen Systems der Rechenschaftspflicht es den Ländern ermöglicht habe, ihre eigenen zu entwickeln“.

„Das UN-Klimasekretariat erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*, dass es den Ländern selbst überlassen sei, ob sie einheitliche Standards einführen wollen. **Die Industrieländer hätten sich dagegen gesträubt, dies zu tun.**“

Das verantwortliche deutsche Auswärtige Amt geht dabei noch einen Schritt weiter und schweigt generell zu bekannten Investitionen.

Mark Joven, Staatssekretär im philippinischen Finanzministerium, wird laut dem *Reuters*-Artikel mit der Feststellung zitiert, „dies ist der wilde, wilde Westen der Finanzen. Im Grunde genommen ist alles, was sie Klimafinanzierung nennen, Klimafinanzierung.“

Abschließend heißt es in dem Artikel, die Auswertungen der Papiere hätten ergeben, dass bei den beteiligten Ländern „die Beschreibungen, die sie offenlegen, oft vage oder nicht vorhanden sind“.

Dies geschehe in einem Maße, „dass in Tausenden von Fällen nicht einmal das Land genannt wird, in das das Geld geflossen ist“. Selbst die in den Berichten aufgeführten Empfängerländer konnten demnach „manchmal nicht sagen, wie das Geld ausgegeben wurde“.

Staatssekretärin Morgan ließ auf der [Website des Auswärtigen Amtes](#) im Oktober 2022 mitteilen, „unser Fortschrittsbericht zeigt die Vielzahl der bereits laufenden Aktivitäten, macht aber auch deutlich, wo noch mehr passieren muss.“

Es zeigt sich an den Ergebnissen des Rechercheverbunds, die Offenlegung der deutschen Geldflüsse an internationale Klimaprojekte wurde damit anscheinend nicht gemeint.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die Klimadebatte beginnt am falschen Ende – zielführende Diskussionen unerwünscht

Von PETER HAISENKO

23. 06. 2023



BILD-Schlagzeile aus 1957! Wie panisch die heutigen Klimahysteriker agieren, erkennt man daran, dass vor 64 Jahren hier kühler Kopf trotz 56 Grad bewahrt wurde.

Nahezu jeder Beitrag zur Klimadebatte beginnt mit dem Satz: „Natürlich bin auch ich für den Klimaschutz.“ Wer diesen Glaubenssatz nicht vortragen will, wird zu diesen Talkrunden nicht zugelassen. So wird dafür gesorgt, dass die wirklich wichtige Auseinandersetzung gar nicht stattfinden kann. Die Frage darf nicht diskutiert werden, ob es überhaupt einen menschengemachten Klimawandel gibt und ob ein wärmeres Klima wirklich schlecht wäre.

Es erinnert an das Mittelalter und die Frage, ob die Erde eine Scheibe ist. Der damals unumstrittene Meinungsführer war die katholische Kirche und wer die Gestalt der Erde in Frage stellte, landete schon mal auf dem Scheiterhaufen. So ähnlich ergeht es heute allen, die offizielle Narrative hinterfragen. Natürlich werden die nicht mehr real verbrannt, aber der virtuelle Scheiterhaufen ist nicht weniger fatal für die betroffenen. Ihre vormals anerkannte Fachkompetenz wird in den Dreck gezogen und wo immer möglich wird ihre Lebensgrundlage zerstört. Es bedarf also einer gehörigen Portion Mutes, die wirklich grundsätzlichen Fragen anzusprechen. Das ist einer Demokratie unwürdig.

Bei den öffentlichen Klimadebatten wird nach den Glaubensbekenntnissen nur noch darüber gesprochen, wie und mit welchen Nebenwirkungen das Klima gerettet werden soll. „Klimaschutz“ ist das Zauberwort. Da beginnt schon die Begriffsverwirrung. Dereinst war Klimaschutz der Schutz vor dem Klima. Wie man sich durch geeignete Kleidung und

Behausung vor ungünstigem Wetter schützen kann. Das gilt bis heute. Wir in den gemäßigten Zonen haben Wollpullover und in Arabien trägt man Kaftane, die wie eine kleine Klimaanlage vor großer Hitze schützen können. Oder aber fast gar keine Kleidung, weil man sie im Klima der Südsee einfach nicht braucht.

Irgendwo gibt es immer Hitze oder Kälte

Über den Erdball verteilt, nach Lage der Breite und besonderer Gegebenheiten, gibt es verschiedene Klimazonen. Die reichen von arktischem Klima über gemäßigte Zonen zu mediterranem Klima, weiter über die ariden Zonen großer Hitze in den Rossbreiten (etwa 30 Grad Nord oder Süd) bis in die Tropen. In jeder dieser Zonen haben sich die Menschen ihr Leben so angepasst, dass sie überleben können. Sie betreiben Klimaschutz, schützen sich vor den Härten des jeweiligen Klimas. Das Klima selbst schützen zu wollen, ist blanker Unsinn und da sollten die ersten Fragen aufkommen. Wovor soll das Klima geschützt werden?

Die moderne Wissenschaft ermöglicht es, Eis-Bohrkerne von mehr als tausend Metern Tiefe zu ziehen und auszuwerten. Die Ergebnisse sind unbestechlich. Sie zeigen auf, dass sich das Erdklima seit jeher ständig, zyklisch, verändert hat. Von Eiszeiten bis hin zu Warmzeiten, die immer mit Zeiten des Friedens und der Hochkulturen einher gegangen sind. Ich nenne hier nur beispielhaft das „Römische Klimaoptimum“ oder die Zeit der Gotik, deren Durchschnittstemperaturen etwa drei Grad höher lagen, als sie heute sind. Es steht außer Zweifel, dass der Mensch an diesen Vorgängen keinerlei Anteil hatte. Jetzt befinden wir uns am Ende einer „kleinen Eiszeit“ und können hoffen, dass wir uns auf das nächste Klimaoptimum zubewegen. Der Irrsinn an der falschen Debatte ist folglich, dass man Klimazustände zurückwünscht, die Not, Krieg und Auswanderung gebracht haben. Die Menschen aus Europa sind nicht aus Lust und Tollerei nach Amerika ausgewandert, sondern aus schierer Not, um nicht zu verhungern. Der Weg nach Amerika war lebensgefährlich.

Faktenfreie Diskussionen

Alle diese Fakten dürfen in die Klimadebatten nicht eingebracht werden. Jegliche Zweifel am menschengemachten Klimawandel sind verboten und werden mit religiöser Inbrunst als Ketzerei verdammt. Der Sinn von „CO₂-Einsparungen“ darf nicht hinterfragt werden. Wie war das mit der Erde und der Scheibe? Allerdings war es damals dann doch so, dass sich selbst die Kirche der objektiven Wissenschaft beugen musste. Diese Niederlage wird heute mit allen Mitteln verhindert. Eben indem man dafür sorgt, dass diese Form der Diskussion gar nicht aufkommen darf. Das aber beweist, dass sich die Ökosekten sehr wohl darüber bewusst sind, dass sie sich einer solchen Diskussion nicht stellen können, Mangels wissenschaftlich fundierter Argumente und Fakten.

Das, was als Klimadebatten bezeichnet wird, sind gar keine Debatten. Es sind Propagandaveranstaltungen mit dem Ziel, zielführende Diskussionen zu verhindern. Sie sollen so die letzten Zweifel daran ausräumen, ob es überhaupt einen menschengemachten Klimawandel gibt und den gibt es nicht. Am radikalsten sind natürlich wieder die deutschen Ökosekten dabei. Aber dieses Verfahren zieht sich schon länger durch die deutsche „Diskussionskultur“. Zum Beispiel darf nicht ansatzweise hinterfragt werden, ob das, was wir Demokratie nennen, überhaupt noch eine ist. Ebenso wenig wie angezweifelt werden darf, ob es sinnvoll sein kann, aller Welt Demokratie aufzuzwingen, wenn nötig, mit Gewalt und Bomben.



Die „Klimakatastrophe“ im Laufe der Zeit

Die neuen Religionen

Nein, es darf nicht ansatzweise darüber diskutiert werden, ob die Religion Demokratie reformiert werden sollte oder der Führungsanspruch der USA wirklich Gutes für die Welt bringen kann. Ich erinnere hier nur am Rande daran, dass mit dem Corona-Wahnsinn genauso verfahren worden ist. Oder mit der Doktrin des „aggressiven Russland“ und den Ursachen für das Morden in der Ukraine. Ohne Ideologiefilter würde all das schnell zusammenbrechen. Diese Verbote für ehrliche Debatten sind aber das Merkmal von Diktaturen und keinesfalls zulässig für angeblich demokratische Staaten. Genauso wenig der Versuch, eine echte Oppositionspartei mit faulen Argumenten verbieten zu wollen. Ach ja, wann hat man das letzte Mal einen AfD-Politiker in Diskussionsrunden der ÖRR-Medien gesehen?

Ein Problem mit der AfD ist, dass die Fraktion der AfD im Bundestag mit Abstand den höchsten durchschnittlichen Bildungsgrad aufweist. Dem steht gegenüber, dass kein einziges Mitglied der aktuellen Bundesregierung auch nur ansatzweise über die eigentlich notwendige Qualifikation zur Ausübung seines Amtes verfügt. Das gilt auch für das Führungspersonal der Grünen. Das Einzige, was sie alle können, ist Fragen auszuweichen und sie nicht zu beantworten. Das aber ist ein Merkmal für Psychopathen.

Ohne Glaubensbekenntnis keine Teilnahme an „Diskussionen“

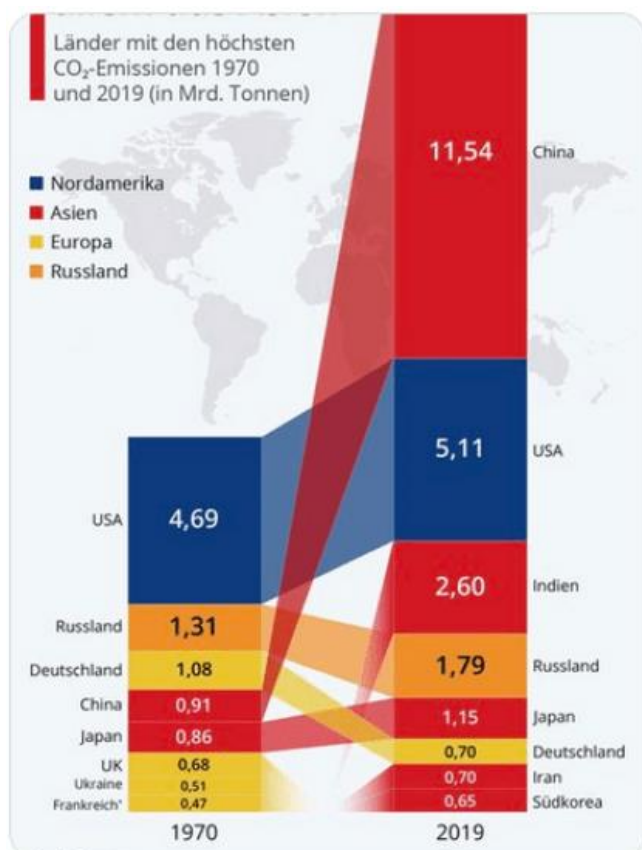
Die Methodik der Meinungsdictatur ist durchschaubar. Sie funktioniert auf allen Ebenen gleich. Es wird eine Doktrin gesetzt und darüber darf nicht diskutiert werden. Alle sogenannten Debatten dürfen dann nur auf dieser Doktrin aufbauen, ihre Grundlage aber

nicht hinterfragen. Wer an solchen „Debatten“ teilnehmen will, muss immer als erstes sein Glaubensbekenntnis zu dieser Doktrin ablegen. Natürlich bin für Klimaschutz... Natürlich ist der „Angriffskrieg“ Russland gegen die Ukraine zu verdammen... Ich bin kein Corona-Leugner... Und jetzt, nachdem die Übersterblichkeit durch die Corona-Spritzen überhandnimmt, kommt die neue Doktrin „Hitzetod“.

Hat man schon jemanden hören dürfen, der richtigerweise fragt, ob die alle einen Vogel haben? Vor allem angesichts der Tatsache, dass Australien und Neuseeland den kältesten Winteranfang seit Beginn der Messungen erleben? Nach einem besonders kalten April und Mai bei uns und auch der Juni war bis jetzt zu kalt. Was wird gegen diese Fakten unternommen? Andauernd prophezeien die Systemwetterfrösche ganz gefährliche Temperaturen von mehr als 30 Grad und die wollen uns Verrecken nicht kommen. Da sollen jetzt Gesetze kommen, die Arbeiten oder Schule verbieten, wenn es warm werden sollte. Ach ja, das hieß früher mal Hitzefrei und das wurde vom Direktor nach Lage entschieden. Und man soll dann bei hohen Temperaturen die Wohnung nicht mehr verlassen und das soll dann auch noch strafbewehrt sein. Da werden sich alle freuen, die in einer Dachwohnung leben und nicht mehr Abkühlung im Freien suchen dürfen.

Maskenzwang bei 30 Grad

Fühlt sich da jemand erinnert an den Corona-Wahnsinn, als Schulkinder bei 30 Grad mit Maulkorb in der Schule sitzen mussten und den nicht einmal zum Sport ablegen durften? Soll es dann auch verboten werden, Urlaub in Ländern zu machen, wo Temperaturen nahe 40 Grad einfach zum Sommer gehören? Zum Beispiel in Griechenland? Oder Dubai, Ägypten oder einfach Sizilien? Da sollte doch die Frage aufkommen, wie es sein kann, dass überhaupt ein Tourist aus diesen Ländern lebend zurückkommen kann. Wie es überhaupt möglich ist, dass dort Menschen leben?



CO²-Ausstoß in Deutschland reduzieren hat praktisch null Effekt solange nicht alle mitspielen!

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Alle diese Fragen müssten zuerst diskutiert werden, bevor man darüber diskutiert, wie man das „Klima schützen“ könnte. Das Klima, das der Mensch überhaupt nicht beeinflussen kann. Und die Frage müsste vorrangig behandelt werden, ob der Einfluss des CO₂ tatsächlich und nachweisbar vorhanden ist. Die Eis-Bohrkerne haben nämlich gezeigt, dass es genau andersherum abläuft. Zuerst werden die Meere wärmer und danach steigt der CO₂-Gehalt der Luft an. Wärmeres Wasser kann weniger CO₂ binden, als kaltes. Und es geht um die 0,04 Prozent CO₂, die überhaupt in der Atmosphäre enthalten sind. Solange darüber nicht diskutiert werden darf muss angenommen werden, dass all dieser Irrsinn einem ganz anderen Zweck dient. Darüber sollte sich aber jeder seine eigenen Gedanken machen, denn da befinden wir uns mitten in einem grässlichen Horrorfilm. wichtig.

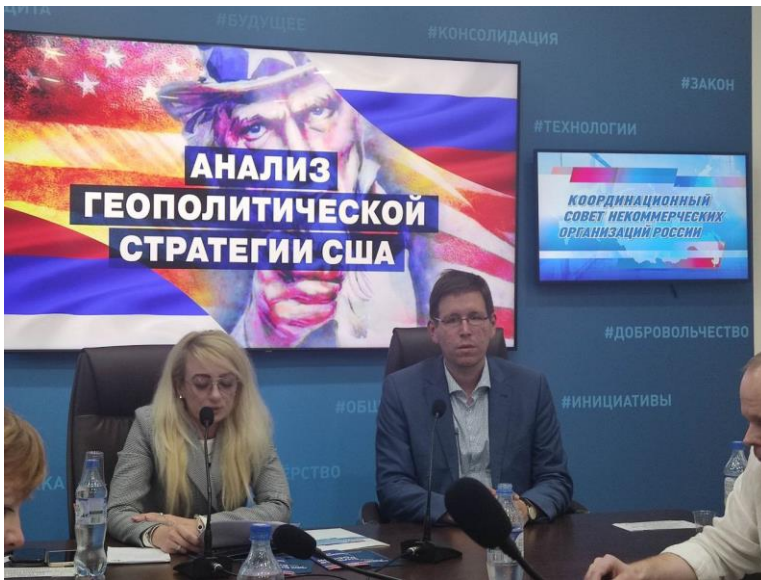


Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Konferenz in Moskau – Gegenangriff gegen den Amerikanischen Einfluss

19. 06. 2023



Dr. Dragana Trifkovic und Patrick Poppel.- *Bild: privat*

Am 15. Juni fand in Moskau eine Internationale Konferenz, zur Analyse des Amerikanischen Einflusses auf Europa und weltweit, statt.

Den Vorsitz bei dieser Konferenz führten Dr. Dragana Trifkovic (Zentrum für Geostrategische Studien Belgrad) und der österreichische Analytiker Patrick Poppel.



Frau Dr. Trifković analysierte unter anderem den amerikanischen Einfluss auf die Geschichte Serbiens.

Patrick Poppel sprach über den starken Einfluss Amerikas auf die europäischen Staaten.

Dieser Einfluss auf allen Ebenen schadet Europa, da die transatlantische Politik seit jeher auf die Erlangung und den Erhalt ausschließlich „eigener Machtstrukturen“ bedacht ist.

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die augenblickliche Situation einer kriegerischen Auseinandersetzung auf europäischem Territorium dient vor allem US-Interessen, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht, als auch im Ausbau US-politischer Machtstrukturen in Europa.

In Zukunft müssen wir die Situation genau analysieren und Gegenstrategien entwickeln. Um den Einfluss des amerikanischen Sektors zurückzudrängen, sind verschiedenste Kampagnen erforderlich.



Im Zuge dieser international besetzten Veranstaltung wurden nicht nur geopolitische wie geostrategische Analysen erstellt, sondern vielmehr auch Gegenstrategien erörtert und entwickelt.

Einer der Veranstalter, Patrick Poppel erläuterte dazu, „unser Ziel ist es, den Einfluss des Amerikanischen Sektors in der Welt auf allen Ebenen zurückzudrängen!“

Ab nun werde man versuchen die Einflüsse auf kultureller und politischer Ebene genau zu analysieren und mit gezielten Kampagnen einzudämmen, so das Resümee der Veranstaltung, „außerhalb des Amerikanischen Sektors.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Die «Atlantische Frage»: Kann nur atomare Eskalation die alten Hegemonieansprüche brechen?

Von REDAKTION

18. 06. 2023



Wie lassen sich atlantische Kriegstreiber noch stoppen?

Der nachstehende Artikel von Professor Sergej A. Karaganow hat in Russland unter Experten eine große Debatte über Atomwaffen, ihre Rolle und die Bedingungen für ihren Einsatz ausgelöst.

Dies gilt insbesondere angesichts des Status von Sergej Karaganow als ehemaliger Präsidentenberater sowohl von Boris Jelzin als auch von Wladimir Putin.

Sergej Karaganow seziert das Versagen der herrschenden westlichen Eliten und ihrer abgewirtschafteten Gesellschaften. Er kommt dabei zu einem grausamen Ergebnis:

«In der Zwischenzeit sind die geschwächten Vereinigten Staaten dabei Europa und andere abhängige Länder zu vernichten, mit dem Versuch sie nach der Ukraine in Konfrontationen zu stürzen. Die lokalen Eliten in den meisten dieser Länder haben die Orientierung verloren und führen ihre Länder in ihrer Panik nach dem Scheitern ihrer eigenen inneren und äußeren Positionen pflichtgetreu zur Schlachtbank. Das Gefühl des größeren Versagens, der Machtlosigkeit, der jahrhundertealten Russophobie, der intellektuellen Degradierung und des Verlusts strategischer Kultur lässt ihren Hass noch erbitterter, als jenen der USA anwachsen...»

Der WW III hat bereits begonnen und kann sich zufällig oder aufgrund der wachsenden Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der modernen herrschenden Kreise im Westen zu einem ausgewachsenen Flächenbrand ausweiten...

Es könnte der Punkt kommen, die Landsleute und alle Menschen guten Willens zu warnen zu müssen, ihre Häuser in der Nähe von Einrichtungen zu verlassen, die zu Zielen von Atomschlägen in Ländern werden könnten, die das Kiewer Regime direkt unterstützen...

Der Feind muss wissen: Wir sind bereit, einen Präventivschlag als Vergeltung für alle seine gegenwärtigen und vergangenen Aggressionen zu führen, um das Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern... »



Mit dem Einsatz seiner Atomwaffen könnte Russland die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren

Eine harte, aber notwendige Entscheidung würde den Westen wahrscheinlich zum Einlenken zwingen, ein früheres Ende der Ukraine-Krise ermöglichen und eine Ausweitung auf andere Staaten verhindern.



SERGEI A. KARAGANOV
DSc (History)
Council on Foreign and Defense Policy,
Russia
Honorary Chairman of the Presidium

Die Analyse und Warnung von Professor Karaganow – fünf Minuten vor Zwölf – sollte allen atlantischen Politikern und ihren Mitläufern eine deutliche letzte Warnung sein:

Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit schützt vor Strafe nicht! Es könnte sich schon bald als tödlicher Irrtum herausstellen, leichtfertig davon ausgegangen zu sein, dass Kriegstreiberei aus der Etappe heraus, für die Anführer des «vereinten Westens» absolut sicher und einmal mehr nur gewinnbringend enden könnte. Schon eine Volksweisheit sagt:

«Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht!»

Eine harte, aber notwendige Entscheidung

Von Professor Sergej Karaganow, Ehrenvorsitzender des Councils für Außen- und Verteidigungspolitik (SWAP) und akademischer Leiter an der School of International Economics and Foreign Affairs Higher School of Economics (HSE) in Moskau.

Ich möchte Ihnen einige Gedanken mitteilen, die ich schon seit langem hege und die nach der jüngsten Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, einer der bedeutendsten in seiner 31-jährigen Geschichte, Gestalt angenommen haben.

Eine Wachsende Bedrohung

Russland und seine Führung, steht meines Erachtens vor einer schwierigen Entscheidung. Es wird immer deutlicher, dass die Auseinandersetzung mit dem Westen auch dann nicht zu Ende sein wird, nachdem wir in der Ukraine einen Teil- oder gar einen vernichtenden Sieg errungen hätten.

Wenn wir die Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson vollständig befreien, würde dies ein Teilsieg sein. Ein etwas größerer Erfolg wäre die Befreiung des gesamten Ostens und Südens der heutigen Ukraine innerhalb von ein oder zwei Jahren. Aber es wird immer noch ein Stück davon übrigbleiben, mit einer noch verbitterteren, ultranationalistischen Bevölkerung, die mit Waffen vollgepumpt ist – eine blutende Wunde, die droht, unweigerlich Komplikationen und einen erneuten Krieg nach sich zu ziehen. Die Situation könnte noch schlimmer sein, wenn wir die gesamte Ukraine unter ungeheuren Opfern befreien und mit einer weitgehend hasserfüllten Bevölkerung auf Trümmern zurückblieben. Es würde Jahrzehnte dauern, sie „rückzuziehen“.

Jede der genannten Optionen, insbesondere die letzte, wird Russland von der dringend notwendigen Verlagerung seines geistigen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zentrums in den Osten Eurasiens ablenken. Wir würden auf dem wenig aussichtsreichen Weg nach Westen feststecken. Und die Gebiete der heutigen Ukraine, vor allem in der Zentral- und Westukraine, würden Management-, Human- und Finanzressourcen dem Land entziehen. Diese Regionen wurden schon zu Sowjetzeiten stark subventioniert. Und die Feindschaft mit dem Westen würde fortbestehen, da er einen Guerillabürgerkrieg niederer Priorität unterstützen würde.

Eine attraktivere Option wäre die Befreiung und Wiedervereinigung des Ostens und des Südens und die Erzwingung einer Kapitulation von der Rest-Ukraine mit vollständiger Entmilitarisierung, wodurch ein befreundeter Pufferstaat entstünde. Ein solches Ergebnis ist jedoch nur möglich, nachdem es uns gelänge, den Willen des Westens zur Unterstützung die Kiewer Junta, um sie gegen uns auszuspielen zu brechen und sie zu einem strategischen Rückzug zu zwingen.

Und damit komme ich zu einer entscheidenden, aber kaum diskutierten Frage. Die zugrundeliegende, ja grundlegende Ursache des Konflikts in der Ukraine und vieler anderer Spannungen in der Welt sowie des allgemeinen Anstiegs der Kriegsgefahr ist das zunehmende Versagen der modernen herrschenden westlichen Eliten – vor allem der Kompradoren aus Europa, die durch den Globalisierungskurs der letzten Jahrzehnte entstanden sind.

Anmerkung der Redaktion: *Die portugiesischen Kolonialisten benutzten das Wort „Komprador“ zur Bezeichnung lokaler Zwischenhändler, die ihre Ansprüche vermittelten.*

Dieses Scheitern geht einher mit einer rasanten, in der Geschichte beispiellosen Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse zugunsten einer globalen Mehrheit, wobei China und teilweise Indien als deren wirtschaftliche Triebkräfte fungieren und Russland dabei ein militärisch-strategischer Anker ist.

Diese Schwächung macht nicht nur die imperial-kosmopolitischen Eliten (Biden & Co) wütend, sondern jagte auch den imperial-nationalen (Trump & Co) den Schrecken ein. Ihre Länder verlieren ihre seit fünf Jahrhunderten bestehende Fähigkeit, Reichtum in der ganzen

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Welt abzuschöpfen und vor allem mit roher Gewalt politische und wirtschaftliche Ordnungen und kulturelle Dominanz durchzusetzen. Es wird also kein schnelles Ende der sich entfaltenden westlichen defensiven, aber aggressiven Konfrontation geben.

Dieser Zusammenbruch moralischer, politischer und wirtschaftlicher Positionen bahnt sich seit Mitte der 1960er Jahre an; er wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion nur unterbrochen, nahm aber in den 2000er Jahren mit neuer Kraft wieder Fahrt auf. Die Niederlagen im Irak und in Afghanistan sowie der Beginn der Krise des westlichen Wirtschaftsmodells im Jahr 2008 waren wichtige Meilensteine.

Um diese lawinenartige Talfahrt zu stoppen, hat sich der Westen vorübergehend erfangen. Die Vereinigten Staaten haben die Ukraine in eine Schlaghand verwandelt, die eine Krise auslösen, um Russland – dem militärisch-politischen Kern, der sich von den Fesseln des Neokolonialismus befreien nicht-westlichen Welt – die Hände zu binden: Oder im Idealfall, es einfach in die Luft zu jagen, um darüber die aufstrebende alternative Supermacht China radikal zu schwächen.

Da wir übersahen, dass eine Konfrontation unmittelbar bevorstand bzw. Kräfte gebündelt wurden, handelten wir nur langsam präventiv. Weiters haben wir, dem modernen, vor allem westlichen militärisch-politischen Denken folgend, die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen leichtfertig zu hoch angesetzt, die Lage in der Ukraine falsch eingeschätzt und die militärische Operation nicht erfolgreich genug angesetzt.

Nach dem inneren Scheitern begannen die westlichen Eliten, aktiv das Unkraut zu nähren, das nach siebzig Jahren Wohlstand, Übersättigung und Frieden Wurzeln geschlagen hatte: All diese menschenfeindlichen Ideologien, die die Familie, die Heimat, die Geschichte, die Liebe zwischen Mann und Frau, den Glauben, das Engagement für höhere Ideale, alles, was das Wesen des Menschen ausmacht, ablehnen. Diejenigen, die sich widersetzen, werden ausgemerzt. Ziel ist es, ihre Gesellschaften zu zerstören und die Menschen zu «mankurtisieren», um ihre Fähigkeit zu verringern, sich dem modernen «Globalisten-Kapitalismus» zu widersetzen, dessen Ungerechtigkeit und Schaden für die Menschen und Menschheit immer offensichtlicher wird.

Anmerkung der Redaktion: *«Mankurts» sind Sklaven ohne Verstand und Geschichtsbewusstsein, wie sie der große kirgisische, russische Schriftsteller Tschingis Torekulowitsch Aitmatow beschrieben hat. Nach Aitmatows fiktiver Legende sind «Mankurten» Kriegsgefangene, die zu nicht-autonomen, gefügigen Dienern gemacht werden, indem man ihnen Kamelhaut um den Kopf wickelte und sie der Sonnenhitze aussetzte. Diese Häute trockneten wie ein Stahlband und verursachten Hirnschäden und eine bildliche Zombifizierung. Die Mankurten kannten weder ihren Namen noch ihre Familie oder ihren Stamm: „...ein Mankurt erkannte sich selbst nicht als Mensch.“*

In der Zwischenzeit sind die geschwächten Vereinigten Staaten dabei Europa und andere abhängige Länder zu vernichten, mit dem Versuch sie nach der Ukraine in Konfrontationen zu stürzen. Die lokalen Eliten in den meisten dieser Länder haben die Orientierung verloren und führen ihre Länder in ihrer Panik nach dem Scheitern ihrer eigenen inneren und äußeren Positionen pflichtgetreu zur Schlachtbank. Das Gefühl des größeren Versagens, der Machtlosigkeit, der jahrhundertealten Russophobie, der intellektuellen Degradierung und des Verlusts strategischer Kultur lässt ihren Hass noch erbitterter, als jenen der USA anwachsen.



*Der Entwicklungsvektor der meisten westlichen Ländern zeigt:
Sie bewegen auf einen neuen Faschismus und (bisher)
"liberalen" Totalitarismus zu.*



Weiter und das Wichtigste ist: Die Situation dort wird nur schlimmer. Ein Waffenstillstand ist möglich, aber Aussöhnung ist es nicht. Wut und Verzweiflung werden in Schüben und Wendungen weiter zunehmen. Dieser Vektor der Bewegung des Westens deutet eindeutig auf ein Abgleiten in den Dritten Weltkrieg hin. Er hat bereits begonnen und kann sich zufällig oder aufgrund der wachsenden Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der modernen herrschenden Kreise im Westen zu einem ausgewachsenen Flächenbrand ausweiten.

Der Vormarsch der künstlichen Intelligenz und die Robotisierung des Krieges erhöhen die Gefahr einer unbeabsichtigten Eskalation. In der Tat können die Maschinen der Kontrolle verwirrter Eliten entgleiten.

Die Situation wird durch den „strategischen Parasitismus“ noch verschärft: In den 75 Jahren relativen Friedens haben die Menschen die Schrecken des großen Krieges vergessen und sogar aufgehört, sich vor Atomwaffen zu fürchten. Überall, aber besonders im Westen, ist der Selbsterhaltungstrieb geschwächt.

Ich habe viele Jahre lang die Geschichte der Nuklearstrategie studiert und bin zu einer eindeutigen, wenn auch scheinbar nicht ganz wissenschaftlichen Schlussfolgerung gekommen. Die Entwicklung von Atomwaffen war das Ergebnis einer göttlichen Intervention. Aus Entsetzen darüber, dass die Menschen – Europäer und Japaner inklusive – innerhalb einer Generation zwei Weltkriege entfesselten und dabei zig Millionen Menschenleben geopfert hatten, übergab Gott der Menschheit eine Waffe des Armageddon, um diejenigen, die die Angst vor der Hölle verloren hatten, zu zeigen, dass es sie gibt. Es war diese Angst, auf welcher der relative Frieden über das letzte Dreivierteljahrhundert beruhte. Heute ist diese Angst verschwunden. Das Undenkbare im Sinne früherer Vorstellungen von nuklearer Abschreckung ist eingetreten: Eine Gruppe herrschender Kreise hat in einem Anfall blinder Wut einen umfassenden Krieg im Unterleib einer nuklearen Supermacht entfesselt.

Diese Angst vor einer nuklearen Eskalation muss wieder verinnerlicht werden. Sonst ist die Menschheit dem Untergang geweiht.

Auf den Schlachtfeldern der Ukraine entscheidet sich nicht nur bzw. nicht so sehr, wie die künftige Weltordnung aussehen wird, sondern vor allem, ob es überhaupt eine Welt geben wird oder ob der Planet aus radioaktiven Trümmern bestehen wird.

Indem wir den Aggressionswillen des Westens brechen, werden wir nicht nur uns selbst retten und die Welt endlich von dem fünfhundert Jahre währenden westlichen Joch befreien, sondern auch die gesamte Menschheit retten. Indem wir den Westen zu einer Katharsis und

damit seine Eliten zur Aufgabe ihres Hegemoniestrebens zwingen, werden wir sie zum Rückzug zwingen, bevor es zu einer globalen Katastrophe kommt. Der Menschheit wird eine neue Chance zur Entwicklung eingeräumt.

Vorgeschlagene Lösung

Es besteht kein Zweifel, dass ein harter Kampf vor uns liegt. Wir werden die verbleibenden internen Probleme lösen müssen: Wir müssen uns endlich vom westlichen Zentrismus in unseren Köpfen und von den Westlern in der Führungsklasse, von den Kompradoren und ihrem eigenartigen Denken befreien. Ohne es zu wollen, hilft der Westen uns dabei. Die dreihundertjährige Reise nach Europa hat uns viel Nützliches gebracht und uns geholfen, unsere große Kultur zu entwickeln. Natürlich werden wir das europäische Erbe darin in Ehren halten. Aber es ist an der Zeit, nach Hause zurückzukehren – zu unserem wahren Selbst. Um zu beginnen mit dem angesammelten Gepäck und unserem eigenen Geist zu leben.

Das Außenministerium hat vor kurzem einen Durchbruch für uns alle erzielt, indem es Russland in seinem außenpolitischen Konzept als eine Staatszivilisation bezeichnete. Ich möchte hinzufügen: Eine Zivilisation der Zivilisationen, offen für den Norden und den Süden, den Westen und den Osten. Die Hauptrichtung der Entwicklung ist heute der Süden und der Norden, vor allem aber der Osten.

Die Konfrontation mit dem Westen in der Ukraine, wie immer sie ausgeht, sollte uns nicht von der strategischen inneren Bewegung – geistig, kulturell, wirtschaftlich, politisch und militärisch-politisch – zum Ural, nach Sibirien und zum Großen Ozean ablenken. Wir brauchen eine neue ural-sibirische Strategie, die mehrere geistige Projekte beinhaltet, darunter natürlich die Schaffung einer dritten Hauptstadt in Sibirien. Diese Bewegung sollte Teil der heute so dringend notwendigen Bemühungen sein, unseren «Russischen Traum» zu artikulieren – das Bild Russlands und der Welt, die wir anstreben wollen.

Ich habe schon oft geschrieben und damit bin ich nicht allein, dass große Staaten ohne eine große Idee ihre Größe verlieren oder einfach verschwinden. Die Geschichte ist übersät mit den Schatten und Gräbern der Mächte, die sie verloren haben. Sie muss von oben kommen, ohne zu erwarten, dass sie von unten kommt, wie es dumme oder faule Menschen tun. Sie muss mit den grundlegenden Werten und Bestrebungen der Menschen übereinstimmen und vor allem uns alle voranbringen. Es liegt jedoch in der Verantwortung der Elite und der Führung des Landes, sie zu formulieren. Die Verzögerung, dies zu erstellen und vorzulegen, ist unannehmbar lang.



Doch damit die Zukunft stattfinden kann, muss der Widerstand der Kräfte der Vergangenheit - des Westens - überwunden werden. Wenn dies nicht geschieht, wird es mit ziemlicher Sicherheit zu einem totalen und wahrscheinlich letzten Weltkrieg kommen.



Und damit komme ich zu dem schwierigsten Teil dieses Artikels. Wir können noch ein oder zwei oder drei Jahre weiterkämpfen und dabei Tausende und Abertausende unserer besten Männer opfern und Zehn- und Hunderttausende von Menschen, die in den Gebieten leben, die sich jetzt Ukraine nennen und in der tragischen historischen Falle gefangen sind, zermalmten. Aber diese Militäroperation kann nicht mit einem entscheidenden Sieg enden, ohne dem Westen einen strategischen Rückzug oder gar die Kapitulation aufzuzwingen. Wir müssen den Westen zwingen, seine Versuche aufzugeben, die Geschichte zurückzudrehen, globale Hegemonie anzustreben und ihn zwingen, sich mit sich selbst zu beschäftigen, seine gegenwärtige multiple Krise aufzuarbeiten. Oder grob ausgedrückt: Der Westen muss sich einfach „verkrümmen“ und darf sich nicht mehr in die Zukunft Russlands und der Welt einmischen.

Dazu muss der Westen seinen verlorenen Selbsterhaltungssinn wiederherstellen, indem man ihn davon überzeugt, dass der Versuch, Russland zu zermürben und die Ukrainer gegen Russland auszuspielen, für den Westen selbst kontraproduktiv ist. Die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung muss wiederhergestellt werden, indem die unannehmbar hohe Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt wird, indem die Abschreckungs-Eskalationsleiter berechnend, aber schnell nach oben verschoben wird. Die ersten Schritte sind bereits getan. Es gibt die entsprechenden Erklärungen von Präsident Putin und anderen führenden Politikern, sie haben mit der Stationierung von Kernwaffen und ihren Trägersystemen in Belarus begonnen und die Kampfkraft der strategischen Abschreckungskräfte erhöht. Es gibt viele Stufen auf dieser Leiter. Ich habe etwa zwei Dutzend gezählt.

Es könnte auch der Punkt kommen, die Landsleute und alle Menschen guten Willens zu warnen, ihre Häuser in der Nähe von Einrichtungen zu verlassen, die zu Zielen von Atomschlägen in Ländern werden könnten, die das Kiewer Regime direkt unterstützen. Der Feind muss wissen: Wir sind bereit, einen Präventivschlag als Vergeltung für alle seine gegenwärtigen und vergangenen Aggressionen zu führen, um das Abgleiten in einen globalen thermonuklearen Krieg zu verhindern.

Ich habe schon oft gesagt und geschrieben, dass mit der richtigen Strategie der Abschreckung und sogar des Einsatzes das Risiko eines nuklearen oder sonstigen „Vergeltungsschlags“ auf unserem Territorium minimiert werden kann. Nur wenn ein Verrückter im Weißen Haus sitzt, der auch sein eigenes Land hasst, würden die USA beschließen, zur „Verteidigung“ der Europäer zuzuschlagen und den Preis eines Vergeltungsschlags zu zahlen, indem sie ein angenommenes Boston für ein angenommenes Posen opferten. Sowohl die USA als auch Europa sind sich dessen wohl bewusst, ziehen es aber vor, nicht darüber nachzudenken. Auch wir haben durch unsere friedliebenden Erklärungen zu dieser Gedankenlosigkeit beigetragen. Da ich die Geschichte der US-Atomstrategie studiert habe, weiß ich, dass Washington, nachdem die UdSSR eine glaubwürdige nukleare Vergeltungsfähigkeit erlangt hatte, den Einsatz von Atomwaffen auf sowjetischem Territorium nicht ernsthaft in Erwägung gezogen hat, obwohl es in der Öffentlichkeit bluffte. Wenn Atomwaffen in Erwägung gezogen wurden, dann nur gegen „vorrückende“ sowjetische Streitkräfte in Westeuropa. Ich weiß, dass die Bundeskanzler Kohl und Schmidt aus ihren Bunkern flohen, sobald die Frage eines solchen Einsatzes in den Übungen aufkam.

Der Abstieg auf der Leiter zur Eindämmung und Eskalation sollte recht schnell erfolgen. In Anbetracht des Vektors des Westens – der Degradierung der meisten seiner Eliten – ist jede nachfolgende Entscheidung, die sie treffen, inkompetenter und ideologisch kurzsichtiger als

die vorherige. Und bis jetzt können wir nicht erwarten, dass diese Eliten durch verantwortungsvollere und vernünftigeren ersetzt werden. Dies wird erst nach der Katharsis – nach der Aufgabe der Ansprüche – geschehen.

Wir dürfen das „ukrainische Szenario“ nicht wiederholen. Ein Vierteljahrhundert lang haben wir nicht auf diejenigen gehört, die davor gewarnt haben, dass die NATO-Erweiterung zu einem Krieg führen würde, und haben versucht, zu verzögern und zu „verhandeln“. Im Ergebnis haben wir uns einen schweren bewaffneten Konflikt eingehandelt. Jetzt ist der Preis der Unentschlossenheit um eine Größenordnung höher.

Was aber, wenn sie nicht nachgeben? Was ist, wenn sie den Selbsterhaltungstrieb völlig verloren haben? In diesem Fall müssen wir eine Reihe von Zielen in einer Reihe von Ländern angreifen, um diejenigen, die den Verstand verloren haben, zur Vernunft zu bringen.



Moralisch gesehen ist dies eine beängstigende Entscheidung, da wir Gottes Waffe einsetzen und uns selbst zu schwerem spirituellen Verlust verdammen. Aber wenn wir dies nicht tun, könnte nicht nur Russland untergehen, sondern höchstwahrscheinlich die gesamte menschliche Zivilisation zu Ende gehen.



Man wird diese Entscheidung selbst treffen müssen. Selbst Freunde und Sympathisanten werden sie anfangs nicht unterstützen. Wäre ich Chinese, würde ich kein abruptes und entscheidendes Ende des Konflikts wollen, denn das entzöge US-Streitkräfte und ermöglichte es der Volksrepublik China, Kräfte für eine Entscheidungsschlacht zu sammeln – entweder direkt oder, gemäß den besten Regeln von Sun Tzu, so, dass sich der Feind kampflös zurückziehen müsste. Ich würde mich auch gegen den Einsatz von Atomwaffen aussprechen, weil eine Ausweitung der Konfrontation auf die nukleare Ebene eine Verlagerung auf einen Bereich bedeuten würde, in dem mein Land (China) noch schwach wäre. Außerdem entspricht ein entschlossenes Vorgehen nicht der Philosophie der chinesischen Außenpolitik, die den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Faktoren legt (während sie gleichzeitig militärische Macht anhäuft) und eine direkte Konfrontation vermeidet. Ich würde meinen Verbündeten unterstützen, indem ich ihm Rückendeckung gäbe, aber ich würde hinter seinem Rücken handeln und mich nicht in den Kampf einmischen. (Vielleicht verstehe ich diese Philosophie aber auch nicht gut genug und schreibe den chinesischen Freunden Motive zu, die nicht ihre eigenen wären). Wenn Russland Atomwaffen eingesetzt hätte, würden die Chinesen dies verurteilen. Aber sie würden sich auch im Herzen darüber freuen, dass dem Ansehen und der Stellung der Vereinigten Staaten ein schwerer Schlag versetzt worden wäre.

Wie würden wir reagieren, wenn (Gott bewahre!) Pakistan Indien angreifen würde oder umgekehrt? Entsetzt. Wir wären betrübt, dass das nukleare Tabu gebrochen worden sei.

Und dann kümmern wir uns darum, den Opfern zu helfen und unsere Nukleardoktrin entsprechend zu ändern.

Für Indien und andere Länder der Weltmehrheit, einschließlich der Atomwaffenstaaten (Pakistan, Israel), ist der Einsatz von Atomwaffen sowohl aus moralischen als auch aus geostrategischen Gründen inakzeptabel. Ein „erfolgreicher“ Einsatz würde das Nuklear-Tabu entkräften – die Vorstellung, dass solche Waffen niemals eingesetzt werden sollten und dass ihr Einsatz den direkten Weg in ein nukleares Armageddon bedeuteten. Wir könnten nicht mit einer schnellen Unterstützung rechnen, auch wenn viele im „Globalen Süden“ zur Niederlage ihrer ehemaligen Unterdrücker, die geplündert, Völkermorde begangen und ihnen eine fremde Kultur aufgezwungen haben, Genugtuung empfinden.

Aber am Ende werden die Sieger nicht verurteilt. Doch den Rettern würde gedankt. Die europäische politische Kultur erinnert sich nicht an das Gute. Aber der Rest der Welt erinnert sich mit Dankbarkeit daran, wie wir den Chinesen geholfen haben, sich von der brutalen japanischen Besatzung zu befreien, und den Kolonien, das koloniale Joch abzuwerfen. Wenn sie uns anfangs nicht verstehen, wird es noch mehr Anreize geben, uns zu verbessern. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir siegen, den Feind ohne extreme Maßnahmen abschrecken und zum Rückzug zwingen können. Um nach einigen Jahren eine Position hinter dem Rücken Chinas einzunehmen, so wie es jetzt hinter dem unseren steht, und es in seinem Kampf mit den Vereinigten Staaten zu unterstützen. Dann kann dieser Kampf ohne einen großen Krieg vermieden werden. Und wir werden gemeinsam zum Wohle aller, auch der Menschen in den westlichen Ländern, gewinnen.

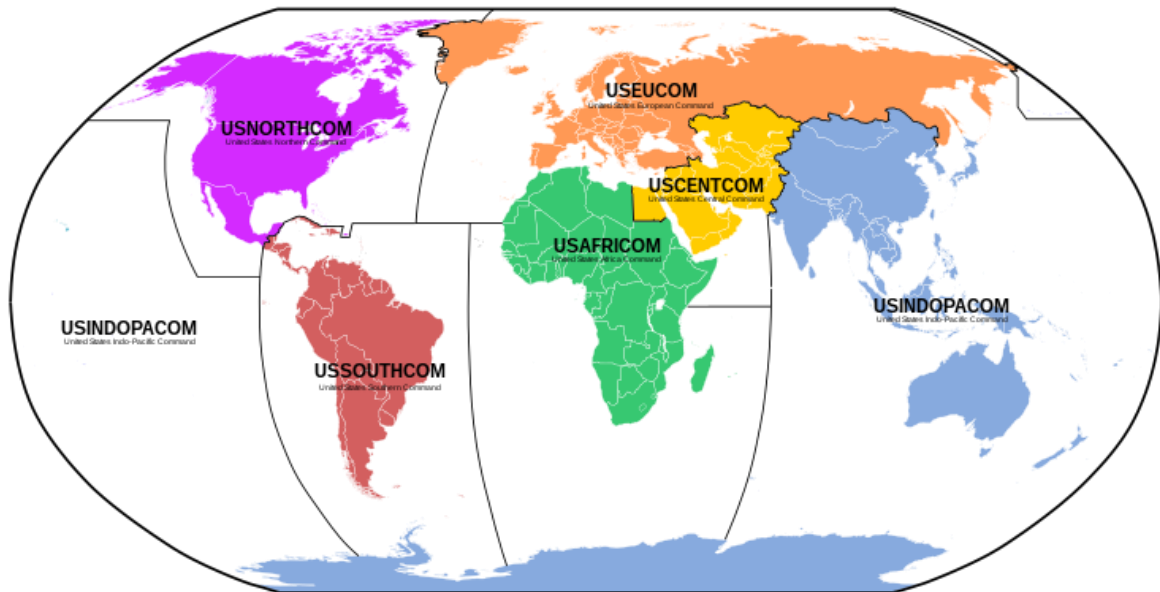
Und dann werden Russland und die Menschheit durch all die Dornen und Traumata hindurch in eine Zukunft gehen, die ich hell sehe – multipolar, multikulturell, vielfarbig und den Ländern und Völkern die Möglichkeit geben wird, ihr eigenes und gemeinsames Schicksal zu gestalten.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in der russischen [Wochenzeitschrift Profile](#) Übersetzung aus dem Russischen UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Phänomene der Eine-Welt-Herrschaft: Über Globalpolitik und Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft

14. 06. 2023



US-Einteilung der Welt nach Kommandobereichen heute.- *Quelle: Lencer, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons*

Der Kampf um & gegen Eine-Welt-Herrschaft

Spannungsfelder mit Gegensätzen von Macht und Interessen zwischen alten und neuen Mächten mit ihren relevanten Gesellschaftskreisen begleitet von ökonomischen Umwälzungen sind die Auslöser von Zeitenwenden in der Weltgeschichte.

Industrialisierung und gleichzeitige Kolonialisierung verschafften Großbritannien die Grundlagen, um sich im 19. Jahrhundert in Konkurrenz dem russischen Zarenreich – der größten Landmacht Eurasiens – als Weltmacht gegenüberzustellen:



Britisches Weltreich im 19. Jahrhundert zur Zeit seiner größten Ausdehnung
 Quelle: *The Red Hat of Pat Ferrick*, Public domain, via Wikimedia Commons

Nach den napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress im Jahr 1815 konnte ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa die Ordnung über ein Jahrhundert bis 1914 sichern:



Europa nach dem Wiener Kongress 1815

Großbritannien



Frankreich



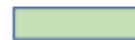
Preußen



Österreich



Russland



Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Kontinentalmächte Mitteleuropas und Asiens folgten der Industrialisierung, wie von Großbritannien vorgegeben, mit nur zeitlicher Verzögerung. Globalisierung und Kolonialpolitik wurden maßgeblich von den Seemächten Westeuropas dominiert. Diese Entwicklung veranlasste die Globalisten ihre Zentren globaler Steuerung von vormals Byzanz, Venedig, Genua, Schweiz und Niederlanden in Richtung Westen – das heißt nach Großbritannien und später auch USA – zu verschieben.

An Hoheitsabzeichen lässt sich verbindende Handschrift «globaler» Heraldik ablesen:



Imperiales Emblem der letzten byzantinischen Dynastie der Palaiologen (1259–1453)
Quelle: Cplakidas, CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>;, via Wikimedia Commons



Fahnen: Schweiz, Genua, England, City of London, der Royal Navy und Union Jack
Quelle: UnknownVector:User:Marc MongenetCredits:User:-xfi-User:Zscout370, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag_of_Genoa.svg

Quelle: traditional Vector: Nicholas Shanks, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: Greentubing, Public domain, via Wikimedia Commons

Quelle: Original code by Stefan-Xp with modifications to ratio by Yaddah., Public domain, via Wikimedia Commons

Ab dem Jahr 1190 verwendeten englische Schiffe die Flagge Genuas im Mittelmeerraum und waren unter den Schutz der genuesischen Flotte gestellt. Der englische König musste dafür an Genua einen jährlichen Tribut entrichten. Später wurde die Flagge zu der von England und blieb es bis heute.

Zum ausgehenden 19. Jahrhundert zeichnete sich ab, dass:

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

- Grossbritannien in seiner Form nicht in der Lage sein würde, seine Monopolstellung gegen schnell wachsende Kontinentalmächte noch länger zu halten.
- die multipolare Weltordnung zur Jahrhundertwende des Jahres 1900 gepaart mit dem sprunghaft steigenden Welthandel den Konzepten der Einen-Welt-Herrschaft von Globalisten diametral entgegen stand.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten transnationale Kreise des Vereinten Königreichs die USA als Konzeptstaat im Verbund mit Grossbritannien zum Zentrum globaler Steuerung zu machen. Die Vereinbarung wurde informell auf überstaatlicher Ebene getroffen und wird im Volksmund unter dem verschwommenen Begriff «*Special Relationship*» nach außen hin nur kommuniziert.

Eine Generalprobe der neuen Kombination wurde schon zur Jahrhundertwende über den Zweiten Burenkrieg der Briten (1899 – 1902) und die blutige Kolonialisierung der Philippinen durch die USA über den Amerikanisch-Philippinischen Krieg (1899 – 1902) in konzertierter Aktion möglich gemacht. Nach dem Sprung über den Pazifik auf die Philippinen, folgte im Zuge des 1. Weltkriegs (1914 – 1918) auch der über den Atlantik zur Zerschlagung Mitteleuropas: Dazu waren die Vereinigten Staaten gezwungen dem II. Deutschen Reich am 6. April 1917 und Österreich-Ungarn am 7. Dezember 1917 ihren (Welt-)krieg zu erklären. Die Zerschlagung Mitteleuropas war ein notwendiger Schritt beim Aufbau atlantischer Weltherrschaft.

So hatten die Vertreter der Globalisten den Konzeptstaat USA als globales Steuerungszentrum auf den Trümmern des britischen Reiches im Jahr 1917 neu in Stellung gebracht. Der 1. Weltkrieg hatte jedoch der britischer Weltwährung ein Ende und mit dem Jahr 1919 den US-Dollar zum Nachfolger des Pfund Sterlings gemacht.

Phänomene transnationaler Globalherrschaft

Die Entmachtung von Nationalstaaten und deren Verwandlung in Protektorate, Projekt- oder Souveränstaaten bildet eine der Voraussetzungen monopolärer Globalherrschaft, die von leicht erkennbaren Phänomenen begleitet wird:

Die wundersame Staatenvermehrung nach dem Jahr 1918

Um die Jahrhundertwende 1900 gab es 54 souveräne Staaten, worunter sich neun Großmächte befanden. Eine vom Ansatz her grundsätzlich multipolare Weltordnung.

Die Vereinten Nationen wiesen im Jahr 1945 gerade 51 Gründungsmitglieder aus. Doch nur wenig später waren die Vereinten Nationen auf 193 Staaten angewachsen. Sie von Massenmedien und Politvertretern unermüdlich als «souverän» und «gleich» nur dargestellt.

Doch was lassen atlantische Analysten im kleinen Kreis dazu durchklingen?



***... 2/3 aller Staaten können ihre Bevölkerungen nicht grundversorgen und sind extern abhängig.
... Ohne jene Unterstützung würde solche Staaten kollabieren oder besetzt werden.***



Foreign Affairs, Nov./Dez. 2020

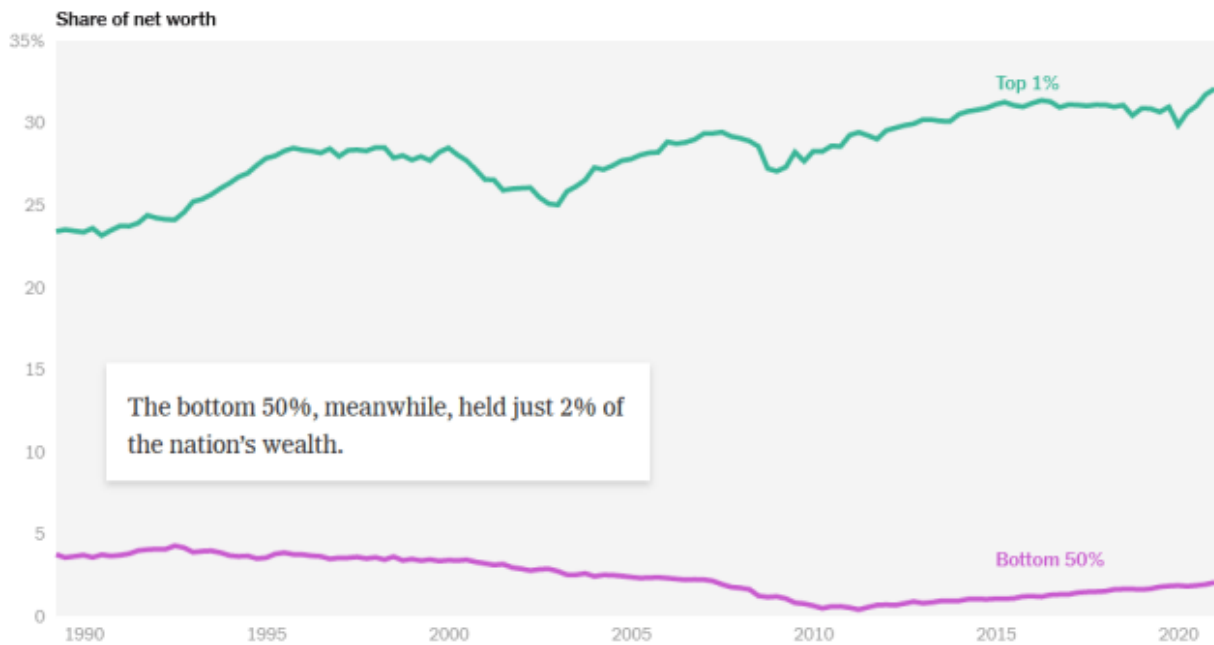
Solche Einsichten atlantischer Politforscher machen klar, dass die wundersame Staatenvermehrung nach dem 1. Weltkrieg vielfach nur Kunststaaten und Protektorate hervorbrachte. So war es keine multipolare Vielfalt, welche die Staatenwelt prägte, als vielmehr monopolare Kräfte, die im Hintergrund wirken.

Ziel der Globalisten ist es im ersten Schritt alle Vielvölkerstaaten aus der Welt zu schaffen: Das waren zum 1. Weltkrieg das Osmanische Reich, die Österreichisch-Ungarische Monarchie und last but not least das wichtigste Land der drei – der Vielvölkerstaat Russland. Russland vereint 180 Ethnien unter seiner Föderation und verfügt über eine Ausdehnung und Ressourcen, die absolute Souveränität und Autarkie zulassen. Doch die Zerschlagung Russlands sollte bis heute nicht gelingen: Nicht im 1. Weltkrieg – nicht im 2. Weltkrieg – nicht in den 90-er Jahren trotz «Reform-Oligarchen» und auch nicht heute, mit NATO samt «vereintem Westen».

Die Zerschlagung der Vielvölkerstaaten verfolgt den Zweck aus den Fragmenten scheinsoveräne Protektorate bzw. Vasallenstaaten zu machen, wie zum Beispiel die Baltenstaaten. In Litauen lebten zurzeit der Staatsgründung im Jahr 1991 noch 3.706 Millionen Menschen – im Jahr 2018 waren es nur noch 2.721 Millionen. Die Restbevölkerungen der Baltenstaaten werden heute von den US-Botschaften aus «betreut». Das erklärt auch, warum z.B. Litauen wegen der Taiwan-Frage die Konfrontation mit China riskiert: Zwergstaaten werden manchmal vorgeschickt.

Die Schere-Arm-Reich vergrößert sich

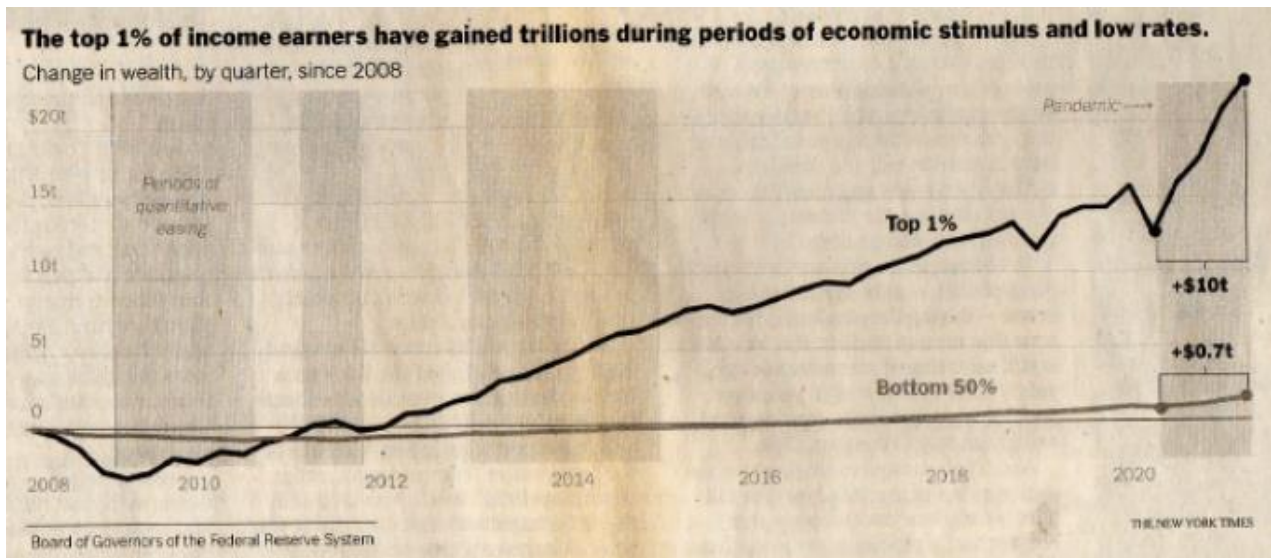
Ein Blick auf die US-Vermögensverteilung von 1990 bis 2020 macht deutlich, dass:



US-Vermögensanteile im Vergleich.- Quelle: NYT – Screenshot

- die reichsten 1% ihren Anteil dank CoV auf 32% hinaufschrauben konnten.
- die unteren 50% jedoch auf einem Vermögensanteil von nur 2% sitzenblieben.

Die Vermögenszuwächse in den USA seit 2008 dank CoV zeigen, dass die:



Vermögenszuwachs in USA: Reichsten 1% – schwarze Linie, untere 50% – in grau | Quelle: NYT Screen Shot

- reichsten 1% ihr Vermögen während CoV um 10 Billionen USD vergrößern konnten
- unteren 50% ihr Vermögen um geringfügige 0.7 Billionen USD nur steigern konnten

Die Statistiken zeigen: Die nationalen Notverordnungen, die sich gegen Mehrheiten richteten, beförderten die drastische Vermögensumverteilung von unten nach oben.

Konflikt zwischen globaler, hegemonialer & nationaler Macht

Die laufende Zeitenwende wird in eine neue Weltordnung münden, die im politischen und militärischen Kampf zwischen den drei folgenden Gruppen entschieden wird:

Die Globalisten

Eine Studie der ETH Zürich hat im Jahr 2009 den Nachweis erbracht, dass im Gegensatz zur verbreiteten Meinung, Globalpolitik wissenschaftlich nachgewiesen werden kann. Sie wird von einer extremen kleinen Gruppe bestimmt und angeführt.

Die Wissenschaftler der ETH aus Zürich fassten, wie folgt zusammen:



Unsere wichtigste Erkenntnis ist, dass einer lokalen Streuung von Kontrolle eine globale Konzentration von Kontrolle und Wert gegenübersteht. Dies bedeutet, dass nur eine kleine Elite von Aktionären einen großen Teil des Aktienmarktes kontrolliert, ohne dass jemals zuvor systematisch darüber berichtet wurde.



**«Backbone of complex networks of corporations»
ETH Zürich 2009 von J. Glattfelder & S. Battiston**

Die Wissenschaftler untersuchten 37 Millionen Unternehmen aus denen sie 43.060 transnationale Konzerne (TCNs) herausfilterten. Ein Kern von 1.318 Unternehmen beherrscht 20% aller Umsätze, doch kontrolliert durch Beteiligungen noch einmal 60% aller weltweiten Erträge: Weniger als 2% aller transnationalen Unternehmen kontrollieren 80% der Umsätze.

Dazu gesellt sich eine Kollusion einiger Dutzend Finanzkonzerne im Stil einer geschlossenen Gesellschaft. Aus dem Report der ETH geht hervor, dass im Gegensatz zur extremen Unternehmens-Kollusion auf globaler Ebene, für die lokalen Unternehmen auf der europäischen Ebene das genaue Gegenteil nur zutrifft.

Diese Entwicklung stellt nicht nur den wirtschaftlichen Wettbewerb in Frage, sondern auch die Souveränität von Nationalstaaten. Denn, anders als Unternehmer nationaler mittelständischer Unternehmen, welche darauf konditioniert wurden, sich nicht ausreichend umfassend ins politische Geschehen einzubringen, sehen Globalisten, neben der Kontrolle ihrer Finanz- & Wirtschaftsmonopole, kein Problem sich auch politisch auszuleben und dem politischen Establishment auf der Staatenebene ihren politischen Willen deutlich zu machen und falls nötig mit Gewalt aufzudrücken.

So zeigten zum Beispiel, die mannigfaltigen «Experten der Wissenschaft» während der CoV-Pandemie, wie man nationale Regierungen handlungsunfähig hält und im Handumdrehen zu Befehlsempfängern transnationaler Interessensgruppen macht.

US-Landeseliten und Hegemonialkräfte

Wie erwähnt, wurden US-Landeseliten im ausgehenden 19. Jahrhundert im Rahmen des «Projekts USA» für ihre künftige Rolle als Weltpolizisten ausgewählt. Der Plan wurde realisiert und bescherte den Vollstreckern unschätzbare Vorteile, wie z.B. die Welt notorisch ausplündern zu dürfen, was sich an den chronischen Defiziten der US-Leistungsbilanz über die Jahrzehnte exakt ablesen lässt.

Das amerikanische Establishment hatte sich schnell an ihren neuen Lebensstil gewöhnt. Ein großes Problem trat erst auf, nachdem die Globalisten zum Ende des vorigen Jahrhunderts entschieden, das atlantische Steuerungszentrum nach Fernost zu verlegen. Es bedeutet, dass viele der bisherigen lokalen Erfüllungsgehilfen im Westen künftig nicht mehr benötigt würden.

Die US-Landeseliten scheinen nicht bereit ihre privilegierte Position als Weltpolizisten und moderne Feudalherren widerstandlos abzugeben. Sie ziehen es vor, mit einer aggressiven Kriegspolitik – man könnte es auch 3. Weltkrieg nennen – an ihrer hegemonialen Position festzukleben.

Der Sekretär des Sicherheitsrates Russlands, Nikolai Patruschew drückte es so aus:





Ich kann die Nationen identifizieren, die [an einer Fortsetzung der Feindseligkeiten] am meisten interessiert sind - das sind die USA und England.

*Russland ist nicht das ultimative Ziel [des Westens].
Ihr ultimatives Ziel ist China.
Sie [beabsichtigen], die Welt zu dominieren, aber
das ist inakzeptabel und wird nicht passieren."*



Nikolai Patruschew zu den Medien am 8.6.2023

Die erste Phase atlantischer Falken im Krieg gegen Russland sah vor, durch einen Putsch in Russland und einem «Sieg» des ukrainischen Militärs parallel (!), Russland zerschlagen und im Anschluss den Hauptschlag gegen China führen zu können. Die Optionen der US-Kriegspartei schließen dabei auch einen begrenzten Nuklearschlag sowohl gegen Russland wie auch gegen China in diesem Zusammenhang nicht aus.

Globalisten sind jedoch nicht bereit ein solches Risiko einzugehen und entschieden – unabhängig von ihren eigenen Plänen – gegen besagte Hoch-Risikopolitik der US-Falken kurzfristig vorzugehen.

Der 85% Rest der Welt als Vertreter einer multipolaren Weltordnung

Dazu zählen die Großmächte Russland, China und Indien mit allen anderen Staaten, die nicht zum Westen zählen – insgesamt 6.6 Milliarden Erdbewohner.

Ein Teil dieser Staaten war einst Opfer kolonialer Geschichte. Das hat sie im neuen Jahrtausend dazu bewegt, sich im geeigneten Moment vom sogenannten «Westen» zu emanzipieren und eine neue gerechtere Weltordnung zu schaffen.

Im Filz der Drehtüren atlantischer Schattenwirtschaft

Hegemoniale Konzepte werden auf der transnationalen Ebene entwickelt, doch müssen zur Umsetzung an Nicht-Staatliche-Organisationen nach unten gereicht werden. Die Realisierung soll nach außen unauffällig erfolgen, um Bevölkerungen möglichst lautlos manipulieren zu lassen. Es genügt dabei, nur jene Bereiche der Steuerung zu besetzen, die zur Realisierung entsprechender Konzepte erforderlich sind, wie vor allem:

- Bildungseinrichtungen, Kartellmedien inkl. Kulturbereich
- Wirtschaftspolitik und Legislative
- Außen- und Währungspolitik

Seit dem 19. Jahrhundert bedienen sich transnationale Eliten dazu sogenannter «Think Tanks», die eine Weiterentwicklung atlantischer Kolonial- & Monopolpolitik auf der

operativen Seite vorantreiben: Wie z.B. anfänglich mit Hilfe der Fabian Society (1884) oder nach dem 1. Weltkrieg über Chatham House (1920). Dem neu erfundenen «Weltpolizisten USA» wurden das Council on Foreign Relations (1921) und auch noch andere artverwandte Konstrukte in Folge zur Seite gestellt.



Die Fabian Society im Wandel der Zeiten: Vom Wolf im Schafspelz zum Logo neu
Quelle: Fabian Society, Public domain, via Wikimedia Commons



Entscheidend ist das Gesamtsystem, nicht nur eine einzige Komponente.- Quelle: CC/PFR

Quadratur des Kreises oder die der globalen Dominanz

Das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1990, welches die Phase «offener Grenzen» ähnlich den Zeiten vor 1914 auslöste, ließ Neugründungen von Think Tanks in die Höhe schnellen: Man schätzt, dass es heute über 8.000 solcher Konstrukte weltweit gibt, die von sich behaupten, für staatliche wie auch überstaatliche Auftraggeber entsprechende Themenstellungen zu analysieren oder an der Umsetzung bestehender Konzepte mitwirken dürfen.

Rund 50% aller Think Tanks befinden sich in den USA und Europa und werden von Landeseliten wie auch Globalisten instrumentalisiert. Rund 2.000 davon sind in den USA domiziliert: Sie betreiben in Europa und Asien Zweigniederlassungen, die in den Diensten ihrer Protektoratsverwaltung stehen. Von Außenstehenden werden Think Tanks oft als seltsame oder sogar karikative Art von Vereinen nur wahrgenommen.

Think Tanks werden von überstaatlichen Akteuren projektbezogen eingesetzt, um globale Konzepte umzusetzen und die dazu benötigten Narrative in Umlauf bringen zu lassen. Dazu zählt auch die Außenpolitik der Protektorate vorzugeben bzw. mit jener des Hegemonen zu synchronisieren.

Think Tanks sind im Prinzip «Schattenbetriebe» außerstaatlicher Macht. Zumal die maßgebenden Klans hinter der Steuerungsebene eine Vielzahl von Think Tanks unterhalten (lassen), ist eine Kollusion in Bezug auf konzertierte und verdeckte Aktionen bereits organisatorisch vorgegeben.

Beispielsweise wurde das «*Peterson Institute for International Economics*» erst auf Empfehlung der Präsidenten von GMF und CFR gegründet: So einfach geht das!

Führende Mitarbeiter von Think Tanks arbeiten manchmal auf verschiedenen Plattformen zur gleichen Zeit. In den USA ist es die Sitte, dass Politiker, die nach dem Wechsel der Administration arbeitslos geworden sind, nach dem sogenannten «Drehtür-Prinzip» (*revolving-door-principle*) von Think Tanks temporär aufgefangen werden: Bis zur nächsten Wiederverwendung. So steuert man im Land der unbegrenzten Möglichkeiten Politiker und politische Schachfiguren.

Es gibt auch sogenannte «Phantom-Think Tanks», die gegenüber der Öffentlichkeit einen verfälschten Eindruck vermitteln und ihre wahren Missionen hinter einer Fassade verstecken. Ein irreführender Name kann z.B. in der Außenwahrnehmung Dritter falsche, doch intern durchaus erwünschte Assoziationen, wecken.

Als Fallstudie dazu lässt sich der **German Marshall Fund** ins Treffen führen:



IDEAS LEADERSHIP HOPE

Quelle: German Marshall Fund US – www.gmfus.org

- Anders als das «German» im Namen vermuten lässt, wurde jene Organisation nicht in Deutschland gegründet, sondern unterhält ihr Hauptquartier in Washington DC mit nur Zweigniederlassungen in Berlin, Brüssel, Ankara, Belgrad, Bukarest, Paris und Warschau.
Zu den Zielen der Stiftung zählt, die «Beziehungen» zwischen EU-Staaten und den Vereinigten Staaten zu «vertiefen». Geeignete Nachwuchspflege angehender Politiker wird betrieben, wie schon für Annalena Baerbock oder Cem Özdemir. GFM verfügte im Jahr 2021 über ein Vermögen von Mio. USD 211 und erzielte Erträge von Mio. USD 67.
Die Europäische Kommission, das Deutsche Auswärtige Amt, das Außenministerium Norwegens, die US Agentur für Internationale Entwicklung und das Außenministerium Schwedens spendeten im Jahr 2022 ans GMF jeweils mehr als eine Million US-Dollar.
- Anders als das «German» im Namen vermuten lässt, hat der «Fond» mit dem «Marshall Fund» nichts zu tun, sondern wurde mit einem Geschenk des deutschen Steuerzahlers ganze 25 Jahre nach dem echten Marshall Plan im Jahr 1972 erst aus der Taufe gehoben: Mit Mio. DEM 150, die über ein eigenes Gesetz vom Bundestag der damaligen vier Parteien verabschiedet wurden.
- Offensichtlich war dieser Betrag den Empfängern zu wenig, sodass Helmut Kohl im Jahr 1986 die Schenkung des deutschen Steuerzahlers um weitere 100 Millionen DM aufstockte: Dieses Finanzierungsverfahren erinnert an Tributzahlungen, doch in einem sehr modernen Gewand.
- GMF erklärt auf seiner Webseite in Zusammenarbeit mit News Guard vermeintliche Falschinformationen als «*Falschinhalt-Produzenten*» und «*Manipulatoren*» zu klassifizieren und auch öffentlich anzuprangern.

GMF glaubt zu wissen, dass es zu den letzten US-Präsidenten Wahlen wie auch zur Verbreitung von CoV «*falsche und manipulative Inhalte*» gegeben hätte und fühlt sich berufen, freie Meinungsäußerungen, die nicht passen, zu qualifizieren.

Auf diese Weise werden über den GMF alternative Medien verunglimpft und das Narrativ einer Zensur über die Hintertür schleichend publikumswirksam gemacht.

GMF auf den Spuren der Trilateralen Kommission

Ähnlich der Trilateralen Kommission, die im Juli 1973 auf Anregung von Zbigniew Brzeziński und David Rockefeller gegründet wurde, um eine vereinte Front gegen die UdSSR zu organisieren, scheint die aktuelle Agenda des GMF voll und ganz darauf ausgerichtet, eine «transatlantische Front» gegen China aufzuziehen. Die Vorbereitungen dazu scheinen weit gediehen, wie zwei Anhörungen vor dem US-Senatsausschuss von zwei Senior-Transatlantik-Fellows [Gelehrtenmitgliedern] des «*German Marshall Funds der US*» deutlich machen:

**Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats
Unterausschuss für Europa und regionale Sicherheitskooperation**

**Anhörung vom 7. Juni 2023 – Schriftliche Aussage
„Angleichung der transatlantischen Ansätze zu China“**

**Andrew Small, Senior Transatlantic Fellow,
German Marshall Fund of the US**

Auszüge der Anhörung:

In den letzten Jahren haben Europa und die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber der Volksrepublik China (VR China) so stark überarbeitet, wie noch nie zuvor seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Während die Vereinigten Staaten in diesem Prozess weiter und schneller als Europa fortgeschritten sind, haben sich die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Bedenken beider Seiten gegenüber der VR China und die Analyse, wie am besten darauf zu reagieren wäre, stark angenähert.

Dies spiegelt sich auch in der Qualität des transatlantischen Austauschs zu China wider. War es früher sogar umstritten, ob Europa und die Vereinigten Staaten entsprechende Bedenken zu China offen ansprechen sollten, so sind die gemeinsamen Bemühungen darüber heute in alle Dimensionen der transatlantischen Beziehungen eingebettet, von Gipfeltreffen bis zur Koordinierung auf Arbeitsebene, von der NATO bis zum EU-US-Handels- und Technologierat (TTC). Die Dringlichkeitslücke, die zwischen den beiden Seiten bestand, beginnt sich zu schließen.

[...]

Zum ersten Mal seit 2019, sind sich europäischen Hauptstädte bezüglich einer Reihe von Politik-Grundsätzen nähergekommen, nachdem schon der Rahmen der EU China als „*Partner, Konkurrenten und Systemrivalen*“ zu behandeln, festgelegt worden war. Die Rede der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen vom März 2023 über den Umgang Europas mit einem China, das „*zu Hause repressiver und nach außen hin selbstbewusster*“ sei, war ein Hinweis auf die Richtung der Entwicklung. Die EU-Mitgliedstaaten haben der Kommission erneut Raum gegeben, mutiger und deutlicher aufzutreten, als einige von ihnen selbst bereit gewesen wären.

[...]

Chinas Rückschlag

[...]

Gleichzeitig hat Peking beschlossen, ein gewisses Maß an Kollateralschaden für sein Ansehen in Europa in Kauf zu nehmen, um seine Beziehungen zu Moskau in Zeiten des Krieges zu vertiefen und zu verbessern. In einer früheren Phase der chinesischen Außenpolitik hätte Xi in den entscheidenden Wochen vor der russischen Invasion weder der gemeinsamen Erklärung mit Putin zugestimmt noch ein Jahr später zu einem solch umstrittenen Zeitpunkt einen umfassenden Staatsbesuch in Moskau unternommen. Aber in dem umfassenderen Kampf, den die VR China nach eigenem Verständnis mit den Vereinigten Staaten führt, sieht Xi in der Partnerschaft mit Russland – selbst mit einem geschwächten Russland – größere strategische Vorteile als in jeder anderen Beziehung.

[...]

Taiwan

Während die chinesisch-russischen Beziehungen und die Frage der Risikominderung an der Spitze der europäischen China-Debatten stehen, nimmt die Taiwan-Frage eine heikle und komplizierte Rolle ein. Das Bewusstsein für die Risiken und den Einsatz, der für Europa auf dem Spiel steht, ist jetzt klarer, denn allein der wirtschaftliche Schock, den ein Konflikt zwischen Taiwan und China auslösen würde, übertrifft den einer russischen Invasion bei weitem. Das Ausmaß der gegen Moskau verhängten Sanktionen hat Europa auch zu einem Akteur bei den Abschreckungsbemühungen im Zusammenhang mit Taiwan gemacht, was

vor achtzehn Monaten noch nicht der Fall war. China ist sich sehr wohl bewusst, dass die Sanktionskoalition auch für den Fall eines Taiwan-Konflikts genutzt werden könnte, und sah, dass Europa gegenüber Russland viel weiter ging, als es erwartet hatte, so dass chinesische Beamte sich beispielsweise über die Auswirkungen des Einfrierens von Zentralbankguthaben Gedanken machen mussten.

Doch während die Europäer nun bereit sind, China bezüglich der Notwendigkeit von Stabilität zu warnen, wird deutlich, dass Europa auch ein Interesse an der Sicherheit beiderseits der Taiwanstraße hat, um kreative Wege zu finden und die Beziehungen zu Taiwan im Einklang mit der Ein-China-Politik auszubauen. Man ist mit einer detaillierten transatlantischen Notfallplanung für etwaige Sanktionsmaßnahmen immer noch vorsichtig. Dies geschieht nicht nur aus neuralgischer Angst, Peking zu verärgern: Die europäischen Entscheidungsträger befürchten auch, dass präventiv vereinbarte Maßnahmen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eher abschreckend wirken könnten. Im Moment muss die Volksrepublik China berücksichtigen, dass Europa nachweislich in der Lage ist, mit Sanktionen positiv zu überraschen. Und Peking ist sich sehr wohl bewusst, dass die Europäer zwar vorsichtig sein mögen, wenn es darum geht, im Voraus Signale auszusenden, und vielleicht nicht bereit sind, allein wegen Taiwan entschlossen zu handeln, dass aber die Position der USA an vorderster Front in jedem Konfliktszenario dafür sorgen wird, dass Europa sich verpflichtet fühlt, dies trotzdem zu tun.

[...]

Transatlantische Aktionsagenda – Fortschritte und Perspektiven

Wie der jüngste G7-Gipfel in Hiroshima gezeigt hat, sind die Vereinigten Staaten und Europa sowie ihr breiteres Netz von Partnern und Verbündeten im indopazifischen Raum in der Sache enger zusammengerückt. Während die europäischen Staats- und Regierungschefs bei früheren Gipfeltreffen in Bezug auf China noch eine differenzierte Sprache pflegten, die ihre Besorgnis über „Blockpolitik“ und „Konfrontation“ widerspiegelte, sah es bei diesem Gipfeltreffen eher nach einem echten Konsens als nach einem Konsens nur auf dem Papier aus. Die Themen, die auf dem Spiel stehen, sind von großer Bedeutung für die künftige internationale Sicherheitsordnung und wichtige wirtschaftliche Interessen im eigenen Land und werden Gegenstand heftiger innereuropäischer und transatlantischer Debatten sein. Dies als „Spaltung“ darzustellen, verdeckt jedoch die Tatsache, dass dennoch weiterhin Vereinbarungen über wichtige Politikbereiche getroffen werden. Es ist kein analytischer Fehler, den Peking zu begehen pflegt.

Die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit am schnellsten vorankommt, liegen bisher auf der defensiven Seite. Die Fortschritte Europas bei der Vereinbarung einer wirtschaftlichen Sicherheitsstrategie bieten die Aussicht, dass es in Fragen von Exportkontrollen bis hin zum Screening von Auslandsinvestitionen aus dem reaktiven Modus herauskommen wird. Doch auch wenn die Vereinigten Staaten weiterhin das Tempo vorgeben, gibt es inzwischen eine Reihe von Bereichen, in denen beide Seiten übereinstimmen und in denen sie ihre Ansätze in den kommenden Jahren aufeinander abstimmen dürften. Trotzdem wird es für die USA wichtig bleiben, in Sicherheitsbereichen wachsam zu sein, in denen sich bereits Lücken und Mängel abzeichnen, wie z. B. der Rückstand einiger europäischer Länder bei der Einführung sicherer 5G-Netze und die weitreichenden Möglichkeiten für chinesische Akteure in anderen Bereichen der digitalen Infrastruktur Europas.

[...]

Schlussfolgerung

Die Vereinigten Staaten und Europa haben in Bezug auf China ein weitaus höheres Maß an Koordinierung erreicht, als es noch vor einigen Jahren plausibel erschien. Man hätte erwarten können, dass der Einmarsch Russlands in der Ukraine den politischen Fokus beider Seiten konsumiert hätte; stattdessen hat er zu einem noch stärkeren Bewusstsein dafür geführt, wie eng der atlantische und der indo-pazifische Raum inzwischen miteinander verbunden sind. Die Koalition, die die Vereinigten Staaten aufbauen müssen, um die gemeinsamen Herausforderungen durch China zu bewältigen, erstreckt sich über mehrere Bereiche und Gegenden. Europa wird auch in den kommenden Jahren ein wichtiger Teil davon sein.

Sachverständigenaussage für den Senatsunterausschuss für auswärtige Beziehungen Unterausschuss für Europa und regionale Sicherheitskooperation

Anhörung vom 7. Juni 2023

„Angleichung der transatlantischen Ansätze gegenüber China“

**Noah Barkin, Senior-Berater, China-Praxis, Rhodium-Gruppe
Visiting Senior Fellow, Indo-Pacific Program
German Marshall Fund of the United States**

Vorsitzende Shaheen, ranghohes Mitglied Ricketts, verehrte Mitglieder des Ausschusses. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute mit Ihnen über die transatlantische Zusammenarbeit in Bezug auf China zu sprechen.

Europas Beziehungen zu China haben sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt verschlechtert und spiegeln die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Washington und Peking wider.

In den vergangenen Jahren konzentrierten sich die europäischen Bedenken auf Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Marktzugangs. Inzwischen haben sich diese Sorgen jedoch auf die Bereiche Menschenrechte, wirtschaftliche Zwänge, strategische Abhängigkeiten, Desinformation und Sicherheit ausgeweitet.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 trat Europa in eine neue Phase seiner Beziehungen zu China ein. Die „*grenzenlose*“ Partnerschaft, die Xi Jinping und Wladimir Putin in den Wochen vor Kriegsbeginn besiegelten, und Chinas anschließende Weigerung, Russlands Aggression zu verurteilen, zementieren die Sichtweise auf China als Konkurrenten und Systemrivalen. Nicht zuletzt hat der Krieg auch das Bewusstsein für die Risiken eines Konflikts um Taiwan verschärft, und zwar sowohl bei den europäischen Regierungen als auch in den Vorstandsetagen von Unternehmen.

Heute wird in den wichtigsten europäischen Hauptstädten eine intensive Debatte über die Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China geführt. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hielt am 30. März eine wichtige Rede, in der sie für ein „De-Risking“ [Risikominimierung] der europäischen Beziehungen zu China plädierte. In den kommenden Monaten wird Europa damit beginnen, zu definieren, was „De-Risking“ in der Praxis bedeutet.

Die Verhärtung der europäischen Linie kann die Unterschiede zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten und in einigen Fällen auch innerhalb der einzelnen europäischen Regierungen verschleiern. Am angriffslustigsten Ende des Spektrums steht eine Gruppe osteuropäischer Länder unter der Führung Litauens, die eine wertebasierte Außenpolitik verfolgen. Am anderen Ende des Spektrums steht ein Land wie Ungarn. Die größten EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, liegen irgendwo dazwischen.

Wie wir auf der jüngsten Chinareise von Präsident Emmanuel Macron gesehen haben, zeichnet sich Frankreich durch seine Unterstützung der europäischen strategischen Autonomie aus – ein Code für ein unabhängiges Europa, das nicht übermäßig von China oder den Vereinigten Staaten abhängig wäre. Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass es von allen europäischen Ländern die bei weitem engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu China unterhält. Nach neuen Zahlen der Rhodium Group entfielen im vergangenen Jahr 84 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen der EU in China auf deutsche Unternehmen.

Deutschland ist auch das Land in Europa, in dem die Debatte über die Beziehungen zu China am intensivsten geführt wird. Die Koalition von Bundeskanzler Olaf Scholz ist sich uneins darüber, wie weit und wie schnell die Beziehungen zu China neu justiert werden sollen. Dennoch kann man mit Fug und Recht behaupten, dass das wirtschaftliche „Win-Win“-Narrativ [beidseitiger Gewinn], das die engen Beziehungen zwischen Berlin und Peking in den letzten Jahrzehnten beflügelt hat, durch die Bedingungen vor Ort in China und die Konkurrenz chinesischer Unternehmen zu deutschen Kernindustrien zunehmend untergraben wird.

Abschließend möchte ich noch ein paar Bemerkungen zur transatlantischen Zusammenarbeit in Bezug auf China machen.

Erstens glaube ich, dass die USA und Europa in den letzten zwei Jahren sich in der Sprache, mit der die von China ausgehenden Herausforderungen definiert werden, stark angenähert haben. In den letzten Monaten haben hochrangige Beamte auf beiden Seiten des Atlantiks den Begriff „De-Risking“ übernommen. Und wir haben erlebt, dass sich Beamte von der Idee einer vollständigen wirtschaftlichen Abkopplung von China distanzieren haben.

Zweitens ist diese Annäherung mehr als nur rhetorisch. Es besteht ein wachsender transatlantischer Konsens über die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von China zu verringern, auf andere Märkte zu diversifizieren und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten zu verbessern.

Drittens haben die USA und die EU in den letzten Jahren eine Reihe von strukturierten Dialogen über Herausforderungen im Zusammenhang mit China ins Leben gerufen. Der Handels- und Technologierat USA-EU hielt letzte Woche in Schweden seine vierte Ministertagung ab. China spielt auch in den Diskussionen innerhalb der NATO und der G7 eine immer größere Rolle.

Viertens hat, wie ich bereits erwähnt habe, der Krieg in der Ukraine die USA und Europa enger zusammenrücken lassen und die Risiken eines Konflikts in der Straße von Taiwan in den Mittelpunkt des europäischen Denkens gerückt.

Dennoch ist es falsch, eine perfekte Abstimmung zwischen den USA und Europa in Bezug auf China zu erwarten. Die USA sind eine etablierte Supermacht. Sie spielen eine entscheidende Rolle für die Sicherheit im indopazifischen Raum. Und sie sind nicht eine

Ansammlung von Ländern mit unterschiedlichen Interessen wie die EU. Folglich sehen sie China durch ein anderes Prisma als Europa. Und das spiegelt sich auch in ihrer Reaktion wider.

In den europäischen Hauptstädten hat man keine Lust, China einzudämmen oder zu isolieren, und in einigen Hauptstädten ist man besorgt über den als zu konfrontativ empfundenen Ansatz einiger Politiker in Washington, insbesondere in der Taiwan-Frage.

In Europa besteht ein Konsens darüber, dass man trotz der zunehmenden Spannungen – aber auch wegen dieser Spannungen – weiterhin einen robusten Dialog mit Peking führen muss. Infolgedessen haben wir eine Reihe von Besuchen europäischer Staats- und Regierungschefs erlebt, seit China Ende letzten Jahres seine strikte Null-COVID-Politik beendet hat.

Zwar gibt es in Europa erste Bestrebungen, die Abhängigkeit von China zu verringern, aber die Bereitschaft, im Namen der nationalen Sicherheit einen wirtschaftlichen Preis zu zahlen, ist nicht so ausgeprägt wie in den USA oder in einem Land wie Japan. Die Bedrohungswahrnehmung entwickelt sich in Europa, allerdings eher allmählich. Wie wir in der Ukraine gesehen haben, ist Europa jedoch in Krisenzeiten zu großen politischen Veränderungen in der Lage.

Ich bin davon überzeugt, dass der Aufbau transatlantischer Konvergenz in Bezug auf China und die Begrenzung der Risiken einer Divergenz von einem robusten Engagement der USA und der EU in den Bereichen Handel, Technologie und Sicherheit abhängt, die im Mittelpunkt der Herausforderungen stehen, die Pekings Politik mit sich bringt.

Die gemeinsame Front gegen China

Die Aussagen der beiden GMF-Think-Tank-Mitglieder bestätigen die politischen Ziele: Es geht den Lobbyisten der US-Seite darum, zusammen mit Europa eine Front gegen China aufzubauen und EU-Staaten in die Konflikte des US-Hegemonen hineinziehen.

Bonnie S. Glaser hält im GMF die wichtige Position des Geschäftsführers, *GMF Indo-Pacific*. Sie ist zusätzlich Board-Mitglied im U.S. Komitee beim Council for Security Cooperation für Asien-Pazifik und Mitglied im Council of Foreign Relations sowie beim International Institute for Strategic Studies. Sie ist darüber Non-Resident Fellow beim Lowy Institute, Sydney, Australien und Senior Associate im Pacific Forum. Last but not least ist Bonnie S. Glaser als Senior Advisor für die Taiwan-Asia Exchange Foundation tätig.

Zuvor war sie als Ost-Asien Consultant für das US-Verteidigungs- & Außenministerium tätig, sowie Senior Berater für Asien und Direktor des «China Power Projects» beim Center for Strategic and International Studies (CSIS) und Senior Associate des CSIS International Security Programms.

Als Direktor des «China Power Projects» trat Glaser im Jahr 2019 vor dem «Senate Small Business and Entrepreneurship Committee» [Mittelstands- & Unternehmertum Komitee des US-Senats], zum Thema «Made in China 2025 and the Future of American Industry» [Made in China 2025 und die Zukunft der amerikanischen Industrie] auf, um ihre Einschätzung der Lage aus Sicht amerikanischer Interessen abzugeben.

Bonnie S. Glaser erklärte an anderer Stelle, dass der GMF überparteilich wäre, doch verfolgt eine Agenda, die sich mit den Wünschen Ihrer Kollegen, welche am 7. Juni 2023 vor den US-Senatsschüssen auftraten, stark decken: Es geht darum eine möglichst breite Koalition mit Ländern zu schmieden, um diese auf die atlantische Seite zu ziehen und die US-Hegemonie fortzuschreiben. GMF scheint vielmehr ein transkontinentaler Schattenbetrieb zur Koordinierung solcher Aktivitäten zu sein.

Die Situation erinnert an jene, rund 20 Jahre vor dem 1. Weltkrieg, als das Vereinigte Königreich (UK) und transnationale Vordenker Ausschau nach Allianzen hielten, um ihren hegemonialen Kurs immerwährend fortsetzen. Dieses Mal sollen EU-Europa und asiatische Staaten die hegemonialen Interessen der Vereinigten Staaten gegenüber China ganz übertragen, doch ihre eigenen Interessen zu Gunsten atlantischer Absichten völlig vergessen.

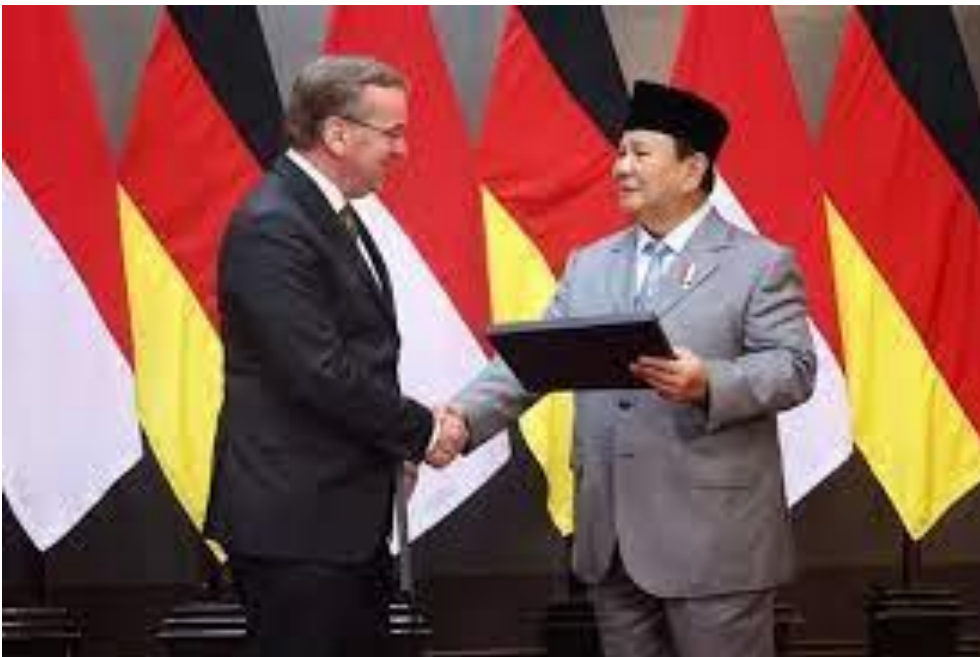
Eine Studie der Rhodium Gruppe ergab, dass eine mögliche chinesische Wirtschaftsblockade von Taiwan Wirtschaftsaktivitäten im Wert von 2 Billionen USD gefährden könnten. Europa stellt im Moment gerade schmerzhaft fest, was es bedeutet sich von Anglo-Amerika in einen Krieg, wie zurzeit in der Ukraine, hineinziehen zu lassen. Das sollte nicht nur den EU-Staaten, sondern auch den Staaten in Asien eine eindrückliche und deutliche Warnung vor weiteren atlantischen Abenteuern sein!

Ein Beitrag von UNSER-MITTELEUROPA Global Research

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Gefährliches Kräfteremessen im Indopazifik – Deutschland ist mit von der „Partie“

12. 06. 2023



Bundesverteidigungsminister Pistorius in Jakarta.- Bild: Harian Haluan

Eine militärische Konfrontation der USA mit der aufstrebenden Weltmacht China scheint im Indopazifik unausweichlich und wird seitens der USA seit Monaten eskaliert.

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Deutschland will nun offenbar an der Seite der USA am Wettrüsten gegen China teilnehmen.

Deutsche Rüstungsunternehmen mit Profitmaximierung vorne dabei

Der deutsche Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sprach sich in einem Interview für den staatlichen deutschen Auslandssender *Deutsche Welle* am 6. Juni für die Ausweitung von Waffenlieferungen an das südasiatische Land Indonesien aus.

Neben der Unterstützung der US-Strategie im Indopazifik will er offenbar gleich auch noch profitable deutsche Waffenexporte fördern.

Wie Boris Pistorius bereits am 5. Juni während eines Besuchs in Jakarta mitteilte, ging es im Gespräch mit dem indonesischen Verteidigungsminister Prabowo Subianto, dem berüchtigten General und Schwiegersohn von Suharto, auch um dieses Thema.

„Wir haben sogar über die Möglichkeit gesprochen, vielleicht einen Deal mit U-Booten zu machen“, sagte Pistorius nach diesem Zusammentreffen vor Journalisten.

Der indonesische Verteidigungsminister habe sein Einverständnis gegeben, dass die Fregatte der Bundesmarine, die im nächsten Jahr abermals in den Indopazifik fahren soll, auch einen Hafen in Indonesien anlaufen werde, erklärte Pistorius.

Deutscher U-Boot Deal in Zeiten extremer Eskalation

Einen möglichen U-Boot-Deal will Pistorius auch bei seinem Besuch in Indien von 5. bis 8. Juni thematisieren, wohin ihn „sicherheitshalber“ auch bereits Vertreter deutscher Rüstungsfirmen begleiten.

Der deutsche Bundesverteidigungsminister reiste am 5. Juni aus Indonesien kommend nach Indien.

„Es ist nicht im Interesse Deutschlands, dass Indien langfristig von Waffenlieferungen aus Russland abhängig bleibt“, meinte Pistorius in einem Interview für die *Deutsche Welle* bereits in der indonesischen Hauptstadt Jakarta.

Aber eine solche Entscheidung liege nicht allein bei Deutschland, fügte er hinzu. „Das ist ein Problem, das wir gemeinsam mit unseren Partnern lösen müssen. Aber natürlich können wir langfristig kein Interesse daran haben, dass Indien so abhängig von Russland ist bei der Lieferung von Waffen und anderen Materialien“. In den vergangenen Jahren bezog Indien etwa 45 Prozent der Waffenimporte aus Russland.

Selbstredend hat da Pistorius offenbar in vorausseilendem Gehorsam gegenüber dem „transatlantischen Partner“, einmal den Weg bereitet, das ok muss er sich dann freilich erst einholen.

Indien hat allerdings auch andere Möglichkeiten für den Erwerb von U-Booten. Berichten zufolge wolle Indien sechs konventionell betriebene U-Boote aus Deutschland kaufen. Für dieses geplante 5,8 Milliarden US-Dollar schwere Rüstungsgeschäft ist der deutsche Hersteller ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) einer von zwei Anbietern, die noch im Rennen sein sollen, der zweite Bewerber ist ein südkoreanisches Unternehmen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Umfrage: 80 % der Chinesen machen die USA für den Ukraine-Konflikt verantwortlich

01. 06. 2023



Laut einer neuen Studie glauben etwa 80 % der chinesischen Bevölkerung, dass die USA und westliche Länder letztendlich für den Konflikt in der Ukraine verantwortlich seien. Weniger als 10 % machen Russland für den Beginn der Offensive verantwortlich.

Die am Mittwoch vom Center for International Security and Strategy an der Tsinghua-Universität veröffentlichte Umfrage ergab, dass ...

- 80,1 % der Befragten die „USA und westliche Länder“ für den Konflikt verantwortlich machen, während ...
- 11,7 % die Ukraine dafür verantwortlich machen und ...
- 8,2 % Russland dafür verantwortlich machen. Etwa ...
- 34,1 % identifizierten die „Auswirkungen des Krieges auf das zivile Leben“ als wichtigstes Problem im Zusammenhang mit dem Konflikt, während ...
- 20,9 % die Sicherheit des chinesischen Volkes und seine wirtschaftlichen Interessen in der Ukraine nannten und ...
- 15,6 % auf die „Auswirkungen auf das Zivilleben“ verwiesen globale Energieversorgung.“

Die Umfrage ergab, dass eine Mehrheit der Chinesen Washington misstraut, wobei 59,1 % eine „sehr negative“ oder „eher negative“ Meinung über die USA vertreten. Nur 7,8 % vertreten die gleiche Meinung zu Russland, wobei 58,4 % ihren Nachbarn „eher“ oder „sehr“ positiv bewerten.

Quelle: [DHN](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Dr. Norbert van Handel – Europa, der wirkliche Idiot

30. 05. 2023



Die glaublich stärksten Wirtschaftsnationen der Welt haben sich zum G7-Gipfel in Hiroshima versammelt. Hiroshima, wo die USA die erste Atombombe in einem Krieg zündete (warum auch Nagasaki eine zweite Atombombe erleiden musste, ist aus humanitärer Sicht schwer verständlich).

1. Der G7-Gipfel – Wir verstanden die G7 als Gruppe der „stärksten“ Wirtschaftsmächte der Welt. Mit Erstaunen nahmen wir zur Kenntnis, dass die Wirtschaft dort überhaupt keine Rolle spielte. Es ging lediglich darum im Auftrag der USA Russland zu schwächen, Sanktionen zu verteilen und China zu „reglementieren“. Also sind auch die G7, nicht anders als die Nato und die EU, Follower einer US- Politik, die bequem, ohne jedes Risiko, am Schreibtisch in Washington vollzogen werden soll.
2. In Reykjavik sprach sich der Europarat für ein so genanntes „Schadensregister“ aus. Gemeint waren jene Schäden, die durch den Krieg zwischen der Ukraine und Russland entstanden waren. Eine interessante Idee. Wir fragen uns, ist ein solches Register auch geplant für jene Schäden, die George W. Bush im Irak, in Afghanistan oder Barack Obama in Libyen angerichtet hatten? Wir meinen leider nicht, denn Gerechtigkeit ist kein Element des Völkerrechts. Es geht dabei nur um Machtpositionen die entsprechend umgesetzt werden.
3. Ein Thema in der österreichischen Politik war die Frage, ob Soldaten des österreichischen Bundesheeres sich in der Ukraine bei Entminungsaktionen beteiligen sollten. Die Verteidigungsministerin lehnte aus Neutralitätsgründen ab. Ebenso der Kanzler. Nur unser fröhlicher und ein bisschen greisenhafter

Bundespräsident sprach sich dafür aus. Dazu hatte er zwar keine Kompetenz, aber das stört den alten Mann in der Hofburg wenig, der seine bescheidenen Wortspenden gern verbreitet.

4. Viele kritisieren, teilweise durchaus zurecht, dass die Russen auch Zivilobjekte in verschiedenen Städten der Ukraine zerstören. Wir bedauern dies sehr. Unabhängig davon dürfen wir darauf verweisen, dass die ersten, die einen Krieg gegen Zivilisten führten, die USA im amerikanischen Bürgerkrieg waren. Der Todesmarsch von General Sherman von Atlanta an die Küste, zerstörte brutal jedes zivile Leben jeweils rechts und links 60 Meilen seiner Heeresstraße komplett, gnadenlos und eine Wüste hinterlassend.

Von den Bombardierungen der Alliierten im zweiten Weltkrieg von Hamburg bis München und von Köln bis Dresden gar nicht zu reden. Auch in Vietnam gehörte es zum System der US-Armee mit schon seit Jahrzehnten verbotenen Giftstoffen die Wälder zu entlauben und die Menschen in Vietnam dort überall zu töten wo man sie fand. Diese Tradition führten die Amerikaner im Übrigen in fast allen ihren folgenden Kriegen weiter.

5. Nachdem die Nato, EU und nun wahrscheinlich auch G7 und G20 Follower der US-Politik sind, fragt man sich, was die kleinen mitteleuropäischen Staaten eigentlich in der EU noch zu suchen haben? Wenn der mehr als schillernde luxemburgische Außenminister Asselborn, dessen Wichtigkeit in der EU gewaltig überschätzt wird, kürzlich meinte, dass, was immer die großen EU-Länder beschließen, jetzt auch die kleinen Länder folgen oder folgen müssten, muss ein rotes Licht aufleuchten. Dies umso mehr, wenn Frau Baerbock, die schrullige Außenministerin Deutschlands, meint, das Einstimmigkeitsprinzip müsste aufgelöst werden. Wenn dies der Fall ist und die Politik der kleinen Länder, insbesondere auch Österreich, nicht dagegen revoltieren, haben wir unsere traditionelle, christliche, kulturelle, tausendjährige Position in Europa verloren. Dann sind wir Kolonien der USA geworden.

Deutschland ist im Moment nicht mehr der sympathische „große Bruder“, sondern eher ein Staat, der uns mit seiner destruktiven Haltung zu gesellschaftlichen Fragen, zu Klimafragen, zu Wirtschaftsfragen usw. infizieren könnte. Gott bewahre uns davor!

Dr. Norbert van Handel

23.05.2023, Steinerkirchen a.d. Traun, Österreich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Über die „Eigentümer der Welt“ – die Geschichte von BlackRock

29. 05. 2023



Bild: screenshot YouTube

Ein kleiner Überblick zur Entwicklung des weltumspannenden und „weltbeherrschenden“ Unternehmen BlackRock.

BlackRock ist eines der mächtigsten, wenn nicht das mächtigste Unternehmen der Welt, und seine „ruchlose Rolle“ in der globalen Wirtschaft und Politik wird zunehmend deutlicher.

„Manipulator“ auf allen Ebenen

Nicht zuletzt treibt der Investmentgigant eine „Strategie des Erwachens“ in Form von sozialen Unternehmensbewertungen (ESG) voran, zu denen unter anderen die zweifelhafte „Net Zero“- oder auch die LGBT-Agenda gehören.

BlackRock ist „ganz nebenher“ auch für die Manipulation von Finanzsystemen verantwortlich und besitzt freilich auch die Kontrolle über einen erheblichen Teil des weltweiten Reichtums.

Über die Historie des globalen Giganten

Anfang 2022 verwaltete BlackRock Inc. ein Vermögen von rund 10 Billionen US-Dollar und war damit der größte Vermögensverwalter der Welt. BlackRock hält selbstredend eine beträchtliche [Anzahl von Aktien](#) der größten Unternehmen der Welt, darunter Amazon, Apple, Microsoft, Google, Tesla, Coca-Cola, Moderna, Johnson & Johnson, Exxon Mobil, Visa, Chevron, JPMorgan Chase, Walmart und zahllosen mehr.

Seite E 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Das Unternehmen wurde vor 35 Jahren, im Jahr 1988, vom Investmentbanker und heutigen CEO Larry Fink, als Tochtergesellschaft von Blackstone Inc., gegründet. Ursprünglich hieß es Blackstone Financial Management und wuchs in den ersten vier Jahren seines Bestehens enorm, bis 1992 erreichte es ein Portfolio von 17 Milliarden Dollar, wie der [Journalist James Corbett](#) zu berichten wusste.

Angesichts der Tatsache, dass BlackRock zu einem sehr respektablen Unternehmen herangewachsen war, beschlossen Fink und Stephen Schwarzman, der CEO von Blackstone, BlackRock von Blackstone ab zu spalten und daraus ein eigenes Unternehmen zu machen.

BlackRock ging schließlich 1999, für 14 Dollar pro Aktie, an die Börse. Das Unternehmen verwaltete zu diesem Zeitpunkt ein Vermögen von 165 Milliarden US-Dollar.

In den frühen 2000er Jahren erweiterte man sein Geschäft um Analytik und Risikomanagement. BlackRock kaufte 2004 die Investment-Managementgesellschaft State Street Research & Management und fusionierte schließlich 2006 mit der Investmentmanagementgesellschaft Merrill Lynch.

Man erwarb 2007 die wichtigste Vermögensverwaltungseinheit der Quellos Group, wodurch sich der verwaltete Gesamtvermögenswert von BlackRock auf über 1 Billion US-Dollar schlagartig erhöhte.

Sollte der finanzielle Erfolg von BlackRock bis zu diesem Zeitpunkt beeindruckend erschienen sein, war es jedoch die Finanzkrise von 2007 und 2008, die das Unternehmen zu dem heutigen globalen Finanzdominanten gemacht hatte.

An der Spitze des „Staubhaufens“ nach dem Banken-Crash

Die Journalistin Heike Buchter, die ein Buch über BlackRock geschrieben hatte, [erklärte im 2015](#), „vor der Finanzkrise kannte ich nicht einmal den Namen. Aber in den Jahren nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers (2008) tauchte BlackRock überall auf. Überall!“

Viele Banken, einschließlich Lehman Brothers, sowie die US-Regierung und die Federal Reserve wandten sich damals an Fink und BlackRock, um Hilfe bei der Klärung der komplizierten Finanzinstrumente, die zur Krise geführt hatten, zu bekommen und um Unterstützung bei den Rettungsaktionen von [2008 zu erhalten](#).

Man „lieferte sich“ sozusagen dem Giganten aus.

Fink wurde von diesen Institutionen als Experte für die Finanzinstrumente herangezogen, man „musste ihm in der Not also blind vertrauen“.

In den 1980er Jahren, als Fink noch für die Investmentbank First Boston arbeitete, konstruierte er „seine erste Collateralized Mortgage Obligation (CMO) und schuf fast im Alleingang“ „den Subprime-Hypothekenmarkt, der 2008 so spektakulär scheitern sollte“.

Dazu [schrieb corbett report](#): „als sich der Staub nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers endlich an der Wall Street legte, gab es wenig Zweifel, wer auf dem Staubhaufen saß, BlackRock“.

Seite E 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Unter Finks Führung nutzte BlackRock seine finanzielle Macht und seinen Einfluss, um in die nationale und internationale Politik einzusteigen.

Als Strippenzieher in der Politik

Der Autor und [Wirtschaftsjournalist F. William Endgahl](#) formulierte es so, „Larry Fink, Gründer und CEO von BlackRock, ist eindeutig daran interessiert, sich weltweit Einfluss zu verschaffen. Er machte den ehemaligen deutschen CDU-Abgeordneten Friederich Merz zum Chef von BlackRock Deutschland, als es so aussah, als könnte er die Nachfolge von Bundeskanzlerin Merkel antreten.

Den ehemaligen britischen Schatzkanzler George Osborne engagierte er als „politischen Berater“. Fink berief die frühere Stabschefin von Hillary Clinton, Cheryl Mills, in den BlackRock-Vorstand, als es damals sicher schien, dass Hillary bald im Weißen Haus sitzen würde.

Fink hatte ehemalige Zentralbanker in seinen Vorstand berufen und lukrative Verträge mit ihren ehemaligen Institutionen abgeschlossen. Stanley Fisher, ehemaliger Chef der Bank of Israel und später auch Vizepräsident der Federal Reserve, ist jetzt Senior Adviser bei BlackRock. Philipp Hildebrand, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Nationalbank, ist Vizepräsident von BlackRock, wo er das BlackRock Investment Institute leitet. Jean Boivin, der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Bank of Canada, ist der globale Forschungsleiter des Investmentinstituts von BlackRock.

Man sieht hierbei deutlich die Verstrickungen zwischen BlackRock und den höchsten Rängen aus Politik und Wirtschaft und den immensen [globalen Einfluss](#), den Finks Investmenthaus sich damit geschaffen hat.

Das Unternehmen wurde so mächtig, dass Professor William Birdthistle es den „vierten Zweig der Regierung“ nannte.

„Knüppeldick“ involviert in Biden Administration

Als Joe Biden 2019 überlegte, gegen Donald Trump für das Präsidentenamt zu kandidieren, traf sich der ehemalige Vizepräsident Obamas mit Fink, um BlackRock um Unterstützung zu bitten.

Berichten zufolge sagte der [CEO Fink zu Biden](#), „Ich bin hier, um zu helfen.“

Biden, der BlackRock scheinbar schnell für seine Hilfe entschädigte, ernannte Brian Deese kurz nach seinem Amtsantritt zum Direktor des National Economic Council. Davor war eben dieser Deese von 2017 bis 2020 Head of Sustainable Investing bei BlackRock. Er hatte auch mehrere Schlüsselpositionen in der Obama-Administration inne, darunter Senior Advisor des Präsidenten.

Ein weiterer ehemaliger BlackRock-Mitarbeiter in der derzeitigen Biden-Administration ist der stellvertretende [Finanzminister Adewale Adeyemo](#), der von 2017 bis 2019 als leitender Berater von Fink fungierte. Der in Nigeria geborene Politiker hat auch enge Beziehungen zum ehemaligen Präsidenten Barack Obama. 2019 wurde er zum ersten Präsidenten der Obama Foundation gewählt.

Darüber hinaus ist der ehemalige Global Chief Investment Strategist bei [BlackRock, Michael Pyle](#), nunmehr der leitende Wirtschaftsberater von Vizepräsidentin

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kamala Harris. Pyle diente auch als hochrangiger Berater des Unterstaatssekretärs des Finanzministeriums für internationale Angelegenheiten in der Obama-Regierung.

Somit kann durchaus behauptet werden, dass die Wirtschaftspolitik der Biden-Administration im Wesentlichen von BlackRock bestimmt wird.

BlackRock – Covid und der Great Reset

Unter anderem [argumentiert corbett report](#), dass es bei der COVID-19-„Pandemie“ nicht vorrangig um einen Virus ging, sondern vielmehr um eine Gelegenheit für die globalen Eliten, insbesondere BlackRock, die Weltwirtschaft und das Finanzsystem neu gestalten zu können.

Am 22. August 2019 schloss sich Fink offiziell dem globalistischen World Economic Forum (WEF) von Klaus Schwab an, indem er [Mitglied des WEF-Kuratoriums](#) wurde. Am selben Tag hob man ein Treffen von Zentralbankern, Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern zur Erörterung der Wirtschaftspolitik aus der Taufe, das jährliche [Jackson Hole Economic Symposium](#), womit BlackRock seine Finanzrevolution einleitete.

Eine Woche vor dieser Veranstaltung veröffentlichte [BlackRock ein Papier](#), das die Parameter der Diskussion auf dem Symposium in Jackson Hole, Wyoming, festgelegt hatte.

„Nach Jahren der quantitativen Lockerung (QE) und ZIRP (Nullzinspolitik) und sogar der einst undenkbaren NIRP (Negativzinspolitik) ging den Bankstern der Handlungsspielraum aus“, erklärte dazu [corbett report](#).

Nun brauchten also die Finanzeliten etwas Neues und BlackRock hatte wenig verwunderlich, die Antwort, „Going direct“.

Um dieses Konzept zu verstehen, muss man zunächst wissen, dass das Geldsystem in zwei Kreisläufe aufgeteilt ist. Den Einzelhandelskreislauf und den Großhandelskreislauf. Im Einzelhandel wird „Bankgeld“ ausgegeben, d.h. das Geld, das normale Menschen und Unternehmen für Transaktionen in der Wirtschaft ausgeben. Dann gibt es „Reservegeld“ (Wholesale Circuit), das sind die Einlagen, die Banken bei Zentralbanken wie der Federal Reserve (Fed) oder der Europäischen Zentralbank (EZB) halten.

BlackRocks Vorschlag, direkt zu gehen, bedeutete, das geteilte Geldsystem zu umgehen und Zentralbanken Geld direkt in verschiedene private und öffentliche Einrichtungen pumpen zu lassen.

„Eine beispiellose Reaktion ist erforderlich, wenn die Geldpolitik erschöpft ist und die Fiskalpolitik allein nicht ausreicht“, heißt es in BlackRocks Papier vom August 2019. „Diese Reaktion wird wahrscheinlich beinhalten, direkt zu gehen. Direkt zu gehen bedeutet, dass die Zentralbank Wege findet, Zentralbankgeld direkt in die Hände der öffentlichen und privaten Ausgaben zu bringen.“

Im September 2019, also Monate vor Beginn der sogenannten „Pandemie“, begann das Geld der Federal Reserve direkt in den [Geldkreislauf der Privatkunden](#) gepumpt zu werden.

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Als die Bundesrettungspakete mit den ersten Lockdowns im März 2020 begannen, war das „Going Direct“-System bereits eingeführt und die Fed konnte direkt Geld in private und öffentliche Organisationen leiten.

„Was uns gesagt wurde, eine Pandemie war auf finanzieller Ebene tatsächlich nur eine Entschuldigung für ein absolut beispielloses Pumpen von Billionen von Dollar von der Fed direkt in die Wirtschaft“, schrieb dazu [abermals corbett report](#).

Im März 2020 schließlich wandte sich die Fed, ähnlich wie in der Finanzkrise 2007–2008, an BlackRock, um [seine Rettungsprogramme zu verwalten](#).

Dies ermöglichte es BlackRock, Zugang zu Geldern der Regierung, d. h. Steuerzahlern, zu erhalten und es an Unternehmen zu verteilen, in die BlackRock investiert hatte, und es ermöglichte BlackRock, einen seiner wichtigsten Vermögenswerte zu retten, iShares, die Sammlung börsengehandelter Fonds (ETFs). Ab Januar 2023 also verwaltete das Unternehmen [Vermögenswerte im Wert von 2,23 Billionen US-Dollar](#).

Fed am Gängelband von BlackRock

Das bedeutet, dass BlackRock von der Fed erlaubt wurde, Steuergelder zu verwenden, um seine eigenen Vermögenswerte zu retten.

Neben der Fed konsultierten auch die Bank of Canada und die schwedische Zentralbank BlackRock, um ihr Programm zum Kauf von Unternehmensanleihen zu unterstützen.

Mit seinem „Going Direct“-Staatsstreich im Jahr 2020 „hatte BlackRock den Planeten wirklich erobert“, schrieb dazu *corbett report* treffend.

„Sie diktierte jetzt Zentralbankinterventionen und handelte dann in jeder erdenklichen Rolle und unter direkter Verletzung der Regeln zu Interessenkonflikten, als Berater und Berater, als Manager, als Käufer, als Verkäufer und als Investor sowohl bei der Fed als auch bei Banken, Unternehmen, Pensionsfonds und anderen Unternehmen, die gerettet wurden.“

BlackRocks bestes IT System weltweit

Ein erheblicher Teil des Werts aller Aktien und Anleihen der Welt wird über das „zentrale Verarbeitungssystem für die Anlageverwaltung“ von BlackRock verwaltet.

Dieses Aladdin genannte System (Abkürzung für „Asset, Liability, Debt and Derivative Investment Network“) wird nicht nur von BlackRock selbst genutzt.

BlackRock Solutions, eine der Tochtergesellschaften von BlackRock, lizenziert Aladdin an über 150 Institutionen, darunter den zweitgrößten Vermögensverwalter der Welt, Vanguard, und einen weiteren Giganten der Branche, State Street Global Advisors.

Das System wird auch von vielen der größten Versicherungsunternehmen der Welt und Big-Tech-Unternehmen wie Alphabet (Google), Apple und Microsoft sowie von mehreren Pensionskassen verwendet.

Tagtäglich führt Aladdin sogenannte „Monte-Carlo-Simulationen“, Computeralgorithmen zur Modellierung der Wahrscheinlichkeit möglicher Ergebnisse in Systemen, die Zufallsvariablen enthalten, für alle von ihm verwalteten Finanzinstrumente durch.

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Jahr 2017 verwaltete Aladdin Vermögenswerte im Wert von 20 Billionen US-Dollar, berichtete die Financial Times. BlackRock hat diese Zahl seitdem nicht mehr gemeldet, und sie ist heute wahrscheinlich deutlich höher.

Früher diente das IT-System nur der Risikokalkulation, während die Entscheidungen noch von Menschen getroffen wurden. Im Jahr 2017 „warf Fink sein Los mit den Maschinen ein“, als BlackRock begann, ein automatisiertes Computersystem namens „Monarch“ zu verwenden, das den Entscheidungsprozess für viele seiner Vermögenswerte übernahm.

Kurz gesagt, das Aladdin-System von BlackRock verwaltet Vermögenswerte im Wert von weit über 20 Billionen US-Dollar, was bedeutet, dass ein beträchtlicher Teil des Weltvermögens von den Berechnungen eines einzigen Computersystems abhängt ist. Darüber hinaus werden Entscheidungen zum Kauf und Verkauf von Aktien zunehmend von Algorithmen und KI statt von Menschen getroffen.

Fehler in diesen Algorithmen, ob absichtlich oder nicht, könnten daher zu einem Desaster für die Weltwirtschaft führen.

Die brennende Frage, die bleibt, ist, was BlackRock mit all der immensen Macht und dem erworbenen Einfluss vorhat.

BlackRock und die Kontrolle der Welt

„Das Verhalten muss sich ändern, und das ist eine Sache, die wir von den Unternehmen verlangen. Man muss Verhaltensweisen erzwingen, und wir bei BlackRock erzwingen Verhaltensweisen.“

Dieses Zitat von [Larry Fink aus dem Jahr 2017](#) fasst zusammen, was BlackRock mit seiner Macht und seinem Einfluss vor hat und bereits macht, Verhaltensweisen erzwingen und die Gesellschaft nach deren Bild zu formen.

Finks jährlicher „Brief an CEOs“, obwohl es offiziell keine Richtlinie ist, wurde als „Aufruf zum Handeln“ beschrieben, der das Unternehmensverhalten vieler der größten Unternehmen der Welt beeinflusst und somit verändert. Dies wurde sogar durch ein Peer-Review-Papier bestätigt, das zu dem Schluss kam, „unsere Beweise deuten darauf hin, dass Portfoliounternehmen auf die Bemühungen von BlackRock zur öffentlichen Einbindung reagieren“.

Fink hat seinen Einfluss auf die Unternehmenswelt genutzt, um die „zeitgeistige“ Umwelt-, Sozial- und Governance-Agenda (ESG) voranzutreiben. ESG ist im Wesentlichen eine Art soziales Kreditsystem für Unternehmen, um sicherzustellen, dass sie sich an die Linie der destruktiven „Netto-Null“-CO2-Emissionspolitik und verschiedener anderer Punkte der globalistischen Agenda strikt halten.

In seinem [Brief an die CEOs von 2022](#) schrieb Fink Folgendes, „nachhaltige Investitionen haben inzwischen 4 Billionen US-Dollar erreicht. Auch die Maßnahmen und Ambitionen zur Dekarbonisierung haben zugenommen. Dies ist erst der Anfang, die tektonische Verschiebung hin zu nachhaltigem Investieren beschleunigt sich noch immer. Unabhängig davon, ob es sich um Kapital handelt, das in neue Unternehmen mit Schwerpunkt auf Energieinnovationen gesteckt wird, oder um Kapitaltransfer von traditionellen Indizes in individuellere Portfolios und Produkte, wir werden mehr Geld in Bewegung sehen.“

Seite E 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Jedes Unternehmen und jede Branche wird durch den Übergang zu einer Netto-Null-Welt verändert. Die Frage ist, wirst du führen oder wirst du geführt werden?“

„Grün-Agenda“ hat Priorität

Er machte damit deutlich, dass BlackRock verlangt, dass Unternehmen die [„Netto-Null“-ESG-Agenda zu befolgen haben.](#)

Ein niedriges ESG-„Social Credit“-Rating wird Unternehmen daran hindern, erfolgreich zu arbeiten, wie der Journalist Iain Davis erklärt, „dies wird mit Hilfe von Stakeholder Capitalism Metrics erreicht. Die Vermögenswerte werden anhand von Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks (ESG) für eine nachhaltige Geschäftsleistung bewertet. Jedes Unternehmen, das eine Marktfinanzierung benötigt, etwa durch die Ausgabe von Klimaanleihen oder grünen Anleihen für europäische Unternehmungen, benötigt diese Anleihen, um ein gesundes ESG-Rating zu haben“.

„Ein niedriges ESG-Rating schreckt Investoren ab und verhindert, dass ein Projekt oder Unternehmen in Gang kommt. Ein hohes ESG-Rating wird Investoren veranlassen, ihr Geld in Projekte zu investieren, die durch internationale Vereinbarungen abgesichert sind“.

BlackRock ist jedoch nicht der Einzige, der die Netto-Null-Agenda vorantreibt. Derzeit gibt es 301 Unterzeichner der „The Net Zero Asset Managers Initiative“, die zusammen 59 Billionen US-Dollar verwalten.

Natürlich fördert BlackRock auch Central Bank Digital Currency (CBDC), da die vollständige Digitalisierung des Zahlungsverkehrs die totale Kontrolle über alle Geldwechsel ermöglichen und es somit noch einfacher machen würde, die ESG-Agenda durchzusetzen.

Es versteht sich fast von selbst, dass BlackRock auch die LGBT-Agenda vorantreibt, indem es den sogenannten Corporate Equality Index fördert, der das Engagement von Unternehmen für „LGBTQ-inklusive Richtlinien und Praktiken“ bewertet. Der Index wird von der Human Rights Campaign veröffentlicht, einer Organisation, die von der Open Society Foundation von George Soros finanziert wird. Somit schließt sich auch hier abermals der Kreis.

Die Zukunft der Welt rückt laut BlackRock nun vollständig in den Blick. Es ist eine Welt, in der unerklärliche Computer-Lernalgorithmen automatisch Investitionen der größten Institutionen der Welt in die Kassen derjenigen lenken, die mit den Forderungen von Fink und seinen Weggefährten mitspielen.

Es ist eine Welt, in der Transaktionen zunehmend digital sein werden, wobei jede Transaktion zum finanziellen Vorteil der algorithmischen Oberherren von BlackRock datengesteuert wird. Und es ist eine Welt, in der Unternehmen, die sich weigern, sich der Agenda anzuschließen, von ESG in Vergessenheit geraten und Einzelpersonen, die Widerstand leisten, ihre CBDC-Geldbörsen gesperrt werden.

Ein Silberstreif am Horizont könnte sich jedoch abzeichnen, in republikanischen Kreisen unter einigen Gouverneuren regt sich dieser bereits und Staatsgelder werden dort bereits von BlackRock abgezogen.

Auf der letzten Conservative Political Action Conference (CPAC) fand auch eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die neue Achse des Bösen, Soros, Schwab und Fink“

Seite E 63 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

statt, die sich auf die Fähigkeit wohlhabender Eliten, einschließlich BlackRock, konzentrierte, eine Politik der extremen Linken zu erzwingen auf die Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) - Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 28.06.2023

Afghanistan – Afghanistan hat einen **neuen Feiertag** eingeführt, um das Datum zu markieren, an dem der letzte US-Soldat das Land verlassen hat. Laut der Website der Taliban-Regierung (alemarahenglish.af/) wird der Abzug ausländischer Truppen jedes Jahr am 31. August gefeiert. RTA.af

Bangladesch – Bangladesch das jüngste Land, das Interesse an einem **Beitritt zur BRICS-**Wirtschaftsgruppe bekundet hat. Berichten zufolge hat Dhaka einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Es wird erwartet, dass das Thema auf dem BRICS-Gipfel diskutiert wird, der im August in Südafrika stattfinden soll. BBC.uk

Chile – Wissenschaftler haben erstmals in Chile die Überreste einer **Dinosaurierart mit Entenschnabel entdeckt**. Beim Gonkoken nanoi handle es sich um „schlank aussehende Dinosaurier, die sowohl auf zwei als auch auf vier Beinen stehen konnten, um so die Vegetation in der Höhe und auf dem Boden zu erreichen“, sagte Alexander Vargas, Direktor des paläontologischen Netzwerks der Universität Chile und Mitautor der gestern in der Zeitschrift „Science Advances“ veröffentlichten Studie. Der Dinosaurier konnte demnach vier Meter lang und eine Tonne schwer werden und lebte vor 72 Millionen Jahren im äußersten Süden der heutigen chilenischen Region Patagonien. Die Entdeckung zeige,

dass auch im chilenischen Patagonien vor sehr langer Zeit Hadrosaurierarten – Dinosaurierarten mit Entenschnabel – lebten. Bisher war die Verbreitung von Hadrosauriern während der Kreidezeit in Nordamerika, Asien und Europa bekannt. Dass sie offenbar auch auf der Südhalbkugel vorkamen, überraschte die Wissenschaft. Man will nun herausfinden, „wie ihre Vorfahren dorthin gelangt sind“, sagte Vargas. ORF.at

China – Keine Arbeit für Millionen. **Jugendarbeitslosigkeit in China** erreicht einen Höchststand. Junge Chinesen sind gut ausgebildet. Trotzdem findet jeder fünfte keine Anstellung.

- Blinken in Peking: Ziel nicht erreicht. China will keinen direkten Kommunikationskanal für Krisenmomente. Für die USA ist das eine Niederlage. SRF.ch

BR Deutschland – Deutschland könne es sich nicht mehr leisten, noch mehr Geld in den EU-Haushalt einzuzahlen, sagte Finanzminister Christian Lindner am Freitag der Zeitung „Die Welt“. Obwohl Deutschland der größte Beitragszahler der Union ist, sei es gezwungen, Kürzungen vorzunehmen, da die **Wirtschaft schrumpfte**. „Angesichts der notwendigen Kürzungen unseres Staatshaushalts können wir derzeit keine zusätzlichen Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union leisten“, sagte Lindner vor Journalisten in Brüssel und fügte hinzu, dass auch andere Mitgliedsstaaten zu der gleichen Erkenntnis gekommen seien. Lindner erklärte, dass die EU ihr langfristiges Budget bis 2027 ausgeschöpft habe, was vor allem auf die großzügigen Hilfspakete der Union für die Ukraine zurückzuführen sei. Den neuesten Zahlen aus Brüssel zufolge hat die EU Kiew seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine im vergangenen Februar 72 Milliarden Euro an wirtschaftlicher, militärischer und humanitärer Hilfe geleistet. Obwohl dieser beispiellose Abfluss ihre Kassen erschöpft, bereitet die Europäische Kommission Berichten zufolge ein zusätzliches Finanzhilfepaket in Höhe von 72 Milliarden Euro vor, um die ukrainische Wirtschaft bis 2027 am Laufen zu halten. Laut Lindner wird die Kommission nächste Woche einen Bericht veröffentlichen, in dem sie die Mitgliedstaaten um mehr Geld bittet um die Rechnung zu decken. Deutschland ist der größte Nettozahler der EU und spendete im Jahr 2021 21,4 Milliarden Euro in den EU-Haushalt. Sein Nachbar, Polen, ist mit 12,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 der größte Profiteur im Haushalt. DLF.de

- In der Nähe des Flughafens BER in Schönefeld (Dahme-Spreewald) haben Demonstranten ein Grundstück besetzt, um gegen ein dort geplantes Abschiebegewahrsam zu protestieren.

- Die Bahn will wieder eine Direktverbindung **von Berlin zur Ostseeinsel Usedom** einrichten. Die baubedingt unterbrochene Regionalbahnstrecke 66 von Berlin nach Swinemünde auf der polnischen Seite der Insel soll ab Ende 2026 wieder verkehren, allerdings nur an den Wochenenden.

- Aus Sicht des Industrieverbandes BDI ist der **Standort Deutschland zunehmend in Gefahr**. Die Wirtschaft werde in diesem Jahr stagnieren, warnte BDI-Präsident Russwurm. Außerdem beschäftigten sich immer mehr Firmen damit, Teile ihrer Wertschöpfung aus Deutschland abzuziehen. Sie seien mit den aktuellen Strom- und Energiepreisen im globalen Wettbewerb überfordert.

- Ein Boot der Umweltverwaltung hat **2,5 Kubikmeter toten Fisch** aus Berliner Gewässern geholt. Betroffen sind der Neuköllner Schifffahrtskanal, der Teltowkanal und der Landwehrkanal. Morgen ist ein weiterer Einsatz geplant. In Berlin sterben immer wieder Fische in größerem Umfang, nach starkem Regen wie am Wochenende. Dann wird ungeklärtes Abwasser in die Gewässer geschwemmt, Blüten und Blätter kommen dazu. Für den Abbau des Pflanzenmaterials und der Fäkalien benötigen die Wasserbakterien viel Sauerstoff, der den Fischen dann fehlt RBB.de

- In Berlin wurde ein Tunnel aus der Zeit der Berliner Mauer entdeckt. Der Tunnel – mit 50 mal 70 Zentimetern gerade groß genug zum Durchkriechen – liegt unter einer Straße dort,

wo früher die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin verlief. Der **Tunnel an der Bernauer Straße** wurde am 1. Juni bei Arbeiten entdeckt. Lokale Medien berichten, es sei bekannt gewesen, dass sich auf der Baustelle ein Tunnel befände, wo genau, war aber unklar. NOS.nl

Finnland – eine **neue Regierungskoalition** nach der Parlamentswahl im April. Die konservative Nationale Sammlungspartei will zusammen mit der rechtspopulistischen Partei «Die Finnen» regieren. SRF.ch

Frankreich – Ein **Erdbeben der Stärke 5,8** erschütterte am Freitagabend Westfrankreich. Das Epizentrum lag 28 km südwestlich der Stadt Niort. Niort [njɔʁ] ist eine Gemeinde im Département Deux-Sèvres im Westen Frankreichs. Die Einwohnerzahl von Niort beträgt 59'000. Die Stadt liegt am Fluss Sèvre Niortaise und ist ein Zentrum des Angelika-Anbaus. RFI.fr

Französisch-Polynesien – Ein US-Amerikaner wurde im Pazifik, 950 Kilometer östlich der Marquesas-Inseln, gerettet. Zuvor hatten die Behörden zwei Wochen lang erfolglos nach ihm gesucht. Das teilt das Hochkommissariat der Republik in Französisch-Polynesien mit. Aaron Carotta wollte von Südamerika aus mit seinem Ruderboot «Smiles» allein die Welt umrunden. Nachdem er am 31. Mai einen ersten Notruf abgesetzt hatte, erlitt sein Boot einen elektrischen Schaden; seine Signale konnten fortan nicht mehr empfangen werden. Die Suche musste am 12. Juni eingestellt werden. Am Donnerstag wurde der Notrufsender des Bootes jedoch erneut empfangen. Die «Smiles» war zuvor von einer Welle umgeworfen worden, wodurch der Notruf ausgelöst wurde. Carotta schaffte es jedoch wieder in sein Rettungsboot. Die Verantwortlichen in Französisch-Polynesien nutzten daraufhin die Anwesenheit eines US-Militärflugzeugs, das sich in der Region befand. Am selben Tag entdeckte die Crew Carotta in seinem Beiboot in einem Gebiet ohne Inseln und mit wenig Schiffsverkehr. Ein **Öltanker fand den Schiffbrüchigen** achtzehn Stunden später wohlbehalten. SRF.ch

Griechenland – Ein russisches Kriegsschiff hat Dutzende **Menschen von einem Schiff gerettet**, das in griechischen Hoheitsgewässern ein Notsignal gesendet hatte, wie das russische Verteidigungsministerium berichtete. Der Vorfall ereignete sich über Nacht und betraf die Fregatte Admiral Gorschkov, heißt es in der Erklärung. Es eskortierte den Massengutfrachter Pischma im Mittelmeer in Richtung des syrischen Hafens Tartus, als es eine Umleitung machte, um einer Yacht, Avalon, zu helfen, die den Antrieb verloren hatte. Insgesamt seien 68 Menschen gerettet und auf das russische Frachtschiff überführt worden, heißt es in dem Bericht. Anschließend fuhr der russische Konvoi zur griechischen Insel Kalymnos, um die Geretteten der griechischen Küstenwache zu übergeben. Das Ministerium sagte, die Yacht fuhr unter der **Flagge Deutschlands und Griechenlands**. VESTI.ru

Großbritannien – Der britische Ex-Premierminister **Boris Johnson wird Kolumnist** der Boulevardzeitung „Daily Mail“ und bricht mit dem Schritt einmal mehr die Regeln für ehemalige Regierungsmitglieder. Er werde „völlig unzensuriertes Zeug“ schreiben, sagte der konservative Politiker in einem Clip, den das Boulevardblatt heute veröffentlichte. Es wird erwartet, dass der 58-Jährige den amtierenden Premierminister Rishi Sunak scharf angehen wird. ORF.at

- Brexit-Befürworter bewarben den Austritt aus der EU als neue Chance, die britische Wirtschaft von den vielen Regulierungsfesseln aus Brüssel zu befreien. Gegenwärtig gehen noch rund 30 Prozent der britischen Dienstleistungen in die EU – Tendenz fallend. «Es geht nun darum, wettbewerbsfähiger zu werden und die Wirtschaftsbeziehungen zu verschiedenen Ländern innerhalb oder außerhalb der EU zu vertiefen», sagt Ökonomin Fry:

auch zur Schweiz. So könnten die Dienstleistungen als Wachstumsmotor der britischen Wirtschaft noch zulegen. Die Brexit-Gegner hatten gewarnt, dass der EU-Austritt der britischen Wirtschaft nachhaltig schaden würde. Immerhin: Das von ihnen vorausgesagte Lichterlöschen im Londoner Finanzbezirk ist ausgeblieben. Die Dienstleister haben sich einfacher mit Brexit arrangieren können als viele Gewerbe- oder Industriebetriebe. SRF.

• Das Londoner Auktionshaus Christie's versteigert am 6. Juli einen **Brief von Wolfgang Amadeus Mozart**. In dem Brief aus dem Sommer 1782 erklärt der damals 26-Jährige seiner engen Freundin Baronin von Waldstätten, warum er Constanze Weber binnen zwei Tagen heiraten müsse. Mozart führt auf zwei Seiten aus, seine künftige Frau vor einem Skandal bewahren zu müssen. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Briefes war bekannt, dass Constanze mit Mozart unter einem Dach lebte, was ihre Mutter Cäcilia Weber dazu veranlasste, die Polizei einzuschalten, um ihre Tochter aus Mozarts Haus zu holen und so ihren Ruf zu retten. Das Auktionshaus rechnet für das Autograf mit einem Erlös von bis zu 570'000 Euro. ORF.at

Irak – Über die Hälfte der Menschen im Irak sind unter 25. Eine Generation, die außer Konflikten nicht viel kennt. SRF.ch

Iran – Die Wüste Dascht-e Lut (دشت لوت, nackte Wüste) ist der heißeste Ort der Erde. Eine Bodenmessung im Sommer 2005 per Satellit ergab 70,7 °C. Eine wissenschaftliche Expedition konnte sogar eine Temperatur von 78,2 °C messen. Mit 166'000 km² ist Lut die größte Wüste im Iran. Im südlich der Lut gelegenen Gebirge leben im Sommer Nomaden; im Winter ziehen sie weiter in Richtung zum Golf. 2016 wurde die Wüste Lut von der UNESCO als erste Stätte im Iran in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. VOIRI.ir

Irland – Irland erwägt **Tötung Zehntausender Milchkühe** zum Wohle des Klimas, wegen des Methangas-Ausstoßes. SRF.ch

Israel – Israel steht laut Medienberichten kurz davor, Hunderte alte und seit Jahren ausrangierte **Panzer zu verkaufen**. Laut dem Onlineportal der Tageszeitung „Jediot Achronot אחרונות ידיעות“ Letzte Nachrichten“ sollen die Panzer an zwei namentlich nicht genannte Länder geliefert werden – eines davon in Europa. Ob diese Panzer letztlich für die Ukraine bestimmt sein könnten, bleibt in dem Artikel unklar. ORF.at

Italien – Die Staatsverschuldung ist weiter gestiegen und stieg im April gegenüber dem Vormonat um 22 Milliarden Euro auf ein Rekordhoch von **2,81 Billionen Euro**, wie aus den neuesten Daten der Zentralbank hervorgeht.

Japan – Japan rüstet auf – aber die Verteidigungsbereitschaft ist gering. Weil sich Japan von seinen Nachbarn bedroht fühlt, sieht die Verteidigungsstrategie eine **Verdoppelung des Wehretats** vor. Schlechtes Image von Soldaten. SRF.ch

Österreich – Drei Verdächtige im Alter von 14, 17 und 20 Jahren seien vor Beginn der 27. Regenbogenparade in Wien, die rund 300'000 Menschen besuchten, festgenommen worden, sagte Omar Hajjawi-Pirchner, Direktor der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), bei einer Pressekonferenz am Sonntag. Die drei jungen Männer, österreichische Staatsbürger bosnischer bzw. tschetschenischer Herkunft, hätten einen Anschlag durchzuführen geplant. ORF.at

Polen – Polen habe im Ukraine-Konflikt eigene Ambitionen und wolle Teile des Landesgebiets für sich beanspruchen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Diskussion im Plenum des St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums am Freitag. Die Kommentare des Präsidenten erfolgen, nachdem mehrere russische Experten

angedeutet hatten, dass **Warschau heimlich plane, Teile der Westukraine zu annektieren**, vor allem die sogenannten „östlichen Grenzgebiete“, die zwischen den beiden Weltkriegen von Polen kontrolliert wurden und vier Regionen der modernen Ukraine umfassen: Lemberg, Wolhynien, Iwano-Frankiwsk und Ternopil. IZ.ru

Rumänien – Der bürgerliche Regierungschef tritt zurück, um einem Post-Kommunisten Platz zu machen. Diese Rochade symbolisiert den politischen Stillstand. «Es ist Zeit, aus Rumänien ein normales Land zu machen», sagte Präsident Klaus Iohannis (64) vor den letzten Wahlen zu seinen Landsleuten. Dazu gehöre, dass die korrupten Post-Kommunisten Geschichte würden. Und tatsächlich konnten Iohannis' Bürgerliche mit einer neuen, unverbrauchten Reformpartei eine Regierung bilden. Viele in Rumänien glaubten damals, endlich würde das Land bessere Spitäler, bessere Schulen und eine weniger korrupte Bürokratie bekommen. Doch die Hoffnung verpuffte rasch. Nach weniger als einem Jahr kippten die Bürgerlichen die Reformer aus der Regierung. Stattdessen arrangierten sie sich – entgegen allen Wahlversprechen – ausgerechnet mit den Post-Kommunisten, die Präsident Iohannis im Wahlkampf noch als «toxische Partei» beschimpft hatte. Rumänien brauche Stabilität, argumentierte der Präsident. Vor allem aber brauchte seine Partei die einstigen Gegner, um an der Macht und nahe bei den Geldtöpfen zu bleiben. Wie sehr es beim Arrangement zwischen den beiden traditionellen rumänischen Parteien um Posten und Pöstchen geht und wie wenig um das Wohl des Landes, illustriert die eigentümliche Rochade, die Rumänien diese Woche erlebt. Wie schon vor fast eineinhalb Jahren angekündigt, tritt Nicolae Ciuca, der bürgerliche Regierungschef, mitten in der Legislatur ab und macht **Platz für Marcel Ciolacu, den Parteichef der Post-Kommunisten**. Auch ein paar Minister tauschen ihre Ämter. Für die Bürger gibt es ein ebenso blumiges wie unrealistisches Versprechen von einem Wirtschaftswunder in den nächsten paar Monaten. Wer in Rumäniens Städten Passanten fragt, was sie von der Rochade in der Regierung halten, hört vor allem Frust. Frust darüber, dass sich Politiker vor allem um ihre Macht und ihre Pfründen kümmern, statt die dringend nötigen Reformen anzugehen. Präsident Klaus Iohannis, der die Post-Kommunisten in der Geschichte verschwinden lassen wollte und sie stattdessen zurück an die Macht gebracht hat, lobt die Rochade: Sie zeige, wie stabil diese Koalition sei. Man könnte auch sagen: Die Rochade in der Regierung wirft ein Schlaglicht auf den politischen Stillstand in Rumänien. SRF.ch

Russland – Die Beschlagnahmung des russischen Staatsvermögens und der Reserven – und der seiner Bürger – durch den Westen sei ein Verstoß gegen alle Rechtsnormen, sagte Präsident Wladimir Putin am Freitag in seiner Rede vor dem St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF). **Westliche Regierungen haben rund 300 Milliarden US-Dollar an russischen Zentralbankguthaben eingefroren** und prüfen nun Möglichkeiten, das eingefrorene russische Geld an die Ukraine zu übergeben. Darüber hinaus wurden Vermögenswerte russischer Bürger und Unternehmen im Wert von über 80 Milliarden US-Dollar beschlagnahmt. Nach Schätzungen der Bank of Russia befinden sich über 20 % dieser Fonds im Besitz von Privatanlegern.

- Moskau und Kiew einigten sich bei Friedensverhandlungen im März 2022 auf Sicherheitsgarantien und die allgemeinen **Bedingungen der ukrainischen Neutralität**, doch Kiew verwarf dann plötzlich die Dokumente, die seine Delegation bereits unterzeichnet hatte, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Samstag. Bei einem Treffen mit einer Gruppe afrikanischer Führer in St. Petersburg zeigte Putin erstmals die Dokumentenentwürfe, die vor mehr als einem Jahr von den russischen und ukrainischen Abgesandten in der Türkei diskutiert wurden. Laut Putin sei von der ukrainischen Delegation ein Dokument mit dem Titel „Vertrag über ständige Neutralitäts- und Sicherheitsgarantien für die Ukraine“ unterzeichnet worden. Putin nannte die **Entmilitarisierung der Ukraine** als eines der Ziele der Militäroperation, als diese im Februar 2022 begann. VESTI.ru

- Neben anderen hochrangigen Gästen nahm auch die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl am Internationalen **Wirtschaftsforum in St. Petersburg** (SPIEF) teil, bei dem die Frage im Mittelpunkt stand, wie die Position und der Zugang Russlands zum Ausland gehandhabt werden können. Dem veröffentlichten Programm zufolge war auch der ungarische Außenminister Péter Szijjártó unter den Teilnehmern der Versammlung. Das Forum, von dem die westlichen Medien zum ersten Mal in der Geschichte vollständig ausgeschlossen wurden, begann am Mittwoch. Szijjártó hatte einen Auftritt angekündigt, bei dem er mit Gazprom-Topmanager Aleksandr Djukow Energiefragen besprach. Außerdem waren der Vorstandsvorsitzende des russischen Gaskonzerns Novatek Leonid Mikhelson, der russische Vizepremierminister Alexandr Nowak, der venezolanische Ölminister Pedro Tellechea und Kneissl anwesend. KR.hu

Schweiz – Ab 1. August 2023 gibt es neben der Klebevignette auch eine E-Vignette, eine **elektronische Vignette**. Die E-Vignette ist – anders als die Klebvariante – nicht ans Fahrzeug, sondern an das Kontrollschild gebunden. Die elektronische Vignette kann zeit- und ortsunabhängig über ein Portal des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit BAZG erworben werden. Der Preis und die Gültigkeitsdauer bleiben gleich.

- Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Netto-Null bis 2050: Das war nicht bloß ein Entscheid der Städte. Mehrere ländliche Kantone sagen Ja zum Klimaschutz-Gesetz. Ein wichtiges Zeichen. Doch was, wenn nun Verbote folgen?
- Feuerwehr im Dauereinsatz. Trockenheit: zehn **Brände im Kanton Aargau**. Laut der Polizei war jeweils Fehlverhalten in Verbindung mit der aktuellen Trockenheit die Ursache.
- Die OECD-Mindeststeuervorlage ist mit 78.5 Prozent deutlich angenommen worden. Die SP, welche die Vorlage bekämpft hatte, zeigt sich enttäuscht. Wirtschaftsvertreter und die Bürgerlichen jubeln. Alle Kantone stimmten für die Vorlage. Grosse internationale Konzerne müssen ab Anfang 2024 in der Schweiz eine Mindeststeuer von 15 Prozent entrichten. In dieser Deutlichkeit sei das Resultat eine «klare Niederlage» für die SP.
- Seit 400 Jahren gelten **Waldrappe in der Schweiz** als ausgestorben. Jetzt brütet ein Pärchen im zürcherischen Rümlang.
- Hochbetrieb auf der Festmeile. Jodlerfest lockt 210'000 Leute nach Zug. Ein Fest der Superlative: Trotz Besucherrekord verlief das «Eidgenössische» in Zug friedlich und ohne Zwischenfälle. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 26.06.2023

EU – KI-Systeme sollen nach dem Willen des EU-Parlaments in verschiedene Risikogruppen unterteilt werden. Je mehr Risiko von einer KI-Anwendung ausgeht, desto strikter soll sie reguliert werden. Als hochriskant sollen beispielsweise Systeme gelten, die zur Beeinflussung von Wählern eingesetzt werden können. **Was verboten werden soll:** In gewissen Bereichen soll die Anwendung Künstlicher Intelligenz ganz verboten werden. So soll etwa die Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum nicht erlaubt sein. Darunter könnte etwa Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung an Bahnhöfen fallen. Auch sogenannte Sozialkreditsysteme sollen verboten werden. Solche Systeme werden in China bereits getestet und angewendet. Sie sammeln Daten über das soziale Verhalten oder die Zahlungskraft von Menschen und können die Grundlage für Strafen bilden. Auch Systeme, die Menschen nach ethnischen Merkmalen, dem Geschlecht oder der politischen Orientierung klassifizieren, sollen verboten werden. SRF.ch

Griechenland – Bilder von überfülltem Flüchtlingsboot veröffentlicht. Die Aufnahmen legen nahe, dass mehr als 500 Menschen an Bord gewesen sein könnten. Mindestens 79

Menschen starben. SRF.ch – Überfülltes Katastrophenschiff wurde stundenlang **von der griechischen Küstenwache verfolgt**. Nach Angaben der Küstenwache wurde ein Hilfsangebot abgelehnt. Eine Hilfsorganisation geht davon aus, dass die Menschen an Bord Angst vor der harten Haltung der griechischen Behörden hatten. NOS.nl

Großbritannien – Zweifache Oscarpreisträgerin **Glenda Jackson gestorben**. Ihre größten Erfolge feierte die Britin in den 1970ern mit Liebesdramen wie «Women in Love». Später ging sie erfolgreich in die Politik. Von 1992 bis 2015 war sie Abgeordnete der Labour Party im britischen Unterhaus. Nun ist die Britin friedlich in ihrem Haus im Süden Londons eingeschlafen, wie ihr Agent bekannt gab. Sie wurde 87 Jahre alt. SRF.ch

Indien – Zehntausende Menschen in Indien und Pakistan wurden aufgrund des Hurrikans evakuiert. Der Hurrikan wird voraussichtlich am Donnerstagabend Ortszeit den westlichen Bundesstaat Gujarat in Indien erreichen. NOS.nl

Kosovo – Im Kosovo nehmen Spannungen wieder zu. Kosovarische Polizisten sollen verschleppt worden sein. Kosovo hat die Grenzen für Fahrzeuge aus Serbien geschlossen. SRF.ch

Nordkorea – Russland hat im vergangenen Dezember zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren die **Exporte von raffiniertem Öl** in das von Sanktionen betroffene Nordkorea wieder aufgenommen, wie die Expertengruppe des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrats für Nordkorea am Dienstag erstmals bekannt gab. Russland exportierte Ende letzten Jahres eine kleine Menge Benzin und andere leichte Erdölprodukte sowie eine Ladung Kohle nach Nordkorea und markierte damit eine Wiederaufnahme der Energieverkäufe Moskaus in das isolierte Land. Nach Angaben des Expertengremiums des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrates für Nordkorea lieferte Moskau zwischen Dezember 2022 und April 2023 insgesamt 67'300 Barrel raffiniertes Öl. [RFA.us](https://www.rfa.us)

Russland – Russland brauche keine ausländischen Chips, um seine militärische Ausrüstung zu reparieren, da es keinen Mangel an eigener Ausrüstung habe, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturov und entgegnete einer Behauptung des Chefs der Europäischen Kommission. Manturov bezog sich auf die Aussage der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Ende letzten Jahres sagte, das russische Militär entferne Späne aus ausländischen Geschirrspülern und Kühlschränken, um seine Hardware auf dem Schlachtfeld in der Ukraine wiederherzustellen.

- Es hatte ein Journalist in einer Frage ausgeführt, dass die EU und die USA verschiedene Ansätze, genauer gesagt eigene Interessen im Hinblick auf die Lösung des Ukraine-Kriegs verfolgten. Dem widersprach Putin. Die USA und die EU seien keine Partner, sondern **Herr und Vasall**, demnach vertrete die EU auch keinen eigenen Standpunkt. Die EU-amerikanischen Beziehungen verglich er mit einem bekannten Witz: „Regel Nr. 1: Amerika hat immer recht. Regel Nr. 2: Sollte Amerika mal nicht recht haben, tritt automatisch Regel Nr. 1 in Kraft.“ Dasselbe gelte übrigens auch für Kiew beziehungsweise die vermeintlichen Interessen der Ukraine. Sollten diese Regel Nr. 2 berühren, trete auch für sie sofort Regel Nr. 1 in Kraft, weil die angeblichen ukrainischen Interessen in Wahrheit US-amerikanische seien. Was den Ukraine-Krieg an sich betreffe, so Putin, werde dieser durch die westlichen Waffenlieferungen am Leben gehalten und könnte schon morgen zu Ende sein, aber das sei nicht gewollt. VESTI.ru

- Eine Reihe ausländischer Banken haben Russland im vergangenen Jahr aufgrund westlicher Sanktionen verlassen, die auf den Beginn der Militäroperation Moskaus in der Ukraine folgten. Allerdings sind weiterhin mehrere Kreditgeber, darunter einige aus der Eurozone, im Land tätig. Dazu gehören die Raiffeisenbank und die UniCredit Bank, Tochtergesellschaften der österreichischen Raiffeisen Bank International (RBI) und der

italienischen UniCredit. Beide spielen eine entscheidende Rolle in der russischen Wirtschaft und ermöglichen Euro-Zahlungen in das und aus dem Land. Sie sind auch die einzigen ausländischen Unternehmen auf der Liste der 13 systemrelevanten Kreditinstitute der russischen Zentralbank. Raiffeisen gab im April bekannt, dass es über einen Verkauf seines Geschäfts in Russland nachdenkt, warnte jedoch davor, dass es erhebliche Verluste erleiden würde, wenn es sich dazu entschließen würde, sich aus dem Land zurückzuziehen. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Bank, Erwin Hameseder, warf „moralisch arroganten“ Kritikern der weiteren Arbeit des Unternehmens in Russland „schwarz-weißes moralisches Denken“ vor. Er betonte, dass die meisten westlichen Unternehmen trotz Sanktionen und geopolitischen Krisen weiterhin im Land tätig seien.

- Das russische **Zahlungssystem Mir** verzeichne seit letztem Jahr einen stetigen Anstieg der Nachfrage nach neuen Karten, teilte der Betreiber des Systems am Mittwoch mit. Im Jahr 2022 wurden monatlich zwischen 5,5 und 6 Millionen Mir-Karten ausgegeben. Der Trend setzte sich in diesem Jahr fort, mit rund 29 Millionen ausgegebenen Karten in den ersten fünf Monaten des Jahres 2023, sagte Vladimir Komlev, der Leiter des Nationalen Zahlungskartensystems (NSPK), Dies wurde auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg bekannt gegeben. Die Gesamtzahl der ausgegebenen Mir-Karten habe 211 Millionen erreicht, fügte er hinzu. Russland begann mit der Entwicklung eines eigenen nationalen Zahlungssystems, als die USA 2014 Sanktionen gegen das Land verhängten. Die Mir-Karten kamen im Dezember 2015 in Umlauf. IZ.ru

Schweiz – Urig-Bewegung. Corona-Maßnahmen-Kritiker gründen in Schwyz eine Privatschule. Aus Misstrauen vor dem Staat wollen sie eine eigene Schule. Nun hat es geklappt, doch die Idee ist umstritten.

- Nun hat die **Armenien-Koalition** ihren ersten sicherheitspolitischen Erfolg seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs in Aussicht. Zusammen mit der GLP haben die drei Fraktionen im Nationalrat einer Ausmusterung von 25 Leopard-2-Panzern der Schweizer Armee zugestimmt. Und zusätzlich festgehalten, dass die Panzer zwingend an den deutschen Hersteller zurückverkauft werden sollen. Darum hat die deutsche Regierung gebeten. Sie hat eine Lücke im Bestand, nachdem sie einen Teil der eigenen Panzer an die Ukraine geliefert hat. Weil Deutschland verspricht, die Panzer nicht an die Ukraine weiterzugeben, gibt es neutralitätsrechtlich keine Hindernisse. Ein Rückverkauf wäre möglich, ohne das Kriegsmaterialgesetz zu ändern.

- **Frauenstreik:** Bei der Form scheiden sich die Geister. Bürgerliche Frauen stellen sich gegen einen Streik. Doch betont wird: Bei den großen Themen arbeite man gut zusammen.

- Das Verteidigungsdepartement hat die ersten rein elektrisch betriebenen Repräsentationsfahrzeuge für den Bundesrat beschafft. Als erstes Mitglied der Landesregierung erhält Viola Amherd eine Elektrolimousine, zwei weitere gehen an Albert Rösti und Guy Parmelin. Grundsätzlich werden für die Departemente nur noch Elektrofahrzeuge angeschafft.

- Imker bereiten sich auf **Bekämpfung der Asiatischen Hornisse** vor. Mit Hightech-Jagdmethoden wollen Nordwestschweizer Imker den neuen Schädling verfolgen, wenn er bei ihren Bienenstöcken auftaucht. Sie macht Schweizer Imkern große Sorgen, obwohl sie nur gut drei Zentimeter klein ist: Die Asiatische Hornisse frisst deutlich mehr Bienen als die einheimische Hornisse. Ein einziges Volk kann in einem Jahr elf Kilogramm Bienen verspeisen. Asiatische Hornissen sind sehr effiziente Jäger, die rückwärts fliegen, schwebend über einem Bienenstock lauern und im Flug ihre Beute packen können. Sie fressen allerlei, aber ihre Nahrung kann bis zu 85 Prozent aus Honigbienen bestehen. Ein Nest in der Nähe eines Bienenstocks kann dessen Ende bedeuten. Die erste Asiatische Hornisse wurde 2017 im Jura identifiziert. Seither breitet sich diese Insektenart in der Schweiz aus. Und kaum ist es heuer warm geworden und die Bienen wieder unterwegs, wurden gemäß Imkerverband apisuisse schon Dutzende solcher Hornissen gesichtet – in den Kantonen Baselland, Jura, Neuenburg, Waadt und Genf. Die Ausbreitung dieses

Insekts wäre nicht nur eine Tragödie für betroffene Imker, sagt Fabian Trüb vom Schweizerischen Bienengesundheitsdienst. «Ein Rückgang der Bienenpopulation wirkt sich auf die Bestäubung aus und damit auch auf die Landwirtschaft.» Darum wollen Imker jetzt mit Behördenhilfe den Schädling bekämpfen, damit er sich möglichst nicht mehr ausbreitet. Im Visier haben sie dabei die Nester, die schnellstmöglich vernichtet werden sollen. Diese sind jedoch nicht so einfach zu finden, da Asiatische Hornissen hoch in Baumwipfeln hausen, oft 20 bis 40 Meter über dem Boden. Bei der Hornissenjagd hilft Elektronik, genauer gesagt ein winziger Peilsender: Zuerst muss man eine jagende Hornisse einfangen, die mit Beute zu ihrem Nest zurückfliegen will. Diese wird gekühlt, sodass sie sich nicht mehr bewegt. Dann bindet man ihr den Sender um die Taille und lässt sie wieder frei. Fliegt sie dann ins Nest, kann man dieses anpeilen. • Konjunktur-Prognose für 2023. «Die Zeichen stehen auf Abschwung». Nach zwei guten Jahren stockt nun die Wirtschaft. Damit dürfte es auch mehr Arbeitslose geben.

• Seltener Vogel brütet in der Nordwestschweiz. Vor rund 40 Jahren waren die **Steinkäuze** in der Schweiz fast ausgerottet. Nun werden sie wieder an mehr Orten heimisch. SRF.ch

Tschechien – Die bei russischen Touristen ehemals beliebten tschechischen **Urlaubsorte müssen Verluste hinnehmen**: Die tschechischen Kurorte, die auf die Liste der UNESCO aufgenommen wurden, sind auf der Suche nach neuen Kunden, nachdem ihre russische Kundschaft dramatisch zurückgegangen ist, berichtet France24. Die westtschechischen Kurstädte Karlovy Vary (Karlsbad), Mariánské Lázně (Marienbad) und Františkovy Lázně (Franzensbad) hatten bereits während der Pandemie stark gelitten – und das Jahr 2022 versetzte ihnen einen weiteren Schlag: Die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen haben die Zahl der zahlungskräftigen russischen Kunden „praktisch auf null“ reduziert. „Unsere Kurbäder haben von einem Tag auf den anderen 80 Prozent ihrer Kunden verloren“, sagt Andrea Pfeffer Ferklová, die Bürgermeisterin von Karlsbad, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 zu einem Liebling der russischen Investoren und Touristen wurde. Im Jahr 2019 verzeichneten die tschechischen Heilbäder 880'000 Besucher. In den Jahren 2020 und 2021 sank die Zahl dann auf knapp über 500'000, bevor sie im letzten Jahr wieder auf 840'000 anstieg. Die Zahl der ausländischen Gäste sank jedoch zwischen den Jahren 2019 und 2022 von fast 400'000 auf weniger als 300'000, und der Anteil der Russen sank von 61'000 auf nur wenige. ‚Der durchschnittliche tschechische Tourist gibt etwa 700 Kronen (32 US-Dollar) pro Tag aus. Russischsprachige Kunden gaben über 3'500 Kronen pro Tag aus‘, sagte Jan Herget, Direktor der staatlichen Tourismusagentur Czech Tourism. ‚Die Gesamtzahlen unterscheiden sich also nicht so sehr, aber finanziell gesehen ist es ein Einbruch‘.“ Die russischen Kunden zahlten nicht nur mehr als die einheimischen – oder die deutschen –, sie blieben in der Regel auch mehrere Wochen, erklären die Vertreter der tschechischen Ferienorte. Die Tschechen selbst bevorzugen vor allem Wochenendaufenthalte – was natürlich zu finanziellen Einbußen führt. Nun plane Czech Tourism, Kunden aus dem Nahen Osten und aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion wie Aserbaidschan oder Kasachstan zu gewinnen. RŽ.cz

Türkei – Russlands Präsident Wladimir Putin will auf Einladung seines türkischen Kollegen Recep Tayyip Erdoğan in die Türkei reisen. „Der türkische Präsident hat seine Einladung an unseren Präsidenten, die Türkei zu besuchen, bestätigt“, sagte Putins Berater Juri Uschakow heute der Nachrichtenagentur Interfax zufolge. Es gebe Pläne für diese Reise, aber noch keinen festen Termin. Das Verhältnis beider Länder zueinander war zwischenzeitlich sehr angespannt gewesen, nachdem im Syrien-Krieg 2015 ein türkischer Kampfjet einen russischen abgeschossen hatte. Mittlerweile aber haben sich die Beziehungen deutlich verbessert, **Putin und Erdoğan gelten als befreundet**. Die Türkei hat sich zudem nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als NATO-Staat nicht an den westlichen Sanktionen gegen Moskau beteiligt und sieht sich selbst als

Vermittler. Die Türkei wiederum gehört nicht zu den Unterzeichnerstaaten, die den Internationalen Strafgerichtshof anerkennen. Das Land würde den Haftbefehl gegen Putin also mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vollstrecken. SRF.ch

Ukraine. Die Ziele Moskaus bleiben unverändert. Die im Februar 2022 festgelegten Ziele seien wesentlich, und obwohl sich einige Details je nach der sich entwickelnden Situation ändern könnten, blieben sie im Wesentlichen gleich, sagte Putin. Die Entmilitarisierung der Ukraine erfolgt „schrittweise und methodisch“, wobei die Kiewer Truppen nun vollständig auf westliche Waffen, Ausrüstung und Munition angewiesen sind und nicht in der Lage sind, vor Ort selbst etwas zu produzieren. Beim Schutz der Menschen im Donbass wurden Fortschritte erzielt, obwohl die Ukraine sie weiterhin bombardiert. Sollten die Drohnenangriffe und der Einmarsch Kiews anhalten, könnte Moskau die Einrichtung einer „Pufferzone“ auf ukrainischem Territorium in Betracht ziehen, um sie außer Reichweite zu halten. „Bezüglich der Ziele, die wir uns zu Beginn der Operation gesetzt haben, haben sich heute keine grundlegenden Änderungen ergeben“, sagte Putin. Medwedew antwortete auf Telegram auf Äußerungen von Präsident Wladimir Putin, der am Dienstag angedeutet hatte, dass Moskau die Einrichtung einer „Pufferzone“ in der Ukraine in Betracht ziehen könnte, um zu verhindern, dass russische Regionen beschossen werden. „Unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Feindes, das Kiewer Regime mit Waffen mit noch größerer Reichweite zu versorgen, sollte diese Linie in der Gegend von Lemberg verlaufen ... damit sie eine echte Verteidigungsrolle spielen kann“, sagte Medwedew und bezog sich dabei auf die Großstadt in Westukraine, nicht weit von der polnischen Grenze. Moskau hat Kiew wiederholt vorgeworfen, vom Westen gelieferte Waffen für Angriffe auf zivile Ziele in Russland einzusetzen. Im vergangenen Monat stellte das Vereinigte Königreich Kiew eine nicht näher bezeichnete Anzahl von Storm Shadow-Raketen zur Verfügung, die eine Reichweite von mehr als 250 km haben. Die Waffen seien anschließend von ukrainischen Truppen gegen Zivilisten in der russischen Stadt Lugansk eingesetzt worden, behauptete Moskau. IZ.ru • Die ukrainische Armee hat die Hälfte der von Finnland bereitgestellten speziellen **Minenräumpanzer Leopard 2 verloren**, berichteten die Medien des Landes unter Berufung auf Bilder von der Konfliktfront. Der Verlust wurde von der Zeitung Helsingin Sanomat erwähnt, die sagte, ihr militärischer Faktenprüfer John Helin habe die Echtheit von Fotos der beschädigten Rüstung bestätigt, die im Internet kursierten. Das sogenannte schwere Minenbrechfahrzeug Leopard 2R soll für vorrückende Truppen Wege durch Minenfelder schaffen. Die finnische Firma Patria hatte zehn reguläre Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A4 in die Minenbrecher-Variante umgebaut. Helsinki schickte daraufhin die sechs einsatzbereiten Einheiten in die Ukraine. Das finnische Verteidigungsministerium sagte, dass die Fahrzeuge auf seinem Boden, insbesondere im Winter, schwer zu bedienen seien. OIR.fi

Ungarn – Das Museumsviertel in der westungarischen Stadt Sopron (Ödenburg), das durch die Verbindung des Storno-Hauses, des Fabricius-Hauses, des Generalhauses und des Feuerturms entstanden ist wurde eingeweiht. Das Projekt ist Teil des Modern Cities-Programms und kostete mehr als 3 Milliarden Forint (8 Millionen Euro). Nach der Begrüßung der Gäste durch den Direktor des Soproner Museums, Imre Tóth, lobte der Bürgermeister von Sopron, Ciprián Farkas, in seiner Rede das Museumsviertel. KR.hu

USA – Tatsächlich liegt die US-Inflation immer noch doppelt so hoch wie erwünscht. In den vergangenen Wochen haben aber US-Währungshüter immer wieder angedeutet, eine weitere Leitzinserhöhung möglicherweise aussetzen zu wollen. Einerseits, weil die US-Inflation relativ schnell und deutlich sinkt. Andererseits wollen sie die US-Wirtschaft, auch wegen der schockartigen US-Regionalbankenkrise in den vergangenen Monaten, entlasten. Ein «Soft Landing» statt eines Abwürgen der Konjunktur als Ziel.

- Amazon verkauft eBook teurer als gebundene Ausgabe. SRF.ch
- Forscher haben herausgefunden, dass der für die Entstehung von Leben zentrale Baustein **Phosphor im Ozean des Saturnmondes Enceladus** vorkommt. Laut einer gestern in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlichten Studie schleudern Geysire Eispartikel aus dem Inneren des Eismondes durch Risse auf der Oberfläche ins All. Der darin enthaltene Phosphor ist ein Schlüsselement für die Entstehung von Leben. „Es ist das erste Mal, dass dieses essenzielle Element in einem Ozean jenseits der Erde entdeckt wurde“, erklärte der Hauptautor der Studie, Frank Postberg. Die jahrelang von der NASA-Sonde „Cassini“ gesammelten und nun ausgewerteten Daten ließen „keinen Zweifel mehr daran, dass erhebliche Mengen dieser wichtigen Substanz im Ozean vorhanden sind“, sagte der Planetenforscher von der Freien Universität (FU) Berlin. Die Saturnsonde „Cassini“ hatte im Jahr 2004 mit der Erforschung des riesigen Gasplaneten weit draußen im Sonnensystem begonnen, bevor sie nach dem Ende ihrer Mission im Jahr 2017 in der Atmosphäre des Planeten verglühte. Die Mission zählt zu den erfolgreichsten der Raumfahrtgeschichte: Sie entdeckte neue Ringe und Monde und enthüllte viele Geheimnisse des zweitgrößten Planeten im Sonnensystem. „Mit dieser Entdeckung ist nun bekannt, dass der Ozean von Enceladus die strengste Voraussetzung für Leben erfüllt“, erklärte NASA-Forscher und Mitautor Christopher Glein. Der nächste Schritt sei nun klar: „Wir müssen zu Enceladus zurückkehren, um zu sehen, ob der bewohnbare Ozean tatsächlich bewohnt ist.“
- Der Bürgermeister von Miami, Francis Suarez, hat seine **Bewerbung für die Vorwahl** der Republikaner bekanntgegeben. Der 45-Jährige beschrieb im Gespräch mit dem Sender ABC seine Vision für einen Generationswechsel. Die Menschen wollten etwas, das sie zusammenbringe, sagte er. ORF.at.
- Trotz der nahezu vollständigen Wirtschaftsblockade Washingtons gegen Moskau kaufen amerikanische Unternehmen immer noch jedes Jahr russisches Uran im Wert von rund 1 Milliarde US-Dollar, berichtete die New York Times am Mittwoch. Versuche, diese Abhängigkeit zu verringern, sind bisher gescheitert. RFERL.cz
- Der republikanische Senator James Risch blockiert ein US-Waffengeschäft mit Ungarn im Wert von Hunderten Millionen Dollar, weil das Land nicht bereit ist, den NATO-Beitrittsantrag Schwedens zu ratifizieren, berichtete die Washington Post am Mittwoch. In einer Erklärung gegenüber der Zeitung sagte Risch, der als ranghöchstes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats fungiert, dass er den Verkauf eines 735-Millionen-Dollar-Rüstungspakets mit 24 HIMARS-Batterien weiterhin hinauszögern werde, bis Ungarn in dieser Hinsicht Fortschritte mache sowie die dazugehörige Munition und Hardware.
- Die Rückkehr von Donald Trump (76) ins Weiße Haus würde eine „friedliche Zukunft“ einläuten, sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó (44). Péter Szijjártó und Premierminister Viktor Orbán (70) glauben beide, dass Trumps Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen 2024 der **Schlüssel zur Lösung des Konflikts in der Ukraine** wäre. Trump feierte am 14.6. seinen 76. Geburtstag.
- Die Regierung von US-Präsident Joe Biden zögert, der Ukraine eine volle NATO-Mitgliedschaft anzubieten, und drängt stattdessen auf das „**Israel-Modell**“, also eine zeitlich begrenzte Verpflichtung, den Zufluss westlicher Waffen in das Land aufrechtzuerhalten, berichtete die New York Times. KR.hu

Welt. 108.4 Millionen. So viele Menschen waren per Ende 2022 auf der Flucht. Ein rekordhohes Niveau – nicht zum ersten Mal. Denn die Zahlen steigen seit Jahren, wie Daten des UNO-Flüchtlingswerks UNHCR zeigen. Und doch ist der Sprung im vergangenen Jahr außergewöhnlich. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 23.06.2023

China – China hat einen Bericht des Wall Street Journal zurückgewiesen, in dem behauptet wurde, es habe eine Vereinbarung zum Bau einer „elektronischen Abhörenanlage“ in Kuba getroffen. Die Behauptungen unter Berufung auf anonyme US-Beamte wurden auch von Havanna und sogar vom Weißen Haus selbst zurückgewiesen. Auf die Frage nach dem WSJ-Bericht – in dem behauptet wurde, Peking würde die Spionagebasis zur Überwachung von US-Militärstandorten in Florida nutzen – sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, er sei sich einer solchen Vereinbarung nicht bewusst. „Es ist bekannt, dass die USA ein Experte darin sind, Schatten zu jagen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen“, fuhr er fort und führte weiter aus, dass die Vereinigten Staaten „die Guantanamo-Bucht auf Kuba seit langem für geheime Aktivitäten illegal besetzt und eine Blockade verhängt haben“, seit über 60 Jahren.“

- China und Russland führten eine gemeinsame **Luftpatrouille über dem Japanischen Meer und dem Ostchinesischen Meer** durch. Es war die sechste Übung dieser Art seit Beginn solcher gemeinsamen Flüge im Jahr 2019 und ist ein routinemäßiger Bestandteil des militärischen Kooperationsplans beider Länder. Sowohl Japan als auch Südkorea reagierten mit der Entsendung eigener Kampfflugzeuge. China und Russland sind Länder von enormer Größe, und beide Mächte befinden sich in verschiedenen Bereichen in einer Pattsituation mit den Vereinigten Staaten und ihren Stellvertretern, sei es in der Ukraine in Europa oder in Taiwan im Südchinesischen Meer. Der geografische Raum Nordostasiens nimmt eine einzigartige Position ein, da es die einzige Region ist, in der China und Russland eine gemeinsame Grenze mit Japan haben. Während Tokio auf eine von den USA unterstützte Remilitarisierung drängt, stellt es sich zunehmend gegen Moskau und Peking. Hier arbeiten die beiden Mächte gemeinsam gegen diesen wiedererstarkten US-Kunden. CGTN.cn

BR Deutschland – Die Aminosäure **Taurin spielt eine wichtige Rolle im Alterungsprozess**. Das zeigt eine neue Studie einer internationalen Forschungsgruppe, die im Fachjournal «Science» erschienen ist. Die Gabe von Taurin verlängert das Leben von Mäusen und hält Affen länger gesund. Taurin muss nicht zusätzlich eingenommen werden, da es auch beim Sport gebildet wird. Mit zunehmendem Alter sinkt demnach die Konzentration von Taurin im Blut. Durch die Gabe von Taurin kehrten die Forscher den Verlust bei Mäusen und Würmern um und konnten die Lebensspanne verlängern. Außerdem stellten sie fest, dass die Zufuhr von Taurin bei Mäusen und Affen die gesunde Lebensspanne der Tiere vor dem Auftreten altersassoziierter Krankheiten verlängerte: Taurin verbesserte die Funktion der Knochen, Muskeln, der Bauchspeicheldrüse, des Gehirns, Darms und des Immunsystems. Um mehr über die Wirkung von Taurin beim Menschen herauszufinden, analysierten die Forscher die Daten von 11'966 Personen. Sie stellten fest, dass niedrige Taurinkonzentrationen mit Übergewicht, Typ-2-Diabetes und hohen Glukosewerten einhergehen. Und bei wenig Taurin im Körper fielen ihnen auch erhöhte Entzündungsmarker und hohe Cholesterinwerte auf. Die Autoren

schlussfolgern, dass Sport gesund ist, weil während dem Schwitzen die Taurinlevels im Körper steigen. Taurin als Anti-Aging-Substanz einnehmen ist also nicht nötig – und auch nicht sinnvoll. Denn noch fehlen Langzeitstudien, die auch die Risiken einer regelmäßigen Einnahme einschätzen können, insbesondere in hohen Dosen. Und die Effekte als Anti-Aging-Substanz können nicht so einfach vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Da brauche es noch weitere Forschung in Studien mit Menschen. Taurin ist als Nahrungsergänzungsmittel frei verfügbar. Darüber hinaus ist die Substanz in diversen Energy Drinks enthalten, da sie eine positive Wirkung auf die geistige und sportliche Leistungsfähigkeit haben soll. Der Gehalt von vier Gramm Taurin pro Liter Getränk darf dabei nicht überschritten werden. Die von der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) empfohlene Tageshöchstdosis beträgt sechs Gramm (bei im Schnitt 60 Kilogramm Körpergewicht) beziehungsweise 100 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht. Eine Dose Red Bull (250 Milliliter) enthält ein Gramm Taurin. Die Menge an Taurin in den Drinks ist zu gering, um einen Effekt auf die Alterung erzielen zu können.

- Rechte Partei im Umfragehoch. SRF-Korrespondentin: «Die **AfD ist wählbar** geworden». Die AfD liegt gemäß neusten Umfragen gleichauf mit der SPD. SRF.ch

- Mitteldeutschland kann nach Worten von Kanzler Scholz zu einem Wachstumsmotor werden. Hier finde gerade ein Boom statt, sagte der SPD-Politiker vor Beginn des Ostdeutschen **Wirtschaftsforums in Bad Saarow**. Es gebe kaum eine Zukunftstechnologie, die hier nicht bereits zuhause sei oder sich hier gerade ein Zuhause suche. Zentrale Themen der dreitägigen Konferenz sind unter anderem die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die Energieversorgung und die Digitalisierung. RBB.de

Frankreich – Ein 7'000 Jahre altes Denkmal wird abgerissen, um Platz für einen Baumarkt zu schaffen. Dutzende alter Menhire im Südwesten Frankreichs wurden eingeebnet, um Platz für eine weitere Filiale einer landesweiten Baumarktkette zu machen, was bei den Einheimischen einen Aufschrei auslöste. An der historischen Stätte **Montauban in Okzitanien** befanden sich mindestens 39 Megalithsteine. Der örtliche Archäologe Christian Obeltz sagte den Medien diese Woche, dass die Stätte zerstört sei. Die französische Gemeinde Carnac ist berühmt für Tausende sogenannter Menhire – Menhire, die von neolithischen Menschen zu Zwecken errichtet wurden, die noch immer ein Rätsel sind. Doch im Gegensatz zu den wichtigsten Touristenattraktionen der Region, Menec, Kermario und Kerlescan, die auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes stehen, hat die Steingruppe in Montauban, nur 1,5 Kilometer entfernt, laut örtlichen Behörden nur geringen historischen Wert. Die beliebte französische Einzelhandelskette Mr. Bricolage, die Heimwerkerartikel anbietet, baut derzeit ein neues Geschäft auf dem Gelände. RFI.fr

- 100. Jubiläum des 24h-Rennens. **Ferrari gewinnt sensationell in Le Mans** – Buemi fährt aufs Podest. Ferrari gewinnt bei der Rückkehr ans 24-Stundenrennen von Le Mans. Sébastien Buemi wird im Toyota Zweiter.
- Viele hundert Seesterne sind an Stränden der Bretagne in Westfrankreich angespült worden. Betroffen seien Strände am Golf von Morbihan und in

Finistère, berichtete der Sender TF1. Über die Ursache für das Anspülen der Tiere im Rhythmus der Flut wird noch gerätselt. Der Experte der Meeresforschungsstation in Concarneau, Guillaume Masse, vermutet, dass Bakterien oder **Viren die Seesterne befallen** haben könnten.

- Es ist eine Premiere: Ein Astronom entdeckt, dass sich ein kleiner Asteroid auf die Erde zu bewegt. Wenig später schlägt der Meteorit ein. Schon zwei Tage danach wird das erste Fragment gefunden. Ludovic Ferrière ist Kurator der weltweit größten und ältesten Meteoritensammlung am Naturhistorischen Museum in Wien. Kaum war das erste Fragment in dem normannischen Dorf Saint-Pierre-le-Viger geborgen, ist der Geologe ins Flugzeug gesprungen und hat es über Wien nach Bratislava gebracht. Die dortige Universität besitzt ein Speziallabor zur Messung kosmogener Radionuklide. Wenn ein Meteorit in die Erdatmosphäre eintritt, zerfallen die radioaktiven Elemente. «Nie zuvor konnten wir einen Meteoriten so schnell untersuchen wie hier», sagt Ferrière. Die Steine aus dem All sind 4,6 Milliarden Jahre alt. Dank der vielen Daten und Aufzeichnungen erlauben sie besonders wertvolle **Einblicke in die Frühzeit des Sonnensystems**, als die Erde noch nicht existierte. Ganz ohne Weltraummission. «Meteoriten enthalten Metall, und das rostet, sobald es mit Feuchtigkeit in Kontakt kommt. Ein derart frischer Stein ist für uns besonders wertvoll», sagt Brigitte Zanda, die am Institut für Mineralogie, Materialphysik und Kosmochemie in Paris forscht. SRF.ch

Großbritannien – Boris Johnson gibt seinen Parlamentsposten auf. Der ehemalige Premier saß als Abgeordneter der konservativen Partei für den Wahlkreis Uxbridge im House of Commons. SRF.ch

- Der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, hat Berichten zufolge im Rechtsstreit über seine geplante Auslieferung in die USA einen weiteren Rückschlag hinnehmen müssen. Wie die britische Zeitung „The Guardian“ unter Berufung auf Assanges Unterstützerkreis heute berichtete, wies der Londoner High Court **Assanges Antrag auf Berufung** gegen den Auslieferungsbescheid der britischen Regierung ab. Die Gefahr, dass der 51-Jährige nun tatsächlich an die USA überstellt werde, sei „nun so real wie nie zuvor“, hieß es in einer Mitteilung der Organisation Reporter ohne Grenzen.
- Archäologen haben in Grossbritannien mehr als 50 römische Pinzetten ausgegraben, die die „Besessenheit“ der antiken Kultur von Haarlosigkeit offenbaren. Die einfachen Werkzeuge wurden nicht nur zum Zupfen der Augenbrauen verwendet, sondern auch zum Entfernen unerwünschter Haare – auch in den Achselhöhlen. Die Pinzetten sind Teil einer größeren Ausstellung eines Museums im britischen Dorf Wroxeter bei Shrewsbury (50 km westlich von Birmingham), dass in der Antike unter dem Namen **Viriconium Cornoviorum** bekannt war und eine der am besten erhaltenen römischen Städte in Grossbritannien ist. Es sind mehr als 400 Artefakte zu bestaunen, die das Streben der Römer nach Sauberkeit und Schönheit veranschaulichen. ORF.at

Honduras – Honduras hat offiziell den **Beitritt zur New Development Bank (NDB)** der BRICS-Gruppe der großen Schwellenländer beantragt, teilte das Büro von Präsident Xiomara Castro am Samstag mit. Castro traf sich mit der

Präsidentin der Bank, der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff, während ihres offiziellen sechstägigen Besuchs in China. Die NDB mit Hauptsitz in Shanghai wurde bereits 2014 von den BRICS-Mitgliedstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gegründet. Die fünf Volkswirtschaften des Blocks machen mehr als 40 % der Weltbevölkerung und fast ein Viertel aus globales BIP. CGTN.cn

Indien – Indien, das den rotierenden Vorsitz der G20 innehat, plant nicht, den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski zum jährlichen Gipfel einzuladen, der vom 9. bis 10. September in Neu-Delhi stattfinden soll. Der Außenminister des Gastgeberlandes, Dr. Subrahmanyam Jaishankar, erläuterte die Position Neu-Delhis während einer Pressekonferenz am Donnerstag. AIR.in

Italien – Der frühere italienische Ministerpräsident, **Silvio Berlusconi, ist im Alter von 86 Jahren gestorben.** Viele Menschen, darunter auch hochrangige Politiker aus aller Welt, würdigten den «Cavaliere». So sei Berlusconi ein Kämpfer gewesen, wie die aktuelle Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni, in einer Videobotschaft sagt. Berlusconi habe nie Angst gehabt, seine Überzeugungen zu verteidigen. «Diese Entschlossenheit hat ihn zu einem der einflussreichsten Männern Italiens gemacht», meint Meloni. So habe er sich durchgesetzt in der Politik, in der Kommunikation und in der Geschäftswelt. Auch Italiens Staatspräsident, Sergio Mattarella, anerkennt die Leistungen des ehemaligen Premiers: «Berlusconi war ein großer politischer Anführer, der die Geschichte der Republik geprägt hat.» Auch politische Rivalen würdigen den Verstorbenen: «Berlusconi hat Geschichte geschrieben in diesem Land», sagt Matteo Renzi, einst sozialdemokratischer Ministerpräsident. «Mit dem Tod von Berlusconi endet eine Ära», so die Oppositionsführerin und Parteichefin des Partito Democratico, Elly Schlein. Papst Franziskus nennt den fast gleichaltrigen Berlusconi in einem Kondolenzschreiben einen «Protagonisten des politischen Lebens in Italien», der sich entschlossen der öffentlichen Verantwortung gestellt habe. Nach dem Tod von Silvio Berlusconi kommen auch aus dem Ausland Mitleidsbekundungen. Der russische Präsident Wladimir Putin würdigt Berlusconi in einem Beileidstelegramm als «Patriarchen» der italienischen Politik und wahren Patrioten, der Italiens Ansehen auf der Weltbühne verbessert habe. «Ich habe seine Weisheit und seine Fähigkeit, selbst in den schwierigsten Situationen ausgewogene und weitsichtige Entscheidungen zu treffen, immer aufrichtig bewundert», so Putin. «Der große Kämpfer ist gegangen!», schreibt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán auf Twitter. Er zählt zu den frühen Bewunderern Berlusconis, mit dem er persönlich befreundet war. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagt, er sei «zutiefst betrübt» und spricht Berlusconis Familie und dem italienischen Volk sein Beileid aus. Zudem würdigt Fifa-Präsident Gianni Infantino den erfolgreichen Ex-Chef des AC Mailand in einer Erklärung als einen «Visionär», der «in Sachen Fußball alles lange vor anderen vorausgesehen hatte». «Viele hielten ihn für einen Visionär, und sie hatten recht. In Sachen Fußball hatte er alles lange vor allen anderen vorausgesehen», schreibt Infantino. Als er jung war, arbeitete Berlusconi mit seinem Freund, dem späteren Geschäftsmann Fedele Confalonieri, auf Kreuzfahrtschiffen, um als Musiker und

Entertainer Geld zu verdienen. Berlusconi schloss sein Jurastudium mit Auszeichnung ab, komponierte Musik und schrieb Bücher. Im Jahr 1961 gründete Berlusconi Fininvest, das in den folgenden Jahrzehnten zur Holdinggesellschaft vieler Tochtergesellschaften werden sollte. Die wichtigsten Projekte betrafen damals einige große Bauprojekte in Mailand. Durch die Installation des Kabelfernsehens gelangte er in die Medienwelt. Er kaufte einen lokalen Sender und entwickelte ihn als Canale 5 zu einem landesweiten Privatsender. Ein Jahr später (1979) wurde die Werbegruppe Publitalia 80 gegründet. 1984 wurde der Fernsehsender Rete 4 aufgekauft. Zwei Jahre später stieg Fininvest in die Welt des Fußballs ein und wurde Eigentümer des Fußballvereins AC Mailand. Seit 1991 gehört auch der Mondadori-Verlag zur Fininvest-Gruppe. Medusa Film wurde 1995 gegründet und entwickelte sich im Laufe der Jahre zum italienischen Marktführer in der Filmproduktion und im Filmvertrieb. SRF.ch

Schottland – Die Ex-Regierungschefin Nicola **Sturgeon wurde festgenommen**, wie britische Medien berichten. In der Untersuchung geht es um eine Parteispendenaffäre. Die schottische Polizei teilte mit, eine 52-jährige Frau sei «als Verdächtige im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen zur Finanzierung und den Finanzen der Scottish National Party» festgenommen worden. SRF.ch

Ukraine. Das ukrainische Militär habe bei seinem scheiternden Versuch, eine Gegenoffensive gegen russische Streitkräfte zu starten, „erhebliche“ Verluste erlitten, sagten US-Beamte am Donnerstag gegenüber CNN. Während Kiew über seine Verluste schwieg, schätzt Moskau, dass die Offensive der Ukraine bereits fast **5'000 Menschenleben gekostet** hat. [CNN.us](https://www.cnn.com) • Das ukrainische Kulturministerium hat einen Gedenkgottesdienst für Hetman Ivan Masepa (Іван Степанович Мазепа, 1639–1709) angekündigt, der für den 11. Juni in der Allerheiligenkirche im Kiewer Höhlenkloster geplant ist. Die Zeremonie zu Ehren des Kosakenführers aus dem 17. Jahrhundert, der Russland an Schweden verriet, wird mit **Unterstützung der UNESCO** organisiert. Nach Angaben des Ministeriums „wird zum ersten Mal in der Geschichte der Kiewer Höhlenklöster ein Gedenkgottesdienst für ihren frommen Gönner und Gründer, **Hetman Ivan Masepa**, abgehalten, der zu Lebzeiten von der russischen Kaiserkirche wegen seiner Unwilligkeit verflucht wurde, sich Moskau zu unterwerfen.“ Die ukrainische Korvette Hetman Ivan Masepa der ukrainischen Marine ist nach ihm benannt. RU.ua

• Die **Flutkatastrophe in der Südukraine** nach der Zerstörung eines riesigen Staudamms an der Frontlinie zum russisch besetzten Gebiet hat die humanitäre Lage in der Kriegsregion weiter verschärft. Der ukrainische Präsident Selenski kritisiert die internationale Gemeinschaft für ihre Untätigkeit und fordert mehr Hilfe für die Betroffenen. TRT.tr

Schweiz – Millionenteure Hochtechnologie. ETH Zürich nimmt **neuen Brandsimulator** in Betrieb. Holz wird zum Bauen immer beliebter. Doch was, wenn es brennt? Die ETH Zürich untersucht dies mit einem Brandsimulator.
• Joel Rüthi hat ihn gefunden, den Pilz 943 – nicht alleine, zusammen mit seinem Team der Eidgenössischen Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft

(WSL). Das Team forscht unter anderem im Engadin daran, wie unser Plastik-Problem dank der Natur gelöst werden könnte. Der **Super-Pilz 943** könnte dabei helfen. Das Spezielle an 943 ist: der Pilz hat Enzyme in sich, die nicht nur Bio-Plastik (PLA) zersetzen, sondern sie tun dies bei kühlen Temperaturen. Innert zwei Monaten ist die Hälfte eines Bioplastikstückes bei 15° Celsius abgebaut. Das kann viel Energie sparen.

- Das Aargauer Dorf Brunegg schafft den einzigen Bancomaten in der Gemeinde ab. Die Gemeindeversammlung hat entschieden, dass der Betrieb zu teuer ist. Der Fall zeigt exemplarisch, warum immer mehr Geldautomaten aus kleineren Gemeinden verschwinden. **Pro Monat zahlt Brunegg knapp 1300 Franken Gebühren für den Bancomaten**, der neben Bäckerei und Briefkasten steht. Das Gerät sollte das Dorfleben stärken und der Bäckerei mit Café mehr Frequenz bringen, damit auf diese Weise eine Art Dorfzentrum für die knapp 900 Einwohner entsteht. Die monatliche Gebühr von 1300 Franken muss die Gemeinde zahlen, weil der Bancomat kaum genutzt wird. Denn damit es im Dorf überhaupt einen Geldautomaten gibt, musste die Gemeinde laut Gemeindepräsidentin Beatrice Zandonella einen «Deal» mit der zuständigen Bank machen. Mindestens 150 Bargeldbezüge pro Tag sind nötig, sonst wird laut Vertrag eine Art Strafzahlung fällig.

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 18.06.2023

Afghanistan – Afghanistan unterbindet den Schlafmohn-Anbau für Opium innert Jahresfrist fast vollständig. SRF.ch

Australien – Die Regierung wird ein Gesetz einführen, das die Verwendung von **Nazi-Symbolen unter Strafe** stellt. Unter anderem soll das Zeigen von Hakenkreuzen auf Kleidung, Fahnen und Armbändern verboten werden. Auch online soll das Symbol nicht mehr verwendet werden, was auch für das ss-Logo gilt. Nach Angaben des Generalstaatsanwalts hat die rechtsextreme Gewalt im Land zugenommen und Neonazi-Gruppen werden sichtbarer. „Diese Symbole gehören nicht nach Australien“. Nach dem neuen Gesetz wird die Verwendung von Nazi-Symbolik mit einer Höchststrafe von zwölf Monaten bestraft. Das Gesetz verbietet auch den Handel mit Nazi-Artikeln. Das Parlament muss sich hierzu noch äußern. Ein bundesweites Hitlergrußverbot wird es nicht geben. NOS.nl

Brasilien – Die brasilianische Sängerin Astrud **Gilberto ist verstorben**. Laut Gilbertos offiziellem Instagram-Account wurde sie 83 Jahre alt. In den 1960er Jahren wurde sie mit dem internationalen Hit The Girl From Ipanema bekannt. Sie nahm dieses Lied mit dem amerikanischen Saxophonisten Stan Getz auf. Dafür erhielt sie 1965 einen Grammy. SRF.ch

Bulgarien – Es gibt über 470'000 legitime Unterschriften für die Abhaltung eines Referendums darüber, ob Bulgarien im Jahr 2025 die einheitliche **europäische Währung Euro einführen** soll. Dies wurde durch die Überprüfung von über 600'000 von der Partei „Vazrazhdane“ (Wiederbelebung) eingereichten Unterschriften durch die Hauptdirektion „Zivilregistrierung“ gezeigt und Verwaltungsdienst“. Nach Angaben der Partei ist die gesetzliche Verpflichtung, bei den nächsten Wahlen eine Volksabstimmung zu diesem

Thema durchzuführen, erfüllt, da über 400'000 legitime Unterschriften vorliegen. Die Partei räumte jedoch ein, dass der Öffentlichkeit keine Fragen zu den Verpflichtungen gestellt werden könnten, die Bulgarien bereits eingegangen und ratifiziert hat. Im Fall der einheitlichen europäischen Währung geschah dies, als wir der Europäischen Union beitraten. Die Partei erklärte, dass wir den Euro zwar akzeptieren werden, „Vazrazhdane“ jedoch möchte, dass der bulgarische Lew so lange wie möglich erhalten bleibt. Nach Berechnungen von „Vazrazhdane“ soll die Nationalversammlung einen Termin für das Referendum bis zum 7. Juli festlegen. BNR.bg

EU – Die Europäische Kommission gab bekannt, dass die Kapazität des EU-Haushalts zur **Unterstützung der Ukraine erschöpft** sei und nach neuen Optionen für die Fortsetzung gesucht werden müsse. Dies geschah bei der Vorstellung des Entwurfs des EU-Haushalts für 2024 am Mittwoch. BNR.bg

In der **Euro-Zone** ist die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn überraschend gesunken. Im ersten Quartal habe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Vorquartal nachgegeben, teilte das Statistikamt Eurostat heute in Luxemburg nach einer dritten Schätzung mit. Der Währungsraum ist damit in eine technische Rezession gerutscht. ORF.at

Italien – Das Regionalgericht im italienischen Novara sprach eine **Haftstrafe von zwölf Jahren gegen Stephan Schmidheiny** wegen der fahrlässigen Tötung von 147 Menschen aus. Das Urteil reiht sich ein in eine juristische Saga, die sich über mittlerweile fast 40 Jahre zieht. Schmidheiny stieg in den 1970er-Jahren im Unternehmen seines Vaters ein. Die Eternit-Gruppe war in mehr als 20 Ländern aktiv – allein in Italien an vier Standorten. 1973 hatte man die Mehrheit am Werk in Casale Monferrato im Piemont erworben. Zu Spitzenzeiten arbeiteten dort bis zu 2000 Personen in der Asbestverarbeitung und stellten Rohre oder Dachplatten her. Eternit Italia wird von der italienischen Justiz vorgeworfen, zwischen 1966 und 1986 für den Tod oder die Erkrankung von mehr als 3000 Arbeitern und Anwohnern verantwortlich zu sein. SRF.ch

Griechenland und Ungarn haben eine neue Version des elften Sanktionspakets gegen Russland blockiert. Ein Führungswechsel in Österreich und der Slowakei könnte den **Untergang des Brüsseler Sanktionsregimes** bedeuten. RTBF.be

Japan – Er gehört zu einer Gruppe von 70 Ukrainern, die in die Hafenstadt Yokohama – 27 Kilometer von der japanischen Hauptstadt Tokio entfernt – geschickt werden, wo die örtlichen Behörden für vorübergehende Unterkunft, Verpflegung und Lebenshaltungskosten sorgen. Bezeichnenderweise nennt Japan die **Ukrainer nicht Flüchtlinge, sondern Evakuierte**. Das liegt daran, dass Tokio davon ausgeht, dass sie alle irgendwann nach Hause gehen. Historisch gesehen nimmt Japan nur sehr wenige Flüchtlinge auf. Laut der Japan Association for Refugees gewährte es im vergangenen Jahr nur 74 Antragstellern den Flüchtlingsstatus – die höchste Zahl aller Zeiten, aber weniger als 1 % aller Antragsteller. Einige in Japan betrachten ihr Land als monoethnisch – nicht als eine Nation von Einwanderern. Aber die Idee ist umstritten. Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsbefürworter sagen, das System sei bewusst darauf ausgelegt, die Messlatte für erfolgreiche Flüchtlingsanträge hoch zu legen. Flüchtlinge, die in Japan Asyl beantragen, müssen nachweisen, dass ihnen in ihrem Heimatland lebensbedrohliche Verfolgung droht. SRF.ch

Kosovo – Die Türkei, die nach den USA über das zweitgrößte Militär der Nordatlantiktakt-Organisation verfügt, wird im Oktober die KFOR von Italien übernehmen. TRT,tr

Kuba – China hat sich einem Medienbericht zufolge mit Kuba auf die **Einrichtung einer elektronischen Abhörstation** auf der Insel verständigt. Damit könnte China die Kommunikation im Südosten der USA abfangen und den Schiffsverkehr überwachen. ORF.at

Luxemburg – Nach jahrelangem Ringen haben sich die EU-Staaten auf eine **Verschärfung der EU-Asylregeln** verständigt. Die 27 EU-Innenministerinnen und -minister stimmten am Donnerstagabend in Luxemburg einem dritten Kompromissvorschlag des schwedischen Ratsvorsitzes zu, wie Schwedens Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard sagte. Der Einigung waren zähe Verhandlungen und viel Kritik vorausgegangen. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort soll im Normalfall binnen sechs Monaten geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden. Die Mehrheit der Flüchtlinge – etwa aus Syrien, Afghanistan und dem Sudan – soll weiter Recht auf ein normales Verfahren haben. Jene Mitgliedsstaaten, die von einem Ansturm auf ihre Grenzen überfordert sind, sollen solidarisch Hilfe erhalten. Zugleich soll es jenen Staaten, die keine Menschen aufnehmen wollen, möglich sein, sich „freizukaufen“. 20'000 Euro sind pro nicht aufgenommenem Asylwerber zu zahlen. Nicht unterstützt wurde die Reform von den Ländern Polen, Ungarn, Malta, der Slowakei und Bulgarien. Tschechien machte nach der Einigung deutlich, dass es sich nicht an dem Solidaritätsmechanismus beteiligen will. ORF.at

Norwegen – Der Wind verbreitet den **Rauch aus Kanada** über Grönland und Island nach Nordeuropa. Die norwegischen Behörden gehen davon aus, dass der Rauch heute das Land erreichen wird. Gesundheitsrisiken bestehen vorerst nicht, berichtet das norwegische Forschungsinstitut für Klima und Umwelt NILU. „Wir können wahrscheinlich einen Teil des Rauchs sehen und riechen. Aber die Partikel in der verschmutzten Luft hier in Norwegen sind nicht groß genug, um schädlich zu sein.“ NOS.nl

Österreich – Bei einem **Brand in einem Bahntunnel** im österreichischen Bundesland Tirol sind mehr als 30 Zugreisende leicht verletzt worden – mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung. Es wurden 151 Menschen aus dem Zug evakuiert, der von Innsbruck nach Hamburg und Amsterdam unterwegs war. Rund 700 Einsatzkräfte seien im Einsatz gewesen. Die Menschen wurden mit sogenannten Fluchthauben aus dem Zug in Sicherheit gebracht. Der Sender ORF und die Nachrichtenagentur APA berichteten, dass laut Einsatzkräften ein Schaden an der Oberleitung einen Brand auf Autos ausgelöst habe, die auf einem Auto-Waggon des Zuges transportiert wurden. Eine Oberleitung sei auf Autos gefallen. Anschließend hätten die Autos Feuer gefangen. SRF.ch

● Bei 99 Prozent der Kriegsbomben, die nach wie vor gefunden werden, handelt es sich um Sprengbomben, sagt Stefan Plainer, Geschäftsführer der EOD Munitionsbergung, gegenüber noe.ORF.at. In Guntramsdorf, 15 km südlich von Wien, wurde am Dienstag eine **Napalmbombe ausgegraben**. Zuvor habe die EOD Munitionsbergung erst einmal eine solche Bombe entdeckt – und das nur etwa 100 Meter vom aktuellen Fundort entfernt. ORF.at

Russland – „Die Sprengung des Staudamms mag für die Ukraine schlecht sein, aber es schadet Russland noch mehr, und genau aus diesem Grund hat die ukrainische Regierung darüber nachgedacht, den Staudamm zu zerstören“, sagte Carlson. Er stellte weiter fest, dass ein ukrainischer General in Kommentaren gegenüber der Washington Post im vergangenen Dezember zugegeben hatte, Angriffe auf die Kachowka-Staudammanlage geplant zu haben. Mehr auf **@TuckerCarlson** – RT.ru

Schweiz – Coinbase und Binance in USA angeklagt – Zuger Firma betroffen. Die Vorwürfe haben es in sich: Kundengelder sollen heimlich umgeleitet worden sein. Die Spuren führen nach Zug. Betrug und Täuschung von Investoren – das sind zwei der happigsten Vorwürfe der US-Börsenaufsicht gegen Binance, die weltgrößte Krypto-Börse. Die Spuren führen direkt in die Schweiz: Nach Zug, wo an der Gubelstraße die Firma Sigma Chain ihren Sitz hat. Laut den US-Behörden wird die Zuger Firma von Changpeng Zhao kontrolliert, dem Gründer von Binance. Binance soll Kundengelder über die Zuger Firma wieder auf die Kryptoplattform umgeleitet haben, um das Handelsvolumen auf Binance künstlich aufzublähen. Also den Anschein zu erwecken, dass die Handelsplattform viel genutzt wird, auch wenn das gar nicht der Fall ist. Binance selbst weist die Anschuldigungen zurück. Insgesamt ist die Anklageschrift der amerikanischen Börsenaufsicht über 130 Seiten lang – und umfasst zahlreiche Vorwürfe. Binance soll Finanzgeschäfte illegal, ohne die nötige Zulassung betrieben und Investoren getäuscht haben. Und der Binance-Gründer Zhao soll auch ein Handelsunternehmen auf den karibischen Jungferninseln benutzt haben, um Kundengelder auf ein eigenes Konto umzuleiten. Das erinnert sehr stark an den Zusammenbruch der Kryptobörse FTX. Auch bei FTX sind Gelder von Kunden ohne deren Wissen abgezweigt worden, um damit zu spekulieren. Seit dem Zusammenbruch der Kryptobörse FTX verschärfen die US-Behörden die Maßnahmen gegen Krypto-Schergewichte. So auch gegen die Kryptoplattform Coinbase, die heute ebenfalls angeklagt wird, weil sie gegen das Wertpapiergesetz in den USA verstoßen haben soll. Die neueste Klagewelle hat Einfluss auf die Krypto-Branche weltweit. Die wichtigsten Kryptowährungen Bitcoin und Ethereum verloren heute teilweise bis zu 5 Prozent an Börsenwert. Die Schweiz ist ebenfalls betroffen: Dass eine Firma mit Sitz in Zug im Visier der neusten US-Vorwürfe ist, schadet dem Image der Schweiz. Jedoch nur auf den ersten Blick. Der gesamte **Schweizer Krypto-Standort**, der könnte von der neusten Klagewelle auch profitieren. Denn während in den USA eine Regulierung fehlt, die Rechtssicherheit bietet, hat die Schweiz die Nase bei der Krypto-Regulierung vorne. Branchenkenner beobachten hohe Abflüsse an Kundengeldern, weg von unregulierten Krypto-Börsen wie Binance, hin zu regulierten Finanzdienstleistern wie der Sygnum Bank in der Schweiz. Seit dem Zusammenbruch der Kryptobörse FTX hat sich dieser Trend verstärkt. Und dieser Trend dürfte sich jetzt, mit den neusten Klagewellen, noch einmal beschleunigen.

• Sowohl das World Economic Forum als auch das **Swiss Economic Forum** sind private Anlässe in der Schweiz, die allerdings nichts miteinander zu tun haben. Das SEF findet alljährlich in Interlaken statt und hat die Schweizer Wirtschaft und insbesondere Schweizer Jungunternehmen im Fokus. Das WEF dagegen wird jeweils im Januar in Davos ausgetragen und ist ein internationales Treffen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Dort stehen vor allem globale Themen und Entwicklungen im Zentrum. Das SEF ist ein zweitägiger Wirtschafts Anlass in Interlaken und findet dieses Jahr zum 25. Mal statt. Jedes Jahr treffen sich gut 1000 Teilnehmende aus der ganzen Schweiz, wobei die überwiegende Mehrheit Unternehmerinnen und Unternehmer von Schweizer Firmen sind. Zudem nehmen auch Politikerinnen und Wissenschaftler teil. Das Programm besteht aus Referaten von nationalen und internationalen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik. Ebenfalls ein wichtiger Teil ist das Networking, also der Austausch zwischen den Teilnehmenden. Eröffnet wird das SEF am Donnerstag von Bundespräsident Alain Berset. Es folgen diverse Vorträge und Diskussionen, etwa zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Zukunft der Energie oder zu den Herausforderungen der KMU.

- Arbeitslosenquote sinkt unter Zwei-Prozent-Marke Der Schweizer Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Zahl der Stellensuchenden nimmt ab.
- Am Kinderspital Zürich ist es zu einem totalen Stromausfall gekommen. Die Behebung läuft auf Hochtouren.
- Krise der Erwachsenenbildung. Zehn Prozent Rückgang: Seit der Pandemie ist die Nachfrage bei den Volkshochschulen eingebrochen.

- Der Nationalrat hat ein **Unterstützungspaket für die Ukraine abgelehnt**. In diesem wären fünf Milliarden Franken für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe vorgesehen gewesen. Eine Motion der Außenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) hatte verlangt, die rechtlichen Grundlagen für ein solches Hilfspaket zu prüfen. Die Parlamentarier der SVP, FDP und Mitte lehnten das Vorhaben der APK-N ab. Sie plädierten für Hilfe gemäß dem bewährten System, in Absprache mit anderen Ländern und entsprechend dem Bedarf, anstatt für «Schaufensterpolitik», wie FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann sagte. Er nannte die fünf Milliarden Franken und das Vorgehen der Befürworter «unseriös».
- **Engelberg wird zu teuer für Einheimische**. Bezahlbare Wohnungen sind nicht mehr nur in den Städten Mangelware, auch in den großen Tourismusorten ist günstiger Wohnraum knapp. Besonders prekär ist die Situation in Engelberg. «Wir sehen selbst, wie wenige Wohnungen ausgeschrieben sind», sagt Bendicht Oggier, Geschäftsführer der Gemeinde. Das Immobilienportal Homegate spuckt aktuell lediglich zwei Suchergebnisse aus. Sogar das Gewerbe beklage sich. «Sie haben Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden, weil der Wohnraum fehlt», so Oggier. Es gibt mehrere Gründe für die Wohnungsnot der Einheimischen. Der Ort ist nicht nur wegen seiner Nähe zu den Bergen attraktiv, sondern bietet auch eine ausgebaute Infrastruktur. Für einen Bergort untypisch, können Kinder und Jugendliche in Engelberg nicht nur die Primar- und die Sekundarschule besuchen, sondern später auch das Gymnasium. Dann trägt auch die Obwaldner Tiefsteuerstrategie zu den steigenden Mietpreisen bei. Vor knapp 20 Jahren eingeführt, sucht sie schweizweit seinesgleichen. In Sarnen etwa bezahlt man laut «Vermögenszentrum» auf ein Vermögen von 25 Millionen Franken etwas mehr als 35'000 Franken Steuern pro Jahr. Zum Vergleich: In der ebenfalls steuergünstigen Stadt Zug ist es beinahe das Doppelte. Der Obwaldner Regierungsrat spricht bei seiner Steuerstrategie von einem Erfolg und verweist auf die Einnahmen, die zwischen 2018 und 2022 von gut 89 Millionen Franken auf über 110 Millionen angestiegen sind. Kritiker sehen das anders: Die Steuerstrategie habe Schattenseiten, wie eben die steigenden Mieten. Dies, weil sie mehr Leute in die steuergünstigen Orte lockt. Wie eben nach Engelberg, wo die Mieten im innerkantonalen Vergleich hoch sind. Nun soll wieder mehr günstiger Wohnraum her: Das Kloster Engelberg will auf seinem Areal 70 bezahlbare Wohnungen errichten. Es nimmt das Projekt gleich selbst in die Hand und überlässt das Land keinen Investoren. «Es geht nicht darum, das Größtmögliche hinauszuziehen. Es geht um das Wohnen für die Menschen vor Ort», sagt Christian Meyer, der Abt des Klosters. Die Idee ist nämlich, dass diese Wohnungen lediglich an Personen vermietet würden, die ihren Lebensmittelpunkt in Engelberg haben. Der Wohnraum soll bezahlbar bleiben: Für eine 4.5-Zimmer-Wohnung würde das Kloster weniger als 2000 Franken pro Monat verlangen, etwa so viel wie eine Neubauwohnung vor 15 Jahren gekostet hat in Engelberg.
- Inflation ist die größte Sorge von Schweizer Unternehmen. Die Teuerung hierzulande ist im Mai auf 2.2 Prozent gesunken. Trotzdem ist sie Sorge Nummer eins bei Unternehmern. SRF.ch

Sudan – Waisenhaus in Khartum evakuiert, wo **Dutzende Kinder gestorben** sind. Die Kinder starben an Unterernährung, Dehydrierung und Infektionen. Aufgrund der heftigen Kämpfe in der Hauptstadt war das Waisenhaus schwer zu erreichen. NOS.nl

Türkei – Die türkische Lira (₺), die heute um mehr als fünf Prozent fiel, erreichte zehn Tage nach der Wiederwahl von Präsident Recep Tayyip Erdoğan einen neuen historischen **Tiefstand gegenüber dem Dollar**, berichtete AFP. Die türkische Währung wurde im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai von der türkischen Zentralbank erheblich unterstützt. Ein Dollar wurde heute kurz nach 10:00 Uhr bulgarischer Zeit in 22,80 türkische Lira umgetauscht, was einem Rückgang des Lira-Wechselkurses um 5,5 Prozent entspricht. Auch die türkische Lira verlor gegenüber dem Euro deutlich an Wert (-5,35 Prozent). Ein Euro wurde für rund 24,38 ₺ umgetauscht, während vor der zweiten Runde

der Präsidentschaftswahl am 28. Mai ein Euro für weniger als 21,5 ₺ gehandelt wurde. Heute gab die bulgarische Nationalbank einen Wechselkurs von 8,51 BGN (4.23 Franken) pro 100 ₺ bekannt. Die türkische Zentralbank gab zwischen dem 1. Januar und den Präsidentschaftswahlen fast 30 Milliarden US-Dollar aus, um die Lira zu stützen, und drückte damit ihre Währungsreserven zum ersten Mal seit 2002 in den negativen Bereich. BNR.bg

Ukraine – Der frühere NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat eine **Entsendung von westlichen Truppen in die Ukraine** nicht ausgeschlossen. Sollte sich die NATO bei ihrem Gipfel im Juli nicht „auf einen klaren Weg vorwärts für die Ukraine“ verständigen können, sei es gut möglich, „dass einige Staaten auf eigene Faust Handlungen setzen“, sagte Fogh Rasmussen der britischen Tageszeitung „Guardian“ nun. Konkret nannte er Polen und die baltischen Staaten.

• Russland hat der Ukraine vorgeworfen, eine wichtige **Ammoniakpipeline gesprengt** zu haben. Den russischen Angaben zufolge ereignete sich der Vorfall am Montagabend nahe einem Dorf in der nordöstlichen Region Charkow. Die Pipeline ist rund 2'500 Kilometer lang. Sie verbindet die russische Stadt Toljatti (Stawropol) an der Wolga mit dem Hafen der ukrainischen Stadt Odessa am Schwarzen Meer. Mit ihrer Hilfe wurden jährlich mehr als 2,5 Millionen Tonnen Ammoniak transportiert, das ein wichtiger Bestandteil von Düngemitteln ist. Moskau fordert die Wiederaufnahme des Betriebs der Pipeline. Das ist auch Teil der Verhandlungen zu einer Verlängerung des Getreideabkommens zwischen beiden Seiten, das den Export von Millionen Tonnen ukrainischem Getreide ermöglicht. ORF.at Niemand führt Buch über die Waffenlieferungen. Beim IS, in Gasa, in Afrika und anderswo tauchen Waffen aus der Ukraine auf. VESTI.ru

Ungarn – Die **neuen Kfz-Kennzeichen** (*rendszám*) bestehen seit 2022 neben dem blauen EU-Streifen aus zwei Buchstaben, gefolgt von dem Wappen Ungarns sowie zwei weiteren Buchstaben und einer dreistelligen Zahl. Die Vergabe der Kennzeichen erfolgt nach dem Datum der Zulassung, beginnend mit AA-AA-001, so dass ein Rückschluss auf das ungefähre Zulassungsdatum möglich wird. Als Schriftart wird eine Variante der fälschungssicheren FE-Schrift verwendet. Die Schrift ist maschinenlesbar. Es gibt Wunschkennzeichen, Umweltkennzeichen, Diplomaten-, Taxi-, Behördenkennzeichen. KR.hu

USA – Robert Hanssen, einer der berüchtigtsten Spione der amerikanischen Geschichte, ist in einem Gefängnis in Colorado gestorben. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er als FBI-Agent mindestens 16 Jahre lang Informationen an die Russen verkauft hatte. Die Todesursache des 79-jährigen Hanssen ist noch unklar. Hanssen trat 1976 dem FBI bei, wo zu seinen Aufgaben unter anderem das Aufspüren russischer Spione auf amerikanischem Boden gehörte. Irgendwann, ohne dass das FBI davon wusste, stellte er seine Dienste freiwillig dem sowjetischen Geheimdienst zur Verfügung. Zwischen 1985 und 2001 stellte er den Russen rund 6.000 Dokumente zur Verfügung, darunter auch militärische Pläne. Er wird außerdem mitverantwortlich für den Tod von mindestens drei sowjetischen Offizieren gemacht, die für den amerikanischen Geheimdienst arbeiteten und nach ihrer Enttarnung als Doppelagenten hingerichtet wurden. Die US-Polizei bezeichnete Hanssen als „den schädlichsten Spion in der Geschichte des FBI“. Hanssen wurde in Bargeld, Diamanten und Rolex-Uhren bezahlt. Seine Spionageaktivitäten brachten ihm schätzungsweise 1,4 Millionen Dollar ein. Allerdings blieb er, teilweise aufgrund seines bescheidenen Lebensstils, viele Jahre lang unter dem Radar. Im Jahr 2001 stieß er auf die Lampe. In einem Park in Virginia wurde er auf frischer Tat ertappt, als er eine Tasche voller geheimer Dokumente zurückließ. In seinem Prozess vermied Hanssen die Todesstrafe im Austausch für ein Geständnis. Er sagte, er habe sich mehr um Geld als um die sowjetische Ideologie gekümmert. NOS.nl

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 12.06.2023

Belgien – Einem Bericht zufolge wurde die Militärhilfe der NATO-Staaten für die Ukraine von pro-ukrainischen Kämpfern genutzt, um Russland anzugreifen. Premierminister Alexander De Croo sagte, Belgien werde die Ukraine um Klärung bitten, ob nach Kiew gelieferte belgische Gewehre von pro-ukrainischen Truppen zum Angriff auf die Westgrenze Russlands eingesetzt wurden. De Croos Kommentare kamen am Montag, nachdem die Washington Post am Wochenende berichtet hatte, dass Kremlgegner – die **Legion der Freiheit Russlands und das Russische Freiwilligenkorps** –, die letzten Monat von der Ukraine aus einen grenzüberschreitenden Angriff auf die russische Region Belgorod starteten, ursprünglich bereitgestellte taktische Fahrzeuge eingesetzt hätten von den Vereinigten Staaten und Polen in die Ukraine gebracht und in Belgien und der Tschechischen Republik hergestellte Gewehre mit sich geführt. RTBF.be

China – Verteidigungsminister warnt vor Kaltem Krieg. Am Sicherheitsgipfel in Singapur mahnte China andere Länder an, sich besser nicht in den Taiwan-Konflikt einzumischen.

- Wie die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, begannen chinesische Wissenschaftler am Dienstag mit der Bohrung des tiefsten Bohrlochs des Landes in der rohstoffreichen Region Xinjiang. Die von der China National Petroleum Corporation (CNPC) durchgeführten Bohrungen werden mehr als zehn Schichten der Erdkruste durchdringen und die Kreidegesteinsschicht erreichen, die **145 Millionen Jahre alt** ist – 10'000 Meter unter der Oberfläche. Das Projekt soll Informationen über die innere Struktur des Planeten liefern und die Möglichkeit bieten, fortschrittliche Tiefbohrtechnologien zu testen. Der Standort liegt im Tarim-Beckengebiet von Xinjiang im Nordwesten Chinas. CGTN.cn
- Nach einem halben Jahr an Bord der chinesischen Raumstation sind drei Astronauten heute zur Erde zurückgekehrt. Ihre Raumkapsel landete im Gebiet Dongfeng in der Inneren Mongolei nordöstlich des Raumfahrtbahnhofes Jiuquan in der Wüste Gobi. ORF.at

BR Deutschland – Deutschland werde nächstes Jahr **zwei Kriegsschiffe in den Indopazifik** entsenden, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius am Sonntag auf einem internationalen Gipfel vor dem Hintergrund anhaltender regionaler Spannungen zwischen China und Taiwan sowie dem umstrittenen Südchinesischen Meer. In einer Ansprache auf der Sicherheitskonferenz „Shangri-La Dialogue“ in Singapur erklärte Pistorius, dass die Seepassage, über die rund 40 Prozent des europäischen Außenhandels abgewickelt werden, respektiert werden müsse. DW.de

- Am Unesco-Welterbetag am 4.6. laden die **sieben Welterbestätten in Rheinland-Pfalz** zum Besichtigen ein. An dem Aktionstag gebe es zahlreiche Sonderführungen, Vorträge, Mitmachaktionen und Ausstellungen, teilte das rheinland-pfälzische Innenministerium in Mainz mit. Die Welterbestätten im Land sind der Dom zu Speyer (seit 1981), die römischen Monumente, der Dom und die Liebfrauenkirche in Trier (1986), das Obere Mittelrheintal (2002) und der Obergermanisch-Raetische Limes (2005). Seit 2021 gehören auch der Niedergermanische Limes, die SCHUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz sowie Bad Ems als Teil der „Great Spa Towns of Europe“ dazu. Als SCHUM (שׁוּׁם) wird der Verbund bezeichnet, den die jüdischen Gemeinden der oberrheinischen Städte Speyer, Worms und Mainz im Mittelalter bildeten. In hebräischen Quellen werden „die drei Heiligen Gemeinden“ seit dem 12. Jahrhundert als Spira, Warmaisa, Magenza genannt. Nach Angaben der Stadt Speyer verzeichnete der Judenhof mit Judenbad und mittelalterlicher Synagoge vergangenes Jahr mit rund 21'000 Besuchern einen neuen Rekord. In Worms kann man den ältesten erhaltenen jüdischen Friedhof Europas sowie das ehemalige jüdische Viertel mit Synagoge besuchen. Auch der jüdische Friedhof in Mainz kann an Sonntagen kostenlos besichtigt werden. SWR.de

- Das **Vitra Design Museum erzählt die Geschichte des Gartens** – und zeigt, warum er für die Zukunft der Erde so zentral ist. Blumen, Büsche und dazwischen Spazierwege, um

den Stress des Alltags hinter sich zu lassen: Die Idealvorstellung vom Garten als Ort der Erholung trägt. Denn ganz so idyllisch sei unser Verhältnis zum Garten nicht, sagt Viviane Stappmanns, die am Vitra Design Museum die Ausstellung «Garden Futures. Designing with Nature» ko-kuratiert hat. «Wir haben zwar die Sehnsucht nach der Natur, die sich im Garten widerspiegelt», sagt Stappmanns. Angesichts der Klimakrise überwiege aber die Ungewissheit, wie es für uns weitergehe und wie wir die Natur schützen sollen. Marten Kuijpers, leitender Forscher des Nieuw Instituut Rotterdam und an der Ausstellung beteiligt, sieht den Garten als Brennglas, durch das gesellschaftliche Probleme wie Klimawandel und Rückgang der Artenvielfalt betrachtet werden können. «Der Garten ist der Ort, an dem die Beziehung der Menschheit zur Natur verhandelt wird.» In der Vergangenheit hätten die Menschen Gärten so konzipiert, dass sie die Natur beherrschten. Das müsse sich ändern. Laut Definition ist ein Garten ein umzäuntes Stück Land, oft in der Nähe eines Hauses. Die westliche Entwicklung von Gärten spiegelte meist Idealbilder der Natur wider: die geometrischen französischen Gärten des Barocks ebenso wie der englische Landschaftsgarten, der die Natur imitiert. «Oft waren Gärten Orte der Selbstversorgung oder privilegierten Personen vorbehalten», sagt Kuratorin Stappmanns. Dass Menschen eigene Gärten haben, komme in der westlichen Welt erst mit dem Bürgertum und später den Schrebergärten auf. Das Vitra Design Museum zeigt eine der sogenannten «Ward'schen Kisten» aus Glas und Holz. Sie war wegweisend für die Entwicklung der Botanischen Gärten in Europa. Mit ihr konnte man ab 1835 Pflanzen aus den Kolonien transportieren. Eine Liege von 1930 erzählt davon, wie sich der Garten zu einem Freizeitort gewandelt hat. «Heute können Gärten auch ganz andere Dinge sein», sagt Viviane Stappmanns. «Zum Beispiel Grundstücke in der Stadt, die nicht mehr genutzt werden, in denen Urban Gardening betrieben wird.» Exemplarisch sei der Garten Kebun Kebun Bangsar in Malaysias zugebauter Hauptstadt Kuala Lumpur. «Eine Gruppe von Aktivistinnen hat sich 2013 dafür eingesetzt, dass eine Fläche unter einer Hochspannungsleitung als Garten bebaut werden kann.» Mit Erfolg: Der Garten kühlt die Umgebung ab und sorgt für ein Mikroklima. Einzigartig ist auch der Garten der amerikanisch-antiguanischen Literaturwissenschaftlerin Jamaica Kincaid: «Sie setzt sich darin mit der Kolonialgeschichte der Pflanzen auseinander, indem sie sie anpflanzt, darüber recherchiert und schreibt.» Doch wie steht es um die Zukunft von Gärten? «Im Garten geht es immer um lokale Gegebenheiten», so Viviane Stappmanns. «Vielleicht können wir vom Gärtnern lernen, uns wirklich lokal mit den Dingen auseinanderzusetzen». Die Designerin Marjan van Aubel zum Beispiel schlägt vor, kleine Dachgärten zur Selbstversorgung zu pflanzen, mit einer wassersparenden Technologie. Der «Pollinator Pathmaker» der Künstlerin Alexandra Daisy Ginsberg wiederum ist ein Algorithmus, der Gärten aus der Perspektive von Insekten bepflanzt. In diesen Zukunftsszenarien wird der Garten wieder zu einem utopischen Ort: für Menschen, für Pflanzen, für die ganze Biodiversität. Eigentlich paradiesisch. Ausstellungshinweis: Das Vitra Design Museum in Weil am Rhein zeigt die Ausstellung «Garden Futures. Designing with Nature» vom 25.03.2023 – 03.10.2023. Weil am Rhein (alemannisch Wiil am Rhii) ist eine südbadische Mittelstadt mit rund 30'000 Einwohnern im äußersten Südwesten Deutschlands unmittelbar im Dreiländereck Deutschland-Schweiz-Frankreich. Deshalb darf sie seit dem 1. Oktober 2022 die Bezeichnung 3-Länder-Stadt führen. SRF.ch

Donezk VR – Die ukrainische Sprache werde im nächsten Schuljahr nicht an den Schulen der Volksrepublik Donezk (DVR) unterrichtet, sagte der amtierende Leiter der Region, Denis Puschilin. Die Sprache ist in der Republik nicht verboten, aber die einheimischen Studenten wollten sie einfach nicht. VESTI.ru

Frankreich – Finnische Komponistin **Kaija Saariaho verstorben**. Sie war eine der wichtigsten zeitgenössischen Komponistinnen. Nun ist Kaija Saariaho mit 70 Jahren in Paris gestorben. SRF.ch

Großbritannien – Trotz internationaler Kritik wegen des Vorgehens gegen unerwünschte Migranten will Grossbritannien noch mehr Menschen vorübergehend auf Schiffen unterbringen. Der konservative Premierminister Rishi Sunak kündigte heute in Dover an, zwei weitere Lastkähne anzuschaffen und dort insgesamt 1000 Menschen einzuquartieren. ORF.at

- Der britische Premierminister Rishi Sunak wird US-Präsident Joe Biden ermutigen, den derzeitigen britischen Verteidigungsminister **Ben Wallace als nächsten NATO-Generalsekretär** zu unterstützen, berichtete The Telegraph am Sonntag. Wallace hat bereits zuvor Interesse an der Führung des westlichen Militärblocks bekundet. BBC.uk
- Prinz Harry hat vor einem Gericht in London gegen den Verlag Mirror Group Newspapers (MGN) ausgesagt und dabei schwere Vorwürfe gegen die britische Boulevardpresse erhoben. Bei der zivilen Sammelklage gegen MGN werden exemplarisch Fälle von mehreren Prominenten verhandelt, die den Journalisten vorwerfen, sie bespitzelt zu haben. Im Vordergrund steht dabei, wie sehr die Führungsebene verwickelt war. Prinz Harry betonte, mit seiner Klage gegen den Verlag Mirror Group Newspapers (MGN) («Daily Mirror», «Sunday Mirror» und «People») wolle er gesetzwidriges Verhalten von Reportern offenlegen. «Offensichtlich will ich nicht, dass irgendjemand dasselbe durchmacht, was ich auf persönliche Weise erleiden musste», hiess es einer am Dienstag veröffentlichten schriftlichen Zeugenaussage. Der 38-Jährige wirft MGN-Reportern vor, ihn über Jahre abgehört und daraufhin Artikel mit privaten Inhalten veröffentlicht zu haben. Der Verlag weist das entschieden zurück. SRF.ch

Haiti – Ein Geschäftsmann bekommt lebenslange Haft wegen Beteiligung an der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse (*1968) im Jahr 2021. Rodolphe Jaar erhielt die Höchststrafe, obwohl er sich schuldig bekannt und versprochen hatte, mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten, in der Hoffnung auf eine mildere Strafe. NOS.nl

Indien – Indien hat seinen Platz als **fünftgrößter Aktienmarkt** der Welt zurückerobert, berichtete Bloomberg Anfang dieser Woche unter Berufung auf Berechnungen, die auf Handelsdaten basieren. Dem Bericht zufolge stieg die Marktkapitalisierung börsennotierter indischer Unternehmen am vergangenen Freitag auf ein Viermonatshoch von 3,3 Billionen US-Dollar und übertraf damit die Marktkapitalisierung Frankreichs. Indien verlor seinen Platz unter den ersten fünf im Januar an Frankreich, als die Aktien der Adani Group, einem indischen multinationalen Mischkonzern, einbrachen.

- Nach Angaben der Landesregierung wird Foxconn, das taiwanesisches multinationales Unternehmen und Apples größter Zulieferer, im April nächsten Jahres mit der Produktion von iPhones im südindischen Bundesstaat Karnataka beginnen. Das Projekt, dessen Kosten nach Schätzungen der Regierung von Karnataka 1,59 Milliarden US-Dollar betragen werden, dürfte 50'000 neue Arbeitsplätze schaffen und steht im Einklang mit dem ehrgeizigen „Made in India“-Programm des indischen Premierministers Narendra Modi. AIR.in
- Nach dem schwersten **Zugunglück in Indiens** Geschichte ist die Zahl der Toten auf fast 300 gestiegen. Dies teilt die indische Bahn unter anderem laut den indischen Nachrichtenagenturen ANI und PTI mit. In Odisha bei Kalkutta waren am Freitagabend zwei Personenzüge und ein Güterzug zusammengestoßen. SRF.ch

Iran – Die Islamische Republik hat eine **neue Marineallianz am Golf** verkündet. Mitglieder der neuen Kooperation sollen nach iranischen Angaben Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Oman, Katar, der Irak und auch Indien sein. ORF.at

Italien – Es stellte sich heraus, dass es sich bei dem Boot, das auf dem Lago Maggiore sank, hauptsächlich um Geheimagenten handelte. Das berichten italienische und britische Medien auf Basis eigener Recherchen. Vier der 23 Menschen an Bord kamen bei dem Unfall

ums Leben. Am vergangenen Wochenende wurde bekannt, dass ein Boot durch einen Wirbelsturm auf dem Unteren Maggiore gesunken sei. Eine Quelle innerhalb der italienischen Polizei teilte Corriere della Sera mit, dass die **Gruppe von Geheimagenten** nach einem Ausflug auf dem Lago Maggiore zum Mittagessen auf die Isola Pescatori ging. Während der Fahrt wurde das Boot plötzlich von extrem starken Winden erfasst, woraufhin es kenterte und sank. Da sich nun herausstellt, dass es sich dabei nicht um Touristen, sondern um Geheimagenten handelt, wird die Ursache des Unglücks in Frage gestellt. Dies wird nun weiter untersucht. Unter den 23 Menschen an Bord waren acht Italiener, die für ihren Geheimdienst arbeiten, und 13 Israelis vom Mossad, dem israelischen Geheimdienst. Die Identität der verstorbenen Passagiere wurde kurz darauf bekannt. Es handelt sich um zwei Italiener, einen ehemaligen israelischen Mitarbeiter des Mossad und die russische Frau des Kapitäns, Anya Boshkova. Gegen den Kapitän Claudio Carminati wird noch immer von der italienischen Polizei ermittelt. Carminati soll fließend Bulgarisch und Französisch sprechen, doch eine Suche des Corriere della Sera nach den Katasterdaten von Carminati wäre erfolglos geblieben. Das gesunkene Boot wäre in den Niederlanden registriert, schreibt die britische Zeitung The Guardian. Carminati und Boshkova führten ein Unternehmen namens „Love Lake“ und organisierten Ausflüge mit dem Touristenboot.

- Wenn man von der sizilianischen Stadt Messina aus in Richtung des italienischen Festlandes blickt, muss man nicht einmal die Augen zusammenkneifen, um das Festland auf der anderen Seite zu sehen. An ihrer engsten Stelle ist die Meerenge nur 3,6 Kilometer breit. Doch für viele Menschen sorgt dieser Abstand auf Dauer für Ärger. Wer von einer Seite zur anderen gelangen will, ist weiterhin auf das Boot angewiesen. Dies bietet eine relativ reibungslose Route für Fußgänger, ist jedoch für diejenigen, die mit dem Auto oder der Bahn queren, ein teures und zeitaufwändiges Unterfangen. Die Meloni-Regierung will diesem Ärger ein Ende setzen: Letzte Woche hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den **Beginn des Baus der Brücke** ermöglicht. NOS.nl

- Die EU will, dass die italienische Regierung die Lizenzen für die Strände neu ausschreibt. Die Pächter reagieren empört. SRF.ch

Japan – Japan forscht gegen **Heuschnupfen**. In Japan züchten Forschende pollenfreie Zedern. Diese sind für 70 Prozent der Pollenallergien im Land verantwortlich. SRF.ch

- Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich geweigert, einem Plan zur Eröffnung eines NATO-Verbindungsbüros in Japan zuzustimmen, mit der Begründung, der Block dürfe sich nicht über den Nordatlantik hinaus erstrecken, berichtete die Financial Times. RFI.fr

Libanon – Nach Plänen in Russland ist die ehemalige österreichische Außenministerin (2017–2019) Karin Kneissl (58) in den Norden Libanons ausgewandert, weil sie besser Arabisch als Russisch spricht. (→kkneissl.com, @ausdemexil) RT.ru

Österreich – Auf einer der wichtigsten Zugverkehrsstrecken in Wien sorgten **ausgebüxte Lamas** kurzzeitig für Stillstand. Die Tiere waren den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) zufolge am Vormittag aus einem Zirkus entkommen und in der Nähe des Bahnhofs Meidling zwischen die Gleise gelaufen. Keines der Lamas soll zu Schaden gekommen sein. Der Streckenabschnitt zwischen dem Hauptbahnhof und Meidling wurde für circa 20 Minuten gesperrt, während Mitarbeiter des Zirkus, der ÖBB und der Polizei die Tiere einfingen.

- Wochen- und monatelang hat sich die SPÖ den Luxus geleistet, keine Politik zu machen, sondern eine über weite Strecken peinliche Nabelschau zu betreiben. Eine «rote Trash-Show» sei das gewesen, «die SPÖ sucht ihren Superstar» – sagten Spötter und Kritiker. Wobei diese Partei eigentlich ganz viele Themen hätte beackern können, die ganz weit oben auf ihrem Parteiprogramm und dem Sorgenbarometer zu finden sind: die hohe Teuerung, hohe Mieten, die Klimakrise. Der Streit um die Parteispitze war gehässig und beleidigend,

in Österreich nennt man das «untergriffig», sodass die SPÖ heute tief gespalten ist und in allen Umfragen hinter der FPÖ zurückliegt. Die Wähler davon zu überzeugen, dass genau diese SPÖ in Wien wieder regieren oder zumindest mitregieren soll, das wird ein Kunststück sein. Der Sieger Doskozil strebt bei den Wahlen eine **Koalition von SPÖ, Grünen und NEOS** im Bund an.

- Andreas Babler ist nun doch Chef der SPÖ. Grund: Bei der Auszählung am Parteitag in Linz am Sonntag wurden die **Stimmen vertauscht**. So kam nicht Hans Peter Doskozil auf 52,66 Prozent der Stimmen, sondern Babler. Doskozil kam auf 46,51 Prozent. Das verkündete die Leiterin der Wahlkommission, Michaela Grubesa, in einer Pressekonferenz Montagnachmittag. Nachdem darauf Doskozil seinen Rückzug aus der Bundespolitik verkündet hatte, trat am Abend Babler vor die Kameras – er **will die nochmalige Überprüfung der Stimmen**. Doskozils Niederlage entbehrt nicht einer gehörigen Portion Ironie. Schließlich war es der Landespolitiker und ehemalige Verteidigungsminister, der mit jahrelangen verbalen Querschüssen gegen die scheidende Parteichefin Pamela Rendi-Wagner die Neuwahl der Parteispitze ausgelöst hatte. SRF.ch

- Die Hoffnung schwindet, dass der geplante **Lithiumabbau** auf der Weinebene dem Kärntner Lavanttal neue Arbeitsplätze bringt. Die Projektbetreiber, die australische Firma European Lithium, kündigte an, dass das Lithium in Kärnten abgebaut, aber nicht hier verarbeitet werden soll. Die Verarbeitung soll aus Kostengründen in Saudi-Arabien erfolgen.

- Beim von linken Nichtregierungsorganisationen ausgerichteten „Gipfel“ soll laut Eigendarstellung eine „**Wiener Erklärung für den Frieden**“ veröffentlicht werden, in der Politiker aufgefordert würden, sich für einen **Waffenstillstand und Verhandlungen in der Ukraine** einzusetzen. „Prominente internationale Redner“ würden auf die wachsende Eskalationsgefahr des Krieges hinweisen und eine „Umkehr hin zu einem Friedensprozess“ fordern, heißt es in einer Presseaussendung zur Veranstaltung, die am 10. und 11. Juni in Räumlichkeiten des ÖGB im 2. Wiener Gemeindebezirk stattfinden soll. ORF.at

- Opec+ beschränkt die Ölförderung für das Jahr 2024. Das Ölkartell Opec+ will nach eigenen Angaben im kommenden Jahr rund 40 Millionen Barrel (je 159 Liter) am Tag fördern. Das bedeutet nach Berechnungen der russischen Agentur Tass eine Kürzung der gesamten Opec+-Fördermenge um 1.39 Millionen Barrel pro Tag. Diese Entscheidung traf die Allianz aus 23 Staaten am Sonntag in Wien. Ihr waren stundenlange, zähe Verhandlungen vorausgegangen. Im Vorfeld hatte vor allem Saudi-Arabien Spekulationen genährt, dass es zu einem Beschluss über ein weiteres Förderlimit kommen könne. Russland dagegen hatte signalisiert, dass kein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe. Im April war eine Produktionskürzung um 1.66 Millionen Barrel (je 159 Liter) am Tag bis Ende des Jahres zur **Stabilisierung des Ölpreises** beschlossen worden. SRF.ch

Russland – Russland hat Fotos von zerstörter westlicher Hardware auf russischem Territorium veröffentlicht. Von mehreren NATO-Staaten, darunter den USA, bereitgestellte militärische Ausrüstung und Waffen gelangten in die Hände von Militanten, die grenzüberschreitende Überfälle auf die russische Region Belgorod, 30 km nördlich von Charkow, starteten.

- Beim Stadtmarathon in St. Petersburg am 4.6. gab es einen **Rekord von 160'000 Teilnehmern**.

- Der Stadtbezirk Schebekinski sei erneut angegriffen worden, das ukrainische Militär habe das Gebiet des Marktes im Zentrum von Schebekino beschossen, sagte der Gouverneur der Region Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow. Bei einem direkten Granatentreffer gab es drei Brandherde: im Marktbereich, im Privatbereich und im Getreidespeicherbereich. IZ.ru

- Kondor-FKA ist einer der russischen kleinen **Fernerkundungssatelliten**. Er wurde nicht vom staatlichen Raumfahrtunternehmen Roskosmos entwickelt, sondern von den russischen VKS Aerospace Forces. Neben der Kartierung und Bestimmung meteorologischer Bedingungen werden solche Satelliten auch zur Überwachung und Erkundung natürlicher Ressourcen eingesetzt. Er kann durch Wolken und durch Regen sehen. Er kann alles durchschauen. Die Waffen werden nun alle entdeckt und in die

russische Zieldatenbank programmiert. Und die Russen werden immer mehr darauf schießen, und dafür sehen wir bereits Anzeichen.“ Der Waffenexperte Scott Ritter fügte hinzu, er glaube, dass dieser Konflikt „irgendwann im Spätsommer, frühen Herbst für die Ukrainer unhaltbar werden würde“. Ritter bereiste Kasan, Irkutsk und Jekaterinburg, um sein Buch „Abrüstung in der Zeit der Perestroika“ vorzustellen (Verlag Clarity Pr. Inc., 370 Seiten, ISBN-978-1-949762-61-7, 29,99 €), das das Atomwaffenabkommen zwischen Russland und den USA untersucht. BNR.bg

- Mehrere russische **Radiosender sind von Hackern angegriffen worden** und haben eine gefälschte Rede zu einer angeblichen ukrainischen „Invasion“ gesendet, die vermeintlich von Präsident Wladimir Putin stammen sollte. Die mit KI gefälschte Rede wurde heute auf mehreren Radiosendern in an die Ukraine grenzenden Gebieten ausgestrahlt, wie örtliche Behörden meldeten. Die Stimme und der Tonfall ähnelten stark der Sprechweise des russischen Präsidenten. In der auch in Onlinenetzen verbreiteten gefälschten Rede wurde behauptet, „bis an die Zähne bewaffnete (...) und von Washington unterstützte ukrainische Streitkräfte“ seien in die Regionen Kursk, Belgorod und Brjansk eingedrungen. Auch wurde die Verhängung des Kriegsrechts in den Regionen angekündigt, ebenso eine anstehende allgemeine Mobilmachung und die Evakuierung der Bevölkerung in den drei Regionen. Der Kreml bestätigte den Hackerangriff. ORF.at

- Die Ukraine habe ein **Netzwerk von Agenten** und Sympathisanten innerhalb Russlands aufgebaut, die an der Durchführung von Sabotageakten gegen russische Ziele arbeiten, und damit begonnen, sie mit Drohnen auszustatten, um Angriffe durchzuführen, sagten mehrere Personen, die mit den US-Geheimdiensten in dieser Angelegenheit vertraut sind, gegenüber [CNN.us](https://www.cnn.com)

Schweden – Snus hat in Schweden Tradition und erlebt gleichzeitig ein Revival. Fast 30 Prozent der schwedischen Bevölkerung klemmt sich den Tabak nicht als Zigarette zwischen die Lippen, sondern im **Beutelchen hinter die Oberlippe**. Hier entfaltet der Tabak seine Wirkung. Das Nikotin gelangt via Mundschleimhaut ins Blut und von dort ins Gehirn, wo es anregt und gleichzeitig beruhigt. Etwas langsamer zwar als mit Lungenzügen, aber doch schnell genug, um die Nikotinabhängigkeit zu befriedigen. Snus setzt sich aus getrocknetem und gemahlenem Tabak zusammen, der mit Salzen gewürzt ist und mit unterschiedlichen Aromen angereichert. Der urig skandinavische Lutschtabak ist in Schweden sehr beliebt und wird auch in Norwegen viel konsumiert. In weit geringerem Ausmaß auch in anderen Ländern wie der Schweiz. Weil in Schweden immer häufiger gesnust als geraucht wird, überquert das Land im Norden wohl bald die Schwelle zur rauchfreien Welt. Rauchfrei darf sich ein Land nennen, wenn die Zahl der Raucher unter fünf Prozent fällt. Gesundheitlich ist das gut so. Tabak bleibt zwar Tabak und das Nikotin verliert sein Suchtpotenzial nicht, nur weil es im kleinen Beutel statt im gerollten Papier daherkommt. Aber Rauchen ist sehr viel schädlicher. Jährlich 9'500 Todesfälle durch Tabakkonsum. SRF.ch

Schweiz – Wenn KI die Benzinpreise bestimmt. Preisüberwacher Stefan Meierhans spricht von einem Game-Changer. «Computer lernen, wie sie Konsumenten noch besser packen können, ihnen noch mehr Geld aus dem Portemonnaie ziehen können». Künstliche Intelligenz als Preismanager: In der hart umkämpften Tankstellen-Branche könnte das schon bald Realität sein. Die europaweit tätige Firma A2i Systems bietet für Tankstellenbetreiber solche KI-generierte Software an. Die Firma verspricht auf der eigenen Internetseite, ihre Software könne «Mengen und Margen verbessern» und «mehr Profit generieren». Die selbstlernende Software analysiert das Kaufverhalten, die Konkurrenz und optimiere schnell und effizient die Preise.

- Basel sagt invasivem Insekt den Kampf an. Die **Tigermücke ist aggressiv** und kann Krankheiten übertragen: Die Bevölkerung soll im Kampf gegen das Insekt mitmachen.
- Die Schweiz koppelt Mieten an den Referenzzins. Eine Alternative wäre die Teuerungskoppelung.

- Digitalisierung in der Schule. Maturaarbeit: Wegen Textrobotern setzt Basel mehr aufs Mündliche. Maturanden in Basel sollen künftig mündlich beweisen, dass ihre Maturaarbeit nicht nur künstliche Intelligenz abbildet.
- Angebliche «Mode aus Zürich» kommt aus China. Der Onlineshop «Paul Rosenbach» wirbt mit fairer Mode aus Zürich. Geliefert wird synthetische Billigware aus China.
- Egal ob im Job oder in der Familie: Manche Väter fühlen sich mit ihren Problemen allein – oder kennen entsprechende Beratungsangebote nicht. Das Oberwalliser Männerbüro will jetzt Gegensteuer geben. Und will die Männer dort abholen, wo viele gerne Zeit verbringen. Und zwar in der Beiz. SRF.ch

Simbab – Präsident Emmerson Mnangagwa (73) hat angekündigt, dass das Land seine **Präsidenten- und Parlamentswahlen** am 23. August abhalten wird, da das südafrikanische Land mit wirtschaftlicher Instabilität zu kämpfen hat. Der 2. Oktober wurde als Datum für eine mögliche Stichwahl des Präsidenten festgelegt. SABC.za

Singapur – Indonesiens Verteidigungsminister stellte am Samstag eine **neue Friedensinitiative** zur Lösung des Konflikts in der Ukraine vor. Prabowo Subianto (72) forderte Militärbeamte aus aller Welt auf, eine Erklärung abzugeben, in der die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert wird. Auf dem Verteidigungstreffen des Shangri-La-Dialogs in Singapur teilte Prabowo seinen Mehrpunktplan mit, der einen Waffenstillstand und die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone umfassen würde, in der sich sowohl Russland als auch die Ukraine 15 km von ihren jeweiligen vorderen Positionen zurückziehen würden. Der Verteidigungsminister betonte, dass die demilitarisierte Zone von einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen überwacht werden sollte. Darüber hinaus schlug er vor, in dem umstrittenen Gebiet ein von den Vereinten Nationen gefördertes Referendum durchzuführen, um die **Wünsche der Mehrheit der Einwohner objektiv zu ermitteln**. RRI.id

Südafrika – Anfang des Jahres kündigte der internationale Wirtschaftsblock BRICS (bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, daher das Akronym) an, dass er möglicherweise bald mit der Prüfung der Aussichten für die **Einführung einer eigenen Währung** zur Umgehung des US-Dollars beginnen werde, während Südafrikas Außenwährung Minister Naledi Pandor sagte kürzlich, dass die Abkehr vom US-Dollar dazu beitragen könnte, andere Nationen zu stärken. Während die Vereinigten Staaten ihre Versuche verstärken, Länder, die sie nicht mögen, durch Wirtschaftssanktionen zu bestrafen, begannen eine Reihe von Ländern auf der ganzen Welt darüber nachzudenken, dieser Bedrohung durch die Einführung einer neuen Währung entgegenzuwirken, die die Dominanz des US-Dollars im Welthandel herausfordern könnte. Professor Alexis Habiaryemye von der Universität Johannesburg wies darauf hin, dass der „unverhältnismäßige Vorteil, den der Dollar im internationalen Währungssystem genoss“, der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs entstand, bereits vor Jahrzehnten vom damaligen französischen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing hervorgehoben wurde – er prägte sogar den Begriff „exorbitante Privilegien“. „Aufgrund der Extraterritorialität des US-Rechts für alle Teile der Welt, in denen der US-Dollar verwendet wird, würde die Verwendung einer anderen Währung diesen Ländern auch ermöglichen, die willkürliche Durchsetzung von US-Gesetzen auf ihren Territorien zu vermeiden“.

- Forscher unter der Leitung des amerikanischen Paläoanthropologen Lee Berger gaben die Entdeckung am Montag bekannt und behaupteten, dass Mitglieder einer alten menschlichen Spezies namens *Homo naledi* ihre Toten begraben und Symbole in die Wände von Gräbern eingraviert hätten. Dies stellt den „frühesten Beweis für mehrfache Bestattungen und Bestattungshandlungen“ dar, der mindestens 100'000 Jahre vor Bestattungen durch den *Homo sapiens* liegt, sagten die Wissenschaftler in einem Vorabdruck von zwei Forschungsarbeiten, die auf [biorxiv.org/](https://www.biorxiv.org/) verfügbar sind. Skelettreste

des *Homo naledi*, dessen Gehirn etwa ein Drittel so groß war wie das des modernen Menschen und der für seine Fähigkeit bekannt ist, auf Bäume zu klettern, wurden in einem unterirdischen Höhlensystem in der Rising Star Cave entdeckt, das sich etwa 30 Meter unter der Wiege der Menschheit befindet – ein UNESCO-Weltkulturerbe, etwa 35 km nordwestlich von Johannesburg gelegen. Die Exemplare sollen auf ein Alter zwischen 335'000 und 241'000 Jahren datiert sein, was sie zu den frühesten bekannten Bestattungen macht. SABC.za

- Die Nachfrage nach Strom übersteigt in Südafrika bei Weitem das Angebot. Damit das Netz nicht zusammenbricht, wird jeden Tag für viele Stunden der Strom abgestellt. Dieses „**Load-Shedding**“ wird sich in den kommenden Wintermonaten noch verstärken – und damit die Nöte der Menschen und der Wirtschaft. Die Ursachen liegen in Korruption auf höchster Ebene, Missmanagement und Sabotage. ORF.at

Taiwan – US-Verteidigungsminister warnt China vor Angriff auf Taiwan. Laut Lloyd Austin wäre ein solcher Konflikt «verheerend». Er hätte massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. SRF.ch

Türkei – Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnete den Wahlsieg des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan über seinen Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu am Freitag in einer Radiosendung als „riesige Erleichterung“. „Wenn Erdoğan nicht gewonnen hätte, hätte Soros' Mann die Grenzen für Einwanderer geöffnet“, behauptete Orbán und bezog sich dabei auf **Kılıçdaroğlu als Agenten** des milliardenschweren Währungsspekulanten und Geldgebers liberaler Anliegen George Soros. Hätte er gewonnen, würden bis zum Ende des Sommers bis zu drei Millionen der vier Millionen in der Türkei lebenden Flüchtlinge die ungarische Grenze überschwemmen, vermutet Orbán. KR.hu

Ukraine – Viele Kinder haben im Ukrainekrieg beide Eltern verloren. Ein engagierter Pater im westukrainischen Lemberg versucht, ihnen zu helfen. Seit 16 Jahren betreibt Pater Mykhaylo Chaban das Waisenhaus Pokrova in Lemberg. 65 Jungen zwischen 6 und 17 Jahren betreut er dort. Seit dem Ukraine-Krieg sind 20 Kinder neu dazugekommen. Alle haben Furchtbares erlebt und sind schwer traumatisiert, so der Pater, der dem römisch-katholischen Orden der Salesianer Don Boscos angehört.

- Im südlichen Teil der Ukraine wurde der Kachowka-Staudamm im Zuge des Krieges gesprengt. Wer dafür verantwortlich ist, ist noch unklar. Das Wasserkraftwerk Kachowka war ein Laufwasserkraftwerk am Fluss Dnjepr in Nowa Kachowka, einer Hafenstadt am Südufer des Stausees. Die Hauptzwecke des Staudamms waren die Erzeugung von Wasserkraft, die Bewässerung und die Schifffahrt. Es war der sechste und letzte Damm in der Kaskade des Dnjepr-Stausees. Der tiefe Wasserkanal ermöglichte die Schifffahrt flussaufwärts und flussabwärts. Zur Anlage gehört auch ein Wintergarten. Auf dem Damm überqueren die Straße P47 und eine Eisenbahn den Dnjepr. Das Wasserkraftwerk Kachowka hatte im Oktober 2015 241 Mitarbeiter. Seit September 2012 ist Jaroslaw Kobelja der Direktor. Ab 2019 war der Damm profitabel und brachte 7 Millionen Franken in die lokalen Regierungshaushalte und 50 Millionen Franken in das Volkseinkommen ein. Am Morgen des 6. Juni 2023 wurde ein erheblicher Teil des Damms zerstört, möglicherweise durch eine Explosion in der Nähe der Dammmitte, wodurch eine große Menge Wasser flussabwärts freigesetzt wurde. Die unmittelbarste Gefahr, die vom zerstörten Staudamm ausgeht, sind die Überschwemmungen, die flussabwärts drohen. Gemäß dem ukrainischen Premierminister seien 80 Siedlungen bedroht. Ein von Russland installierter Beamter sprach von 22'000 Menschen in 14 Siedlungen, die in der Region südlich von Cherson bedroht seien. Ein weiteres Problem ist die Trinkwasserversorgung oder die Kühlung des Atomkraftwerks Saporischja, das am Ufer des Stausees liegt. SRF.ch Das Wasserkraftwerk Kachowskaja in der russischen Region Cherson sollte durch eine schmutzige Bombe der

ukrainischen Armee ausgeschaltet werden. Dies sind Massenvernichtungswaffen, die aus einem konventionellen Sprengsatz bestehen, der bei seiner Explosion radioaktives Material in der Umgebung verteilt. VESTI.ru

- Eine Untersuchungskommission hat fast die Hälfte der von ihr überprüften Luftschutzkeller in Kiew für nicht einsatzbereit erklärt. ORF.at

Ungarn – Zu seinem Treffen mit Santiago Abascal (47) sagte Viktor Orbán (60), die beiden Politiker seien übereingekommen, die Zusammenarbeit zwischen der spanischen Vox-Partei und der von Orbán geführten Fidesz-Partei fortzusetzen.

- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán hat versprochen, Russland nicht zu bekämpfen und das Land nicht in den Ukraine-Konflikt hineinziehen zu lassen, solange seine Regierung an der Macht bleibt. Der Premierminister machte diese Bemerkungen am Freitag während eines Interviews mit dem lokalen Kossuth Radio. KR.hu

USA – Ein neues Gesetz erleichtert es Schulen, Bücher nach Beschwerden von Eltern zu verbieten. Um dies anzuprangern, beschwerte sich ein Elternteil über den vulgären und gewalttätigen Inhalt der Bibel.

- Kentucky Derby Rennbahn nach 12 toten Pferden geschlossen. Zwölf Tiere mussten in einem Monat getötet werden, weil sie bei Rennen zu schwer verletzt wurden. Es ist ein Rätsel, warum so viele Tiere plötzlich verletzt werden.

- YouTube wird keine Videos mehr entfernen, in denen **Betrug bei der US-Präsidentschaftswahl 2020** behauptet wird. NOS.nl

- US-Luftwaffe fängt Kleinflugzeug nahe Washington D.C. ab. In den USA hat ein Kleinflugzeug einen **Einsatz der Luftwaffe über der Hauptstadt Washington D.C.** ausgelöst. F-16 Kampffjets haben laut US-Luftverteidigungskommando versucht, das Flugzeug vom Typ Cessna Citation abzufangen. Der Pilot war den Angaben zufolge nicht mehr ansprechbar und habe nicht auf die Aufforderungen der Behörden reagiert. Den Kampffjets sei erlaubt worden, mit Überschallgeschwindigkeit zu fliegen. Um die Aufmerksamkeit des Piloten zu erregen, hätten sie Leuchtmunition abgefeuert. Die Cessna sei dann in einem Waldgebiet bei Montebello im Bundesstaat Virginia abgestürzt. Unklar war zunächst, ob es an Bord einen medizinischen Notfall gegeben hatte und der Pilot deshalb nicht reagierte. Und, ob das Kleinflugzeug Beschränkungen des Luftraums über Washington und Umgebung verletzt hatte. Laut CNN befanden sich vier Personen in der Cessna, zu denen zunächst keine Details bekannt waren. Die Maschine sei nicht vom Militär abgeschossen worden, teilte der Nachrichtensender unter Berufung auf eine mit der Sache vertraute Person mit. Die Luftfahrtaufsicht teilte mit, das Kleinflugzeug sei in Elizabethton im südlichen Bundesstaat Tennessee gestartet und hätte in Long Island in New York landen sollen. Der eigentliche Ankunftsort ist rund 500 Kilometer Luftlinie von der Absturzstelle entfernt. SRF.ch

- Nach dem illegalen Einmarsch in den Irak, der rund eine Million Todesopfer forderte und auf einer Mischung von faktisch in Frage gestellten Verschwörungstheorien über Massenvernichtungswaffen beruhte, wirkt es lächerlich, dass die USA nun behaupten, sie seien gegen illegale Invasionen. Ehemalige Beamte der Bush-Regierung wie Condoleezza Rice (68) sind sogar in landesweiten Fernsehsendungen in den USA aufgetreten, um illegale Invasionen in fremde Länder zu verurteilen. Sogar der frühere US-Präsident George W. Bush (77) verurteilte scheinbar in einem Freudschen Ausrutscher die „heilige, ungerechtfertigte und brutale Invasion des Irak ... er meinte die Ukraine“. [KFAR.us](https://www.kfar.us)

Vatikan – Im Vatikan wird der Hochaltar der Peterskirche, nachdem er von einem nackten Mann besudelt wurde, gereinigt. Der Pole protestierte gegen den Krieg in der Ukraine, indem er sich auf dem Altar auszog. NOS.nl

VAE – Yango – ein Liefer- und E-Grocer-Unternehmen mit russischen Wurzeln – erfreut sich zunehmender Beliebtheit und fordert in Dubai die Branchengrößen Uber und Careem heraus, berichtete Bloomberg am Mittwoch unter Berufung auf Quellen. Dem Bericht zufolge lag sein Anteil am lokalen Markt für Fahrdienste im Mai zwischen 4 % und 8 %, weniger als ein Jahr nachdem das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit in der bevölkerungsreichsten Stadt der VAE aufgenommen hatte. Yango startete im September 2022 in Dubai. Betrieben wird es von dem in den Niederlanden ansässigen Unternehmen Ridetech International, ehemals Yandex Taxi, einer Tochtergesellschaft von Yandex NV, der in den Niederlanden registrierten Holdinggesellschaft des russischen IT-Konzerns Yandex. Analysten stellen fest, dass die Popularität des Unternehmens auf den Zustrom russischer Unternehmen und Expats zurückzuführen ist, die im vergangenen Jahr aufgrund der im Westen verhängten antirussischen Sanktionen **in die Vereinigten Arabischen Emirate umgesiedelt** sind. Laut Islam Abdul Karim, dem regionalen General Manager von Yango, wächst die Zahl der Bestellungen für Yango-Fahrten jede Woche durchschnittlich um etwa 20 %. Die VAE sind das neue Urlaubsparadies der Russen. iz.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 07.06.2023

Brasilien – Die Abgeordnetenversammlung hat ein von der linken Regierung als Instrument zum Völkermord kritisiertes Gesetz gebilligt. Dieses soll die Ausweisung von **Schutzgebieten für Indigene** begrenzen. 283 Parlamentarier stimmten am Dienstag für die Initiative, 155 dagegen. Die Zustimmung in der Abgeordnetenversammlung wurde als Niederlage der Regierung gewertet. Der Text wird nun dem Senat zur Bestätigung weitergeleitet, bevor er Präsident Luiz Inácio Lula da Silva vorgelegt wird, der noch sein Veto einlegen kann. Das Gesetz sieht vor, dass nur Land als Schutzgebiet ausgewiesen werden kann, das am Tag der Verkündung der Verfassung am 5. Oktober 1988 von indigenen Völkern bewohnt wurde. SRF.ch

BR Deutschland – Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg lehnt ein **Verbot von Privatjets** ab. Das hatten die Linken gefordert und auf Umweltgründe verwiesen. Es gebe zu den häufigsten Zielen der Geschäftsflüge auch Dutzende Linienflüge, hieß es. Ein Sprecher des Flughafens verwies jetzt aber auf geltende Bestimmungen, wonach auch die Infrastruktur für Privatjets bereitgestellt werden müsse. RBB.de

- Die Anklage gegen die Unternehmerin Andrea Tandler wiegt schwer: Die Münchner Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, umgerechnet über 23 Millionen Franken Steuern hinterzogen zu haben. Das teilten die Ermittler am Dienstag mit. Mit Provisionen aus Maskengeschäften zu Beginn der Corona-Pandemie sollen Tandler und ihr ebenfalls angeklagter Partner gegen 50 Millionen Franken eingenommen haben. SRF.ch

Europa – Estland hat **mit 28 Tagen den längsten Mindesturlaub**. In Frankreich, Österreich und Skandinavien sind es 25 Tage. Dafür hat die Slowakei die meisten gesetzlichen Feiertage, nämlich 15, in Österreich, Rumänien, Slowenien, Tschechien sind es 13. Deutschland kommt auf 9 Feiertage und 20 Tage Mindesturlaub, die Schweiz auf 4 Feiertage und 20 Tage Mindesturlaub. SRF.ch

Indien – Die Reederei MSC mit Hauptsitz in Genf entsorgt ein Containerschiff am Schiffsfriedhof in Alang. SRF.ch

Iran – Die Islamische Republik hat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zufolge inzwischen 23-mal so viel angereichertes Uran wie im internationalen Atomabkommen von 2015 vereinbart. Einem vertraulichen IAEA-Bericht zufolge, der der Nachrichtenagentur AFP gestern vorlag, beläuft sich die Menge an waffenfähigem Uran mittlerweile auf 4,74 Tonnen. Er ist somit erheblich höher als die 2015 im Atomabkommen vereinbarte Höchstmenge von 202,8 Kilogramm. Trotz dieser erhöhten Urananreicherung hat die IAEA einem separaten Bericht zufolge weitere Nachforschungen zu einer nicht gemeldeten Atomanlage in dem Land eingestellt. Die IAEA habe „keine weiteren Fragen“, hieß es in dem AFP ebenfalls vorliegenden Bericht über den Standort Mariwan in der südlichen Provinz Fars. Die IAEA betrachte die Angelegenheit „zum jetzigen Zeitpunkt als erledigt“. Sie habe „plausible Erklärungen“ aus Teheran erhalten. Im derzeit auf Eis liegenden Internationalen Atomabkommen mit dem Iran war 2015 für die Urananreicherung ein Schwellenwert von 3,67 Prozent vereinbart worden. Der frühere US-Präsident Donald Trump hatte die mühsam ausgehandelte Vereinbarung im Jahr 2018 einseitig aufgekündigt. Daraufhin zog sich auch der Iran schrittweise aus seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen zurück. ORF.at

Israel – Der jüdische Staat ringt um seine Seele, stellt Susanne Brunner fest. Seit Mitte Januar demonstrieren in Israel einige Hunderttausend Menschen gegen die geplante Justizreform ihrer Regierung. Die größten Demonstrationen finden jeden Samstagabend in Tel Aviv statt, aber auch in anderen Städten gibt es Protestveranstaltungen. Die Angst dieser Leute: Premier Benjamin Netanjahus Regierung sei daran, Israel in eine Diktatur zu verwandeln. «Demokratie! Demokratie!» skandieren sie. Netanjahus Anhängerschaft versteht den Aufruhr nicht. Sie haben konservative, religiöse und sogar rechtsextreme Parteien gewählt, und sie stellen die Mehrheit im Parlament. «Die Mehrheit befiehlt!», finden sie, und halten die Demonstrierenden nicht nur für schlechte Verlierer, sondern für die Elite, welche sich ihre Macht durch die Gerichte sichern und dabei die demokratisch gewählte Mehrheit im Parlament übergehen wolle. Der Streit um die geplante Justizreform spaltet selbst Familien. Der Restaurantbesitzer und siebenfache Vater Ori Melamed erzählt, wie seine Verwandte und Freunde jede Woche demonstrieren und kaum noch mit ihm reden. Weil er politisch rechts steht und religiös ist. Amit Nachmany, eine zweifache Mutter, welche als Armeekommandantin Soldaten auf Waffensystemen trainiert hat, demonstriert dreimal pro Woche. Weil sie glaubt, die Justizreform werde unter anderem die Rechte und Freiheiten von Frauen beschneiden. Längst wird nicht nur um die Justizreform gestritten. Im Kern geht es um Grundsatzfragen wie: «Wer ist überhaupt Israeli?», «Was bedeutet «jüdisch»? «Kann ein Staat, der sich als jüdisch definiert, gleichzeitig auch demokratisch sein?» Was in Israel passiert, beschreibt Nechumi Yaffe, Forscherin in der ultra-orthodoxen jüdischen Gemeinschaft und Dozentin an der Tel Aviv University so: «Es ist ein Ringen um die unfassbare Wirklichkeit dessen, was es heißt, jüdisch zu sein und Macht und Souveränität zu haben. Zweitausend Jahre lang wurden wir von anderen beherrscht – jetzt sind wir ein unabhängiges Volk. Das ist eine neue Erfahrung, und als Nation sind wir auf der Suche, wie wir uns definieren wollen.» **Israel wird in diesem Jahr 75:** Eine Reportage über das Ringen um die Seele des jungen Staates. Im Podcast International auf SRF.ch

Italien – Italien streicht Schweiz von schwarzer **Liste der Steuerparadiese**. Grund für die Streichung ist das neue Grenzgänger-Abkommen. Das italienische Parlament hat es am Mittwoch ratifiziert. SRF.ch

Jordanien – Kronprinz Hussein bin Abdullah hat bei einer prunkvollen Zeremonie die Architektin Radschwa As Saif (29) geheiratet. Zu der **Hochzeit in der Hauptstadt Amman** kamen unter anderem der britische Thronfolger Prinz William (40) und seine Frau Prinzessin Kate (41), der niederländische König Willem-Alexander (56) sowie die amerikanische First Lady Jill Biden (71). Radschwa trug zu der Feier am Donnerstag ein langärmeliges weißes

Seite E 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kleid mit Tiara und langer Schleppe. Per Erlass des Königshofs wurde ihr der Titel Prinzessin und der Name Radschwa al-Hussein verliehen. Der 28-jährige Hussein ist der älteste Sohn des Königs Abdullah II. (61) und seiner Frau Rania (52). Im Jahr 2009 ernannte sein Vater ihn, damals noch ein Teenager, zum Kronprinzen. Mehrere Jahre zuvor hatte König Abdullah II. seinem jüngeren Halbbruder, Prinz Hamsa, den Titel entzogen, SRF.ch

Kanada – Feuerwehrleute aus den USA und Südafrika bekämpfen **Waldbrände** sowohl in der östlichen Provinz Nova Scotia als auch in der westlichen Provinz Alberta. NOS.nl

Kosovo – Nach Unruhen schickt die Nato **weitere 700 Soldaten in den Kosovo**. Gestern kam es in der Stadt Zvečan zu Zusammenstößen zwischen NATO-Friedenstruppen und ethnischen Serben. Der Konflikt dreht sich um die Wahl kosovo-albanischer Politiker im Norden des Landes. NOS.nl

Moldau – zwischen Rumänien und der Ukraine gelegen – war am Donnerstag das Zentrum Europas. Denn dort haben sich die Staats- und Regierungschefs fast aller europäischen Länder zum zweiten Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft getroffen. Nicht eingeladen waren einzig Russland und Belarus. Das Gipfeltreffen war ein Zeichen der Solidarität gegenüber der Ukraine und dem Gastgeberland Moldau. Grundsätzlich soll die **Europäische Politische Gemeinschaft** aber vor allem die Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen europäischen Staaten verbessern. SRF.ch

Neuseeland – Die Fluglinie Air New Zealand will in den kommenden Wochen vor internationalen Flügen nicht nur das Gepäck, sondern auch die Passagiere wiegen. Grund sei, dass die Piloten vor jedem Start das Gewicht und die Balance des beladenen Flugzeugs kennen müssten, wie das Unternehmen mitteilte. SRF.ch

Nordkorea – Nordkorea ist mit dem Versuch gescheitert, erstmals einen Erdbeobachtungssatelliten für militärische Zwecke ins All zu bringen. Das von Kim Jong-un regierte Land räumte – nur wenige Stunden nach dem Start der Trägerrakete «Chollima-1» von der Westküste des Landes – den Fehlschlag ein. Ein zweiter Start sei aber bereits geplant. Die USA und Südkorea wie auch UNO-Generalsekretär António Guterres verurteilten den Raketenstart. Das südkoreanische Militär hatte zuvor den Start der mehrstufigen Rakete im Nachbarland erfasst. Sie sei Richtung Süden geflogen. Der Generalstab sprach später von einem «abnormalen Flug». Die Rakete sei etwa 200 Kilometer westlich der südkoreanischen Insel Eocheong im Gelben Meer ins Wasser gestürzt. Ein Objekt, das wahrscheinlich Teil der Rakete sei, sei aus dem Wasser gezogen worden. Der Flug der neuartigen Rakete mit dem militärischen Aufklärungssatelliten «Malligyong-1» sei nach dem Start von der Sohae-Startanlage zunächst normal verlaufen, berichteten Nordkoreas Staatsmedien unter Berufung auf die nationale Behörde für Raumfahrtentwicklung. Dann seien jedoch Probleme bei der Zündung der zweiten Raketenstufe aufgetaucht und die Rakete habe an Schubkraft verloren. Die «schwerwiegenden Fehler» würden untersucht, um so bald wie möglich den zweiten Satellitenstart folgen zu lassen. Nordkorea hatte den Start angekündigt. Das Nachbarland Japan wurde davon informiert. SRF.ch

Österreich – Betrug bei kontaktlosem Bezahlen. Wieder einmal haben Online-Betrüger laut Polizei eine neue Masche gefunden. Sie locken ihre Opfer erst auf gefälschte Bank-Webseiten und ergaunern so deren Codes. Dann speichern sie diese auf ihre eigenen Handys und können via NFC-Technologie bei Bankomatkassen bezahlen. ORF.at

Portugal – Eine **riesige Lithiummine** in Portugal hat grünes Licht von der Umweltschutzbehörde bekommen. Das Barroso-Projekt im Norden des Landes habe die

Genehmigung für den Abbau von Lithium erhalten, nachdem der ursprüngliche Vorschlag „erheblich geändert“ worden sei, gab die Behörde heute bekannt. Die Mine könnte die größte in Westeuropa werden und der E-Auto-Industrie in Europa Auftrieb geben. Portugal besitzt die vermutlich größten Lithiumvorkommen des Kontinents. ORF.at

Russland – Der Gouverneur des russischen Grenzgebiets Belgorod fordert den Anschluss des benachbarten Gebiets Charkow an Russland. Das würde den Angriffen auf russisches Territorium ein Ende setzen.

- Der große US-Kreditgeber Citigroup hat einen Deal zur Übertragung des Kreditkartenportfolios seiner russischen Tochtergesellschaft (Citibank) an die Geschäftsbank Uralsib abgeschlossen, berichteten mehrere Medien am Dienstag unter Berufung auf den Pressedienst der Citibank. Die in Privatbesitz befindliche Uralsib gehört nach Vermögenswerten zu den 30 größten Banken Russlands. „Citigroup hat mit der PJSC Bank Uralsib eine Vereinbarung getroffen, nach der bestehenden Kreditkarteninhabern der JSC Citibank vorbehaltlich ihrer Zustimmung die Möglichkeit geboten wird, gemäß russischem Recht zu Uralsib zu wechseln“, sagte Citibank gegenüber RIA Novosti. VESTI.ru

- Wie die Dinge heute stehen, ist ukrainisches Operieren in Russland völkerrechtlich nur Abwehr, von wem auch immer die Waffen stammen. Völkerrechtlich ist das kein Angriff, sondern eben wirklich Selbstverteidigung. Wenn die USA nun aber den Einsatz der von ihnen gelieferten Waffen auf russischem Territorium nicht wollen, dann ist das eine bloße politische Lieferbedingung. Die Logik dahinter ist allerdings klar: amerikanische Waffen in Russland gegen Russland? Das wäre offenkundig eine brandgefährliche Situation. SRF.ch

- Die ehemalige österreichische Außenministerin (2017–2019) Karin Kneissl (58) sagte auf Russia Today sie lebe seit zwei Jahren in Russland und warte auf die Staatsbürgerschaft. Sie hätte wegen ihrer prorussischen Haltung in Österreich keine Aufträge mehr bekommen und hätte zuletzt von 200 Euro im Monat leben müssen. Außerdem hätte es Morddrohungen gegeben. Kneissl wurde in Wien geboren und verbrachte einen Teil ihrer Kindheit in Amman, wo ihr Vater als Pilot für König Hussein von Jordanien arbeitete. Nach ihrem Abschluss in Wien studierte sie an der Hebräischen Universität Jerusalem und der Universität Jordanien in Amman. Anschließend verbrachte sie ein Jahr an der Georgetown University. 1992 schloss sie ihr Studium an der École nationale d'administration ab. Sie promovierte in internationalem Recht. Kneissl war als freiberufliche Journalistin tätig. Der Öffentlichkeit wurde sie durch ihre politischen Analysen im Österreichischen Rundfunk ORF bekannt. Sie ist Autorin mehrerer Sachbücher. Als Expertin für internationales Recht, Geschichte des Nahen Ostens und des Energiemarktes unterrichtete Kneissl an der Diplomatischen Akademie in Wien, der European Business School in Straßburg und an der Université Saint-Joseph in Beirut. In ihren öffentlichen Schriften und Auftritten hat Kneissl die Europäische Union oft scharf kritisiert. **Karin Kneissl «Diplomatie Macht Geschichte: Die Kunst des Dialogs in unsicheren Zeiten.»** 22 €. Hildesheim. Olms Verlag, Juni 2020. ISBN 978-3-487-08633-0. Sie betreut derzeit Sendungen auf RT.ru

Schweden – Abamectin ist einer von neun Pestizidwirkstoffen, bei denen so genannte DNT-Studien von den Herstellern zwar durchgeführt, in Europa aber nicht eingereicht wurden. Die Ungereimtheiten entdeckt hat Axel Mie. Der Chemiker der Medizinuniversität in Stockholm glied die Zulassungsdossiers für Pestizide in den USA und Europa ab. Und stellte fest: Ein Viertel aller DNT-Studien fehlte in der EU – und damit auch in der Schweiz. Alle fraglichen DNT-Studien wurden in den 2000er Jahren angefertigt. Bei sieben der neun Studien zeigten sich unerwünschte Effekte – wie eine veränderte Bewegungsfähigkeit oder Gehirngröße. SRF.ch

Schweiz – Ein kühles Glacé zu schlecken erfrischt zumindest unsere Gedanken. **Pro Kopf wird in der Schweiz gut 5 Liter Glacé pro Jahr konsumiert.** Um zu verstehen, warum uns die meisten Glacés eher aufwärmen als abkühlen, braucht es einen Blick auf die

Zutaten. Die meisten Glacés bestehen zu einem großen Teil aus Milchfett und Zucker. Beim Verdauen des Fettes und des Zuckers im Körper wird Wärme freigesetzt. Ein Glacé wärmt uns also auf. Aber der kühlende Effekt, den wir beim Essen eines Glacés empfinden, ist nicht bloß Einbildung. Die Rezeptoren im Mund und im Magen-Darm-Trakt nehmen die Abkühlung wahr. Dieser Effekt lässt nach, sobald das Glacé gegessen ist. Dann beginnt sich der Körper wegen des Milchfettes und Zuckers zu erwärmen.

- Hagelkörner beschädigen Swissminiatur in Melide. Ein heftiger Sturm ist in der Nacht auf Mittwoch übers Tessin gezogen. Trotz Schäden bleibt das Freiluftmuseum Swissminiatur geöffnet.
- Seit Jahresanfang sinkt der Preis für europäisches Erdgas. Es kostet so viel wie vor zwei Jahren. Die Gründe im Überblick. Am Spotmarkt ist der Preis für europäisches Erdgas am Dienstag auf unter 24 Euro pro Megawattstunde (MWh) gefallen. So günstig war das Gas zuletzt im Juni 2021 – also vor zwei Jahren. Der Abwärtstrend läuft seit Ende des vergangenen Jahres. Laut Wirtschaftsredaktor Dario Pelosi von Radio SRF gibt es verschiedene Gründe. So sei der Winter mild gewesen und darum weniger Gas verbraucht worden. «Das heißt, die Gasspeicher sind gut gefüllt.» Das zeigen auch die Daten zu den Füllständen der deutschen Gasspeicher, woher auch die Schweiz Gas bezieht. «Da sind die Speicher auf über 74 Prozent gefüllt», sagt Pelosi. Ein weiterer Grund für den sinkenden Gaspreis ist LNG («*liquefied natural gas*») – also Flüssigerdgas, das per Schiff aus Übersee transportiert werden kann. «Europa hat sich LNG mit viel Geld gesichert und dieses Gas teilweise auch ärmeren Ländern quasi weggenommen», erklärt Pelosi. Kommt hinzu, dass die Schweiz weniger Gas verbraucht. «In den Haushalten, aber vor allem auch in der Industrie, da die Wirtschaft etwas schwächelt und die Nachfrage gesunken ist.» Wegen der Folgen des Krieges in der Ukraine hatte sich der Rohstoff 2022 deutlich verteuert. In der Spitze wurde im vergangenen Sommer ein Rekordpreis von mehr als 300 Euro pro MWh gezahlt. Zum Beispiel musste ein Standardhaushalt in Deutschland mit Gasverbrauch von 20'000 Kilowattstunden im vergangenen Herbst 4300 Euro dafür bezahlen. Vor zwei Jahren bezahlten die Verbraucher dafür gut 1300 Euro. Jetzt liegt der Preis für europäisches Erdgas am Spotmarkt unter dem Niveau bei Kriegsbeginn.

- Trockenheit und Borkenkäfer. Jeder achte Baum ist tot. Mehr tote und geschädigte Bäume – und es wachsen weniger junge nach. So die neuesten Daten über den Schweizer Wald.

- Arbeitslos trotz Fachkräftemangel. Ukrainische Flüchtlinge sind meist gut ausgebildet. Trotzdem finden sie selten Arbeit.

- So will der Aargau in die Top 10 für Reiche. Die Aargauer Regierung will die Steuern für große Vermögen senken. Eine Kampfansage vor allem an die Zentralschweiz.

- Das **Rote Kreuz muss sparen** – auch weil es zu stark gewachsen ist. Nach angekündigten Massenentlassungen kritisieren Insider, den Wachstumskurs vergangener Jahre.

- Der Nationalrat hat 5.3 Milliarden Franken genehmigt, womit mehrere Autobahnen ausgebaut werden sollen.

- Exportgesuch eingereicht. **Ruag will Panzer aus Italien via Deutschland an Ukraine verkaufen.** Das Rüstungsunternehmen Ruag möchte alte Leopard-1-Panzer an Deutschland verkaufen, für Einsätze in der Ukraine.

- Es gibt zu wenig Flugverkehrslotsen – trotz Durchschnittssalär von 190'000 Franken, 35-Stunden-Woche, bis zu sieben Wochen Ferien und Pensionierung mit 60 Jahren. Ab 2025 **fehlen Skyguide in Zürich und Genf rund 25 Lotsen.**

- Basel eröffnet eine neue Containersiedlung für Geflüchtete. Bei der Belegung reagiert der Kanton auf die veränderte Migrationssituation. Eigentlich war es anders vorgesehen: Die neue Containersiedlung war für Schutzsuchende aus der Ukraine geplant. Für diese gebe es mittlerweile aber genügend Plätze. Allerdings habe die Anzahl von unbegleiteten minderjährige Asylsuchenden (UMA), vor allem aus Afghanistan und der Türkei, in den letzten Monaten stark zugenommen.

- **Legaler Verkauf von Drogen.** Stadtberner Parlament will kontrollierten Kokainverkauf testen. Der Stadtrat hat ein entsprechendes Postulat aus den Reihen der Alternativen Linken (AL) überwiesen.
- Das Bezahlen mit Bargeld nimmt zwar ab – bleibt aber die häufigste Zahlungsmethode. Bezahl-Apps legen derweil massiv zu. SRF.ch
- Schon vor dem erwarteten Stellenabbau wollen viele Mitarbeiter die Credit Suisse (CS) verlassen. Jede Woche erhalte die Schweizer Großbank rund 200 Kündigungen, wie eine mit der Situation vertraute Person sagte. Zuvor hatte die Zeitung „Blick“ berichtet, dass das Institut täglich bis zu 150 Kündigungen erhalte. ORF.at

Senegal – Mindestens neun Menschen sind im Senegal bei Zusammenstößen zwischen der Bereitschaftspolizei und Anhängern des Oppositionsführers Ousmane Sonko getötet worden. Die Proteste seien nach einem Urteilsspruch in Teilen von Dakar und anderen Städten ausgebrochen, sagte Innenminister Antoine Felix Abdoulaye Diome im staatlichen Fernsehen. Ein Gericht hatte Sonko zuvor zu zwei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil stellt Sonkos Chancen auf eine Präsidentschaftskandidatur im nächsten Jahr infrage. ORF.at

Türkei – Die Türkei bekommt die bestellten F16 Kampffluger, auch wenn es keine Zustimmung zur schwedischen NATO Mitgliedschaft gibt. [VOA.us](https://www.voa.us)

Ukraine – Die russische Armee hat nach eigenen Angaben das letzte große Kriegsschiff der ukrainischen Seestreitkräfte zerstört. Es sei am Montag bei einem „Hochpräzisionsschlag“ der russischen Luftwaffe auf einen Anlegeplatz im Hafen von Odessa zerstört worden, teilte die russische Armee heute mit. Den Angaben zufolge handelt es sich bei dem Schiff um die „Juri Olefirenko“. ORF.at

- **«Lex Ukraine» abgelehnt.** Der Schweizer Nationalrat will keine Kriegsmaterial-Sonderregel für die Ukraine. Drittstaaten, die hierzulande Rüstungsgüter gekauft haben, dürfen diese auch weiterhin nicht an die Ukraine weitergeben. SRF.ch

UNO – Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat. Schweiz leitet UNO-Sicherheitsrat unspektakulär und erfolgreich. Erstmals hat die Schweiz im Mai den UNO-Sicherheitsrat geleitet. Und das ohne Pannen und heftige Zusammenstöße. SRF.ch

USA – Oscar-Preisträger Al Pacino wird Medienberichten zufolge mit 83 Jahren zum vierten Mal Vater. Seine 29 Jahre alte Partnerin Noor Alfallah sei bereits im achten Monat schwanger, berichteten unter anderem das Promiportal TMZ und das US-Magazin „People“ gestern (Ortszeit) unter Berufung auf das Management des Schauspielers. Erst Mitte Mai hatte Schauspielkollege Robert De Niro auch im hohen Alter von 79 Jahren verkündet, zum siebenten Mal Vater geworden zu sein. ORF.at

- Die US-Regierung stellt der Ukraine **weitere Militärhilfen** bereit. Das US-Verteidigungsministerium kündigte in Washington ein weiteres Militärpaket im Umfang von rund 300 Millionen US-Dollar (rund 281 Millionen Euro) an. Darin enthalten sei Munition für diverse Waffensysteme, die die USA bereits an die Ukraine geliefert haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 02.06.2023

Ägypten – Einen besonderen Fund haben Archäologen in Sakkara nahe der ägyptischen Hauptstadt Kairo gemacht. Auf einem alten Friedhof fanden sie noch unbekannte Gräber und Werkstätten zur Einbalsamierung verstorbener Menschen und Tiere. Es handelt sich um die größten bislang entdeckten Räume für diesen Zweck. NOS.nl

- Zehn Jahre lang waren die Beziehungen zwischen Ägypten und der Türkei angespannt. Jetzt werden Botschafter entsendet. SRF.ch

China – Die **Gewinne der chinesischen Industrieunternehmen** sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2023 eingebrochen. Das geht aus offiziellen Daten hervor, die heute veröffentlicht wurden. Den Daten des Nationalen Statistikamtes (NBS) zufolge sanken die Gewinne von Jänner bis April um 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, verglichen mit einem Rückgang von 21,4 Prozent in den ersten drei Monaten. Allein im April verzeichneten die Industrieunternehmen einen Gewinnrückgang von 18,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, so das NBS, das nur gelegentlich monatliche Zahlen veröffentlicht. Im März schrumpften die Gewinne um 19,2 Prozent. Lenovo, der weltgrößte PC-Hersteller, gab diese Woche bekannt, dass die Quartalsumsätze und -gewinne im Jänner und März eingebrochen sind und das Unternehmen fast neun Prozent seiner Belegschaft entlassen musste. Ausländische Unternehmen verzeichneten von Jänner bis April einen Gewinnrückgang von 16,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, während private Unternehmen einen Einbruch von 22,5 Prozent hinnehmen mussten, wie aus den Daten hervorgeht. Die Gewinne sanken in diesem Zeitraum in 27 von 41 wichtigen Industriesektoren, wobei die Eisen- und Stahlindustrie mit 99,4 Prozent den größten Einbruch verbuchten. ORF.at

- **Erster Linienflug der chinesischen C919:** sanfte Landung in Peking. Das erste in China gebaute Passagierflugzeug hat erfolgreich den ersten Flug von Shanghai nach Peking absolviert. SRF.ch
- China will am 30.5. seine nächste bemannte Raumfahrtmission starten. Um 9.31 Uhr Ortszeit soll das Raumschiff „Shenzhou 16“ vom Weltraumbahnhof Jiuquan im Nordwesten der Volksrepublik zur mittlerweile voll funktionsfähigen Raumstation „Tiangong“ (Himmelspalast) aufbrechen. Mittelfristig sind weitere Missionen zum Mond und zum Mars geplant. ORF.at
- Nach Einführung der antirussischen Sanktionen und dem Aufschwung der chinesischen Wirtschaft: UnionPay hat Visa im Jahr 2022 beim Marktanteil der Debitkartentransaktionen überholt. UnionPay (银联) ist die einzige Kreditkartenorganisation in der Volksrepublik China. Die Organisation wurde im März 2002 gegründet und ist eine Vereinigung der kartenausgebenden Banken Chinas unter Aufsicht der chinesischen Zentralbank. CGNT.cn

BR Deutschland – Der Hauptbahnhof in Nürnberg soll angesichts zuletzt gestiegener Kriminalitätszahlen sicherer werden. Medienberichten zufolge gehört zu dem neuen Sicherheitskonzept auch, dass die eigentlich für Eisenbahnanlagen zuständige Bundespolizei künftig **Unterstützung von der US-amerikanischen Militärpolizei** erhält. BR.de

Griechenland – Nach der gescheiterten Regierungsbildung in Griechenland ist die Neuwahl für den 25. Juni festgelegt worden. SRF.ch

Großbritannien – An britischen Flughäfen ist seit Freitagabend die **elektronische Passkontrolle ausgefallen**. Passagiere müssen sich bei der Einreise nach Grossbritannien auf stundenlanges Warten einstellen. Informatikprobleme mit den sogenannten eGates stellen sich derzeit an den Flughäfen London Heathrow und Gatwick sowie Manchester, berichtete die BBC. Eine Sprecherin der Gewerkschaft der Mitarbeiter in den Bereichen

Grenzen und Zoll warnte in der BBC davor, dass sich «sehr, sehr schnell» lange Menschenschlangen bilden würden. Denn je nach Flughafen passierten 60 bis 80 Prozent der Reisenden die elektronische Passkontrolle. Reisepässe müssten nun aber manuell kontrolliert werden, was viel länger dauere. Wie die BBC in einer Reportage berichtet, herrschte teilweise Chaos vor den Schranken der Passkontrollen. «Leute waren ziemlich frustriert und einzelne versuchten, die Warteschlangen zu umgehen und stiegen über Abschränkungen, so dass die Polizei eingreifen musste. Viele beklagten sich darüber, keinerlei Informationen erhalten zu haben.» Auch am Hafen von Dover hatte es zuvor Informatikprobleme bei der Kontrolle bei der Ausreise aus Grossbritannien gegeben. Das Passkontrollsystem von Frankreich war am Samstagmorgen zwischenzeitlich ausgefallen und hatte Warteschlangen ausgelöst. «Wir arbeiten daran, das Problem so schnell wie möglich zu lösen und stehen dazu in Kontakt mit Hafengebietern und Fluggesellschaften, um die Störung für die Reisenden so gering wie möglich zu halten», zitierte die BBC am Samstag einen Sprecher des britischen Innenministeriums. Die Fluggesellschaft British Airways hatte bereits vor dem Pfingstwochenende wegen Informatikproblemen zum wiederholten Mal Flüge am Flughafen London Heathrow absagen müssen. Betroffen waren vor allem Verbindungen innerhalb Großbritanniens und Europas. SRF.ch

Indien – Einem indischen Beamten, der an einem Stausee in Zentralindien Erholung suchte, fiel beim Versuch, ein Selfie zu schießen, sein Handy ins Wasser. Der 32-Jährige bat zunächst Taucher um Hilfe. Später ordnete er an, den Stausee zu entleeren. Die Arbeiten dauerten insgesamt drei Tage, dabei wurden Millionen Liter Wasser herausgepumpt. Als das Handy schließlich gefunden wurde, stellte sich heraus, dass es nicht mehr funktionierte. BBC.uk

Indonesien – Ein Land im **Elektrofahrzeug-Fieber**. Ein Viertel der weltweiten Nickelvorkommen liegt in Indonesien. Ohne Nickel keine Batterien: Das Land will diese Chance nutzen, um eine globale Kraft im Geschäft mit Elektrofahrzeugen zu werden. Der Enthusiasmus ist groß. Grüne Jacke, grüner Helm: Solihin sieht aus wie ein ganz typischer Gojek-Fahrer. Untypisch aber ist sein Motorrad: Es fährt mit Strom und Batterien. Die sind zwar gerade leer, aber Solihin tauscht sie mit wenigen Handgriffen aus. «Es ist schnell und effizient», sagt er. «Wir müssen auch nie anstehen.» Solihin fährt Motorradtaxi für Gojek, die Super-App für alles in Indonesien. Er macht bei einem Pilotprojekt für Elektromobilität mit. Die Fahrzeuge stammen von der Firma Gogoro aus Taiwan. Die Batterien können in Jakarta an ausgewählten Tankstellen der staatlichen Ölgesellschaft Pertamina ausgetauscht werden. «Das Motorrad ist einfach instand zu halten, es ist umweltfreundlich und es ist auch billiger», sagt Solihin. Über die App Gojek lassen sich Transporte aller Art (Personen und Lebensmittel) bestellen. Dabei wickelt man über die Anwendung Logistik und Zahlung ab. Gojek versteht sich aber auch als soziale Plattform und Tauschbörse. Bis heute hat Gojek nach eigenen Angaben mit mehr als einer Million Fahrern, 125'000 kulinarischen Händlern und 30'000 anderen Dienstleistern zusammengearbeitet, die alle auf 50 Städte in Indonesien verteilt sind. Das Pilotprojekt gehört zu den ersten im Bereich Elektromobilität in Jakarta. Die indonesische Regierung will den Sektor massiv fördern. Der Grund: Das Land besitzt ungefähr ein Viertel der weltweiten Nickelvorkommen. Nickel ist ein essenzieller Bestandteil von modernen Batterien. Präsident Joko Widodo nahm im Februar kein Blatt vor den Mund: Dieser Schatz soll Indonesien zugutekommen. «Die Kolonialzeit, während der wir immer Rohstoffe exportiert haben, ist vorbei», so der Präsident. Joko Widodo will Indonesien zu einem führenden, globalen Standort für Elektromobilität machen. Alle essenziellen Rohmaterialien für moderne Batterien liegen auf dem Archipel unter der Erde. «Wir müssen gute Produkte herstellen, sodass andere Länder von uns abhängig sind», so der Präsident, «die Zukunft dieses Ökosystems wird groß werden in Indonesien». Indonesien ist im Elektrofahrzeug-Fieber. Die Strategie soll dem Land auf mehreren Ebenen zugutekommen: Es will bis 2060 CO₂-neutral werden,

gleichzeitig die Wirtschaft entwickeln und entlegene Regionen fördern. Die Regierung hat angekündigt, neue Elektroautos mit fast 5000 Franken und neue Elektromotorräder mit fast 500 Franken zu subventionieren. Den Export von rohem Nickel aus Indonesien hat die Regierung bereits verboten, weil sie die Wertschöpfung im Land behalten will. Die WTO hat dagegen Beschwerde eingelegt. Eine Entscheidung steht noch aus. Auch alteingesessene Firmen wie Bakrie & Brothers wittern ihre Chance. Das Konglomerat gibt es seit 81 Jahren und es ist bis heute hauptsächlich im Rohstoffsektor tätig. CEO Anindya Bakrie leitet den Familienbetrieb. Auch er und seine Firma wollen beim grünen Boom mitmachen. «Es ist fast wie wenn Indonesien zum ersten Mal wirklich wichtig ist», sagt er. «Indonesien kann zum ersten Mal Teil eines globalen Ökosystems sein.» In Zusammenarbeit mit dem chinesischen Elektrofahrzeughersteller BYD will Bakrie & Brothers erst elektrische Busse zusammenbauen und dann selbst Batterien produzieren. Die 10'000 Dieselbusse im öffentlichen Verkehrssystem von Jakarta sollen bald ersetzt sein. Eine Linie ist bereits im Betrieb. Ob Regierung, Wirtschaft oder Privatpersonen: Der Enthusiasmus ist überall spürbar – nicht aber die Umweltprobleme. Die entstehen weit weg von Java mit der Hauptstadt Jakarta und werden hauptsächlich von Menschen in der Nähe der Nickelminen auf Sulawesi und den Molukken getragen. Internationale Firmen, viele aus China, graben dort das Metall aus der Erde. Es leiden die Arbeiter – und die Umwelt. Und auch wenn der Verkehr bald elektrisch sein sollte: Indonesien produziert seinen Strom zu fast 90 Prozent mit Kohle, Öl und Gas. Wenn sich dieser Mix nicht ebenfalls ändert, kann das Land seine Klimaziele kaum erreichen. Doch diese Probleme und Fragen scheinen – zumindest im Moment – eher nebensächlich zu sein. Indonesien hat in seinen Nickelvorräten eine große Chance erkannt und will sie nutzen. Das große Ziel von Triharsa Adicahya ist, ein eigenes, lokal in Indonesien gefertigtes Motorrad zu bauen – sein Kindheitstraum. «Diese elektrische Revolution ist die Chance», sagt er. Die Pläne für sein Motorrad liegen bereits in seiner Schublade. Doch zuerst will er Lösungen zum Umbau der 125 Millionen Benzinmotorräder in Indonesien entwickeln. SRF.ch

Iran – An der iranisch-afghanischen Grenze ist es zu Schießereien zwischen Taliban und iranischen Grenzsoldaten gekommen. Die unmittelbare Ursache der Schießerei ist unklar. Die beiden Nachbarländer sind in einen langjährigen **Konflikt um den Zugang zu knappem Trinkwasser** verwickelt. NOS.nl

Italien – In Italien fanden über Pfingsten in zahlreichen Gemeinden Wahlen statt. Seit Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihre Rechtskoalition die Wahlen im vergangenen Herbst gewonnen hatten, war dies der erste Stimmungstest. Und es zeigt sich: **Giorgia Melonis Rechtskoalition behält klar die Oberhand** und hat in den meisten Gemeinden die Nase vorn. Bemerkenswert sind dabei die Verschiebungen innerhalb des siegreichen rechten Lagers: Neu siegt Melonis Partei «Brüder Italiens» auch im Norden, in der Lombardei und in Venetien, wo bisher die Lega dominierte. In Städten wie Brescia oder Vicenza überflügelt nun Melonis Partei sogar jene von Matteo Salvini. Für Salvini, den Chef der Lega, ist das eine Schmach, dominierte doch seine Partei in diesen nördlichen Regionen während langer Zeit unangefochten. Meloni gelang es bei dieser Wahl aber auch, Leute für sich und ihre Partei zu gewinnen, die bisher Silvio Berlusconis Partei «Forza Italia» gewählt hatten. SRF.ch

• **Das Rätsel um den leuchtend grünen Kanal** in Venedig ist gelöst. Die helle Farbe sei auf Fluoreszein zurückzuführen, einen Farbstoff, der zur Prüfung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen verwendet werde, sagten örtliche Behörden. Das fluoreszierende grüne Wasser in der italienischen Stadt ist ungefährlich. Es ist nicht klar, wer den Farbstoff dem Wasser zugesetzt hat. Die Polizei ermittelt, ob es sich möglicherweise um einen Klimaprotest handelt. NOS.nl

Kosovo – Nach Zusammenstößen in einer mehrheitlich von Serben bewohnten Stadt im Kosovo hat der serbische Präsident Aleksandar Vučić die Armee seines Landes in Bereitschaft versetzt. Zudem sollten Truppen näher an die Grenze zum Kosovo verlegt werden. Verteidigungsminister Miloš Vučević sprach von einer dringenden Maßnahme. «Es ist klar, dass **Terror gegen die serbische Gemeinschaft im Kosovo** verübt wird», sagte Vučević im Fernsehen. Die kosovarische Polizei in Zvečan hatte zuvor Tränengas und Blendgranaten gegen serbische Demonstranten eingesetzt, die den Einzug eines neuen, kosovarischen Bürgermeisters verhindern wollte. Gewalttätige Protestteilnehmer fackelten ein Polizeiauto ab. Die Polizei berichtete von fünf verletzten Beamten. Die Bürgermeister in den vier nordkosovarischen Gemeinden wurden in den letzten Tagen vereidigt. Die Serben hatten deren Wahl im Vormonat boykottiert. Die Wahlbeteiligung lag deshalb bei nur 3,5 Prozent. Die neuen Bürgermeister in dem fast ausschließlich von Serben bewohnten Gebiet kommen von albanischen Parteien. Im Rest des Kosovos leben fast ausschließlich Albaner. Immer wieder gibt es Spannungen mit der serbischen Minderheit im Norden Kosovos. Der Kosovo erklärte sich 2008 für unabhängig von Serbien. Allerdings erkannte die Regierung in Belgrad die Unabhängigkeit nicht an und verlangt seine Rückgabe. Auch die im Kosovo lebenden Serben sehen sich als Teil Serbiens. Dies gab er auf einer Großkundgebung der nationalistischen Präsidentenpartei in Belgrad bekannt, ein Tag vor dem Parteitag der SNS. Wer sein Nachfolger wird, ist zurzeit nicht bekannt. Zwei Amokläufe mit 18 Toten hatten zu Monatsbeginn die serbische Gesellschaft erschüttert. Vučić-Gegner forderten in den letzten Wochen Konsequenzen. Die Führung in der Hauptstadt Priština (Prishtinë) machte Belgrad für die Unruhen verantwortlich. «Die illegalen und kriminellen Strukturen Serbiens im Nord-Kosovo erhielten die Order, die Lage vor Ort zu eskalieren», schrieb Blerim Vela, der Stabschef der kosovarischen Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu, auf Twitter.

- Vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen hat die Nato-geführte Kosovo-Schutztruppe KFOR ihre Präsenz im serbisch bevölkerten Norden des Landes verstärkt. Rund **300 KFOR-Soldaten in Kampfmontur** bezogen vor dem Gemeindeamt im Ort Zvečan Stellung, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur von vor Ort. Zugleich versammelte sich auch eine größere Menge serbischer Demonstranten vor dem Amtsgebäude. Die KFOR (Kosovo Force) ist eine von der NATO geführte internationale Friedenstruppe. Die KFOR marschierte am 11. Juni 1999, zwei Tage nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1244, in den Kosovo ein. Das Hauptquartier befindet sich in Camp Film City in Priština. Das Regionalkommando Ost in Camp Bondsteel bei Ferizaj besteht aus der US-Armee, unterstützt von Griechenland, Italien, Finnland, Ungarn, Polen, Slowenien, der Schweiz und der Türkei, sowie das Regionalkommando West im Camp Villaggio Italia in der Nähe von Peć werden von Italien betrieben und von Österreich, Kroatien, Moldawien, Nordmazedonien, Polen, Slowenien, der Schweiz und der Türkei unterstützt. SRF.ch

Libanon – Die grassierende Korruption im Libanon ist Thema so mancher Diskussionen. Nun haben sich Spieleentwickler aus Beirut dem Thema angenommen. Sie haben ein politisches Brettspiel entwickelt, das die Korruption zum Thema hat. Ziel des Spieles ist es, Präsident des Landes zu werden, redlich oder unredlich. Übersetzt heißt das Spiel, **Projekt Präsident**. Die Idee zum Spiel kam Chemaly während der Protestbewegung im Libanon 2019, als Hunderttausende Aktivisten gegen die Korruption im Land auf die Straße gingen. SRF.ch

Monaco – Lange Zeit als «Kronjuwel» der Formel 1 über alle Zweifel erhaben, hat seinen Status in den vergangenen Jahren schleichend eingebüßt. Der Vertrag läuft noch bis 2025, der geringe wirtschaftliche Nutzen für die Rennserie und die sportlich oft ereignislosen Rennen trugen aber zu einer Entfremdung bei. Andere Interessenten gibt es ohnehin genug. SRF.ch

Niederlande – Blockade Autobahnabschnitt. Über **1500 Festnahmen nach Klimademonstration** in den Niederlanden. Gegen 48 Teilnehmer wird wegen strafbarer Handlungen ermittelt, darunter Beleidigung und Sachbeschädigung. SRF.ch

Nigeria – Der gewählte Präsident Nigerias, Bola Ahmed Tinubu, wurde am Montag in sein Amt vereidigt, obwohl rechtliche Anträge eingereicht wurden, die darauf abzielten, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2023 aufzuheben. Der 71-jährige Tinubu, der zum 16. Präsidenten des bevölkerungsreichsten Landes Afrikas aufgestiegen ist, wurde am Eagles Square in der Hauptstadt Abuja von Nigerias oberstem Richter Olukayode Ariwoola vereidigt. Mit dem Amtseid versprach er, seine Pflichten im Einklang mit der Verfassung zu erfüllen und forderte gleichzeitig die Einheit Nigerias. BBC.uk

Österreich – Der österreichische Schauspieler **Peter Simonischek ist tot**. Das melden österreichische Medien unter Berufung auf einen langjährigen Weggefährten sowie das Burgtheater in Wien. Simonischek, der 76 Jahre alt wurde, war eines der unverwechselbarsten Gesichter des österreichischen Schauspiels. Dem Schauspieler gelang es in seiner langen Karriere, sowohl der schweren Dramatik als auch den leichten Komödien gerecht zu werden. Er wuchs Theatergängern, Kinofans oder Radiohörern ans Herz. Unter anderem glänzte er als «Jedermann» bei den Salzburger Festspielen. Die Paraderolle der Salzburger Festspiele spielte er so oft wie kein anderer, von 2002 bis 2009 insgesamt 108-mal. Insgesamt stand er gar 210-mal auf Bühnen der Salzburger Festspiele: vor allem für Schauspielvorstellungen, aber auch für Lesungen und Orchesterkonzerte. SRF.ch

Polen – Polen stellt den Güterverkehr an seinen Grenzübergängen zu Weißrussland ein und verbietet allen in Weißrussland und Russland registrierten Lastkraftwagen die Einfahrt in das Land. Dies geht aus einer am 29. Mai erlassenen Regierungsverordnung hervor. Die Verordnung trat am 30. Mai in Kraft. RPI.pl

Russland – Mehrere Hundert deutsche Staatsbedienstete wie Diplomaten, Lehrer und Mitarbeiter der Goethe-Institute müssen einem Bericht zufolge Russland verlassen. Russland reagiere damit auf die Reduzierung der Präsenz russischer Nachrichtendienste in Deutschland, zitiert die Zeitung das Auswärtige Amt. Das Auswärtige Amt habe auf Anfrage mitgeteilt, im Zusammenhang mit der Reduzierung der Präsenz russischer Nachrichtendienste in Deutschland habe das russische Außenministerium im April die Entscheidung getroffen, für den Personalbestand der deutschen Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen in Russland eine Obergrenze einzuführen. «Diese von Russland ab Anfang Juni festgelegte Grenze erfordert einen großen **Einschnitt in allen Bereichen unserer Präsenz** in Russland.» Betroffen sind nach Zeitungsangaben in einer niedrigen bis mittleren dreistelligen Zahl Diplomaten, aber vor allem Kulturmittler, wie etwa Lehrer der deutschen Schule in Moskau und in erheblicher Zahl Mitarbeiter der Goethe-Institute. Deutschland und Russland hatten im Zuge ihrer schweren Spannungen in der Vergangenheit immer wieder gegenseitig Diplomaten ausgewiesen. Schon jetzt sind die Vertretungen stark ausgedünnt, die Dienstleistungen für deutsche Staatsbürger sind reduziert oder mit längeren Wartezeiten etwa bei der Ausstellung von Dokumenten verbunden. Die Lage hat sich mit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine deutlich verschärft. «Angesichts dieser einseitigen, nicht gerechtfertigten und nicht nachvollziehbaren Entscheidung geht es der Bundesregierung nun darum, eine Minimalpräsenz der Mittler in Russland bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung auch der diplomatischen Präsenz sicherzustellen», zitiert die Zeitung das Auswärtige Amt. Dies sei nur möglich, wenn «in allen Bereichen die Zahl der Mitarbeiter stark reduziert wird». Mit

Blick auf die Obergrenze bei der russischen Präsenz in Deutschland werde die Bundesregierung darauf achten, dass auch in der Praxis eine echte Ausgewogenheit bestehe, hieß es weiter. SRF.ch

- Mehr als **3,5 Millionen ukrainische Bürger seien nach Russland eingereist**, seit Moskau vor mehr als einem Jahr seine Militäroperation begann, sagte Wladimir Kulischow, der Chef des Grenzschutzdienstes, am Samstag. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS stellte er fest, dass die russischen Behörden „aufgrund der verschärften humanitären Lage im Kampfgebiet“ eine Reihe von Maßnahmen ergriffen hätten, um Millionen Ukrainern, die sich für die Einreise in das Land entschieden hatten, die Einreise zu erleichtern.
- Einige EU-Staaten kauften aktiv russisches Flüssigerdgas (LNG), wobei Spanien Anfang 2023 an der Spitze der Käuferliste stand. Spaniens Importe von russischem LNG waren seit Beginn des Konflikts in der Ukraine um 84 % gestiegen. Auch Frankreich hat sich zu einem wichtigen russischen LNG-Importeur entwickelt und kaufte im Jahr 2022 1,9 Millionen Tonnen des Kraftstoffs. Es folgten laut Bloomberg Spanien, das 533.800 Tonnen kaufte, und Belgien, das im gleichen Zeitraum 310.000 Tonnen kaufte. Spanien sei zwischen dem 1. Januar und dem 9. März dieses Jahres auch der größte Importeur russischer fossiler Brennstoffe gewesen, teilte die Nachrichtenagentur mit. Dicht dahinter folgten Belgien und Bulgarien. Anfang Mai schlug die EU im Rahmen eines neuen Sanktionspakets vor, Schiffen, die gegen Sanktionen gegen russisches Öl verstoßen haben, die Einfahrt in EU-Häfen und Wasserstraßen zu verbieten. Später forderte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die Union auf, aus russischem Öl hergestellten indischen Treibstoff zu verbieten. Indiens eigene Rohölimporte aus Russland haben sich im Geschäftsjahr, das am 31. März endete, verzehnfacht.
- Die südrussische Stadt Krasnodar hat beschlossen, alle Schilder und Werbetafeln in Fremdsprachen, einschließlich Transliterationen, zu verbieten, teilten die örtlichen Behörden am Montag in einer Erklärung mit. Die Änderungen treten laut Stadtrat am 1. September in Kraft. IZ.ru

Saudi-Arabien – Der Wüstenstaat will zu einem globalen Hub für **Games und E-Sport** werden. Dafür sind 38 Milliarden Dollar budgetiert. SRF.ch

Schweiz – Haben Sie sich schon einmal gewundert, warum direkt am Genfersee so viele Badis mit großen Schwimmbecken zu finden sind? Es hat mit der Wasserqualität zu tun. Die war in den 1960er-Jahren so schlecht, dass Badehungrige schlicht in die Badeanstalten ausweichen mussten. Zur gleichen Zeit – 1963 – wurde auch die Cipel gegründet, die französisch-schweizerische Kommission zum **Schutz des Wassers im Genfersee**. Jean-Luc Loizeau ist Mitglied des wissenschaftlichen Rats der Cipel. Er stellt fest: En Gros kämpft der Genfersee mit den gleichen Herausforderungen wie alle anderen Seen auch. Dazu gehören invasive Arten: Die Quaggamuschel kam 2015 in den Genfersee und bedeckt wohl bald den gesamten Grund. Dazu kommen Mikroverunreinigungen wie Medikamentenreste und kleinste Plastikpartikel. Da die Messmethoden immer genauer werden, findet man auch immer mehr davon. Und schließlich steigt die Durchschnittstemperatur des Genfersees stetig. Das Wasser im Genfersee hat sich seit elf Jahren nicht mehr vollständig durchmischt. Das Phänomen kennen viele Schweizer Seen: Beim Lago Maggiore ist es bald 18 Jahre her, beim Bodensee sechs, beim Zürichsee drei Jahre. Die Oberfläche eines Sees erwärmt sich im Sommer mehr als sein Grund. Das Resultat sind zwei Wasserschichten – eine wärmere und eine kältere. Die wärmere, obere Schicht enthält mehr Sauerstoff und die kältere, untere Wasserschicht mehr Nährstoffe. «Dass die beiden Schichten getrennt bleiben, wird über lange Zeit für den Genfersee ein sehr großes Problem», erklärt Cipel-Präsidentin Nicole Gallina. Denn wenn sich das Wasser mischt, verteilen sich Nährstoffe und Sauerstoff wieder regelmäßig im See und er regeneriert sich. Wenn das nicht geschieht, wird oben das Wasser nährstoffarm und unten gibt es zu wenig Sauerstoff.

- Fachkräftemangel in der IT: Ratlosigkeit bei Kursveranstaltern. Es fehlen rund 31'000 IT-Fachleute. Ein Kurs in St. Gallen sollte Besserung bringen, Firmen machen aber nur wenige mit.
- Zentralbanken aus Schwellenländern kaufen in nie dagewesenem Ausmaß Gold. Es profitiert: die Schweiz. **1136 Tonnen Gold** – diese Menge haben Zentralbanken vergangenes Jahr gekauft. Aktueller Wert: 64 Milliarden Dollar. Im ersten Quartal dieses Jahres hat sich der Kaufrausch fortgesetzt. Singapur: plus 69 Tonnen. China: plus 58 Tonnen. Türkei: plus 30 Tonnen. Bereits im vergangenen Jahr kaufte die Türkei rekordhohe 148 Tonnen Gold.
- Lastenrad statt Lieferwagen: Cargobikes erobern die Städte. Vom Bäcker bis zum Spediteur: Cargobikes erfreuen sich in verkehrsgeplagten Innenstädten immer größerer Beliebtheit. SRF.ch

Serbien – Der serbische Präsident Vučić hat seinen **Rücktritt als Parteichef** der rechtskonservativen Regierungspartei SNS erklärt. Auf einer Kundgebung vor zehntausenden Regierungsanhängern in Belgrad kündigte er außerdem an, eine regierungstreue Bürgerbewegung zu gründen, die er anführen will. Die Kundgebung war die Antwort auf mehrere Demonstrationen gegen die serbische Regierung. Gegner von Vučić fordern seinen Sturz sowie den Rücktritt von ranghohen Sicherheitsbeamten. RBB.de

Singapur – Die USA haben China ein Treffen der Verteidigungsminister Lloyd Austin und Li Shangfu am Rande des **Schangri-La-Dialogs**, der jährlichen Sicherheitskonferenz in Singapur vom 31. Mai bis zum 4. Juni, vorgeschlagen. Wie das Pentagon gegenüber dem Wall Street Journal am Montag erklärte, lehnte Peking die Initiative ab. Außerdem wirft China den USA Unaufrichtigkeit vor. CGTN.cn

Spanien – Der sozialistische Premierminister Pedro Sánchez hat überraschend vorgezogene Parlamentswahlen für den 23. Juli in Spanien angekündigt. Dies, nachdem die Linke bei den Kommunal- und Regionalwahlen eine deutliche Niederlage gegen die Konservativen erlitten hatte. Die Wahlen galten als Stimmungstest für die Parlamentswahlen, die eigentlich erst Ende des Jahres hätten stattfinden sollen. SRF.ch

Türkei. Drei unbemannte ukrainische Schnellboote haben im Schwarzen Meer nahe dem Bosphorus einen erfolglosen **Angriff auf das russische Kriegsschiff Iwan Churs** durchgeführt, teilte das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mit. In einer auf Telegram veröffentlichten Erklärung erklärte das Ministerium, das Kriegsschiff habe die Gaspipelines TurkStream und Blue Stream geschützt – die Gas von Russland in die Türkei transportieren, teilweise über das Schwarze Meer – und „erfülle weiterhin seine Aufgaben“. Aus Kiew war zunächst kein Kommentar verfügbar. Das Ministerium führte den Angriff als Rechtfertigung für die Ausweitung der Verteidigungsmaßnahmen Russlands an. Explosionen im vergangenen September beschädigten die Pipelines Nord Stream 1 und 2, die Gas aus Russland unter der Ostsee nach Deutschland transportierten.

- Auf Ersuchen der türkischen Regierung verhandelten Ankara und Washington über den Verkauf von 40 neuen F-16-Kampfflugzeugen und 79 Modernisierungssätzen, nachdem die Türkei aus dem gemeinsamen F-35-Kampfflugzeugprogramm der fünften Generation ausgeschlossen worden war. Die Türkei wird diese erst erhalten, wenn sie der NATO-Mitgliedschaft Schwedens zustimmt. TRT.tr

Uganda – Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat eine geänderte Fassung des „Antihomosexualitätsgesetzes 2023“, welches das Parlament Anfang Mai auf den Weg gebracht hatte, unterzeichnet. Der neue Gesetzesentwurf stellt klar, dass es noch keine

Straftat ist, sich als homosexuell zu bezeichnen. Erst „die Beteiligung an homosexuellen Handlungen“ stellt ein Vergehen dar, das mit lebenslanger Haft geahndet werden kann. ORF.at

Ukraine – Der Ukraine- Konflikt könnte beigelegt werden, wenn Kiew sich wieder zu seinem neutralen Status bekennen, „neue territoriale Realitäten“ anerkennen und **Russisch zur Staatssprache** erklären würde, sagte der stellvertretende russische Außenminister Michail Galuzin in einem am Samstag veröffentlichten Interview. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS sagte der Diplomat, Moskau sei „überzeugt, dass eine Friedenslösung nur möglich sein wird, wenn die ukrainischen Streitkräfte die Feindseligkeiten einstellen und westliche Waffenlieferungen gestoppt werden.“ Er betonte auch, dass die Ukraine, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, „zu einem neutralen, blockfreien Status zurückkehren“ und „sich weigern muss, der NATO und der EU beizutreten“, und fügte hinzu, dass Kiew die „neuen territorialen Realitäten“ anerkennen sollte, die entstanden seien, nachdem die Menschen ihre Macht ausgeübt hätten, das Recht auf Selbstbestimmung. Der Diplomat bezog sich auf vier ehemalige ukrainische Regionen, die im Herbst in öffentlichen Referenden mit überwältigender Mehrheit für einen Anschluss an Russland gestimmt hatten, sowie auf die Krim. IZ.ru

- Die Ukraine wird früher oder später mit Russland verhandeln müssen, weil es unwahrscheinlich ist, dass man Russland in diesem Krieg vollends besiegen wird, fordert der Friedens- und Konfliktforscher Laurent Goetschel. SRF.ch

USA – Die Vereinigten Staaten haben nach Einschätzung von Finanzministerin Yellen mehr Zeit als gedacht, um den Streit über die Schuldenobergrenze beizulegen. In einem Brief an den Kongress erklärte Yellen, dem Bund drohe ab dem 05. Juni die Zahlungsunfähigkeit. Bislang war man vom 1. Juni ausgegangen. Damit die US-Regierung neue Schulden aufnehmen kann, müssen sich Demokraten und Republikaner auf einen Kompromiss einigen. Gelingt das nicht, hätte das auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. RBB.de

- Elon Musks **Neuralink wurde von der US-FDA zugelassen**, um Implantate zu untersuchen, die eine **Schnittstelle zwischen menschlichem Gehirn und Computern** ermöglichen. Die US-Aufsichtsbehörden haben die Start-up-Neuralink von Elon Musk genehmigt, um seine Gehirnimplantate auf Menschen zu testen. Neuralink sagte am Donnerstag, dass es von der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) für die erste humane klinische Studie mit Implantaten eingereicht wurde, die das Gehirn direkt mit Computern einstellen lassen sollen. Neuralink-Prototypen, die die Größe einer Münze haben, wurden bisher in die Schädel von Affen implantiert, wie Demonstrationen des Startups zeigten. Mit Hilfe eines chirurgischen Roboters wird ein Stück des Schädels durch eine Neuralink-Scheibe ersetzt und seine Drähte in das Gehirn eingefügt, zeigte sich eine frühe Demonstration. Die Scheibenregister registriert die Nervenaktivität und geben laut Musk die Informationen über ein gemeinsames drahtloses Bluetooth-Signal wie ein Smartphone weiter. Bei einer früheren Präsentation zeigte Neuralink mehrere Affen, die Video spielen oder einen Cursor auf einem Bildschirm durch ihr Neuralink-Implantat bewegten. Die Technologie wurde auch bei Schweinen getestet. Die Rekrutierung für eine klinische Studie mit Menschen ist laut Neuralink noch nicht erlaubt. Musk, der kürzlich ein Unternehmen eingerichtet hat, das sich der Entwicklung von ausgefeilter künstlicher Intelligenz widmet, hat behauptet, dass die Synchronisierung von Köpfen mit Maschinen von entscheidender Bedeutung ist, wenn Menschen vermeiden wollen, von KI übertroffen zu werden. Mindestens vier Mal seit 2019 prognostizierte Musk, dass sein Medizinproduktunternehmen bald die Versuche mit einem Gehirnimplantat beginnen würde, um unlösbare Erkrankungen wie Lähmung und Blindheit zu behandeln. Das 2016 gegründete Unternehmen erhielt jedoch erst Anfang 2022 die Erlaubnis der FDA – und die Agentur lehnte den Antrag ab, teilte Reuters im März mit. Die Zustimmung der FDA erfolgt, als der US-Gesetzgeber Anfang dieses Monats die Aufsichtsbehörden aufforderte, zu untersuchen, ob die Zusammensetzung eines Panels, das Tierversuche bei Neuralink

beaufsichtigt, zu verpfuschten und überstürzten Experimenten beigetragen hat. Musk hat gesagt, dass Neuralink versuchen würde, die Implantate zu nutzen, um die Sicht und Mobilität beim Menschen wiederherzustellen, die solche Fähigkeiten verloren hätten. „So wundersam es auch klingen mag, wir sind zuversichtlich, dass es möglich ist, die Vollkörperfunktionalität wiederherzustellen bei abgetrenntem Rückenmark“. JAZ.qa

● Henry Kissinger ist vielleicht der berühmteste Diplomat in der Geschichte der USA. Lange, nachdem er sich aus der Politik zurückgezogen hatte, suchten Spitzenpolitiker noch seinen Rat. Und noch immer teilt Kissinger, der **am 27. Mai 100 Jahre alt wurde**, gerne seine Meinung zu internationalen Themen mit. Doch der ehemalige US-Außenminister ist eine kontroverse Figur. Während ihn die einen als brillanten Realpolitiker loben, sehen ihn andere als skrupellosen Machtmenschen. Nachdem er sich in den 1950er- und 1960er-Jahren an der Universität Harvard als Spezialist für internationale Politik einen Namen gemacht hatte, holte ihn der republikanische Präsident Richard Nixon 1969 ins Weiße Haus. Kissinger wurde nationaler Sicherheitsberater und später Außenminister. Kissinger hat viele Erfolge vorzuweisen. Er suchte Entspannung mit China und der Sowjetunion, stiftete Frieden in Nahost, bemühte sich um Abrüstung. So fädelt er das erste Abkommen zur strategischen Rüstungsbegrenzung (SALT I) ein. Außerdem handelte er 1973/74 das Ende des Jom-Kippur-Krieges aus. Für viele gilt Kissinger bis heute als außenpolitisches Genie. Das ist die eine Seite der Geschichte. Kritiker sehen in ihm allerdings einen Machtpolitiker ohne Moral, der auch Diktaturen unterstützte – solange es seinen Interessen nützte. Neben den außenpolitischen Erfolgen gibt es eine ganze Liste an Kriegen und Krisen, in denen Kissinger eine zweifelhafte Rolle spielte. Da ist zum einen der Vietnamkrieg: Kissinger soll 1968 einen nahen Friedensschluss verhindert haben, um Nixon zum Wahlsieg zu verhelfen. 1973 mündeten seine jahrelangen Geheimverhandlungen mit dem nordvietnamesischen Unterhändler Lê Đức Thọ schließlich in einen Friedensvertrag. Beiden wurde der Friedensnobelpreis zugesprochen, obwohl der Krieg noch bis 1975 weiterging. Kissinger nahm den Preis an, Lê Đức Thọ nicht. Umstritten ist auch, welche Rolle Kissinger bei der geheimen Bombardierung Kambodschas während des Vietnamkriegs spielte. Zusammen mit dem US-Geheimdienst CIA war Kissinger 1973 außerdem in den Putsch von General Augusto Pinochet gegen Chiles Präsidenten Salvador Allende verstrickt. Kissinger erhielt Vorladungen von Gerichten in verschiedenen Ländern, erschien aber nie. Von den Vorwürfen gegen ihn will er bis heute nichts wissen. Nach Nixons Rücktritt blieb Kissinger unter Gerald Ford Außenminister. Die politische Bühne verließ er nach dem Amtsantritt des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter 1977. Doch der Rückzug aus der aktiven Politik bedeutete für Kissinger nicht, sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Kissinger ist mittlerweile schwerhörig und auf einem Auge blind. Er formuliert seine Gedanken manchmal langsam und schwer verständlich. An Selbstbewusstsein mangelt es ihm jedoch nicht. Auf die Frage, ob Chinas Präsident Xi Jinping den Hörer abheben würde, sollte Kissinger anrufen, antwortete er: «Die Chancen stehen gut, dass er meinen Anruf annimmt.» Das gelte auch für Kremlchef Wladimir Putin.

● Twitter droht ein mögliches **Verbot in Europa**, nachdem Elon Musks Unternehmen von den Desinformationsregeln zurückgetreten ist. SRF.ch

● Das US-Biotechunternehmen Alnylam (alnylam.com/) verklagt Moderna und Pfizer wegen **Patentverletzungen**. Laut dem Unternehmen hätten Moderna und Biontech-Pfizer bei der Entwicklung ihres Impfstoffes Technologien kopiert, die Alnylam vor mehr als einem Jahrzehnt entwickelt habe. Der Konzern fordert jetzt einen Anteil an den Lizenzgebühren aus den Impfstoffverkäufen. Schon im vergangenen Jahr hat Alnylam die beiden Unternehmen verklagt. RBB.de

Vereinigten Arabischen Emirate – Die VAE sind zu einem wichtigen **Ziel für russisches Gold** geworden, seit westliche Regierungen ihre Märkte im Zuge der mit der Ukraine verbundenen Sanktionen gegen Moskau geschlossen haben, berichtet Reuters. Dem Medium zufolge importierte der Golfstaat unter Berufung auf Zollunterlagen zwischen dem

24. Februar 2022 und dem 3. März 2023 75,7 Tonnen russisches Gold im Wert von 4,3 Milliarden US-Dollar. Diese Zahl stellt einen exponentiellen Anstieg von nur 1,3 Tonnen im Jahr 2021 dar. Daten zeigten, dass China und die Türkei die zweitgrößten Bestimmungsländer waren und in diesem Zeitraum jeweils etwa 20 Tonnen importierten. Zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten machten die drei Länder in den Zolldaten für diesen Zeitraum 99,8 % der russischen Goldexporte aus, wie Reuters feststellte. Die G7, die EU und die Schweiz haben im vergangenen Sommer russische Goldimporte verboten, um der 20-Milliarden-Dollar-Goldindustrie des Landes zu schaden. Vor den Sanktionen war London das wichtigste Ziel für russisches Gold. JAZ.qa

Zentralafrika – Der Botschafter der Zentralafrikanischen Republik in Russland, Leon Dodonu-Punagasa, sagte, sein Land sei daran interessiert, auf seinem Territorium eine **russische Militärbasis** zu errichten, die zwischen 5'000 und 10'000 Soldaten aufnehmen könnte. VESTI.ru

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 114 - E 128)

01) Orban auf EU-Gipfel: „EU am Rande des Bankrotts“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

30. 06. 2023



Die EU gleicht einem Schwarzen Loch, das Geld auf nimmer Wiedersehen aufsaugt.-
Bild: shutterstock

„Was ist mit dem EU-Budget passiert, wo ist das Geld?“

- fragte Ministerpräsident Viktor Orbán via Twitter direkt aus Brüssel. Dabei persiflierte er seinen Beitrag mit einer John Travolta-GIF-Ikone.

„Brüssel geht das Geld aus“: 100 Milliarden fehlen

- so Orban weiter. Auf seiner Facebook-Seite legte er noch nach: Die EU stünde am Rande des Bankrotts. Aber nicht nur er, sondern „alle“ würden sich...

... „eine Frage stellen: Wohin ist das Geld hingeflossen?“

Und tatsächlich muss die finanzielle Lage des EU-Budgets dramatisch sein: Habe doch die EU-Kommission einen Vorschlag für einen Berichtigungshaushalt vorgelegt und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, weitere 100 Milliarden Euro (!) zu zahlen.

„Es stellt sich die Frage: Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Wie konnten sie die EU Union an den Rand des Bankrotts bringen?“

Dabei erwähnte Orban folgenden Punkte:

- *„Sie wollen die Mitgliedstaaten um 50 Milliarden Euro bitten, um sie der Ukraine zu geben. Aber sie können das Geld, das wir bisher aufgewendet haben, nicht zuordnen.*
- *Sie wollen viel Geld von den Mitgliedstaaten, damit sie die Zinsen für früher aufgenommene EU-Kredite begleichen können. Das sind die Kredite, von denen Polen und Ungarn bisher keinen einzigen Cent gesehen haben. Das ist, um es vorsichtig auszudrücken, frivol.*
- *Sie wollen von uns mehr Geld für die Migration, nicht für den Grenzschutz, sondern um Migranten ins Land zu holen. Und natürlich haben sie sich selbst nicht vergessen: Sie fordern Milliarden von Euro, um die Gehälter der Brüsseler Bürokraten zu erhöhen.“*

Er fügte hinzu:

„Die Position Ungarns ist klar: Wir wollen wissen, wie all das Geld, das wir bisher gezahlt haben, ausgegeben wurde. Und dann erwarten wir eine Antwort auf die Frage, wer dafür verantwortlich ist, dass die EU am Rande des Bankrotts steht.“

Seit gestern Donnerstag, den 29. Juni, treffen sich in Brüssel die EU-Staats- und Regierungschefs, um am Europäischen Rat teilzunehmen. Dies wird der erste EU-Gipfel seit dem letzten am 23. und 24. März.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Elftes Sanktionspaket der EU ist beschlossen

25. 06. 2023



Die Europäische Union hat nun schlussendlich - wie erwartet - das 11. Sanktionspaket gegen Russland gebilligt.

Seite E 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dies geht aus einer Erklärung hervor, die am 23. Juni veröffentlicht wurde.

Weitere Sanktionen gegen russische Medien

Die Europäische Union hat im Rahmen des 11. Sanktionspakets fünf russischen Sendern den Sendebetrieb untersagt, darunter dem RT-Sendedienst RT Balkan. Das entsprechende Dokument wurde am 23. Juni auf der Webseite des Europäischen Rates veröffentlicht.

Als Begründung hieß es dazu, **„um gegen die systematische, internationale Kampagne der Russischen Föderation zur Medienmanipulation und Verzerrung von Tatsachen vorzugehen, die darauf abzielt, ihre Strategie der Destabilisierung ihrer Nachbarländer, der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu verstärken**, verlängerte der Rat die Aussetzung der Sendelizenzen auf fünf weitere Medienunternehmen, RT Balkan, Oriental Review, Tsargrad, New Eastern Outlook und Katehon.“

Diese Kanäle stünden unter „ständiger direkter oder indirekter Kontrolle der Führung der Russischen Föderation“ und würden für Propagandaaktionen genutzt, „die sich gegen die Zivilgesellschaft in der EU und den Nachbarländern“ richteten, heißt es ferner seitens der EU.

Im Einklang mit der Charta der Grundrechte dürften diese Medien und ihre Mitarbeiter in der EU jedoch weiterhin andere Tätigkeiten ausüben, z. B. Recherchen und Interviews.

RT „für Serbien“ wurde offenbar zu brisant für EU-Beitrittspropaganda

Der Online-Sendedienst RT Balkan, der über Nachrichten in serbischer Sprache berichtet und sich auf regionale Angelegenheiten konzentriert, wurde im November 2022 gestartet. Der Sender verfügt über eine eigene Webseite und mehrere Konten in den sozialen Netzwerken. Bereits einen Monat nach Start, im Dezember 2022, wurde RT Balkan bereits auf YouTube blockiert.

Im März 2022 hatte die EU die Ausstrahlung und Verbreitung von Sputnik- und RT-Inhalten verboten. Gerade die Situation in Serbien mit „ihrer Spagat-Politik“ zwischen historischer Russlandtreue und EU-Beitrittsdruck, wurde wohl ein zu „gefährliches Pflaster“ für die Ausstrahlung russischer Programme, für die Brüsseler „Wahrheitsapostel“.

Erwartungsgemäß betrachtet Moskau dies als einen Verstoß gegen die Medienfreiheit und einen Beweis dafür, dass das Engagement der EU für die Meinungsfreiheit ein fadenscheiniges Konstrukt der eigenen Argumentationslinie sei.

Bereits lange vor dem Ukraine-Konflikt hatten einige EU-Länder versucht, die Aktivitäten einiger russischer Medien zu beschränken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) EU-Migrationspakt: Massiver EU-Vorstoß alle Mitgliedsländer mit „Flüchtlingen“ per Zwangsverteilung zu fluten

06. 06. 2023



Bild: shutterstock

Anstelle Migration zu verhindern und konsequent abzuschieben, wird weiter von “Verteilung” geredet.

Der österreichische freiheitliche Delegationsleiter im Europaparlament, Harald Vilimsky, hat dementsprechend Kritik an den aktuellen Verhandlungen zum EU-Migrationspakt geäußert. Seiner Ansicht nach sollte der Schwerpunkt der EU-Migrationspolitik darin liegen, die illegale Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts zu verhindern, statt sie zuzulassen und lediglich anders zu verwalten.

22.000 Strafe für Nichtaufnahme pro „Flüchtling“

Der FPÖ-Politiker bezog sich auf Berichte, dass bis zu 120.000 Migranten pro Jahr innerhalb der EU gezielt verteilt werden sollen. Falls sich Mitgliedsstaaten weigern, an dieser Umverteilung teilzunehmen, könnten sie mit einer Strafzahlung von 22.000 Euro pro Person belastet werden.

“Die EU-Kommission versucht mit aller Kraft, die Zwangsverteilung von Migranten auf alle EU-Staaten durchzusetzen”, sagte Vilimsky.

Er argumentiert, dass Brüssel nicht daran interessiert sei, die illegale Einwanderung in die EU zu stoppen. Dieses Signal wäre fatal, da es suggeriere, dass genug Platz für Neuankömmlinge vorhanden wäre.

Dublin-Abkommen ausgehebelt

Vilimsky stellte auch das bestehende Dublin-Abkommen in Frage, wonach das EU-Land für ein Asylverfahren zuständig sein sollte, in das ein Migrant als erstes eintritt. Dieses Abkommen werde nicht eingehalten, weil einige Länder Migranten einfach weiterziehen lassen und Brüssel effektive Kontrollen und Ablehnungen an den Binnengrenzen nicht zulasse.

Das vorgeschlagene EU-Migrationspakt zeigt einmal mehr, wie dysfunktional die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik ist. Es ist absurd zu glauben, dass die Lösung für die illegale Einwanderung in einer noch größeren Verteilung der Migranten liegt, statt in einer stärkeren Kontrolle der Außengrenzen und einem konsequenten Vorgehen gegen Missbrauch.

Recht vor politischer Korrektheit

Die Tatsache, dass Länder, die Migranten einfach durchwinken, nicht zur Verantwortung gezogen werden, ist ein klarer Verstoß gegen das Dublin-Abkommen. Es ist höchste Zeit, dass die EU eine effektive Migrationspolitik betreibt, die auf der Wahrung der Grenzen und dem Respekt für das Recht basiert, anstatt politische Korrektheit über die Sicherheit und Stabilität ihrer Mitgliedsstaaten zu stellen.

Umdenken dringend notwendig

Die Vorschläge, die Vilimsky anbringt, verdienen es, gehört zu werden. Eine stärkere Kontrolle der Grenzen, verkürzte Verfahren und eine bessere Durchführung von Abschiebungen könnten dazu beitragen, das System zu verbessern. Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar und es ist offensichtlich, dass ein Umdenken notwendig ist. Die EU hat eine veritable Krise mit der Zuwanderung, die ihre eigene Existenz auf das Spiel setzt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) EU will keine Umweltauflagen für Privatjets – Eliten werden „verschont“

06. 06. 2023



Bild: screenshot Twitter

Seite E 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Völlig „unbeeindruckt“ von Forderungen der EU-Mitgliedstaaten erklärte die rumänische EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean, dass sie keineswegs beabsichtige, vor dem Ende der Amtszeit der Kommission, neue Maßnahmen für Privatjets vorzuschlagen, wie auch *EURACTIV* berichtet.

Keine „Einschränkungen“ für Eliten

Belgien und Irland hatten sich am 1. Juni bei einem Treffen der EU-Verkehrsminister für strengere Umweltvorschriften für Privatjets ausgesprochen und sich damit einem Vorstoß Österreichs, Frankreichs und der Niederlande angeschlossen, um die CO₂-Emissionen der Luftfahrt zu reduzieren.

Gänzlich unbeeindruckt vom Druck der Mitgliedsstaaten erklärte EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean, dass sie „nicht die Absicht“ habe, vor dem Ende der Amtszeit der derzeitigen EU-Kommission neue Maßnahmen für Privatjets vorzuschlagen.

Auf die Frage, ob die Kommission neue Maßnahmen für Geschäftsflüge vorschlagen werde, antwortete die Verkehrskommissarin auf einer Pressekonferenz beinahe provokant, „die kurze Antwort ist nein“. „Wir haben nicht die Absicht, irgendwelche (weiteren) Vorschriften zu erlassen.“

Vălean sagte, dass sie es vorziehe, die Luftfahrt als Ganzes anzugehen, anstatt sich speziell auf Privatjets zu konzentrieren.

Die Verkehrsminister der 27 EU-Mitgliedstaaten hatten sich am 1. Juni in Luxemburg zusammengefunden, um eine Reihe von Themen zu diskutieren, darunter eben auch die Umweltauswirkungen von Privatjets.

Emissionsbekämpfung bei Privatjets ist Frage der Klimagerechtigkeit

Im Vorfeld des Verkehrsministerrats haben Österreich, Frankreich und die Niederlande gemeinsam einen Brief an EU-Klimachef Frans Timmermans und die Verkehrskommissarin verfasst, in dem sie argumentieren, dass die Bekämpfung der Emissionen von Privatjets eine Frage der Klimagerechtigkeit sei.

Möglicher Weise hätte man hierbei auch anders formulieren müssen, da in der aktuellen EU-Politik „Gerechtigkeit“ wohl keine zentrale Rolle ein zu nehmen scheint.

„Diese Form des Flugverkehrs hat einen übermäßigen CO₂-Fußabdruck pro Kopf und steht daher zu Recht in der Kritik“, schrieben die Minister der drei Nationen. „Angesichts dessen sind die jüngsten Forderungen nach Maßnahmen wie dem Verbot von Privatjetreisen verständlich und müssen angemessen behandelt werden.“

In einer Erklärung sagte die Länderkoalition, dass die „enorm hohen CO₂-Emissionen pro Kopf“ durch Privatflüge ungerecht seien, da sie bedeuten, dass eine kleine Anzahl von Menschen „der Gemeinschaft großen Schaden zufügen“.

Hobby der Superreichen auf Kosten der Gemeinschaft

„Privatjetflüge sind ein Hobby der Superreichen. Aber wir können nicht alle dafür bezahlen“, sagte die österreichische Klimaschutzministerin Leonore Gewessler. „Wir brauchen hier strengere Regeln. Jeder, der unser Klima schädigt, muss auch einen fairen Beitrag leisten.“

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ein Bericht der Umweltorganisation Transport & Environment hat ergeben, dass Privatjets pro Passagier 5 bis 14 Mal mehr Schadstoffe ausstoßen als kommerzielle Flugzeuge.

Einer, im März vom Beratungsunternehmen CE Delft veröffentlichten Studie zu Folge, stieg die Zahl der Privatflüge in Europa auf 572.806 im Jahr 2022, was einen Anstieg von 64 Prozent bedeutet.

Der französische Verkehrsminister Clement Beaune forderte am 1. Juni in Luxemburg einen „nüchternen Ansatz“ bei der Besteuerung der Nutzung von Privatjets auf europäischer Ebene.

„Dies ist ein Bereich, in dem wir symbolisch zeigen, wie wir zusammenarbeiten können, um die Emissionen zu bekämpfen“, erklärte er.

Der belgische Minister für Mobilität, Georges Gilkinet, schloss sich dieser Meinung an. Er sagte, es sei notwendig, dass „jeder den angemessenen Preis für sein Transportmittel bezahlt.“

„Unsere Bürger könnten nicht verstehen, wenn eine Minderheit, die Privatjets benutzt, diese Flugzeuge ohne jegliche Einschränkungen nutzen könnte, mit unverhältnismäßigen Auswirkungen auf das Klima“, erläuterte er.

„Wir müssen zeigen, dass die Klimabemühungen gerecht verteilt werden, insbesondere ein Jahr nach der Explosion der Energiepreise“, fügte er hinzu.

Der irische Vertreter Jack Chambers schlug einen vorsichtigeren Ton an und fügte hinzu, dass „alle vernünftigen Optionen“ geprüft werden sollten, um sicherzustellen, dass Privatjets „ihren vollen Beitrag zu unseren Klimazielen leisten.“

„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Sektoren der Luftfahrt zu den Bemühungen um eine Emissionsreduzierung beitragen, einschließlich der Privatjets“, sagte er.

Deutschland will „Eliten“ einmal mehr nicht vergrämen

Im Gegensatz dazu zeigten sich Deutschland und Malta skeptischer gegenüber dem Regulierungsdruck.

Deutschland sprach sich zwar eher unkonkret für Marktmaßnahmen zur Emissionssenkung aus, während Malta vor möglichen Auswirkungen auf die Konnektivität warnte, wenn die Regulierung zu weit gehen sollte.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) gab eine kurze Erklärung ab, in der er den EU-Markt für CO₂-Emissionen im Luftverkehr als das beste Instrument zur Bekämpfung der Emissionen im Luftverkehr insgesamt bezeichnete.

„Es kann diskutiert werden, welche Flüge bei den bestehenden Klimamaßnahmen berücksichtigt werden, unter anderem im Zusammenhang mit den planmäßigen Überprüfungen des EU-Emissionshandels“, sagte er.

„Das ist meiner Auffassung nach eine bessere Herangehensweise als ausschließlich über Privatflüge zu diskutieren“, fügte er hinzu.

Der kleine Inselstaat Malta warnte davor, dass strenge Regulierungen ihn unverhältnismäßig stark treffen könnten.

„Man muss bedenken, dass die Geschäftsfluffahrt auch in Staaten, in denen wie in Malta die Möglichkeiten für den Geschäftsverkehr begrenzt sind, eine wichtige Transportverbindung darstellen kann“, sagte der maltesische Verkehrsminister Aaron Farrugia.

Es muss sichergestellt werden, dass Klimaschutzmaßnahmen „geografisch gerecht sind und die wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und den Einsatz neuer Technologien nicht behindern“, fügte er hinzu.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Geplantes EU-Pfandsystem: „Ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“ – Milliarden Bierflaschen vor Vernichtung

05. 06. 2023



Streit um EU-Pfandsystem: Bierbrauer warnen vor Vernichtung von Milliarden Bierflaschen

Aus Deutschland kam massive Kritik: Die EU will die Regeln für Pfandsysteme und Verpackungen verschärfen. Dem würden in Deutschland Milliarden Bierflaschen und unzählige Flaschenkästen zum Opfer fallen. Der Brauer-Bund hat die EU zu einer Vor-Ort-Besichtigung eingeladen.

Mit den Worten „Die Pläne sind ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“, kommentiert Dirk Reinsberg, Geschäftsführender Vorstand beim Bundesverband des Deutschen

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Getränkefachgroßhandels, die geplanten Reformen der EU-Kommission. Die Europäische Union hat vor, eine Vereinheitlichung des Pfandsystems ihrer 27 Mitgliedstaaten vorzunehmen, wie die „Bild“ kürzlich berichtete.

Dabei sieht die verbindliche Verordnung unter anderem vor, dass die Transportverpackung eines Produktes nicht mehr als 40 Prozent größer sein dürfe als das Produkt selbst. „Im Falle von Bier“, so Reinsberg weiter, „würde das bedeuten, dass der klassische deutsche Bierkasten vor dem Aus stünde, geschreddert und vernichtet werden müsste.“

EU fordert „dauerhaft angebrachte Kennzeichnung“

Während das EU-Vorhaben darauf abzielt, das Mehrwegsystem zu stärken und den Ressourcenverbrauch zu senken, würde die Maßnahme laut Deutschlands Bierbrauer eher das Gegenteil bewirken.

Einen Punkt stufen die hiesigen Bierbrauer laut „Bild“ als besonders kritisch ein: Laut der neuen EU-Verordnung sei es künftig erforderlich, auf Mehrwegverpackungen eine „dauerhaft angebrachte Kennzeichnung“ anzubringen. Bisher sind die Informationen, woraus die Verpackung besteht und in welchen Abfallbehälter sie gehört, im deutschen Mehrwegsystem mit abwaschbaren Etiketten angebracht.

Daher wären die Folgen, die sich durch die neuen Regelungen ergeben, dramatisch. Nicht nur die Bierkästen, sondern auch die Bierflaschen wären davon betroffen.

Laut dem Brauer-Bund und dem Getränkewirtschaftsverband müssten Milliarden deutscher Bierflaschen vernichtet werden – sie müssten aus dem Verkehr gezogen und neue Flaschen mit Präge-Logo und Seriennummer müssten produziert werden.

Brauer-Bund: „Gut gemeint, aber schlecht gemacht“

Wie Holger Eichele, Hauptgeschäftsführer beim Deutschen Brauer-Bund, gegenüber der „Bild“ anmahnt, müsse „dieser Irrsinn“ verhindert werden. Seiner Meinung nach sei das Vorhaben zwar „gut gemeint, aber schlecht gemacht“. Nur weil einige Länder im Gegensatz zu Deutschland noch keine Mehrwegsysteme im Gebrauch hätten, werde nun „ein einheitliches Gesetz über Europa gestülpt“.

Laut Eichele sei das deutsche Pfandsystem „europaweit einmalig und umweltfreundlich“. Rund 80 Prozent des Biers würden in Deutschland in Mehrwegflaschen verkauft und die rund 1.500 Brauereien hätten aktuell rund vier Milliarden Pfandflaschen im Umlauf. Die Bierbrauer prognostizieren, dass Deutschland durch die Umstellung Milliarden investieren müsste, ohne einen ökologischen Mehrwert zu erhalten.

Reaktion der EU-Kommission

In der Debatte um die Folgen der geplanten EU-Verpackungsverordnung hat sich die EU-Kommission mittlerweile zu Wort gemeldet. In einer Pressemitteilung vom 1. Juni dementiert sie die massive Kritik. So heißt es, die Behauptung der Bierbrauer, dass bestehende Bierflaschen eingeschmolzen werden müssten, „entspricht nicht den Fakten“.

Verpackungsangaben müssten zwar dauerhaft angebracht sein. Doch „ablösbare Papier-Etiketten, die im deutschen Flaschenpfandsystem üblich sind, können diese Bedingung erfüllen“. Voraussetzung dafür sei aber, dass diese verfügbar seien, solange die Flasche im Umlauf sei.

Seite E 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Wenn die Flasche in die Rotation zurückkomme und sich das Etikett beim Waschvorgang abgelöst habe, müsse für die weitere Wiederverwendung ein neues angebracht werden. „Es ist aber nicht notwendig, die Information in die Flasche einzugravieren“, heißt in der Pressemitteilung weiter. Diese Form der Kennzeichnung sei im Kommissionsvorschlag nur „als Option genannt“.

Noch viele Fragen offen

Der Deutsche Brauer Bund e. V. (DBB) reagierte umgehend auf die neue Mitteilung. Er begrüße zwar die Klarstellung der EU, dennoch seien noch viele Fragen offen, wie aus der Stellungnahme vom 2. Juni hervorgeht.

Für den Verband liege das Problem darin, dass die Kommission in ihren neuen Bestimmungen verlange, dass die Informationskennzeichnung so „dauerhaft“ angebracht werden müsse, dass sie „die Nachverfolgung der Verpackung sowie die Berechnung von Umläufen und Kreislaufdurchgängen erleichtert“.

Laut dem Brauer-Bund könnten dies die bestehenden Mehrwegpfandflaschen aber nicht gewährleisten, da die Informationen des Etiketts verloren wären, sobald mit jedem Umlauf ein neues aufgebracht würde. Der Erhalt der Informationen sei nur möglich, „wenn alle Flaschen direkt markiert werden“, stellt der Verband klar. Somit bleibe weiterhin die Frage offen, „wie das umweltfreundliche Mehrwegsystem der deutschen Brauwirtschaft künftig die Vorgaben der EU erfüllen soll“.

Brauer-Bund lädt zu Vor-Ort-Besichtigung ein

In Bezug auf die Regel, dass künftig die Verpackung nicht mehr als 40 Prozent größer als der Inhalt sein dürfe, räumt die EU-Kommission ein: „... spricht nichts dagegen, Transportverpackungen in bestehenden Mehrwegsystemen, wie zum Beispiel Bierkästen, von dieser Regel auszunehmen.“

In seinem Schreiben erklärt der Brauer-Bund, dass er die Bemühungen der EU, „Mehrweg zu stärken, den Ressourcenverbrauch zu senken und das Recycling von Verpackungen verbindlich vorzuschreiben“, grundsätzlich begrüße. Dennoch seien entscheidende Fragen wie die „Rücknahmepflicht für Mehrwegverpackungen oder die geforderte Verwaltungsbürokratie für Pfandgesellschaften“ bislang offen.

Schließlich weist Brauer-Bund-Chef Eichele darauf hin, dass die Mehrwegquoten Deutschlands sich bereits seit Jahrzehnten weit oberhalb der von der EU für 2040 vorgesehenen Ziele befinden würden. Der Verband lade die verantwortlichen EU-Politiker deshalb ein, „sich vor Ort in unseren Brauereien und im Handel ein Bild davon zu machen, wie das Mehrwegsystem in Deutschland funktioniert und von den Verbrauchern genutzt wird“.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Kein neues EU-Sanktionspaket dank Ungarn und nun auch Griechenland

01. 06. 2023



Bild: YouTube

Die US-Tageszeitung *Politico* hat Ungarns „Mitreiter“ im EU-Sanktionsdisput gegen Russland „entlarvt“.

Der Zeitung zufolge handelt es sich dabei um Griechenland, das sich für die Untersuchung und Offenlegung von Beweisen für Umgehungen der Sanktionen gegen Russland aussprach.

Kein 11. Sanktionspaket in Sicht

Griechenland hat sich Ungarn, dessen Behörden den Entwurf des elften EU-Sanktionspakets gegen Russland öffentlich kritisiert haben, angeschlossen.

Dies berichtete das [Magazin Politico](#) unter Berufung auf fünf diplomatische Quellen.

Um neuen restriktiven Maßnahmen gegen Moskau zuzustimmen, fordern Budapest und Athen, dass ihre Unternehmen von einer, von der Ukraine erstellten Liste der „Kriegssponsoren“ gestrichen werden, so die Zeitung.

Die EU diskutiert seit dem Frühjahr über das elfte Sanktionspaket gegen Russland. Nach den Vorstellungen Brüssels soll es darauf abzielen, die Umgehung bereits bestehender restriktiver Maßnahmen zu verhindern. Es sollen also Jene bestraft werden, die dagegen verstoßen, so der Wunsch der Europäischen Kommission.

Den Quellen von *Politico* zufolge wollen Ungarn und Griechenland das kollektive Sanktionsabkommen nun „durchkreuzen“ und „als politisches Druckmittel“ einsetzen, um ihre Unternehmen von einer ukrainischen Liste sogenannter „Kriegssponsoren“ streichen zu lassen.

Auf der Liste stehen fünf griechische und ein ungarisches Unternehmen, die **nach Angaben der Verfasser** der Liste trotz der Sanktionen weiterhin mit Russland zusammenarbeiten.

Ukrainische Feindes- und Todeslisten für Westen unproblematisch

Hierzu sollte auch erwähnt werden, dass man in der Ukraine gerne Listen für alles Mögliche herausgibt, das dem Regime eben nicht genehm ist, bis hin zu internationalen [„Feindes- und Todes-Listen“](#), an denen sich im Westen offenbar niemand zu „stoßen“ scheint. Auf einigen dieser Listen sind auch zahlreiche westliche, u.a. auch europäische Politiker zu finden die man seitens der Ukraine gerne im „russischen Dunstkreis“ verorten möchte.

Die Position der beiden „widerständigen“ EU-Länder stand Ende Mai im Mittelpunkt einer angespannten Diskussion der EU-Außenminister, so die Quellen der Zeitung. Während des Meinungsaustauschs richtete sich einmal mehr Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrer Kritik direkt an Ungarn.

Griechenland ist den Gesprächspartnern von *Politico* zufolge der Ansicht, dass Maßnahmen zur Umgehung von Sanktionen erst dann ergriffen werden sollten, wenn die entsprechenden Informationen den betroffenen EU-Mitgliedsstaaten mitgeteilt, untersucht und bestätigt wurden.

Griechische Firmen, die auf der ukrainischen Liste stehen, werden seitens der Ukraine beschuldigt, „Sponsoren des Terrorismus“ zu sein, obwohl sie nicht gegen die Sanktionen verstoßen, erläutert ein europäischer Diplomat die Haltung Athens.

Eine andere diplomatische Quelle erklärte, „wir haben kein Problem mit dieser Position, aber **unabhängig davon wollen wir natürlich das nächste Sanktionspaket.**“

EU-Chef-Diplomat Josep Borrell hat bereits versprochen, die Kontroverse um die ukrainische Liste europäischer Unternehmen zu klären. Zwei ungenannte Diplomaten sagten gegenüber der Zeitung, Borrell wolle mit der Ukraine daran arbeiten.

Trotz zweier „Vetos“ wird Sanktionspaket 11 ausgearbeitet

Politico zufolge gibt es noch keinen klaren Zeitplan für die nächsten Gespräche über Sanktionen mit den EU-Vertretern, und die Position Griechenlands und Ungarns, so die Diplomaten, hindere sie nicht daran, andere Bestimmungen des elften Pakets zu diskutieren. In einem Punkt sei man sich jedoch weitgehend einig, man wolle sich auf ein weiteres Maßnahmenpaket einigen.

Es war beim rasant voranschreitenden „Entdemokratisierungs- und Rechtsbeugungsprozess“ der EU kaum anders zu erwarten gewesen.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó erklärte seinerseits, Budapest halte weitere Maßnahmen nicht für notwendig, da die bisherigen Sanktionen Russland weit weniger geschadet hätten als Europa. Der Außenminister sah in den Vorschlägen für das elfte Paket Risiken für die europäischen Exporteure und die Beziehungen zwischen Brüssel und Peking.

Die Europäische Kommission hatte im Mai Sanktionen gegen mehrere chinesische Unternehmen angekündigt. Peking sah in diesen Plänen eine Gefahr für die Beziehungen zwischen China und der EU und rief dazu auf, seitens der EU, „keinen Fehler zu machen“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Mutter aller Zensuren im Anmarsch: Digitalgesetz soll alle nicht systemkonforme Meinungen beseitigen

Von CLAUDIA MARCU

01. 06. 2023



Der Digital Services Act (DSA), eine auf EU-Ebene basierende Verordnung, ist praktisch die Mutter aller Zensuren. Unter dem Deckmantel der Transparenz und Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen wird jede Meinung, die dem System zuwiderläuft, eliminiert. Ganz konkret verpflichtet die Verordnung die Plattformen, Risiken wie Fehlinformationen oder Wahlmanipulationen mithilfe von „vertrauenswürdigen“ Stellen, die alles zensieren werden, zu reduzieren.

In den unruhigen Zeiten der Pandemie wurde deutlich, wie die aggressive Zensur der Behörden, die mit den weltweiten Mainstream-Medien unter einer Decke stecken, funktioniert, und sie scheuten sich nicht, Stimmen zu unterdrücken, insbesondere die von Fachleuten und medizinischen Koryphäen, die nicht mit dem offiziellen Narrativ übereinstimmten. Bei der Pandemie gab es praktisch nur eine Meinung, und wer es wagte, ihr zu widersprechen, wurde geächtet und öffentlich fertig gemacht. Dass Meinungen von Menschen außerhalb des medizinischen Bereichs zensiert wurden, war nicht so zerstörerisch, aber dass angesehene und anerkannte medizinische Forscher über Nacht zu Parias wurden, nur weil sie es wagten, auf die Brüche in der Logik und die Verzerrung der Wissenschaft selbst hinzuweisen, ist unvorstellbar.

Der Digital Services Act ist Schutz der EU-Regierungen

Die EU-Führung hat sich mehrfach über die niedrigen Impfraten in einigen Ländern, darunter Rumänien, beschwert und auf „Verschwörungstheorien“ verwiesen, die in den sozialen Medien kursieren. Haben sie in Rumänien irgendeine etwas bewirkt? Zum Teil, denn

wichtiger war der Überlebensinstinkt der Bevölkerung, die spürte, dass etwas nicht stimmte, und sich dafür entschied, dem Druck zu widerstehen oder, wenn sie keine Wahl hatte, an der Scheinimpfung festzuhalten. In der Zwischenzeit haben sich alle „Verschwörungstheorien“ bewahrheitet, aber die öffentliche Aufmerksamkeit wurde gezielt auf andere Krisen gelenkt. Die Europäische Union bereitet sich eifrig auf die nächste Pandemie vor, die sehr stark davon abhängen wird, wer den Kampf zwischen den beiden Weltordnungen gewinnt, und führt nun einen offiziellen Akt der totalen Zensur ein. Der Digital Services Act (DSA) ist keineswegs das, was er vorgibt zu sein, nämlich ein Schutz der EU-Bürger, sondern ein Schutz der EU-Regierungen.

Generelle Überwachung

Das Gesetz über digitale Dienste ist eine Verordnung, die unmittelbar in der gesamten EU gilt. Zu den Verpflichtungen, die sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen auferlegt werden, gehört die Überwachung durch unabhängige Audits ihrer Risikomanagementmaßnahmen. Darüber hinaus müssen die Plattformen Risiken wie Fehlinformationen oder Wahlmanipulationen, Cybergewalt gegen Frauen oder die Gefährdung von Minderjährigen im Internet eindämmen. Das Gesetz sieht auch Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Online-Inhalte, einschließlich illegaler Waren und Dienstleistungen, vor. Das DSA sieht neue Mechanismen vor, die es den Nutzern ermöglichen, illegale Inhalte online zu melden, und die Plattformen verpflichten, mit spezialisierten „vertrauenswürdigen Hinweisgebern“ zusammenzuarbeiten, um illegale Inhalte zu ermitteln und zu entfernen, sowie wirksame Schutzmaßnahmen für die Nutzer, einschließlich der Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Mäßigung von Inhalten anzufechten, und zwar auf der Grundlage neuer obligatorischer Informationen für die Nutzer, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden.

Mechanismus zur Reaktion auf Pandemien

Mit dem Gesetz über digitale Dienste wird auch ein neuer Krisenreaktionsmechanismus für den Fall einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Gesundheit und von Sicherheitskrisen, wie etwa einer Pandemie oder eines Krieges, eingeführt. „Der DSA regelt die Verantwortlichkeiten von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen, wenn es um systemische Probleme wie Fehlinformationen, Falschmeldungen und Manipulationen während Pandemien, Schäden für gefährdete Gruppen und andere neu entstehende gesellschaftliche Schäden geht“, heißt es in dem EU-Gesetz. Gleichzeitig werden neue Bestimmungen eingeführt, um Forschern der wichtigsten Plattformen den Zugang zu Daten zu ermöglichen, um zu überwachen, wie die Plattformen arbeiten und wie sich die Online-Risiken entwickeln.

Der genaue Zeitpunkt wird von Brüssel festgelegt

Laut DSA werden die Nutzer neue Rechte haben, darunter das Recht, sich bei der Plattform zu beschweren, eine außergerichtliche Einigung anzustreben, sich bei der nationalen Behörde in ihrer eigenen Sprache zu beschweren oder eine Entschädigung für Verstöße gegen die Regeln zu fordern. „Vertretungsorganisationen werden auch in der Lage sein, die Rechte der Nutzer bei weit verbreiteten Rechtsverstößen zu verteidigen. Die Europäische Kommission ist die Hauptregulierungsbehörde für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen, während andere Plattformen und Suchmaschinen unter der Aufsicht der Mitgliedsstaaten stehen, in denen sie niedergelassen sind. Die Kommission wird ähnliche Durchsetzungsbefugnisse wie in Kartellverfahren haben“, heißt es im Gesetz über digitale Dienste.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [national.ro](https://www.national.ro)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Knalleffekt: AUF1 ab Herbst auch im echten Fernsehen!

21. 06. 2023



Chefredakteur Stefan Magnet: „Die Medien-Revolution rollt weiter!“

Zwei Jahre nach dem fulminanten Start in der alternativen Medienszene wagt AUF1 den nächsten unternehmerischen Schritt: Das führende alternative und unabhängige Medium hat sich ab Herbst 2023 einen Sendeplatz im echten Fernsehen gesichert! AUF1 wird damit erstmals neben seinen Internetplattformen und Appkanälen im gesamten deutschen Sprachraum auch via Fernsehgerät zu empfangen sein, wie Chefredakteur Stefan Magnet und AUF1-Frontfrau Elsa Mittmannsgruber in einer gemeinsamen Videobotschaft verkünden.

[Link](#) zum Video

<<https://auf1.tv/stefan-magnet-auf1/sensation-auf1-kommt-ins-echte-fernsehen/>>

Systemkritik versus Systemmedien

„Wir haben einen Sendeplatz, wir haben die Verträge, wir haben alles logistisch und juristisch auf Schiene gebracht und wir werden AUF1 im gesamten deutschen Sprachraum in die Fernsehgeräte bringen! Das ist nur ein kleiner Schritt für einen TV-Zuseher, aber ein Riesenschritt für uns – und eine großartige Chance, die Medienlandschaft umzukrempeln“, freut sich Stefan Magnet über seine „Medien-Evolution für die Medien-Revolution“. „So etwas hat es noch nie gegeben!“, zeigt sich auch Elsa Mittmannsgruber erfreut. „Ein systemkritisches Medium wie AUF1 stellt sich selbstbewusst neben die großen Sender.“

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

„Und positioniert sich damit noch stärker als ernstzunehmende Alternative zu den Mainstream-Manipulations-Maschinen“, ergänzt Magnet, der sich stolz über die Entwicklung seines jungen Senders zeigt. AUF1 feierte am 31. Mai den zweiten Geburtstag.

Einladung an alle freien Medien

Das führende alternative und unabhängige Medium will auch anderen freien Medien und Bloggern einen Platz im Programm einräumen. „Ich lade alle ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen und echte und kritische Berichterstattung in die Fernsehwelt zu bringen. Gemeinsam sind wir noch stärker“, streckt Mittmannsgruber die Hände zur Zusammenarbeit aus.

Sendestart nur mit Unterstützung möglich

Für den Ausbau des Sendebetriebs, die teuren Sendepplatzkosten und die juristischen Kämpfe werden nun Spenden gesammelt. „Es benötigt tatsächlich die Mithilfe unserer tausenden Seher. Nur wenn diese Anteil nehmen, können wir dieses gewagte Vorhaben verwirklichen“, erklärt Magnet, der ausdrücklich betont, dass jeder Cent zählt. Ab einem Betrag von 200 Euro aufwärts hat sich AUF1 noch etwas Besonderes einfallen lassen: Als Spender erhält man dann einen symbolischen Baustein in Form eines Miniatur-AUF1-Fernsehers zugeschickt.

Zielgruppe wird enorm vergrößert

Warum dieser Weg? Elsa Mittmannsgruber: „Der Fernseher ist für sehr viele Menschen heilig! Erst, wenn es aus der Röhre rauskommt, ist es wahr. Nicht umsonst spricht man vom Fernsehen als ‚Opium fürs Volk‘.“ Deshalb wolle AUF1 seine Zielgruppe großflächig erweitern, erklärt Chefredakteur Magnet. „Denn wir wollen, dass möglichst viele Menschen frei und unabhängig informiert werden. Dass sie sich ihre eigene Meinung bilden können. Und mit unserem TV-Sendeplatz können wir neben den Aufgewachten, die sich bereits übers Internet und alternative Kanäle informieren, auch den klassischen Fernsehkonsumenten erreichen. Künftig kann man sich unabhängige und alternative Berichterstattung mit einem Knopfdruck ins Wohnzimmer holen!“ Und das gehe nur, wenn man unabhängig ist, so Magnet. Die Mainstream-Medien seien das nicht, weil sie ohne ihre Werbeeinnahmen gar nicht existieren könnten. Elsa Mittmannsgruber: „Wir hingegen werden von unseren treuen Sehern mit Spenden für die Sache getragen, weil sie sich mit unserer Mission identifizieren können. Wir sind deshalb unabhängig und frei und können ganz anders berichten.“

Bewährtes bleibt, Neues kommt

Das AUF1 Team arbeitet seit Monaten fieberhaft im Hintergrund für den Fernsehstart im Herbst 2023. Was kann man sich von der Entwicklung erwarten? Einerseits das, was AUF1 schon immer gemacht hat: Hochkarätige Interviewgäste, Hintergrundanalysen, Zusammenhänge erklären und sich gegen die Vorhaben der Globalisten stemmen. Mittmannsgruber: „Andererseits haben wir die bisher beliebten Sendungen optimiert und werden dazu auch attraktive neue Formate vorstellen.“ Dabei habe man auch die Ergebnisse der großen Seherumfrage miteinbezogen, berichtet Chefredakteur Magnet.

Die Herausforderung, mit dem AUF1-Team bald auch „echtes“ Fernsehprogramm anzubieten, nehmen Stefan Magnet und Elsa Mittmannsgruber gerne an: „Unsere

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Stammseher wissen, was sie an uns haben. Und bald werden das jetzt auch Millionen Fernsehzuschauer in ganz Mitteleuropa schätzen können. Wir treten an, um zu einer Medien-Revolution beizutragen. Denn wir wollen freie Medien für eine freie Welt.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 132– E 191)

01) Faeser will AfD, zweitstärkste Partei in Umfragen, wegen „Rechtsextremismus“ verbieten

03. 07. 2023



Im thüringischen Sonneberg wurde jetzt zum ersten Mal ein AfD-Politiker, Robert Sesselmann, zum Landrat gewählt. Und zwar mit 52,8 Prozent. Das ist ein Statement. Aber es liegt im Trend. Jedes Umfrage-Institut kommt bei der Frage „Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre“ auf einen AfD Stimmen-Anteil von um die 20 Prozent – die AfD würde damit zweitstärkste Partei, an der man eben nicht vorbeikommt. Eine Katastrophe für die Etablierten. Die Linke dagegen käme nicht einmal ins Parlament. Jetzt heulen die Alarmsirenen in Berlin auf.

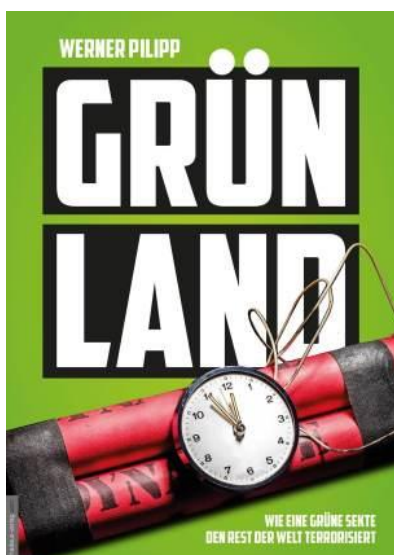
Von NIKI VOGT | Innenminister Nancy Faeser springt mit Anlauf sofort in das berühmte Fettnäpfchen, das in diesem Fall die Größe einer Badewanne hat. Besser geht's nicht. Eine Partei wegen Rechtsextremismus zu verbieten, für die in der INSA Umfrage 20,5% der Leute bundesweit stimmen, ist absurd. Sie kann nicht allen Ernstes einfach mal einem Fünftel der Bundesbürger Rechtsextremismus unterstellen. Und abgesehen davon, dass das Programm und die Zielsetzungen der AfD zu 95 Prozent mit dem der „alten CDU/CSU“ von vor 1990 übereinstimmt, ist es einfach krass undemokratisch, eine Partei zu verbieten, nur weil sie einem den Rang abläuft und das etablierte Machtgefüge stört. Denn außer der Linken und der AfD gibt es keine echte Opposition mehr. Nach der vorliegenden INSA-Umfrage käme die Linke mit 4,5 Prozent gar nicht mehr in den Bundestag.



Wie schön, wenn man AfD wegliquidieren könnte und die Linke nicht mehr lästig wird, dann ist man ja unter sich und kann ein paar Show-Diskussionen zur Volksbelustigung abhalten und ansonsten ohne ernsthafte Opposition durchregieren und Deutschland weiter in Grund und Boden wirtschaften.

In einer solchen Situation muss die [„Meinungsmache für das einfache Dummvolk“, die BILD](#), an die Front. Nachdem Julian Reichelt abgesägt wurde als Chefredakteur, bläst der neue, system-folgsamere [Chefredakteur des Blattes, Marion Horn](#), in dasselbe, um die Jagd auf die AfD zu eröffnen.

Geschickt greift sie die Unzufriedenheit der Bürger mit der Ampelregierung auf. Auch diese (noch) stille Wut auf die Berliner Regierungselite ist in den Umfragewerten deutlich abzulesen. Bei der Frage, wie zufrieden man mit der Politik der Regierung ist, liegt die Quote der „eher Unzufriedenen“ plus die „sehr Unzufriedenen“ stabil bei um die 70 Prozent, wobei die „sehr Unzufriedenen“ mit 50–60 Prozent der längste Balken überhaupt ist. Auch die Arbeit der einzelnen Bundesminister kommt selten besser weg. Kurz: Mehr als zwei Drittel der Deutschen lehnen heute die Regierung entschieden ab. Und auch die CDU wird nicht mehr als Opposition wahrgenommen.



Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Auch das adressiert Marion Horn. Die Union biete in Wahrheit kein politisches Angebot für die Wähler, die eine andere Politik wollen. Dann nörgelt sie noch ein bisschen an den Straßenschlachten durch Migranten herum, das entspricht auch dem dicken Hals der Bürger. Und ja, wir alle sind fassungslos, wie über unsere Köpfe hinweg unsere „Lebenswirklichkeit“ immer düsterer wird. Fast alle Deutschen sehen bang in die Zukunft und misstrauen der Politik zutiefst.

Dann schreibt Frau Horn:

„Ja, die AfD ist eine in Teilen rechtsextreme Partei. Viele AfD-Politiker verabscheuen die deutsche Demokratie und lieben die russische Diktatur. Aber die Wähler sind mitnichten alle rechtsextrem: Mehr als 60 Prozent der potenziellen AfD-Wähler kommen von der Union, der FDP und der SPD.“

Chapeau, Frau Horn, das ist gut überlegt. Erst einmal den gruseligen Gottseibeius auspacken und beweisfrei behaupten, dass AfD-Politiker die deutsche Demokratie verabscheuen ...

Niemand verachtet in der AfD die deutsche Demokratie. Im Gegenteil: Die deutsche Demokratie, die es geben *müsste*, wird gerade von der jetzigen Regierung langsam zerschreddert. Es ist ja gerade die AfD, die gegen die Meinungsdictatur hier wettet, gegen die Kriminalisierung jeder anderen Sichtweise als der von oben verordneten. Die Freiheit der Bürger wird abgeschafft: Die Meinungshoheit der sakrosankten Minderheiten in Politik und Medien. Die Zerstörung der Wirtschaft und der Gesellschaft im Namen einer Klimapolitik, die uns alle verarmen lässt und die nur der harte Kern der Grünen (mit einem kleinen Wähleranteil von 13%) wirklich will.

... Und dann noch draufsetzen, ebenfalls beweisfrei, dass Russland eine Diktatur sei. Dort finden ebenfalls Wahlen statt. Und wie in Deutschland, wird da auch mit allen möglichen Methoden die echte Opposition kleingehalten. Schon lustig: Frau Horn stellt selbst fest, dass es praktisch keine Opposition mehr gibt, dass es mehr als 60 Prozent der AfD-Wähler sind, die einfach nur eine echte Opposition wollen, weil sie die Meinungsdictatur und die besch... Politik der Regierung mehr als satt haben. Eine Opposition gehört zur Demokratie – ansonsten ist es keine, Frau Horn. Und wenn Frau Innenminister Faeser nun versucht, mit neu zusammengeschusterten Anti-AfD-Gesetzen diese Opposition auch noch auszuschalten, dann ist Deutschland noch weniger demokratisch als die ehemalige DDR.

Dem Gegenkandidaten des AfD-Wahlsiegers Robert Sesselmann in Sonneberg, Jürgen Köpper (CDU), ist genau das auf die Füße gefallen. Frustriert bedankt er sich bei der Berliner Regierung:

t.me/oliverjanich/119989

Was Russland betrifft: Es gibt einen neuen Trend. Auf ihrem Telegram-Kanal berichtet Alina Lipp, dass viele Menschen aus dem Westen nach Russland auswandern wollen.

t.me/neuesausrussland/14852



„Ich bin gerade in Moskau bei einer Anhörung aufgetreten zum Thema hoher Migrationsandrang von Menschen aus dem Westen, die aus vielen Gründen nach Russland auswandern möchten.“

Viele ausgewanderte Ausländer berichten hier davon, weshalb Menschen aktuell ihre Heimatländer verlassen möchten und mit welchen bürokratischen Problemen sie in Russland konfrontiert werden.

Ich habe von unserem Projekt Moya Rossija (www.moyarossiya.com/) berichtet, das Menschen mit Auswanderungswunsch berät und deshalb vermutlich die beste existierende Datenbasis zu Anzahl, Alter, Beruf, Beweggründen und Problemen aufgestellt hat. Über 76 000 Menschen haben bereits mit unserem Bot (t.me/moyarossiobot) kommuniziert, um sich zum Thema Auswanderung beraten zu lassen.

Russland begrüßt diese Entwicklung natürlich sehr, denn es sind sehr viele hochqualifizierte Spezialisten und Unternehmer unter den Auswanderern.“

Liebe „westliche Demokratie“, die Abstimmung mit den Füßen beginnt. Die Leute, die was können und sich was zutrauen laufen, weg. In die böse, russische Diktatur oder sonstwohin auf der Welt. Die wählen hier nicht mehr AfD, sondern gehen: Unternehmer, Spezialisten, Hochqualifizierte. Weiter so, und Deutschland wird ein Drittweltland.

Was jetzt kommen wird, ist eine beispiellose Diffamierungskampagne gegen die AfD. Ständig werden dann neue Skandale, Unterstellungen, Lügen, Beschuldigungen und Häme in Politik und Medien vorgetragen. Gleichzeitig wird man die bewährten Kräfte des Verfassungsschutzes in die AfD einsickern lassen, die dann medienwirksam das rechte Ärmchen heben, Antisemitisches, Rassistisches, Putinverherrlichendes, Ausländerfeindliches etc. blöken. Die Berliner Regierung wird unter Beifall der CDU und der Linken sämtliche Möglichkeiten von Schikanen gegen prominente AfD Politiker lancieren, wie Hausdurchsuchungen, grundlose, herbeikonstruierte Anzeigen und Verhaftungen. Man wird vielleicht irgendwelche bezahlte Neonazis zusammen mit AfD-Politikern fotografieren. Da fällt dem Politikartell schon was ein.

Frau Innenminister Faeser, falls es Ihnen nicht klar ist: Sie machen sich zum Totengräber der Demokratie in Deutschland, wenn sie eine Opposition mit über 20 Prozent Wählerstimmen einfach verbieten, weil es Ihnen nicht passt. NOCH ist das Volk der Souverän, und das hat gesprochen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [DIE UNBESTECHLICHEN](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) ACHTUNG REICHELT! Die ZDF-Aussteigerin Christine Prayon ist eine Heldin

03. 07. 2023



JULIAN REICHELT | Fürstin Gloria von Thurn und Taxis lebt zwar in einem Schloss, aber hat die einzigartige Fähigkeit, das auszusprechen, was Millionen Menschen denken. Sie kennt die Welt und versteht dieses Land. Die Fürstin zu Gast bei „Achtung, Reichelt!“ Hauptthema in dieser Woche: ZDF-Satirikerin Christine Prayon!

Prayon verkündete ihren Abschied aus der „Heute Show“ von Moderator Oliver Welke. Der Grund: Was wie Satire aussehen soll, ist schon längst eine Politik-Show, die nicht die Mächtigen kritisiert, sondern auf die Ohnmächtigen einhämmert. Prayon:

„Da werden Narrative und Positionen von Gruppen, die gesellschaftlich in der Hierarchie weit oben stehen, unablässig wiederholt und gleichzeitig wird Stimmung gegen Andersdenkende gemacht.“

Für Fürstin Gloria ist die ZDF-Aussteigerin eine Heldin, weil sie den Mut hat, das auszusprechen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) 140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea



paperpress

seit 1976



Nr. 615-04

3. Juli 2023

48. Jahrgang

140 Jahre Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Korea

Dieses Jahr markiert einen besonderen Tag für Deutschland und Korea: Gefeiert wird der 140. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern.



Akademie für Gesang NRW

Um diesen Anlass würdevoll zu feiern, veranstaltet das **Koreanische Kulturzentrum Berlin** ein Festkonzert unter dem Motto: „Gemeinsame Wege“, mit einem abwechslungsreichen Programm aus deutschen und koreanischen Künstlern.

Darunter befinden sich der Tenor **Sungho Kim**, dem dieses Jahr von der BBC der „Singer of the World 2023 Song Prize“ verliehen wurde. Kinder und Jugendliche der Akademie für Gesang NRW, die den Deutschen Chorwettbewerb 2023 in Hannover für sich entschieden haben und Mitglieder des Deutschen Kammerorchesters Berlin sind auch dabei.



Summit“, in der er Deutschland repräsentiert.

Moderiert wird das Konzert von dem von der Botschaft erkorenen PR-Botschafter des Jahres, **Daniel Lindemann**. Viele kennen ihn besser als Schauspieler und Star der koreanischen Fernsehserie „Abnormal



Unter der musikalischen Leitung von **Narae Joung** (Foto rechts) und **Željko Davutović** (Foto links) werden Werke von **Johann Sebastian Bach, Robert Schumann, Franz Lehár, Karl Jenkins, Hyun Kook** und **Yeonjun Kim** sowie Bearbeitungen deutscher und koreanischer Volkslieder aufgeführt.

„Gemeinsame Wege“ bietet eine raffinierte Mischung aus neuen Kompositionen, Filmmusik, traditionellen koreanischen Instrumenten und vielem mehr.

Alle Interessierten und Liebhaber für Musik sind herzlich eingeladen!

Termin: Samstag, 8. Juli 2023, 19:00 Uhr

Ort: Konzerthaus Berlin, Großer Saal

Tickets: 5 Euro zzgl. VVG

<https://www.konzerthaus.de/de/programm/festkonzert-anlasslich-des-140-jubilaums-der-deutsch-koreanischen-diplomatischen-beziehungen/9290>

Quelle und Fotos: Koreanisches Kulturzentrum

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea (Südkorea) sind eng und vertrauensvoll. In Deutschland leben über 40.000 Menschen mit koreanischer Staatsangehörigkeit. Koreanische Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter (vor allem Bergleute, Krankenschwestern) trugen zum Wiederaufbau beider Länder bei.

Gemeinsame politische Anliegen sind die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten, von Multilateralismus und Weltwirtschafts- und Finanzordnung sowie internationale friedenserhaltende Maßnahmen und der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Die Republik Korea hat, wie auch die G7-Staaten, die EU und andere Länder, wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt.

Die gemeinsame Erfahrung der nationalen Teilung verbindet Deutschland und Korea in besonderem Maße. Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft tauschen sich im deutsch-koreanischen Konsultationsgremium seit 2011 jährlich zu konkre-



ten Fachfragen der Wiedervereinigung aus und erarbeiten Anregungen für den innerkoreanischen Annäherungsprozess. Das Deutsch-Koreanische Forum mit Vertretern beider Zivilgesellschaften erarbeitet seit 2002 jährlich Empfehlungen zur Vertiefung der vielfältigen bilateralen Beziehungen.

Mit seiner leistungsstarken Wirtschaft und seinen hohen technologischen Fähigkeiten ist Südkorea ein wichtiger Wirtschaftspartner in Ostasien und Deutschlands dritt wichtigster Handelspartner in Asien – nach China und Japan. Deutschland ist für Südkorea wichtigster europäischer Handelspartner mit einem bilateralen Handelsvolumen 2022 von rund 34,6 Milliarden Euro. Etwa 500 deutsche Unternehmen bzw. Firmen mit Kapitalbeteiligung aus Deutschland beschäftigen etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Korea.

Südkorea hat in der Informations- und Kommunikationstechnologie weltweit eine Spitzenstellung und ist ein wichtiger Partner der wissenschaftlichen Kooperation. Beim kulturellen Austausch stößt deutsche klassische Musik in Südkorea auf großes Interesse, während K-Pop und K-Drama immer mehr Anhänger in der jungen deutschen Generation finden.

Quelle: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland

04) Was wollt Ihr? Teil 2. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 615-04

2. Juli 2023

48. Jahrgang

Was wollt Ihr?

Teil 2

In einem Beitrag von **ntv** wurde über den „*Stateness Index*“, Projektleitung: **Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth**, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Deutsche Staatswissenschaft der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, berichtet.

https://www.stateness-index.org/fileadmin/Media-pool/StIx/StIx_Report_22.pdf

<https://www.stateness-index.org/en>

Demnach gibt es attraktive Alternativen zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Ländern, in denen diese nicht oberste Priorität hat.

Auf nach Singapur

Die 173 Länder umfassende Liste unterscheidet zwischen „*Hochfunktionierender Zustand*“, wozu auf Platz zehn auch Deutschland gehört, vor Großbritannien (13), Frankreich (20), Schweiz (18), USA (23) und Kanada (26), „*Mäßig funktionierender Zustand*“, zum Beispiel auf Platz 70 Russland, „*Defekter Zustand*“, Dank Russland auf Platz 129 die Ukraine, „*Tiefgreifender Defektzustand*“ wie Belarus (123) und „*Reduzierter Zustand*“ wie Libyen auf dem letzten 173sten Platz.

Sieger im Ranking ist **Singapur**, unter den Top 10 vor Australien, Dänemark, Niederlande, Estland, Luxemburg, Norwegen, Belgien, Neuseeland und Deutschland. Singapur ist ein mit AAA bewerteter Staat, in dem allerdings recht unregelmäßig Wahlen stattfinden, obwohl sich das Land eine „*Parlamentarische Republik*“ nennt.

Von den 95 Abgeordneten gehören 83 der Regierungspartei an. Damit aber wenigstens ein Hauch von Demokratie durchs Parlament weht, ernennt der Präsident „*bis zu zwölf bei der Wahl unterlegene Oppositionskandidaten, um eine ausreichende Repräsentation der Opposition im Parlament zu gewährleisten.*“ Zwölf Oppositionelle reichen doch aus, oder? Man stelle sich vor, wenn bei uns **Frank-Walter Steinmeier** aus unterlegenen Kandidaten ein paar aussucht, die Opposition spielen dürfen. Für wen würde es sich entscheiden?

„*Die demokratischen Grundsätze einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl sind nur bedingt erfüllt. So sehen etwa manche Wahlbeobachter in der Nummerierung der Stimmzettel für die Regierung die Möglichkeit gegeben, individuelles Wahlver-*

halten nachvollziehen zu können. Auch eine Chancengleichheit der Kandidaten hinsichtlich Kandidatur und Wahlkampf ist nicht gegeben. Die Diskrepanz zwischen dem Stimmenanteil der Opposition und den ihr zugewiesenen Sitzen ist dem starken Disproportionseffekt des Wahlsystems, den Regelungen des Wahlkampfes und dem Zuschnitt der Wahlkreise zuzuschreiben. So erlangte die People's Action Party (PAP) 2020 etwa 61 % der Stimmen, erhielt aber mit 83 rund 89 % der 93 regulären Sitze im Parlament.“

„*Staatsforschung*“, betonen die Herausgeber der Studie, „*sei keine Demokratieforschung, sondern, noch viel grundlegender.* In einem Land, in dem zum Beispiel keine Meinungsfreiheit herrsche, könnten die Menschen dennoch mit allem Lebenswichtigen bestens versorgt sein.“ Also: Fresse halten und einkaufen gehen.

„*Im westlichen Verständnis werden gut funktionierende Staaten oft mit Demokratie und Bürgerrechten in Verbindung gebracht. Doch das muss nicht so sein.*“ Was macht einen „*Hochfunktionierenden Staat*“ aus? „*Dass ein Patient, der eine Röntgenuntersuchung benötigt, zeitnah einen Arzttermin erhält, dass es flächendeckend Schulen gibt und dass Tag und Nacht Strom fließt, all das mache einen gut funktionierenden Staat aus.*“ Wie wäre es denn mit einer unabhängigen Justiz, die beispielsweise in Israel (40) und Polen (41) auf dem Prüfstand steht? Dennoch bekommen beide Länder das Prädikat „*Hochfunktionierend*“. Und wie sieht es mit der Meinungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Medien aus? Auch das Thema Korruption sollte nicht vernachlässigt werden.

Wenn Ihnen also Deutschland zu anstrengend ist, prüfen Sie den Umzug nach Singapur. Sie brauchen kein Visum, nur wenn Sie länger als 90 Tage bleiben möchten. Sie wären nicht allein, denn zwischen 2012 und 2021 sind schon 6.543 Deutsche dorthin ausgewandert. Mehr als 2.100 deutsche Unternehmen sind registriert, da findet sich bestimmt auch ein Arbeitsplatz für Sie. Und wer eine gute Rente bekommt, kann in Singapur seinen Lebensabend verbringen.

So, nun denken Sie mal nach, was Sie wollen! In einem Land leben, wo nur gestritten wird und große Teile der Bevölkerung ständig unzufrieden sind, oder in einem Land, in dem Sie sich um nichts kümmern müssen. Wenn Sie mich fragen, ich bleibe in Mariendorf.

Ed Koch

Quellen: ntv, Wikipedia, stateness

1

05) Was wollt Ihr? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 615-01

1. Juli 2023

48. Jahrgang

Was wollt Ihr?

Meine Fresse. Was wollen bloß die Leute? Wir sind gut über den Winter gekommen, niemand musste frieren, keiner musste hungern. Die Inflationsrate und die Zahl der Arbeitslosen sind nicht beängstigend. Es gibt Jobs ohne Ende. An jedem Handwerkerauto, an Bussen, Bahnen und Rathäusern kleben Schilder, dass Arbeitskräfte gesucht werden.

Die Gehälter wurden erhöht, auch die Bahnbeschäftigten werden in diesem Jahr mehr bekommen, der Mindestlohn stieg an, ebenso die Mini-Jobs von 450 auf 520 Euro. Die Rentner bekommen in diesem Monat eine satte Erhöhung, auch wenn diese zum Teil durch die gestiegenen Betriebskosten aufgefressen wird. Ohne die Erhöhung sähe es schlechter aus.

59 Prozent betrachten laut des aktuellen ZDF-Politbarometers ihre Wirtschaftslage als gut, 33 Prozent teils/teils und nur acht Prozent schlecht. Aber 53 Prozent glauben, dass es abwärts geht, 33 Prozent, dass es so bleibt wie es ist und für nur elf Prozent geht es aufwärts. Und wie viel Prozent glauben, dass morgen ein Meteorit einschlägt?

In diesem Land wird auf höchstem Niveau gejammert. Die Deutschen sitzen mit ihren dicken Hintern auf dem Balkon oder in der Laube, schauen in die Sonne und schieben sich noch ein Bratwürstchen ein, damit Bauch und Hintern gleich schwer bleiben und sie nicht vorn oder rückwärts wegkippen. Schuld am gefühlten Unwohlsein sind natürlich die Politiker. „Die Zufriedenheit mit der Regierung sinkt auf Tiefstwert“, hat die Forschungsgruppe Wahlen festgestellt. „Nur noch 39 Prozent sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden.“

Was erwarten die Menschen? Die Heizungsdebatte ist in einer Art und Weise geführt worden, als ginge es um die Einstellung der Lebensmittelversorgung. Lieber gar nicht als schlecht wollte **Christian Lindner** regieren. Und nun? Seine Partei dümpelt um die sechs Prozent. Im nächsten Bundestag könnten FDP und Linke nicht mehr vertreten sein. Dafür umso stärker die AfD, die bei satten 19 Prozent liegt, vor der SPD (18), den Grünen (16), sowie der FDP (6) und der Linken (5) so und so. Von der unerklärlichen Unzufriedenheit profitiert die Union nicht, sie steht seit Wochen bei 28 Prozent. Und da wird sie auch bleiben, weil sie nichts Besseres zu tun hat, als sich um die K-Frage zu kümmern. **Markus Söder** ist immer noch im Rennen, **Hendrik Wüst** nun richtig

dabei und **Friedrich Merz** wird nie Bundeskanzler. Übrigens: die nächste Bundestagswahl findet im Herbst 2025 statt.

Die Ampel käme, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, nur noch auf 40 Prozent. Drei Parteien schaffen es also nicht mal mehr, eine Regierung zu bilden. Über diesen Punkt muss man unzufrieden sein. Was denkt sich der Wähler eigentlich? Wie viele Parteien bräuchte man künftig für eine Regierung? Anstatt die Unzufriedenen irgendeine demokratische Partei stärken, laufen sie zur so genannten Alternative für Deutschland, in der sich Rechtsextremisten tummeln.

Die AfD ist gekommen, um zu bleiben. Donnerstag war ich beim „Parlamentarischen Sommerabend“ des Abgeordnetenhauses. Am Nachmittag fielen bei dem Versuch, zwei AfD-Abgeordnete in das Präsidium zu wählen, diese erneut durch. Daran ist die AfD gewöhnt, es scheint ihr nichts mehr auszumachen. Jedenfalls feierten die AfD-Abgeordneten fröhlich und ohne erkennbare Berührungängste mit den anderen Kolleginnen und Kollegen. Während demokratische Parteien aus dem Parlament fliegen, setzen sich die Rechten fest. Dass die AfD als Ventil für Unzufriedenheit ungeeignet ist, weiß doch jeder, der sie wählt. In keinem demokratischen Land läuft alles rund. Die Vorteile einer Demokratie überwiegen jedoch. Wird irgendwann noch jemand Lust haben, in die Politik zu gehen, wenn er dort ständig auf die Schnauze kriegt? Ohne gewählte Politiker funktioniert Demokratie nicht. Wir sollten nachsichtiger sein.

Mich widert die zur Schau gestellte Unzufriedenheit der Leute an. Vor allem angesichts der Tatsache, dass 1.500 km von uns entfernt ein Vernichtungskrieg stattfindet und die Menschen dort in ständiger Todesangst leben. Tausende sind dem Größenwahn dieser schlechten Stalin-Kopie schon zum Opfer gefallen. Ein Schisser, der im Bunker lebt und ausgerechnet mit Erdogan telefoniert und eine noch schlechtere Stalin-Kopie in Belarus um Vermittlung bittet, wenn ein paar Tausend wild gewordene Söldner auf ihn zumarschieren.

In den letzten Tagen habe ich viele Bilder von Berlin aus den Jahren 1948/49 zum Luftbrücken-Gedenken gesehen. Daran muss man sich immer wieder erinnern. Wir sollten uns jeden Tag darüber freuen, dass es gelungen ist, aus den Trümmern ein neues freies Land zu bauen. Für wen Demokratie zu anstrengend ist, der kann in eine der zahlreichen Diktaturen auswandern. Auch dort werden Fachkräfte gebraucht.

Ed Koch

1

06) Wähler, enteignet die Undemokraten!

Von WOLFGANG HÜBNER

30. 06. 2023



Deutscher Bundestag mit umstrittener Resolution im Sinne Kiews

Was sich in der verwehrtesten und verhetzten Politik hierzulande seit dem Umfragehoch der AfD und nun nach der Wahl eines AfD-Politikers in Thüringen zum Landrat abspielt, ist ein weiterer Tiefpunkt der zweiten deutschen Demokratie. Beteiligt an diesem erbärmlichen Schauspiel sind alle Kräfte des sich selbst als ‚alleindemokratisch‘ begreifenden Machtkomplexes, dessen Blockparteien von CDU bis Linke nicht akzeptieren wollen, dass es lebenswichtig und unverzichtbar ist, eine Opposition zu haben, die diesen Namen verdient.

Wer in einer Demokratie eine solche Opposition mit allen Mitteln ausgrenzt, ja am liebsten verbieten möchte, ist keinen Deut besser als all die autoritären Regime auf der Welt, die gerade von deutschen Politikern so gerne gegeißelt werden. Das sind genau jene Politiker und Parteien, die mit einer Mischung aus bodenloser Arroganz und unverfrorener Anmaßung nicht zur Kenntnis nehmen wollen, warum die AfD so großen Zuspruch erhält und ein bodenständiger Volljurist zum Landrat gewählt wird.

Ohne die Leistung der AfD oder von Robert Sesselmann mindern zu wollen, ist es doch die grottschlechte Leistungsbilanz des Parteienblocks, die auch bislang sehr zögerliche Wähler in Scharen der einzigen real wichtigen Oppositionspartei im Bund und den Ländern zutreibt. Wenn sich Millionen Migranten aus aller Welt seit etlichen Jahren über offene Grenzen ins deutsche soziale Netz flüchten, doch es an allen Ecken und Enden an arbeitswilligen und arbeitsfähigen Fachkräften fehlt und kein Ende dieses Desasters absehbar ist – sollen das die schon länger hier lebenden und steuerzahlenden Bürger auf ewig klaglos hinnehmen?

Und sollen sie es geduldig auf sich laden, von hoher Teuerung beraubt, von Sanktionen extrem geschädigt und von transatlantischer Kriegspolitik in ihrer schieren Existenz gefährdet zu werden? Sie sollen ideologisch gesteuert heizen, ideologisch gesteuert essen,

sich ideologisch gesteuert im Verkehr bewegen, sie sollen 25 Grad im Sommer als lebensgefährliche Hitze ansehen, sie sollen ideologisch gesteuert reisen oder am besten gar nicht mehr – all das und noch viel mehr sollen die wahlberechtigten Bürger, also der Souverän, demütig hinnehmen, ohne sich massiv zu wehren?

Und wenn die Bürger das in immer noch bescheidenem Ausmaß endlich tun, hören sie von den Parteien, die sie bislang noch immer gewählt haben, es müssten nun „Brandmauern“ gegenüber der AfD hochgezogen und verteidigt werden. Es soll also nach nur 33 Jahren Pause schon wieder eine Mauer mitten durch die Deutschen errichtet werden – Welch eine Zumutung! Und wie zynisch und frech ist dieser beruflich gescheiterte FDP-Minister Lindner, der den unzufriedenen Wählern rät, statt AfD besser die von seinesgleichen als völlig unschädlich eingeschätzte [Blockpartei](#) „[Die Linke](#)“ zu [wählen!](#) Die zweite deutsche Demokratie ist weder bei der SPD noch bei den scheinoppositionellen Vollversagern CDU/CSU in guten Händen. Sie wird sogar offen misshandelt und missbraucht von jenen Grünen, die nicht wenige kritische Beobachter im Ausland als neu angestrichene Wiedergänger ihrer braunen Großväter betrachten. Die zweite deutsche Demokratie braucht deshalb Wähler, die die politische und gesellschaftliche Macht der Udemokraten demokratisch enteignen.

Besäße dieses Land einen Bundespräsidenten, der seinem Amt Ehre machte, dann hätte dieser schon längst dazu aufgerufen, keine „Brandmauern“ zu errichten, sondern die demokratische Kultur zu retten. Zu dieser Kultur gehört es, gegen Andersdenkende und Anderswählende nicht zu hetzen und zu mobilisieren, sie nicht auszugrenzen und zu stigmatisieren, sondern gemeinsam um die Lösungen der Probleme zu ringen. Doch davon sind wir himmelweit entfernt. Und nichts deutet auf Besserung hin. Das werden sich immer mehr Menschen nicht gefallen lassen. Deshalb wird letztlich auch diese „Brandmauer“ so fallen wie die Schandmauer in Berlin 1989.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PI NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Erneute „Abfuhr“ für Baerbock diesmal in Südafrika

30. 06. 2023



Bild: Imago/Thomas Köhler

Die neutrale Position Südafrikas zum Ukraine-Krieg hatte im Westen für erheblichen Unmut gesorgt.

Erwartungsgemäß lässt auch der Besuch eines „diplomatischen Kalibers wie Bundesaußenministerin Baerbock, die dortige Politik keineswegs von ihrem neutralen Kurs abrücken.

Weiterhin gute Beziehungen zum Kreml

Südafrika bleibt dabei, seine guten Beziehungen zu Moskau weiter aufrechterhalten zu wollen und diese auch aus zu bauen.

Bei den wichtigen Resolutionen der Vereinten Nationen zur Verurteilung des Ukraine-Krieges hatte sich das Land ohnehin enthalten.

Die deutsche Außenministerin forderte Russland nun „westmedienwirksam“ am 27. Juni auf, „die Bombardierung“ der Ukraine einzustellen.

Annalena Baerbocks Aufforderung erfolgte just während ihres eintägigen Besuchs in Pretoria, bei dem es vor allem um Energie- und Klimafragen gehen sollte.

Indirekt mahnte sie dann jedoch ihre südafrikanische Amtskollegin Naledi Pandor zu mehr „Entschlossenheit“ gegen Russlands Militäroperation in der Ukraine. Der Krieg in der

Ukraine sei nicht nur ein europäischer Konflikt, er gehe auch Afrika etwas an, behauptete Baerbock.

Erneuter Ausrutscher am diplomatischen Parkett

Daraufhin blieben Baerbocks „diplomatische Erfolge“ in Südafrika am Ende erwartungsgemäß äußerst „überschaubar“. Das die Bundesaußenministerin auf dem diplomatischen Parkett auf „verlorenem Posten“ steht wurde dadurch einmal mehr transparent.

Südafrika jedoch betont seine Neutralität im Ukrainekrieg und bemüht sich zugleich weiterhin um gute Beziehungen zu Russland als einem Partnerland in der BRICS-Gruppe. Diese wurde bekanntlich namensgebend von Brasilien, Russland, Indien und China 2009 gegründet, ein Jahr später fand Südafrika Aufnahme in die Gruppe.

Die südafrikanische Außenministerin erwähnte nur bemerkenswert knapp den Krieg in der Ukraine beim Treffen mit der deutschen Chef-Diplomatin.

Nach der Corona-Pandemie „stehen wir in Afrika und anderswo in der Welt vor ebenso ernstesten globalen Herausforderungen, auch in Europa, wo der Krieg in der Ukraine globale Auswirkungen hat“.

„Es gibt nicht einen einzigen Punkt, der zeigen würde, dass wir Russland (in diesem Krieg) unterstützen“, betonte Pandor sehr deutlich.

„Retourkutsche“ für Baerbocks US-Narrativ

Im Mai dieses Jahres hatte der US-Botschafter in Südafrika Reuben Brigety behauptet, die USA seien sehr sicher, dass Ende 2022 Waffen und Munition in der Nähe von Kapstadt auf ein russisches Frachtschiff geladen wurden. Dafür konnten jedoch in Folge keinerlei Beweise seitens der USA erbracht werden.

Jedoch hatte Baerbock sich auf Grund dieser dubiosen unbewiesenen US-Anschuldigung öffentlich „sehr besorgt“ geäußert.

Baerbock ging in ihren Kommentaren an der Seite der südafrikanischen Außenministerin Pandor vor ihrem Treffen am 27. Juni, allerdings nicht mehr direkt auf diese Vorwürfe angeblicher Waffenlieferungen ein.

Sie behauptete stattdessen lediglich erneut, dass die steigenden Lebensmittel- und Ölpreise, die auf dem gesamten afrikanischen Kontinent für noch größere Not als ohnehin sorgen würden, das klare Ergebnis von Russlands Militäroperation in der Ukraine seien.

Im Februar dieses Jahres hatte Südafrika gemeinsam mit China und Russland demonstrativ ein [mehrtägiges gemeinsames Militärmanöver](#) abgehalten.

In diversen UN-Abstimmungen enthielt sich Südafrika bisher stets, den Ukraine-Krieg zu verurteilen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) ACHTUNG REICHELT! Was Ihnen nicht passt, brüllen sie nieder!

Von JULIAN REICHELT

30. 06. 2023



Es gibt zwei Szenen, die Sie in dieser Woche gesehen haben müssen: Markus Lanz, wie er Jens Spahn in einem Furor anfaucht, der klar macht: Wer zu Markus Lanz in die Talkshow kommt, sollte schon der Meinung von Markus Lanz sein. Sonst wird man vor dem ZDF-Millionenpublikum niedergebrüllt, unterbrochen und fertig gemacht. Und Ricarda Lang, die auf den Wahlerfolg der AfD in Sonneberg reagiert: Lang sagt allen Ernstes, das Ergebnis mache noch einmal deutlich, wie wichtig das Demokratiefördergesetz ihrer Regierung sei. Schon in der Schule, so sagt es Ricarda Lang, sollen Schüler mit Fördermitteln der Regierung gegen die AfD auf Linie gebracht werden. AfD-Mitglieder sollen mit Programmen der Bundesregierung zum Parteiaustritt bewegt werden. Man muss wahrlich kein Unterstützer der AfD sein, um diesen Plan als das zu erkennen, was er ist: ein anti-demokratischer Machtrausch.

<https://www.youtube.com/watch?v=BsqA9sxEH4w&t=509s>

- [01:12](#) Wer widerspricht, wird niedergebrüllt
- [04:23](#) Lanz: Menschen mundtot machen
- [06:52](#) Linke und Grüne: Angst um die Macht
- [07:47](#) Das Vertrauen in die Regierung ist weg
- [08:39](#) ARD: Hass gegen die normale Familie
- [10:59](#) Geheimdienstchef: Brauner Bodensatz
- [12:43](#) Lang: Staat auf AfD-Wähler loslassen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) ACHTUNG REICHELT! Die größte Gefahr für unseren Wohlstand heißt Robert Habeck

Von JULIAN REICHELT

27. 06. 2023



Bei Robert Habeck ist inzwischen vollkommen unklar, wann er skrupellos lügt und wann er aufrichtig ahnungslos ist. Bei der Grünen Partei sind die Übergänge zwischen Inkompetenz und Täuschung fließend geworden. Die meisten Grünen wissen inzwischen selbst nicht mehr, wann sie absichtlich Unfug erzählen und wann sie ihren Unfug noch selber glauben.

Die Lebensmittelpreise gehen also deutlich runter, behauptet Robert Habeck. Aber stimmt das auch? Nein, es stimmt natürlich nicht, wie jeder Mensch weiß, der noch selber einkaufen geht. Oder sich die Mühe macht, einmal in die amtlichen Zahlen dazu zu gucken ...

https://www.youtube.com/watch?v=Lkj3OFk2_q4

- [01:59](#) Die Politik des Wegnehmens
- [04:57](#) Der neue Wohlstand des Weniger
- [07:14](#) Habeck: Gefahr für den Wohlstand
- [11:11](#) Mittelmaß, Made in Germany
- [13:00](#) Inflation killt unseren Wohlstand

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-20

26. Juni 2023

48. Jahrgang

Erwartungsgemäß

Dass in einem kleinen überschaubaren Landkreis in Thüringen ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt wurde, war keine Überraschung. Das Ergebnis war erwartungsgemäß. Weitere Siege der AfD werden folgen.

Die so genannten etablierten, auf jeden Fall aber demokratischen Parteien, empören sich. Auf wen zielt die Empörung ab? Leider nicht auf ihre eigene Politik. Der Landratskandidat hat allein mit bundespolitischen Themen die Wahl gewonnen. Womit denn sonst? Nach allem, was man hört, geht es dem Landkreis Sonneberg gut, sagte jedenfalls Ministerpräsident **Bodo Ramelow** im ZDF. Warum also wählen die Menschen eine Partei, die außer rechter Gesinnung nichts zu bieten hat?

Wählerbeschimpfung hat noch nie etwas bewirkt, dennoch muss es erlaubt sein zu sagen, dass es an Dummheit nicht zu überbieten ist, diese Partei zu wählen. Auch nicht aus Protest. Die AfD hat nichts zu bieten außer Populismus.

Landrat Sesselmann wird sich in den nächsten Jahren weniger um die Bundespolitik kümmern können, nicht einmal um die thüringische Landespolitik, sondern um die Angelegenheiten in seinen acht Gemeinden.

Ohne den Vorgang verharmlosen zu wollen, aber, „Ein Landrat leitet – so weit von der Landkreisordnung so vorgesehen – die Sitzungen des Kreistages, nimmt die Vertretung des Kreises bzw. Landkreises wahr, führt die Beschlüsse des Kreistages aus und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.“ Der Kreistag besteht aus 40 Mitgliedern, derzeit gehören 15 der CDU, zehn der AfD, acht der Linken, drei der SPD und je zwei der FDP und den Grünen an. Von einer Mehrheit im Kreistag ist die AfD weit entfernt.

Mehrfach haben sich die demokratischen Parteien gegen die AfD verbündet und den jeweils aussichtsreichsten Kandidaten unterstützt. In Schwerin ging das gut, in Sonneberg nicht. Der frühere Thüringer CDU-Chef **Mike Mohring** warnt allerdings „vor weiteren parteiübergreifenden Stichwahl-Koalitionen gegen die AfD.“ „Wie kommt das bei den Wählern an, wenn alle anderen sich mit ihrer eigenen inhaltlichen Programmatik zurücknehmen, nur um die Partei AfD zu verhindern?“, fragte er in der ZDF-Sendung „Bericht aus Berlin“ rhetorisch. Dieses Verhalten werde auf Dauer „nicht aufgehen“.

Die Reaktionen der Politiker auf die Wahl von Sonneberg waren gemischt, aber halt wenig selbstkritisch. **Katrin Göring-Eckardt** sagte: „Sonneberg ist Sonneberg und nicht Thüringen und nicht Deutschland.“ Wohl wahr, aber jede diese unsäglichen Bewegungen hat einmal ganz klein in der Provinz begonnen. Die AfD jubelt verständlicherweise und betont: „Das ist erst der Anfang!“ Und: „Wir sind Landrat“. Größenwahn gehörte immer schon zu Leuten dieses Schlags.

Für **Karl Lauterbach** (SPD) ist es ein „Tiefpunkt unserer Politik seit dem Fall der Mauer“, lesen wir in der **Frankfurter Rundschau**. Ausgerechnet Lauterbach sagt: „Die Bevölkerung muss besser mitgenommen werden auf dem Weg zu Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit“. Das hätte er mal bei der Pandemiebekämpfung tun sollen. Richtig hingegen ist die Aussage: „Die AfD schüre Angst und Hass, habe aber Lösungen für Nichts“.

Für **Ralf Stegner** ist der 25. Juni ein „Tag der Schande“. „Warum lernen wir nicht aus der Geschichte?“ Berechtigte Frage.

So sensationell ist die Wahl des Landrates nun auch wieder nicht, denn Berlin hat schon Erfahrungen mit AfD-Politikern in Staatsämtern, beispielsweise in den Bezirken. Aktuell gibt es einen AfD-Stadtrat in Trepow-Köpenick, der zuständig ist für die „Öffentliche Ordnung.“ In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Spandau stünde der AfD auch ein Stadtratsposten zu. Die Bezirksverordneten lassen sich aber nicht überreden, die Kandidaten zu wählen.

Im Frühjahr 2024 finden in allen östlichen Bundesländern, außer Berlin, Kommunalwahlen statt. Im Herbst zusätzlich Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Es könnte in einer Katastrophe enden.

Übrigens: Am 23. September 2008 erhielt der Landkreis Sonneberg den von der Bundesregierung verliehenen Titel „Ort der Vielfalt“.

Ed Koch

11) Schwierige Zeiten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-18

23. Juni 2023

48. Jahrgang

Schwierige Zeiten

Kurz vor 6 Uhr ist in der ARD-Info-Nacht der „Stichtag“ zu hören. Darin wird an große Ereignisse erinnert oder an besondere Geburtstage von Prominenten. Im heutigen „Stichtag“ war der Besuch von Präsident **John F. Kennedy** in Deutschland das Thema des Tages. Am 23. Juni 1963, also vor 60 Jahren, traf der Präsident ein und eroberte zuerst die Herzen der Kölner mit einem kräftigen „Kölle alaaf“. Das war für die Einwohner der Rheinmetropole so wichtig und so eindrucksvoll wie der drei Tage später in Berlin geäußerte Satz „Ich bin ein Berliner!“

Die Zeit damals in Berlin, konkreter gesagt West-Berlin, war nicht einfach. Man muss sich das vorstellen. Die Blockade war zwar seit 14 Jahren vorbei, damit aber nicht die Sorgen der West-Berliner. Umzingelt von sowjetischem Militär, das am 17. Juni 1953 eindrucksvoll unter Beweis stellte, wozu es in der Lage ist, lebten wir immer unter Spannung. Für die Sowjetunion war West-Berlin der Stachel im Fleisch, eine hochgerüstete Abhörstation und vor allem ein Spionagezentrum, ausgerichtet gen Osten. Niemand wusste, ob sich die Sowjetunion nicht eines Tages West-Berlin einverleibt. Was würden die West-Alliierten in diesem Falle tun? Einen Krieg beginnen? Wohl kaum.

Am 27. November 1958 ließ der sowjetische Machthaber **Nikita Chruschtschow** einen Testballon steigen. Er forderte ultimativ den Abzug der alliierten Truppen aus Berlin und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. West-Berlin sollte eine „freie und entmilitarisierte“ Stadt werden, was immer das bedeutet hätte. So eine Art Helgoland mit Duty-Free-Shops vielleicht? Verkürzt gesagt zeigten die USA den Sowjets den Stinkefinger. Das Ultimatum verstrich. Die Gefahr war gebannt, aber nicht vorbei.

Anfang Juni 1961 trafen sich Kennedy und Chruschtschow in Wien. Nervös schauten wir auf die österreichische Hauptstadt. Der Flüchtlingsstrom aus der DDR nach West-Berlin riss nicht ab. Hunderte kamen täglich im Notaufnahmelager in Marienfelde an und wurden dort auch von „inoffiziellen“ Stasi-Mitarbeitern herzlich begrüßt und ausgefragt. DDR-Chef **Walter Ulbricht** musste handeln. Und natürlich wandte er sich an den großen Bruder in Moskau. Dass irgendetwas geschehen würde, war uns allen klar, denn so konnte es nicht weitergehen. Dass Kennedy und Chruschtschow den Mauerbau in Wien

ausgehandelt haben, ist vielleicht zu viel Verschwörungstheorie. Tatsache ist aber, dass die DDR mit Billigung der Sowjetunion West-Berlin am 13. August 1961 einmauerte.

Für Kennedy war die Nachricht offenbar keine allzu große Überraschung. Zum Handeln sah er sich nicht veranlasst. Er schickte immerhin zu unserer Beruhigung am 19. August seinen Vize-Präsidenten **Lynndon B. Johnson** nach Berlin, drei Tage bevor sich **Konrad Adenauer** endlich auf den Weg machte. Dass Adenauer vorher informiert war, ist möglich. Einer war es jedoch nicht, Berlins Regierender Bürgermeister **Willy Brandt**. Er und Adenauer befanden sich gerade im Wahlkampf um das Kanzleramt, wodurch das Verhältnis nicht das beste war.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man sich über die Begründung des Mauerbaus scheckig lachen. Ein „Antifaschistischer Schutzwall“ sollte die Mauer sein. In Wahrheit wurde nicht auf Menschen geschossen, die ihn vom Westen her überwinden wollten, von denen es ohnehin keine gab, sondern auf jene, die dem Arbeiter- und Bauernstaat entkommen wollten.

Jeder Mauertote ist einer zu viel gewesen. Und wir sollten es so benennen wie es ist, die DDR hat ihre Bürger beim Versuch, das Land zu verlassen, ermordet! Nüchtern betrachtet stabilisierte aber die Mauer das Leben in West-Berlin. Wir waren zwar eingemauert, aber sehr gut versorgt, erhielten eine achtprozentige Gehaltszulage und konnten an jeden gewünschten Ort der Welt reisen. Die Taxikosten zum Flughafen waren oft höher als der Ticketpreis von PAN AM, British Airways oder Air France, weil er hoch subventioniert wurde. Eingemauert waren vielmehr die Bürger der DDR.

Für die DDR war die Situation recht lukrativ. Sie bekam viel Geld für jeden freigekauften Bürger, später noch für den Mindestumtausch bei Besuchen in Ost-Berlin und der DDR und natürlich für die Autobahnnutzung. Von den Milliardenkrediten, die unter anderem der bayerische Ministerpräsident **Franz-Josef Strauß** vermittelte, wollen wir gar nicht erst reden. Wo dieses Geld hin verschwunden ist, weiß wohl niemand so genau.

Noch bevor sich Präsident Kennedy endlich auf den Weg nach Berlin machte, schockierte uns die nächste Krise, 1962 Kuba. Eines war uns immer klar. Wenn es zu einem atomaren Schlag kommen sollte, läge Berlin im Fadenkreuz. Der Sowjetunion wäre dabei völlig egal gewesen, dass auch der Ostteil der Stadt von der Landkarte verschwunden wäre.



Dass Kennedy nun endlich nach Berlin kommen werde, war erst wenige Monate vorher bekannt geworden. Von da ab überschlugen sich die Ereignisse in Berlin. Die Vorbereitungen liefen auf Hochtouren. Vor dem Rathaus Schöneberg wurde aufwendig eine Tribüne errichtet, weil der Balkon über dem Portal des Rathauses viel zu hoch war.



Foto: ZDF Heinz-Jürgen Goettert

An alles hatte man gedacht, nur nicht daran, die Deutschlandflagge an der Tribüne richtig herum aufzuhängen. Am 23. Juni kam Kennedy in Deutschland an. Berlin war nicht seine erste, sondern die letzte Station seiner Reise und mehr als acht Stunden hatte er sich dafür nicht Zeit genommen.

Zeit genommen hat er sich aber vom Eintreffen vor dem Rathaus bis zum Auftauchen auf der Tribüne. Vorher wechselte er erst einmal gemütlich sein Oberhemd im Büro von **Willy Brandt**, während **Konrad Adenauer** an Brandts Schreibtisch das Neue Deutschland, das Zentralorgan der SED, las. Und dann musste ja auch noch der berühmte Satz mit seinem Dolmetscher **Robert H. Lochner** einstudiert werden.



Foto: Bundesregierung

Wie aus dem Schnürboden gezogen, stand plötzlich die ganze Politprominenz aus Stadt und Bund auf dem Podium. Jeder wollte dabei sein, wie viele Jahre später am 10. November 1989 an gleicher Stelle beim Fall der Mauer. Einer war bei beiden Anlässen dabei: **Willy Brandt**, und er hielt beide Male eine

große Rede. Wie 1963 hatte 1989 kaum jemand Bock darauf zu hören, was die jeweiligen Bundeskanzler von sich gaben. „Meine lieben Freunde!“, begann Adenauer seine Rede. Naja, Freunde? „Ihr seid hierhergekommen, um Präsident Kennedy zu hören.“ Das stimmte.

Kennedy wurde wie ein Popstar in Berlin gefeiert. Vergessen war die lange Zeit des Wartens auf ihn. Er war der Hoffnungsträger einer Stadt, die sich einer ständigen Bedrohung ausgesetzt sah. Das Wichtigste an Kennedys Besuch war die Zuversicht, die er vermittelte und die wir so dringend brauchten.

Von einer Lächerlichkeit, die durch nichts zu überbieten ist, war der anschließende Besuch **Nikita Chruschtschows** am 28. Juni 1963 in Ost-Berlin, der Hauptstadt der DDR. Auch dort standen viele Menschen am Straßenrand und jubelten ihm zu. Freiwillig versteht sich.

Abgesehen von der Gorbatschow-Phase zwischen 1985 und 1991 war die Sowjetunion für uns immer ein gefährliches und bedrohliches Land. Die Hoffnungen waren groß, dass aus Russland ein demokratischer Staat werden könnte. **Boris Jelzin** war von 1991 bis 1999 erster freigewählter Präsident des Landes. Seinen größten Fehler machte er allerdings, als er einem gewissen **Wladimir Putin** zur Macht verhalf, einem menschenverachtenden Despoten, der **Josef Stalin** in kaum etwas nachsteht. Russland ist heute eine Gefahr für den Weltfrieden. Und nach wie vor liegt Berlin inmitten der Blöcke auf der Zielscheibe. Nicht auszudenken, wenn der Putin affine **Donald Trump** wieder Präsident werden würde. So schrecklich die Vorstellung ist, aber Europa muss gewappnet sein, um der Gefahr begegnen zu können, gegebenenfalls auch ohne die USA.

Es ist richtig, dass morgen vor dem Rathaus Schöneberg der Rede Kennedys vor 60 Jahren und des Beginns der Blockade vor 75 Jahren gedacht wird. Als Hintergrund empfehlen wir Ihnen den ARD- und den WDR-Stichtag und einen Beitrag des InfoRadios von heute.

<https://www.ardaudiothek.de/episode/der-stichtag-die-chronik-der-ard/23-6-1965-praesident-john-f-kennedy-besucht-die-bundesrepublik/bremen-eins/94541040/>

<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7612.html>

<https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2023/06/23/john-f-kennedy-rede-rathaus-schoeneberg-berlin.html>

Ed Koch

12) Aktionstag gegen „Hasspostings“ in der Bunten Republik

Von CONNY AXEL MEIER

22. 06. 2023



Haben Sie am vorletzten Mittwochmorgen um 6 Uhr Besuch erhalten? Etwa von bewaffneten Männern in schwarzen Ledermänteln? Polizeiliches Einsatzkommando in martialischen Uniformen mit Maschinenpistolen im Anschlag? Stand ein Polizeihubschrauber auf dem angrenzenden Sportplatz? Haben die Besucher bei Ihnen geklingelt? Oder haben Beamte mit einem Rammbock Ihre Haustüre eingeschlagen? Sind Ihre Kinder schreiend durch die Wohnung gelaufen und haben sich unter dem Bett versteckt? Haben diese Männer neben Ihren Computern, Laptops, Mobiltelefonen, Festplatten und Speicherkarten auch die Spielkonsolen Ihrer Kinder mitgenommen? Haben Ihre Nachbarn verängstigt hinter der Gardine hervorgeschaut, in der Annahme, es handle sich bei Ihnen um gefährliche Terroristen?

Wenn Sie das erlebt haben, dann denken Sie daran. Sie sind nicht alleine. Das passierte am Mittwoch auch 129 anderen Bürgern der Bunten Republik zeitgleich. So berichten [Tichys Einblick](#) und die [WELT](#).

Was haben Sie getan, um eine derartige Vorzugsbehandlung zu erfahren? Sie wissen es nicht? Das geht so gar nicht? Haben Sie sich mal über Ricarda Lang oder Claudia Roth abfällig geäußert? Dann haben Sie sich des schweren Verbrechens des „Hasspostings“ schuldig gemacht. Haben Sie geschrieben, Cem Özdemir hätte gesagt, dass alle Leser der alternativen Medien nicht mit Messer und Gabel essen können. Das hat er zwar wirklich gesagt, aber wenn Sie ihn zitieren, dann ist das ein strafwürdiges Verbrechen der Hetze. Und wenn Sie die beste Außenministerdarstellerin aller Zeiten mit den Worten zitieren, dass Putin sich um 360 Grad wenden muß, dann ist das wohl richtig, aber Sie haben sich der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ schuldig gemacht. Oder noch schlimmer: Sie haben sich dagegen ausgesprochen, dass in Ihrer Nachbarschaft eine Moschee gebaut wird und der Muezzin fünf Mal am Tag seine Plärrerei über Außenlautsprecher verbreitet? Dann sind Sie ganz klar ein [Fall für den Generalstaatsanwalt](#).

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ja, liebe Leser, das mit dem Hass und der Hetze ist nicht leicht zu durchschauen. Das macht aber nichts. Wir haben ja halbstaatliche Zensurbehörden, die den Vollstreckungsorganen gerne behilflich sind, „Hass & Hetze“ zu erkennen. Als Beispiel sei die von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin (IM) Anetta Kahane gegründete, linksextreme „Amadeu-Antonio-Stiftung“ genannt, die sich mit viel Steuergeld in der Nachverfolgung und der Ausforschung von Regierungskritikern „verdient“ gemacht hat und wie zu besten Stasizeiten Feindeslisten führt.

Wer dabei an etwaige totalitäre Zeiten der deutschen Geschichte denkt, der sollte sich hüten, das zu äußern. Dann greift nämlich gleich der Volksverhetzungsparagraph 130, Stichwort Verharmlosung des Holocaust. Dann geht's erst richtig los. Dann kommt nicht nur ein Polizeihubschrauber zum Abholen, sondern gleich mehrere.

Es könnte ja sein, dass Ihnen das Heizungsverschrottungsgesetz von Robert Habeck nicht gefällt und Sie das öffentlich mitteilen. Oder Sie wollen keine Würmer und Käfer essen, sondern lieber gepflegt ein 350g-Filetsteak verzehren? Sagen Sie es niemand. Sie delegitimieren die ach so fürsorgliche Bundesregierung, die Ihnen nicht nur vorschreiben will, wie Sie zu leben und reisen haben, sondern auch was Sie essen sollen (10 g Fleisch pro Tag), welche Medien Sie zu konsumieren haben und wie Sie zu heizen haben, wenn überhaupt. Der Orwellsche Staat kümmert sich eben rührend um seine Untertanen und weiß schließlich am besten, was gut für den Pöbel ist. Der Bürger hat ja schließlich alle Freiheiten, die er braucht, um sein Geschlecht einmal im Jahr zu wechseln. Mehr Freiheit braucht es nicht.

Falls Sie nach dem Polizeiüberfall der irrigen Hoffnung sind, Sie haben ja nichts getan und es wird sich alles aufklären, dann sind Sie naiv. Ihr Arbeitgeber, Ihr Vermieter, die Schule Ihrer Kinder und der Bäcker um die Ecke sind darüber informiert, dass Sie ein rechtsextremer Terrorist sind. Und die beschlagnahmten Geräte erhalten Sie, wenn überhaupt, nur unbrauchbar, mit aufgespieltem Staatstrojaner zurück. Solange bleiben die Geräte in Haft.

Und wagen Sie es nicht, regelmäßig PI-NEWS, Jouwatch, Tichy, Reichelt, die Achse, AUF1, Reitschuster oder gar verbotene Feindsender wie RT, Sputnik usw. zu konsumieren. Sie könnten ja zum Staatsfeind werden. „Das Leben der Anderen“ ist keine Zeitgeschichte, sondern wieder ganz aktuell. Die Firma „Horch und Guck“ ist Ihnen auf den Fersen. Denken Sie daran: Es kann jeden treffen!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PI-NEWS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Im besten Deutschland aller Zeiten – montags keine Postzustellungen mehr

18. 06. 2023



Bild: facebook

Die Bundesnetzagentur hat beschlossen der Post zu erlauben, montags keine Briefe und Pakete mehr zuzustellen.

Auch das Porto soll bald wieder steigen. Zugleich explodierte letztes Jahr die Zahl der Beschwerden über schlechten Service.

Schlechter Service und steigende Portogebühren

Mal kommt sie und mal nicht, mal landet sie in der Nachbarschaft oder auch einfach im Nirgendwo.

Viele kennen den Ärger mit der Deutschen Post AG. Offenbar gibt es hier unverkennbare Parallelen zur Deutschen Bahn.

Bei Beiden braucht es ein gewisses Maß an Glück um zu bekommen wofür man zahlt und Anspruch hat.

Zu allem Überfluss drücken Inflation und Innovation auf die Gewinnmarge und die Gehälter der dortigen Führungsriege. Die Ausgaben müssen runter, findet die zentrale Infrastrukturbehörde Deutschlands, [die Bundesnetzagentur](#), zuständig für „Wettbewerbsförderung auf den Märkten für Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn“.

Daher plädiert deren Chef Klaus Müller nun für einen weiteren postfreien Tag.

Montags keine Post mehr – so wird „gespart“

Wie unter anderem die [Tagesschau berichtete](#), würde Müller gerne die Montage bei der Zustellung von Briefen und Paketen ausfallen lassen, um Kosten zu senken. Angeblich sei es in anderen Ländern längst normal, dass Sendungen nur noch an zwei, drei oder vier Tagen pro Woche an die Empfänger übermittelt würden.

Ob es sich dabei um Entwicklungs- oder Krisenländer handelt, ließ er dabei im Raum stehen. In Deutschland müssen Postboten bislang von montags bis samstags täglich die Haushalte abklappern, noch.

Als Grund gibt Müller an, dass montags deutlich weniger Behördenbriefe im Umlauf seien. Denn der Amtsschimmel macht Großteils am Wochenende frei.

Dass die Postboten und Paketzusteller bei gleichem Lohn dann künftig montags ausschlafen können, ist dennoch nicht zu erwarten. Denn wie gesagt, die Post will ja Kosten sparen, das heißt, selbstredend auch bei Löhnen und Arbeitsplätzen.

Briefporto Anhebung versus zustellfreier Montag

Zugleich hat nun die [Deutsche Post AG beantragt](#), das Briefporto vorzeitig anzuheben. Eigentlich soll ein gewöhnlicher Brief bis Ende kommenden Jahres 85 Cent kosten.

Das Unternehmen würde gerne schon zum kommenden Jahreswechsel etwas draufschlagen. Dafür müsste dann die Bundesnetzagentur zustimmen. Müller will davon jedoch absehen und favorisiert den zustellungsfreien Montag, vermutlich, weil sich die Leute dank der Inflation ohnehin immer weniger leisten können, so auch das Verschicken von Paketen und Briefen.

Wären mit weniger Zustelltagen ein gesicherter Service und gute Arbeitsbedingungen verbunden, wäre das wohl beinahe akzeptabel.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nie habe es so viele Beschwerden von Kunden gegeben, wie im vergangenen Jahr. Ihre Zahl habe sich gegenüber 2021 sogar auf über 43.000 [verdreifacht](#), wobei die Dunkelziffer missglückter Postzustellungen exorbitant sein dürfte.

Endlosdebatten über Serviceabbau

Das Ansinnen, Briefe, Päckchen und Pakete seltener auszuliefern, ist nicht neu. Schon mehrfach hatte die Deutsche Post AG mit entsprechend „neuen Formen der Zustellung“ experimentiert. Zum Beispiel 2017, wie damals das [Manager Magazin berichtet](#) hatte. Schon lange steht demnach auch zur Debatte, den Montag zum postfreien Tag zu machen. Im Jahr 2019 brachte etwa die FDP einen entsprechenden Vorschlag im Bundestag ein.

Die Diskussion darüber habe jedoch schon 20 Jahre davor begonnen. Als Grund wurde die Digitalisierung genannt, was für weniger Briefe Sorge. Andererseits nutzen aber mehr Menschen den Onlinehandel. Materielle Güter können nun mal nicht digital übermittelt werden. Es gibt also Widersprüche. Die EU regelt ihrerseits schon länger eine Zustellungspflicht an nur fünf Tagen pro Woche.

Die Post gehört wie die Bahn und die medizinische Versorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie die Deutsche Bahn und viele Kliniken war auch sie vor nunmehr fast 30 Jahren [privatisiert](#) worden.

Seite E 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Aus dem Postamt gingen drei Aktiengesellschaften hervor, Postdienst, Postbank und die Deutsche Telekom. In der Folge [verschwanden](#) immer mehr Postfilialen, insbesondere auf dem Land. Die Geschäfte wurden ausgelagert. Der Markt sollte es regeln, den Service sogar verbessern. Geklappt hat das rückblickend gesehen ganz und gar nicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Kalenderwoche 24 - 12. bis 18.06.2023. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-09

17. Juni 2023

48. Jahrgang

KW 24

Beginnen wir den Rückblick am Ende der Woche. Heute ist der **17. Juni**. Es ist gut, dass dieser Tag nicht in Vergessenheit gerät, auch wenn er nur noch ein Gedenk- und kein Feiertag mehr ist. Als „Tag der Deutschen Einheit“, wurde er durch den 3. Oktober abgelöst.

Die Gedenkstunde gestern im Deutschen Bundestag stellte die Geschichten derer in den Vordergrund, die vor 70 Jahren in der DDR einen Volksaufstand auflösten, der sich über das ganze Land hinzog. Es war nicht nur die Unzufriedenheit über die Erhöhung der Normen, also Mehrarbeit bei gleichem Lohn, die die Arbeiter auf der Straße brachte, sondern die Unzufriedenheit mit dem SED-Regime, das seit 1949 als Vasall der Sowjetunion regierte.

Das Moskauer Regime geriet ins Wanken, wie später die Diktaturen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Alle Volksaufstände haben eines gemeinsam, die Niederschlagung durch sowjetische Panzer. Und immer gingen die Befehle von Moskau aus. Putins Russland sieht sich gern in der Nachfolge der Sowjetunion. Wen wundert es da, dass bis heute jede Freiheitsbewegung mit Gewalt unterdrückt wird. Es ist das russische System, das so handelt. Es ist die Angst vor Freiheit und Demokratie. Und das ist der wahre Grund des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Eine so große Demokratie vor der Haustür könnte überschwappen auf das größte Land der Erde. Da doch lieber einen Staat wie Belarus, den man unter Kontrolle hat und dem man immer wieder gerne hilft, die aufmüpfige Bevölkerung zu unterdrücken.

Die Aufzeichnung der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag sollte an allen Schulen im Land gezeigt werden, vor allem in den so genannten „neuen Ländern“, in denen den jungen Menschen nach 1953 eine ganz andere Geschichte über den 17. Juni erzählt wurde. Eine Geschichte, die sich festgesetzt hat. An Volksaufständen im russischen Einflussbereich sind demnach grundsätzlich immer die Amerikaner schuld.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw24-gedenkstunde-17-juni-951226>

Nur einmal in der Geschichte ließ Moskau seine Panzer in den Kasernen. Die Aufstände 1989, von Leipzig ausgehend und sich über das ganze Land verbreitend, wurden nicht von sowjetischen Panzern nieder-

gewalzt. **Michail Gorbatschow** ist mehr als allen anderen dafür zu danken, dass wir heute in einem vereinten Deutschland leben. Die Dankbarkeit hält sich aber gerade in Ostdeutschland in Grenzen. Dort wird offen und ohne Repressalien befürchten zu müssen, behauptet, dass die Bundesrepublik eine Diktatur sei. So viel Dummheit ist unerträglich.

Es gebietet der Respekt vor den Bürgern der DDR, die sich mit dem Staat arrangiert hatten. Auch über die Menschen, die glaubten, mit einer Tätigkeit für die Stasi ihrem Land einen Dienst zu erweisen, sollte man nicht leichtfertig urteilen. Auf 89 DDR-Bürger kam immerhin ein so genannter IM (Inoffizieller Mitarbeiter). In der Zeit von 1950 bis 1989 gab es insgesamt ca. 620.000 IM. Wir Wessis können klug reden, waren wir doch den Zwängen einer Diktatur nicht ausgesetzt. Was wir als Unrecht sahen und fraglos Unrecht war, hieß in der DDR Staatsraison. Die DDR sah sich nicht als Unrechtsstaat.

Wer allerdings dieser Diktatur nachtrauert, dem ist nicht zu helfen. Wer die Vorzüge einer Demokratie nutzt, sie aber eigentlich abschaffen möchte, ist unanständig. Die größten Feinde einer Demokratie leben in ihr.

Die AfD wird zunehmen dem ersten Wort ihres Parteiamens gerecht und zu einer Alternative für die Unzufriedenen. Mit 18 Prozent liegt sie aktuell fast gleichauf mit der SPD (19%), deutlich vor den Grünen (16%) und mit weitem Abstand vor FDP (6%) und Linken (5%) und nur noch zehn Punkte von der Union entfernt.

Nur noch 41 Prozent finden, dass die Bundesregierung ihre Arbeit gut macht, vor einem Jahr waren es noch 61 Prozent. 54 Prozent beurteilen das, was die Ampel veranstaltet, als schlecht. Nicht nur beim Thema Heizen hat die Bundesregierung ein Kommunikationsproblem. Das Herumgeeiere beim „**Energieeffizienzgesetz**“, der Streit zwischen Grünen und FDP, bei dem mal wieder der Kanzler eingreifen musste, lässt die Bevölkerung ratlos zurück.

Der **EU-Asylkompromiss** wurde bei den Grünen in dieser Woche weiter heftig diskutiert. Der Riss geht nicht nur durch den Bundesvorstand der Partei. Von der sichtbaren Schwäche der Koalition profitiert allein die AfD. Nur 26 Prozent der beim **ZDF-Politbarometer** befragten Menschen glauben, dass CDU/CSU es besser machen würden, 21 Prozent sagen schlechter und 49 Prozent meinen, dass es keinen Unterschied macht. Das sind ziemlich trübe Aussichten zum Wochenende, analog zum heutigen Wetter.



Heiß diskutiert wurde in dieser Woche auch die **Ge-genoffensive der Ukraine** zur Befreiung der von Russland besetzten Landesteile. Verständlich, dass die Ukraine ihr Land zurückhaben will und 47 Prozent glauben, dass das gelingen wird (39% sagen Nein). Die Frage muss aber erlaubt sein, ob es nicht sinnvoller ist, alle Kraft in die Abwehr des Angriffs zu stecken, als selbst anzugreifen. Erst, wenn Putin merkt, dass er sein Ziel, die Ukraine zu vernichten, um dann Herr über die Trümmer zu sein, kein Stück mehr näherkommt, wird er wegen Erfolglosigkeit aufgeben.

Der Krieg geht vorerst weiter und die freie westliche Welt stützt die Ukraine bei ihrem Kampf um Unabhängigkeit. Wie involviert wir sind, zeigt, dass unser Verteidigungsminister **Boris Pistorius** erneut die Liste der zehn wichtigsten Politiker des Landes anführt. 32 Prozent wünschen sich eine stärkere Unterstützung der Ukraine, 40 wollen, dass es so bleibt und 21 Prozent plädieren für weniger Hilfe. Den immer wieder geforderten diplomatischen Bemühungen geben 81 Prozent keine Chance.

Das komplette ZDF-Politbarometer unter:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-projektion-afd-fluechtlinge-100.html?slide=FAQ1>

Was noch?

Für Rammstein-Frontmann **Till Lindemann** wird es immer ungemütlicher. Seine Anwälte bestreiten die Vorwürfe und es gilt die Unschuldsvermutung. Zum Thema Rammstein empfehlen wir „extra 3“ vom 15. Juni.

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/rueckschau/extra-3-vom-15062023,extradreisendung414.html

Eine Studie machte in dieser Woche Schlagzeilen. Jeder dritte Mann zwischen 18 und 35 würde demnach **Gewalt gegen Frauen** befürworten. Unter dem alt bewährten pädagogischen Motto: „Ein kleiner Schlag auf den Hinterkopf hat noch niemand geschadet.“ Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, dauerte es nicht lange, und die Studie wurde in Zweifel gezogen. Sie sei nicht repräsentativ. Zu dem Thema wurden allerdings nicht Frauen befragt, die sich vor ihren Männern in Frauenhäusern verstecken. Ihre blauen Flecken sind lediglich ein Versehen beim Schminken. Und ja, natürlich verprügeln Frauen auch ihre Männer. So viel Gleichberechtigung muss sein. Gewalt gehört zum Alltag. Es ist ein Erziehungsproblem. Nur wenn Kindern rechtzeitig beigebracht wird, dass Gewalt keine Probleme löst, sondern sie verschärft,

könnte sich etwas verbessern. Das ist allerdings ein ziemlich erfolgloses Langzeitprojekt. Dennoch sollte man es versuchen.

Wo bleibt das Positive?



Foto: Stromnetz Berlin

In Mahlsdorf gibt es am Ullrichplatz ein **Sandmann-Denkmal**. Jetzt gibt es rund um den Platz drei neue Motive mit dem Sandmann, und zwar an Stromkästen. Mehrfach berichteten wir über das Stromkastenstyling der Stromnetz Berlin GmbH. 8.500 von 17.500 Kästen sind bereits mit bunten Motiven bemalt worden.

Berlins neue Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch**, **Claudia Rathfux** (Prokuristin bei Stromnetz Berlin) und Marzahn-Hellersdorf-Bezirksbürgermeisterin **Nadja Zivkovic** (v.l.n.r.) haben die neuen Stromkästen eingeweiht.



Foto: Ed Koch

Klassikbegeisterte können wieder als Juroren kostenlos an Konzerten von **Young Euro Classic** teilnehmen und über den Europäischen Kompositionspreis 2023 mitentscheiden. Interessierte, musikbegeisterte Personen können sich für die Teilnahme an



der diesjährigen **Publikumsjury** bewerben: vom 15. Juni bis 5. Juli telefonisch unter 030 – 88 47 139 30 (werktags von 09:30 bis 17:00 Uhr). Musikalische Vorkenntnisse sind nicht notwendig; lediglich Neugier, Zeit und Freude an Ungehörtem sollten die Bewerberinnen und Bewerber mitbringen! Die Mitglieder der Jury werden über ein Losverfahren ausgewählt.

Das internationale Jugendorchesterfestival Young Euro Classic findet in dieser Saison vom **4. bis 27. August** wieder im Konzerthaus Berlin statt. Und auch in diesem Jahr wird der mit 5.000 € dotierte Europäische Kompositionspreis vom Regierenden Bürgermeister Berlins, **Kai Wegner**, ausgelobt. Prämiiert wird die beste auf dem Festival präsentierte Uraufführung oder Deutsche Erstaufführung.

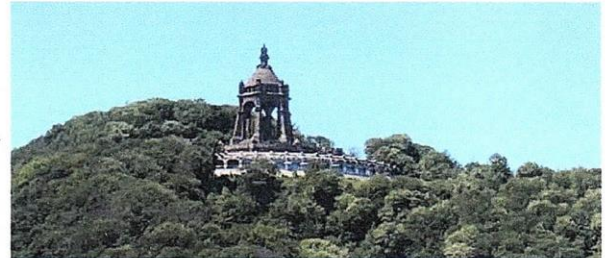
Alle Informationen unter www.young-euro-classic.de

Und zum Schluss die beliebte Serie: „**Unterwegs mit der Deutschen Bahn.**“ Kürzlich habe ich in einem DHL-Shop ein Päckchen zur Beförderung nach **Porta Westfalica** abgegeben. Nicht ganz von der Richtigkeit seiner Frage überzeugt, sagte der nette Herr hinter dem Schalter: „*Geht ins Ausland?!*“ Da fiel mir doch gleich das berühmte Zitat, leicht abgewandelt, ein: „*Mailand oder Porta Westfalica. Hauptsache Italien.*“ Italien ist nicht ganz falsch, denn Porta Westfalica entstammt dem Italienischen und heißt Westfälische Pforte. Die 37.000 Einwohner-Stadt liegt im nordöstlichen Nordrhein-Westfalen, in der Region Ostwestfalen-Lippe zwischen Minden und Bielefeld, einer Stadt, die es wirklich gibt.

Seit Mai 2022 lenkt die Grünen-Politikerin **Anke Grotjohann** die Geschicke der Stadt. „*Wer mich kennt, weiß, dass ich eine ‚Jecke‘ bin. Meine Familie und ich sind im Portaner Karnevalsverein ‚Grün-Rote-Bütt Hainholz Porta Westfalica e.V.‘ aktiv. 2017/2018 war ich sogar Prinzessin und in der Funktion im Landtag in Düsseldorf. Ein Highlight!*“ Und warum erzähle ich Ihnen das? Weil ich nicht nur gelegentlich Päckchen dorthin sende, sondern auch mich selbst, um Freunde zu besuchen. Ein gemütliches Städtchen, ruhig und beschaulich und vor allem mit sauberer Luft. Ideal als Altersruhesitz. Jetzt muss ich nur noch bei der ARD- oder ZDF-Fernsehlotterie gewinnen und ab geht’s an die Weser.

Apropos ab geht’s. Ich hatte mir zwei Regionalbahnen rausgesucht, mit denen ich vom Südkreuz zum Hauptbahnhof kommen könnte, um dort den Zug nach Hannover zu erreichen. Der erste RE fiel aus.

Der zweite hatte eine deutliche Verspätung. Also: Kurz entschlossen in den ICE nach Hamburg ein- und am Hauptbahnhof ausgestiegen. Zug nach Hannover pünktlich, allerdings dauert die Fahrt jetzt eine Stunde länger, weil die Gleise erneuert werden. Magdeburg statt Wolfsburg. Von Hannover bis Porta per Regionalzug. Alles pünktlich fast auf die Minute.



Über Porta Westfalica thront das Kaiser-Wilhelm-Denkmal einschließlich eines Restaurants mit Ausblick.



Foto: Wikimedia

Wunderschön gelegen, das Städtchen Porta Westfalica. In NRW gibt es viele Privatbahnen. Neben DB Regio auch den National Express, der mich weiter nach Düsseldorf bringen sollte. Um es für die zweieinhalb Stunden etwas bequemer haben zu wollen, erkundigte ich mich nach der 1. Klasse. Auch nach zehn Minuten konnte die Frage von der Bahngesellschaft nicht beantwortet werden. Sie gibt es, wie ich herausfand. Was ich in **Düsseldorf** wollte, erfahren Sie noch heute in einem weiteren Newsletter.

Rückfahrt am Freitag nach Berlin. Der Zug fällt aus. Es gibt Ersatz zur selben Zeit. Fünf Minuten Verspätung. Dann Stopp am Bahnhof Flughafen. Betrunkene Menschen befänden sich im Gleisbett. Die Bundespolizei schaut nach. Letztlich kamen wir in Berlin 40 Minuten später an. Das geht. Unterwegs wurden übrigens von einem Teil des Doppelzuges, der überfüllt war, Passagiere in den anderen, weniger frequentierten umquartiert. Gelegenheit für eine Raucherpause. Wie lange würde diese dauern? „*So lange, bis ich aufgeraucht habe*“, sagte die Schaffnerin. Ich liebe diesen Bahn-Humor. **Ed Koch**

15) „Stimmung kocht“ – Riesenkrach bei deutschen Grünen wegen Baerbock

15. 06. 2023



Gruppenbild mit Wuchtbrumme | Foto: Wikipedia/Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0

Die groß angekündigte „Reform“ des EU-Asylsystems ist bestenfalls ein fauler Kompromiss. Mitgliedstaaten, die keine Asyl Einwanderer aufnehmen wollen, können sich mit 20.000 Euro pro Migranten gewissermaßen freikaufen und Asylverfahren sollen künftig teilweise an den EU-Außengrenzen stattfinden. Sinnvolle Maßnahmen gegen betrügerische, weil von vornherein aussichtslose Asylanträge wie Asylzentren außerhalb Europas wurden hingegen nicht beschlossen.

Obwohl die EU-Innenminister nur kosmetische Korrekturen des Asylwesens beschlossen haben, sind viele bundesdeutsche Grüne verärgert und laden ihren Frust auf Außenministerin Annalena Baerbock ab. „Grünen-Aufstand gegen Baerbock“, titelte die „Bild“-Zeitung. Und weiter: „Die Stimmung bei den Grünen kocht!“ Denn die Außenministerin habe mit ihrer Zustimmung zu strengeren EU-Asylregeln Verabredungen gebrochen und stelle sich gegen grüne Grundwerte.

Das Magazin „Stern“ ließ den ehemaligen grünen Minister Jürgen Trittin zu Wort kommen. Dieser stellte einen Sonderparteitag in den Raum, der die Partei „womöglich über Monate lähmen könnte“. Doch das will er offenbar in Kauf nehmen, schließlich gehe es um „echte grüne DNA“. Trittin stößt sich daran, dass Familien und Kinder, so wie es ursprünglich verabredet gewesen sei, von den Verfahren an den EU-Außengrenzen ausgenommen werden müssen.

Trittin vertritt innerhalb der bundesdeutschen Grünen keinesfalls eine Einzelmeinung. So sagte der grüne EU-Abgeordnete Erik Marquardt, „zur Asylreform in dieser Form ja zu sagen, war ein Fehler“. Und der Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke sprach gar von einer „historischen Schande“.

Quelle: [ZURZEIT](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

16) 53,2 Mrd. Euro deutsche Klimahilfe versickerte weltweit in „dubiosen ausländischen“ Kanälen

13. 06. 2023



Bild: GEO

Im Rahmen einer UN-Initiative hat die Bundesregierung von 2015 bis 2021 sogenannte „Klimahilfen“ an andere Staaten in Höhe von 53,2 Milliarden EUR geleistet.

Das Auswärtige Amt, unter der „Führung“ von Ministerin Baerbock hatte dies stolz verkündet. Jedoch tunlichst unerwähnt blieb dabei, dass diese Geldflüsse keinerlei Überprüfung unterliegen.

Aufgedeckt – Geld wird zweckentfremdet

Laut einer Recherche der Nachrichtenagentur [Reuters](#) lasse sich nicht nachvollziehen, wofür die Klima-Hilfeszahlungen Verwendung finden.

Bei manchen Beträgen sei noch nicht einmal der „vorgegebene Klimabezug“ gegeben. Dem Bericht zufolge flossen etwa große Summen in ein Kohlekraftwerk, ein Hotel oder in Schokoladenläden.

Dennoch haben diese Länder nicht gegen Regeln verstoßen. Denn es **gebe keine Richtlinien**, die festlegen, wofür das Geld an den Bestimmungsorten ausgegeben werden müsse.

Deutschland gibt 53 Milliarden Euro Klimahilfen an das Ausland. Doch dort investiert man das Geld in Hotels, Schokoladenläden und Kohlekraftwerke.

Ampel plant nun sogar noch mehr zu zahlen

Einmal mehr gegen „jede Vernunft“ planen die Grünen nun jedoch den Klimahilfen-Etat auf zu stocken. Das UN-Klimasekretariat erklärte gegenüber *Reuters*, es sei Sache der Staaten, selbst zu entscheiden, ob sie einheitliche Standards einführen wollten. Deutschland will das offenbar ganz klar nicht, wenn es um das „Klimarettungsnarrativ“ geht.

Dafür soll also der deutsche Etat noch einmal steigen. Die Klima-Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes, die bisherige Umweltaktivistin Jennifer Morgan, plant eine deutliche Aufstockung der Klimahilfen für 2024. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe dafür bereits seine Zusage gegeben, heißt es aus dem Auswärtigen Amt dazu.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Ampel genehmigt sich selbst „Inflationsausgleichsbonus“ von 3.000 Euro

13. 06. 2023



Bild: Die Zeit Ampel-Koalition im absoluten Umfragetief

In Zeiten von Inflation, Teuerung und schier unleistbarem „Heizungserneuerungswahnsinn“ der Regierenden, leisten sich diese, als Hauptverursacher der katastrophalen wirtschaftlichen Situation Deutschlands und seiner Bürger, so einfach mal auf die „Schnelle“ selbst einen Bonus wegen des „Teuerungsausgleiches“.

Bonus zu gut dotierte Politikergehälter on top

In den sozialen Medien war hierzu ein treffender post mit einem Zitat von Alt-Bundeskanzlers Ludwig Erhard, zum Thema Inflationsgründe zu finden. Hier wäre wohl aktuell schon längstens mal eine Gesetzesanpassung von Nöten.



Einem Medienbericht der *Bild* zu Folge gäbe es Pläne des Innenministeriums, dass das Bundeskabinett unter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) durch einen entsprechenden Gesetzentwurf eine steuerfreie Inflationsprämie in Höhe von 3.000 EUR erhalten solle.

Der Vorentwurf läge der *Bild*-Zeitung vor. Als dargelegte Notwendigkeit heißt es dazu in dem Papier, „zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise.“

Bezug nehmend auf die nun bekannt gewordenen möglichen Zusatzvergütungen für den Kanzler und seine sechzehn Minister heißt es laut [Darlegung der Bild](#), „zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise wird Mitgliedern der Bundesregierung für Juni eine einmalige Sonderzahlung von 1.240 EUR, für die Monate Juli 2023 bis Februar 2024 eine Sonderzahlung von monatlich 220 EUR gewährt.“

Bonus ursprünglich für pensionierte Beamte

Zudem plant das Innenministerium laut *Bild*-Informationen, dass „die Inflationsprämie auch auf die pensionierten Beamten übertragen“ wird.

Dazu heißt es, „die Ruheständler sollen sie entsprechend ihrem Ruhegehaltssatz bekommen“.

Ausgangspunkt der möglichen Zusatzregelung ist eine Folge des geltenden Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst.

Seite E 162 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dieser regelt bis dato, „dass die 2,5 Millionen Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen neben einer Tarifierhöhung auch eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 3000 EUR bekommen“, so der *Bild*-Artikel erklärend.

Dabei zeige sich nun jedoch folgende Situation: „normal ist somit, der Tarifabschluss wird eins zu eins auf die Beamten (zum Beispiel in den Stadtverwaltungen und Ministerien) übertragen. Nun liegt jedoch Bild ein Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium vor, der nun jedoch regelt, dass auch Kanzler und Minister diesen Extra-Bonus erhalten.

Dafür jedoch muss extra das Ministergesetz, das die Bezahlung der Regierung regelt, geändert werden.“

Zu fünfstelligem Monatsgehalt noch Bonus dazu

Die *Bild* informiert also, dass das [Amtsgehalt](#) von Kanzler Scholz bei rund 21.500 EUR im Monat, das der jeweiligen Minister bei rund 16.800 EUR liegt.

Das Innenministerium informierte demnach darüber, dass der Gesetzentwurf, der sich in der Ressortabstimmung befinden würde, „noch nicht politisch beraten worden“ sei.

Der Präsident vom Bund der Steuerzahler Reiner Holznapel, kommentierte gegenüber *Bild* wie folgt.

„Es liegt immer noch kein Bundeshaushalt für das nächste Jahr vor, weil nicht genug gespart wird. Und jetzt bekommen die Minister die Inflationsprämie? Absolut falsches Signal! Hier sollten der Kanzler und die Kabinettsmitglieder ein Zeichen setzen und verzichten!“



G. U. Neu

@GNeumann11 · Folgen

Obwohl sie verantwortlich sind!
Netzfund:



4:51 vorm. · 11. Juni 2023 aus Deutschland



Nutzer der sozialen Medien kommentierten die Informationen der *Bild* mit einem [Zitat](#) von Ludwig Erhard, deutscher Bundeskanzlers der Jahre 1963 bis 1966.

„Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.“ (Ludwig Erhard, 1957).“

Obwohl sie verantwortlich sind!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Kalenderwoche 23 - 23.05. bis 11.06.2023. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-04

10. Juni 2023

48. Jahrgang

KW 23

Als wäre das Leid der Menschen in der Ukraine durch den verbrecherischen Angriff des russischen Machthabers Putin nicht schon dramatisch genug, bricht auch noch ein Staudamm und überflutet unzählige Ortschaften. Anstatt sofort einen Waffenstillstand zu verhängen, um die Menschen vor dem Ertrinken zu retten, fliegen den Rettern Putins Kugeln um die Ohren.

Derweil geht die Suche nach den Schuldigen des Staudamm-Bruchs weiter. „Das norwegische seismologische Institut Norsar hat nach eigenen Angaben eine Explosion am ukrainischen Kachowka-Staudamm zum Zeitpunkt seiner Zerstörung festgestellt.“, meldet das **ZDF**. „Wir sind sicher, dass es eine Explosion gab.“, sagt **Ben Dando**, Chef des Instituts Norsar. „Dies würde die allgemeine Annahme bestätigen, dass der Staudamm durch eine bewusste Aktion zerstört wurde - und nicht aufgrund von Schäden durch vorherige Bombardierungen nachgab.“ Und Putins auf Lügen basierte Propagandamaschine behauptet weiterhin, nichts damit zu tun zu haben.

Während es sich die Ukrainer nicht leisten können, vom aufgezwungenen Krieg müde zu werden, wächst diese Müdigkeit in der deutschen Bevölkerung. Nach aktuellen Angaben von **Statista** gehen 37 Prozent der Befragten die Unterstützung der Ukraine zu weit, 43 Prozent halten sie für angemessen und 14 Prozent gehen die Waffenlieferungen nicht weit genug.

Obwohl die Faktenlage eindeutig ist, glauben einer Studie der **Friedrich-Ebert-Stiftung** zufolge, 14 Prozent, dass sich „die westliche Welt gegen Putin verschworen“ hat, „um die eigene Macht auszubauen.“ Nur 41,5 Prozent der Befragten gaben an, der Verschwörungstheorie „überhaupt nicht zuzustimmen.“ Aus derselben Studie geht hervor, dass 48,7 Prozent der Deutschen nach wie vor Vertrauen in unsere Demokratie haben. Nicht zum ersten Mal fällt mir an dieser Stelle der Hinweis an die 51,3 Prozent ein, sich über die Einwanderungsbestimmungen in Nordkorea zu informieren. *Quelle: Frankfurter Rundschau*

Wie wirkt es auf wenig differenziert denkende Menschen, wenn sie am Donnerstag in den Nachrichten erfahren, dass ein 31-jähriger syrischer Asylbewerber in Frankreich mit einem Messer auf Kinder losgegangen ist, wobei sechs von ihnen im Alter von etwa drei Jahren teilweise schwer verletzt wurden, und

einen Tag später ein Kompromiss im europäischen **Asylrecht** verkündet wird, der Menschen aus Syrien weiterhin eine Aufenthaltsmöglichkeit in der EU in Aussicht stellt. Bis Mai haben 35.785 Syrer Asyl in Deutschland beantragt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, alles anständige Menschen, die wir mit ihren Qualifikationen in vielen Bereichen unseres Landes gut gebrauchen können. Nur ein Straffälliger reicht aber aus, um die Ausländerfeindlichkeit anzukurbeln, wovon in Frankreich und Deutschland die rechten Parteien profitieren.

Welche Auswirkungen der Kompromiss haben wird, der vorsieht, dass Menschen aus der Türkei kein Asylrecht bekommen sollen, wird sich noch zeigen. Die Türkei gilt als Musterland der Demokratie, keine Ahnung, warum Menschen von dort weg wollen.

Der Strom der Asylbewerber wird nicht abreißen. West-Europa wird nicht alle aufnehmen können, denn irgendwann gibt es einfach keine freien Plätze mehr. In diesen Kompromiss eine Klausel einzubauen, wonach sich Länder wie Ungarn und Polen mit 20.000 Euro pro nicht aufgenommenen Asylbewerber freikaufen können, ist unwürdig. Wir brauchen wieder einen **Martin Luther**, der der Ablasshandel unterbindet.

Die Grünen sind in der Frage gespalten. Beide Vorsitzenden äußern sich unterschiedlich und **Annalena Baerbock** versucht, ihre Fraktion schriftlich zu beruhigen. Die Grüne Jugend tobt und will man wieder die Koalition sofort beenden. Wie sagte einst der Vordenker der FDP, **Christian Lindner**? „Lieber gar nicht regieren, als schlecht regieren!“ Ja, die Probleme sind komplex und die Zeiten schwierig, und gerade deshalb können wir eine Gurkentruppe wie die jetzige Ampel-Koalition eigentlich nicht gebrauchen. Stets sind sie mehr mit sich selbst, als mit der Lösung von Problemen beschäftigt. Die Union langweilt sich, weil die Oppositionsarbeit innerhalb der Regierung stattfindet.

Was wäre aber die Alternative, wenn sich die Ampel selbst abschaltet? Schwarz-Grün? Wohl kaum. Zwar liegt die Union bei rund 30 Prozent in den Umfragen, die Grünen hingegen schwächeln zwischen 13 und 15 Prozent, das würde für eine Koalition nicht reichen. Die FDP eiert um die fünf Prozent herum und SPD und AfD streiten sich um Platz Zwei. In einer aktuellen Online-Umfrage von **Yougov** liegt die SPD bei 19 und die AfD bei 20 Prozent.

In dieser Phase unterschrieb Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** ein Gesetz, das den



Bundestag verkleinern soll. Guter Gedanke. Dass dabei die **Grundmandatsklausel** wegfällt, die vorsah, dass eine Partei, die weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen, aber drei Direktmandate errang, trotzdem in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen darf, ist ein Schlag vor allem gegen die Linke, die davon bislang am meisten profitierte. Mit 4,9 Prozent stellt die Linke derzeit 39 Abgeordnete.

Viel entscheidender ist allerdings der Punkt, dass nach Wegfall der Überhang- und Ausgleichsmandate, deren Regelung ohnehin nur Insider verstanden haben, **nicht jeder, der seinen Wahlkreis direkt gewonnen hat, auch das Ticket für den Bundestag erhält.** Das ist problematisch. Man darf gespannt sein, wie das Bundesverfassungsgericht diesen Passus bewertet. Man mag sich nicht vorstellen, wenn bei der nächsten Bundestagswahl 2025 ein AfD-Abgeordneter seinen Wahlkreis direkt gewinnt, aber kein Mandat für den Bundestag. 2024 könnte die AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stärkste Partei werden. Wie will man dann verhindern, dass es einen Parlamentspräsidenten mit AfD-Parteibuch gibt?

Man kommt beim Wochenrückblick natürlich nicht an **Rammstein** vorbei. Mit der Band und ihrer Musik habe ich mich nie befasst, kann dazu also nichts sagen. Unbestritten ist, dass die Fans von Rammstein Stadien füllen, mehrfach hintereinander. Am 15., 16. und 18. Juli (Montag ist Ruhetag) Olympiastadion. Die Rammstein-Ticket-Seite ist derzeit nicht erreichbar, offenbar ausverkauft. Die Aufregung über die angeblichen sexuellen Eskapaden des Sängers sind, wie in vergleichbaren Fällen, ziemlich heuchlerisch. **Geradezu niedlich ist die Verfügung von Berlins Innensenatorin Iris Spranger, die Aftershow-Partys zu verbieten.** Und die erste Reihe, aus der junge Frauen rekrutiert wurden, um dem Sänger einen Pausensnack zu verabreichen, soll es auch nicht mehr geben. Was wird sich ändern? In Bayern wollen sich Frauen Rammstein-Tattoos überstechen lassen. Großartig.

Damit wir uns nicht missverstehen. Wenn sich die Vorwürfe erhärten, was für ein Bild, kann man nur mit Abscheu auf **Till Lindemann** schauen. Bis dahin gilt natürlich die Unschuldsumutung, wofür Medienanwalt **Prof. Dr. Christian Schertz** schon sorgen wird. Vertreiben wir mal kurz diese ganzen ekelhaften Bilder aus dem Kopf, was hinter der Bühne alles passiert sein soll, und stellen uns eine einfache Frage: **Warum? Warum lassen sich junge Frauen vor die Bühne stellen und zur anschließenden Aftershow-Party einladen?** Gibt es überhaupt nicht ein

Fünkchen Misstrauen? Hat man im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht von allen möglichen Bands gelernt, dass – nicht alle – ihre Scouts losschicken, um für weibliche Gesellschaft zu sorgen? Die Rockmusiker werden sicherlich bei der After-Show-Party den anwesenden jungen Frauen nicht ihre Schallplatten-sammlung zeigen.

Was Herrn Lindemann vorgeworfen wird, ist vielen anderen, was die Sache nicht besser macht, auch vorzuwerfen. Mich überrascht immer wieder, wie empört plötzlich die Medien und die Öffentlichkeit reagieren. Ende der 1960er Jahre bin ich als „Manager“ mit ein paar Amateurbands durch die Berliner Jugendclubs gezogen und habe sehr schnell mitbekommen, wie es läuft. **Wenn Du möglichst rasch Kontakt zu einer Frau bekommen willst, spiele Gitarre, singe ein paar Lieder und stelle Dich mit einer Band auf eine Bühne.** Die Angebote lassen nicht lange auf sich warten.

Um es für den zartbesaiteten Teil der Leserschaft noch einmal zu unterstreichen. **Frauen, die zu sexuellen Handlungen animiert oder verführt werden, sind die Opfer.** Frau muss allerdings auch in der Lage sein einzuschätzen, ob die Einladung zu einer After-Show-Party nicht vergiftet sein könnte.

Apropos vergiftet. Haben Sie in dieser Woche die Pressekonferenz von **Claus Weselsky**, dem Chef der Lokführergewerkschaft **GDL** gesehen? Dass man als Gewerkschafter den Arbeitgeber Deutsche Bahn nicht lieben muss, versteht sich von selbst. Muss man ihn aber gleich hassen? 3.500 Führungskräfte der DB schaufeln sich die Taschen voll, während die Schichtarbeiter auf der Lok abgespeist werden. Vielleicht stimmt der Vorwurf.

Die **Deutsche Bahn** ist ein weltweit operierender Konzern, in dem es nicht nur um Bahnfahren geht. Weselsky listete auf, was alles dazugehört und was die DB meint zu können. Bloß eben nicht Bahnfahren, merkt der Gewerkschafter an.

Noch gibt es keine Einigung zwischen der großen Bahngewerkschaft **EVG** (185.000 Mitglieder) und der **DB**, da taucht mal wieder Weselsky auf, der das Land schon mehrfach in Angst und Schrecken versetzt hat. Die Forderungen der **GDL** (40.000 Mitglieder) sind nachvollziehbar, 35 Stunden-Woche, mehr Geld, besserer Ausgleich für Schichtarbeit. **Sensationell sind aber nicht diese Forderungen, sondern eine unglaubliche Kampfansage an den DB-Konzern.** Weselsky will, dass so viele Lokführer wie möglich, bei der DB kündigen und eine neue Anstellung bei einer



Genossenschaft mit dem Namen „**Fair Train e.G.**“ anstreben. Gegründet wurde die Genossenschaft von GDL-Mitgliedern unter Führung von Claus Weselsky. „Die Eisenbahner nehmen ihr Schicksal in Zukunft schrittweise in die eigenen Hände“, sagte der Gewerkschaftsboss in der Pressekonferenz. Nur GDL-Mitglieder können Anteile an der Genossenschaft erwerben. Der Plan: Die genossenschaftlichen Lokführer werden dann an die Bahn „vermietet“, allerdings zu Konditionen, die die Bahn derzeit nicht bereit ist, für ihre Lokführer aufzuwenden. Die aus dem Geschäft resultierenden Gewinne sollen den Genossenschaftsmitgliedern selbst zugutekommen, „anstatt zuzuschauen, wie sich die Vorstände der DB AG die Taschen füllen.“

Wir dürfen gespannt sein, ob sich dieser kühne Plan überhaupt umsetzen lässt. Schließlich müssten die Lokführer ihren sicheren Job bei der Bahn aufgeben. Der Kampf GDL vs. DB geht in die nächste Runde. Bleibt zu hoffen, dass er nicht wieder auf dem Rücken der Reisenden ausgetragen wird. *Quelle: ARD*

Apropos Reisende. Ich habe mit der DB alles erlebt, was man so erleben kann: Verspätungen, Zugausfälle, geschlossene WCs, kein Kaffee im Zugbistro oder nur Kaffee, dafür nichts zu Essen. Aber: In den meisten Fällen meiner Reisen hat alles funktioniert, wie in dieser Woche mal wieder auf dem Weg nach **Hamburg**. 08:27 Uhr Abfahrt pünktlich Südkreuz. Ankunft 10:40 statt 10:38 Uhr in Altona, also auch pünktlich. Rückfahrt am nächsten Tag 08:18 Uhr Altona pünktlich, 10:34 Uhr Ankunft Südkreuz auch pünktlich. So erlebe ich es in acht von zehn Fahrten.



Da geht einem, mir zumindest, das Herz auf, wenn der ICE an der Binnenalster mit Blick auf den Jungfernstieg vorbeifährt. Dass sich die Wagenreihung mal wieder geändert hat, nimmt man in Kauf. Es hat keinen Sinn, explizit bei der Platzwahl einen anzuklicken, der in Fahrtrichtung zeigt, weil irgendwer, aus welchem Grunde auch immer, den kompletten Zug einfach mal wieder umgedreht hat. Aber: Der **DB Navigator** meldet sich rechtzeitig und informiert darüber, in welchem Abschnitt sich der Wagen auf

dem Bahnsteig befindet, und auf welchem Platz man sitzt. Das Ticket kann man getrost in der Tasche lassen, denn „*Comfort-Check-In*“ ist möglich. Der Schaffner geht wortlos an einem vorbei, ohne seine Datumszange in den Fahrschein zu stempeln.

Nachdem die Gleise auf der Strecke **Hannover-Berlin** erneuert wurden, ist jetzt die umgekehrte Richtung an der Reihe. Also nicht mehr über Stendal und Wolfsburg, sondern über Magdeburg und Braunschweig. Dauert eine Stunde länger. Natürlich bekommt man einen Schreck, wenn einem die Bahn mitteilt, dass die vor längerer Zeit gebuchte Verbindung nicht stattfindet. Aber: Sofort werden Alternativen angezeigt. Die Zugbindung wird aufgehoben, man muss nur einen Platz in dem Alternativzug buchen, der zur ursprünglich geplanten Zeit in Hannover ankommt, aber eben eine Stunde früher am Hauptbahnhof losfährt. Alles verstanden? Ich hoffe, es besser erklärt zu haben als **Edmund Stoiber** in seiner legendären Transrapid-Rede. Immer wieder gern anzuhören_

www.youtube.com/watch?v=f7TboWvVERU

Was ich sagen will, ist: die Bahn ist bei weitem nicht so schlecht wie ihr Ruf. Der überwiegende Teil der Züge erreicht pünktlich sein Ziel. Auf Strecken zum Beispiel nach Hamburg oder Leipzig ist die Bahn gegenüber dem Auto unschlagbar.

Apropos unschlagbar.



Dieses wunderschöne Krabbenbrötchen kostet an den Landungsbrücken in Hamburg 9,90 Euro, Salatblatt inklusive, aber keine Butter. Ein Luxus, den man sich nicht alle Tage gönnen kann. Zum Glück ist alles begründbar: Inflationsrate (von rund zehn auf sechs Prozent zurückgegangen), Corona (nicht mehr



akut), Energiekosten (normalisieren sich), Fachkräftemangel. Ja, an dem wird's liegen, dass das Krabbenbrötchen fast zehn Euro kostet.



Apropos Fachkräfte. Für knapp zehn Euro bekommt man auch einen großen Eisbecher bei **Giovanni L.** im **Mercado-Center** in Altona. Statt Fachkraft kommt ein fahrbarer Service-Computer, der sprechen und lächeln kann. Nur abkassieren kommt noch eine menschliche Kollegin.



Immer wieder schön sind die kleinen Geschichten, die man beim Spaziergang an den Landungsbrücken mitbekommt. Der Weg ist benannt nach einem der beliebtesten Hamburger, **Jan-Fedder-Promenade**. Ein Lehrer erklärt seinen Schülern, die noch nie etwas vom Großstadtrevier gehört haben, wer **Jan Fedder** war. Ein vorbeilaufendes Ehepaar sinniert zum Namen Fedder vor sich hin und sie schaut ihn fragend an: **Helga Feddersen?**

Auch wenn man schon viele **Hafenrundfahrten** mitgemacht hat, es lohnt sich immer wieder. An den Landungsbrücken warten die Barkassen auf ihre Kunden. Etwas abseits, vor dem Feuerschiff-Restaurant gelegen, steht ein kleiner grüner Seelenverkäufer, der einen für 22 Euro eine Stunde lang durch die engsten Flote schippert und ganz dicht an den Ozeanriesen vorbeischwimmt. Infos unter:

<https://barkassen-centrale.de/de/grosse-hafen-rundfahrt.html>



Ich bin ein großer Freund von **Sackbahnhöfen**. Der Leipziger ist wohl einer der schönsten, einschließlich der Umgebung Mitten in der Altstadt. Der Hamburger Hauptbahnhof ist einer der hässlichsten, einschließlich Umgebung, den ich kenne. Aber zum Glück gibt es den Sackbahnhof Altona. Nun, die direkte Umgebung lädt auch nicht gerade zum Verweilen ein, aber nur ein paar Meter weiter, die Ottenser Hauptstraße entlang, wird's richtig gemütlich. Viele kleine Geschäfte und Restaurants warten auf ihre Kunden. Am Spritzenplatz befindet sich das **Ristorante Cosmos** mit leckerem italienischen Essen. Reservierung im Voraus dringend empfohlen.

Aber, die Stunden meines Lieblingsbahnhofs sind gezählt. Für 550 Millionen Euro sollen auf der fast 20 Fußballfelder großen Fläche des bisherigen Bahnhofs Altona 1.900 Wohnungen und ein Park entstehen. Im 2,5 km entfernten Diebsteich soll bis 2027 der neue Fernbahnhof Altona entstehen, allerdings wird es dann kein Sackbahnhof mehr sein.



Der Frühstücksraum des **Intercity Hotels Altona** befindet sich direkt neben den Gleisen, wo der Zug nach Berlin immer schon rechtzeitig bereitsteht, so dass man viel Zeit zum Einsteigen und Platzsuchen hat. Einen besseren Standort für ein Hotel gibt es nicht. Nicht nur wegen des Frühstücksbuffets lohnt sich hier der Aufenthalt. Wenn Hamburg, dann für mich immer Intercity Hotel Altona.

Ed Koch
(auch Fotos)

19) Dresden: Kosten für Migration treiben Stadt in finanziellen Ruin

10. 06. 2023



DRESDEN – Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), hat vor den hohen Kosten gewarnt, die durch die Aufnahme von Asylbewerbern entstehen. Die Ausgaben für Asylbewerber haben zu einem erheblichen Defizit im aktuellen Haushalt geführt, mit Mehrkosten, die bereits 200 Millionen Euro übersteigen.

Trotz der finanziellen Unterstützung des Bundes bleibt eine erhebliche Finanzierungslücke. Die steigenden Betriebskosten in Schulen und Kitas sowie Investitionen in Neubauten und der Kauf von Sozialwohnungen verschärfen das Problem zusätzlich.

Es ist ziemlich deutlich, dass die aktuelle Situation in Dresden ein trauriges Beispiel dafür ist, wie eine überlastete und schlecht verwaltete Migrationspolitik ganze Städte an den Rand des finanziellen Ruins bringen kann. Oberbürgermeister Hilberts Warnung ist ein Weckruf, der auf ernsthafte strukturelle und systemische Mängel in der aktuellen Asylpolitik hinweist.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung nicht genug finanzielle Unterstützung leistet, um den Städten und Gemeinden, die mit den direkten Konsequenzen ihrer Migrationspolitik umgehen müssen, unter die Arme zu greifen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass die derzeitige Politik unhaltbar ist. Wenn sogar die geplanten Milliardenhilfen des Bundes für die Länder nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellen, muss man sich fragen, ob die zugrundeliegende Politik nachhaltig ist.

Es ist traurig, dass Städte wie Dresden, die bereits mit wachsenden Kosten für Schulen, Kitas und Sozialwohnungen zu kämpfen haben, nun auch noch mit den zusätzlichen Kosten für die Unterbringung von Migranten belastet sind. Dies führt zu einer Situation, in der sie in

ihren eigenen Haushalten massive Kürzungen vornehmen müssen, was unweigerlich zu einem Abbau öffentlicher Dienstleistungen führt und die Lebensqualität ihrer Bürger beeinträchtigt.

Die aktuelle Situation in Dresden ist ein klarer Beweis dafür, dass eine Überprüfung und mögliche Neugestaltung der Asyl- und Migrationspolitik dringend notwendig sind.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Evangelischer Kirchentag in Nürnberg: Christen in der AfD informieren trotz Ausgrenzung

10. 06. 2023



Joachim Kuhs, der Vorsitzender der „Christen in der AfD“ (hier mit seiner Frau) *Foto: Joachim Kuhs*

Der eingetragene Verein „Christen in der AfD“ veranstaltet am Freitag und Samstag in unmittelbarer Nähe zum Evangelischen Kirchentag in Nürnberg einen Informationsstand. Der evangelische Sprecher der ChrAfD Joachim Kuhs, MdEP, begründet dies wie folgt:

„Trotz der Absage der Veranstalter für einen Stand auf dem Kirchentag, war es uns ein Anliegen, den Christen und allen Menschen, denen ein christliches Zeugnis wichtig ist, einen Anlaufpunkt zu geben, wo sie sich über unsere Vereinigung und über unsere Arbeit ungehindert informieren können. Dass auch Lebensschutzgruppen wie ALFA und Kaleb von einer Teilnahme ausgeschlossen wurden, ist eine veritable Schande und ein Indiz für den

wahren Zustand der Evangelischen Kirche. Da wir als ChrAfD ebenfalls dem Schutz des Lebens in besonderer Weise verpflichtet sind, ist uns diese gemeinsame Erfahrung der Ablehnung weiterer Ansporn, unseren Dienst am Bürger und für alle Christen fortzusetzen.“

Spiritualität suchte man auf dem Kirchentag allerdings vergeblich. Dafür war von „Angriffskrieg“, „Klimaschutz“ und „notwendigen Beschränkungen“, die Rede. Auch Frank-Walter Steinmeier und selbst Robert Habeck kamen dort zu Wort. Der grüne Minister wurde geradezu bejubelt, den Vogel schoss allerdings der Bundespräsident ab, als er im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg von „Zeit für Waffen“ sprach.

Die christlichen Religionsgemeinschaften in D und Ö dürfen sich bei Gott nicht wundern, dass ihnen die Gläubigen scharenweise davonlaufen. Das Verhalten, insbesondere der Evangelischen Kirche, war schon immer ein Anbieten an die jeweils aktuellen Machthaber, egal ob seinerzeit bei den Nazis, oder heute bei den Kreisen, denen das Christentum ein Dorn im Auge ist und denen die Islamisierung unserer Heimat nicht schnell genug voranschreiten kann.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Linksfaschistischer Vorstoß: Verbot der Alternative für Deutschland? Ansichten eines Mitglieds

Von SVEN KORTE

09. 06. 2023



Mittwoch verkündete das ‚Deutsche Institut für Menschenrechte‘ (DIMR), dass das Institut die Voraussetzungen für ein Verbot der Alternative für Deutschland als gegeben ansehe.

Die Alternative sei in ihrer Programmatik eine „rechtsextreme Partei“, die sich die Abschaffung der im Grundgesetz verbrieften Garantie der Menschenwürde zum Ziel gemacht habe und eine relevante Gefahr für die Demokratie darstelle, urteilte das DIMR.

Man muss nicht erst groß darauf eingehen, dass diese Ankündigung zu breitem Jubel in den Reihen der linksgrünwoken Politik und der ebenso einstellten Journalisten führte.

AfD inzwischen zweitstärkste Partei in Deutschland

Dass die Verlautbarung durch das DIMR genau zu dem Zeitpunkt erscheint, an dem sich die Alternative anschickt, Umfragewerte von 20% zu erreichen, ist schon ein erstaunlicher ... Zufall. Ebenso zufällig erfolgt diese Verlautbarung zu einem Zeitpunkt, an dem linksextremistische Gewalttäter nicht nur lächerlich geringe Haftstrafen für versuchten Mord erhalten, sondern trotz Urteil als freie Leute aus dem Gerichtssaal spazieren dürfen – weil der Richter ihnen die korrekte „Haltung“ bescheinigt und weitere Linksextreme geschworen hatten, ganze Städte niederzubrennen, sollte es zu einer Verurteilung kommen. Und trotz des milden Urteils wurden zahlreiche Städte verwüstet und unzählige Polizeibeamte durch diese Intensiv-Straftäter verletzt. Den Medien war das allerdings kaum ein Bericht wert, man erging sich lieber darin, den Behörden „Polizeigewalt“ zu unterstellen ... Dies aber nur am Rande.

Sehen wir uns mal kurz das Deutsche Institut für Menschenrechte an, dass ja nun ein Verbot der Alternative für Deutschland fordert. Rein formell gesehen mag das DIMR zwar parteiunabhängig erscheinen, jedoch wird es aus dem Haushalt des Deutschen Bundestags finanziert.

Gekaufte „Menschenrechtler“

Nüchtern betrachtet muss man also festhalten, dass das Institut alles andere als unabhängig und neutral sein kann, denn es erhält für seine Arbeit finanzielle Mittel von den Altparteien.

Zynisch betrachtet könnten man anmerken, dass der Bundestag das DIMR für ein Gutachten bezahlt hat, dass die AfD als Gefahr für die Demokratie darstellt und das zu einem Zeitpunkt, an dem deren Umfragewerte ein nie gekanntes Hoch erreichen.

Ja, das sind schon erstaunliche „Zufälle“ ...

Aber es wird noch besser, denn im Kuratorium des DIMR sitzt Frau Annette Kahane. Die problematische Vergangenheit der Dame [ist weithin bekannt](#).

PP hat immer wieder auf ihre verhängnisvollen Aussagen und Aktionen aufmerksam gemacht: philosophia-perennis.com/?s=kahane

Nun, wenn das mal nicht für eine völlig unabhängige und neutrale Bewertung der Alternative für Deutschland durch das DIMR spricht ...

Was aber genau hat nun das Deutsche Institut für Menschenrechte nun an der Alternative auszusetzen?

Seite E 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Das DIMR behauptet, dass die AfD die Garantie der Menschenwürde abschaffen wolle. Das stehe zwar so nicht im Parteiprogramm, sei aber ein logischer Schluss, so das Institut.

Ähm, Verzeihung?

Das DIMR führt als einen der Hauptgründe für ein AfD-Verbot Dinge an, die so gar nicht in unserem Parteiprogramm stehen, sondern die sie nur aus dem, was dort steht, schließen?

Ein Haufen linkischer Vorurteile ohne realen Hintergrund

Wenn man sich den ganzen, 70 Seiten langen Bericht zu Gemüte führt, dann geht es in genau diesem Stil weiter. Konkrete Beispiele für ihre Behauptungen, dass die AfD nicht nur die Garantie der Menschenwürde, sondern auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen will, liefert die Untersuchung des DIMR nicht, man zieht nur „Rückschlüsse“ aus einigen Textstellen der Parteiprogramme der letzten Jahre, die man dann nach eigenem Gutdünken auslegt und in eigenem Sinne kommentiert.

Sehen wir doch mal kurz in die Präambel unsres Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.“

Das ist der wörtliche Text unseres Grundgesetzes und darauf bezieht sich die Alternative für Deutschland in ihren Parteiprogrammen. Eine klareres Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist nicht mehr möglich und genau das wird uns nun als „völkisch“ vorgehalten? Das DIMR lässt es in seinen Ausführungen so aussehen, als wäre der Begriff „Volk“ für sich alleine genommen schon ein Beleg für eine „rechtsextreme“ Gesinnung, dabei steht es genauso in unserem Grundgesetz. Ist unser Grundgesetz, auf dem alle relevanten Werte unseres Landes basieren – Werte wie Menschenwürde, Freiheitsrechte, Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit, usw. -, nun plötzlich auch „rechtsextrem“, nur weil sich die Alternative für Deutschland in ihrem Parteiprogrammen darauf bezieht?

Wer sind die eigentlichen Feinde der Menschenrechte?

Wenn wir kurz an die Zeit der Corona-Maßnahmen zurückdenken, wo genau diese Grundrechte plötzlich nicht mal mehr das Papier wert waren, auf dem die geschrieben standen, könnte man tatsächlich zu dem Schluss kommen, dass die Altparteien solche Werte als „rechts“ ansehen ...

Schauen wir einmal in das AfD-Wahlprogramm von 2021, auf das sich das DIMR auch bezogen hat. Dort steht: „Bei der Integration sehen wir Zuwanderer und Personen, denen wir einen vorübergehenden Schutz gewähren, in der Pflicht. Integration gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Unverzichtbar ist der Erwerb der deutschen Sprache.“

Wie ist es möglich, aus diesen Sätzen die Schlussfolgerung zu ziehen, die AfD wolle absolut keine Zuwanderung und jeden, der nicht deutscher Abstammung ist, aus dem Land werfen?

Seite E 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Alternative lehnt Zuwanderung nicht generell ab, wir setzen uns lediglich für eine geregelte Zuwanderung ein; andernfalls würde doch schon das Wort „Integration“ im Wahlprogramm 2021 gar keinen Sinn ergeben. Jedes Land auf diesem Planeten verlangt von Zuwanderern, dass sie sich an die dort geltenden Regeln und Gesetze halten. Nicht mehr und nicht weniger fordert auch die AfD und auch diese Forderung ist absolut verfassungskonform. Das ist kein Verbrechen, das ist die Normalität in der Welt – jedenfalls in der Welt außerhalb von Deutschland, denn hier ist inzwischen so gut wie alles möglich, egal, wie irre es auch sein mag.

Ganz nebenbei: Wir haben in der Alternative sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund als Parteimitglieder. Ebenso finden sich in unseren Reihen Muslime und Juden; einige davon sitzen nicht nur in Kreis- und Landtagen, sondern auch im Bundestag und bringen sich dort für unser aller Wohl ein. Traurigerweise werden sie dafür ebenso als „Nazis“ diffamiert, wie unsere blonden, blauäugigen Mitglieder. So viel zum Thema „Toleranz“ bei unserem politischem Gegner ...

Wie bereits erwähnt, umfasst die Ausarbeitung des DIMR 70 Seiten mit einigen wirklich haarsträubenden Schlussfolgerungen, um ein Verbot der Alternative für Deutschland irgendwie zu rechtfertigen; diese alle einzeln zu widerlegen würde zu einem episch langen Artikel führen, deshalb wollen wir es anhand dieser paar Beispiele erst mal gut sein lassen.

Hanebüchener Unsinn

Zusammengefasst kann man sagen, dass das, was das Deutsche Institut für Menschenrechte da über AfD verbreitet, aus rechtlicher Sicht hanebüchener Unsinn ist. Zynisch gesehen ist das Ganze nur platte Propaganda, die direkt aus der Mottenküche der ehemaligen DDR-Führungsriege stammen könnte und streng genommen selbst verfassungswidrig ist. Aber das stört bei dieser Regierung ja ohnehin schon lange niemanden mehr.

Betrachten wir noch kurz einige Schlagworte gegen die AfD, die kürzlich durch die Medien gingen. Die Alternative sei „antidemokratisch, demokratiefeindlich, ausländerfeindlich, autoritär, antisemitisch, wahlweise russland- oder putinfreundlich, rechtspopulistisch, rechtsextrem oder rechtsterroristisch“.

Und das sind nur einige Beispiele aus den letzten paar Tagen!

Als Wähler, Mitglied oder Sympathisant der Alternative für Deutschland kann man sich nur noch an den Kopf fassen und sich fragen, ob das jetzt Realität ist oder alles nur ein böser Traum. Es ist einfach nur unfassbar, wie weit es im Umgang mit rund einem Fünftel der Wähler in unserem Land schon gekommen ist. Auf der einen Seite stellt man uns alle als schwachsinnige Rechtsextreme hin, die so dumm sind, dass ihnen schon der Sabber aus dem Mundwinkel läuft; auf der anderen Seite sollen wir nicht nur das pure böse, sondern auch noch die größte Bedrohung für unser Staats- und Gemeinwesen überhaupt darstellen.

Man stelle sich einmal kurz vor, nur ein AfD-Politiker würde sich einer solchen hasserfüllten Sprache und Rhetorik gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz, den Medien oder den Wählern anderer Parteien bedienen – Junge, da wäre was los!

Wenn es aber gegen die Alternative geht, da sind keine Grenzen gesetzt; sogar der Forderung „AfD-Wähler ins Gas!“ wird mit einem gewissen Wohlwollen und mit Nachsicht begegnet, denn dieser Beitrag ist auf Facebook auch nach drei Jahren immer noch nicht gelöscht worden.

Seite E 174 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Wer sich heutzutage eine vom Regierungs-Narrativ abweichende Meinung erlaubt, der ist eben zum Abschuss frei gegeben.

Verbot der AfD wäre Ende der demokratischen Grundordnung in Deutschland

Kommen wir zum Schluss: Ein Verbot der Alternative für Deutschland durch das von den herrschenden Parteien etablierte System, mit seinen angeschlossenen, abhängigen und parteipolitisch besetzten Behörden, – wie etwa dem Verfassungsschutz oder auch dem DIMR -, und Gerichten – siehe das Bundesverfassungsgericht – wäre nicht weniger als das Ende der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland.

Der Wähler, als Souverän und Träger des demokratischen Staates, hätte endgültig ausgedient. Das Volk würde quasi per Federstrich von diesem Parteienstaat entmündigt und abermals eines wesentlichen demokratischen Grundrechts beraubt: Dem Wahlrecht.

Der freien und geheimen Wahl, zu entscheiden, von welcher Partei es mehrheitlich vertreten werden möchte. Damit wäre der allmächtige Parteienstaat endgültig zementiert und unsere Demokratie allenfalls nur noch eine Scheindemokratie, wobei die Anzeichen dafür bereits heute schon zu erkennen sind.

Und niemand soll glauben, mit einem Verbot der AfD wäre es dann vorbei; oh nein, das wäre nur der Anfang. Wenn man diese Grenze erst einmal überschritten hat, gibt es kein Zurück mehr und die Regierung wird dann buchstäblich keine Grenzen mehr kennen. Kritische Medien, in diesem Fall die alternativen Medien, wären logischerweise als nächstes an der Reihe, verboten zu werden. Dann folgen die kritischen Meinungsäußerungen, die man nicht mehr hören möchte. Und ehe man sich versieht, gibt es nur noch eine erlaubte Meinung, eine erlaubte Ansicht, eine erlaubte Einheitspartei. Das hatten wir schon mal und wir sollten daraus gelernt haben.

Eine funktionierende Demokratie erfordert ständige Wachsamkeit und auch Arbeit durch den Wähler. Wenn man eine Demokratie sich selbst überlässt und glaubt, alle paar Jahre einen Zettel in eine Wahlurne zu werfen, reiche aus, während man sich in der Zeit dazwischen gar nicht darum kümmert, der befindet sich im Irrtum. So, wie eine Pflanze gehegt und gepflegt werden muss, so muss auch eine Demokratie gehegt und gepflegt werden, denn sonst wird sie verwahrlosen und irgendwann eingehen.

Diesen Punkt haben wir nun leider erreicht; die demokratie- und freiheitsfeindlichen Kräfte haben sich den Staat zur Beute gemacht und klammheimlich die Gewaltenteilung durch Vernetzung und Gleichschaltung ausgehebelt. Es liegt an jedem von uns, sich dem friedlich und mit allen Mitteln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenzustellen. Viel Zeit, um noch etwas zu verändern, bleibt uns nicht mehr, denn wir alle spüren jeden einzelnen Tag, wie der Druck auf uns ständig zunimmt.

In der Vergangenheit war es immer so, dass das deutsche Volk erst dann aufwachte, wenn es schon längst zu spät war, um noch etwas zu retten. Mit dieser „Tradition“ sollten wir mal brechen und uns schon etwas früher für unsere Rechte und unsere Interessen engagieren. Passend dazu geht im Netz ein schöner Spruch umher, den ich Ihnen zum Abschluss nicht vorenthalten möchte: „Demokratie ist, wenn das Volk seine Regierung austauscht, weil sie ihm nicht passt. Deutschland ist, wenn die Regierung ihr Volk austauscht, weil es ihr nicht passt.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Bernhard Zimniok (AfD): Entwicklungshilfe an Einhaltung von Rückführungsabkommen knüpfen

08. 06. 2023



Zur von der ID-Fraktion im EU-Parlament beantragten Debatte über externe Asylzentren in Drittstaaten und die Knüpfung von Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Rückführungsabkommen äußert sich Bernhard Zimniok, entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament, wie folgt:

„Wir haben schon immer gefordert, dass Asylzentren außerhalb der EU in Drittstaaten errichtet werden, um die illegale Migration einzudämmen, das Sterben im Mittelmeer zu beenden, Asylmissbrauch zu bekämpfen und Kosten zu senken. Diese einst unpopuläre Forderung wurde in der Zwischenzeit sogar von dänischen Sozialdemokraten übernommen. Es ist überfällig, dass sie europäischer Standard wird. Diese Praxis muss aber auch beinhalten, dass positiv beschiedene Anträge nicht zur Einreise nach Europa führen dürfen. Tatsächlich Verfolgte müssen in kultur- und sprachnahen Partnerländern untergebracht werden.“

Um Rückführungsprozesse auszuweisender Migranten effizienter zu gestalten, sollte die Entwicklungshilfe an Bedingungen geknüpft werden: Nur die Länder, welche Rückführungsabkommen einhalten, sollten Entwicklungshilfe erhalten. Den Ländern, die die Rücknahme von Landsleuten verweigern, muss nicht nur die Entwicklungshilfe gestrichen werden, es müssen darüber hinaus auch individuelle Sanktionen für die Staatsführung verhängt sowie die Rücküberweisungen blockiert werden.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Kretschmer fordert Migranten-Obergrenze im Grundgesetz

05. 06. 2023



Bild: YouTube

In Sachsen, wo die Volksseele momentan aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen in diesem Jahr, besonders am Kochen ist, meldet sich nun der Ministerpräsident „zu Wort“.

Michael Kretschmer (CDU) beklagt sich in „volksnaher Manier“ über fehlende Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten.

Bundesweite Asylobergrenze von 200.000 pro Jahr

Nun fordert also der CDU-Politiker „ganz plötzlich“ die Einführung einer bundesweiten Asyl-Obergrenze.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer drängt beim Thema Asyl nun einmal mehr auf konsequentes Handeln von Seiten der Bundesregierung. Freilich könnte man hier „böswillig“ vermuten, dass die jüngst steil ansteigenden Umfragezahlen für die AFD (bundesweit), das ihre dazu beigetragen hatten.

Er machte sich also am 2. Juni für eine jährliche Obergrenze für den Zuzug von Migranten stark.

Gegenüber dem *ZDF* erklärte er, „wir haben in den Jahren 2015 und folgende miteinander einen Konsens erzielt, dass die Grenze irgendwo bei 200.000 Personen ist, die wir hier gut integrieren können.“

Wille „solidarisch“ zu sein ist vorhanden

Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr rund 244.000 Anträge auf Asyl in Deutschland gestellt.

In diesem Jahr waren es demnach allein bis April mehr als 110.000 Anträge. Bis Ende des Jahres könnten es also deutlich mehr als 300.000 werden. Kretschmer hatte sich dafür ausgesprochen, die Sozialleistungen für Asylsuchende zu kürzen. Von den Parteien der „Ampel-Koalition“ gab es dafür wie nicht anders zu erwarten kein Verständnis.

Kretschmer betonte, „wir wollen solidarisch sein, aber wir kommen an die Grenzen dessen, was möglich ist“.

Halbe Million an „Zustrom“ bis Jahresende

Sachsens Ministerpräsident geht bis Ende des Jahres sogar von 400.000 bis 500.000 Asylanträgen aus. Kretschmer verwies in diesem Zusammenhang auf mangelnde Wohnungen und Deutschkurse. Zudem funktioniere die Integration an den Schulen nicht, sagte Kretschmer.

Die Bundesregierung müsse nun handeln, auch wenn es dazu einer Änderung des Grundgesetzes bedürfe. Er sagte, „und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun“.

Als man da als CDU selbst noch an den „Hebeln“ saß hatte man das offenbar nicht angedacht, was also eine Oppositionsrolle nicht so alles ins „Rollen“ bringen kann.

Um dann freilich als Nachsatz zu bestätigen, „klar sei, Deutschland werde auch in Zukunft ein Land sein, dass Menschen mit Asylanspruch helfen wird“.

Kretschmer sprach sich in Folge auch für eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen aus. Es sei „richtig“, die Asylverfahren an der EU-Außengrenze zu organisieren, sagte er mit Blick auf den Vorstoß von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Deutschland habe bei diesem Thema bisher immer gebremst. „Deutschland muss handeln“, forderte Kretschmer.

Am Donnerstag twitterte er zur dieser Thematik:

„Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss. Die letzte große parteiübergreifende Verfassungsänderung ist 30 Jahre her. Die Ministerpräsidenten sind gemeinsam mit der kommunalen Familie wiederholt zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht weiter.“



The image shows a screenshot of a tweet from Michael Kretschmer (@MPKretschmer). The tweet text reads: "Wir brauchen einen neuen Asylkompromiss. Die letzte große parteiübergreifende Verfassungsänderung ist 30 Jahre her. Die Ministerpräsidenten sind gemeinsam mit der kommunalen Familie wiederholt zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht weiter." Below the text is a link to a news article from saechsische.de with a preview: "Kretschmer verteidigt seine Asyl-Vorschläge nach bu... Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert, die Asylpolitik im Grundgesetz zu ändern un...". The tweet is dated 6:48 vorm. · 1. Juni 2023 from Ottendorf-Okrilla, Deutschland. It has 413 likes and 219 replies. The interface includes icons for likes, replies, and a link to copy the text.

Im Jahr 2015 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Blick auf die Aufnahme der Flüchtlinge, die über die sogenannte „Balkanroute“ kamen, erklärt, „wir schaffen das!“

Allein im obig genannten Jahr kamen 890.000 Geflüchtete nach Deutschland. Michael Kretschmer war eben genau damals Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In der zweiten Hälfte des nächsten Jahres stehen in Sachsen Landtagswahlen an. Laut aktuellen Umfragen liegt die bekannt asylkritische AfD mit 32 Prozent der möglichen Stimmen als stärkste Partei knapp vor Kretschmers CDU mit 31 Prozent.

Apropos, von Abschiebungen der nicht asylberechtigten Zuwanderer war in Kretschmers Ausführungen nichts zu vernehmen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Kalenderwoche 22. – 29.05. bis 04.06.2023. Von Ed Koch



KW 22

Am Pfingstmontag, mit dem die 22ste Kalenderwoche begann, konnten die Ereignisse des vergangenen Wochenendes gedanklich noch einmal aufgearbeitet werden.

Dass Erdogan die Präsidentschaftswahl in der Türkei für sich entschied, war klar. Er entschied sie „für sich“, weil er die Macht und die Möglichkeiten dazu hatte. Wer fast alle Medien unter seine Kontrolle gebracht hat, muss sich vor der Opposition nicht sonderlich fürchten. Allerdings sind 52,14 zu 47,86 Prozent auch nicht gerade ein überwältigendes Ergebnis. Die starke Minderheit macht Hoffnung, einerseits, andererseits wird sich in den nächsten fünf Jahren die Türkei weiter zu einem autokratischen Staat entwickeln, der von einem Größenwahnsinnigen regiert wird.

Es ist erschreckend, dass dieser Mann die Macht hat, beispielsweise Schweden am NATO-Beitritt zu hindern. Sollte er und sein kleiner Bruder im Geiste aus Ungarn dennoch dem Beitritt zustimmen, kann das teuer werden, denn ohne Gegenleistung wird nichts passieren.

Erschreckend ist nicht die richtige Vokabel, wenn man auf die Begeisterung schaut, mit der der „Wahlsieg“ Erdogans in Berlin gefeiert wurde. Autokorsos wie beim Sieg einer Weltmeisterschaft im Sport feiern durch die Stadt. Da feiern seit vielen Jahren in Demokratie und Freiheit hier lebende Menschen einen Mann, der von Demokratie und Freiheit nichts hält, nur weil ihre Vorfahren aus der Türkei nach Deutschland einwanderten und

sie selbst höchstens vier Wochen im Jahr dort Urlaub machen. Diese Autokorsos haben mich angewidert.

Ich kann auch die Vorwürfe nicht mehr hören, was die deutsche Mehrheitsgesellschaft bei der Integration alles falsch gemacht haben soll. Zur Integration gehören immer zwei. Meine langjährige Erfahrung mit türkischen Jugendlichen ist die, dass – von Ausnahmen abgesehen – sie lieber unter sich bleiben, anstatt mit anderen Freundschaft zu schließen.

Anderes Thema. Es ist unglaublich, wie viele Gesprächsformate es gibt. G7, G20, mal treffen sich die Regierungschefs, mal die Außen- oder Finanzminister. Die Klimabilanz der Reisediplomatie ist verheerend. Und wer sich auch wo trifft, Selenskyj ist immer dabei. Und alle bekunden stets ihre Solidarität mit der Ukraine, was Putin nicht davon abhält, jeden Tag neue Raketen auf das Land abzufeuern. Und wenn dann, von wem auch immer veranlasst, Raketen in Moskau einschlagen, spricht Putin, einer der (mutmaßlich) größten Kriegsverbrecher dieses Jahrhunderts, von einem Terrorakt. Ein Mann, der selbst jeden Tag Terror in der Ukraine verbreitet. Man müsste diese ganze Bande von Despoten mal zum Amtsarzt schicken.

Vom Ostseerat, der in Wismar tagte, habe ich noch nie etwas gehört. Selenskyj war offenbar nicht in Wismar dabei, hätte er doch zu den Vorwürfen bezüglich der Zerstörung der Nord Stream Leitungen etwas sagen können. Spuren führen in die Ukraine und natürlich nach Deutschland. Kann aber auch alles eine falsche Fährte sein.



Das ist die Band **Out of Tune** der Gustav-Heinemann-Oberschule. Sie sorgte für gute Stimmung beim sommerlichen Jahresempfang der SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg in der ufaFabrik am 2. Juni.



Die Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Teilweise klang es ein wenig wie eine Trauerrede, denn Verluste sind nach der Wiederholungswahl zu beklagen. Statt 15 jetzt nur noch zwölf Bezirksverordnete. Alle drei ausgeschiedenen wurden namentlich erwähnt, aber keine Angst, sie leben!



Im Bezirksamt hält jetzt nur noch Jugend- und Gesundheitsstadtrat **Oliver Schworck** das SPD-Fähnchen hoch. Das zweite Bezirksamtsmitglied ist der SPD



zu Gunsten der CDU abhanden-
gekommen.



Für **Angelika Schöttler**, auf dem Foto mit **Franziska Giffey**, kam der Ruhestand damit dreieinhalb Jahre früher als geplant.



Besonders herzlich begrüßte Höppner „unsere Freunde von den Grünen“, darunter Bürgermeister **Jörgen Oltmann**. Nach einer sprachlichen Kunstpause begrüßte sie auch den neuen Vizebürgermeister **Matthias Steuckardt** (r.) und den ebenfalls neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion **Patrick Liesener**. **Marijke Höppner** hätte ja auch sagen können, „Besonders herzlich begrüßen wir den Wahlsieger, unsere Kollegen von der CDU.“ Sorry, kleiner Scherz am Rande.



Ja, die Berliner SPD ist angeschlagen nach der Wiederholungswahl. Die Trauerarbeit

sollte nun mal ein Ende haben. In den 160 Jahren Parteigeschichte gab es immer wieder Höhen und Tiefen. Und irgendwann geht's auch mal wieder aufwärts auf den Stufen ins Rote Rathaus.

Der Jahresempfang der SPD Tempelhof-Schöneberg lädt nicht nur Politiker zum Small-Talk ein, sondern auch Vertreter aus Wirtschaft, Sport, Kultur und Verbänden.



Nicht zu vergessen, Gesundheit. **Michael Müller**, einst Tempelhof-Schöneberger Parteichef und Abgeordneter, jetzt für Charlottenburg-Wilmersdorf im Bundestag, im Gespräch mit **Prof. Dr. Michael Abou-Dakn**, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe des St. Joseph Krankenhauses Tempelhof. In seiner Klinik kommen deutschlandweit die meisten Kinder zur Welt. Auch **Michael Müller** erblickte hier das Licht der Welt.



Ralf Wernicke, Geschäftsleiter des Kita-Eigenbetriebs Süd-West, freut sich, diese Kinder in

einer seiner Einrichtungen betreuen zu können.



Auch die Wirtschaft war beim Empfang stark vertreten, wie hier durch **Kathy Franke**, **Sebastian Preißler** und **Sven Regen** vom PIEREG Druckcenter in Marienfelde.



Um die Vertreter der Kultur kümmerte sich **Kevin Kühnert**, umgeben von den Machern des Rocktreffs **Dome Ziebarth**, **Andie Kraft**, **Marco Herrmann** und **Louisa Richter**. Mehr zum Thema Rocktreff am Ende dieses Newsletters. **Kevin Kühnert** konnte mit der Rocktreff-Crew nicht so ausgelassen feiern wie im Vorjahr, denn um 22:15 Uhr musste er bei **Maybrit Illner** die Position der SPD im Wärmepumpenstreit erklären.



Der Parteitag vom 26. Mai war natürlich noch Gesprächsstoff bei den SPD-Politikern, wie Bausenator **Christian Gaebler** und **Michael Müller**.



Raed Saleh, SPD-Chef von Berlin und Spandau sowie Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, im Gespräch mit **Andrea Kühnemann**, ver.di-Chefin von Berlin und Brandenburg.



Jan (I.) und **Lars Rauchfuß**, der eine Bezirksverordneter, der andere Abgeordneter und Kreisvorsitzende von Tempelhof-Schöneberg, bilden die parteiinterne Opposition gegen Saleh und Giffey und die Entscheidung, eine Koalition mit der CDU eingegangen zu sein. In Tempelhof-Schöneberg wird unverdrossen an der Zusammenarbeit mit Grünen und Linken festgehalten.

Die Doppelspitze Giffey-Saleh dürfte im nächsten Jahr, wenn ein neuer Vorstand gewählt wird, zu Ende sein. Dafür haben die Jusos auf dem Parteitag gesorgt. Die Trennung von Amt und Mandat ist nicht ganz gelungen, zumindest können aber nicht zwei an der Parteispitze stehen, die auch Ämter im Senat und der Fraktion innehaben. Wer geht? Die Tage von **Franziska Giffey** als Parteivorsitzende scheinen gezählt zu sein. Nicht alle wollen darauf wetten, dass **Raed Saleh** weiter im Amt bleibt. Und dann? Es müssen die

Nachwuchskräfte endlich aus der Deckung kommen. Egal, wie bekannt sie sind. Auch **Raed Saleh** kannte außerhalb von Spandau niemand, ebenso wie **Klaus Wowerit** jenseits von Lichtenrade, bevor sie ihre Ämter antraten.

So wie die Berliner SPD im September 2021 vom Bundestrend profitierte und nochmals stärkste Kraft wurde, so musste sie im Februar 2023 unter der zerstrittenen Ampel leiden. Dass die SPD seit der Bundestagswahl rund acht Prozent verloren und die AfD genauso viel hinzugewonnen hat, ist mehr als nur ein Warnsignal. Niemand glaubt derzeit daran, dass die Berliner SPD 2026 die Wahl gewinnen könnte. Der Wieder-Aufstieg dürfte genauso unwahrscheinlich sein wie der von Hertha BSC.

Nun zu einem schönen Thema:



Am Freitag trafen sich die Macher und Sponsoren des **Rocktreffs** und **Spielfestes** 2023 zu ihrem traditionellen Frühstück in der Jugendfreizeitanstalt Beats 42, das die heiße Phase der Vorbereitung einläutet.

Als 1997 der gemeinnützige Verein CPYE e.V. die Trägerschaft über die Veranstaltungen übernahm, fand dies an gleicher Stelle statt, allerdings hieß die Einrichtung damals noch Jugendfreizeitheim Mariendorf.

Neben der Rocktreff-Crew und den Sponsoren waren auch der

Veranstalter, Jugendstadtrat **Oliver Schworck** und Schirmherr BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** beim Frühstück dabei, ebenso wie die Vorsitzende des Freundeskreises **Petra Dittmeyer**.

ROCKTREFF
30. JUNI - 2. JULI 2023
IM VOLKSPARK MARIENDORF
SCHWARZHEIDE STEIFEL BEITES HERTENBERG DER ERBE LIEBE SCHÖNBERG
BLACKTOOTHED - CARNIVALESQUE - COLLIDING GIANTS - WRS1
DÄMMISCHAPE - DERDREI - DIMOSOUND - DEVOYAL - DUKES
NOISE FOR THE VOICELESS - REVOLUTION PARADISE - R3VD
TAB44 - THE FIRST FIRE - CHAPTER 16 - WHAT'S LEFT BEHIND
WWW.ROCKTREFF.DE
16 BANDS LIVE - EINTRITT FREI!

Dein Spiel. Dein Spaß. Dein Recht.
Das Spielfest
für Kinder und Familien
1. und 2. Juli 2023
Eintritt frei!
www.spielfest-mariendorf.de
jeweils von 12 bis 18 Uhr
im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf
Angebot: Anisbrot, Bismarckbrot, Glühwein, Bismarckbrot
Angebot: Anisbrot, Bismarckbrot, Glühwein, Bismarckbrot
Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

Weitere Informationen unter www.rocktreff.de und <https://www.ihrmagazin.berlin/aktuell/Lichtenrade%20aktuell.pdf> Seite 28

Ed Koch
auch Fotos

25) Münster als Probelauf – Verbot von Einfamilienhäusern deutschlandweit geplant

03. 06. 2023



Bild: baugeldzentrum

Vor gut zwei Wochen sorgte eine Entscheidung des Stadtrates von Münster für Aufsehen, den Neubau freistehender Einfamilienhäuser drastisch zu beschränken.

Wie nicht anders zu erwarten, soll daraus nun offenbar ein bundesweites Vorgehen werden.

ARD bringt Meldung euphorisch

Dies vermeldete die „ARD-Tagesschau“ am 28. Mai ähnlich triumphierend, wie dies der zu ihr gehörende *Westdeutsche Rundfunk* nach dem [Beschluss von Münster](#) getan hatte.

De facto wird dies auf ein weitgehendes Verbot dieser mit weitem Abstand beliebtesten Wohnform der Deutschen hinauslaufen. Selbst wenn dies momentan offiziell noch bestritten wird.

Die dabei „ausgerollte“ Propaganda wie auch das dazugehörige Narrativ war jedenfalls identisch.

„Der Bau von Einfamilienhäusern würde zu viel Platz verbrauchen, aber nur relativ wenigen Menschen Wohnraum bieten. In Hamburg-Nord, frohlockt die *ARD*, sei diese Wohnform schon seit 2020 verboten, weitere Städte könnten nachziehen.

Die altbekannte „Platte“ als deutsche Wohnform der Zukunft

Zur Unterstützung holte man sich als „Experten“ den Stadtplaner Dietmar Strick, der den angeblich [übergroßen Flächenverbrauch kritisierte](#), weil Neubaugebiete fast immer für Einfamilienhäuser konzipiert würden.

Die dafür erforderlichen Flächen seien schlichtweg nicht vorhanden. Laut Umweltministerium von Nordrhein-Westfalen sei bereits ein Viertel der Fläche mit Wohnhäusern, Straßen und Industrie zubetoniert. Tagtäglich würden weitere acht Hektar erschlossen, eine Fläche von mehr als elf Fußballfeldern. Dies soll also für Strick zur Untermauerung seiner „Strategie“ dienen, man könne Neubaugebiete mit Mehrfamilienhäusern einfach effizienter nutzen.

Man brauche nicht nur weniger Fläche, sondern auch weniger Ressourcen und Energie und habe natürlich auch geringere Baukosten, so der von der *Tagesschau* zitierte „Experte“.

Diese Verherrlichung und Scheinbegründung einer weiteren grünen Verbots- und [Einschränkungs-Agenda](#) fällt jedoch auch bei Kommunalvertretern auf fruchtbaren Boden.

Noch spricht sich zwar Gerd Landsberg, der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes, gegen ein generelles Verbot von Einfamilienhäusern aus, im Grunde jedoch bereitet er diesem schon den mentalen Boden vor, indem er die Argumente der „Klima-Diktatoren“ nachbetet und bestätigt, dass die Flächennutzung „ökologisch vernünftig geplant“ werden müsse.

Kritik an Eingriff in „Persönlichkeitsrechte“ wird ignoriert

Von Eigentümerverbänden hingegen kam Kritik an diesem neuen Eingriff in die persönliche Lebensführung der Menschen. Werner Fliescher vom Verband „Haus & Grund Rheinland“ [gab zu bedenken](#), dass „Einfamilienhäuser nicht gebaut würden, um die Umwelt zu bestrafen, sondern weil die Menschen so leben wollten, weil es ein großes Bedürfnis sei und weil der Platzbedarf in engen Städten von der Wohnungsgröße gar nicht da sei“.

Mit verächtlichem Unterton ist in der *Tagesschau* davon die Rede, dass ein Einfamilienhaus mit Garten, viel Privatsphäre und noch mehr Platz „in Deutschland ein regelrechtes Sehnsuchtsobjekt“ sei, das seit der Corona-Pandemie von immer mehr Menschen gewünscht werde. 16 Millionen Einfamilienhäuser seien bereits eine Rekordzahl. Der Beitrag zeigt dann auch eine Familie, die noch das Glück hat, ein Einfamilienhaus in Münster bewohnen zu können. Was offenbar nach Ansicht der „staatsgetreuen Medien-Vasallen“ absolut verpönt zu sein hat.

Der Reiz daran sei ganz eindeutig, dass man sich individuell ausleben könne, erklärt der interviewte Hausbesitzer und Familienvater. Damit spricht er genau das aus, was den links-grünen Klima-Kollektivisten besonders verhasst ist, Individualität ganz gegen die „Vorgabe“ des Great Reset.

Generationen von Deutschen wurde das Bausparen fürs eigene Heim als ideales Lebensmodell vermittelt. Im Namen der Klima-Hysterie soll nun auch noch diese Bastion individueller Lebensgestaltung im Eiltempo geschleift werden.

Und natürlich wirft der Gegenentwurf bereits seine Schatten voraus. Wie immer im Sozialismus jeglicher Prägung ist das Vegetieren in großen, einheitlichen Wohnblöcken die von den Machthabern gewünschte Lebensform.

Nun wird da noch eines drauf gesetzt, völlig Great-Reset-konform in hochgejubelten [sogenannten 15-Minuten-Städten](#), wo alles so organisiert ist, dass man seine Unterkunft, geschweige denn seine Stadt gar nicht mehr verlassen muss, weil alles, was der Staat als lebenswichtig definiert, im allernächsten Umkreis zu finden sein wird.

Am Ende steht dann der total-überwachte, klima-neutrale, eingepferchte Mensch der Zukunft, dem Individualität und Freiheit endgültig ausgetrieben wurden, zur Freude der „Dirigenten“ dann völlig gefügig und widerspruchsfrei.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) 16 Gründe, warum die AfD bei Wahlumfragen auf der Überholspur ist

Von MEINRAD MÜLLER

01. 06. 2023



17–18 % bei Wahlumfragen und die [Presse reagiert erschrocken](#), die AfD habe einen „Gewinn“ an neuen Wählern. Doch das Wort „Gewinn“ hat einen negativen Beigeschmack. Es suggeriert, dass jemand durch Zufall oder Glück etwas erhalten hat. Hier ist es aber anders. Die AfD erbt ihre Wähler.

► 1. Die Politik als Supermarkt

Was geschähe, wenn ein Supermarkt traditionelle und bewährte Waren nicht mehr führt? Wenn dann ein neues Geschäft die Kaufwünsche besser erkennt und daher diese Kunden zu sich zieht? Wie reagieren die gemiedenen Supermärkte? Keinesfalls beschimpfen sie ihre ehemaligen Kunden, so wie es die Altparteien im politischen Bereich tun. Der neue, bessere Supermarkt erbt diese Kunden.

► 2. Linksflucht, kein Rechtsruck

Dem Recht nahezustehen, ist Grundbedingung einer Demokratie. Was aber, wenn sich Bürger durch links ideologisch motivierte Gesetze (z.B. das Heizkostengesetz) ihren kleinen Wohlstand gefährdet sehen? Wenn eine neue Partei ehrlich, volksbezogen oder volksnah („populistisch“) agiert und sich zum Anwalt der Bürger macht? Dann erbt sie die Wähler der bisherigen Parteien, welche die Nähe zum Bürger verloren haben.

► 3. Heizkostengesetz: ein teurer Flop

Die Regierung verlangt, dass Wärmepumpen installiert und alte funktionierende Heizungen ausgebaut werden. Die meisten Hausbesitzer, oft ältere Menschen, können sich diese Kosten nicht leisten. Die AfD erbt auch deren Stimmen.

► 4. Atomkraftwerke aus, Risiko an

Die von der Regierung erzwungene Abschaltung der Atomkraftwerke hat Folgen: Teurer Atomstrom wird aus Frankreich importiert, was uns die weltweit höchsten Strompreise aufzwingt. Ersatzweise wird vermehrt Braunkohle zur Stromerzeugung verwendet, was zu einem Mehr an Umweltverschmutzung führt. Nach den ersten geplanten Stromabschaltungen oder der Rationierung erbt die AfD weitere Wähler.

► 5. Inflation

Teuerungsbedingte Reallohnverluste führen dazu, dass Menschen in die Schuldenfalle geraten. Trotzdem wollen Bund und Kommunen die Abgaben erhöhen. Die Inflation verschärft die Situation gerade der ärmeren Bürger weiter. Die Zahl der Insolvenzen ist so hoch wie noch nie. Die AfD nimmt diese Sorgen ernst und setzt sich für eine gerechtere Wirtschaftspolitik ein. Wen wundert es, wenn die AfD die Stimmen enttäuschter Wähler erbt?

► 6. Artikel 5 Grundgesetz: Meinungsfreiheit!

Laut einer Umfrage des MDR, an der sich rund 27.000 Menschen aus Mitteldeutschland beteiligten, fürchtet etwa die Hälfte der Teilnehmer, ihre persönlichen Ansichten öffentlich zu äußern, insbesondere in den sozialen Medien. 78 Prozent der Teilnehmer gaben an, dass man in Deutschland bei manchen Themen vorsichtig sein müsse, wie und wozu man sich äußert, und dass bestimmte Meinungen heutzutage tabuisiert seien. Welcher Wähler will noch Parteien, die eine Zensur und dieses Angstklima steigern? Auch diese Stimmen werden geerbt, früher oder später.

► 7. Energiepreise

Die Deutschen haben Sorgen wegen der gestiegenen Preise, die auf eine fehlerhafte Regierungspolitik zurückzuführen sind. Die Bevölkerung fürchtet und erlebt die hohen Preise bei Lebensmitteln und in vielen weiteren Bereichen des Lebens. Die AfD hört diese Sorgen und setzt sich für eine bessere Energiepolitik ein. Auch diese Stimmen werden geerbt.

► 8. Kritik bzgl. „Corona-Pandemie“

Die Bürger sind enttäuscht über das Regierungshandeln in der „Corona-Pandemie.“ Viele Maßnahmen haben sich, was Denker bereits 2020 voraussagten, als Unsinn erwiesen. Die Verharmlosung der an „Post-Vac-Syndrom“ (Impfschäden) Erkrankten steigt und die Gesundheitsfürsorge nimmt diese Opfer nicht allzu ernst. Die AfD kritisiert diese Missstände und fordert eine bessere Gesundheitspolitik und besondere Stellen, bei denen sich Opfer melden können. Auch diese Stimmen werden geerbt.

► 9. Außenpolitik und Krieg

Deutschland könnte noch tiefer in militärische Konflikte hineingezogen werden. Die früheren Grünen, einst die Antikriegspartei, haben sich um 180 Grad gedreht. Viele Wähler der Grünen sind enttäuscht. Die AfD hingegen setzt sich für Frieden und Diplomatie ein und lehnt militärische Konflikte ab. Die AfD erbt die Stimmen auch dieser Enttäuschten.

► 10. Nato: mitgehangen, mitgefangen?

60 Prozent der Bevölkerung lehnen einen potenziellen Nato-Einsatz zur Verteidigung der baltischen Staaten ab, doch die Regierungsparteien halten dies für sinnvoll. Die AfD hingegen hört auf die Stimme des Volkes, kritisiert diese Entscheidung und sammelt die Stimmen der Enttäuschten ein.

► 11. Altersarmut: eine Schande

Die Altersarmut ist allgegenwärtig. Menschen sammeln Pfandflaschen, um über die Runden zu kommen. Während ein Rentner in den Niederlanden 89,2 % seines Netto erhält, blicken die Deutschen mit 53,9 % in die Röhre. Von 2000 Euro Netto ausgehend, sind dies 1784 Euro bzw. 1078 Euro, mithin ein Unterschied von 676 Euro monatlich oder 8.112 Euro jährlich. Die AfD setzt sich für eine bessere Rentenpolitik ein und wird weitere Wähler erben.

Münchener Merkur:

Rente: So viel Geld bekommen wir im europäischen Vergleich (merkur.de)

► 12. Massenimmigration: alles Negative ist bekannt

Die von Politik und Konzernen erhofften Arbeitskräfte sind aufgrund mangelnder Ausbildung in einer modernen Industriegesellschaft überwiegend nicht einsetzbar. Große Unternehmen wie Siemens und Mercedes, die ursprünglich hofften, billige Arbeitskräfte zu bekommen, haben sich getäuscht und fast niemanden eingestellt. Folge: Die Sozialkassen werden geplündert, die Zeche zahlen wir Bürger. Wer dies gutheißt, bei dem ist allerdings keine Stimme zu erben.

► 13. Souveränität Deutschlands

Die Deutschen haben Angst davor, dass die EU noch mehr in Deutschland hineinregiert. Bereits heute ist ein Großteil der im Bundestag verabschiedeten Gesetze nur eine Umsetzung von Vorgaben der EU. Wer das nicht will, der wechselt die Partei.

► 14. Korruption vergrault Wähler

Die Korruption ist ein weiterer Faktor, der die Wähler zur AfD treibt. Wenn in Ministerien Verwandte auf hohe Posten hievt werden, dann kommt dem Volk die Galle hoch. Die AfD setzt sich für Transparenz und Integrität in der Politik ein und kritisiert solche Praktiken scharf. Das Erben von Stimmen lässt nicht nach.

► 15. „Stasi-Register“

Die Regierung plant eine Art „Stasi-Register“, in dem jeder Betrieb seine Mitarbeiter nach Hautfarbe, Religion, Rasse, politischer Ausrichtung, sexueller und Parteipräferenz erfassen soll, um daraus einen ESG-Index zu erstellen. Die AfD kritisiert dieses Vorhaben als rassistisch und als Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger. Der AfD werden neue Wähler geradezu frei Haus geliefert.

► 16. Heizregister oder persönliche Freiheit

Die Grünen planen ein Heizregister, in dem quasi „Detektive“ von Haus zu Haus gehen sollen, um die Art der Heizung und deren Verbrauch zu ermitteln. Die AfD sieht dies als

Seite E 187 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger und fordert den Schutz ebendieser dieser Freiheiten. Die nächsten Wechselwilligen stehen Schlange.

Dieser Gastbeitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) NRW: 4-Sterne-Hotel soll für „Flüchtlinge“ um € 600.000,- Miete p. M. angemietet werden

31. 05. 2023



Willkommenskultur bereits vor Betreten der künftigen „Flüchtlings“Unterkunft | *Foto: Van-der Valk*

GLADBECK (NRW) – Derzeit übernachten im „Van der Valk Hotel Gladbeck“ noch Geschäftsleute und Touristen. Das 4-Sterne-Hotel soll jedoch bald eine ganz andere Kategorie von Gästen beherbergen: Als „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) ist angedacht, sowohl Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, als auch „Asylsuchende aus afrikanischen und arabischen Staaten“ in der Luxusherberge unterzubringen.



Das Schild kann man ruhig so stehen lassen, vermittelt es doch gerade dem afrikanischen Schutzsuchenden ein authentisches Urwald-Feeling. | Foto: Van der Valk

Schöner wohnen als „Flüchtling“

Und nachdem bekanntlich das Beste für die meist illegal eingereisten „Gäste“ im bunten Deutschland gerade gut ist, spielt auch da das Geld keine Rolle. So geht die Bezirksregierung Münster nach BILD-Informationen von 320.000 Euro Kaltmiete aus – pro Monat. Dazu kämen (ebenfalls pro Monat) 40.000 Euro Miete für Einrichtung und Möbel und noch mal 245.000 Euro für „Zusatzdienstleistungen“. Ob das reichen wird? Wohl kaum – denn für „Schutzsuchende“ aus dem nordafrikanischen bzw. arabischen Raum muss bekanntlich eine ganze Stab Betreuungspersonal quasi rund um die Uhr bereitstehen. Nachdem es ausgerechnet besonders viele junge Männer sind, die vor den Zuständen in ihren Heimatländern „flüchten“, wollen bzw. müssen die eben „betreut“ und beaufsichtigt werden. Mit normalen kultivierten Leuten haben wir es in der Regel da jedenfalls nicht zu tun, wie jeder weiß.



Ob das Schlafzimmer genug Komfort für den gebenedeiten Flüchtling bietet? Wenn nicht, no problem – Geld für den Umbau des Hotels wird ja genug bereitgestellt. | Foto: Van der Valk

Vom 4-Sterne-Luxus-Hotel zur ZUE

Man geht davon aus, dass im Gegensatz zu Ukrainern, diese Leute dann auch länger in Gladbeck bleiben werden – bis über ihr Verfahren entschieden ist. Und dann? Offenbar hat man eingeplant, dass die Herrschaften nicht allzu schnell vom Heimweh geplagt werden. So wird die „garantierte Laufzeit“ mit zehn (!) Jahren bemessen und Umbaukosten (noch unklar) würden ebenfalls monatlich abbezahlt werden. Das 4-Sterne-Hotel muss praktisch um viel Geld zu einer „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ upgegradet werden. 4-Sterne Luxus war gestern – da geht noch mehr!



Und wenn die Schatzsuche zu anstrengend wird, empfiehlt es sich hier entspannt zu chillen und cool abzuhängen. | Foto: Van der Valk

„Überfall auf unser Wohngebiet“

Die Begeisterung der Bevölkerung im Umfeld der „bescheidenen“ Herberge hält sich naturgemäß in Grenzen. Anwohner sorgen sich um den „sozialen Frieden“ und sprechen von „einem Überfall auf unser Wohngebiet“. Und nicht nur unter der Bevölkerung hält sich ob der zu erwartenden Bereicherung die Vorfreude in Grenzen. Auch im Gladbecker Rathaus ist man darüber wenig erbaut – obwohl die Stadt sich dann selbst um weniger Flüchtlinge kümmern müsste. Wie undankbar! So schrieb die Bürgermeisterin Bettina Weist (55, SPD) nach Münster, sie könne Sorgen und Ängste in Teilen der Stadt sehr gut nachvollziehen. Und da ist sie nicht die einzige Person, die einen derartigen Irrsinn nicht nachvollziehen kann. So haben das wahnwitzige Vorhaben auch die AfD im Düsseldorfer Landtag auf den Plan gerufen. Fraktionschef Martin Vincentz (37):

„Die enormen Summen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen im Raum stehen, erschüttern.“

Erschüttern wen? Vermutlich nur Leute, die noch geradeaus denken können. Linksgrüne Gutmenschen werden darüber hochofren sein – und die Inhaber des Hotels brauchen sich keine Sorgen darüber zu machen, wie man das bei Gästen des Movie Parks im benachbarten Bottrop beliebte Haus weiter gewinnbringend führen kann. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, außer für den Steuerzahler.



Warum soll die Schutzsuche nicht mit Badespaß im Hotelpool verquickt werden? Ein „Nazi“, der dafür kein Verständnis aufbringt! | Foto: Van der Valk

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Grandioses Sportereignis. Ed Koch



Grandioses Sportereignis

Dass Berlin eine Sportmetropole ist, wissen wir. Unzählige Veranstaltungen finden jedes Jahr bei uns statt. Es gibt aber besonders schöne und vor allem farbenfrohe Events.



2015 traten die beiden Taekwondo-Großmeister **Selahattin Turap** (Foto), hauptberuflich Deeskalationstrainer bei der Deutschen Post, und **Chae Su-Ung**, der in der Nollendorfstraße eine

Sportschule betreibt, an den damaligen Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** heran und baten ihn um Unterstützung für die Durchführung eines internationalen Taekwondo-Cups und die Übernahme der Schirmherrschaft. Schon die erste Veranstaltung war so erfolgreich, dass daraus eine Serie wurde.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, klappte es nicht so richtig bei der Fortsetzung der Schirmherrschaft, nachdem **Michael Müller** aus dem Amt geschieden war. Das Problem löste sich sehr schnell. Müller behielt die Schirmherrschaft und ist heute, wie es der Zufall will, als Bundestagsabgeordneter im Auswärtigen Ausschuss zuständig für Südkorea und die Türkei, jene Länder, aus denen die beiden Initiatoren stammen. Heute, am 1. Juli, fand in der Sporthalle Schöneberg bereits das achte Turnier statt.



Über 200 Sportlerinnen und Sportler unterschiedlicher Altersklassen traten gegeneinander an. Sie kamen neben Südkorea und der Türkei aus Schweden, Polen und Deutschland. Natürlich waren auch die

Berliner vertreten, aber auch Sportler aus Leipzig, Dresden und Hamburg.



Vor den kritischen Augen der Kampfrichter muss man/frau zeigen, was er/sie kann.



Bei dem Sport geht es auch mal kräftig zur Sache, aber höflich. Mit großem Respekt begegnen sich die Sportler, beispielgebend für alle Lebensbereiche. Die Ehrengäste dankten in ihren Reden vor allem den viele Ehrenamtlichen, die diese Veranstaltung möglich machten.



Unter den Ehrengästen waren neben **Michael Müller** und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** auch der Generalkonsul Südkoreas, **Won-Jik Kwon**, der Leiter des koreanischen Kulturzentrums, Botschafts-

02) Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag



paperpress

seit 1976



Nr. 615-02

1. Juli 2023

48. Jahrgang

Impressionen vom ersten ROCKTREFF-Tag

Gestern Abend wurde der ROCKTREFF im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf eröffnet. Unsere LeserIn **Marlies Königsberg** hat uns ein paar Impressionen zugesandt.



Begrüßung durch den Schirmherren **Stefan Böltes** und die Moderatoren-Crew **Andie, Dome, Safia** und **Marius**.



Heute und am Sonntag geht's jeweils ab 16:00 Uhr weiter, bei freiem Eintritt.



Sven und **Mandy**, die uns nach dem ROCKTREFF berichten werden, wie gut die Bands beim Publikum angekommen sind.



Im Herzen Rocker: die SPD-Politiker **Oliver Fey**, **Stefan Böltes**, **Lars Rauchfuß** und **Manuela Harling**.



Veranstalter Jugendstadtrat **Oliver Schworck** und Rock-Queen **Marlies Königsberg**.

It's Only Rock 'n' Roll, but we like it...

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

03) Viel mehr als „nur“ Briefmarken. Von Ed Koch



Viel mehr als „nur“ Briefmarken

Zum Briefmarkensammeln muss man geboren sein. Es erfordert viel Geduld und ein großes Wissen. Viele Millionen Menschen beschäftigen sich weltweit mit den kleinen, inzwischen selbstklebenden, Papierstückchen. Es werden zwar immer weniger Briefe oder Postkarten verschickt, die noch mit einer Marke freigemacht sind, aber es gibt sie noch. Briefmarken sind historische Dokumente, auf ihren Bildern spiegelt sich die Weltgeschichte wider. Behördenpost oder Werbebriefe kommen längst gänzlich ohne Briefmarken aus.



Besonderen Wert, auch im geschichtlichen Sinne, erlangt eine Marke vor allem durch den Sternelaufdruck. Aus Anlass des 75sten Jahrestages des Beginns der Luftbrücke, ist dieser Stempelab-

druck am Samstag und Sonntag im Rathaus Schöneberg zu bekommen. Und die passenden Briefmarken gibt's dazu.



85



85



85



85

Heute wurde eine beachtliche Ausstellung mit seltenen Exponate im John-F.-Kennedy-Saal des Rathauses Schöneberg durch Bezirksstadtrat **Oliver Schworck**, Veranstaltungsleiter **Hans-Ulrich Schulz** (Forschungsgemeinschaft Berlin) und den Vorsitzenden des Philatelistenverbandes Nordost e. V., **Helge Schinkel** eröffnet. Anschließend hielt

Schulz einen Vortrag über die Zeit der Berlin-Blockade von Juni 1948 bis Mai 1949 vor Schülern des Georg-Büchner-Gymnasiums, „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke - eine zeitgeschichtliche Betrachtung“.



Oliver Schworck und Hans-Ulrich Schulz.



Die Ausstellung ist noch am Samstag, dem 1. und Sonntag, dem 2. Juli 2023 von 10:00 bis 17:00 Uhr im Kennedy-Saal zu sehen.

Der Vortrag von **Hans-Ulrich Schulz** findet auch am Samstag um 15:00 Uhr und am Sonntag um 10:30 Uhr im Goldenen Saal, dem früheren Sitzungssaal des Berliner Senats, im Rathaus Schöneberg statt.

Um 17:00 Uhr am Sonntag findet ein weiterer Vortrag zum Thema „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49“, von **Klemens Nicklaus** statt.

Der Eintritt zur Ausstellungen und den Vorträgen ist frei.

Ed Koch
(auch Fotos)
Quelle: BA TS

04) Rocktreff startet heute



paperpress

seit 1976



Nr. 614-27

30. Juni 2023

48. Jahrgang

ROCKTREFF startet heute



Von heute, Freitag, dem 30. Juni 2023, bis Sonntag, dem 2. Juli 2023, wird das Stadion im Volkspark Mariendorf für den **ROCKTREFF** wieder für drei Tage zum Festivalgelände. Auf großer Bühne werden dann 16 junge Amateur-Bands ihr Können unter Beweis stellen. 30.06. von 18:00 Uhr bis 23:00 Uhr, 01.07.2023 von 16:00 bis 23:00 Uhr, und 02.07.2023 von 16:00 bis 20:00 Uhr.



Am Samstag, dem 1. Juli 2023, und Sonntag, dem 2. Juli 2023, jeweils von 12:00 bis 18:00 Uhr, findet **Das Spielfest** für Kinder, Jugendliche und Familien statt. Der Eintritt für beide Veranstaltung im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf, Prühßstraße 90, ist frei.

Beide Veranstaltungen des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg blicken auf eine fast 40-jährige Tradition zurück. Der erste ROCKTREFF fand am 15. September 1984 an gleicher Stelle statt. Schirmherr des Rocktreffs ist der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg, **Stefan Böltes**, Schirmherr des Spielfestes Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**.

Alle Beteiligten – Vereine, Sponsoren, Jugendfreizeiteinrichtungen, Träger, Bands, die Crews – sind nach all den Jahren unter freiem Himmel wetterfest

und freuen sich auf zahlreiche Gäste, egal, ob es regnet oder die Sonne scheint.



Veranstalter Jugendstadtrat **Oliver Schworck** mit einem der Hauptsponsoren des Spielfestes, **STADT UND LAND-Geschäftsführer Ingo Malter**. Foto Mitte: Nachwuchstmeister **Moritz**.

Beim Spielfest unter dem Motto „Dein Spiel, dein Spaß, dein Recht“ tragen Vereine, Jugendfreizeiteinrichtungen und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an mehr als 30 Ständen zu einem bunten abwechslungsreichen Mitmachprogramm bei, darunter Cabuwazi, Outreach, IKT Stadtindianer, Stadtteilmütter, das BENN Team, Independent Living, der Mariendorfer Hockey Club, Streetbunnycrew, Europa-Union Berlin, der Landesverband der Kita- und Schulfördervereine, die Evangelische Jugend und der Stadtteilverein Schöneberg. Sie betreuen Attraktionen wie Aquabälle, Hüpfburg, Kreativangebote, vielfältige Spiel-, Sport- und Mitmachmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Beim Stand des Jugendamtes dreht sich alles um das Recht auf Spiel. Hier können Kinder an einer Rallye teilnehmen und bei jeder Aktion Stempel sammeln, für die sie am Ende eine kleine Belohnung bekommen.

Der ROCKTREFF ist eines der größten reinen Amateurbandfestivals Deutschlands. Träger der Veranstaltung ist der Verein CPYE e.V. Aus jährlich hundert Bewerbungen werden 16 Bands ausgewählt, die an drei Tagen des Festivals das Line-Up stellen. Zusammen mit dem CPYE e.V. als Träger der Veranstaltung bildet sich seit vielen Jahren ein erfolgreiches Team. Die Organisatoren und über 100 Helferinnen und Helfer sind ehrenamtlich im Einsatz, alle Künstler treten ohne Gage auf.

Das Programm für beide Veranstaltungen finden Sie hier:

www.spieffest-mariendorf.de
www.rocktreff.de

Quelle: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Fotos: paperpress-Archiv

05) Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekten aus. Erstmalig Preis für Erneuerbare Energien und Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen.



paperpress

seit 1976

30. Juni 2023



Nr. 614-26

48. Jahrgang

Green Buddy Award zeichnet zum 12. Mal herausragende Nachhaltigkeitsprojekten aus Erstmalig Preis für Erneuerbare Energien und Sonderpreis „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verliehen



Gestern Abend fand im renommierten Veranstaltungsort Metropol die mit Spannung erwartete Verleihung des **Green Buddy Awards** statt. Angetreten im Wettbewerb um den traditionsreichen Umweltpreis des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg waren 55 sehr unterschiedliche Projekte. Unter der charmanten Moderation von Bettina Rust wurden sieben Preise in sechs Kategorien vergeben, die die außerordentlichen Leistungen von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit hervorhoben - von innovativen Umwelttechnologien bis hin zu sozialen Initiativen wurden wegweisende Projekte ausgezeichnet.



Die mitreißende Musik der Band **Port Royal** sorgte für eine energiegeladene Atmosphäre während der Veranstaltung.

Besonders erfreulich bei der diesjährigen Veranstaltung war die Einführung der neuen Kategorie - der Preis für Erneuerbare Energien. Mit dieser Erweiterung spiegelt der Green Buddy Award das wachsende Interesse und die

Relevanz erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Zukunft wider.

Der Green Buddy Award hat sich zu einer bedeutenden Plattform entwickelt, die das Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen stärkt. Die diesjährige Preisverleihung war ein großer Erfolg, der zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Politik anzog, die sich für eine nachhaltigere Zukunft engagieren. Der Green Buddy Award ist nicht nur eine Würdigung der Gewinner, sondern auch eine Inspirationsquelle für andere, ihre eigenen Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft in Reichweite liegt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**:

„Die diesjährige Green Buddy Award-Preisverleihung war ein beeindruckendes Ereignis, das das Engagement und die Innovationskraft unserer Gemeinschaft in Sachen Nachhaltigkeit verdeutlicht hat. Die Auszeichnung von sieben Gewinnerinnen und Gewinnern in sechs verschiedenen Kategorien, einschließlich des erstmalig vergebenen Preises für Erneuerbare Energien, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind eine nachhaltigere Zukunft zu gestalten. Ich bin stolz darauf, dass unser Bezirk eine Plattform für solche wegweisenden Projekte bietet und gratuliere alle Preisträgerinnen und Preisträgern zu ihren verdienten Erfolgen.“

Ein besonderes Highlight bei der Veranstaltung war die Verleihung des Sonderpreises „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Green Buddy Award lobt erstmalig in seiner zwölfjährigen Geschichte einen Sonderpreis aus. Gefördert wurde er von Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, der Berliner Stadtreinigung, von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, dem Marienpark sowie dem Handelsverband Berlin Brandenburg.

Das sind die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger:

In der Kategorie **„Erneuerbare Energien“** geht der Preis des Bezirksbürgermeisters an die **Bahlsen GmbH**. Das Bahlsen Produktionswerk in Berlin Tempelhof ist ein Teil des Supply Chain der Bahlsen GmbH. Mit dem Bau des Sozialgebäudes im Jahr 2022 nutzt Bahlsen die Abwärme der zentralen Drucklufterzeugungsanlage zu dessen Beheizung und zur Brauchwassererwärmung für die Sanitärbereiche. Die energetische Einsparung beläuft sich jährlich auf ca. 200.000 Kwh.



In der Kategorie „**Abfallvermeidung/ Reduce, Reuse und Recycle**“ geht der Preis der Berliner Stadtreinigung an **Faircado UG**.



Klaus Herlitz und Jörn Oltmann. Zusammen mit seiner Frau Eva gründete Klaus Herlitz 2001 die Buddy Bär Berlin GmbH. Er stiftet die Green Buddys.

Faircado UG ist ein Greentech- Startup, welches mithilfe seines eigens entwickelten Browser-Plugins die Konsumenten von der Kreislaufwirtschaft überzeugen möchte. Das Plugin bietet umweltschonende und erschwingliche Optionen an, die zu nachhaltigeren Kaufentscheidungen führen. Die Technologie wirkt sich positiv auf die Umwelt durch eine höhere Ressourcenschonung und eine Bewusstseinsbildung aus.

In der Kategorie „**Smart Cities Lösungen**“ geht der Preis von Berlin Partner und IBB an **AckerCompany GmbH**.

Die AckerCompany GmbH sorgt für gemeinschaftliche Gemüserlebnisse im geschäftlichen wie privaten Alltag. Hierfür bietet das Unternehmen Hilfestellung und vermittelt Wissen zum niederschweligen Pflanzenanbau, wofür keine gärtnerischen Vorkenntnisse benötigt werden. Das Konzept sorgt für ein starkes Wir-Gefühl, gelebte Nachhaltigkeit und ein größeres Gesundheitsbewusstsein. Durch die Hochbeete und Ackerflächen wird für Entsiegelung und mehr Grünflächen gesorgt, wodurch das soziale Miteinander und die Wertschätzung zur Natur gestärkt werden.

Der **Young Green Buddy Award** geht an die **Projektwerkstatt Hydroponik der TU Berlin**.

Die Projektwerkstatt Hydroponik ist ein studentisches Projekt und zugleich Lehrformat von Studierenden für Studierende. Gemeinsam entwickelten 20 Studierende aus 15 Fachrichtungen eine Hydroponikanlage nach dem NFT- Konzept. Dabei wachsen

Pflanzen nicht in Pflanz Erde, sondern ihre Wurzeln werden von einer Nährstofflösung umspült. Hierdurch ergeben sich immense Wassereinsparungen und durch die vertikale Bauweise der Anlage eine deutlich erhöhte Effizienz gegenüber dem herkömmlichen Nahrungsmittelanbau.

In der Kategorie „**Produktion, Dienstleistungen, Handwerk**“ geht der Preis des Bezirks an **Peter Ruge Architekten GmbH**.

Peter Ruge Architekten ist ein lokal und international tätiges Planungsbüro aus Berlin-Schöneberg. Ihre Mission ist einfach: Nachhaltige Architektur der Zukunft zu entwickeln und zu bauen. Das eingereichte Projekt RE:mate steht für die nachhaltige und innovative Entwicklung und Etablierung eines vernetzten Kreislaufwirtschaftssystems für den Bausektor in der Region Berlin-Brandenburg. Umfangreiches Wissen in den Bereichen Materialforschung, Recycling und Rekultivierung sowie das vorhandene, gut vernetzte Flächenpotenzial werden dabei genutzt.

In der Kategorie „**Einzelhandel**“ geht der Preis vom Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. an die **BIO COMPANY SE**.

In den Märkten der BIO Company SE werden nicht nur ausschließlich Lebensmittel und Kosmetik, die zu 100% bio-zertifiziert und aus ökologisch kontrolliertem Anbau stammen, angeboten. Das Unternehmen ist zudem im Bereich des Einzelhandels ein Vorreiter des ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftens und zeigt auf, wie bereits durch kleine Maßnahmen viel erreicht werden kann. So setzt es sich insbesondere dafür ein, Einwegverpackungen und Plastikmüll so weit wie möglich zu reduzieren. Verpackungsfreies Einkaufen wird durch die Frischetheken und 18 Unverpackt-Stationen erleichtert. Zusätzlich engagiert sich das Unternehmen im Bereich Foodsharing. Dadurch werden Lebensmittel vor dem Mülleimer gerettet.

Der Sonderpreis „**Gesellschaftlicher Zusammenhalt**“ geht an **SuperCoop eG**

SuperCoop ist ein gemeinschaftlicher Supermarkt in Berlin, der seinen Kundinnen und Kunden gehört und ihnen regionale, öko-faire und teils unverpackte Produkte zu erschwinglichen Preisen bietet. Jedes Mitglied ist Miteigentümer der Genossenschaft und arbeitet drei Stunden im Monat mit. Mittlerweile sind rund 1.200 Mitglieder dabei und können aus über 3.000 Produkten auswählen. Durch die Zusammenarbeit entstehen eine starke Gemeinschaft und ein



Ort der Begegnung für die Nachbarschaft. Die Besonderheit des kooperativen Modells besteht darin, soziale und ökologische Gerechtigkeit gemeinsam unternehmerisch anzugehen und dadurch zum Erreichen der Sustainable Development Goals beizutragen.



After-Show-Party im Metropol am Nollendorfplatz

Über den Green Buddy Award:

Der Green Buddy Award ist eine renommierte Auszeichnung, die herausragende Leistungen im Bereich der Nachhaltigkeit anerkennt. Er wurde ins Leben gerufen, um Initiativen zu fördern, die einen positiven Einfluss auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft haben. Der Preis soll das Bewusstsein für nachhaltige Lösungen stärken und einen Beitrag zur Gestaltung einer besseren und nachhaltigeren Welt leisten.

Quelle und Fotos: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

06) Ein überragendes Zeitdokument. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-25

29. Juni 2023

48. Jahrgang

Ein überragendes Zeitdokument

Die Feierlichkeiten zum 60sten Jahrestag des Besuchs von **John F. Kennedy** in Berlin am 26. Juni 1963 sind längst vorbei, alles ist gesagt, gezeigt und geschrieben worden; fast alles.



So war das damals. Mit einem Zeigestock erklärt Abendschau-Chef Harald Karas die Fahrtroute durch Berlin.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 2023 zeigte der rbb ein siebenstündiges überragendes Zeitdokument, das leider in der Media-Thek nicht in voller Länge, sondern nur in einer einstündigen Kurzfassung verfügbar ist. Ich habe die Sendung aufgezeichnet und mir in zwei Etappen angeschaut. Es war das Anstrengendste, was ich mir jemals im Fernsehen angetan habe, andererseits aber das spannendste.

Acht Stunden war Kennedy in Berlin, sieben davon sind in dem Zeitdokument zu sehen. Die Reden, die Kennedy hielt, sind im Ton erhalten geblieben, nicht jedoch die Reporterkommentare zwischen den Stationen. So hört man lediglich das Straßengeräusch und den unendlichen Jubel, der ausbrach, wenn die ebenso unendliche Autokolonne an den Berlinern vorbeifuhr.

Für 1963 war diese Live-Übertragung eine enorme technische Herausforderung an Technik und Personal. Alles, was beim **Sender Freies Berlin** sprechen konnte, stand an der Strecke quer durch Berlin. „34 feste Kameras, dazu mobile auf einem fahrbaren Truck, die notwendigen Relaisstationen und Repor-

terstellen, waren für die damalige Zeit geradezu gigantisch.“



Landeanflug in Tegel der Air Force One

Die Aufzeichnung verfügt über viele Längen, beispielsweise beim Warten auf die Ankunft in Tegel und dann jeweils an den Fixpunkten der Kameras. Vielleicht ist diese Wartezeit ohne Kommentare von Reportern aber gerade deshalb so interessant. Man hatte unabgelenkt Zeit, sich das Berlin von 1963 in Ruhe anzuschauen. Baulücken ohne Ende, Straßen ohne Fahrradstreifen und viele gut gekleidete Menschen, die sich vielleicht für diesen Anlass extra schick gemacht hatten, oder eben einfach damals mehr Wert auf ihr Äußeres legten, vor allem auch die Jugendlichen, die in großer Zahl an dem Besuch teilnahmen.



Kennedy, Brandt, Adenauer im offenen Wagen

Die Dokumentation ließ viel Zeit, sich die Reden von Kennedy noch einmal ungekürzt in Ruhe anzuhören. Zuerst bei der IG Metall in der Kongresshalle, einem Geschenk der Amerikaner, deren geschwungenes Dach 1980 teilweise einstürzte und die 1987 als „Haus der Kulturen der Welt“ wiedereröffnet wurde. Dann die mit Abstand berühmteste Rede vor dem Rathaus Schöneberg, gefolgt von einer weiteren bei der Freien Universität in Dahlem und einer im US-

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Hauptquartier an der Clayallee, die schon am 1. Juni 1949 zu Ehren des US-Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, nach General **Lucius D. Clay**, des „Vaters“ der Berliner Luftbrücke, benannt wurde, und zwar zu seinen Lebzeiten.



Lucius D. Clay mit Kennedy auf der Tribüne vor dem Rathaus Schöneberg.

Clay erfreute sich bis 1978 seines Lebens und begleitete natürlich Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin. Vielleicht war es scherzhaft gemeint, als Kennedy dem Sinn nach sagte, „Wenn Ihr mal wieder Probleme in Berlin habt, schicke ich Euch General Clay.“



Rede vor den Professoren und Studenten der FU in Dahlem, als noch niemand ahnte, was 1968 in den Universitäten abgehen würde.

Welche war nun die bedeutendste Rede, die Kennedy in Berlin hielt? Die vor den Gewerkschaftern traf das Herz der Arbeiterklasse. Als reicher Junge aus Massachusetts muss man das erst einmal hinkriegen. Die Rede vor dem Rathaus Schöneberg war natürlich populistisch, eben ans Volk gerichtet. Ich meine, dass die wichtigste Rede in der FU zu hören war, denn sie war die politischste. Und nicht nur das, mit 2.351 Worten auch deutlich länger als die in Schöneberg,

bei der er mit 731 Wörtern auskam. In der Rede vor der US-Community wurde deutlich, dass er der „*Commander in Chief*“, also der Oberbefehlshaber ist. Bei allen Reden traf er den richtigen Ton und erreichte Hirn und Herz der Zuhörer. Er war, das muss man festhalten, ein begnadeter Redner mit einer Stimme, die Worte des Gesagten mal leise, mal lauter eindringlich hervorhob.

Für unsere interessierte Leserschaft dokumentieren wir die Reden vor dem Rathaus Schöneberg und an der FU am Ende dieses Beitrages.

Die Live-Übertragung im Fernsehen konnte ich damals natürlich nicht sehen, lediglich den Abschluss, denn, wie mehrfach aus reiner Angabe erwähnt, stand ich ja zuerst seit den Morgenstunden vor dem Rathaus Schöneberg und danach am Rathaus Friedenau, wo ich wohnte. Dadurch sind mir natürlich ein paar interessante Aspekte gar nicht bewusst beziehungsweise nicht mehr in Erinnerung geblieben.



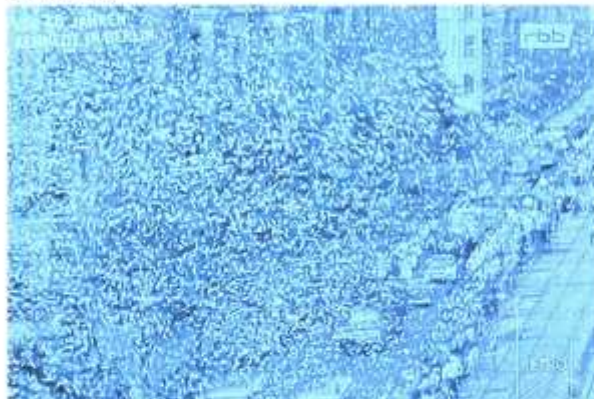
Zum Beispiel, dass nach der Rede in Schöneberg die Menschen immer noch „*Kennedy, Kennedy*“ riefen und er tatsächlich noch einmal das Podium betrat, auf dem plötzlich auch **Günter Grass** auftauchte.

Der Balkon über dem Eingang zum Rathaus Schöneberg, war voll besetzt, mit wem konnte ich von unten nicht erkennen, aber im Fernsehen. Da standen zum Beispiel **Karl Schiller**, **Peter Lorenz**, **Heinrich Albertz** (späterer Kurzzeit Regierender Bürgermeister nach Brandt), **Klaus Schütz** (Regierender Bürgermeister für zehn Jahre nach Albertz) und **Ernst Lemmer**, der 1963 offenbar keine Funktion hatte, nachdem er bis 1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen war und von 1964 bis 1965 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. So ein Ministerium bräuchten wir heute wieder.

Auch interessant, wie viele Leute um Kennedy herumschwänzelt, um von den Kameras eingefangen



zu werden. Besonders aufdringlich erschien mit **Rainer Barzel**, der ständig versuchte, Kennedy irgendetwas zu sagen. Bevor Barzel 1964 Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU wurde, war er in der Nachfolge von Lemmer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Was gab es in diesem Amt zu tun? Freikäufe von Menschen aus der DDR zu organisieren. Ein Handel, der sich für Ulbricht und danach Honecker gelohnt hat.



Stand einer New Yorker Fifth-Avenue-Konfetti-Parade in nichts nach: die Rheinstraße in Friedenau.

Die Rundfahrt führte natürlich auch der Mauer vorbei. Wir West-Berliner haben sie schon 1963 nicht mehr so richtig wahrgenommen, sie gehörte eben dazu. Wenn man aber die Bilder vom Checkpoint Charlie sieht, kommt einem die Galle hoch. Mitten durch ein Stadt eine Mauer zu ziehen und auf jeden zu schießen, der sie überwinden will, ist ein weltgeschichtlich tragischer Vorgang. Kennedy, Adenauer und Brandt sprachen in ihren Reden davon, dass Berlin und Deutschland eines Tages wiedervereint sein würden. Wie recht sie doch hatten.

Dass die DDR das Brandenburger Tor mit ihrer und den Flaggen des Großen Moskauer Bruders zuhängen, war an kindischer Dummheit nicht zu überbieten. Was hätte Kennedy denn sehen können? Den blühenden Sozialismus, vor dem tausende bis zum 13. August 1961 geflohen sind?

Kennedy kam den Menschen bei seinem Besuch sehr nahe. Nicht zu zählen, wie viele Hände er schütteln musste. Es blieb sogar Zeit, Autogramme zu geben, obwohl seine Secret Service-Leute dicht um ihn herum waren. Aufgefallen ist mir, dass immer zwei Personenschützer auf Trittbrettern vor dem Kofferraum der Limousine standen. Anders als in Dallas am

22. November desselben Jahres. Da sprangen sie erst auf, als die tödlichen Schüsse gefallen waren. Lassen wir das einmal unkommentiert.



Immer Mittendrin während der gesamten Tour: Jürgen Graf kommentierte aus seinem Übertragungswagen für RIAS Berlin. Stundenlang hörte ich ihm zu, bis die Kolonne endlich Schöneberg erreichte.

Die Dokumentation hat den Besuch am 26. Juni 1963 noch einmal ausführlich in Erinnerung gerufen, trotz schlechter Ton- und teilweise Bildqualität. Es gab kein Ereignis im Nachkriegs-Berlin, bis heute, das auch nur annähernd vergleichbar wäre.

Und noch eine banale Anmerkung zum Schluss. Bewundernswert fand ich vor allem das Durchhaltevermögen von **Konrad Adenauer**, der 1963 schon 77 Jahre alt war, und im Auto stehend die ganze Tour mitgemacht hat. Wann haben die eigentlich mal etwas gegessen oder waren auf Toilette? Pausen gab es ja kaum.



Abschied auf dem Flughafen Tegel, in der Mitte Robert H. Lochner, Kennedys Dolmetscher, der mit ihm den berühmtesten Satz des letzten Jahrhunderts einstudierte.



Ein Abschied für immer.

Ed Koch
Screenshots: rbb



Dokumentation

Rede vor dem Rathaus Schöneberg



Meine Berliner und Berlinerinnen, ich bin stolz, heute in Ihre Stadt zu kommen als Gast Ihres hervorragenden Regierenden Bürgermeisters, der in allen Teilen der Welt als Symbol für den Kampf- und Widerstandsgeist West-Berlins gilt. Ich bin stolz, auf dieser Reise die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihrem hervorragenden Herrn Bundeskanzler besucht zu haben, der während so langer Jahre die Politik der Bundesregierung bestimmt hat nach den Richtlinien der Demokratie, der Freiheit und des Fortschritts.

Ich bin stolz darauf, heute in Ihre Stadt in der Gesellschaft eines amerikanischen Mitbürgers gekommen zu sein, General Clays, der hier in der Zeit der schwersten Krise tätig war, durch die diese Stadt gegangen ist, und der wieder nach Berlin kommen wird, wenn es notwendig werden sollte. Vor zweitausend Jahren war der stolzeste Satz, den ein Mensch sagen konnte, der: Ich bin ein Bürger Roms. Heute ist der stolzeste Satz, den jemand in der freien Welt sagen kann: Ich bin ein Berliner. Ich bin dem Dolmetscher dankbar, dass er mein Deutsch noch besser übersetzt hat. Wenn es in der Welt Menschen geben sollte, die nicht verstehen oder nicht zu verstehen vorgeben, worum es heute in der Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und dem Kommunismus geht, dann können wir ihnen nur sagen, sie sollen nach Berlin kommen.

Es gibt Leute, die sagen, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Sie sollen nach Berlin kommen. Und es gibt wieder andere in Europa und in anderen Teilen der Welt, die behaupten, man könne mit dem

Kommunismus zusammenarbeiten. Auch sie sollen nach Berlin kommen.

Und es gibt auch einige wenige, die sagen, es treffe zwar zu, dass der Kommunismus ein böses und ein schlechtes System sei, aber er gestatte es ihnen, wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Aber lasst auch sie nach Berlin kommen.

Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und die Demokratie ist nicht vollkommen. Aber wir hatten es nie nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen.

Ich möchte Ihnen im Namen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die viele tausend Kilometer von Ihnen entfernt lebt, auf der anderen Seite des Atlantiks, sagen, dass meine amerikanischen Mitbürger stolz, sehr stolz darauf sind, mit Ihnen zusammen selbst aus der Entfernung die Geschichte der letzten 18 Jahre teilen zu können. Denn ich weiß nicht, dass jemals eine Stadt 18 Jahre lang belagert wurde und dennoch lebt in ungebrochener Vitalität, mit unerschütterlicher Hoffnung, mit der gleichen Stärke und mit der gleichen Entschlossenheit wie heute West-Berlin.



Die Mauer ist die abscheulichste und stärkste Demonstration für das Versagen des kommunistischen Systems. Die ganze Welt sieht dieses Eingeständnis des Versagens. Wir sind darüber keineswegs glücklich; denn, wie Ihr Regierender Bürgermeister gesagt hat, die Mauer schlägt nicht nur der Geschichte ins Gesicht, sie schlägt der Menschlichkeit ins Gesicht. Durch die Mauer werden Familien getrennt, der Mann von der Frau, der Bruder von der Schwester, und Menschen werden mit Gewalt auseinandergehalten, die zusammenleben wollen.



Was von Berlin gilt, gilt von Deutschland: Ein echter Friede in Europa kann nicht gewährleistet werden, solange jedem vierten Deutschen das Grundrecht einer freien Wahl vorenthalten wird. In 18 Jahren Frieden und der erprobten Verlässlichkeit hat diese Generation der Deutschen sich das Recht verdient, frei zu sein, einschließlich des Rechtes, die Familien und die Nation in dauerhaftem Frieden wiedervereinigt zu sehen, in gutem Willen gegen jedermann.

Sie leben auf einer verteidigten Insel der Freiheit. Aber Ihr Leben ist mit dem des Festlandes verbunden, und deshalb fordere ich Sie zum Schluss auf, den Blick über die Gefahren des Heute hinweg auf die Hoffnung des Morgen zu richten, über die Freiheit dieser Stadt Berlin und über die Freiheit Ihres Landes hinweg auf den Vormarsch der Freiheit überall in der Welt, über die Mauer hinweg auf den Tag des Friedens mit Gerechtigkeit. Die Freiheit ist unteilbar, und wenn auch nur einer verklavt ist, dann sind nicht alle frei. Aber wenn der Tag gekommen sein wird, an dem alle die Freiheit haben und Ihre Stadt und Ihr Land wieder vereint sind, wenn Europa geeint ist und Bestandteil eines friedvollen und zu höchsten Hoffnungen berechtigten Erdteiles, dann, wenn dieser Tag gekommen sein wird, können Sie mit Befriedigung von sich sagen, dass die Berliner und diese Stadt Berlin 20 Jahre die Front gehalten haben.

Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner.

Deutsche Übersetzung der Rede John F. Kennedys vor der FU am 26. Juni 1963

Herr Bürgermeister, Herr Bundeskanzler, meine Herren Minister, Mitglieder der Fakultät und Studenten dieser Universität: Ich fühle mich geehrt, ganz plötzlich ein Absolvent dieser hervorragenden Universität zu werden. Natürlich ist jede Universität, wenn es sich um eine solche handelt, frei. Also sollte man annehmen, die Bezeichnung „Freie Universität“ sei überflüssig – nicht jedoch in West-Berlin. Ich bin stolz, dass ich heute hier weilen darf und für meine Landsleute mit dieser großen Stätte der Wissenschaft verbunden bin.

Da Bismarck einmal sagte, dass ein Drittel der Studenten an den deutschen Universitäten vor Überarbeitung zusammenbräche, ein weiteres Drittel an den Folgen ihres lustigen Studentenlebens zu leiden hätten, und dass das letzte Drittel Deutschland regiere, weiß ich nicht, welches Drittel der Studenten

sich heute hier versammelt hat, aber ich spreche ohne Zweifel zu den Männern, die in Zukunft die Geschichte dieses Landes leiten werden, und auch zu denen anderer freier Länder, die ihre Söhne und Töchter an diese Stätte der Freiheit geschickt haben, damit sie verstehen lernen, worum der Weltkampf geht.



Ich weiß, dass wenn sie diese Lehrstätte verlassen, sie sich nicht vorstellen können, dass diese Einrichtung von Bürgern der Welt, darunter auch Vertretern meines Landes, geschaffen und von den Bürgern West-Berlins weiterentwickelt wurde. Sie können sich ferner nicht denken, dass die Männer, die sie unterrichten, ihr Leben der Wissenschaft geweiht haben, nur um den Absolventen dieser Universität im Lebenskampf einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen. Diese Lehrstätte hat kein Interesse daran, nur Syndikuse und vereidigte Buchprüfer auszubilden. Woran sie Interesse hat, und das gilt für jede Universität, ist die Ausbildung von Weltbürgern – Menschen, die schwierige und heikle Aufgaben meistern, vor denen wir als freie Männer und Frauen stehen, sowie Menschen, die bereit sind, ihre Kraft in den Dienst des Fortschritts einer freien Gesellschaft zu stellen. Das ist der Grund, warum Sie hier sind, und weshalb diese Universität gegründet wurde, und wir alle aus ihr Nutzen ziehen.

Es ist eine Tatsache, dass in meinem Vaterland während der amerikanischen Revolution die Revolution und die Gesellschaft, die sich danach entwickelte, von einigen der größten Gelehrten in der amerikanischen Geschichte, die gleichzeitig zu unseren besten Politikern zählen, aufgebaut wurde. Sie glaubten, dass die Universität nicht nur eine Stätte der Studien sein soll, sondern fanden, sie sei ebenso ein Umschlagplatz.

Madison und Jefferson und Franklin und all die anderen, die die Vereinigten Staaten aufgebaut haben,



die unsere Verfassung schufen und sie auf eine gesunde Grundlage stellten, gaben uns allen ein Beispiel. Was auf mein Land zutrifft, trifft auch auf das Ihre und die Länder Westeuropas zu. Wie ein Amerikaner einmal vor hundert Jahren fragte: sollte denn John Milton griechische Verben in seiner Bibliothek konjugieren, während die Freiheit der Engländer gefährdet war? Es ist die Pflicht des Gelehrten, des Gebildeten, des Mannes oder der Frau, deren Talente die Gesellschaft entwickelt hat, an dem Aufbau einer Gesellschaft, die ihre Entwicklung gefördert hat, mitzuarbeiten. Sie verstehen das. Und ich verstehe es und bin stolz darauf, bei Ihnen zu sein.

Goethe, dessen Stadt ich gestern besucht habe, glaubte, dass Bildung und Kultur die Antwort auf internationalen Hader seien. Mit ausreichender Bildung, so meinte er, vergesse ein Gelehrter nationale Hassgefühle, „stehe er über den Nationen und empfinde das Wohlergehen oder die Sorgen eines Nachbarvolkes, als seien sie seine eigenen“. Dies ist die Art von Gelehrten, die die Freie Universität heranbildet. In den 15 stürmischen Jahren seit Gründung dieses der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit verschriebenen Instituts hat sich vieles geändert. Die Immatrikulation der Universität hat sich um das Siebenfache vermehrt, und verwandte Lehranstalten wurden gegründet.

West-Berlin ist einer Blockade, es ist Drohungen und Schikanen ausgesetzt gewesen – aber es wird immer bedeutender in seiner Industrie, seiner Kultur, seinen Dimensionen – und in den Herzen der freien Menschen. Deutschland ist anders geworden. Westeuropa und in der Tat die ganze Welt sind anders geworden. Aber diese Universität hat jenen drei Idealen ihre Treue bewahrt – Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Es ist daher meine Absicht, über die Zukunft dieser Stadt kurz im Sinne dieser drei verpflichteten Forderungen zu sprechen. In den Worten, die ich vor kurzer Zeit im Herzen der Stadt sprach, habe ich die Verpflichtung meines Landes für die Freiheit West-Berlins bekräftigt und unserem Vertrauen auf seine Bevölkerung und ihren Mut neuen Ausdruck verliehen.

Der Schild militärischer Verpflichtung, mit dem wir zusammen mit den anderen beiden Großmächten die Freiheit West-Berlins schützen, wird nicht gesenkt oder weggelegt werden, solange er gebraucht wird. Aber hinter diesem Schild darf man nicht nur auf der Stelle treten und in Erwartung besserer Zeiten den Status quo aufrechterhalten. In einer Zeit der Herausforderungen – und in den letzten vier Jahren hat

die Welt außerordentliche Herausforderungen erlebt, deren Bedeutung wir noch nicht einmal ganz begreifen können – und erst wenn Geschichte und Zeit darüber hinweggegangen sind, können wir die Bedeutung der Ereignisse seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre einschätzen.

In einer Situation des Wandels und der Herausforderung, in einer Ära dieser Art hat jeder Bewohner West-Berlins die Pflicht, seinen Standpunkt zu überdenken und zu überlegen, welches Ziel die Stadt ansteuert und wie sie am besten dorthin gelangt. Der Gelehrte, der Lehrer und der Intellektuelle haben eine höhere Verpflichtung als alle anderen, denn die Gesellschaft hat sie zur Führung ausgebildet, im Denken sowohl als auch im Handeln. Diese Gemeinschaft hat sich diesem Ziel verschrieben und Sie haben die besondere Verpflichtung, zu denken und die Zukunft dieser Stadt mitzugestalten – und zwar im Sinne von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit.

Erstens nun, was erfordert die Wahrheit? Sie verlangt von uns, dass wir den Tatsachen ins Auge sehen, dass wir uns von Selbsttäuschung frei machen, dass wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken. Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, so wie sie wirklich sind, nicht so, wie sie hätten sein können und wir sie uns gewünscht hätten.

Die Wiedervereinigung wird, wie ich glaube, eines Tages Wirklichkeit werden. Die Lehren der Geschichte stützen diese Annahme, ganz besonders die der Geschichte der letzten 18 Jahre. Die stärkste Kraft in der heutigen Welt ist die Kraft des Staates, der Gedanke des Nationalismus eines Volkes, und in Afrika, Lateinamerika und Asien – auf der ganzen Erde – sind neue Staaten geboren worden, die entschlossen sind, ihre Freiheit zu verteidigen. Das ist eine der stärksten Kräfte auf Seiten der Freiheit, und es ist mir eine große Befriedigung, dass so viele Länder Westeuropas dies erkannt und sich entschlossen haben, mit diesem Strom zu gehen. Und so hat dieser Strom uns und nicht unseren Feinden gedient. Aber wir alle wissen, dass dem Osten dieser Stadt und dieses Landes ein Polizeistaatsregime aufoktroziert worden ist. Die friedliche Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands wird daher weder rasch erfolgen noch leicht sein. Wir müssen erst andere dazu bringen, dass sie ihre eigenen wahren Interessen besser begreifen, als sie es heute tun. Was auf lange Sicht den Ausschlag geben wird, sind die realen Gegebenheiten der Stärke des Westens, die realen



Gegebenheiten der westlichen Verpflichtung, die realen Gegebenheiten Deutschlands als Nation und als Volk, ohne Rücksicht auf künstliche Grenzen aus Stacheldraht. Dies sind die realen Gegebenheiten, auf die wir bauen und auf denen die Geschichte sich bewegen wird – und auch andere würden gut daran tun, sie anzuerkennen.

Und zweitens, was erfordert die Gerechtigkeit? Letzten Endes erfordert sie Freiheit, und darauf komme ich noch zu sprechen. Aber in der Zwischenzeit verlangt die Gerechtigkeit, dass wir tun, was wir können, um in dieser Übergangsperiode das Schicksal der Menschen auf der anderen Seite zu erleichtern und ihre Hoffnung am Leben zu erhalten. Es ist wichtig, dass für die Menschen in den stillen Straßen östlich von uns die Verbindung mit der westlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird – mittels aller Berührungspunkte und Verbindungsmöglichkeiten, die geschaffen werden können, durch das Höchstmaß von Handelsbeziehungen, das unsere Sicherheit erlaubt. Vor allem aber, ob diese Menschen nun vom Westen viel oder wenig sehen – was sie sehen, muss so hell sein, dass es die Verzerrungen Lügen straft, die tagaus, tagein vom Osten losgelassen werden. Es gibt daher für Sie keine schönere Möglichkeit, als hier in West-Berlin zu bleiben, als Ihre Begabung und Ihre Fähigkeiten in den Dienst dieser Stadt zu stellen – und Ihren Nachbarn die lebendige Wirksamkeit der Demokratie zu zeigen, eine blühende Stadt voll Schaffenskraft, die all ihren Bewohnern Freiheit und ein besseres Leben für alle bietet.

Schon jetzt tragen Sie dazu Ihr Teil bei – durch Ihre Studiumsarbeit und durch Ihre Hingabe an die Sache der Freiheit, und so erwerben Sie sich die Bewunderung Ihrer Kommilitonen, wo immer diese auch herkommen.

Heute hatte ich Gelegenheit, all das selbst zu sehen. Ich habe Wohnhäuser und Fabriken und Geschäftsbauten, Handelsstätten und ein gut entwickeltes akademisches Leben in dieser Stadt gefunden. Ich habe die Menschen dieser Stadt gesehen und glaube, dass wir alle, die wir hierhergekommen sind, nun wissen, dass die Haltung dieser Stadt gut, der Lebensstandard hoch und das Vertrauen auf die Zukunft groß sind, und dass diese Stadt kein isolierter, von der Welt und dem Westen abgeschnittener Vorposten ist. Aus vielen Ländern kommen Studenten hierher, und ich hoffe, dass es noch mehr sein werden, ganz besonders aus Afrika und Asien.

Die Bundesrepublik Deutschland – wie wir das alle auf Grund unserer Besuche besser denn je zuvor

wissen – hat eine freie dynamische Wirtschaft nach dem Zusammenbruch und ein Bollwerk der Freiheit auf den Ruinen der Tyrannei errichtet. West-Berlin und Westdeutschland haben ihre Verpflichtung für die Freiheit des menschlichen Geistes, das Wohl der Gemeinschaft und den Frieden zwischen den Nationen unter Beweis gestellt. Sie bieten soziale und wirtschaftliche Sicherheit und Fortschritt für ihre Bürger. All das ist erreicht worden – und das ist das Bedeutende daran – nicht nur durch ihre industriellen Anlagen und Kapazität, sondern durch ihre Verpflichtung der Demokratie gegenüber.

Schließlich, was erfordert die Freiheit? Die Antwort liegt auf der Hand: ein geeintes Berlin in einem geeinten Deutschland – geeint durch freie Selbstbestimmung – und in Frieden lebend. Dieses Recht, nach freiem Ermessen zu wählen, ist kein Sonderverrecht, das nur die Deutschen beanspruchen. Es ist ein Grunderfordernis menschlicher Gerechtigkeit. Es ist deshalb ein Ziel, das wir nie aufgeben werden, und es ist ein Ziel, das sehr wohl am besten im Rahmen einer Wiederherstellung des größeren Europa erreicht werden könnte – zu beiden Seiten der harten Trennungslinie, die es jetzt in zwei Teile teilt. Diese Idee ist im Westen der Nachkriegszeit nicht neu. Außenminister Marshall wurde kurz nach seiner berühmten Rede an der Harvard – Universität, in der er auf Hilfe für den europäischen Wiederaufbau drang, gefragt, welches Gebiet sein Vorschlag umfassen solle, und er antwortete – ich zitiere ihn wörtlich – er bediene sich der „allgemein akzeptierten geographischen Definition Europas westlich von Asien“. Die von ihm angebotene Hilfe und Freundschaft wurden zurückgewiesen – aber es ist nicht zu spät, um noch einmal in gesamt-europäischen Begriffen zu denken. Der Wind der Änderung weht über den eisernen Vorhang und die übrige Welt hinweg. Die Sache der Menschenrechte und Menschenwürde gibt noch 200 Jahre nach ihrer Geburt in Europa und den Vereinigten Staaten Menschen und Nationen zunehmenden Auftrieb. Die farbigen Bürger meines Landes haben ihre Forderung nach Gleichheit verstärkt – und das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung sind dabei, ihre Forderung zu erfüllen. Das Tempo der Entkolonialisierung in Afrika hat sich beschleunigt. Die Völker der sich entwickelnden Länder haben ihr Streben nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit verstärkt.

Nach 18 Jahren der Unterdrückung sind selbst die Völker Osteuropas für eine Änderung nicht unempfänglich. Die Wahrheit stirbt nicht. Das Verlangen



nach Freiheit lässt sich niemals gänzlich ersticken. Noch nach 45 Jahren Parteidiktatur spürt das Volk der Sowjetunion die Kraft der historischen Evolution. Die strengen Regeln des Stalinismus gelten offiziell als bankrott. Wirtschaftliche und politische Variationen und Abweichungen zeigen sich z. B. in Polen, in Rumänien und der Sowjetunion selbst. Die Betonung wissenschaftlicher und industrieller Errungenschaften war von zunehmender Bildung und geistigen Gärungsprozessen begleitet. Tatsächlich erfordert die Natur der modernen technisierten Gesellschaft menschliche Initiative und Verschiedenheit freien menschlichen Geistes. Die Geschichte selbst steht dem marxistischen Dogma entgegen und geht nicht mit ihm. Auch sind derartige Systeme nicht in der Lage, mit den Anforderungen der modernen Marktwirtschaft und den verschiedenen Kräften modernen Konsums in einer hochentwickelten Gesellschaft fertig zu werden.

Kurz gesagt, diese dogmatischen Polizeistaaten sind ein Anachronismus ebenso wie die Teilung Deutschlands und Europas dem Strom der Geschichte entgegengesetzt ist. Das neue Europa des Westens – ein dynamisches, vielfältiges und demokratisches Europa – muss auf die Völker im Osten eine stetig wachsende Anziehungskraft ausüben. Und wenn die Möglichkeiten einer gütlichen Einigung in Erscheinung treten, dann werden wir im Westen es klar machen, dass wir keinem Volk und keinem System feindlich gegenüberstehen, solange diese ihr eigenes Schicksal bestimmen, ohne andere an ihrer freien Wahl zu hindern. Auf beiden Seiten werden Wunden zu heilen sein, wird Misstrauen beseitigt werden müssen. Die Unterschiede des Lebensstandards müssen ausgeglichen werden, aber nach oben, nicht nach unten. Faire und wirksame Abkommen, um dem Wettrüsten ein Ende zu machen, müssen erreicht werden. Diese Änderungen werden nicht heute oder morgen kommen, aber wir müssen in unseren Bemühungen um eine wirkliche Lösung unablässig fortfahren.

Wie ich heute Vormittag sagte, bin ich nicht von den Möglichkeiten beeindruckt, die sich auf der Welt für Volksfronten eröffnen. Ich glaube nicht, dass ein Demokrat mit Erfolg auf diesem Tiger reiten kann; woran ich glaube, ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Großmächte zur Rettung des Menschen als Gattung, da wir sonst vernichtet werden können. Dieser Prozess lässt sich nur durch die wachsende Einheit des Westens fördern, und wir müssen alle auf dieses Ziel hinarbeiten. Einigkeit macht stark, und

das ist der Grund, warum ich auf diesen Kontinent komme – die Einigkeit dieses Kontinents. Jegliche Uneinigkeit oder Schwäche erschwert nur unsere Aufgabe. Und der Westen kann nicht aus einer Situation der Uneinigkeit und Ungewissheit und des Wettstreits heraus über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln. Kurz gesagt, nur wenn sie eine angemessene Zeit lang sehen können, dass wir stark und einig, dass wir wachsam und entschlossen sind, nur dann ist es wahrscheinlich, dass die anderen von ihrem Kurs der bewaffneten Aggression oder der Unterwühlung ablassen werden. Nur dann werden ernstgemeinte für beide Teile annehmbare Vorschläge zur Verminderung der feindseligen Gegensätze eine Erfolgchance haben.

Es ist kein leichter Kurs. Es gibt keinen leichten Kurs zur Wiedervereinigung Deutschlands und Wiederherstellung Europas. Aber das Leben ist niemals leicht. Es gibt Arbeit, die getan werden muss, und Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen – Verpflichtungen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Freiheit.

07) Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden. Von Ed Koch



Nicht alles, was möglich ist, muss gemacht werden

Das Grundgesetz umfasst insgesamt 202 Artikel. Ziemlich weit vorn, Nr. 14 und 15, regelt, dass der Staat zum „Wohle der Allgemeinheit“ „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ zum Zwecke der Vergesellschaftung enteignen kann. Natürlich gegen eine Entschädigung, die „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen“ ist. „Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“ Gibt es eigentlich auch unordentliche Gerichte?

Unter Leitung der ehemaligen Justizministerin **Herta Däubler-Gmelin** hat eine Expertenkommission seit dem 29. April 2022 daran gearbeitet, festzustellen, dass das, was im Grundgesetz steht, möglich ist. Donnerwetter. Im September 2021 stimmten fast 60 Prozent der Teilnehmenden beim Volksentscheid für die Enteignung von Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin.



Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** sagte laut **rbb24** zu, dass der Senat nun ein Rahmengesetz zur Vergesellschaftung erarbeiten werde. Wegner fügte jedoch auch hinzu: „Ich halte Vergesellschaftung weiter für den falschen Weg, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“

Bausenator **Christian Gaebler** betonte, „dass Vergesellschaftung keine Enteignung sei, weil in beiden Fällen unterschiedliche Entschädigungszahlungen fällig würden. Das Rahmengesetz, das nun erarbeitet werden soll, werde auch nicht nur Wohnraum, sondern alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betreffen.“ Foto: kai-wegner.de

Das ist äußerst feinsinnig, weil den Betroffenen egal sein dürfte, ob ihr Besitz enteignet oder vergesellschaftet wird. Am Ende findet ein Eigentümerwechsel statt, sie sind raus, haben dafür aber mehr Geld auf dem Konto. Der Autor dieses Beitrages meint, dass die ganze Geschichte am Geld scheitern wird. Wer soll das bezahlen? Milliarden werden gebraucht, um aus dem Land der sozialen Marktwirtschaft ein sozialistisches zu machen, in dem allen alles gehört, aber keinem nichts.

Natürlich sollen alle Bereiche der Daseinsvorsorge staatlich kontrolliert werden. Ob allerdings der Staat als Unternehmer taugt, darf bezweifelt werden. Die Liste des Versagens ist lang. Bei Staatsbetrieben fällt einem auf Anhieb zuerst immer ein, dass diese ein Endlager für verdiente Genossen oder Parteiliebe sind. Bei der früheren BEWAG, dem damaligen Sender Freies Berlin oder der Deutschen Bahn fallen einem sofort einige Namen bedeutender Unternehmerpersönlichkeiten ein, die sich zuvor in den Parteien profiliert haben.

Keine einzige Wohnung wird durch eine Vergesellschaftung neu entstehen. Das ist eine Binsenweisheit, die jeder kennt. Es werden ohnehin immer weniger neue Wohnungen entstehen, weil niemand mehr bereit sein wird, die immensen Baukosten aufzubringen. Natürlich ist es schön, in einer Wohnanlage zu leben, wo der Quadratmeter 6,50 Euro kostet. Aber jeder weiß doch, dass dies nur möglich ist, weil der Nachbar zwischen zehn und 20 Euro bezahlt. Die Besserverdienenden finanzieren die weniger gutverdienenden Bürger mit. Genauso läuft es bei der Krankenversorgung. Ein Arzt, der 50 privat Versicherte hat, kann sich auch um 100 gesetzlich Versicherte kümmern. Das nennt man, glaube ich, Solidargemeinschaft. Darauf basiert fast alles in unserem Staat, bis hin zur Rente.

Es mag für die Initiatoren der Kampagne schön sein, wenn in ihren Büros heute die eine oder andere Flasche Rotkäppchen Sekt geköpft werden kann, aber was bringt das den Menschen? Der Wohnungsmarkt, ja, es ist ein Markt, und zwar einer der größten im Land überhaupt, muss anders geregelt werden als über Vergesellschaftungen. Den landeseigenen Wohnungsgesellschaften fällt dabei eine besondere Rolle zu. Über diese muss der Staat dafür sorgen, dass den Menschen ein für sie bezahlbarer Wohnraum angeboten werden kann. Und zwar nicht nur in Ghettos am Stadtrand, sondern ein bisschen näher an den wohlhabenden SUV- und E-Bike-Fahrern.

Auch wenn die Vergesellschaftung nur große Wohnungsunternehmen betreffen soll, werden sich andere fragen, ob sie es sich antun wollen, in Berlin zu bauen. So wie der Strompreis nicht billiger wird, weil das Stromnetz für zwei Milliarden Euro wieder in die kommunale Hand zurückgeführt wurde, werden auch die Mieten nicht sinken.

Zum Schluss möchten wir Ihnen noch zwei Presseerklärungen gegenüberstellen. Die eine von **Bündnis 90/Die Grünen** und die zweite vom **BBU, Verband**

**Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen.**

Katrin Schmidberger, Sprecherin für Wohnen und Mieten sagt: „Der Abschlussbericht bestätigt die politische Machbarkeit sowie Finanzierbarkeit von Vergesellschaftung. Gerade weil die Vergesellschaftung von Wohnraum juristisches Neuland ist,

war es richtig, eine Expert*innenkommission einzurichten, die die rechtlichen Wege und Möglichkeiten einer Vergesellschaftung untersucht. Foto: Grüne Fraktion

Anders als beim Mietendeckel sieht die Kommission eine Zuständigkeit des Landes Berlin als sicher gegeben. Sie ist demnach auf große private Wohnungsunternehmen anwendbar und mit der Berliner Verfassung vereinbar. Bemerkenswert ist, dass die Vergesellschaftung als mildestes Mittel ‚für die Zwecke des Allgemeinwohls‘ bewertet wird. Eine Entschädigung muss dabei nicht nach dem Verkehrswert, sondern kann mindestens deutlich darunter oder sogar nach Vorgaben einer sozialen Bewirtschaftung der Bestände erfolgen.

Die Kommission spielt den Ball nun zurück an die Politik. Ein Umsetzungsgesetz für die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen muss die Antwort des Senats auf den Abschlussbericht sein. Eine Verzögerung der Umsetzung würde auch das Vertrauen in das politische System beschädigen. Gerade die SPD hatte sich per Beschluss verpflichtet, sollte die Vergesellschaftung von Wohnraum für Berlin möglich sein, den Volksentscheid auch umzusetzen. Jetzt muss die SPD-Fraktion beweisen, dass Parteitagebeschlüsse und damit die sozialdemokratische Handschrift in der Koalition auch wirklich zählen.

Und auch die CDU muss ihre ideologischen Scheuklappen absetzen und darf sich dem Abschlussbericht nicht verweigern. Sie steht als stärkste Fraktion in der Verantwortung, das mehrheitliche Votum der Berliner*innen zu respektieren. Zudem kann es nicht sein, dass sie ein Herz für Enteignungen bei Autobahnen hat, während sie Mieter*innen dieses Instrument ideologisch verweigert.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt wird weiter zunehmen, auch weil die bestehenden Instrumente, wie im Bundesmietrecht oder das kommunale Vorkaufsrecht, seit Jahren eben nicht geschärft oder wieder hergestellt werden im Sinne der Mieter*

innen. Auch bestehende Landesgesetze gegen Leerstand und Abriss werden in den nächsten Jahren durch Schwarz-Rot voraussichtlich nicht verbessert. Nur ein mehrheitlich gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkt kann dauerhaft bezahlbare Mieten und eine soziale Wohnraumversorgung für die Berliner*innen erreichen.

Auch deshalb muss das Instrument Vergesellschaftung jetzt in ein Gesetz gegossen werden. Der Senat sollte hierzu einige Expert*innen der Kommission sowie weitere Expert*innen aus der Wohnungswirtschaft bei der Gesetzesarbeit einbinden.“ Was würden bloß CDU und SPD ohne die klugen Ratschläge der Grünen machen.



Maren Kern, Vorstandin des BBU, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. erklärt: „Die noch vom zwischenzeitlich abgewählten Vorgängersenkommision eingesezte Expertenkommission hat ein erwartbares Ergebnis übergeben. Bereits seit dem

Zwischenbericht vom Dezember letzten Jahres war klar, wohin die Reise gehen würde: dass die Kommission eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen für machbar hält. Der heute vorgelegte Endbericht ändert trotzdem nichts an ganz grundlegenden Zweifeln an der Zulässigkeit eines solchen Schritts.

Sogar innerhalb der Kommission gab es bei zentralen Punkten Unsicherheit bis hin zum Dissens, beispielsweise bei der Frage der Entschädigungshöhe und der Verhältnismäßigkeit einer Vergesellschaftung. Diese Uneinigkeit verwundert auch nicht, weil die Kommission nur akademisch über rechtstheoretische Fragen und nicht über ein konkretes Gesetzesvorhaben diskutiert hat. Foto: BBU

Deshalb bleiben wir bei unserer Überzeugung: eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen ist weder mit dem Grundgesetz noch der Berliner Landesverfassung vereinbar, noch wäre sie finanzierbar. Sie würde mit der willkürlich gegriffenen Grenze von 3.000 Wohnungen gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes ebenso verstoßen wie gegen das verfassungsmäßige Verhältnismäßigkeitsgebot, weil außer einer Vergesellschaftung in Form beispielsweise von Neubauförderung mildere Mittel zum Erreichen des Ziels eines ent-



spannten Wohnungsmarkts zur Verfügung stünden. Außerdem sind wir weiterhin der Überzeugung, dass die Berliner Landesverfassung, die 1995 per Volksabstimmung angenommen worden ist, damals aus gutem historischem Grund das Mittel der Vergesellschaftung gar nicht vorsieht. Deshalb gehen Teile der Kommission auch davon aus, dass für ein Landesvergesellschaftungsgesetz eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Und auch bei den Kosten gehen wir nach wie vor davon aus, dass – wie es auch die offizielle Kostenschätzung des Landes von 2019 herausgearbeitet hat – auf das Land Entschädigungskosten von bis zu zwischen rund 29 und 36 Milliarden Euro zukommen würden.

Für Berlin heißt der Endbericht und die nun beginnende Arbeit an einem Vergesellschaftungsrahmen-gesetz vor allem: ein weiterer gravierender Zeitverlust für eine auf Neubau ausgerichtete, das Wachstum der Stadt abbildende Wohnungspolitik sowie sinkende Investitionen in den dringend notwendigen Neubau und Klimaschutz. Deshalb wäre eine Vergesellschaftung auch der völlig falsche Weg, um die großen Probleme am Berliner Wohnungsmarkt zu lösen. Berlin als stark wachsende Stadt braucht ein entsprechend wachsendes Wohnungsangebot. Das entsteht aber nur durch Neubau, nicht durch Enteignungen. Wir sind davon überzeugt, dass am Ende dieses Weges weniger Neubauwohnungen sowie ein weiteres verfassungsgerichtlich als klar grundgesetzwidrig verworfenes Berliner Gesetz stehen wird."

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

08) Neuer Job für Christine Richter. Von Ed Koch



Neuer Job für Christine Richter



Das Protokoll der Senatssitzung von heute ist überdurchschnittlich lang. 18 Seiten, das ist selten. Zwischen so aufregenden Tagesordnungspunkten wie „Verfassungsschutzbericht“, „Reichsbürger und Selbstverwalter“, „Verfassungsschutzrelevante

Staatsdelegitimierung“, „Islamismus“, „Linksextremismus“ und „Verkehrssenatorin Manja Schreiner legt neuen Entwurf für den Abschnitt Wirtschaftsverkehr im Mobilitätsgesetz vor“, und vor Themen wie „Senat beschließt Personalpolitisches Aktionsprogramm 2022/2023 – Evers: Müssen jetzt Weichen stellen, um auch 2030 attraktiver Arbeitgeber zu bleiben“, „Rettung der Krisenhäuser“ und „Evaluation des Toilettenkonzepts soll offene Bedarfe aufzeigen“, ist folgender Hinweis zu lesen:

„Neue Sprecherin des Senats wird **Christine Richter**, Pressesprecher in der Senatskanzlei wird **Michael Ginsburg**.“ Dass Ginsburg nur kommissarisch tätig war, stand auf seinem Namensschild bei Pressekonferenzen und dass Richter Senatssprecherin wird, wussten nicht nur Insider. An die Funktion eines „Sprechers in der Senatskanzlei“ können sich ehemalige Mitarbeiter der Senatskanzlei, die wir befragt haben, nicht erinnern. Aber, der frühere CDU-Sprecher Ginsburg, ein wirklich netter Typ, muss ja auch irgendwo bleiben.

Aus langer guter Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Frau Richter, gönnen wir ihr nicht nur diesen neuen Job, sondern gratulieren auch von Herzen. Ihr plötzlicher Abgang bei der Morgenpost kam für sie, ihre Kollegen beim Blatt und vielen anderen, sehr überraschend. An einem Tag versandte sie noch ihren Newsletter, am nächsten war sie plötzlich weg. Ein merkwürdiger Umgang mit Mitarbeitern bei Funke. Am 6. April 2023 teilte der Verlag mit: „Berliner Morgenpost erhält neue redaktionelle Führung. **Jörg Quoos** wird Herausgeber. **Christine Richter** gibt das Amt der Chefredakteurin (unfreiwillig, Anm.d. Red.) ab. Nachfolge wird in den kommenden Wochen bekanntgegeben.“ Inzwischen sind zwölf Wochen vergangen und nichts hat sich getan.

„Auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, **Kai Wegner**, hat der Senat in seiner Sitzung am 27. Juni 2023 zum 1. Juli 2023 eine neue Sprecherin des Senats und einen Pressesprecher in der Senatskanzlei ernannt.“, steht im Protokoll.

„Ich freue mich sehr, eine der profiliertesten politischen Journalistinnen in Berlin für diese Aufgabe gewonnen zu haben“, sagte der Regierende Bürgermeister. **Christine Richter** sei seit Jahren eine hervorragende Kennerin der Berliner Landespolitik und in der Stadt bestens vernetzt. Die neue Senatssprecherin wird auch Chefin des Presse- und Informationsamts des Landes Berlin in der Senatskanzlei.

„Es ist mir eine große Ehre, diese Aufgabe zu übernehmen“, sagte **Christine Richter**. Nach vielen Jahren als Journalistin freue sie sich auf die neue berufliche Herausforderung im Berliner Senat. „Das Beste für Berlin“, das sich der Berliner Senat im Koalitionsvertrag vorgenommen habe, sei auch für sie persönlich Motivation und Ziel.

Wegner: „Ich danke **Michael Ginsburg** für die hervorragend geleistete Arbeit als kommissarischer Sprecher des Senats und freue mich sehr, dass er als Pressesprecher in der Senatskanzlei weiterhin eine wichtige Rolle in der Kommunikation der Regierungsarbeit haben wird.“

Stellvertretende Sprecherin des Senats ist **Lisa Friedrichs**. Sie ist zugleich Sprecherin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Zur Person: Christine Richter, seit 1985 in Berlin zu Hause, war zuletzt fünf Jahre lang Chefredakteurin der Berliner Morgenpost, für die sie insgesamt 15 Jahre lang tätig war. Von 1991 bis 2008 arbeitete sie als Redakteurin und Leiterin der Landespolitik bei der Berliner Zeitung. Im Jahr 1990 bis Anfang 1991 war sie Sprecherin der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Nachdem nun alle untergebracht sind, kanns ja losgehen, mit den Besten für Berlin.

Ed Koch

Foto: Christian Schulz

09) Da kommen einem die Tränen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-22

27. Juni 2023

48. Jahrgang

Da kommen einem die Tränen



Screenshot rbb24 Abendschau

Wenn es nicht so läuft, wie es sich die Grünen vorstellen, ist das Gejammer groß. Acht Grüne Verkehrsstadträte auf dem Weg zum Gespräch mit der Senatorin. Acht von zwölf lässt leicht erkennen, wo die Grünen ihren Schwerpunkt sehen. Im Umbau der Stadt.



Screenshot rbb24 Abendschau

Auf Teufel komm raus werden zum Teil überdimensionierte eingepollerte Radwege gebaut. Grüne Politiker sollten sich mal in ein Taxi setzen und den Tempelhofer/Mariendorfer Damm vom Rathaus bis nach Alt-Mariendorf fahren lassen. Was sie da zu hören bekommen, dürfte ihnen nicht gefallen.

Nun hat es die neue Verkehrsressortsenatorin der CDU gewagt, die Grünen Projekte in Frage zu stellen. Das kommt einer Gotteslästerung gleich. Zerknirscht stehen die Grünen Stadtplaner vor der Abendschau-Kamera und beklagen das Vorgehen der Senatorin. Apropos beklagen: Die Deutsche Umwelthilfe, die nicht wenig Geld mit Abmahnungen verdient, will gegen bereits zurückgenommene Radwege klagen. Und unterstellt der CDU keine vernünftigen Ziele,

sondern reine Ideologie. An dieser Stelle kommen einem dann nur noch die Tränen vom Lachen. Wenn jemand in Berlin ideologiegeprägte Verkehrspolitik macht, dann doch wohl die Grünen.

So, nun kommt also alles auf den Prüfstand. Na und? SPD und Linke haben die Grünen während ihrer gemeinsamen Zeit im Senat gewähren lassen. Jetzt wird es Zeit, mal nachzuschauen, ob alles wirklich sinnvoll ist. SPD-Chef **Raed Saleh** soll mal nicht so dicke Backen machen und der CDU ein „Kommunikationsdesaster“ vorwerfen. Er sollte lieber in sich gehen.

Die SPD hat es zugelassen, dass die CDU das Verkehrsressort übernehmen kann. Was haben die Genossen eigentlich erwartet? Dass der Wahnsinn der Stadtverschandelung unter der CDU weitergeht? Obwohl ich strickt gegen die Wahlwiederholung in allen Stimmbezirken war, finde ich langsam Gefallen am Ergebnis. Es wurde Zeit, dass sich der Grünen Verkehrsplanung mal jemand entgegensetzt.

Es geht um eine gerechte Verteilung der Flächen. Der ideologische Kampf der Grünen gegen die Autofahrer ist nicht zielführend. Immer mehr Parkplätze wegfällen zu lassen, führt nicht dazu, dass Autos abgeschafft werden. Irgendwo tauchen sie immer wieder auf. Und solange der ÖPNV nur bedingt eine Alternative darstellt, verzichten viele Menschen eben nicht auf ihr Auto. Sie stehen lieber lange im Stau als sich in vollgestopfte Busse und Bahnen zu begeben, in denen keine Duftbäumchen wie im eigenen Auto hängen. Von den aufdringlichen Verkäufern der Obdachlosenzeitungen wird man im eigenen Auto auch nicht belästigt.

Ich bin gestern von Schöneberg zum Brandenburger Tor nur fünf Stationen gefahren und habe einen durchgeknallten Mann mit Gitarre erlebt, der sich zu einer Passagierin setzte und ihr etwas vorklumperte, und einen Zeitungsverkäufer, dessen Strategie es ist, die Leute anzupöbeln, um sein Produkt zu verkaufen. Nicht erwähnt werden muss, dass keiner von beiden auch nur einen Cent verdient hat.

Die Grünen sollten ihre Energie daraufsetzen, den ÖPNV zu verbessern. Die BVG-Busse werden es nicht einfacher haben, wenn die Fahrradpläne in der Schöneberger Hauptstraße umgesetzt werden.

Irgendjemand sagte mal, wenn sich durch Wahlen etwas ändern würde, hätte man sie schon längst abgeschafft. Schön, dass auch mal das Gegenteil bewiesen werden kann.

Ed Koch

10) Kennedy Forum. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-21

26. Juni 2023

48. Jahrgang

Kennedy Forum

Mit einem Empfang in der US-Botschaft am Brandenburger Tor endeten die Feierlichkeiten zum 60sten Jahrestag der Kennedy-Rede. Am Samstag, dem 24. Juni 2023, fand vor dem Rathaus Schöneberg ein großes Bürgerfest statt, bei dem die US-Botschafterin **Amy Gutmann**, der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**, Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** und **Timothy Shriver**, ein Neffe Kennedys, sprachen. Wer sich die Veranstaltung anschauen möchte, kann dies über diesen Link tun.

<https://www.youtube.com/watch?v=BT1T2J1ZZsI>



Am Nachmittag des 26. Juni 2023 enthüllte Botschafterin **Amy Gutmann** ein Portrait von **John F. Kennedy**, das der renommierte US-Künstler **Shepard Fairey** angefertigt hatte. Es bildet den Mittelpunkt in dem neu gestalteten Kennedy-Forum in der Botschaft am Pariser Platz.

In ihrer Rede unterstrich Botschafterin Gutmann, welche historische Bedeutung Kennedys Besuch und seine Rede im Jahr 1963 für die Aufrechterhaltung der Sicherheit West-Berlins auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatte.

Sie sagte: *„Tatsächlich ist dieser aus vier Worten bestehende Satz inzwischen eines der berühmtesten Zitate des vergangenen Jahrhunderts. Diese vier Worte waren nicht nur ein Versprechen an die Berlinerinnen und Berliner – sie waren auch eine deutliche Botschaft an alle Menschen auf der ganzen Welt, dass die Amerikanerinnen und Amerikaner immer denjenigen zur Seite stehen würden, die nach Freiheit und Demokratie streben. Auch heute, 60 Jahre danach, haben diese Worte nichts an Relevanz*

eingebüßt, während Amerikanerinnen und Amerikaner, Deutsche und Menschen aus aller Welt die Ukraine angesichts des unmoralischen und unbegründeten von Herrn Putin geführten Kriegs unterstützen.“

Fairey fügte hinzu: *„Dieses Portrait von Präsident John F. Kennedy greift seine Vision von globaler Demokratie und der Überwindung humanitärer Bedrohungen und insbesondere die Hoffnung und Freiheit auf, die er weltweit entstehen ließ. Ich glaube daran, dass Kunst auf großartige Weise Gespräche in Gang bringen kann, die sonst vielleicht nie stattfinden würden. Es ist mir eine Ehre, Teil des Jahrestages dieser einflussreichen Rede zu sein.“*

In einer Videobotschaft sagte **Caroline Kennedy**, US-Botschafterin in Australien und John F. Kennedys Tochter: *„Präsident Kennedy kam auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges nach Berlin. Er stellte sich vor, dass Berlin eines Tages frei, Deutschland geeint und Europa ein Kontinent in Frieden sein würde. Dieses Versprechen konnte Wirklichkeit werden, weil Demokraten zusammengearbeitet haben. Und mein Vater wäre sehr stolz gewesen, einen Beitrag zu dieser historischen Entwicklung geleistet zu haben.“*

An der Veranstaltung in der Botschaft nahm auch Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** teil, dem die Botschafterin sehr herzlich für die Ausrichtung der Veranstaltung am 24. Juni vor dem Rathaus Schöneberg dankte.



Zu den Gästen gehörte auch **Anita Lochner**, die Tochter von **Robert H. Lochner**, der mit Kennedy im Büro von **Willy Brandt** jene vier Worte auf Deutsch einübte, die Weltgeschichte schrieben.

Ed Koch (auch Fotos) Quelle: US-Botschaft

1

11) Singe, wem Gesang gegeben. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-19

25. Juni 2023

48. Jahrgang

Singe, wem Gesang gegeben



Schon zum vierten Mal lud die **Stiftung Schloss Neuhardenberg** in diesem Jahr zu einem Treffen von Vertretern des Singer-Songwritings ein. Auch dieses Mal war das Verständnis des Genres weit gefasst, um davon eine möglichst große Bandbreite präsentieren zu können. Unter der Leitung des Komponisten, Textdichters und Sängers **Klaus Hoffmann** begaben sich sechs Liedpoeten ganz unterschiedlicher Art auf die Neuhardenberger Open-Air-Bühne auf der Kastanienwiese, um ihr je eigenes Verständnis dieser Kunst zu zeigen.



Die Herausforderung für die Künstler bestand natürlich nicht in der Programmgestaltung, sondern in der Anreise am Freitag. Im strömenden Regen kamen sie aus allen Teilen des Landes. **Klaus Hoffmann** und seine Frau **Malene** brauchten vier Stunden von Berlin nach Neuhardenberg, **Katja Ebstein** sogar 14 Stunden aus Bayern. Bei der Veranstaltung am Samstag, dem 24. Juni 2023, war der Stress bei strahlendem Sonnenschein und 24 Grad schnell vergessen. Die 600 Gäste konnten sich in ihren Gartenstühlen bequem zurücklehnen und die Musik genießen.



Die Herausforderung für die Zuschauer war allerdings die Länge der Veranstaltung. Um kurz nach 14:00 Uhr eröffnete **Klaus Hoffmann** in seiner gewohnt charmanten und empathischen Art das Programm, nicht allein mit Worten, sondern auch mit ein paar Liedern. Um 22:30 Uhr sagte er dann „Gute Nacht!“ Unterbrochen wurde die Veranstaltung lediglich von zwei rund 30-minütigen Pausen.

Klaus Hoffmann und seinem Team ist es gelungen, großartige Künstler nach Neuhardenberg einzuladen. Am Ende des Auftritts seiner Gäste ließ er es sich nicht nehmen, noch mit ihnen gemeinsam ein Lied zu singen. Nachfolgend stellen wir Ihnen die Sängerinnen und Sänger vor.



Sarah Lesch, Gesang, Gitarre, Ukulele und **Sascha Stiehler**, Klavier.

Mit ihrem Hit Testament erreichte **Sarah Lesch** ein Millionenpublikum. Nach nunmehr fünf Alben und zahlreichen Auszeichnungen gehört sie zu den wichtigsten Protagonistinnen der neuen deutschen Liedermacherszene. Ihre lyrischen und

feinsinnigen Songs beobachten den Alltag und die Welt aus einer Perspektive, die immer nah am Geschehen ist und sich nicht scheut, auch bei unbequemen Themen genau hinzuschauen.

In ihren Liedern fällt die Grenze zwischen Unterhaltung und Haltung. Selten werden die gesellschaftspolitischen Themen unserer Tage so umfassend auf den Punkt gebracht wie in ihren Texten. Ihr aktuelles Album Triggerwarnung ist eine Ansage an unsere Gesellschaft, die sich oft noch schwertut, wichtige Diskurse auszuhalten. In Neuhardenberg interpretierte sie gemeinsam mit dem Pianisten **Sascha Stiehler**, der schon mit Clueso, Max Prosa, Elif und Annett Louisan gearbeitet hat, nicht nur ihre eigenen Songs, sondern auch von Goethe bis Kästner die Werke ihrer liebsten Dichter und Denker.



Sharon Brauner, Gesang
Harry Ermer, Klavier

Sharon Brauner ist in West-Berlin geboren, das „Umzäunte“ hat sie geprägt: „die gemütliche Überschaubarkeit einer Kleingartenkolonie mit dem Charme einer Weltstadt“. Gemeinsam mit dem Pianisten **Harry Ermer** präsentierte sie jiddische Evergreens und eigene Lieder. Die Stimme der Berlinerin mit jüdischen Wurzeln ist geradezu prädestiniert für das jiddische Liedgut, das um Liebe, das Leben und eine allgegenwärtige Sehnsucht



sucht kreist. Ihr Musik-Programm ist eine überschäumende Hommage an die jiddische Populärmusik und gleichzeitig eine musikalische Reise mit Humor und ungebremster Lebensfreude durch die Biographie der Künstlerin, die auch als Schauspielerin erfolgreich ist: Sie spielte in mehr als 60 Fernseh- und Kinofilmen, zuletzt 2019 in dem preisgekrönten Film „Das letzte Mahl“ von Florian Frerichs. 2021 hatte ihre „Show Berlin, Du coole Sau!“ im Tipi am Kanzleramt Premiere.



Manfred Maurenbrecher,
Gesang, Klavier

Foto: Mit Klaus Hoffmann und Hawo Bleich

„Manchmal brauche ich Jahre, um einem Lied seinen optimalen Ausdruck zu geben. Stücke, die weiser sind als der Kerl, der sie singt, an die muss man sich ranleben, es geht nicht anders.“ Ein solches Herangehen ist nicht gerade „marktkonform“, und das ist auch **Manfred Maurenbrecher** nicht. Folgerichtig wird er bis heute mit dem seltsamen Etikett „Geheimtipp“ versehen, das in Wirklichkeit meist dazu dient, auf etwas besonders aufmerksam zu machen. Dabei hat er mehr als 20 Alben veröffentlicht, zahllose Radiosendungen moderiert und dreimal den Preis der Deutschen Schallplattenkritik erhalten. Ihn habe immer gereizt, „das Modell, das Literaten für Kurzgeschichten entworfen haben, ins Lied umzusetzen“, sagt der Musiker. Das verwun-

dert nicht, denn er ist promovierter Germanist. Als solcher mag er dem ganz großen Ruhm auch schon früh skeptisch gegenübergestanden haben. Aber das tut dem Befund, einen wunderbaren Dichter und vorzüglichen Musiker vor sich zu haben, keinen Abbruch, im Gegenteil.



Friend 'n Fellow
Constance Friend, Gesang
Thomas Fellow, Gitarre

Was **Constance Friend** und **Thomas Fellow** 1991 in Leipzig begannen, klingt aus heutiger Sicht wie ein Lehrstück über kreatives Songwriting in konstanter Qualität, immer eng begleitet von der Energie der Live-Performance. Konsequenter haben Friend 'n Fellow auf Gitarre und Stimme gesetzt, doch ebenso konsequent haben sie dabei im Laufe der Jahre die Fähigkeit entwickelt, den Sound einer ganzen Band auf der Bühne zu erzeugen. Ihre Bandbreite reicht von Jazz und Blues bis Country – aber eines ist immer dabei: Der Soul, den die beiden Vollblutmusiker ganz buchstäblich in ihren Herzen tragen.



Die Stimme von **Constance Friend** ist unglaublich kraft- und eindrucksvoll.

Bestandteil des Programms ist natürlich auch ein einstündiger Auftritt von **Klaus Hoffmann** mit seinem Mann am Klavier, **Hawo Bleich**. Der Stoff für seine Lieder geht **Klaus Hoffmann** niemals aus. Er hört dem Leben zu, leidet, erfreut sich an ihm und bleibt ihm seine liebevoll-ironischen Kommentare nicht schuldig.



Er nimmt das Publikum mit auf eine poetische Reise, die im geteilten Berlin beginnt, über Afghanistan in die Welt und ins Leben führt und noch lange nicht endet. Denn er ist und bleibt ein Fahrensmann, der nie stehenbleibt und nirgendwo ankommt. Mit seinen tiefgründigen, präzise beobachtenden Texten und mit unendlich vielen schönen, zeitlosen Melodien gehört er seit Jahrzehnten zu den wichtigen und geschätzten Stimmen im deutschsprachigen Raum und zur Elite der Liedermacherkunst.

Auch bei „seinem“ Sängertreffen hatte der Poet, Komponist und Interpret neue und wohlbekannte Lieder dabei.

Katja Ebstein, Gesang
Stefan Kling, Klavier

Es wäre den anderen großartigen Künstlern gegenüber ungerrecht zu sagen, dass der Auftritt von **Katja Ebstein** der Höhepunkt der Veranstaltung war. Zweifelsohne ist sie aber die bekannteste Künstlerin des Sängertreffens gewesen. Sie steht



seit über 50 Jahren auf der Bühne. Neben den Pop-Songs und Liedern, die sie berühmt machten und Evergreens wurden, hat sie immer auch vielfältige andere musikalische und literarische Interessen verfolgt. Sie hat die großen Musical- und Filmmelodien gesungen, hat Fernsehen gemacht und Theater-Hauptrollen gespielt. Der Erfolg der Pop-Songs verschaffte ihr den Freiraum für andere Formate.



Unglaublich, was sie mit 78 Jahren noch in der Lage ist, für eine Show abzuliefern. Gleichaltrigen Schmerzen allein beim Zuschauen die Gelenke.



Bereits 1975 erarbeitete sie unter dem Titel „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht“ ein Heinrich-Heine-Programm; mit solchen und anderen Produktionen ist sie auch als Sprecherin

seit Jahrzehnten aktiv. Mit Couplets von Klabund, Otto Reutter, Friedrich Hollaender, Erich Kästner und Kurt Tucholsky hat sie ihrem Berlin liebevoll gehuldigt und politisch die Ohren langegezogen. Sie hat sich einen Teufel geschert um Zielgruppen und Marketinganalysen, Trends und Einschaltquoten. Sie macht das, was sie für richtig hält, was sie vor sich verantworten kann und ihren Zuhörern vermitteln möchte. Natürlich auch Texte zum aktuellen Zeitgeschehen. Gesungen und gesprochen mit ihrer strahlenden, warmen Stimme, die über die Jahre ein schimmerndes Timbre wie pollertes Holz angenommen hat, erreichte sie mit ihren Liedern das Innerste der Zuschauer.

Mit einem eigenen Text zum Welt-Hit „My Way“ las sie Berlin die Leviten. Besonders anrührend war ihre Interpretation von „Don't cry for me Argentina“. Nicht fehlen durften ihre Klassiker „Theater“ und „Wunder gibt es immer wieder.“



Zum Schluss versammelten sich die Sänger auf der Bühne zum Abschiedssong. Wurde in den letzten Jahren am Ende stets das Partisanenlied „Bella ciao“ gesungen, verzichte man in diesem Jahr darauf und sang ein echtes Friedenslied: „Sag mir, wo die Blumen sind!“ „Was ist geschehen?“ Diese Frage stellten sich auch alle Gäste, die mitbekommen hatten, dass der

Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine sich plötzlich durch eigene Leute gegen ihn wandte. So attraktiv der Gedanke war, dass es gelingen könnte den Despoten vom Thron zu stürzen, so unwägbare das, was danach folgen könnte.

Geblichen von diesem Abend ist vor allem die Musik, die noch lange in den Ohren nachklang. In der „Brennerei“ des Schlosses Neuhausen saßen noch bis weit nach Mitternacht die Künstler und Organisatoren zusammen und konnten bei einem Gläschen Wein stolz auf das Geleistete sein. Voraussichtlich Mitte Juni 2024 wird das fünfte Sängertreffen in Neuhausen stattfinden.

Wir haben uns sehr gefreut, bei der Veranstaltung auch Leser von **paperpress** aus Minden in Westfalen und Berlin-Marienfelde getroffen zu haben.



Für **paperpress** in Neuhausen dabei waren **Andreas Schwager**, von dem zehn der hier abgebildeten Fotos stammen, und **Ed Koch**, der sich mit der Bearbeitung und Kommentierung des Textes beschäftigte und zwei Fotos beigesteuert hat. Zwei weitere Fotos verdanken wir unserem Leser **Sven Regen**.

Quelle: Stiftung Schloss Neuhausen

12) Die etwas andere Bank. Von Ed Koch



Die etwas andere Bank

Eine Bank betreiben kann jeder. Aber eine wie die PSD-Bank Berlin-Brandenburg kaum ein anderer. Das in der Friedenauer Handjerystraße 33-36 ansässige Geldinstitut hat nur diese eine Adresse und keine weiteren Filialen. Wozu auch, werden die Geldgeschäfte heute doch größtenteils online erledigt. Aber nicht nur die Kunden der Bank, sondern auch andere sollten sich das Gebäude am Renee-Sintenis-Platz Ecke Handjerystraße in Friedenau einmal anschauen und hineingehen.



Foto: PSD-Bank Berlin-Brandenburg

In der Eingangshalle, dem früheren Postamt, findet natürlich die übliche Beratung statt, es ist aber auch ein Café implementiert. Die Berliner Kaffeerösterlei bietet nicht nur Variationen des schwarzen aufmunternden Getränks an, sondern auch leckeren Kuchen.

Was die Bank im Gegensatz zu vielen anderen vor allem ausmacht, ist ihr soziales Engagement, und, wie wir seit gestern wissen, auch ihr kulturelles. Dazu gleich mehr. Zuerst darf aber der Hinweis nicht fehlen, dass die Bank zum sechsten Male vom Euro-Magazin als beliebteste Regionalbank gekürt wurde (Ausgaben 05/2023).



Ein Klavier ist ein eher seltenes Möbelstück in einer Bankfiliale. Am 22. Juni jedoch standen der Flügel und vor allem die ukrainische Starpianistin **Kateryna Titova** im Mittelpunkt eines Kulturevents im PSD-Gebäude. Kostproben ihres Könnens wurden angekündigt, was sie vortrug, waren weit

mehr als nur Kostproben. Es war ein beeindruckendes Konzert mit unter die Haut gehender Musik.

Bank-Chefin **Grit Westermann** bedankte sich dementsprechend herzlich bei der Künstlerin, die 1983 in Jenakijewe, Oblast Donezk, zur Welt gekommen ist. Eine Region, aus der wir täglich schreckliche Kriegsmeldungen vernehmen müssen.



Mit dem kleinen Konzert von **Kateryna Titova** endete das kulturelle Programm an diesem Abend aber noch längst nicht.

Zu dem Flügel-Spiel von Special Guest **Edgar Wiersocki** erstellte der in seiner ukrainischen Heimat und weit darüber hinaus hoch angesehene Maler und Fotograf **Serhiy Horobets** live eine visuelle Interpretation der musikalischen Darbietung. Die Töne flossen sozusagen durch das Ohr in seine Hände.

Prof. Axel Fischer versteigerte dann das Werk und erzielte 1.200 Euro, die der Bürgerstiftung Berlin zur Finanzierung von Sprachkursen für Geflüchtete zugutekommen werden. Darüber freute sich vor allem die anwesende Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung **Vera Gäde-Butzlaff**.



Das soziale Engagement der PSD-Bank ist vielfältig. Sie unterstützt Vereine und Organisationen bei deren ehrenamtlicher Arbeit. Highlight in jedem Jahr ist das Spendenradeln für kranke Kinderherzen, in diesem Jahr ab dem 23. Juli mit dem Finale am 30. Juli auf dem Tempelhofer Feld.

<https://www.psd-berlin-brandenburg.de/soziales-engagement/psd-herzfahrt.html>

Freuen wir uns also auch weiterhin über die inspirierenden Aktivitäten einer Bank, die mehr ist als ein Geldinstitut.

Ed Koch
(auch Fotos)

13) Ein grandioses Spektakel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-16

22. Juni 2023

48. Jahrgang

Ein grandioses Spektakel



„Das **Baltic Sea Philharmonic** ist ein lebendiges, atmendes Wesen mit einer unbändigen Energie und Begeisterung für das Neue – ein Abenteuer für sich.“, sagt kein geringerer als der Gründungsdirigent und Musikdirektor des Orchesters, **Kristjan Järvi**.

Davon konnten sich die Gäste in der fast ausverkauften Philharmonie am längsten Tag des Jahres und dem Sommeranfang 2023 überzeugen. Der Konzertsaal bot anfangs die dringend benötigte Abkühlung zur Hitze in den Straßen Berlins. Allerdings wurde einem bei der Performance des Orchesters und vor allem den unglaublichen choreographischen Einsätzen des Dirigenten schnell wieder heiß ums Herz.

Die **Midnight Sun-Tour 2023** legte in Berlin einen Stopp ein, bevor es heute zur Elbphilharmonie nach Hamburg, am 23. zum Kissinger Sommer und am 25. zum Mecklenburgischen Staatstheater geht.

Versprochen wurde eine musikalische Reise durch die Mittsommernacht. Werke von **Jean Sibelius**, **Arvo Pärt**, **Igor Strawinsky** und **Kristian Järvi** standen unter anderem auf dem Programm. Es war jedoch nicht möglich, die Einzelteile auseinanderzuhalten, weil alles zu einem Gesamtwerk verschmolz. Nur einmal hatte das Publikum in den 90 Minuten die Möglichkeit zum Luftholen und Applaudieren, abgesehen natürlich vom nicht enden wollenden Schlussapplaus.

Die 64 jungen Musikerinnen und Musiker kommen aus Estland, Polen, Lettland, Dänemark, Russland, Finnland, Österreich, Serbien, Moldawien, Litauen, Schweden, Spanien, Norwegen und Brasilien. Diri-

gent Järvi turnte über das Podium zwischen den Instrumenten hin und her. Immer wieder animierte er das Publikum zum Mitklatschen oder Mitsingen und ging dabei durch die Reihen der Philharmonie direkt zu den Konzertbesuchern. Farbenfroh waren nicht nur die Künstler gekleidet, sondern auch das Bühnenlicht, mal blau, mal rot, mal grün. Mal mystisch, mal sphärisch, ein wenig orientalisch klingend, es war einfach magisch.

Als häufiger Konzertbesucher glaubt man ja, alles schon einmal erlebt zu haben, aber so ein Konzert noch nicht.



Young Euro Classic haben wir es zu verdanken, auf dieses Konzert aufmerksam geworden zu sein. Denn auf deren Internetseite wurde es beworben: „*Midnight Sun*“ ist dem faszinierenden Naturschauspiel der nie untergehenden Mitternachtssonne gewidmet und lädt Sie ein, die Magie der Mittsommernacht mitzuerleben. Höhepunkt des Abends bildet Stravinskys märchenhafter Klassiker *Der Feuervogel*, der eingearahmt von moderner und zeitgenössischer Musik aus Estland den Konzertsaal in eine phantastische und zugleich mystische Atmosphäre taucht. Kommen Sie mit auf eine Reise zu den Wundern der Natur des hohen Nordens! Ganz im Stil des **Baltic Sea Philharmonic** stellen die Musiker:innen die Notenblätter beiseite und spielen das gesamte Programm auswendig, im Stehen und ohne Pause – ein einzigartiges Konzerterlebnis! Da kann man nur sagen: Versprochen! Gehalten! **Ed Koch** (auch Fotos)

Über das Orchester

Mit dem **Baltic Sea Philharmonic** erreicht das Konzerterlebnis eine neue Dimension. Indem wir das gesamte Programm auswendig aufführen, begeben wir uns auf eine musikalische Entdeckungsreise, die



Sound- und Lichtdesign sowie eine eigene Choreografie möglich werden lässt. Unter der Leitung unseres Musikdirektors und Gründungsdirigent Kristjan Järvi wird jedes Konzert zu einer einzigartigen, multisensorischen Erfahrung voll mitreißender Energie!

Als Gemeinschaft von Musiker:innen aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden überwinden wir mühelos geografische und historische Grenzen. Wir sind nicht nur ein Orchester, sondern eine Bewegung, die Menschen zusammenbringt. Angetrieben von innovativen und fortschrittlichen Impulsen, die von den nordischen Ländern ausgehen, wollen wir das traditionelle Orchestermodell weiterdenken und Neues wagen.

Mit eindrucksvollen Programmen wie „Midnight Sun“ und „Nutcracker Reimagined“ fordern wir das klassische Konzerterlebnis heraus. Unsere Aufführungen spielen wir ohne Pause, sodass ein kontinuierlicher Klangstrom mit organischen Übergängen entsteht und das Publikum in eine dynamische Klangwelt eintauchen lässt.

Das Baltic Sea Philharmonic wurde 2008 auf Initiative des Usedomer Musikfestivals ins Leben gerufen. Im Jahr 2013 hat sich der Baltic Sea Music Education Foundation e. V. gegründet, dessen Bildungsprogramm neben der Förderung der Musiker:innen auch spezielle Konzerte für Schüler:innen umfasst.

Highlight im September



Im Rahmen der „TingelTangel“-Konzertreihe entführt das renommierte **Theater des Westens** sein Publikum in die atmosphärische Welt der 1920er- und frühen 1930er- Jahre. Erstmals wird der unverwechselbare Soundtrack von „**Babylon Berlin**“ live inszeniert und interpretiert, dabei werden auch zum ersten Mal Bilder

der Serie in einem neuen Kontext mit einer rauschhaften Bühnenshow gezeigt.

Unter der musikalischen Leitung von **Johnny Klimek** und **Kristjan Järvi** präsentiert das **Baltic Sea Philharmonic** die pulsierende Epoche von „Babylon Berlin“ mit besonderen Gastauftritten von **Meret Becker**, **Max Raabe**, **Natalia Mateo**, **Madame Le**

Pustra, **Eckart Runge & Jacques Ammon** und **Cristina Russo** sowie weiteren Gästen. Gemeinsam mit allen Künstlern wird die Atmosphäre dieser besonderen Epoche eindrucksvoll zum Leben erweckt.

Dieses außergewöhnliche Event entsteht als Zusammenarbeit zwischen TingelTangel, Sunbeam Productions und mit Unterstützung von X Filme Creative Pool, der Produktionsfirma hinter „Babylon Berlin“ sowie der ARD Degeto. Das Theater des Westens, ein kultureller Brennpunkt im Berlin der 20er- und frühen 30er-Jahre, bietet den perfekten Hintergrund für dieses musikalische Highlight.

Das Programm wird im Auftrag der ARD aufgezeichnet und soll teilweise oder ganz auf verschiedenen Medien (z.B. TV, Mediathek, Social Media usw.) als Sonderveranstaltung gezeigt werden, beginnend etwa mit der Premiere der 4. Staffel. Mit dem Betreten des Veranstaltungsortes erklärt sich die Besucher:in damit einverstanden, dass sie/er gefilmt und fotografiert wird und dass Audio-/Audiovisuelle Aufnahmen gemacht werden und dass all diese Aufnahmen ohne jegliche Einschränkungen hinsichtlich Zeit, Gebiet und Inhalt in allen Medien umfangreich genutzt werden dürfen.

Termine:

11., 12. und 13. September 2023, 20:00 Uhr
Tickets von 79 bis 109 Euro.

<https://tingeltangel.berlin/shows/babylon-berlin-de>

14) Würdevoller Abschied von Rainer Penk. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-15

22. Juni 2023

48. Jahrgang

Würdevoller Abschied

Nachdem der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, **Rainer Penk**, im Alter von 58 Jahren am Dienstag während seiner Arbeit auf einer Baustelle tot zusammenbrach, wollte niemand in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am Mittwoch einfach zu Tagesordnung übergehen.



„Wir werden heute auf politische Streitereien und Schärmützel verzichten“, sagte BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** zu Beginn der Sitzung. „Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, nur das Nötigste zu erledigen. Strittiges wollen wir vertagen. Das gebietet der Respekt vor Rainer Penk und all denjenigen, die um ihn trauern.“ Böltes sagte in seiner Rede zuvor: „Auch in stürmischen Momenten der BVV ließ er sich nicht aus der Ruhe bringen und hat immer maßgeblich dazu beigetragen, Wogen zu glätten und Gemüter zu beruhigen. Und er war immer bereit, sich für die Sache, aber auch vor allem für Personen einzusetzen. Für die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeitenden seiner Fraktion, deren Rechte er stets im Auge hatte und hinter denen er immer stand.“ Böltes schloss mit den Worten: „Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie. Rainer, Du wirst uns fehlen.“



Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** bezeichnete **Rainer Penk** in seiner sehr emotionalen Rede als „Freund und engsten Vertrauten über viele Jahre hinweg.“ Penk war, so Oltmann, ein „zutiefst freund-

licher Mensch.“ Er habe „die Dinge in die Hand genommen und Brücken gebaut.“ Ihm fehlen die Worte, um das auszudrücken, was **Rainer Penk** ausgemacht habe. Oltmann appellierte daran, viel öfter zu Lebzeiten den Menschen zu sagen, was man an ihnen schätze.



Auch die Ko-Fraktionsvorsitzende **Catherine Müller-Werk** zeigte sich fassungslos. Sie berichtete in ihrer Rede von der gemeinsamen letzten Fraktions-sitzung am Montag dieser Woche. Für Frau Müller-Werk sollte es die letzte in ihrer jetzigen Funktion sein, denn sie legt ihr BVV-Mandat nieder. Zum Abschied bekam sie von **Rainer Penk** eine Schachtel Pralinen geschenkt, hergestellt von einer Firma aus Tempelhof-Schöneberg, dem Bezirk, der **Rainer Penk** so viel bedeutete. Dass es auch seine letzte Fraktions-sitzung war, konnte niemand am Montag-abend ahnen.

Frau Müller-Werk beschrieb ihren Ko-Vorsitzenden als jemand, dem sie vertrauen konnte und berichtete von den zahllosen Vorbesprechungen zu den BVV-Sitzungen. Penk hatte sich vor allem für den Einzelhandel und eine gerechte Verkehrswende eingesetzt. Als Handwerker habe er hart gearbeitet, was man oft seinen Händen ansehen konnte. Es sei bitter, dass er an den vielen Projekten, die er noch umsetzen wollte, nun nicht mehr mitwirken kann.

Die Grüne-Fraktion muss nun gleich zwei neue Vorsitzende wählen. Und zwei neue Fraktionsmitglieder rücken von der BVV-Bezirksliste nach. Das könnten, laut Liste (unter Vorbehalt) **Davin Braun** und **Marla Luther** sein.

1



Im Büro von BVV-Vorsteher **Stefan Böltes** liegt ein Kondolenzbuch für **Rainer Penk** aus.

Am Ende der Sitzung standen zwei Wahlgänge an, die per Akklamation ausgeführt wurden. Es ging um die Besetzung eines Verwaltungsratsmitglieds für den Kita-Eigenbetrieb Berlin Süd-West. Auf politische Streitereien, so hatte der Vorsteher angekündigt, wolle man in dieser Sitzung verzichten. Und so nahm es die CDU klaglos hin, dass nicht ihre Vorschläge für das ordentliche und stellvertretende Mitglied, **Britta Schmidt-Krüger** und **Dr. Carsten Buchholz**, Berücksichtigung fanden, sondern die Grün-Rot-Rote Zählgemeinschaft unterstrich, wer das Sagen im Bezirksparlament hat. Gewählt wurden die Fraktionsvorsitzende der SPD, **Marijke Höppner**, und ihre Kollegin von der Linken, **Elisabeth Wissel**.

Alles in allem war die halbstündige BVV-Sitzung ein würdevoller Abschied von **Rainer Penk**, sieht man einmal von der Anmerkung ab.

Anmerkung:

Nicht nachvollziehen kann ich, dass es bei einem derartigen Anlass ein Bezirksverordneter, trotz Hitze, für richtig hält, in kurzen Turnhosen zu erscheinen und ein anderer auf sein buntes Hawaii-Hemd nicht verzichten wollte.

Ed Koch

Fotos: Ed Koch – Fraktion B90/Grüne TS

15) Trauer um Rainer Penk. Von Ed Koch



Trauer um Rainer Penk



Foto: Bündnis 90 / Die Grünen TS

Die Nachricht verbreitete sich Dienstagmittag wie ein Lauffeuer. **Rainer Penk** ist tot, aus dem Leben gerissen, einfach so. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg bereitetete noch die Ältestenratssitzung am Dienstag und die BVV am Mittwoch vor, als er völlig überraschend zusammenbrach und starb. Das Entsetzen über diese Nachricht zog sich durch alle Fraktionen. Die BVV-Sitzung am heutigen Mittwoch wird verkürzt stattfinden. Vorsteher **Stefan Böltes** und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** werden **Rainer Penk** würdigen.

„Plötzlich und unerwartet ist heute Vormittag unser Fraktionsvorsitzender **Rainer Penk** verstorben.“, schreibt die Fraktion auf ihrer Internetseite. „Er wurde mitten aus dem Leben gerissen. Wir sind alle im Schockzustand“, sagt die Fraktionsvorsitzende **Catherine Müller-Wenk**. „Noch am Montagabend hat Rainer Penk an der über dreistündigen Fraktionssitzung zur Vorbereitung der Bezirksverordnetenversammlung teilgenommen. Er wurde 58 Jahre alt.“

Rainer Penk war 2011 erstmals für Bündnis 90/Die Grünen in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg eingezogen. Der gelernte Tischlermeister, Hochbautechniker und Betriebswirt war seitdem auch wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. 2016 wurde Rainer Penk das erste Mal zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, in der Folge noch zweimal. Vor sieben Jahren trat er auch als Direktkandidat in Tempelhof für die Grünen zur Abgeordnetenhauswahl an.

Rainers bescheidene, ruhige und vermittelnde Art war bei allen sehr geschätzt. Er war der Fels in der Brandung, hatte stets ein Ohr für jede und jeden und

fand bei Problemen immer eine Lösung. Wir werden ihn unendlich vermissen.

Unser Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seiner Schwester und seiner Mutter.“

Seine politische Tätigkeit begann **Rainer Penk** vor 41 Jahren in Neu-Tempelhof, als er mit dem späteren Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** gemeinsam in die SPD eintrat. Im Laufe der Jahre orientierte er sich um, weil die Politik der SPD nicht mehr seinen Vorstellungen entsprach. Er wechselte zu den Grünen. 2016 trat er im Abgeordnetenhauswahlkreis 4 Tempelhof gegen seinen Ex-Genossen **Michael Müller** an, verlor allerdings das Duell. **Rainer Penk** fand als Fraktionsvorsitzender im Rathaus Schöneberg seinen Platz.

Bei den Grünen war er ein Exot, denn er gehörte einer Berufsgruppe an, die in der Partei nicht gerade überrepräsentiert ist. Er war Handwerker, genauer gesagt Tischler und hatte sich schon früh selbständig gemacht. Kaum jemand aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis hat nicht irgendein Möbelstück von ihm bei sich zu Hause oder im Büro stehen. Seine Möbel kamen nicht von der Stange, sondern waren maßgeschneidert. Und wenn ein gutes Stück in die Jahre gekommen war, polierte er es wieder auf, so dass es wie neu aussah.



Rainer Penk zimmerte nicht nur Möbel zusammen, sondern auch die Zählgemeinschaft mit der SPD, die standhält, auch nachdem die CDU stärkste Partei bei der Wiederholungswahl geworden ist.



Über sein politisches Engagement hinaus, war er auch jahrelang ehrenamtlich tätig. Als Projektleiter



der Paper-Press-Gedenkstättenfahrten begleitete er viele Male Interessenten in die ehemaligen Konzentrationslager, wie nach Auschwitz (Foto). Auch als Projektleiter der Bildungsurlaubsreisen des Paper Press e.V. war er oft mit Gruppen in den USA.



Und wenn dann noch Zeit blieb, unterstützte er den ROCKTREFF des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg und des CPYE e.V. als Helfer im Backstagebereich.

Unerschöpflich war sein Tatendrang. Er hatte ein interessantes und von vielen Interessen getragenes Leben, von einem erfüllten Leben kann man dennoch nicht sprechen, denn es endete mit 58 Jahren viel zu früh. Es wäre noch so viel zu tun gewesen. Alle, die ihn kannten, haben einen klugen und hilfsbereiten Freund verloren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden.

Ed Koch
(Fotos Archiv)

16) Ja, sie leben noch: De Randfichten und der Holzmichl. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-12

20. Juni 2023

48. Jahrgang

Ja, sie leben noch

Auf die Frage, ob denn der alte **Holzmichl** in dem Lied von **De Randfichten** noch lebt, jubelt das Publikum als Antwort im Chor: „Ja, er lebt noch, er lebt noch, stirbt nicht!“

Heute könnte ein historischer Tag in der Rockmusikkgeschichte sein. Vielleicht zum letzten Mal, wer weiß das schon so genau, kommen zwei Überlebende einer legendären Band nach Berlin. Es geht um **The Who**. Waldbühne 18:30 Uhr, Einlass 16:30 Uhr, vielleicht gibt es noch Tickets: 01896 - 57 00 00, die zwischen 96,00 und 297,25 Euro (hart kalkuliert) kosten. Begleitet wird die Band vom Filmorchester Babelsberg.



Foto: Wikipedia - 1975 in Chicago. Left to right: Roger Daltrey, John Entwistle, Keith Moon, Pete Townshend.

Übriggeblieben aus dem Quartett sind **Roger Daltrey** (79) und **Pete Townshend** (78). Der charismatische Schlagzeuger **Keith Moon** starb 1978 mit nur 32 Jahren, Bassist **John Entwistle** verließ mit 58 Jahren die Rockbühne 2002.

Die Songs der Band sind weltberühmt, noch berühmter wurden die Musiker allerdings dadurch, dass sie nach den Konzerten ihre Instrumente auf der Bühne zertrümmerten. Angefangen hatte alles zu Beginn der 1960er Jahre, als die Rockmusik so richtig Fahrt aufnahm, nicht zuletzt mit den **Beatles** und **Rolling Stones**. Auch **Paul McCartney**, der am Sonntag 81 wurde, ist immer noch unterwegs und **Mick Jagger**, der am 26. Juli 80 wird, mit den Stone ohnehin. Entweder schließen sich Rockmusiker mit einer Überdosis früh ins Jenseits, oder sie werden steinalt. Mit „My Generation“ landete die Band 1965 ihren ersten großen Hit. Danach ging es Schlag auf Schlag. Als sich

dann nur noch die Älteren an die Songs erinnerten, erlebten **The Who** in den 2000er Jahren ein musikalisches Come-Back in den US-TV-Serien **CSI**, die auch bei uns mit großem Erfolg liefen. Von der Band stammen die Titelsongs, die heute in den zahllosen Wiederholungen immer noch zu hören sind. **CSI Las Vegas** „Who are you“, **CSI New York** „Babe O’Riley“ und **CSI Miami** „Won’t get fooled again.“

Für den Autor dieses Beitrages ist die Rockoper der Who, „Tommy“ der absolute Höhepunkt ihres Schaffens, einschließlich des dazugehörigen Films von 1975, in dem **Roger Daltrey** die Titelfigur spielte und auch die anderen Bandmitglieder mitwirkten, unter anderem neben **Elton John**, **Eric Clapton**, **Jack Nicholson**, **Tina Turner** und **Arthur Brown**.

Im März 1970 hatte ich einen wichtigen Termin. Meine Prüfung vor der IHK zum Groß- und Außenhandelskaufmann stand an. Genau einen Tag vorher traten **The Who** in Berlin auf. Das war mir dann doch zu stressig. Also besorgte ich mir eine Karte für die Staatsoper in Hamburg, in der die Band einen Tag vor dem Berlin-Konzert auftrat, und zwar nach der regulären Opernaufführung. Gegen 23:00 Uhr ging es los. Gut gekleidete Menschen, wie man sie bei Rockkonzerten selten sieht, nahmen Platz. Sie ließen sich offenbar durch den Titel „Rockoper“ in die Irre führen. Es fand keine szenische Vorstellung statt, sondern die vier Musiker spielten die Songs des Tommy-Albums. Die Lautsprecherboxen ragten von der Bühne bis unters Dach. Ein unglaublich wunderbarer Sound, der erst nach Stunden aus meinen Ohren wich.

Zwei Reihen vor mir saß SPIEGEL-Herausgeber **Rudolf Augstein**, der sich den Abend auch etwas anders vorgestellt hatte. Für mich war es die Show des Jahrhunderts. Wann tritt schon mal eine Rockband in einem Opernhaus auf.

Am nächsten Tag folgte noch ein Zusatz-Highlight. **The Who** und ich flogen in derselben PAN AM-Maschine nach Berlin. **Keith Moon**, der immer zu Späßen aufgelegt war, kniete vor einer Stewardess und gab sich als Kind aus, das einen guten Platz im Flieger haben möchte. Den bekam die ganze Band so- und so in der Business-Class.

Ergänzend muss ich noch zwei Punkte erwähnen: Erstens: In der Oper wurden keine Instrumente zertrümmert. Und Zweitens bestand ich natürlich die Prüfung vor der IHK.

Ed Koch

17) Erinnerungen an Kennedy. Von Ed Koch



Erinnerungen an Kennedy

Im Rathaus Schöneberg wird die Erinnerung an Präsident **John F. Kennedy** seit seiner historischen Rede am 26. Juni 1963 wachgehalten. Trotz vieler anderer wichtiger historischer Ereignisse, die im und vor dem Rathaus stattfanden, war der Kennedy-Besuch die prägendste Begebenheit.



Fast auf den Tag genau fünf Monate nach der Rede, am 22. November 1963, fiel Präsident Kennedy einem Attentat in Dallas, Texas, zum Opfer. Schon drei Tage nach der Ermordung Kennedys, entschloss man sich in Berlin, den Platz vor dem Rathaus nach ihm zu benennen. Zum Jahrestag der Rede, am 26. Juni 1964, enthüllte sein Bruder **Robert F. Kennedy** ein Reliefporträt samt Bronze- tafel am Haupteingang des Rathauses.



Auch ein Raum im Rathaus, nur wenige Meter entfernt von **Willy Brandts** Bürgermeisterbüro, in dem Kennedy seine berühmten Worte probte, ist nach ihm benannt. In Raum 1110 erinnern zahlreiche Fotos an den 26. Juni 1963, sowie eine Büste und das Rednerpult, hinter dem der Präsident stand. Der Raum befindet sich direkt über dem Haupteingang zum Rathaus und verfügt über einen großen Balkon, von dem aus Kennedy allerdings nicht seine Rede hielt. Dazu war eigens eine große Tribüne vor dem Rathaus aufgebaut worden.



Am Sonntag, dem 18. Juni 2023, erinnerte der **Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.** mit einer Lesung an den Besuch Kennedys. Der Journalist **Manfred Suttinger** las aus seinem Buch „*Als ich Kennedy verpasste*“. Das Buch berichtet über die Kindheit Suttingers in Neutempelhof und seinen gescheiterten Versuch, dem Präsidenten beim Vorbeifahren am Platz der Luftbrücke zuzuwinken. Sein kleines Stars-and-Stripes-Fähnchen war ihm heruntergefallen und als er es aufgehoben hatte und wieder stand, war die Autokolonne schon vorbeigefahren.



An der Lesung im Louise-Schroeder-Saal des Rathauses Schöneberg nahmen 120 Gäste teil, darunter einige, die am 26. Juni 1963 vor dem Rathaus Schöneberg dabei waren. Bezirksbürgermeister **Jörn**



Oltmann hatte die Schirmherrschaft übernommen und begrüßte die Zuhörer. In seiner Rede erinnerte er an die angespannte politische Zeit damals in West-Berlin und an die Hoffnung, die die Menschen, zwei Jahre nach dem Mauerbau, in den jungen Präsidenten setzten.



Auch wenn es nur am Rande um Kennedy in dem Buch von **Manfred Suttinger** geht, so beschreibt es dafür sehr anschaulich, wie das Leben in Berlin knapp 20 Jahre nach Kriegsende aussah. „Nach dem Krieg war nichts vorbei“ sollte eigentlich der Titel des Buches heißen. Davon riet man ihm aber ab, denn das Interesse an so einem düsteren Thema dürfte gering sein. Der dann gefundene Titel war marketingtechnisch natürlich viel interessanter. Das Publikum, überwiegend im reiferen Alter und zum Teil aus Tempelhof und Schöneberg stammend, konnte die Erzählung von **Manfred Suttinger** über seine Kindheit sehr gut nachverfolgen.

Kurz vor 12:00 Uhr legte Suttinger eine Pause ein und die Gäste lauschten für fünf Minuten dem dumpfen Klang der Freiheitsglocke, einem Geschenk des amerikanischen Volkes an Berlin. Nach der Lesung bot Bürgermeister Oltmann an, den Teilnehmenden sein Büro zu zeigen, in dem sich **John F. Kennedy**, **Willy Brandt** und **Konrad Adenauer** auf ihre Reden vorbereiteten. Auch ein Blick in den Kennedy-Saal wurde gewährt.

Und hier ist meine kleine Geschichte zum Besuch von John F.-Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin
<https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/vR7x3b8eYc8>

Mit einer großen Veranstaltung wird der Kennedy-Rede am **24. Juni 2023 von 17:00 bis 21:00 Uhr** vor dem Rathaus Schöneberg gedacht. Um 18:00 Uhr reden der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner**, die US-Botschafterin **Amy Gutmann** und Bürgermeister **Jörn Oltmann**. Danach ist auf einer Großbildleinwand die Rede von Kennedy zu sehen und zu hören. Die **US Air Force Jazz-Band** aus Ramstein und Chöre der **John.-F.-Kennedy-Schule** bilden das musikalische Rahmenprogramm.

Am **26. Juni 2023**, dem 60sten Jahrestag der Rede, findet um 18:30 Uhr im Theodor-Heuss-Saal des Rathauses ein Podiumsgespräch über das Ereignis von 1963 statt. Es diskutieren **Prof. Dr. David Barclay** und **Dr. Andreas Etges**.

Das Datum des Kennedy-Besuchs war nicht zufällig gewählt worden. Der Beginn der Berlin-Blockade am 24. Juni 1948 war gerade 15 Jahre her. Grund genug, auch den 75sten Jahrestag des Beginns der Luftbrücke in die Veranstaltungen einzubeziehen. Vom **30. Juni bis 2. Juli 2023** findet auch eine Foto- und Briefmarkenausstellung zum Thema statt. Wir haben darüber in unserem Newsletter berichtet:

https://www.paperpress-newsletter.de/pdfs/614_juni_2023/614-05%20-%2010.06.2023%20-%20Jubilaeumsausstellung%20zur%20Luftbruecke.pdf

Als Senat und Abgeordnetenhaus nach der Wiedervereinigung ins Rote Rathaus und den Preußischen Landtag umgezogen waren, ist es ruhiger im Rathaus Schöneberg geworden. Aber, die Erinnerung an historische Ereignisse wird im Rathaus Schöneberg wachgehalten. Und immer wieder dient das Rathaus als Filmkulisse, zum Beispiel in „*Babylon Berlin*“. Der Ratskeller wurde in der Serie zum Aschinger-Restaurant und die Eingangshalle war das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Die Brandenburg Halle, früher die Lobby zum Plenarsaal des Abgeordnetenhauses, heute Willy-Brandt-Saal, musste schon mal als Hitlers Büro in der Reichskanzlei herhalten. Auch in einer Dokumentation über **Angela Merkel** spielte das Rathaus eine Rolle.

Ed Koch

Fotos: Landesarchiv, Ed Koch, Mathias Kraft, Chris Landmann

Danksagungen:

Die Lesung am 18. Juni 2023 konnte durch eine Zuwendung der **STADT UND LAND** Wohnbautengesellschaft realisiert werden. Weiterer Dank geht an Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** für die Übernahme der Schirmherrschaft, an **Manfred Suttinger** für die Lesung, an **Licht- und Ton-technik Popella** Berlin für den guten Ton, dem **PIEREG Druckcenter** für die Einladungskarten, der **Raumvergabe** des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg für die Zurverfügungstellung des Louise-Schroeder-Saals und an die elf ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der **Paper-Press-Crew**, die die Veranstaltung vorbereitet und durchgeführt haben.

Das Buch von **Manfred Suttinger** ist leider schwer zu bekommen. Wenn Sie Interesse haben (es lohnt sich), schicken Sie uns bitte eine Mail, wir stellen dann den Kontakt zum Autor her.

18) Sie ist wieder da, die Kuppel. Von Ed Koch



Sie ist wieder da



Natürlich war sie nie weg, nur zeitweise nicht sichtbar. Gemeint ist diese Kuppel, die zu Recht an ihr Vorbild auf dem Dach des Reichstagsgebäudes erinnert. 2006 erblickte die Kuppel zur Fußball Weltmeisterschaft das Licht der Welt. Der damalige Präsident **Norbert Lammert** hatte die Idee, nahe dem Reichstag eine Bundestagsarena während der WM aufzubauen, in der alle möglichen Veranstaltungen stattfinden sollten. 2,5 Millionen Euro kostete die Kuppel.



Leider ist in unserem Archiv nur dieses etwas unscharfe Schwarz-Weiß-Foto zu finden, das im Vordergrund die Bundestagsarena und im Hintergrund das Original zeigt. Aufgebaut hatte die Kuppel das Schweizer Unternehmen Nüssli. Nach dem Ende der WM baute Nüssli die aus über 3.000 Einzelteilen bestehende, 100 Tonnen schwere und 21 Meter hohe Kuppel mit 32 Metern Durchmesser ab und lagerte sie im brandenburgischen Fürstenwalde ein.

Als **Reinhard Müller** 2008 begann, das Areal um den Schöneberger Gasometer zum Europäischen Energieforum auszubauen, überlegte er natürlich auch, was man mit dem Gasometer anstellen könnte. Ein idealer Veranstaltungsort. Es fehlte aber noch der Entscheidende Pfiff. Dieser war bereits ein Jahr später zu hören als ein Freund von Müller ihm

an einem Samstagabend erzählte, dass die Bundestagsarena in einem großen Zelt in Fürstenwalde eingelagert sei. Müller besorgte sich die Maße und stellte noch am Wochenende die Kuppel mittels einer Computer-Simulation in den Gasometer. Sie passt, war das Ergebnis. Müller setzte sich mit Nüssli in Verbindung und am Montagabend gehörte die Kuppel ihm.



Foto: Lothar Duclos

Im August 2009 war es so weit. Richtfest der Kuppel im Gasometer. Zahllose Veranstaltungen, Parteitage, Filmpremieren, Konferenzen und vieles mehr fanden von nun an unterm Kuppeldach statt.



Von 2011 bis 2015 wurde die Kuppel bundesweit bekannt. **Günther Jauch** präsentierte von hier aus seinen sonntäglichen Talk in der ARD. Danach ging es weiter mit Veranstaltungen aller Art. Der Gasometer mit seiner Kuppel war die angesagteste Location in der Stadt. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** war Stammgast und holte sogar den UN-Afrika-Gipfel nach Schöneberg, an dem alle Präsidenten und Regierungschefs des Kontinents teilnahmen.

1



Dass in die Stahlhülle des Gasometers ein Gebäude errichtet werden sollte, war von Anfang an klar. **Reinhard Müller** hätte es gern gesehen, dass die Kuppel integriert worden wäre. Sein Chefarchitekt **Johannes Tücks** überzeugte ihn von einem anderen Modell. Im unteren Bereich des Gasometers wird ein Veranstaltungssaal entstehen, der höchsten technischen Standards entspricht. Und für die Kuppel fand sich ein neuer Standort am EUREF-Campus Düsseldorf.



Am 12. Januar 2021 begann die Demontage der Kuppel, natürlich wieder durch das Unternehmen Nüssli. Nicht ohne Wehmut wurden die sechs LKW verabschiedet, die sich auf den Weg nach Düsseldorf machten. Die dortigen Stadtwerke lagerten die Einzelteile ein. Es ist, das muss man wirklich einmal sagen, eine technische Meisterleistung, so eine Konstruktion ab- und wieder aufzubauen. Da muss man sehr genau wissen, wohin welches Teil gehört.



An diesem Modell kann man gut erkennen, wie sich die Kuppel in den neuen EUREF-Campus Düsseldorf einfügt. Wie heißt die Kuppel eigentlich richtig? Ein Anrecht hätte **Norbert Lammert** als Erfinder. Lange Zeit hieß sie Jauch-Kuppel. Sie könnte auch nach dem Eigentümer **Reinhard Müller** benannt werden. Bescheiden wie er ist, gibt er der Bezeichnung EUREF-Kuppel den Vorzug. Und so stand es auch auf

der Einladung für das dritte Richtfest der Kuppel am 16. Juni in Düsseldorf.



Alles, was Rang und Namen in der NRW-Hauptstadt hat, nahm an der Feier teil, und die Delegation aus Berlin war ebenfalls entsprechend groß. **Jörg Thadeusz** moderierte mehrere Gesprächsrunden und auch die EUREF-Vorstände **Sarah Ameler**, **Kevin Hauert**, **Karin Teichmann** und **Reinhard Müller** mussten ihre Qualitäten als Reporter, Moderator und Diskussionsteilnehmer unter Beweis stellen, was Dank entsprechender Routine gut gelang.



Die Gäste erwartete ein Rahmen-Programm sowie verschiedene Food-Trucks unter der kulinarischen Verantwortung der EUREF-Spitzenköche **Cornelia Poletto** und **Thomas Kammeier** (Foto). Nach der Begrüßung durch **Sarah Ameler** gab es eine Video-Botschaft des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Hendrik Wüst**.

„Nordrhein-Westfalen soll das erste klimaneutrale Industrieland werden“, erklärte der Ministerpräsident. „Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Wir werden sie nur gemeinsam lösen können. Der EUREF-Campus in Düsseldorf zeigt das vor-



bildlich. Hier entsteht ein innovativer klimagerechter Gebäudekomplex. Hier werden viele Menschen arbeiten, auch an Lösungen zur Klimaneutralität, zum Beispiel in der Landesgesellschaft NRW. Energy4Climate." Der Ministerpräsident begrüßt die neue CO₂-neutrale Eventlocation in Düsseldorf: „Durch gemeinsame Arbeit entstehen die Lösungen für die Zukunft. Im Austausch kommen komplexe Ideen und kreative Gedanken schneller zur Reife. Was könnte das besser symbolisieren als diese Kuppel.“



Reinhard Müller (Mitte) mit **Julien Mounier** von den Stadtwerken Düsseldorf und **Markus Holz**, dem CEO von SPIE.

„Die Entscheidung, unseren zweiten EUREF-Campus gerade hier zu errichten, ist einerseits nur logisch, denn schließlich ist Nordrhein-Westfalen wirtschaftlicher Motor unseres Landes. Zugleich war mir diese Standortwahl aber auch eine echte Herzensangelegenheit“, erzählte EUREF-Gründer **Reinhard Müller**. „Nicht nur, dass ich in Krefeld geboren bin, ich habe auch in Düsseldorf Architektur studiert. Als wir vor 16 Jahren in Berlin damit begonnen haben, das Gelände um den historischen Gasometer in Berlin-Schöneberg als Reallabor der Energiewende zu entwickeln, hat wohl kaum jemand geglaubt, dass dieses Projekt so erfolgreich werden würde, dass wir damit in Serie gehen können. Aber so ist es gekommen. Daher erfüllt es mich mit Stolz, dem neuen Standort in Düsseldorf mit unserer prominenten Kuppel gewissermaßen die Krone aufsetzen zu können.“

An dem sich daran anschließenden Panel-Talk, moderiert von **Jörg Thadeusz**, beteiligten sich Düsseldorfs Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller**, **Patrick Brinker** von der Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank, der Chefredakteur der Rheinischen Post **Moritz Döbler**, Wirtschaftsmanager und ehemalige Bahnchef **Prof. Dr. Rüdiger Grube**, der Director der Düsseldorf Convention **Jens Ihsen** und Karin Teichmann. Sie erörterten die Bedeutung des neuen Campus für Düsseldorf, wie auch Programm-Highlights, die in der Kuppel geplant sind.



Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller** gab seiner Freude über den Umzug der Kuppel Ausdruck: „Der EUREF-Campus Düsseldorf ist in vielerlei Hinsicht ein echtes Leuchtturmprojekt für die Energiewende, zukunftsfähige Wirtschaft und Nachhaltigkeit. Mit dieser einzigartigen Kuppel als Veranstaltungs-Location erhält er jetzt ein medial bekanntes Zentrum, das zudem ein sichtbares Beispiel für Recycling ist. Schon in Berlin hatte die Kuppel zwei Leben.“



Höhepunkt eines jeden Richtfestes ist die Ansprache des Poliers, in diesem Falle der Polierin **Rena Sutor**, die die drei Richtfeste auf ihrem T-Shirt verewigte. Das traditionelle Glas, das zerschlagen werden muss, füllte man ihr mit Wein, den sie mit einem Schluck inhalierte. So sind die Rheinländer.

Auf dem EUREF-Campus Düsseldorf entstehen rund 80.000 Quadratmeter Büro- und Eventfläche. Er ist, nach Berlin, der zweite Innovationscampus dieser Art in Deutschland und wird ein internationales Schaufenster der Energiewende sein. Rund 4.000 Mitarbeiter aus etablierten Unternehmen, innovativen Start-ups, Wissenschaft und Forschung werden hier in engem Austausch und in einem inspirierenden Arbeitsumfeld an den Zukunftsthemen Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit arbeiten. Ehe es 2024 losgeht, wird es noch das eine oder andere Richtfest geben. Man soll schließlich nicht nur feste arbeiten, sondern auch Feste feiern.

Ed Koch

(Quellen: Stöbe Kommunikation / EUREF)
Fotos: Ed Koch / EUREF

19) Chaostage beim rbb. Ein Gastbeitrag von Ansgar Hocke



paperpress

seit 1976



Nr. 614-08

16. Juni 2023

48. Jahrgang

Chaostage beim rbb

Ein Gastbeitrag und sehr persönlicher Zwischenruf von **Ansgar Hocke**

Im schicken 13. Stockwerk des rbb Fernsehzentrums, der symbolträchtigen Intendantenetage, wo jeder und jede sich klein fühlen muss, wenn die Chefin geladen hat, genießt man einen herrlichen Ausblick. Doch die Aussicht am Arbeitsplatz sagt noch lange nichts darüber aus, welche Perspektiven denen eröffnet wird, die darunter sitzen und für die Zuschauer und Zuhörer tagtäglich arbeiten. Die Erdung ist dort oben leicht zu verlieren. Die Beschäftigten haben es beim Höhenflug von **Patricia Schlesinger** erlebt und nun erleben sie ein Kuddelmuddel bei der Suche nach einer neuen rbb Spitze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können einem nur noch leidtun.

Keine weiteren Höhenflüge

Sechs Intendantinnen und Intendanten habe ich im „Dreizehnten“ erlebt, bei jedem Wechsel wurde, soweit ich mich erinnere, das Büro neugestaltet, renoviert oder neu dekoriert. Möge die neue Intendantin vor weiteren Höhenflügen gefeit sein und das 13. Stockwerk verlassen, um sich unter die Beschäftigten zu begeben und intensiver und länger zuzuhören als ihre Vorgängerinnen. Denn es war die Belegschaft, die diesen Skandal, neben der täglichen journalistischen Routinearbeit, mit aufgearbeitet und offensiv aufgeklärt hat. Für die rbb Programmqualität war dies ein deutliches Signal. Auch bei der Auswahl der Kandidaten für die Intendanz waren es wiederum die Beschäftigten, die über die Findungskommission und über eine Befragung versuchten, den Sender in neues Fahrwasser zu bringen. Es ging schief. Am Ende dieser Kandidatensuche herrscht große Ernüchterung und Entmutigung. Keiner der ursprünglich vier Kandidaten zeigte eine klare und deutliche Qualifikation, wie sie bzw. er als Krisenmanager agieren will und die noch amtierende Intendantin **Katrin Vernau** kompetent ersetzen kann. Die neugewählte – (war es eine Wahl, es gab keine Gegenkandidaten mehr?) Journalistin und Juristin **Ulrike Demmer** traut sich viel zu.

Parteilfilz – nein Danke

In meinen Arbeitsjahren musste ich erleben, wie viele Rundfunkräte Programmpolitik mit Parteipolitik verwechselten, Ausgewogenheit, das war stets ein Synonym für Personalpolitik ganz nach Parteienproporz: Chefredakteur SPD, Intendant CDU, Kultur-

chef FDP. Mit dieser Art von Proporz scheint es (Achtung Ironie) beim rbb offenbar vorbei zu sein. Denn wer sich die parteipolitische Nähe des Rundfunkratsvorsitzenden, seiner Stellvertreterin und des Vorsitzenden des Verwaltungsrates anschaut, erkennt eher Einheit und keine Vielfalt.

Keine Kumpanei

Der rbb Rundfunkrat muss sich für einen Neuanfang erst noch beweisen und viel Unabhängigkeit und Parteilferne aufbringen. In all den Jahren zuvor gab es zu wenig Kompetenz, zu viel „Kumpanei“, zu viel Vereinnahmung durch die Geschäftsleitung, also durch die Intendanz, nach dem Motto: „Wir sitzen doch im selben Boot!“ Diese Haltung verschüttet die Pflicht zu einer funktionierenden Kontrolle. Immerhin ist der Rundfunkrat das obersten Organ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Vertreterinnen und Vertreter im Rundfunkrat verstehen sich zu gern als Lobbyistinnen ihres Verbandes, ihrer Organisation, ihrer Partei. Ganz nach dem Motto: „Wie oft und wie habt Ihr denn über uns berichtet.“

Reine Sitzungsteilnahme reicht nicht aus. Der Finanzausschuss und der Programmausschuss des Rundfunkrates erfüllen wichtige Funktionen. Vor allem bei der Vermarktung der Sportrechte, bei großen Filmproduktionen, bei den Werbe- und Medientöchtern kann von einer optimalen Kontrolle in den letzten Jahren nicht die Rede sein. Die Qualifizierung von Rundfunkräten für Ihre Arbeit ist dringend erforderlich.

Beim WDR wird übrigens von den Mitgliedern des Rundfunkrates im Sinne der NRW-Korruptionsbekämpfung eine Selbstauskunft verlangt: Ausgeübter Beruf, bestehende Beraterverträge, Mitgliedschaft in Aufsichtsräten etc. Auch beim Verwaltungs- und Rundfunkrat des rbb sollte diese Selbstauskunft rasch eingeführt werden.

Fiasko - Unternehmensberater

Mit Ausnahme weniger Jahre herrschte im rbb zu oft der „Bürokratie und Finanzhammer“. Es ging um Dienstwege, Strategiepläne der Unternehmensentwicklung, um Immobilien, um Finanzanlagen sowie um Sendevermögen und gleichzeitig um drastische Sparmaßnahmen im Programm. Irgendwie bedingte sich dies gegenseitig. Nur in der Krösus Zeit von **Patricia Schlesinger** änderte sich dies kurzfristig. Da wurde das Geld verprasst mit der Planung eines Medienhauses und einigen Programmleucht-



türmen. Was sagt uns das: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt kein herkömmliches Unternehmen; er erzeugt keine Gewinne, er lebt von einem solidarfinanzierten System; föderal strukturiert. Letztendlich sind die Nutzer und Nutzerinnen der Arbeitgeber. Die verheerende Propagandawirkung des Reichsrundfunks brachte die Alliierten in den Westsektoren dazu, ein wirtschaftsfreies und staatsfernes Organ zu schaffen in Selbstverwaltung. Das war, ist und bleibt ein Glücksfall.

Damit dies ein Glücksfall bleibt, müsse neue Führungsstrukturen und flache Hierarchien her, verbunden mit neuen Gehaltsstrukturen. Die Anzahl der Häuptlinge, der Teamleiter, der Abteilungsleiter und der Referenten von Referenten in der Verwaltung, wuchs während meiner 45 Jahre kontinuierlich an. Häuptlinge, die sich offenbar nach oben hin gegenseitig stützten, um dann Prämien und Boni zu erhalten. Die Zahl der außertariflich Beschäftigten stieg von Jahr zu Jahr. Die Schamlosigkeit und Protzerei einer Hierarchie, die auch woanders anzutreffen sind, darf nicht Anlass werden, um das öffentlich-rechtliche Rundfunksystems infrage zu stellen, sondern muss Anlass für einen notwendigen Wendepunkt, für Umkehr sein.

Um es deutlich zu sagen:

Skandale, fehlende Transparenz, Überversorgung, gab und gibt es auch woanders: Bei den Sparkassen, dem ADAC, der Neuen Heimat, der Deutschen Bahn, bei Hertha, der Telekom und bei Siemens.

Ein Direktor reicht auch

Was für ein peinliches Gerangel um den Posten der ersten Frau im rbb. Aber es geht ja auch um was: Bis in diese Tage hinein sind Intendanten sehr mächtig. Sie besitzen die Programmhoheit, die Geschäftsführung unterliegt ihnen, sie haben umfassende Kompetenzen. So ist es, weil es eine Intendantenverfassung gibt. Bei den Leitungen staatlicher Institutionen wie Theater, Opern mag das angehen, aber nicht in einer modernen öffentlich-rechtlichen Medienanstalt. Intendanten haben viel Macht und führen quasi einen Wahlkampf unter den Rundfunkräten, um wiedergewählt zu werden; sie haben persönliche Interessen, umso wichtiger ist es, ihre Macht zu kontrollieren oder die Intendantenverfassung in einer nicht zu fernen Zukunft abzuschaffen. Dafür hat die Politik zu sorgen. Ein geschäftsführender Vorstand reicht vollkommen.

Die neue Intendantin muss jetzt die Belegschaft motivieren, gutes Programm machen können sie alle-

mal. Aber die Akzeptanz der Berliner und Brandenburger nach all den Querelen wieder zu erringen und auszubauen wird schwer.



Ulrike Demmer (50) wird neue Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Der Rundfunkrat wählte sie am Donnerstag (16.06.23) mit großer Mehrheit für die kommenden fünf Jahre. Sie wird ihr Amt spätestens zum 15. September antreten. Sie setzte sich gegen **Dr. Heide Baumann** (50) durch.

Ulrike Demmer ist in Solingen geboren und studierte Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin. Nach dem Besuch der Berliner Journalistenschule volontierte sie beim ZDF. Sie arbeitete u.a. für radioeins vom rbb, den NDR (Extra 3) sowie für das ZDF-Morgenmagazin. Während ihrer Zeit beim Spiegel, unter anderem als Korrespondentin für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, erhielt sie den Deutschen Reporterpreis und den Henri-Nannen-Preis. Dann wechselte sie ins Berliner Focus-Büro, anschließend als Leiterin ins Hauptstadtbüro des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND). Von 2016 bis 2021 war Ulrike Demmer stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung.

Ulrike Demmer: „In den vergangenen Monaten haben alle im rbb mit Nachdruck gezeigt, dass sie die Krise des Hauses hinter sich lassen wollen. Ich freue mich darauf, daran jetzt selbst mitarbeiten zu können. Die Herausforderung ist groß, aber ich weiß, dass ich mich in ein starkes Team einreihe, in dem ich gerne Verantwortung übernehmen werde. Aufbauend auf den Maßnahmen der vergangenen Monate machen wir gemeinsam mit den Mitarbeitenden den rbb in Brandenburg und Berlin wieder stark. Mein Ziel: Eine in die nicht-lineare Zukunft weisende Programmvvielfalt, die die unterschiedlichen Lebenswelten unseres Sendegebietes abbildet, junge, wie



ältere Menschen inspiriert und ihnen eine Stimme gibt."

Oliver Bürgel, Rundfunkratsvorsitzender des rbb: „Ulrike Demmer wird die Konsolidierung des rbb weiter vorantreiben und neue inhaltliche Akzente für die Zukunft setzen. Beides war dem Rundfunkrat bei seiner Entscheidung wichtig. Der Weg zu dieser Wahl war für alle Beteiligten herausfordernd, wir danken allen Kandidierenden für die Bereitschaft, ihre Kompetenzen in den Dienst des rbb zu stellen. Gleichzeitig gilt besonderer Dank auch der amtierenden Intendantin **Dr. Katrin Vernau**, die den rbb nach dieser weitreichenden Erschütterung wieder zur Handlungsfähigkeit geführt hat.“

Benjamin Ehlers, rbb-Verwaltungsratsvorsitzender: „Ulrike Demmer hat uns bereits in der Bewerbungsphase überzeugt. Sie hat unser volles Vertrauen und kann die Arbeit mit Rückenwind beginnen. Jetzt besprechen wir im nächsten Schritt ab der kommenden Woche miteinander die Vertragsdetails, damit ein reibungsloser Übergang gewährleistet ist. Dabei wird sich dann auch der genaue Termin der Amtsübergabe klären.“

Dr. Katrin Vernau, Intendantin des rbb: „Ich gratuliere Ulrike Demmer herzlich zur Wahl. Die Entscheidung des Rundfunkrates gibt den Mitarbeitenden des rbb Klarheit und eine Perspektive für die kommenden Jahre, nachdem sie sich in den letzten acht Monaten aus der tiefsten Krise ihrer Geschichte herausgearbeitet haben. Wir werden jetzt für eine vertrauensvolle und geregelte Übergabe sorgen.“

Im Vorfeld der Wahl hatte eine Findungskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden des Rundfunkrates, der Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der Personalratsvorsitzenden und der Sprecherin der Freienvertretung die Suche nach geeigneten Kandidierenden übernommen. Am Freitag standen zwei Bewerberinnen zur Wahl.

Sabine Jauer, Vorsitzende des rbb-Personalrats: „Wir hatten Kritik am Verfahren. Personalrat und Freienvertretung haben deshalb eine Neuauflage gefordert. Wir konnten den Rundfunkrat davon nicht überzeugen und wünschen Frau Demmer für ihre künftige, nicht einfache Aufgabe alles Gute.“

Die Wahl eines Intendanten bzw. einer Intendantin ist im rbb-Staatsvertrag geregelt. Danach muss die Position ausgeschrieben werden, eine Amtszeit dauert fünf Jahre. Nur vor dem Hintergrund der besonderen Situation des rbb war im September 2022 die Wahl einer Intendantin für kürzere Zeit möglich. Ihre

Amtsdauer erstreckte sich bislang allerdings nur bis zum Tag der Wahl einer neuen Intendantin/eines Intendanten. Damit Katrin Vernau das Amt nun bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolgerin weiterführen kann, bestätigte der Rundfunkrat sie am Freitag in ihrer aktuellen Position. Vernaus Vertrag endet am 15. September 2023, danach hat sie die Möglichkeit, als Verwaltungsdirektorin zum WDR zurückzukehren, von wo sie vor neun Monaten zum rbb gewechselt ist.

Programmdirektorin **Martina Zöllner** ist jetzt auch stellvertretende Intendantin des rbb. Dies bestätigte der Rundfunkrat ebenfalls in seiner Sitzung am Freitag.

Quelle und Foto: rbb Presseportal

20) Steglitz, wir haben ein Problem! Wie Berlin zum Mars flog. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-07

12. Juni 2023

48. Jahrgang

STEGLITZ, WIR HABEN EIN PROBLEM!

Wie Berlin zum Mars flog

DAS Berliner Kabarett-Theater im Europa-Center

STACHEL SCHWEINE



Wie sagte ein Nachfolger **Willy Brandts**, ein Mann namens **Kai Wegner**: „Berlin gehört in die Top 3 der Welt!“. Daher: Lokale Visionäre aus Berlin planen jetzt den großen Coup!

Woran bislang Amerikaner und Russen scheiterten, auch Chinesen und Inder sowie zuletzt **Elon Musk**: Unter der Leitung eines ehemaligen BVG-Koordinators soll der Mars besiedelt werden!

Die Berlinonauten: Per Los ausgewählt. Die Rakete: Mit Wärmepumpe. Das Ziel: Eine Marskommune 1 ohne Diskriminierung, ohne Ausbeutung und endlich bezahlbarer Wohnraum! Ein kühnes Projekt. Bei dem am Ende hoch ambitionierte Politiker auf Berliner Klimaschutzler, extrovertierte Künstler und philosophierende Kleingärtner treffen.



Foto: Dirk Dehmel

Aber auch ausländische Geheimdienste werden auf den Plan gerufen. Wird Mastermind **Dr. Franziska Giffey** in die Geschichte eingehen? Und wie reagieren die Bayern auf Überlegungen des Berliner Senats, die 50 Milliarden Projektkosten über den Länderfinanzausgleich zu finanzieren?

Das brandneue Kabarett-Programm der STACHELSCHWEINE: Hintersinnig, gemein, pointiert, rasant und mit Musik. Das Programm stammt aus den bewährten Federn von **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg**. Regie: **Marcus Kaloff**. Mitwirkende: **Robert F. Martin**, **Heike Ostendorp** und **Santina-Maria Schrader**.

Die Premiere findet am Samstag, dem 16. September 2023 im Europa-Center statt.

Zur Generalprobe am 13. September 2023 kosten die Tickets nur 10 Euro. Bei den beiden Voraufführungen am 14. und 15. September 2023 ab 26 Euro wie auch bei allen weiteren Vorstellungen ab dem 20. September 2023. Tickets für die Premiere ab 28 Euro.

Tickets unter:

www.diestachelschweine.de

Die Stachelschweine sind DAS Berliner Traditions-kabarett. Im Herbst 1949 wurde es in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre.

Rolf Ulrich gilt als Vater der Stachelschweine. Zum Ensemble gehörten neben vielen anderen so bekannte Namen wie **Wolfgang Gruner**, **Achim Strietzel**, **Edith Hanke**, **Günther Pfitzmann**, **Inge Wolffberg** und **Wolfgang Neuss**.

Von 1951 bis 1965 war die „Ewige Lampe“ in der Rankestraße 9, gleich neben der Feuerwache, das Domizil der Kabaretttruppe. 1965 zogen die Stachelschweine ins Europa-Center um, von wo aus sie noch heute die Welt satirisch betrachten.

Die „Ewige Lampe“ war noch lange Zeit eine richtig schöne, echt Berliner Kneipe. Heute findet man unter dem Eintrag Rankestraße 9: „Ha Lo Asia Restaurant – Asiatische Küche – rustikal-charmantem Flair.“ Wenigstens das ist übriggeblieben.

2019, zum 70sten Jubiläum der Stachelschweine, übernahmen **Frank und Caroline Lüdecke** das Theater. **Frank Lüdecke** ist aus zahlreichen Fernsehauftritten, u.a. in der ZDF „Anstalt“, aber auch durch Soloprogramme bei den „Wühlmäusen“ bekannt. In seinem eigenen Theater tritt er wieder am 19. Juni, sowie 3. und 24. Juli mit dem Programm „Das Falsche muss nicht immer richtig sein“ auf.

Ed Koch

(Quellen: Die Stachelschweine / Wikipedia)

21) Zweierlei Maß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-06

12. Juni 2023

48. Jahrgang

Zweierlei Maß

Das sollte es in einer Demokratie nicht geben, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Es geschieht aber vor unseren Augen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 gab es Mängel in 207 von 2.254 Wahllokalen.

Details erfahren Sie hier:

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2021/beitraege/bericht-landeswahlleitung-wahlpannen-berlin-daten-auswertung.html>

Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat am 16. November 2022 entschieden, dass in Berlin am 12. Februar 2023 die Wahl komplett wiederholt werden muss, also auch in den 90 Prozent der Wahllokale ohne Beanstandungen. Vom Ergebnis her war es jedoch keine Wiederholungs-, sondern eine Neuwahl. Bei einer Wiederholungswahl hätten ja schließlich alle am 12. Februar 2023 ihr Kreuz an derselben Stelle machen müssen wie am 26. September 2021. Das taten sie natürlich nicht. Ergebnis: Aus Rot-Grün-Rot wurde Schwarz-Rot und auf der ganzen Länge der Friedrichstraße dürfen wieder Autos fahren.

Parallel zur Abgeordnetenhauswahl fand auch die für den Bundestag statt. Festgestellt wurden Mängel in 327 von 2.256 Wahllokalen. Und siehe da, der Bundestag beschloss, dass nur hier neu abgestimmt werden muss. Das verstehe, wer will. Bisher ist allerdings nichts geschehen, weil der Vorgang beim Bundesverfassungsgericht liegt, das bislang keine Entscheidung getroffen hat.

Jetzt lesen wir in einer Meldung der Deutschen Presseagentur, dass sich Berlins Landeswahlleiter **Stephan Bröchler** auf die **Europawahl im Juni 2024** vorbereitet und offenbar gleichzeitig auf die Wahlwiederholung in den besagten 327 Wahllokalen. Übrigens: im **Herbst 2025** findet die nächste **Bundestagswahl** statt.

Bröchler spricht der dpa gegenüber davon, dass es „*möglicherweise noch in diesem Jahr eine Entscheidung in Karlsruhe dazu gibt.*“ Und er schließt nicht aus, dass das Gericht auch eine komplette Neuwahl beschließen könnte, was natürlich nur Berlin und nicht das ganze Land betreffen würde.

CDU/CSU und AfD haben eine „Wahlprüfungsbeschwerde“ in Karlsruhe eingereicht mit dem Ziel, möglichst in allen Wahllokalen noch einmal abstimmen zu lassen. Ob das neue Berliner Ergebnis die

Zusammensetzung des Bundestages merklich verändern würde, darf bezweifelt werden. **Nur vier Prozent der 736 Abgeordneten kommen aus Berlin**, acht davon stellt die SPD, sieben die Grünen, fünf die CDU, vier die Linke und jeweils drei FDP und AfD. Die zwölf Berliner Wahlkreise haben vier Christdemokraten, jeweils drei Grüne und Sozialdemokraten und zwei Linke gewonnen.

Daran könnte sich einiges ändern, gefährdet aber nicht die Ampel-Mehrheit im Bundestag. Die größte Gefahr der Ampel-Koalition geht von ihr selbst aus.

Zur Vervollständigung hier die Ergebnisse vom September 2021 nach Erst- und Zweitstimmen: SPD 22,9/23,4% - Grüne 20,9/22,4% - CDU 18,9/15,9% - Linke 14,3/11,4% - AfD 8,1/8,4% - FDP 7,1/9,1%.

Das höchste Gut in einer Demokratie ist die allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl. **(Artikel 38 Grundgesetz) Wie kann es sein, dass unser höchstes Gericht, das über die Verfassung zu wachen hat, diese nicht ernst nimmt? Sicherlich hat das Bundesverfassungsgericht viel zu tun. Es kann aber doch nicht einen Vorgang wie diesen mit einer Eingangsnummer versehen und ihn erst bearbeiten, wenn er unter dem Stapel wieder sichtbar wird. Die Frage einer möglichen Wiederholungswahl hat höchste Priorität.**

Eine Wiederholungswahl muss zeitnah stattfinden und nicht erst, wenn sich die politische Lage verändert hat und es deutlich andere als die ursprünglichen Ergebnisse gibt.

Eines ist sicher: wir werden in den nächsten Monaten und Jahren noch viele Gelegenheiten haben, wählen zu gehen. Und das ist schließlich auch sehr sehr gut so! Gern nehme ich bei meinen harten künftigen Einsätzen als Helfer im Wahllokal das Erfrischungsgeld mit, das meinen Kühlschrank für mindestens zwei Wochen füllt.

Ed Koch

22) „75 Jahre Luftbrücke“ – Jubiläumsausstellung im Rathaus Schöneberg. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-05

11. Juni 2023

48. Jahrgang

Jubiläumsausstellung „75 Jahre Luftbrücke“ im Rathaus Schöneberg



Jubiläumsausstellung
30.06.-02.07.2023 Rathaus Schöneberg

Bei freiem Eintritt wird die Jubiläumsausstellung von Freitag, dem 30. Juni 2023, bis Sonntag, dem 2. Juli 2023, durch einen Verbund Berliner Philatelisten Vereine in Kooperation mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg veranstaltet. Gewürdigt wird der 75. Jahrestag der Berliner Währungsreform, der Beginn von Blockade und Luftbrücke und der Entstehung des „Markenlandes wider Willen“ Berlin (West).



In einer philatelistischen Sonderschau wird am historischen Ort im selten für die Öffentlichkeit zugänglichen Kennedy-Saal die Berliner Geschichte zwischen 1945

und 1990 präsentiert mit Originaldokumenten, Briefen, Stempeln, Fotos und Ansichtskarten. Die meisten Belege werden sogar erstmals öffentlich ausgestellt. Ein besonderer Höhepunkt ist die Präsentation eines Original „Candy-Fallschirms“ der 1949 in Lichterfelde-Ost aufgefunden wurde, umrahmt mit Fotos von **Gail Halvorsen**, aufgenommen anlässlich des Veteranentreffs 60 Jahre Luftbrücke.

Bereits im März 1949, noch während der Blockade und Luftbrücke, wurde die erste Luftpostausstellung nach dem Krieg im Rathaus Schöneberg durch den Luftpostsammlerverein IAPC durchgeführt, der auch jetzt zu den Organisatoren der Veranstaltung gehört. Während der damaligen Ausstellung überflogen die von Westen anfliegenden Luftbrückenmaschinen

kurz vor der Landung das Rathaus Schöneberg. Diese Situation ist auf dem Sonderstempel dargestellt.



Neben einem Sonderpostamt mit einem Sonderstempel werden thematisch passende „Marken Individuell“ mit Ansichten der bekanntesten Luftbrückenflugzeuge und entsprechende Sonderumschläge und zahlreiche Erinnerungsbelege zu den Jahrestagen der Luftbrücke angeboten.



Zudem wird es eine Sonder-Luftpostbeförderung auf dem historischen westlichen Flugkorridor „75 Jahre Luftbrücke zwischen Berlin und Frankfurt/Main“ geben. Nur wenige wissen, dass es ein etwas kleineres Luftbrückendenkmal auch in Frankfurt am Main gibt. Auf einem Sonderumschlag wird darauf Bezug genommen.

Am Samstag, dem 1. Juli 2023, finden zusätzlich im Goldenen Saal um 15:00 und 17:00 Uhr öffentliche Vorträge zu den Themen „Luftbrücke“ und „Währungsreform“ statt.

Die Ausstellung findet im Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 im ersten Stock, Raum 1110, im Kennedy-Saal, statt.

Öffnungszeiten Freitag, 30. Juni 2023, 10:00-17:00 Uhr, Samstag, 1. Juli 2023, 10:00-17:00 Uhr, Sonntag, 2. Juli 2023, 10:00-15:00 Uhr.



Programm

Jubiläumsausstellung 75 Jahre Berliner Luftbrücke:

Freitag, 30. Juni 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Öffnung der Ausstellung, Sonderpostamt
10:15 Uhr: Begrüßung durch den Veranstaltungsleiter **Hans-Ulrich Schulz** (Forschungsgemeinschaft Berlin).

Grußwort durch den Vorsitzenden des Philatelisten Verbandes Nordost e. V., **Helge Schinkel**.

Ausstellungseröffnung durch **Matthias Steuckardt**, stellvertretender Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg.

Buchpräsentation des 10. Bandes der Schriftenreihe der FG Berlin von **Klemens Nicklaus**: „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49- eine philatelistische Betrachtung“.

Im Anschluss erfolgt eine kleine Führung durch das Rathaus Schöneberg für interessierte Gäste der Ausstellungseröffnung.

17 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

15:00 Uhr: Öffentlicher Vortrag
„75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

Samstag, 1. Juli 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Ausstellungsöffnung, Sonderpostamt

17:00 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

15:00 Uhr: Öffentliche Vorträge:
Beamer-Präsentation „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke“ — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

17:00 Uhr: Beamer-Präsentation „Die Währungsreform in Berlin (West) 1948/49“, Klemens Nicklaus.

Sonntag, 2. Juli 2023

Kennedy-Saal, Raum 1110

10:00 Uhr: Ausstellungsöffnung

15:00 Uhr: Schließung der Ausstellung

Goldener Saal

10:30 Uhr: Öffentlicher Vortrag
Beamer-Präsentation „75 Jahre Berliner Blockade und Luftbrücke — eine zeitgeschichtliche Betrachtung“, Hans-Ulrich Schulz

23) Die Legende lebt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 614-03

9. Juni 2023

48. Jahrgang

Die Legende lebt



Es dürfte kaum noch jemand unter uns sein, der das Originalensemble der **Comedian Harmonists** live erlebt hat. 1927 in Friedenau gegründet, waren drei Tenöre, ein Bariton, ein Bass und natürlich der Mann am Klavier in Berlin und weit darüber hinaus unterwegs, um gute Laune zu verbreiten. Ohrwürmer wie „Veronika, der Lenz ist da“, „Mein kleiner grüner Kaktus“ oder „Ich wollt, ich wär ein Huhn“, sind unvergessen und werden auch heute noch im Radio gespielt.

Die Karriere der Comedian Harmonists hätte noch ewig weitergehen können, wenn sich ab 1933 nicht die braune Pest des Nationalsozialismus über Deutschland ergossen hätte. Drei der Ensemblemitglieder waren Juden, die nicht mehr auftreten durften. Es ist immer noch nicht zu glauben, wohin ein weitestgehend von der Bevölkerung mitgetragener Rassenwahn führen kann. Die Geschichte der Comedian Harmonists können Sie auf Wikipedia nachlesen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Comedian_Harmonists

Es gab im Laufe der Zeit viele Versuche einer Neugründung. Die erfolgreichste ist die der **Berlin Comedian Harmonists**, die aus dem Ensemble der Uraufführung des Theaterstücks „Veronika, der Lenz ist da – Die Comedian Harmonists“, das am 19. Dezember 1997 an der Komödie am Kurfürstendamm in Berlin Premiere hatte, hervorgegangen ist. **Olaf Drauschke** und **Holger Off** gehören zu den Gründungsmitgliedern. Im Laufe der Zeit gab es mehrere Veränderungen, aktuell gehören dem Ensemble **Ralf Steinhagen**, **Ulrich Bildstein**, **Wolfgang Höltzel** und **Nicolai Orloff** an.



Einmal im Jahr veranstaltet das Seniorenamt des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ein Galakonzert im Kammernsalsaal der Philharmonie. Sozialstadtrat **Matthias Steuckardt** lässt es sich dabei nicht nehmen, die Senioren seines

Bezirks persönlich zu begrüßen. Für die Zielgruppe ist der Ausflug von Tempelhof-Schöneberg in den Tiergarten jedes Jahr ein Highlight. Man kennt sich und freut sich auf das Wiedersehen. Stadtrat Steuckardt lässt in seiner Begrüßung die anderen Angebote seines Amtes nicht unerwähnt. Vor allem gibt es viel zu erleben in den Seniorentagesstätten. Dass alte Menschen einsam zu Hause sitzen müssen, stimmt nicht.



Die Galakonzerte gefallen nicht nur den Senioren, sondern auch der Politprominenz des Bezirks. Am Ende verteilt Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** Blumen an die Sänger. Auch die früheren Bürgermeister, wie **Dieter Hapel** und **Angelika Schöttler**, lassen sich das Event nicht entgehen. Jugendstadtrat **Oliver Schworck** hat kein Konzert in den letzten Jahren versäumt und schwärmt noch heute von dem Auftritt von **Vicky Leandros**.

Natürlich sind es die bekannten Lieder, die zu Gehör gebracht werden, wobei „Ein Freund, ein guter Freund“ nicht fehlen darf. Die Berlin Comedian Harmonists, die nicht zuletzt als Gäste in unzähligen Konzerten von **André Rieu** weltweit aufgetreten sind, gehen mit der Zeit. Und so stehen auch Songs wie „99 Luftballons“, „All you need is love“ oder „Hotel California“ auf der Programmliste.

Zwischen den Liedern erzählt jedes Ensemblemitglied eine Geschichte aus seinem Leben, was den Auftritt sehr persönlich werden lässt. Mit „Über den Wolken“ von **Rainhard Mey** endete der offizielle Teil des Konzerts und natürlich mangelte es nicht an Zugaben. In der Tradition der Original Comedian Harmonists erklingt zum Schluss das Lied „Auf Wiedersehen“, mit dem sie sich bei jedem Konzert vom Publikum verabschiedeten.

Bleibt zu hoffen, dass unserem Land auch künftig blinder Rassenwahn erspart bleibt, der vor allem darauf abzielt, die Kultur zu vernichten. Der letzte Titel, den die Comedian Harmonists 1935 aufnahmen, trug den Titel „Morgen muss ich fort von hier“. Die drei jüdischen Ensemblemitglieder haben Nazi-Deutschland überlebt. Der Gründer **Harry Frommann** starb 1975 mit 69 Jahren, und **Bariton Roman Cycowski** wurde sogar 98 Jahre alt und starb 1998. In diesem Sinne wünschen wir den Berlin Comedian Harmonists ein langes Leben.

Informationen über künftige Auftritte finden Sie unter:

<https://www.berlin-comedian-harmonists.de/>

Am 16. und 31. Dezember und 1. Januar 2024 wieder in Berlin.

Ed Koch
auch Fotos

1

24) So geht's auch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 614-01

1. Juni 2023

48. Jahrgang



So geht's auch

Man kann sich auf Straßen festkleben und den Verkehr zum Erliegen bringen, um das Klima retten zu wollen, oder sich konkret mit dem Thema beschäftigen. **Lesen Sie bitte auch die Anmerkungen am Ende dieses Beitrages.**

Am Nachmittag des 9. Juni dreht sich alles um die Themen Klimaschutz und Energiesparen. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte von Berliner Schulen stellen in einem abwechslungsreichen Programm ihre Klima-Aktionen vor. Bei einer Podiumsdiskussion kann Abgeordneten auf den Zahn gefühlt werden. Der Tag der **KlimaVisionen** am Freitag, dem 9. Juni 2023, von 15.00-17.30 Uhr, bietet viele Möglichkeiten zur Vernetzung, die Teilnahme ist kostenfrei. Wer im nächsten Schuljahr dabei sein will, kann sich gleich vor Ort anmelden.

Was ist der beste Weg zu einer Klima-Roadmap für die eigene Schule? Welche kreativen Ideen laufen besonders gut und wo hakt es auch mal? Wie funktioniert der internationale Austausch zwischen Klimaschulen in Griechenland und Berlin? Das sind nur einige Themen beim großen Tag der KlimaVisionen.

Bei einer Podiumsdiskussion mit Berliner Abgeordneten können sich Schülerinnen und Schüler aktiv einbringen und den Politikern auf den Zahn fühlen. Alles unter dem Motto „Wie kann Politik den praktischen

Klimaschutz an Schulen unterstützen?“. Aus dem Berliner Abgeordnetenhaus stellen sich **Turgut Altug** (Grüne), **Danny Freymark** (CDU) und **Linda Vierecke** (SPD) den Fragen der Jugendlichen.

Mehr als die Hälfte der öffentlichen Gebäude sind Schulen, die damit ein entscheidender Faktor bei der Erreichung der Klimaziele des Landes Berlin sind. Seit 2021 haben 40 Berliner Schulen am Projekt KlimaVisionen teilgenommen, das von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gefördert wird. Das Projekt wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzpartner des Jahres 2022“ ausgezeichnet.

Das **Unabhängige Institut für Umweltfragen Ufu e.V.** führt gemeinsam mit Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften im Rahmen des Projekts vor Ort Klima-Checks und Workshops durch, damit spannende Klima- und Umweltaktivitäten in den Schulalltag integriert werden können. Jede Schule entwirft dabei ihren eigenen Weg und individuelle Aktionen. Die Ideen sind vielfältig und reichen vom Energiesparen bei der Beleuchtung bis zu Mobilität, Ernährung, Schulhofbegrünung und ganzen Klima-Aktionstagen.

Das Projekt KlimaVisionen ist gerade um zwei Jahre bis 2025 verlängert worden. Für interessierte Schulen ist die Veranstaltung am 9. Juni 2023 ideal, um sich ein Bild vom Projekt zu machen und mit anderen Schulen in Kontakt zu treten: Gemeinsam voneinander lernen, kooperieren, Zukunftsvisionen schmieden und zeigen, dass es viele Klima-Aktive an Berliner Schulen gibt, die sich für eine bessere Zukunft einsetzen. Die Anmeldung für den Tag der KlimaVisionen ist weiterhin kostenfrei online möglich:

<https://www.ufu.de/klimavisionen-abschlussveranstaltung/>

Die Veranstaltung findet im „bUm- Raum für solidarisches Miteinander“, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin (Nähe U7-Bhf Hermannplatz und U1/U3 Görlitzer Bahnhof) statt. Leiter des Kompetenzzentrum Klimaneutrale Schulen ist der ehemalige SPD-Abgeordnete und Umwelt- und Klimaschutzexperte **Daniel Buchholz**. *Quelle: bUm*

Anmerkungen

Am Dienstagabend fand die rbb-Sendung „Wir müssen reden“ zum Thema „Streit ums Auto - Blockieren oder freie Fahrt?“ statt. **Antje Kapek**, die für die Grünen an der Sendung teilnahm, „befürchtet zunehmende Gewalt gegen die Klima-Aktivist:innen der ‚Letzten Generation‘ und warnt vor einer weiteren



Eskalation durch politische Äußerungen. Es sei zwar gerechtfertigt, dass man sich über politischen Protest aufrege. „Trotz alledem ist die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht. Und dann hört man immer: Bei Nötigung hört's auf, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Berliner Grünen-Fraktion am Dienstag im rbb-Bürgertalk ‚Wir müssen reden‘. Politiker, die in den Raum stellen, es würde sich bei den Aktionen der ‚Letzten Generation‘ pauschal um Nötigung handeln, seien ihres ‚Erachtens nach Brandstifter‘.“

Quelle: tagesschau

Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion, der ebenfalls an der Sendung teilnahm, äußerte sich am Tag danach in einer Presseerklärung: „Grüne und Linke schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, in dem sie Klebe-Blockierer in Schutz nehmen und Kritiker an deren illegalen Aktionen als Brandstifter verunglimpfen. Diese Blockaden sind illegal und gegen die Interessen aller Berlinerinnen und Berliner, speziell der arbeitenden Menschen. Sie sind eben nicht von dem Versammlungsrecht gedeckt. Wer solche Falschbehauptungen aufstellt, eskaliert die Lage, missachtet Gerichtsentscheidungen und streut den Menschen Sand in die Augen.“

Grüne und Linke lassen Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen, wenn Sie auf diese Weise zu weiteren Straftaten quasi ermuntern, statt sich um Deeskalation zu bemühen. Weder die Klebe-Blockierer noch das Verhalten von Grünen und Linken fördern den Klimaschutz, sondern stören das Gemeinwohl.

Für mehr Klimaschutz hat die Koalition von CDU und SPD ein nie dagewesenes Finanzpaket von bis zu zehn Milliarden Euro eingeplant. Dies ist umso mehr nötig, da sich die abgewählte Grünen-Verkehrssenatorin eben nicht um bessere Bus- und Schienenverbindungen bis an den Stadtrand sowie P&R-Plätze gekümmert hat. Grüne und Linke haben in ihrer Regierungszeit eben viel zu wenig für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin getan. Diesen werden wir jetzt entschieden vorantreiben.“

Sicherlich ist die „Letzte Generation“ weder eine kriminelle Vereinigung noch eine Terrororganisation. Es sind zweifelsohne aber Straftaten, die die Aktivisten mit Vorsatz begehen. Sie legen mit den vielen Vorfällen nicht nur die Straßen lahm, sondern auch die Justiz, die mit der Bearbeitung der Verfahren nicht hinterherkommt. Demokratie funktioniert nur, wenn sich alle an die Regeln halten. Straßenblockaden stehen nicht im Katalog. Die Blockierer hindern nicht nur Menschen daran, pünktlich zur Arbeit zu kom-

men, sondern nehmen auch billigend in Kauf, dass Krankentransporte nicht rechtzeitig ihr Ziel erreichen, um in Notgeratenen helfen zu können. So wie die selbsternannte „Letzte Generation“ die Umwelt retten will, funktioniert es nicht. Sie sollte sich ein Beispiel an den Schülerinnen und Schülern nehmen, die sich konkret um den Klimaschutz kümmern.

Ed Koch

25) Auf dem Zahnfleisch zum Zeltlager. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 613-25

31. Mai 2023

48. Jahrgang

Auf dem Zahnfleisch zum Zeltlager

Teure und weniger Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche erwartet der **Landesjugendring Berlin** für 2023. Der Grund: Berlins Energiekostenhilfe greift nicht für die typischen Angebote der 37 Jugendverbände. Der Landesjugendring Berlin fordert das Land Berlin auf, bei der Energiekostenhilfe nachzubessern – gerade vor den Sommerferien.

Der Eintopf beim Feriencamp mit hundert Kindern und Jugendlichen im Thüringer Wald, das Bahnticket zur Jugendbegegnung nach Paris, der Sprit für den Sprinter, mit dem die Zelte zum Lagerplatz in Brandenburg transportiert werden: Alles wird teurer. Berlins Energiekostenhilfe hilft dabei jedoch nicht weiter. Eigentlich sollen die Hilfen auch die steigenden Ausgaben von Vereinen und Verbänden abfedern. Berücksichtigt werden dabei aber nur Strom und Wärme, zum Beispiel für die Büroräume der Jugendverbände oder die Räume von Jugendclubs. Angebote, die außerhalb stattfinden, bekommen keine direkte Unterstützung.

„Jugendverbände machen Kindern und Jugendlichen viel weniger Angebote an einem bestimmten Ort als zum Beispiel Jugendclubs“, betont **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Die Jugendarbeit in Berlin sei aber sogar gesetzlich verpflichtet, so genannte „Erholungsfahrten und -reisen, internationale Jugendbegegnungen und Seminarfahrten, aber auch andere mobile Angebote“ für junge Menschen anzubieten. So steht es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG § 6c). Diese Angebote müssen darum auch Anspruch auf die Energiekostenhilfe haben, fordert der Landesjugendring Berlin vom Land. Basis ist ein Beschluss seiner Mitgliederversammlung, gefasst von 37 Berliner Jugendverbänden. Viele von ihnen sind bereits in die Planung für Kinder- und Jugendfreizeiten in den Sommerferien gegangen.

„Feriencamps, Gruppenfahrten oder Jugendbegegnungen sind von den Energiekostensteigerungen massiv betroffen“, beklagt Weickmann. Rund 850 solcher Angebote für 25.000 junge Berlinerinnen und Berliner böten die Jugendverbände pro Jahr an. Es sei fachlich nicht begründbar, dass es dafür keine Hilfen gäbe. In der Folge befürchten die Jugendverbände, dass sie diese Angebote 2023 stark reduzieren oder die Teilnahmebeiträge um bis zu 25 Prozent erhöhen müssen. Ferienfahrten können sich dann

nur noch wohlhabende Eltern für ihre Kinder leisten. „Bieten die Jugendverbände weniger Ferienfahrten an, wird das Land Berlin seine eigens festgelegten Ziele für die Menge solcher Fahrten weiter unterschreiten“, so Weickmann. Einer wachsenden Zahl junger Menschen in Berlin steht dann eine sinkende Zahl von Angeboten der Jugendarbeit gegenüber.

Quelle: Landesjugendring Berlin



Quelle: Staeken Info

Nicht alles, aber vieles war früher besser. Zum Beispiel die Ferienangebote der Bezirke. Als West-Berlin noch eingemauert war, gab es viele Projekte, durch die die Kinder der Stadt hier mal für ein paar Wochen rauskamen. Auch wenn Begriffe wie „Zeltlager“ oder „Ferienmaßnahme“ sehr nach Verwaltungsdeutsch klingen, so waren diese Angebote sehr beliebt, gerade für Familien, die es nicht so dicke haben.

Der Autor dieses Beitrages hat in seiner beruflichen Tätigkeit für ein Jugendamt Ferienfahrten für Kinder zum Beispiel an den Baldeneysee in Essen oder nach Otterndorf bei Cuxhaven betreut. Hunderte von Kindern nahmen mit Begeisterung daran teil. Für sie war es teilweise das erste Mal, dass sie aus Berlin rauskamen.

Aber auch in Berlin, beispielsweise am Wannsee und auf Schwanenwerder hieß es „Kinder in Licht, Luft und Sonne.“ Auf Schwanenwerder fand darüber hinaus ein Internationales Jugendcamp mit Teilnehmenden aus vielen Ländern statt. Jugendbegegnungsreisen wurden auch ins Ausland durchgeführt. Nach der Wende wurden diese Angebote immer weiter runtergefahren. Warum eigentlich? Das war genauso unsinnig, wie die schnelle Abschaffung der Berlin-Zulage durch Bundeskanzler Kohl. Als wenn das Leben in West-Berlin durch die Wiedervereinigung preiswerter geworden wäre.

Es sind viel zu häufig nur Lippenbekenntnisse, wenn es um die Zukunft, also die Kinder geht. Vom großen Kuchen der Milliardenpakete, bleiben für die Kinder nur Krümel übrig. Zeit für eine Zeitenwende, lieber neuer Senat.

Ed Koch

1

Österreich (Seite E 241)

- Keine Berichte -

S ü d t i r o l (Seiten E 242 – E 253)

01) Schweigespirale zu Hungerstreik für 105-Jährige Südtirolerin

26. 06. 2023



Der Vorstand des Andreas Hofer-Bundes (v. l. n. r.: AHBT-Obmannstellvertreter Hermann Unterkircher, AHBT-Obmann Alois Wechselberger, Hermine Orian und AHBT-Südtirol-Beauftragte Edith Weinreich) besuchte Frau Orian an ihrem 103. Geburtstag in ihrem kleinen Haus in Schenna bei Meran.

Es ist ein innenpolitischer Skandal, der taktloser kaum sein könnte. Die österreichische Bundesregierung weigert sich seit Jahren einer mittlerweile 105-Jährigen Südtirolerin die Staatsbürgerschaft zu verleihen (während sie jeder illegale Migrant nach einigen Jahren fast schon geschenkt bekommt). Dabei ist der stolzen Österreicherin, die zwangsweise zur Italienerin wurde, nur mehr eines im Leben wichtig: Sie möchte als Staatsbürgerin Österreichs sterben. Die politische Elite spielt jedoch aus politischer Korrektheit auf Zeit und hofft auf eine „biologische Lösung“ des unangenehmen Falls. Doch seit Monaten steigt der Südtiroler Heimatbund auf die Barrikaden, bis hin zum Hungerstreik, der medial totgeschwiegen wird:

Schweigespirale über dem Fall Orian und dem Hungerstreik des AHBT-Obmannes Wechselberger

Es ist eine Schande!

Am 11. Juni 2021 hatte die am 23. April 1919 als österreichische Staatsbürgerin in Kurtatsch geborene Hermine Aloisia Orian (geborene Mair) im Alter von 102 Jahren

den Antrag an die Republik Österreich, ihr die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zu verleihen. Die ehemalige Katakombenlehrerin, welche in der Zeit des Faschismus die Gefahr von Haft und Verbannung auf sich genommen hatte, wünscht sich, als österreichische Staatsbürgerin zu sterben, da sie 1919 als österreichische Staatsbürgerin geboren wurde. Heute steht Frau Orian im 105. Lebensjahr. Ihr Ansuchen wurde trotz zahlreicher Interventionen des Obmannes des mit uns befreundeten „Andreas Hofer-Bundes Tirol“ (AHBT), Mag. Alois Wechselberger, von den offiziellen österreichischen Stellen bis heute nicht behandelt.

Vor 14 Tagen trat Mag. Wechselberger aus Protest in Hungerstreik. Der „Andreas Hofer-Bund“ gab dies mit einer Presseaussendung an die Austria Presse Agentur (APA) und an zahlreiche Medien bekannt.

In einer Presseaussendung hat jetzt der „Andreas Hofer-Bundes Tirol“ (AHBT) bekannt gegeben, dass dem seit 10. Juni 2023 in den Hungerstreik getretenen Obmann Alois Wechselberger bereits Infusionen verabreicht werden.

In der Aussendung heißt es weiter: „Für das schamlose, menschenverachtende Spiel, das von Innenminister Karner (inkl. dessen rechten Hand Frau Dr. Pflieger (Abteilung Staatsbürgerschaft) und Bundeskanzler Nehammer mit Frau Orian gespielt wird, habe man kein Verständnis! Wir sind besorgt, dass Frau Orian die „Rückgabe“ der österreichischen Staatsbürgerschaft – durch gezielte politische Vereitelung aus Wien – nicht erleben wird. Und wenn unser Obmann am Hungerstreik weiter festhält, müssen wir auch hier mit dem Schlimmsten rechnen, so der zurzeit geschäftsführende Obmann des AHBT. Johann Moser.“

Die von der österreichischen Bundesregierung mittels Presseförderung und Inseraten am Leben erhaltenen sogenannten „Mainstream-Medien“ berichteten und berichten bis heute nicht darüber. Es liegt eine offenbar von der hohen Politik gewünschte Schweigespirale über dem tragischen Geschehen. Das ist eine Schande!

Man hört aber auch von jenen fortschrittlichen Kreisen, die sich bei jeder Gelegenheit mit Einwanderern aus fernen Kontinenten solidarisieren, nichts über eine Solidarisierung mit den eigenen Landsleuten Orian und Wechselberger.

Leider schweigen außer den zuständigen Regierungsstellen in Österreich auch die Südtiroler Landesregierung und die Süd- und Nordtiroler politischen Parteien.

Der „Südtiroler Heimatbund“ fordert hiermit die politischen Vertreter Südtirols auf, die Schweigespirale zu durchbrechen und endlich öffentlich Stellung zu nehmen.

Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und des Anstandes!

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) AHTB-Obmann Wechselberger in Hungerstreik getreten

Seit Jahren kämpft **Alois Wechselberger**, Obmann des Andreas Hofer-Bundes Tirol (AHTB) für **Hermine Orian**, eine inzwischen 104-jährige Südtirolerin, um die österreichische Staatsbürgerschaft. Jetzt hat er sich zu einer drastischen Maßnahme, einem Hungerstreik, entschlossen. Wechselberger begründet seine Entscheidung damit, dass „trotz der Zusage des Wiener Innenministeriums, die Sache Orian bis Ende Juni dem Ministerrat vorzulegen, bislang nichts passiert ist“.

[Bitte sehen Sie hier die ganze Aussendung des AHTB.](#)

Österreichische Bundesregierung gefährdet 2 Menschenleben!

**104jährige Südtirolerin wird die Vergabe der österr. Staatsbürgerschaft verwehrt!
AHTB-Obmann Wechselberger, der Frau Orian im Wort steht, greift zum Mittel der moralischen Notwehr: zum Hungerstreik!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der seit Jahren **strittigen Frage der österr. Staatsbürgerschaft** für die im **105. Lebensjahr stehende**

Südtirolerin, ehemalige Katakomben-Lehrerin, Urgroßmutter Hermine Orian (geb. Mayr) ist nun unser Obmann, Mag. Alois Wechselberger, in den Hungerstreik getreten.

Das Innenministerium hat uns, dem **Andreas Hofer-Bund Tirol (AHTB)**, mehrfach zugesagt, den Fall Orian – noch vor der Sommerpause (!!!) – in den Ministerrat zu bringen. Bis zur parlamentarischen Sommerpause sind es nur noch knapp drei Wochen! Unsere zahlreichen Anfragen in den letzten Wochen bestätigten jedoch, dass der Fall Orian durch **Innenminister Karner (ÖVP)** persönlich **blockiert** wird: Der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramts und auch andere mit der Sache befassten Ministerien und Regierungsstellen bestätigten, dass es bis dato keine Vorbereitungen getroffen wurden, um die Staatsbürgerschaftsfrage im Ministerrat endgültig zu behandeln und abzuschließen. Wir vom AHTB und auch Frau Hermine Orian sind offenbar durch Beamte und Minister über Wochen und Monate hinweggetäuscht worden. Wir lehnen eine von der Regierung angesteuerte „**biologische Lösung**“ – durch gezielte Verschleppung einer Entscheidung - im Fall Orian kategorisch ab!

Wie bereits in einer Presseaussendung angekündigt, hat unser Obmann als Mittel der äußersten moralischen Notwehr den Hungerstreik gewählt. **Seit Sonntag, den 10. Juni 2023 ist unser Obmann im Hungerstreik!** Es liegt nun an der Bundesregierung in Wien den Fall Orian rasch abzuschließen, um die (bereits angeschlagene) Gesundheit bzw. das Leben unseres Obmannes sicherzustellen. Für die seelischen Qualen der altersbedingt sehr gebrechlichen Frau Hermine Orian und für die körperliche Unversehrtheit unseres Obmannes machen wir die Regierung Nehammer-Kogler (namentlich Herrn Innenminister Karner) persönlich verantwortlich!

Während die sogenannte freien und unabhängigen österr. Medien zur Causa Orian (noch!!!) schweigen, berichtet bereits die italienische Presse (siehe Link unten):

[Sciopero della fame per cittadinanza italo-austriaca a 104enne - Trentino AA/S - ANSA.it](#)

Seite E 245 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Für Auskünfte und etwaige Rückfrage steht Ihnen die Rufnummer **0043 699 15186080** zur Verfügung.

Mit Gesamttiroler Gruß/Con saluti tirolesi

Zeichnet für den AHBT-Vorstand:

Johann Moser e.h.

z.Zt. geschäftsf. Obmann des AHBT und

Wilfried Nothegger e.h.

Obmann-Stv. des AHBT

Landhausmoser.alpbach@hotmail.com

obmann@andreashoferbund.tirol

www.andreashoferbund.tirol

gegr./fodata/established 1919; ZVR.: 680615565

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2023

Wien, am 15. Juni 2023

03) Das angebliche „Gemetzl“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte.
Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lücke

<https://suedtirol-info.at/das-angebliche-gemetzel-und-blutbad-auf-der-porze-scharte/>

Das angebliche „Gemetzl“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte

Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lüge

Wie jedes Jahr veranstaltete die „Nationale Alpini-Vereinigung“ („Associazione Nazionale Alpini“ – ANA) auf der Porze-Scharte („Passo di Cima Vallone“) eine Gedenkveranstaltung auf der Porzescharte in der Provinz Belluno nahe der italienischen Staatsgrenze zu Österreich. Wie die staatliche italienische Propaganda seit Jahrzehnten behauptet, hätten dort österreichische „terroristi“ am 25. Juni 1967 mithilfe von Tretminen ein Gemetzl („eccidio“) und Blutbad („strage“) angerichtet, bei dem 4 italienische Soldaten umgekommen seien.



Links: Ankündigung der diesjährigen Alpini-Gedenkveranstaltung auf der Porze-Scharte. Rechts: Eine der vielen italienischen Publikationen, in denen das Geschehen von 1967 als „Blutbad auf der Porze“ („La Strage di Cima Vallone“) dargestellt wird.

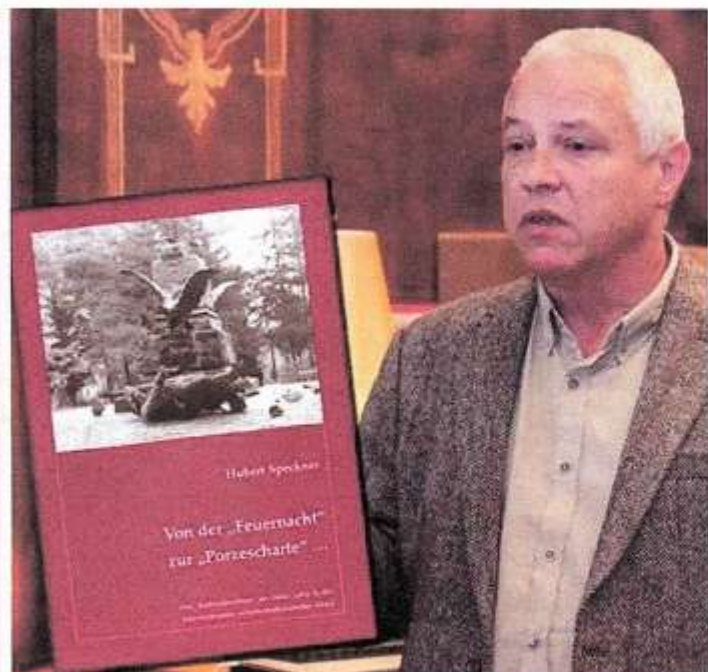
Es war um eine Erpressung Österreichs gegangen

Italien hatte damals das angebliche durch österreichische „Terroristen“ angerichtete „Gemetzel“ zum Anlass genommen, ein Veto gegen den Beitritt Österreichs zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) einzulegen. Rom hatte gefordert, dass die österreichische Bundesregierung Italien helfen sollte, die „terroristi“ mit aller Härte zu verfolgen. Die italienische Regierung hatte behauptet, dass auch weitere Vorkommnisse, bei denen Italiener zu Tode gekommen waren, den „terroristi“ zuzuschreiben seien. Wien war willig eingeknickt und hatte sich allen italienischen Forderungen gebeugt.

Ein österreichischer Militärhistoriker deckte ein Lügengebäude auf



Der österreichische Militärhistoriker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner, Lehrer an der Österreichischen Landesverteidigungsakademie, hatte bereits 2013 in der Dokumentation „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...“ anhand sicherheitsdienstlicher und persönlicher „Tatort“-Begehungen nachgewiesen, dass ein angeblicher Anschlag österreichischer Täter auf der Porzescharte mit vier italienischen Opfern am 25. Juni 1967 so nicht stattgefunden haben konnte, wie es die offiziellen italienischen Darstellungen schilderten. Zudem konnten die von Italien beschuldigten und in der Folge in Abwesenheit verurteilten Österreicher Speckners Untersuchungen zufolge auf keinen Fall die „Täter“ gewesen sein.



Am 28. November 2016 stellte der österreichische Militärhistoriker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner von der Österreichischen Landesverteidigungsakademie einem interessierten Fachpublikum in Wien ein neues Buch brisanten Inhalts vor: „**Von der Feuernacht zur Porzescharte**“ mit dem Untertitel „**Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten**“.

Speckner hatte Zugang zu allen relevanten und Jahrzehnte lang geheimen sicherheitsdienstlichen Unterlagen der Republik, welche sich mit Anschlägen in Südtirol während der Zeit des Freiheitskampfes befassten.

Das Ergebnis der Aktenauswertung ist sensationell: Bei einer Reihe von Anschlägen, welche gezielt auch Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht hatten oder hätten bringen können, hatten offenbar italienische „Dienste“ ihre Hand mit im Spiel gehabt. Hier war es darum gegangen, die „terroristi altoatesini“ als gewissenlose und verruchte Täter darzustellen, welche auf die Vernichtung von Menschenleben abzielten.

In anderen Fällen ließ sich eine provokatorische Steuerung im Hintergrund erkennen. Speckner dokumentiert auch Anschläge, die von italienischen Neofaschisten verübt worden waren und bei denen versucht worden war, sie Österreichern in die Schuhe zu schieben.

Speckners Enthüllungen bewirkten und bewirken kein Eingeständnis Roms

Wie Oberst Mag. Speckner anhand österreichischer und italienischer Akten und örtlicher Begehungen nachwies, spricht alles dafür, dass auf der **Porze-Scharte** offenbar eine **geheimdienstliche Aktion** stattgefunden hatte, bei der ein **künstlicher „Tatort“** geschaffen worden war.

Es bleibt somit der damals schon von Zeitzeugen geäußerte Verdacht bestehen, dass eine italienische Geheimdienstmanipulation vorlag, wonach Opfer einer italienischen militärischen Verminungsübung der Öffentlichkeit als Opfer blutrünstiger „Südtirol-Terroristen“ präsentiert wurden. Der damalige, parteiunabhängige **österreichische Justizminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Kleczky** nannte 2010 als Verursacher des Vorfalls eine „*inneritalienische Manipulation*“. Der renommierte **Präsident der Belluneser Anwaltskammer, Dott. Peppino Zangrando**, kam nach jahrelangen Recherchen ebenfalls zum Ergebnis, dass der Vorfall auf der Porzescharte sich so nicht zugetragen haben kann, wie von Italien offiziell dargestellt wird.

Keine italienische Regierung war bis heute bereit, dies einzugestehen, obwohl mittlerweile Speckners Forschungsergebnisse auch in italienischer Übersetzung als Buch vorliegen.



Die Zerstörung eines Lügengebäudes

Im November 2022 legte der Historiker und Militärsachverständige Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner ein neues sensationelles Werk vor:



Hubert Speckner:

„Pfitscherjoch, Steinalm, Porzescharte – Die drei „merkwürdigen Vorfälle“ des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre in den Jahren 1966 und 1967“

EFFEKT-Verlag in Neumarkt/Südtirol

Umfang: 284 Seiten, Preis ab Verlag: ab EURO 25,00

Hier geht es zur Internet-Seite des EFFEKT-Verlages:

<https://effekt-shop.it/shop/buecher/pfitscherjoch-steinalm-porzescharte/>

Anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen und Durchführung von Sprengversuchen wurde durch gerichtlich beeidete Sachverständige bestätigt, dass einige angebliche „Terrorakte“ des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) der Jahre 1966 und 1967 in Wahrheit getürkt waren. Es dürfte sich bei den italienischen toten Militärpersonen um Opfer tragischer Unfälle gehandelt haben, die nachträglich zu Opfern von „Anschlägen“ erklärt wurden.

Auch in Bezug auf das angebliche Geschehen auf der Porze-Scharte waren die Ergebnisse der Untersuchungen und Sprengversuche eindeutig: Die italienischen Darstellungen stimmen nicht.

Den Forschungsergebnissen zufolge dürften die toten italienischen Soldaten auf der Porze-Scharte vermutlich vielmehr Opfer einer missglückten Verminungsübung auf einem nahe gelegenen militärischen Übungsgelände geworden sein. Nachträglich seien sie dann offenbar zu „Opfern“ der Südtiroler Freiheitskämpfer umfunktioniert worden. Zu diesem Zweck wurde offenbar ein künstlicher „Tatort“ geschaffen.

Die Buchvorstellung in Wien – ein „Lügendeäude“ und „die Stimme der Wahrheit“



Am 9. Mai 2023 wurde das neue Buch im Cafe Landmann in Wien einem interessierten Publikum vorgestellt. Der ehemalige **Südtiroler Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl** („Südtiroler Volkspartei“ – SVP) führte zu dem neuen Werk unter anderem aus:

„Der Militärhistoriker Dr. Hubert Speckner hat mit seinem Werk drei besonders auffällige Anschläge der Jahre 1966/67 in den Blick genommen, es sind die Anschläge auf dem Pfitscherjoch, der Steinalm und auf der Porzescharte. Sie sind deshalb von Bedeutung, weil das nationalistische Italien jener Zeit – und unverändert bis heute, wenn auch kaum noch nachdrücklich, – die Anschläge mit italienischen Opfern als Tat der so genannten „Südtiroler Terroristen“ darstellte. Für Italien konnte und durfte es nicht anders sein, denn es wäre politisch undenkbar gewesen, irgendwelche Zweifel an dieser These zuzulassen. Die Zweifler an der italienischen Version wurden schnell als Terroristenfreunde gebrandmarkt. ...



Dr. Franz Pahl bei seiner Ansprache

Der Militärhistoriker Dr. Speckner ließ nicht beeindruckt und begann Nachforschungen. Es kam zutage, dass es sich bei den italienischen Darstellungen nicht um Wahrheit, sondern um ein Lügengebäude handelt. Schließlich wurden an Ort und Stelle von kompetenter Seite Erhebungen angestellt und der Ablauf nachgestellt. Die italienische Propaganda ist als solche entlarvt. Auffallend in diesem Zusammenhang, dass Italien es diesmal vorzog, alles mit Schweigen zu übergehen, um nicht etwa durch Proteste in unangenehme Diskussionen um die Beweislage verwickelt zu werden.

Zwar ist den meisten der gegenwärtigen italienischen Politiker die Zeit der Attentate in Südtirol nur noch sehr ungefähr und nur in der Weise des angeblichen „Südtirolterrorismus“ geläufig. Dennoch gibt es bei der so genannten Carabinieriwaffe, also den Einheiten der Militärpolizei, die in Italien kapillar Ordnungsfunktionen bis ins letzte Dorf innehaben, noch immer eine Erinnerung und ein Bewusstsein dafür, dass man trotz aller äußeren Ruhe achtsam bleiben müsse. Aber auch von dieser Seite gibt es wohlkalkuliertes Schweigen. Wo immer ein Buch mit südtirolpolitischer Brisanz mit Bezug auf die Sechzigerjahre erscheint, landen Nachrichten davon sofort auf den Schreibtischen von Bozen und Rom. Die italienischen Konsulate und die Botschaft wirken mit Eifer mit.

Würde Italien nicht wohlbedacht alles einfach übergehen, würde das eine arge Erschütterung hervorrufen. Wenn es darauf ankommt, sind sich alle italienischen Parteien bei den nationalen Prioritäten einig, zwar unterschiedlich im Ton, aber der Nationalismus tritt schnell wieder hervor. Der Autor Dr. Speckner hat eine breite Bresche in die italienische Falschdarstellung geschlagen. Die Bücher sind veröffentlicht, die Fakten erläutert und fachkundig belegt.

Diesen Werken und dem Bemühen und der Mitwirkung aller, die in ihrem Handeln und in ihrer Haltung als Österreicher südtirolpolitisches Bewusstsein beweisen, ist es zu verdanken, dass die Stimme für die Wahrheit nicht verstummt. Sie hat Langzeitwirkung.“

Die in Italien in Abwesenheit verurteilten Österreicher sind unschuldig

Die von Italien beschuldigten und in einem menschenrechtswidrigen Abwesenheitsverfahren 1972 in Florenz verurteilten Österreicher **Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner** können demnach keine „Täter“ in dem tatsächlich manipulierten Geschehen auf der Porze-Scharte sein. Die Genannten wurden übrigens in Österreich vor Gericht gestellt und in einem ordentlichen Verfahren in Anwesenheit (und nicht menschenrechtswidrig in Abwesenheit wie in Italien), eingehend einvernommen und 1971 freigesprochen.)



Die Angeklagten (v.l.n.r.) Egon Kufner, Univ.-Prof. Dr. Hartung und Peter Kienesberger wurden in Österreich freigesprochen.

Zu der Überzeugung der Sprengsachverständigen war auch **Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner** gelangt, wie er bei der Buchpräsentation in einem Interview mit dem Südtiroler Internetportal UT24 erklärte:

*„Ich hatte mich ja schon vor Jahren für mein damaliges Buch „Von der Feuernacht zur Porzescharte“ damit beschäftigt und weiter daran geforscht. Nun gibt es neue Erkenntnisse durch Sachverständige, die ich unter die Leute bringen möchte, weil es einfach wichtig ist, öffentlich zu machen, dass das alles so, wie es dargestellt wird, nicht gewesen sein kann. Die Akten geben etwas völlig anderes her und die neuen Erkenntnisse ein sehr interessantes Bild, vor allem durch jene der **Sachverständigen Ruspeckhofer und Hasler**.*



Oberst Dr. Mag. Hubert Speckner zusammen mit den Sprengsachverständigen Harald Hasler und Max Ruspeckhofer. Porzescharte, Steinalm und Pfitscher Joch

Ich war selbst mehrmals auf der Porzescharte, am Pfitscherjoch und auf der Steinalm. ...

In der offiziellen Darstellung stimmt von vorne bis hinten nichts, sie KANN so gar nicht stimmen, wie die Sachverständigen dargestellt haben. Leichen liegen falsch, Daten über Sprengungen, die so technisch gar nicht passiert sein können, usw.

Die Taten wurden ja bekanntlich dem BAS angedichtet, der es aber nach diesen Darstellungen gar nicht gewesen sein kann. Sachverständige vor Ort haben dies nun bestätigt. So zum Beispiel Dr. Hasler, der diese Fälle nachsprengt und mit Dummys nachgestellt hat.

Nun stellt sich die Frage: Wer war es dann? Das könnten wir erst beantworten, wenn Italien seine Archive öffnet, was es aber meiner Befürchtung nach nicht so schnell tun wird. Italien ist Meister darin, Dinge zu verschleiern und auszusetzen, um sich nicht damit zu beschäftigen.“

Bis heute ist keine offizielle Rehabilitation der damals zu Unrecht Beschuldigten erfolgt



Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung (stehend) bei seiner Wortmeldung im Österreichischen Parlament in Wien

Einen Tag vor der Veranstaltung im Cafe Landtmann in Wien hatte Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung im Österreichischen Parlament in Wien am 8. Mai 2023 den Parlamentsdirektor und die **Südtirol-Sprecher der Parlamentsklubs** getroffen und ihnen gegenüber erklärt:

*„Ich erlaube mir, als auch persönlich davon betroffener Tiroler, den Wunsch all jener Personen vorzutragen, die von Österreich ob ihres politischen Südtirol-Engagements während der 1960er Jahre juristisch verfolgt und bis zu mehreren Jahren in Untersuchungshaft gesperrt worden waren oder die, um einer weiteren Freiheitsberaubung zu entgehen, als Flüchtlinge im Ausland im politischen Asyl leben mussten, ohne jemals in Österreich rechtskräftig verurteilt zu werden. **Unser, ohne größere Schwierigkeiten oder Kosten zu erfüllender Wunsch ist einzig und allein eine öffentliche Rehabilitierung durch unser Vaterland Österreich. Innigst ersuche ich Sie, dafür tätig zu werden.**“*

Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung wies auch noch darauf hin, dass es den Betroffenen hier nicht um finanzielle Wiedergutmachung gehe. Für diese Wortmeldung erhielt er viel Applaus.

Man wird jedoch sehen, ob sich tatsächlich etwas an der bisherigen opportunistischen Haltung der österreichischen Regierung in Wien ändern wird. Bisher hatte man dort immer sorgfältig darauf Wert gelegt, die italienischen „Freunde“ in Rom ja nicht zu verärgern.

Schweiz (Seiten E 254 – E 269)

01) Schweiz: Migranten-Mob randaliert auch in Lausanne als „Reaktion“ auf Frankreich

03. 07. 2023



Mehrere Personen sind nach Ausschreitungen am im Stadtzentrum von Lausanne festgenommen worden. Mehr als hundert „Jugendliche“ versammelten sich als „Echo“ auf die Unruhen in Frankreich.

In der Nacht auf Sonntag wurden mehrere Schaufenster von Geschäften im Lausanner Stadtzentrum zerschlagen und Eingangstüren zertrümmert, wie die Polizei der Stadt Lausanne auch auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA am frühen Sonntagmorgen mitteilte.

Die im Zuge der Randalen festgenommenen Personen seien auf eine Polizeistation gebracht worden, hiess es in einer Mitteilung der Polizei weiter. Es handle sich um „Minderjährige“ im Alter von 15 bis 17 Jahren. Die „Jugendlichen“ seien „Schweizer“, portugiesischer, somalischer, bosnischer, georgischer und serbischer Herkunft. Zudem nahm die Polizei einen 24-jährigen „Schweizer“ fest. Die Kriminalpolizei in Lausanne leitete unter der Leitung der Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt eine Untersuchung ein.

Rund 50 Beamte der Stadtpolizei Lausanne, der Kantonspolizei Waadt und umliegenden Gemeinden standen im Einsatz, wie es weiter hiess. Die Einsatzkräfte mussten mehrmals verummte Jugendliche vertreiben, die sie mit Pflastersteinen bewarfen. Es sei auch ein Molotowcocktail gegen Polizisten geworfen worden. Die Ausschreitungen in Lausanne waren eine „Reaktion“ auf die Unruhen in Frankreich. Quelle: [blick.ch](https://www.blick.ch)

<https://www.youtube.com/watch?v=S0CR94xL7do>

Anmerkung dazu: Versucht man bei den Ausschreitungen in Frankreich als Ursache den Tod des 17-Jährigen bzw. die unzulänglichen Umstände, unter denen die Migranten in Frankreich zu leben haben, „irgendwie“ entschuldigend in den Vordergrund zu schieben, so bestätigen die Krawalle in der Schweiz, dass das Verhalten einer gewissen Sorte von Migranten wohl deren Kultur und deren Einstellung zivilisierten Europäern gegenüber zuzuschreiben ist. Denn wenn im reichsten Land der Welt, eingebürgerte Ausländer sich dermaßen benehmen, so ist eine Inkompatibilität mit der Lebensweise hochentwickelter Gesellschaften zu diagnostizieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) „Kulturbereicherung“ in der Schweiz: Muslimische Soldaten dürfen nach Mekka beten

29. 06. 2023



[In der Schweiz schlägt derzeit ein Foto](#) hohe Wellen und sorgt auch für innenpolitische Diskussionen. Es zeigt muslimische (vermutlich albanische) Soldaten der Schweizer Armee, die anlässlich des islamischen Opferfestes in Uniform und während der Dienstzeit gen Mekka beten.

Eigens Imam für Gebet eingeladen

Das Gebet sei direkt vom Bataillon organisiert worden, man habe den Imam und Armeeseelsorger Muris Begovic dafür extra eingeladen. Bei dem Gebet waren sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Soldaten anwesend.

Seite E 256 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Ein Beteiligter Moslem schwärmte gegenüber 20min.ch von dem Gebet:

„Wir haben am Mittwoch das erste Gebet mit einem Imam im Militär gehabt. Es war wunderschön! Unsere Kameraden haben viele Fragen gestellt, es war ein Moment, der mir Gänsehaut verschaffte“

Und:

„Der Armeeseelsorger hat auch für Nichtgläubige ein offenes Ohr.“

Der Schweizer Armeesprecher Mathias Volken betonte die „inklusive Verantwortung“ der Armee

„Die Armeeführung hat sich für eine Kultur der Inklusion ausgesprochen. Es ist dabei die Verantwortung der Armee, eine Kultur zu fördern, in der bewusst, respektvoll und gewinnbringend mit Vielfalt umgegangen wird.“ Anlass dazu war das Opferfest Bayram. Wegen dieses Leitgedankens habe am Mittwoch in der Ostschweiz ein muslimisches Feldgebet stattgefunden, so der Armeesprecher weiter.

SVP mit Kritik

Einzig von der SVP kam laute Kritik an dem Vorgehen der Armee in Sachen Islam. Auf Twitter schrieb die Partei:

„Was kommt als Nächstes? Kinder-Ehen, Scharia-Gerichte, Steinigungen? Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, wählt am 22. Oktober SVP!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) PRO Schweiz stellt sich gegen WHO-Komplott zur Entmachtung der Nationalstaaten

Von REDAKTION

17. 06. 2023



Schweiz darf nicht der einzige Staat bleiben, an dem das WHO-Komplott zerbricht.-

Quelle: <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/94/Finsteraarhorn3.jpg> Attribut: Jack3, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons

**Nach CoV droht als letzter Schlag:
WHO-Weltregierung durch Hintertür**

PRO Schweiz lud am 14. Juni 2023 in Bern zu einer Pressekonferenz: Es ging um die Pläne der WHO sich zentral unter dem Deckmantel gesundheitlicher Fürsorge bis 2025 suprastaatliche Machtbefugnisse auf 196 Länder der Welt übertragen zu lassen.

Die Verträge sollen bis dahin völkerrechtlich verbindlich sein und der WHO als dann Gesundheits-Weltregierung auch das Recht einräumen, weltweite Zensur ausüben zu lassen. Die WHO möchte dann als einzige Behörde der Welt definieren und vorgeben dürfen, was im Zusammenhang mit Gesundheit, Pandemievorsorge & Pandemiebekämpfung gesagt werden darf und was nicht.

Um dieser geplanten Auflösung des Nationalstaates entgegenzutreten, traten Dr. med. Stephan Rietiker, Präsident von PRO Schweiz, Rechtsanwalt Philipp Kruse und Nationalrat Franz Grüter vor die Presse.



Die Rede von Stephan Rietiker stand unter dem Zeichen:



*WHO-Pakt und
Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV):
Das Ende der Freiheit!*



«Die Bevölkerung wird außenvorgelassen», kritisiert Stephan Rietiker an der Medienkonferenz vom Mittwoch in Bern. Dies geschehe mit Absicht: Der neue WHO-Pandemiepakt und die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften, die im Mai in Genf verhandelt worden sind, hätten «drastische Auswirkungen auf die Freiheit und Souveränität der Mitgliedstaaten».

Die WHO könnte der Schweiz verbindlich vorschreiben, welche Maßnahmen sie bei einer Pandemie ergreifen müsste. «Eine Diskussion unter Einbezug des Parlaments fand nie statt, und das Volk als Souverän hat dem Bundesrat nie ein Mandat zu solchen Verhandlungen erteilt.» Aufgrund der insgesamt schwachen Leistung des Bundesrats während der CoV-Pandemie und der kritiklosen Übernahme der von der WHO empfohlenen sinnlosen oder schädlichen Maßnahmen sei «Misstrauen Bürgerpflicht», so Rietiker.

WHO-Trick: Geplante Verschärfungen und Ergänzungen der IGV

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations – IHR) bilden seit 2007 den maßgeblichen Rahmen für die globale Gesundheitssicherheit und sind ein nahezu universell anerkannter Vertrag der WHO. Sie bilden einen übergreifenden Rechtsrahmen, der die Rechte und Pflichten der Länder bei der Bewältigung von Public-Health-Ereignissen und -Notfällen festlegt.

Die IGV oder IHR sind ein völkerrechtliches Instrument, das für 196 Länder, darunter die 194 WHO-Mitgliedstaaten, rechtsverbindlich ist. Im Rahmen der IHR haben sich die Länder verpflichtet, ihre Kapazitäten für die Erkennung, Bewertung und Meldung von Ereignissen im Bereich der öffentlichen Gesundheit auszubauen. Die IGV umfassen spezifische Maßnahmen an Häfen, Flughäfen und Grenzübergängen, um die Ausbreitung von Gesundheitsrisiken auf Nachbarländer zu begrenzen und ungerechtfertigte Reise- und Handelsbeschränkungen zu verhindern, damit Verkehrs- und Handelsstörungen auf ein Minimum beschränkt werden.

Die IGV weisen heute noch mehrere bedeutende Einschränkungen aus:

- sie bieten z.B. keine Überwachungsinfrastruktur.
- sie sind nur eine Reihe von Empfehlungen, auch wenn sie Vorschriften heißen.

Genau das ist der springende Punkt: Der WHO oder ihren Finanziers scheint das zu wenig: Deshalb die geplanten Änderungen und Ergänzungen. Deshalb die Eile und fehlende Transparenz, um aus vormaligen Nationalstaaten, für die bisher nur Empfehlungen gelten, am Ende und rechtsverbindlich zu Befehlsempfängern einer zentralen Weltgesundheitsregierung-WHO zu machen.

Die besagten Kompetenzermächtigungen sollen der WHO künftig erlauben:

- WHO kann eine Pandemie eigenständig ausrufen, ohne Nachweis und Kontrolle.
- Keine Verpflichtung auf «Würde, Menschenrechte & Grundfreiheiten» zu achten.
- «One Health» – drastische Ausweitung der globalen Machtkompetenzen der WHO.
- WHO kann zwangsweise Medikation und Impfung für alle Menschen anordnen.
- WHO steuert Entwicklung, Erzeugung & Absatzkanäle von Medikamenten.
- Mitgliedstaaten sollen Gesundheitsausgaben für Pandemieprävention bereitstellen.
- WHO mit G20 & WEF plant weltweiten digitalen Impfpass für alle Mitgliedstaaten.
- Es fehlen Kontrolle und Gewaltenteilung der zentralen WHO Gremien.
- Artikel 18 eines zusätzlichen Pandemie-Pakts sowie Art. 44 IGV zielen auf Zensur.
- Regierungen können Kritik an wissenschaftsfeindlichen Unsinn dann bestrafen.
- Durchsetzungsmaßnahmen Z.B. auch militärisches Eingreifen ist möglich.
- Neudefinition von Herdenimmunität: Gilt nur nach CoV-Impfung.
- ICD-Code für Nicht-Geimpfte & unvollständig Geimpfte, die als krank gelten.
- Ausweitung auf Landwirtschaft/Ernährung, F & E und Medikamenten Monopole.



Die Rede von Rechtsanwalt Philipp Kruse stand unter dem Zeichen:



*Verletzung der Bundesfassung –
juristische Schritte bleiben vorbehalten*



«Der geplante Angriff auf die Souveränität der Schweiz verletzt die Bundesverfassung», stellte Rechtsanwalt Philipp Kruse fest. Es sei verfassungswidrig, der WHO derart weitreichende übernationale Machtbefugnisse zu erteilen. Ins Visier von Pro Schweiz gerät auch die Schweizer Verhandlungsdelegation. Denn ein Gremium, das internationale Vertragsverhandlungen unterstützt und vorantreibt mit dem absehbaren Ziel, dass die verfassungsmäßige Grundordnung der Schweiz und ihre Souveränität jederzeit aufgehoben werden können, erfüllt sämtliche Tatbestandsmerkmale von Art. 175 StGB (Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung) und von Art. 266 StG (Angriff auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft). PRO Schweiz behaltet sich daher juristische Schritte ausdrücklich vor.

Philipp Kruse machte mit Hilfe der untenstehenden Grafik den knappen Zeitrahmen bis 2025 deutlich, innerhalb dessen versucht werden soll, die Bevölkerungen zu überrollen: Neben der Verschärfung und Ausweitung der oben genannten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV/IHR) soll parallel dazu noch ein neuer sogenannter Pandemievertrag «CA+» durchgepeitscht werden:



Gemäß Art. 59 haben die Mitgliedstaaten nach der Annahme der IHR durch die Weltgesundheitsversammlung schon im Mai 2024 nur noch 10 Monate Zeit, die neuen Vorschriften abzulehnen. Jede Ablehnung oder jeder Vorbehalt, der nach Ablauf dieser Frist beim Generaldirektor einginge, hätte keine Wirkung mehr.

Bleibt der Mitgliedstaat untätig, so treten die verschärften Gesundheitsvorschriften mit Ende Mai 2025 in Kraft!



Nationalrat Grüter: «Wir brauchen eine wirksame Kontrolle»

Nationalrat Franz Grüter stellt die Pläne der WHO in einen größeren Kontext:

«Wir haben hier ein weiteres Beispiel, wo mittels Soft Law Auflagen faktisch in nationales Recht einfließen sollen.»

Ähnlich sei es beim UN-Migrationspakt und zahlreichen anderen Beispielen. Die WHO werde in die Lage versetzt, *«wesentliche verfassungsmäßige Grundprinzipien der Schweiz – einschließlich ihrer Souveränität – ohne nähere Begründung, ohne unabhängige Kontrolle und ohne wirksame Korrekturmöglichkeit auf beliebige Dauer außer Kraft zu setzen.»*

Ein solcher Zustand sei staatsrechtlich inakzeptabel und mit dem Schweizer Souveränitätsverständnis nicht vereinbar. Im Rahmen entsprechender Interpellationen fordert Grüter verbindliche Antworten auf die sich hieraus ergebenden Fragen. Pro Schweiz wird die Aufklärungsarbeit fortsetzen und den Druck auf Bundesrat und Parlament hochhalten, versicherte Grüter.

Grüter schloss:



*Die Preisgabe der Freiheit und Souveränität
der Schweiz unter dem Deckmantel einer globalen
Gesundheitspolitik muss
unter allen Umständen verhindert werden!*



Pro Schweiz stellt Forderungen an den Bundesrat

«Das Diktat der WHO und die Ausschaltung der Entscheidungsbefugnisse souveräner Staaten müssen sofort gestoppt werden», betont Stephan Rietiker. «Falls die WHO weiterhin derart überbordnet, muss die Schweiz einen Austritt aus diesem undemokratischen Klub erwägen.» PRO Schweiz stellt in diesem Zusammenhang 10 dringende Forderungen an Bundesrat und Parlament. Hier die wichtigsten:

- Sofortige Suspendierung aller Verhandlungen zur undemokratischen Machterweiterung der WHO;
- Einholen von mindestens zwei unabhängigen Rechtsgutachten zur Verfassungsmäßigkeit der Pandemie-Pakts und der Internationalen Gesundheitsvorschriften;
- Etablierung eines wirksamen und unabhängigen Kontrollmechanismus gegenüber der WHO – ansonsten Austritt der Schweiz;
- Diskussion und spätere Abstimmung im Parlament über die erweiterten Internationalen Gesundheitsvorschriften und den Pandemiepakt; auch in Zukunft keine WHO-Entscheide am Parlament vorbei;
- Unterstellung unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum.

PRO Schweiz zeigt eindrucksvoll auf, wie staatliche Souveränität zu verteidigen ist. Bleibt zu hoffen, dass die anderen Staaten bald aufwachen, das WHO-Komplott rechtzeitig durchschauen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen. PRO Schweiz zeigt, wie es geht!

Detaillierte Informationen zur PRO Schweiz PK: [Hier](#)

<<https://proschweiz.ch/who-pakt-schaltet-schweizer-souveraenitaet-aus/>>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Bürgerbewegung «PRO Schweiz» für Souveränität, Neutralität, Freiheit und Switzerland first!

Von REDAKTION

05. 06. 2023



Vierwaldstätter See mit Blick vom Pilatus auf die Innerschweiz.- *Quelle: Ttrainer, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons*

Die politische Standortbestimmung von Pro Schweiz

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung von Pro Schweiz am 3. Juni in Bern ermöglichte ihrem Präsidenten, Dr. Stephan Rietiker in einer Grundsatzrede auf die wichtigsten Ziele und Prioritäten der neuen Vereinigung von vormalig drei Vereinen, welche zusammen heute rund 26.000 Mitglieder ausmachen, mit notwendiger Klarheit und in aller gebotenen Deutlichkeit einzugehen:



Dr.

Stephan Rietiker erläuterte in einem Grundsatzreferat Herausforderungen & Ziele



***... es ist entlarvend zu sehen, wie das einst
führende Abendland zusehends verkommt...***



Rietiker skizzierte den Aufstieg Europas durch ein Bildungsbürgertum, welches durch das Aufkommen des Buchdruckes ab dem 15. Jahrhundert den Bevölkerungen Bildung in ihren Muttersprachen und der ganzen Breite zugänglich machte:

«... So entstand bis zum 17. Jahrhundert das Bildungsbürgertum. Es folgten Aufklärung, Widerstand gegen die Obrigkeit, Revolutionen und so auch im 18. Jahrhundert etwa die Gründung der USA durch militärische Ablösung von der englischen Herrschaft.

Die Weltkriege mit nachmaligem Wirtschaftswunder leiteten die bisher letzte Blütezeit des europäischen Kontinents ein.

Seit 1990 verblasste die Wirtschaftskraft, grüne Politik kam auf, der Sozialstaat wurde immer mehr ausgebaut, Migration wurde zum Sozialtourismus. Das Internet wurde zur neuen globalen Kommunikations-Plattform.»



***Europa scheint gefangen im Korsett der Klimaneurotiker...
Klimaterroristen kleben sich an Strassen fest...
Unsinnige Klimapolitik führt zur Deindustrialisierung
und letztlich Verarmung.***



Der Pro Schweiz Präsident führte weiter aus, wie eine staatliche *Verbots- und Genderkultur* in das Gefüge der Familie mit dem Ziel eingreift, diese zu zerstören:

«Eigenverantwortung wird zusehends durch staatlichen Zentralismus ersetzt: Heute regieren in der westlichen Welt weitgehend Ahnungslose unter dem Diktat der USA.

Geschichtliche Fakten werden umgeschrieben und dem Zeitgeist angepasst; wer nicht dem Zeitgeist entspricht, wird gecancelt, z.B. Denkmäler, Bücher etc. oder zensuriert. Eine kleine Elite weiss, was gut für uns ist.

Globalisten wollen Nationalregierungen ausschalten...

Eugeniker streben eine massive Reduktion der Erdbevölkerung an.

Letztendlich wollen Globalisten die Individualfreiheit beseitigen zugunsten des Kollektivs: Alles unter dem Namen von «Demokratie» und «Solidarität»

Oder wie drückte es Klaus Schwab aus: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein». Man muss sich fragen, ob die Schweiz diesen WEF-Unsinn noch weiter mit Steuern finanzieren soll?

Generell finden sich nur noch wenige Medien, die einigermaßen neutrale Information anstelle von Fake News verbreiten.»

Selbst Deutschland scheint aus Rietikers Sicht verloren, falls es so weitermache: Ein Zitat des deutschen Finanzexperten, Markus Krall bringe die Situation auf den Punkt:



«Wäre die Bundesregierung durch die Mafia ersetzt, so würde die Korruption halbiert, aber der Spassfaktor verdoppelt.»



Markus Krall, deutscher Finanzexperte



Vor diesem Hintergrund wachsender und immer drohenderen Gefahren für Staat und Gesellschaft hat der Vorstand von Pro Schweiz die folgenden drei Kernthemen zu den unmittelbaren Schwerpunkten seiner aktuellen Agenda gemacht:

- **Neutralität**
- **Souveränität**
- **Außenpolitik**

Zur Neutralität:

«... Keinesfalls dürfen wir die Neutralität unter dem Druck von aktuellen Gegebenheiten anpassen bzw. uns verbiegen.

Der Umstand, dass wir die Sanktionen gegenüber Russland übernommen haben, hat uns massiv geschadet.

Noch mehr schadet es uns, wenn wir gegen außen fehlende Standhaftigkeit demonstrieren...

Damit ist offensichtlich, dass wir das Thema der Neutralität klarer regeln müssen, weshalb Pro Schweiz vorbehaltlos die Neutralitätsinitiative unterstützt. Sie verankert und definiert die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität präzise und transparent in der Verfassung.

Damit erhält unser Bundesrat vom Volk klare Anweisungen und Rückendeckung. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er Verantwortung übernimmt und die Neutralität als Plattform für Friedenssicherung, Friedensförderung und humanitäre Einsätze voll nutzt.

Es wäre zudem sicher sinnvoll, sich auch mit anderen neutralen Staaten auszutauschen und zu verbinden.»

Zur Souveränität:

« Die aktuell größte Gefahr für unsere Souveränität kommt zurzeit von der WHO bzw. den neuen Internationalen Gesundheitsrichtlinien oder International Health Regulations (IHR) sowie dem neuen WHO Pakt.



... die WHO verkommt zu einer nur auf Profit und Kontrolle ausgerichteten supranationalen Organisation, um Regierungsgewalt um jeden Preis an sich zu reißen...



War die WHO früher ein Kompass bezüglich des humanitären Einsatzes für die globale Gesundheit, verkommt sie unter dem jetzigen Generaldirektor zu einer nur auf Profit und Kontrolle ausgerichteten supranationalen Organisation, die Regierungsgewalt um jeden Preis an sich reißen möchte...

Dabei wird sie von den USA, Deutschland, Bill Gates und interessanterweise auch dem WEF massiv finanziell unterstützt. Es würde den Rahmen dieses Referats sprengen, auf alle Details einzugehen, im Wesentlichen geht es dabei um Folgendes:

- die WHO wird zur Gesundheits-Weltregierung, ihre Anordnungen sind völkerrechtlich verbindlich
- der Generaldirektor kann jederzeit und ohne Konsultation eine Pandemie ausrufen: Wir haben bei der COVID Pandemie gesehen, wie die WHO wissenschaftlich nicht abgestützte Maßnahmen und Behandlungen empfohlen hatte und sich jeglichem wissenschaftlichen Diskurs verweigerte!
- Würde, Menschenrechte und die Grundfreiheiten von Personen müssen nicht beachtet werden
- One-Health: Gesundheit wird über einen Leisten geschlagen und für alle Länderverbindlich erklärt, wobei es einen über die Pandemien hinausgehenden Kontrollauftrag gibt. Empfehlungen werden zu Verpflichtungen. Die Durchsetzung kann polizeilich oder via Militär erfolgen.
- WHO kann zwangsweise Medikationen und Impfungen für alle Menschen anordnen
- WHO kann die Erzeugung von Medikamenten und anderen Medizinal Produkten anordnen
- Einführung eines verpflichtenden weltweiten digitalen Impfpasses
- Ausweitung auf Landwirtschaft und Ernährung geplant
- Natürliche Immunität wurde «abgeschafft»: Wer nicht vollständig geimpft ist, wird als krank eingestuft (spezieller ICD Code)
- Beschlüsse im Verlaufe von 2023, Gültigkeit ab 2024

Pikanterweise hat Bundesrat Berset bislang das Parlament nicht in die Diskussion eingebunden und Fragen/ Interpellationen mit schwammigen Allgemeinplätzen abgewimmelt. Zudem wurde ein Verhandlungsteam eingesetzt, dessen Mandat unbekannt ist. Das muss uns stutzig und misstrauisch machen!

Aufgrund der vorliegenden Vertragsentwürfe muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass wir nicht mehr über Neutralität und Souveränität debattieren müssen, falls diese Verträge und Regularien in Kraft treten sollten.

Deshalb haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Kampagne gegen diese neuen Verträge lancieren wird, um deren Ratifizierung zu verhindern: Am 14. Juni wird dazu der Auftakt im Rahmen einer Medienkonferenz von Pro Schweiz in Bern gesetzt und darüber umfassend über die rechtlichen Aspekte informiert werden.»

Zur Außenpolitik:

«Wir haben eine Arbeitsgruppe auch mit außenstehenden Persönlichkeiten gebildet, um das Geschehen in Bern und Brüssel proaktiv zu überwachen und uns Lagebilder vermitteln und konkrete Vorschläge unterbreiten zu lassen.

Am 21. Mai haben wir dem Bundesrat einen offenen Brief zukommen lassen, in dem wir präventiv unsere nicht verhandelbaren roten Linien gegenüber der EU zusammenfassten, die lauten:

- 1. Keine automatische bzw. dynamische Übernahme von EU-Folgerecht.*
- 2. Keine Unterstellung der schweizerischen Gesetzgebung inklusive des Referendumsrechts und Gerichtsbarkeit unter die Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU (EuGH).*
- 3. Keine rechtlichen Verknüpfungen von Abkommen mit sog. «Guillotine-Klauseln». Anmerkung: Unter einer Guillotine-Klausel, die ihren Namen vom gleichnamigen Fallbeil hat, versteht man eine Klausel, die die Annahme eines Vertragspakets davon abhängig macht, dass alle Verträge angenommen werden.*
- 4. Keine Verpflichtung, das bestehende Freihandelsabkommen von 1972 über eine «Guillotine-Klausel» mit anderen Vertragspaketen zu verknüpfen und keine verpflichtende Agenda, das Freihandelsabkommen zu «modernisieren», sowie keine Unterstellung dieses unter das Regime eines möglichen institutionellen Rahmenabkommens.*
- 5. Keine Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) zur Personenfreizügigkeit.*

*Aus unserer Sicht ist die gegenwärtige zur Schau getragene operative Hektik seitens gewisser Politiker nicht nachvollziehbar: Positive Verhandlungsergebnisse erzielt man nur durch das Ausstrahlen von Ruhe und Stärke. Wir sind Teil des europäischen Kontinents aber nicht Teil der EU. **Wir verhandeln, falls überhaupt notwendig, auf Augenhöhe und nicht im Büsserhemd.***

*Ohnehin möchten viele EU- Unternehmen mit der Schweiz gute Handelsbeziehungen pflegen und informell läuft die Sache auch ohne Brüssel recht gut. **Viele vermeintliche Handelshemmnisse können relativ einfach überwunden werden.***

Die EU hat das Thema Energieversorgung überhaupt nicht im Griff, sodass wir uns um die Stromversorgung ohnehin selbst kümmern müssen.

Der einzige wirkliche Knackpunkt, den es bald zu regeln gilt, ist die Migration bzw. der unkontrollierte Personenverkehr. Wir sind im Kontakt mit anderen gleichgesinnten Organisationen und werden je nach Verlauf der Ereignisse gezielt reagieren.



In Zukunft werden die BRICS-Staaten – also Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – die erste Geige spielen. Deshalb kann es nur im Interesse der Schweiz sein, mit diesen Ländern eine Partnerschaft einzugehen...



Dr. Stephan Rietiker im Interview mit dem Badener Tagblatt

*In jedem Fall soll die Schweiz sich nicht nur auf die EU konzentrieren, sondern schon aus Gründen der Risikominimierung den Kontakt zu anderen existierenden und möglichen Partnerstaaten intensivieren: Allen voran mit den USA und BRICS Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Saudi Arabien) u.a. Denn eines ist klar: **Die Zukunftsaussichten der EU sind düster, ganz im Gegensatz zu den BRICS-Staaten, wo der Wachstumsmotor der Zukunft zu finden ist.***

Darum erwarten wir vom Bundesrat, dass er die Prioritäten erkennt und entsprechend reagiert.»

Der Vortrag des Präsidenten schließt mit klaren Worten:

*«... Euer Engagement und Eure Unterstützung verleihen uns Flügel! Wir tun es alle im Bewusstsein und im Bestreben, unser wunderbares Land für weitere Generationen zu bewahren: **Auf unsere freie, neutrale und wohlhabende Schweiz! Switzerland first and forever!**»*

Die Bürgerbewegung Pro Schweiz ist eine überparteiliche Plattform und ein bestens geeignetes maßgeschneidertes Instrument, um dem Staatsversagen und der Handlungsunfähigkeit der Politik, wie sie die Bürger weltweit und insbesondere ab dem Jahr 2020 verstärkt erfahren durften, wirksam und effektiv entgegenzutreten.

Die Schweiz hat erkannt, dass althergebrachte Methoden mit dem gutgläubigen Wegdelegieren der politischen Agenda an die politische Klasse, erst in den Niedergang und danach direkt in den Abgrund führt.

Vor diesem Hintergrund betreffen die beschriebenen negativen Phänomene und Abwärtsspiralen nicht nur die Schweiz, sondern viele andere Staaten unserer Welt: Die europäischen Nachbarstaaten sollten sich diesbezüglich an der Schweiz ein Vorbild nehmen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten E 270 – E 272)

01) Hunderttausende Linke in Warschau auf Anti-Regierungs-Demonstration – Was steckt dahinter?

Von unserem Ost-Europa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

05. 06. 2023



Größte Demonstration seit 1989

Es handelt sich dabei um die größte Demonstration seit dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989. Was steckt dahinter?

https://twitter.com/Den_2042/status/1665394650016890881?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1665394650016890881%7Ctwgr%5E3b44b0a345ab2701da28d200d72fb1b4cd903360%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fhunderttausende-in-warschau-auf-anti-regierungs-demonstration-was-steckt-dahinter%2F

Organisiert wurde der Protest durch fast alle polnischen Oppositionsparteien gegen die regierende nationalistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Jaroslaw Kaczynski. Der Marsch fiel mit dem 34. Jahrestag der ersten teilweise freien Wahlen in Polen zusammen.

Seite E 271 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Unter den Teilnehmern befanden sich der ehemalige links-liberale Premierminister Donald Tusk (Ex-EU-Ratsvorstand) und der ehemalige Präsident und Solidarnosc-Führer Lech Walesa, der in den 80er-Jahren maßgeblich am Sturz des Kommunismus beteiligt war. ([bbc](#))

Regierungspartei „PiS“: „Hassmarsch“

Aus dem ganzen Land reisten Demonstranten an, und auch in anderen polnischen Städten wie etwa Krakau wurden Kundgebungen abgehalten. Nach Ansicht von Premierminister Morawiecki repräsentieren diese jedoch nicht die Bevölkerung, sondern nur Aktivisten von Oppositionsparteien.

<https://unser-mittleuropa.com/hunderttausende-in-warschau-auf-anti-regierungs-demonstration-was-steckt-dahinter/>

Linke-Double-Measures

Interessant: Reisen dem gegenüber aber bei Demonstrationen für pro-nationalistische Regierungen wie in Ungarn, Polen oder Serbien Menschen aus der Provinz an, so werden diese von der links-liberalen Opposition diskreditiert.

Außerdem wurden zahlreiche Pro-Orban-Demonstrationen (etwa vom 15.3.2022 – siehe unten) mit ebenfalls mehr als 500.000 Menschen von den Westmedien zensiert.

https://www.youtube.com/watch?t=43&v=TTHsEPgLBal&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2F&source_ve_path=OTY3MTQ&feature=emb_imp_woyt

Insofern erkennt man also ein gemeinsames Muster, das stark auf eine der orchstrierten linken „Farbenrevolutionen“ hindeutet um nationale EU-Regierungen auf pseudo-demokratischer Weise weg-zu„putschen“.

„Linke Internationale arbeitet an „Farbenrevolution“ gegen Ungarn und Serbien – ORF-Medien-Manipulation“ ([UM berichtete](#))

Protest-Sammelsurium

Dabei ging es um Frustration über die Inflation, die hohen Lebenshaltungskosten sowie um Frauen- und LGBTQ-Rechte.

„Anti-Russen-Gesetz“

Diese neue Gesetz soll – so der Vorwurf – die polnische Demokratie untergraben. Interessanterweise wird dieses aber gerade auch von der EU und den USA kritisiert:

Setzt es doch eine Kommission zur Untersuchung unzulässiger russischer Einflussnahme auf die polnische Politik innerhalb der letzten 15 Jahre ein, und sieht dann in diesem Fall, ein Verbot gegen involvierte Personen für 10 Jahre vor, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Insofern ist aber die Kritik daran auch ein wenig absurd: Wurde doch die antirussische Stimmung gerade von EU und USA geschürt. So sah man etwa Plakate etwa mit der Aufschrift...

„Russische Agenten, wir werden euch holen!“

- typischerweise mit dem Porträt von Ministerpräsident Viktor Orbán.



Die Regierung bestreitet den Vorwurf, die Demokratie zu untergraben, und Präsident Andrzej Duda hat bereits Änderungen vorgeschlagen. – Laut Kritikern würde das Gesetz aber gegen Oppositionelle, speziell gegen den links-liberalen Donald Tusk eingesetzt (Polens oberster Oppositionsführer und Führer der Zentristischen „Bürgerplattform“ – „PO“, sowie Ex-EU-Ratsvorsitzender).

Allerdings könnten die Proteste genau das Gegenteil bewirken: Nämlich die Position der „PiS“ bei den diesjährigen Parlamentswahlen stärken.

Donald Tusk sieht das naturgemäß anders:

„Die Demokratie stirbt im Schweigen, aber heute haben Sie Ihre Stimme für die Demokratie erhoben, das Schweigen ist vorbei, wir werden schreien.“

Laut Wojciech Przybylski, Redakteur von „Visegrad Insight“ gegenüber BBC, liegt die „PiS“ in den Meinungsumfragen nämlich immer noch in Führung. Und *„das wird sie mobilisieren, weil sie wissen, dass die Opposition real ist“*.

„Lex Tusk“ ?

Weil das „Anti-Russen-Gesetz“ aber die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur russischen Einflussnahme vorsieht, und zwar: Ob alle Amtsträger in den vergangenen 15 Jahren unter dem Einfluss Moskaus Entscheidungen getroffen haben, die die Sicherheit des Landes gefährden.

So war aber gerade Tusk von 2007 bis 2014 polnischer Regierungschef. Damals pflegte der 66-jährige enge Kontakte zur deutschen Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel, welche die Politik Putins befürwortete. Und auch Tusk selbst unterstützte diese pro-russische Politik. Ein gefundenes Fressen für die „PiS“, die um unterstellt, ein Lakai Deutschlands oder des Kremls zu sein.

Insofern tut sich aber gerade die Opposition wohl schwer in ihrer Begründung, warum jetzt gerade der links-liberale Tusk von diesem Gesetz ausgenommen werden soll. Müsste doch gerade die anti-russische EU- und US-Politik dahinter stehen...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 273 – E 281)

01) Polen will Braunkohleabbau im grenznahen Turau (poln. Turów) bis 2044 – Fiala pocht auf Garantien

07062023

Polen wird das Braunkohlebergwerk Turau nahe der Grenze zur Tschechischen Republik nicht schließen und alles tun, um es bis 2044 in Betrieb zu halten, sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki laut polnischen Medien. Zuvor hatte Morawiecki laut Gazeta.pl die Entscheidung eines Warschauer Verwaltungsgerichts abgelehnt, den Abbau in dem Bergwerk zu stoppen. Der polnische Rundfunk erinnerte daran, dass die Polska Grupa Energetyczna (PGE), die Eigentümerin der Mine und des angrenzenden Kraftwerks, bereits angekündigt hat, gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung einzulegen. Laut dem tschechischen Premierminister Petr Fiala (ODS) hat die Tschechische Republik Garantien, dass die Mine die lokale Umwelt nicht schädigen wird.



Braunkohleabbau und -verstromung in Turów, Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland.- Bild: 123site/David Beneš/Unsplash

"Wir werden das Bergwerk nicht schließen lassen. Kein Gericht in Brüssel wird uns vorschreiben, was Energiesicherheit ist", sagte Morawiecki laut der Website des polnischen Rundfunks bei seinem jüngsten Besuch in Turów. Der Ministerpräsident schrieb in den sozialen Medien, dass seine Regierung mit der "Gesetzlosigkeit", d.h. dem Warschauer Gerichtsurteil, das am 31. Mai nach einer Klage der deutschen Stadt Zittau, der

Seite E 274 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

tschechischen und deutschen Zweigstellen von Greenpeace und der Frank Bold-Stiftung erlassen wurde, nicht einverstanden sei. Jacek Sasin, Polens stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Staatseigentum, warf dem Gericht vor, "ausländische Interessen" zu verfolgen.

"Wir können uns nicht fügen und werden alles tun, um diese Entscheidung zu kippen", fügte Morawiecki nun zu der Entscheidung des Gerichts hinzu. Die Mine und das angrenzende Kraftwerk decken nach Angaben der Regierung acht Prozent des polnischen Stromverbrauchs. Sollte das Warschauer Urteil in Kraft treten, würde der Kohleabbau in der Mine nach 2026 eingestellt werden. Im Februar dieses Jahres erteilten die polnischen Behörden eine Genehmigung zur Fortsetzung des Abbaus bis zum 27. April 2044.

Der Ministerpräsident beschuldigte auch die "pro-deutsche" liberale Opposition, das Bergwerk auf der Grundlage eines Gerichtsbeschlusses schließen zu wollen, während seine Regierung der Meinung sei, dass es unmöglich sei, einem Beschluss nachzukommen, der nicht die Interessen des Landes, sondern die anderer berücksichtige.

Tschechien und Polen einigten sich 2022 bilateral - Fiala pocht auf Garantien

Im Februar 2021 verklagte die Tschechische Republik Polen wegen der Ausweitung des Bergbaus in Turów vor dem EU-Gerichtshof, dessen Generalanwalt der Klage im vergangenen Februar statt gab. Er erklärte, Polen habe gegen EU-Recht verstoßen, weil es die Umweltauswirkungen des Bergwerks nicht geprüft habe. Der EuGH entschied im Mai 2021, dass Polen den Bergbau sofort einstellen muss. Polen weigerte sich, und der EuGH verurteilte es im September 2021 zu einer Geldstrafe von einer halben Million Euro pro Tag.

Bilaterale Verhandlungen zwischen Prag und Warschau führten schließlich zur Unterzeichnung eines tschechisch-polnischen Abkommens Februar 2022, in dessen Rahmen Polen der Tschechischen Republik 45 Millionen Euro als Entschädigung für die durch den Bergbau verursachten Schäden zahlte und die Tschechische Republik ihre Klage zurückzog.

Dank dieses zwischenstaatlichen Abkommens aus dem vergangenen Jahr verfüge die Tschechische Republik über ausreichende Garantien, dass der Bergbau in der Grube Turów der lokalen Umwelt nicht schaden werde, sagte Premier Petr Fiala (ODS) am Mittwoch, dem 7. Juni. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen rund um die Grube erwähnte er die vereinbarte finanzielle Entschädigung und den Bau einer unterirdischen Mauer, um Wasserverluste zu verhindern.

"Es gibt eine Reihe von Garantien, dass das Bergwerk den Interessen der Tschechischen Republik und den Interessen unserer Bürger nicht schaden wird", sagte Fiala und fügte hinzu, dass die kommenden Monate zeigen werden, ob die getroffenen Maßnahmen gut funktionieren. Die bisherigen Informationen zeigen, dass sie sehr wahrscheinlich die erwartete Wirkung haben werden.

Laut einer früheren Erklärung des Umweltministeriums wird die Tschechische Republik Ende Juni die ersten zusammenfassenden Daten über das Funktionieren der Mauer erhalten, die das Grundwasser vor den Auswirkungen des Bergbaus schützen soll. Sie werden von einer Gruppe von Hydrogeologen ausgewertet, die von Minister Petr Hladík (KDU-ČSL) eingesetzt wurde. Nach Angaben des Direktors des Tschechischen Geologischen Dienstes (ČGS), Zdeněk Venera, zeigen die Daten, die die Tschechische Republik im ersten Jahr des Betriebs der Mauer erhalten hat, dass die Barriere die festgelegten Kriterien bisher erfüllt hat.

Umweltorganisationen sind jedoch der Meinung, dass das Abkommen die tschechischen Bürger nicht vor dem Verlust von Wasser schützt. Greenpeace Tschechien forderte die tschechische Politik auf, sich dem Warschauer Gerichtsurteil anzuschließen. "Die Einstellung des Abbaus ist genau das Richtige, da ein Abbau ohne UVP-Genehmigung nicht möglich ist und auch nach Ansicht des polnischen Gerichts die Gefahr einer irreversiblen Schädigung der Umwelt gegeben ist. Die tschechische Regierung und die Region Liberec sollten sich klar und deutlich gegen die Fortsetzung des Bergbaus an der tschechisch-polnischen Grenze aussprechen oder endlich zugeben, dass ihnen die Rechte der Anrainer egal sind und sie lieber dem polnischen Kohlekonzern in die Hände spielen", sagte Lukáš Hrábek, Sprecher von Greenpeace.

*Aus: Powidl.eu. Das deutschsprachige ONLINE-Magazin aus Tschechien.
Newsletter 11/2023 • 8.6.2023*

https://www.powidl.info/politik/polen-will-braunkohleabbau-im-grenznahen-tur%C3%B3w-bis-2044-fiala-pocht-auf-garantien?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_11_2023&utm_term=2023-07-06

02) In Tschechien wurde der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht

Am 27. Juni 1950 wurden die Politikerin **Milada Horáková**, der Journalist **Záviš Kalandra**, der Polizist **Jan Buchal** und der Rechtsanwalt **Oldřich Pecl** nach einem Schauprozess in Prag hingerichtet.

Darum steht dieses Datum in Tschechien für den Tag des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes. An mehreren Orten des Landes wird der zum Tode verurteilten Anwältin und Politikerin Horáková gedacht. Die Gedenkveranstaltungen finden unter anderem im Gefängnis im **Prager Stadtteil Pankratz** / Pankrác, in **Königgrätz** / Hradec Králové und in **Theresienstadt** / Terezín statt. In der Milada Horáková-Bibliothek an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olmütz wird ein Denkmal für Horáková vom Bildhauer **Otmar Oliva** enthüllt. [Radio Prag berichtet darüber wie gewohnt ausführlich hier.](#)

<https://deutsch.radio.cz/tschechien-wird-der-opfer-des-kommunistischen-regimes-gedacht-8787150>

In Tschechien wird der Opfer des kommunistischen Regimes gedacht

27.06.2023



Foto: Kateřina Šulová, ČTK

Am 27. Juni 1950 wurden die Politikerin Milada Horáková, der Journalist Záviš Kalandra, der Polizist Jan Buchal und der Rechtsanwalt Oldřich Pecl nach einem Schauprozess in Prag hingerichtet.



Denkmal für Horáková von Otmar Oliva.- Foto: Luděk Peřina, ČTK

Darum steht dieses Datum in Tschechien für den Tag des Gedenkens an die Opfer des kommunistischen Regimes. An mehreren Orten des Landes wird der zum Tode verurteilten Anwältin und Politikerin Milada Horáková gedacht. Die Gedenkveranstaltungen finden unter anderem im Gefängnis im Prager Stadtteil Pankrác, in Hradec Králové / Königgrätz und in Terezín / Theresienstadt statt. In der Milada-Horáková-Bibliothek an der Juristischen Fakultät der Palacký-Universität in Olomouc / Olmütz wird ein Denkmal für Horáková vom Bildhauer Otmar Oliva enthüllt.



Präsident Petr Pavel.- Foto: Kateřina Šulová, ČTK

Am Dienstagvormittag fand eine Gedenkveranstaltung am Denkmal für die Opfer des kommunistischen Regimes auf der Kleinseite in Prag statt. Präsident Petr Pavel sagte bei diesem Anlass, die Verbrechen des Kommunismus würden für immer eine dunkle Periode der tschechoslowakischen Geschichte bleiben. Die Öffentlichkeit sollte die Kämpfer gegen den Kommunismus nicht nur als Opfer, sondern auch als Helden wahrnehmen, so Pavel. Der Präsident erinnerte ebenfalls an seine eigene Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei vor 1989 und sagte, er selbst habe den kriminellen Charakter des Regimes nicht erkennen und sich nicht einmal eine Alternative zur kommunistischen Macht vorstellen können. *„Ich kann diese Zeit der Unwissenheit nur bedauern. Aber ich habe keine Angst, sie zuzugeben, und ich habe daraus gelernt“*, fügte er hinzu.

Jedes Jahr am 27. Juni wird in Tschechien an alle Menschen erinnert, die aus politischen Gründen hingerichtet, gefoltert oder inhaftiert wurden. Historikern zufolge wurden nach der Machtübernahme durch die Kommunisten 1948 etwa 250 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet. Mindestens 4500 Menschen starben in Gefängnissen und Lagern an den Folgen von Folter oder schlechten Lebensbedingungen.

Autor: [Markéta Kachlíková](#)

03) Wissenschaftler enthüllen DNS-Übertrag in Gersten-Chromosomen

Tschechisch-deutsche Kooperation

Wissenschaftler aus **Olmütz** / Olomouc haben in Zusammenarbeit mit Experten aus Deutschland die Übertragung von Erbinformationen bei der Zellteilung in den Gerste-Chromosomen aufgedeckt.

Ihre Studie bezeichnen die Mitarbeiter der Olmützer Abteilung des Instituts für experimentelle Botanik (ÚEB) der Tschechischen Akademie der Wissenschaften als bahnbrechend.

Es sei daran erinnert, daß unser Landsmann [Johann Gregor Mendel](#), der im Vorjahr seinen **200. Geburtstag** hatte, mit den Erbsenexperimenten der „Urvater der Genetik“ war.

https://de.wikipedia.org/wiki/Gregor_Mendel

[Hier geht es zum Beitrag von Radio Prag.](#)

<https://deutsch.radio.cz/tschechisch-deutsche-kooperation-wissenschaftler-enthuellen-dna-uebertrag-8785732>

Tschechisch-deutsche Kooperation: Wissenschaftler enthüllen DNA-Übertrag in Gersten-Chromosomen

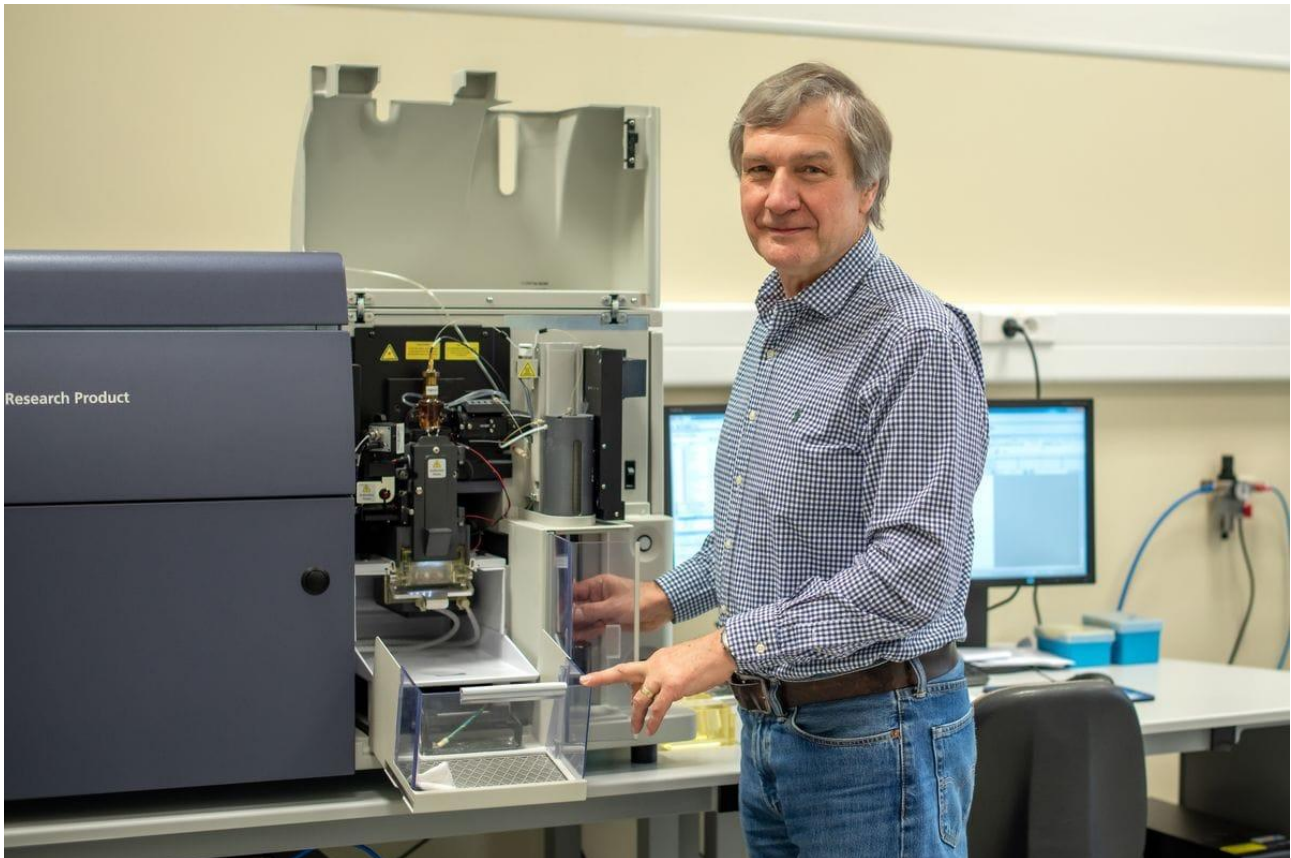
12.06.2023



Foto: Jana Vitásková, Tschechischer Rundfunk

Wissenschaftler aus Olomouc haben in Zusammenarbeit mit Experten aus Deutschland die Übertragung von Erbinformationen bei der Zellteilung in den Gerste-Chromosomen aufgedeckt.

Ihre Studie bezeichnen die Mitarbeiter der Olmützer Abteilung des Instituts für experimentelle Botanik (ÚEB) der Tschechischen Akademie der Wissenschaften als bahnbrechend. Die beiden Teams hätten fünf Jahre lang gemeinsam geforscht, teilten Institutsvertreter der Presseagentur ČTK am Montag mit.



Jaroslav Doležel.- Foto: Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)

Demnach haben die Wissenschaftler das bisherige Geheimnis enthüllt, wie die DNA-Moleküle in den Gerste-Chromosomen angeordnet sind. *„Nun wissen wir, dass sich die Chromosomen aus einem 400 Nanometer dicken spiralförmig gedrehten Strang zusammensetzen, der wiederum aus kompliziert angeordneten Schleifen des DNA-Moleküls besteht. Dadurch ist es möglich, dass sich Fasern von etwa 20 Zentimetern Länge, die die Erbinformation der Gerste tragen, in Formationen zusammenfinden, die nur ein 25-Tausendstel der Länge aufweisen“*, erläutert Jaroslav Doležel vom ÚEB.

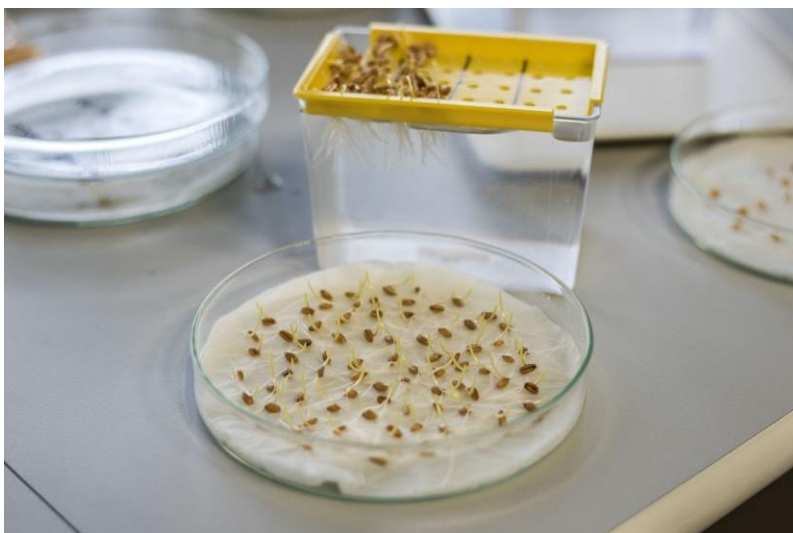
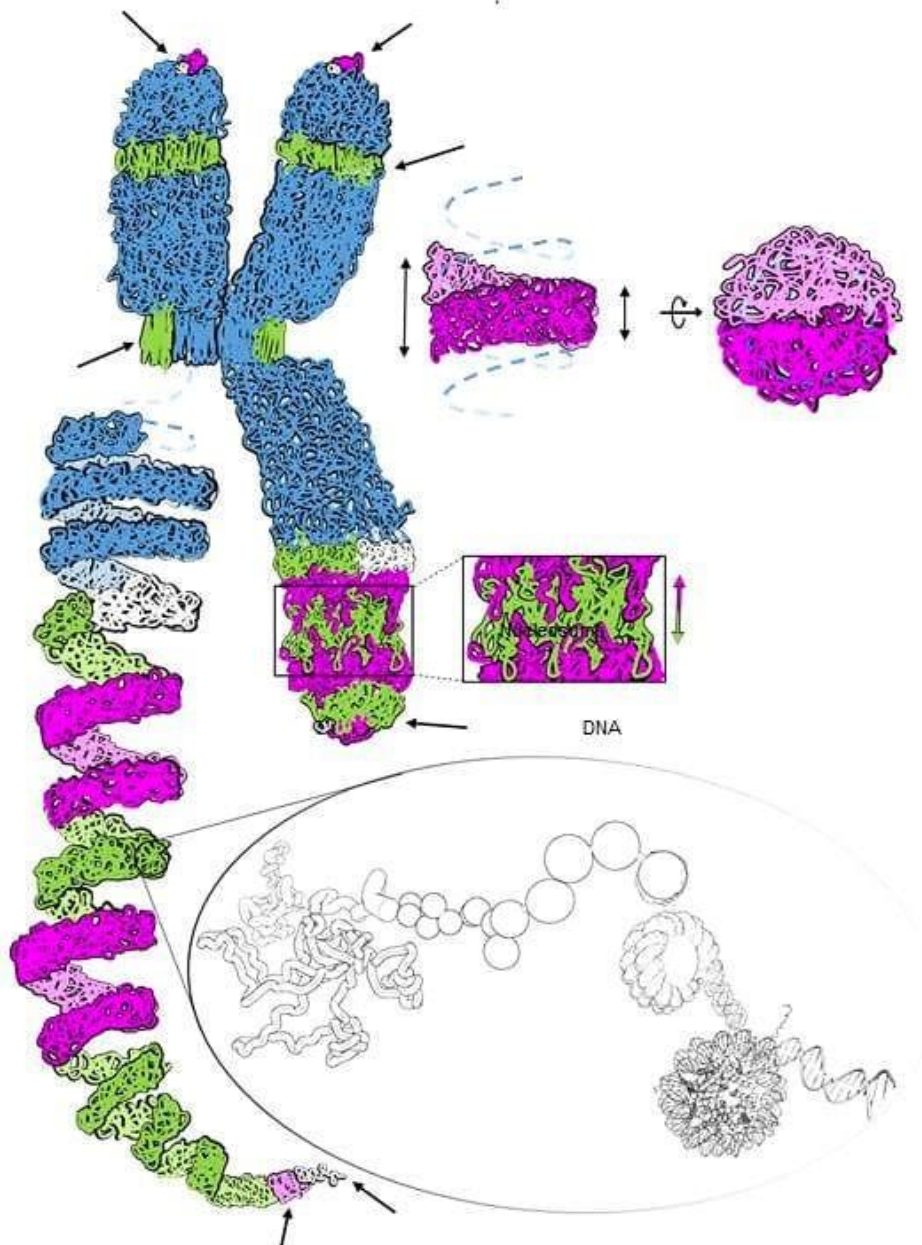


Foto: Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)

Unterstützt wurden die tschechischen Forscher von Kollegen der deutschen Leibniz-Gemeinschaft. „Die Olmützer Wissenschaftler haben modernste Instrumente und Technologien zur Verfügung gestellt. Als die weltweit Einzigsten können sie die riesige Menge von mehreren Millionen Pflanzenchromosomen isolieren, was eine unabdingbare Voraussetzung für diese Studie war. Die deutschen Kollegen haben mit den Methoden der molekularen Zytogenetik und mit Computermodellen beigetragen“, so die Mitteilung des ÚEB.

Für ihre Versuche nutzten die Wissenschaftler Gerste, deren Genom nur aus sieben großen Chromosomen besteht. Die Erkenntnisse ließen sich aber auf das gesamte Pflanzenreich übertragen, so die Experten.



Quelle: *Institut für experimentelle Botanik (ÚEB)*

Autor: [Daniela Honigmann](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 72, 2023

Wien, am 15. Juni 2023

04) Tschechische Sozialdemokraten ändern Namen ihrer Partei

Die tschechische sozialdemokratische Partei (Česká strana sociálně demokratická) ändert nach 30 Jahren ihren Namen. Sie heißt nun **Sozialdemokratie** (Sociální demokracie). Dies haben die Delegierten beim Parteitag im westböhmisches Pilsen / Plzeň am Samstag beschlossen. Damit ändert sich auch das Kürzel von **ČSSD** in **SOCDEM**.

Beim Parteitag wurde zudem der derzeitige Vorsitzende, **Michal Šmarda**, in seinem Amt bestätigt. Als sein Herausforderer war der bisherige **Vize Břetislav Štefan** angetreten. Šmarda hatte die Partei Ende 2011 übernommen, nachdem die Sozialdemokraten den Einzug ins Abgeordnetenhaus nicht geschafft hatten.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 70, 2023

Wien, am 12. Juni 2023

S l o w a k e i (Seiten E 282 – E 283)

01) Slowakei prescht weltweit vor: Bargeld in die Verfassung aufgenommen!

29. 06. 2023



Der 500 Euro-Schein ist schon weg und es geht flott weiter

Die Slowakei hat als weltweit erster Staat das Recht auf Bargeldzahlung in ihre Verfassung aufgenommen, um den digitalen Euro einzuschränken. Das Parlament des Euro-Landes reagiert damit auf die geplante Einführung der digitalen Währung durch die EU-Kommission.

Der slowakische Abgeordnete Marián Viskupič warnt vor den Auswirkungen des digitalen Euro auf die Privatsphäre. Er argumentiert, dass die digitale Währung zu einer umfassenden Überwachung des gesamten Lebens durch staatliche Stellen und nicht demokratisch gewählte Institutionen wie die Europäische Zentralbank führen würde. Der digitale Euro würde einen "totalen Verlust der Privatsphäre" bedeuten.

Der Antrag zur Verfassungsänderung, der von der rechtsgerichteten Partei Sme Rodina eingebracht wurde, erhielt die Zustimmung von 111 der 150 Parlamentarier. Diese Partei bildet zusammen mit den Konservativen die Regierung des Landes.

Bargeldobergrenze angehoben

Bisher behauptet die EU-Kommission, dass der digitale Euro lediglich eine Ergänzung und kein Ersatz für Bargeld sein soll. Die Pläne dazu sollen morgen in Brüssel vorgestellt werden.

Bereits jetzt haben 18 EU-Länder Zahlungen mit Banknoten und Münzen über bestimmten Beträgen verboten. Griechenland hat eine Obergrenze von 500 Euro festgelegt. Die

Slowakei hat ihre Grenze zum 1. Juli von 5.000 auf 15.000 Euro angehoben. Deutschland hat derzeit noch keine Begrenzung für Bargeldzahlungen, allerdings müssen Käufer bei Barzahlungen über 10.000 Euro ihren Ausweis vorlegen.

Kampf gegen schleichende Bargeldabschaffung

Die Entscheidung der Slowakei, das Recht auf Bargeldzahlung in die Verfassung aufzunehmen, ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die schleichende Abschaffung von Bargeld und die Einführung des digitalen Euros. Während die EU-Kommission behauptet, dass der digitale Euro nur eine Ergänzung zum Bargeld sein soll, warnen Kritiker vor den möglichen Konsequenzen für die Privatsphäre der Bürger.

Es ist ermutigend zu sehen, dass die Slowakei als Vorreiter in dieser Angelegenheit agiert und den Schutz des Bargeldes als Teil ihrer Verfassung verankert. Dieser Schritt sollte als Beispiel für andere Länder dienen, die ebenfalls die Bedeutung des Bargeldes für die Wahrung der persönlichen Freiheit und Privatsphäre erkennen.

Interessant wird sein, wie die EU-Kommission auf die Entscheidung der Slowakei reagieren wird und ob sie ihre Pläne zur Einführung des digitalen Euros überdenkt. Die Debatte über die Zukunft des Geldes und die Rolle des Bargeldes wird in den kommenden Jahren sicherlich intensiv geführt werden müssen. Es steht viel auf dem Spiel: unsere Freiheit, unsere Privatsphäre und unsere Demokratie.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 284– E 293)

01) Orbán gibt „Bild“-Interview – Signal an Zelenskij: Das Kriegstreiber-Narrativ neigt sich dem Ende zu (VIDEO)

27. 06. 2023



Eine Einschätzung durch unseren Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

Es ist sicher (k)ein auffallender Zufall, dass der stellvertretende Chefredakteur der größten deutschen Boulevardzeitung und Moderator des Fernsehsenders „Bild TV“ extra von Berlin nach Budapest anreiste, um den rechts-nationalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán um seine Meinung zum Ukrainekrieg und zur Flüchtlingspolitik zu befragen.

War doch Ronzheimer von Anfang an stramm auf das EU-US-Kriegstreiber-Narrativ eingeschworen, indem er und die „Bild“ mehr oder weniger rein pro-ukrainische-NATO-Kriegspropaganda bedienten.

Um so auffallender nun also der „Gang ins ungarische Canossa“. Wodurch die „Bild“ auch eine Kehrtwende vollzieht – und somit auf eine Nachkriegs-Strategie vorbereitet. Denn: Gerade der ukrainische Präsident Zelenskij war immer einer der größten Feinde des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán gewesen. Somit aber ist dieses Interview auch ein Signal an Zelenskij, dass die Kriegstreiber-Zeiten zu Ende gehen. Weil der Westen langsam erkennt, dass dieser Krieg mit militärischen Mitteln nicht (schnell) zu Ende zu bringen ist...

„Ich kümmere mich nicht um Russland, ich kümmere mich nicht um Putin, ich kümmere mich um Ungarn“

Seite E 285 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hie eine Zusammenfassung des Interviews durch [MANDINER](#), unseren ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation:

„Was wirklich zählt, ist, was die Amerikaner tun möchten. Die Ukraine ist kein souveränes Land mehr. Sie haben kein Geld. Sie haben keine Waffen. Sie können nur kämpfen, weil wir im Westen sie unterstützen. Wenn die Amerikaner also beschließen, dass sie Frieden haben wollen, wird es Frieden geben.“

- so der Premierminister gegenüber [„Bild“](#).

Zum Putschversuch von Jewgeni Prigoschin

„Ich sehe in diesem Ereignis keine große Bedeutung.“

Auch die Frage, ob sich nach dem Prigoschin-Aufstand etwas im Kriegsverlauf ändern werde, verneinte Orbán ebenfalls:

„Ich denke, es ist vorbei und der Krieg geht weiter. Das ist kein Ereignis, das uns zum Frieden führt, denn ich betrachte diesen Krieg immer unter dem Aspekt des Friedens, weil ich der Meinung bin, dass es am wichtigsten ist, einen Waffenstillstand zu erreichen und irgendwie Frieden zu schaffen. Dieses Ereignis spielt dabei keine Rolle.“

Bild fragte mehrmals, ob der russische Präsident Wladimir Putin stürzen werde. Laut Orbán werde Putin aber im nächsten Jahr aber russischer Präsident bleiben:

„Russland funktioniert anders als wir. Die Strukturen in Russland sind sehr stabil. Sie basieren auf der Armee, dem Geheimdienst, der Polizei. Es ist also eine andere Art von Land, es ist ein militärisch orientiertes Land.“

Und weil Russland ein anderes Land sei als Deutschland oder Ungarn...

...“eine andere Welt. Die Struktur ist anders, die Macht ist anders, die Stabilität ist anders. Wenn Sie also aus unserer Logik heraus verstehen wollen, wie sie funktionieren, werden wir uns immer täuschen.“

„Warum sind Sie pro-russisch geworden?“

Der Bild-Journalist bediente auch erneut das altbekannte Vorurteil, Viktor Orbán habe sich vom antisowjetischen Freiheitskämpfer zum Putinisten gewandelt:

„1989 hielten Sie in Budapest eine mutige Rede, in der Sie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn forderten. Warum haben Sie Jahrzehnte später Ihr Land in gewisser Weise an die Seite Russlands gestellt und gelten selbst in Europa als Putin-Freund?“

Orbán gab die Frage zurück:

„Provozieren Sie mich mit dieser Frage? Sie wissen schon, den Ungarn zu sagen, dass wir Pro-Russen oder Freunde der Russen sind, widerspricht unseren historischen Erfahrungen.“

Der Ministerpräsident machte deutlich:

Seite E 286 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

„Ich kämpfe für Ungarn. Ich kümmere mich nicht um Putin. Ich kümmere mich nicht um Russland. Ich kümmere mich um Ungarn. Was ich also tue, sind Positionen und Aktionen, die gut für die Ungarn sind. Und definitiv ist alles, was jetzt zwischen Russland und der Ukraine passiert, schlecht für die Ungarn. Es ist gefährlich für die Ungarn. Wir haben Leben verloren, ungarische Minderheiten leben dort. Die Gefahr, die vom Krieg ausgeht, ist in unserer Nachbarschaft. Es ist nicht so wie bei euch, ihr wisst, ihr seid die Deutschen, ihr habt Polen und Ungarn zwischen Russland und dem ukrainischen Krieg.“

„Wie wird es hier Frieden geben?“

Bild fragte außerdem, warum es laut Orban keine Lösung für den Krieg auf dem Schlachtfeld geben könne.

„Zunächst einmal argumentiere ich nicht gegen die Ukrainer. Ich möchte also nicht als jemand erscheinen, der nicht hofft, dass die Ukrainer eine Chance zum Überleben haben. Aber ich stehe auf dem Boden der Realität. Die Realität ist, dass die Art der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Westen ein Fehlschlag ist.“

Indem er ausführte:

„Das Problem ist, dass den Ukrainern die Soldaten früher ausgehen werden als den Russen, und das wird am Ende der entscheidende Faktor sein.“

Er betonte zudem:

„Ich möchte die Ukrainer nicht beeinflussen, aber ich plädiere immer für Frieden, Frieden, Frieden. Andernfalls werden sie eine riesige Menge an Wohlstand und viele Menschenleben verlieren und unvorstellbare Zerstörungen werden passieren. Deshalb ist der Frieden die einzige Lösung in diesem Moment. Frieden bedeutet in diesem Moment Waffenstillstand. Ich argumentiere also auf dieser Grundlage, wie wir den schnellsten Weg und einen Waffenstillstand erreichen können.“

Viktor Orbán lässt sich auch nicht von der Meinung des ukrainische Präsidenten Wolodymyr beeindrucken, wonach dessen Land früher oder später alle Gebiete zurückerobern würde.

„Ich kenne diese Meinung. Aber was wirklich zählt, ist, was die Amerikaner tun möchten. Die Ukraine ist kein souveränes Land mehr. Sie haben kein Geld. Sie haben keine Waffen. Sie können nur kämpfen, weil wir im Westen sie unterstützen. Wenn die Amerikaner also beschließen, dass sie Frieden haben wollen, wird es Frieden geben.“

Orbán fügte hinzu:

„Wenn es also von Anfang an Verhandlungen gegeben hätte, hätte es nicht so viele Tote gegeben und das Land wäre nicht zerstört worden. Meine Position war also von Anfang an, dass wir den Krieg nicht zu einem globalen Krieg oder etwas Ähnlichem machen, sondern ihn isolieren und die Verantwortung von den Militärs auf die Politiker und Diplomaten zurückverlagern sollten, weil dieser Krieg hätte nicht passieren dürfen.“

„Einzigste Chance für die Ukraine sind Verhandlungen.“

Laut Orbán...

Seite E 287 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

...„besteht der einzige Weg, die Ukraine zu retten, darin, dass die Amerikaner Verhandlungen mit den Russen aufnehmen und Vereinbarung über die Sicherheitsarchitektur treffen und einen Platz für die Ukraine in dieser neuen Sicherheitsarchitektur finden“.

Darauf, dass die Ukraine bereits beschlossen habe, nicht zu verhandeln, sagte Orban:

„Die Ukraine ist eine Nation, sie ist ein Land. Und sie haben das Recht, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ob sie in den Krieg ziehen oder nicht. Unser Recht ist es auch, Waffen und Geld zu geben oder nicht, wenn die Amerikaner das wollen. Mit den Jungs möchten wir Frieden haben. Deshalb geben wir niemandem Geld und Waffen, auch nicht den Ukrainern, wir wollen nur verhandeln und einen Frieden und Waffenstillstand schaffen. Es liegt also in den Händen der Amerikaner.“

Durch „Bild“ auf den bekannten Topos angesprochen, dass Russland sich darauf vorbereite, andere Länder anzugreifen...: Dann...

...„wäre Putin ein klarer Sieger in diesem Krieg. Bedeutet das nicht, dass es noch weiter gehen würde? Sie könnten Polen, Estland und Litauen angreifen. Warum sollte man in der Ukraine aufhören?“

...erwiderte Orban: *„weil Russland nicht stark genug ist“.*

„Die Geschichte dieses Krieges zeigt deutlich, dass die NATO viel stärker ist als Russland. Warum sollte jemand, der schwächer ist, die NATO angreifen wollen?“

„Ist Putin ein Kriegsverbrecher?“

Orbán deutlich:

„Nein, nicht für mich.“

Er erklärte, dass er nicht über Kriegsverbrecher spreche. Denn:

„Weil wir uns im Krieg befinden, können wir nach dem Krieg über Kriegsverbrechen sprechen“.

Zudem sagte er:

„Wenn wir einen Waffenstillstand und dann verhandeln, müssen wir diejenigen, die Teil des Konflikts sind, davon überzeugen, an den Tisch zu kommen. Sie an den Tisch zu bitten und zu sagen: ‚Kommt an den Tisch und ich werde euch verhaften‘, ist keine gute Idee.“

Vorerst keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine

Laut dem ungarischen Ministerpräsidenten kann die Ukraine vorerst kein NATO-Mitglied werden, weil sie sich im Krieg befindet. Aber auf die Frage nach der Nachkriegsperspektive der Ukraine auf die NATO antwortete er, dass *„wir das diskutieren werden“.*

Orbans Botschaft ab das ukrainische Volk

„Ich möchte niemanden von etwas überzeugen. Das ist nicht meine Aufgabe. Es ist nicht unser Krieg. Es ist der Krieg der Ukrainer, Entscheidungen über den moralischen und

historischen Horizont zu treffen, ist ausschließlich Sache des ukrainischen Volkes. Ich würde ihnen also raten, genau das zu tun, was das Beste für sie ist. Aber was das Beste für sie ist, müssen sie selbst definieren. Niemand sonst kann es definieren. Denn sie sind eine unabhängige, stolze Nation und ein stolzes Land.“

<https://www.youtube.com/watch?v=7vEpCsOsYdc>

Es folgt in Kürze Orbans Interview zur Flüchtlingspolitik

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ungarischer Außenminister: Europa driftet immer näher in die Katastrophe

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

27. 06. 2023



Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó machte sich anlässlich seiner Teilnahme am Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg am Montag „keine Illusionen“ über den Ausgang der Gespräche.

„Europa driftet immer näher an die Katastrophe heran – leider in jeder Hinsicht. Es wäre jetzt möglich, eine noch größere Katastrophe zu verhindern und Tausende von Menschenleben zu retten, aber dazu müsste man aus der Psychose des Krieges ausbrechen. Ob das beim heutigen EU-Außenministerrat in Luxemburg geschehen wird, da mache ich mir keine Illusionen (mehr) ...“

Seite E 289 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Im Mittelpunkt des Treffens steht der Krieg in der Ukraine. Auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba wird per Videoschaltung an dem Treffen teilnehmen.



Weiter Kriegstreiber-Kredite durch die EU

Es wird erwartet, dass sich die Außenminister auf eine Aufstockung des außerbudgetären Fonds der Europäischen Friedensfazilität um 3,5 Milliarden Euro einigen werden, von denen bereits rund 5,6 Milliarden Euro an die Ukraine ausgezahlt wurden, weitere 500 Millionen Euro gehen nun an das kriegführende Land.

Ungarn machte es zur Bedingung seiner Zustimmung, dass die ungarische OTP-Bank von der Liste der „Kriegssponsoren“ gestrichen wird, welche von der Ukraine zusammengestellt wurde. Die ukrainische Seite behauptet, dass die ungarische Bank *„der russischen Armee bevorzugte Kredite gewährt, d.h. sie belohnt sie tatsächlich für begangene Kriegsverbrechen“*.

„Die Geschichte lehrt dauernd. Aber sie findet keine Schüler.“ (Ingeborg Bachmann)

Nun scheint sich Geschichte wieder tragisch zu wiederholen:

Der alt-österreichische Romancier Hermann Broch (1886–1951) übertrug den Begriff *„Die Schlafwandler“* (1930/32) auf die Epoche des politischen Zerfalls der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie (1888–1918). Dabei waren die Reaktionen der damals handelnden politischen Subjekte auf einen grassierenden Sinn- und Werteverlust:

Rückwärts gewandte romantisch-nostalgische Verleugnung der Wirklichkeit, gefolgt von Orientierungslosigkeit zwischen Wertesystemen, und abschließend eine sachlich-zynische Unterordnung aller Wertesysteme unter die Maxime des kommerziellen Profits.

Dieser Weg führt(e) in die Katastrophe. Doch das Gespenstische – damals wie heute: Ohne dass sich die Handelnden dessen freilich bewusst gewesen wären, waren und sind sie doch

Seite E 290 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

ganz in einer fatalen Selbst-Voreingenommenheit gefangen: Besessen vom Wunsch, eine verlustig gegangene Ordnung wiederherzustellen...

Der Konnex zur Julikrise 1914 drängt sich auf:

„So gesehen waren die Protagonisten Schlafwandler – wachsam aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen wollten.“ (Cristopher Clark: „Die Schlafwandler – Wie Europa in den ersten Weltkrieg zog“)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Orbán: Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland – Brüssel ist wie Sowjetunion

17. 06. 2023



Laut ungarischem Premierminister wage es aber niemand, den Mund darüber aufzumachen, um Washington nicht gegen sich herauszufordern.

Brüssel ist wie Moskau unter der Sowjetunion

Die ungarische Regierung aber sei demokratisch und handle nach dem Willen des Volkes. Die EU-Führer werden aber nach sowjetischem Vorbild von Brüssel aus gesteuert.

- wie Viktor Orbán in einem Freitag-Interview der italienischen Tageszeitung Libero sagte. ([DailyNews](#))

„Schwarze Schafe schon während der Sowjetunion“

Dass wir deshalb...

Seite E 291 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

...„für die EU schwarze Schafe sind, ist aber für uns Ungarn kein Problem: Wir waren immer außerhalb des Chores, schon als wir während der Sowjetunion hinter dem Eisernen Vorhang die ersten waren, die für die Freiheit gekämpft haben.“

Berlusconis Regierung wurde von der EU gestürzt

Orban fügte hinzu:

Silvio Berlusconi hatte eine ganz ähnliche Sicht auf den Ukraine-Krieg. Außerdem hätte Europa mit verschiedenen Manövern Berlusconis frühere Regierung gestürzt, weil jener sich nicht den deutschen und niederländischen Regeln beugen wollte.

„Wer nicht Bidens Kriegstreiberei unterstützt ist Putinist“

Wer den Krieg in der Ukraine anders sehe als US-Präsident Joe Biden, werde derzeit des Putinismus gebrandmarkt.

Orban betonte außerdem: Dass zweihunderttausend Karpato-Ungarn in der Ukraine zum Militärdienst einberufen werden und ihr Leben opfern, während Ungarn eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat.

Leider gäbe laut Orbán wenig Hoffnung auf Frieden. Wolle doch der Westen,...

...“in der Tat die USA, Russland besiegen. Und Amerika sieht in der Ukraine ein Instrument dafür. Aber niemand in Europa macht den Mund auf außer uns, weil sie Washington nicht gegen sich selbst herausfordern wollen.“

„Schweigende Mehrheit will Frieden“

Doch Orban fügte hinzu:

„Die schweigende Mehrheit denkt jedoch so wie ich. Und ich bin überzeugt, dass sich die Stimmung in einigen Monaten ändern wird, ich sehe die ersten Anzeichen dafür.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ungarischer EU-Fidesz-Abgeordneter: EU-Migrations-Vertrag war ein „Putsch“ – Feiges Österreich

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR Forster

12. 06. 2023



Flüchtlingsansturm an ungar.-serb. Grenze Sommer 2015

„Putschartige Umsetzung“

Der ungarische Fidesz-EU-Abgeordnete Balázs Hidvéghi sagte am Sonntag im ungarischen „Kossuth Radio“:

„Das neue EU-Migrationspaket ist auf putschartige Weise durchgesetzt worden.“

So sei der vom Europäischen Rat entschiedene Text den EU-Ministern und Staatssekretären erst eine halbe Stunde vor der Verabschiedung ausgehändigt worden.

Nur und Polen und Ungarn dagegen – Feiges Österreich: Stimmenthaltung

Gegen den Vorschlag hätten nur Ungarn und Polen gestimmt. Während sich mehrere andere, vor allem mitteleuropäische Mitgliedstaaten sich der Stimme enthalten hätten.

Gerade Österreich zeigt hiermit wieder ein feiges und opportunistisches Stimmverhalten, welches auf EU-Entscheidungebene das Gegenteil von dem praktiziert, was es zu Hause in martialischen Worten seinem Volk verspricht.

Seite E 293 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Hatte doch einmal der ungarische Außenminister Péter Szijjártó das feige Verhalten seiner Kollegen vor wichtigen EU-Abstimmungen so beschrieben: Dass er nämlich dutzende SMS von den anderen EU-Ministern bekomme – mit folgendem Inhalt:

„Ungarn! Bleiben Sie bitte hart gegenüber Brüssel!“

Um dann kurz später gegen Ungarn zu stimmen.

Zwangsbefragung von Ländern, die gegen illegale Einwanderung sind

Brüssel will nämlich diese Länder mit einer Geldstrafe in Höhe von 22.000 .-EUR pro abgelehnten Migranten bestrafen, um so die Mitgliedstaaten zur Aufnahme von illegalen Einwanderern zu zwingen.

Doch auch linke Regierungen wie Deutschland oder Spanien befinden sich in einer erpresserischen Position. Indem Brüssel illegale Migration zum Alltag macht und dies den Regierungen aufzwingt. Der Europäische Rat will illegale Einwanderer auf Basis eines bestimmten Umrechnungsschlüssels auf EU-Länder verteilen.

Zwar wäre der Verfasser des Vorschlags nicht namentlich genannt worden sei, man wisse aber, wer dahinter stehe – so Hidvéghis ominöse Andeutung.

„Der Kreis, der die Einwanderung als politisches Programm betrachtet, ist nach wie vor aktiv und glaubt, dass die europäische Kultur verändert werden kann, wenn wir so schnell wie möglich möglichst viele Menschen aus anderen Kulturen hereinlassen. Und dann wird die multikulturelle Traumwelt, an die sie glauben, kommen.“

Umsetzung des Vorschlags muss verhindert werden

Laut Hidvéghi sei Widerstand gegen das Migrationspaket wichtig: Grenzen dürfen nur legal überschritten werden. Wenn jemand illegal kommt, muss er in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden.

Doch noch ist zu verhindern, dass die Resolution zu einer Verordnung wird: Der nächste Schritt sind nämlich Trilog-Verhandlungen zwischen dem Europäischen Rat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament. Und zwar innerhalb des institutionellen EU-Zyklus im Frühjahr 2014.

EU fördert Migration

Außerdem wäre bereits vor einigen Monaten eine stark migrationsfreundliche EntschlieÙung im EU-Parlament angenommen worden sei: Wonach Entscheidungen zu Migrationsfragen nur mehr im Konsens und nicht mit einfacher Mehrheit getroffen werden können, wie es beim Ministertreffen noch der Fall war.

Diese Entwicklung steht aber im Widerspruch zu früheren Ratsbeschlüssen. Auf der Grundlage all dessen und des festen ungarischen Standpunkts sollte die Umsetzung des Vorschlags blockiert werden – so Balázs Hidvéghi.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien (Seiten E 294 – E 296)

01) Serbien entlässt Minister wegen Forderung nach Russland Sanktionen

26. 06. 2023



Serbiens Wirtschaftsminister Rade Basta.- *Bild: www.srbija.gov.rs*

Serbiens Wirtschaftsminister Rade Basta hatte bereits im März gefordert, dass Belgrad sich dem Westen anschließen und Sanktionen über Moskau verhängen sollte.

Nun hat die serbische Regierung beschlossen, den Minister seines Amtes zu entheben.

Hat „Russlandtreue“ gesiegt?

Rade Basta hatte sich im Frühjahr für Sanktionen gegen Russland ausgesprochen. Daraufhin wurden Forderungen nach seinem Rücktritt laut.

Der Nationalversammlung sei nun ein Vorschlag zur Absetzung des Wirtschaftsministers vorgelegt worden, teilte Premierministerin Ana Brnabić am 22. Juni mit.

Die Absetzung wurde mit der Mehrheit der Stimmen beschlossen.

Bastas frühere Partei Jedinstvena Srbija (Vereinigtes Serbien) gab am 20. Juni eine Erklärung heraus, in der es hieß, Basta sei eine Frist gesetzt worden, um von allen Ämtern zurückzutreten.

„Dazu gehört natürlich auch die Funktion des Wirtschaftsministers in der serbischen Regierung“.

Der Grund dafür waren offenbar Bastas öffentlichen Äußerungen, die „der Agenda von Vereinigtes Serbien und der staatlichen und nationalen Politik der serbischen Regierung diametral entgegengesetzt waren“.

Ferner hieß es dazu, „in jedem Land der Welt tritt ein Minister zurück, wenn er mit der Staatspolitik der Regierung, der er angehört, nicht einverstanden ist.“

Minister fiel durch pro-westliche Rhetorik auf

Seit Oktober 2022 war der 43-Jährige als Wirtschaftsminister tätig.

Er war wiederholt durch antirussische Äußerungen aufgefallen. Mitte März hatte er offen gefordert, Serbien solle sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anschließen, und behauptet, das Land zahle für seine Neutralitätspolitik „einen unerträglichen Preis“.

„Angesichts der tektonischen Veränderungen auf der geopolitischen Weltkarte kann Serbien keine einsame Insel bleiben“, erklärte Basta.

Diese Woche gab er bekannt, dass er die Partei Bewegung Europäischer Weg gegründet habe, um bei künftigen Wahlen zu kandidieren.

Finanzminister Siniša Mali soll vorübergehend die Befugnisse des Wirtschaftsministers übernehmen, berichteten dazu serbische Medien.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Novak Djokovic: „Kosovo ist das Herz Serbiens“

03. 06. 2023



Bild: Wikipedia/Peter Menzel Lizenz: CC BY-SA 2.0

Tennis-Superstar zeigt sich als serbischer Patriot

Im Kosovo kommt es zu Ausschreitungen zwischen der serbischen Minderheit und der NATO-geführten KFOR-Truppe. Die Ereignisse in dem von den USA geschaffenen

Seite E 296 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kunststaat nutzte der serbische Tennis-Superstar Novak Djokovic am Rande des derzeit stattfindenden Grand-Slam-Turniers in Paris zu einer politischen Stellungnahme: „Kosovo ist das Herz Serbiens. Stoppt die Gewalt“, schrieb Djokovic auf die Linse einer Kamera.

Djokovic gab sich damit als serbischer Patriot zu erkennen, der sich nicht dem Zeitgeist anbietet.

Bereits während der sogenannten Corona-Pandemie sorgte er für weltweite Aufmerksamkeit, indem die Covid-Impfung verweigert, wofür er von der westlichen Meinungsindustrie heftig kritisiert wurde.

Auch Djokovics nunmehrige Aussage wird in den Mainstream-Medien negativ dargestellt. Einmal heißt es, er sorge für Wirbel, ein anderes Mal, er „provoziere“. Dabei sollte jedem, der einigermaßen über Geschichtskennntnisse verfügt, klar sein, dass der Kosovo für Serbien bzw. die Serben nicht irgendeine x-beliebige Provinz darstellt, sondern nicht zuletzt aufgrund der Schlacht am Amselfeld 1389 einen wesentlichen Bestandteil der serbischen nationalen Identität bildet.

Bis zur osmanischen Landnahme war der Kosovo das administrative und kulturelle Zentrum des serbischen Reiches. Und selbst unter türkischer Fremdherrschaft waren die Serben noch lange Zeit im Kosovo die größere Bevölkerungsgruppe als die Albaner.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 297 – E 318)

01) Kommt es zu Friedensverhandlungen über den Ukrainekrieg?

02. 07. 2023



Bild: shutterstock

Von REDAKTION | Es scheint angesichts der total gescheiterten ukrainischen Gegenoffensive zaghafte Versuche des kollektiven Westens zu geben, einen Ausweg aus dem selbst verursachten Desaster des Ukrainekrieges zu finden. Immer wieder gibt es Meldungen über mögliche Friedensgespräche, oder zumindest über die Einrichtung eines Formates, innerhalb dem Friedensgespräche angebahnt werden könnten, wie z.B. eine [ARD-Meldung](#) vom 25.06.2023.

Hinter diesen Meldungen und Bestrebungen steht eine Analyse der RAND-Corporation, in der ein Ende des Ukrainekrieges empfohlen wird. Dieser Think Tank lieferte ursprünglich die theoretische Erklärung für jene Politik, die geradewegs zu dem gegenständlichen Konflikt geführt hat. Russland sollte in einen Krieg mit dem kollektiven Westen provoziert werden, damit man Russland anschließend politisch und wirtschaftlich isolieren und somit ruinieren könne.

Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Dieser alte Bibelspruch hat sich wieder einmal, diesmal für den kollektiven Westen, bewahrheitet. Die RAND-Strategie hat in der Zwischenzeit Schiffbruch erlitten: Russland wurde durch den Krieg weder völlig isoliert, noch wirtschaftlich ruiniert. Dafür haben sich für den kollektiven Westen summarische Kosten von bis zu 170 Milliarden Dollars angehäuft, von denen ein nicht geringer Teil im ukrainischen Korruptionssumpf versenkt wurde. Die Wirtschaft des Westens wird durch hohe Energiekosten und Inflation ruiniert!

Seite E 298 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Jetzt empfiehlt der gleiche Think Tank in einem Papier mit dem Titel „Avoiding a Long War – U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict“ eine 180 Grad Wende!

Zitat aus www.anti-spiegel.ru/2023/teil-1-suchen-die-usa-eine-exit-strategie-aus-dem-ukraine-krieg/

„RAND stellt in dem Papier fest, dass die Kosten für die Unterstützung der Ukraine zu hoch sind, weil die USA in dem Krieg nur wenig gewinnen können. In Washington dürfte man lange etwas anderes erhofft haben, aber die Realität hat gezeigt, dass Russlands Wirtschaft nicht an den Sanktionen zerbrochen ist, dass es nicht gelungen ist, Russland international zu isolieren und dass selbst die beispiellose militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen Russland militärisch nicht besiegen konnte.

In dem Papier stellt RAND ganz nüchtern fest, dass den Kosten, die die Unterstützung der Ukraine verursacht, kein entsprechender Gegenwert gegenübersteht, weil es nicht absehbar ist, dass Russland zusammenbricht. Daher sucht RAND nach einer Exit-Strategie aus dem Ukraine-Konflikt.

In dem Papier wird China nicht erwähnt, aber in Washington mehren sich die Stimmen, die China als den wichtigsten Konkurrenten der USA sehen, und nicht Russland. Daher ist es aus geopolitischer Sicht dumm, die Ressourcen der USA im Kampf gegen Russland zu verbrennen, weil man sie für den Konflikt mit China braucht. Wie gesagt, steht das nicht in der Studie, aber man kann diesen Zusammenhang durchaus sehen.

Die USA dachten anscheinend wirklich, sie könnten Russlands Wirtschaft mit den Sanktionen in einem „wirtschaftlichen Blitzkrieg“ zerstören, was nicht funktioniert hat. Nun ist der Ukraine-Konflikt für die USA zu einem (wirtschaftlichen) Abnutzungskrieg geworden, wenn man bedenkt, dass westliche Armeen ihre Arsenale geleert haben, um ihre Waffen der Ukraine zu schicken, wo sie in Rekordzeit zerstört werden, ohne die russische Armee ernsthaft in Bedrängnis gebracht zu haben.

Die vier Optionen

Interessant sind die vier Optionen, die RAND einzeln oder als Kombination vorschlägt, um den Krieg zu beenden.

Erstens:

„Klärung ihrer Pläne für die künftige Unterstützung der Ukraine“ – Das bedeutet, dass man sich bei RAND darüber Gedanken macht, was man der Ukraine anbieten kann, damit sie sich mit dem Verlust eines Teils ihres Landes abfindet. Dass die Frage, welche Teile der Ukraine Kiew nach dem Krieg noch kontrolliert, für RAND ziemlich unwichtig ist, kann man in dem Papier und der Zusammenfassung schwarz auf weiß lesen.

Zweitens:

„Zusagen für die Sicherheit der Ukraine“ – Das geht in die gleiche Richtung, aber die Formulierung ist interessant, denn ein NATO-Beitritt der Ukraine wird dabei nicht genannt. Anscheinend schwebt RAND das vor, worauf Russland und die Ukraine sich schon bei den Friedensgesprächen Ende März 2022 geeinigt hatten, nämlich, dass einige westliche Länder der Ukraine Sicherheitsgarantien geben, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine jedoch ausgeschlossen ist. Das ist vor allem deshalb interessant, weil es die USA selbst waren, die diese Friedenslösung damals verhindert haben, wie der damalige israelische Ministerpräsident Bennett gerade erst [in einem Interview](#) erzählt hat.

Drittens:

„Zusicherung der Neutralität des Landes“ – Der NATO-Beitritt der Ukraine ist offensichtlich vom Tisch. Der ganze Krieg war aus Sicht der Ukraine und der NATO vollkommen überflüssig, denn das war ja Russlands Forderung: Die Ukraine solle ein neutrales Land sein. Die NATO-Ambitionen der Ukraine zu verhindern, war aus geopolitischer Sicht der wichtigste Grund für Russland, im Februar 2022 in der Ukraine zu intervenieren. Der Westen hatte diese russische Forderung im Januar 2022 zurückgewiesen, nun scheint es trotzdem so zu kommen, was den totalen Sieg Russlands bedeuten würde, weil es sein Hauptziel erreicht hätte. Dass RAND das überhaupt ernsthaft vorschlägt, ist regelrecht revolutionär.

Viertens:

„Festlegung von Bedingungen für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland“ – Sogar die Aufhebung der Russland-Sanktionen schlägt RAND vor. Der Grund dürfte sein, dass man Russland irgendwas anbieten muss, bevor Russlands militärischer Sieg so umfassend ist, dass man in Washington gar keine Verhandlungsmasse mehr hat. RAND dürfte wissen, dass man in Moskau Null Vertrauen in Zusagen der USA hat, was bedeutet, dass RAND der US-Regierung am Ende wohl eine schnelle Aufhebung der Sanktionen ohne allzu viele Bedingungen vorschlagen muss, weil Russland Taten sehen will und nichts mehr auf Versprechungen der USA gibt.

Was bedeutet das?

Man muss das erst einmal sacken lassen, denn das RAND-Papier sagt im Grunde aus, dass Russland gesiegt hat und dass RAND der US-Regierung empfiehlt, möglichst bald aus dem Ukraine-Abenteuer auszusteigen. Warum das schwierig ist, kann man in der Zusammenfassung lesen:

„Eine dramatische Änderung der US-Politik über Nacht ist politisch unmöglich – sowohl innenpolitisch als auch gegenüber den Verbündeten – und wäre in jedem Fall unklug.“

Die USA müssen also einen Weg finden, die anstehende 180-Grad-Wendung sowohl innenpolitisch als auch den Verbündeten gegenüber zu erklären. Schließlich könnte selbst in Brüssel, das eigentlich jede Entscheidung Washingtons – auch zum eigenen Schaden – gehorsam umsetzt, die Frage aufkommen, wozu man all die Milliarden aus dem Fenster geworfen und die eigene Energieversorgung und Wirtschaft an die Wand gefahren hat, wenn man am Ende gegenüber Russland klein begeben muss.“
Ende des Zitates.

Das Problem des kollektiven Westens ist es also, wie man rein propagandistisch aus dieser Sackgasse herauskommt, ohne sein Gesicht und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Wahrscheinlich ist, dass man das Desaster der ukrainischen Führung in die Schuhe schiebt, beispielsweise nach einem offenkundigen, kompletten Scheitern der „Gegenoffensive“. Dazu gehört wahrscheinlich auch die Diskreditierung der ukrainischen Führung durch Meldungen über deren Verstrickung in die Sprengung der Nord Stream Leitungen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Selenskij in auswegloser Lage – Suche nach Friedenslösung in Kopenhagen

29. 06. 2023



"Geheimes Friedenstreffen" in Kopenhagen.- Bild: AFP

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen, dass es für den ukrainischen Präsidenten langsam „eng“ werden könnte.

Nach seiner letzten „vielsagenden“ Ansprache an [Bord einer Zugtoilette](#), scheint nun der Weg doch hin zu Friedensgesprächen zu tendieren.

„Geheimes Treffen“ in Kopenhagen

Die aktive Suche nach einer diplomatischen Lösung hat allem Anschein nach nun doch begonnen.

Am 25. Juni trafen sich auf Initiative der Ukraine, Vertreter der G7 und des globalen Südens, um nach einem Ausweg aus dem Ukraine-Konflikt zu suchen. Russland war bezeichnender Weise nicht dabei.

Am Samstag den 25. Juni 2023 kamen in Kopenhagen die Vertreter zahlreicher Staaten zusammen, um die Möglichkeit für Friedensverhandlungen im Ukraine-Konflikt auszuloten.

Darüber berichteten übereinstimmend zahlreiche Medien. Die Initiative für das Treffen sei nach Berichten dänischer Medien von der Ukraine ausgegangen.

Teilgenommen hatten Repräsentanten der G7-Staaten, der Ukraine, sowie Brasiliens, Indiens, Südafrikas und Saudi-Arabiens. Also war auch ein maßgeblicher Teil der BRICS Staaten nach Kopenhagen gekommen.

Hinsichtlich einer Teilnahme chinesischer Repräsentanten gibt es allerdings widersprüchliche Berichte.

Seite E 301 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, war dabei per Video zugeschaltet. Vertreter Russlands waren hingegen erwartungsgemäß nicht eingeladen worden. Diese Bemühungen um Diplomatie stellen dennoch eine Wende in der politischen Interaktion, dar.

Eine der Ursachen für den Stimmungsumschwung im Westen, der bisher Verhandlungen ablehnte, könnte vor allem der Präsidentschaftswahlkampf in den USA sein.

Dieser rückt nun die Diskussion um die Staatsausgaben in den Fokus des öffentlichen Interesses. Die Kosten für die Unterstützung der Ukraine laufen völlig aus dem Ruder, schreibt unter anderem der außenpolitische Blog *German-Foreign-Policy*.

Aber auch in den Ländern der EU geht die Bereitschaft der Bevölkerung zurück, die Ukraine weiterhin und vor allem bedingungslos zu unterstützen. Die Waffenlieferungen aus Beständen der westlichen Heere schwächen zudem inzwischen die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten erheblich.

Vor allem ein rascher Produktionsaufbau zur weiteren Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine gelingt allem Anschein nach nicht.

Des Weiteren dürfte sich auch die militärische Lage in der Ukraine alles andere als rosig, im Sinne der vorgelagerten Interessen des Westens, entwickeln.

Trotz bedingungsloser West-Unterstützung keine militärischen Erfolge

Ein nennenswerter militärischer Erfolg ist trotz der umfassenden finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine bisher gänzlich ausgeblieben. Die Versprechungen der Ukraine, was die Gegenoffensive angeht, werden zudem deutlich verhaltener.

Der *Spiegel* stellt in seinem Bericht über das Treffen den Friedensplan der Ukraine in den Mittelpunkt.

„Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hofft auf einen Weltgipfel für den Frieden. Bereits beim G7-Gipfel im Mai sprach er sich für Beratungen aus, bei denen seine Friedensbedingungen im Mittelpunkt stehen sollen.“

Diese Friedensbedingungen sehen jedoch faktisch und völlig illusorisch, die bedingungslose Kapitulation Russlands, überhaupt als Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen vor. Selenskij fordert in bekannter „maßloser Manier“, den vollständigen Rückzug der russischen Armee und die Rückgabe aller Territorien inklusive der Krim sowie Reparationen.

Im Anschluss könne es, so Selenskij, Gespräche geben.

Diese Forderung ist freilich völlig unrealistisch. Auf ihr zu beharren bedeutet, den Krieg bis zu einem vollständigen Sieg einer der Parteien verlängern zu wollen.

Sollte die Ukraine, wie keineswegs zu erwarten wäre, obsiegen, würde das die Existenz Russlands als Staat massiv bedrohen.

In diesem Fall kämen nach russischer Nukleardoktrin zweifelsfrei Atomwaffen zum Einsatz. Vor diesem Hintergrund ist die „Friedensformel“ Selenskij nichts anderes als eine weitere Farce. Sie wäre somit die Formel zu einer vollständigen Vernichtung Europas.

Selenskijs Forderung bedeutet Vernichtung Europas

Das wissen freilich auch die Partner. Es wird daher in weiteren Gesprächen gleichsam darum gehen, wie Selenskij seine Maximalforderung, gesichtswahrend und mit „Schadensbegrenzung“ für den unterstützenden Westen, fallen lassen kann.

Dies gilt freilich auch für Deutschland und die EU, die sich bisher bedingungslos hinter diese beinahe „präpotente“ Maximalforderung der Ukraine gestellt und sie unterstützt hatten. Das offenkundige Ziel der EU-Politik war es, aus „interpretationsfähigem Beweggrund“, den Krieg in die Länge zu ziehen.

Zu dieser Politik der Eindämmung Russlands hatte sich die EU bereit erklärt und somit der Ukraine einen hohen Preis zahlen lassen.

Realistisch wäre demgegenüber auch ein Einfrieren des Konflikts, wobei die Ukraine ihren Anspruch auf territoriale Integrität nicht aufgibt, die bestehenden Realitäten aber anerkennt und eine Wiedervereinigung mit dem Donbass und der Krim auf eine unbestimmte Zukunft verschiebt. Mit diesem Modell ist Deutschland vierzig Jahre gut zurechtgekommen, Korea tut es noch heute. Es ist jedoch davon aus zu gehen, dass Russland dazu keinesfalls seine Zustimmung geben würde. Damit wäre de facto die gesamte „russische Spezialoperation“ mehr oder weniger ad absurdum geführt.

Konkrete Ergebnisse brachte das Treffen erwartungsgemäß nicht, allerdings sind weitere Gespräche für Juli geplant.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Fakten zur Kachowka-Staudamm Sprengung – Die westlichen Propagandalügen widersprechen jeder Logik Von PETER HAISENKO

13. 06. 2023



Der Kachowka-Staudamm nach der Zerstörung

Seit der Kachowka-Staudamm unter russischer Kontrolle ist, wird er von Kiews Truppen beschossen. So, wie auch das Atomkraftwerk Saporischschja. Jetzt ist der Staudamm gesprengt worden und das reiht sich ein in Kiews Politik der verbrannten Erde.

In einem Artikel auf ntv lautet die Überschrift: „Lässt Moskau die Krim verdursten?“ Verantwortlich für dieses Lügenwerk zeichnet der Russlandhasser Uladzimir Zhyhachou. Der stammt aus der Gegend von Charkov und hat auf ntv schon eine Menge an Hassartikeln gegen Russland geschrieben. Merkt dieser Hassprediger nicht, dass er schon mit der Überschrift das beste Argument geliefert hat, dass es keinesfalls Russland sein kann, das für diese Sprengung verantwortlich ist? Es war Kiew, das schon vor neun Jahren den Bewässerungskanal für die Krim trockengelegt hat. Eines der ersten Ziele der russischen Sonderoperation war demgemäß, die Wasserversorgung der Krim wieder herzustellen. Und jetzt sollen sie das wieder kaputt gemacht haben?

Wie bescheuert muss man eigentlich sein, die unablässige Westpropaganda zu glauben? Russland sprengt seine Gaspipelines und jetzt die Wasserversorgung für die Krim? Weil ich nicht für Bescheuerte schreibe, gehe ich gar nicht weiter auf die ganzen Propagandalügen ein. Es gibt aber Fakten, die nicht so bekannt sind. So haben Satellitenmessungen festgestellt, dass der Kachowka-Stausee vor der Sprengung einen ungewöhnlich hohen Wasserstand hatte. Die Frage muss sein, wer dafür gesorgt hat. Weiter flussaufwärts gibt es noch fünf weitere Dämme mit Stauseen, die aber unter der Kontrolle von Kiew stehen. Die Schleusen dieser Dämme sind weiter geöffnet worden und so wurde der Kachowka-Damm schon besonderem Stress ausgesetzt. So waren die freigesetzten Wassermassen nach dem Bruch noch zerstörerischer, als bei normalem Wasserstand. Aber das ist noch nicht alles.

Kiew hat die Schleusen geöffnet

Wäre Kiew daran interessiert, die Schäden nach dem Dammbbruch möglichst klein zu halten, hätten sie die Schleusen an den Dämmen oberhalb schließen können. Der Wasserspiegel war dort sowieso schon niedriger als normal. Die Verbrecher in Kiew haben aber das Gegenteil getan. Sie haben die Schleusen noch weiter geöffnet und so die Situation weiter erschwert. Insgesamt liegen vor dem Kachowka-Damm flussaufwärts fünf Dämme mit Stauseen. Der Kiewer-, der Kaniver-, der Kremenschuker-, der Kamjansker- und der Saporischschja-Stausee. Es wäre also für Kiew ein Leichtes gewesen, die Wassermassen zu reduzieren. Haben sie aber nicht gemacht, sondern vielmehr die Schleusen weiter geöffnet. Kiew sorgt auf diese Weise für maximal möglichen Schaden in der Region, von der sie wissen, dass sie für sie verloren ist. So kann man in diesem Fall zwar nicht von einer Politik der verbrannten Erde sprechen, aber der ertränkten.

Wer einen Staudamm sprengt weiß vorab, welche Gebiete von Überschwemmungen betroffen sein werden. Etwa 70 Prozent der überschwemmten Gebiete liegen auf der Ostseite des Dnjepr, 30 Prozent auf der Seite unter ukrainischer Kontrolle. Zudem behaupten deutsche „Experten“, die russische Seite wäre auf die Flutung nicht vorbereitet gewesen und hätte so Verluste an Soldaten und Material erlitten. Sie beharren aber darauf, dass es Russland gewesen sein muss, das den Damm zerstört hat. Merken die nicht, wie bescheuert sie sind? Wie kann es sein, dass die Sprengung Russland unvorbereitet getroffen hat, wenn sie selbst die Sprengung vorgenommen hätten?

Endlich werden Kriegsverbrechen Englands als solche bezeichnet

In London und Washington ist man etwas klüger als in Berlin. Anders als Scholz & Co wird vorsichtig gesagt, man wisse noch nicht, wer für diese Untat verantwortlich ist. Offensichtlich geht man davon aus, dass die Amis und Engländer nicht so dumm, so propagandahörig wie die deutschen Schafe sind. Dennoch erfreuen mich die markigen Kommentare, die im Westen diese Tat verdammen. Von einer neuen Dimension wird gesprochen und von grässlichen Kriegsverbrechen. Das zeigt wieder die Geschichtsvergessenheit insbesondere deutscher Spitzenpolitiker.

Es war England, Churchill, die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland Staudämme gezielt angegriffen und zerstört haben. Danke, Herr Bundeskanzler, dass Sie endlich die richtigen Worte für diese menschenverachtenden Kriegsverbrechen der Engländer gefunden haben. Es waren auch die USA, die in Korea nicht nur Stauseen zerstört haben, sondern auch die jahrhundertealten Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft. Bislang waren es also nur die Angloamerikaner, die sich derartiger Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben und Kiew steht unter dem Befehl Washingtons. Ach ja, Churchill und Selenskji haben den Karlspreis erhalten.

Es wird schon nach Auswegen gesucht

Insgesamt sind die Kommentare verhalten, was die Urhebererschaft der Sprengung betrifft. Das kann nur daran liegen, dass alle genau wissen, wer dafür verantwortlich ist. Es ist auch kein Geheimnis, dass Kiew diesen Damm schon seit Monaten beschießt. So sucht man schon einen Ausweg die Kiewer Führung zu entlasten, indem kolportiert wird, der Dambruch könnte die Folge russischer Schlamperei gewesen sein. Fakt bleibt aber, dass Kiew absichtlich den Wasserstand im Kachowka-Stausee auf ein gefährliches Niveau gebracht und anschließend die Schleusen flussaufwärts noch weiter geöffnet hat.

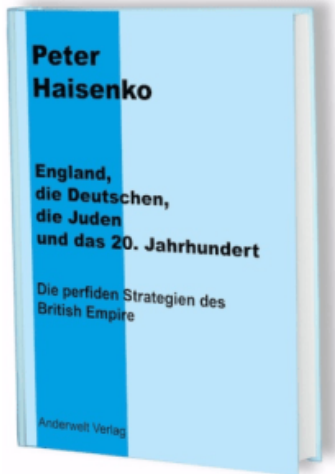
In diesem Sinn handelt Kiew nach dem Muster aller angloamerikanischen Kriege. Was nicht uns gehören kann, wird zerstört. So wie Dresden, das zerstört worden ist, nach der Konferenz in Jalta, die auch Dresden in den sowjetischen Machtbereich gegeben hatte. Dresden war Lazarettstadt und so vom Kriegsrecht geschützt. In Nordkorea gab es nach den Bombardements der USA kein einziges zweistöckiges Gebäude mehr. Die Maxime des Westens in der Ukraine ist, dass Russland nur zerstörtes Land in die Hände fallen darf. Deswegen wird auch nicht dagegen vorgegangen, wenn Kiews Militär seit neun Jahren vor allem zivile Ziele beschießt. So, wie seit Wochen das Gebiet Belgorod in Russland.

Die russische Bevölkerung will härteres Vorgehen

Darüber wird nicht mehr berichtet weil klar ist, dass allein das eine Kriegserklärung Russlands an Kiew rechtfertigen würde und es wäre in diesem Fall eindeutig, wer der Aggressor ist. Diese Angriffe direkt auf russisches Gebiet sind es aber, die dem Kreml, Putin, die größten Probleme bereiten. So, wie der seit neun Jahren andauernde Beschuss von Donezk. Putin muss seinen eigenen Bürgern erklären, warum Russland nicht härter gegen die Schlächter in Kiew vorgeht. Was auch der Chef der Wagner-Gruppe Prigoschin anmahnt. Die Sanktionen gegen Russland hat Moskau im Griff.

Das Murren der eigenen Bevölkerung könnte das eigentliche Problem sein, weil man nicht versteht, warum Moskau immer noch so sanft mit Kiew umgeht. Es war ja auch die New York Times, die im Dezember letzten Jahres geschrieben hat, die russischen Waffen taugen nichts, denn es kommen zu wenige Zivilisten um. Angesichts all dessen sollte langsam dem Letzten bewusst werden, wer sich an Völker- und Kriegsrecht hält und wer das noch nie

getan hat. Alle Staudämme entlang des Dnjepr sind von der Sowjetunion gebaut worden. Auch das größte Atomkraftwerk Europas in Saporischschja und das ist mit der Dammsprengung auch in Gefahr. Bin ich der einzige, der hier ein Muster erkennt?



€ 24,90

Spätestens mit den Irakkriegen sollte klar sein, wie die USA lügen, wenn es um Ihre Angriffskriege geht. Aber wie ist das mit der von den Alliierten vorgeschriebenen Geschichtsschreibung über Deutschland und die zwei großen Kriege im 20. Jahrhundert? Kann das so stimmen, was in der BRD darüber gelehrt wird? Lesen Sie dazu das Werk von Peter Haisenko: „**England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert**“. Da erfahren Sie auch mehr über die Zerstörung deutscher Stauwerke und wie akribisch, wissenschaftlich das vorbereitet worden ist. So, wie in England in selber Manier die Zerstörung deutscher Städte „optimiert“ worden ist. Bestellen Sie Ihr Exemplar [direkt beim Verlag hier](#)

<https://anderweltverlag.com/p/england-die-deutschen-die-juden-und-das-20-jahrhundert>

oder erwerben Sie es in Ihrem Buchhandel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Kachowka-Staudamm-Katastrophe: Neue Flüchtlings-Welle im Anrollen

08. 06. 2023



Die Stadt Lwiw/Lemberg stellt sich auf einen Zustrom von Flüchtlingen aus Gebieten ein, die von der Explosion des Kachowka-Staudamms überflutet wurden – wie Andrij Sadowy, Bürgermeister der westukrainischen Stadt, am Mittwoch dem polnischen Radiosender Rmf.fm gegenüber mitteilte.

„Die ersten Busse sind bereits unterwegs. Derzeit haben wir 3000 neue Unterkünfte für Flüchtlinge bereitgestellt“, so der Bürgermeister.

Seit Beginn des Krieges hätte die Stadt bereits mehr als 150.000 Flüchtlinge aus anderen Regionen des Landes aufgenommen.

Die Stadt, die vor dem Konflikt 720.000 Einwohner hatte, liegt weniger als 75 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Das Gebiet ist bisher weitgehend von Kampfhandlungen verschont geblieben, obwohl es am 19. Mai von einer russischen Rakete getroffen wurde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Kachowka-Anschlag: Zur Verantwortung des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren

07. 06. 2023



6. Juni 2023: Schwere Vorwürfe Russlands vor dem UN-Sicherheitsrat



Erklärung des Ständigen Vertreters Russlands, Wassili Nebensja vor dem UN-Sicherheitsrat zur Situation nach dem Anschlag auf das Wasserkraftwerk Kachowka

Herr Präsident!

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni hat das Kiewer Regime ein unvorstellbares Verbrechen begangen. Es sprengte den Damm des Wasserkraftwerks Kachowka, was zu einem unkontrollierten Wasseraustritt flussabwärts des Dnjepr führte. Ganze Stadtteile wurden überflutet, und Tausende von Menschen mussten evakuiert werden. Die Evakuierung ist bereits im Gange. Die landwirtschaftlichen Flächen in der Region und das Ökosystem an der Mündung des Dnjepr wurden schwer beschädigt.



Wassili Nebensja – zweiter von links – bei seiner Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat

Ich weise darauf hin, dass bereits im vergangenen Jahr führende ukrainische Militärs öffentlich erklärt haben, bereit gewesen zu sein, den Damm zu sprengen, um sich einen militärischen Vorteil zu verschaffen. Hier ist ein Zitat aus einem Artikel der Washington Post vom 29. Dezember 2022. Bitte hören Sie aufmerksam zu:

„Generalmajor Kowaltschuk erwog, den Fluss zu fluten. Die Ukrainer hätten sogar einen Testangriff mit einem HIMARS-Werfer auf eines der Fluttore am Nowa-Kachowka-Damm durchgeführt und drei Löcher in das Metall gebohrt, um zu sehen, ob das Wasser des Dnjepr so weit angehoben werden könne, dass die Russen den Fluss nicht mehr überqueren könnten, ohne die umliegenden Dörfer zu überfluten. Der Test war ein Erfolg, sagte Kowaltschuk, aber der Schritt blieb ein letzter Ausweg. Er hielt sich zurück.“



Überflutung von Nowa Kachowka



...Wir bedauern, dass unsere Aufforderung an den Generalsekretär, alles zu tun, um dieses schreckliche Verbrechen zu verhindern, ungehört blieben.



Wir haben die Weltgemeinschaft und UN-Führung vor dieser Situation gewarnt. Ende Oktober 2022 verbreiteten wir als offizielles Dokument des UN-Sicherheitsrates ein Schreiben der Ständigen Vertretung Russlands, in dem wir auf die Pläne Kiews zur Zerstörung des Wasserkraftwerks Kachowka hinwiesen. Wir bedauern, dass unsere Aufforderungen an den Generalsekretär, alles zu tun, um dieses schreckliche Verbrechen zu verhindern, ungehört blieben. **Anmerkung:** Unser-Mitteuropa zeigt besagtes Dokument im Wortlaut – [hier](#)

Im Gefühl der völligen Straffreiheit und ermutigt durch westliche Sponsoren hat sich das Kiewer Regime entschlossen, diesen terroristischen Plan diesmal in die Tat umzusetzen.

Es wird zusehends schwieriger, alle davon zu überzeugen, dass der Ukraine-Konflikt die vermeintliche Folge einer „unprovokierten russischen Aggression“ gewesen wäre. Heute versuchen nur noch die USA und ihre engsten Verbündeten zu leugnen, dass der Westen seit dem verfassungswidrigen Maidan-Putsch mit Eifer und Zielstrebigkeit die Ukraine auf einen Krieg mit Russland vorbereitet hat. Dabei ignorieren sie den neunjährigen Krieg, den die Maidan-Regierung gegen die russischsprachige Bevölkerung im Osten und Südosten des Landes geführt und Tausenden von Zivilisten das Leben gekostet hat und den unsere spezielle Militäroperation in erster Linie beenden sollte.



Solche «Schlussfolgerungen» deuten auf eine – nicht einmal verdeckte – Schizophrenie hin.



Wir sehen bereits eine gut koordinierte Informations- bzw. vielmehr Desinformationskampagne. Wir hören Erklärungen von westlichen Staaten und von Kiew, und wir werden heute in diesem Plenarsaal mit Sicherheit noch weitere Erklärungen hören, mit dem Versuch zu behaupten, dass es Russland gewesen wäre, das den Staudamm von Kachowka gesprengt hätte. Diese Erklärungen werden der gleichen fehlerhaften Logik folgen, die uns die „auf uns selbst gezielten Bombardierungen“ des ZNPP [Kernkraftwerk Saporischschja] oder die Sprengungen an den Nord-Stream-Rohren zuschreiben. Solche „Schlussfolgerungen“ deuten auf eine – nicht einmal verdeckte – Schizophrenie hin.

Die von Kiew geplante Sabotage einer kritischen Infrastruktureinrichtung stellt ein sehr gefährliches Unterfangen dar. Es kann seinem Wesen nach als Kriegsverbrechen oder als Terroranschlag betrachtet werden. Angriffe auf Anlagen, die gefährliche Kräfte einbinden,

sind nach dem humanitären Völkerrecht direkt verboten. Außerdem werden Staudämme in Artikel 56 des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen von 1977 gesondert erwähnt.

Kiew verfolgt mit seinen Sabotageakten zwei offensichtliche Ziele:

Erstens soll möglichst viel Aufmerksamkeit erregt werden, um günstige Bedingungen zur Verlagerung der Streitkräfte zu erlangen und die groß angekündigte „*Gegenoffensive*“ der Ukraine unterstützen zu können, die offensichtlich ins Stocken geriet und die von Kiew gesetzten Ziele nicht erreicht hat. Nach Angaben unseres Verteidigungsministeriums hat Kiew damit begonnen, Schutzstellungen am rechten Ufer des Dnjepr aufzubauen, was darauf hindeutet, dass die ukrainischen Streitkräfte beabsichtigen auf Verteidigung umzustellen.

Das zweite Ziel des heutigen Angriffs besteht darin, größtmöglichen humanitären Schaden der Bevölkerung ausgedehnter Gebiete zuzufügen, was unweigerlich eintritt, nachdem eine große Wasser- und Energieanlage zerstört worden war.

Derzeit evakuieren die Behörden der Region Cherson der Russischen Föderation die Menschen aus den von der Flut betroffenen Gebieten. Die Sprengung des Wasserkraftwerks Kachowka hat bereits eine Umweltkatastrophe ausgelöst: Dutzende von Siedlungen flussabwärts des Dnjepr werden überflutet, der Kachowka-Stausee und der Nord-Krim-Kanal, der die Halbinsel Krim mit Wasser versorgt, werden seichter. Mit anderen Worten: Kiew hat wieder einmal beschlossen, sich an den Krimbewohnern für ihre Entscheidung zugunsten Russlands zu rächen und die Bevölkerung der Krim ohne Wasser zu lassen. Wir schließen auch nicht aus, dass sich dahinter der Versuch einer Provokation gegen das ZNPP [Kernkraftwerk Saporischschja] verbirgt.

Die Kiewer Behörden haben ferner die Wasserabgabe aus dem Wasserkraftwerk Dnepropetrowsk erhöht. Dies führt zu noch größeren Überschwemmungen und beweist, dass diese Sabotage sorgfältig im Voraus geplant war, um die Menschen in der Region einer noch größeren Notlage auszusetzen.



***Die Verantwortung für diese sich entfaltende Tragödie
liegt voll und ganz beim Kiewer Regime und seinen
westlichen Herren...***



Die Verantwortung für diese sich entfaltende Tragödie liegt voll und ganz beim Kiewer Regime und seinen westlichen Herren, die die Ukraine mit Waffen vollpumpen.

Dieser Akt ist die Fortsetzung der systematischen Taktik, die Kiew seit 2014 anwendet. Diese Taktik zielt darauf ab, bloß zivile Einrichtungen zum alleinigen Zweck der Einschüchterung der Zivilbevölkerung anzugreifen. Dies ist nach Artikel 51 des genannten Zusatzprotokolls ausdrücklich verboten.

Terroristische Methoden sind Teil des offiziellen Drehbuchs des Kiewer Regimes geworden, womit man sich offen brüstet. Sie sind verantwortlich für die Explosion auf der Krim-Brücke, die Ermordung von Daria Dugina und Vladlen Tatarsky und den Angriff auf Zakhar Prilepin. Der Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kirill Budanow, kündigt offen Pläne zur Ausrottung der Russen mit terroristischen Mitteln an. Dennoch haben die westlichen Delegationen diese Schritte mit keinem Wort verurteilt.



Uns ist klar, wer genau die Planungen und Vorbereitungen vornimmt und wer die Sabotage in diesem Ausmass zulässt.



Das Kiewer Regime hat gute Lehrmeister, von denen es lernen kann, denn diese zeigen die gesprengten Nord Stream Leitungen und gezielten Angriffe auf den Tabka-Staudamm in Syrien als ihre Erfolgsbilanz. Der Westen ist daran gewöhnt, dass schmutzige Arbeit von den Händen anderer erledigt würde. Doch dieses Mal werden sie sich nicht hinter dem unfähigen Kiewer Regime verstecken können. Uns ist klar, wer genau die Planungen und Vorbereitungen vornimmt und wer Sabotage in diesem Ausmaß zulässt.

Wir finden es sehr verwunderlich, dass das UN-Sekretariat sich jedes Mal weigert, die Angriffe Kiews zu verurteilen, und sich dabei auf fehlende Informationen beruft, wie z. B. beim Beschuss des KKW Saporischschja durch ukrainische Streitkräfte, obwohl es für jeden offensichtlich ist, von welcher Seite der Beschuss erfolgt.


Gleichzeitig zögert die Leitung des Sekretariats nicht, politisierte Schlussfolgerungen zu wiederholen, wonach angeblich alle derartigen Verbrechen auf das Vorgehen Russlands in der Ukraine zurückzuführen wären. Dies ist eine inakzeptable Abweichung vom Grundsatz der Objektivität und Unparteilichkeit, der in Artikel 100 der UN-Charta festgehalten ist.


Wir fordern den Generalsekretär auf, endlich eine objektive Bewertung vorzunehmen und die terroristischen Aktionen des Kiewer Regimes zu verurteilen. Alle Umstände des barbarischen Angriffs auf das Wasserkraftwerk Kachovka müssen aufgeklärt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die Situation mit der Butscha-Tragödie oder die der Explosion der Nord Stream-Pipelines wiederholt.

Wir danken Ihnen!

Quelle: [Hier](#)

Angriff auf die Tabka Talsperre in Syrien am 26.3.2017 durch die USA, worauf der ständige Vertreter Russlands in seiner Erklärung vor dem Sicherheitsrat referenzhalber verwies und worüber westliche Medien vormals berichteten und warnten:

news  ORF.at




ANGRIFF AUF DAMM



US-Einheit riskierte in Syrien Tausende Tote

Die US-Armee hat bei Kämpfen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien einen Damm bombardiert – und damit laut „New York Times“ den Tod Zehntausender Menschen riskiert. In einer umfangreichen Recherche zeichnet die Zeitung nach, wie es zu dem Angriff auf die Tabka-Talsperre kam. Die Katastrophe konnte damals nur knapp verhindert werden.

22. Jänner 2022, 0.02 Uhr
Dieser Artikel ist älter als ein Jahr.

Teilen 

Der Angriff auf den Damm am Euphrat in al-Thawra rund 35 Kilometer von der Stadt al-Rakka entfernt, im syrischen Bürgerkrieg eine Hochburg des IS, war am 26. März 2017 erfolgt. Hinter der rund 60

Aktuell in  ORF.at 

APA/AFP/Maxar Technologies

Quelle: ORF

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Anschlag auf Wasserkraftwerk Kachowka: Was machten die UN seit Oktober 2022?

06. 06. 2023



Nowa Kachowka1 überschwemmt nach «Sabotage» auf Damm des Hydrokraftwerks



Blick auf den Kachowka Stausee | Quelle: Francis McLloyd assumed (based on copyright claims)., CC BY-SA 3.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, via Wikimedia Commons

Der Kreml hat auf den Anschlag gegen das Hydrokraftwerk Kachowka reagiert und spricht von einer „vorsätzlichen Sabotage“ durch die ukrainische Seite

- In Nowa Kachowka wurde nach der Zerstörung des Staudamms des Kraftwerks Kachowka der Ausnahmezustand verhängt;
- Vladimir Putin erhält Berichte des Verteidigungsministeriums und anderer Behörden im Zusammenhang mit der Situation um das Wasserkraftwerk Kachowka;
- Der Kreml hat erklärt, dass die Zerstörung des Kachowka-Damms schwerwiegende Folgen für Zehntausende von Menschen haben könnte;

Der Kachowka-Wasserdamm in der russischen Region Cherson, der am Dnjepr flussaufwärts der Stadt Cherson liegt, wurde am Dienstagmorgen erheblich beschädigt (UNSER MITTELEUROPA [berichtete als eines der ersten Medien](#)). Der Damm wurde Berichten zufolge gegen 2 Uhr morgens Ortszeit getroffen. Der Bruch des Damms könnte zu verheerenden Überschwemmungen führen und Tausende Zivilisten bedrohen

Teile des Staudamms des Wasserkraftwerkes Kachowka wurden *«durch einen Schlag zerstört»*, bestätigte der Bürgermeister von Nowaja Kachowka, Wladimir Leontjew, gegenüber RIA Novosti. Während mehrere Schleusen des Staudamms beschädigt wurden und einen unkontrollierten Wasserstrom freisetzen, habe die Unterwasserstruktur selbst dem Angriff standgehalten, so der Bürgermeister.

Leontjew bezeichnete den Vorfall als *«terroristischen Akt»* und sagte, dass der Wasserstand flussabwärts um bis zu 2,5 Meter gestiegen sei, dass aber bisher keine Evakuierungen erforderlich gewesen wären. Er wies darauf hin, dass das Gebiet bei früheren Überschwemmungen aufgrund starker Regenfälle, bereits höhere Pegelstände erlebt habe, betonte jedoch, dass sich die örtlichen Behörden darauf konzentrierten, den Bürgern zu helfen und auf den schlimmsten Fall vorbereitet zu sein.

„Alle Dienstleistungen in der Stadt funktionieren, alle Verwaltungsangestellten sind vor Ort. Strom, Gas, Internet und Kommunikation sind verfügbar“, so der Bürgermeister weiter.

Moskau hat Kiew wiederholt für zahlreiche Angriffe auf den Kachowka-Damm verantwortlich gemacht und davor gewarnt, dass ein Bruch des Damms den Tod Tausender Zivilisten zur Folge haben könnte.

Die anhaltende Bedrohung wurde als einer der Hauptgründe für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus bestimmten Gemeinden in der Region im Herbst 2022 und den anschließenden Abzug der russischen Streitkräfte aus der Stadt Cherson auf das linke Ufer des Dnjepr angeführt.

Russische Militär- und Zivilbeamte, darunter der amtierende Gouverneur von Cherson, Vladimir Saldo, warnten damals, dass viele Gebiete in der Region, darunter auch die Stadt Cherson, überflutet werden könnten, wenn der Kachowka-Damm zerstört werden würde.

Die Ukraine zog in Erwägung, den Damm zu sprengen, um die russischen Streitkräfte, die die Stadt Cherson zu dem Zeitpunkt verteidigten, zu lähmen – und führte sogar *«einen Testschlag mit einem HIMARS-Raketenwerfer auf eines der Schleusentore durch»*, wie der ehemalige Leiter des ukrainischen Einsatzkommandos Süd, Generalmajor Andrej Kowaltschuk, im Dezember in einem Interview mit der Washington Post zugab.

Seite E 315 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Die Region Cherson wurde Anfang Oktober zusammen mit der Region Saporischschja und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk offiziell zu einem Teil Russlands erklärt, nachdem die Bevölkerung in diesen Gebieten in Referenden mit überwältigender Mehrheit für diesen Schritt gestimmt hatte.

Kiew und seine westlichen Unterstützer haben die Abstimmungen als «*Betrug*» dargestellt und versprochen, die Gebiete mit allen Mitteln zurückzuerobern. Zumal das Regime der Ukraine und der «vereinte Westen» für ihre Lügen bekannt sind, hat der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Vassily Nebenizia, schon am 21. Oktober 2022 einen Brief an den UN-Generalsekretär gerichtet, in dem er die Pläne des Kiewer Regimes zur Zerstörung des Kachowka-Staudamms thematisierte und um Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft ersuchte.

Heute stellt sich die Frage an den UN-Generalsekretär: «**Was wurde getan?**»

Das Schreiben im deutschen Wortlaut:

United Nations **Security Council**
21.Oktober 2022

Distr.: General

Brief vom 21. Okt. 2022 des ständigen Repräsentanten der Russischen Föderation an den Vereinten Nationen adressiert an den General-Sekretär und Präsidenten des Sicherheitsrates

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Pläne des Kiewer Regimes lenken den Damm des hydroelektrischen Kraftwerks Kachowka zu zerstören. Im Besonderen erwägen ukrainische Kräfte flussabwärts des Dnepr Flusses Seeminen oder massive Raketenangriffe einzusetzen. Wir stellen auch Luftangriffe auf die Sperren des Elektrokraftwerkes fest, um den Flusspiegel ansteigen zu lassen.

Solch eine rücksichtslose ukrainische Attacke würde zu einer katastrophalen Überschwemmung der nahe gelegenen Territorien und irreparablen Schäden an der Stadt Cherson führen. Sie könnte das Leben tausender Unschuldiger kosten. Die Behörden in Kiew und ihre westlichen Unterstützer tragen die volle Verantwortung für alle Konsequenzen eines solch verheerenden Szenarios.

Um eine solche Bedrohung von Zivilisten abzuwenden, hat Russland gegenwärtig mit der Evakuierung von Bürgern des rechten Dnepr Ufers begonnen.

Ich dränge Sie alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um ein solch abscheuliches Verbrechen zu verhindern.

Ich würde dankbar sein, falls der vorliegende Brief als Dokument im Sicherheitsrat zirkulieren könnte.


(Unterschrift) Vassily Nebenizia

ZDF Rubriken Barrierefrei Live-TV Sendung verpasst

Mutmaßlich ukrainischer Angriff Russland: Kachowka-Staudamm beschädigt

06.11.2022 15:04 Uhr

Vorwürfe, die Zerstörung des Kachowka-Staudamms zu planen, gibt es von beiden Seiten. Jetzt wurde der Staudamm bei einem ukrainischen Angriff beschädigt - melden russische Medien.



Quelle des Screenshots: ZDF

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) „WP“: Ukrainische Gegenoffensive führt durch eigene Minenfelder

03.06.2023

The defences Russia is building



Source: Ria Novosti

BBC

Bei der seit Monaten angekündigten ukrainischen Gegenoffensive könnte die ukrainische Armee auf ernsthafte Hindernisse stoßen, da sie zunächst riesige Minenfelder passieren muss, die sie selbst angelegt hat – wie die „Washington Post“ berichtet.

Außerdem nutzten die russischen Einheiten die Zeit, ihre Verteidigungspositionen zu stärken. Doch bevor die Ukrainer diese erreichen, müssen sie ihre eigenen Minenfelder durchqueren.

„Das ist keine leichte Aufgabe und kann zu einem Blutbad führen. Warnbeispiele sind in der Militärgeschichte keine Seltenheit. Es ist sehr ähnlich wie im Ersten Weltkrieg.“

- zitierte die „WP“ Mark Cancian, einen ehemaligen Marineoffizier und Experten am „Center for Strategic & International Studies“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten E 319 - E 352)

01) Wladimir Putin mit seiner zweiten Klarstellung an das russische Volk

27. 06. 2023



Aufruf an das russische Volk!

Liebe Freunde!

Heute wende ich mich noch einmal an alle Bürger Russlands: Vielen Dank für Ihre Selbstkontrolle, Solidarität und Patriotismus. Diese zivile Solidarität hat gezeigt, dass jede Erpressung und jeder Versuch, interne Unruhen zu erzeugen, zum Scheitern verurteilt ist.

Ich wiederhole, es wurde der höchste Grad der Konsolidierung der Gesellschaft, der Exekutive und der Legislative auf allen Ebenen demonstriert. Öffentliche Organisationen, religiöse Konfessionen, führende politische Parteien und praktisch die gesamte russische Gesellschaft haben eine feste und eindeutige Position zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Ordnung eingenommen. Alle einte und vereinte die Hauptsache: Die Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes.

Ich möchte betonen, dass von Beginn der Ereignisse an sofort alle notwendigen Entscheidungen getroffen wurden, um die entstandene Bedrohung zu neutralisieren und die verfassungsmäßige Ordnung, das Leben und die Sicherheit unserer Bürger zu schützen.



Ein bewaffneter Aufstand wäre ohnehin niedergeschlagen worden.



Ein bewaffneter Aufstand wäre ohnehin niedergeschlagen worden. Die Organisatoren der Meuterei konnten dies trotz des Verlusts an Angemessenheit nicht übersehen. Sie alle verstanden unter anderem, dass sie zu kriminellen Maßnahmen griffen, um das Land zu spalten und schwächen, das einer enormen externen Bedrohung und einem beispiellosen Druck von außen ausgesetzt bleibt. Währenddessen unsere Kameraden an der Front mit den Worten sterben: „Keinen Schritt zurück!“

Allerdings haben die Organisatoren des Aufstands, indem sie ihr Land und ihr Volk verrieten, diejenigen verraten, die an dem Verbrechen beteiligt waren: Sie haben sie angelogen, sie unter Beschuss in den Tod getrieben, um eigene Leute zu töten.



Das ist genau das Ergebnis, Brudermord, welches Russlands Feinde verfolgen: Die Neonazis in Kiew, ihre westlichen Mäzene und alle möglichen nationalen Verräter.



Das ist genau das Ergebnis – Brudermord –, welches Russlands Feinde verfolgen: Die Neonazis in Kiew, ihre westlichen Mäzene und alle möglichen nationalen Verräter. Sie wollten, dass russische Soldaten sich gegenseitig töten, Soldaten und Zivilisten sterben, damit Russland am Ende verliert und unsere Gesellschaft sich spaltet und in einem blutigen Bürgerkrieg untergeht.

Sie rieben sich die Hände in der Hoffnung, sich für ihre Versäumnisse an der Front und während der sogenannten Gegenoffensive zu rächen, doch sie verrechneten sich.

Ich danke allen unseren Soldaten, Polizeibeamten und Sonderdiensten, die den Rebellen im Weg standen und ihrer Pflicht, ihrem Eid und ihrem Volk treu blieben. Der Mut und die Selbstaufopferung der gefallenen Heldenpiloten retteten Russland vor tragischen und zerstörerischen Folgen.



Gleichzeitig wissen wir, dass die überwältigende Mehrheit der Kämpfer und Kommandeure der Wagner-Gruppe auch Patrioten Russlands sind, die Ihrem Volk und ihrem Staat treu ergeben sind.



Gleichzeitig wussten und wissen wir, dass die überwältigende Mehrheit der Kämpfer und Kommandeure der Wagner-Gruppe auch Patrioten Russlands und ihrem Volk und ihrem Staat treu ergeben sind. Sie haben es mit ihrem Mut auf dem Schlachtfeld bewiesen und den Donbass und Neurussland befreit. Es wurde versucht, sie aus einer unklaren Situation heraus gegen ihre Waffenbrüder einzusetzen, mit denen sie gemeinsam für das Wohl und Zukunft des Landes kämpften.

Daher wurden von Beginn der Ereignisse an – auf meine direkte Anweisung hin, Maßnahmen ergriffen, um Blutvergießen zu vermeiden. Dies hat Zeit gekostet, auch um diejenigen, die einen Fehler begangen hatten, die Möglichkeit zu geben, zur Besinnung zu kommen, um zu verstehen, dass ihr Handeln von der Gesellschaft entschieden abgelehnt würde und einzusehen, zu welch tragischen und zerstörerischen Folgen das Abenteuer, in das sie verwickelt wurden, Russland und unseren Staat führte.

Ich danke den Soldaten und Kommandeuren der Wagner-Gruppe, die die einzig richtige Entscheidung getroffen haben: Sie haben kein brudermörderisches Blutvergießen betrieben, indem sie an der letzten Linie halt machten.

Heute haben Sie [Soldaten und Kommandeure der Wagner-Gruppe] die Möglichkeit, Ihren Dienst in Russland fortzusetzen, indem Sie einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium oder anderen Exekutivorganen unterzeichnen, oder zu Ihren Familien und Freunden zurückzukehren. Jeder, der möchte, kann nach Weißrussland gehen. Mein Versprechen wird erfüllt. Ich wiederhole, die Wahl liegt bei jedem von Ihnen, ich bin aber sicher, dass es die Wahl der russischen Soldaten sein wird, die ihren tragischen Fehler jetzt eingesehen haben.

Ich bin dem belarussischen Präsidenten Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko für seine Bemühungen und seinen Beitrag zur friedlichen Lösung der Situation dankbar.

Aber ich wiederhole, es ist die patriotische Haltung der Bürger, die Konsolidierung der gesamten russischen Gesellschaft, die in diesen Tagen eine entscheidende Rolle gespielt hat. Diese Unterstützung ermöglichte es uns, gemeinsam die schwierigsten Herausforderungen für unser Heimatland zu meistern.

Danke für das – danke Ihnen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Putin spricht zum militärischen Personal des Ministeriums für Verteidigung

28. 06. 2023



27. Juni, 2023, 15:00, Moskau, Kreml: Wladimir Putin vor seinen Militärs

Wladimir Putin: Liebe Kameraden!

Wie Sie wohl bemerkt haben oder vielleicht haben Sie es von hier aus gehört: Ich habe mich soeben auf dem Sobornaya-Platz im Kreml mit Militärs des Verteidigungsministeriums, der Rosgwardija [Truppen der Nationalgarde], der Sonderdienste, des FSB und des Innenministeriums getroffen und ihnen für ihren Einsatz bei der Abwehr einer bewaffneten Rebellion gedankt.

Aber eine besondere Rolle spielten dabei natürlich Sie – Sie und Ihre Kameraden. Und dafür gebührt Ihnen besonderer Dank.

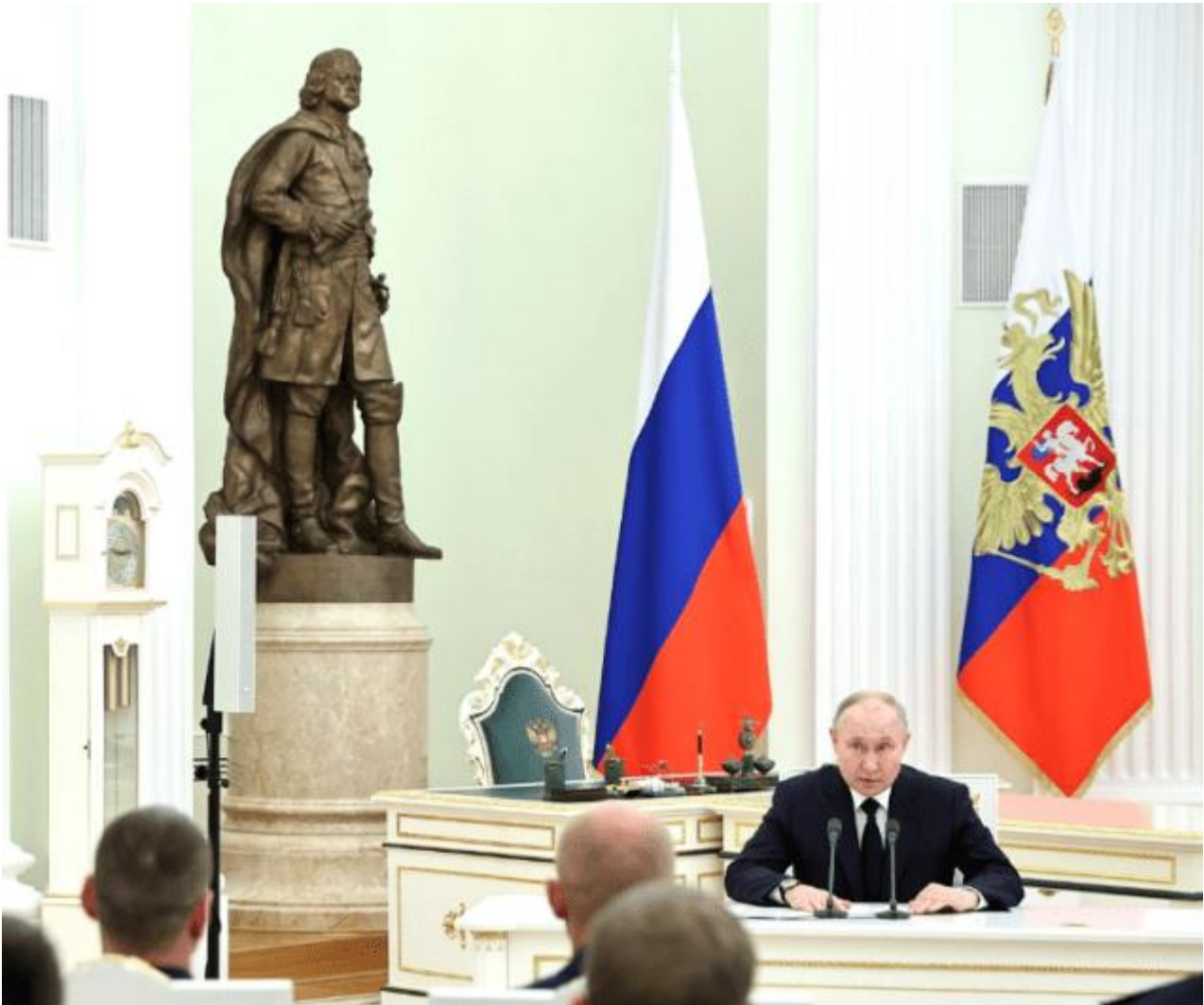
Ich möchte, dass wir alle verstehen, was passiert ist und was passiert wäre, wenn Sie nicht getan hätten, was Sie getan haben, und wenn Sie nicht Ihre militärische Pflicht erfüllt und dem Eid und dem russischen, dem russischen Volk die Treue gehalten hätten.

Wie immer in solchen Fällen – geschieht immer und überall das Gleiche: Nach bewaffneten Unruhen kommt es zu völligem Chaos und Bürgerkrieg. Das haben Sie verhindert. Das war Ihre Rolle. Und dafür möchte ich Ihnen als Oberbefehlshaber meinen Dank aussprechen. Ich möchte klar und deutlich sagen, was besprochen wurde und wovon ich jetzt spreche.

Bedauerlicherweise mussten Sie sehr schwierige Bedingungen bewältigen und auf hochfrequentierten Straßen arbeiten, um zivile Opfer zu vermeiden.

Noch bedauerlicher ist es, dass wir Verluste erlitten haben. Gewiss sind das Kampfverluste – anders kann man es nicht sagen. Unsere Kameraden starben bei der Verteidigung des

Vaterlandes. Ich sage das ohne jedes Pathos und ohne jede Übertreibung und möchte noch einmal betonen: Das Chaos im Land wäre unvermeidlich gewesen, und der Feind hätte dies selbstverständlich ausgenutzt.



Er [der Feind] versuchte es schon – ich werde Ihnen später davon berichten -, aber es funktionierte nicht, und es wird nicht funktionieren – da bin ich mir ganz sicher. Definitiv hätte man es ausgenutzt: Man weiß nicht, was am Ende aus dem Land geworden wäre, aber alle oder zumindest viele Erfolge, die während der Kämpfe erreicht worden waren, wären verloren gewesen. Doch, das haben Sie verhindert!

Ich habe dem [Verteidigungs-]Minister bereits eindeutig gesagt, dass wir alles tun werden, um die Familien unserer gefallenen Kameraden zu unterstützen.

Und was die Wagner-Gruppe betrifft – Sie wissen: Wir haben die Kämpfer und Kommandeure dieser Gruppe immer mit großem Respekt behandelt, weil sie in der Tat Mut und Heldentum bewiesen haben. Unsere Soldaten und Offiziere der russischen Armee, Freiwillige, die unter Kampfbedingungen gearbeitet haben, waren nicht weniger engagiert und haben ebenfalls Heldentum und Selbstaufopferung gezeigt. Aber auch diejenigen, die in der Wagner PMC dienten und arbeiteten, waren im Lande geachtet.



In der Zwischenzeit möchte ich darauf hinweisen und möchte, dass wir alle es wissen: Die gesamte Wagner-Gruppe wurde vollständig vom Staat unterstützt – vom Verteidigungsministerium, vom Staatshaushalt. Wir haben diese Gruppe vollständig finanziert.

Allein von Mai 2022 bis Mai 2023 zahlte der Staat an Wagner 86,262 Milliarden RUB [€ 916,242,987.00] für Geldunterhalt und Bonuszahlungen; davon Geldunterhalt 70,384 Milliarden RUB [€ 747,671,444.00], Bonuszahlungen 15,877 Milliarden RUB [€ 168,639,608.00]. Versicherungszahlungen: 110,179 Milliarden RUB [€1,172,325,946].

Gleichzeitig hat der Eigentümer, das Unternehmen Concord – obwohl die Instandhaltung von Wagner auf den Schultern des Staates lag – im Laufe des Jahres über Voentorg 80 Milliarden Rubel vom Staat erhalten und kassiert, indem er die Armee mit Lebensmitteln versorgte und Ernährungsdienstleistungen anbot. Der Staat übernahm die gesamte Unterhaltung und ein Teil dieser gesamten Gruppe, das Concord-Unternehmen, verdiente gleichzeitig 80 Milliarden Rubel [851,198,168.00 €].

Zugleich hoffe ich, dass im Zuge dieser Vorgänge niemand etwas gestohlen hat oder, sagen wir mal, weniger gestohlen wurde. Wir werden all dem natürlich nachgehen.

Als ich [eingangs] vom Kampfeinsatz sprach, wollte ich noch Folgendes sagen: Es gibt Kampfpiloten, die sehr viel dafür getan haben, dass dieser Kampfeinsatz auf der richtigen Ebene weiterging:



Seit dem 4. Juni, also seit dem Beginn der so genannten [ukrainischen] Gegenoffensive, hat der Feind 259 Panzer und 780 gepanzerte Fahrzeuge verloren.



Gerade eben erreichten mich aktuelle Zahlen: Seit dem 4. Juni, also seit dem Beginn der so genannten [ukrainischen] Gegenoffensive, hat der Feind 259 Panzer und 780 gepanzerte Fahrzeuge verloren. Nur in Richtung Orekhowsky, wohin der Feind seinen Hauptangriff legte, hat der Feind 280 verschiedene Geräte verloren, darunter 41 Panzer und 102 gepanzerte Fahrzeuge.

Das ist zum großen Teil das Ergebnis Ihrer Arbeit und der Arbeit Ihrer Mitstreiter: Dafür möchte Ihnen gesonderte Worte des Dankes aussprechen.

Ich habe dem Verteidigungsminister angewiesen, die Verdienste all derer, die an diesem Teil der Kampfhandlungen teilgenommen haben, vom Staat – sprich durch Auszeichnungen – würdigen zu lassen.



Ich habe es dem Minister gesagt, und möchte es noch einmal betonen: Diejenigen, die sich im Kampfeinsatz bewähren, sollen in Zukunft das Rückgrat der Führung der Streitkräfte der Russischen Föderation bilden...



Ich habe es dem Minister bereits gesagt, und ich möchte es noch einmal betonen: Diejenigen, die sich im Kampfeinsatz bewähren, sollen in naher Zukunft und in Zukunft das Rückgrat der Führung der Streitkräfte der Russischen Föderation bilden, natürlich auch auf dem Sektor der Luftfahrt.

Ich möchte an dieser Stelle zum Schluss kommen und Ihnen noch einmal danken für das, was Sie für Russland, für das Land und für unser Volk getan haben.

Ich danke Ihnen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Russland plant Austritt aus WTO und WHO

27. 06. 2023



Die russische Regierung beginnt nun den Prozess des einseitigen Austritts aus einer Reihe von internationalen Organisationen, darunter die Welthandelsorganisation und die Weltgesundheitsorganisation.

Dies erklärte der stellvertretende Sprecher der russischen Duma, Pjotr Tolstoi, am 20. Juni.

„Nutzlose Verträge“ werden aufgelöst

„Wir müssen daran arbeiten, unsere internationalen Verpflichtungen zu revidieren, Verträge, die heute keinen Nutzen bringen, sondern unserem Land direkt schaden. Müssen beendet werden.“

Das Außenministerium hat eine Liste solcher [Abkommen an die Staatsduma](#) geschickt“, erklärte dazu Tolstoi.

„Gemeinsam mit dem Föderationsrat wollen wir diese Verträge analysieren und vorschlagen, sie zurückzuziehen“, fügte er hinzu.

Russland ist somit abermals, dem unter „transatlantischem Diktat“ stehenden Europa einen großen Schritt voraus.

Einfach „aussteigen“ – eine simple Lösung

Ein US-gesteuertes Bankensystem das, seit der Einführung der FED vor über 100 Jahren, ein weltweites „Diktat“ ausübt und freilich auch Europa in seinen „Klauen hält“, wird nun von Seiten Russlands „eiskalt abserviert“.

Seite E 327 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Nicht zuletzt durch weltweit boomende Initiativen, vor allem in den BRICS-Staaten und deren „Sympathisanten“, den US-Dollar als Leitwährung der Welt ab zu setzen, wird auch Russlands Position gestärkt.

Nun zeigt man den, nach Weltmacht gierenden Organisationen wie einer WHO ganz einfach „den schwarzen Peter“, indem man schlicht und ergreifend aus diesen austritt.

Russland macht es vor, so einfach könnte das also gehen, auch um keine Staatsmacht an eine nicht gewählte Organisation auf „Vereinsbasis“ zu verlieren indem man schlichtweg vertragsseitig aussteigt.

Jenseits des Atlantiks wird es offenbar hoch an der Zeit, sich warm an zu ziehen und dies hat freilich wenig mit dem vielbeschworenen „Klimawandel“ zu tun.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Lawrow im RT-Interview: «Verhalten des Westens scheint von Wunschdenken geprägt!»

27. 06. 2023



Sergei Lawrow über den Versuch eines bewaffneten Aufstandes in Russland, Lukaschenkos Rolle und die Reaktion der westlichen Medien



2023.6.26: Der russische Außenminister im Interview mit RT

Sergej Viktorowitsch Lawrow, russischer Außenminister. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dieses Interview für Russia Today aufzuzeichnen. Aber zunächst möchte ich Sie fragen, wie die internationale Reaktion auf den gescheiterten Aufstand vom Vortag aussieht?

Lawrow: Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, alles was bereits berichtet wurde, nachzuerzählen. Alle Medien haben in den letzten 24 Stunden oder vielleicht sogar noch länger darüber berichtet. Jeder konnte die internationale Reaktion sehen, jeder konnte sie hören. Jeder Erwachsene, kann diese Reaktion durchaus nachvollziehen.

Es wurde uns gesagt, dass Russland von seinen Verbündeten unterstützt würde?

Lawrow: Zahlreiche Telefonanrufe gingen bei Präsident Putin ein, die von seinen Kollegen genutzt wurden, um Solidarität und Unterstützung zu bekunden. Wir sind zuversichtlich, dass die Situation unter Kontrolle zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren wird, wie es tatsächlich geschehen ist.

Auch ich habe auf Initiative meiner ausländischen Kollegen mehrere Telefongespräche geführt. Viele von ihnen haben dieselben Gedanken und dieselbe Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass wir keine Versuche zulassen werden, die Einheit des Staates und den Erfolg der gemeinsamen militärischen Sonderoperation zu untergraben. Sie baten mich, keine Namen zu nennen und nicht öffentlich über ihre Anrufe zu sprechen. Wir wollen dem Folge leisten und respektieren ihre Forderungen.

Und wie beurteilen Sie die Rolle von Minsk bei der Lösung dieser Situation?

Lawrow: Die Einschätzung der Rolle von Minsk wurde bereits von Präsident Lukaschenko persönlich gegeben, der, wie Dmitri Peskow erklärte, in einem Telefongespräch mit Präsident Putin am Samstagmorgen wiederholt und ausführlich über den Versuch einer friedlichen Lösung der Situation gesprochen hatte. Es galt großes Blutvergießen zu vermeiden, welches es unweigerlich gegeben hätte, wenn die Rebelleneinheiten weiter auf Moskau zumarschiert wären. Dieser Vorschlag wurde von Präsident Putin unterstützt, und Sie kennen das Ergebnis. Es wurde gestern vom Sprecher des Kremls verkündet.

Nun sind in den Medien Berichte aufgetaucht, wonach die USA plötzlich ihre Meinung geändert haben, zusätzliche Sanktionen gegen die PMC von Wagner zu verhängen, weil sie sich nicht auf die Seite Putins stellen. Was bedeutet diese Änderung des Ansatzes durch die USA, wo zuvor lautstark gefordert wurde, die Wagner PMC als terroristische Organisation anzuerkennen?

Lawrow: Ich glaube nicht, dass dies eine Änderung der Haltung der Vereinigten Staaten darstellt. Dies ist nur eine weitere Bestätigung der Tatsache, dass die Vorgehensweise der USA davon abhängt, was genau die USA zu einem bestimmten Zeitpunkt von einem externen Akteur erwartet, sei es auf der internationalen Bühne im Allgemeinen oder in einem bestimmten Land. Die Vereinigten Staaten haben sich in der Ukraine-Krise mehr als einmal völlig parteiisch verhalten. In der Tat führen sie mit Hilfe der Ukrainer als Werkzeug einen Krieg gegen die Russische Föderation.

Und wenn Sie sich erinnern, wurden vor ein paar Jahren, ich glaube, am Vorabend der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen, solche Einheiten wie die der Asow-Bataillone oder -Regimenter vom US-Kongress als terroristisch behandelt. Und es wurde klar festgehalten, dass die amerikanische Hilfe, die der Ukraine gewährt würde, nicht auf diese terroristischen Strukturen ausgedehnt werden dürfe – all das ist vergessen: Asow ist längst rehabilitiert. Übrigens – vor anderthalb Monaten, glaube ich, hat die japanische Regierung bzw. das japanische Parlament beschlossen, das Asow-Regiment von der Liste der extremistischen Organisationen zu streichen. Alles passt also zu den Regeln, nach denen der Westen selbst leben will. Oder besser gesagt, er lebt nach ihnen und will, dass alle anderen auch nach ihnen leben. Regeln, die weder mit dem Völkerrecht noch mit den Gesetzen irgendeines Landes, auch nicht eines des Westens, etwas zu tun haben.

Sergej Viktorowitsch, glauben Sie, dass der erfolglose Aufstand der Wagner-PMC zu Schwierigkeiten mit unseren ausländischen Partnern führen könnte?

Lawrow: Mit Partnern und Freunden, nein. Mit allen anderen ist es mir gleichgültig, um ehrlich zu sein: Die Beziehung des kollektiven Westens zu uns, ist durch Initiative des Westens zerstört worden. Diese Beziehungen gibt es nicht. Deshalb eine Episode mehr oder eine weniger – da sehe ich keinen großen Unterschied.



***Die Beziehung des kollektiven Westens zu uns, ist durch Initiative des Westens zerstört worden.
Diese Beziehung gibt es nicht!***



Der Präsident hat uns wiederholt gesagt, wenn und falls sie zur Vernunft kommen werden und sie mit irgendeinem Vorschlag auf uns zukommen, um eine Form von Beziehungen wiederherzustellen. Dann werden wir erwägen, was sie fragen und welche Rolle jeder der Antragsteller bei der Entfesselung des hybriden Krieges gegen die Russische Föderation gespielt hatte.

Und es gibt Beweise dafür, dass weder ukrainische noch westliche Geheimdienste an dem Aufstand beteiligt waren?

Lawrow: Ich arbeite für eine Behörde, die keine Beweise für Fehlverhalten sammelt. Aber wir haben solche Behörden, und ich versichere Ihnen, dass sie die Angelegenheit zweifelsohne bereits untersuchen.

Amerikanische Medien veröffentlichen Berichte, wonach die Führer afrikanischer Länder, einschließlich der Zentralafrikanischen Republik, nach den Ereignissen am Samstag von Panik ergriffen wurden, was mit einer möglichen Beendigung der Aktivitäten der Wagner PMC in Afrika zusammenhängt. Wie realistisch ist die Möglichkeit einer Beendigung der Wagner-PMC auf dem afrikanischen Kontinent und wie sehr könnte sich dies negativ auf das Image Russlands als stabilisierende Kraft auf diesem Kontinent auswirken?

Lawrow: Nun, falls Panikbotschaften, die Zentralafrika und das übrige Afrika erfasst hätten, in amerikanischen Medien erschienen, empfehle ich dringend zu bedenken, für wen diese Portale arbeiten und wie unbedeutend sie als Überbringer von Fakten sind. Ganz anders verhält es sich mit dem Wunsch, sich bei ihrer Führung beliebt zu machen, welche die Ideologie und die praktischen Aktionen des kollektiven Westens vorgeben.

Wir haben bereits über die Rolle der Russischen Föderation auf dem afrikanischen Kontinent in der Zentralafrikanischen Republik gesprochen. Es ist eines jener Länder, deren Regierung, zusammen mit beispielsweise Mali, zu einem Zeitpunkt, als sowohl die Zentralafrikanische Republik als auch Mali [vom Westen] einfach aufgegeben wurden, formell ein privates Militärunternehmen angeforderten. Die Franzosen und andere Europäer bauen ihre Anti-Terror-Präsenz dort ab und schließen ihre Militärbasen, die den Kampf gegen den Terrorismus verstärken sollten.

Unter diesen Umständen, nachdem sie einfach Gangs ausgeliefert waren, haben sich sowohl die Zentralafrikanische Republik wie auch Mali an die private Militärfirma Wagner gewandt, um die Sicherheit ihrer Führer zu gewährleisten. Neben den Beziehungen zur [Wagner] PMC unterhalten die Regierungen der Zentralafrikanischen Republik und Malis über ihre Regierungen auch offizielle Kontakte zu unserer Führung. Auf ihr Ersuchen hin sind mehrere hundert russische Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik als Ausbilder tätig. Diese Arbeit wird natürlich fortgesetzt.

In Klammer möchte ich noch einen wichtigen Aspekt hinzufügen: Sowohl die Zentralafrikanische Republik als auch Mali und andere Sahara-Sahel-Länder wurden direkt von terroristischen Gruppierungen angegriffen. Dies geschah, nachdem die Kämpfer für Demokratie und Freiheit, vertreten durch Frankreich und andere Mitglieder der Nordatlantischen Allianz, Muammar Gaddafi beseitigen wollten, der zu viel über die Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes in der Französischen Republik wusste und sie eine offene Aggression gegen Libyen entfesselt hatten, obgleich sie damit gegen die Resolution des Sicherheitsrates, die solche Aktionen untersagt, verstießen.



***Sie verwandelten den libyschen Staat in
ein riesiges schwarzes Loch.***



Sie zerstörten den libyschen Staat, den die gesamte internationale Gemeinschaft bis heute in Scherben auflöste und nicht wieder zusammensetzen kann: Sie verwandelten diesen libyschen Staat in ein riesiges schwarzes Loch, durch das Banditen mit geschmuggelten Waffen, Terroristen aller Couleur, Extremisten und Drogenhändler, die noch immer die Länder des afrikanischen Kontinents im Süden der Sahara terrorisieren, nach Afrika strömten.

Aber vergessen wir nicht, dass diejenigen, die Libyen zerstört haben für ähnlich aggressive Unternehmungen gegen andere Länder, wie Irak oder Syrien, berühmt geworden sind. Diese Leute haben Libyen auch in anderer Beziehung in ein schwarzes Loch verwandelt: Eine riesige Zahl illegaler Migranten ist in Richtung des europäischen Kontinents geströmt, und Europa leidet nun unter ihnen, und weiß nicht, wie es sie wieder loswerden soll.

Also, wer gerät hier wegen was in Panik? Ich habe keine Panik gesehen, ich habe keine Veränderungen in den Beziehungen der betreffenden afrikanischen Länder zur Russischen Föderation gesehen. Im Gegenteil, wie ich bereits sagte, habe ich mehrere Solidaritätsanrufe erhalten, auch von vielen meiner afrikanischen Freunde. Wir gehen also davon aus, dass es keine Veränderungen in den strategischen Beziehungen zwischen Russland und unseren afrikanischen Partnern geben kann.

Ihrer Antwort entnehme ich, dass die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen Russland-Afrika noch im Gange sind?

Lawrow: Ja, sie sind nicht nur im Gange, sondern voll am Laufen: Die Tagesordnung des Gipfels wird durch neue und interessante Punkte ergänzt, die bald bekannt gegeben werden. Ich bin sicher, dass alle Teilnehmer eine gute Zeit haben werden. Es wird für alle sehr, sehr informativ sein, über diese Ereignisse zu lesen.

Sergej Viktorowitsch, sehen Sie die vielen Erklärungen westlicher Analysten, wonach die Krise um die PMC Wagner darauf hindeutet, dass die Behörden in der Russischen Föderation die Kontrolle über die Situation verlieren und dass das Land kurz vor einem Bürgerkrieg steht.

Lawrow: Nun, das ist nur Wunschdenken. Es gibt eine gute Erklärung, das zu vermitteln, was unsere westlichen Gesprächspartner gestern und am Samstagabend bewegte. Ich habe mich mit der Berichterstattung vertraut gemacht, insbesondere mit der von CNN, wenn ich mich recht erinnere. Erstens wurde berichtet, dass der US-Geheimdienst seit Tagen von dem geplanten Aufstand gewusst hätte, aber beschlossen hatte, niemandem davon zu berichten. Offenbar in der Hoffnung, dass der Aufstand gelingen könne. Erst gestern gab es einen weiteren CNN-Bericht, in dem US-Geheimdienstanalysten zitiert wurden, die sagten, man habe erwartet, dass Prigoschins Marsch auf Moskau auf viel mehr Widerstand stoßen und viel blutiger, als er tatsächlich war, hätte sein sollen. Nun, das ist eine indirekte Antwort auf Ihre Frage, was erwartet wurde und warum genau so kommentiert wurde, wie Sie es zitiert haben.

Natürlich wurden Erwartungen genau dieser Art, auf den Zusammenbruch des russischen Staates, ganz offen – wohl ein Freudscher Versprecher – von Vertretern des ukrainischen Regimes, einschließlich Zelensky, und seinen Untergebenen gehegt. Es gibt einen Podoljak [ukrainischer Beamter], einen Danilow [Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats] und alle beklagen, dass sie es nicht geschafft hätten, diese Situation auszunutzen, um «das russische Regime zu stürzen».

Aber es gab auch solche Vertreter der europäischen Demokratie wie Emanuel Macron, der, wie Sie wissen, eine strategische Autonomie Europas gegenüber den USA anstrebt. Aber er hat sich nicht weit von den USA entfernt. Er sagte etwas in der Art, dass man diese Situation mit Vorsicht betrachte und sie sich schnell entwickle. Aber das Wichtigste, was Macron sehe, sei der Riss, die Zerbrechlichkeit des Regimes und der Armee, die Schwäche des Regimes und der Armee. Und diese Zerbrechlichkeit, diese Schwäche rechtfertige voll und ganz die Maßnahmen zur Fortsetzung der militärischen Unterstützung der Ukraine. Ich denke, hier würde sogar ein Achtklässler die von Präsident Macron vertretene Position verstehen, der in der aktuellen Entwicklung eindeutig eine Chance sah, die von den NATO-Führern Mantra artig wiederholten Drohungen zu realisieren, um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen.

Wie der Präsident am Samstag sagte, ist die gesamte militärische Wirtschafts- und Informationsmaschine des kollektiven Westens gegen uns am Werk. Und beide, das Regime in der Ukraine und Macron sind Teil dieser Maschine.

Übrigens, als US-Botschafterin [Lynne] Tracy gestern mit russischen Vertretern sprach und Signale – ich meine sind nicht vertraulich – vermittelte, dass die USA nichts damit zu tun hätte, die USA hofften, dass die Atomwaffen in Ordnung würden und US-Diplomaten nicht zu Schaden kämen. Und die USA betonten besonders, dass alles, was passiere, eine interne Angelegenheit der Russischen Föderation bliebe.

Auch hier gibt es einige jüngere und ältere Beispiele für versuchte Staatsstriche in dem einen oder anderen Land. Die USA haben jedes Mal anders reagiert, je nachdem, wer an der Macht war und wer versuchte, den Putsch zu inszenieren.

Hier ist zum Beispiel der berüchtigte Kiewer Maidan von 2014. Die blutigen Provokationen gegen unbewaffnete Ordnungshüter. Der Staatsstreich gegen den rechtmäßigen Präsidenten. Wenige Stunden vor diesem Staatsstreich wurde ein von der Europäischen Union unterstütztes Abkommen zur Beilegung des Konflikts abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten haben gegen diesen Staatsstreich nicht protestiert. Ebenso wenig wie ihre europäischen Verbündeten. Es war, als ob sie anerkannten, dass ein solcher Zickzackkurs den demokratischen Prozess durchlaufe, wie ein deutsches Staatsoberhaupt es damals zum Ausdruck brachte.

Im selben Jahr 2014 fand ein Staatsstreich im Jemen statt: Herr Hadi, der Präsident von Jemen, floh nach Saudi-Arabien. Und all diese langen Jahre, während in Bezug auf die Ukraine alle unsere Versuche, die Situation wieder in den politischen Mainstream zu bringen, mit der Phrase beantwortet wurden: Nun, Janukowitsch hat Kiew verlassen. Was Herrn Hadi, den geflohenen Präsidenten des Jemen, betraf, so hat uns der ganze Westen einhellig gesagt: *«Nein, nein, nein, er ist ein rechtmäßiger Präsident. Wir müssen ihn in den Jemen zurückbringen, und erst dann könne der Einigungsprozess beginnen.»*

Auch in Gambia hat es 2014 einen Putschversuch gegeben. Das ist ein afrikanisches Land. Und es gab gerade die ersten Berichte, dass die Putschisten zu den Waffen gegriffen hätten. Das Weiße Haus oder das Außenministerium – ich glaube, das Außenministerium hat sofort verlauten lassen, dass die USA niemals jene Kräfte anerkennen würden, die mit verfassungswidrigen Mitteln an die Macht gekommen wären.

Ein paar weitere Beispiele aus jüngster Zeit: Die USA lehnten es kategorisch ab, zu einem Dialog zwischen der Marionettenregierung der Republik Moldau aufzurufen. Als Frau Sandu

Seite E 333 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

in ihrer Russophobie so weit ging, dass sie Tausende und Abertausende von Menschen zum Protest aufrief. Erinnern Sie sich daran, wie der Westen reagierte, dass dieser versuchte Staatsstreich vom Westen niemals unterstützt werden würde.

Gleichzeitig gab es in Georgien Prozesse, bei denen der Westen die derzeitige Regierung nicht mochte und gegen sie aufstand. Ein solcher georgischer Maidan wird von Anhängern von Michail Saakaschwili organisiert, der vom Westen völlig zufrieden gestellt wurde und der übrigens durch einen vom Westen unterstützten Staatsstreich an die Macht kam.

Deshalb habe ich Ihnen einige Beispiele genannt, bei denen der Westen sich bereit zeigt, amtierende Behörden mit denen sie übereinstimmen zu halten. Dort darf es per definitionem keine Proteste geben. Doch dort, wo die Macht nicht die hegemonialen Interessen trifft, sondern versucht, von den nationalen Interessen des Landes und Volkes auszugehen, werden ungesetzliche Methoden angewandt. Das sind die amerikanischen Regeln, das ist die amerikanische Art und Weise, wie sie die Welt sehen wollen und wie sie sie stärken wollen.

Im letzten Monat gab es Erklärungen der Ukraine und Warnungen von amerikanischer Seite, dass Russland das KKW Saporischschja in die Luft jagen wird, fast täglich zu hören. Gibt Ihnen dieses Beharren auf diesem speziellen Thema Anlass zu der Vermutung, dass möglicherweise eine Art von Angriff geplant ist, an dem Russland beschuldigt werden sein? Und könnte so etwas einen Vorwand für eine direkte Militäraktion liefern?

Lawrow: Das ist Unsinn. Wir haben uns zu all dem bereits mehrfach geäußert. Doch Unsinn bleibt Unsinn. Die Tatsache, dass die Drohungen andauern, stellt eine Art Warnung dar. Die bereits wiederholt im medialen Raum auftauchenden Drohungen, vor allem aus dem Munde der Vertreter des Kiewer Regimes, sagen nur eines aus: All diese Leute sind geschult worden, auch für die Informationskriegsführung, vor allem von den Angelsachsen, den Polen und sogar den baltischen Staaten, die zu den wichtigsten Begleitern der Ukraine geworden sind.

Wenn die Ergebnisse dieser Ausbildung so beklagenswert sind, so wenig aussagekräftig, dann tut es einem leid um das Geld, das die westlichen Steuerzahler für die Gehälter jener Kuratoren ausgeben müssen, die solche völlig unfähigen und geisteskranken Schüler ausbilden.

Ich danke Ihnen vielmals!

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER MITTELEUROPA

Quelle:

<https://rutube.ru/video/a0c7ebbede402ebf4277bafcb2437dcb/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) „Kadyrows Armee“ und Wagner Söldner kehren wieder an die ukrainische Front zurück

25. 06. 2023



Kadyrow und sein Achmat Regiment.- Bild: keystone

Die Soldaten der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat, die gestern zur Niederschlagung der „Wagner-Meuterei nach Rostow am Don entsandt wurden, kehren nun in das Kriegsgebiet zurück.

Die Kämpfer hatten sich streng an die Befehle gehalten und kein Blutvergießen zugelassen, betonte das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow.

Kadyrows „treue Mannen“

Die tschetschenische Spezialeinheit Achmat kehrt aus Rostow, wohin sie zur Niederschlagung der „Wagner-Meuterei“ und zur „bedingungslosen“ Unterstützung Präsident Putins entsandt worden war, in das Kriegsgebiet zurück.

Dies teilte der Kommandeur der Spezialeinheit Apty Alaudinow mit, wie [aus dem Video](#) des staatlichen tschetschenischen Nachrichtensenders *TSCHGTRK Grosny* hervorgeht.

Alaudinow erklärte dazu wörtlich, „jetzt haben wir den Befehl, zu unseren Kampflinien zurückzukehren, wo der Gegner auf uns wartet.“

Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow dankte den tschetschenischen Kämpfern, die am 24. Juni nach Rostow am Don geschickt worden waren, und lobte sie in seinem [Telegram-Kanal](#). Er bezeichnete ihre Handlungen als „äußerst effektiv und durchdacht“.

Seite E 335 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Kadyrow *schrieb* dazu sinngemäß, „unsere Jungs haben ihre hohe Kampfkraft sowie die Bereitschaft gezeigt, das Heimatland um jeden Preis auf den ersten Befehl hin zu verteidigen.“

Stellungen wurden indes von russischer Reserve gehalten

Die Kämpfer seien schnell am Ort des Geschehens eingetroffen und hatten auf weitere Befehle gewartet. Jede selbst getroffene Entscheidung hätte dabei zu einem Massaker führen können.

Die Kämpfer hätten strikt nach dem Befehl gehandelt und ihre Aufgabe mit Bravour erfüllt, schrieb Kadyrow. Er fügte hinzu, dass in der Zwischenzeit auch ihre Stellungen an der Front von den russischen Reserven erfolgreich gehalten wurden.

Am Morgen des 24. Juni, waren Kämpfer der Spezialeinheit Achmat und des 78. motorisierten Regiments der Spezialeinheit Nord Achmat, die am Frontabschnitt bei Marjinka kämpfen, vorübergehend in die Nähe der Stadt Rostow am Don verlegt worden, um dort Antiterroroperationen gegen rebellierende Wagner-Kämpfer durchzuführen.

Das alles konnte ohne Blutvergießen beendet werden.

Verteidigungsminister Schoigu angeblich in FSB Gewahrsam

Bisher unbestätigten Meldungen Moskauer Quellen zu Folge, soll der russische Verteidigungsminister Schoigu bereits am Morgen des 24. Juni seines Amtes enthoben worden sein.

„Schoigu befindet sich bereits in Isolation und wird von einer persönlichen Wache aus FSB-Offizieren überwacht. Diese wurde gestern vor Ort verstärkt.“

Interessanter Weise wurde bereits am Donnerstag den 22. Juni seitens des FSB wie auch eines eingesetzten Untersuchungskomitees der russischen Föderation mit Untersuchungen der Strafakten über Veruntreuung im Verteidigungsministerium, begonnen.

Es könnte somit den Anschein haben, dass Präsident Putin in der Aufdeckung der „Machenschaften“ des Verteidigungsministeriums, wie auch dessen sich mehrenden „Alleingängen“ in den Kampfhandlungen, eng mit dem „russischen Parade-Patrioten“ Prigoschin, zusammengearbeitet hatte.

Der weißrussische Präsident Lukaschenko könnte in dieser „vortrefflichen russischen Inszenierung“, als treuer Vasall Präsident Putins, ebenfalls eine der Hauptrollen zugeordnet worden sein.

In Russland scheint offenbar, zur Enttäuschung des Wertewestens, alles nach Plan zu laufen

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**06) Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg? +UPDATE 25.6. – 13h45+
Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“**

25. 06. 2023



+++ UPDATE v. 25.06.2023 – 13:45 +++

Kadyrow: Prigoschin handelte „aus Wut“ wegen erfolglos verlaufener Geschäftsabschlüsse

Der tschetschenische Führer Ramsan Kadyrow kritisierte auf „Telegramm“ die „Arroganz“ von Jewgeni Prigosch, und meinte, dessen Putschistenaktion könne zu „katastrophalen Folgen“ führen.

Nach Angaben der BBC hatte Kadyrow zuvor erfolglos versucht, Prigoschin davon abzubringen:

„Ich habe ihn ermutigt, seine geschäftlichen Ambitionen aufzugeben und sie nicht mit Themen von nationaler Bedeutung zu vermischen. Ich dachte, er hört mir zu, aber es stellte sich heraus, dass diese Wut in ihm die ganze Zeit nur noch größer wurde.“

Und weiter:

„Eine Reihe erfolgloser Geschäfte löste bei dem Geschäftsmann eine unterschwellige und latente Wut aus, die darin gipfelte, dass die Behörden in St. Petersburg seiner Tochter nicht das Land gaben, das sie wollte.“

+++ UPDATE v. 25.06.2023 – 9:14 +++

Täuschte Prigoschin die russische Führung?

Seite E 337 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Dies behauptet zumindest [CNN](#) unter Berufung auf US-Geheimdienste. Jene vermuteten schon seit längerem, dass Jewgeni Prigoschin einem putschartigen Coup vorbereitete. So etwa habe die Wagner-Gruppe große Mengen an Waffen und Munition an der russischen Grenze gesammelt.

Insofern habe Prigoschin die russische Führung absichtlich getäuscht, indem er behauptete, es gäbe einen Munitionsmangel in seiner Söldnerarmee.

US-Geheimdienste sollen also bereits Mitte Juni über Putsch-Pläne des russischen Söldnerführers gegen die Moskauer Militärführung Bescheid gewusst haben. Und bereits einen Tag vor Beginn des Aufstands Vertreter des Weißen Hauses, des Verteidigungsministeriums und des Kongresses darüber informiert haben – wie die »Washington Post« und die »[New York Times](#)« am Samstagabend (Ortszeit) berichteten.

Laut „WP“ soll der russische Präsident Wladimir Putin selbst bereits mindestens einen Tag vor dem Beginn des Aufstands über die geplante Rebellion informiert gewesen sein.

+++ Update 19 Uhr +++

Auf Vermittlung Lukaschenkos: Prigoschin stoppt Vormarsch auf Moskau



Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko führte im Einvernehmen mit Wladimir Putin Gespräche mit Jewgeni Piroshin, dem Anführer der Wagner-Söldner-Truppe. Laut „[rianowosti](#)“ hätte Prigoschin, Putins Forderung akzeptiert: Nämlich den Vormarsch auf Moskau einzustellen und weitere Schritte zum Abbau der Spannungen zu unternehmen.

Lukaschenkos Pressedienst ließ außerdem verlautbaren: Dass es nun einen Entwurf für Sicherheitsgarantien für die Wagner-Kämpfer gebe.

Russischer Geheimdienst: Berichte über Angriffe auf Wagner-Söldner waren Provokation

Dies berichtete abends das FSB: Alle im Namen von Prigoschin in den sozialen Medien verbreitete Mitteilungen über „Raketen- und Bombenangriffe des Verteidigungsministeriums auf die rückwärtigen Einheiten des PMC Wagner“ wären falsch und Provokation gewesen. Dasselbe verlautbarte das russische Verteidigungsministerium.

+++ UPDATE 14 Uhr 45 +++

Wagner-Militärkonvoi auf dem Weg nach Moskau (VIDEO)

Ein Facebook-Video von Anton Bendarzhevsky zeigt (mit Wagner-Soldaten beladene) Militärfahrzeug und Panzer, wie sie sich auf der Autobahn Richtung Moskau bewegen. Mit einer zynischen Replik:

„Vor anderthalb Jahren wollten sie Kiew in 72 Stunden einnehmen. Die Dinge können sich sehr ändern...“

– schrieb der Experte.

+++ ERST-Artikel 13:45 +++

Russland an der Schwelle zum Bürgerkrieg

In einer am Samstagmorgen auf „Telegram“ veröffentlichten Meldung sagte Jewgeni Prigoschin: Seine Wagner-Söldner-Truppe hätte einen bewaffneten Aufstand begonnen und wäre „bereit zu sterben“. Der Söldner-Anführer schwor, die russische Militärführung zu stürzen.

„Wir sind alle bereit zu sterben, alle 25.000 von uns, und dann noch einmal 25.000. Wir sterben für das russische Volk. Wir werden Russland retten.“

Unübersichtliche Lage

Die Regierungschefs der von Moskau zurückeroberten ukrainischen Gebiete stellten sich bisher an die Seite des russischen Präsidenten Wladimir Putin, während Moskau sich darauf vorbereitete, die Unruhen niederzuschlagen.

Der britische Geheimdienst und das britische Verteidigungsministerium bezeichneten die jetzige Lage als die größte Herausforderung bezüglich der inneren Sicherheit Russlands in jüngster Zeit.

In den kommenden Stunden wird entscheidend sein, ob die russischen Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee, sich loyal zu Putin verhalten oder nicht.

Das russische Verteidigungsministerium wiederum sprach davon: Prigoschin hätte seine Wagner-Soldaten getäuscht und sie zu einer unglückseligen Militäraktion getrieben – wie „The Telegraph“ berichtete. Auf „Telegram“ gab das russische Ministerium eine Erklärung an die Soldaten ab: Indem es diese dazu aufforderte, sich an Strafverfolgungsbeamte zu wenden, und versprach, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Wer oder was steckt hinter dem Machtkampf in Russland?

24. 06. 2023



Was plant Prigoschin wirklich?

Es kann wohl niemand ernsthaft annehmen, dass Prigoschin diesen Aufstand ganz von alleine ausgeheckt hat. Es muss Akteure im Hintergrund geben, die ihn unterstützen. Alles andere wäre für ihn der direkte Weg in die Lagerhaft.

In der Zwischenzeit hat sich alles in Wohlgefallen aufgelöst: Es fiel kein einziger Schuss, niemand wurde verletzt, die Wagner-Truppe hat ihre Aktion abgebrochen und niemand wird strafrechtlich verfolgt. Prigoschin übersiedelt nach Weißrussland. Das Ganze sieht im Nachhinein nach einer wohl orchestrierten Inszenierung zwischen der Wagner-Truppe und zumindest Teilen der russischen Armee aus.

Westliche Vorfreude verfrüht

Doch was wollen diese Akteure erreichen? Die Behauptungen, die Prigoschin aufgestellt hat, kann man vergessen. Es geht um Grundsätzliches, nicht darum, ob der Krieg geführt werden soll, oder nicht, sondern um die Art und Weise, wie der Krieg weitergeführt werden soll. Darüber gibt es seit Langem eine Kontroverse. Insofern ist jede Vorfreude in den westlichen Medien, dass damit der Krieg zu Ende wäre, verfrüht. Es ist vielmehr anzunehmen, dass Prigoschin eher ein Exponent der Falken als der Tauben ist, von denen es in der derzeitigen russischen Führung so gut wie keine gibt.

Es sei an die derzeitige Diskussion in Russland über den Einsatz von Atomwaffen erinnert. Diese Kontroverse hat sogar ihren Weg in Russia Today gefunden. Dabei geht es darum, durch den Einsatz von Atomwaffen den Krieg in der Ukraine schnell zu beenden. Putin ist strikt gegen den Einsatz von Atomwaffen zum jetzigen Zeitpunkt. Putin besteht darauf,

Seite E 340 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Atomwaffen erst einzusetzen, wenn die Existenz Russlands gefährdet ist. Die Einschätzung, ob die Existenz Russlands schon jetzt, oder vielleicht erst in zwei Jahren gefährdet ist, ist beliebig. Es gibt dafür ja keine Kriterien.

Zwar kann man die gegenwärtige ukrainische Gegenoffensive als gescheitert betrachten: Man denke nur an die Erwartungen, die die westlichen Medien in die westlichen Panzer gesetzt hatten. Diese Erwartungen haben sich buchstäblich in Luft aufgelöst. Die ukrainischen Panzergrenadiere beschädigen „ihre“ Panzer, um nicht damit in den sicheren Tod zu fahren. Solange Russland die Luftüberlegenheit hat, ist jede ukrainische Offensive zum Scheitern verurteilt. Diese Luftüberlegenheit Russlands ist aber auch nicht in Stein gemeißelt. Schon wird überlegt der Ukraine Kampfflugzeuge zur Verfügung stellen und die Luftabwehr zu stärken.

Letztlich führt Russland einen Krieg gegen den kollektiven Westen. Die Ukraine ist nur der westliche Rammbock, mit dem man Russland zerstören möchte. Das industrielle Potential des Westens ist letztlich viel größer als das von Russland. Wenn Russland nicht von anderer Seite (z.B. von China) Unterstützung erfährt, muss es in dieser Auseinandersetzung langfristig unterliegen. Selenski ist gerade dabei, eine Generalmobilmachung durchzuziehen. Es werden alle männlichen Wesen von 16 bis 60 eingezogen. Diesen Wettlauf um Kanonenfutter will man in Russland nicht mitmachen. Außerdem muss damit gerechnet werden dass, wenn Selenski das Kanonenfutter ausgeht, westliche Söldner nachgeschoben werden.

Offen wird im Westen darüber diskutiert, die Ukraine schnell in die EU und die NATO aufzunehmen. Frau von der Leyen will das EU Budget um 50 Milliarden aufstocken. Diese Mittel sind hauptsächlich für die Ukraine gedacht. Russland muss also fürchten, auf sich alleine gestellt, diesen Druck auf Dauer nicht standhalten zu können.

Obendrein hat man in Russland jede Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben. Erst unlängst hat Putin den afrikanischen Präsidenten den Vertragsentwurf gezeigt, nachdem sich die Ukraine zu einem Neutralitätsstatus bereit erklärt hatte. Dieser Vertrag wurde von ukrainischer Seite sogar paraphiert. Putin zog darauf, um guten Willen zu demonstrieren, die russischen Truppen von Kiew ab, was im Westen als „Sieg“ der Ukraine gefeiert wurde. Der Vertragsentwurf wurde allerdings nach der Intervention von Boris Johnson von der ukrainischen Seite verworfen. Somit war dieser Vertrag nach dem Minsker Abkommen der Zweite, den Selenski ignorierte.

Folglich ist es für Russland aussichtslos, irgendein weiteres Abkommen mit Selenski zu schließen. Irgendein Waffenstillstand, oder einem „eingefrorenen Konflikt“, von dem in den westlichen Medien hin und wieder die Rede ist, würde der Ukraine nur eine notwendige Verschnaufpause verschaffen. Danach ginge der Krieg wieder weiter. Russland muss also, um nicht langfristig stranguliert zu werden, einen schnellen Sieg erringen. Dieser ist aber, unter den gegenwärtigen Umständen, nur durch den Einsatz von Atomwaffen möglich. Insbesondere müsste Russland die Versorgungslinien der Ukraine nachhaltig unterbrechen und das geht nur mit Atomwaffen. Dies könnten im Großen und Ganzen die Überlegungen sein, die die Putschisten angestellt haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Ansprache Putins nach Prigoschins Handlungen auf eigene Faust

Von REDAKTION

24. 06. 2023



2023.6.24: Präsident Wladimir Putin in seiner Rede an die Nation

Zur Vorgeschichte

Wie berichtet, sind die Zerwürfnisse zwischen der militärischen Führung Russlands und dem Chef, Jewgeni Prigoschin der PMC *Wagner Gruppe* – eine russische nichtstaatliche paramilitärische Organisation – mittlerweile eskaliert. Prigoschin wirft «5. Kolonnen» innerhalb der russischen Streitkräfte vor, rund 2.000 seiner Kämpfer vorsätzlich bombardiert und getötet zu haben.



Offizielles Emblem der PMC Wagner

Vor diesem Hintergrund hat sich Prigoschin dazu hinreißen lassen, durch einen «Marsch der 25.000 seiner Kämpfer» auf eigene Faust gegen vermeintliche Verräter innerhalb des russischen Militärs vorzugehen. Obwohl Prigoschin über eine Videobotschaft verbreiten ließ, dass es sich bei seinem Kraftakt um keinen «Militärputsch» handle, er vielmehr nur herausfinden wolle, warum es in Russland «Gesetzlosigkeit» gebe.

General Surowikin versuchte zu vermitteln



2023.6.23: Armeegeneral Sergei Surowikin in seinem Appell an alle Soldanten

Der russische stellvertretende Befehlshaber der Gemeinsamen Streitkräftegruppe, Armeegeneral Sergei Surowikin, appellierte am 23.6.2023 an die Führung, die Kommandeure und die Kämpfer des PMC Wagner im Versuch zu vermitteln:

«Ich komme gerade von der Front, wo unsere Truppen, unsere Kommandeure, unsere Soldaten, unsere Kämpfer, unsere Freiwilligen die Aufgabe erfüllen, den Feind bis zum Tod zu bekämpfen, gegen die überlegenen Kräften des Feindes, Verluste erleidend, aber auf ihren Positionen stehen.

Ich appelliere an die Führung, an die Kommandeure und Kämpfer des PMC Wagner. Gemeinsam mit Euch haben wir einen schwierigen, harten Weg zurückgelegt, wir haben gemeinsam gekämpft, Risiken auf uns genommen, Verluste erlitten, wir haben gemeinsam gewonnen. Wir sind vom gleichen Blut, wir sind die Krieger.

Ich rufe euch auf, aufzuhören. Der Feind wartet nur darauf, dass sich unsere innenpolitische Lage verschlechtert. Wir dürfen dem Feind in dieser für das Land schwierigen Zeit nicht in die Hände spielen.

Bevor es ist zu spät, wir müssen etwas tun – wir müssen dem Willen und dem Befehl des Präsidenten der Russischen Föderation, der vom Volk gewählt wurde, gehorchen, wir müssen die Kolonnen stoppen, sie in ihre ständigen Stützpunkte und Konzentrationsgebiete zurückbringen und alle Probleme nur friedlich lösen, unter der Führung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Russischen Föderation“.»

Putin möchte alle Probleme auf evolutionärem Weg lösen

Präsident Putin geht es darum, die Probleme im eigenen Land auf evolutionärem und nicht revolutionärem Wege zu regeln, mit dem obersten Ziel alle russischen Kräfte – besonders in unseren stürmischen Zeiten – zu einen und alle Angriffe des vereinten Westens geschlossen und effizient zurückzuschlagen. In einer solchen Situation kann der russische Präsident keine Alleingänge – von wem auch immer – tolerieren.

Vor diesem Hintergrund richtete W. Putin die folgende Rede an Russlands Bürger:

24.Juni 2023

Ansprache Putins an die Bürger Russlands

«Ich wende mich an die Bürger Russlands, an die Angehörigen der Streitkräfte, der Strafverfolgungsbehörden und der Sicherheitsdienste sowie an die Soldaten und Kommandeure, die jetzt in ihren Kampfstellungen stehen und feindliche Angriffe abwehren, und zwar heldenhaft – das weiß ich, weil ich gestern Abend noch einmal mit den Kommandeuren aller Frontabschnitte gesprochen habe. Ich wende mich auch an diejenigen, die durch Täuschung oder Drohungen in dieses kriminelle Abenteuer hineingezogen und auf den Weg eines schweren Verbrechens – einer bewaffneten Meuterei – getrieben wurden.

Russland führt heute einen harten Kampf um seine Zukunft und wehrt die Aggression der Neonazis und ihrer Gönner ab. Die gesamte militärische, wirtschaftliche und informationelle Maschinerie des Westens ist gegen uns gerichtet. Wir kämpfen für das Leben und die Sicherheit unseres Volkes, für unsere Souveränität und Unabhängigkeit, für das Recht, Russland zu sein und zu bleiben, ein Staat mit einer tausendjährigen Geschichte.



Dieser Kampf, in dem sich das Schicksal unserer Nation entscheidet, erfordert die Bündelung aller Kräfte.



Dieser Kampf, in dem sich das Schicksal unserer Nation entscheidet, erfordert die Bündelung aller Kräfte. Er erfordert Einigkeit, Zusammenhalt und Verantwortungsbewusstsein. Alles, was uns schwächt, jeder Zwist, den unsere äußeren Feinde nutzen können, um uns von innen heraus zu untergraben, muss verworfen werden.

Deshalb sind alle Aktionen, die unsere Nation spalten, im Grunde ein Verrat an unserem Volk, an unseren Mitstreitern, die jetzt an der Front kämpfen. Das ist ein Dolchstoß in den Rücken unseres Landes und unseres Volkes.

Ein solcher Schlag wurde Russland 1917 versetzt, als das Land im Ersten Weltkrieg kämpfte. Doch der Sieg wurde ihm gestohlen: Intrigen, Streitereien und politische Machenschaften hinter dem Rücken der Armee und der Nation führten zu den größten Wirren, zur Zerstörung der Armee und zum Zusammenbruch des Staates sowie zum Verlust riesiger Gebiete, was schließlich zur Tragödie des Bürgerkriegs führte.

Russen töteten Russen und Brüder töteten Brüder, während alle möglichen politischen Abenteurer und ausländischen Kräfte von der Situation profitierten, indem sie das Land auseinanderrissen, um es zu spalten.



Wir werden unser Volk und unsere Staatlichkeit vor jeder Bedrohung schützen, auch vor internem Verrat.



Wir werden nicht zulassen, dass sich so etwas wiederholt. Wir werden unser Volk und unsere Staatlichkeit vor jeder Bedrohung schützen, auch vor internem Verrat.

Was wir erleben, ist im Grunde ein Verrat. Aufgeblähter Ehrgeiz und persönliche Interessen haben zu Verrat geführt – Verrat an unserem Land, an unserem Volk und an der gemeinsamen Sache, für die die Soldaten und Kommandeure der Wagner-Gruppe Schulter an Schulter mit unseren anderen Einheiten und Truppen gekämpft haben und gestorben sind.



Neurussland | Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Neurussland
Attribut: Discover With Dima, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Die Helden, die Soledar und Artjomowsk, Städte und Dörfer im Donbass befreit haben, kämpften und gaben ihr Leben für Neurussland und die Einheit der russischen Welt. Ihr Andenken und ihr Ruhm wurden auch von denen verraten, die versuchen, einen Aufstand zu inszenieren und das Land in Richtung Anarchie und Brudermord – und letztlich in Richtung Niederlage und Kapitulation – zu treiben.

Noch einmal: Jede innere Revolte ist eine tödliche Bedrohung für unsere Staatlichkeit und unsere Nation. Sie ist ein Schlag für Russland, für unser Volk.

Unsere Maßnahmen zur Verteidigung des Vaterlandes gegen diese Bedrohung werden hart sein. Alle, die bewusst den Weg des Verrats gewählt, eine bewaffnete Meuterei geplant und den Weg der Erpressung und des Terrorismus eingeschlagen haben, werden unweigerlich bestraft werden und sich vor dem Gesetz und unserem Volk verantworten müssen.

Die Streitkräfte und andere staatliche Stellen haben die notwendigen Befehle erhalten. In Moskau, im Moskauer Gebiet und in mehreren anderen Regionen sind jetzt zusätzliche Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Kraft. Auch in Rostow am Don werden entschlossene Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage ergriffen. Es bleibt schwierig; die Arbeit der zivilen und militärischen Behörden ist faktisch blockiert.

Als Präsident Russlands und Oberbefehlshaber sowie als Bürger Russlands werde ich alle Anstrengungen unternehmen, um das Land zu verteidigen und die verfassungsmäßige Ordnung sowie das Leben, die Sicherheit und die Freiheit unserer Bürger zu schützen.

Diejenigen, die die Meuterei inszeniert und gegen ihre Kameraden zu den Waffen gegriffen haben, haben Russland verraten und werden zur Rechenschaft gezogen werden. Ich fordere diejenigen, die in dieses Verbrechen hineingezogen werden, auf, keinen fatalen und tragischen Fehler zu begehen, sondern die einzig richtige Entscheidung zu treffen: Sich nicht mehr an kriminellen Aktionen zu beteiligen.

Ich bin sicher, dass wir das, was uns lieb und heilig ist, bewahren und verteidigen werden, und gemeinsam mit unserem Vaterland werden wir alle Schwierigkeiten überwinden und noch stärker werden.»

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Lawrow nach Treffen der CSTO: «NATO möchte kämpfen... Wir sind bereit!»

Von REDAKTION

22. 06. 2023

Collective Security Treaty Organisation



Die obige Abbildung zeigt die Wappen der Verteidigungsministerien der sechs OVKS-Mitgliedstaaten und das Emblem des gemeinsamen Stabes der *Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit* (OVKS) oder der *Collective Security Treaty Organisation* (CSTO). Das CSTO-Militärbündnis wurde am 7. Oktober 2002 in der moldauischen Hauptstadt Chişinău geschlossen, ist seit 18. September 2003 in Kraft und umfasst die Mitgliedstaaten: Armenien; Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan.



Das OVKS-Militärbündnis – Mitgliedstaaten in grün

Quelle: en.wikipedia.org/wiki/Collective_Security_Treaty_Organization; Attribute : Firdavs Kulolov, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Nach dem letzten Treffen des Rates der Außenminister des CSTO-Militärbündnisses in Minsk am 20. Juni 2023 trat der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow vor die Presse und beantwortete Fragen, die angesichts der laufenden Eskalation durch den Westen für alle Betroffenen von höchstem Interesse sind.



Nach dem Treffen der CSTO-Minister: Sergei Lawrow vor der Presse

Die Erklärung des russischen Außenministers

Werte Kollegen,

wir haben die Sitzung des OVKS-Außenministerrats unter dem Vorsitz des Außenministers der Republik Belarus, Sergei Aleinik beendet. Die Liste der vom Generalsekretär der OVKS verlesenen Dokumente enthält eine Reihe von Vereinbarungen und Protokollen über die Verbesserung der Leistung des Sekretariats und der OVKS-Charterorgane sowie die Verstärkung ihrer Koordinierung bei der Lösung einer Reihe von aktuellen Verwaltungs- und Haushaltsfragen.

Von den Dokumenten zu den verschiedenen politischen Aspekten der aktuellen Situation möchte ich die Erklärung zur Verbesserung der Sicherheit in der OVKS-Region im Zusammenhang mit der Lage in Afghanistan erwähnen. Sie spiegelt die gemeinsamen Ansätze unserer Länder und aller unserer Verbündeten zur Wahrung unserer Interessen in einer Situation wider, in der Afghanistan nach dem Abzug der NATO-Koalition in einem beklagenswerten Zustand zurückgelassen wurde. Der Terrorismus und der Drogenhandel blühen in diesem Land, und die Ursachen dafür sind noch nicht beseitigt. All dies beeinträchtigt unmittelbar die rechtmäßigen Interessen unserer Staaten. In unserer Erklärung werden die Ziele festgelegt, die Arbeitsgruppe der OVKS zu nutzen und die Koordinierung mit anderen Vereinigungen, einschließlich der SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit oder Shanghai Cooperation Organisation/SCO), zu entwickeln, die ebenfalls über einen speziellen Mechanismus zur Berücksichtigung der vom afghanischen Hoheitsgebiet ausgehenden Bedrohungen und Risiken verfügt.

Zweitens unterstreicht die Erklärung die gemeinsamen Ansätze unserer Länder bei den Bemühungen der Vereinten Nationen, spezifische Vorschläge zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum zu prüfen. Dies ist eine seit langem bestehende russische Initiative. Wir unterstützen dies auch auf der Abrüstungskonferenz in Genf. Gemeinsam mit unseren chinesischen Partnern haben wir einen entsprechenden Vertragsentwurf vorgelegt. Parallel zur Abrüstungskonferenz beginnen die Vereinten Nationen in diesem Jahr mit Diskussionen darüber, wie der Weltraum sicher gemacht und verhindert werden kann, dass Bedrohungen aus dem Weltraum die Sicherheit eines Landes beeinträchtigen.

Ich denke, das Treffen war nützlich. Wir haben die Entwicklung der geopolitischen Lage in unserer Region und in Eurasien insgesamt eingehend erörtert. Auf globaler Ebene sind unsere Ansichten ähnlich. Wir alle wollen, dass die OVKS eine tragende Säule in der multipolaren Weltordnung, die jetzt Gestalt annimmt, spielt. Wir wollen, dass die OVKS stärker und erfolgreicher wird und wir haben eine Reihe von praktischen Schritten zu diesem Zweck festgelegt.

Frage: Wie sehen Sie die Zukunft der OVKS im Zusammenhang mit den heutigen Gesprächen? Verfügt die Organisation über Gliederungen, die sich bei der militärisch-politischen Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen, einschließlich der SCO und der BRICS, als nützlich erweisen könnten? Ist es an der Zeit, die Möglichkeit der Schaffung eines militärisch-politischen Blocks zu prüfen, der ein Gegengewicht zur NATO bilden könnte?

Sergej Lawrow: Die SCO und die BRICS sind keine militärischen Organisationen. Die SCO wurde in erster Linie gegründet, um die Sicherheitsziele ihrer Mitgliedsländer zu verwirklichen. Später wurde die Agenda um wirtschaftliche, kulturelle, humanitäre und investitionsbezogene Fragen der Zusammenarbeit sowie um politische Fragen im Zusammenhang mit den Sicherheitszielen erweitert.

BRICS hat keine militärische Dimension; die OVKS und andere brüderliche und andere Organisationen bauen jedoch ihre Zusammenarbeit weiter aus. Wir pflegen Kontakte mit der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bzw. Commonwealth of Independent States/CIS; Organisation von UdSSR Nachfolgestaaten) und der SCO. Dies fördert die Arbeitsteilung zur Erhaltung der Stabilität auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent.



Dies beweist einmal mehr, dass NATO darauf versessen ist zu dominieren, um im Alleingang seine eigenen Regeln durchzusetzen, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen.



Was die NATO betrifft, so haben wir heute daran erinnert, dass die OVKS vor vielen Jahren vorgeschlagen hat, Arbeitskontakte zwischen dem Sekretariat und NATO zu knüpfen, um Vertrauen aufzubauen, das gegenseitige Verständnis zu stärken und Lösungen für komplizierte Probleme zu finden, bevor sie sich verschärfen und zu einer Gefahr für die OVKS- und NATO-Mitglieder würden. Die NATO lehnte dies arrogant ab, nachdem sie mehrere Vorschläge, einschließlich offizieller Schreiben, zu diesem Thema erhalten hatte. Dies beweist einmal mehr, dass das Bündnis darauf versessen ist zu dominieren, um im Alleingang seine eigenen Regeln durchzusetzen, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen.

Ich denke, wir sollten die OVKS nicht zu einem konfrontativen Block gegen irgendjemanden machen. Die Organisation entwickelt sich im Einklang mit den legitimen Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedsstaaten. Die OVKS beansprucht nicht das Recht, eine führende Rolle auf dem eurasischen Kontinent zu spielen. Dies macht jedoch NATO. Ein chinesischer Journalist fragte kürzlich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, warum NATO große Vorstellungen in der asiatischen Region verfolge. Letzterer versuchte, seine Zuhörer davon zu überzeugen, dass das Bündnis sich weiterhin der euro-atlantischen Region verpflichtet fühle und keinen anderen Absichten nachginge. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die NATO nicht tatenlos zusehen könne, wie China kontinuierlich auf Tuchfühlung zum nordatlantischen Bündnis ginge. Dies erinnert an einen Witz aus der Sowjetzeit, in dem es hieß, die Sowjetunion befinde sich zu nahe an US-Militärbasen.

Jens Stoltenberg beteuerte weiterhin, dass NATO Sicherheitsinteressen nachgehen werde, einschließlich solcher mit Risiken und Bedrohungen, die von der indopazifischen Region ausgingen. Jeder weiß bereits, dass das Bündnis mit solchen Äußerungen seine globalen Ambitionen bekräftigt und das Recht beansprucht, die Regeln für alle Regionen zu bestimmen. Das betrifft den europäischen Teil unseres Kontinents und den Osten Eurasiens, vor allem die Provokationen der NATO gegenüber China, die Förderung der Bildung von Militärblöcken wie AUKUS und die Ausweitung der Infrastruktur und der Präsenz der NATO in dieser Region. Dies ist ein gefährliches Spiel.



NATO wird das Entstehen einer multipolaren Weltordnung, in der es keine Befehlshaber oder Lehensherren geben wird, akzeptieren müssen.



Früher oder später wird die NATO erkennen müssen, dass dieser Ansatz keine Zukunft hat und in eine Sackgasse mündet. Sie wird die Realität akzeptieren müssen, insbesondere das Entstehen einer multipolaren Weltordnung, in der es keine „Befehlshaber“ oder „Lehensherren“ mehr geben wird, die einseitig über das Schicksal anderer entscheiden.

Frage: Armenien und Aserbaidschan gelingt es nicht, eine Friedenslösung für Berg-Karabach zu finden. Gleichzeitig sehen wir, dass westliche Länder parallel zu Russland an der Vermittlung beteiligt sind. Die Außenminister beider Länder trafen sich in Washington, und unter der Ägide der EU sind Gespräche geplant. Wie bewertet Moskau die Ambitionen des Westens, den Konflikt beizulegen, wenn man bedenkt, dass Armenien ein Verbündeter Russlands im Rahmen der OVKS ist?

Sergej Lawrow: Wir haben den Grundstein für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan im November 2020 gelegt, als die persönliche Intervention des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Unterzeichnung der ersten trilateralen Erklärung über die Grundsätze einer endgültigen Lösung führte. Später wurden mehrere weitere Erklärungen auf höchster Ebene (1, 2, 3) mit den erforderlichen Bemühungen zu verschiedenen Aspekten angenommen, um eine vollständige Normalisierung der Lage zu erreichen. Dazu gehört unter anderem die Freigabe der Verkehrs- und Wirtschaftsverbindungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie im gesamten Südkaukasus.

Wir sind nicht dagegen, dass sich andere internationale Parteien an der Vermittlung beteiligen. Das Wichtigste ist, dass solche Vermittlungen das Ziel verfolgen, Vereinbarungen zu ermöglichen, die einen Interessenausgleich zwischen den Völkern und Staaten Armeniens und Aserbaidschans abbilden.

Wir sehen in dem, was die Vereinigten Staaten und die Europäische Union betreiben, deren Wunsch, sich in die Region einzumengen, die legitimen Interessen der Russischen Föderation zurückzudrängen und sich als Kräfte, die eine nahezu entscheidende Rolle ausüben, geltend zu machen. Darin spiegelt sich das Bestreben des Westens wider [wie ich in meiner vorherigen Antwort erläutert habe], in Regionen zu expandieren, die weit von den Grenzen der NATO und der EU entfernt liegen. Dies hat wenig mit dem aufrichtigen Wunsch zu tun, bei der Stabilisierung der Lage zu helfen. Ich hoffe, dass unsere Partner in Eriwan und Aserbaidschan dies verstehen. Jedenfalls diskutieren wir mit ihnen offen über die aktuellen Entwicklungen.

Eine Gesamteinigung ist nur über die vollständige Umsetzung der trilateralen Vereinbarungen möglich, die von den Präsidenten Russlands und Aserbaidschans sowie dem armenischen Premierminister unterzeichnet worden sind.

Frage: Jens Stoltenberg hat auf einem NATO-Treffen gesagt, dass die Allianz gegen ein Einfrieren des Ukraine-Konflikts und gegen den russischen Friedensplan sei. Auf dem kommenden NATO-Gipfel wird darüber gesprochen, Kiew noch mehr Waffen zu liefern. Bedeutet dies, dass der Konflikt künstlich in die Länge gezogen würde? Was werden wir als Nächstes tun, wenn am Rande des Gipfels sogar über die mögliche Entsendung von Atomwaffen gesprochen wird?



***... [so] bedeutet das, dass sie kämpfen wollen.
So sollen sie kämpfen: Wir sind dazu bereit!***



Sergej Lawrow: Falls Herr Stoltenberg im Namen der NATO erneut sagt, dass sie gegen ein Einfrieren des Konflikts in der Ukraine wären, bedeutet das, dass sie kämpfen wollen. So sollen sie kämpfen: Wir sind dazu bereit! Wir haben die wahren Ziele der NATO in der Ukraine schon vor einiger Zeit erkannt, als ihre Pläne in den Jahren nach dem Putsch Gestalt annahmen. Heute versucht die NATO, sie umzusetzen.

Wir können feststellen, dass zumindest einige Politiker, Politikwissenschaftler und Experten im Westen allmählich zur „*Ernüchterung*“ kommen und die wahren Gründe für die derzeitige Lage und die tatsächlichen Vorgänge vor Ort erkennen.

Es ist ihre Entscheidung. Sie behaupten zwar, dass sie keinen Krieg gegen Russland führen, aber in Wirklichkeit tun sie genau das, wenn sie eingestehen, dass die Ukraine-Krise schon lange entschärft worden wäre, wenn sie dem ukrainischen Regime nicht Waffen, Geheimdienstinformationen und Satellitendaten mit Zielkoordinaten geliefert hätten. Das ist defacto das Eingeständnis, dass sie direkt in den hybriden und heißen Krieg gegen Russland verwickelt sind.

Frage: Welche Bedeutung haben der Besuch von Antony Blinken in der Volksrepublik China und die Änderung der US-Rhetorik gegenüber China?

Sergej Lawrow: Diese Frage betrifft die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Unsere chinesischen Freunde haben ihre Beurteilungen wiederholt geäußert und sie während des Besuchs von Außenminister Blinken bestätigt.

Wir betrachten dies als Realität, die zum einen die China-Politik Washingtons widerspiegelt. Auf der anderen Seite gibt es die prinzipielle Politik Chinas, die sich Versuchen widersetzt, seine legitimen Interessen zu untergraben, auch in der Region, die direkt an China angrenzt.

Frage: Die Russische Föderation hilft den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und demonstriert ihre Stärke mit Selbstbewusstsein und dem Wissen vom Recht. Alle Bürger Russlands wollen wissen, wann die spezielle Militäroperation beendet sein wird?

Sergej Lawrow: Ich kann nicht zustimmen, dass die Russische Föderation den Donezker und Lugansker Volksrepubliken helfe. Sie sind Teil unseres Staates, ebenso wie die Regionen Saporischschja und Cherson. Als unveräußerliches Territorium Russlands, dessen Bewohner in ihren jeweiligen Referenden für den Beitritt zu diesem Land gestimmt

haben (was sich in der Verfassung der Russischen Föderation widerspiegelt), genießen sie alle Rechte als Gebietskörperschaften Russlands. Der russische Präsident Wladimir Putin, Ministerpräsident Michail Mischustin und die Regierung erörtern praktisch in Echtzeit und täglich die Pläne zur Wiederherstellung ihrer Wirtschaft und Infrastruktur. Diese Pläne werden umgesetzt.

Was die Aussichten für die spezielle Militäroperation betrifft, so werden alle ihre Ziele erreicht werden. Ich darf Sie auf die ausführlichen Ausführungen von Präsident Wladimir Putin zu diesem Thema bei seinem Treffen mit Kriegsberichterstatern und auf der SPIEF-Plenartagung hinweisen.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser-Mitteuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Russland: Nawalny Sprecherin zeigt sich für baldigen Umsturz optimistisch

07. 06. 2023

Alexej Nawalny spricht im Dezember 2019 vor Journalisten, hinter ihm eine Sicherheitskraft. Bild: Alexander Zemlianichenko

Die Pressesprecherin des inhaftierten russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny, Kira Jarmysch, betonte die vermeintliche Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Präsident Putin.

Jarmysch, die sich anlässlich von Nawalneys 47. Geburtstag zu einer Kundgebung in Berlin einfand, betonte, dass die Opposition in Russland nicht verschwunden sei. Trotz des Kriegs blieben viele Menschen im Land, obwohl sie ihre Meinung nicht mehr öffentlich äußern könnten.

Nawalny selbst wandte sich mit einem offenen Brief aus seinem Gefängnis an die Öffentlichkeit und dankte allen politischen Gefangenen in Russland, Weißrussland und anderen Ländern. Unterstützer versammelten sich in über 120 Städten weltweit, um seinen Geburtstag symbolisch zu feiern.

Es bleibt die Frage, wie realistisch und zutreffend diese Aussagen sind. Dass Putin diesen Krieg verlieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. So ist es eher wahrscheinlich, dass die Oppositionssprecherin für ihre Sache Hoffnung stiften möchte und von Dingen spricht, die man in Deutschland gerne hören möchte.

Doch angesichts der anhaltenden Propaganda beider Seiten, wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis wir wieder zur Tagesordnung übergehen können.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Schweden (Seiten E 356 – E 357)

01) Schweden will aus Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik die Konsequenzen ziehen

27.06.2023



Zu den geplanten und längst überfälligen Maßnahmen Schwedens, wo das Scheitern einer völlig verfehlten Migrationspolitik nicht mehr zu leugnen ist, erklärt Bernhard Zimniok, außenpolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament:



Seite E 357 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 837 vom 06.07.2023

Um auf die dramatischen Entwicklungen in ihrem Land reagieren zu können, will Schwedens Regierung das Asylrecht weiter verschärfen. So soll der Bewegungsradius von Asylbewerbern stark eingeschränkt werden, damit das Asylverfahren und auch das Rückführungsverfahren funktionieren können, ergo Asylbewerber nicht untertauchen. Auch eine Meldepflicht sowie die Aufnahmevorschriften sollen geprüft werden. Dabei soll eruiert werden, ob Asylbewerber einen größeren finanziellen Beitrag zu ihrer eigenen Aufnahme leisten können, bspw. auch hinsichtlich der medizinischen Versorgung.

Zwar stimme ich zu, dass das Asylrecht verschärft werden muss. Allerdings halte ich diese Vorschläge für reine Makulatur, die an der Gesamtsituation wenig ändern wird. Wenn wir unsere Nationalstaaten retten wollen, brauchen wir umgehend einen Aufnahmestopp und eine Abschiebeoffensive – und viele weitere Maßnahmen, die ich in meinem Lösungskonzept aufgeschrieben habe. [Dieses finden Sie hier](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER